



C/2024/642

17.1.2024

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

16. Januar 2024

(C/2024/642)

1 Euro =

Währung			Kurs	Währung			Kurs
USD	US-Dollar		1,0882	CAD	Kanadischer Dollar		1,4661
JPY	Japanischer Yen		159,64	HKD	Hongkong-Dollar		8,5160
DKK	Dänische Krone		7,4582	NZD	Neuseeländischer Dollar		1,7681
GBP	Pfund Sterling		0,86078	SGD	Singapur-Dollar		1,4589
SEK	Schwedische Krone		11,3215	KRW	Südkoreanischer Won		1 454,92
CHF	Schweizer Franken		0,9361	ZAR	Südafrikanischer Rand		20,5528
ISK	Isländische Krone		149,30	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan		7,8237
NOK	Norwegische Krone		11,3335	IDR	Indonesische Rupiah		16 985,88
BGN	Bulgarischer Lew		1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit		5,1058
CZK	Tschechische Krone		24,710	PHP	Philippinischer Peso		60,939
HUF	Ungarischer Forint		379,36	RUB	Russischer Rubel		
PLN	Polnischer Zloty		4,3870	THB	Thailändischer Baht		38,522
RON	Rumänischer Leu		4,9763	BRL	Brasilianischer Real		5,3184
TRY	Türkische Lira		32,7624	MXN	Mexikanischer Peso		18,5390
AUD	Australischer Dollar		1,6484	INR	Indische Rupie		90,4250

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.



C/2024/670

17.1.2024

**Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen und verbundene Tätigkeiten im Rahmen des
Arbeitsplans 2024 des Gemeinsamen Unternehmens für sauberen Wasserstoff**

(C/2024/670)

Hiermit wird die Veröffentlichung der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen und von verbundenen Tätigkeiten im Rahmen des Arbeitsplans 2024 des Gemeinsamen Unternehmens für sauberen Wasserstoff (CleanH2 JU) bekannt gegeben.

Dieser Arbeitsplan mit Fristen und Budgets für die Tätigkeiten, die praktischen Einzelheiten zu den Aufforderungen und den damit verbundenen Tätigkeiten sowie der Leitfaden für Antragsteller sind über das Teilnehmerportal abrufbar (<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/home>). Diese Informationen werden bei Bedarf auf dem Teilnehmerportal aktualisiert.



**Bekanntmachung der Einleitung einer Überprüfung wegen des bevorstehenden Auslaufens der
Antisubventionsmaßnahmen gegenüber den Einfuhren von Elektrofahrrädern mit Ursprung in der
Volksrepublik China**

(C/2024/798)

Nach Veröffentlichung der Bekanntmachung des bevorstehenden Auslaufens der Antisubventionsmaßnahmen gegenüber den Einfuhren von Elektrofahrrädern mit Ursprung in der Volksrepublik China ⁽¹⁾ (im Folgenden „betroffenes Land“) ging bei der Europäischen Kommission (im Folgenden „Kommission“) ein Antrag auf Einleitung einer Überprüfung nach Artikel 18 der Verordnung (EU) 2016/1037 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern ⁽²⁾ (im Folgenden „Grundverordnung“) ein.

1. Überprüfungsantrag

Der Antrag wurde am 16. Oktober 2023 im Sinne des Artikels 10 Absatz 6 der Grundverordnung im Namen des Wirtschaftszweigs der Union für Elektrofahrräder vom Verband der europäischen Fahrradhersteller (im Folgenden „Antragsteller“) gestellt.

Eine allgemein einsehbare Fassung des Antrags und die Analyse, inwieweit der Antrag von den Unionsherstellern unterstützt wird, sind in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier verfügbar. Abschnitt 5.6 dieser Bekanntmachung enthält Informationen über den Zugang zum Dossier für interessierte Parteien.

2. Überprüfte Ware

Die Überprüfung betrifft Fahrräder mit Treithilfe mit Elektrohilfsmotor (im Folgenden „überprüfte Ware“), die derzeit unter den KN-Codes 8711 60 10 und ex 8711 60 90 (TARIC-Code 8711 60 90 10) eingereiht werden. Die KN- und TARIC-Codes werden nur informationshalber angegeben und unbeschadet einer späteren Änderung der zolltariflichen Einreihung.

3. Geltende Maßnahmen

Bei den derzeit geltenden Maßnahmen handelt es sich um endgültige Ausgleichszölle, die mit der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2019/72 ⁽³⁾ der Kommission eingeführt wurden. Nach dem Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-243/19 wurden die Ausgleichszölle in Bezug auf Giant Electric Vehicle (Kunshan) Co., Ltd im März 2023 mit der Durchführungsverordnung (EU) 2023/610 der Kommission ⁽⁴⁾ wieder eingeführt.

4. Gründe für die Überprüfung

Der Antrag wurde damit begründet, dass bei Außerkrafttreten der Maßnahmen mit einem Anhalten oder erneuten Auftreten der Subventionierung und einem erneuten Auftreten der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union zu rechnen sei.

4.1. Behauptung der Wahrscheinlichkeit eines Anhaltens der Subventionierung

Der Antragsteller hat hinreichende Beweise dafür vorgelegt, dass die meisten der in der Ausgangsuntersuchung angefochtenen Subventionsregelungen nach wie vor in Kraft sind und dass die Hersteller der überprüften Ware im betroffenen Land auf Landes- und auf Provinzebene Subventionen von der Regierung der Volksrepublik China erhalten haben und weiterhin erhalten dürften.

Aus den im Antrag enthaltenen Beweisen geht hervor, dass die Höhe der Subventionierung nach wie vor erheblich ist.

⁽¹⁾ ABl. C 154 vom 2.5.2023, S. 47.

⁽²⁾ ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 55.

⁽³⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2019/72 der Kommission vom 17. Januar 2019 zur Einführung endgültiger Ausgleichszölle auf die Einfuhren von Elektrofahrrädern mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. L 16 vom 18.1.2019, S. 5).

⁽⁴⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2023/610 der Kommission vom 17. März 2023 zur Wiedereinführung eines endgültigen Ausgleichszolls auf die Einfuhren von Elektrofahrrädern mit Ursprung in der Volksrepublik China in Bezug auf Giant Electric Vehicle (Kunshan) Co., Ltd infolge des Urteils des Gerichts in der Rechtssache T-243/19 (ABl. L 80 vom 20.3.2023, S. 54).

Bei den mutmaßlichen Subventionierungspraktiken handelt es sich unter anderem um i) einen direkten Transfer von Geldern, ii) den Verzicht auf Einnahmen bzw. die Nichterhebung von Abgaben durch die Regierung und iii) die Bereitstellung von Waren oder Dienstleistungen durch die Regierung zu einem geringeren als dem angemessenen Entgelt. Der Antragsteller nannte unter anderem folgende mutmaßliche Praktiken: Vorzugsdarlehen, Zuschüsse und Steuerbefreiungen oder -ermäßigungen. Außerdem habe die Regierung Land, Inputs und Strom zu einem geringeren als dem angemessenen Entgelt bereitgestellt.

Der Antragsteller brachte vor, dass es sich bei den beschriebenen Maßnahmen um Subventionen handle, da sie eine finanzielle Beihilfe der Regierung des betroffenen Landes beinhalteten und den Herstellern der überprüften Ware einen Vorteil verschafften. Diese Subventionen seien spezifisch für ein Unternehmen oder einen Wirtschaftszweig, dessen Tätigkeit gefördert wird, und seien daher spezifisch und anfechtbar.

Vor dem Hintergrund des Artikels 18 Absatz 2 der Grundverordnung erstellte die Kommission einen Vermerk über die Hinlänglichkeit der Beweise mit einer Bewertung aller ihr vorliegenden Beweise; auf dieser Grundlage leitet die Kommission die jetzige Untersuchung ein. Der Vermerk ist in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier enthalten.

Die Kommission behält sich das Recht vor, andere relevante Subventionierungspraktiken zu untersuchen, die möglicherweise im Laufe der Untersuchung bekannt werden.

4.2. Behauptung der Wahrscheinlichkeit eines erneuten Auftretens der Schädigung

Laut dem Antragsteller ist ein erneutes Auftreten der Schädigung durch Einfuhren aus dem betroffenen Land wahrscheinlich. Diesbezüglich legte er hinreichende Beweise vor, wonach die Einfuhren der überprüften Ware aus dem betroffenen Land in die Union im Falle eines Außerkrafttretens der Maßnahmen zunehmen dürften, weil im betroffenen Land beträchtliche ungenutzte Produktionskapazitäten bestünden und der Unionsmarkt ein attraktives Preisniveau biete.

Darüber hinaus zeigten die vom Antragsteller vorgelegten Beweise, dass die Einfuhren der überprüften Ware aus dem betroffenen Land in die Union in absoluten Zahlen und gemessen am Marktanteil zugenommen haben.

Den vom Antragsteller vorgelegten Nachweisen zufolge würde schließlich bei einem weiteren beträchtlichen Anstieg der Einfuhren zu subventionierten Preisen aus dem betroffenen Land die Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union im Falle des Außerkrafttretens der Maßnahmen wahrscheinlich erneut auftreten.

5. Verfahren

Die Kommission kam nach Anhörung des nach Artikel 25 Absatz 1 der Grundverordnung eingesetzten Ausschusses zu dem Schluss, dass genügend Beweise dafür vorliegen, dass mit einer Subventionierung und einer Schädigung zu rechnen ist, sodass die Einleitung einer Auslaufüberprüfung gerechtfertigt ist; sie leitet daher eine Überprüfung nach Artikel 18 der Grundverordnung ein.

Bei der Auslaufüberprüfung wird untersucht, ob damit zu rechnen ist, dass bei einem Außerkrafttreten der Maßnahmen die Subventionierung der überprüften Ware mit Ursprung in dem betroffenen Land anhält oder erneut auftritt und der Wirtschaftszweig der Union erneut geschädigt wird.

Der Regierung des betroffenen Landes wurden nach Artikel 10 Absatz 7 der Grundverordnung Konsultationen angeboten.

Die Kommission weist die Parteien ferner auf die parallel laufende Antidumpinguntersuchung hin, die dieselbe Ware betrifft⁽⁹⁾. Die ausführenden Hersteller, der Wirtschaftszweig der Union und alle im Rahmen dieser Antidumpinguntersuchung interessierten Parteien werden gebeten, sich getrennt für diese Untersuchung registrieren zu lassen und die einschlägigen Informationen unabhängig von einer im Rahmen der Antidumpinguntersuchung möglicherweise bereits erfolgten Übermittlung von Informationen gemäß den in dieser Bekanntmachung festgelegten Modalitäten und Fristen vorzulegen. Informationen oder Stellungnahmen, die im Zusammenhang mit der Antidumpinguntersuchung übermittelt werden, werden bei dieser Untersuchung nicht automatisch berücksichtigt, und die Parteien müssen grundsätzlich alle Informationen zu dieser Untersuchung gesondert im Rahmen dieses Verfahrens übermitteln.

⁽⁹⁾ <https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2712>

5.1. **Untersuchungszeitraum der Überprüfung und Bezugszeitraum**

Die Untersuchung bezüglich eines Anhaltens oder erneuten Auftretens der Subventionierung erstreckt sich auf den Zeitraum vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 (im Folgenden „Untersuchungszeitraum der Überprüfung“). Die Untersuchung der Entwicklungen, die für die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit eines erneuten Auftretens der Schädigung relevant sind, betrifft den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums der Überprüfung (im Folgenden „Bezugszeitraum“).

5.2. **Stellungnahmen zum Antrag und zur Einleitung der Untersuchung**

Interessierte Parteien, die zum Antrag (zum Beispiel zu Angelegenheiten im Zusammenhang mit einem erneuten Auftreten der Schädigung oder mit der Schadensursache) oder zu Aspekten im Zusammenhang mit der Einleitung der Untersuchung (zum Beispiel zu der Frage, inwieweit der Antrag unterstützt wird) Stellung nehmen möchten, müssen dies binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* ⁽⁶⁾ tun.

Anträge auf Anhörung, die die Einleitung der Untersuchung betreffen, müssen binnen 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung gestellt werden.

5.3. **Verfahren zur Ermittlung der Wahrscheinlichkeit eines Anhaltens oder erneuten Auftretens der Subventionierung**

Bei einer Auslaufüberprüfung untersucht die Kommission Ausfuhren, die im Untersuchungszeitraum der Überprüfung in die Union getätigt wurden, und prüft, unabhängig von den Ausfuhren in die Union, ob die Lage der Unternehmen, die die überprüfte Ware im betroffenen Land herstellen und verkaufen, sich so darstellt, dass bei einem Außerkrafttreten der Maßnahmen die Ausfuhren zu subventionierten Preisen in die Union fortgesetzt oder erneut getätigt werden dürften.

Daher werden alle Hersteller ⁽⁷⁾ der überprüften Ware aus dem betroffenen Land gebeten, bei der Untersuchung der Kommission mitzuarbeiten; dies gilt auch für diejenigen, die nicht bei der Untersuchung mitgearbeitet haben, die zu den geltenden Maßnahmen führte.

5.3.1. **Untersuchung der Hersteller im betroffenen Land**

Da im betroffenen Land möglicherweise eine Vielzahl von Herstellern von dieser Auslaufüberprüfung betroffen ist und da es gilt, die Untersuchung fristgerecht abzuschließen, kann die Kommission die Zahl der zu untersuchenden Hersteller auf ein vertretbares Maß beschränken, indem sie eine Stichprobe bildet (im Folgenden „Stichprobenverfahren“). Das Stichprobenverfahren wird nach Artikel 27 der Grundverordnung durchgeführt.

Damit die Kommission über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden kann, werden alle Hersteller oder die in ihrem Namen handelnden Vertreter hiermit gebeten, mit der Kommission Kontakt aufzunehmen und der Kommission binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung Angaben zu ihren Unternehmen vorzulegen; dies gilt auch für diejenigen, die nicht bei der Untersuchung mitgearbeitet haben, die zu den jetzt zur Überprüfung anstehenden Maßnahmen führte. Diese Angaben sind über TRON.tdi unter folgender Adresse zu übermitteln:

https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/tdi/form/R811_SAMPLING_FORM_FOR_EXPORTING_PRODUCER

Informationen zum Zugriff auf TRON enthalten die Abschnitte 5.6 und 5.9.

Die Kommission wird ferner mit den Behörden des betroffenen Landes sowie gegebenenfalls mit den ihr bekannten Herstellerverbänden im betroffenen Land Kontakt aufnehmen, um die Informationen einzuholen, die sie für die Auswahl der Herstellerstichprobe benötigt.

Ist die Bildung einer Stichprobe erforderlich, werden die Hersteller auf der Grundlage der größten repräsentativen Produktions-, Verkaufs- oder Ausfuhrmenge ausgewählt, die in der zur Verfügung stehenden Zeit in angemessener Weise untersucht werden kann. Alle der Kommission bekannten Hersteller, die Behörden des betroffenen Landes und die Herstellerverbände werden von der Kommission (gegebenenfalls über die Behörden des betroffenen Landes) darüber in Kenntnis gesetzt, welche Unternehmen für die Stichprobe ausgewählt wurden.

⁽⁶⁾ Sofern nichts anderes bestimmt ist, sind alle Bezugnahmen auf die Veröffentlichung dieser Bekanntmachung Bezugnahmen auf die Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union*.

⁽⁷⁾ Ein Hersteller ist ein Unternehmen (in diesem Fall im betroffenen Land), das die überprüfte Ware herstellt, gegebenenfalls auch ein verbundenes Unternehmen, das an der Herstellung, den Inlandsverkäufen oder der Ausfuhr der überprüften Ware beteiligt ist.

Sobald die Kommission die erforderlichen Informationen erhalten hat, um eine Herstellerstichprobe zu bilden, teilt sie den betroffenen Parteien mit, ob sie in die Stichprobe einbezogen wurden. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die Hersteller, die für die Stichprobe ausgewählt wurden, binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über ihre Einbeziehung in die Stichprobe einen ausgefüllten Fragebogen übermitteln.

Die Kommission nimmt in das zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmte Dossier einen Vermerk zur Stichprobenauswahl auf. Stellungnahmen zur Stichprobenauswahl müssen binnen 3 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über die Stichprobe eingehen.

Der Fragebogen für die Hersteller in dem betroffenen Land steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2713>) zur Verfügung.

Unbeschadet des Artikels 28 der Grundverordnung gelten Unternehmen, die ihrer möglichen Einbeziehung in die Stichprobe zugestimmt haben, jedoch hierfür nicht ausgewählt werden, als mitarbeitend.

5.3.2. Untersuchung der unabhängigen Einführer ⁽⁸⁾ ⁽⁹⁾

Die unabhängigen Einführer, die die überprüfte Ware aus dem betroffenen Land in die Union einführen, werden gebeten, bei dieser Untersuchung mitzuarbeiten; dies gilt auch für diejenigen, die nicht bei der Untersuchung mitgearbeitet haben, die zu den geltenden Maßnahmen führte.

Da möglicherweise eine Vielzahl unabhängiger Einführer von dieser Auslaufüberprüfung betroffen ist und da es gilt, die Untersuchung fristgerecht abzuschließen, kann die Kommission die Zahl der zu untersuchenden unabhängigen Einführer auf ein vertretbares Maß beschränken, indem sie eine Stichprobe bildet (im Folgenden „Stichprobenverfahren“). Das Stichprobenverfahren wird nach Artikel 27 der Grundverordnung durchgeführt.

Damit die Kommission über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden kann, werden alle unabhängigen Einführer oder die in ihrem Namen handelnden Vertreter hiermit gebeten, mit der Kommission Kontakt aufzunehmen; dies gilt auch für diejenigen, die nicht bei der Untersuchung mitgearbeitet haben, die zu den jetzt zur Überprüfung anstehenden Maßnahmen führte. Die Parteien müssen dies binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung tun, indem sie der Kommission die im Anhang erbetenen Angaben zu ihren Unternehmen übermitteln.

Ferner kann die Kommission mit den ihr bekannten Einführerverbänden Kontakt aufnehmen, um die Informationen einzuholen, die sie für die Auswahl der Stichprobe der unabhängigen Einführer benötigt.

Ist die Bildung einer Stichprobe erforderlich, können die Einführer auf der Grundlage der größten repräsentativen Verkaufsmenge der überprüften Ware aus dem betroffenen Land in der Union ausgewählt werden, die in der zur Verfügung stehenden Zeit in angemessener Weise untersucht werden kann. Alle der Kommission bekannten unabhängigen Einführer und Einführerverbände werden von ihr davon in Kenntnis gesetzt, welche Unternehmen für die Stichprobe ausgewählt wurden.

Die Kommission nimmt in das zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmte Dossier auch einen Vermerk zur Stichprobenauswahl auf. Stellungnahmen zur Stichprobenauswahl müssen binnen 3 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über die Stichprobe eingehen.

⁽⁸⁾ Es können ausschließlich Einführer, die nicht mit Herstellern im betroffenen Land verbunden sind, in die Stichprobe einbezogen werden. Einführer, die mit Herstellern verbunden sind, müssen Anhang I des Fragebogens für die betreffenden Hersteller ausfüllen. Nach Artikel 127 der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 der Kommission vom 24. November 2015 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union gelten zwei Personen als verbunden, wenn a) sie leitende Angestellte oder Direktoren im Unternehmen der anderen Person sind, b) sie Teilhaber oder Gesellschafter von Personengesellschaften sind, c) sie sich in einem Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis zueinander befinden, d) eine dritte Person unmittelbar oder mittelbar 5 % oder mehr der im Umlauf befindlichen stimmberechtigten Anteile oder Aktien beider Personen besitzt, kontrolliert oder hält, e) eine von ihnen unmittelbar oder mittelbar die andere kontrolliert, f) beide von ihnen unmittelbar oder mittelbar von einer dritten Person kontrolliert werden, g) sie beide zusammen unmittelbar oder mittelbar eine dritte Person kontrollieren oder h) sie Mitglieder derselben Familie sind (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 558). Nach Artikel 5 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union ist eine „Person“ eine natürliche Person, eine juristische Person oder eine Personenvereinigung, die keine juristische Person ist, die jedoch nach Unionsrecht oder nach einzelstaatlichem Recht die Möglichkeit hat, im Rechtsverkehr wirksam aufzutreten (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1).

⁽⁹⁾ Die von unabhängigen Einführern vorgelegten Daten können im Rahmen dieser Untersuchung auch zu anderen Zwecken als zur Ermittlung des Interesses der Union herangezogen werden.

Die Kommission wird den in die Stichprobe einbezogenen unabhängigen Einführern Fragebogen zur Verfügung stellen, um die für ihre Untersuchung benötigten Informationen einzuholen. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen diese Parteien binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Stichprobe einen ausgefüllten Fragebogen übermitteln.

Der Fragebogen für unabhängige Einführer steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2713>) zur Verfügung.

5.4. Verfahren zur Feststellung der Wahrscheinlichkeit eines erneuten Auftretens der Schädigung und zur Untersuchung der Unionshersteller

Damit festgestellt werden kann, ob ein erneutes Auftreten der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union wahrscheinlich ist, werden die Unionshersteller der überprüften Ware gebeten, bei der Untersuchung der Kommission mitzuarbeiten.

Da eine Vielzahl von Unionsherstellern von dieser Auslaufüberprüfung betroffen ist und da es gilt, die Untersuchung fristgerecht abzuschließen, hat die Kommission beschlossen, die Zahl der zu untersuchenden Unionshersteller auf ein vertretbares Maß zu beschränken, indem sie eine Stichprobe bildet (im Folgenden „Stichprobenverfahren“). Das Stichprobenverfahren wird nach Artikel 27 der Grundverordnung durchgeführt.

Die Kommission hat eine vorläufige Stichprobe der Unionshersteller gebildet. Genauere Angaben dazu können dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier entnommen werden.

Die interessierten Parteien werden hiermit aufgefordert, zur vorläufigen Stichprobe Stellung zu nehmen. Ferner müssen andere Unionshersteller oder die in ihrem Namen handelnden Vertreter, die der Auffassung sind, dass bestimmte Gründe für die Einbeziehung ihres Unternehmens in die Stichprobe sprechen, die Kommission binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung kontaktieren. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen alle Stellungnahmen zur vorläufigen Stichprobe binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der Kommission eingegangen sein.

Die Kommission wird alle ihr bekannten Unionshersteller und Verbände von Unionsherstellern darüber in Kenntnis setzen, welche Unternehmen in die endgültige Stichprobe einbezogen wurden.

Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die Unionshersteller, die für die Stichprobe ausgewählt wurden, binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über ihre Einbeziehung in die Stichprobe einen ausgefüllten Fragebogen übermitteln.

Der Fragebogen für Unionshersteller steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2713>) zur Verfügung.

5.5. Verfahren zur Prüfung des Unionsinteresses

Sollte sich die Wahrscheinlichkeit eines Anhaltens oder erneuten Auftretens der Subventionierung und eines erneuten Auftretens der Schädigung bestätigen, wird nach Artikel 31 der Grundverordnung geprüft, ob die Aufrechterhaltung der Ausgleichsmaßnahmen nicht etwa dem Unionsinteresse zuwiderliefe.

Die Unionshersteller, die Einführer und ihre repräsentativen Verbände, die Verwender und ihre repräsentativen Verbände, die Gewerkschaften sowie repräsentative Verbraucherorganisationen werden gebeten, der Kommission Informationen zum Unionsinteresse zu übermitteln.

Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die Informationen zur Bewertung des Unionsinteresses binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung übermittelt werden. Diese Angaben können entweder in einem frei gewählten Format oder in einem von der Kommission erstellten Fragebogen gemacht werden.

Die Fragebogen, darunter auch der Fragebogen für Verwender der überprüften Ware, stehen in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2713>) zur Verfügung. Nach Artikel 31 der Grundverordnung übermittelte Informationen werden allerdings nur dann berücksichtigt, wenn sie zum Zeitpunkt ihrer Übermittlung durch Beweise belegt sind, die ihre Richtigkeit bestätigen.

5.6. *Interessierte Parteien*

Um bei der Untersuchung mitarbeiten zu können, müssen interessierte Parteien wie Hersteller im betroffenen Land, Unionshersteller, Einführer und ihre repräsentativen Verbände, Verwender und ihre repräsentativen Verbände, Gewerkschaften sowie repräsentative Verbraucherorganisationen zunächst nachweisen, dass ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der überprüften Ware besteht.

Hersteller im betroffenen Land, Unionshersteller, Einführer und repräsentative Verbände, die Informationen nach den Verfahren der Abschnitte 5.3.1, 5.3.2 und 5.4 zur Verfügung gestellt haben, gelten als interessierte Parteien, wenn ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der überprüften Ware besteht.

Andere Parteien können erst dann als interessierte Partei bei der Untersuchung mitarbeiten, wenn sie sich bei der Kommission gemeldet haben, und nur dann, wenn ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der überprüften Ware besteht. Die Einstufung als interessierte Partei gilt unbeschadet der Anwendung des Artikels 28 der Grundverordnung.

Der Zugang zu dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier erfolgt über TRON.tdi unter folgender Adresse: <https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/TDI>. Um Zugang zu erhalten, folgen Sie bitte den Anweisungen auf dieser Webseite ⁽¹⁰⁾.

5.7. *Andere schriftliche Beiträge*

Vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden alle interessierten Parteien hiermit gebeten, ihren Standpunkt unter Vorlage von Informationen und sachdienlichen Nachweisen darzulegen. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen diese Informationen und sachdienlichen Nachweise binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der Kommission eingehen.

5.8. *Möglichkeit der Anhörung durch die untersuchenden Kommissionsdienststellen*

Jede interessierte Partei kann eine Anhörung durch die untersuchenden Kommissionsdienststellen beantragen. Der entsprechende Antrag ist schriftlich zu stellen und zu begründen; er muss ferner eine Zusammenfassung der Punkte enthalten, die die interessierte Partei während der Anhörung erörtern möchte. Die Anhörung ist auf die von den interessierten Parteien im Voraus schriftlich dargelegten Punkte beschränkt.

Grundsätzlich können die Anhörungen nicht zur Darlegung von Sachinformationen genutzt werden, die noch nicht im Dossier enthalten sind. Im Interesse einer guten Verwaltung und um die Kommissionsdienststellen in die Lage zu versetzen, bei der Untersuchung voranzukommen, können die interessierten Parteien nach einer Anhörung jedoch aufgefordert werden, neue Sachinformationen vorzulegen.

5.9. *Schriftliche Beiträge, Übermittlung ausgefüllter Fragebogen und Schriftwechsel*

Der Kommission für die Zwecke von Handelsschutzuntersuchungen vorgelegte Angaben müssen frei von Urheberrechten sein. Bevor interessierte Parteien der Kommission Angaben oder Daten vorlegen, für die Urheberrechte Dritter gelten, müssen sie vom Urheberrechtsinhaber eine spezifische Genehmigung einholen, die es der Kommission ausdrücklich gestattet, a) die Angaben und Daten für die Zwecke dieses Handelsschutzverfahrens zu verwenden und b) den an dieser Untersuchung interessierten Parteien die Angaben und Daten so vorzulegen, dass sie ihre Verteidigungsrechte wahrnehmen können.

Alle von interessierten Parteien übermittelten schriftlichen Beiträge, die vertraulich behandelt werden sollen, müssen den Vermerk „Sensitive“ ⁽¹¹⁾ (zur vertraulichen Behandlung) tragen; dies gilt auch für entsprechende mit dieser Bekanntmachung angeforderte Informationen, ausgefüllte Fragebogen und sonstige Schreiben. Parteien, die im Laufe der Untersuchung Informationen vorlegen, werden gebeten, ihren Antrag auf vertrauliche Behandlung zu begründen.

⁽¹⁰⁾ Bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per E-Mail (trade-service-desk@ec.europa.eu) oder telefonisch (Tel.: +32 229-79797) an den Trade Service Desk.

⁽¹¹⁾ Eine Unterlage mit dem Vermerk „Sensitive“ gilt als vertraulich im Sinne des Artikels 29 der Grundverordnung und des Artikels 12 des WTO-Übereinkommens über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen. Sie ist ferner nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43) geschützt.

Parteien, die Informationen mit dem Vermerk „Sensitive“ übermitteln, müssen nach Artikel 29 Absatz 2 der Grundverordnung eine nichtvertrauliche Zusammenfassung vorlegen, die den Vermerk „For inspection by interested parties“ (zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien) trägt. Diese Zusammenfassung muss so ausführlich sein, dass sie ein angemessenes Verständnis des wesentlichen Inhalts der vertraulichen Informationen ermöglicht. Kann eine Partei, die vertrauliche Informationen vorlegt, ihren Antrag auf vertrauliche Behandlung nicht triftig begründen oder legt sie keine nichtvertrauliche Zusammenfassung der Informationen im vorgeschriebenen Format und in der vorgeschriebenen Qualität vor, so kann die Kommission solche Informationen unberücksichtigt lassen, sofern nicht anhand geeigneter Quellen in zufriedenstellender Weise nachgewiesen wird, dass die Informationen richtig sind.

Interessierte Parteien werden gebeten, alle Beiträge und Anträge, darunter auch gescannte Vollmachten und Bescheinigungen, über TRON.tdi (<https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/TDI>) zu übermitteln. Mit der Verwendung von TRON.tdi oder E-Mail erklären sich die interessierten Parteien mit den Regeln für die elektronische Übermittlung von Unterlagen im Leitfaden zum „SCHRIFTWECHSEL MIT DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION BEI HANDELSCHUTZUNTERSUCHUNGEN“ einverstanden, der auf der Website der Generaldirektion Handel veröffentlicht ist: <https://europa.eu/!7tHpY3>. Die interessierten Parteien müssen ihren Namen sowie ihre Anschrift, Telefonnummer und gültige E-Mail-Adresse angeben und sollten sicherstellen, dass es sich bei der genannten E-Mail-Adresse um eine aktive offizielle Mailbox handelt, die täglich eingesehen wird. Hat die Kommission die Kontaktdaten erhalten, so kommuniziert sie ausschließlich über TRON.tdi oder per E-Mail mit den interessierten Parteien, es sei denn, diese wünschen ausdrücklich, alle Unterlagen von der Kommission auf einem anderen Kommunikationsweg zu erhalten, oder die Art der Unterlage macht den Versand per Einschreiben erforderlich. Weitere Regeln und Informationen bezüglich des Schriftverkehrs mit der Kommission, einschließlich der Grundsätze für Übermittlungen über TRON.tdi oder per E-Mail, können dem genannten Leitfaden für interessierte Parteien entnommen werden.

Postanschrift der Kommission:

Europäische Kommission
Generaldirektion Handel
Direktion G
Büro: CHAR 04/039
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

TRON.tdi: <https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/tdi>

E-Mail: TRADE-R811-EBIKES-SUBSIDY@ec.europa.eu

TRADE-R811-EBIKES-INJURY@ec.europa.eu

6. Zeitplan für die Untersuchung

Nach Artikel 22 Absatz 1 der Grundverordnung wird die Untersuchung in der Regel binnen 12 Monaten, spätestens jedoch 15 Monate nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung abgeschlossen.

7. Vorlage von Informationen

In der Regel können interessierte Parteien nur innerhalb der in Abschnitt 5 dieser Bekanntmachung angegebenen Fristen Informationen vorlegen.

Um die Untersuchung innerhalb der vorgeschriebenen Fristen abzuschließen, nimmt die Kommission nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zur endgültigen Unterrichtung bzw. gegebenenfalls nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zur weiteren Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen keine Beiträge der interessierten Parteien mehr an.

8. Möglichkeit, zu den Beiträgen anderer Parteien Stellung zu nehmen

Zur Wahrung der Verteidigungsrechte sollten die interessierten Parteien die Möglichkeit haben, sich zu den von anderen interessierten Parteien vorgelegten Informationen zu äußern. Dabei dürfen die interessierten Parteien nur auf die in den Beiträgen der anderen interessierten Parteien vorgebrachten Punkte eingehen und keine neuen Punkte ansprechen.

Stellungnahmen zu Informationen, die von anderen interessierten Parteien auf die Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen hin vorgelegt wurden, sollten, sofern nichts anderes bestimmt ist, binnen 5 Tagen nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zu den endgültigen Feststellungen abgegeben werden. Im Falle einer weiteren Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen sollten Stellungnahmen zu Informationen, die von anderen interessierten Parteien auf diese weitere Unterrichtung hin vorgelegt wurden, spätestens am Tag nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zu dieser weiteren Unterrichtung abgegeben werden, sofern nichts anderes bestimmt ist.

Der genannte Zeitrahmen berührt nicht das Recht der Kommission, in hinreichend begründeten Fällen zusätzliche Informationen von den interessierten Parteien anzufordern.

9. Verlängerung der in dieser Bekanntmachung vorgesehenen Fristen

Eine Verlängerung der in dieser Bekanntmachung vorgesehenen Fristen sollte nur in Ausnahmefällen beantragt werden und wird nur bei hinreichender Begründung gewährt. In jedem Fall sind Verlängerungen von Fristen für die Beantwortung der Fragebogen normalerweise auf 3 Tage begrenzt; grundsätzlich werden höchstens 7 Tage gewährt. In Bezug auf die Fristen für die Vorlage anderer Informationen nach dieser Bekanntmachung sind Verlängerungen auf 3 Tage begrenzt, sofern nicht nachgewiesen wird, dass außergewöhnliche Umstände vorliegen.

10. Mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit

Verweigert eine interessierte Partei den Zugang zu den erforderlichen Informationen oder erteilt sie die Auskünfte nicht fristgerecht oder behindert sie die Untersuchung erheblich, so können nach Artikel 28 der Grundverordnung positive oder negative Feststellungen auf der Grundlage der verfügbaren Informationen getroffen werden.

Wird festgestellt, dass eine interessierte Partei unwahre oder irreführende Informationen vorgelegt hat, so können diese Informationen unberücksichtigt bleiben; stattdessen können die verfügbaren Informationen zugrunde gelegt werden.

Arbeitet eine interessierte Partei nicht oder nur eingeschränkt mit und stützen sich die Feststellungen daher nach Artikel 28 der Grundverordnung auf die verfügbaren Informationen, so kann dies zu einem Ergebnis führen, das für diese Partei ungünstig ist, als wenn sie mitgearbeitet hätte.

Werden die Antworten nicht elektronisch übermittelt, so gilt dies nicht als mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit, sofern die interessierte Partei darlegt, dass die Übermittlung der Antwort in der gewünschten Form die interessierte Partei über Gebühr zusätzlich belasten würde oder mit unangemessenen zusätzlichen Kosten verbunden wäre. Die interessierte Partei sollte unverzüglich mit der Kommission Kontakt aufnehmen.

11. Anhörungsbeauftragte

Interessierte Parteien können sich an die Anhörungsbeauftragte für Handelsverfahren wenden. Sie befasst sich mit Anträgen auf Zugang zum Dossier, Streitigkeiten über die Vertraulichkeit von Unterlagen, Anträgen auf Fristverlängerung und sonstigen Anträgen in Bezug auf die Verteidigungsrechte der interessierten Parteien oder von Dritten, die sich während des Verfahrens ergeben.

Die Anhörungsbeauftragte kann Anhörungen ansetzen und vermittelnd zwischen interessierten Parteien und den Dienststellen der Kommission tätig werden, um zu gewährleisten, dass die interessierten Parteien ihre Verteidigungsrechte umfassend wahrnehmen können. Eine Anhörung durch die Anhörungsbeauftragte ist schriftlich zu beantragen und zu begründen. Die Anhörungsbeauftragte prüft die Gründe, aus denen der jeweilige Antrag gestellt wird. Solche Anhörungen sollten nur stattfinden, wenn die Fragen nicht zeitnah mit den Dienststellen der Kommission geklärt wurden.

Alle Anträge sind frühzeitig zu stellen, um die geordnete Abwicklung des Verfahrens nicht zu gefährden. Zu diesem Zweck sollten interessierte Parteien die Anhörungsbeauftragte zum frühestmöglichen Zeitpunkt nach Eintritt des Ereignisses, das ein Tätigwerden ihrerseits rechtfertigt, um eine Intervention ersuchen. Bei nicht fristgerecht eingereichten Anträgen auf Anhörung prüft die Anhörungsbeauftragte auch die Gründe für die Verspätung, die Art der aufgeworfenen Probleme und die Auswirkungen dieser Probleme auf die Verteidigungsrechte, wobei den Interessen einer guten Verwaltung und dem fristgerechten Abschluss der Untersuchung gebührend Rechnung getragen wird.

Weiterführende Informationen und Kontaktdaten können interessierte Parteien den Webseiten der Anhörungsbeauftragten im Internet-Auftritt der GD Handel entnehmen: https://policy.trade.ec.europa.eu/contacts/hearing-officer_en

12. Möglichkeit der Beantragung einer Überprüfung nach Artikel 19 der Grundverordnung

Bei dieser Auslaufüberprüfung handelt es sich um eine Überprüfung nach Artikel 18 der Grundverordnung; daher werden die Untersuchungsergebnisse nicht etwa zu einer Änderung der geltenden Maßnahmen führen, sondern nach Artikel 22 Absatz 3 der Grundverordnung entweder zur Aufhebung oder zur Aufrechterhaltung jener Maßnahmen.

Ist nach Auffassung einer interessierten Partei zu überprüfen, ob die Maßnahmen geändert werden sollten, so kann die Partei eine Überprüfung nach Artikel 19 der Grundverordnung beantragen.

Parteien, die eine solche, von der in dieser Bekanntmachung genannten Auslaufüberprüfung getrennt durchzuführende Überprüfung beantragen möchten, können unter der angegebenen Anschrift Kontakt mit der Kommission aufnehmen.

13. Verarbeitung personenbezogener Daten

Alle im Rahmen dieser Untersuchung erhobenen personenbezogenen Daten werden nach der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹²⁾ verarbeitet.

Ein Vermerk zum Datenschutz, mit dem alle natürlichen Personen über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der handelspolitischen Schutzmaßnahmen der Kommission unterrichtet werden, ist auf der Website der GD Handel abrufbar: <https://europa.eu/lvr4g9W>

⁽¹²⁾ Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39).

ANHANG

☐ „Sensitive version“ (zur vertraulichen Behandlung)

☐ Version „For inspection by interested parties“ (zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien)

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

ÜBERPRÜFUNG WEGEN DES BEVORSTEHENDEN AUSLAUFENS DER ANTISUBVENTIONS-
MASSNAHMEN GEGENÜBER DEN EINFUHREN VON ELEKTROFAHRRÄDERN MIT URSPRUNG
IN DER VOLKSREPUBLIK CHINA

INFORMATIONEN FÜR DIE AUSWAHL DER STICHPROBE DER UNABHÄNGIGEN EINFÜHRER

Dieses Formular soll unabhängigen Einführern dabei helfen, die unter Abschnitt 5.3.2 der Einleitungsbekanntmachung angeforderten Informationen zur Stichprobenauswahl bereitzustellen.

Beide Fassungen, die „Sensitive version“ (zur vertraulichen Behandlung) und die „Version for inspection by interested parties“ (zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien), sollten nach Maßgabe der Angaben in der Einleitungsbekanntmachung an die Kommission zurückgesandt werden.

1. NAME UND KONTAKTDATEN

Machen Sie bitte folgende Angaben zu Ihrem Unternehmen:

Name des Unternehmens	
Anschrift	
Kontaktperson	
E-Mail:	
Telefon:	

2. UMSATZ UND VERKAUFSMENGE

Geben Sie für den Untersuchungszeitraum der Überprüfung bitte Folgendes an: den Gesamtumsatz des Unternehmens in EUR und – für die überprüfte Ware im Sinne der Einleitungsbekanntmachung – den Wert der Einfuhren und der Weiterverkäufe auf dem Unionsmarkt nach der Einfuhr aus der Volksrepublik China in EUR sowie die entsprechende Menge in Stück.

	Stückzahl	Wert (in EUR)
Gesamtumsatz Ihres Unternehmens (in EUR)		
Einfuhren der überprüften Ware mit Ursprung in der Volksrepublik China		
Einfuhren der überprüften Ware (jeglichen Ursprungs)		
Weiterverkäufe der überprüften Ware auf dem Unionsmarkt nach der Einfuhr aus der Volksrepublik China		

3. GESCHÄFTSTÄTIGKEITEN IHRES UNTERNEHMENS UND DER VERBUNDENEN UNTERNEHMEN ⁽¹⁾

Bitte machen Sie Angaben zu den genauen Geschäftstätigkeiten des Unternehmens und aller verbundenen Unternehmen (bitte auflisten und Art der Verbindung mit Ihrem Unternehmen angeben), die an Herstellung oder Verkauf (im Inland oder zur Ausfuhr) der überprüften Ware beteiligt sind. Zu diesen Tätigkeiten könnten unter anderem der Einkauf der überprüften Ware, ihre Herstellung im Rahmen von Unterauftragsvereinbarungen, ihre Verarbeitung oder der Handel mit ihr gehören.

Name und Standort des Unternehmens	Geschäftstätigkeiten	Art der Verbindung

4. SONSTIGE ANGABEN

Machen Sie bitte sonstige sachdienliche Angaben, die der Kommission aus der Sicht des Unternehmens bei der Stichprobenbildung von Nutzen sein könnten.

5. ERKLÄRUNG

Mit der Übermittlung der genannten Angaben erklärt sich das Unternehmen mit seiner etwaigen Einbeziehung in die Stichprobe einverstanden. Wird das Unternehmen in die Stichprobe einbezogen, muss es einen Fragebogen ausfüllen und einem Besuch in seinen Betriebsstätten zustimmen, welcher der Überprüfung seiner Angaben dient. Lehnt ein Unternehmen eine Einbeziehung in die Stichprobe ab, wird es bei dieser Untersuchung als nicht mitarbeitendes Unternehmen geführt. Die Kommission trifft die Feststellungen in Bezug auf nicht mitarbeitende Einführer auf der Grundlage der verfügbaren Informationen; dies kann zu einem Ergebnis führen, das für das betreffende Unternehmen ungünstiger ist, als wenn es mitgearbeitet hätte.

Unterschrift des/der Bevollmächtigten:

Name und Funktion des/der Bevollmächtigten:

Datum:

⁽¹⁾ Nach Artikel 127 der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 der Kommission vom 24. November 2015 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union gelten zwei Personen als verbunden, wenn a) sie leitende Angestellte oder Direktoren im Unternehmen der anderen Person sind, b) sie Teilhaber oder Gesellschafter von Personengesellschaften sind, c) sie sich in einem Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis zueinander befinden, d) eine dritte Person unmittelbar oder mittelbar 5 % oder mehr der im Umlauf befindlichen stimmberechtigten Anteile oder Aktien beider Personen besitzt, kontrolliert oder hält, e) eine von ihnen unmittelbar oder mittelbar die andere kontrolliert, f) beide von ihnen unmittelbar oder mittelbar von einer dritten Person kontrolliert werden, g) sie beide zusammen unmittelbar oder mittelbar eine dritte Person kontrollieren oder h) sie Mitglieder derselben Familie sind (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 558). Nach Artikel 5 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union ist eine „Person“ eine natürliche Person, eine juristische Person oder eine Personenvereinigung, die keine juristische Person ist, die jedoch nach Unionsrecht oder nach einzelstaatlichem Recht die Möglichkeit hat, im Rechtsverkehr wirksam aufzutreten (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1).



Bekanntmachung der Einleitung einer Überprüfung wegen des bevorstehenden Auslaufens der Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren von Elektrofahrrädern mit Ursprung in der Volksrepublik China

(C/2024/802)

Nach Veröffentlichung der Bekanntmachung des bevorstehenden Auslaufens der Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren von Elektrofahrrädern mit Ursprung in der Volksrepublik China ⁽¹⁾ (im Folgenden „China“ oder „betroffenes Land“) ging bei der Europäischen Kommission (im Folgenden „Kommission“) ein Antrag auf Einleitung einer Überprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1036 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern ⁽²⁾ (im Folgenden „Grundverordnung“) ein.

1. Überprüfungsantrag

Der Antrag wurde am 16. Oktober 2023 im Sinne des Artikels 5 Absatz 4 der Grundverordnung im Namen der Elektrofahrradhersteller in der Union vom Verband der europäischen Fahrradhersteller (European Bicycle Manufacturers Association – im Folgenden „EBMA“ oder „Antragsteller“) eingereicht.

Eine allgemein einsehbare Fassung des Antrags und die Analyse, inwieweit der Antrag von den Unionsherstellern unterstützt wird, sind in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier verfügbar. Abschnitt 5.6 dieser Bekanntmachung enthält Informationen über den Zugang zum Dossier für interessierte Parteien.

2. Überprüfte Ware

Die Überprüfung betrifft Fahrräder mit Treithilfe mit Elektrohilfsmotor (im Folgenden „überprüfte Ware“), die derzeit unter den KN-Codes 8711 60 10 und ex 8711 60 90 (TARIC-Code 8711 60 90 10) eingereiht werden. Die KN- und TARIC-Codes werden nur informationshalber und unbeschadet einer späteren Änderung der zolltariflichen Einreihung angegeben.

3. Geltende Maßnahmen

Bei den derzeit geltenden Maßnahmen handelt es sich um einen endgültigen Antidumpingzoll, der mit der Durchführungsverordnung (EU) 2019/73 der Kommission ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Durchführungsverordnung (EU) 2023/609 der Kommission ⁽⁴⁾, eingeführt wurde.

4. Gründe für die Überprüfung

Der Antrag wurde damit begründet, dass bei Außerkrafttreten der Maßnahmen mit einem Anhalten des Dumpings und einem erneuten Auftreten der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union zu rechnen sei.

4.1. Behauptung der Wahrscheinlichkeit eines Anhaltens des Dumpings

Dem Antragsteller zufolge ist es aufgrund nennenswerter Verzerrungen im Sinne des Artikels 2 Absatz 6a Buchstabe b der Grundverordnung nicht angemessen, die Inlandspreise und -kosten in China heranzuziehen.

⁽¹⁾ ABl. C 154 vom 2.5.2023, S. 46.

⁽²⁾ ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 21.

⁽³⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2019/73 der Kommission vom 17. Januar 2019 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren von Elektrofahrrädern mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. L 16 vom 18.1.2019, S. 108).

⁽⁴⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2023/609 der Kommission vom 17. März 2023 zur Wiedereinführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Elektrofahrrädern mit Ursprung in der Volksrepublik China in Bezug auf Giant Electric Vehicle (Kunshan) Co., Ltd infolge des Urteils des Gerichts in der Rechtssache T-242/19 (ABl. L 80 vom 20.3.2023, S. 41).

Zur Untermauerung der Behauptung, dass nennenswerte Verzerrungen bestehen, bezog sich der Antragsteller auf die Informationen in dem von den Kommissionsdienststellen am 20. Dezember 2017 vorgelegten Länderbericht, in dem die spezifischen Marktgegebenheiten in China beschrieben werden ⁽⁵⁾. Insbesondere nahm der Antragsteller Bezug auf Verzerrungen in Form einer staatlichen Präsenz im Allgemeinen und konkreter im chinesischen Fahrrad- und Elektrofahrradsektor sowie auf die Kapitel über allgemeine Verzerrungen bei z. B. Rohstoffen, Energie, Arbeit oder dem Zugang zu Finanzierungen.

Außerdem verwies der Antragsteller auf die konkrete Unterstützung der chinesischen Regierung für die chinesische Batterieindustrie und die chinesische Elektromotorindustrie, die nach wie vor von einem Präferenzrahmen profitierten, der mit dem 14. Fünfjahresplan für Fahrräder und Elektrofahrräder, dem 14. Allgemeinen Fünfjahresplan, der Initiative „Made In China 2025“ und mehreren Plänen in den Provinzen aufgestellt worden sei. Darüber hinaus seien viele chinesische Batterie- und Motorenhersteller Mitglieder des Chinesischen Fahrradverbands (CBA) ⁽⁶⁾ und/oder staatseigene Unternehmen, die die inländische chinesische Elektrofahrradindustrie zu Vorzugsbedingungen belieferten ⁽⁷⁾.

Zudem stützte sich der Antragsteller auf öffentlich zugängliche Informationen, insbesondere auf Erkenntnisse aus jüngsten Handelsschutzuntersuchungen der Kommission, aus denen hervorgehe, dass in Sektoren, die kritische Inputs für den chinesischen Elektrofahrrad-Wirtschaftszweig lieferten, d. h. in der Stahl- (z. B. geschweißte Rohre aus Stahl, warmgewalzter nicht rostender Stahl) ⁽⁸⁾, der Aluminium- (z. B. Aluminiumstrangpresserzeugnisse, flachgewalzte Aluminiumerzeugnisse und Kraftfahrzeuigräder aus Aluminium) ⁽⁹⁾ und der Reifenindustrie ⁽¹⁰⁾, in China umfangreiche, erhebliche und systemische Verzerrungen bestünden.

Daher stützt sich die Behauptung eines Anhaltens des Dumpings aus China nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe a der Grundverordnung auf einen Vergleich eines Normalwerts, der rechnerisch ermittelt wurde anhand von Herstell- und Umsatzkosten, die unverzerrte Preise oder Vergleichswerte in einem geeigneten repräsentativen Land widerspiegeln, mit dem Preis (auf der Stufe ab Werk) der überprüften Ware aus dem betroffenen Land bei der Ausfuhr in die Union. Der Antragsteller wählte die Türkei als geeignetes repräsentatives Land aus.

Aus diesem Vergleich ergeben sich für China erhebliche Dumpingspannen.

4.2. *Behauptung der Wahrscheinlichkeit eines erneuten Auftretens der Schädigung*

Da für den Wirtschaftszweig der Union derzeit keine Schädigung vorliegt, behauptet der Antragsteller, dass ein erneutes Auftreten der Schädigung aus China wahrscheinlich sei. Er legte diesbezüglich hinreichende Beweise vor, wonach die Einfuhrmengen der überprüften Ware aus China in die Union aufgrund der enormen und weiter expandierenden Produktionskapazitäten der ausführenden Hersteller und der bereits jetzt vorhandenen beträchtlichen nicht ausgelasteten Kapazitäten in China im Falle eines Außerkrafttretens der Maßnahmen zunehmen dürften. Für die chinesischen ausführenden Hersteller sei es einfach, ihre Präsenz auf dem EU-Markt sehr schnell zu steigern.

Darüber hinaus wies der Antragsteller darauf hin, dass die attraktiven Preise auf dem EU-Markt aufgrund der hohen und weiter steigenden Nachfrage bei einem Außerkrafttreten der Maßnahmen eine Sogwirkung für den Anstieg der chinesischen Ausfuhren auslösen würden. Chinesische E-Bikes gelangen bereits zu sehr niedrigen Preisen in die Union, und ein Vergleich auf der Grundlage verfügbarer Statistiken ergibt eine Preisunterbietung von bis zu 69 %.

Im Übrigen führte der Antragsteller an, dass die Beseitigung der Schädigung in erster Linie auf die Maßnahmen zurückzuführen sei und dass bei Außerkrafttreten der Maßnahmen der Wirtschaftszweig der Union wahrscheinlich erneut geschädigt würde, sofern wieder erhebliche Mengen zu gedumpten Preisen aus China eingeführt würden.

⁽⁵⁾ Commission Staff Working Document on Significant Distortions in the Economy of the People's Republic of China for the Purposes of Trade Defence Investigations (für die Zwecke von Handelsschutzuntersuchungen erstellte Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen über nennenswerte wirtschaftliche Verzerrungen in der Volksrepublik China) vom 20. Dezember 2017, SWD(2017) 483 final/2. Der Länderbericht steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel ([https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD\(2017\)483&lang=en](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD(2017)483&lang=en)) zur Verfügung. Im Länderbericht zitierte Dokumente sind auf hinreichend begründeten Antrag ebenfalls erhältlich.

⁽⁶⁾ Der CBA steht unter der ausdrücklichen Aufsicht des Chinesischen Nationalen Leichtindustrierates (CNLIC), dem ehemaligen Ministerium für Leichtindustrie, was der chinesischen Regierung die Ausübung von Kontrolle und Aufsicht ermöglicht.

⁽⁷⁾ ABl. L 16 vom 18.1.2019, S. 5.

⁽⁸⁾ Beispielsweise ABl. L 132 vom 19.4.2021, S. 145; ABl. L 110 vom 8.4.2020, S. 3.

⁽⁹⁾ Beispielsweise ABl. L 109 vom 30.3.2021, S. 1; ABl. L 359 vom 11.10.2021, S. 6; ABl. L 18 vom 19.1.2023, S. 66.

⁽¹⁰⁾ ABl. L 116 vom 7.5.2018, S. 8; die Untersuchung betraf zwar Reifen für Omnibusse und Kraftfahrzeuge für den Transport von Waren, es ist jedoch nicht bewiesen, dass sich die Verzerrungen auf diese Arten von Reifen beschränken.

5. Verfahren

Die Kommission kam nach Anhörung des nach Artikel 15 Absatz 1 der Grundverordnung eingesetzten Ausschusses zu dem Schluss, dass genügend Beweise für die Wahrscheinlichkeit von Dumping ⁽¹¹⁾ und Schädigung vorliegen, um die Einleitung einer Auslaufüberprüfung zu rechtfertigen; sie leitet daher eine Überprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Grundverordnung ein.

Bei der Auslaufüberprüfung wird untersucht, ob damit zu rechnen ist, dass bei einem Außerkrafttreten der Maßnahmen das Dumping in Bezug auf die überprüfte Ware mit Ursprung in China anhält und der Wirtschaftszweig der Union erneut geschädigt wird.

5.1. Untersuchungszeitraum der Überprüfung und Bezugszeitraum

Die Untersuchung bezüglich eines Anhaltens oder erneuten Auftretens des Dumpings erstreckt sich auf den Zeitraum vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 (im Folgenden „Untersuchungszeitraum der Überprüfung“). Die Untersuchung der Entwicklungen, die für die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit eines Anhaltens oder erneuten Auftretens der Schädigung relevant sind, betrifft den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums der Überprüfung (im Folgenden „Bezugszeitraum“).

5.2. Stellungnahmen zum Antrag und zur Einleitung der Untersuchung

Interessierte Parteien, die zum Antrag (zum Beispiel zu Angelegenheiten im Zusammenhang mit einem erneuten Auftreten der Schädigung oder mit der Schadensursache) oder zu Aspekten im Zusammenhang mit der Einleitung der Untersuchung (zum Beispiel zu der Frage, inwieweit der Antrag unterstützt wird) Stellung nehmen möchten, müssen dies binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* ⁽¹²⁾ tun.

Anträge auf Anhörung, die die Einleitung der Untersuchung betreffen, müssen binnen 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung gestellt werden.

5.3. Verfahren zur Ermittlung der Wahrscheinlichkeit eines Anhaltens oder erneuten Auftretens des Dumpings

Bei einer Auslaufüberprüfung untersucht die Kommission Ausfuhren, die im Untersuchungszeitraum der Überprüfung in die Union getätigt wurden, und prüft, unabhängig von den Ausfuhren in die Union, ob die Lage der Unternehmen, die die überprüfte Ware im betroffenen Land herstellen und verkaufen, sich so darstellt, dass bei einem Außerkrafttreten der Maßnahmen die Ausfuhren zu gedumpten Preisen in die Union fortgesetzt oder erneut getätigt werden dürften.

Daher werden alle Hersteller ⁽¹³⁾ der überprüften Ware aus dem betroffenen Land gebeten, bei der Untersuchung der Kommission mitzuarbeiten; dies gilt auch für diejenigen, die nicht bei der Untersuchung/den Untersuchungen mitgearbeitet haben, die zu den geltenden Maßnahmen führten(n).

5.3.1. Untersuchung der Hersteller im betroffenen Land

Da in China möglicherweise eine Vielzahl von Herstellern von dieser Auslaufüberprüfung betroffen ist und da es gilt, die Untersuchung fristgerecht abzuschließen, kann die Kommission die Zahl der zu untersuchenden Hersteller auf ein vertretbares Maß beschränken, indem sie eine Stichprobe bildet (im Folgenden „Stichprobenverfahren“). Das Stichprobenverfahren wird nach Artikel 17 der Grundverordnung durchgeführt.

Damit die Kommission über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden kann, werden alle Hersteller oder die in ihrem Namen handelnden Vertreter hiermit gebeten, der Kommission binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung Angaben zu ihren Unternehmen vorzulegen; dies gilt auch für diejenigen, die nicht bei der Untersuchung mitgearbeitet haben, die zu den jetzt zur Überprüfung anstehenden Maßnahmen führten. Diese Angaben sind über TRON.tdi unter folgender Adresse zu übermitteln: https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/tdi/form/R810_SAMPLING_FORM_FOR_EXPORTING_PRODUCER. Informationen zum Zugriff auf TRON enthalten die Abschnitte 5.6 und 5.9.

⁽¹¹⁾ Angesichts der vorliegenden Informationen vertritt die Kommission die Auffassung, dass hinreichende Beweise vorliegen, die tendenziell darauf hindeuten, dass es aufgrund nennenswerter Verzerrungen mit Auswirkungen auf Preise und Kosten nicht angebracht ist, die Inlandspreise und -kosten des betroffenen Landes heranzuziehen, und dass somit die Einleitung einer Untersuchung nach Artikel 2 Absatz 6a der Grundverordnung gerechtfertigt ist.

⁽¹²⁾ Sofern nichts anderes bestimmt ist, sind alle Bezugnahmen auf die Veröffentlichung dieser Bekanntmachung Bezugnahmen auf die Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union*.

⁽¹³⁾ Ein Hersteller ist ein Unternehmen im betroffenen Land, das die überprüfte Ware herstellt, gegebenenfalls auch ein verbundenes Unternehmen, das an der Herstellung, den Inlandsverkäufen oder der Ausfuhr der überprüften Ware beteiligt ist.

Die Kommission wird ferner mit den Behörden des betroffenen Landes sowie gegebenenfalls mit den ihr bekannten Herstellerverbänden im betroffenen Land Kontakt aufnehmen, um die Informationen einzuholen, die sie für die Auswahl der Herstellerstichprobe benötigt.

Ist die Bildung einer Stichprobe erforderlich, werden die Hersteller auf der Grundlage der größten repräsentativen Produktions-, Verkaufs- oder Ausfuhrmenge ausgewählt, die in der zur Verfügung stehenden Zeit in angemessener Weise untersucht werden kann. Alle der Kommission bekannten Hersteller im betroffenen Land, die Behörden des betroffenen Landes und die Herstellerverbände werden von der Kommission (gegebenenfalls über die Behörden des betroffenen Landes) darüber in Kenntnis gesetzt, welche Unternehmen für die Stichprobe ausgewählt wurden.

Sobald die Kommission die erforderlichen Informationen erhalten hat, um eine Herstellerstichprobe zu bilden, teilt sie den betroffenen Parteien mit, ob sie in die Stichprobe einbezogen wurden. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die Hersteller, die für die Stichprobe ausgewählt wurden, binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über ihre Einbeziehung in die Stichprobe einen ausgefüllten Fragebogen übermitteln.

Die Kommission nimmt in das zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmte Dossier einen Vermerk zur Stichprobenauswahl auf. Stellungnahmen zur Stichprobenauswahl müssen binnen 3 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über die Stichprobe eingehen.

Der Fragebogen für Hersteller im betroffenen Land steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2712>) zur Verfügung.

Unbeschadet des Artikels 18 der Grundverordnung gelten Unternehmen, die ihrer möglichen Einbeziehung in die Stichprobe zugestimmt haben, jedoch hierfür nicht ausgewählt werden, als mitarbeitend.

5.3.2. *Zusätzliches Verfahren für China, wo nennenswerte Verzerrungen auftreten*

Vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden alle interessierten Parteien hiermit gebeten, ihren Standpunkt zur Anwendung des Artikels 2 Absatz 6a der Grundverordnung unter Vorlage von Informationen und sachdienlichen Nachweisen darzulegen. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen diese Informationen und sachdienlichen Nachweise binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der Kommission eingehen.

Insbesondere fordert die Kommission alle interessierten Parteien auf, zu den im Antrag angegebenen Inputs und Codes des Harmonisierten Systems (HS) Stellung zu nehmen, ein geeignetes repräsentatives Land oder geeignete repräsentative Länder vorzuschlagen und Hersteller der überprüften Ware in diesen Ländern zu nennen. Diese Informationen und sachdienlichen Nachweise müssen binnen 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der Kommission eingehen.

Kurz nach Einleitung der Untersuchung unterrichtet die Kommission nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe e der Grundverordnung durch einen Vermerk in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier die von der Untersuchung betroffenen Parteien über die relevanten Quellen, die die Kommission zur Ermittlung des Normalwerts in China nach Artikel 2 Absatz 6a der Grundverordnung heranzuziehen beabsichtigt. Dies gilt für alle Quellen, einschließlich der Auswahl – soweit dies angebracht ist – eines geeigneten repräsentativen Drittlands. Die von der Untersuchung betroffenen Parteien können binnen 10 Tagen ab dem Datum, an dem dieser Vermerk in das Dossier aufgenommen wurde, dazu Stellung nehmen.

Den der Kommission vorliegenden Informationen nach zu urteilen käme im vorliegenden Fall die Türkei als für China repräsentatives Drittland in Betracht. Um die endgültige Wahl des geeigneten repräsentativen Drittlands treffen zu können, wird die Kommission prüfen, ob es Länder mit einem ähnlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstand wie in China gibt, in denen die überprüfte Ware hergestellt und verkauft wird und in denen die jeweiligen Daten ohne Weiteres verfügbar sind. Gibt es mehr als ein derartiges Land, werden gegebenenfalls Länder bevorzugt, in denen ein angemessener Sozial- und Umweltschutz besteht.

Bezüglich der relevanten Quellen ersucht die Kommission alle Hersteller in China, binnen 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung Angaben zu den bei der Herstellung der überprüften Ware verwendeten Vormaterialien (Rohstoffe und Halbzeug) sowie dem entsprechenden Energieverbrauch vorzulegen. Diese Angaben sind über TRON.tdi unter folgender Adresse zu übermitteln: https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/tdi/form/R810_INFO_ON_INPUTS_FOR_EXPORTING_PRODUCER_FORM. Informationen zum Zugriff auf TRON enthalten die Abschnitte 5.6 und 5.9.

Sachinformationen zu Kosten und Preisen nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe a der Grundverordnung müssen darüber hinaus binnen 65 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung vorgelegt werden. Solche Sachinformationen sollten ausschließlich aus öffentlich zugänglichen Quellen stammen.

Die Kommission wird der chinesischen Regierung ferner einen Fragebogen zur Verfügung stellen, um die Informationen einzuholen, die sie für die Untersuchung der mutmaßlichen nennenswerten Verzerrungen im Sinne des Artikels 2 Absatz 6a Buchstabe b der Grundverordnung benötigt.

5.3.3. Untersuchung der unabhängigen Einführer ⁽¹⁴⁾ ⁽¹⁵⁾

Die unabhängigen Einführer, die die überprüfte Ware aus dem betroffenen Land in die Union einführen, werden gebeten, bei dieser Untersuchung mitzuarbeiten; dies gilt auch für diejenigen, die nicht bei der Untersuchung mitgearbeitet haben, die zu den geltenden Maßnahmen führte.

Da möglicherweise eine Vielzahl unabhängiger Einführer von dieser Auslaufüberprüfung betroffen ist und da es gilt, die Untersuchung fristgerecht abzuschließen, kann die Kommission die Zahl der zu untersuchenden unabhängigen Einführer auf ein vertretbares Maß beschränken, indem sie eine Stichprobe bildet (im Folgenden „Stichprobenverfahren“). Das Stichprobenverfahren wird nach Artikel 17 der Grundverordnung durchgeführt.

Damit die Kommission über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden kann, werden alle unabhängigen Einführer oder die in ihrem Namen handelnden Vertreter hiermit gebeten, mit der Kommission Kontakt aufzunehmen; dies gilt auch für diejenigen, die nicht bei der Untersuchung mitgearbeitet haben, die zu den jetzt zur Überprüfung anstehenden Maßnahmen führte. Die Parteien müssen dies binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung tun, indem sie der Kommission die im Anhang erbetenen Angaben zu ihren Unternehmen übermitteln.

Ferner kann die Kommission mit den ihr bekannten Einführerverbänden Kontakt aufnehmen, um die Informationen einzuholen, die sie für die Auswahl der Stichprobe der unabhängigen Einführer benötigt.

Ist die Bildung einer Stichprobe erforderlich, können die Einführer auf der Grundlage der größten repräsentativen Verkaufsmenge der überprüften Ware aus dem betroffenen Land in der Union ausgewählt werden, die in der zur Verfügung stehenden Zeit in angemessener Weise untersucht werden kann. Alle der Kommission bekannten unabhängigen Einführer und Einführerverbände werden von ihr davon in Kenntnis gesetzt, welche Unternehmen für die Stichprobe ausgewählt wurden.

Die Kommission nimmt in das zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmte Dossier auch einen Vermerk zur Stichprobenauswahl auf. Stellungnahmen zur Stichprobenauswahl müssen binnen 3 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über die Stichprobe eingehen.

Die Kommission wird den in die Stichprobe einbezogenen unabhängigen Einführern Fragebogen zur Verfügung stellen, um die für ihre Untersuchung benötigten Informationen einzuholen. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen diese Parteien binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Stichprobe einen ausgefüllten Fragebogen übermitteln.

⁽¹⁴⁾ Es können ausschließlich Einführer, die nicht mit Herstellern im betroffenen Land verbunden sind, in die Stichprobe einbezogen werden. Einführer, die mit Herstellern verbunden sind, müssen Anhang I des Fragebogens für die betreffenden Hersteller ausfüllen. Nach Artikel 127 der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 der Kommission vom 24. November 2015 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union gelten zwei Personen als verbunden, wenn a) sie leitende Angestellte oder Direktoren im Unternehmen der anderen Person sind, b) sie Teilhaber oder Gesellschafter von Personengesellschaften sind, c) sie sich in einem Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis zueinander befinden, d) eine dritte Person unmittelbar oder mittelbar 5 % oder mehr der im Umlauf befindlichen stimmberechtigten Anteile oder Aktien beider Personen besitzt, kontrolliert oder hält, e) eine von ihnen unmittelbar oder mittelbar die andere kontrolliert, f) beide von ihnen unmittelbar oder mittelbar von einer dritten Person kontrolliert werden, g) sie beide zusammen unmittelbar oder mittelbar eine dritte Person kontrollieren oder h) sie Mitglieder derselben Familie sind (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 558). Nach Artikel 5 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union ist eine „Person“ eine natürliche Person, eine juristische Person oder eine Personenvereinigung, die keine juristische Person ist, die jedoch nach Unionsrecht oder nach einzelstaatlichem Recht die Möglichkeit hat, im Rechtsverkehr wirksam aufzutreten (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1).

⁽¹⁵⁾ Die von unabhängigen Einführern vorgelegten Daten können im Rahmen dieser Untersuchung auch zu anderen Zwecken als zur Dumpingermittlung herangezogen werden.

Der Fragebogen für unabhängige Einführer steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2712>) zur Verfügung.

5.4. **Verfahren zur Feststellung der Wahrscheinlichkeit eines Anhaltens oder erneuten Auftretens der Schädigung und zur Untersuchung der Unionshersteller**

Um festzustellen, ob ein Anhalten oder erneutes Auftreten der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union wahrscheinlich ist, ersucht die Kommission die Unionshersteller der überprüften Ware darum, bei der Untersuchung mitzuarbeiten.

Da eine Vielzahl von Unionsherstellern von dieser Auslaufüberprüfung betroffen ist und da es gilt, die Untersuchung fristgerecht abzuschließen, hat die Kommission beschlossen, die Zahl der zu untersuchenden Unionshersteller auf ein vertretbares Maß zu beschränken, indem sie eine Stichprobe bildet (im Folgenden „Stichprobenverfahren“). Das Stichprobenverfahren wird nach Artikel 17 der Grundverordnung durchgeführt.

Die Kommission hat eine vorläufige Stichprobe der Unionshersteller gebildet. Genauere Angaben dazu können dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier entnommen werden.

Die interessierten Parteien werden hiermit aufgefordert, zur vorläufigen Stichprobe Stellung zu nehmen. Außerdem müssen andere Unionshersteller oder die in ihrem Namen handelnden Vertreter, die der Auffassung sind, dass bestimmte Gründe für die Einbeziehung ihres Unternehmens in die Stichprobe sprechen, die Kommission binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung kontaktieren; dies gilt auch für diejenigen Unionshersteller, die nicht bei der Untersuchung/den Untersuchungen mitgearbeitet haben, die zu den geltenden Maßnahmen führte(n). Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen alle Stellungnahmen zur vorläufigen Stichprobe binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der Kommission eingegangen sein.

Die Kommission wird alle ihr bekannten Unionshersteller und Verbände von Unionsherstellern darüber in Kenntnis setzen, welche Unternehmen in die endgültige Stichprobe einbezogen wurden.

Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die Unionshersteller, die für die Stichprobe ausgewählt wurden, binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über ihre Einbeziehung in die Stichprobe einen ausgefüllten Fragebogen übermitteln.

Der Fragebogen für Unionshersteller steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2712>) zur Verfügung.

5.5. **Verfahren zur Prüfung des Unionsinteresses**

Sollte sich die Wahrscheinlichkeit eines Anhaltens oder erneuten Auftretens des Dumpings und der Schädigung bestätigen, wird nach Artikel 21 der Grundverordnung geprüft, ob die Aufrechterhaltung der Antidumpingmaßnahmen nicht etwa dem Unionsinteresse zuwiderliefe.

Die Unionshersteller, die Einführer und ihre repräsentativen Verbände, die Verwender und ihre repräsentativen Verbände, die Gewerkschaften sowie repräsentative Verbraucherorganisationen werden gebeten, der Kommission Informationen zum Unionsinteresse zu übermitteln.

Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die Informationen zur Bewertung des Unionsinteresses binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung übermittelt werden. Diese Angaben können entweder in einem frei gewählten Format oder in einem von der Kommission erstellten Fragebogen gemacht werden.

Die Fragebogen, darunter auch der Fragebogen für Verwender der überprüften Ware, stehen in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2712>) zur Verfügung. Nach Artikel 21 der Grundverordnung übermittelte Informationen werden allerdings nur dann berücksichtigt, wenn sie zum Zeitpunkt ihrer Übermittlung durch Beweise belegt sind, die ihre Richtigkeit bestätigen.

5.6. **Interessierte Parteien**

Um bei der Untersuchung mitarbeiten zu können, müssen interessierte Parteien wie Hersteller im betroffenen Land, Unionshersteller, Einführer und ihre repräsentativen Verbände, Verwender und ihre repräsentativen Verbände, Gewerkschaften sowie repräsentative Verbraucherorganisationen zunächst nachweisen, dass ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der überprüften Ware besteht.

Hersteller im betroffenen Land, Unionshersteller, Einführer und repräsentative Verbände, die Informationen nach den Verfahren der Abschnitte 5.3.1, 5.3.3 und 5.4.1 zur Verfügung gestellt haben, gelten als interessierte Parteien, wenn ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der überprüften Ware besteht.

Andere Parteien können erst dann als interessierte Partei bei der Untersuchung mitarbeiten, wenn sie sich bei der Kommission gemeldet haben, und nur dann, wenn ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der überprüften Ware besteht. Die Einstufung als interessierte Partei gilt unbeschadet der Anwendung des Artikels 18 der Grundverordnung.

Der Zugang zu dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier erfolgt über TRON.tdi unter folgender Adresse: <https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/TDI>. Um Zugang zu erhalten, folgen Sie bitte den Anweisungen auf dieser Webseite ⁽¹⁶⁾.

5.7. *Andere schriftliche Beiträge*

Vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden alle interessierten Parteien hiermit gebeten, ihren Standpunkt unter Vorlage von Informationen und sachdienlichen Nachweisen darzulegen. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen diese Informationen und sachdienlichen Nachweise binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der Kommission eingehen.

5.8. *Möglichkeit der Anhörung durch die untersuchenden Kommissionsdienststellen*

Jede interessierte Partei kann eine Anhörung durch die untersuchenden Kommissionsdienststellen beantragen. Der entsprechende Antrag ist schriftlich zu stellen und zu begründen; er muss ferner eine Zusammenfassung der Punkte enthalten, die die interessierte Partei während der Anhörung erörtern möchte. Die Anhörung ist auf die von den interessierten Parteien im Voraus schriftlich dargelegten Punkte beschränkt.

Grundsätzlich können die Anhörungen nicht zur Darlegung von Sachinformationen genutzt werden, die noch nicht im Dossier enthalten sind. Im Interesse einer guten Verwaltung und um die Kommissionsdienststellen in die Lage zu versetzen, bei der Untersuchung voranzukommen, können die interessierten Parteien nach einer Anhörung jedoch aufgefordert werden, neue Sachinformationen vorzulegen.

5.9. *Schriftliche Beiträge, Übermittlung ausgefüllter Fragebogen und Schriftwechsel*

Der Kommission für die Zwecke von Handelsschutzuntersuchungen vorgelegte Angaben müssen frei von Urheberrechten sein. Bevor interessierte Parteien der Kommission Angaben oder Daten vorlegen, für die Urheberrechte Dritter gelten, müssen sie vom Urheberrechtsinhaber eine spezifische Genehmigung einholen, die es der Kommission ausdrücklich gestattet, a) die Angaben und Daten für die Zwecke dieses Handelsschutzverfahrens zu verwenden und b) den an dieser Untersuchung interessierten Parteien die Angaben und Daten so vorzulegen, dass sie ihre Verteidigungsrechte wahrnehmen können.

Alle von interessierten Parteien übermittelten schriftlichen Beiträge, die vertraulich behandelt werden sollen, müssen den Vermerk „Sensitive“ ⁽¹⁷⁾ (zur vertraulichen Behandlung) tragen; dies gilt auch für entsprechende mit dieser Bekanntmachung angeforderte Informationen, ausgefüllte Fragebogen und sonstige Schreiben. Parteien, die im Laufe der Untersuchung Informationen vorlegen, werden gebeten, ihren Antrag auf vertrauliche Behandlung zu begründen.

Parteien, die Informationen mit dem Vermerk „Sensitive“ übermitteln, müssen nach Artikel 19 Absatz 2 der Grundverordnung eine nichtvertrauliche Zusammenfassung vorlegen, die den Vermerk „For inspection by interested parties“ (zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien) trägt. Diese Zusammenfassung muss so ausführlich sein, dass sie ein angemessenes Verständnis des wesentlichen Inhalts der vertraulichen Informationen ermöglicht. Kann eine Partei, die vertrauliche Informationen vorlegt, ihren Antrag auf vertrauliche Behandlung nicht triftig begründen oder legt sie keine nichtvertrauliche Zusammenfassung der Informationen im vorgeschriebenen Format und in der vorgeschriebenen Qualität vor, so kann die Kommission solche Informationen unberücksichtigt lassen, sofern nicht anhand geeigneter Quellen in zufriedenstellender Weise nachgewiesen wird, dass die Informationen richtig sind.

⁽¹⁶⁾ Bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per E-Mail (trade-service-desk@ec.europa.eu) oder telefonisch (Tel.: +32 22979797) an den Trade Service Desk.

⁽¹⁷⁾ Eine Unterlage mit dem Vermerk „Sensitive“ gilt als vertraulich im Sinne des Artikels 19 der Grundverordnung und des Artikels 6 des WTO-Übereinkommens zur Durchführung des Artikels VI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994 (Antidumping-Übereinkommen). Sie ist ferner nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43) geschützt.

Interessierte Parteien werden gebeten, alle Beiträge und Anträge, darunter auch Anträge auf Registrierung als interessierte Partei, gescannte Vollmachten und Bescheinigungen, über TRON.tdi (<https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/TDI>) zu übermitteln. Mit der Verwendung von TRON.tdi oder E-Mail erklären sich die interessierten Parteien mit den Regeln für die elektronische Übermittlung von Unterlagen im Leitfaden zum „SCHRIFTWECHSEL MIT DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION BEI HANDELSSCHUTZUNTERSUCHUNGEN“ einverstanden, der auf der Website der Generaldirektion Handel veröffentlicht ist: <https://europa.eu/!7tHpY3>. Die interessierten Parteien müssen ihren Namen sowie ihre Anschrift, Telefonnummer und gültige E-Mail-Adresse angeben und sollten sicherstellen, dass es sich bei der genannten E-Mail-Adresse um eine aktive offizielle Mailbox handelt, die täglich eingesehen wird. Hat die Kommission die Kontaktdaten erhalten, so kommuniziert sie ausschließlich über TRON.tdi oder per E-Mail mit den interessierten Parteien, es sei denn, diese wünschen ausdrücklich, alle Unterlagen von der Kommission auf einem anderen Kommunikationsweg zu erhalten, oder die Art der Unterlage macht den Versand per Einschreiben erforderlich. Weitere Regeln und Informationen bezüglich des Schriftverkehrs mit der Kommission, einschließlich der Grundsätze für Übermittlungen über TRON.tdi oder per E-Mail, können dem genannten Leitfaden für interessierte Parteien entnommen werden.

Postanschrift der Kommission:

Europäische Kommission
Generaldirektion Handel
Direktion G
Büro: CHAR 04/039
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

TRON.tdi: <https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/tdi>

E-Mail: TRADE-R810-EBIKES-DUMPING@ec.europa.eu

TRADE-R810-EBIKES-INJURY@ec.europa.eu

6. Zeitplan für die Untersuchung

Nach Artikel 11 Absatz 5 der Grundverordnung wird die Untersuchung in der Regel binnen 12 Monaten, spätestens jedoch 15 Monate nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung abgeschlossen.

7. Vorlage von Informationen

In der Regel können interessierte Parteien nur innerhalb der in Abschnitt 5 dieser Bekanntmachung angegebenen Fristen Informationen vorlegen.

Um die Untersuchung innerhalb der vorgeschriebenen Fristen abzuschließen, nimmt die Kommission nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zur endgültigen Unterrichtung bzw. gegebenenfalls nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zur weiteren Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen keine Beiträge der interessierten Parteien mehr an.

8. Möglichkeit, zu den Beiträgen anderer Parteien Stellung zu nehmen

Zur Wahrung der Verteidigungsrechte sollten die interessierten Parteien die Möglichkeit haben, sich zu den von anderen interessierten Parteien vorgelegten Informationen zu äußern. Dabei dürfen die interessierten Parteien nur auf die in den Beiträgen der anderen interessierten Parteien vorgebrachten Punkte eingehen und keine neuen Punkte ansprechen.

Stellungnahmen zu Informationen, die von anderen interessierten Parteien auf die Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen hin vorgelegt wurden, sollten, sofern nichts anderes bestimmt ist, binnen 5 Tagen nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zu den endgültigen Feststellungen abgegeben werden. Im Falle einer weiteren Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen sollten Stellungnahmen zu Informationen, die von anderen interessierten Parteien auf diese weitere Unterrichtung hin vorgelegt wurden, spätestens am Tag nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zu dieser weiteren Unterrichtung abgegeben werden, sofern nichts anderes bestimmt ist.

Der genannte Zeitrahmen berührt nicht das Recht der Kommission, in hinreichend begründeten Fällen zusätzliche Informationen von den interessierten Parteien anzufordern.

9. Verlängerung der in dieser Bekanntmachung vorgesehenen Fristen

Eine Verlängerung der in dieser Bekanntmachung vorgesehenen Fristen sollte nur in Ausnahmefällen beantragt werden und wird nur bei hinreichender Begründung gewährt. In jedem Fall sind Verlängerungen von Fristen für die Beantwortung der Fragebogen normalerweise auf 3 Tage begrenzt; grundsätzlich werden höchstens 7 Tage gewährt. In Bezug auf die Fristen für die Vorlage anderer Informationen nach dieser Bekanntmachung sind Verlängerungen auf 3 Tage begrenzt, sofern nicht nachgewiesen wird, dass außergewöhnliche Umstände vorliegen.

10. Mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit

Verweigert eine interessierte Partei den Zugang zu den erforderlichen Informationen oder erteilt sie die Auskünfte nicht fristgerecht oder behindert sie die Untersuchung erheblich, so können nach Artikel 18 der Grundverordnung positive oder negative Feststellungen auf der Grundlage der verfügbaren Informationen getroffen werden.

Wird festgestellt, dass eine interessierte Partei unwahre oder irreführende Informationen vorgelegt hat, so können diese Informationen unberücksichtigt bleiben; stattdessen können die verfügbaren Informationen zugrunde gelegt werden.

Arbeitet eine interessierte Partei nicht oder nur eingeschränkt mit und stützen sich die Feststellungen daher nach Artikel 18 der Grundverordnung auf die verfügbaren Informationen, so kann dies zu einem Ergebnis führen, das für diese Partei ungünstiger ist, als wenn sie mitgearbeitet hätte.

Werden die Antworten nicht elektronisch übermittelt, so gilt dies nicht als mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit, sofern die interessierte Partei darlegt, dass die Übermittlung der Antwort in der gewünschten Form die interessierte Partei über Gebühr zusätzlich belasten würde oder mit unangemessenen zusätzlichen Kosten verbunden wäre. Die interessierte Partei sollte unverzüglich mit der Kommission Kontakt aufnehmen.

11. Anhörungsbeauftragte

Interessierte Parteien können sich an die Anhörungsbeauftragte für Handelsverfahren wenden. Sie befasst sich mit Anträgen auf Zugang zum Dossier, Streitigkeiten über die Vertraulichkeit von Unterlagen, Anträgen auf Fristverlängerung und sonstigen Anträgen in Bezug auf die Verteidigungsrechte der interessierten Parteien oder von Dritten, die sich während des Verfahrens ergeben.

Die Anhörungsbeauftragte kann Anhörungen ansetzen und vermittelnd zwischen interessierten Parteien und den Dienststellen der Kommission tätig werden, um zu gewährleisten, dass die interessierten Parteien ihre Verteidigungsrechte umfassend wahrnehmen können. Eine Anhörung durch die Anhörungsbeauftragte ist schriftlich zu beantragen und zu begründen. Die Anhörungsbeauftragte prüft die Gründe, aus denen der jeweilige Antrag gestellt wird. Solche Anhörungen sollten nur stattfinden, wenn die Fragen nicht zeitnah mit den Dienststellen der Kommission geklärt wurden.

Alle Anträge sind frühzeitig zu stellen, um die geordnete Abwicklung des Verfahrens nicht zu gefährden. Zu diesem Zweck sollten interessierte Parteien die Anhörungsbeauftragte zum frühestmöglichen Zeitpunkt nach Eintritt des Ereignisses, das ein Tätigwerden ihrerseits rechtfertigt, um eine Intervention ersuchen. Bei nicht fristgerecht eingereichten Anträgen auf Anhörung prüft die Anhörungsbeauftragte auch die Gründe für die Verspätung, die Art der aufgeworfenen Probleme und die Auswirkungen dieser Probleme auf die Verteidigungsrechte, wobei den Interessen einer guten Verwaltung und dem fristgerechten Abschluss der Untersuchung gebührend Rechnung getragen wird.

Weiterführende Informationen und Kontaktdaten können interessierte Parteien den Webseiten der Anhörungsbeauftragten im Internet-Auftritt der GD Handel entnehmen: https://policy.trade.ec.europa.eu/contacts/hearing-officer_en

12. Möglichkeit der Beantragung einer Überprüfung nach Artikel 11 Absatz 3 der Grundverordnung

Bei dieser Auslaufüberprüfung handelt es sich um eine Überprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Grundverordnung; daher werden die Untersuchungsergebnisse nicht etwa zu einer Änderung der geltenden Maßnahmen führen, sondern nach Artikel 11 Absatz 6 der Grundverordnung zur Aufhebung oder Aufrechterhaltung jener Maßnahmen.

Ist nach Auffassung einer interessierten Partei zu überprüfen, ob die Maßnahmen geändert werden sollten, so kann die Partei eine Überprüfung nach Artikel 11 Absatz 3 der Grundverordnung beantragen.

Parteien, die eine solche, von der in dieser Bekanntmachung genannten Auslaufüberprüfung getrennt durchzuführende Überprüfung beantragen möchten, können unter der angegebenen Anschrift Kontakt mit der Kommission aufnehmen.

13. Verarbeitung personenbezogener Daten

Alle im Rahmen dieser Untersuchung erhobenen personenbezogenen Daten werden nach der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁸⁾ verarbeitet.

Ein Vermerk zum Datenschutz, mit dem alle natürlichen Personen über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der handelspolitischen Schutzmaßnahmen der Kommission unterrichtet werden, ist auf der Website der GD Handel abrufbar: <https://europa.eu/!vr4g9W>

⁽¹⁸⁾ Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39).

ANHANG

☐ Sensitive version (zur vertraulichen Behandlung)

☐ Version „For inspection by interested parties“ (zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien)

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

ANTIDUMPINGVERFAHREN BETREFFEND DIE EINFUHREN VON ELEKTROFAHRRÄDERN MIT URSPRUNG IN DER VOLKSREPUBLIK CHINA

INFORMATIONEN FÜR DIE AUSWAHL DER STICHPROBE DER UNABHÄNGIGEN EINFÜHRER

Dieses Formular soll unabhängigen Einführern dabei helfen, die unter Abschnitt 5.3.3 der Einleitungsbekanntmachung angeforderten Informationen zur Stichprobenauswahl bereitzustellen.

Beide Fassungen, die „Sensitive version“ (zur vertraulichen Behandlung) und die Version „For inspection by interested parties“ (zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien), sollten nach Maßgabe der Angaben in der Einleitungsbekanntmachung an die Kommission zurückgesandt werden.

1. NAME UND KONTAKTDATEN

Machen Sie bitte folgende Angaben zu Ihrem Unternehmen:

Name des Unternehmens	
Anschrift	
Kontaktperson	
E-Mail:	
Telefon	

2. UMSATZ UND VERKAUFSMENGE

Geben Sie für den Untersuchungszeitraum der Überprüfung bitte Folgendes an: den Gesamtumsatz des Unternehmens in EUR und – für die überprüfte Ware im Sinne der Einleitungsbekanntmachung – den Wert der Einfuhren und der Weiterverkäufe auf dem Unionsmarkt nach der Einfuhr aus der Volksrepublik China (im Folgenden „China“) in EUR sowie die entsprechende Menge der Elektrofahräder in Stück.

	Stückzahl	Wert (in EUR)
Gesamtumsatz Ihres Unternehmens (in EUR)		
Einfuhren der überprüften Ware mit Ursprung in China		
Einfuhren der überprüften Ware (jeglichen Ursprungs)		
Weiterverkäufe der überprüften Ware auf dem Unionsmarkt nach der Einfuhr aus China		

3. GESCHÄFTSTÄTIGKEITEN IHRES UNTERNEHMENS UND DER VERBUNDENEN UNTERNEHMEN ⁽¹⁾

Bitte machen Sie Angaben zu den genauen Geschäftstätigkeiten des Unternehmens und aller verbundenen Unternehmen (bitte auflisten und Art der Verbindung mit Ihrem Unternehmen angeben), die an Herstellung oder Verkauf (im Inland oder zur Ausfuhr) der überprüften Ware beteiligt sind. Zu diesen Tätigkeiten könnten unter anderem der Einkauf der überprüften Ware, ihre Herstellung im Rahmen von Unterauftragsvereinbarungen, ihre Verarbeitung oder der Handel mit ihr gehören.

Name und Standort des Unternehmens	Geschäftstätigkeiten	Art der Verbindung

4. SONSTIGE ANGABEN

Machen Sie bitte sonstige sachdienliche Angaben, die der Kommission aus der Sicht des Unternehmens bei der Stichprobenbildung von Nutzen sein könnten.

5. ERKLÄRUNG

Mit der Übermittlung der genannten Angaben erklärt sich das Unternehmen mit seiner etwaigen Einbeziehung in die Stichprobe einverstanden. Wird das Unternehmen in die Stichprobe einbezogen, muss es einen Fragebogen ausfüllen und einem Besuch in seinen Betriebsstätten zustimmen, welcher der Überprüfung seiner Angaben dient. Lehnt ein Unternehmen eine Einbeziehung in die Stichprobe ab, wird es bei dieser Überprüfung als nicht mitarbeitendes Unternehmen geführt. Die Kommission trifft die Feststellungen in Bezug auf nicht mitarbeitende Einführer auf der Grundlage der verfügbaren Informationen; dies kann zu einem Ergebnis führen, das für das betreffende Unternehmen ungünstiger ist, als wenn es mitgearbeitet hätte.

Unterschrift des/der Bevollmächtigten:

Name und Funktion des/der Bevollmächtigten:

Datum:

⁽¹⁾ Nach Artikel 127 der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 der Kommission vom 24. November 2015 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union gelten zwei Personen als verbunden, wenn a) sie leitende Angestellte oder Direktoren im Unternehmen der anderen Person sind, b) sie Teilhaber oder Gesellschafter von Personengesellschaften sind, c) sie sich in einem Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis zueinander befinden, d) eine dritte Person unmittelbar oder mittelbar 5 % oder mehr der im Umlauf befindlichen stimmberechtigten Anteile oder Aktien beider Personen besitzt, kontrolliert oder hält, e) eine von ihnen unmittelbar oder mittelbar die andere kontrolliert, f) beide von ihnen unmittelbar oder mittelbar von einer dritten Person kontrolliert werden, g) sie beide zusammen unmittelbar oder mittelbar eine dritte Person kontrollieren oder h) sie Mitglieder derselben Familie sind (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 558). Nach Artikel 5 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union ist eine „Person“ eine natürliche Person, eine juristische Person oder eine Personenvereinigung, die keine juristische Person ist, die jedoch nach Unionsrecht oder nach einzelstaatlichem Recht die Möglichkeit hat, im Rechtsverkehr wirksam aufzutreten (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1).



C/2024/832

17.1.2024

Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.108736

(C/2024/832)

Datum der Annahme der Entscheidung	16.11.2023
Nummer der Beihilfe	SA.108736
Mitgliedstaat	Deutschland
Region	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Bund: Investiver Herdenschutz
Rechtsgrundlage	Förderbereich 4 J, Grundsatz 1.0 „Investitionen zum Schutz vor Schäden durch den Wolf“
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, ländliche Gebiete, Beihilfen zum Ausgleich von durch geschützte Tiere verursachten Schäden
Form der Beihilfe	Zuschuss
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 52 763 000 EUR Jährliche Mittel: 10 552 600 EUR
Beihilfehöchstintensität	
Laufzeit	bis zum 31.12.2027
Wirtschaftssektoren	Tierhaltung
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Zuständige Behörde des jeweiligen Bundeslandes (siehe unter 12. Anlagen) Anschrift der zuständigen Behörde des jeweiligen Bundeslandes (siehe unter 12. Anlagen)
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/833

17.1.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.109412

(C/2024/833)

Datum der Annahme der Entscheidung	28.11.2023
Nummer der Beihilfe	SA.109412
Mitgliedstaat	Dänemark
Region	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	An aid scheme for nature restoration and for setting aside land to develop national parks
Rechtsgrundlage	The Danish National Park Act
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, ländliche Gebiete, Beihilfen zur Stilllegung von Kapazitäten aus Gründen der Tier-, Pflanzen- oder Humangesundheit sowie aus Hygiene-, Ethik- oder Umweltgründen
Form der Beihilfe	Zuschuss, Bezuschusste Dienstleistungen
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 140 000 000 DKK Jährliche Mittel: 20 000 000 DKK
Beihilfehöchstintensität	100,0 %
Laufzeit	bis zum 31.10.2030
Wirtschaftssektoren	Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten
Name und Anschrift der Bewilligungs- behörde	The Danish National Park Foundations, currently the foundations of „National- park Kongernes Nordsjælland“, „Nationalpark Mols Bjerger“, „Nationalpark Skjoldungernes Land“, „Nationalpark Thy“, and „Nationalpark Vadehavet“ Nationalpark Thy, Vesterhavsgade 168 Nr. Vorupør DK-7700 Thisted
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind,
finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/834

17.1.2024

Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.106129

(C/2024/834)

Datum der Annahme der Entscheidung	22.11.2023
Nummer der Beihilfe	SA.106129
Mitgliedstaat	Frankreich
Region	ALSACE
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Régime d'aide d'État pour la préservation du Hamster commun (<i>Cricetus cricetus</i>)
Rechtsgrundlage	Articles L411-1 et L411-2 du code de l'environnementProjets de décret et d'arrêté préfectoral relatifs à la mise en oeuvre du régime d'aide d'Etat pour la préservation du Hamster commun
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, ländliche Gebiete, Beihilfen für Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen, Umweltschutz
Form der Beihilfe	Zuschuss
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 5 000 000 EUR Jährliche Mittel: 1 000 000 EUR
Beihilfehöchstintensität	100,0 %
Laufzeit	bis zum 31.12.2027
Wirtschaftssektoren	Anbau einjähriger Pflanzen, Gemischte Landwirtschaft
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Préfecture du Bas-Rhin 5, place de la République 67073 Strasbourg
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 24. FEBRUAR 2016

(C/2024/835)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2015-2016

Sitzungen vom 24. und 25. Februar 2016

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Begrüßung	3
3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung	3
4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	4
5. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll	4
6. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4
7. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	4
8. Petitionen: siehe Protokoll	5
9. Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll	5
10. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	5
11. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll	5
12. Arbeitsplan: siehe Protokoll	5

Inhalt	Seite
13. Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates (18./19. Februar 2016) (Aussprache)	5
14. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2016 — Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Beschäftigungspolitische und soziale Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2016 — Binnenmarktsteuerung im Rahmen des Europäischen Semesters 2016 (Aussprache)	42
15. Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen, Zugang von Arbeitskräften zu mobilitätsfördernden Diensten und weitere Integration der Arbeitsmärkte (Aussprache)	70
16. Einführung dringender autonomer Handelsmaßnahmen für Tunesien - Aufnahme der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen EU/Tunesien (Aussprache)	83
17. Vorbereitung auf die Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Thema Drogen (Aussprache)	96
18. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen	101
19. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll	107
20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	107
21. Schluss der Sitzung	107

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 24. FEBRUAR 2016

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

(Die Sitzung wird um 15.10 Uhr eröffnet.)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die am Donnerstag, dem 4. Februar 2016, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

2. Begrüßung

Der Präsident. – Im Namen des Europäischen Parlaments möchte ich sehr herzlich den Präsidenten des libanesischen Parlaments, unseren Kollegen Nabih Berri, unter uns begrüßen, den ich mit seiner Delegation herzlich willkommen heiße.

(Beifall)

Lieber Herr Kollege Berri! Ich hatte heute Morgen die Gelegenheit, mit Ihnen zusammenzutreffen. Ich möchte Ihnen deshalb hier im Plenum noch einmal zurufen, was ich Ihnen heute Morgen im Gespräch zwischen Ihnen und mir gesagt habe: Der Libanon hat weit über eine Million syrische Flüchtlinge im Land aufgenommen. Der Libanon hat vier Millionen Einwohner und eine Million Flüchtlinge in seinem Land, nicht gezählt die rund 500 000 palästinensischen Flüchtlinge, die seit Jahren im Libanon Zuflucht gefunden haben. Ein Land mit vier Millionen Einwohnern, Herr Berri, das eine Million Flüchtlinge jetzt aktuell aufgenommen hat, verdient angesichts der Debatte, die in unseren Reihen, in der Europäischen Union, geführt wird, größte Anerkennung und größten Dank.

(Anhaltender Beifall)

Seien Sie versichert, Herr Präsident, dass zumindest das Europäische Parlament und – ich bin ganz sicher – die europäischen Institutionen gemeinsam an Ihrer Seite stehen. Ich würde mir wünschen, dass man das auch für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union sagen könnte.

3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

Der Präsident. – Das Protokoll und die angenommenen Texte der Sitzung vom 4. Februar 2016 sind verfügbar. Gibt es Einwände?

(Das Protokoll der vorangegangenen Sitzung wird genehmigt.)

*
* *

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Mr President, I need to make a personal statement. At the Wednesday sitting of the Strasbourg part-session, I asked Mr Juncker – as it happened to be at the time – a question in relation to the bank debt in Ireland. I was hoping that I was speaking in an environment where I would get the protection of the Chair, but far from it. When my office looked at the video after the speech, we discovered that the Chair had accidentally left on the mike, and he exclaimed the phrase 'Jesus Christ' after I spoke. I do not know whether it was perhaps in reference to the fact that I have long hair and a beard, or maybe it was the fact that he did not like what I was saying. I do not really care whether he likes what I am saying or not, because that is not his job. His job is to be independent, and if I did want him to do his job properly, maybe he might make Mr Juncker answer the question instead of being exasperated about

the fact that he did not like what I was saying.

What I want here is an apology on behalf of the people who elected me, because it is insulting to have that phrase used about me; it is insulting to say that after someone speaks. Can that Chair come out and do the right thing and prove that they are independent? Because there is not a lot of independence in the Chair in my experience. Can they prove it?

Der Präsident. – Mir wird mitgeteilt, dass zu dem Zeitpunkt, als Sie als „Jesus“ bezeichnet wurden, Herr Vizepräsident Lambsdorff den Vorsitz geführt hat. Wir werden das prüfen. Ich komme dann auf Ihre Intervention zurück.

Ioan Mircea Pașcu (S&D). – Mr President, I would like to inform the House on a matter pertaining to freedom of expression in Romania. Two years ago, the owner of the Intact Media Group – five TV stations, two radio stations and two newspapers – was sentenced to ten years in prison. Consequently his assets, including the premises of the Intact Media Group, have been confiscated and legally registered as state property. Some days ago, in a clear show of force, the tax authorities descended on the premises of the Intact Media Group to hand over an eviction notice in a completely unrealistic period of five days. For your information, the Intact Media Group has not been part of the trial – it is not in debt to the state – and was ignored when it tried to do that. I consider this unacceptable.

Der Präsident. – Herr Pașcu! Sie sind ja ein Vizepräsident dieses Hauses. Eigentlich müssten Sie wissen, dass das nicht zur Tagesordnung ist. Sie können diese Erklärung zu einem späteren Zeitpunkt abgeben.

Ich werde jetzt auch nur noch Wortmeldungen zur Tagesordnung oder zur Geschäftsordnung zulassen.

Frau Anderson, ich weiß, Sie hatten sich gemeldet. Bitte nur zur Tagesordnung oder einen konkreten Antrag zur Geschäftsordnung! Ich weiß, dass in Irland Wahlkampf ist. Aber da können wir Ihnen jetzt auch nicht wesentlich weiterhelfen.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Mr President, you might apologise for that comment when you hear what I have to say. It is nothing to do with Ireland. I want to bring to your attention and to the attention of Vice-President/High Representative Mogherini a Palestinian hunger striker, a 33-year-old journalist, a father of two children, who has been on hunger strike for 92 days without charge or without trial. He is dying. His doctor has said he is on the verge of death. We are calling on Vice-President/High Representative Mogherini to intervene, please, and talk to the Israeli President and save this man's life.

Der Präsident. – Vielen Dank.

4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

5. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll

6. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

7. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

8. Petitionen: siehe Protokoll**9. Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll****10. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll****11. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll****12. Arbeitsplan: siehe Protokoll****13. Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates (18./19. Februar 2016) (Aussprache)**

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission zu den Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates (18./19. Februar 2016) (2015/3023(RSP)).

Donald Tusk, President of the European Council. – Mr President, the last European Council sitting was as difficult as any of my term. And even though we found a common solution, the real test of time is ahead of us, because of the referendum in the United Kingdom on whether or not to remain a member of the European Union. Only the British people can and will decide that. All we could do on our side was to agree a new settlement for Britain within the EU. And we did.

The 28 Heads of State or Government unanimously agreed and adopted a legally-binding and irreversible settlement for the United Kingdom in the EU. The decision concerning a new settlement is in conformity with the Treaties and cannot be annulled by the European Court of Justice. It will, however, only enter into force if the British people vote to stay. If they vote to leave, the settlement will cease to exist.

We have agreed to do all this in a way that does not compromise the European Union's fundamental values, such as the freedom of movement and the principle of non-discrimination, and without compromising the future development of the Economic and Monetary Union. If I had any doubts about this, I would never have proposed such a settlement.

Despite many difficulties, the leaders did not walk away from the negotiating table, because we were fully aware of the stakes involved, namely keeping the UK in the EU and the future geopolitics of Europe. Here I would like to express sincere thanks to President Juncker and his whole team, with whom we worked side-by-side during the process. Let me also thank Parliament's negotiators, who were engaged in the negotiations, and who were highly effective in obtaining their goals. It is my firm belief that we needed to involve the European Parliament fully in this process. I will always remember the crucial talks with President Schulz, with Group leader Verhofstadt, and with my distinguished colleagues Gualtieri and Brok. It is thanks to you that this agreement allowed us to take into consideration the interests of the Union as a whole. Without your help, this agreement would not have been possible. Thank you very much again.

The European Union will respect the decision of the British people. If the majority votes to leave, that is what will happen. It will change Europe forever, and it will be a change for the worse. Of course, that is my personal opinion. Prime Minister Cameron said in the House of Commons on Monday that now is not the time to split the West. I could not agree more.

(Applause)

This is why I did my best to prevent that.

On the other hand, if Britain decides to stay, I hope this Parliament will also ensure that the agreed settlement is transformed into the necessary legislation and will enter into force.

Let me now turn to the migration crisis. Leaders agreed that our joint action plan with Turkey remains a priority, and we must do our utmost for it to succeed. This ultimately means that the high numbers we are still witnessing have to go down, and quickly. This is also why we decided to organise a special meeting with Turkey on 7 March 2016.

The discussion among leaders focused on building consensus in the crisis. To do that, we must first avoid having a battle between plans A, B and C. It does not make any sense, as it only creates divisions within Europe without bringing us any closer to a solution. Instead, we must look for a synthesis of different approaches. There is no good alternative to a comprehensive European plan.

Secondly, a European response is not only about the decisions taken in Brussels. It is also – and even more so – about the decisions taken in the capitals. We must accept that, but at the same time we should seek to improve the coordination of those decisions. The European Union is here for all of us to cooperate. And lastly, we must respect the rules and laws that we have all adopted together. This concerns both the decisions on relocation and the need to gradually go back to a situation where all Members of the Schengen area fully apply the Schengen Borders Code. There is no doubt that we need to restore Schengen. It will cost money, take time and require a huge political effort. There will be countries that may not be able to cope with this challenge, but Europe will be there to assist them. We need to invest in Schengen, not in its collapse.

(Applause)

Its future will be one of the key issues to be discussed by the leaders on 7 March.

Separately, leaders confirmed the need to keep humanitarian aid flowing to Syria and the Syrian refugees in the region. We welcomed the donors' conference in London, where two thirds of the pledges came from Europe. Leaders agreed to move quickly to disburse the EUR 3.3 billion pledged for 2016 as well as the EUR 3 billion agreed to help the refugees in Turkey. This is not only a European responsibility, therefore I will continue to build a global response to this crisis at the G7 and G20 meetings later this year.

Finally, I want to end with a plea not to allow the stormy days to derail our efforts. We cannot simply wait and see. We have entered the most dangerous time in European history. We must act with resolve. I count on your support.

(Applause)

Jean-Claude Juncker, *président de la Commission*. – Monsieur le Président, nous avons eu, avec nos amis britanniques, un débat qui fut dur et qui a pris du temps. La négociation fut difficile, mais finalement nous avons su prouver tous ensemble – les 27 autres États membres et le Royaume-Uni – que l'Europe est capable de prendre des décisions, même si la situation à laquelle elle fait face est particulièrement difficile. Je voudrais ici rendre un hommage tout particulier au président Tusk qui, assisté amicalement et efficacement par la Commission, a su conduire les débats avec élégance et doigté. Les mêmes hommages s'adressent au Président Schulz et aux sherpas du Parlement européen, sans lesquels et sans l'inspiration desquels le résultat n'aurait pas été celui obtenu.

Nous avons conclu un accord avec le Royaume-Uni: le Premier ministre britannique a obtenu le maximum de ce qu'il pouvait obtenir et les autres États membres lui ont offert le maximum de ce qu'ils pouvaient offrir, ce qui me fait dire que l'accord avec le Royaume-Uni est juste, qu'il est équilibré, qu'il respecte les grands principes de l'Union européenne et qu'en même temps, il prend en compte les soucis, les desiderata et les suggestions du Royaume-Uni. Je pense donc que le peuple britannique, qui a si souvent donné la preuve, par le passé, de son courage et de sa sagesse, dira «oui» à l'accord que nous avons trouvé avec le Royaume-Uni.

Dès que le peuple britannique aura approuvé l'accord que nous avons conclu, la Commission saisira le Parlement et le Conseil des textes législatifs afférents, notamment en ce qui concerne les aspects sociaux de l'accord. Nous y reviendrons lorsque les propositions législatives de la Commission auront été déposées.

Natürlich haben wir beim letzten Rat auch über Migration und Flüchtlingsfragen geredet. Ihnen wird nicht entgangen sein, dass der Europäische Rat nahtlos das bestätigt hat, was in der Vergangenheit vom Europäischen Rat prinzipiell beschlossen wurde. Es kommt jetzt darauf an, dass das, was beschlossen wurde, auch adäquat umgesetzt wird. Deshalb findet am 7. März ein weiterer Europäischer Rat statt, nicht nur mit den türkischen Kollegen, sondern auch eine Sitzung unter 28, um unter uns Wege zu eruieren, wie wir möglichst schnell wieder zu einer vollen Anwendung des Schengen-Protokolls kommen können.

Der Europäische Rat hat deutlich gemacht, dass nur eine europäische Herangehensweise an die Flüchtlingsproblematik zum Ziel führt. Nationale Solos hindern uns daran, dies zu tun. Die Kommission befindet sich zurzeit in einem Rechtsstreit mit Österreich. Ich möchte hier deutlich sagen, dass man in Österreich – einem Land, das ich sehr liebe – nicht denken sollte, dies wäre eine konzertierte Aktion gegen Österreich. Ich bin voller Bewunderung für die Anstrengungen, die Österreich in den vergangenen Jahren in Sachen Flüchtlinge unternommen hat. Wir versuchen jetzt, uns mit unseren österreichischen Kollegen ins Benehmen zu setzen, und ich gehe davon aus, dass uns dies auch gelingen wird.

(Beifall)

Manfred Weber, im Namen der PPE-Fraktion. – Herren Präsidenten, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie ist die Lage, in der sich Europa derzeit befindet? Wir sind umgeben von Krieg – in der Ukraine, in Syrien, in Libyen. Wir haben mit Putin einen Partner an der Seite, der nationalen Imperialismus betreibt. Wir haben leider nur geringes Wachstum in der Europäischen Union, wir haben eine Generation von jungen Menschen, die Arbeitsplätze und eine Perspektive für ihr Leben sucht.

Ehrlich gesagt: Wenn man sich diese Lage anschaut, dann ist es schon schwierig zu sehen, dass in der letzten Sitzung des Europäischen Rates tatsächlich die Fragestellung im Raum stand, ob die Sonderinteressen der City of London oder ob die Kindergeldgerechtigkeit in der Europäischen Union diskutiert wird, dass das die beiden offensichtlich wichtigsten Themen waren, die diskutiert worden sind. Ich frage mich dort, ob die Prioritäten, die wir miteinander diskutieren, richtig gesetzt werden.

Es ist leider so, dass wir das diskutieren müssen, weil die Briten diese Wünsche mit eingebracht haben. Großbritannien hatte Sonderforderungen, die diskutiert werden mussten. Ich halte zunächst einmal fest, dass es gut ist, dass wir ein Ergebnis haben, dass ein Ergebnis vorliegt und dass wir dieses Ergebnis auch unterstützen können. David Cameron hat seine Punkte vorgelegt, hat gekämpft und hat ein solides Ergebnis für die britischen Bürger mit nach Hause gebracht. Wir als EVP-Fraktion unterstützen das Ergebnis im Kern, und wir stellen auch klar: Wenn die Bürger Großbritanniens sich für den Verbleib in der Europäischen Union aussprechen, wird die EVP-Fraktion auch ein fairer Partner bei der Umsetzung der Zusagen sein.

Das Dritte, was man klarstellen muss, ist: Das Ergebnis wird respektiert! Diejenigen, die jetzt in Großbritannien unterwegs sind und den Menschen erzählen, dass es bei einem Nein eventuell Nachverhandlungen gibt, noch einen besseren Deal gibt, denen muss man sagen: Der Deal liegt auf dem Tisch, die Sondervereinbarungen liegen auf dem Tisch, und jetzt liegt es an den Briten, sich zu entscheiden. Aus unserer Sicht, aus Sicht der EVP-Fraktion, wird es keine Nachverhandlungen geben.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Briten entscheiden, sie gehen jetzt in die Debatte. Da wird zunächst natürlich die Wahrheit strapaziert werden. Ich habe Nigel Farage gehört, als er gesagt hat, der Handel sei außerhalb Europas viel besser möglich für Großbritannien. Man fragt sich dann, warum dann Deutschland die größte Handelsmacht ist, obwohl es in Europa ist, warum Irland 6 % Wachstum hat, obwohl es in Europa tätig ist, warum China, Indien und die Amerikaner die Briten bitten, in der Europäischen Union zu bleiben, weil es besser ist, mit dem Handelspartner Europa zu arbeiten. Nigel Farage behauptet, dass 5 000 *foreign fighters* unterwegs sind. Die Zahl hat er übrigens nur, weil es Europol gibt. Das ist nämlich eine Zahl von Europol, ohne diese Institution hätte er die Zahl gar nicht. Und der Europol-Chef Wainwright sagte klar, dass es große Sicherheitslücken für Großbritannien gibt, wenn es aus der Europäischen Union aussteigt. Das erste, was leiden wird, ist die Wahrheit. Nigel Farage wird die Unwahrheit sagen, um die Menschen in die Irre zu führen.

Das Zweite ist: Wer freut sich, wenn die Briten sich wirklich dagegen entscheiden? Liebe Kolleginnen und Kollegen! Freuen werden sich Putin und die Terroristen, weil die es dann einfacher haben, ihr Geschäft zu machen, Europa zu spalten und Unsicherheit zu erzeugen.

Das Dritte: Wir können nur eine Einladung an die britischen Bürger aussprechen, es gemeinsam zu schaffen. Wir leben in einer Zeit großer Unsicherheiten. Das muss jeder sehen, der vernünftig ist. Und ein gespaltenes Europa ist definitiv schwächer, weniger in der Lage, die Herausforderungen zu beantworten. Deswegen steht die Einladung an die britischen Bürger, es auch in Zukunft gemeinsam zu schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch einen Satz zur Migration: Ja, was soll man sagen? Der Kommissionspräsident hat es recht nett umschrieben, dass das bereits Beschlossene bestätigt worden ist. Es ist gut, dass es bestätigt worden ist. Aber ich würde feststellen, dass wir leider Gottes viel Egoismus – nationalen Egoismus und auch parteipolitischen Egoismus – erleben mussten, von allen Parteien, das möchte ich ausdrücklich dazusagen. Wenn man es positiv sehen würde, würde ich sagen: Das *commitment* ist klar, dass wir die Grenzen Europas sichern müssen, dass wir die NATO-Initiative auch in der Ägäis unterstützen. Und es ist klar geworden, dass wir Menschen, die beispielsweise jetzt in Aleppo vor den Bomben fliehen, vor den russischen Bomben, nicht an der syrisch-türkischen Grenze liegen lassen dürfen, dass wir nicht die Türkei einerseits bitten können, die Grenze nach der Türkei aufzumachen, sie aber gleichzeitig bitten, die griechische Grenze abzuriegeln. Das wäre nicht im Sinne des humanitären Ansatzes dieses Kontinents. Deswegen gehören beide Seiten zusammen: einerseits Grenzen sichern und zum anderen Hilfsbereitschaft zeigen.

Es ist genug geredet worden. Es wäre wichtig, dass jetzt gehandelt wird!

Zum Schluss darf ich vielleicht noch die Bürger an Bord holen, weil die Bertelsmann-Stiftung vor wenigen Tagen in ganz Europa eine sehr repräsentative Studie veröffentlicht hat, in der die Bürger gefragt wurden – nicht Politiker, sondern Bürger. Da wurden uns zwei Aufgaben mit auf den Weg gegeben, nämlich zum einen, dass 79 % der Europäer wollen, dass wir die Reisefreiheit auf diesem Kontinent erhalten – übrigens wollen 60 % der Briten, dass die Reisefreiheit erhalten bleibt –, und zum anderen, dass 79 % – die gleich große Zahl – der Europäer wollen, dass wir Flüchtlingen helfen und das miteinander tragen. Die Bürger Europas sind manchmal klüger als manche Politiker.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

James Carver (EFDD), blue-card question. – Can I ask you to repeat what you said in the question? You said the renegotiation that has been agreed is the final renegotiation. There are some people in the United Kingdom who are giving the impression to the British electorate that there will be a referendum and, depending on the result, they will come back and there will be renegotiation. Please, for clarity, would you confirm to the people of the United Kingdom that the renegotiation has now been completed and there will be no further renegotiations after the referendum has taken place?

Manfred Weber (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Wenn Sie eine Klarstellung dessen brauchen, was ich bereits gesagt habe, weil ich es ja bereits ausgeführt habe, mache ich das gerne. Der Vorschlag liegt auf dem Tisch, und es ist ein Angebot für beide Seiten. Denn in einem Kompromiss gehen beide Seiten aufeinander zu, das ist die Idee von einem Kompromiss. Ich glaube, so sollte man es auch sehen, dass beide Seiten sich jetzt bemüht haben. Der Vorschlag ist ein guter Vorschlag, er liegt auf dem Tisch. Er ist das Angebot, das Europa jetzt den britischen Bürgern macht. Wir hoffen, dass David Cameron und alle, die für eine gemeinsame Zukunft werben, die Menschen überzeugen können. Es wird, wenn Sie so wollen, wenn es zu einem Nein kommt, keine Nachverhandlungen geben.

Gianni Pittella, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, voglio dirlo con chiarezza a nome del mio gruppo: il Regno Unito deve restare nell'Unione europea. Non solo per ragioni di convenienza: tutti sappiamo che un eventuale *Brexit* sarebbe un salto nel vuoto, con conseguenze disastrose innanzitutto per i britannici, ma l'Europa non è un matrimonio di comodo. Il Regno Unito, a nostro giudizio, deve rimanere in Unione perché è parte dell'Europa. Noi, come il Regno Unito, abbiamo una storia e una cultura comune e senza Londra, senza il Regno Unito, l'Europa non sarebbe più la stessa. Bene quindi l'accordo di venerdì, e grazie a tutti coloro i quali vi hanno concorso: al Presidente Schulz, agli sherpa, al Presidente Juncker, agli amici del Consiglio.

Con altrettanta chiarezza, però, devo aggiungere che noi non accetteremo di essere presi in ostaggio dagli equilibri interni del Partito conservatore inglese. È inaccettabile che mentre l'Europa subisce la peggiore crisi della sua storia si siano passate settimane a discutere della modalità di voto nel Consiglio, o delle interpretazioni da dare ad alcune disposizioni della *Banking Union*.

L'accordo di venerdì ribadisce che da un punto di vista giuridico il principio della libera circolazione dei cittadini non sarà toccato. Bene! Prendo atto, ma non mi convince un aspetto, l'aspetto del sociale. Immaginiamo due giovani, tutti e due europei, stesso lavoro. C'è il rischio che uno dei due, per il solo fatto di non essere britannico, abbia meno diritti dell'altro. Questa si chiama discriminazione, anche se spero, mi auguro, di essere smentito dalle proposte che la Commissione europea presenterà dopo il risultato del referendum.

Per noi ci sono dei principi, dei fili, che vanno toccati con prudenza e con attenzione, perché altrimenti si rischia la scossa letale, e uno di questi principi è che non c'è distinzione sul piano dei diritti tra i cittadini dell'Unione. Noi ci batteremo perché il Regno Unito resti con noi, e lo dico col massimo rispetto per i cittadini britannici, ai quali compete, solo a loro, compete la scelta. Lo dico col massimo rispetto.

Voi siete stati protagonisti nel mondo, il Regno Unito è stato attore nel mondo, per la pace e per la democrazia. Questi valori connotano il DNA del Regno Unito. Bene, quale luogo migliore per testimoniare questi valori e questi principi, se non l'Unione europea? Insieme possiamo testimoniare e vincere le sfide, nel mondo e nel tempo, delle insidie e della paura, della velocità tumultuosa della globalizzazione, della solitudine e tristezza e abbandono. Lo stare insieme è una forza straordinaria.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Gerard Batten (EFDD), blue-card question. – Mr Pittella, I need some clarification, because I was listening to what you said, and – if I got the gist correctly – you seem to be saying that there could be no discrimination in social rights. Paltry as the agreement that Mr Cameron has come back with may have been, it does say that – for a period, anyway – we can pay people child benefit at the rate in their own country and not in our country. That would be discrimination in the real sense of the word. I believe you said something like 'we will have to see what happens when the legislation comes through Parliament'. Are you saying that this legislation could be different from the agreement, and that the agreement may be changed, or – as previous speakers have said – it will not be changed? Which is it? Are you saying that Parliament could change it if it wanted to? Will it?

Gianni Pittella (S&D), Risposta a una domanda «cartellino blu». — Lei è un parlamentare europeo e conosce quanto me, o almeno dovrebbe conoscere, le procedure, quindi io non invento nulla.

Nel momento in cui, come noi ci auguriamo, i britannici voteranno per mantenere il Regno Unito nell'Unione europea, la Commissione europea dovrà presentare al Parlamento, che è organo colegislatore, le misure di implementazione e in quel momento noi potremo esaminarle e discuterle. Nessun Parlamento al mondo, libero e autonomo nel giudizio, può anticipare un risultato su una cosa che ancora non conosce. Quando ci saranno le misure, noi le esamineremo.

Il nostro spirito è costruttivo, noi vogliamo in tutti i modi che il Regno Unito rimanga nell'Unione europea.

Ashley Fox, on behalf of the ECR Group. – Mr President, the deal struck last week was hard fought by all sides. Many countries had concerns and objections, but I am glad that those hurdles were overcome, aided by willpower, fuelled by packets of Haribo and sealed following a visit to the chip shop. We found an agreement that enshrines the United Kingdom's special status as a country never joining the euro and never joining Schengen, as a country that does not wish to be part of the ratchet of the European political project, and that delivers a live-and-let-live agreement, one where the United Kingdom continues to play an active role in the European Union without facing discrimination in areas where it wishes to keep national control.

The ECR Group welcomes this deal, and now it is for the British people to pass judgement on these new terms. I will be supporting the campaign to remain in the European Union.

(Applause and catcalls)

My reasoning is simple: Britain's economic recovery, though good, is still fragile, and I will not put it at risk by tearing us away from the single market. I also believe that my constituents will be safer and my country more secure if we continue our cooperation with our European partners. There are good people who would disagree with me, and I respect their decision. If the British people decide to leave, then we must respect that choice and make it work. But there are also those in this Chamber who are not respectful of other people's choices – we can hear them today jeering behind me – those who compare the EU with the Soviet Union. I think that is foolish and offensive to those who actually lived under the yoke of communism.

(Applause)

Because, unlike the USSR, any country is free to leave the European Union. Mr Farage, that is the will of the sovereign people. Being in the EU is a choice, and the Conservative Party will respect that choice. The voters in Britain will exercise their sovereignty and they will decide whether to remain or to leave, and in the UK we can now look forward to debating this subject for the next four months.

The EU must concentrate on the migration crisis it faces. The Dutch Prime Minister said we had six to eight weeks to save Schengen. He said that five weeks ago. In this Chamber we seem unwilling to accept that the migrant crisis was exacerbated when Chancellor Merkel said Germany would take people without limits, unilaterally defying a number of European rules. And – guess what – people are coming without limits. When some countries, like Hungary, apply the rules and defend the Schengen border, they are criticised, and when other countries break the rules, they are applauded.

We cannot begin to solve this crisis until we enforce the rules in place: to protect the external Schengen border, to focus on the basics of processing detention and returns, and to prevent asylum seekers and economic migrants moving around the EU at will. We need international action to end the conflict in Syria. We need to give priority to those refugees already in the camps in Lebanon, Jordan and Turkey, both with humanitarian aid and in offering them refuge. Is it not perverse that the EU gives priority to those who cross the Aegean, rather than those already classified as refugees by the United Nations?

Mr Tusk, I recommend that for the next EU summit, you order in copious amounts of chips from Maison Antoine and you tell the EU leaders to get cracking.

(Applause)

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Richard Corbett (S&D), blue-card question. – I am delighted to hear Mr Fox say that he has come off the fence in favour of campaigning to remain in the European Union. We all know that his party is split from head to toe on this question. May I ask him: among the 20 British Conservative MEPs, how many will be campaigning with your party leader, your Prime Minister, to remain in the European Union, and how many will be campaigning with UKIP to get Britain to walk out, slamming the door on all our neighbouring countries?

Ashley Fox (ECR), blue-card answer. – I think that if Mr Corbett is so interested in the opinions of my colleagues, then he should ask them.

Guy Verhofstadt (ALDE). – Mr President, it was nevertheless an interesting question by Mr Corbett, and I think I can add something: why is Mr Kamall not [...]

(The President cut off the speaker)

Sylvie Goulard (ALDE). – Monsieur le Président, nous sommes ici au Parlement européen et, quand vous distribuez les cartons bleus, alors que j'avais levé le mien depuis un moment, j'estime vous devriez privilégier les discussions entre les Britanniques et d'autres représentants, plutôt que de faire un débat entre Britanniques, qui peut avoir lieu ailleurs. Il me semble que cela a plus d'intérêt, c'est pourquoi je renouvelle ma demande de poser une question à M. Fox.

Der Präsident. – Liebe Frau Goulard! Wir haben die Regel, dass in diesem Hause die *blue cards* nicht nach Nationalitäten verteilt werden, sondern nach Schnelligkeit. Herr Corbett war der erste, der sich gemeldet hat. Ich habe bis dato jede *blue card* verteilt nach erster Meldung, ausgenommen Herr Campbell Bannerman. Der hatte sich nämlich schon gemeldet, bevor der Redner das Wort ergriffen hatte.

(Zwischenruf von Frau Goulard: Das stimmt überhaupt nicht!)

Natürlich stimmt das. Wie können Sie das so behaupten, Frau Kollegin?

(Zwischenruf von Frau Goulard: Weil die Leute, die hier in der Nähe sind, das bestätigen, Herr Präsident.)

Aber wir haben von hier aus einen mindestens so guten Überblick wie Sie. Und es war eindeutig so, dass sich Herr Corbett als erster gemeldet hat. Wenn Sie sich zuerst gemeldet hätten, hätten Sie das Wort bekommen.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, further to the question by Mr Corbett and Ms Goulard, I am simply wondering, Mr Fox, why you are now speaking and not Mr Kamall. I think he is still in doubt and he does not know at the moment what he is going to do, and I think that is a better answer to Mr Corbett's question than saying that they should ask the Members themselves.

But I have another issue, involved in the negotiations from the beginning, Mr Fox. I have always asked myself why this British deal was so necessary and so vital? I can tell you there is one thing I am sure of: that this deal is not about Europe; it is in fact a deal to reunite the Tory Party. Let us be honest about this. I may not know the result of the referendum – whether Britain will remain in the Union – but I am sure of one result: it will not reunite the Tory party. That is clear, because what I am seeing is a glorified cockfight since Mr Tusk reached this deal, with Boris Johnson challenging David Cameron. I can tell you, I have seen ambitious politicians – I myself am an ambitious politician – but Boris Johnson takes it to a whole other level. Because it is the Mayor of London acting against the interests of the citizens of London, and all for personal ambition and certainly not for a better Europe or for a better Britain. It is totally bonkers, dear colleagues, and I would say it is pathetic that this is happening.

It is even dramatic for Britain, especially, Mr Fox. We see that the pound sterling is falling rapidly, the unity of the United Kingdom is under threat and their American cousins are saying: 'Please stop it, we will not make a trade deal with you outside the Union'. Apparently the special relationship between the US and the UK is not so special any more.

So let me give some advice to those who are now carrying out this debate in Britain. Do not think that after a 'no' you can come back to the negotiating table. I know that some people are thinking that, saying: 'Ha! It's Europe. Once you have said "no" in a referendum you are invited back to the negotiation table as with Ireland, as with Denmark, like after the Constitution with France and the Netherlands'. But this is not about the same thing. That was about the Constitution – a Treaty. Here it is about in or out. It is one or the other. And if I see how the currency of Britain is endangered, how now Britain is alienated from the US and how Britain is step by step being transformed into a little England, I think they would be wise to stay in the European Union.

But, dear colleagues, pathetic as this debate is for the UK, it is also a dramatic debate and an important debate for Europe because, let us be honest, what we are discussing now is crazy. We have to unite; we should not be divided. The only ones who will gain from a divided Europe are – who? People like Vladimir Putin, people like Bashar al-Assad, like IS. And instead of discussing how to stand up to them and develop a strategy, what we are showing at the moment is division: we are weak. And yesterday this again became very clear when the Russian-American plan for a ceasefire in Syria happened and we were again not around the table for such a crucial decision.

We can continue now – and some are doing so – to complain about the deal and point out the downsides of the deal. My appeal, Mr President, President Tusk, and to everybody in this House is to do the opposite. Let us use the deal to put Europe back on track and to make Europe work again. Let us finally stop Europe *à la carte* and stop the standstill because of the British issue. Mr Fox, I have nothing against giving special status to Britain if next time you agree also that in the next Treaty revision we can also go ahead with our integration. In all these reforms we need to establish a more united Europe, because we need it to tackle the multiple crises we are facing today and certainly the refugee crisis.

And that is my last point: that we should also do more on the refugee crisis. Make as much effort, President Tusk, to solve the refugee crisis as we have made to find a solution for Brexit.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Liisa Jaakonsaari (S&D), *sinisen kortin kysymys*. – Arvoisa puhemies, haluaisin esittää Teille, Herra Verhofstadt, jonka tunnen taitavana puhujana ja intohimoisena eurooppalaisena, oikeastaan saman kysymyksen, minkä Te esititte Foxille: oletteko Te tietoinen siitä, että myös Teidän ryhmänne jäseniä, esimerkiksi minun kotimaassani Suomessa, kamppailee euroeron puolesta ja ilmeisesti myös ryhmän rahoilla?

Guy Verhofstadt (ALDE), *blue-card answer*. – Mr President, I cannot see the interest in a Finn campaigning for a Brexit. I find it more interesting that it is the British people who are deciding and the British politicians who are taking a position, and I can tell you one thing: if there is one party in the UK who is going to fight for Britain to remain in the Union, it's going to be the Liberal Democratic movement, and them alone.

(Loud applause from ALDE)

Gabriele Zimmer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Ergebnis eines parteiinternen Machtstreits ist die EU am vergangenen Wochenende so weit gegangen, eine wesentliche Säule, die eigentlich die Konsistenz und die Struktur der EU beinhalten soll – nämlich die soziale Säule – , abzubauen.

Herr Juncker, ich frage Sie: Was wird denn aus ihrem AAA? Was wird denn daraus? Es ist geopfert worden. Da könnten Sie jetzt eigentlich schon Ihre Sachen einpacken und könnten sagen: Das war's! Alle Versprechungen sind weg! Ich sage Ihnen auch, wir sind auf dem Weg, die EU nähert sich dem marktradikalen angelsächsischen Wirtschaftsmodell. Man könnte ja ein Denkmal in Brüssel errichten mit der Inschrift: „Hier wurde am 18. Februar 2016 der Geist von Margaret Thatcher wiederbelebt“. Danke.

Das eigentliche Drama hat sich doch ganz woanders abgespielt und es spielt sich heute noch ab. Es sind die Hunderttausende Menschen, die in den letzten zwei Monaten nach Griechenland gekommen sind. Es ist die Weigerung der Europäischen Union, tatsächlich die Verpflichtungen einzugehen, nämlich für eine Umverteilung zu sorgen. Es ist Tatsache, dass der einstimmige Beschluss des letzten Gipfels – und den haben Sie nicht kritisiert, alle beide nicht – aufgehoben worden ist, einen Tag nach dem Gipfel war nicht mehr davon die Rede. Da werden die Grenzen dicht gemacht! Es ist aber vereinbart gewesen, dass bis zum nächsten März-Gipfel die Grenzen offen bleiben, dass darüber gemeinsam verhandelt wird und dass eine gemeinsame Entscheidung getroffen wird.

Jetzt findet eine Konferenz in Wien statt unter – so muss ich sagen – Ausladung von Griechenland, dem Hauptakteur! Wie wollen Sie, wie wollen wir zu einer europäischen Lösung kommen? Da höre ich keine Kritik an dieser Praxis von Wien, auch nicht seitens der Kommission und seitens des Rates. Was wir brauchen, ist doch, dass wir endlich – und das haben Sie selbst gesagt, Herr Juncker – das, was wir beschlossen haben, einhalten. Das wäre die erste Voraussetzung, dass die entsprechenden Zahlen, die Kontingente auch übernommen werden und dass Griechenland hier geholfen wird.

Wir brauchen einen legalen Weg, der muss geschaffen werden, hier muss Griechenland konkret geholfen werden. Hier kann man nicht mehr einfach so tun, als könnte man das einigen Mitgliedstaaten überlassen. Die Mitgliedstaaten stehen hier in der Pflicht, ihrer Verantwortung nachzukommen und das ist eine menschliche Pflicht. Wir geben unsere Werte auf, wenn wir uns dem verweigern.

Das möchte ich auch noch einmal sehr konkret sagen: Sollen sich doch die Mitgliedstaaten ein Beispiel an der neuen portugiesischen Regierung nehmen, an dem Angebot von Costa an Tsipras, dass er Tausende von Migranten übernehmen wird, oder eben auch an der spanischen Provinz Valencia, die der griechischen Provinz Südägäis vorgeschlagen hat, tausend Migranten zu übernehmen. Warum können das die anderen Mitgliedstaaten nicht? Das wäre der Weg, das ist das Erfordernis, über das wir hier heute reden sollten! Nicht ein Machtspiel zwischen Johnson und Cameron, das mich in keiner Weise tangiert, das auch viele Flüchtlinge nicht tangiert, und darüber sollten wir hier reden. 24 Stunden Drama in Brüssel, ein inszeniertes Drama, das richtige Drama findet außerhalb statt und wir tun nichts! Wir reagieren nicht, wir tun so, als würde sich alles von alleine lösen.

Ich denke, hier sind wir gefordert, und ich fordere auch Sie auf, meine Damen und Herren, dass wir hier gemeinsam agieren, dass wir eine Mehrheit bilden und klar und deutlich sagen, was notwendig ist.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Dominique Martin (ENF), question «carton bleu». – Monsieur le Président, j'ai écouté attentivement M^{me} Zimmer, qui demande que les réfugiés arrivés en Grèce soient répartis au sein de l'Europe, estimant que cela serait un drame si nous ne le faisons pas. Ma question est simple: pourquoi M^{me} Zimmer souhaite-t-elle une répartition seulement au sein de l'Europe? Pourquoi cette répartition ne pourrait-elle pas s'effectuer sur l'ensemble des pays qui composent notre planète, y compris et surtout sur les pays limitrophes?

Gabriele Zimmer (GUE/NGL), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Präsident! Sehr verehrter Herr Kollege! Wir sind hier Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Wir sind von unseren Wählern in dieses Parlament gewählt worden, damit wir helfen, die bestehenden Probleme zu lösen. Die Menschen kommen in die EU! Sie kommen, ob Sie es wollen, ob andere es wollen oder nicht. Sie kommen! Und da helfen eben keine geschlossenen Grenzen, und da hilft auch nicht das Dichtmachen von inneren Grenzen der EU, da hilft nur, dass wir uns der Verantwortung stellen. Und zwar wir sind gefragt!

Ich kann nicht zu irgendjemandem hingucken und sagen: Machen Sie das. Wir haben den Schlüssel in der Hand, und wir sollten endlich das gemeinsame Tor „Europäische Union“ so öffnen, dass es möglich ist, ohne Todesgefahr in die Europäische Union zu kommen, und dass damit auch das Asylrecht wieder eingehalten wird und dass wir als Europäische Union internationales Recht auch einhalten.

Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident! Liebe Kollegen, liebe Gabi Zimmer! Natürlich ist Politik immer auch Inszenierung, aber ich hatte bei diesem letzten Gipfel nicht den Eindruck, dass wir es nur mit einer billigen Inszenierung zu tun hatten, sondern ich hatte den Eindruck, dass Donald Tusk das richtig beschrieben hat, dass es das Ende einer sehr ernsten Verhandlung gewesen ist, in der keineswegs diese Vereinbarung mit Cameron alleine im Mittelpunkt stand, sondern das Bestreben, etwas zu erreichen, das uns ermöglicht, die Europäische Union zusammenzuhalten.

Mein Eindruck von diesem Gipfel – und ich bin ja da immer nur am Rand als Beobachterin – war der eines Gipfels, auf dem viele der Mitglieder des Rates in den Abgrund geschaut haben und sich das erste Mal wirklich klar gemacht haben, was das eigentlich heißt, wenn ein großer alter Mitgliedstaat die Europäische Union verlässt. Ich hoffe – und das sage ich jetzt einmal gegen diese Hahnenkämpfe, die da überall ausgetragen werden und vor denen wir ja auch nicht gefeit sind –, dass die Auseinandersetzung in Großbritannien den Briten hilft zu erkennen, was sie an der Europäischen Union haben, und ich hoffe sogar, dass wir alle in der Europäischen Union im Zuge dieser Auseinandersetzung bis zur Abstimmung erkennen, was wir an der Europäischen Union haben, denn was über Jahrzehnte aufgebaut ist, wofür sogar Menschen gestorben sind – gerade in Osteuropa in jüngerer Zeit noch –, das lässt sich innerhalb weniger Wochen auch wieder kaputt machen. Das darf man dabei nicht vergessen, und ich kenne solche Hasardeure in der Debatte wie Herrn Farage lange genug. Ich kann ziemlich gut beurteilen, was ich da in der Debatte zu erwarten habe.

Dieser Selbstverständigungsprozess, der da jetzt in Großbritannien eröffnet worden ist, der könnte ein Prozess sein, der uns allen guttut in den Herausforderungen, die wir zu bestehen haben, die sind jetzt oft genug beschrieben worden. Die Europäische Union ist eigentlich ein Stück einsamer geworden in den großen Krisen dieser Zeit, weil die USA – das ist oft beschrieben worden, man kann es in vielen Konflikten beobachten – wollen uns nicht mehr aus jeder Schwierigkeit heraushelfen, die erwarten von uns – und das ist in der Ukraine-Krise glasklar geworden –, dass wir Europäer, wenn wir wollen, auf unsere Art gemeinsame Lösungen finden. Und wenn ich da an die neue Kreml-Strategie denke, wenn ich nach Syrien schaue, wenn ich an die Zuspitzung in der Welt denke, dann kann ich nur sagen: Mit dem Vereinigten Königreich wird die Europäische Union diese Krisen besser bestehen, auf europäische Art, aber es gilt eben auch andersherum: Das Vereinigte Königreich wird doch diese Krisen nur besser bestehen können, wenn es diese Einigkeit in der Europäischen Union gibt.

Schade, dass das Flüchtlingsthema so arm bearbeitet worden ist! Herr Juncker, Sie haben gesagt, immer dann, wenn es ganz schwer wird, dann einigt man sich. Das ist aber bei diesem Gipfel in der Flüchtlingsfrage überhaupt nicht passiert, sondern wir sehen, wie in einer Kettenreaktion – auch als Folge der Unfähigkeit in der Flüchtlingspolitik – die Grenzen in Europa hochgezogen werden, man sieht sogar jetzt auch immer mehr Entscheidungen, dass diese Grenzen militärisch geschützt werden. Das Thema ist vertagt auf den Gipfel mit der Türkei. Ich wünsche denjenigen, die eine gerechtere Flüchtlingspolitik verankern wollen, die wollen, dass die Europäische Union fair mit den Menschen in größter Not umgeht, zum Beispiel in Syrien und um Syrien herum, dass sie großes Verhandlungsgeschick haben.

Die Themen sind weiterhin die gleichen: Verteilung in der Europäischen Union, das sollte, wenn man sich diese Zahlen anschaut, immer noch machbar sein, besseres Grenzmanagement, das wird viel kosten, das ist aber wichtig und muss rechtsbasiert passieren. Die NATO kann da einmal einspringen, aber sie kann doch nicht die Außengrenzen der Europäischen Union sichern. Und die größere Hilfe für Flüchtlinge in Jordanien, in der Türkei, das muss jetzt endlich auch passieren. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Geduld, Herr Präsident!

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Jonathan Arnott (EFDD), blue-card question. – [...] none of the fear tactics or scaremongering that we've seen from Mr Verhofstadt, so thank you. I think you're giving the EU a lot of credit for things that it has not done, but you mentioned the deal. In my view, in the deal we have got rid of the words 'ever closer union', which never had legal force, and we have got this emergency brake, although it is not clear how it is going to be applied, and it misunderstands the problem. My question to you is this: can you think of any other concrete example of anything that Cameron has actually achieved in this deal?

(Laughter)

Rebecca Harms (Verts/ALE), blue-card answer. – You mentioned what was the most urgent idea – this 'brake'. This emergency brake is in. I can tell you that I am always open to compromise. Europe is always about compromise: everything we move, we move by compromise. But in the long run I will never agree, for example, that workers from the Eastern European states should be seen as second-class workers, and I hope that you agree with me on this.

(Applause)

Nigel Farage, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, it is already rather exciting, isn't it? It is referendum season and the referendum is coming – on 6 April in the Netherlands – where they are going to have a referendum on the Ukrainian deal, and the opinion polls show that they are going to reject it. And, just today, Mr Orbán has announced that there is going to be a referendum in Hungary on whether they should be forced to accept mandatory quotas for migrants after the grievous errors of the EU's common asylum policy, not to mention Mrs Merkel's pronouncements. And overnight we get a Czech Premier telling us that there is now demand building in the Czech Republic to have a referendum on membership. Oh, and I nearly forgot, there is going to be a British referendum on 23 June on whether we remain in or leave the European Union.

This follows a 40-hour summit, where Mr Cameron, doing his modern day impression of Oliver Twist, went up to Mr Tusk and said, 'Please sir, can I have some more concessions?' Well, he didn't get very much did he? We are allowed to change – ever so slightly – migrant benefits for a short period of time, and we are told that, in future, we will not be committed to ever closer union. And, on the basis of all that, we are going to have a referendum which the Prime Minister says is on a deal that is legally binding. Indeed Mr Tusk joined in with this today by saying the British deal was legally binding. To top that off, Mr Cameron has told us that he will lodge the deal – will lodge the documents – at the United Nations. But frankly, you might as well lodge an old pair of socks, because the fact of lodging a document there is completely meaningless – you could use a safety deposit box.

But is this deal legally binding, Mr Tusk? Well, the ECJ itself said in 2008 that the obligations imposed by an international agreement cannot have the effect of prejudicing the constitutional principles of the EU Treaties, which means that the ECJ rules in favour of the existing Treaties until we get a new treaty. But who's to say there is going to be a new treaty? Any new treaty would trigger yet more referendums and would not, I think, be favoured by the big Groups in this Parliament.

But of course, we have an emergency brake. That has been judged to be a great success but, crucially, that happened through secondary legislation that can be voted on by this Parliament. So what happens? We have a referendum. We follow Mr Cameron, we vote to remain and then we come back to this Parliament. Is this Parliament going to support British exceptionalism? I think we have heard voices today that make it perfectly clear that this will not happen. So the deal, Mr Tusk – and Mr Cameron if you are listening – is not legally binding in any way at all.

I have to say that the British public will decide which is our safest option. Is it safe to stay within an organisation whose own police boss tells us there are 3 000 to 5 000 terrorists who have now come into our continent through the migrant crisis, or is it safest to take back control of our own borders and our own democracy? After much consideration, I have decided to opt to vote for us to leave.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

David Casa (PPE), *blue-card question*. – We all know that Mr Farage has been working for Britain to leave since I joined this Parliament 11 years ago. He tried local elections in the United Kingdom, but he did not have any success. Then he went for the general elections in the United Kingdom – hardly a success there; on the contrary, he secured a bigger majority for David Cameron and the Conservative Party. If, in the referendum – which he always wanted – the majority of the British people say ‘yes’ to staying in the European Union, will he call it a day and retire from politics, or would he want another chance to stay here, enjoying the company of us Europeans?

(Applause)

Nigel Farage (EFDD), *blue-card answer*. – Well Mr Casa, I do not know who has been briefing you on UKIP’s electoral history. You perhaps have not got a very good memory, but in 2014, with 28% of the vote, UKIP won the European elections, topping the poll across the United Kingdom: the first time since 1906 that a party that was not Labour or the Conservatives had won a national election. So I hope that brings you up to speed.

As for the referendum, I believe it is a once-in-a-lifetime opportunity. I am certain that, if we vote to remain, we are unlikely ever to get another opportunity, and we will sink deeper inside this political union. But I think there is every chance now that the momentum is on our side of the argument. So yes, we are going to vote to leave and, within a short period of time, all the British MEPs will be gone. How about that?

(Applause and cheers from UKIP)

Marine Le Pen, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, attention avec les analyses sur les résultats des mouvements politiques dans leur pays respectif. En France, je crois que les socialistes sont descendus aux dernières élections à 22 % et personne n’a démissionné.

Mesdames et Messieurs les députés, dans quatre mois, les Britanniques voteront lors d’un référendum qui décidera si leur pays doit rester ou non dans l’Union européenne. Ce choix d’un scrutin populaire pour trancher un enjeu si important est absolument légitime et démontre une belle vitalité de la démocratie britannique, contrairement à la situation en France. D’ailleurs, les médias n’ont pas tous la même position unanimement proeuropéenne. Il y aura donc de vrais débats démocratiques, un fourmillement d’idées, d’analyses, de prises de position. On y voit la liberté de pensée en action, la liberté d’opinion et le respect de toutes les opinions – l’essence de la démocratie, en somme.

Cette réflexion sur le Brexit sera, pour les Britanniques, l’opportunité de faire un bilan d’étape de l’appartenance aux institutions européennes décidée en 1970. Si le bilan n’est pas convaincant, ils prendront un autre chemin, le chemin de la liberté, le chemin de la souveraineté. Ils retrouveront ainsi les moyens de résoudre les problèmes de leur temps. La déclaration des droits de l’homme et du citoyen de 1793 exprime dans son article 28 un principe clair et juste: «Une génération ne peut assujettir à ses lois les générations futures». Une génération de Britanniques avait choisi d’inscrire l’histoire récente du Royaume-Uni dans l’Union européenne. Cette génération ne peut aujourd’hui imposer les institutions européennes, sans débat ni vote, aux générations actuelles. Ce référendum est dans la logique même de la démocratie: il est donc parfaitement légitime.

L’Union européenne nous impose ses innombrables lois à l’ombre des traités signés par nos gouvernements successifs, mais ces décisions sont prises par des personnes non élues, le plus souvent sans véritable débat démocratique et sans aucun débat médiatique. Par ces décisions iniques et à rebours des intérêts de ses administrés, l’Union européenne se comporte comme une tyrannie en exercice, arrivée de manière légale au pouvoir, mais qui en fait un usage injuste et dangereux. Et l’organisation du simulacre d’accord mis en scène ne changera pas cette cruelle réalité, pas plus que les menaces ou les chantages qui se multiplient du côté du système, ou encore les sondages sûrement réalisés par M. Soros que brandit M. Weber, qui préfère manifestement les sondages au référendum, semble-t-il. Vous ne pouvez pas refuser d’être jugés par les peuples, et accessoirement sanctionnés par eux, car c’est là précisément l’essence même de la démocratie. J’espère que la sanction pour vous sera brutale, car la récompense pour le peuple britannique sera la liberté.

Diane Dodds (NI). – Mr President, as we in the United Kingdom look towards our very own Independence Day on 23 June 2016, we do so knowing that, despite the best efforts of our Prime Minister to deliver change, the EU is neither willing nor able to do so. The new settlement promised to us in 2013 by David Cameron has been ditched, our sovereignty will continue to be eroded and our security will continue to be at risk. We will continue to send billions more to the EU than we get back, and the fundamental flaws of membership will remain. But even if we look at the mediocre tweaks being hailed by those advocating staying in, they bring with them no guarantees. There will be no guarantee of treaty change. This Parliament can unravel the deal, as can the ECJ.

What we have before us is a charade, an attempt to deceive the British people with a pig-in-a-poke deal. My message to my constituents is this: don't buy it. Believe in our United Kingdom because, in the words of that wonderful Belfast-born author, 'There are far, far better things ahead than any we leave behind'.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Mairead McGuinness (PPE), blue-card question. – Could I ask you whether you would acknowledge the role of the European Union in the peace process in Northern Ireland? Because it did create a space to negotiate for those who were in disagreement, to put it mildly, and therefore, do you not see the value of the European Union in peace work generally, but in particular in Northern Ireland? And while we cannot interfere in the UK referendum, as a neighbour of yours on the island of Ireland, we do have to have a say and our voices need to be heard. I hope you will accept that.

Diane Dodds (NI), blue-card answer. – Ms McGuinness, thank you for your question. It is indeed a very relevant one and I have always acknowledged the role that this place, this Parliament and these institutions have played in making sure that there were peace funds available to Northern Ireland. However, Open Europe, for example, has estimated that in terms of Structural Funds, for every pound sterling that Northern Ireland gets back, it costs us GBP 1.58.

In terms of good relationships with our neighbours in the Irish Republic, of course I welcome the fact that today we have much better relationships than we have ever had before, and I hope and know that this will continue. And can I make a plea to you, Ms McGuinness, to your Taoiseach and to any future UK Prime Minister, that what we need in Northern Ireland is a genuine and honest debate, and not the scaremongering tactics that we have so far seen from those who threaten us with all kinds of things in Northern Ireland if we do not toe the European line?

President. – I inform you that I am sticking to the precedent created by President Schulz and will accept only one blue card per speaker. I would therefore ask the indulgence of those of you who have asked for blue cards.

Herbert Reul (PPE). – Herr Präsident, Herr Präsident der Kommission, Herr Ratspräsident! Bei der letzten Debatte über die Lage in Europa und über den Rat habe ich auch zu denen gehört, die kräftig kritisiert haben, dass im Rat nur noch Egoisten sitzen, die sich streiten und die eigenen Interessen in den Mittelpunkt stellen. Deshalb finde ich es jetzt auch angemessen zu sagen: Dieser letzte Gipfel war ein Gipfel, der bewiesen hat, dass es auch anders geht. Ich bin sehr zufrieden und sehr glücklich, dass der Rat beim letzten Gipfel endlich wieder Entscheidungen getroffen hat, gezeigt hat, dass man auch schwierigste Fragen lösen kann. Deshalb: Danke an Präsident Tusk und an alle, die daran mitgearbeitet haben. Das ist endlich der Beweis: Europa ist arbeitsfähig, handlungsfähig, auch in schwierigsten Fragen.

Wenn das dazu dient – wie Frau Harms sehr richtig gesagt hat –, dass sich nicht nur in Großbritannien die Bevölkerung darüber klar wird, wie bedeutsam und wie wichtig dieses europäische Projekt ist und wie wertvoll es vielleicht auch sein kann, sondern wenn es auch dazu dient, dass wir uns auch im Rat und im Parlament vergewissern, wie bedeutsam und wichtig uns dieses Projekt Europa ist und dass wir uns dafür einsetzen müssen und vielleicht an der einen oder anderen Stelle auch mal einen schwierigen Kompromiss treffen können, dann war die Sache extrem wertvoll, dann ist die Sache eine extrem wertvolle neue Chance für Europa.

Ich hoffe und wünsche mir, dass insbesondere das Thema der Flüchtlinge gelöst wird. Herr Fox, ich schätze Sie, aber dieses Problem der Flüchtlinge in Europa ist nicht das Problem der Einladung von einer Kanzlerin. Das ist barer Unsinn. Sondern das ist ein Riesenproblem mit einer großen Dimension. Das löst man eben nur gemeinsam und nicht, wenn einer alleine meint, sein Spielchen zu machen.

Die Entscheidung am letzten Wochenende kann ein Anfang dafür sein, solche großen Projekte zu lösen. Und ich sage Ihnen: Wenn wir das nicht machen, werden wir alle ein Desaster erleben!

Glenis Willmott (S&D). – Mr President, we could use this debate to discuss the details of the deal struck last Friday, but that would be to miss the point. The deal was done, and now the clock is ticking. While the summit has finally given the British Prime Minister what he needed – to speak out loud and clear in favour of our EU membership – it is not Friday's deal that is on the ballot paper for the UK referendum.

The question facing the British people is far more significant than anything that can be agreed over a very late breakfast in Brussels. It is about the very future of Britain as an outward-looking global player. It is about the future of Europe at a time when we need international cooperation to face the challenges of an uncertain world. For too long, politicians in Britain have shied away from the big arguments about Europe. We have allowed debate to be dominated by those on the other side of the Chamber and by those who are willing to stoke fear and divide communities to drive forward their ideological agenda, and by those who go heavy on the rhetoric and bluster but are in short supply of actual answers when asked about their alternatives to Britain holding its head high as an active and leading member of the EU.

Colleagues, it is time we called out those who claim to speak for Britain but who, in truth, represent only a fraction of the British people. It is time we called out those who claim to be making a patriotic case but argue for a course of action that would diminish our country's standing in the world. It is time we called out those who claim to care about working people but are pushing for the choice that means less job security and fewer working rights. That is why Labour is already out there, going from door to door, street to street, making the case not just for Britain to remain a member of the EU but for it to be once again a leading player in Europe. Thanks to campaigning by Labour and the trade unions, we have been able to block early efforts by the Tories to weaken workers' rights as part of their negotiations. Those rights to paid holiday, equal pay and a safe place to work will feature front and centre of our campaign to remain.

We will be making a positive case about Britain's place in the world and about the fact that, on everything from the environment to the economy, Britain is stronger when working together with its European partners. There is still much we can do to make Europe work better for our constituents. Nobody should be under any illusion: after the referendum is won, after the legislation agreed at this summit is passed, our job of reforming Europe is not done. But for Britain to have an influence on this process, we must have a seat at the table. So, for Britain and for Europe, we will fight with every breath to win.

(Applause)

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), blue-card question. – In the British general election which was just a few months ago, the Labour manifesto opposed there being a referendum on Brexit. Do you support the principle of there being a referendum, or are you still opposed to there being a referendum? And if you support there being a referendum, why have you changed your mind?

Glenis Willmott (S&D), blue-card answer. – I think that is irrelevant. We are having a referendum. Whether we like it or not, we are there. What we have got to do is ensure that we fight for the future of the British people, and the future of the British people is a strong Britain in a strong Europe. It is strong for our economy, it is strong for our security, it is strong for jobs and investment, and it is strong for workers' rights.

Sophia in 't Veld (ALDE). – Mr President, I always like to cite my favourite television programme – *Yes Prime Minister* – in particular the episode where Sir Humphrey says: 'Minister, Britain has had the same foreign policy objective for at least the last 500 years: to create a disunited Europe. In that cause, we have fought with the Dutch against the Spanish, with the Germans against French, with the French and Italians against the Germans, and with the French against the Germans and the Italians. Divide and rule, you see. Why should we change now, when it's worked so well?' Well, as a Dutch Liberal and as a European, I would say this: let us prove Sir Humphrey wrong on 23 June.

Dear British friends, we want you in; we need you in, and not because of some vague deal but because only with a strong united Europe can we respond to the challenges of the 21st century: refugees, terrorism, climate change and the energy crisis. Only together can we make the lives of our citizens better by seizing the fantastic opportunities of the internet era and the global economy. Let us build our future together, friends: vote 'in' on 23 June.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Mr President, pushing workers beyond the poverty line because of their nationality is not the way to keep Britain in the EU. Vague promises of competitiveness and semantic victories on an ever closer union will not satisfy the thirst of the Eurosceptics. You could hear it here today.

Without doubt the EU is far from perfect. It is too distant from citizens, it lumbers on with a staggering democratic deficit and drains power from where it should reside, which is, without doubt, national parliaments. But the EU does offer fundamental protections in the fields of workers', consumers' and human rights. It presents opportunities for progressive forces to unite. It has supported the Irish peace process and projects aimed at reducing the impact of the border through INTERREG and peace funding, with examples like at the footbridge uniting Pettigo in County Donegal and Tullyhommon in Fermanagh.

Much-needed structural and agricultural funds have made a huge and positive impact on the North of Ireland, and there are thousands of constituents with no faith in a British Government replacing those funds post-Brexit. For these reasons, Sinn Féin will campaign vigorously against a Brexit. Ireland's place is in Europe – north and south.

Jill Evans (Verts/ALE). – Mr President, this is a time of intense political debate in Wales, because prior to the EU referendum in June we have elections in May for the new Welsh Government and Assembly. We are talking about how to build a strong and sustainable economy and thriving communities, and for me the messages go hand-in-hand. My party, Plaid Cymru – the Party of Wales – believes that Wales's natural home is in Europe, and we will be campaigning to ensure that our successful relationship and partnership flourishes in future. Wales benefits from EU membership economically, socially and culturally. We want a stronger voice for Wales in Europe and we will continue to work for that, but this referendum is about the bigger picture. It is about the kind of nation we want Wales to be, and for the kind of Europe that we want for the future: one where we, here in Wales, like other countries, can contribute to building a fairer and a better society.

Our message is a positive one. We believe it is in the interests of all our people – our rural and urban areas, our workers and companies, and most of all our young people – for us to remain in the European Union. We have to remember that this is a choice we are making not just for ourselves but for future generations as well.

Marcel de Graaff (ENF). – Opiniepeilingen laten zien dat een meerderheid van de Britse bevolking wil dat het Verenigd Koninkrijk uit de Europese Unie stapt. De Europese Unie laat zien dat ze niets op heeft met de wil van het Britse volk en de democratie. Alles is in het werk gesteld om een Brexit te voorkomen, met een flutakkoord tot gevolg! Het Verenigd Koninkrijk krijgt geen millimeter soevereiniteit terug. Cameron laat zien dat hij, net als Rutte, uiteindelijk gewoon aan de leiband van de Europese Commissie loopt.

Het Britse volk verdient beter, de volken van Europa verdienen beter: een vertrek uit de EU, om weer baas te zijn in eigen land. Het referendum in Groot-Brittannië is daarvoor een historische kans. Ook in Nederland wil 53 procent een Nexit-referendum. Mijn oproep is dan ook om dit vandaag nog uit te schrijven. Op naar een Europa van samenwerkende soevereine staten, op naar meer vrijheid en meer welvaart.

Udo Voigt (NI). – Herr Präsident! Wir haben heute einiges darüber gehört, was alles nicht funktioniert und nicht umgesetzt worden ist. Unter anderem sind die Gelder und die Milliarden-Versprechungen – die Geldgeschenke für die Türkei – auch noch nicht zusammengekommen. Wie kann man hier eigentlich annehmen, dass – egal, wie viele Milliarden Sie der Türkei geben – diese Türkei etwas an den Verhältnissen ändern würde?

Die Türkei hat doch ein Interesse daran, das Nachbarland Griechenland zu destabilisieren und nicht etwa zu stabilisieren. Ich frage mich also: Wenn das der letzte Strohalm der EU sein soll, dann kann die EU sowieso bald einpacken. Es wird viel über den Brexit und die katastrophalen Folgen geredet. Ich denke, er hat keine katastrophalen Folgen für Europas Zukunft. Wenn England geht, ist wieder Hoffnung in Europa, dann werden wir kein Europa der Integration fremder Völkerrassen und Kulturen haben, dann haben wir die Chance auf ein Europa der Vaterländer souveräner freier Völker.

Françoise Grossetête (PPE). – Monsieur le Président, permettez-moi de paraphraser un ancien président français, dont les mots n'ont jamais sonné aussi juste, en avertissant: «Notre maison brûle et nous regardons ailleurs».

Nous ne partageons pas les mêmes priorités: 48 heures de discussions et aucune avancée substantielle sur la crise migratoire, alors que des milliers de désespérés affluent sur notre continent. Tout cela paraît indécent, car pendant ce temps nos dirigeants, afin d'empêcher le Brexit, parvenaient à s'entendre, miraculeusement, pour sauver la carrière politique de David Cameron, ouvrir la boîte de Pandore de l'Europe à la carte et court-circuiter tous ceux qui veulent poursuivre le projet européen.

Comment convaincre nos concitoyens que l'Europe peut faire face aux flux migratoires, peut les protéger contre le dumping chinois, peut lutter contre Daech et faire jeu égal avec les États-Unis, alors qu'elle abdique devant ses propres membres: la Grèce hier, le Royaume-Uni aujourd'hui. Un seul État membre peut-il prendre en otage les 27 autres? Les seules victimes sont la solidarité et le projet européen. L'instabilité politique, économique, sociale et environnementale dans le monde exige de nous tous d'être unis. Nous voulons le Royaume-Uni dans l'Union européenne. La balle est dans le camp des Britanniques, qui doivent savoir qu'il n'y aura pas d'autres négociations.

On ne peut pas se jouer de l'Europe. Il est temps, surtout, que les États membres soient plus pompiers que pyromanes.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Gilles Lebreton (ENF), question «carton bleu». – Monsieur le Président, Madame Grossetête, vous dites que le Brexit va provoquer l'instabilité politique et économique de l'Europe. Cependant, nous venons d'apprendre que la Bourse de Francfort vient de décider de passer un accord avec celle de Londres. Cela n'est-il pas la preuve que le Brexit n'effraye nullement les milieux d'affaires et que le Royaume-Uni va pouvoir reprendre sa liberté sans que cela lui porte en quoi que ce soit préjudice?

Françoise Grossetête (PPE), réponse «carton bleu». – Monsieur le Président, cher collègue, vous ne m'avez pas écouté correctement, je n'ai pas dit que le Brexit allait entraîner une instabilité politique, j'ai dit que l'instabilité politique, économique, sociale et environnementale dans le monde exige de nous tous d'être unis. C'est pour cette raison qu'il est indispensable qu'il y ait 500 millions de citoyens européens ensemble dans le cadre de la mondialisation et que nous avons besoin du Royaume-Uni. Mais lorsqu'on voit l'effondrement de la Bourse de Londres, je pense que vous n'avez pas tout à fait raison.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señor Presidente, no sabemos qué es lo que va a suceder dentro de cuatro meses en el Reino Unido —y ojalá que la decisión sea permanecer en la Unión—, pero sí sabemos lo que ocurre día a día en las ciudades, en las calles de la Unión Europea. A fuerza de sucesivas crisis de refugiados, de seguridad, del Brexit, hemos olvidado que vivimos en una crisis permanente, desde hace unos años, de crecimiento, de empleo, de derechos sociales y de salarios bajos. La OCDE ha publicado sus perspectivas la semana pasada: la zona del euro crece el 1,4 %, Alemania, el 1,3 %, Francia, el 1,2 %, Italia, el 1 %; y eso significa que no somos capaces de responder a la crisis que está en el origen de las otras crisis que están, en estos momentos, destruyendo la Unión Europea.

¿Por qué sucede eso en un entorno de políticas monetarias excepcionales, en un entorno de tipo de cambio favorable, en un entorno de bajo precio de las materias primas? Porque no hay una política fiscal expansiva, que es lo que necesita en estos momentos la Unión Europea. Y por eso, la OCDE pide políticas fiscales más ambiciosas, pide más inversión en el corto plazo y en el fundamento del largo plazo. Y quien dice esto no es una conspiración de keynesianos que han tomado la OCDE ni un conjunto de socialistas. Es el sentido común y la evidencia de lo que ha pasado en los últimos años. Por eso, piden que el plan Juncker se aplique con mayor determinación y, por eso, piden que el Banco Europeo de Inversiones asuma mayores riesgos.

Cuando vamos al asunto de la inmigración, de todo lo que se habla es de contener, pero no hay suficientes compromisos para aplicar lo que ya se ha aprobado. El Presidente Juncker ha dicho que el Consejo ha confirmado lo ya aprobado. Lo he entendido como una ironía. Espero que en marzo realmente se empiece a aplicar.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Janice Atkinson (ENF), blue-card question. – Mr Guerrero, as a Socialist, do you actually buy into what David Cameron has put on the table? So we have a two-speed Europe, but your citizens across the eastern European states – Poland, Romania and others – that come to our countries to work, are treated as second-class citizens. Because if Cameron gets a change to the Treaties – and let us bear in mind that he has to get a change to the Treaties – then your citizens cannot come to my country and claim in-work benefits. Now, I do not believe in second-class citizens. I believe, if you are going to buy into the EU, that you should be buying into it wholesale, not having an option to opt out. Is your Socialist Group going to accept this two-speed and second-class Europe?

Enrique Guerrero Salom (S&D), respuesta de «tarjeta azul». – Señora Atkinson, creo que las intervenciones, tanto de mi líder parlamentario como de la jefa de la delegación laborista en este Parlamento, la señora Willmott, han sido suficientemente claras. Nosotros somos partidarios de una Unión Europea fuerte. Somos partidarios de una Unión Europea integrada. Y somos partidarios de una Unión Europea que respete todos y cada uno de los derechos sociales a todos y cada uno de los ciudadanos de la Unión.

Pavel Telička (ALDE). – Mr President, I come from a country which was outside the integration process for 40 years – not because of our own will, but because things turned out like that after the Second World War. While it is up to the Brits to judge, I can tell you that it makes a hell of a difference whether you are inside the European Union or outside – with all its imperfections, weaknesses, difficulties and disagreements. But it is for our British colleagues to judge. I can only say that we want the UK in; we need the UK in, and that is why I am ready to accept an agreement which I find problematic on a number of provisions – I am ready to pay that price, I am ready to sacrifice. On a second and related point: this cannot be the end. This has to be the start of reforms that the European Union badly needs in a number of areas. Some of them are on the agenda today, and some of them are yet to come. My final remark is on migration: President Tusk, if you look at the European Council conclusions (and I know you have put a lot of effort into it), this is not what will deliver. March has to be the month when we deliver in concrete ways and when the first fruits really come, so that citizens will understand and believe that we are on the right track.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Mr President, millions of people of Irish descent will vote in the Brexit referendum. I suggest they listen to what I have to say here and judge the way they vote depending on how I get answered. Mr Juncker, who could not even be bothered to stay in the Chamber: at the last plenary I asked: would you work with us towards lifting the unjust, unfair 31 billion promissory note burden that had been placed on our shoulders? I quoted the fact that the banking inquiry in Ireland had pointed the finger directly at the ECB and had found that successive Irish governments had in fact been bullied into accepting debt that could have been avoided. You did not even reply. Since then, the Supreme Court in Ireland has been hearing an appeal by a Member of Parliament into the constitutionality of those notes. In its defence, the state argued that the moment the notes were issued, they were not just a promise of billions to what even then was an insolvent and non-systemic bank; they were in fact capital, capital that was raised from the ELA fund. This was a blatant violation of its rules, as the fund was only to be used for solvent institutions – and yet it was sanctioned by the ECB. Why? Because it feared contagion.

Mr Juncker, wherever you are, 31 billion more than the entire combined tax take of Ireland in 2010 was put into this. Would Britain put up with it? Would Luxembourg put up with it? Would France put up with it? To the Irish living in Britain: why aren't these questions being answered? So far my conclusion is: because they don't bloody well care in here. Unless it changes, vote to leave, Irish people in Britain.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Charles Tannock (ECR), blue-card question. – Regarding your application of voting to the Irish citizens who reside in the rest of the United Kingdom, including in my country, England: I find it extraordinary really that you should be saying that. I do not see how that is possibly going to help you or your cause in terms of the Irish Republic and its debt overhang in the banking system.

Are you advocating that your country leaves the European Union and rejoins the United Kingdom and the Sterling zone? Is that the logic of what you are saying? What do you say to the fact that, if there is a vote to leave, there will be a customs border between Northern Ireland – which is part of United Kingdom – and the Republic, which will impede trade and put more burdens economically on the Republic? How do you account for that? How is that going to help prosperity and jobs in the south – in the Republic – if there is a customs border which will actually stop the flow between Northern Ireland, which will still be in the United Kingdom and therefore outside of the European Union, and your country, which will still be in the European Union and in the customs union?

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), blue-card answer. – It is ironic, given that I said the Irish people were not being listened to, that you did not actually listen to what I said as an Irish MEP. What I said was that, unless we get decent answers on this – because we were robbed: EUR 500 million on three occasions this year has been borrowed and burned because of this – what I am saying is that, if the Irish people do not get listened to here, they should take that into account, the ones that live in Britain – some of them who had to leave during this crisis, some of them in their 20s – a quarter of a million people from Ireland had to leave. What I said was that, if we do not get an answer, what else can you conclude but that the European Union does not listen? Well of course, unless it is bringing in right-wing policies like impoverishing poor people even further.

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Mr President, Greens want Britain to remain part of the EU because we believe that we need to work together on shared solutions to the collective challenges that we face. Climate change, the pollution of our oceans, terrorism and the refugee crisis show no respect for borders and require collaborative and cooperative solutions. So far, the debate about whether our future lies in Europe or not has been dominated by middle-aged men in suits – but this was the boring part, like the trailers and the adverts that you have to sit through before you get to the film you came to watch. The main feature is starting now, and we all get a starring role and everybody gets an equal say. Personally, I share the concerns of those who believe that European politics have sometimes run ahead of what people in the UK and other parts of Europe as a whole are comfortable with. But I still believe that the European story should be celebrated: a story of different peoples and cultures working together for the common good. We all know that the EU is not perfect, but we need to stay in it to transform it. The referendum campaign is a chance to have a conversation about how another Europe is possible. Let us talk about how corporate influence can be curtailed and the institutions of the EU made more democratic and accountable to the citizens of Europe. It is a unique opportunity to re-establish a Europe by the people and for the people.

Harald Vilimsky (ENF). – Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf zunächst meiner Freude Ausdruck verleihen. Denn am 23. Juni findet in Großbritannien ein großer demokratischer Akt statt, bei dem die Menschen selbst über ihre eigenen Belange demokratisch entscheiden können. Auch in den Niederlanden – entnehme ich den Medien heute – gibt es eine demokratische Mehrheit für ein Referendum über den weiteren Verbleib in der Europäischen Union.

Auch in meinem Land, in Österreich, gibt es eine sehr starke Unzufriedenheit mit der Europäischen Union, und ich frage vor diesem Hintergrund: Wieso soll es nicht möglich sein, dass auf jenem Kontinent, wo die Demokratie geboren wurde – ob das jetzt in Island oder in Griechenland war, darüber sollen sich die Polithistoriker entsprechend streiten – , dass auf unserem Kontinent die Demokratie wieder Einzug hält? Nichts ist besser als Demokratie. In jedem Staat, in jedem System hat einer immer Recht, und das ist die Bevölkerung selbst. Das sind nicht Sie, das sind nicht wir und meine politischen Freunde, das ist der Souverän, die jeweilige Bevölkerung. Europa kommt nur dann einen Schritt nach vorne, wenn es auch wieder gelingt, die Menschen in die demokratische Entscheidungsfindung miteinzubeziehen und sie nicht außen vor zu lassen.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Pan Donald Tusk powiedział, że zależy mu na swobodnym przepływie ludzi w Europie; zapomniał, że Zjednoczone Królestwo nie jest w Schengen i jakoś z tym żyjemy. Co do uchodźców, Anglia udzielała schronienia nawet Karłowi Maksowi, ale nie płaciła mu zasiłków.

Potrzebujemy Schengen, potrzebujemy Europejskiego Obszaru Gospodarczego, ale nie potrzebujemy bandy polityków i biurokratów decydujących o homoseksualistach w Kirgistanie i gorylach w Kongo. Gdyby Brytyjczycy usłyszeli tę dyskusję, 90% głosowałoby za Brexitem.

Dlatego też liczę, że Zjednoczone Królestwo wystąpi z Unii Europejskiej, wróci do Europejskiego Stowarzyszenia Wolnego Handlu, a w ślad za nim pójda Czechy, Polska, Słowacja, Węgry i inne miłujące wolność kraje. A poza tym sądzę, że Unia Europejska musi zostać zniszczona.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Gianluca Buonanno (ENF), domanda «cartellino blu». – Ho sentito l'intervento del collega e gli vorrei chiedere: se ci fosse una bacchetta magica, se lui fosse al posto di Juncker o di Tusk, che è qua presente, che cosa farebbe immediatamente? Quale sarebbe la prima cosa che farebbe?

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Please could you repeat the second part of your question? What would I do if what?

Gianluca Buonanno (ENF), domanda «cartellino blu». – Dopo aver sentito l'intervento del collega, cioè il suo intervento, mi viene in mente questo: se lei avesse la bacchetta magica, se ci fosse qualcosa di magico, come in una fiaba, e lei diventasse domani mattina colui che può essere al posto di Juncker o al posto del Presidente Tusk, che cosa farebbe per prima cosa di questa Europa?

Janusz Korwin-Mikke (NI), odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Ogłosiłbym koniec Unii Europejskiej, jeśli mógłbym to zrobić.

President. – Fortunately we live in the real world.

Esteban González Pons (PPE). – Señor Presidente, el acuerdo con el Reino Unido no es el que queríamos, pero era el único posible. Hemos cedido todos para no perder todos, pero no nos engañemos, no es una buena noticia, representa un paso atrás. La generación que vivió las dos guerras mundiales y sus consecuencias está desapareciendo: cada vez hay menos europeos que recuerdan las causas de la Segunda Guerra Mundial y sus consecuencias. Y eso es peligroso.

Construimos una Europa para evitar nuevos enfrentamientos nacionales y estamos empezando a aplaudir a los líderes que utilizan los enfrentamientos nacionales para ganar popularidad.

Europa no se construyó y hubo una guerra. Hubo una guerra y se construyó Europa. No la deconstruyamos, no volvamos a caer en los errores del pasado, en el nacionalismo y en el populismo. Hemos hablado mucho de los riesgos exteriores, pero los verdaderos riesgos para la Unión Europea están en el interior, como en 1939: son el viejo nacionalismo y el viejo populismo.

La Unión Europea es la única vacuna de la que disponemos, repito. No la debilitemos.

Europa necesita al Reino Unido. Pero entiéndanme bien, Inglaterra, Gales, Escocia, Irlanda del Norte, juntos o por separado, necesitan mucho más a la Unión Europea, porque fuera de la Unión Europea hace mucho frío.

Y déjenme que diga una cosa para terminar: se celebrará el referéndum. Los británicos decidirán si siguen o si no, pero yo les digo una cosa, y debemos repetirla todos: «Europa, hagan lo que hagan los británicos, seguirá». Como esta tarde, que estamos hablando del Reino Unido sin ingleses en la sala. Es una buena metáfora.

Roberto Gualtieri (S&D). – Mr President, the settlement that has been negotiated and unanimously agreed by all 28 Member States is, I think, a fair and balanced deal. All the institutions should be proud that the EU has been able to deliver in a timely manner.

The settlement recognises that the UK can continue to benefit from the single market without being bound to the principle of ever closer union and to further political integration, while this principle remains fully valid for the others. The settlement guarantees against the pound suffering discrimination and, at the same time, is fully in line with the Treaties and with the need to preserve a level playing field across the single market and within the single rule book.

Furthermore, the settlement recognises, at the same time, the need for further euro area integration. For these reasons, if British citizens decide to stay, we will examine the Commission proposal with the highest respect. We will respect the agreement and we will not prevent or delay its implementation. Legally speaking, of course, Parliament can only formally speak in an appropriate procedure on the basis of the Commission proposal but, politically speaking, I think that this debate clearly shows that the settlement commands a broad majority in this House. So we will be fair. We will keep our word. Now it is time for British citizens to safeguard their prosperity and their future.

Catherine Bearder (ALDE). – Mr President, I would like to thank the EU leaders for their tolerance for yet more British demands. They recognise the importance of a deal for Mr Cameron, but mostly for his own party. Now the battle begins: the referendum is under way, but it is not yet safely won. We have been fed lies and scare stories over 20 years from a largely foreign-owned media and comical characters such as Mr Farage.

The stakes could not be higher. People I speak to want to know their future will be prosperous, stable and secure. Staying in Europe is the best way to guarantee that. Businesses know that access to the world's largest single market far outweighs any free trade deals, but the work of the EU is so much more – it is migration, climate change, terrorists – all these. We must work together on these issues. Those calling for EU exit are like lemmings running to the cliff's edge, but they cannot tell us what is on the other side. That is not patriotic; it is idiotic. Let us remain in, together, with a Britain to be proud of to hand on to our future generations.

Judith Sargentini (Verts/ALE). – We kunnen top na top over de vluchtelingencrisis organiseren. Met Turkije, zonder Turkije. Met Griekenland, zonder Griekenland. Met Oostenrijk, met de Balkan en nog een keertje zonder Griekenland. Maar we zullen de asielcrisis, de vluchtelingencrisis niet onder controle krijgen als we weigeren te praten over het feit dat er afgelopen jaar een miljoen mensen naar hier zijn gekomen en dat we dat het komende jaar weer kunnen verwachten.

Als we praten over het sluiten van grenzen, de buitengrenzen en de binnengrenzen, dan zijn we aan het weggijken. Dat is wat de ministers van Justitie en Binnenlandse Zaken morgen weer gaan doen als ze de mogelijkheid gaan bespreken om weer een nieuw artikel in het Verdrag van Schengen te gebruiken om de grenscontroles nog wat langer op te leggen. Mijnheer Tusk, leiderschap is erkennen dat wij vluchtelingen een plek moeten geven en dit probleem niet afschuiven op Griekenland of Turkije.

[De spreker gaat in op een “blauwe kaart”-vraag overeenkomstig artikel 162, lid 8, van het Reglement.]

Ελισάβετ Βοζεμπεργκ-Βρυωνιδη (PPE), ερώτηση με γαλάζια κάρτα. – Άκουσα προσεκτικά αυτά που είπατε κυρία Sargentini. Για εσάς το προσφυγικό πρόβλημα οφείλεται στις συνόδους κορυφής στις οποίες αναφερθήκατε, ή στο γεγονός ότι δεν υπάρχει βούληση όλα τα κράτη μέλη να συμφωνήσουν με τις αποφάσεις της μετεγκατάστασης, αλλά και η Ευρωπαϊκή Ένωση να ασκήσει μια πιο πιεστική πολιτική στην Τουρκία ώστε να τηρήσει όσα έχει υπογράψει για επανεισοχή των οικονομικών μεταναστών;

Judith Sargentini (Verts/ALE), “blauwe kaart”-antwoord. – Ik sta erop dat we het hier hebben over een vluchtelingencrisis en niet over een migrantencrisis. De mensen die in Europa aankomen, krijgen vrijwel allemaal een asielstatus. Verder denk ik dat u gelijk hebt dat er een probleem is met politieke wil en lidstaten die hun deel niet dragen.

Maar de suggestie dat wij Turkije nog wat harder kunnen aanpakken, is onzin. Want laten we eerlijk wezen, die 3 miljard euro is nog niet overgemaakt. Eigenlijk willen we helemaal geen nieuwe hoofdstukken openen voor Turkije. Want we willen eigenlijk helemaal niet dat het land lid wordt. We willen eigenlijk helemaal geen visumvrij reizen aanbieden en we willen dat de Turken die tweeënhalf miljoen vluchtelingen ginder houden. Wij hebben geen onderhandelingspositie, mevrouw.

Mario Borghezio (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, questo dibattito non mi ha convinto sul fatto che ci sia qualcosa di male che i cittadini britannici possano decidere se stare o uscire dall'Europa e tutti questi vantaggi non mi pare che si vedano. Il Consiglio non ha deciso niente di significativo per l'immigrazione, ha regalato tre miliardi alla Turchia senza imporre dei vincoli, dei controlli.

Ma c'è una questione che io voglio porre all'attenzione del qui presente Presidente Tusk e anche di lei, Signor Presidente, e soprattutto della Commissione. C'è un cittadino europeo che è stato ucciso dopo essere stato torturato barbaramente: è un italiano, un giovane di ventotto anni, Giulio Regeni. E l'Europa, che si occupa di diritti umani da tutte le parti, non osa far sentire la sua voce. È una vergogna!

Noi vogliamo sapere dall'Egitto come sono andate le cose, quando diranno la verità richiesta più volte, anche specialmente, ovviamente, dal governo italiano. La voce dell'Europa e dell'alto commissario Mogherini è assente. È una vergogna!

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, το πρόσφατο Ευρωπαϊκό Συμβούλιο απέδειξε πως το οικοδόμημα της Ευρωπαϊκής Ένωσης δεν έχει κανένα μέλλον με την παρούσα μορφή. Κάποια στιγμή, σύντομα, οι εξελίξεις θα τρέξουν πολύ γρηγορότερα από όσο μπορεί να αντιδράσει ο δυσλειτουργικός αυτός οργανισμός.

Η Βρετανία απαιτεί ειδικό καθεστώς, εάν και εφόσον παραμείνει στην Ένωση, διότι με αυτό τον τρόπο διασφαλίζει τα συμφέροντα των πολιτών της και την εθνική της κυριαρχία. Όμως, και άλλες χώρες θα έπρεπε να δικαιούνται να επιτύχουν το ίδιο. Βεβαίως τα κράτη μέλη, αλλά και η ίδια η Ένωση, εύκολα υπέκυψαν μπροστά στις απαιτήσεις του Ηνωμένου Βασιλείου, αλλά λίγο καιρό πριν στραγγάλισαν την Ελλάδα εξαναγκάζοντας τον λαό της σε φτωχοποίηση. Αυτό όμως δεν είναι ούτε ισότιμη μεταχείριση, ούτε ευρωπαϊκή αλληλεγγύη, ούτε κανένα άλλο από τα ψέματα πάνω στα οποία έχει οικοδομηθεί αυτή η Ένωση.

Σχετικά με τα υπόλοιπα συμπεράσματα του Συμβουλίου, όσο και αν σας ικανοποιεί η έλευση του NATO στο Αιγαίο, να γνωρίζετε πως ο ελληνικός λαός θεωρεί την κίνηση αυτή ως προδοσία, τόσο εκ μέρους της κυβέρνησης όσο και εκ μέρους των δήθεν συμμάχων μας, οι οποίοι χαϊδεύουν την Τουρκία, ένα κράτος χορηγό των τρομοκρατών που δεν έχει καμία θέση στην Ευρώπη.

Κάντε όσα σχέδια θέλετε για συνδιαχείριση του Αιγαίου, για τη μετατροπή της Ελλάδας σε αποθήκη λαθρομεταναστών, οι Έλληνες πολύ σύντομα θα δώσουν την πρόποσα απάντηση στα σχέδιά σας.

Elmar Brok (PPE). – Herr Präsident, Herr Präsident des Europäischen Rates, Herr Kommissar! Ich möchte Herrn Präsident Tusk und Herrn Juncker danken für die gute Kooperation, die sie dem Europäischen Parlament während des Gipfels angeboten und verwirklicht haben. Ich glaube, wir haben die europäische Seele und die Interessen Europas nicht verkauft bei den Verhandlungen, und Großbritannien hat das bekommen, was es für ein erfolgreiches Referendum benötigt. Wir haben uns auch verpflichtet, dass wir zwar die Regeln der Unabhängigkeit der Gesetzgebung einhalten, aber dass wir uns politisch dazu verpflichten, das Projekt auch gemeinsam konstruktiv zu Ende zu tragen.

Ich glaube, dass das wichtig ist und dass die Atmosphäre der Verhandlungen das deutlich gemacht hat. Ich bin der Auffassung, dass dieser Deal auch rechtlich haltbar ist, und wir werden das auch in der Gesetzgebung danach sehen müssen, dass wir eine Gesetzgebung betreiben, die rechtlich haltbar ist.

Auf dieser Grundlage können wir auch das erfüllen, was David Cameron am Schluss der Verhandlungen gesagt hat: Auch Großbritannien hat in dieser sich verändernden Welt keine Chance mehr auf irgendeinen Einfluss, wenn es nicht gemeinsam mit Europa ist – im Kampf gegen Terror und vieles mehr. Wenn wir in diesen Tagen sehen, dass die Amerikaner und die Russen ohne uns einen Deal machen, dann sollte uns das endgültig wach machen, dass die Nationalstaaten nicht mehr in unsere Interessen allein schauen können. Das schaffen wir gemeinsam, oder wir werden es alle nicht mehr schaffen. Deswegen ist dies ein Weg, die Souveränität für unsere Völker zurückzugewinnen – über Europa. Ich hoffe, dass dieser Deal die Erkenntnis auch bei der britischen Bevölkerung, die zu entscheiden hat, verstärken wird.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Max Andersson (Verts/ALE), blue-card question. – Mr Brok, I believe that the deal, which lacks recognition of the moral right of non-eurozone countries to stay outside the failed experiment of the euro, is lacking something. Would you agree that a deal in due course needs to be completed on that?

Elmar Brok (PPE), blue-card answer. – The Treaty of Lisbon clearly says that 26 countries have obligations and commitments to the euro. Nineteen have fulfilled them, seven are on their way to doing so – and we have made this differentiation that they have to do that – and only two countries have opt-outs and opt-ins. We have kept the stability of the development of the euro; it is agreed that the eurozone can be deepened, and it is agreed that everyone here has the same right and a level playing field. But it was also agreed that these seven countries will have all the advantages of future member countries of the eurozone. We have also said that there is no multi-currency union; the euro is the currency of the European Union. That is the result, and it is accepted.

Maria João Rodrigues (S&D). – Mr President, you spoke about investing in Schengen, and I think this is a very good idea, because the current fragmentation of the Schengen area requires very urgent action and we need to build up a real European border. But what is a real European border? I think it should not be a wire wall, just building a kind of fortress Europe. A real European border with a 21st-century concept should rather be an infrastructure able to organise and develop the relationship between Europe and its neighbouring partners in such a way that a real European border should be an advanced infrastructure with logistics and intelligence and able to provide basic safety for European citizens, also to manage flows and provide assistance to refugees with decent standards. So I believe this is a big investment for the future, and I think this kind of investment should be decided quite soon.

Janice Atkinson (ENF). – Mr President, first of all I would like to welcome some constituents who are here from the South-East of England. I hope you have enjoyed the debate. Well that was a successful negotiation. David Cameron got precisely 1% of what he asked for, and only if there is Treaty change. I represented the ENF in the Conference of Presidents last week along with Mr Brok, but our arrogant Prime Minister decided he only wanted to meet half the MEPs and the EU leaders represented there, despite us actually representing hundreds of MEPs.

That meeting told me what the British people need to know. There will be No Treaty change; there will be no taking back control of our borders. There will be no restriction on the free movement of people; the so-called in-work benefits brake can be challenged by the EU courts; and the only vote on the deal by the MEPs in this Chamber is only indicative and not legally binding. So, Mr Brok, the Prime Minister's deal is not worth the paper it is written on, and that was told to him by his Justice Secretary, Michael Gove, today. The EU courts and the EU politicians can rip it up straight after the referendum, and the only way to get real change is to vote leave.

Michaela Šojdrová (PPE). – Já vítám dohodu Evropské unie s Velkou Británií jako vyjádření společné vůle 28 zemí dále spolupracovat, a to za podmínek, které jsou přijatelné jak pro Velkou Británii, tak pro zbývajících 27 členských států a mají smysl.

Samozřejmě si musíme být vědomi toho, že z dohody vyplývá také nutnost dojednat změny legislativy a ty budou projednávány zde v Evropském parlamentu. Myslím, že tou hranicí jsou společné hodnoty a smlouvy, které nebudou změněny, a tato podmínka byla dodržena.

Já si vážím politiků, kteří jsou schopni vzdorovat populismu, a jsem ráda, že jsou zde také poslanci z Velké Británie, kteří se přihlásili ke kampani v boji za setrvání Británie v EU, jako to prohlásil pan poslanec Fox z ECR. Na rozdíl od něj zde zaznívá silný populismus, např. od pana Farage, který dezinterpretoval vyjádření českého premiéra, který upozornil na možnou vlnu dezintegračního dopadu, který může mít britské referendum, ale samozřejmě česká vláda neplánuje takovéto referendum. Nicméně, samozřejmě, že zde je toto riziko v případě, že by referendum nedopadlo pozitivně.

Osobně oceňuji velkou aktivitu předsedy Donalda Tuska a chci, aby se zasadil se stejnou aktivitou, se stejnou energií o řešení migrační krize.

(Řečnice souhlasila s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu).)

Maria Grapini (S&D), Întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonaşului albastru”. – Domnule preşedinte, stimată colegă, şi eu sunt de acord că Marea Britanie trebuie să rămână în Uniunea Europeană şi înteleg că şi dumneavoastră.

Aş vrea să vă adresez următoarea întrebare: credeţi că, după concesiile făcute pe termen limitat de către Consiliu Marii Britanii – şi să sperăm că răspunsul va fi da – scopul şi sensul existenţei Uniunii Europene, şi anume piaţă unică, drepturi egale şi liberă circulaţie, vor putea fi respectate?

Michaela Šojdrová (PPE), odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty. – Já jsem přesvědčena, že dohoda je v mantinelech, kdy společný trh a ty hodnoty, které jste Vy zmínila, budou zachovány. Samozřejmě je jisté, že zde budeme projednávat legislativní opatření, ale ty zásady společného jednotného trhu by neměly být narušeny.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Es ist gut, dass wir eine Entscheidungsgrundlage für das Referendum in Großbritannien haben, und es ist Sache des britischen Volkes, die richtige Entscheidung zu treffen, und da bin ich überzeugt, dass es sie treffen wird.

Leider sind andere wichtige Entscheidungen vertagt worden: Das ist die Flüchtlingsfrage, die uns momentan wirklich sehr stark beschäftigt, und es ist schade, dass das erst beim Gipfel am 5. März entschieden werden kann. Das ist die letzte Chance, die wir haben, und wir brauchen endlich eine Unterstützung der Kapazitäten in den Herkunftsländern, mehr Geldstrukturen, wirkliches Geld, mehr Sicherheit an den Grenzen. Die können wir nicht herstellen, indem wir einen exzessiven Ausbau der Binnengrenzen vornehmen, sondern wir brauchen die Unterstützung Griechenlands – nicht nur der Sicherheitsstandards wegen –, sondern wir brauchen auch die Menschenrechte in diesem Zusammenhang, und schließlich und endlich müssen wir endlich diese viel beschworene europäische Lösung zustande bringen.

Eine Umfrage der Bertelsmann-Stiftung hat uns gezeigt, dass die Bürger das erwarten. Es ist Zeit für Europa und nicht für nationale Alleingänge.

Othmar Karas (PPE). – Meine Herren Präsidenten, meine Damen und Herren! Beide Themen – die Flüchtlingsfrage und die Frage des Referendums im Vereinigten Königreich – haben etwas gemeinsam, nämlich dass es zu viele Politiker gibt, die einen Mangel an Ernsthaftigkeit an den Tag legen, einen Mangel an Aufrichtigkeit, die mit den Sorgen und Ängsten der Menschen spielen, statt sich mit der Lösung zu profilieren.

Beide Themen haben gemeinsam, dass es Menschen aus unseren politischen Lagern gibt, die innenpolitische, innerparteiliche Probleme und Konflikte, nationale Egoismen, persönliche Profilierungsversuche auf Kosten der europäischen Solidarität und des europäischen Projekts ausleben. Ich fordere Sie alle auf: Beenden Sie dieses Spiel! Es ist zu ernst, in der Flüchtlingsfrage wie in der Frage des Vereinigten Königreichs! Es geht um die Einigung Europas, es geht um diese Gemeinschaft. Es geht nicht um eine Renationalisierung und um das Ausleben eigener Egoismen und Profilierungsversuche.

Es muss sehr deutlich gesagt werden: Es ist inakzeptabel, dass der Rechtsbruch des einen mit dem Rechtsbruch des anderen gerechtfertigt wird. Es ist inakzeptabel, dass die Zäune des einen mit den Zäunen des anderen gerechtfertigt werden. Das europäische und das internationale Recht, unsere Werte und Beschlüsse sind ausreichend, um in diese Probleme eine Bewegung der Lösung und mehr Glaubwürdigkeit statt Chaos hineinzubringen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Zigmantas Balčytis (S&D), *pakėlus mėlynąją kortelę pateiktas klausimas.* – Gerbiamas O. Karas,

man atrodo, kad Jūs iš tikrųjų labai daug ką pasakėte, tačiau daugelis mūsų, čia esančių, esame įsitikinę, kad Jungtinė Karalystė turėtų pasilikti, ir aš manau, kad sveikas protas turėtų nugalėti. Bet nieko nėra geriau, kada iš karto tam ir esame pasiruošę. Ar Jums neatrodo, kad Europos Komisija turėtų pradėti ruošti tam tikrą priemonių planą, su kuo susidurs Jungtinė Karalystė, jeigu jie iš tikrųjų išstos iš Europos Sąjungos. Mes turime kalbėti apie būtinybę ateityje London City įkurti, kaip kažkada įkūrėme reitingų agentūras pas save Europos Sąjungoje, turime pradėti kalbėti apie prekybinių sutarčių pasikeitimą, apie tai, kad, jeigu jie naudosis mūsų infrastruktūra, tai kaip Norvegija turės mokėti tam tikrus įnašus į mūsų biudžetą. Apie viską reikia pasakyti Jungtinės Karalystės žmonėms, su kuo jie susidurs, jeigu jie priims tokį sprendimą. Ką Jūs manot?

Othmar Karas (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“.* – Mit Blick auf die Verhandlungen der letzten Tage bedanke ich mich vor allem auch – das kommt viel zu wenig zum Ausdruck – bei den Kollegen Brok, Gualtieri, Verhofstadt aus diesem Parlament, die mitgeholfen haben, dass es zu einer Einigung gekommen ist. Denn damit wurde garantiert, dass gemeinsam mit der Kommission das gemeinsame europäische Ganze nicht auf dem Altar nationaler Interessen geopfert wurde. Und daher gehe ich davon aus, dass die Bürgerinnen und Bürger – Manfred Weber hat sie zitiert – die Gemeinschaft stärken wollen und nicht herausgehen. Wenn das Vereinigte Königreich Nein sagt, gibt es ohnehin einen Prozess. Es wird ja nicht über das Abkommen abgestimmt, sondern über Nein oder Ja. Generell möchte ich aber sagen, dass jedes Referendum, das von Regierungen eingeleitet wird, eine Flucht aus der Verantwortung ist und eine Schwächung der parlamentarischen Demokratie.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Jean Arthuis (ALDE), *question «carton bleu»*. – Monsieur le Président, cher collègue Karas, je dois vous avouer que je me fais violence pour considérer que l'accord convenu, cette fin de semaine, entre nos chefs d'État et de gouvernement et M. Cameron est un succès, car ce théâtre donne une terrible image d'une impuissance politique, comme si l'Europe était affectée par un manque de leadership, un manque de vision, un manque de volonté, et cette image-là n'est pas propice à l'adhésion du peuple britannique à un projet européen. N'y a-t-il donc pas une image d'égoïsmes nationaux qui s'additionnent sans véritable perspective?

Chers collègues, je dois vous dire que je ne suis pas satisfait par cet accord, parce qu'il ouvre la porte à toutes les revendications et à toutes les négociations. Pendant quatre mois, nous ne pourrions prendre aucune décision parce que le référendum n'aura pas eu lieu.

Othmar Karas (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Wieder haben beide Themen gemeinsam: Es gibt Beschlüsse, und das Problem ist, dass es einen Mangel an Ernsthaftigkeit in dem Umgang mit den Beschlüssen gibt. Das liegt an den Personen, die diese Beschlüsse fassen. Sie müssen sich selbst ernst nehmen. Denn wer sich selbst nicht ernst nimmt, wird nicht ernst genommen. Das gilt in der Flüchtlingsfrage genauso wie bei der Vereinbarung mit dem Vereinigten Königreich, wobei ich sage: Nicht die Vereinbarung steht zur Debatte, sondern das Ja oder das Nein zur Europäischen Union.

Ich verlange von den Politikern, dass sie mehr Ernsthaftigkeit, auch bei der Umsetzung ihrer Beschlüsse, an den Tag legen. Wir haben die Probleme in den Mitgliedstaaten, weil es einen Mangel an Aufrichtigkeit gegenüber den Beschlüssen gibt und weil das eine gegen das andere ausgespielt wird. Steht zu dem, was ihr gesagt und versprochen habt! Dann ginge es uns allen besser.

Péter Niedermüller (S&D). – Mindenkinek az az érdeke, hogy az Egyesült Királyság az Európai Unió része maradjon. Mégis, a megállapodás szövegét olvasva nem kevés keserűség marad az emberben. Elsősorban a szociális juttatások megkurtítása miatt, ami egyértelműen diszkriminatív. Keserű a szánk íze, mert tudjuk, a kelet-európai munkavállalókkal szembeni gyalázatos kampányt Farage úr és szélsőjobboldali elvbárái indították el. Keserű a szánk íze, mert tudjuk, hogy a lengyelek, magyarok és a többiek nem a szociális juttatások miatt mennek dolgozni az Egyesült Királyságba, hanem azért, mert otthon nincsen munkájuk. Semmiféle szociális juttatás nem tudja kárpótolni ezeket az embereket azért, hogy esténként nem simogathatják meg gyerekeik fejét. Keserű a szánk íze, mert ismét azokkal fizettetjük meg egy konfliktus árát, akik a legrászorultabbak. A szociális juttatások megkurtítása ugyanis elsősorban a dolgozó szegényeket érinti. Ma azonban, úgy látszik, ilyen Európában élünk. Ha konfliktusok bukkannak fel, a legelső megoldás, ami az eszünkbe jut, hogy faragjunk le valamennyit a szociális kiadásokból. Most sem történt másképpen. Máris vannak tagállamok, amelyek mérlegelik, nem kellene-e nekik is ezt a példát követni. Én olyan Európáért harcolok, amit nem a szociális juttatások eltörlése tart össze.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedniče, izgradili smo Europsku uniju da bismo spriječili sukobe, da bismo živjeli u miru i da ne bismo nasjedali populizmima. Oni koji su stvarali ovu Uniju bili su dovoljno hrabri napraviti i šengensku zonu i eurozonu te ujediniti Europu. Na nama je da to očuvamo.

Maloprije je dobro rekao naš predsjednik Weber da pri ratu u Libiji, Ukrajini, Siriji mi postavljamo kao prioritet ovo britansko pitanje. Nažalost, bavimo se time kao prioritetom, ali s pravom postavljamo pitanje je li to pravi prioritet u krizi u kojoj živimo u Europi, s brojem nezaposlenih koje imamo u Europskoj uniji. Međutim, moramo se time baviti i spremni smo na to.

G. Juncker je nedavno rekao: „Ili ćemo biti hrabri, ili će se sve srušiti.“ Ja smatram da trebamo biti hrabri i da se EU ne smije srušiti te vjerujem u britanski narod koji će donijeti odluku u lipnju ove godine. Vjerujem da će biti dovoljno razboriti i da će odgovor biti pozitivan, da će ostati u Europskoj uniji, jer to je jedino rješenje i za Uniju i za Veliku Britaniju.

Međutim, rekli ste g. Tusk i zahvaljujem Vam, da se nalazimo u jednom od najopasnijih faza od nastanka Europske unije. Ja bih rekla da je to točno, ali nalazimo se i u jednoj, groznoj humanitarnoj migrantskoj krizi, možda najgoroj nakon 2. svjetskog rata i zato s optimizmom gledam na 7. ožujka kad budete imali samit s Turskom te očekujem rezultate i, konačno, implementaciju kako ne bismo više imali iste rasprave.

(Govornik je pristao odgovoriti na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice (članak 162. stavak 8. Poslovnika))

President. – Before asking you whether you accept a blue card from Mr Jakovčić, I have to announce that we will ask our colleague Ms Guillaume to take the floor and then we will listen to President Tusk because he has to leave. We will then continue our discussion. So this is the scenario.

Ivan Jakovčić (ALDE), pitanje podizanjem plave kartice. – Gospodo Šuica, pažljivo sam Vas slušao i poznavajući Vas znam da ste za to da Britanija ostane u Europskoj uniji, kao što sam i ja za to.

Međutim, o tome nećemo odlučiti ni Vi, ni ja, ni ovaj Parlament, nego britanski narod. Pa ako britanski narod odluči da ne želi biti unutar Europske unije, slažete li se sa mnom da je to onda definitivni izlazak Ujedinjenog Kraljevstva iz Europske unije i da nikakvih pregovora više ne smije biti, jer jednom mora doći kraj ovoj situaciji.

Dakle, u tom slučaju, i Ujedinjeno Kraljevstvo morat će ponovno pregovarati o eventualnom ulasku u Europsku uniju.

Dubravka Šuica (PPE), odgovor na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice. – Gospodine Jakovčiću, slažem se s Vama da je ovo konačni *deal* koji je postignut, jer ne možemo reći da je ovo uspjeh. Ovo su bili ustupci koje je Europsko vijeće postiglo većinom odnosno konsenzusom i smatram da ne bi trebalo dati nove pregovore, odnosno, ukoliko žele ponovo ući. Ovo je i konačni stav našeg kluba.

Dakle, odgovor je pozitivan.

Sylvie Guillaume (S&D). – Monsieur le Président, qu'il soit question de Brexit ou de migrants, finalement la question sous-jacente est souvent la même: l'Union est-elle capable de rester unie dans la diversité, ou plutôt ici dans l'adversité?

Sur la partie «migration» de ce Conseil, nous sommes frappés par l'absence d'avancées. Qu'est-ce qui a été décidé? Absolument rien! Ce qui a été fait ce soir-là, c'est d'entériner ce qui était supposé être déjà en place, même si l'efficacité sur le terrain n'est pas toujours au rendez-vous. Les centres d'accueil et d'enregistrement voient enfin le jour, mais les relocalisations depuis l'Italie et la Grèce se font au compte-goutte. Pire encore, la recherche de solutions communes est entravée par des décisions unilatérales, un peu partout en Europe: l'établissement de quotas de demandeurs d'asile pour les uns, le rétablissement des contrôles aux frontières intérieures pour les autres. L'Europe de la coopération semble faire face à une Europe de l'isolement.

Cet isolement est d'abord celui de la Grèce, car les défaillances en cascade, le long de la route des Balkans occidentaux, ont déjà produit leurs effets. Le HCR parle de chaos aux points de passage des frontières. La Commission et la présidence du Conseil évoquent elles aussi une possible crise humanitaire.

La question est donc la suivante: pourquoi multiplier les sommets européens quand il manque des décisions majeures? Il est dangereux d'utiliser les questions migratoires comme un instrument de communication politique. Ce Conseil n'a malheureusement pas échappé à la règle.

Donald Tusk, President of the European Council. – Mr President, thank you for your understanding. I will make just two remarks.

The two issues we are discussing today – the UK settlement and migration – are strictly interconnected. I have absolutely no doubt that how we challenge the migration crisis will be of key significance for the referendum campaign.

All those who want to keep the unity of the European Union – the unity of the whole of the West – and who feel that we have found ourselves in an epic moment should fight for a common plan with the fullest determination possible. What I mean by a common plan is an effective implementation of our decisions, full respect of the Schengen code and common action with Turkey. If this emerging unity of action on the migration crisis is violated by anyone, they may in fact contribute to the UK leaving the EU.

As I have already said, the UK settlement will enter into force only if the British people vote to stay. If they vote to leave, the settlement will cease to exist. No one should have any illusions in this case: it was not one of many rounds of negotiations on the UK settlement in the EU; it was the first round and the last. There will be no more.

Μανώλης Κεφαλογιάννης (PPE). – Κύριε πρόεδρε, δύσκολα κανείς μπορεί να διαφωνήσει με τις τοποθετήσεις του κυρίου Juncker και του κυρίου Tusk για δίκαιη συμφωνία με τα ευρωπαϊκά κράτη και το Ηνωμένο Βασίλειο. Αν βγει όχι από το δημοψήφισμα, δεν υπάρχει άλλη διαπραγμάτευση. Το Ηνωμένο Βασίλειο, η Μεγάλη Βρετανία όπως την ονομάζαμε για πολύ καιρό, η ομιλία του Winston Churchill το 1947 στη Ζυρίχη, που πρώτος μίλησε για τις Ηνωμένες Πολιτείες της Ευρώπης, η θέληση των λαών της Σκωτίας, της Ουαλίας, της Βόρειας Ιρλανδίας γεννούν ένα ερώτημα: αυτό το δημοψήφισμα θέτει σε κίνδυνο το Ηνωμένο Βασίλειο, τη Μεγάλη Βρετανία, να γίνει η μικρή Αγγλία, περιθωριοποιημένη στην Ευρώπη και στον κόσμο;

Μεταναστευτικό: επενδύουμε στην ενίσχυση της Σέγκεν, επενδύουμε στην προστασία των ευρωπαϊκών συνόρων και όχι στο κλείσιμο των ευρωπαϊκών συνόρων. Η Τουρκία είναι μέρος του προβλήματος, αλλά και μέρος της λύσης. Εξισώνει το μεταναστευτικό με την ενταξιακή της πορεία, αφήνει ανεξέλεγκτους τους παράνομους διακινητές, δέχεται χωρίς βίζα όλους τους πολίτες των χωρών της βόρειας Αφρικής, δεν εφαρμόζει το Πρωτόκολλο επανεισδοχής, δεν δέχεται πίσω κανέναν από τους παράνομους πρόσφυγες.

Όλοι μαζί με ευθύνη και σοβαρότητα θα πρέπει να βρούμε λύσεις. Είμαι βέβαιος ότι η Ευρώπη και θέλει και μπορεί και είναι σε θέση να το επιτύχει.

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK

Vizepräsidentin

Kashetu Kyenge (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, abbiamo assistito all'ennesimo Consiglio europeo che si conclude con un nulla di fatto e con il rituale aggiornamento al prossimo mese sull'immigrazione, banco di prova della crisi dell'Unione.

Ma crediamo davvero che per far fronte alla crisi migratoria l'obiettivo dell'Unione europea debba essere il contenimento dei flussi, la protezione delle frontiere esterne e la riduzione della migrazione irregolare? È questo il tanto decantato approccio globale del Consiglio europeo? E che cosa ne è di una politica di lungo respiro, volta a gestire il fenomeno migratorio, a garantire vie di accesso legale sicure, a creare canali di immigrazione legale, nonché ad integrare i migranti nel tessuto politico, economico e sociale del nostro paese?

Il progetto di relazione del Parlamento europeo sul fenomeno migratorio fornisce delle risposte concrete a questi interrogativi. Ecco, per noi è questo l'approccio globale al fenomeno migratorio, con più solidarietà ed equa ripartizione delle responsabilità.

Signor Presidente, in assenza di una visione lungimirante da parte dell'Europa ci troveremo vittime di un fallimento politico senza precedenti, nonché privati della principale conquista dell'Unione europea: la libera circolazione delle persone.

Gunnar Hökmark (PPE). – Madam President, I think it is striking that, in the discussions we have had this afternoon, very few of the points put forward by the 'antis' are discussing the problems we are facing.

This is not only about the European Union and how we would like the European Union to develop. This is about Europe and its stability, security and prosperity and its challenges – Putin, Russia and Ukraine and provocations against a number of European Member States. Of course, we know that a lot of those who are ‘anti’ would be happy to give in to Putin: they have voted that way here. We have the need for economic recovery and prosperity, but of course a lot of those on that side do not want open markets. But if we look upon the problems regarding stability – Putin, the fall of states in the Middle East and Northern Africa, the refugee crisis and climate policies – I do not think anyone can see how we can solve these problems or deal with these problems without being unified. Those who would like to see fragmentation would only honour the hopes of the Putins, the Le Pens and the extremists in the Middle East and in Europe. We must defeat them, and the United Kingdom must understand how important the United Kingdom is in Europe.

(Applause)

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Marek Jurek (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Dziękuję za to, co mówił pan na temat zagrożenia, jakie Rosja stanowi dla Europy, szczególnie dla tej części, w której nasze kraje się znajdują. Ale czy nie widzi pan, że tak naprawdę to nie ludzie, którzy chcą dyskutować o Unii Europejskiej, jej stanie i kryzysie, są winni egoizmowi, ale rządy i wielkie grupy interesu, które tolerują takie przedsięwzięcia jak Nord Stream 2, które godzą w interes państwa i mojego kraju? Dlatego nie obwiniajmy narodów i opinii publicznych, zajmijmy się razem mobilizowaniem rządów, żeby zrezygnowały (...).

(Przewodnicząca odebrała mówcy głos)

Gunnar Hökmark (PPE), blue-card answer. – I must say, I am quite convinced that the people of Europe give priority to the stability and security of our part of the world. They want peace and they see the threats. They want us to have a responsible energy policy, climate policy and environmental policy, and it is up to us to ensure that we can deal with that and show the way. It is interesting that no one in this Chamber has said this afternoon that we can solve these problems better by going alone, because when you are alone you are alone in a world that needs unity.

Elena Valenciano (S&D). – Señora Presidenta, hemos dedicado mucho tiempo a tratar de evitar la salida del Reino Unido de la Unión Europea, y yo creo que hemos hecho bien, que hacemos bien en intentar evitar el *Brexit*. Pero me sorprende el poco tiempo y las pocas energías que hemos dedicado a tratar de evitar lo que yo llamaría el *Eurexit*, es decir, la salida de los Gobiernos de la Unión Europea de la defensa de los valores y los principios que nos animan. Es la crisis de los refugiados. La crisis de los refugiados representa la verdadera crisis de lo que es Europa en este momento, de lo que Europa ha pretendido hacer y de lo que está consiguiendo. Una crisis que pone en cuestión todo aquello por lo que hemos luchado y que hemos defendido. Así que, mientras hemos trabajado para evitar el *Brexit*, hemos olvidado evitar el *Eurexit*, la desaparición de los principios de solidaridad y justicia que la Unión Europea ha representado hasta ahora. Ya no más.

Paulo Rangel (PPE). – Senhora Presidente, devo dizer que o resultado deste Conselho no que concerne à questão do Reino Unido e do acordo conseguido é francamente satisfatório. Julgo que consegue manter os valores principais da União Europeia e, de algum modo, ir ao encontro daquelas que eram as perplexidades que eram postas pelo Governo do Reino Unido e pela população do Reino Unido e, portanto, temos um encontro de posições, que é equilibrado, que é balanceado e que é aceitável.

O que me parece decisivo nesta questão é que a União Europeia – que não deve, naturalmente, interferir de maneira nenhuma na vontade soberana do povo britânico, que decidirá com toda a liberdade se quer manter-se ou sair da União Europeia – torne muito clara a posição de que, se a opção for pela saída, isso tem consequências – e consequências irreversíveis.

É fundamental que os eleitores britânicos e que, no fundo, todos os cidadãos europeus compreendam que há vantagens e desvantagens – há, no fundo, coisas boas e coisas más – em estar dentro da União Europeia, há deveres e há direitos. E é, portanto, fundamental, do meu ponto de vista, que fique claro que não há uma segunda negociação e, mais do que isso, quais são as consequências da saída de um Estado da União Europeia. Isto é fundamental. Com isto, julgo que as decisões do povo britânico, como as de outros povos da Europa, se as quiserem fazer, serão livres e soberanas.

Die Präsidentin. – Für das nun folgende *Catch-the-eye*-Verfahren habe ich, wie es jetzt aussieht, etwa 14 Meldungen. Ich denke, etwa zehn werde ich nehmen können. Ich schaue mir das von der Zeit her dann noch an. Wenn Sie sich alle an die eine Minute Redezeit halten, tue ich mich leichter, mehr dranzunehmen.

Catch-the-eye-Verfahren

Mairead McGuinness (PPE). – Madam President, the Council meeting discussed migration, and yet most of our debate here is talking about the UK referendum. So I want to begin by addressing this migration question, because it is linked to what is happening in terms of the UK and the potential outcome of that vote.

I think that the European Union has been found wanting. If you look at the neighbouring countries like Turkey, Lebanon and Jordan, who have taken a great deal of people and to whom promises have been made in terms of funding from the European Union, but who have yet to receive that money, I think that issue needs much more attention and much deeper focus, because citizens' concerns on that issue are feeding into negativity around the European Union.

On the UK issue, I have already spoken in raising a question. We must not interfere, but we do – and have space, I think, to – give our opinions as a near neighbour in terms of a border with the United Kingdom. I am an Irish Member and we have Northern Ireland on our borders. We will have an interest in the outcome, and clearly our interest is maintaining the UK in the European Union.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in risposta alla crisi migratoria il Consiglio europeo ha accolto con favore la decisione della NATO di fornire assistenza nelle attività di ricognizione, controllo e sorveglianza degli attraversamenti illegali nel mar Egeo. Frontex deve cooperare direttamente e strettamente con la NATO. La piena attuazione del piano d'azione Unione europea – Turchia è infatti una priorità strategica mondiale al fine di contenere i flussi migratori.

Dobbiamo ridurre in modo sostenibile il numero di ingressi illegali nell'Unione europea dalla Turchia per mezzo di ulteriori e decisivi sforzi in grado di garantire l'efficace attuazione del piano d'azione. Si rendono pertanto necessari ulteriori sforzi al fine di garantire questa efficacia, e il vertice del 7 marzo sarà decisivo.

Sulla Brexit penso che un'eventuale uscita dall'Unione europea potrebbe risultare fatale per la stabilità dell'Unione europea, ma anche per la stessa economia del Regno Unito. E anche se l'accordo raggiunto non è quello che auspicavamo, è positivo dunque quanto deciso dal Consiglio europeo. Dobbiamo fare tutti gli sforzi possibili per mantenere la Gran Bretagna in Europa, per cambiare l'Europa. Più Europa, per salvare l'Europa.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, οι Τούρκοι δουλέμποροι συνεχίζουν να στέλνουν χιλιάδες πρόσφυγες στην Ελλάδα, τα Σκόπια συνεπικουρούμενα από την Αυστρία, κλείνουν τα σύνορα με αποτέλεσμα η Ελλάδα να κινδυνεύει να μετατραπεί σε ένα απέραντο προσφυγικό Νταχάου, ενώ η Γαλλία, η Γερμανία, η Δανία, η Αυστρία, η Σουηδία και σήμερα το Βέλγιο έχουν αναστείλει τη Σένγκεν.

Η υποκρισία γύρω από τη μετεγκατάσταση συνεχίζεται, αφού από τις εξήντα έξι χιλιάδες τετρακόσιους πρόσφυγες, που δεσμεύτηκε η Ευρωπαϊκή Ένωση να πάρει από την Ελλάδα, δεν έχουν μετεγκατασταθεί ούτε τετρακόσιοι. Η Ελλάδα όσο παραμένει στη Σένγκεν αποτελεί μαγνήτη για τους χιλιάδες πρόσφυγες, μια και τους χορηγεί ταξιδιωτικά έγγραφα τύπου Σένγκεν, που τους επιτρέπουν να ταξιδεύουν στη Γερμανία.

Γι αυτό διακινδυνεύουν οι πρόσφυγες να πνιγούν στο Αιγαίο αντί να πάνε από την Βουλγαρία προς τη Γερμανία.

Μόνη λύση η Ελλάδα να αποχωρήσει από τη Σένγκεν, να κλείσει τα σύνορά της και να αναθέσει τη φύλαξη των θαλασσιών συνόρων της στο ελληνικό πολεμικό ναυτικό και στο Λιμενικό Σώμα. Επιπλέον η Ελλάδα να αξιοποιήσει τη ρήτρα παρέκκλισης του άρθρου 72 της Συνθήκης και να σταματήσει να εφαρμόζει το Δουβλίνο 3 για λόγους δημοσίας τάξεως και εσωτερικής ασφάλειας.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora Presidenta, mi partido lleva apostando desde los años treinta por el proyecto europeo. Por eso tenemos hoy que expresar nuestra preocupación por el contenido de un acuerdo que ralentiza la consolidación de la Europa federal, que debilita el concepto de ciudadanía europea y que insiste en una forma opaca de hacer y negociar. Afortunadamente, el Parlamento conserva cierta capacidad de mejora de un documento que comenzó a escribirse más para resolver los problemas internos del señor Cameron en Gran Bretaña, que los de Europa y los europeos.

Una vez más, Bruselas se ha utilizado en un debate nacional como chivo expiatorio de problemas que se generan en suelo propio. Y desde esa convicción europeísta, compartida por otras naciones europeas sin Estado, advierto, además, que quizá sea más correcto hablar de *Englandexit* que de *Brexit*, porque hay reinos británicos que advierten de que lucharán por seguir siendo parte de nuestra Unión si las cosas se tuercen.

Así que se va a abrir otro debate sobre el derecho a decidir de las naciones sin Estado que queremos sumar en Europa, y creo que pronto vamos a coincidir en que sumar con el europeísmo de escoceses, galeses, vascos, catalanes o flamencos es una cuestión de democracia y de derechos fundamentales y plenamente europea.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señora Presidenta, Señorías, nos hemos despertado este fin de semana con un acuerdo con el Reino Unido que dice mucho de la Europa que estamos construyendo. Aquella Europa de las dos velocidades de la que se hablaba al principio de la crisis ya es una realidad. El margen de actuación que se les niega a los países del sur se les otorga a otros bajo amenazas, con un trato desigual que es contrario al principio de equidad que da base a este proyecto común que es Europa. Las condiciones aceptadas por el Consejo avanzan en el agravamiento de la desigualdad, y ya no solamente de la renta, sino del estatuto de ciudadanía.

En el Reino Unido residen ahora mismo ciento ochenta mil ciudadanos españoles que pasarán a ser ciudadanos europeos de segunda y que son personas que trabajan y contribuyen al sostenimiento del Estado. No podemos sino denunciar el carácter arbitrario de este acuerdo, que va en contra de los artículos 45 y 46 del Tratado de la Unión Europea. Este acuerdo es un agravio diferencial para los países que reciben las imposiciones de austeridad sin ninguna posibilidad de negociar.

Zoltán Balczó (NI). – Idézek a csúcson elfogadott dokumentumból: az Egyesült Királyság és az Unió kapcsolata, tagállami szuverenitás. A tagállamok tudomásul veszik, hogy az Egyesült Királyság nem elkötelezett az Európai Unióval való fokozottabb politikai integrálódás mellett. Be fogják építeni a szerződésekbe, azok következő módosításakor, hogy egyértelmű legyen, az Európa népei közötti minél szorosabb egységre vonatkozó hivatkozások az Egyesült Királyságra nem vonatkoznak. Ez nagyon lényeges kitétel, és nem csak szimbolikus jelentősége van. A későbbi jogalkotáskor mindazok a jogszabályok, amelyek a szorosabb integráció irányába mutatnak, az Egyesült Királyságra nem érvényesek. Ez azonban fölveti a diszkrimináció kérdését, ami európai érték. Meg kell adni a szerződésekben ugyanezt a lehetőséget a többi olyan ország számára is, amely a lazább együttműködésben érdekelt. Bizom benne, hogy a magyar kormány minél hamarabb él ezzel a lehetőséggel.

Csaba Sógor (PPE). – Madam President, it is evident that far from being the far-sighted reform of the working of the EU that it was intended to be, or a diplomatic victory, the agreement reached at the European Council last weekend on the avoidance of Brexit is rather a deal to satisfy – and, I would add, exaggerate – the concerns of a single Member State. Of course the concessions that proportionately affect the new Member States were worth making, and both the European Union and Britain are better off with the latter in the Union than outside. It is not European nation states by themselves that are able to address the economic, financial and security challenges of the globalised world, but a stronger, more united and more efficient Union. However, we should be extremely cautious that this settlement does not open the back door for special requests from other countries for their short-term or long-term existing or perceived problems.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora Presidenta, las conclusiones del Consejo nos enfrentan a un hecho consumado, a una de esas ocasiones en las que se pone de manifiesto que un mal acuerdo puede ser mejor que un desacuerdo que suponga la salida del Reino Unido. Pero en este debate no estamos para enjuiciar la irresponsabilidad del Primer Ministro Cameron, porque para eso está la Cámara de los Comunes, para eso está su propio partido dividido —el Partido Conservador británico— y, desde luego, en última instancia, el pueblo británico en el referéndum del 23 de junio.

Pero sí estamos aquí para asegurar que la Comisión respeta el Derecho europeo, en el procedimiento de adopción de decisiones, en la implementación de esas conclusiones, si llega a tener lugar. Y, por supuesto, para asegurar que estas no violan el principio fundamental de libre circulación de personas —que está consagrado en el Derecho europeo— y que no convierten en inmigrantes a los propios ciudadanos europeos en el Reino Unido, menores en derechos que el resto de los ciudadanos. Y, sobre todo, para asegurar que se cumplan las conclusiones del propio Consejo en lo relativo a la crisis de los refugiados, todavía clamorosamente violadas por el incumplimiento de esas cifras de un realojamiento que nunca llega a tener lugar.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, iz izjava koje su uslijedile nakon sastanka dalo se iščitati kako su obje strane u pregovorima između Velike Britanije i Europske unije zadovoljne dogovorenim. No, prema reakcijama većeg dijela britanske javnosti može se zaključiti kako je nezadovoljnih ipak jako puno, što znači da čak i ako Velika Britanija ostane dio europske obitelji, ne smijemo odustati od daljnjih reformi ove zajednice.

Federalni model kojem streme neki europski lideri i mnogi članovi ovoga doma zastario je i kao takav je potpuno neprilagođen modernim vremenima u kojima postoji potreba za sve većom decentralizacijom političke moći – i na europskom, ali i na nacionalnom tlu.

Nemojte se zavaravati, ostanak Velike Britanije u Europskoj uniji neće ušutkati milijune Britanaca koji ozbiljno kritiziraju trenutačno stanje ove zajednice, kao što ni izlazak neće ušutkati sve nas ostale koji tražimo i očekujemo ozbiljne reforme.

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, το ότι η πολιτική της Επιτροπής ήταν και είναι υποκριτική στο προσφυγικό το ξέραμε. Τώρα, με την τελευταία απόφαση, με τις δικές σας δηλώσεις, θέλετε να μας πείτε ότι είσαστε αδύναμοι ή και ανίκανοι να εφαρμόσετε μια ευρωπαϊκή λύση για το προσφυγικό.

Πού είναι οι πανίσχυροι, άτεγκτοι θεσμοί της Ευρωπαϊκής Ένωσης, που επέβαλαν μνημόνια, που επέβαλαν εκβιαστικά πολιτικές λιτότητας; Τώρα φταίνε άλλοι, ή τώρα εσείς δεν μπορείτε να το κάνετε.

Οι δικές σας ευθύνες: στην Ελλάδα το Γενάρη ήρθαν εξήντα οχτώ χιλιάδες πρόσφυγες, έχουν εγκλωβιστεί στα σύνορα έξι χιλιάδες και προβλέπεται με αυτή την πολιτική να εγκλωβιστούν ένα εκατομμύριο άνθρωποι.

Και εσείς τι κάνετε προκλητικά; Θέλετε να επαναφέρετε σε λειτουργία τον κανονισμό του Δουβλίνου. Τί άλλο κάνετε; Εμπλέξατε, δυστυχώς με τη σύμφωνη γνώμη και της ελληνικής κυβέρνησης, το NATO στρατιωτικοποιώντας το Αιγαίο, οξύνοντας το προσφυγικό πρόβλημα εκ των πραγμάτων και βάζοντας την Ευρώπη και τη χώρα μου σε γεωπολιτικές ανακατατάξεις.

Πείτε καθαρά λοιπόν ότι με αυτά που κάνετε θέλετε να φορτώσετε όλο το βάρος στην Ελλάδα...

Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, ξεκαθαρίζουμε ότι είναι η εφαρμογή των επικίνδυνων αποφάσεων του Συμβουλίου και όχι η παραβίασή τους που έχει οδηγήσει στο μαζικό εγκλωβισμό χιλιάδων απελπισμένων προσφύγων στην Ελλάδα. Το Συμβούλιο ενέκρινε τις συστάσεις της 12ης Φλεβάρη που εφαρμόζοντας τη Σένγκεν προβλέπουν συνοριακούς ελέγχους, δίνοντας πράσινο φως για όλα: κλειστά σύνορα, φράχτες, πλαφόν προσφύγων, ξεδιάλεγμα όσων έχουν τις προδιαγραφές φθηνού εργατικού δυναμικού για τα μονοπώλια, με κατάσχεση των όποιων υπάρχοντων τους και απελάσεις των υπολοίπων.

Αυτή είναι η καπιταλιστική βαρβαρότητα που φέρνει τον ιμπεριαλιστικό πόλεμο, την αιτία της προσφυγιάς. Και από πάνω, με τη συμφωνία και της ελληνικής κυβέρνησης, ο «λύκος» NATO στο Αιγαίο να αμφισβητεί τα κυριαρχικά δικαιώματα της Ελλάδας, ενθαρρύνοντας την προκλητικότητα της Τουρκίας.

Αυτοί είναι η Ευρωπαϊκή Ένωση και το NATO. Στα δεσμά τους οι λαοί βρίσκονται σε διαρκή κίνδυνο. Συνεπώς, απαιτείται διαρκής λαϊκή πάλη κατά των ιμπεριαλιστικών πολέμων, στήριξη των ξεριζωμένων σε αντιπαράθεση με τις ρατσιστικές φασιστικές δυνάμεις και διεκδίκηση μέτρων για απευθείας μεταφορά των προσφύγων στα κράτη τελικού προορισμού τους.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, Αντιπρόεδρε Dombrovskis, η κοινή δράση οφείλει να είναι ο οδηγός μας. Όμως, όσα συμβαίνουν μόνο την κοινή δράση δεν αναδεικνύουν.

Τί θα γίνει με την υποχρεωτική μετεγκατάσταση στο προσφυγικό; Είναι έτοιμη η Κομισιόν να ενεργοποιήσει μηχανισμό κυρώσεων, δηλαδή περικοπή κονδυλίων από τις αγροτικές επιδοτήσεις και τα Διαρθρωτικά Ταμεία για τα κράτη μέλη που αρνούνται να πάρουν πρόσφυγες στο έδαφός τους, ή δημιουργούν εμπόδια, όπως είναι το δημοψήφισμα στην Ουγγαρία;

Τί θα γίνει με τη φρούρηση των συνόρων; Μπορεί το NATO να αναλάβει δράση με βάση τα συμφωνηθέντα, ξεπερνώντας τις εκτός διεθνούς νομιμότητας αντιρρήσεις που εγείρει η Τουρκία;

Ένα πρέπει να είναι το μήνυμά μας: δεν χωρούν παλινδρομήσεις από τα αρχικώς συμφωνηθέντα στο NATO, ούτε κωλυσιεργίες από τα κράτη μέλη.

Paul Brannen (S&D). – Madam President, I am sure I am not alone in being worried about the position that the Democratic Unionist Party have taken in Northern Ireland. They are apparently opposed to the United Kingdom staying in the European Union, but – as their name suggests – they are a Unionist party. However, if the United Kingdom leaves, this will trigger a further referendum in Scotland and, if Scotland leaves the United Kingdom, there will be No Union. There will be No Union Jack. There can be No Union Jack without the flag of St Andrew.

So I would ask the Democratic Unionist Party to reconsider their position. How can they be a Unionist party and be working to destroy the Union? Please change your position.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Krisztina Morvai (NI). – Madam President, on a point of order, I signed up for catch-the-eye at the very beginning of this afternoon, and I wonder what the principle of selection was. The other thing is, what would happen in this Chamber if once, more than, say, 50 people out of the 750-something showed up, if those couple of dozen of us who appear have no chance at all of speaking?

Die Präsidentin. – Frau Morvai! Bei den *Catch-the-eye-Verfahren* ist es so, dass wir versuchen, so viele wie möglich dranzunehmen, aber auch ein gewisses Verhältnis zwischen größeren und kleineren Fraktionen haben. Ich habe von den größeren Fraktionen jeweils drei Sprecherinnen bzw. Sprecher drangenommen, von den kleineren zwei, auch von denen, die keiner Fraktion angehören – also Ihren Kollegen –, auch aus Ungarn, jemanden aus Ihrer Partei, und jemand anderen von den Fraktionslosen. Das, denke ich, ist in diesem Rahmen verständlich. Sie waren die dritte, die sich von den Fraktionslosen für *Catch-the-eye* zu Wort gemeldet hat. Ich habe zwei andere drangenommen. Ich denke, ich habe das in diesem Plenum gleichmäßig verteilt.

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Madam President, on the subject of the UK negotiations, Heads of State and Governments agreed on a deal last week to accommodate the concerns of Prime Minister Cameron, and the decision is now in the hands of the British people. As President Juncker said, should the outcome of the referendum be positive, the Commission would immediately put legislative proposals on the table to the European Parliament and the Council to implement the deal.

On the refugee crisis, the Commission is working day and night to handle the crisis and the flow of refugees. We believe that the solution can only be a European solution. Member States need to cooperate among themselves and implement agreements already reached so we can see the first positive signs with the better management of our external borders, hotspots, relocations and return policy, and the Commission is working to present further measures and bring further improvements to the situation in the very short term. Concerted action with our external partners is also of utmost importance, and the meeting with Turkey and EU leaders on 7 March will be key in this regard. We need to provide a coordinated response to the refugee crisis.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito. – Estamos a favor de la permanencia de Reino Unido en la Unión, pero estaremos vigilantes para que dicho acuerdo respete el Derecho europeo y no viole el principio fundamental de la libre circulación de personas. Nos preocupan también las continuadas crisis de la Unión. A fuerza de sucesivas crisis de refugiados, de seguridad, del Brexit, hemos olvidado que vivimos en una crisis permanente, desde hace unos años, de crecimiento, de empleo, de derechos sociales y de salarios bajos. La OCDE ha publicado sus débiles perspectivas de crecimiento. ¿Por qué sucede eso en un entorno de políticas monetarias excepcionales, en un entorno de tipo de cambio favorable, en un entorno de bajo precio de las materias primas? Porque no hay una política fiscal expansiva. Por eso, la

OCDE, no una conspiración de keynesianos ni un conjunto de socialistas, pide políticas fiscales más ambiciosas, mayor inversión en el corto plazo y en el fundamento del largo plazo. El sentido común y la evidencia exigen que el plan Juncker se aplique con mayor determinación y asumiendo mayores riesgos. No concluyo sin referirme al asunto de la inmigración: la solución pasa por aplicar los compromisos acordados y asegurar el respeto de los valores europeos.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce Conseil européen n'a été qu'une énième réunion d'europhobes qui tentent par tous les moyens de sauver ce qui peut l'être de l'UE. Aucune solution n'a été trouvée concernant les problèmes en Syrie ou en Lybie si ce n'est que des déclarations de bonnes intentions.

La crise des migrants perdurera et s'amplifiera même puisque les dirigeants européens refusent de voir la réalité en face et la nécessité de stopper toute immigration dans l'UE, sortir de Schengen et pouvoir enfin permettre aux États de contrôler leurs frontières nationales. Les conclusions se félicitent enfin de l'accord trouvé concernant le Royaume-Uni et son appartenance à l'UE. Espérons que les citoyens britanniques choisiront la voie du «Brexite» et ne se laisseront pas abuser encore par les belles promesses et les négociations d'arrière boutiques européennes.

Ils ont la possibilité de faire souffler le vent du changement et leur vote pourrait ouvrir la voie à la libération de nombreux peuples européens du diktat Bruxellois. Il faut en finir avec cette UE technocratique qui nous impose ses traités et ses lois, décidées par des personnes non élues, sans débat démocratique et dont les conséquences sont plus que terribles pour les citoyens.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Estamos a favor de la permanencia de Reino Unido en la Unión, pero estaremos vigilantes para que dicho acuerdo respete el Derecho europeo y no viole el principio fundamental de la libre circulación de personas. Nos preocupan también las continuadas crisis de la Unión. A fuerza de sucesivas crisis de refugiados, de seguridad, del Brexit, hemos olvidado que vivimos en una crisis permanente, desde hace unos años, de crecimiento, de empleo, de derechos sociales y de salarios bajos. La OCDE ha publicado sus débiles perspectivas de crecimiento. ¿Por qué sucede eso en un entorno de políticas monetarias excepcionales, en un entorno de tipo de cambio favorable, en un entorno de bajo precio de las materias primas? Porque no hay una política fiscal expansiva. Por eso, la OCDE, no una conspiración de keynesianos ni un conjunto de socialistas, pide políticas fiscales más ambiciosas, mayor inversión en el corto plazo y en el fundamento del largo plazo. El sentido común y la evidencia exigen que el plan Juncker se aplique con mayor determinación y asumiendo mayores riesgos. No concluyo sin referirme al asunto de la inmigración: la solución pasa por aplicar los compromisos acordados y asegurar el respeto de los valores europeos.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Estamos a favor de la permanencia de Reino Unido en la Unión, pero estaremos vigilantes para que dicho acuerdo respete el Derecho europeo y no viole el principio fundamental de la libre circulación de personas. Nos preocupan también las continuadas crisis de la Unión. A fuerza de sucesivas crisis de refugiados, de seguridad, del Brexit, hemos olvidado que vivimos en una crisis permanente, desde hace unos años, de crecimiento, de empleo, de derechos sociales y de salarios bajos. La OCDE ha publicado sus débiles perspectivas de crecimiento. ¿Por qué sucede eso en un entorno de políticas monetarias excepcionales, en un entorno de tipo de cambio favorable, en un entorno de bajo precio de las materias primas? Porque no hay una política fiscal expansiva. Por eso, la OCDE, no una conspiración de keynesianos ni un conjunto de socialistas, pide políticas fiscales más ambiciosas, mayor inversión en el corto plazo y en el fundamento del largo plazo. El sentido común y la evidencia exigen que el plan Juncker se aplique con mayor determinación y asumiendo mayores riesgos. No concluyo sin referirme al asunto de la inmigración: la solución pasa por aplicar los compromisos acordados y asegurar el respeto de los valores europeos.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Esta foi mais uma cimeira em que ficou patente a falta de ação coordenada europeia, diagnosticando-se, pela enésima vez, que os problemas persistem e que urge agir. Partilho evidentemente as preocupações, mas reitero que tudo isto se deve à falta de ação dos Estados-Membros, incluindo dos países da linha da frente.

Todos insistem em não perceber que medidas avulsas e unilaterais, que alimentam egoísmos nacionais, tornam cada vez mais difícil uma solidariedade europeia de facto. Aliás, a falta de solidariedade ficou também patente no compromisso alcançado com o Reino Unido. Sem prejuízo de reconhecer a importância do Reino Unido enquanto membro da União, não é bom princípio aprofundarmos regimes de exceção, que fragilizam os pilares fundamentais da União.

A União Europeia é um projeto inacabado e com problemas que temos de resolver. No entanto, devemos fazê-lo em conjunto, e não apenas para que um Estado-Membro possa dizer que os problemas persistem, mas já não o afetam. Para lá do impacto das soluções concretas – ou da falta delas – que resultaram deste Conselho, é a cultura de compromisso e de confiança entre Estados, pilar do projeto europeu, que sai mais afetada.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Investițiile în oameni, începând cu primele cicluri școlare, pot și trebuie să contribuie la reducerea inegalităților și consolidarea incluziunii sociale de la o vârstă fragedă. Consider că este benefic pentru UE să existe forme de cooperare între guverne, companii, inclusiv întreprinderi sociale, instituții de învățământ, servicii individualizate, societatea civilă și partenerii sociali pentru a adapta sistemele de educație și de formare ale statelor membre în vederea satisfacerii nevoilor pieței muncii. Educația poate și trebuie să ofere instrumentele cele mai adecvate pentru cetățeni pentru accesul pe piața muncii pentru toți în Europa, motiv pentru care Europa are nevoie de o strategie mai amplă de investiții, care să acopere întregul ciclu de educație și formare, care să cuprindă toate domeniile de învățare pe tot parcursul vieții, formare și învățare formală și non-formală la locul de muncă.

Pe de altă parte, este nevoie de extinderea formelor de formare a forței de muncă, inclusiv oportunități pentru adulți și de formare profesională, cu accent pe formarea persoanelor care s-au retras pentru o perioadă din activitatea profesională pentru creșterea copiilor, cu scopul de a alinia mai bine sistemele de educație la nevoile pieței muncii.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Le conclusioni del Consiglio europeo del 18 e 19 febbraio precisano le condizioni dell'accordo tra l'Unione europea e il Regno Unito. Un'intesa raggiunta dopo lunghi negoziati che ha il merito di chiarire lo «status speciale» del Regno Unito e che costituisce la base di partenza per allontanare l'ipotesi di una sua uscita, in vista del referendum del prossimo 23 giugno. Sono fiducioso che questa intesa, per quanto preveda alcune concessioni dolorose, quali l'estensione del congelamento temporaneo dei sussidi di disoccupazione ai migranti che provengono da altri paesi dell'Unione, possa costituire il punto di partenza per un rilancio deciso del processo di integrazione dell'Unione, sulla base di differenti velocità e prospettive. Mai come oggi l'Unione avrebbe bisogno di una nuova e più efficace governance che consenta l'adozione di decisioni condivise e rapide. Penso che serva un'Unione più solidale e se necessario ancora più «stretta» se si vuole uscire da un'impasse politica e identitaria che ogni giorno allontana i cittadini dalle istituzioni europee. Mi auguro che questo accordo sia utile per migliorare la partecipazione al processo decisionale europeo di uno dei suoi membri più importanti: il Regno Unito.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – La risposta dell'UE alla crisi migratoria per il contenimento dei flussi, per la protezione delle frontiere esterne e per la salvaguardia dell'integrità dello spazio Schengen si è rivelata fallimentare. L'enorme e ingestibile ondata migratoria di persone in fuga dalle guerre continua a rimanere un problema dei paesi di prima linea, e soprattutto di Grecia e Italia. Tutta l'Unione europea e le sue dichiarazioni di intenti hanno inciso scarsamente a livello internazionale sulle vere cause del problema migratorio. È dal suo ingresso nel Parlamento europeo che il M5S insiste su alcune proposte basate non sicuramente sull'interesse e sull'egoismo di pochi, ma sul buon senso e sull'interesse di tutti, tra cui lo stop alla vendita di armi, l'isolamento politico e finanziario delle organizzazioni terroristiche, la modifica del regolamento di Dublino, il meccanismo di ricollocazione obbligatorio e permanente, le vie legali di accesso, i rimpatri per coloro che non hanno diritto a rimanere in Europa nel pieno rispetto dei diritti fondamentali. Sarebbe ora, invece, di subire passivamente le conseguenze negative di un fenomeno che persiste da anni, che emerge ciò che ancora manca: una chiara volontà politica unitaria e univoca, da parte degli Stati Membri, di cambiare realmente le cose.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – As conclusões do Conselho Europeu são bem demonstrativas da dimensão da crise, do grau de desagregação, da ausência de valores e de falta de legitimidade que marcam o processo de integração capitalista europeu. As negociações em torno do chamado «Brexit» e a «solução» encontrada demonstram que, face ao agravamento da crise e às contradições entre potências que nesse quadro se desenvolvem, os dirigentes da UE não têm outra resposta que não, por um lado, tentar «acomodar» num enleado burocrático os elementos de desagregação da UE e, por outro lado, aprofundar o carácter reacionário das suas políticas. As decisões agora anunciadas desmentem as tão propaladas e endeusadas «liberdades» da UE. A «liberdade de movimentos e circulação» é afinal, como sempre afirmámos, a liberdade do grande capital desenvolver a sua ação predadora e exploradora. Quando se trata de ir ao encontro dos interesses do grande capital financeiro, de dirimir contradições entre potências e salvar os seus mecanismos supranacionais de domínio político e económico, os tratados e a legislação da UE são passíveis de ser alterados e até subvertidos. Esta «flexibilidade» demonstrada agora no caso «Brexit» contrasta com a inaceitável rigidez e imobilidade face à gravíssima crise social e com as pressões e chantagens que continuam a ser dirigidas contra países como Portugal.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – El último Consejo Europeo centró su atención en la negociación del acuerdo para evitar la salida del Reino Unido. Creo que hemos acertado a la hora de invertir tiempo y esfuerzo para tratar de impedir el Brexit. Sin embargo, resulta inaceptable la falta de un compromiso similar para evitar que la crisis de los refugiados agrave la tragedia humanitaria de millones de seres humanos y conduzca a la destrucción de Schengen. ¿Cuántas cumbres de Jefes de Estado y de Gobierno se necesitan para que los Estados Miembros ejecuten a nivel nacional los compromisos adquiridos en el ámbito europeo? La Unión debe basarse en el principio de solidaridad cuando se trata no solo de beneficios financieros sino también de responsabilidades políticas. En este sentido, las decisiones acordadas y votadas en el Consejo de Ministros de la Unión no deben convertirse en un «menú a la carta» donde se escoge solo aquello que beneficia y se ignora el resto. Como consecuencia, hago un llamamiento a los ministros nacionales para que implementen urgentemente las propuestas adoptadas en el ámbito de las instituciones europeas. La violación de los compromisos solo traerá más muerte y la destrucción de los principios y valores que decimos defender.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Estamos a favor de la permanencia de Reino Unido en la Unión, pero estaremos atentos para que dicho acuerdo respete el Derecho europeo y no viole el principio fundamental de la libre circulación de personas. Nos preocupa que la UE esté viviendo en una crisis permanente, desde hace unos años, de crecimiento, de empleo, de derechos sociales y de salarios bajos. La OCDE ha publicado sus débiles perspectivas de crecimiento. ¿Por qué sucede eso en un entorno de políticas monetarias excepcionales, en un entorno de tipo de cambio favorable, en un entorno de bajo precio de las materias primas? Porque no hay una política fiscal expansiva. Por eso, la OCDE pide políticas fiscales más ambiciosas, mayor inversión en el corto plazo y en el largo plazo. El sentido común y la evidencia exigen que el plan Juncker se aplique con mayor determinación y asumiendo mayores riesgos. No concluyo sin mencionar la crisis de los refugiados: la solución pasa por aplicar los compromisos acordados y asegurar el respeto de los derechos humanos y los valores europeos.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – W dniach 18 i 19 lutego 2016 r. Rada Europejska przyjęła program strategiczny, w którym wskazała długofalowe priorytety działań i prac UE. Głównymi tematami były status Wielkiej Brytanii w UE oraz kryzys migracyjno-uchodźczy. Po wielogodzinnych negocjacjach unijni przywódcy wypracowali porozumienie, które wzmacnia szczególnie status Wielkiej Brytanii w UE. Decyzja podjęta przez 28 przywódców państw jest prawnie wiążąca i nieodwołalna, jak podkreślał David Cameron. Zgodnie z nowymi ustaleniami Wielka Brytania będzie na stałe wyłączona z procesu postępującej integracji UE, a imigranci z innych krajów członkowskich będą objęci restrykcjami w dostępie do systemu opieki socjalnej. Ponadto Zjednoczone Królestwo nigdy nie przystąpi do strefy euro i pozostanie poza układem z Schengen. W kontekście kryzysu migracyjnego Rada Europejska podjęła decyzję o ochronie zewnętrznych granic UE, ograniczeniu nielegalnej migracji oraz zagwarantowaniu integralności strefy Schengen. Pozytywnie odebrana została również przyjęta przez NATO decyzja o udzieleniu pomocy w prowadzeniu rozpoznania, monitorowaniu i kontrolowaniu nielegalnego przekraczania granicy na Morzu Egejskim. Niemniej jednak pełna i szybka realizacja planu działania UE–Turcja nadal ma priorytetowe znaczenie dla powstrzymania przepływów migracyjnych i zwalczania siatek handlarzy i przemytników.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Les Britanniques ont la chance inouïe d'être consultés par référendum sur l'appartenance de leur pays à l'Union européenne. M. Cameron a lui aussi bien de la chance d'avoir trouvé auprès de ses homologues européens et de la Commission des gens prêts à l'aider à tenter de juguler l'euroscepticisme de l'aile droite de son parti et de l'UKIP.

Mais qu'a réellement obtenu M. Cameron? Bien peu de choses, sauf la réaffirmation des exceptions dont bénéficie déjà le Royaume-Uni sur la politique migratoire ou la monnaie unique et que personne, d'ailleurs, ne songeait à remettre en cause. Et de vagues promesses de quelques changements législatifs, qui dépendront, finalement, du bon vouloir du Parlement européen. Il va se présenter devant les électeurs fort d'un mensonge, celui de sa prétendue victoire sur la bureaucratie bruxelloise, et j'espère de tout mon cœur que ceux-ci ne seront pas dupes.

Je ne me permettrais pas de m'immiscer dans la campagne du référendum britannique, mais je crois qu'un vote en faveur du Brexit serait une formidable opportunité de changer radicalement cette Europe bureaucratique et déconnectée dont les peuples européens ne veulent plus, et qui a démontré face à toutes les crises, financière, de la dette, migratoire, agricole... son impuissance, son inefficacité, voire sa capacité de nuisance.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Estamos a favor de la permanencia de Reino Unido en la Unión, pero estaremos vigilantes para que dicho acuerdo respete el Derecho europeo y no viole el principio fundamental de la libre circulación de personas. Nos preocupan también las continuadas crisis de la Unión. A fuerza de sucesivas crisis de refugiados, de seguridad, del Brexit, hemos olvidado que vivimos en una crisis permanente, desde hace unos años, de crecimiento, de empleo, de derechos sociales y de salarios bajos. La OCDE ha publicado sus débiles perspectivas de crecimiento. ¿Por qué sucede eso en un entorno de políticas monetarias excepcionales, en un entorno de tipo de cambio favorable, en un entorno de bajo precio de las materias primas? Porque no hay una política fiscal expansiva. Por eso, la OCDE, no una conspiración de keynesianos ni un conjunto de socialistas, pide políticas fiscales más ambiciosas, mayor inversión en el corto plazo y en el fundamento del largo plazo. El sentido común y la evidencia exigen que el plan Juncker se aplique con mayor determinación y asumiendo mayores riesgos. No concluyo sin referirme el asunto de la inmigración: la solución pasa por aplicar los compromisos acordados y asegurar el respeto de los valores europeos.

Benedek Jávör (Verts/ALE), *írásban*. – A tanácsi következtetésekben foglalt, úgynevezett „Nagy-Britanniával kötött új megállapodás” egyik fontos eleme a brit jóléti rendszerekhez való hozzáférés jelentős szűkítése a kelet-európai munkavállalók számára annak ellenére, hogy minden elérhető vizsgálat és felmérés azt támasztja alá, hogy az érintettek, akik fiatalabbak és nagyobb arányban dolgoznak a brit átlagnál, lényegesen többel járulnak hozzá befizetéseik révén a brit jóléti rendszerekhez, mint amennyit kivesznek belőle. Szó sincs tehát jóléti elősködésről, valójában nettó befizetői a rendszernek. Szerintem elfogadhatatlan, hogy a legkisebb ellenállás irányába haladva a magyar munkavállalók érdekeinek sérelmével fizetik ki a briteket a bennmaradásért – akkor is, ha a magyar kormány asszisztált ehhez.

De van más baj is. Az európai döntéshozók többsége, benne a jelek szerint az EP-képviselők jelentős részével is, úgy gondolja, hogy a különleges bánásmód és a kivételek iránti brit igény elfogadása az ár, amit most meg kell fizetnünk az EU egyben tartásáért. Sokkal valószínűbb, hogy ez éppen a dezintegráció, az Unió széthullása felé tett nagy lépés. Mi ennek az üzenete? A tagállamok bátran zsarolhatnak, megkapják majd, amit kértek, hisz az EU-nak nincs sem ereje, sem kedve ellenállni. És a tagállamok értik is.

A britekkel kötött alku hatalmas szög az integráció koporsójában. A megállapodás nem a megoldás, hanem a probléma része.

Javi López (S&D), *por escrito*. – Estamos a favor de la permanencia de Reino Unido en la Unión, pero estaremos vigilantes para que dicho acuerdo respete el Derecho europeo y no viole el principio fundamental de la libre circulación de personas. Nos preocupan también las continuadas crisis de la Unión. A fuerza de sucesivas crisis de refugiados, de seguridad, del Brexit, hemos olvidado que vivimos en una crisis permanente, desde hace unos años, de crecimiento, de empleo, de derechos sociales y de salarios bajos. La OCDE ha publicado sus débiles perspectivas de crecimiento. ¿Por qué sucede eso en un entorno de políticas monetarias excepcionales, en un entorno de tipo de cambio favorable, en un entorno de bajo precio de las materias primas? Porque no hay una política fiscal expansiva. Por eso, la OCDE, no una conspiración de keynesianos ni un conjunto de socialistas, pide políticas fiscales más ambiciosas, mayor inversión en el corto plazo y en el fundamento del largo plazo. El sentido común y la evidencia exigen que el plan Juncker se aplique con mayor determinación y asumiendo mayores riesgos. No concluyo sin referirme el asunto de la inmigración: la solución pasa por aplicar los compromisos acordados y asegurar el respeto de los valores europeos.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. – Granițele externe trebuie securizate și apărate. Statele membre trebuie să îndeplinească cerințele codului Schengen. Cine întâmpină probleme trebuie sprijinit, cu voie sau fără voie, de către entitățile europene: Frontex, de exemplu și, sper, foarte curând, Corpul european de pază a frontierelor. Spațiul Schengen trebuie apărat cu orice preț. Evitarea pierderilor de vieți omenești și reducerea fluxului de refugiați nu se pot realiza fără stoparea conflictelor în țările de origine și oprirea persoanelor în zonele de plecare. Turcia și statele din nordul Africii au nevoie de sprijin. Sumele decise trebuie să aducă rezultate concrete. Procedura de relocare a celor 160 000 de refugiați este foarte dificil de aplicat deoarece se bazează pe principiul de opțiune a refugiatului în ceea ce privește statul membru gazdă. Agenda europeană privind migrația nu va avea rezultatele scontate, atâta timp cât procedura nu va prevedea măsurile adecvate prin care statele membre care au preluat inițial refugiați să rețină refugiații în responsabilitatea lor. Revizuirea sistemului de acordare a dreptului de azil trebuie să se realizeze astfel încât aplicabilitatea în teritoriu să fie posibilă și imediată.

David McAllister (PPE), *schriftlich*. – Die vom Europäischen Rat in schwierigen Verhandlungen erreichten Beschlüsse zu Anliegen Großbritanniens ebnet den Weg dafür, dass das dortige Referendum am 23. Juni zugunsten Europas ausgehen kann. Die vereinbarten Kompromisse waren nicht einfach. Sie sind gleichwohl vertretbar. Denn ein Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU ist von außerordentlicher Bedeutung. Erfreulich ist, dass der Verhandlungsprozess in Brüssel vom erkennbaren Willen der Einigung geprägt war. Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rats tragen dem Reformanliegen Großbritanniens Rechnung, so etwa mit den Neuregelungen für das Vereinigte Königreich innerhalb der EU sowie besonderen Bestimmungen zur Bankenunion und der weiteren Integration des Euro-Währungsgebiets. Mit der Neuregelung des Kindergeldes zum Schutz der Sozialsysteme, Vereinbarungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, der Stärkung der Rolle der nationalen Parlamente und des Grundsatzes der Subsidiarität wurden dabei Ergebnisse erzielt, von denen Europa in Zukunft profitieren dürfte. Nun ist es an den Abstimmungsberechtigten im Vereinigten Königreich zu entscheiden, ob das Land Teil der Europäischen Union bleibt. Wir alle können dazu beitragen, indem wir in den kommenden Monaten vermeiden, Europa schlecht zu reden. Denn wesentlich mitentscheidend für das Votum wird auch das Bild von Europa sein, das sich der britischen Öffentlichkeit in den kommenden Monaten beim Blick über den Ärmelkanal bietet.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A nemzeti szuverenitás a 19. század eszménye, amely a 21. században elavult koncepció. Az Unió több mint fél évszázados fejlődési pályája egy föderális államalakulat felé tart, amelynek megakasztása, uniós hatáskörök nemzeti szintre való visszautalása káros Európának és benne Magyarországnak is. Ha nem akarunk középszerűségbe süllyedni, Európa számára az egyetlen út az előre, a mélyebb politikai és gazdasági integráció felé. Külön az Unió egyetlen tagállama sem veheti fel a versenyt Kínával, vagy az USA-val. Ne felejtjük el, hogy Németország, Európa legnagyobb tagállama csupán az ötödik legnagyobb kínai tartománynak felel meg népesség alapján. Hiszem azt, hogy az Európai Unió nem csupán egy gazdasági közösség, hanem érték- és sorsközösség is. Ezért elutasítom az olyan kezdeményezéseket, amely az európai integrációt egy kereskedelmi szövetséggé silányítaná. A tisztességesen dolgozó, a tagállami és uniós szabályozást betartó munkavállalót nem érheti megkülönböztetés a szociális juttatások tekintetében. Továbbra is meggyőződésem, hogy a tízmillió Magyarországot érdekvérvényesítő képességét nem a nemzetállamok erősítése, hanem éppen ellenkezőleg az 500 millió föderális Európa kialakítása, az Európai Egyesült Államok létrehozása növeli.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Ühendkuningriik on muu ELiga üks kõige lõdvemini seotud riik. Ta ei ole Schengeni süsteemis ega eurosoonis, kuid terrorismi- ja majandusmured ei ole temastki mööda läinud. Värsked Ülemkogus vormistatud Ühendkuningriigi ja muu ELi kokkulepped annavad peaminister Cameronile põhjenduse referendumi ELi jäämist lõpuks ka avalikult toetada, kuid ELi-Ühendkuningriigi kokkuleppe mõju Briti avalikule arvamusel on pigem siiski piiratud. Olulisemaks saavad USA sõnaselge toetus Ühendkuningriigi jäämisele ELi ja samuti üleüldine ebakindlus tuleviku ees. Sest ei saagi ju olla vastuseid, kuidas Ühendkuningriik saaks väljaspool ELi toime tulla julgeolekumuredega, majanduskasvu võimalustega ja paljude muude oluliste asjadega. Lisaks võib EList lahkumise toetajate pealejäämise korral ähvardada lagunemine Ühendkuningriiki ennast, kui Šotimaa teeb sel juhul kiiresti uue iseseisvusreferendumi ning selles Ühendkuningriigi osas on ELi kuulumise toetajad ülekaalus.

Joao Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – As decisões do Conselho clarificam, de forma explícita e despudorada, a essência da política de migração da UE - a expulsão de refugiados e migrantes e o encerramento das fronteiras externas. Para um problema humanitário, avançam uma visão e solução militarista e militarizada. É inaceitável a intervenção da NATO em estreita colaboração com o FRONTEX, a criação da chamada Guarda Costeira Europeia e a exigência de que a Turquia tome mais medidas para impedir a travessia e conter o fluxo migratório. Decisões que são profundamente contrárias ao Direito Internacional, que protege e confere direitos aos refugiados e requerentes de asilo, e faz antever uma criminoso ação marítima da qual poderão resultar milhares de vítimas. É esta a política de «solidariedade» que a UE tem para responder à chamada crise migratória, um drama humanitário de centenas de milhares de pessoas que fogem da fome, da miséria, da perseguição, da guerra. Uma tormenta que resulta diretamente da ação intervencionista da UE, em articulação com os EUA e a NATO, com as suas políticas de ingerência e agressão militar em diversos conflitos no Médio Oriente e Norte de África. Criminosas políticas neocoloniais que visam a desestabilização do mundo árabe e o controlo geoestratégico e económico daquelas regiões.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Estamos a favor de la permanencia de Reino Unido en la Unión pero estaremos vigilantes a que dicho acuerdo respete el Derecho europeo y no viole el principio fundamental de la libre circulación de personas. Nos preocupan también las continuadas crisis de la Unión. A fuerza de sucesivas crisis de refugiados, de seguridad, del Brexit, hemos olvidado que vivimos en una crisis permanente, desde hace unos años, de crecimiento, de empleo, de derechos sociales y de salarios bajos. La OCDE ha publicado sus débiles perspectivas de crecimiento. ¿Por qué sucede eso en un entorno de políticas monetarias excepcionales, en un entorno de tipo de cambio favorable, en un entorno de bajo precio de las materias primas? Porque no hay una política fiscal expansiva. Por eso, la OCDE, no una conspiración de keynesianos ni un conjunto de socialistas, pide políticas fiscales más ambiciosas, mayor inversión en el corto plazo y en el fundamento del largo plazo. El sentido común y la evidencia exigen que el plan Juncker se aplique con mayor determinación y asumiendo mayores riesgos. No concluyo sin referirme el asunto de la inmigración: la solución pasa por aplicar los compromisos acordados y asegurar el respeto de los valores europeos.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *în scris*. – Vinerea trecută a fost o zi tristă pentru Europa, pentru construcția europeană, pentru cei care și-au dedicat viața pentru crearea Uniunii și au crezut într-o Europă puternică. Vineri, șefii de state și de guverne au decis să cedeze în fața șantajului britanic, au acceptat mai multă suveranitate și mai puțină Europă. Deși Consiliul spune că acordul semnat este obligatoriu din punct de vedere juridic, există multe necunoscute în ecuație. Un acord semnat de șefii de stat și de guvern nu poate fi obligatoriu și nu se poate aplica decât prin modificare de tratate sau prin legislație secundară. Mi-e teamă că s-a creat un precedent periculos. Nu voi accepta niciodată ca un muncitor din țara mea care lucrează în Marea Britanie să fie tratat ca un cetățean de mână a doua. Mă voi implica atunci când propunerile Comisiei vor ajunge pe masa Parlamentului, pentru a garanta că drepturile fundamentale vor fi respectate. Cred că această Europă cu două viteze pe care continuăm să o promovăm nu este Europa la care au visat Robert Schuman și Jaques Delors, iar dacă unii au uitat scopul principal pentru care Uniunea a fost creată, merită să le amintim că pacea este mai scumpă decât orice și că uniți suntem mai puternici.

Algirdas Saudargas (PPE), *raštu*. – Jungtinės Karalystės pasitraukimas iš ES būtų ne tik nenaudingas nei vienai pusei, bet ir grėsmingas įvykis šiandien visą Bendriją krečiančių krizių kontekste. Todėl džiaugiuosi, kad praėjusią savaitę Europos Vadovų Taryboje pasiektas kompromisinis susitarimas. ES šalių lyderiai parodė, kad bendras grėsmių supratimas egzistuoja ir į jį reaguojant nebijoma kompromisų. Ši Europos vienybė ir gebėjimas susikalbėti šiandien reikalingas kaip niekad, nes ES kaip globalus veikėjas neša atsakomybę ne tik už savo narių, bet ir viso pasaulio raidą. Tačiau turim užsitikrinti, kad šis susitarimas netaps pagrindu vystyti dviejų greičių Europą. Jungtinės Karalystės narystė užtikrina subalansuotą „stabdžių ir atsvarų“ sistemą ES viduje, kai kalba pasisuka apie nuo pat Europos integracijos pradžios gilias diskusijas keliantį klausimą – kokia kryptimi, gilnimo ar plėtros, turi judėti ES. Londonas besąlyginio integracijos gilnimo entuziastus sugrąžina į realybę, keldamas pamatinius klausimus. Taip pat Britanija atlieka ir transatlantinio bendradarbiavimo tilto vaidmenį – tai ypač svarbu šiandieninėje, sugrėsmintoje tarptautinėje aplinkoje. Noriu atkreipti dėmesį, kad pasiektas ir abi puses iš principo tenkinantis susitarimas įpareigoja Jungtinės Karalystės vadovus įtikinti euroskeptiškai nusiteikusius visuomenės sluoksnius, jog alternatyva atsiskirti nuo ES atneš pavojaingą nežinomąją ne tik Bendrijai, bet ir pačiai Britanijai.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – En la Declaración del Consejo Europeo sobre la competitividad subrayan la importancia de un sistema multilateral de comercio sólido y basado en el respeto de las normas y la necesidad de celebrar acuerdos bilaterales ambiciosos de comercio e inversión con terceros países, en un espíritu de reciprocidad y beneficio mutuo. Hablan también de comercio para todos, de que Europa debe impulsar su competitividad internacional y de que el comercio debe beneficiar a todos sin excepción, consumidores, trabajadores y operadores económicos. Esta última consideración es totalmente hipócrita. Ustedes saben que ser competitivos pasa por liberalizar las políticas. En la agricultura ya lo han hecho y ya vemos cómo el propio comisario Hogan acaba de reconocer la grave crisis de muchos sectores en el último Consejo de Agricultura. En esta misma línea de desregulación para impulsar la competitividad están ustedes intentando constituir la Autoridad de la Competitividad para intervenir en el mundo laboral y acomodar los salarios a las exigencias de las empresas para regularizar las actuales estrategias de dumping social que ya hoy practican muchas empresas, entre ellas las grandes cadenas textiles. A pocos meses de la COP 21, parecen haberse olvidado del impacto que estas propuestas tendrán sobre el cambio climático.

Ivan Štefanec (PPE), písomne. – Už od jej vstupu je Veľká Británia významným členom EÚ. Ďalšie zotrvanie tejto krajiny v EÚ bude prínosom nielen pre EÚ, ale aj pre samotnú Veľkú Britániu. Nakoľko je hospodársky úzko prepojená s EÚ, verím, že zachovanie možnosti formovať európsku legislatívu a iné výhody členstva prevážia nad protiargumentmi. Aby EÚ aj naďalej zostala jednotná a silná. V súvislosti s migračnou krízou je dôležité, aby členské štáty EÚ zabezpečili funkčnosť schengenského priestoru, ale zároveň aby všetky kroky boli v súlade s medzinárodnými záväzkami v oblasti utečeneckého práva. Stabilita Sýrie aj Líbyie zostáva bezpečnostným záujmom EÚ.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), în scris. – Pe ansamblul Uniunii Europene, acordul negociat cu Marea Britanie poate fi un acord bun, care să dea o șansă acesteia de a rămâne un stat membru al Uniunii Europene. Pentru România și alte state membre mai puțin dezvoltate economic, acest acord conține unele prevederi profund nedrepte. Este greu de acceptat ca, în Uniunea Europeană, un cetățean român care va pleca să lucreze în Regatul Unit să nu beneficieze de aceleași drepturi financiare pentru copiii rămași în România, la fel ca și un cetățean britanic. În cazul cetățenilor români care deja lucrează în Regatul Unit, această decizie nedreaptă se va aplica mai târziu. De aceea, voi vota pentru acordul cu Marea Britanie, dar nu și pentru modificarea Regulamentului (CE) nr 883/2004, care să permită Marii Britanii să îi trateze pe cetățenii români care lucrează în Regatul Unit ca cetățeni de rangul doi în materie de drepturi financiare ale copiilor, indiferent unde se află aceștia.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – A Bizottság és az EIT elnöke beszámolóiból kiérezhető megkönnyebbülést a brit kérdésről szóló döntések kapcsán megértem, de a megelégedettségben, pláne az örömben nem osztozom. Ez a kikényszerített döntéscsomag az egész európai építkezést fontos területeken fékezheti, leállíthatja, több eddigi eredményt lerombolhat. Ráadásul mindez az EU-párti politikai és civil erőket demotiválja, az (Orbán-féle) destruktívak pedig vérszemet kapnak; ez a hatás akkor is érvényesülhet, ha a brit népszavazás esetleges – nem kívánt – negatív eredménye miatt a kivételek mégsem lépnének életbe. A briteknek az „egyre szorosabb” Unióból való kimaradását biztosító kivételekkel szemben hiányzik mindennek a közösségi döntéshozatalban és befolyásban való megjelenítése. A kiadott közlemény még jelzésszerűen sem utal arra, hogy a politikai unió elmélyítésében legfontosabb területeken – így az eurócsoporton és Schengenen túl például az EKSZ-ben, valamint a szociális és munkaügyekben – miként érvényesül majd a szavazati, funkciókba való kinevezési, költségvetési és egyéb arányokban, kvótákban a britek különállása. Ennek elmaradása ugyanis súlyosan sértené a többi tagállam érdekeit és az EU működésének alapelveit is. Szocialistaként különösen fájlalom, hogy egy jobboldali brit kormány – nagyrészt saját maga generálta – belpolitikai gondjait más országok munkavállalóinak kárára próbáljuk megoldani, a szociális igazságosság, a szolidaritás és más európai alapértékek zárójelbe tétele.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – Podczas ostatniego szczytu unijni liderzy porozumieli się w sprawie ustępstw wobec Wielkiej Brytanii, które mają zapobiec wyjściu tego kraju ze Wspólnoty. Komentując tę sytuację, europejskie media najwięcej uwagi poświęcały kwestii ograniczania pomocy socjalnej dla Europejczyków przebywających w Wielkiej Brytanii, ale też w innych państwach członkowskich. Trzeba stwierdzić, iż niewątpliwie jest to ważna, ale jednak nie kluczowa dla przyszłości Unii sprawa. Poważniejszym problemem jest ryzyko powstania Unii „trzech prędkości”. Powstaje bowiem ryzyko podziału Wspólnoty na państwa: 1) strefy euro, 2) Wielką Brytanię oraz 3) pozostałe państwa członkowskie. Wobec tych trzech „stref” będą obowiązywały m.in. inne zasady integracji oraz inne prawa i obowiązki członkowskie. Grozi to osłabieniem, a być może i rozpadem Unii. Ryzyko takie może być wzmocniane w przyszłości także i tym, że pozostałe państwa członkowskie, zwłaszcza te, w których dużą popularnością cieszą się partie eurosceptyczne, mogą wysuwać teraz własne żądania, podobne do podniesionych przez Wielką Brytanię. Dlatego obawiam się, że ostatnimi decyzjami Unia Europejska się osłabiła, a nie wzmocniła, zagrażając swojej dobrej przyszłości.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – As decisões do Conselho Europeu último representam mais uma prova real da profunda crise em que a UE se encontra. Quer as decisões sobre os refugiados, quer as decisões face às exigências do Reino Unido demonstram o esgotamento político a que se chegou e a consequente ausência de soluções à altura dos problemas existentes. Perante o drama dos refugiados que fogem da guerra provocada e alimentada pelas potências ocidentais e pela União Europeia, a resposta continua a primar pelas medidas repressivas, tratando os refugiados como criminosos de delito comum. As manifestações de regozijo, perante a participação da NATO nas operações de patrulhamento da costa turca, dizem tudo sobre o ponto a que chegámos. Quanto às cedências ao Reino Unido, é mais um precedente que demonstra que, nesta Europa, não há igualdade entre Estados Soberanos. Há países ricos que pretendem proteger o seu setor financeiro a quem tudo é cedido, ao mesmo tempo que se cai de forma impiedosa sobre países menos ricos para a tolerância zero.

Henna Virkkunen (PPE), kirjallinen. – Arvoisa puhemies, Ison-Britannian kanssa neuvoteltu sopimus on tasapainoinen kokonaisuus ja se tarjoaa ratkaisuja niihin kysymyksiin, jotka Iso-Britannia on kokenut ongelmallisiksi. Toisaalta EU:n tulevaisuuden ja yhtenäisyyden kannalta on tärkeää, että EU-erolla uhkailemalla ei voi saada mitä tahansa erivapauksia. Kansallisia vaatimuksia ja äänestäjille annettuja lupauksia olisi kyllä kaikilla muillakin jäsenvaltioilla. Oikeudenmukaisuuden nimissä onkin tärkeää, että myös muille jäsenvaltioille annetaan samat mahdollisuudet uusiin joustoihin, jotka Isolle-Britannialle luvattiin. Ison-Britannian on myös hyväksyttävä se, ettei nyt neuvoteltua sopimusta enää avata uudelleen - oli Ison-Britannian kansanäänestyksen tulos mikä tahansa. Euroopalle on tärkeää, että Iso-Britannia jatkaa EU:n jäsenenä. Iso-Britannia on sekä taloudellisesti, turvallisuuspoliittisesti että henkisesti tärkeä Euroopan unionille. Onhan se yksi unionin suurimmista, vakaimmista ja vauraimmista jäsenmaista ja lisäksi tärkeä linkki Euroopan ja Yhdysvaltojen välillä. Uskon, että myös Iso-Britannia hyötyy jäsenyydestä ja haluaa olla jatkossakin itse tekemässä päätöksiä, jotka siihen joka tapauksessa vaikuttavat. Myös esimerkiksi akuutti maahanmuuttokriisi on asia, joka ratkaistaan parhaiten yhdessä. EU siis tarvitsee Isoa-Britanniaa ja Iso-Britannia EU:ta.

14. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2016 — Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Beschäftigungspolitische und soziale Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2016 — Binnenmarktsteuerung im Rahmen des Europäischen Semesters 2016 (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über

— den Bericht von Maria João Rodrigues im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über das Europäische Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2016 (2015/2285(INI)) (A8-0030/2016),

— den Bericht von Sofia Ribeiro im Namen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten über das Europäische Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Beschäftigungspolitische und soziale Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2016 (2015/2330(INI)) (A8-0031/2016) und

— den Bericht von Catherine Stihler im Namen des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz über die Binnenmarktsteuerung im Rahmen des Europäischen Semesters 2016 (2015/2256(INI)) (A8-0017/2016).

Sofia Ribeiro, relatora. – Senhora Presidente, o relatório sobre os aspetos sociais e de emprego do Semestre Europeu visa transformar a União Europeia numa Europa social moderna, atendendo às potencialidades e aos desafios atuais, e salienta as medidas concretas que é necessário implementar para equilibrar as dimensões económica e social e para impulsionar um desenvolvimento social sustentável. Foca o facto de os sistemas económico e financeiro visarem a melhoria das condições de vida dos cidadãos, e essa é a principal razão pela qual precisamos de prosseguir com a consolidação desses sistemas.

Apresentando como objetivo o desenvolvimento social, que se deve apresentar de forma transversal a todas as políticas da União, propõe a monitorização dessas mesmas políticas e salienta que os Estados-Membros e as instituições europeias precisam de garantir, de forma responsável, a estabilidade a longo prazo das suas escolhas políticas e orçamentais para podermos prosseguir rumo a um crescimento sustentável.

Neste sentido, este relatório centra-se na necessidade de consolidar as finanças públicas e os sistemas fiscais, dada a frágil situação económica atual de muitos Estados-Membros, e reforça a importância dessa consolidação no sentido de garantir a estabilidade social, não apenas nos tempos atuais, mas preparando o futuro das gerações mais jovens.

Como temos visto nos últimos anos, a resiliência dos Estados-Membros à crise financeira está ligada à capacitação das suas finanças públicas, e os que têm os piores resultados são aqueles com economias mais instáveis e com défices maiores. Esta consolidação financeira tem de ser acompanhada de políticas de crescimento, que se traduzam num conjunto de reformas estruturais que visem a competitividade e a defesa do papel social dos Estados face aos problemas – também eles estruturais – que enfrentamos atualmente.

A sustentabilidade dos sistemas de segurança social e de previdência social e dos regimes de pensões são, talvez, o exemplo mais paradigmático deste desafio, face à tendência de envelhecimento da população europeia prevista para os próximos anos. A educação assume-se igualmente como um pilar fundamental para o desenvolvimento, competindo-nos garantir que os sistemas educativos conferem aos jovens as competências necessárias, especialmente nas novas áreas laborais, de que são exemplos a economia digital, verde e azul. É igualmente uma área essencial para suprir as necessidades das empresas, que constituem o primeiro motor de desenvolvimento.

Defendemos que as políticas europeias devem ainda potenciar o investimento público e privado a nível europeu, mas esse investimento tem de ser orientado para projetos que garantam o retorno económico e/ou social e deve potenciar o crescimento, não podendo nunca constituir um mecanismo de mero aproveitamento de fundos públicos.

Finalmente, gostaria de salientar a abordagem inteiramente nova proposta neste processo, que consiste na introdução, sem precedentes, de indicadores sociais, nomeadamente a taxa de atividade, o emprego dos jovens e o emprego a longo prazo, na análise de desenvolvimento global dos Estados-Membros. Caso este relatório seja aprovado, o Parlamento estará a dar à Comissão e ao Conselho uma forte mensagem de que, a par de outros indicadores já existentes, como os do domínio económico e financeiro, devemos ter mecanismos para aferir em que medida as nossas políticas estão a repercutir-se na vida diária dos nossos concidadãos. Esta será uma forma de garantir que os desequilíbrios internos nos Estados-Membros sejam ainda avaliados de forma a podermos redesenhar as respetivas reformas económicas e sociais, sempre que necessário. Este é um grande passo que nos permite reforçar o pilar social.

Para concluir, Senhora Presidente, quero agradecer aos colegas relatores-sombra dos restantes grupos políticos, que, com grande empenho, me acompanharam num esforço conjunto para chegarmos a uma posição comum.

Maria João Rodrigues, *rapporteur*. – Madam President, we are at an important moment for the European Semester because Parliament can deliver today three important reports which deal with a situation that is quite unique in the European Union. We are dealing with overlapping crises and, if you want to cope with these overlapping crises, it is certain that we need to strengthen the internal cohesion of the European Union. This will depend a lot on delivering a much stronger and more balanced recovery. I have the pleasure to present today the report adopted by the Committee on Economic and Monetary Affairs. I am very grateful to my colleagues, because I believe that it was possible to reach a very useful compromise with real added value for the situation in the European Union.

The starting point of our report is to say that the European Semester should be used to pursue the rebalancing of our budgets and relevant reforms, but also to implement the Europe 2020 strategy for growth and jobs, because we believe that, in the end, the future of Europe will depend on this kind of competitiveness geared to the future, based on energy transition, digital solutions and bringing about more and better jobs.

But if this is the case, the policy mix should be fully supported for this ambition. This means that in the policy mix to be implemented in the coming year, pushing for investment should be a top priority. This means making the best of the available tools, starting with the European investment plan, but also completing the banking union to make access to credit much easier for small and medium-sized enterprises.

We do, of course, also need reforms, but we believe that we need a second generation of reforms pushing for education, innovation and good public administration and ensuring sustainable welfare systems. And, of course, we need to pursue the fiscal rebalancing of our budgets, but in such a way that we do not undermine this pro-growth move and the strategic investment we need to address. We should also take into account the fact that Europe is confronted with new challenges, security issues and, in particular, the refugee crisis.

I believe that the most important value in our report is the way to manage the euro area, because we recognise that the euro area is an economic entity deserving an appropriate policy mix. That is why we recommend that the investment gap which is there in the euro area should be addressed by sharing the contributions from different countries, particularly those with more fiscal space. The same should happen when it comes to reducing macroeconomic imbalances because, on the one hand, we need more-competitive countries to expand internal demand and, on the other, we need less-competitive countries to increase their competitiveness – not by reducing wages and social conditions but rather by investing in the future.

These are important conclusions. We believe that it is crucial to organise upward convergence in the eurozone, assuming that economic and social objectives should be treated in the same way. This can only be delivered if we complete economic and monetary union with a fiscal capacity and the banking union.

Catherine Stihler, *rapporteur*. – Madam President, I would like to thank the Council – in the person of our former colleague from Parliament – for being here with us on this important debate.

The single market is a precious resource which the European Union's current and future economic prosperity depends upon. The untapped potential of the single market, estimated at EUR 1 trillion in value, is both an opportunity and a wake-up call to ensuring the single market works to benefit us all. I think it is a great pity that we have continued to miss out on these advances for over 20 years, especially in the light of the ever-growing internationalisation and global competition that we face. The single market has great potential to boost jobs and growth, and this prospect has been widely acknowledged at an EU level.

However, despite repeated calls to strengthen the single market in the Council and in annual growth surveys and country-specific recommendations, not enough progress has been achieved so far. In order to effectively deliver on jobs and growth and competitiveness, the progress of integration of the single market and Member States must be accompanied with better governance and greater transparency of the process. Including the single market under the European Semester could help us achieve this goal. Regular, structured compliance dialogue with Member States, proper involvement of the European Parliament, inclusive and non-discriminatory approaches to all EU Member States, euro and non-eurozone, Member States' national parliaments and all stakeholders, is crucial for transparency, governance and ownership, and ultimately for the success of the process.

I also believe it is the enforcement and implementation of already existing EU legislation by all 28 Member States that is key to unlocking the full potential of the single market: overcoming unnecessary non-tariff obstacles, proper implementation of the Services Directive, proper and timely transposition and implementation of public procurement and concessions legislation, modernising public administrations, providing more and better accessible digital services for citizens and businesses – and these are just a few examples where already-existing EU legislation is not yet properly implemented. They are stalling the development of the single market across the European Union. Change cannot and should not only come from the top. All players need to embrace a single market compliance culture and work in a cooperative partnership. Such multi-level ownership needs to be supported by adequate training, assistance and dedicated resources and accessible information at all levels.

I have tried to address these features in my report, and overall I am pleased with the final text. I would like to thank the shadows for their contributions; although we did not always agree on everything, I think we managed to reach an agreement in the end. I would also note that it is my firm belief – and hopefully that of many of my colleagues – that one of the reasons we are here as Members of the European Parliament is to ensure that we pass and adopt transparent, appropriate and fair laws. Since the Treaty of Lisbon entered into force, Parliament has more say over what and how legislation is adopted at EU level, and we need to use this influence as the only democratically-elected EU institution to ensure we adopt better regulations and better regulatory principles. That is why on behalf of my Group, I am asking for a slight change of wording in paragraph 46, via an amendment. This is to ensure that the better regulation principle is duly referred to in this report, as better governance and greater transparency of the process equates to an enhanced functioning of the single market for consumers and businesses alike.

I hope I can count on your support, colleagues, to support the amendment and the text as a whole, and I thank you for your cooperation.

Jean Arthuis, *rapporteur pour avis de la commission des budgets*. – Madame la Présidente, je salue la présidence du Conseil et le commissaire. Je voudrais insister sur le caractère un peu formel de notre exercice, déplorer la faible dimension parlementaire du Semestre européen et regretter le manque d'ambition du rapport des cinq présidents à cet égard.

Cela dit – et je reprends les termes de M^{me} Rodrigues – l'Union européenne n'a pas de politique économique. La politique économique est une addition de politiques nationales et la coordination reste trop souvent quelque peu incantatoire. C'est la raison pour laquelle il nous semble nécessaire de renforcer la zone euro, qui ne peut que s'élargir dès lors que les pays qui n'en sont pas encore membres en manifesteront la volonté. La zone euro a besoin d'un budget qui nous permettrait de lutter contre les chocs asymétriques et de récompenser les réformes qui sont faites par les États membres.

Je veux souligner que le mécanisme européen de stabilité financière est en quelque sorte une mutualisation du surendettement de certains États membres de la zone euro et que ce que nous souhaitons, grâce à ce budget, c'est le *policy mix*: une mise en synergie de la politique budgétaire et de la politique monétaire.

Jeanine Hennis-Plasschaert, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, first of all, many thanks for the opportunity to discuss the European Semester. In times of crisis, when pressing issues abound, I am grateful to Parliament for dedicating time to the subject. Yes, it is a complex issue but one that deserves our full attention, for if we are to make Europe relevant to people's daily lives, we need to achieve concrete results on growth and jobs. We need to create opportunities for young people, for the long-term unemployed, for small businesses. Yes, it is a long journey, for sure, but things are looking up. Europe is experiencing a recovery. Slowly but surely we are emerging from the crisis.

So which priority should guide our actions at this juncture? Reading your reports on the European Semester, I was pleased to see that we share a common assessment of the challenges before us. Obviously, relaunching investments remains a vital condition to strengthen the still fragile recovery and, as stated by rapporteur Rodrigues, investments are crucial. So yes, the Commission's investment plan is central to our efforts in this respect. The European Fund for Strategic Investment, on which the European Parliament and the Council have worked hand in hand, is in place, but more needs to be done. So let us continue to work together with the same sense of urgency to lift the remaining barriers and to foster a truly favourable investment climate.

Clearly, sound responsible public finances are another essential part of our growth strategy, for the recovery can only be sustained if it is based on solid ground. This means making our tax systems more growth-friendly as well as developing modern social protection systems. We also need to embrace structural reforms to strengthen our economies, to ensure that our economies are resilient and fit for the future. Member States, especially those hardest hit by the crisis, have over the past few years undertaken ambitious reform agendas which are starting to bear fruit. However, as the pressure eases, the temptation to go back to 'business as usual' emerges. This is, obviously, understandable, but standing still in a fast-changing world is not an option. We have to move from rebalancing our economies and reforming our pension systems to ensuring that the younger generation have the skills they need for the future challenges. In other words, the reforms we carry out today will shape the competitive Europe of tomorrow.

In our endeavours to promote long-term growth, we can rely on the EU's most valuable asset: tapping the potential of the single market. This was also stated by Ms Stihler. You have underlined in your report a single market dimension of the European Semester, and I very much welcome this. As you know, deepening the single market is an issue dear to the Netherlands Presidency, and we have planned to report on the issue ahead of the European Council meeting in March. At the core of our approach lies the conviction that, in the midst of global uncertainty and the crisis that Europe is facing today, we need to lay the ground for tomorrow. It is about designing and implementing future-proof policies.

How do we make sure that our policies withstand the test of time? First, we need to constantly review our work, for good recommendations are by no means a guarantee of success unless they are fully implemented. This is perhaps the single most important challenge of the European Semester: making sure that we actually deliver on reform. Member States' responsibility is central here. The European Parliament has been active in pushing us to do better, and rightly so.

As the Presidency, we believe that much can be done in the Council to provide the right peer pressure to undertake the necessary but sometimes painful reforms. More political discussions on the implementation of reforms and sharing best practices between ministers will help keep the momentum for reform ongoing. This is why, in the coming two weeks, in addition to the usual discussions on the Annual Growth Survey, we have scheduled specific debates in the Council on the implementation of country-specific recommendations in the run-up to the March European Council. But let me be clear at the same time: there is no quick fix to address the implementation gap, and deeper discussions within the Council will not be sufficient. We need to involve all stakeholders, national parliaments, social partners and, of course, the European Parliament. This is not just about democratic oversight; it is vital for the process to be effective, as ownership is the foundation of meaningful reforms, and today's debate is important for that very reason.

Progress has been made. Shorter, more focused recommendations do make it easier to concentrate our efforts on the key issues. The new timing of the Semester gives more time for work at expert level to exert a truly multilateral surveillance, and the early adoption of the euro area recommendation means that our discussions on national recommendations from now on will take into account euro area challenges. More attention is also being given to the social dimension of the Semester, and taken together these are meaningful changes, obviously. We will continue to strengthen our cooperation in order to reap the full benefits of the European Semester with just one goal in mind: delivering on a stronger Europe for all citizens.

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, honourable Members, this morning the College of Commissioners held an orientation debate on the European semester, including country reports and developments in the macroeconomic imbalances procedure.

We will publish the country reports on Friday, and decisions in the context of the Macroeconomic Imbalances Procedure will be taken in the next few weeks. The country reports follow the policy guidance provided by the 2016 Annual Growth Survey and the recommendation on the euro area last November. The 2016 European Semester is more streamlined than in the past: it integrates the euro area and national dimension and puts stronger emphasis on employment and social performance, convergence and support from the European structural investment funds and technical assistance to the implementation of reforms.

This year we decided to streamline the Macroeconomic Imbalances Procedure, moving from six to four categories, namely: no imbalances; imbalances; excessive imbalances; and excessive imbalances within the corrective arm of the Macroeconomic Imbalances Procedure. To put country reports in a broader economic context: the EU economic recovery is still ongoing but risks have visibly increased over the past few months, with negative external developments starting to feed into European financial markets and confidence indicators. Unemployment has been falling, but it remains high in a number of countries, particularly unemployment among young people and long-term unemployment. The adjustment of macroeconomic imbalances has advanced but is far from complete. In particular, high levels of private and public debt still act as a drag on growth in many Member States. This situation must be seen as an incentive to redouble the efforts to implement policies that support growth and stability.

In this respect we have many good examples of reforms in our Member States but also see that progress is uneven across Member States and different sectors. Further progress can be made with the close involvement of national parliaments, social partners and other stakeholders in the design and implementation of reforms. It is necessary to strengthen the effectiveness and ownership of reform efforts in the Member States. Publication of the country reports earlier than in the past serves this goal. It provides more time to engage in an in-depth dialogue with Member States and key stakeholders before the Commission publishes country-specific recommendations.

The role of the European Parliament in the European Semester has evolved over time. Ways to strengthen it further are being explored in line with the Five Presidents' Report on completing economic and monetary union and the communication of October 2015 on steps towards completing the EMU.

I am convinced that it is of the utmost importance to have an exchange of governance milestones like the country reports, and I am very much looking forward to discussing these with you. The findings of the country reports, the outcome of the Commission's analysis of our exchanges as well as the stability and convergence programmes and national reform programmes will pave the way for the 2016 country-specific recommendations, which the Commission will issue in May.

Now to come specifically to the three reports we are discussing today, to start with the Stihler report. I would like to thank the rapporteur, Ms Stihler, and welcome the contribution of the European Parliament on single market governance as part of 2016 European Semester. Structural reforms are needed to facilitate the reallocation of resources across companies, sectors and regions in order to increase productivity and competitiveness. It is necessary to go further in the process of reform, setting the foundations for a more competitive and resilient European economy. This can be achieved through reforms such as opening the product and services markets that would boost the EU internal market, and through structural reforms to eliminate barriers to the free circulation of goods and services. The Commission is working to reduce the high number of restrictions in product and services markets in many EU Member States. Improving the functioning of these markets is essential to renew the economic fabric of the EU and to ensure that EU companies adopt and successfully integrate into the increasingly global value chains.

Now to move the Rodrigues report. I would like to thank Ms Rodrigues for this report and it concurs with the views of the Commission on a wide range of issues. The Commission welcomes the support for the 2016 Annual Growth Survey and for the priorities it identifies, as well as for the advanced timing and content of the recommendation of the euro area. The Commission shares the importance of making more effort at national level to implement structural reforms effectively. It also shares the need for close coordination to achieve more robust economic recovery, to support sound public finances and address macroeconomic imbalances. The emphasis on promoting convergence towards the best performers in the euro area is also at the core of the Commission's work.

Finally to the Ribeiro report: once again, thank you to the rapporteur. The European labour market is showing some positive signs. Unemployment is still high in many Member States, but it is gradually decreasing. Employment is growing in most sectors and for all age groups. More young people are back in jobs or taking part in education and training. Our efforts to fight against youth unemployment are beginning to bear fruit. We are also seeing the first signs of divergences among the Member States starting to decrease. Because of the crisis, more people have fallen into poverty, but also we see some first signs of progress. The promotion of better social standards and upward social convergence within the EU is a priority. The European Pillar of Social Rights will be an important vehicle to restore social convergence.

The Commission is paying more attention to employment and social developments in the European Semester. First, the 2016 Annual Growth Survey package puts social fairness at the heart of economic recovery. Second, in line with a new start for a social dialogue, the involvement of social partners in the European Semester is strengthened throughout the consultations at EU and national level, and in addition, the new employment guidelines call on Member States to involve social partners in the design and implementation of the reforms. Third, the analysis of new employment indicators in the Macroeconomic Imbalances Procedure allows for a better understanding of the employment and social consequences of imbalances in some Member States.

Several Member States have pursued reforms in the labour market and there are visibly positive effects, not least through increasing employment rates. However, these reforms should be continued, to stimulate growth and to create a positive environment for the creation of quality jobs.

Once again Madam President, Madam Minister, honourable Members, thank you and I am looking forward to a productive debate.

Андрей Ковачев, докладчик по становището на комисията по околна среда, обществено здраве и безопасност на храните. – През последните години две цели постоянно присъстват в дневния ред на този парламент – икономически растеж и заетост. Нито една от тези цели не би била постижима, ако нямаме здрави европейски граждани. Всички знаем, че основната отговорност в тази сфера е на страните членки, но европейският семестър може и трябва да се използва като инструмент за постигане на модерни здравни системи, които отговарят на очакванията и нуждите на гражданите. Затова смятам за изключително важно в неговите рамки да има оценка на функционирането на системите за здравеопазване. Призовавам Комисията да разработи инструменти за наблюдаване на здравните резултати и измерване на достъпа до висококачествени здравни услуги, за да се намалят неравенствата в тази област.

Европейският съюз трябва да потвърди ангажимента си към изпълнението на Стратегията 2020. Трябва да демонстрираме на европейските граждани, че имаме план за бъдещето на нашия континент. Затова смятам, че преразглеждането на Стратегията 2020 трябва да бъде интегрирана много силно в европейския семестър. В сферата на околната среда и здравеопазването има големи перспективи за растеж, инвестиции и запазване на работните места. Европейският семестър има ключова роля за насърчаването на необходимите структурни реформи.

Искра Михайлова, докладчик по становището на комисията по регионално развитие. – В своето становище по годишния обзор на растежа комисията по регионално развитие призовава Европейската комисия към по-добро отчитане на целите на стратегията „Европа 2020“ чрез подобряване на нейното изпълнение и извършване на допълнителен преглед, както и чрез предлагане на мерки и методология за по-добро наблюдение на разходите на фондовете на Европейски съюз, свързани с целите на стратегията „Европа 2020“. В тази връзка предстоящото преразглеждане на многогодишната финансова рамка дава възможност да се анализира и повиши добавената стойност от финансирането от Европейския съюз.

Комисията REGI посочва съществуващите връзки между целите на процеса на европейския семестър и програмирането на европейските структурни и инвестиционни фондове и счита, че инвестициите на политиката на сближаване могат да играят много важна роля в подкрепа на структурните реформи и изпълнението на стратегическите цели на Европейския съюз чрез проследяване на съответните специфични препоръки по държави членки.

Markus Ferber, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Meine lieben Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Jahreswachstumsbericht der Kommission nennt drei Prioritäten: Investitionen ankurbeln, Strukturreformen umsetzen und eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik.

Aus der Sicht der EVP-Fraktion ist das ein sehr kluger, sinnvoller Dreiklang, das ist vernünftig. Ich glaube, wir tun uns keinen Gefallen, wenn wir das Europäische Semester dazu missbrauchen – ich will es in der Deutlichkeit sagen –, jedes Jahr neue Indikatoren zu erfinden, die wenig mit Wettbewerbsfähigkeit, wenig mit guter Haushaltspolitik oder mit Strukturreformen zu tun haben, die aber nur ein Ziel haben: schlechte Zahlen schönzurechnen. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden nicht dadurch besser, dass man neue Indikatoren erfindet. Deswegen waren wir als EVP-Fraktion da sehr zurückhaltend.

Uns geht es darum, auch nicht die Starken zu schwächen, sondern die Schwachen zu stärken. Das heißt ganz konkret: Wenn es Länder gibt, die zum Beispiel einen Exportüberschuss haben, dann profitieren andere Mitgliedstaaten in der Europäischen Union genauso davon, weil wir intern ja auch sehr intensive Handelsbeziehungen haben. Man wird nicht dadurch besser, dass man versucht dies abzubauen, sondern man sollte andere in die Lage versetzen, ähnlich gute Zahlen vorzulegen.

Das Dritte, was uns als EVP besonders bewegt, ist, dass wir uns mehr konzentrieren auf wenige Vorgaben an länderspezifischen Empfehlungen für die Mitgliedstaaten, die dann auch wirklich umgesetzt werden. Ich will mich noch kurz bedanken bei der Frau Berichtsteratterin, dass Sie da an vielen Punkten auf uns eingegangen ist, sodass wir jetzt über einen ausgewogenen Bericht abstimmen können.

Elisa Ferreira, *em nome do Grupo S&D*. – Senhora Presidente, Senhor Comissário Dombrovskis, Conselho, bem-vindos. Começo por agradecer a toda a equipa de colegas que foram relatores e, em particular, a Maria João Rodrigues, pelo ECON, este excelente relatório.

A mensagem que o relatório traz é muito clara: diz que é altura de alterar a agenda económica da Europa. Hoje, nos Estados Unidos, a crise de 2008 pertence aos manuais de História. Na União Europeia, no entanto, continuamos a «patinar» (desculpem o plebeísmo) numa recuperação excessivamente débil e no desemprego. As expectativas, hoje, para a indústria alemã estão, infelizmente, ao nível de 2008-2009. A banca e os seguros começaram de novo a dar sinais de tensão, porque não há bons negócios se não houver boas empresas rentáveis, e não há empresas rentáveis sem procura interna e sem investimento, por mais baixa que seja a taxa de juro. Na economia, não pode só ver a oferta, tem de haver procura, e a política económica que temos seguido tem extinguido essa procura, através de uma austeridade excessiva. Hoje, qualquer oscilação na economia dos Estados Unidos ou da China perturba a União.

É preciso reajustar a política orçamental e introduzir simetria no ajustamento entre países deficitários e países excedentários. É preciso proteger o investimento estratégico – e parece que, sobre isso, há um consenso. E é preciso completar a união bancária, ou a União Europeia perderá o controlo sobre o seu próprio destino.

Portugal é, neste aspeto, um bom exemplo de que é possível cumprir as regras europeias e assumir uma política mais estimulante do crescimento económico e do emprego. Mas é preciso que a União e a Comissão, em particular, bem como o Conselho, estejam disponíveis para apoiar alternativas como estas e também para mudarem a dominante que, até agora, tem existido na política geral da própria união monetária. Com tantos problemas a ameaçarem a União, tenhamos a inteligência resolver a componente económica, porque essa está nas nossas mãos. Espero que assim aconteça.

Ulrike Trebesius, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Die wirtschaftliche Situation der EU bleibt von großen Ungleichgewichten geprägt, die Massenarbeitslosigkeit in Südeuropa ist persistent, und ohne die niedrigen Ölpreise wären die aktuellen Wachstumswerte kaum vorstellbar. Ganze Länder und Regionen sind weiterhin vom Aufschwung abgekoppelt. Das Europäische Semester soll einerseits länderspezifische Empfehlungen zu Wirtschaftsreformen aussprechen, andererseits makroökonomische Ungleichgewichte angehen. Der Aufwand, der dafür betrieben wird, ist erheblich. Der Erfolg – also die Umsetzung durch die Mitgliedstaaten in konkrete Politik – ist mit rund 25 % im Jahr 2014 eher gering.

Die Umsetzung ist freiwillig und sollte das im Sinne der Subsidiarität auch bleiben. In den Nicht-Euro-Staaten ist das kein Problem. Sie müssen mit ihrem eigenen Wohlstand und ihren Zukunftsperspektiven für die Qualität der eigenen Politiker haften. Im Euro-Währungsgebiet dagegen werden die Kosten der unzureichenden Reformen weitergegeben, beispielsweise über Targetsalden, über künstliche Niedrigzinsen oder gleich über die Druckerpresse.

Die Ungleichheit in der EU nimmt zu, und der Traum der wirtschaftlichen Konvergenz – einst Ziel bei der Euro-Einführung – liegt weiter entfernt denn je. Da keine Abwertung der eigenen Währung stattfinden kann, muss weiterhin intern abgewertet werden. Als Konsequenz soll eine Wirtschaftsregierung etabliert werden, um die Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets kontrollieren zu können. Das ist der falsche Weg, denn die Menschen haben sowohl die Transfers als auch die Bevormundung durch die EU satt. Die Stärke von Europa liegt in seiner Innovationskraft mit ...

(Die Präsidentin entzieht der Rednerin das Wort.)

Ramon Tremosa i Balcells, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, the ALDE Group is of the opinion that this report could be improved. That is why we are presenting some amendments for tomorrow. If they receive the votes of the big coalition, we could reconsider our final negative vote on this dossier.

In our opinion, the current version of this report calls for increasing flexibility in public deficit spending, forcing the legal framework. The text also has the wrong view and implications on current account surpluses, which are more critical than current account deficit countries. The dossier does not recommend EFSI projects to be economically viable and falls short, introducing bureaucracy, modernising economies and removing barriers to entry to the labour market.

Our amendments tried to make the report more balanced. Fiscal expansion is not the panacea for the current economic situation. We point out the importance of structural reforms. Only if the business environment improves will private investment be mobilised. China is slowing, and even the Federal Reserve in America is afraid that another crisis is around the corner. So it is time for Member States to do their reform homework.

Gabriele Zimmer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Ich möchte mich auf den sozial- und beschäftigungspolitischen Aspekt konzentrieren und möchte darauf verweisen, dass es zwar durchaus positiv zu nennen ist, dass jetzt über soziale Infrastrukturinvestitionen gesprochen wird, dass aber nach wie vor wirklich konkrete Kriterien dafür fehlen.

Was bedeutet das eigentlich? Nach wie vor erscheint mir der Ansatz, dass über das Europäische Semester tatsächlich Wachstum in Beschäftigung – und zwar auf der Basis von guter Arbeit – und auch in sozialer Sicherheit nicht gegeben ist. Hier beißt sich aus meiner Sicht die Katze in den Schwanz. Wenn zum Beispiel der Aspekt der Flexicurity aus dem Verlies oder aus dem Grab wieder hochgeholt wird und behauptet wird, es hat ja nur in der Vergangenheit einige Überziehung gegeben, dann muss ich sagen: Nein, Flexicurity ist genau der Ansatz gewesen, warum wir heute mehr prekäre Beschäftigung haben.

Hier gibt es also sehr viel gemeinsam zu diskutieren, aufzuklären, zu verändern. Wenn eine soziale Säule geschaffen werden soll, dann muss geklärt sein: Was wird der Inhalt sein? Wird gesichert, dass diese Mindestnormen, um die es dort gehen soll, keine Norm zur Herabsenkung von sozialen Standards werden?

Bas Eickhout, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, first of all I would like to thank the rapporteur for the good cooperation in this report and also to thank my shadow rapporteur.

Mr Tremosa i Balcells, I am a bit surprised: you say that you are voting against this report because we are using the flexibilities for more investment. Have you been listening to the chief economist of the OECD, who this year joined the ranks saying that Europe needs more investments? It seems that more and more economic institutions in Central Europe, and even outside Europe, are saying that more investments are needed, but ALDE, the Liberals, are keeping up their old strategy of saying 'no, we should not invest'. This is a very strange attitude, and I am happy that this report gives more room for investment and also more room for investment in human capital, and that we are saying that the euro area's aggregate fiscal stance is a good thing to look at and that the structural reforms should be more geared to resource efficiency. All these aspects are good aspects in this report, and that is why we as a Group can vote in favour and give once more consideration to the Liberals to really change their strategy, because the world is moving on.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), blue-card question. – This is an irony in itself, because in the Juncker plan, the D66 – our liberals – voted against, and the Greens from the Netherlands voted in favour, and now it seems that the same is happening. But we think that one of the main reasons we are voting against this report is that we wanted to have the word ‘investment’ – the investment that we all agree that we need to be economically viable. Because we have to ensure that no more investment will go to airports without planes, trains without passengers and highways without traffic. We want to ensure this, and we do not want to let Member States [...]

(The President cut off the speaker)

President. – Mr Tremosa i Balcells, that was not a question. I let you speak a bit longer but I will nevertheless give the floor to Mr Eickhout.

Bas Eickhout (Verts/ALE), blue-card answer. – [...] like a question, because I have to get back to your first contribution, when you said ‘I’m voting against because there is more flexibility and stability growth backed in the report, and there’s also negative language about surplus countries like the Netherlands and Germany’. That is a good thing indeed, and I think we should do so. And on investments: only if really viable; if that is the reason why you would vote against, then just look at the fact that on structural reform and investment we say that the sustainable transition of Member States’ economies towards greater resource efficiency is crucial. That has your point in it, so if that is really your key vote, you can still change and make it a plus.

Marco Valli, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la ricetta economica della Commissione nasce per l’ennesimo anno da tre principi sbagliati: l’austerità, con le parole disciplina, rigore e stabilità messe ovunque; riforme sconsiderate, senza valutazioni d’impatto adeguate; e i famosi investimenti privati, che però senza lo stimolo pubblico rimangono inconsistenti. Una ricetta economica fallimentare, senza senso comunitario, che impone ancora fortemente il volere tedesco.

Per opporsi a questa ricetta non basta dire «no» all’austerità, ma bisogna essere onesti intellettualmente e mettere in discussione lo strumento monetario attraverso il quale si obbligano gli Stati ad applicare queste politiche sbagliate, calpestando continuamente le Costituzioni nazionali. La cessione di sovranità monetaria è il peccato originario e riprendersela è l’unico modo concreto per lottare a testa alta contro l’austerità e riportare sui principi fondanti l’Unione e salvare l’Europa.

Ad oggi abbiamo due esempi chiari di potere contrattuale: quello forte di chi non ha l’euro, come l’Inghilterra, che potendo autodeterminarsi economicamente viene a Bruxelles a trattare da protagonista, ponendo le condizioni, e quello debole di chi ha ceduto le politiche economiche adottando l’euro e quindi è obbligato a fare quello che dicono Bruxelles e Francoforte, elemosinando flessibilità e subendo schiaffi ed ingiustizie nell’applicazione delle regole. Grecia ed Italia sono i due esempi più concreti e lampanti.

Parlo di ingiustizia perché da quasi vent’anni abbiamo una moneta che è espressione non di una vera area valutaria, ma di un vincolo di cambi fissi tra 19 Stati con profonde e radicate differenze economiche e sociali. Lo diciamo in ogni relazione sui temi economici da quando siamo entrati in questo Parlamento: ogni giorno, da troppi anni, tedeschi e olandesi sfruttano il cambio fisso sottovalutato per le loro economie e si arricchiscono registrando record di surplus sulle partite correnti nella bilancia dei pagamenti.

La Commissione temporeggia e non fa nulla di concreto, applicando in modo troppo *soft*, lento e progressivo la procedura per gli squilibri macroeconomici. La Commissione si è mossa negli anni solo per bacchettare i paesi mediterranei già in difficoltà, i quali sono costretti a svalutazioni interne, intrappolati nell’impossibilità di far fluttuare i cambi per colmare il divario. Lo ha dovuto ammettere anche qualche settimana fa il ministro delle Finanze italiano Padoa-Schioppa. In più ci sono decenni di studi economici che dicono quello che sto dicendo adesso.

Purtroppo ancora una volta il tema del surplus tedesco non sarà chiaramente affrontato di petto nel testo che voteremo, anzi, per alcuni versi possiamo dire che verrà esaltato positivamente. C’è la speranza di un nostro emendamento per inchiodare la Germania, l’Olanda e la Commissione; vedremo chi voterà o chi continuerà a sostenere un compromesso al ribasso con il PPE e a nascondere l’evidente irrazionalità e disparità di trattamenti di questa Unione monetaria.

Bernard Monot, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, Monsieur le commissaire, encore une fois, nous constatons l'inefficacité totale du Semestre européen. Ce programme, qui consiste à mettre au pas les économies nationales pour mieux construire l'Union économique et monétaire, ne marche pas. L'OCDE revoit à la baisse ses prévisions de taux de croissance et d'inflation dans la zone euro. Pourtant, les conditions sont très porteuses: les taux de la BCE sont faibles, le prix du pétrole est bas, l'euro-dollar s'est déprécié de 20 % depuis deux ans, mais l'économie européenne ne redécolle pas.

En 1992, vos slogans publicitaires européistes vantaient le plein emploi et la prospérité européenne, mais vingt-cinq ans plus tard, votre bilan socioéconomique est lamentable. L'euro et votre Europe, c'est le chômage massif, la stagnation, la montagne de dettes, l'austérité et, surtout, un totalitarisme financier et bancaire. Votre utopie européenne ne marche pas et, d'ailleurs, le Royaume-Uni l'a bien compris et veut quitter cette galère. Les mêmes causes produisant les mêmes effets, aucune des réformes du Semestre européen ne fonctionnera. Malheureusement, dans un an, la situation sera encore pire qu'aujourd'hui. C'est pourquoi nous ne voterons pas pour ce rapport.

Adam Szejnfeld (PPE). – Pani Przewodnicząca! Ocena europejskiego semestru musi wiązać się z oceną stanu zarządzania jednolitym rynkiem. Trzeba niestety powiedzieć, że w tym zakresie ciągle jest bardzo dużo do zrobienia.

Szanowni Państwo! Żyjemy w XXI wieku, a obecne czasy charakteryzują się między innymi: skokowym postępem cyfrowym i technologicznym, powszechną globalizacją i konkurencją międzynarodową, zmianami w mentalności społecznej i wzorcach konsumenckich, a także powstawaniem zupełnie nowych, nieznanych wcześniej form działalności gospodarczej. Tak więc żeby utrzymać dotychczasową konkurencję na wspólnym rynku, europejskim rynku, ale co ważniejsze – żeby utrzymać i rozwijać konkurencję europejskiego rynku na światowym rynku – potrzebna nam jest deregulacja warunków działalności gospodarczej, wzmocnienie pozycji małych i średnich przedsiębiorstw, w tym start-upów, rozwój innowacyjności, w tym postępu technicznego i technologicznego, upowszechnianie e-administracji, zmniejszenie kosztów biurokratycznych i finansowych działalności gospodarczej, pełne wdrożenie prawa europejskiego we wszystkich państwach członkowskich, likwidacja pozataryfowych barier oraz protekcjonizmu w państwach członkowskich.

De facto jest nam koniecznie potrzebne udoskonalenie zarządzania jednolitym rynkiem. I to jest puenta do dzisiejszej pracy.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D). – Señora Presidenta, hemos presentado desde la Comisión de Empleo y Asuntos Sociales un buen informe, un muy buen informe que contrasta, señor Comisario, señores del Consejo, con la realidad que ustedes describen, con una realidad muy complaciente con lo que viven los ciudadanos en la inmensa mayoría de los países de la Unión Europea. La verdad es que llevamos dos años de recuperación, pero es verdad que es una recuperación lenta, es una recuperación débil y, sobre todo, es una recuperación profundamente desigual. Nos lo dicen todos los informes internacionales.

Por ejemplo, la OCDE —no me canso de decirlo— nos está afirmando que las diferencias entre el 10 % más pobre y el 10 % que más tiene desde el inicio de la crisis se han multiplicado, en algunos países como el mío, hasta por siete. Y ustedes nos dibujan, como digo, un panorama demasiado complaciente, incluso con la realidad que estamos viendo, con las nuevas incertidumbres económicas y sociales que nos están azotando.

Y para eso, desde la Comisión de Empleo y Asuntos Sociales, desde el Grupo socialista, les pedimos fundamentalmente tres cosas. Primero, que impulsen las inversiones. Segundo, que corrijan los excesos de la política de austeridad excesiva que se han llevado tanto en las reformas laborales como en las reformas estructurales, y sobre todo, que han atacado el modelo social europeo. Y tercero, que construyan y refuercen la zona del euro, la dimensión social de nuestra moneda común.

Tenemos que reforzar las inversiones. Si no invertimos, si no conseguimos crear una política contracíclica en este nuevo clima de incertidumbre económica, no habremos aprendido de los errores del pasado. Tenemos el plan Juncker, pero el plan Juncker no está produciendo el efecto de aumentar las inversiones en la zona del euro. ¿Ustedes saben que con respecto, por ejemplo, al Reino Unido o, por ejemplo, a los Estados Unidos, que han aumentado la inversión en los dos últimos años, el año pasado en la zona del euro seguimos disminuyendo las inversiones globales con respecto, por ejemplo, al periodo 2013-2014?

No lo podemos permitir. Necesitamos más inversiones para impulsar el crecimiento económico y no podemos permitir que lo poco que sepamos hoy del plan Juncker sea a consecuencia de un efecto sustitutivo en el conjunto de los Estados miembros sobre las inversiones ya programadas y no ejecutadas. Tenemos que corregir los excesos de las reformas laborales, porque se está creando empleo, pero empleo precario, subempleo, jornadas laborales de muy pocas horas. Estamos con contratos parciales totalmente involuntarios. Estamos viendo cómo se sustituyen contratos indefinidos por contratos precarios, a veces por horas. Y estamos generalizando y no combatiendo un fenómeno de pobreza laboral que hoy es, en todo el conjunto de la Unión Europea, trabajar por menos de lo que permite llenar la cesta de la compra o pagar el recibo de la luz, es decir, en definitiva, vivir con dignidad.

Y tenemos que recuperar el modelo social, porque es la política más justa, pero sobre todo es la política económica más eficiente. Con pensiones dignas, con prestaciones por desempleo suficientes, con becas no solo estamos creando una sociedad más justa, sino que estamos creando estabilizadores automáticos que nos protegen contra los *shocks* económicos que vienen de fuera. Si no recuperamos los modelos sociales no estaremos aprendiendo de los errores del pasado.

Y, por último, tenemos que construir una mejor zona del euro, con una dimensión social. No podemos permitirnos, como digo, que en la próxima crisis económica las devaluaciones salariales ...

(La Presidenta retira la palabra al orador)

Stanisław Ożóg (ECR). – Pani Przewodnicząca! Po pierwsze, chciałbym poprosić Panią o wyjaśnienie kwestii dostępności sprawozdań poddawanych dzisiejszej debacie w językach ojczystych posłów do Parlamentu Europejskiego. Na przykład sprawozdanie pana Rodrigueza dotyczące europejskiego semestru jeszcze dzisiaj było dostępne tylko w języku angielskim.

Jeśli chodzi o semestr europejski, to na szczęście mogę powiedzieć, że nie jest to temat nowy. Z mojego punktu widzenia mam kilka uwag; dwie charakterystyczne chciałbym przedstawić. Po pierwsze – reformy strukturalne w państwach członkowskich. Regularnie debatujemy nad tym, na ile wiążące są zalecenia dla poszczególnych państw. Postawmy sprawę jasno – zalecenia przecież są wiążące, ponieważ zatwierdzane są przez samych szefów rządów i bardzo często uderzają w samo sedno problemu w poszczególnych krajach. Kolejna kwestia, niejako łącząca się z wcześniejszą, to to, że nie wyobrażam sobie, jak i po co zwiększać koordynację gospodarczą na szczeblu Unii Europejskiej, jeśli na chwilę obecną nie jesteśmy w stanie koordynować odpowiednio ESMS. Wiele państw nie wdraża zalecanych im reform, więc uważam osobiście, że raczej powinniśmy koncentrować się na tym, co robić, żeby zachęcić rządy do przeprowadzania reform na szczeblu krajowym, szczególnie teraz, kiedy widmo kolejnego kryzysu finansowego i gospodarczego realnie nam zagraża.

Ulla Tørnæs (ALDE). – Madam President, first of all I would like to thank the rapporteur from the Committee on Employment and Social Affairs, Ms Ribeiro, for a very good and a very constructive process and work on this report. I understand that finding compromises in this matter is not easy, and I understand that many concerns have been taken into consideration. I also have to say, however, that in my opinion the Employment Committee's position on the annual growth survey could have a more forward-looking approach, recognising the achievements made and pointing to reforms needed in the European labour market to size up the full potential and contribute to strengthening the growth that is now slowly returning to Europe.

The economic situation is improving. Unemployment continued to fall in December 2015 by 0.1% compared to November 2015. Unemployment is still too high, standing at 10.4%, but the situation is, however, improving. The number and proportion of people at risk of poverty or social exclusion stabilised in 2013 and 2014. We should not neglect the fact that the social situation is still severe for many and that more efforts need to be made to create growth and new jobs and thereby a way out of poverty and social exclusion, but we should...

(The President cut off the speaker)

PRÉSIDENCE DE MME SYLVIE GUILLAUME

Vice-présidente

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhora Presidente, As perspectivas de crescimento para 2016 representam o ponto de partida de um processo ao qual nos opomos firmemente. O Semestre Europeu e a governação económica estão no centro de uma estratégia de domínio neoliberal das políticas orçamentais dos Estados nacionais. As orientações constantes do relatório, que deverão ser seguidas pelos governos, insistem nas mesmas receitas que semearam a pobreza e o desemprego em toda a Europa, impedindo, na prática, qualquer estratégia alternativa para fazer face à crise com políticas de estímulo ao crescimento baseado em investimento público e no aumento da procura agregada.

Não há manobras de cosmética, sejam elas do ponto de vista social ou passando pelo maior envolvimento deste Parlamento, que apaguem o carácter profundamente antidemocrático da União Económica e Monetária, que impõe, à revelia do interesse das populações e dos trabalhadores, as suas políticas neoliberais de concentração da riqueza. Continuamos convictos de que só o fim da união económica e monetária e do euro poderá abrir caminho a políticas alternativas de desenvolvimento.

Jean Lambert (Verts/ALE). – Madam President, like others, I would like to thank the rapporteur of the Committee on Employment and Social Affairs for her openness. Within this process many of us have been arguing for quite some time that the social dimension – social fairness – has to be fully recognised. We really hope that what we are seeing here is a genuine shift in the Commission – but I think many of us wait to be convinced.

We welcome the additional social indicators, but we think they have got to have a real meaning and a real impact on policy and that social fairness means that we have to tackle the inequalities, both within and between our countries. We recognise that it is not a by-product of economic activity but requires considered action. So we welcome the report's call for investment in services such as healthcare, child care and housing. Social fairness will be helped by decent wages, and it really is time that we closed the gender pay gap and tackled in-work poverty. We really hope that social dialogue is seriously back on the agenda, having been so badly damaged.

Patrick O'Flynn (EFDD). – Madam President, so we reach this point every year, the moment when supporters of the eurozone predict that happier days are just around the corner – strong growth, major job creation, all the things that never actually come to pass. Euro supporters talk about the potential of further structural reforms, and almost everyone agrees with Mr Draghi about the euro being a success. That is, of course, a complete load of rubbish. The euro area has barely grown at all in the relatively benign conditions of the past year. Take things back to the euro's inception: an index placing economies at 100 back in the first quarter of 1999 would have just crawled to 123 for the eurozone 17 years later. Even in the UK, where we have had our share of stops and starts, we have reached 137 in the same timeframe. Your politically-inspired currency does not work and as a result many of your young people do not work either. That is not going to change until you put the euro out of its misery.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Andreas Schwab (PPE), blue-card question. – I have been listening to you and I would just like to understand – maybe you can explain to me – why the pound sterling has gone down in the last few days.

Patrick O'Flynn (EFDD), blue-card answer. – Well, as you know, currencies tend to go down and they go up as well. In fact, after the 2008 crash, the pound sterling went down and we saved something like a million jobs in our country, while you were losing millions of jobs in the eurozone because the individual nation states could not run their own currencies. It is actually quite benign that sterling has gone down at the moment because investors across the world have finally woken up to the eurozone weaknesses. So, if we can get a temporary corrective out of a temporary decline in sterling, I do not mind that at all.

Mylène Troszczynski (ENF). – Madame la Présidente, l'Europe souffre. Tous les indicateurs sont au rouge: chômage de masse, manque de compétitivité, récession et austérité.

Chers collègues, vous demandez plus d'intégration du marché unique, mais y croyez-vous vraiment? Ce processus répond à un agenda politique puissant dont le but est la disparition de l'État-nation. Vous continuez à présenter le marché unique comme un remède au chômage de masse, alors que chaque jour apporte son lot de mauvais résultats: fermetures d'entreprises, délocalisations, précarisation de pans entiers de l'économie réelle. L'autosatisfaction obstinée sur l'intégration du marché unique est étonnante, compte tenu de ce maigre bilan, qui doit être analysé avec pragmatisme. En commission IMCO, certains collègues ont fait des déclarations stupéfiantes. Affirmer que les migrants qui arrivent par millions doivent être intégrés dans le marché unique et qu'ils sont une chance pour l'Europe est irresponsable. Il est pourtant simple d'anticiper les conséquences de l'intégration de ces populations sur le marché du travail et sur les salaires moyens. À qui profite le crime, peut-on se demander.

Chers collègues, les économies européennes ont besoin d'oxygène, elles étouffent en raison des règles centralisatrices imposées par la Commission et ses experts. La gouvernance du marché est un concept démodé auquel mon groupe s'opposera demain.

David Casa (PPE). – Madam President, first of all I would like to thank our rapporteur, Ms Sofia Ribeiro, for her excellent work on this dossier.

It has to be acknowledged that the European Semester has clearly shown that it provided the necessary tools that helped Member States get out of the financial crisis, but the crisis has left its scars on the European social model. The challenge lies in strengthening the social dimension of the EU. It is encouraging to note that three new employment indicators have been added to the main scoreboard. In order to strengthen the recovery and foster upward economic and social convergence across Member States, it is necessary to reform our economies and invest in human capital to create more jobs at all levels.

Europe has a number of tools at its disposal to achieve this: essentially the Europe 2020 strategy and the implementation of the Investment Plan for Europe. On both counts, we need to look carefully at improving its implementation and monitoring in order to ensure smart, sustainable and inclusive growth.

Finally, I believe that Member States need to take a holistic approach to implementing effective labour market policies, targeting both jobseekers and employers. It is important to facilitate job-seeking in the European Union through education, training and reskilling.

Evelyne Gebhardt (S&D). – Frau Präsidentin! Es freut mich sehr, Herr Casa, Ihnen zuzuhören. Der Binnenmarkt ist einer der Grundpfeiler der Europäischen Union. Das wird immer wieder gesagt, und davon bin ich auch absolut überzeugt. Ich bin aber immer wieder erstaunt, was für altmodische Ideen immer noch in vielen Köpfen bleiben, bei denen gesagt wird: Ja, da geht es nur um Wirtschaft, da geht es nur um das Business, am besten die ganz großen Unternehmen, und dann wird schon alles geregelt sein. Nein! Wir brauchen einen holistischen Ansatz – genauso, wie Sie es gerade auch gesagt haben –, in dem nicht nur die Wirtschaft, nicht nur die Unternehmen, sondern hochwertige Arbeitsplätze, Innovation, Verbraucherschutz auf bestmöglichem Niveau gestaltet werden. Nur dann, wenn wir das insgesamt zusammenbringen, werden wir auch die Wirtschaft in der Europäischen Union voranbringen können und dafür sorgen, dass nicht nur Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern auch Wirtschaftswachstum geschaffen wird, was wir in unseren Wirtschaften auch brauchen.

Wir müssen dafür sorgen! Deswegen freue ich mich, dass jetzt endlich auch einmal der Binnenmarkt in den Mittelpunkt des Europäischen Semesters gerückt worden ist, um genau diese Aspekte voranbringen zu können. Und ich freue mich schon, dass wir, wenn es uns gelingt, ein kleines Problem mit Ziffer 46 in dem Bericht Stihler zu lösen, in unserer Fraktion auch wirklich allen Berichten zustimmen können.

Bernd Lucke (ECR). – Frau Präsidentin! Das Europäische Semester ist ja ein Teil des Versuchs der wirtschaftspolitischen Steuerung in der Europäischen Union. Wirtschaftliche Steuerung kann man dann machen, wenn man ein klares Ziel vor Augen hat, was es ursprünglich im Rahmen der wirtschaftspolitischen Steuerung ja auch einmal gegeben hat: ein Ziel der Stabilität der Staatsfinanzen, der Solidität der öffentlichen Finanzierung. Dieses Ziel allerdings haben wir nie erreicht. Dieses Ziel hat katastrophal Schiffbruch erlitten in der Staatsschuldenkrise der Jahre 2010 und 2011. Deshalb ist die neue Philosophie offenbar die, dass wir den Zielkatalog ein wenig erweitern, dass wir in unseren *scoreboards* jede Menge andere Indikatoren noch hinzufügen, und Kollegin Gebhardt hat das jetzt gerade sozusagen noch ausgebaut hin zu einem holistischen Ansatz. Wenn wir nur genügend Ziele haben, meine Damen und Herren, dann werden wir

wahrscheinlich ein Ziel zufälligerweise möglicherweise auch irgendwie erreichen. Aber damit wird die Steuerung doch letzten Endes völlig zwecklos.

Wenn wir uns anschauen, was heutzutage im Euro-Währungsgebiet passiert, dann stellen wir fest, dass die Ziele weidlich ignoriert werden: Portugal soll also sparen, sagen wir. Aber die Portugiesen verabschieden einen Haushalt, der eben gerade kein Sparhaushalt ist. Die Italiener sollen ebenfalls sparen. Sie sagen, sie brauchen aber mehr fiskalischen Raum, und fragen, ob sie nicht das Defizit dann doch einfach wieder höher ansetzen dürfen, als es eigentlich erforderlich ist. Die Franzosen verabschieden Gesetze, die bedingen, dass sie im dritten Jahr hintereinander erneut das Defizit überziehen. Griechenland tanzt allen auf der Nase herum und verabschiedet nicht die notwendigen Reformen. Meine Damen und Herren, geben wir die Steuerung auf und lassen wir einfach die Länder selbst ihre Wirtschaftspolitik durchführen!

Antanas Guoga (ALDE). – Madam President, the single market is actually the biggest and most successful achievement that we have in the European Union, and we should be proud of it. In the last 50 years it has generated opportunities, created jobs and offered greater choice at lower prices for consumers. But the work is far from finished and a lot of challenges are still ahead. Single market governance is a top priority, and the European Semester is a wonderful tool for that. I strongly believe that the EU should use the momentum of the collaborative economy. The Commission and Member States should encourage the development of new business models by ensuring the best possible conditions for them to develop and thrive. The Commission and Member States should work better to enforce the mutual recognition principle as this is crucial for the better functioning of the single market. Furthermore, the single market needs new market surveillance and product safety legislation at European level. I strongly encourage the Commission to take the lead there.

Joao Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhora Presidente, estamos perante um conjunto de documentos que prosseguem o aprofundamento do Semestre Europeu e das políticas de governação económica, numa postura de maquilhagem e branqueamento dos seus objetivos e das suas consequências. Vende-se a mentira destes instrumentos como a via para o desenvolvimento, o crescimento económico e a convergência quando, ao invés, são instrumentos que comprometem a soberania dos Estados, que promovem as assimetrias desenvolvimento, a concentração de capital, as desigualdades sociais, o ataque aos direitos dos trabalhadores e a precarização do trabalho.

Rejeitamos o Semestre Europeu e as políticas de governação económica, contrariando qualquer tentativa de branqueamento ou legitimação das políticas de empobrecimento e de austeridade. Afirmamos a necessidade de romper com estas políticas e de, em oposição, reforçar a soberania dos Estados e fazer suportar o desenvolvimento e o crescimento económico e sustentável por via do controlo público de setores estratégicos, no trabalho com direitos e salários dignos.

(O orador recusa responder a uma pergunta «cartão azul» do Deputado Nuno Melo)

Pascal Durand (Verts/ALE). – Madame la Présidente, le Semestre européen est le tableau de bord que se fixe l'Union pour garantir une cohérence des politiques publiques européennes. Au-delà du mantra «compétitivité, croissance, fardeau administratif», ce contrôle devrait intégrer les vrais outils sociaux et économiques de durabilité. Malheureusement, dans le rapport, nulle mention n'est faite ni à la question de l'économie circulaire, ni à celle de la gestion et de l'utilisation efficace des ressources, alors que cela avait été demandé expressément par le Parlement européen en juillet 2015.

Par ailleurs, comment comprendre, dans un rapport qui vise la gouvernance du marché unique, l'absence, après le scandale Volkswagen et le *Dieseldgate*, d'outils de surveillance du marché? Comment comprendre également, après le LuxLeaks, l'absence d'une convergence fiscale et sociale pour équilibrer les politiques publiques? Par conséquent, Madame Stihler – et je le regrette, eu égard au travail que vous avez accompli –, en raison de ces absences, nous serons malheureusement obligés de voter contre ce rapport.

Andreas Schwab (PPE). – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat ist es so, dass wir jedes Jahr in dieser Debatte wieder viel über Haushaltszahlen, über angebliche Ungleichgewichte und Vorwürfe untereinander diskutieren, aber leider aus dem Blickfeld verlieren, dass natürlich die 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets auch eine Eigenverantwortung dafür tragen, dass die Verantwortung für die Wachstumskräfte, die tatsächlich die Europäische Union bereitstellen kann, nämlich einen einheitlichen Binnenmarkt mit einheitlichen Standards und einheitlich angewendeten Umsetzungsgesetzen, häufig aus dem Fokus fällt.

Das ist schade, denn nur dann, wenn tatsächlich alle Mitgliedstaaten sich die Mühe machen, den Binnenmarkt als die Herzensangelegenheit des Europäischen Semesters anzusehen, kann es uns gelingen, dass tatsächlich das Wohlstandsgefälle geringer wird und der Binnenmarkt die wirtschaftsfördernde Wirkung entfaltet, die er braucht.

Ich sage das jedes Jahr an dieser Stelle und ich weiß, dass es im Europäischen Semester leider nicht genug Gehör findet. Trotzdem habe ich gedacht, es ist sinnvoll, wenn ich es nochmal wiederhole.

Joachim Schuster (S&D). – Frau Präsidentin! Im neuen Europäischen Semester gibt es viel Licht und viel Schatten. So ist positiv hervorzuheben, dass neue Impulse für Wachstum durch mehr Investitionen gefordert werden. Das ist wichtig, denn nach wie vor ist die Arbeitslosigkeit in Europa unerträglich hoch und das zentrale Problem.

Zu beklagen ist aber, dass letztlich keine Abkehr von der schädlichen Austeritätspolitik vorgenommen wird. Die Haushaltskonsolidierung steht in vielen Mitgliedstaaten immer noch höher als die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Wer wirklich Beschäftigung fördern will, muss deutlicher umsteuern. Wir brauchen eine konsequente Wachstumspolitik durch die massive Ausweitung öffentlicher Investitionen. Wir brauchen endlich eine europäische Steuerpolitik, die durch die Bekämpfung von Steuervermeidung und Steuerhinterziehung die ganzen Sachen finanziert. Wir brauchen eine Stärkung der Binnennachfrage, unter anderem durch eine expansive Lohnpolitik in den Überschussländern, und wir brauchen eine stärkere Berücksichtigung sozialer Indikatoren bei den Politikempfehlungen. Erste Kurskorrekturen werden im Europäischen Semester angedeutet. Es kommt darauf an, diese auszubauen.

Mark Demesmaecker (ECR). – We beginnen met het goede nieuws in deze verslagen. Het lijkt me inderdaad verstandig om de regels en bemoeienissen voor ondernemingen en vooral kmo's te verminderen.

Maar als het gaat over de sociaal-economische aspecten slaan jullie de bal mis! Om onze economie weer te laten groeien moet de overheid namelijk niet méér geld uitgeven, maar eerder krimpen. Jullie wijzen met de vinger naar landen die hun begroting op orde brengen, maar het zijn degenen die de begrotingsregels niet respecteren, die we op de vingers moeten tikken. Flexibele arbeidsmarkten moeten niet worden weggezet als asociaal, maar zijn net een medicijn tegen werkloosheid. Mijn aanbeveling is om dit Europees semester wat minder Paul Krugman en Paul De Grauwe te lezen.

Marisa Matias (GUE/NGL). – Senhora Presidente, Senhor Drombovskis, dirijo-me diretamente a si. As instituições europeias foram responsáveis pelo fracasso resultante da austeridade e entraram em estado de negação.

Há persistência no desastre económico e social, mascararam-na e chamaram-lhe o cumprimento ou o incumprimento das regras. Mas, quando vamos a ver o comportamento da Comissão, encontramos tudo menos regras e critérios. Diferentes países merecem diferente tratamento, consoante o tamanho, consoante reajam ou não às reformas estruturais, mas, sobretudo, consoante aquilo que é a agenda ideológica da Comissão Europeia, que tem a ver com a flexibilização do mercado de trabalho, com privatizações e com o desmantelamento do Estado social.

Nós olhamos para as deliberações da Comissão Europeia, por exemplo, relativamente a Portugal, Espanha, Itália, França e à Áustria: critério, nenhum; igualdade, nenhuma; arbitrariedade total.

E, portanto, quero perguntar-lhe, Senhor Comissário, se quer mesmo continuar neste caminho, porque aqueles que mais cumpriram – os chamados bons alunos – foram os que tiveram piores resultados.

Pablo Zalba Bidegain (PPE). – Señora Presidenta, Señorías, la coordinación de las políticas económicas y presupuestarias dentro de la zona del euro son las claves del Semestre Europeo. Debemos asegurarnos de que contribuimos a garantizar la convergencia y la estabilidad de la zona del euro. Debemos asegurarnos también de que contribuimos a garantizar unas finanzas públicas saneadas. Y debemos asegurarnos también de que fomentamos el crecimiento económico y la creación de empleo. Porque el camino para consolidar la recuperación económica, sin duda alguna, son las reformas a nivel nacional y también los avances en la tan ansiada y necesaria unión económica y, en definitiva, unión política. Porque, Señorías, reformas significa crecimiento, y España, a pesar de lo que dice la señora Matias, es un ejemplo de ello. Es uno de los países que más reformas ha hecho y es el país que crece tres veces más que la media de la zona del euro y además, creó, el año pasado, seiscientos mil nuevos puestos de trabajo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – Ekonomikos augimo ir darbo vietų kūrimo naudą pirmiausiai turi pajusti mūsų žmonės. Taip, atsigavimas yra juntamas, tą tenka pripažinti: didėja šiek tiek užimtumas, mažėja nedarbas. Bet, mieli kolegos, pirmiausiai aš noriu atkreipti jūsų dėmesį į didžiulę problemą mūsų Europos Sąjungos valstybėse, t. y. į vaikų skurdą. Net 27 proc. vaikų Europos bendrijoje skursta. Todėl raginu Komisiją ir valstybes nares sukurti vaikų garantiją, t. y. tokią priemonę su tam tikru specialiu biudžetu, pagal kurią mūsų vaikai galėtų gauti nemokamas sveikatos priežiūras, ugdymo, deramo apgyvendinimo, tinkamos mitybos paslaugas. Antra, noriu atkreipti dėmesį ir į moterų skurdą. Vis tik tai noriu paraginti Komisiją ir valstybes nares nustatyti konkrečias rekomendacijas ir priemones, siekiant sumažinti vyrų ir moterų darbo užmokesčio ir pensijų skirtumą.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, mene Euroopassa itään, mene länteen. Kysy pohjoisessa, kysy etelässä, saat aina saman vastauksen. Kaikki haluavat talouskasvua. Tästä ei parlamentissa ole erimielisyyttä. Löytyvätkö talouskasvun avaimet Brysselistä vai jäsenvaltioista. Tästä on erimielisyyttä. Kuten tiedämme, Euroopan unioni on nyt toipumassa historiansa pahimmasta talouskriisistä. Matka takaisin kasvu-uralle on alkanut, toisilla jäsenvaltioilla paremmin, toisilla huonommin.

Mielestäni rouva Rodriguesin esittelemästä kasvuselvityksestä löytyy hyviä eväitä eurooppalaisen talouskasvun vahvistamiseksi. Julkisten investointien lisääminen ja kotimaisen kysynnän vahvistaminen ovat avainroolissa, kun halutaan saada talouden pyörät uudelleen pyörimään. Näitä asioita ei kuitenkaan tulisi päättää Brysselissä. Kaikista parhaiten kasvua tuetaan tekemällä oikeat päätökset jäsenvaltioiden omissa parlamenteissa.

Nuno Melo (PPE). – Senhora Presidente, estamos de acordo quanto aos inconvenientes das políticas de austeridade. Mas, a começar, é preciso que alguns dos que apelam à solidariedade dos que cumprem regras não tornem inevitável a austeridade, como sucedeu em Portugal, governando mal os socialistas até 2009.

Um país que gasta mais do que pode pagar condena-se intoleravelmente e endivida as gerações futuras. Foi por isso que as opções de despesa absurdas até 2009 significaram – condição necessária – défice, dívida, desemprego, recessão, incapacidade de financiamento nos mercados e a troica.

Agora, em 2016, os mesmos socialistas que governam, tendo perdido as eleições, insistem de novo em orçamentos fantasistas, onde preveem crescimento acima – veja-se lá – da própria média da União Europeia. Já vimos esse filme. Temo bem que saiba como isto vai acabar.

(O orador aceita responder a uma pergunta ao abrigo do procedimento «cartão azul» (artigo 162.º, n.º 8, do Regimento).)

Sofia Ribeiro, Relatora, pergunta «cartão azul». – Caro Colega Nuno Melo, assistimos, neste debate, a uma intervenção por parte da colega Maria João Rodrigues, com um discurso europeísta, que defendeu o reforço da zona euro, e, por outro lado, assistimos a um discurso por parte dos nossos colegas comunistas, com um discurso totalmente eurocético. Ora, nós verificamos que há, aqui, um desfasamento entre os discursos e queria saber se o colega Nuno Melo me acompanha na incompreensão relativamente a esta coligação que, em Portugal, tem um discurso e, aqui na Europa, está a ter outro completamente diferente.

Nuno Melo (PPE), *Resposta segundo o procedimento «cartão azul»*. – Não podia estar mais de acordo e, não por coincidência, o deputado comunista que quis interpelar com o cartão azul não respondeu e fugiu – já nem sequer está na sala. Mas as coisas são mesmo assim. De facto, em Portugal, temos um partido que governa, tendo perdido as eleições, que não aprendeu nada com os erros do passado e que persiste na ilusão orçamental de quem quer fazer da fé uma ciência.

A fé em previsões de crescimento, que quem faz contas não concebe, infelizmente não tem, por norma, tradução na realidade e, por isso, estou muito de acordo com a senhora deputada, muito obrigado pela sua pergunta.

(O orador aceita responder a uma pergunta ao abrigo do procedimento «cartão azul» (artigo 162.º, n.º 8, do Regimento).)

Maria João Rodrigues, *relatora, pergunta «cartão azul»*. – Senhor Deputado Nuno Melo, de facto é fantástico como o senhor e outros colegas insistem em fazer deste Parlamento um anfiteatro para discutir política portuguesa – não é realmente o caso.

No entanto, o que está aqui em causa é saber se é possível ou não combinar responsabilidade orçamental com retoma do crescimento, criação de emprego e redução das desigualdades sociais. O governo do partido de que o senhor faz parte não conseguiu fazer isso nos últimos anos, e o que se trata de saber é se o Governo que está agora em funções vai conseguir fazer, e eu penso que vai.

Nuno Melo (PPE), *Resposta segundo o procedimento «cartão azul»*. – Senhora Deputada, a dado passo na sua intervenção fez referência à vantagem da solidariedade dos países em melhor condição orçamental relativamente aos países em dificuldade, designadamente na zona euro.

O que eu gostava de lhe dizer é que com isso também dá um sinal errado, porque não teve uma palavra em relação à necessidade das reformas estruturais daqueles que, governando mal, por erro próprio, em certa medida condenam, no futuro, o seu próprio desenvolvimento – ou seja, não podemos apelar à ajuda dos outros quando temos responsabilidades próprias e não fazemos nada também para as superar. E o que eu acho é que, na sua intervenção, devia ter um discurso temperado entre a solidariedade alheia e a responsabilidade interna – e, em relação a essa responsabilidade, o Partido Socialista português tem muito a dizer, infelizmente.

Alfred Sant (S&D). – Madam President, the real problem with the current economic performance in Europe is investment. There is not enough of it, so growth is limited. The improvement – indeed the preservation – of social conditions for workers in employment, young people looking for a job, working families and pensioners is not in sight. These people claim that Europe is failing them. The social compact on which it was established is no longer there. It is not populist to agree with those who make such claims, as they are right. The problem is not about agreeing or disagreeing with them. The problem is how to get economic growth back on track so that full-time, secure jobs are generated for young people and the old do not fear for their pensions.

We do not need complex technocratic tools to solve this problem. We just need the political will to think outside the box into which we have squared ourselves, supposedly in order to satisfy the Stability and Growth Pact. We need simple, decisive action that goes to the root of the problem: public and private investment. The record shows that private investment follows from public investment, not the other way round. Public investment has been lagging. The Juncker fund, worthwhile though it is, cannot cover the problem. Moreover, public investment is more effective when deployed at national level when it does not have to depend on the delays of bureaucracy.

If we can find ways and means of promoting national public investment that will in turn stimulate national and Europe-wide private investment, would this breach the current rules of the Stability and Growth Pact? Possibly, yes. Should we care much? In my view, no, so long as we make sure that added public spending on a national basis is really being dedicated to investment, not recurrent outlays.

Morten Messerschmidt (ECR). – Fru formand! Der er noget paradoksalt over at have denne debat kun få timer efter, at vi diskuterede den aftale, som David Cameron har indgået i Det Europæiske Råd, netop fordi man jo i den aftale adskiller eurozonen fra ikkeeurozonelande. Det er et forhold, som overhovedet ikke er reflekteret i denne betænkning. Man kan sige, denne betænkning allerede nu, hvor vi diskuterer den her i Parlamentet, er gammeldags. Den reflekterer ikke den nye realitet, som vi har i EU, nemlig at de lande, der er i eurozonen, naturligvis må have mere suverænitet deponeret i fællesskabet i Bruxelles, mere central styring for at lade denne valuta overleve, mens vi, der heldigvis står udenfor, ikke skal være en del af den centralisering. Det er en fuldstændig central præmis – ikke mindst, når man ser på, hvordan den økonomiske udvikling i verden er i disse år, hvor man må sige, det ikke er prangende, hvad der foregår i

eurozonen. Jeg mindes debatten igennem de sidste femten år om, hvorvidt euroen skulle være det, der reddede EU's økonomi. Indtil videre er det faktisk kun det modsatte, der er hændt. Og det kommer intet i det europæiske semester til at ændre på.

(Taleren accepterede at besvare et blåt kort-spørgsmål, jf. forretningsordenens artikel 162, stk. 8)

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés.* – Tisztelt Képviselő Úr! Én magam úgy gondolom, hogy semmilyen gazdasági növekedés vagy költségvetési egyensúly nem érhet annyit, hogy az a szociális jogok súlyos visszaesésével járjon. Kérdezem Önt, hogy Ön szerint megérte-e ez az ügylet, hogy Anglia bent maradásáért Európa beáldozott egy halom szociális jogot?

Morten Messerschmidt (ECR), *Blåt-kort-svar.* – Jeg ser ikke Storbritannien »sacrificing social rights«, som det blev oversat for mig. Tværtimod mener jeg, at Storbritannien med den aftale, der er indgået, faktisk sikrer opbakningen til et fællesskab, som jeg tror, både De og mit land har en fælles interesse i overlever. For hvis ikke vi sikrer rimelighed i f. eks. adgangen til sociale ydelser, så vil den offentlige støtte til EU's arbejde ikke stige, nej, den vil falde yderligere. Det kan godt være, der er nogen her, der tror, den ikke kan komme længere ned, men det kan den. Det kan jeg forsikre jer allesammen om. Det, som David Cameron har gang i, er den største gave til samarbejdet i Europa, for hvis ikke man lytter til kritikken i medlemslande som mit, eller i Storbritannien, så vil opbakningen falde stadig mere. Det betyder, at selv de enheder og områder, som vi er enige om er gode – den fri bevægelighed, at man kan skabe vækst i fællesskab – også vil forsvinde. Reflekter over det, hr. kollega.

Lara Comi (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio anche il commissario per tutto l'aiuto che ci sta dando in questo momento.

Mi scuso se non parlerò di massimi sistemi, ma penso che sia giunto il momento che anche il Consiglio si prenda le sue responsabilità per l'applicazione del pacchetto sulla sorveglianza dei prodotti, anche per quanto riguarda la sicurezza, in merito a questo.

Noi abbiamo bisogno di un mercato sicuro, abbiamo bisogno che i cittadini sappiano effettivamente che cosa indossano, come si vestono, che cosa mangiano. Questo per noi si chiama tracciabilità, e ci dispiace che questo pacchetto sia ancora una volta bloccato. Noi abbiamo bisogno di un «made in»: sì, difendo il «made in Italy», ma difendo anche il «made in Europe», e per questo ritengo che ci sia bisogno di una svolta da parte del Consiglio, proprio per andare avanti, altrimenti non siamo competitivi.

Nicola Danti (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor commissario, il mercato unico rappresenta senza dubbio il miglior risultato del processo di integrazione europeo. Il suo valore è testimoniato proprio dal dibattito di questi giorni sulla Brexit: esso rappresenta infatti il vero argomento di chi a Londra sostiene l'inopportunità di un'uscita dall'Unione europea.

I tanti studi sui costi della «non-Europa» dimostrano come il mercato unico oggi sia ancora incompleto e dall'ampio potenziale inutilizzato. Ma oggi si ammassano anche altre nubi all'orizzonte: interessi ed egoismi nazionali e la messa in discussione del principio della libera circolazione nell'area Schengen possono non solo frenare ulteriormente il suo completamento, ma anche compromettere i traguardi sinora raggiunti.

Proprio in questo momento difficile per l'unità europea dobbiamo invece tornare a considerare il mercato unico quale motore di crescita e di innovazione per un'Europa di nuovo competitiva.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Zgadzam się, że w zarządzaniu polityką gospodarczą Unii Europejskiej należy brać pod uwagę zasady polityki socjalnej. Jak daleko jednak może pójść koordynacja polityki socjalnej przez Unię? Unia Europejska ma pomagać wskazywać kierunki, a nie nadużywać swojej roli, wchodząc w uprawnienia państw Unii. Państwa członkowskie powinny same prowadzić swoją politykę społeczną, dlatego trudno zgodzić się z pewnymi zapisami w sprawozdaniu pani Ribeiro, na przykład tym mówiącym, że Europejski Fundusz Społeczny powinien przeznaczać 20% funduszy na walkę z ubóstwem i wykluczeniem społecznym.

Nie można się zgodzić też na propozycję, by Komisja Europejska była uprawniona do monitorowania i kontroli umów o pracę zawieranych w poszczególnych państwach członkowskich. Takie regulacje są zbyt dużym wejściem w uprawnienia państw Unii. To rządy państw członkowskich wiedzą najlepiej, jak rozwiązywać problemy społeczne swoich krajów, i to do wyborców danego państwa, do narodu, należy decyzja, jaki rząd, o jakim stanowisku w kwestiach społecznych chcą wybrać.

Sven Schulze (PPE). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen! Das Europäische Semester wurde als Reaktion auf die schwere Wirtschafts- und Finanzkrise eingeführt. Volkswirtschaftliche Ungleichgewichte sollten damit rechtzeitig erkannt werden, um neue Krisen zu verhindern.

Zwei Punkte sind mir bei der Diskussion besonders wichtig: Das Europäische Semester muss einerseits besser werden, es hat nicht immer die gewünschten Erfolge gebracht. Es gab zu viele und zu oft oberflächliche Empfehlungen, und die Mitgliedstaaten haben sich auch nicht immer an die Empfehlungen gehalten.

Zweitens: Wir diskutieren derzeit viel darüber, wie man Europa sozialer machen kann. Zur Bestimmung der volkswirtschaftlichen Situation werden dabei oft Sozialindikatoren genannt. Im Bericht finden wir drei Sozialindikatoren: Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit sowie die Beschäftigungsquote. Diese drei Indikatoren gehören meines Erachtens in den Betrachtungsprozess des Europäischen Semesters hinein. Allerdings fordere ich dann auch, dass alle anderen makroökonomischen Indikatoren weiterhin in derselben Anzahl und derselben Gewichtung erhalten bleiben. Auch hier müssen wir eine Balance der verschiedenen Indikatorengruppen halten.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, vreau să încep prin a mulțumi rapoartelor și raporturilor din umbră și tuturor colegilor care au adus amendamente la aceste rapoarte. Nu sunt perfecte, dar eu cred că aici sunt lucruri foarte bine formulate și care pot să ducă, într-adevăr, la o guvernare a pieței unice și care să își atingă scopul până la urmă. Contează foarte mult calitatea acestei guvernări – și cu adevărat să ajungem la o Uniune Europeană atractivă și vom avea, evident, și rezultate concrete privind creșterea locurilor de muncă, coeziunea socială și îmbunătățirea calității vieții. Este nevoie de o dezvoltare transfrontalieră și acest lucru este cuprins în raport, de dezvoltarea locurilor de muncă în zone sărace. Este nevoie de elaborarea unor politici comune în domeniul competitivității și, iată, există un amendament privind rețeaua consiliilor naționale pentru competitivitate. Trebuie să își crească rolul în ceea ce privește politicile comune de competitivitate.

Achizițiile publice și sectorul public sunt vectori importanți dar, domnule comisar, stimați membri ai Consiliului, trebuie să fie mai multă transparență și mai multă concurență etică. IMM-urile trebuie să fie în atenția guvernării și cred că raportul merită votat.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Koleżanki i koledzy! Jestem wielkim zwolennikiem stosowania tego narzędzia w sposób elastyczny z szacunkiem dla państw i dla ich odpowiedzialności, bez centralizmu – o tym mówił pan poseł Krasnodębski przed chwilą, ale chcę zwrócić uwagę na rzecz, która formalnie nie należy może do kręgu naszej debaty, ale bardzo rzutuje na solidarność europejską, na równowagę ekonomiczną i budżetową w poszczególnych państwach i na ponoszenie wysiłków na rzecz Europy. To są wydatki na obronę. Jedynie pięć państw europejskich (Polska, Francja, Wielka Brytania, Estonia i Grecja) ponoszą wydatki na obronę na poziomie 2% PKB. Reszta państw tego nie czyni. Skala tych ciężarów musi być uwzględniona przez Komisję Europejską, dlatego że ona potężnie wpływa na zobowiązania budżetowe tych państw, a są to wydatki na rzecz bezpieczeństwa wszystkich Europejczyków. Bardzo zachęcam do tego, by brać to pod uwagę.

Verónica Lope Fontagné (PPE). – Señora Presidenta, comparto los objetivos prioritarios y las recomendaciones específicas para la zona del euro, pero quisiera recalcar el apartado sobre la necesidad de invertir en las personas. Los ciudadanos europeos han atravesado grandes dificultades. Por ello, la consolidación de la recuperación económica tiene que extrapolarse al conjunto de la sociedad, y su mayor exponente debe ser el empleo.

A la problemática del desempleo juvenil se le ha unido el desempleo de larga duración, lo que incrementa el riesgo de pobreza y exclusión social y dificulta la reincorporación al mercado laboral, especialmente entre los trabajadores mayores. Hay que adecuar los sistemas educativos de aprendizaje permanente a las necesidades actuales y futuras del mercado laboral con una mayor cooperación del sistema educativo con el mundo empresarial, ya que es inconcebible que estas tasas de desempleo coexistan con cerca de dos millones de puestos de trabajo vacantes a lo largo de la Unión Europea, o que el 39 % de las empresas que buscan personal cualificado en el ámbito digital tenga dificultades para encontrarlo.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodo predsjednice, jedinstveno tržište nije samo temelj Europske unije, već predstavlja i jedinu stvarnu i mjerljivu korist za države članice. Danas samo najveći ekstremisti s lijeva i desna spore vrijednost jedinstvenog tržišta za naše države i to je pokazatelj da je njegova uspostava u svim područjima nešto na čemu ozbiljno moramo poraditi.

Jasno je da to tržište nije i ne može biti izolirano od ekonomskih i socijalnih politika država članica. Često se u tom kontekstu priča o poreznim oazama i njihovim štetnim učincima. Dok s druge strane, mislim da malo, zapravo premalo, govorimo o lošim politikama koje stvaraju ono što ja volim reći i nazivati zonom sumraka.

Zona sumraka nastaje zbog nerazumnih poreza i nepotrebnih propisa i procedura kojima se izravno udara na poduzetnike te ograničava njihov rast i daljnje zapošljavanje, što osiromašuje naša društva. Jedinstveno tržište nema pretjeranog smisla ako je prekomjerno regulirano, a sudjelovanje na njemu previše opterećuje europske tvrtke.

Dariusz Rosati (PPE). – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Debata dzisiejsza na temat koordynacji polityki gospodarczej w Unii Europejskiej jest bardzo ważna, ponieważ mam wrażenie, że wszyscy nie jesteśmy w pełni zadowoleni ze skutków tej polityki gospodarczej. W ciągu ostatnich dziesięciu lat, w latach 2005-2014, produkt krajowy brutto w całej Unii Europejskiej wzrósł zaledwie o 7,5%, a w strefie euro tylko 5%. To nie są rezultaty, które zadowalają nasze społeczeństwa. Rozczarowanie społeczne jest tak duże, że wszyscy, którzy szukają winnych, wskazują również palcem na Brukselę, mimo że to właśnie państwa członkowskie mają największy udział i ponoszą największą odpowiedzialność za wyniki gospodarcze poszczególnych państw.

Chciałbym zaapelować do Komisji Europejskiej, aby zwiększyć aktywność, stanowczość i skuteczność oddziaływania na państwa członkowskie, tak aby potencjalne tempo wzrostu w Unii Europejskiej uległo wyraźnemu zwiększeniu. Mówiliśmy tu wiele o inwestycjach, ale nie tylko o inwestycje chodzi. Również ważne jest zatrudnienie i postęp technologiczny. Dlatego apeluję, aby w ramach zaleceń dla poszczególnych krajów, które będą przygotowywane, skierować jeszcze większą uwagę na sprawy związane z reformą rynku pracy i zwiększaniem aktywności zawodowej ludności, a także na poprawę innowacyjności i przyspieszenie postępu technologicznego, bo bez tego Europa będzie traciła dystans do pozostałej części świata.

Interventions à la demande

Ivana Maletić (PPE). – Gospodo predsjednice, pozdravljam potpredsjednika i predstavnike Vijeća. Za uspjeh Europskog semestra potrebno je jako puno koordinacije, i to: koordinacije između lokalnih, regionalnih, nacionalnih ciljeva i potreba s ciljevima na razini Europske unije; koordinacije između kohezijske politike i preporuka državama članicama; koordinacije različitih izvora financiranja i postizanja sinergije; koordinacije različitih europskih politika, poput zaštite okoliša, prometne politike, energetske, digitalne politike, urbane, ruralne, politike inovacija, istraživanja i razvoja i naravno kohezijske i ekonomske te usmjeravanje na njihovu provedbu.

Upravo je kvalitetna i efikasna koordinacija jedan od najvećih izazova, posebno imajući u vidu broj država članica te broj različitih institucija nadležnih za različite politike, ali isto tako različite ustroje unutar država članica. Zbog toga nam je jako važno raditi na koordinaciji, jer bez toga nećemo postići ni implementaciju.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, ξανά στο ίδιο έργο θεατές καθώς η Επιτροπή προτείνει την ίδια γνωστή αποτυχημένη συνταγή: μερκελική λιτότητα, βίαιη δημοσιονομική προσαρμογή και εφαρμογή του αντικοινωνικού Συμφώνου Σταθερότητας.

Όμως έτσι δεν πρόκειται να μειωθεί η φτώχεια, η ανεργία και η υπανάπτυξη που πλήττει τους λαούς του ευρωπαϊκού Νότου καθώς και τον ελληνικό λαό. Μέσα από το ευρωπαϊκό εξάμηνο η Ευρωπαϊκή γραφειοκρατία και η τραπεζοκρατία επεμβαίνουν στην άσκηση της οικονομικής πολιτικής των κρατών της Ένωσης, καταργούν τη βούληση των ευρωπαϊκών λαών και εκμηδενίζουν τα κυριαρχικά δικαιώματα των Κοινοβουλίων, να διαμορφώνουν ελεύθερα τους εθνικούς προϋπολογισμούς.

Κυρία πρόεδρε, η Ελλάδα συνεχίζει να στενάζει κάτω από τη μπότα της τρόικας που διαλύει το ασφαλιστικό, βγάζει στο σφυρί τα σπίτια των Ελλήνων, κάνει φορομπηχτικό ρεσάλτο στις τσέπες του ελληνικού λαού, μειώνει τις συντάξεις των απόμαχων της ζωής και διαλύει τους Έλληνες αγρότες.

Αυτό όμως δεν μπορεί να συνεχιστεί για πολύ κύριε Dombrovskis, καθώς ο ελληνικός λαός εντίνει τον αγώνα του για να πετάξει την τρόικα, επιτέλους, έξω από την Ελλάδα.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, nezaposlenost i nedovoljni ekonomski rast definitivno ostaju glavni problemi u mnogim zemljama članicama. Jesmo li spremni suočiti se s tim izazovom, a pogotovo s izazovom koji dolazi, jer mnogi nagovještju nove godine novih kriza. Europska unija s Europskim semestrom želi spojiti niz politika, i to naravno apsolutno nije jednostavno.

Naročito ako želimo spojiti obrazovni sustav, ako želimo spojiti sustav zaštite okoliša, ako želimo spojiti socijalni sustav s našim ekonomskim rastom. Zato ja prihvaćam mnoge teze iz ovog izvješća, ali pozivam gospođu Rodrigues da prihvati i amandmane ALDE-a, kako bismo svi zajedno mogli glasati za Vaše izvješće.

Νεοκλής Σουλικιώτης (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο αποτελεί τη θεσμοθέτηση του νεοφιλελευθερισμού. Και φέτος στις εκδόσεις για το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο διαβάζω πόσο αυτό βοηθά την ενιαία αγορά και την ανταγωνιστικότητα και πως αυτό προωθεί την απασχόληση και την ανάπτυξη.

Κύριοι συνάδελφοι, η απασχόληση και η ανάπτυξη δεν είναι οι ιστορικά ψηλοί αριθμοί ανεργίας και η κατακόρυφη μείωση του εργατικού δυναμικού στις χώρες με μνημόνια, ούτε είναι η φτωχοποίηση του πληθυσμού, αλλά ούτε και η απορρύθμιση της αγοράς εργασίας και η διάλυση του κοινωνικού κράτους.

Στις εκδόσεις για το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο διαβάζουμε για τα πλεονεκτήματα του συντονισμού των οικονομικών πολιτικών της Ένωσης. Ποιού συντονισμού; Παραγνωρίζουμε ότι το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο έχει μόνο στόχο την προώθηση των συμφερόντων των μεγάλων πολυεθνικών εταιρειών και τη μείωση προς τα κάτω των μισθών και των κοινωνικών δικαιωμάτων; Εμείς, ως αριστερά, απορρίπτουμε το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο γι αυτό θα καταψηφίσουμε και τις εκδόσεις, αλλά και τη λογική του νεοφιλελευθερισμού, της λιτότητας των μνημονίων και της δημοσιονομικής πειθαρχίας εις βάρος των λαών.

Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Gerbiami kolegos, p. Rodriguez pranešimui greta pagiriamųjų žodžių noriu pateikti vieną pastabą. Tai yra Komisijos peršama ir, mano nuomone, iš esmės klaidinga mintis, kad už sanglaudos valdymo klaidas ar trūkumus valstybės narės turi būti baudžiamos ribojant sanglaudos paramą joms arba keliant išankstines *ex ante* sąlygas. Aš nematau teigiamo ryšio tarp ekonomikos valdymo ir sanglaudos politikos. Abu klausimai yra labai svarbūs, tačiau negalime nusileisti iki grubiai instrumentinio požiūrio, kaip tai siūlo daryti Komisija. Šiuos klausimus reikia spręsti atskirai, o ne vieną padarant kito sąlyga. Labai apgailestauju ir dėl to, kad pranešėjai nepavyko tokios nuostatos įtvirtinti pranešime. Sanglaudos politikos srityje taikydama sankcijas valstybėms narėms Europos Sąjunga ne tik kad nepasieks gero valdymo, bet ir apsunkins ekonomikos augimą.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, σύμφωνα με την Επιτροπή, η υπεράριθμη εισροή μεταναστών, λαθραίων ή μη, θα έχει βραχυπρόθεσμες δυσμενείς οικονομικές επιπτώσεις, ενώ μεσοπρόθεσμα και μακροπρόθεσμα θα βοηθήσει την οικονομία λόγω αυξημένης προσφοράς φθηνού εργατικού δυναμικού.

Κάνετε λάθος. Αν όχι, εγκληματείτε! Μέχρι τώρα ένα εκατομμύριο περίπου φθηνά εργατικά χέρια, όπως τα ονομάζετε, περιμένουν στην Ελλάδα να βρουν εργασία στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Απατάσθε αν νομίζετε ότι βγάζοντας την Ελλάδα από τη ζώνη Σένγκεν, επιβάλλοντας αβάσταχτα μνημόνια και καταδικάζοντάς την σε θάνατο θα σταματήσετε και την αθρόα εισροή λαθρομεταναστών, τζιχαντιστών και εγκληματικών ισλαμικών εξτρεμιστών που εκμεταλλεύονται τις προσφυγικές εισροές για την είσοδό τους στην Ευρώπη.

Όλοι αυτοί, αργά ή γρήγορα, θα καταλήξουν στις χώρες σας. Πώς θα ανακαλύψετε και θα σταματήσετε έγκαιρα τα εγκληματικά στοιχεία; Πώς θα εκπαιδεύσετε, συντηρήσετε, περιθάλψετε και εντάξετε στις τοπικές κοινωνίες, τα εκατομμύρια των μεταναστών;

Ήδη, πολλοί από αυτούς επιθυμούν να επιβάλουν δια της βίας το νόμο του Ισλάμ.

Το πρόβλημα δεν είναι οικονομικό, αλλά κοινωνικό, θρησκευτικό, εθνικό, πολύ δε περισσότερο ευρωπαϊκό.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Pani Przewodnicząca! Państwa członkowskie nadal odnotowują wysokie bezrobocie wśród osób młodych: z dostępnych danych widać wyraźnie, iż poziom realizacji programu gwarancji dla młodzieży jest zdecydowanie niezadowolający. Powinniśmy położyć większy nacisk na stwarzanie szans młodym osobom na zatrudnienie w dużej mierze poprzez uczenie przedsiębiorczości. Wówczas nie będą nam potrzebne żadne gwarancje.

Budzą nasz niepokój także dane o wzroście ilości osób zaliczanych do kategorii biednych pracujących. Dodatkowo w wielu krajach dochodzi do nadużywania niestandardowych form zatrudnienia. Chciałabym podkreślić, iż zapewnienie elastyczności zatrudnienia jest konieczne dla odpowiedniego funkcjonowania zarówno europejskich firm, jak i pracowników. Nie zmienia to faktu, iż każdy pracownik bez względu na formę zatrudnienia powinien być objęty systemem zabezpieczenia społecznego. W tej sytuacji wydaje się, że dobrym krokiem jest wprowadzenie do rocznej analizy wzrostu gospodarczego trzech nowych wskaźników w zakresie zatrudnienia oraz położenie większego nacisku na kwestię pracy i polityki społecznej. Ważne jest, byśmy nie znaleźli się w takiej sytuacji, gdy mimo poprawy wskaźników makroekonomicznych życie zwykłych ludzi będzie się pogarszało. Gratuluję Sofii Ribeiro bardzo dobrej pracy nad sprawozdaniem.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señora Presidenta, las prioridades del informe del Semestre tratan aspectos vitales relacionados con los derechos sociales y laborales. Estamos ante un texto engañoso que presenta como nuevas las mismas recetas de austeridad que tanto daño han causado al sur de Europa. La rigidez con la que se mantienen políticas de austeridad, la consolidación fiscal y el estrangulamiento de la inversión pública hacen que este marco sea injusto e ineficiente para la mejora de la situación europea.

En este sentido, es preciso que el Banco Central Europeo renegocie el Pacto de Estabilidad y que se contemplen nuevos instrumentos más flexibles en los plazos. Debemos quitar este lastre que dificulta el crecimiento de las economías del sur. Un país como España, que tiene más de un 20 % de desempleo, donde el 12,3 % de los trabajadores son pobres y donde un tercio de la población vive en riesgo de exclusión social, necesita un plan que no siga incrementando esas cifras.

La Comisión sigue proponiendo parches en vez de soluciones, pensando que al cambiar las palabras se eliminan los problemas. Los problemas hay que abordarlos sabiendo a quién ponemos en primer lugar, y en este sentido para nosotros siempre será la ciudadanía.

(Fin des interventions à la demande)

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Madam President, first of all I would like to thank you for this very stimulating and productive debate today. The European Parliament has an important role to play in progress on European economic policies, and I have carefully taken note of the remarks made today by Members of Parliament.

The European economy has come out of the recession, but still it remains on a path of very modest recovery, and unfortunately today there are more reasons for concern than a few months ago. The external environment has deteriorated and we have seen a marked increase in financial market volatility and risk aversion. In order to nurture this recovery we need to ensure that this is supported by the measures and policies needed to unlock further growth.

While different views and opinions were expressed today during the debate, I am pleased to see that many of you largely share our integrated strategy based on investment, structural reforms and responsible fiscal policy. We are committed to bringing economic and social levels across Europe closer and closer to the best performers. The Commission welcomes the European Parliament's contribution to the European Semester by way of its regular and timely reports such as the ones we are discussing today. We also welcome the strengthened cooperation between the European Parliament and the national parliaments such as in the European Parliamentary Week in which I took part last week. I believe we share the same goals – to promote economic growth and job creation in Europe – and I look forward to continued good cooperation with Parliament and those involved with this topic also in the future.

Jeanine Hennis-Plasschaert, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, let me start by saying that the internal market is a key asset of the EU through which the EU can deliver directly to its citizens – growth, jobs, prosperity – and therefore the work towards the further deepening of the internal market is a main priority for our Presidency. I would like to underline the importance both of new proposals in fields where the internal market is not completed yet and of the full implementation of existing legislation.

Many of you also stressed the importance of strengthening the social dimension in the Semester, and I understand. But as you know, Member States have different opinions on strengthening the European Semester on the social dimension and employment. A number of Member States made it very clear that social policy matters fall within the competence of Member States. They do not wish to give in on national sovereignty through the Semester process. However, all Member States – and this is the good news – stress that a revamped European Semester should continue to ensure that necessary structural reforms are implemented to address social and employment challenges and continually improve social and employment outcomes, taking into account the targets set in the Europe 2020 Strategy with regard to increasing employment, fighting poverty and social inclusion.

Many of you also emphasised the importance of the implementation of the country-specific recommendations (CSRs), and I could not agree more. CSRs are the key to structural reforms in Member States. Sometimes it is not easy – sometimes it is even painful – as I said it at the beginning, and let's face it, reforming Europe's pension system or labour market is difficult. But it is the best way to kick-start growth and jobs, so yes, I agree with you, implementation is therefore crucial.

Many important points were raised today. I will need to keep them in mind in the coming months. Soon the Commission will adopt country reports analysing Member States' economic situations, their reform agendas and possible imbalances, and this will mark the beginning of the groundwork by experts and should lead to the adoption of the upcoming country-specific recommendations in the summer.

In other words, and in closing, this is an important phase of the European Semester where we can take stock of how much has been achieved in each Member State and set out the main challenges ahead. Many are long-standing issues, from reforming our social protection systems to ensuring well-functioning housing markets. Others are new, such as setting up the right policies to deal, for example, with the recent influx of refugees and migrants. All require our full attention in the year to come. In order to face up to all these challenges, our continued cooperation will be of the greatest importance.

Maria João Rodrigues, *rapporteur*. – Madam President, it is now my pleasure to intervene in the conclusion of this debate. I also found the debate extremely useful. I would also like to thank the Commission and the Presidency for the statements they made.

With these three good reports, we can see a new compromise emerging for a stronger recovery – to implement the Europe 2020 strategy with the right combination of investments and reforms, but also to tackle imbalances and social inequalities. We need to do so. You can be sure that Parliament stands ready to go on working, together with the Commission and the Presidency, to deliver on the next phases of the European Semester. That is why I would like to use my last minutes to propose that, by building precisely on our very positive experience over the last months, we can open negotiations on the interinstitutional agreement in order to improve the European Semester. In practice, we could already get some of these improvements, because we could have a good discussion with the Commission before the adoption of the Annual Growth Survey and immediately afterwards.

A second important improvement was the euro area discussion in plenary, which was also an opportunity to interact with the President of the Eurogroup. Finally, as we can see now, we in Parliament can deliver three reports well in advance, to be taken into account for the preparation of the upcoming spring European Council, thus improving the interface we have between Parliament and the Council. We can build on this progress and consider the possibility of an interinstitutional agreement to have a European Semester with more democratic legitimacy, but also with more relevance and impact on the ground regarding our citizens.

Sofia Ribeiro, *relatora*. – Senhora Presidente, queria agradecer aos colegas, à Comissão e à presidência do Conselho a riqueza do debate que tivemos esta tarde.

Há aqui uma linha que é comum, segundo a qual devemos apostar no investimento a nível da União Europeia. A questão é saber que tipo de investimentos é que pretendemos e com que condições é que lançamos esse investimento.

Esta é uma responsabilidade de todos nós, enquanto União Europeia, mas é uma responsabilidade que, em muitos casos, é também exclusiva dos Estados-Membros, e os Estados-Membros não se podem arredar dessa responsabilidade. Precisamos de estabilidade nas nossas políticas públicas e precisamos de ganhar a confiança dos nossos investidores.

E já que falamos na confiança – e falámos, há pouco, na situação portuguesa, em que foi dado o exemplo por colegas do Partido Socialista da questão portuguesa, em que foi pedido um voto de confiança ao Governo português, que foi dado pelas instituições europeias – deixem-me só dizer que não podemos ter incertezas.

A colega Maria João Rodrigues referiu que pensa que temos condições para crescer. Nós não podemos pensar, não podemos continuar a usar de demagogias e não podemos dar-nos ao luxo de fazermos mais experiências na Europa – temos de ter certezas, temos de ter políticas responsáveis e temos de ter políticas devidamente orientadas.

Nos últimos dois anos, assistimos, quer a nível do meu país, quer a nível da União Europeia, a uma recuperação económica e social, que é verdade que foi tímida, mas que nos apontou um caminho que devemos prosseguir. Se é verdade – e foi reconhecido – que há inúmeros fatores que podem ser revistos e que devem ser revistos – e nós temos essa responsabilidade –, não podemos pôr tudo a perder e não podemos fazer a mudança só pela mudança.

É neste sentido que estou disposta a continuar a cooperar com a Comissão para que possamos, de facto, em articulação com os parlamentos nacionais e com os parceiros sociais, perceber como é que, de uma forma global e a nível local, podemos construir, de facto, a Europa dos cidadãos.

Catherine Stihler, rapporteur. – Madam President, thank you to colleagues, the shadows, the Council and the Commission. The importance of the single market has been heard today and we know that we have the beauty of the single market, but balancing that with social rights is some strength that we have within this European Union. Many colleagues have spoken about the issue of digital, and I would like to touch on the importance of the digital single market in my final remarks.

We are experiencing this Fourth Industrial Revolution. You just need to look across at colleagues while this debate has been going on, with everyone on their smartphones. In fact, by 2021, 70% of all handsets will be smartphones. By 2020 there will be 14 billion network devices and 3.2 billion people using the internet. Mobile traffic alone has grown by 65% from Quarter 4 in 2014 to Quarter 4 in 2015. We are truly experiencing this revolution, and this links into the Semester and the single market.

There are three points I want to make: accessibility when it comes to the digital single market strategy; accessibility to superfast broadband and infrastructure; and accessibility to ensure that those who have the least also have access to this revolution. We do not want the digital divide to become a digital chasm. On skills, we look at the range from just switching on a computer right through to becoming a software developer. In fact, while we have been speaking in this Chamber, one of the great initiatives called CodeClan has been happening in Scotland. This allows people who want to be software engineers to be able to do that within a three- to four-month period. This is about lifelong learning and about mindset – a mindset that, no matter if you are a small business or a multinational, we all have to get real about digital. Therefore I think we have an opportunity through the Semester, and through the single market, to make the European Union one of the most digitally-savvy spaces in the planet, and this is the opportunity we have now.

La Présidente. – La discussion commune est close.

Le vote aura lieu jeudi, le 25 février 2016, à 11 h 30.

Déclarations écrites (article 162)

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Depuis la crise économique de 2008, la droite européenne nous impose des mesures d'austérité drastique. Cela fait maintenant près de 8 ans que ces mesures sont en place et que rien ne bouge! La dette des États continue d'augmenter, le taux de chômage reste à un plafond historiquement haut et l'écart entre riches et pauvres s'accroît de jour en jour.

Cependant, depuis le début de cette année, nous voyons des signes d'encouragement de changement et ce rapport en est encore une fois la preuve. En effet, pour la première fois, le rapport sur le semestre européen qui donne les lignes directrices des politiques à mener durant l'année appelle à plus d'investissement et à une politique fiscale équilibrée en parallèle aux mesures d'austérité. Il prend également en compte les problèmes sociaux et amène des pistes de solutions pour les résoudre.

Un souffle nouveau souffle, donc, sur la politique économique. L'investissement commence à être au centre des priorités et nous ne pouvons que nous en satisfaire. Je ne peux que me réjouir de ce changement de cap en Europe et j'espère que cela permettra de relancer l'économie européenne et avec elle la croissance et l'emploi.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione in questione supporta la strategia, a mio avviso fallimentare, riproposta dalla Commissione europea, insistendo sulla necessità di proseguire con consolidamento fiscale, riforme strutturali, investimenti privati, piena applicazione del Patto di stabilità e crescita. Pur presentando alcuni punti condivisibili, che noi del Movimento 5 Stelle abbiamo sostenuto, come l'importanza di stimolare la domanda interna e aumentare gli investimenti pubblici e una maggiore attenzione alle problematiche ambientali, al problema della disoccupazione e alle disuguaglianze crescenti, si tratta tuttavia di riferimenti che, se non accompagnati da proposte di politiche alternative e di revisione delle regole e meccanismi di governance economica, risultano vuoti e insufficienti. Quello che ritengo manchi veramente nella relazione è una riflessione critica sulla necessità di un vero e proprio cambio di rotta delle politiche adottate finora. Mi rammarico di non aver ritrovato nel testo un'analisi adeguata del ruolo dell'euro, degli squilibri macroeconomici, dei vincoli di bilancio e dell'impatto delle ricette della Commissione sull'economia. In generale, non ritengo che quanto espresso nella presente relazione sia quello di cui l'Europa ha bisogno.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Πιστεύουμε ότι τα ζητήματα της απασχόλησης και της κοινωνικής ένταξης πρέπει να βρίσκονται ψηλά στην ατζέντα της Ευρωπαϊκής Ένωσης και να αναληφθούν αποτελεσματικές δράσεις σε συντονισμό και συνεργασία του Ευρωκοινοβουλίου, της Ευρωπαϊκής Επιτροπής και του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου, με ένα και μοναδικό στόχο: να αυξάνουν τις θέσεις απασχόλησης και να μειώνουν τους ανέργους και τους κοινωνικά αποκλεισμένους. Αυτή πρέπει να είναι η κυρίαρχη προτεραιότητα της Ε.Ε. και οφείλει αυτή να επικεντρωθεί και να απαντήσει έμπρακτα με πολιτικές, σχέδια και ισχυρές χρηματοδοτήσεις προς την κατεύθυνση της αναχαίτισης της ανεργίας και του κοινωνικού αποκλεισμού.

Τα τελευταία χρόνια η Ε.Ε. δοκιμάζεται σκληρά από τον κοινωνικό και αδυσώπητο εφιάλτη της ανεργίας που πλήττει ανεπανόρθωτα σχεδόν όλες τις ευρωπαϊκές χώρες και κοινωνίες. Οι χιλιάδες των ευρωπαίων ανέργων και ιδιαίτερα των νέων ανθρώπων δεν πρέπει να μας αφήνουν ήσυχους ούτε στιγμή. Στο όραμα για την Ενωμένη Ευρώπη και για την Κοινωνική Ευρώπη δεν χωρούν άνεργοι, κοινωνικά αποκλεισμένοι, άνθρωποι κάτω από το όριο της φτώχειας. Οι επιπτώσεις της ανεργίας, και ιδιαίτερα των νέων, έχει τεράστιες κοινωνικές και οικονομικές επιπτώσεις.

Αναφέρω, χαρακτηριστικά, ότι η απώλεια ανθρώπινου κεφαλαίου λόγω της ανεργίας είναι τεράστια και ότι το συνολικό κόστος της ανεργίας έχει υπολογιστεί σε 153 δισεκατομμύρια ευρώ ετησίως.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφώς*. – Η συζητούμενη σήμερα έρευνα της Ευρωπαϊκής Επιτροπής για την ετήσια ανάπτυξη στην Ευρωπαϊκή Ένωση το 2016, με υπότιτλο που κάνει λόγο για ενίσχυση της ανάκαμψης και την προώθηση της σύγκλισης των οικονομιών των κρατών μελών της, ηχεί τουλάχιστον παράδοξα. Η πραγματικότητα είναι ότι αντί για σύγκλιση έχουμε διαρκή απόκλιση, με τα κράτη μέλη του μεσογειακού νότου να είναι εγκλωβισμένα σε έναν φαύλο κύκλο λιτότητας-ύφεσης-νέας λιτότητας.

Εξάλλου ολόκληρη η Ένωση και ιδίως η ευρωζώνη παρουσιάζουν αναιμική ανάπτυξη σε σχέση με τις ΗΠΑ και την Κίνα, ενώ τα πραγματικά εισοδήματα των νοικοκυριών μειώνονται, μέσω της διαρκώς χειρότερης συμπίεσης των αμοιβών της εργασίας, στο όνομα της δήθεν ενίσχυσης της ανταγωνιστικότητας. Χρειαζόμαστε σε πανευρωπαϊκό επίπεδο πολιτικές τόνωσης της ζήτησης και μεγαλύτερη αλληλεγγύη μεταξύ των κρατών μελών. Και χρειαζόμαστε επίσης ένα αυθεντικό πανευρωπαϊκό σύστημα εγγύησης των καταθέσεων, ώστε να ενισχυθεί η εμπιστοσύνη των καταθετών στα τραπεζικά συστήματα των χωρών της ευρωπεριφέρειας και να χρηματοδοτηθεί η οικονομία τους με υγιείς νέους πόρους. Όταν το κόστος του δανεισμού στην Ελλάδα ξεπερνά το 10% και στη Γερμανία βρίσκεται κοντά στο 1%, ο ανταγωνισμός γίνεται αδύνατος και η απόκλιση των οικονομιών μεγαλώνει διαρκώς. Πρέπει να τερματισθεί η υποκρισία και να υπάρξει αλλαγή οικονομικής πολιτικής πριν να είναι πολύ αργά.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – This report concerns the European Parliament's contribution to the definition of economic policy priorities for the 2016 European Semester process of policy coordination, responding to the Commission's Annual Growth Survey and related documents, including a draft recommendation for the economic policy of the euro area.

In parallel, reports on the employment and social aspects and the single market aspects of the European Semester are also being drawn up. These reports are discussed with the Commission and the Council in preparation for the Spring European Council meeting. The present report aims to stimulate debate at European level, also with the involvement of national parliamentarians, social partners and civil society. It is my view that in the current economic circumstances the 'virtuous triangle' of fiscal responsibility and structural reform, promoted by the European Commission, should be enlarged into a 'solid square', with domestic demand as the fourth component.

There is also a clear need for higher investment. Furthermore, there is an excess of savings not channelled towards the real economy.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der zur Debatte vorliegende Jahreswachstumsbericht 2016, mit dem die Kommission den jährlichen Zyklus der wirtschaftspolitischen Steuerung einleitet, weist auch dieses Jahr – zur großen Enttäuschung aller Beteiligten – bedeutende Schwächen auf. Ausgehend von den Daten der Winterprognose der Kommission, auf welche sich das Programm stützt, sind die Prioritäten des Jahreswachstumsberichts 2016 die Förderung der Investitionstätigkeit, die Umsetzung von Strukturreformen und eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung. Es ist deutlich zu erkennen, dass Europa immer noch in einer wirtschaftlich schwierigen Situation ist, ein Faktum, das die Entwicklung der Haushalte der einzelnen Mitgliedstaaten negativ beeinflusst. So ist die durchschnittliche Staatsverschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in vielen Mitgliedstaaten nach wie vor viel zu hoch. Gleiches gilt für die durchschnittliche Arbeitslosenrate, die mit 9,2 bzw. 10,6 Prozent höher liegt als beispielsweise in den USA mit nur knapp fünf Prozent. Negative Ausreißer nach oben gibt es hier insbesondere in Griechenland, Spanien, Zypern und Kroatien. Trotz Milliardeninvestitionen der EZB und einer Vielzahl von koordinierenden und regulatorischen Maßnahmen der Kommission springt die Konjunktur in Europa nicht wirklich an. Viele Mitgliedstaaten bleiben von den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts weit entfernt.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – La UE presenta la gobernanza económica como el marco adecuado en el que fijar las prioridades de política económica. Si ésta no da los resultados esperados, se debería a que habría que «complementar» la gobernanza con elementos sociales que permitieran la mejora de las condiciones de vida de las clases populares europeas. Es este un juego de palabras perverso con el que se intenta negar la oposición fundamental entre liberalización, mercantilización y desregulación de la economía europea mediante mandatos tecnocráticos y la posibilidad de mantener un Estado y una negociación colectiva fuertes sobre los que basar la defensa de los derechos sociales. Una estrategia de legitimación con la que se excusan los efectos de las políticas neoliberales mientras se desarrolla un futuro (e inconcreto) pilar social para el mercado único, mientras se continúa institucionalizando la gobernanza europea al margen de cualquier control democrático. La base para una política social europea está en otro lugar: en la obligación de incorporarse a la Carta Europa de Derechos Humanos, las referencias a la Carta Social Europea, el diálogo social europeo o el establecimiento de normas europeas contra el dumping social, ámbitos todos en los que la UE mantiene su inmovilismo.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The European Semester should be a moment of reflexion on what does not work in the European Union and what we have to pursue in the coming period to resolve it. We see a Europe that is having difficulties recovering from the crisis. The slow economic growth is still affecting employment, and the lack of investment is affecting the entrepreneurial potential in a lot of European countries. Europe is even more unequal than ever before, the future of young Europeans is affected for ever, and no solutions seem to be found. The promised leverage mechanism of the European Fund for Strategic Investment is not there. With only a five-point multiplication effect we are far from the target. Europe needs a new hope, a new dynamism. We are acting as fixers, not as solution makers, we are not doing prevention at all and we are incapable of delivering quality results. Our solution, as social democrats, is to start reconnecting with our citizens, with our SMEs, with our town/villages, to find there the resources that can make Europe great again. We have the strength, we simply need the will.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – A strong and stable EU economy has at its heart active citizens with access to opportunities for employing their professional and creative potential. I therefore welcome the inclusion of employment indicators in this year's Annual Growth Survey. Activity rate, long-term unemployment and youth unemployment are very much needed as integral elements of the scoreboard, as they would allow us to track progress on key elements of employment.

We are currently observing a positive trend of increasing employment and activity, whereby the overall EU employment rate has even reached its pre-crisis level. However, regional disparities remain and much more progress is needed to reach the employment target of 75% that the EU set itself for 2020. The means for achieving this goal are also anchored in the AGS, which underlined the importance of the use of funds under Horizon 2020 and the newly-created EFSI. Unfortunately, these instruments are not sufficiently understandable and applicable for the European citizens. If we are to fulfil our ambitions for a growing and thriving Europe, we must really enable people with professional drive to engage in employment and self-employment. EFSI and Horizon 2020 must therefore really serve the interests of the economy and be made more accessible to citizens. This is how we will start creating employment.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Ačkoliv se nezaměstnanost v Evropě postupně snižuje, bez práce stále zůstává až 23 milionů aktivních obyvatel. Existuje jedno číslo, které považuji za ještě děsivější, a to 123 milionů Evropanů ohrožených nebo postižených chudobou a sociálním vyloučením. Je proto potřeba, aby členské státy nepřehlížely tento problém. Nesmí nadále docházet k bezhlavému čerpání každého eura z unijního rozpočtu. Naopak musíme především zajistit, aby investice mířily do oblastí, které si je nejvíce vyžadují a kde přinesou největší přidanou hodnotu. Jako příklad v tomto ohledu může sloužit Iniciativa na podporu zaměstnanosti mladých. Nechci dále tolerovat, aby se propast mezi obyvateli nejchudších a nejbohatších regionů prohlubovala, protože ta dlouhodobě přinese evropskému kontinentu jen další nestabilitu. Problém evropské nezaměstnanosti je však daleko hlubší než jen volba správných investic z evropského či státních rozpočtů. Je nutné politiku správně koordinovat nejen v rámci národních vyjednávání, ale také na nejvyšším evropském stupni. Proto bych rád prosadil, aby docházelo ke společným setkáním Rady pro zaměstnanost, sociální politiku, zdraví a ochranu spotřebitele s Radou pro hospodářské a finanční věci. Zboření zdi mezi těmito dvěma formacemi může napomoci tvorbě kvalitních pracovních míst a spravedlivějšímu rozdělení bohatství.

Laurențiu Rebega (ENF), *în scris*. – Europa nu a ieșit încă din criza economică, iar situația dezastruoasă din prezent se datorează deopotrivă crizei, cât și deciziilor din trecut la nivelul UE. Acestea nu au oferit un grad suficient de protecție economică a pieței comune. Cheia revenirii economice este piața internă, iar cererea pe aceasta piață există și este suficient de mare, numai că nu suntem noi, europenii, cei care satisfacem această cerere. În spațiul european sunt importate produse de pe toate continentele lumii iar, în paralel, toate statele europene își diminuează propriile rezerve monetare plătind aceste achiziții, bineînțeles, în detrimentul producției comunitare. Să nu uităm acele industrii din țările europene care acum nu mai există și care au dispărut ca urmare a unui mediu economic ostil în Europa. Sintagma cheie pentru creșterea economică intracomunitară este protecția, și anume Protecția Economică Europeană. Această protecție trebuie să asigure în primul rând conservarea resurselor și valorilor pe care Uniunea le mai are încă, iar, ca obiect secundar, să asigure acele mixuri de politici economice și sociale care să acorde statelor membre suficientă suveranitate pentru a se putea apăra singure în fața unor amenințări de natură economică sau socială.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Je vous invite à voter en faveur de ce rapport sur le semestre européen pour la coordination des politiques économiques qui porte une attention particulière sur l'emploi et les aspects sociaux dans le cadre de l'examen annuel de la croissance 2016.

Si les prévisions économiques pour 2016 sont encourageantes, force est de constater que les niveaux de chômage sont encore très élevés dans l'Union européenne, et notamment chez les jeunes. Si je suis en faveur d'une coordination des politiques économiques en Europe, je défends l'idée que les objectifs sociaux de la Stratégie Europe 2020 soient mieux intégrés dans le Semestre européen. C'est sur cette base que nous devons coordonner les politiques économiques en Europe.

Je vous invite notamment à appeler via ce rapport à «un renforcement du rôle de la stratégie Europe 2020» et en demandant à ce que «les objectifs sociaux se reflètent de manière égale dans tous les instruments du Semestre, y compris les recommandations par pays». Plus que jamais, nous devons coordonner nos politiques économiques en vue d'améliorer les conditions sociales de tous les citoyens européens.

Jutta Steinruck (S&D), *schriftlich*. – Jedes Jahr, wenn es um das Europäische Semester geht, gibt es hier die gleiche Diskussion. Wir Sozialdemokraten wollen, dass die Richtung geändert wird. Wir wollen weg von der einseitigen Kürzungspolitik hin zu einer ausgeglichenen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Es ist einseitig zu sagen, dass Europa ein Wettbewerbsproblem hat und erhöhte Wettbewerbsfähigkeit automatisch zu mehr Wachstum führt. Flexibilität ja, aber keine einseitige, die nur zulasten der ArbeitnehmerInnen geht. Noch mehr sogenannte Null-Stunden-Verträge oder andere prekäre Beschäftigungsformen lösen das Problem nicht. Es führt nur zu steigender Armut trotz Arbeit. Es führt dazu, dass die Menschen sich von Europa abwenden. Im Europäischen Semester fehlen soziale Indikatoren, zum Beispiel zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Kurzum: Wir brauchen den Richtungswechsel jetzt. Wenn nicht allmählich gezeigt wird, dass das *Social Triple A* für Europa ernst gemeint ist, dann verlieren wir gegen Europaskeptiker, Anti-Europäer und Faschisten. Daher noch einmal das Mantra, das wir Sozialdemokraten seit Jahren wiederholen: Sozial- und Beschäftigungspolitik muss genauso verbindlich sein wie die Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Podpiram poudarek iz poročila, da potreba po vlaganju v socialni razvoj ni samo sredstvo za zagotavljanje trajnostnega in vključujočega gospodarskega razvoja in konvergence, temveč mora predstavljati tudi poseben cilj sam po sebi.

Potrebujemo namreč naložbe v stanovanjsko podporo, zdravstveno varstvo, otroško varstvo in rehabilitacijske storitve. Kot je v poročilu pravilno zajeto, so kakovostna in vključujoča delovna mesta bistveni steber socialne pravičnosti, ki spodbuja človekovo dostojanstvo za vse.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – Uniunea Europeană se află, în prezent, în cel de-al treilea an de redresare economică, cu o scădere a ratei șomajului, însă nu suficient de semnificativă pentru a limita sărăcia și șomajul, având în vedere că, în continuare, 23 de milioane de europeni, reprezentând 9,9 % din cetățenii activi, nu au un loc de muncă. Previziunea de creștere economică în Uniunea Europeană pentru 2016 este de 2 % însă aceasta rămâne inegală între statele membre. În acest sens, este nevoie de o strategie pentru a asigura o creștere sustenabilă, în special în contextul turbulențelor economice și financiare din unele economii emergente, ce conduc la apariția de noi provocări strategice la adresa Uniunii Europene.

Mai mult, o mare parte din statele membre se confruntă cu probleme structurale. Prin urmare, este necesar să se acorde în continuare importanță investițiilor publice și private, precum și reformelor echilibrate din punct de vedere social și economic. În plus, statele membre trebuie să crească aria de acoperire și eficiența politicilor active în domeniul stimulării pieței forței de muncă.

Țin să subliniez, totodată, necesitatea unei mai mari atenții acordate regiunilor periferice ale UE, în special celor mai puțin dezvoltate, în vederea reducerii decalajelor și întăririi coeziunii la nivel european.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – O Relatório do PE sobre a análise anual de crescimento e o Semestre Europeu 2016 marca um ponto de viragem no pensamento predominante no fórum europeu de representação dos cidadãos europeus. O relatório recusa o modelo de austeridade e aposta numa coordenação das políticas económicas e sociais que tenha por referência a Estratégia Europa 2020 para o Crescimento e o Emprego. Defende o reforço do investimento e da procura interna. Defende reformas estruturais de «segunda geração» para reforçar o potencial de crescimento, apostando na educação e na inovação, na sustentabilidade do modelo social, na modernização da administração pública e num sistema fiscal justo e equitativo. Apoia também um novo modelo de gestão da Zona Euro que a aproxime duma zona monetária ótima, dotando-a de instrumentos próprios no quadro da União Económica e Monetária. É um relatório histórico cujas recomendações importa concretizar.

15. Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen, Zugang von Arbeitskräften zu mobilitätsfördernden Diensten und weitere Integration der Arbeitsmärkte (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport de Heinz K. Becker, au nom de la commission de l'emploi et des affaires sociales, sur le réseau européen des services de l'emploi, l'accès des travailleurs aux services de mobilité et la poursuite de l'intégration des marchés du travail (A8-0224/2015).

Heinz K. Becker, Berichterstatter. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, verehrte Vertreterin des Rats, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem EURES-Bericht zum Europäischen Netzwerk der Arbeitsmarktverwaltungen und Arbeitsmarktvormittler liegt uns eine EU-Verordnung zur Abstimmung vor, mit der uns nach elf intensiven Trilog-Verhandlungsrunden in höchst konstruktivem Geist seitens aller Fraktionen dieses Hauses und zugleich der Kommission unter luxemburgischer Präsidentschaft ein Erfolg gelungen ist, der auf längere Zeit nachhaltige Effekte auf den europäischen Arbeitsmärkten zeitigen wird.

Während viele Regionen in Europa von hoher Arbeitslosigkeit geprägt sind, bleiben anderswo zwei Millionen Stellen unbesetzt, weil die qualifizierten Arbeitskräfte vor Ort fehlen. Da kann die EURES-Internetplattform schon in der ersten Ausbaustufe einen ganz leichten Zugang zu Hunderttausenden freier Arbeitsplätze in ganz Europa sicherstellen. In der Folge werden dann noch viel mehr Stellen angeboten werden, es werden bis zu 1,4 Millionen Jobs zugänglich sein. EURES stellt damit eine massive Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte dar, die derzeit in Europa ja nur 3 % beträgt.

Es sollen mehr Menschen in einem anderen Land arbeiten. Wir haben die Initiative der Kommission, die EURES-Verordnung durch eine neue EURES-Plattform rundum zu reformieren und mit Effizienz und Innovation zu optimieren, höchst intensiv im Parlament bearbeitet und die Prioritäten des Parlaments in fast 700 Änderungsanträge und über 40 Kompromisse gepackt, die dann im Trilog zum gemeinsamen Ergebnis verhandelt wurden. Ich danke in diesem Zusammenhang ausdrücklich der kompetenten Runde der Schattenberichterstatter und ihrer Assistenten sowie dem professionellen EMPL-Sekretariat ebenso wie unseren aktiven Beratern meiner eigenen und der anderen Fraktionen, nicht zuletzt auch der Kollegin Ulvskog als souveräner Vorsitzender.

Daher möchte ich auch auf die *soft values* eingehen, die nicht unwichtig sind, wenn ein Ergebnis erzielt wird. Es ist ein *spirit* von Kooperation entstanden, gemeinsam mit dem Verantwortlichen der Kommission und dem Team der Ratsseite. Ohne faule Kompromisse konnte schlussendlich die Qualität der neuen EURES-Verordnung verdeutlicht werden, eines starken Instruments zur Förderung der Arbeitnehmermobilität und damit auch zur Verringerung der Arbeitslosigkeit in der EU.

Wir konnten folgende Eckpunkte der Verordnung einvernehmlich verankern: Neben den öffentlichen Arbeitsmarktverwaltungen sind auch die privaten Arbeitsvermittler an Bord. Sie gemeinsam speisen die Hunderttausende und später noch mehr freie, unbesetzte Arbeitsplätze aller Mitgliedstaaten ein. Und noch nie gab es mit der leicht bedienbaren und barrierefrei ausgeführten Internetplattform von EURES so viel Unterstützung für Menschen, besonders die jungen, wenn sie ihren Arbeitsplatz in einem anderen Land Europas suchen wollen, weil es ihnen in ihrem Heimatland nicht gelingt. Und jeder Jobsuchende hat mit Leichtigkeit seine Bewerbungsunterlagen online einstellen können, und sein Lebenslauf kann von allen Arbeitskräfte suchenden Unternehmen von überall eingesehen werden. Mit EURES erhalten Jobsuchende nicht nur auf der Internetplattform Unterstützung, sondern vor allem auch persönlich, durch 850 bestgeschulte EURES-Berater in allen EU-Staaten. Der Weg jedes Jobsuchenden bis zu seiner neuen Arbeitsstelle wird vollkommen kostenlos sein.

Ganz wichtig: Es gelang uns auch, Kommission und Rat zu überzeugen, dass die aktive Rolle der Sozialpartner im Rahmen der EURES-Konstruktion nicht nur gesichert wird, sondern sogar gestärkt. Warum eigentlich? Darauf gibt es eine klare Antwort: In einem modernen europäischen Arbeitsmarkt müssen die Interessen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber voll garantiert sein. Und noch ein Erfolg unserer Verhandlungen: Im Rahmen der Neugestaltung wurden die bereits als erfolgreich erkannten grenzüberschreitenden Modelle, also die *cross-border partnerships*, ausdrücklich und umfassend verankert und ihnen der Zugang zu EaSI geschaffen.

Sie als Abgeordnete dieses Hauses können daher mit voller Überzeugung der neuen EURES-Verordnung zustimmen, auch als einer Leistung dieses Europäischen Parlaments.

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Madam President, first of all I would like to thank Parliament for its support and the rapporteur, Mr Becker, and also the chair of the trilogue, for working so competently. I would also like to thank the entire negotiating team for their efforts and constructive approach.

The new EURES Regulation is part of our broader policy to help people into a job and to facilitate the exercise of the freedom of movement of workers within the European Union. EURES is much more than a mobility portal. It is essentially a human network that provides support to jobseekers and employers across Europe, and it is key to addressing high unemployment rates and skills mismatches. Of course, while discussing labour mobility, it is important to ensure that this does not become a one-way street and does not result in a brain drain in some countries, especially new Member States.

There are more than 22 million people unemployed in the European Union today, and yet there are 2 million unfilled vacancies advertised. It is clear that we can, and must, do more to help people into jobs and to help employers to find the workers they need, within the Member States but also across borders. This is precisely what the EURES Regulation is about. Therefore, the Commission welcomes the timely agreement of the co-legislators.

Already today, the pan-European job search network, with its 34 European public employment services, is working successfully. For more than 20 years EURES has helped people to find jobs in another Member State through its web portal and its network of 1 000 advisers across the Union. The new regulation builds on this work and strengthens EURES further for the future.

So what are the main improvements? More jobs will be advertised and there will be more effective automated online matching between the specific qualifications of job searchers and the skill requirements of specific vacancies, a broader network open to more members and partners and an agreed minimum package of services to jobseekers and to employers in all Member States. It is good that the EURES network will open up further to more members and partners, also including private employment services. We need to work together across silos and exploit synergies to be most effective. At the same time, those who join must be serious, reliable labour market actors and must be committed to building a responsible partnership within the network.

With the new member organisation, EURES should also become better known, since today too many job seekers and employers are simply not aware of its potential. Members may want to promote its existence within their constituencies, in particular in regions with high unemployment or high skills shortages, or in border regions where the EURES network can, for example, provide information on concrete social security or labour law questions that potential border workers are often confronted with.

EURES is indeed more than a pan-European job search tool. Through its network across the Union it can advise and assist in finding a job or a worker and give guidance on the many practical questions that still arise in the context of labour mobility. Whereas today the services offered vary a lot among the Member States, the regulation ensures that a minimum package of support services will be available everywhere.

The Council is expected to adopt the new regulation on 15 March. In the meantime, preparations with representatives of the Member States of the EURES network have started to ensure successful application of these rules as from the day of entry into force. Within two years we will report on the state of play to Parliament and the Council, as well as to the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions.

Viorica Dăncilă, Raportoare pentru aviz REGI. – Doamnă președintă, în fiecare zi, peste 1,1 milioane de cetățeni europeni care trăiesc într-o țară a Uniunii traversează frontierele pentru a merge la muncă într-o țară vecină. În acest context, portalul Eures privind mobilitatea forței de muncă este o oportunitate unică pentru cei care își caută un loc de muncă. Parlamentul European susține o actualizare a funcționării Eures și armonizarea sa cu evoluția societății la nivel european. Consider că este nevoie ca structurile naționale și transfrontaliere să dispună de suficient personal și de resurse suficiente pentru a-și desfășura activitatea, inclusiv de programe de formare a personalului.

Totodată, această reformă trebuie să permită serviciilor publice de ocupare a forței de muncă să pună bazele unei cooperări mai strânse cu organismele educaționale și de formare, mai ales în ceea ce privește formarea continuă, inclusiv în cazul persoanelor de peste 40 de ani, pentru a permite dezvoltarea de competențe și pentru utilizarea tehnologiilor de informare și comunicare în mod inteligent.

David Casa, on behalf of the PPE Group. – Madam President, I would like to start by thanking Mr Heinz Becker for his excellent work on this dossier.

Freedom of movement is one of the four basic freedoms on which the EU is founded and creates opportunities for both workers and companies and increases employment rates. However, we are still facing endemic mass unemployment, which places upon us the responsibility to improve labour mobility within the EU, not only by creating new opportunities but also by filling vacancies effectively to develop the European labour market, as the EU 28 mobility rate currently stands at a low of 0.29%.

One method of encouraging employment and creating human capital is by not only reinforcing every EU citizen's fundamental right of free movement but also removing possible obstacles which may obstruct intra-EU labour mobility throughout the Union. This is where EURES will aid in filling these vacancies. The EURES database will help promote mobility and make the process of obtaining jobs in other Member States much simpler. I believe that regulating and enhancing the EURES network with the European classification tool will present more opportunities to fill job vacancies across EU borders.

Siôn Simon, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, I hope it will not seem grandiose if I suggest that this quite long technical piece of legislation might be a microcosm of the European Union as a whole. In the first case, the process by which we arrived at this piece of work was collaborative, it was sensible, it was admirably led by the rapporteur, Mr Becker, and I learned a lot as a British socialist about where the centre of gravity in this Union lies. It lies in a very liberal, sensible, social place. Social partnership was easily woven throughout this piece of legislation as it could never have been in the UK. It is free to workers throughout, there was no controversy with other political partners, and cherry-picking by the private sector was as abhorrent to our PPE colleagues in this process as it was to us, which it would never have been back in the UK. I think the whole of our proceedings very often mirror this experience. It was also long, dull, dry, technical and difficult to explain to other people, but actually rather important and meaningful, and in that sense too it mirrors the work that we do as a whole in this place and in these institutions.

Finally, in what is only ever two minutes, this is an instrument which did not use to work at all, but which thanks to this legislation has been fundamentally revised and in future will, I think, work very well and will improve access to jobs and work for hundreds of millions of people across the Union in a very productive and beneficial way.

Jana Žitňanská, *za skupinu ECR*. – Dovoľte mi poďakovať spravodajcovi, pánovi poslancovi Beckerovi, vďaka ktorému máme dnes veľmi vyvážený návrh, ktorý má ambíciu zlepšiť služby, ktoré Eures poskytuje, a zároveň tiež dáva členským štátom priestor uchovať si nezverejnené miesta, ktoré sú napríklad súčasťou programu aktívnej politiky trhu práce.

Na úvod však musím povedať, že mojím želaním – a myslím si, že aj želaním nás mnohých – je, aby občania Európskej únie nachádzali uplatnenie najmä vo svojich členských štátoch, keďže je to často znakom toho, že situácia na pracovnom trhu funguje, že sa krajine darí, že nie sú nútení opúšťať rodiny na dlhé obdobia odchodom za prácou do zahraničia. Na druhej strane tu však vždy bude časť občanov, ktorí žijú napríklad v blízkosti hraníc, alebo jednoducho ľudia, ktorí túžia a potrebujú pre svoju prácu aj zahraničnú skúsenosť. Takáto skúsenosť pomáha, zlepšuje jazykové schopnosti, pomáha transferu zručností, ale aj osobnému rozvoju, a tak v konečnom dôsledku obohacuje nás všetkých. Je preto žiaduce, aby sme týchto pracujúcich vedeli podporiť, uľahčiť im hľadanie voľných miest a pomôcť im zorientovať sa na pracovnom trhu.

Pre mňa osobne je tiež dôležité, že sme v priebehu rokovaní našli širokú zhodu a v návrhu sa tak nezabúda ani na zásady nediskriminácie a portál EURES bude dostupný aj ľuďom so zdravotným postihnutím. Verím, že zlepšený EURES bude nástrojom veľmi konkrétnej a praktickej pomoci, tak pre uchádzačov o prácu, ako aj zamestnávateľov, a že sa nám podarí dostať ho do povedomia čo najširšej verejnosti.

(Rečníčka súhlasila, že odpovie na otázku položenú zdvihnutím modrej karty (článok 162 ods. 8 rokovacieho poriadku)).

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Tisztelt Képviselő Asszony! Én egyetértek Önnel abban, hogy nem feltétlenül az országok közötti mozgást kell csupán elősegíteni, hanem értelmes lenne regionális szinten is elérni valamit az EURES kapcsán. Ugyanakkor beleütközünk abba a problémába, hogy nem egyszerre jelennek meg az információk mind a 24 nyelven. Tehát aki otthon van, az sok esetben hátrányban lehet egy külföldi munkavállalóhoz képest. Ön hogy gondolná ezt a problémát kezelni?

Jana Žitňanská (ECR), *odpoveď na otázku položenú zdvihnutím modrej karty*. – Myslím si, že aj počas našich rokovaní, ktoré sme viedli aj v rámci trialógu, ale aj v rámci diskusie medzi spravodajcom a tieňovými spravodajcami, sme sa snažili práve odstrániť všetky bariéry, ktoré by mohli zabrániť ľuďom uchádzať sa o zamestnanie v inom členskom štáte Európskej únie. Takže som presvedčená, že aj samotný portál, ale aj sprievodné služby, ktoré by mali sprevádzať týchto uchádzačov o prácu, umožnia, aby aj tí, ktorí možno neovládajú ten jazyk tej-ktoej krajiny, sa dostali k informáciám, ktoré potrebujú na to, aby si našli to pracovné miesto.

Martina Dlabajová, *za skupinu ALDE*. – Ráda bych poďakovala zpravodaji Heinzovi Beckerovi a všetkým stínovým zpravodajom za opravdu výbornú spoluprácu. Vyjednávani o finálnu podobu zprávy trvalo pomerne dlhú dobu a ja sama som vznesla viac než 100 pozměnovacích návrhů. Musíme tady také poďakovat lucemburskému předsednictví, které má velkou zásluhu na nalezení konečné dohody.

Nyní máme k dispozici portál EURES, který odpovídá současným požadavkům pracovního trhu a může být efektivním nástrojem na podporu zaměstnanosti a mobility. Velkým úspěchem je především rozšíření portálu o pozice určené stážistům a učňům nebo zapojení nabídek soukromých zaměstnavatelů a soukromých personálních agentur.

Pro mnohé z nás byla možnost snít o práci v zahraničí, vybírat si práci v zahraničí, navíc z pohodlí domova, řadu let zcela nedostupná a nepředstavitelná. Dnes je volný pohyb pracovních sil jednou z největších výhod Evropské unie a přesto je stále pracovní mobilita v EU desetkrát nižší než ve Spojených státech.

Věřím, že nový EURES bude tím správným impulsem, jak nastartovat také nový přístup Evropanů k práci v zahraničí, a to zejména u mladých lidí. Jsem přesvědčena, že modernizovaný portál EURES je jednou z těch správných cest, jak odstraňovat bariéry a řešit problémy trhu práce napříč celou Evropou. Dlužíme to našim mladým lidem.

Paloma López Bermejo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora Presidenta, lo primero, agradecer su trabajo al señor Becker. Ha sido muy interesante trabajar con él. Hace más de un año que empezamos a hablar en este Parlamento de refundar la Red Europea de Servicios de Empleo. La Comisión nos propuso crear una red a medida de los servicios de empleo privados con la que promover la migración forzosa de los europeos en situación de desempleo.

Afortunadamente, lo que hemos construido entre todos ha sido algo muy distinto: una red que deberá apoyar la movilidad justa de los trabajadores, con la participación plena de los agentes sociales y un rol central para los servicios públicos de empleo. Pero sabemos que queda mucho por hacer. La movilidad no será justa si se aplican políticas neoliberales que empujan a millones de europeos a una migración forzosa, negándoles además el reconocimiento de los derechos sociales y llegando a expulsar a los trabajadores europeos residentes en otro país.

Señor Comisario, no se puede defender la movilidad y avalar al mismo tiempo, junto con los Gobiernos de la Unión Europea, el ataque del Reino Unido al derecho fundamental a la libre circulación de los trabajadores y reforzar la competencia feroz en el mercado único. Ese, desde luego, no es el camino.

Tamás Meszerics, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, first of all I would also like to thank our rapporteur, Mr Becker, my colleagues, our shadows, and obviously the representatives of the Luxembourg Presidency. We need to thank all of them because basically, as my colleague Mr Simon has already mentioned, their constructive attitude and benevolent flexibility meant that we were able to first work out the compromises in Parliament and then come to the reasonably early reading agreement which is in front of us. Believe me, I come from a Member State called Hungary. I can value flexibility and willingness to compromise in politics.

I do not want to claim any specific merit for the Greens, but I would like to highlight two things that I think we have been slightly instrumental in putting into the legislation. We believe that EURES advisers should play an important role, providing personalised support to jobseekers, in order to ensure that they can make informed decisions when looking for, or taking up, a job abroad. We also have to modify and improve the original text to ensure that all users have equal access to the services without discrimination, and that data protection provisions are observed.

Thank you very much for your attention and for the flexibility which I mentioned before.

Mike Hookem, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, many people in the UK will not have heard of EURES, but they might remember the story that hit the headlines about a website that advertises UK jobs across the entire EU. As an MEP I am regularly contacted by people who are desperate for work and desperate to support their families, but who – even after years of searching – have failed. I do not believe this is because every single unemployed Brit is lazy or unqualified, as some politicians say. So why does the British Government support a strengthened and expanded policy which allows every man and his dog to apply for jobs in the UK? It means that job centres in the UK are now legally obliged to advertise any vacancies they have to half a billion people.

Let me get one thing straight: this legislation has not been written for the benefit of the working person; it has been written for the benefit of big business. Open-door immigration is a policy which has driven down wages in the UK, and this is backed up by the GMB Union. The minimum wage has become the maximum wage, and British taxpayers are now subsidising low salaries which employers can get away with thanks to the over-supply in the labour market. The government's support for this expansion of EURES and the obligation for all Member States to post jobs on the website was just a cynical attempt to make it look like the proportion of UK jobs advertised was smaller in comparison to other countries, but figures show that one third of the vacancies advertised on 'Your first EURES job' were placements in Britain. 1 178 unemployed people from across the EU took jobs or training in Britain, yet only 25 Britons under 30 found jobs.

I do not believe we should be exporting jobs to other EU Member States, and we certainly should not be paying GBP 55 million a day into an organisation that tells us we must. I hope British voters realise what this government and the EU are doing ahead of the referendum in June, when I believe we can get our country back and put British people first.

(The speaker declined to take a blue-card question from Mr Siôn Simon)

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Joëlle Mélin, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, le dossier de la plate-forme EURES, le réseau européen des services de l'emploi, poursuit son chemin. Ce faisant, les points négatifs apparaissent plus clairement derrière les motifs apparemment positifs de la proposition, que sont la transparence du marché du travail, le saut technologique des réseaux – avec une mise en correspondance automatique des offres et des CV – associé à de nouveaux services, ou la coordination accrue des échanges entre les États membres.

Mais, de facto, cela permet, à travers ce que vous appelez avec humour des «zones de pénurie ou d'excédent de main-d'œuvre», de faire apparaître un danger majeur caché: celui d'indiquer clairement à d'éventuels concurrents économiques les zones de force ou de faiblesse de l'Europe. Car la détention de listings ciblés catégoriels par des organismes de droit privé et public peut s'entendre au niveau des États membres, mais, au niveau européen, elle constitue une arme économique majeure en plus d'être un outil de surveillance prégnante.

C'est donc au niveau des États et dans le cadre de partenariats internationaux ciblés que les échanges pourront se faire en faveur des travailleurs choisis pour leurs compétences et qui se déplacent librement.

Zoltán Balczó (NI). – Az Európai Unióban 8 millió azoknak a munkavállalóknak a száma, akik nem a saját országukban dolgoznak és 25 millió a munkanélkülieké. Az ő álláskeresőjükben is segítséget nyújthat az EURES foglalkoztatási, mobilitási portál, amelynek reformjáról most dönteni fogunk, de tegyük föl a kérdést: milyen is ezen a téren az egységes uniós piac? Tisztességes munkaerőpiacról és mobilitásról csak akkor beszélhetnénk, ha csökkennének azok a hatalmas jövedelemkülönbségek, amelyek a periféria és a centrum országai között fennállnak. Például Magyarországon egy bolti eladó havi jövedelme 350 euró, ugyanez a szomszédos Ausztriában 1200 euró, ugyanabban a bolthálózatban. A kelet-közép-európai emberek nem azért mennek nagy számban Nyugat-Európába munkát vállalni, mert öntudatos uniós állampolgárként élnek ezzel a szabadsággal, hanem a gazdasági kényszer hajtja el őket a hazájukból.

Anne Sander (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le commissaire, nous votons demain un nouveau règlement pour renforcer et développer le réseau européen de recherche d'emploi EURES. Nous offrons enfin à cet instrument les moyens de ses ambitions.

EURES n'est plus une coquille vide. Grâce à un portail web redynamisé et accessible à tous, EURES va faciliter la vie de nos travailleurs et des employeurs européens. EURES s'engage aussi en faveur des apprentis en relayant les offres d'apprentissage. Et dans les zones frontalières, je me réjouis qu'EURES encourage la création de partenariats capables d'apporter informations et support aux travailleurs frontaliers.

À présent, je dirais que la balle est dans le camp des États membres. C'est à eux d'encourager les services publics de l'emploi à améliorer le site internet et c'est à eux de promouvoir cet outil sur le terrain.

Jutta Steinruck (S&D). – Herr Präsident! EURES nutzt allen Europäerinnen und Europäern, auch den Briten. Ich bin froh, dass die Grenzpartnerschaften gestärkt wurden. Das war ja nicht immer Zielsetzung von Rat und Kommission.

In meinem EaSI-Bericht war ja da eher eine Schwächung von der Kommission geplant. Gerade aber die Beratungsarbeit der echten Grenzpartnerschaften mit den Sozialpartnern ist enorm wichtig – in der Arbeitsvermittlung, aber auch bei grenzüberschreitenden Arbeitsverhältnissen haben Arbeitnehmer und Arbeitgeber Beratungsbedarf. Wir haben so unterschiedliche Steuer- und Sozialversicherungsrichtlinien, was die Arbeit grenzüberschreitend sehr schwierig macht.

Es wurde zum Glück auch erreicht, dass nicht irgendwelche beliebigen grenzüberschreitenden Strukturen diese Arbeiten zu Profitzwecken nutzen können, gegen Entgelt dann zur Verfügung stellen können, sodass da auch nicht für solche Zwecke europäische Gelder abgerufen werden können. Das ist uns auch wichtig, dass Basisdienstleistungen weiter kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Es ist endlich auch gelungen, dass alle Stellenanzeigen innerhalb des Netzwerkes ausgeschrieben werden, und zwar verbindlich.

Laura Agea (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, prima di tutto vorrei ringraziare il collega Becker: lei ha dimostrato con la disponibilità di questo anno di lavoro la volontà precisa di mettere dei contenuti all'interno di un contenitore, perché EURES era un contenitore privo di contenuti e privo, soprattutto, di quella necessità di fruizione, di informazione immediata che è fondamentale per affrontare il problema della disoccupazione e il problema dell'occupazione.

Quindi io sono veramente stata contenta di poter collaborare con lei. Lei ha dimostrato che questo Parlamento, quando è necessario dare risposte concrete, può lavorare a 360 gradi e puntare ai risultati, ai contenuti e veramente a risultati efficaci. Quindi la ringrazio e avrà il nostro sostegno, domani al voto.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Panie Przewodniczący! Reforma sieci EURES jest pozytywnym sygnałem i daje nadzieję na usprawnienie procesu wymiany informacji pomiędzy państwami na temat zapotrzebowania rynków lokalnych oraz dostępnych ofert pracy i osób poszukujących zatrudnienia. Za szczególnie pozytywne uważam zmiany mające na celu zapewnienie bardziej spersonalizowanego doradztwa zawodowego i rekrutacyjnego, zapewnienie praktycznej pomocy przy poszukiwaniu pracy i zatrudnianiu pracowników oraz przekazywanie pracownikom i pracodawcom informacji o zabezpieczeniu społecznym, podatkach i stosownych przepisach prawnych w poszczególnych państwach członkowskich.

Ważny też jest obowiązek skutecznej promocji i popularyzacji sieci wśród pracodawców i pracobiorców, nałożony na Komisję, jak i na państwa członkowskie. Sieć EURES nigdy bowiem nie będzie skutecznie działała, jeżeli w jej funkcjonowanie nie zaangażują się w pełni publiczne i prywatne służby zatrudnienia. Miejmy nadzieję, że inicjatywy takie jak EURES choć częściowo zniwelują negatywne skutki ostatnich działań prowadzących do tworzenia nowych barier w swobodnym przepływie pracowników Unii Europejskiej. Heinz, dziękuję Tobie i kontrsprawozdawcom za doskonałą pracę.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – Dėkoju pranešėjui, gerb. Beckeriui, už gerą darbą, nes iš tikrųjų šiuo reglamentu mes siekiame sustiprinti EURES platformą ir paversti išties veiksminga priemone darbo jėgos judėjimu Europos Sąjungoje susidomėjusiems asmenims. Ir vienas iš svarbiausių patobulinimų – tai padidinti skaidrumą, visos Europos lygmeniu suteikiant galimybę vienoje vietoje peržiūrėti kaip galima daugiau laisvų darbo vietų pasiūlymų. Ir labai svarbu, kad į šią tinklą taip pat siekiama įtraukti pameistrystes ir stažuotes, bet be abejo su sąlyga, kad joms turi būti taikomi įprastiniai darbo santykiai. Taigi visiems darbo ieškantiems asmenims turi būti užtikrinama galimybė gauti išsamią informaciją apie darbo sąlygas toje darbo vietoje. Džiaugiuosi, kad derybose dėl šio reglamento pavyko sustiprinti socialinių partnerių vaidmenį tinklo veikloje, kad pasiekėme, jog tiek darbuotojai, tiek darbdaviai lengviau gautų informaciją, reikalingą įdarbinimui. Taip pat labai svarbu, kad pagrindinės EURES tinklo paslaugos bus nemokamos darbo ieškančiam žmogui ir dėl to labiau jam prieinamos.

Romana Tomc (PPE). – Najprej seveda vse čestitke kolegi Beckerju za zelo dobro, za odlično opravljeno delo. Imamo pred sabo zelo dober predlog, ki ga bomo z lahkoto podprli.

Evropska mreža služb za zaposlovanje bo znatno prispevala k hitrejšemu usklajevanju ponudbe in povpraševanja po delovnih mestih v celotni Evropski uniji. Prosta delovna mesta bodo lahko javno objavljena in dostopna vsem. To je zelo dobro.

Prav tako je za iskalce zaposlitve izrednega pomena to, da se bodo v novo mrežo lahko vključile poleg javnih služb za zaposlovanje tudi zasebne agencije in nevladne organizacije. Mislim, da bomo lahko tako znižali tudi brezposelnost med najbolj ranljivimi skupinami.

Vsekakor pa tudi jaz podpiram vse kolege, ki pravijo, da je treba posebno pozornost nameniti vajeništvu in pripravništvu.

Prepričana sem, seveda, da bo EURES pozitivno vplival tudi na povečanje mobilnosti znotraj EU.

Pytania z sali

Michaela Šojdrová (PPE). – Chtěla bych především poděkovat kolegovi Beckerovi za jeho odvedenou práci na zprávě o portálu EURES.

Výsledný text, který byl podpořen velkou většinou při hlasování ve výboru EMPL, jasně dokazuje, že je to text solidní a tuto podporu si zasloužil. Jsem také ráda, že byly přijaty pozměňovací návrhy, mimo jiné i pozměňovací návrh, který jsem podávala ve smyslu žadatelů, kteří splní požadavky a kritéria pro udělení oprávnění tak, aby členský stát toto oprávnění vydal. Aby zde nebylo žádné pochyby o tom, zda oprávnění může být vydáno. Toto jasné vymezení mě tedy velmi ve zprávě těší.

Vítám také to, že tato politika na trhu práce zůstává plně v pravomoci členských států, je tedy respektována subsidiarita a samozřejmě je potřeba usilovat o co nejmenší byrokratickou zátěž a dobrou implementaci. Proto vítám prohlášení pana komisaře, který slíbil, že bude sledovat implementaci a podá o tomto zprávu. Děkuji všem za dobrou práci.

Olga Sehnalová (S&D). – Usnadnění mobility pracovníků v Evropské unii je jistě možné vnímat jako pozitivní krok, kterým se mohou efektivně a pružně vyrovnávat nerovnosti na pracovním trhu.

Má však i svou odvrácenou stranu. Při existenci obrovských rozdílů v úrovni mezd mezi jednotlivými zeměmi dochází bohužel k odlivu kvalifikovaných pracovníků z chudších evropských zemí do těch bohatších. To způsobuje obrovské problémy v některých odvětvích. Uvedu např. zdravotnictví, kde v zemích, odkud se odchází za lepšími podmínkami, je akutní nedostatek zdravotníků a tím je přímo ohrožena dostupnost zdravotní péče.

Veřejné vysoké školy zde poskytnou vzdělání, jejich absolventi však záhy odcházejí ze země pryč. Je pro tyto země řešením dovážet zdravotníky z ještě chudších částí světa? Je tohle udržitelný model evropského trhu práce? Domnívám se, že ne. To však není problém sítě EURES.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, περισεύει η υποκρισία και η διγλωσσία στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Την ώρα που συζητούμε για το πρόγραμμα EURES, που στόχο έχει να συμβάλει στην κινητικότητα των εργαζομένων εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης και να βοηθήσει τους πολίτες των κρατών μελών να αναζητήσουν εργασία σε άλλο κράτος της Ένωσης, την ίδια στιγμή με αφορμή τη ρύθμιση για το BREXIT, οι αρχηγοί κρατών και κυβερνήσεων της Ένωσης αποφάσισαν τον δραστικό περιορισμό των δικαιωμάτων όλων των διακινούμενων εργαζομένων.

Δικαιωμάτων που πηγάζουν από τις εργασιακές τους σχέσεις και αφορούν φοροαπαλλαγές, επιδόματα στέγασης, γάμου, τέκνων και λοιπά. Αυτό σημαίνει διακρίσεις σε βάρος των διακινούμενων πολιτών της Ένωσης έναντι των πολιτών των κρατών υποδοχής.

Έτσι με υπογραφή Τσίπρα, πάνω από τετρακόσιες χιλιάδες Έλληνες, νέοι οι επιστήμονες και λοιποί εργαζόμενοι που μετανάστευσαν για δουλειά στη Βρετανία, τη Γερμανία, τη Γαλλία και σε άλλες χώρες της Ένωσης, θα υποστούν ένα νέο κοινωνικό ρατσισμό. Έφυγαν από την Ελλάδα λόγω τρόικας και μνημονίου και τώρα η Μέρκελ και οι μερκελιστές, με τη συναίνεση της συγκυβέρνησης ΣΥΡΙΖΑ/ΑΝΕΛ, τους επιβάλουν ένα νέο μνημόνιο που τους μειώνει τους μισθούς και τους καθιστά πολίτες δεύτερης κατηγορίας.

Ivan Jakovčič (ALDE) – Poštovani predsjedniče, treba nam veća mobilnost unutra Europske unije, svega 3 % Europljana radi u nekoj drugoj državi Europske unije.

Imamo 2 milijuna radnih mjesta koja se mogu popuniti, a imamo ogromnu nezaposlenost u nizu zemalja čalnica. Zato snažno podržavam platformu EURES: uvjeren sam da upravo na taj način, na način novih tehnologija, možemo vrlo kvalitetno riješiti naše probleme u mnogim zemljama i omogućiti mnogim građanima da dođu do svojih radnih mjesta.

Danas imamo situaciju da Europska unija, s jedne strane, treba posao, s druge strane, ljudi traže posao. Javni zavodi za zapošljavanje, privatne agencije kroz ovaj spoj zaista mogu omogućiti bolju sreću mnogim pojedincima i mnogim obiteljima.

Stanislav Polčák (PPE). – Já bych chtěl rovněž vyzdvihnout, že v současné době přeshraniční formu práce uplatňuje 1,1 milionů občanů EU. Také, že 7 milionů občanů EU je zaměstnáno v jiných členských státech EU. To je, myslím, že velmi podstatné.

Myslím, že to ukazuje právě hodnoty, které jsou potřebné v této době zmiňovat, a to je tedy svoboda usazování se a svoboda práce, kterou zaručují ty základní čtyři svobody EU. Plyne z toho i řada podnětných kritérií, které lze ocenit, a to je tedy růst HDP. Na druhou stranu je skutečně pravdou i to, co říkala kolegyně Sehnalová, a to je odliv kvalifikovaných sil. I s tím se musí vypořádávat členské státy, které s touto hodnotou EU do jisté míry musí potom bojovat ve svých právních rádech.

Pro mě je podstatné, že EURES byl reformován a reformován způsobem, který ještě dále uplatňuje větší zapojení kvalifikované pracovní síly na pracovním trhu.

(Koniec pytań z sali)

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Mr President, a strengthened and better-known EURES network with a broader scope, a wider range of support services and a modern IT platform that allows for better, automated matching of profiles will be a powerful instrument. It will make it easier for job seekers to expand their job search in other Member States and it will give employers access to a wider pool of talent. It will facilitate, on the ground, the exercising of free movement by workers.

The strength of any network always depends first and foremost on its members. This is no different in the case of EURES. The Commission is committed to continuing to support the network, to helping it develop and to making best use of the tools that the new regulation puts at its disposal. I hope that we can count on Parliament's continued support in our doing so.

Heinz K. Becker, Berichterstatter. – Herr Präsident! Ich darf noch einmal auf jene Aspekte eingehen, die sich in den Wortmeldungen vielleicht als deutlich erwiesen haben.

Insbesondere möchte ich festhalten, dass die EURES-Verordnung ausdrücklich an zwei unterschiedlichen Punkten die aktuelle Diskussion aufgegriffen hat. Erstens wird die Freizügigkeit für Arbeitnehmer in Europa betont, bestätigt und gefordert, auch im EURES-Bericht. Das Zweite ist: Es wird gefordert, dass jede Diskriminierung – und das steht an erster Stelle – nach Staatsbürgerschaft und allen anderen Kriterien ebenfalls nicht zulässig ist.

Ich glaube, unter den Beiträgen unserer Kollegen war es sehr wichtig zu lernen, dass auch für Behinderte ein wesentlicher Beitrag enthalten ist und dass auch die Traineeships und Praktika einen starken Stellenwert bekommen haben. Wir haben darauf extra geachtet.

Lassen Sie mich abschließend zwei Bitten aussprechen, es sind keine Forderungen, aber wir werden sie sehr ausdrücklich wiederholen: Die eine Bitte geht an den Rat, die Mitgliedstaaten der EU zu motivieren, nicht bis zum letzten Moment der Zweijahresfrist zu warten, bis EURES implementiert wird. Die Bürger jedes Landes verdienen, von ihrer Regierung mit EURES perfekt vertraut gemacht zu werden.

Das zweite Ersuchen geht an die Kommission, auch den Rat zu ermuntern, gezielte Kommunikationsarbeit für EURES zu entwickeln. EURES gab es schon, EURES war aber nicht so gut bekannt, es muss jetzt bekannt gemacht werden! Diese Bitte darf ich machen und freue mich, dass prominente Vertreter der Kommission aus der Verhandlung hier vertreten sind. Auf einen gemeinsamen Erfolg.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek, dnia 25 lutego 2016 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – A munkahely Unión belüli szabad megválasztása az Európai Unió négy alapszabadságának egyike. Naponta mintegy 1,1 millió uniós állampolgár lépi át az országhatárt, mert a szomszédos országban dolgozik. Ezenfelül 2013-ban mintegy 7 millió európai polgár élt és dolgozott más tagállamban. Az Európa egyes régióiban tapasztalható magas munkanélküliség ahhoz a felismeréshez vezetett, hogy meg kell erősíteni a munkaerő Unión belüli mobilitását. Ez hozzájárul majd egy magas foglalkoztatottsági szinttel rendelkező európai munkaerőpiac kifejlődéséhez, mivel az Unión belüli munkavállalói mobilitás 0,29%-os rátája a munkaerőpiac méretéhez és az EU aktív népességéhez képest viszonylag alacsony. E rendelet célja, hogy az EURES hálózatot hatékony eszközzé alakítsa az álláskereső/munkáltatók számára azáltal, hogy létrehozza az állásajánlatok és álláskeresői profilok legnagyobb adatbázisát. Támogatom, hogy fel kell venni az egész Európára kiterjedő hálózatba a gyakorlati képzési és a szakmai gyakorlati helyeket is. Javaslom bevezetni a tanulószerveződéses gyakorlati képzések és szakmai gyakorlatok területén fennálló, Unión belüli mobilitással kapcsolatos általános információk megfelelő cseréjét, amelyet a tagállamok rendes oktatási rendszere által kiadott diplomákhoz hasonlóan el kell ismerni. A reformnak lehetővé kell tennie, hogy az állami foglalkoztatási szolgáltatók lefektessék az oktatási és szakképzési intézményekkel való szorosabb együttműködés alapjait, különösen a továbbképzés terén, kiterjesztve ezt a 40 év felettiekre is, lehetővé téve az információs és kommunikációs technológiák kihasználását.

Nicola Caputo (S&D), per iscritto. – L'economia europea ha necessità di rafforzare costantemente i fondamenti della sua economia, come quello del lavoro, messo negli ultimi anni a dura prova, tanto che, lungi dal rappresentare un *asset* di crescita, mostra un fianco vulnerabile alle crisi economiche. Una delle precondizioni affinché torni a svilupparsi risiede nel grado di effettività attribuibile alla libertà nella circolazione dei lavoratori stessi che, duole constatare, allo stato è ancora basso. Con interrogazione del febbraio 2015 denunciavo la scarsa conoscenza della piattaforma EURES da parte dei lavoratori, dei datori di lavoro e degli stessi Stati membri, al punto che questa criticità, unita alla mancanza di buone prassi di scambi di informazioni sulle carenze ed eccedenze di lavoro, mina quello che andrebbe definito come «il servizio europeo all'impiego» che considero un dovere delle Istituzioni europee. Alla mia richiesta di maggiore accuratezza dei modelli previsionali e di maggiore interoperabilità dei dati tra i portali nazionali, con risposta del giugno 2015 la Commissione ha affermato che è necessaria la collaborazione dei sistemi nazionali. In effetti, vincere le barriere normative e gli ostacoli giuridici è la sfida più grande, al fine di rendere effettiva e reale la libertà di circolazione dei lavoratori.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – Az immár több mint két évtizedes múlttal rendelkező EURES hálózat és foglalkoztatási mobilitási portál jelentősége a válság fényében még tovább nőtt, hiszen az Unión belüli mobilitás új foglalkoztatási lehetőségek előtt nyitja meg az utat, és ezáltal elősegítheti a munkanélküliség csökkentését. Az Unió egyes területein tapasztalható tömeges munkanélküliség problémájára a munkavállalók mobilitása megoldást jelenthet. Az EURES támogatja a munkavállalókat és munkáltatókat a személyek szabad áramlásának elve által nyújtott lehetőségek kihasználásában. Az EURES és a tagállamokban működő állami foglalkoztatási szolgálatok küldetésüknek tekintik a munkaerőpiaci kereslet és kínálat egyensúlyához való hozzájárulást, és biztosítják a munkáltatók, munkavállalók és az állásközvetítő cégek számára a helyi, országos és európai munkaerőpiachoz való egyszerű hozzáférést. A jelentés több pontot is említ, melyek az EURES hatékonyságának növelését célozzák, miközben hangsúlyozza, hogy a foglalkoztatási politikák tagállami hatáskörbe tartoznak. Az előterjesztésben említett javaslatok többsége (például, hogy az EURES terjedjen ki a gyakornoki lehetőségekre is, minden álláskeresőnek kapjon teljes körű információt a foglalkoztatási feltételekről azon országban, ahol a szóban forgó állás található, az EURES platform legyen a lehető leginkább felhasználóbarát) értékes gondolatokat fogalmaz meg, melyek hatékonyan járulhatnak hozzá a munkanélküliség csökkentéséhez az Unióban.

Krzysztof Hetman (PPE), na piśmie. – Cieszę się, że w procesie rozmów trójstronnych udało się uzyskać międzyinstytucjonalne porozumienie w sprawie instrumentu EURES. Jestem zdania, że nowa dyrektywa, w której ponownie ustanawia się ten instrument – o ile zostanie sprawnie wdrożona w państwach członkowskich – pozwoli na nadanie nowej dynamiki współpracy międzyregionalnej w dziedzinie rekrutacji pracowników. Unia Europejska od kilku lat boryka się nie tylko z problemem bezrobocia, ale także, z drugiej strony, z problemem nieobsadzonych wakatów w niektórych obszarach gospodarki.

Europejska Sieć Służb Zatrudnienia w nowej, wzmocnionej formie posiada potencjał, aby ułatwić rekrutację pracowników z różnych państw członkowskich. Sieć będzie tworzona zarówno przez publiczne służby zatrudnienia, jak i partnerów społecznych, których będą obowiązywać te same minimalne kryteria. Uważam, że to dobra podstawa do współpracy. Ponadto cieszy mnie, iż wyodrębniono i sprecyzowano kwestie mobilności pracowników w rejonach transgranicznych. W istocie jest to grupa pracowników, która boryka się z nieco innymi problemami, przez co wymaga szczególnej uwagi, a nierzadko odrębnych rozwiązań. Stworzenie osobnych partnerstw transgranicznych w ramach EURES uważam wobec tego za dobre rozwiązanie.

Ádám Kósa (PPE), írásban. – A munkahely Unión belüli szabad megválasztását az Európai Unió négy alapszabadságához tartozó szabad mozgáshoz való jog szerves részeként tekintem, amely az uniós polgárság egyik jelentős eleme, amelyet egyébként a mostani migránsválság végveszélybe sodort. Ma az EU-ban 23 millió munkanélküli van, és minden ötödik fiatalnak nincs állása. Az ellenkező híresztelések ellenére az Unión belüli uniós munkavállalói mobilitás a munkaerőpiac méretéhez és az EU aktív népességéhez képest, de még a nagyobb versenytársakéhoz (USA, Japán) képest is alacsony – az EU 27 mobilitási rátája csupán 0,29%. A rendelet célja, hogy az EURES-hálózatot hatékony eszközzé alakítsa az álláskereső és a munkáltatók számára, tiszteletben tartva a tagállamok kompetenciáit a munkaerőpiaci szabályozás tekintetében, amely továbbra is nemzeti hatáskörben maradt. Az álláspontom az, hogy nem még több nem uniós és kifejezetten képzetlen bevándorlóval, hanem az uniós polgárok szabad munkavállalásának erősítésével kell a foglalkoztatási gondokat csökkenteni. Ennek keretében úgy gondolom, hogy az üres álláshelyek betöltése tekintetében a tagállamoknak és a Bizottságnak ügyelniük kell arra, hogy ezek betöltése során az uniós tagállamok állampolgárai elsőbbséget élvezzenek, hogy megvalósuljon az uniós preferencia elve is.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – The free movement of workers is a fundamental principle of the Treaty enshrined in Article 45 of the Treaty on the Functioning of the European Union. In order to help workers to effectively exercise that right – to look for a job and to work in another EU country, enjoying the same treatment as the country's nationals in terms of access to employment, working conditions and social benefits – we need to reinvigorate and adjust EURES. This cooperation network for labour mobility clearly showed some shortcomings such as limited support services and information exchange, as well as not sufficient cooperation and lack of transparency in labour markets. In this regard, I find essential the incorporation into the network of effective public and private employment services. It is important to widen to scope of information which is available on the portal, ensuring that all jobseekers can obtain comprehensive information about the existing vacancies and all related employment conditions. On the other hand the portal should facilitate the automated matching of job vacancies and CVs, which will allow employers to quickly find and recruit workers who have the right skills and qualifications. Reinvigorating EURES will be highly beneficial for the reduction of the unemployment rates and will contribute to a more integrated Union labour market.

Verónica Lope Fontagné (PPE), *por escrito*. – Pese a que la libre circulación de trabajadores es un derecho reflejado en los Tratados de la UE y a que hay Estados miembros con unas tasas de desempleo muy elevadas y otros con un gran número de vacantes, la movilidad laboral es muy baja dentro de la UE. Apenas un 3 % de la población activa es económicamente activa en otro Estado miembro y menos del 25 % de los trabajadores que quisieran desplazarse a trabajar a otro país lo hace. Este Reglamento, además de garantizar la igualdad de condiciones para las personas con discapacidad, permitirá resolver los principales problemas existentes, facilitando la libre circulación de trabajadores. Tenemos que promocionar el mercado laboral europeo y las posibilidades que ofrece, como esos dos millones de puestos de trabajo vacantes en la UE, ya que el proceso de integración de la UE requiere una mayor circulación de trabajadores entre Estados miembro. Si conseguimos que la red EURES funcione como un verdadero portal de búsqueda de empleo a nivel europeo, garantizando la igualdad de trato a trabajadores y empleadores con independencia del lugar de la Unión donde se encuentren, estaremos más cerca de lograrlo.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. – Wielokrotnie zwracałam się i apelowałam o stworzenie europejskiego banku informacji odnośnie do staży i praktyk. Dlatego gorąco popieram włączenie ofert przyuczania do zawodu i praktyk zawodowych do sieci EURES. W tym kontekście podkreślam konieczność zapewnienia kompleksowej informacji dla poszukujących pracy lub stażu o zasadach i warunkach zatrudnienia oraz świadczeniach związanych z potencjalną pracą. Aby EURES stanowił użyteczne i efektywne narzędzie do poszukiwania pracy czy stażu, musi być dostępny dla jak największej grupy odbiorców. Dlatego trzeba zadbać o to, aby był on przyjazny dla użytkownika i odpowiednio promowany w mediach.

Ważny jest również monitoring funkcjonowania tego narzędzia, tak aby na bieżąco można było korygować ewentualne jego niedociągnięcia. Proponuję także wdrażanie nowych inicjatyw mających na celu stworzenie z portalu EURES kompleksowego punktu informacyjnego dotyczącego zatrudnienia i rozwijania kompetencji zawodowych. Na portalu EURES powinny być dostępne informacje m.in. o kursach językowych, warunkach uznawania kwalifikacji akademickich i zawodowych czy możliwościach zakwaterowania w danym kraju.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Au nom de la sacro-sainte «libre circulation», l'UE veut mettre en place un réseau de coopération structuré permettant un accès de tous les citoyens à toutes les offres d'emploi. La proposition du Parlement évoque, en vrac, le renforcement de la coopération entre les Services Publics à l'Emploi (SPE), l'intégration des organismes non publics, une amélioration d'EURES, la création d'un bureau de coordination européen...

Des problèmes évidents émergent: au niveau logistique (la mise en relation des offres et des demandes à un niveau européen pose des problèmes évidents, surtout en temps de crise), au niveau financier (la mise en relation des offres et des demandes va coûter cher) et surtout au niveau humain car EURES, ce «pôle emploi européen», favorise le chantage à la mobilité, selon lequel un chômeur ne voudrait pas travailler s'il n'est pas prêt à saisir une offre en Europe, où qu'elle soit.

Plutôt que d'institutionnaliser la précarisation de l'emploi et le déracinement, il faudrait soutenir les PME-PMI qui représentent 90% des emplois en Europe, et mettre en place dans les États membres les conditions nécessaires à la création d'emplois. Un individu, n'en déplaise à la Commission, préférera toujours travailler près de chez soi!

Андрей Новаков (PPE), *в писмена форма*. – Ако мерим икономиките си в проценти растеж на БВП, то заетостта особено сред младите е въпрос на конкретни хора и тяхното бъдеще, а не на числа и графики. А конкретните млади хора ценят единствено конкретни мерки и резултати и затова предлагам две конкретни стъпки.

Първо: публично-частни служби по заетостта. В някои държави има сайтове и услуги за заетост, които се справят по-добре от публичните служби по заетост. Около 80% от финансирането на службите по заетостта е публично. Заетостта се събужда най-ефективно с частни инвестиции. Бизнесът наема младите ни хора и компаниите трябва да имат по-силен глас и участие в управлението на службите по заетост.

Второ: Еразъм за млади предприемачи е новата заетост за младите. Но трябва да променим две неща: глобален Еразъм в САЩ, Китай, Япония и другите – младите европейци да се учат от най-добрите предприемачи, след което да стартират бизнес и да наемат още млади хора; бюджет, отговарящ на търсенето. Средствата на програмата до 2020 г. са едва €55.3. 90% от участващите предприемачи са на възраст под 40 г., а над 1/3 от тях стартират свой бизнес след участие.

С оглед на горните две предложения знам, че няма закон, регламент, директива или институция, които да служат като извинение и оправдание.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Există o diferență fundamentală între principiul de bază al libertății de a lucra oriunde în UE și realitatea în care funcționează acest principiu. Uniunea Europeană este din ce în ce mai fragmentată, o uniune amenințată atât din interior, cât și din exterior de factori care determină din start piedici consistente în calea mobilității veritabile. Cifrele ne arată că, dintr-un număr de 4 milioane de accesări lunare, portalul principal privind mobilitatea forței de muncă, EURES, generează cca. 50 000 de angajări pe an. Trebuie să recunoaștem că principalul flux de mobilitate a forței de muncă în UE este dinspre est spre vest. Din 2005 și până azi, numărul europenilor care muncesc în altă țară decât cea de origine a crescut cu 60 %, în principal pe fondul extinderii UE.

Susțin renovarea portalului EURES, susțin eficientizarea mobilității, dar vreau să atrag atenția asupra nevoii clare de a ne raporta realist la fenomenul migrației interne în UE. Cea mai mare parte a migranților nu folosesc canale oficiale pentru a ajunge și a munci în altă țară, poate nu au acces la internet, poate nici nu au auzit de EURES. Aceste persoane au nevoie cel mai mult de susținerea și protecția UE.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Il faut améliorer l'accès des travailleurs aux services de soutien à la mobilité de la main d'œuvre au sein de l'Union européenne et relancer le réseau européen des services de l'emploi (EURES).

Plusieurs carences selon moi: vivier incomplet d'offres d'emploi et de curriculums vitae sur le portail EURES; accès inégal au service au sein de l'Union européenne; capacité limitée du portail à rapprocher les offres d'emploi des curriculums vitae déposés; disponibilité insuffisante des services de soutien; manque d'échanges d'informations entre États membres concernant les pénuries et les excédents de main d'œuvre.

Le renforcement d'EURES permettrait de mettre en oeuvre plus facilement les instruments que la Commission met en place en faveur de l'emploi, à l'instar du Mécanisme de garantie pour la jeunesse. Il ne paraît donc pas opportun de soulever une réserve au titre du principe de subsidiarité.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Šiandien kalbame apie labai svarbią temą - darbą. Išvados parengtos remiantis dideliu kai kurių Europos regionų nedarbu rodo, kad reikėtų stiprinti darbo jėgos judumą ES tam, kad padidintume darbuotojų įdarbinimo galimybes ir suteiktume koordinavimos pagalbos geriau ir greičiau užpildant laisvas darbo vietas. Todėl valstybės narės turėtų įsteigti nacionalinius koordinavimo centrus, kurie teiktų bendrą paramą ir pagalbą visoms jų teritorijose veikiančioms organizacijoms palaikančioms bendradarbiavimą su atitinkamomis organizacijomis kitose valstybėse narėse, ypač kaimyninėse. Tokiems koordinavimo centrams visų pirma turėtų būti pavesta nagrinėti su laisvomis darbo vietomis susijusius skundus bei problemas ir tikrinti su savanorišku ir sąžiningu darbo jėgos judumu Sąjungoje susijusius atitikties aspektus. Nepamirškime, kad didėjant darbo rinkų tarpusavio priklausomybei būtinas glaudesnis užimtumo tarnybų bendradarbiavimas, ypač pasienio regionuose, tam, kad visiems darbuotojams pagal savanoriško ir sąžiningo darbo jėgos judumo Sąjungoje principus būtų užtikrinta laisvo judėjimo galimybė. Tai be abejo turėtų būti vykdoma visoje Sąjungoje ir pagal Sutartis, be jokios diskriminacijos. Reikėtų nustatyti bendrus valstybių narių ir Komisijos bendradarbiavimo pagrindus. Tai turėtų remtis visų darbo pasiūlymų iš visos ES sujungimu ir galimybę teikti paramą dėl darbo per tarpininkavimą darbuotojams ir darbdaviams. Reikia taip pat apibrėžti bendrą požiūrį į keitimąsi informacija ir į individualizuotų konsultavimo paslaugų teikimą, būtiną tokiam bendradarbiavimui palengvinti.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – A Parlament asztalán lévő rendeletjavaslat célja, hogy javítsa a munkavállalók hozzáférését az EU-n belüli munkavállalói mobilitást támogató szolgáltatásokhoz, ezáltal pedig elősegítse a méltányos mobilitást, és biztosítsa a foglalkoztatási lehetőségekhez való jobb hozzáférést az egész Unióban. Ennek fő eszköze az európai foglalkoztatási szolgálatok – körülbelül 900 tanácsadóból álló – hálózata (EURES). Egyértelmű azonban, hogy ez az eszköz jelenlegi formájában nem képes ösztönözni a további méltányos mobilitási mintákat, különösen az uniós munkaerő létszáma és a jelenlegi gazdasági helyzet kihívásainak jellege miatt. Erre a javaslat választ ad, ugyanakkor mindenképpen fel kell hívni a figyelmet arra, hogy a munkavállalói mobilitás ösztönzése mellett azoknak is támogatást kell biztosítanunk, akik gazdasági kényszerből hagyták el szülőhazájukat és végeznek – olykor a képzettségükhöz képest alulfizetett és méltánytalan – munkát. Ha van arra uniós forrás, hogy elősegítsük az európai polgárok mobilitását, úgy arra is kell találni megoldást, hogy azokat segítsük, akik szülőföldjükön szeretnének újra boldogulni.

Jarosław Wałęsa (PPE), na piśmie. – Prawo do swobodnego przepływu pracowników pojawiło się już w Traktacie Rzymskim z 1957 r. Jest również zagwarantowane w art. 39 ujednoliconej wersji Traktatu ustanawiającego Wspólnotę Europejską. Szacuje się, że ponad 7 milionów obywateli europejskich mieszkało i pracowało w 2013 r. w innym państwie członkowskim, z czego 78% to osoby aktywne zawodowo, a 68% z nich posiadało zatrudnienie. Jednakże z powodu kryzysu finansowego przepływ siły roboczej wewnątrz Unii zmalał w ostatnim czasie o jedną trzecią. Ponadto odnotowuje się trend związany z brakiem wykwalifikowanego personelu. Aby przeciwdziałać dalszym skutkom rozwijającego się trendu, w dniu 2 grudnia 2015 r. Komitet Stałych Przedstawicieli zatwierdził porozumienie osiągnięte z Parlamentem Europejskim w sprawie ponownego ustanowienia i reorganizacji europejskiej sieci służb zatrudnienia (EURES).

Celem samym w sobie jest uczynienie z sieci EURES skutecznego narzędzia dla osób poszukujących pracy lub pracodawców. Dodatkowo pokonywanie barier w mobilności zwiększy dostęp zatrudnienia w całej UE, co ułatwi tworzenie nowych miejsc pracy. Co więcej, wspomniana sieć zatrudnienia przyczyni się do zwalczania bezrobocia, pomagając w lepszym dopasowaniu podaży i popytu na rynku pracy. EURES ma również odegrać ważną rolę w dostarczaniu konkretnych informacji i usług pracodawcom i pracownikom transgranicznym w europejskich regionach przygranicznych. Jestem zdania, że idea ujednoliconego rynku bez większych granic państwowych opiera się na wysokim poziomie wzajemnego zaufania oraz na równoważności systemów regulacyjnych.

16. Einführung dringender autonomer Handelsmaßnahmen für Tunesien - Aufnahme der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen EU/Tunesien (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad:

— sprawozdaniem sporządzonym przez Marielle de Sarnez w imieniu Komisji Handlu Międzynarodowego w sprawie wniosku dotyczącego rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie wprowadzenia nadzwyczajnych autonomicznych środków handlowych dla Republiki Tunezyjskiej (COM(2015)0460–C8-0273/2015–2015/0218(COD)) (A8-0013/2016) oraz

— oświadczeniem Komisji: Otwarcie negocjacji w sprawie umowy o wolnym handlu UE-Tunezja (2015/2791(RSP)).

Marielle de Sarnez, rapporteure. – Monsieur le Président, chère Cecilia Malmström, je pense que c'est un débat important que nous avons ce soir. Je vais y revenir dans deux minutes. Je voudrais d'abord remercier tous les rapporteurs fictifs qui se sont pleinement impliqués pendant les dernières semaines sur ce dossier important non seulement pour la Tunisie, mais aussi pour l'Europe et pour l'idée que nous en avons.

Vous connaissez tous le contexte tunisien, vous mesurez tous le chemin parcouru par la Tunisie depuis les dernières révolutions arabes. C'est au fond un des seuls et un des rares pays qui ait réussi sa transition démocratique et qui ait réussi à asseoir cette démocratie. Il a d'ailleurs été récompensé, à juste titre, par le prix Nobel de la paix donné pour le dialogue tunisien. Cela était tout à fait justifié.

Néanmoins, vous savez tous à quels défis ce pays est confronté. On se souvient tous des attaques terroristes qui ont frappé la Tunisie. Les terroristes n'ont pas frappé ce pays par hasard, ils l'ont frappé parce que la Tunisie est en train de réussir et, ce faisant, ils ont évidemment mis à mal l'économie: il n'y a plus de tourisme, il y a une crise économique sans précédent, il y a un chômage extrêmement important, en particulier chez les jeunes et les jeunes diplômés, et il y a toutes les questions que pose évidemment le voisinage de la Libye et peut-être demain de l'Algérie. Nous avons donc besoin que la Tunisie réussisse, et l'Union européenne doit l'aider à réussir. C'est l'esprit qui préside aux deux textes dont nous allons parler maintenant.

Le premier de ces textes est très important. Il a été présenté par la Commission: ce sont des mesures d'urgence en faveur de l'huile d'olive. Je dis que c'est important parce qu'il s'agit là de faire les choses concrètement. Il ne s'agit pas seulement de parler, il ne s'agit pas de beaux discours, il s'agit d'être au rendez-vous de la solidarité avec la Tunisie et les Tunisiens. Ce que propose la Commission est tout à fait opportun, à savoir d'augmenter non pas les exportations d'huile d'olive de la Tunisie, mais d'augmenter de 35 000 tonnes par an sur deux années les quotas d'huile d'olive à droit nul, sans exporter pour autant davantage d'huile d'olive de la Tunisie. Je vous donne un chiffre: nous produisons en Europe plus de 1,4 million de tonnes d'huile d'olive. Vous voyez donc que cette proposition est très importante pour la Tunisie, mais n'est pas de nature à déstabiliser l'Europe. Nous avons d'ailleurs obtenu des amendements qui prévoient de mesurer les effets de ce mécanisme au bout d'une année et, s'il y a un problème – ce que je ne crois pas – des mesures seront prises.

Dans le deuxième texte, il est question de l'ALECA, l'accord de libre-échange avec la Tunisie. Le premier cycle de négociation a eu lieu. Nous allons adopter demain une résolution sur laquelle nous avons beaucoup travaillé dans notre commission. Le message du Parlement est simple: ce n'est pas uniquement une résolution qui parle de commerce et de libre-échange; c'est d'abord une résolution politique, une résolution qui dit notre solidarité, notre soutien à la démocratie, à la croissance, à l'économie et à l'emploi en Tunisie. Cette résolution donne les conditions de la réussite. Nous disons qu'il faut, premièrement, que l'accord soit politique; deuxièmement, que cet accord soit asymétrique – d'abord pour la Tunisie – et progressif; troisièmement, qu'il y ait non seulement de la transparence, mais aussi que les Tunisiens dans leur ensemble s'approprient cet accord, qu'ils en fassent leur affaire. C'est pourquoi je suis très heureuse que nous ayons eu ce dialogue avec les parlementaires tunisiens au Parlement européen. Il est très important de l'installer de façon absolument permanente. Cet accord doit servir la Tunisie, il doit servir l'ensemble des Tunisiens et, à ce moment-là, nous serons au rendez-vous de l'exigence qui est la nôtre, à savoir être aux côtés de la Tunisie et des Tunisiens.

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Mr President, Tunisia and the European Union have been close partners for a long time. Since 2012, the EU has been supporting the young Tunisian democracy via a privileged partnership which is not limited only to trade but encompasses a variety of other issues such as an intensification of a political dialogue and a significant increase in technical and financial assistance to Tunisia. Because it is, as the rapporteur said, very important to support this country where the democracy is fragile and weak and the situation is, as we all know, very difficult for the Tunisian people and the government.

Twenty years after the signature of the Association Agreement between us and them, during which our bilateral trade has more than doubled, we are again at the beginning of a new process aiming to deepen our trade relations even further. It is my conviction – and recent citizens' protests also demonstrate this – that Tunisia's political success depends on its economic success. They go hand in hand. We have an obligation to support that. An openness to trade and investment can play an important role. So the negotiations for a Deep and Comprehensive Free Trade Area Agreement (DCFTA) represents one of the ways in which the EU can support the economic recovery of Tunisia. It will go hand in hand also with the reform process undertaken by Tunisia itself, and I was very happy to be in Tunisia earlier last fall to launch the negotiations of this DCFTA.

We are aware, given the current fragile economic situation, that these negotiations are a major challenge for Tunisia. We therefore propose, as the rapporteur also said, an asymmetric and gradual approach to market opening in these negotiations. We share with the Tunisian authorities their willingness to move forward in stages. A good negotiation begins in the first place by mutual listening, during which we must integrate the realities, the specificities and expectations of each other.

The EU is ready to accompany this negotiation and implementation with a package of different supporting measures. This package will support the reform process and be conducive to the upgrading of certain key sectors such as agriculture and services, and also providing support to the private sector.

I am very aware of the importance of Tunisian civil society. They have played, and are playing, a key role in Tunisia's reform process. They should also play a role, of course, in these negotiations. I was happy to meet many of them when I was in Tunisia, and we had a dialogue on the DCFTA. I have promoted a high level of transparency and dialogue with civil society, both Tunisian and European, all along the process. Civil society should be provided with regular debriefings after each negotiation round. Close and continuous involvement of civil society will play a key role in raising awareness about the negotiations and also the future implementation.

As for the draft regulation on olive oil, the purpose of the measure is to send a positive political signal to Tunisia and to bring concrete, tangible short-term benefit to its economy, creating jobs that are so desperately needed in Tunisia. I welcome the way this has been dealt with in the European Parliament under the work of Marielle de Sarnez, the rapporteur, and all the others in the Committee on International Trade (INTA) and joint committees which have worked with this as well. I hope that this House tomorrow will support the proposal by the INTA Committee so that the benefits we offer to Tunisia can enter into force with no further delay. The imports of olive oil from Tunisia will, of course, have to comply with preferential origin and EU sanitary and phytosanitary requirements. The measure is proposed for a limited period of two years, and it will be closely monitored. Let me assure you that the Commission proposal does take into account the general situation of the EU olive oil market. It is expected that this volume of the quota will be absorbed under the current market situation without any significant impact.

So thank you very much for the work you have done on this. I hope tomorrow we will send a strong joint signal from the European Union that we are on the side of the Tunisian people. We are ready to help them short term, medium term and also long term, because this is a true partnership.

Clara Eugenia Aguilera García, *ponente de opinión de la Comisión de Agricultura*. – Señor Presidente, señora Comisaria Malmström, también quiero felicitar a la señora de Sarnez, por su informe. Pero yo he sido ponente de la opinión de la Comisión de Agricultura y Desarrollo Rural y quiero trasladarla aquí, porque creo que no ha sido suficientemente reconocida.

Lo primero que quiero decir en mi intervención es que la Comisión de Agricultura y Desarrollo Rural se mostró favorable a este acuerdo político sobre las medidas comerciales de emergencia a Túnez. Claramente. Hubo un voto mayoritariamente a favor de rechazar la propuesta que quería rechazar absolutamente el informe propuesto por la comisión. Por lo tanto, la comisión es favorable al acuerdo político, pero creo sinceramente —y por eso quiero señalarlo aquí— que no se preservan adecuadamente los intereses del sector oleícola europeo, del que dependen muchas zonas rurales europeas, entre ellas la mía, Andalucía. Es un sector que, por lo tanto, no podemos olvidar en la tramitación de este informe.

Y yo le pido a este Pleno, a las personas presentes aquí y a usted, señora Comisaria, que sean sensibles y que se puedan incorporar las enmiendas 11, 12, 13 y 14. Creo firmemente que estas enmiendas no perjudican en nada al necesario apoyo a Túnez.

Santiago Fisas Ayxelà, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor Presidente, señora Comisaria, Túnez es posiblemente el único país de la cuenca sur del Mediterráneo que está en el camino de una verdadera democracia. Y lo que nosotros consideramos que es un buen ejemplo para todo el mundo árabe, es un mal ejemplo para los islamistas radicales, que están haciendo todo lo posible para que Túnez fracase y se desestabilice. Por tanto, es un deber para Europa ayudar a Túnez en estos momentos difíciles, y apoyo plenamente la concesión de cuotas extraordinarias de importación del aceite tunecino. Dicho esto, siempre son nuestros agricultores los que pagan las consecuencias y en este caso creo que es importante buscar un equilibrio adoptando unas medidas que garanticen que los productores europeos de aceite de oliva no salgan perjudicados por este acuerdo.

En este sentido hemos presentado unas enmiendas que clarifican este punto y que espero que mañana se voten afirmativamente. Tal y como refleja el texto que mañana votaremos, esta concesión de medidas extraordinarias en ningún caso condiciona la propuesta de Resolución sobre la apertura de negociaciones para un Acuerdo de Libre Comercio entre la Unión Europea y Túnez, que apoyo plenamente, y que considero que es un paso más en la consolidación de la democracia en Túnez.

Emmanuel Maurel, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, Madame la commissaire, Madame la rapporteure, chers collègues, je pense que, sur tous les bancs de cette Assemblée, nous avons le même objectif, qui est d'aider concrètement et durablement la Tunisie et le peuple tunisien. Cela a été dit, mais il faut quand même le rappeler, parce que c'est important pour nous, Européens: la Tunisie est à la fois le berceau et le symbole du Printemps arabe et c'est l'un des seuls pays qui est aujourd'hui en mesure de réussir sa transition démocratique.

Mais bien sûr – et M^{me} de Sarnez a eu raison de le rappeler –, la Tunisie est confrontée à des défis considérables: défi politique avec la menace terroriste, défi économique et social avec un chômage de masse et le tourisme qui s'effondre. Bref, la question qui se pose à nous est de savoir comment nous pouvons aider concrètement et durablement les Tunisiens.

La première chose – et c'est rappelé dans le texte –, ce sont des aides financières exceptionnelles. De nombreux États membres s'y sont engagés. La deuxième chose, que nous pouvons faire maintenant, dans l'urgence et de façon temporaire, est l'extension des quotas d'huile d'olive à droit nul. Sur ce point, je voudrais que nous ayons un débat sincère entre collègues. Je ne crois pas, compte tenu de la faible importance de l'huile d'olive tunisienne sur le marché européen, que cela aura un impact sur les prix ou même sur les producteurs européens. Je crois que c'est une mesure temporaire d'urgence, qui peut donner un peu d'air à l'économie tunisienne.

Enfin, il y a cet accord de libre-échange. Je tiens absolument à ce que nous disions qu'il s'agit avant tout d'un partenariat qui n'est pas seulement économique, mais politique. Et qu'est-ce que cela suppose? Cela suppose, bien sûr, qu'il soit symétrique et progressif, cela suppose aussi – et là je m'adresse à Madame la commissaire, car je sais qu'elle en a conscience – une association de tous les instants de la société civile, qui a parfois des raisons d'être inquiète, et il faut la rassurer. Il faut que, d'une certaine façon, l'Europe fasse la preuve, dans cet accord, que ce n'est pas *business as usual*, mais qu'il y a un impératif politique que nous avons pris en compte et que nous essayons de mettre en œuvre à cette occasion. Je pense qu'il faut être à la hauteur de l'enjeu, mais aussi à la hauteur des espérances et des aspirations du peuple tunisien.

Νότης Μαρίας, *εξ ονόματος της ομάδας ECR*. – Κύριε Πρόεδρε, ενώ η τρόικα φτωχοποιεί τους Έλληνες αγρότες και διαλύει τον αγροτικό τομέα, ενώ οι δανειστές επιβάλλουν σκληρή φορομπηχτική πολιτική κατά του αγροτικού κόσμου και διαλύουν το ασφαλιστικό τους σύστημα και τον ΟΓΑ, ενώ οι Έλληνες ελαιοπαραγωγοί έχουν υποστεί τεράστια ζημιά, από τα έντονα περσινά καιρικά φαινόμενα που έπληξαν την παραγωγή τους, την ίδια στιγμή έρχεται η απόφαση της Ευρωπαϊκής Ένωσης που χορηγεί αδασολόγητη ποσόστωση εισαγωγής εβδομήντα χιλιάδων τόνων tunisiacού λαδιού για το 2016 και 2017.

Η ενέργεια αυτή της Ένωσης αποτελεί ταφόπλακα για τους φτωχοποιημένους Έλληνες παραγωγούς, που ήδη βλέπουν τις φετινές τιμές του λαδιού τους να καταρρέουν.

Γιατί άραγε η νομοθετική πρόταση εφαρμόζει την αδασολόγητη εισαγωγή Tunisiacού λαδιού αναδρομικά από την πρώτη Ιανουαρίου 2006; Ποιους θέλει να καλύψει; Ποιους θέλει άραγε να ευνοήσει;

Κυρία Malmström, οι ελαιοπαραγωγοί της Κρήτης, οι ελαιοπαραγωγοί της Λέσβου, του νησιού που κατακλύζεται από χιλιάδες πρόσφυγες δεν αντέχουν άλλο χτύπημα κάτω από τη μέση.

Marietje Schaake, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, as we express our support for closer cooperation between the EU and Tunisia through trade, let me begin by recognising the people in Tunisia. We know these times are very challenging, but we are encouraged and also moved by your ongoing courage and struggle to overcome repression, whether it is authoritarian or Islamist and even the horrors of terrorist attacks. Tunisia is and must be an example of peaceful transition, yet this path of transition to democracy is hard, and the EU must be Tunisia's first and essential partner. Let us also remember why five years ago Mohamed Bouazizi, in an act of despair, set himself on fire and became a symbol for all those who had a good education but for whom corruption prevented any opportunity, especially for young people. I trust that a good trade agreement along with broader support will contribute to development, stability and the freedom of Tunisians to shape their own future, and in that context I urge colleagues not to prevent a very minimal quota on the import of olive oil without duties. It will have very little impact on the European market but will be a major support for Tunisian development.

Patrick Le Hyaric, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, comme l'a dit M^{me} De Sarnez, notre responsabilité est de nous placer au côté de la juste émancipation du peuple tunisien, qui se déroule – beaucoup l'ont mentionné – dans de multiples tourments, dont les affres du terrorisme qui a frappé ce pays à trois reprises, avec des conséquences négatives sur l'activité économique et l'emploi.

Des accords efficaces de coopération, avec des échanges à tarif préférentiel peuvent être décidés en tenant compte de secteurs sensibles de part et d'autre de la Méditerranée. C'est le cas notamment du secteur des fruits et légumes, dans lequel des calendriers de production devraient être mis en place pour éviter des concurrences destructrices. Il en est de même de la protection des productions d'huile d'olive.

À l'opposé des accords de libre-échange intégral, qui sont destructeurs d'activité, ou d'aides financières conditionnées aux exigences du Fonds monétaire international, nous préférons des accords de partenariat coopératif décidés après consultation de la société tunisienne et des études d'impact nécessaires pour préparer ces négociations.

Jordi Sebastià, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor Presidente, señora Comisaria, de nuevo estamos aquí hablando de Túnez, y esta vez con medidas muy concretas. Parece que va tomando forma aquello de que Túnez es nuestro único posible aliado democrático en el norte de África y que tiene que ser un país preferente, al que debemos ayudar sin fisuras.

Estamos hablando de dos cuestiones diferentes. Por un lado, esas medidas comerciales de emergencia reflejadas en el hecho de poder importar más aceite de oliva con aranceles cero. Y estamos totalmente a favor, y se lo digo viniendo de un país que produce mucho y muy buen aceite de oliva, porque hay que ser solidarios y hay que ayudar a Túnez, que está sufriendo mucho en su camino hacia la democracia: terrorismo, la crisis de todos los inmigrantes que le han llegado de Libia y todos los problemas que tiene.

Pero a la hora de ayudarle más concretamente, a esta Unión Europea se le ocurren pocas cosas, tiene poca imaginación y vuelve a hablar de un tratado de libre comercio. Un tratado de libre comercio con un desequilibrio importantísimo, ante la gran potencialidad que tiene la Unión Europea y la pequeña economía y las deficiencias estructurales que tiene Túnez. Para empezar, los ciudadanos tunecinos pueden venir a Europa solo si tienen visado, mientras que nosotros podemos desplazarnos allí sin problema. Este inicio de las negociaciones del tratado de libre comercio no ha contado con el apoyo de las organizaciones civiles de Túnez. Hay muchas formas de ayudar al pueblo tunecino diferentes a esta. Queremos imponer nuestros dogmas del neoliberalismo y nuestras formas de crear economía a un país que, en estos momentos, no está preparado para ello.

El apoyo político y el apoyo económico no tienen por qué implicar este tipo de tratados de desequilibrio.

Rosa D'Amato, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, non fate questo grande errore. Non si aiuta il popolo tunisino con l'importazione di olio d'oliva senza dazi; così si danneggia solo l'agricoltura del Sud Europa.

Collegli, non siate sordi, oltretutto, all'appello dei cittadini e dei produttori che temono il crollo del prezzo dell'olio. Ascoltate le parole e le valutazioni della commissione per l'agricoltura del Parlamento europeo. E attenzione: vi è il rischio di contraffazione del «made in Italy» e di frode a danno dei consumatori.

Al settore agricolo italiano, ad esempio, verrebbe imposta l'ennesima decisione senza tenere in considerazione l'impatto a livello economico, occupazionale e ambientale. Non vi viene il dubbio che, dopo l'arrivo nei porti italiani, qualche furbetto possa trasformare il passaporto dell'olio tunisino in «made in Italy»? Lo chiedo perché oggi l'olio importato non è facilmente identificabile e lo sospetto fortemente dopo il recente maxi-sequestro in Puglia di ben 7 000 tonnellate di extravergine nordafricano venduto per italiano. Il rischio è che quest'olio non vada a vantaggio dei tunisini, ma venga piuttosto usato da qualche azienda che guadagna miscelando oli.

Con questa proposta solo l'agricoltura del Sud Europa porta il peso del rafforzamento della democrazia nei paesi del Nord Africa. Invece è tutta l'Europa che deve aiutare la Tunisia. La deve aiutare a lottare contro la povertà e il fondamentalismo islamico, certo, ma ci vuole una strategia agricola euromediterranea che valorizzi la nostra agricoltura e non false forme di sostegno una tantum che invece la penalizzano. Onorevoli italiani, mi rivolgo soprattutto a quelli del PD, con il vostro voto favorevole all'import dell'olio tunisino state alimentando una guerra fra poveri.

(L'oratrice accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Daniel Caspary (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Sehr geehrte Frau Kollegin, Sie haben gerade die möglichen negativen Auswirkungen auf die italienische Olivenölindustrie angesprochen. Stimmen Sie mir zu, dass der Markt für Olivenöl in Europa im Moment rund 200 Millionen Tonnen im Jahr ausmacht, dass wir gerade über 35 Tonnen zusätzliches Olivenöl aus Tunesien sprechen und dass allein Italien vor zwei Jahren über 500 000 Tonnen Olivenöl im Jahr aus anderen Ländern exportiert hat? Also wenn Sie der italienischen Landwirtschaft helfen wollen – was ich verstehen kann –, dann kümmern Sie sich darum, dass ihre Produzenten weniger anderes Olivenöl importieren, als dass Sie jetzt den Tunesiern einen kleinen Strohalm der Hoffnung zerschlagen.

Rosa D'Amato (EFDD), *risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Quello che ho detto è ben diverso. Ho parlato di una politica agricola euromediterranea, il che vuol dire includere anche i paesi del Nord Africa, il che vuol dire tutti i produttori. Ricordiamoci che la facciamo in Europa, e quindi abbiamo un modo di fare agricoltura uguale, i prodotti sono gli stessi. Per questo parlavo di guerra fra popoli.

Ricordiamoci che, oltre queste 35 per 2, abbiamo anche altre 56 000 tonnellate che sono state grate, diciamo così, da questa politica europea. Quello che dico è che tutti devono aiutare la Tunisia, e non soltanto l'Europa. Non dico di non aiutarla, anzi, è un avamposto della democrazia, quello della Tunisia, e dobbiamo sicuramente aiutarla, ma non in questa maniera.

Philippe Loiseau, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, j'ai deux remarques à faire concernant cette proposition.

Tout d'abord, une fois de plus, le Parlement européen, sous le couvert d'aides au processus démocratique, mène une politique d'ingérence qui le caractérise bien trop souvent. Nous connaissons le résultat de l'action de certains pays européens dans le processus de démocratisation d'autres pays d'Afrique du Nord ou du Proche-Orient.

Quel réel impact peut avoir une augmentation des importations d'huile d'olive sur la crise politique tunisienne? J'aimerais vous interpellier sur les conséquences de cette initiative sur les producteurs européens d'huile d'olive. Ce secteur a connu de graves crises et n'a pas besoin que l'Union européenne aggrave sa situation pour des raisons politiques. La bactérie *Xylella fastidiosa* l'a déjà mis en grande difficulté et je pense qu'il est donc totalement inutile d'en rajouter. Comme souvent, le Parlement européen organise une concurrence déloyale, puisqu'il n'y a pas de taxe d'importation. Les petits producteurs seront donc à nouveau les dindons de la farce.

La rapporteure estime que l'Union doit exercer une solidarité aux dépens des agricultures du Sud de l'Europe. La suite logique de cet avis de bon sens serait d'abandonner cette proposition, car il est impossible que ces importations ne nuisent pas au secteur agricole européen.

Salvatore Cicu (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, voglio dire con chiarezza che io, personalmente, sono a favore di una politica di coesione che sostenga il processo di democratizzazione dalla Tunisia e che sostenga il sistema tunisino.

Sono invece fortemente contrario all'adozione di questo tipo di provvedimenti rispetto alla destinazione di immissione di olio, ma sono contrario non per l'olio in termini specifici: sono contrario ad una politica che una volta sceglie l'olio, una volta sceglie il pomodoro, una volta sceglie il vino, una volta sceglie tutto quello che viene prodotto solo in alcune aree territoriali. Perché non cominciamo a scegliere il latte? Perché non cominciamo a scegliere la carne? Perché non cominciamo, cioè, a realizzare la condizione di diversificare il peso che grava solo sul nostro territorio del Sud (parlo della Sicilia, parlo della Puglia, parlo della Sardegna, parlo cioè di situazioni che oggi sono drammaticamente in ginocchio)? Perché qui non si tratta di andare a considerare quanto produciamo, qui si tratta di considerare quali danni i piccoli produttori subiscono attraverso questo tipo di politica.

E aggiungo che la credibilità dell'Europa viene meno, e diventa ancora più lesa nella sua capacità di trasferire un messaggio forte e positivo di coesione e di forza proprio a causa dell'esistenza di questo tipo di provvedimenti. Allora io ho proposto un emendamento per il totale rigetto di questa proposta della Commissione.

Victor Boştinaru (S&D). – Monsieur le Président, Madame la commissaire, Madame la rapporteure, je voudrais tout d'abord remercier Madame la rapporteure pour son excellent rapport, que je partage et soutiens entièrement.

Avansul Tunisiei către pluralism și democrație este o sursă de inspirație, speranță și respect pentru noi toți. Tunisia însă se confruntă astăzi cu provocări economice, sociale și de securitate enorme. De aceea este fundamental și urgent să ajutăm această țară dincolo de discursurile noastre flamboaiante, acum, în acest moment, așa cum i-am promis și, din păcate, am făcut atât de puțin.

Propunerea Comisiei privind introducerea de măsuri comerciale autonome de urgență pentru Tunisia face parte din acest pachet de ajutor urgent. De aceea, îi rog pe toți colegii mei să susțină textul acestui raport așa cum a fost propus de raportor și, mai ales, să evităm trialogul, care ar fi de natură să ne scoată din orice grafic relevant pentru Tunisia. Aceasta este o măsură esențială pentru o economie tunisiană atât de afectată de criză, iar uleiul de măsline rămâne principalul produs de export al Tunisiei.

Jasenکو Selimovic (ALDE). – Mr President, the terrorist attacks in Tunisia have had a tremendous impact on that country's already weak economy. Therefore, the Commission's initiative on additional exports of olive oil is to be welcomed. I hear some honourable Members complaining about the disastrous impact that additional imports will have, but the numbers tell a different story. Europeans are consuming more or less the same amount of oil as every year, but our production has decreased by almost 50% and the amount of oil that will eventually come into the EU from Tunisia is about 1.7%. My question to these Members is: in what way will one additional per cent destroy a European market which is lacking 48%? I can tell you how it will affect Tunisians: olive oil employs more than one million people; it is Tunisia's main agricultural export, it brings growth, and it prevents despair. For us it is nothing, but for Tunisia it is a big deal. I hope that Parliament will show the promised solidarity in the vote tomorrow.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, personalmente sono d'accordo con l'obiettivo che la Commissione dice di voler perseguire: aiutare la democrazia tunisina e la sua economia, entrambe profondamente colpite dagli attacchi dei gruppi terroristici, così come sono favorevole a qualsiasi pratica di solidarietà economica e politica tra i popoli dell'area mediterranea.

Allo stesso tempo, però, io ho una fortissima contrarietà sullo strumento proposto, ovvero un accordo di libero commercio e ulteriori quote a dazio zero per l'olio di oliva. La liberalizzazione non è lo strumento per stimolare l'economia in via di sviluppo, anzi. Sarebbe stato uno strumento realmente utile ad aiutare la popolazione tunisina una rinegoziazione e una cancellazione del debito. Penso che sia retorica, quella di aiutare i produttori tunisini, quando invece sarebbero interessate a beneficiare di questo provvedimento solo le grandi aziende di esportazione europee.

Voglio qui ricordare che i produttori d'olio di oliva, soprattutto dell'area del Sud Europa (penso alla mia Puglia), sono già stati duramente colpiti anche dalla *xylella* e dal piano di eradicazione purtroppo avvenuto anche con l'avallo di questo Parlamento.

Io voterò contro questa proposta di regolamento non solo per difendere i produttori europei e pugliesi, ma anche quelli tunisini.

Daniel Caspary (PPE). – Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen Tunesien helfen, aber wir erwarten auch etwas von Tunesien zurück. Wir wollen Tunesien helfen, indem wir den Tunesiern Olivenölquoten zugestehen – zusätzlich, gering im europäischen Verhältnis –, und wir wollen Tunesien helfen, indem wir den Marktzugang verbessern über ein solides Freihandelsabkommen, das Tunesien Perspektiven bietet.

Aber auf der anderen Seite wünsche ich mir, dass Tunesien auch seine Verpflichtungen ernst nimmt. Und wenn ich im Moment sehe, dass viele Tunesier auf dem Weg nach Europa sind, dann geht es ja genau auch darum, Fluchtursachen zu bekämpfen. Aber auf der anderen Seite erlebe ich, dass sich Tunesien im Moment sehr, sehr schwer tut, Flüchtlinge wieder zurückzunehmen, die eigentlich gar keinen Grund haben. In meinem Heimatland zum Beispiel gab es im Jahr 2015 nicht einen einzigen tunesischen Migranten, dessen Grund anerkannt wurde – Anerkennungsquote 0,0 Prozent. Und wenn wir jetzt diese Handelserleichterungen gewähren, dann wünsche ich mir, dass Tunesien auch in diesem Bereich kooperativer wird und uns hilft, unsere Probleme zu lösen.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, Madame la commissaire, Madame la rapporteure, c'est vrai que cet accord de libre-échange se négocie dans un contexte un peu particulier.

Depuis la révolution de 2011 et même depuis bien avant, la Tunisie a besoin d'être aidée, et je me réjouis de l'accord concernant l'huile d'olive. Je ne peux que m'étonner de la ligne de défense de certains de nos collègues ici, qui s'émeuvent de l'impact de ces mêmes pas 2 % d'importations d'huile d'olive tunisienne sur la production européenne, alors qu'ils sont parfois les meilleurs défenseurs d'accords de libre-échange qui pourraient avoir des effets beaucoup plus dévastateurs sur l'agriculture en Europe. J'invite donc ces collègues à regarder de plus près ce que l'agriculture pourrait perdre dans cet accord avec la Tunisie.

Je voudrais qu'avec cet ALECA, nous soyons attentifs au fait qu'il y ait des avancées dans le domaine de la création d'emplois de qualité et du développement durable pour la Tunisie, que nous soyons attentifs à ce que cet accord tienne compte des différences de compétitivité entre les économies, et enfin, comme vous l'avez dit, Madame la commissaire, que nous soyons attentifs à associer la société civile à cet accord, parce qu'elle a beaucoup d'informations à nous donner. Je vous remercie pour votre travail.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io credo che non ci possa essere nessuno fra noi che non sia solidale con il popolo tunisino dopo i vili attentati terroristici dell'anno scorso. Ma l'Europa sta già svolgendo la sua parte egregiamente attraverso, per esempio, uno stanziamento di 500 milioni di euro sancito qualche giorno fa, il 12 febbraio, dalla Commissione europea.

Non credo quindi che questa sia la giusta risposta per sostenere la giovane democrazia tunisina, poiché con queste 70 mila tonnellate di olio di oliva esendazi che si aggiungono, come qualcuno ha ricordato, alle 56,7 mila già previste da un precedente accordo non si fa altro che massacrare l'agricoltura del Sud Europa, in particolare dell'Italia, in un contesto temporale molto peculiare, laddove, come qualcuno ha detto, la *xylella* – la malattia che ha colpito le piante della Puglia – ha procurato nel 2015 una riduzione del 47% della produzione complessiva italiana.

Ecco perché mi auguro che questa proposta di regolamento non venga approvata e non si continui a massacrare l'agricoltura del Sud Europa.

Președintă: ADINA-IOANA VĂLEAN

Vicepreședintă

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio l'onorevole de Sarnez per il lavoro svolto.

Sulla situazione in Tunisia è già stato detto molto. Io credo che il compito dell'Unione europea sia quello di fornire un forte contributo politico, economico e finanziario per fare in modo che il processo di transizione in atto si concluda positivamente, e ciò va fatto in tempi utili, non possiamo perdere tempo. Il negoziato sulle relazioni commerciali deve andare in questa direzione e, perché si realizzino ricadute importanti e verificabili sull'insieme della realtà tunisina, vi è la necessità che l'accordo si basi sulla massima trasparenza e che veda coinvolgere pienamente la società civile tunisina. Questo è un punto essenziale che il Parlamento europeo deve chiedere con forza e determinazione.

Penso che debba collocarsi su questa strada anche la questione dell'acquisto dell'olio tunisino, su cui il Consiglio e la Commissione hanno deliberato; credo solo che si debba usare il buon senso nella valutazione degli emendamenti che sono stati presentati. In definitiva, credo di poter dire che la Tunisia si aspetta anche dal Parlamento europeo un segnale importante per definire un quadro di relazioni commerciali equilibrato.

Fernando Ruas (PPE). – Senhora Presidente, naturalmente que somos a favor da solidariedade da União Europeia para com os países em dificuldade e, em especial, os que são alvo de ataques, como foi o caso da Tunísia.

No entanto, manifestamos as nossas reservas quanto à forma como a solidariedade, neste caso concreto, pretende ser exercida, não só porque pode vir a prejudicar, uma vez mais, um setor com algumas debilidades, mas porque é possível dispor de outros instrumentos existentes no âmbito das políticas externas, da política de vizinhança e da política humanitária, entre outras, ou de mecanismos de reforço da economia e de estabilização política do país em apreço.

Paralelamente, todos sabemos da importância que o setor do azeite assume para as economias dos países mediterrânicos, como é o caso de Portugal. Também por essa ordem de razão, o princípio da solidariedade não deve valer apenas para fora da União Europeia, mas também no seio da União Europeia, o que equivale a dizer que deve haver uma maior proteção do setores-chave para a economia dos Estados-Membros e alternativas mais justas e adequadas para apoiar a economia dos países terceiros. O meu voto irá, assim, refletir a minha posição nesta matéria.

Gilles Pargneaux (S&D). – Madame la Présidente, Madame la commissaire, Madame la rapporteure, je suis d'accord avec vous pour affirmer que la Tunisie représente le défi majeur du voisinage européen. Tout le monde l'a bien compris.

Pour aider ce pays, la première mesure est d'accroître les exportations de ce pays, notamment dans le secteur clé de l'huile d'olive. Nous devons ensuite conclure rapidement un partenariat de juste échange entre l'Union européenne et la Tunisie.

Notre soutien doit cependant aller au-delà. En effet, la question de la sécurité mériterait une large coopération régionale entre les pays du Maghreb. Aujourd'hui, cela n'existe pas. Voilà un champ où l'Union européenne doit investir toute sa force diplomatique.

Au final, soutenir l'économie tunisienne, c'est soutenir sa démocratie. Soutenir la démocratie tunisienne, c'est lutter contre le terrorisme qui frappe ce pays. Lutter contre ce terrorisme, c'est nous protéger nous-mêmes. Voilà le message que tout le monde doit entendre ce soir dans cet hémicycle.

Giovanni La Via (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io voterò contro la proposta, voterò per il rigetto di questa proposta perché le finalità della proposta sono giuste, ma gli strumenti utilizzati per raggiungere gli obiettivi sono profondamente sbagliati.

Una riduzione dei dazi all'importazione europei non ha alcun vantaggio e non comporta nessun beneficio per i produttori tunisini e per gli operatori economici tunisini. Avrà solo effetti benefici per un gruppo di importatori europei di olio di oliva che si arricchiranno con le tasse pagate dai cittadini europei. Non è questa la buona politica, non è questa l'Europa che vogliamo. Mi sembra proprio che stiamo andando nella direzione sbagliata: non solo penalizziamo ancora un settore, quello agricolo del Sud Europa, in termini pesanti ma facciamo un'azione che non avrà effetti concreti. L'olio buono è limpido, qui invece stiamo parlando di un olio molto, molto torbido.

Paolo De Castro (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, commissario, aiutare la Tunisia in questo momento così difficile è un dovere morale e noi non ci vogliamo certamente tirare indietro.

Tuttavia crediamo che ci sarebbero stati altri modi più concreti ed efficaci di aiutare l'economia agricola tunisina, ad esempio attraverso programmi di valorizzazione dell'olio tunisino, un ottimo prodotto che è già largamente importato nell'Unione europea. E persino alcune ONG tunisine hanno sollevato dubbi sull'utilità di queste misure che avvantaggeranno soprattutto i commercianti europei e molto poco i produttori tunisini.

Le nostre perplessità non sono frutto di una posizione corporativa: siamo solidali, ma non possiamo permettere di mettere a rischio il già fragile settore olivicolo europeo, senza peraltro essere sicuri dei veri beneficiari di queste misure. Avremmo preferito una proposta completamente diversa, ma almeno chiedo a tutti i colleghi di sostenere gli emendamenti approvati dalla commissione per l'agricoltura che mitigano gli effetti distorsivi sul mercato europeo di questa proposta.

Marijana Petir (PPE). – Poštovana predsjednice, Tunis je jedna od rijetkih zemalja u kojoj smjena vlasti kao posljedica prosvjeda u sklopu arapskog proljeća nije dovela do kaosa i sukoba kao u drugim arapskim zemljama, već su ostvarene demokratske promjene. Tunisu je stoga potrebno pomoći u očuvanju još uvijek krhke demokracije i gospodarskim omogućavanjem plasmana robe na europsko tržište. No to se ne smije rješavati parcijalnim mjerama koje će se loše odraziti na europske poljoprivrednike kao što smo već vidjeli na primjeru ruskog embarga.

Maslinovo ulje glavni je tuniski poljoprivredni proizvod za izvoz u Europsku uniju, stoga je ova pomoć Europske unije snažna poruka podrške. No uvoz maslinovog ulja iz Tunisa u Europsku uniju utjecat će na napore Europske unije da uredi svoje tržište maslinovim uljem jer su utvrđene degradacije kvalitete uslijed ulaska takvih ulja na tržište Europske unije. Tome treba dodati činjenicu da Europska unija ima dovoljno svog maslinovog ulja. Tunisu svakako treba pomoći, a u interesu hrvatskih i europskih maslinara očekujem da ta pomoć bude razmjerna, kontrolirana i vremenski ograničena.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhora Presidente, Senhora Comissária, comecemos pelo mais importante: a União Europeia já tinha a obrigação política de ser fiel ao compromisso de reforçar as relações comerciais com a Tunísia; tem agora também a obrigação moral de apoiar ainda mais a Tunísia, depois dos ataques terroristas, que atingiram gravemente a economia tunisina.

Faz, por isso, todo o sentido apoiar o setor do azeite na Tunísia, embora tenhamos de ter em conta também que o setor do azeite é um setor importante para vários países do sul da Europa. Por isso, devem ficar claras duas coisas: primeiro, que se trata de medidas realmente excecionais e temporárias para vigorar não mais de dois anos; segundo, como proposto pela nossa relatora, que ficam sujeitas a um mecanismo de avaliação e salvaguarda, que permita a sua suspensão no caso de se revelar perturbação grave do mercado europeu do azeite. Dessa forma, seremos solidários com a Tunísia, como é nosso dever, e daremos a tranquilidade necessária ao setor do azeite europeu.

Catch-the-eye procedure

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Senhora Presidente, a Tunísia atravessa um período de fortes conturbações e é um país merecedor da solidariedade europeia. O contingente suplementar concedido para a exportação de azeite para a União Europeia faz parte desta abordagem de solidariedade.

Tal como para a Tunísia, o setor do azeite é relevante para a economia agrícola europeia, e cabe zelar pela sua resiliência. Como em qualquer relação comercial bilateral com a União Europeia, devem tomar-se as devidas precauções para garantir a estabilidade no mercado interno setorial, bem como os requisitos de qualidade das importações.

Considero, portanto, que as devidas instâncias devem dispor de mecanismos de alerta para potenciais desequilíbrios no funcionamento do mercado oleícola da União Europeia, o que passa por um seguimento regular das quantidades importadas.

Considero ainda que esta medida deve ser implementada sem querer instituir qualquer precedente no processo negocial entre União Europeia e a Tunísia sobre o estabelecimento de uma zona de comércio livre.

Michela Giuffrida (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, siamo al fianco del popolo tunisino e da italiana, cittadina di un paese che ha dato il più alto esempio di solidarietà in materia di immigrazione, dico – come lei, signora commissaria – che tutta l'Unione europea deve essere solidale. Ecco perché era auspicabile che tutti i ventotto paesi membri fossero coinvolti nella condivisione della proposta della Commissione sul metodo individuato e sulle sue ricadute economiche per rendere effettivo questo principio di solidarietà.

Invece lo strumento è fortemente penalizzante per un'area, e solo quella, il Sud Europa, e in particolare per l'Italia, oltre che, ancora una volta, per un particolare ed unico settore, quello dell'agricoltura. Il tutto senza neppure uno studio di impatto preventivo e, per di più, mentre sono proprio le ONG tunisine a farci sapere di considerare quest'accordo inefficace perché, magari, si sarebbero aspettate altro.

E allora dichiaro che voterò contro questo accordo, aspettando che la Commissione riformuli la sua proposta per aiutare effettivamente la Tunisia.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjedavajuća, želim odmah na početku reći da ću glasati „za”, iako imam mnogo rezervi. Glasat ću „za” zato što je usvojen prijedlog da se iz godine u godinu prati što će se događati s tržištem maslinova ulja u Europskoj uniji. To je dobro prihvaćen amandman i vjerujem da će se pokazati da će se uvoz maslinova ulja na tržište Europske unije prije svega biti u korist nekih posrednika unutar Europske unije, a puno manje, ono što se očekuje, tuniških proizvođača maslinova ulja.

Međutim, glasat ću „za” i zbog toga što je to jedna vrsta političke poruke Tunisu. Mi trebamo stati uz taj narod, trebamo pomoći i pokazati odlukama Europskog parlamenta, u tom svjetlu, da želimo biti uz Tunis.

Pozivam na oprez jer će više koristi od ovoga imati neki trgovci, mali broj njih, koji će se možda obogatiti na tome, nego tuniški proizvođači maslinova ulja.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'Unione europea deve in tutti i modi accompagnare il processo di democratizzazione della Tunisia. L'Europa deve sostenere l'economia tunisina, ma a farne le spese non possono essere i produttori di olio di oliva. Allo stato attuale la proposta della Commissione europea potrebbe avere un impatto negativo sul settore olivicolo europeo e quindi ritengo sia fondamentale che domani questo Parlamento si esprima a favore degli emendamenti correttivi del testo che ho presentato insieme ai colleghi della commissione AGRI.

Il primo emendamento ha l'obiettivo di limitare gli effetti della proposta a un massimo di due anni; il secondo precisa che l'olio dovrà essere prodotto interamente in Tunisia, al fine di evitare la frode e garantire un'adeguata protezione dei consumatori; il più importante è il quarto, quello che prevede una gestione mensile dei quantitativi supplementari per minimizzare il loro impatto sul mercato comunitario dell'olio di oliva e per evitare il crollo dei prezzi europei in determinati mesi dell'anno.

Con questi emendamenti riusciremo a mitigare l'impatto negativo di questa proposta ed è chiaro che, qualora non dovessero essere approvati, non esiterò a votare contro l'intera proposta.

(End of catch-the-eye procedure)

Cecilia Malmström, Member of the Commission. — Madam President, this has been a good debate and shows that we all really want to help Tunisia. It is a fragile democracy, it is really struggling and the people there have chosen a courageous way, as opposed to many of their neighbours. We know the challenges from terrorism and others that have affected them, but still they keep on fighting, and we as their neighbour have a duty to try to support them.

Their economy has also suffered immensely, and that is why the DCFTA has the potential not only to support the economy and a longer partnership, of course, but also a democratisation and reform process, which they are already following. We will carefully work with the Tunisian Government in order to identify the priorities to make sure that this is asymmetric and that sensitive sectors are included, excluded or phased-in very slowly and that the priorities are defined jointly but, of course, listening very carefully to our Tunisian friends.

We will involve civil society, which is something we are talking to the Tunisian Government about a lot. It needs to be transparent, inclusive and as open as possible and they need to work hand in hand, because Tunisia also has this very strong and dynamic civil society, as opposed to many of their neighbours.

So the DCFTA will have important effects for the future, but it will take some time before we can see the results. Bearing in mind the acute situation in Tunisia, we wanted also to support them short-term, and one way of doing so is the olive oil sector, which is so important for their economy. It was not our idea; it came from Tunisia, which wants us to support this. How can we do it? Well, we do it with what is important for Tunisia but for us is a very modest contribution – less than 2% of our total olive oil market will be affected by this. We have, of course, closely monitored the situation, and it will have a very marginal effect on our market. So I think, honourable Members – even if I hear what you are saying – that many of your fears are exaggerated. We will continue to monitor the situation. It is a two-year thing. This is a concrete way to support Tunisia on a short-term basis. It will signal that our solidarity is not only beautiful words but that we are also accompanying these with action. That is why the Commission really hopes that this House will support the rapporteur and the proposal by the Committee on International Trade in the vote tomorrow.

Marielle de Sarnez, rapporteure. – Madame la Présidente, Madame la commissaire, je remercie l'ensemble des intervenants dans ce débat. Je pense que nous poursuivons tous ici, malgré nos sensibilités différentes, un seul objectif: nous voulons que la Tunisie réussisse et que cette réussite bénéficie aussi à l'ensemble des Tunisiens.

Deux mots sur l'accord de partenariat. Je crois que le message de notre Parlement est clair. Nous ne voulons pas simplement un accord de libre-échange ni un accord de commerce: nous voulons entamer un véritable partenariat politique avec la Tunisie. Nous demandons à la Commission de faire preuve d'imagination et d'associer réellement la société civile tunisienne à ce partenariat. Je sais que la commissaire nous entend et nous entendra sur cette question. Il est très important que les Tunisiens s'approprient ces négociations, que ce ne soient pas des négociations qui tombent de nulle part avec, entre guillemets, des experts, mais que cela soit vraiment l'affaire des Tunisiens et des Européens.

Quant à la deuxième question, il est évident que nous devons aider la Tunisie à court terme. C'est pourquoi nous avons besoin de ces mesures d'urgence, et vous avez bien fait de rappeler que ce sont les Tunisiens qui les demandent. Ce n'est pas la Commission qui s'est réveillée un jour en se disant: «Voilà ce qu'on va faire.» C'est une demande de la Tunisie. Il est très important que l'ensemble de nos collègues nous entendent ce soir. Des choses diverses et variées, mais aussi des choses inexactes, ont été dites à ce propos. Il n'y aura pas d'augmentation du volume global des importations d'huile d'olive de Tunisie: le volume global restera exactement le même. De plus, nous prenons toutes les précautions. Si les amendements que nous avons introduits en commission sont adoptés demain matin – ils l'ont été en commission –, nous aurons une évaluation précise du mécanisme au bout d'une année. Et si des problèmes de déséquilibre apparaissent – ce que je ne crois absolument pas –, la Commission proposera des mesures pour y remédier.

C'est pourquoi j'appelle vraiment l'ensemble des collègues à être au niveau de solidarité où notre Parlement doit être. Les Tunisiens attendent un signal politique fort de notre Parlement demain, soyons à ce rendez-vous!

President. – I have received one motion for a resolution tabled in accordance with Rule 123(2) of the Rules of Procedure.

The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 25 February 2016.

Written statements (Rule 162)

Birgit Collin-Langen (PPE), schriftlich. – Ich unterstütze es, dass die EU autonome Maßnahmen ergreift, die Tunesien wirtschaftlich unterstützen. Es ist dringend angezeigt, die Staaten Nordafrikas weiter wirtschaftlich zu unterstützen, damit diese Staaten besser dazu beitragen können, die EU in der Flüchtlingsfrage zu entlasten. Dennoch bin ich der Auffassung, dass bei solchen Maßnahmen große Sorgfalt geboten ist. Bei der Auswahl der gewählten Handelspräferenzen sollte daher sichergestellt werden, dass es zu keinen negativen Auswirkungen auf unsere eigenen Produktionen kommen kann.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – Fontosnak tartom, hogy szolidaritást mutassunk Tunéziával, és meglevő eszközeinkkel segítsük az észak-afrikai ország gazdaságának és demokratikus politikai rendszerének stabilizálását. A nemzetközi terrorizmus súlyos veszélyt jelent az országra, s elriasztja a turistákat, akik nélkül Tunézia gazdasága megroppanhat. Gondoljunk itt a tavalyi sousse-i szörnyűséges merénylet következményeire. Ezért bizonyos mértékig indokolt a tunéziai olívaolaj-termelők segítése érdekében adott kereskedelmi kedvezmény. Az európai uniós termelőkkel azonban legalább ugyanilyen mértékig szolidárisnak kell lennünk. A Bizottság által adott plusz 35 ezer tonna olívaolajra vonatkozó vámmentesség nem válhat kivételes eszközből mindennapi gyakorlattá. Ezért kérem, hogy a spanyol és olasz néppárti képviselők javaslatának megfelelően csak havi importengedélyeket lehessen kiadni e plusz mennyiség behozatalára, másrészt ne lehessen meghosszabbítani a vámmentes időszakot.

Tokia Saïfi (PPE), par écrit. – La Tunisie connaît une période difficile; le pays a été frappé par les attentats et l'instabilité de la région l'a également impactée. Je tiens à rappeler que la Tunisie accueille actuellement un million huit cent mille réfugiés libyens, soit 16% de la population tunisienne auxquels elle fournit une aide et une assistance.

En parallèle de ces difficultés, la Tunisie poursuit sa transition démocratique et je salue l'obtention du Prix Nobel de la paix par le Dialogue tunisien. L'Union européenne souhaite, à travers le lancement de ces négociations commerciales, renforcer son soutien à la Tunisie et pour ce faire, les discussions autour de cet accord commercial doivent permettre de mener une véritable réflexion afin de tenir compte des intérêts, objectifs et préoccupations de chacun des acteurs.

Le futur accord devra prendre en compte les sensibilités des secteurs concernés. Il devra être progressif et asymétrique et permettre de contribuer à la stabilité de la Tunisie, à la consolidation de sa démocratie et à la relance de son économie. Il est également important de réaffirmer le soutien de l'Union européenne à la Tunisie à travers l'octroi de mesures exceptionnelles et temporaires visant à stimuler l'économie tunisienne tout en répondant et en prenant compte des préoccupations des producteurs européens.

Alfred Sant (S&D), in writing. – There should be consensus that we need – and that Tunisia needs – this agreement. However across the divide of those signing the agreement, institutionally and economically, we are not operating at the same level.

In agriculture, what trading concessions we concede to Tunisia, weak though they seem from the south of the Mediterranean, are perceived from the north as undermining the livelihood of farmers. The arrangements by which we try to detail the tax systems that the Tunisian authorities should apply, can serve to undermine Tunisia's flexibility to enhance its endowments and attract direct investment.

The institutions north and south of the Mediterranean still do not converge, are still incompatible. This is not like judging whether the institutions of the north or of the south are 'better'. This is a question of saying things as they are. Convergence of institutions is an interactive process which cannot be finalised overnight. Believing that convergence will happen just as a result of rapprochement with Europe is an illusion. Agreement with Tunisia is imperative. Not because sensational events of the recent past must be repeated, but because in the creation of convergent institutions north and south of the Mediterranean, Tunisia occupies a principal role.

Dubravka Šuica (PPE), napisan. – Izvješće o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o uvođenju hitnih autonomnih trgovinskih mjera za Republiku Tunis predlaže mjere za poboljšanje teške gospodarske situacije u kojoj se Tunis našao nakon nedavnih terorističkih napada. Rezolucijom je izglasana neoporeziva godišnja kvota za izvoz 35 000 tona djevičanskog maslinovog ulja potpuno proizvedenog u Tunisu u Europsku uniju. S obzirom da je maslinovo ulje glavni izvozni poljoprivredni proizvod Tunisa za EU, ovime se šalje snažna politička poruka podrške. U interesu hrvatskih maslinara je da ova podrška bude razmjerna i vremenski ograničena na maksimalno dvije godine. Amandmani na donesene rezolucije pružit će zaštitu državama članicama koje se bave industrijom i izvozom maslinarskih proizvoda. Smatram da količina predviđenog uvezenog ulja neće naštetiti građanima EU-a koji se bave industrijom maslina. Nadalje, ukoliko Komisija pronađe dokaze da se Tunis ne pridržava uvjeta ili utvrdi da postoji neravnoteža europskog tržišta, može donijeti akt kojim se djelomično ili u potpunosti suspendiraju povlašteni sporazumi s Tunisom.

Beatrix von Storch (ECR), schriftlich. – Freier Handel fördert die Freiheit. Und er verhindert Krieg. Der große Franzose Bastiat hat einmal gesagt, dass, wo Güter die Grenzen nicht überschreiten dürfen, Armeen dies tun werden. In diesem Sinne ist freier Handel friedensstiftend. Und er nutzt zudem den Menschen – denen in Tunesien und denen in der EU. Wenn Tunesier ihre Produkte an die Bürger und Unternehmen in der EU verkaufen dürfen, dann geht es allen besser: den Produzenten wie den Käufern. Wir profitieren auch auf andere Art: Ein wirtschaftlich erfolgreicher Tunesier wird nicht so schnell in die Bedrängnis kommen, in der Auswanderung sein einziges Heil zu erblicken. Wir leisten einen Beitrag dazu, den Nutzen von Wirtschaftsmigration zu verringern, wenn wir Freihandel erlauben. Und das sollten wir umgehend tun.

17. Vorbereitung auf die Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Thema Drogen (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Council and Commission statements on preparation for the UN General Assembly special session on drugs (2016/2561(RSP)).

Jeanine Hennis-Plasschaert, President-in-Office of the Council. – Madam President, UNGASS 2016 is a key opportunity for the international community to take stock of the achievements of the international drug control system today. It also provides an opportunity to elaborate a response to the world drug problem and to find long-term solutions in the framework of the international treaties. As an outcome, UNGASS should adopt a short and action-oriented document comprising a set of operational recommendations, and the EU supports such an approach.

To be more precise, the EU advocates the following priorities. First, we emphasise that the three UN drug conventions which provide the international legal framework, and the Universal Declaration on Human Rights, should remain the cornerstone of the global response to the world drug problem. Indeed, there is sufficient scope and flexibility within the provisions of the UN drug conventions to accommodate a wide range of approaches to drug policy in accordance with national and regional specificities.

Second, we highlight the importance of human rights. We call for the abolition of the death penalty for drug-related offences as well as the abolition of other practices which are not in line with the principles of human dignity, liberty, democracy, equality, solidarity, the rule of law and human rights, and the EU continues to stress that the death penalty undermines human dignity while failing to act as a deterrent to criminal behaviour. Also, the EU recalls that the application of the death penalty for drug-related crimes does not meet the threshold of the most serious crimes as set out by the International Covenant on Civil and Political Rights.

Third, we advocate drug policies based on an integrated, balanced and evidence-based approach. Clearly, a balance between drug supply and drug demand reduction measures is needed, and we also call for drug policies to be underpinned by a sound public-health approach based on scientific evidence and supported by objective monitoring systems and evaluation.

While the international drug conventions call for a balanced approach, we feel that in a number of states, measures to address drug production and trafficking take priority over drug use, prevention, risk and harm reduction, treatment, rehabilitation and recovery. Therefore a stronger health approach is needed to redress this balance, and UNGASS is a unique opportunity to achieve that.

The Union also calls on state parties to guarantee access to risk- and harm-reduction measures, which are not only related to HIV/AIDS prevention but also cover a whole spectrum of measures to protect public health and society. The EU consistently stresses that these measures have proved their effectiveness in improving public health. We also advocate the promotion of alternative development as a long-term and holistic approach to tackle the root causes and framework conditions of the illicit cultivation of drug crops.

Finally, we attach great importance to the role of civil society and science, especially in the field of drug demand reduction. Therefore the EU is also calling for the recognition of a role for civil society in drugs policies. These priorities will reflect that, in the common EU position on UNGASS set out in November last year and in the EU contribution to the UNGASS outcome document. Currently the EU is closely involved in defending these priorities in the negotiations on the UNGASS outcome document, and we are glad to see that the UNGASS outcome document already includes many elements that are important to the EU. However, two important issues are still missing: first, a reference to the abolition of the death penalty for drug-related crimes, and second, strong language on risk- and harm-reduction measures. Clearly the EU will have to keep on advocating the inclusion of these very important elements.

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Madam President, the Commission believes that the EU has a very important role to play in promoting a robust outcome at the United Nations General Assembly special session on drugs and is fully engaged in its preparation.

The European Union adopted last November a common position for the UNGASS. We are determined to speak with one strong voice, and you will hear that the Commission is very much in agreement with the Council at this session. We will ensure that critical issues for the EU's Common Position are taken on board in negotiations on the outcome document.

Commissioner Avramopoulos will represent the Commission at the special session and seize the opportunity to present and promote the EU's world-recognised model of drugs policy, and this policy is based on evidence. It drives a balanced approach between drug demand reduction and drug supply reduction and gives attention to the challenges, such as the online trade in drugs and new psychoactive substances.

Some of the key issues we will focus on have already been mentioned by the Minister, but let me emphasise them again. Our priorities include respect for human rights and the call for abolition of the death penalty for drug-related crimes, because they do not meet the threshold for the most serious crimes under international law. So, we have proposed from the EU side to organise a side event, during the special session, on the death penalty to explain our views on why capital punishment for drugs-related offences is not a good policy solution – and, by the way, it is never a good solution. We will also plead for proportional criminal justice when dealing with people who use drugs, and we will advocate rebalancing our drug policy towards public health approaches. This is the primary objective of an international drugs control system.

We need to do more when it comes to demand reduction, encompassing prevention, early detection and intervention treatment, risk reduction, care, recovery, rehabilitation and social integration, and we are comparatively very well placed to share our experiences and best practices in this area.

We will support the draft recommendations on drug supply reduction currently on the table. We want to see greater international cooperation and coordination to prevent and respond to drug-related crimes. Primarily, the focus should be on those having a leading role in the trafficking chain. It is equally important to address the links between drug trafficking and other forms of organised crime, money laundering and corruption.

The EU will remain active in regional and international networks addressing these issues. Europol is contributing decisively to this end, offering experts and facilitating information exchange and best practices. We will also call for effective international cooperation on challenges such as drug trafficking on the internet and on new psychoactive substances – threats that concern all the regions of the world. We will stress the importance of building drug policies on evidence, reliable objective monitoring and evaluation systems. We have our own agency, the European Monitoring Centre of Drugs and Drug Addiction (EMCDDA) in Lisbon, which is pursuing these goals steadily.

Last but not least, we wish to see tailored measures for children, women and young people. Therefore the EU will be at the forefront of those calling for greater involvement of civil society in the definition and implementation of our drugs policy. We have an expert group of 45 NGOs in the form of the EU Civil Society Forum on Drugs, and they are a constant adviser to us. So, dear Members of Parliament, I am looking forward to hearing your interventions, which we will carefully take into account in our preparations and participation in UNGASS.

Michał Boni, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, Madam Commissioner, the UNGASS Conference will be an opportunity to promote the European approach related to drug issues in order to tackle the demand and supply, also to fight drug-related problems. The European approach is unique, as we have managed to create coordination with 28 drug policies joined together and reinforced by action taken at EU level. This is a model with a special role for EMCDDA, our agency, to do risk assessments, and we should share this experience with the regional organisations. As Europe, we should promote the abolition of the death penalty and the right to healthcare services for people affected by drugs. It is important to change the attitude, not to stigmatise or criminalise people dependent on drugs but promote a preventive approach and build an awareness of how dangerous all kinds of drugs are.

Three points: firstly, the integrated approach should be further developed, with cooperation between health, justice and law enforcement, civil society focused on assistance, treatment, education and awareness-raising. On the other hand, a more coordinated fight against organised crime should be a priority as well. Secondly, we need to adjust to the new ways of drug distribution, taking into account the role of the internet. This is not only for law enforcement but also for parents and prevention organisations. And thirdly, we should understand the phenomenon of new psychoactive substances, which pose more and more of a threat.

We need a proper early-warning system and the possibility to react much faster. This is why all available resources, especially related to the EMCDDA in Europe, need to be strengthened.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Egyetértek az Ön által felsorolt szempontokkal, egy ponton azonban kérdést szeretnék föltenni. Ön mennyire gondolja az összehangolt politikákat valóban képviselhetőnek, amikor például az én hazámban, Magyarországon, 50%-kal ugrott meg a hepatitis C-ben megbetegedettek száma azért, mert megszüntette a kormány az ingyenes tűcsereprogramot. Ez azért eléggé szétszórt politikákra utal.

Michał Boni (PPE), *blue-card answer*. – I think that it is important to understand that competences relating to health are in the Member States' hands, but that there are many efforts being made at the European level to coordinate and harmonise some activities. I think that we need to have a balance. Promotion and cooperation is one of the most important things but, on the other hand, we need to remember that many Member States will tackle their own policies in this area.

Elly Schlein, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, nella sua relazione annuale del 2014 la Direzione nazionale antimafia italiana ha sentito il dovere di evidenziare il totale fallimento dell'azione repressiva di contrasto alla diffusione delle droghe leggere, in particolare la cannabis, invitando il parlamento italiano a valutare, in un contesto europeo, se sia opportuna una depenalizzazione della materia, tenendo conto delle potenziali ricadute positive in termini di deflazione del carico giudiziario, di liberazione di risorse per il contrasto ad altri fenomeni criminali e, soprattutto, di lotta alle mafie. Parole pesantissime che arrivano da chi è in prima linea nella battaglia per far rispettare le normative attuali e che si inseriscono in un dibattito reso vivo dalle positive esperienze in paesi come l'Uruguay e in diversi Stati degli Stati Uniti d'America, anche in termini di riduzione dei fenomeni criminali.

Questo ci deve fare riflettere proprio in vista della sessione speciale dell'Assemblea generale delle Nazioni Unite dedicata alle droghe, un'opportunità unica di rivedere le politiche sulle droghe a livello globale, mettendo al centro le persone, la loro salute e i diritti umani, avendo il coraggio di cambiare rotta.

Le politiche repressive hanno infatti fallito nel ridurre il mercato illegale, hanno sovraffollato le carceri, hanno provocato la stigmatizzazione di chi fa uso di droghe e favorito i traffici miliardari della criminalità organizzata. Mi auguro quindi che sfrutteremo questa importante occasione per riflettere su un cambiamento di rotta ormai necessario.

Marek Jurek, *w imieniu grupy ECR*. – Zdrowie publiczne to jedno z praw podstawowych składających się na dobro wspólne każdego narodu i żaden rząd nie ma prawa uchylać się od odpowiedzialności za zwalczanie plag, szczególnie plag szerzonych w zorganizowany sposób, które uderzają w zdrowie ludzi. Ludziom uzależnionym od narkotyków należy pomagać w leczeniu; hurtowników, dystrybutorów, wszystkich tych, którzy szerzą tę plagę, należy zwalczać, należy z nimi prowadzić regularną wojnę.

Słyszę, że w tej chwili głównym naszym orędziem do reszty świata ma być zakaz kary śmierci za przestępstwa narkotykowe, a może jeszcze zakazemy używania wojska w walce z mafiami narkotykowymi? Może zwrócimy się do Stanów Zjednoczonych, do państw Azji Wschodniej, żeby wojsko nie walczyło z mafią narkotykową, bo jeszcze przypadkiem jakiś hurtownik zginie? My mamy ludzi bronić, a nie zachęcać innych do tego, żeby nie zwalczali tego zła, które uderza w nasze narody.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Téma drog považuji v současné době za stejně aktuální, jako např. téma migrace. Bohužel mi připadá, že drogy stále zůstávají v pozadí veškerých diskuzí. V posledních letech stále dochází k novým trendům, na které musí mezinárodní společenství reagovat, chce-li zabránit rozmachu drog.

Když se podívám na statistiky, je naprosto jasné, že výčet nově vznikajících omamných látek neustále narůstá, např. v roce 2014 došlo k nahlášení 101 nových omamných látek. Současně s tímto fenoménem již delší dobu narůstá i počet trestných činů souvisejících s nabídkou drog. Tím snad nejnebezpečnějším je obchodování s nelegálními drogami na internetu. V Evropě je již několik tisíc internetových obchodů, kde si i mladiství a děti mohou koupit drogy a jiné omamné látky.

Musíme tedy hledat řešení nejen na evropské úrovni, ale i na světové a zasadit se o efektivní prevenci tohoto negativního jevu.

Μιλτιάδης Κύρκος (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, το 1998 αποφασίστηκε για πρώτη φορά η στήριξη και των αστυνομικών μέτρων, αλλά και των μέτρων πρόληψης και θεραπείας. Αυτό όμως δυστυχώς δεν έγινε. Μείναμε στις διακηρύξεις και έτσι φτάσαμε σήμερα το ογδόντα τοις εκατό των διαθέσιμων πόρων να διοχετεύεται στις αστυνομικές εκστρατείες, οι οποίες έχουν αποδειχθεί καθολικά αποτυχημένες. Δυστυχώς, το μόνο που προσφέρουν είναι η ψευδαίσθηση ότι υπάρχει ένας ισχυρός διώκτης. Όμως, ο βασιλιάς είναι γυμνός.

Για να γυρίσουμε στο ευρωπαϊκό επίπεδο, είναι απαραίτητη η προσφορά θεραπειών οι οποίες απευθύνονται σε μικροπαραβάτες χρήστες, εναλλακτικές της φυλάκισης, όπως και η προσφορά τέτοιων προγραμμάτων θεραπείας για μέσα στις φυλακές. Τέλος, είναι πολύ σημαντικό να λειτουργήσουν τα εποπτευόμενα κέντρα χρήσης, τα οποία όχι μόνο σώζουν ζωές των χρηστών, αλλά εμποδίζουν και τη μετάδοση μολυσματικών νόσων στο γενικό πληθυσμό.

Σκεφθείτε κάθε μία ζωή η οποία σώζεται σε ένα κέντρο εποπτευόμενης χρήσης σημαίνει επιπλέον και ένα ελεύθερο κρεβάτι σε μία μονάδα εντατικής θεραπείας. Ποιος συγγενής ανθρώπου που το έχει ανάγκη δεν θα εκλιπαρούσε γι αυτό.

Stanislav Polčák (PPE). – Já souhlasím se svými předřečníky, pokud jde právě o roli prevence, nepochybně důležitosti nevylučování lidí, kteří jsou uživateli drog a takto ztroskotali ve svém životě. Rovněž tak v podpoře organizací, které se zabývají zapojením těchto lidí do dalšího života.

Zároveň bych chtěl upozornit s ohledem na podstatu trestního práva i na problematiku skutečně nových psychoaktivních látek, o kterých hovořil i můj předřečník, pan kolega Zdechovský. Nejde pouze o to, kolik jich bylo objeveno nových, ale také o celkový objem těchto látek, které byly zachyceny třeba v evropském prostoru. V roce 2013 to byly 2,3 tuny. To je obrovské množství a s ohledem na to, že tyto nové psychoaktivní látky musí být dostatečně popsány i z ohledu trestního práva, vyvstává otázka, jak proti nim bojovat jinak než na mezinárodním poli.

Proto je skutečně předmětem dnešní debaty to, jaký je mandát EU pro zastoupení na Valném shromáždění OSN a jaké konkrétní body budou zhrnuty do společného postoje. Doufám, že to budou i ty nové pschoaktivní látky.

Catch-the-eye procedure

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, c'è un aspetto che spesso non viene preso in considerazione dalle strategie di contrasto alla droga. Non si tratta delle tecniche repressive, ma della valutazione dell'impatto ambientale della lotta alla droga.

Tra il 2001 e il 2013 oltre 700 mila acri di foreste in America Latina sono stati distrutti per far posto a piantagioni di cocaina. Secondo uno studio pubblicato da *Open Society Foundations*, una ONG che fa capo a George Soros, nelle aree più critiche del mondo le conseguenze ambientali della guerra alla droga internazionale sarebbero persino più devastanti di quelle economiche e sociali. È solo l'ennesima dimostrazione di come le sole politiche repressive siano solo state una scelta antieconomica, garantendo lautí guadagni a produttori, *broker* e trafficanti.

Per questi motivi ritengo che la prossima sessione speciale dell'ONU debba tenere in considerazione anche questa nuova questione, sollevata dai rapporti indipendenti di diverse organizzazioni. Solo in questo modo sarà possibile affrontare gli effetti deleteri della guerra alla droga, tenendo conto di tutti gli aspetti e non solo di quelli repressivi.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, σε μια φάση τεράστιας παγκόσμιας οικονομικής κρίσης, φτώχειας και ανεργίας, σε μια φάση έντασης των παγκόσμιων προσφυγικών και μεταναστευτικών ροών, σε μια φάση επιδείνωσης της κοινωνικής συνοχής στις μεγαλουπόλεις της Ευρώπης, των Ηνωμένων Πολιτειών, της Ασίας και της Λατινικής Αμερικής, σε μια φάση ενίσχυσης του λαθρεμπορίου της εγκληματικότητας και της διακίνησης ναρκωτικών, η Συνδιάσκεψη του ΟΗΕ για τα ναρκωτικά θα μπορούσε, υπό όρους και προϋποθέσεις, να αποτελέσει μια ελπιδοφόρα αχτίδα φωτός. Μια ευκαιρία για παγκόσμια συνεργασία στους ακόλουθους τομείς:

- 1) Στο χτύπημα του εμπορίου αλλά και της καλλιέργειας ναρκωτικών·
- 2) Στην επιβολή σκληρών ποινών και μηδενικής ανοχής στους εμπόρους ναρκωτικών
- 3) Στο χτύπημα των δικτύων διακίνησης ναρκωτικών on the spot αλλά και στο Διαδίκτυο·
- 4) Στη διαμόρφωση μιας πολιτικής που θα συμβάλει στην πρόληψη και στην ενημέρωση της νεολαίας για τη μάστιγα των ναρκωτικών και
- 5) Στην ενίσχυση διαδικασιών απεξάρτησης και κοινωνικής ένταξης.

Οψόμεθα λοιπόν.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodo predsjedavajuća, dobro je da Europska unija s 28 jasnih glasova dolazi na ovo posebno zasjedanje Generalne skupštine Ujedinjenih naroda o drogama. Naš europski koncept, naše europsko iskustvo kada govorimo o prevenciji, o ulozi civilnog društva, o reintegraciji onih koji su okusili drogu, o ulozi javnog zdravstva, edukacije pa i kampanja koje su se u mnogim zemljama, regijama i gradovima vodile protiv droga, vjerujem da upravo to europsko iskustvo može biti iznimno značajno za cijeli svijet. Naravno, i iskustvo koje ima Europol.

Ali, ja sam ipak kada treba izabrati između prevencije ili represije uvijek za ono što znači civilno društvo, prevencija, javno zdravstvo, a manje represija.

(End of catch-the-eye procedure)

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Madam President, there is indeed a very wide agenda to discuss under this headline in New York later this spring. Most of the issues you refer to are actually on the agenda, and the EU will be pursuing it: everything – smuggling, online, new substances – I think the EMCDDA is identifying at least one new substance a week, so this is really an acute problem – but also, of course, the issues of treatment, prevention, rehabilitation and so on. To the honourable lady from Italy on decriminalisation: different countries have chosen different paths, so this issue in itself is not on the agenda. But we will, of course, listen to the different experiences from those countries and take heed of the results and the possible impact, even if it is quite early to evaluate results – for instance, the countries you mentioned.

So there is a lot to discuss, and I will make sure that the European Parliament is involved in the further preparation but also on the follow-up of this, and we will convey your message to Commissioner Avramopoulos, who will be representing the EU there. So we are sparing no efforts to make sure that the EU is constructively and actively contributing to the UNGASS meeting and that we can help to contribute to bring solutions to this gigantic global problem, also paving the way for the review of the United Nation political declaration and plan of action on drugs, which is foreseen in 2019.

Jeanine Hennis-Plasschaert, President-in-Office of the Council. – Madam President, as was just stated by the Commissioner, most of the issues referred to are on the agenda. So yes, we will do our utmost to ensure that UNGASS follows the direction that the EU has been following already for a number of years and that this leads to a strong health and human rights-based approach in drug policies. We will also keep on voicing our opposition to the death penalty for drug-related crimes. Applying that penalty for these crimes is neither proportionate nor effective. Finally, we will also do our best to bring strong risk- and harm-reduction language into the UNGASS outcome documents, because we have proved that these measures work. Therefore we have no excuse not to use them to protect the health of our citizens.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 162)

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), în scris. – Uniunea Europeană joacă un rol esențial în lupta împotriva traficului de droguri prin exemplele sale de bune practici și trebuie să reprezinte unul dintre pionii esențiali ai sesiunii extraordinare a Adunării Generale a ONU. Dincolo de aspectul infracțional al traficului și consumului de droguri, trebuie să fim conștienți și de problemele pe care le implică din perspectiva sănătății publice, UE angajându-se în nenumărate rânduri pentru asigurarea protecției sănătății cetățenilor și în combaterea dependenței de droguri. Totuși, nivelul ridicat de decese și povara financiară adusă sistemului public de sănătate ne dovedesc nevoia unei abordări mai profunde privind reducerea furnizării și cererii de stupefiante. Este necesar ca eforturile noastre să fie dublate de conștientizarea pericolului cauzat de traficul și consumul de stupefiante de către cetățeni, atât asupra lor dar, mai ales, asupra copiilor. Având o formare medicală la bază, pun accentul pe pericolul asupra sănătății cetățenilor, astfel consider necesară aprofundarea

dezvoltării unor politici de educare a cetățenilor, în special a tinerilor, pentru a reduce impactul nociv al drogurilor asupra societății.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Unfortunately, five years after the Global Commission on Drug Policy declared that the war on drugs had failed, we are still debating whether to update a three-decade-old global drugs policy.

I believe that the failure in this field comes from a lack of understanding. We require a policy that addresses today's realities, and this is what I urge the Commission and the UN to do. We require a policy that acknowledges the increased prevalence of synthetic psychoactive substances, which are very extremely life-threatening, the new dimensions of trafficking including Silkroad and the Darknet. These are realities that can be addressed only through a shift in policy. We must safeguard the best interests of our citizens and their families and only by addressing the now can we focus on the future.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A kábítószeres világ egy gyorsan változó világ, ezért fontos, hogy a nemzetközi szabályozás lépést tartson a terület sajnálatos „fejlődésével”, illetve lényeges a megelőző célokat szolgáló tájékoztatás a drogok előállításához szükséges újabb vegyszerekről. Ebben a küzdelemben fontos mérföldkő lesz az Egyesült Nemzetek Közgyűlésének kábítószerekkel foglalkozó rendkívüli ülése. Üdvözlöm, hogy ezen külön kerekasztal fog foglalkozni a drogok és emberi jogok, ifjúság, nők, gyermekek és közösségek témakörével. Kiemelt fontosságú, hogy naprakészek legyünk az újabb és újabb drogokkal, amelyeket a droghasználók és bűnügyi hálózatok dobznak piacra. Meg kell állítanunk a pszichoaktív összetevők terjesztését, amelyek folyamatosan módosulnak kihasználva a jogi kiskapukat. Nap mint nap szembesülünk az újabb és újabb drogokkal, amelyek mérgezőek, sok esetben halált okoznak, de sokszor még nem minősülnek illegálisnak. Integrált módon lehet csak fellépni a drog elleni küzdelemben: a megelőzés, a rehabilitáció, valamint a bűnüldözés is elengedhetetlen. Mindent meg kell tenni azért, hogy fiatalok, a tanárok és a szülők megfelelő felvilágosítást kapjanak. A kábítószer-használókat pedig segíteni kell a függőség legyőzésében, így csökkentve a kábítószeres negatív társadalmi, gazdasági és közegészségügyi hatásait. Továbbá megfelelő eszközöket kell biztosítani a hatóságoknak, hogy hatékonyan tudjanak fellépni a drog elleni küzdelemben nemzetközi szinten.

Anna Záborská (PPE), *písomne* – 19. až 21. apríla 2016 sa vo Viedni uskutoční mimoriadne zasadnutie Valného zhromaždenia OSN o drogách (UNGASS). Ciele boja proti narkotikám boli vytýčené už v rámci prijatia Politickej deklarácie a akčného plánu v roku 2009. Tento akčný plán má za cieľ významným spôsobom znížiť alebo eliminovať dopyt a ponuku drog. Osobitne citlivou a náchylnou skupinou pri užívaní drog a využívaní pri obchode s drogami sú deti a mládež vo všeobecnosti, ale tiež ženy, tehotné ženy, etnické minority a osoby trpiace kombináciou psychických a fyzických porúch. Problémy týkajúce sa užívania drog a obchodu s drogami sú často vymedzené v problémových mestských štvrtiach. Preto je nutné, aby sa prijali správne reintegračné opatrenia, ktoré ponúknu životaschopnú alternatívu mladým ľuďom, ktorí upadli už do drogovej závislosti alebo sa stali tzv. „detskými vojakmi“ v službách zločineckých organizácií. Musíme si však uvedomiť, že pokiaľ má byť boj s omamnými látkami úspešný, musíme začať od prevencie v rodinách. Tie sú totiž jedny z mála efektívnych nástrojov v boji proti nielen drogám, ale i mládežníckej delikvencii a proti iným sociálnym neduhom, ktoré trápia našu spoločnosť. Rodina, ktorá je často podceňovaná, vedie úspešný boj tam, kde štát a jeho prostriedky zlyhávajú.

18. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen

President. – The next item is the one-minute speeches on matters of political importance (Rule 163).

Michaela Šojdová (PPE). – Vážená paní místopředsedkyně, kolegyně a kolegové, zásadní otázkou pro Evropskou unii je řešení migrační krize. Stále však ještě nevidím výraznou změnu v ochraně vnějších hranic a v nastolení míru na Blízkém východě. Je pro mne nepochopitelné, že stále nebylo přijato rozhodnutí o zřízení pohraniční a pobřežní stráže, zatímco systém povinných kvót, se kterým jsem nesouhlasila, bych schválila relativně rychle, ale stejně nefunguje. Mezitím přijímáme v České republice uprchlíky sami a dobrovolně, byť řádově v mnohem menší míře než v Německu a v jiných zemích. Podporuji iniciativu nadace, která v České republice zajistila azyl pro 153 iráckých křesťanů prchajících před islamistickým terorem. Je to sice malé číslo, ale jsou to konkrétní lidé, konkrétní rodiny, děti, které osobně znám, a jsem ráda, že jsme mohla přispět k jejich záchraně. V naší zemi se samozřejmě také ozývá nesouhlas, ale jsou četná i gesta solidarity a pomoci. Lidé jsou ochotni pomáhat, ale nesmí se cítit ohroženi. Platí zde jednoduchá rovnice. Čím důslednější a rychlejší bude konání evropských orgánů při řešení této krize, tím větší bude ochota uprchlíky přijímat na úrovni státních orgánů, samosprávy i jednotlivých lidí.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il sistema balneare italiano affonda le radici nella tradizione di imprese, quasi sempre a gestione familiare, che hanno investito il loro patrimonio e il loro futuro anche in zone dove tutelare un mare balneabile è una conquista di civiltà per intere regioni. L'economia balneare italiana conta 87 mila imprese, 418 mila occupati e consumi per 24 miliardi di euro.

Dopo un lungo percorso di vita queste famiglie sono ora chiamate a fronteggiare gli effetti della definitiva cessazione del loro diritto di insistenza, strenuamente difeso in ogni sede giudiziaria, ora anche innanzi alla Corte di giustizia, presso la quale essi sono stati sospinti a forza, nel tentativo di fronteggiare la marea della direttiva Bolkestein e contro la quale avanzano con trepidazione.

Mi sento di affiancarli in questo percorso, consapevole che trovare un bilanciamento tra il loro futuro familiare e il rispetto dei principi comunitari della libera prestazione dei servizi è talmente doloroso che non può essere affidato solo a loro. I possibili rimedi, come la sdemanializzazione delle aree e il riconoscimento dei diritti di opzione di superficie, appaiono quindi proposte compatibili con un equilibrio comunitario che preservi in ogni caso i loro diritti.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-жо Председател, колеги, възмутен съм от ситуацията, която се случва вече месеци наред по границата между Гърция и България. Няколко години – 2009, 2010, тази граница бива блокирана от фермери и нанася огромни щети на българските превозвачи, на българските производители, на българските предприемачи и на европейските такива. Много собственици на камиони от Полша, Чехия, Словакия, Австрия също са в тази блокада и също понасят тежки финансови загуби.

Това, което бих искал да заявя и да изискам от Европейската комисия, е едно бързо отношение и едно бързо решение върху тази блокада и това, да бъдат спазени европейските договори, тъй като в момента е нарушен Договорът за функционирането на Европейския съюз. Така не може да продължава – или ще има Европейски съюз и ще има свобода на движението, или няма да има такава. И това е моето изискване към Европейската комисия. В противен случай няма никаква нужда от нея.

Jozo Radoš (ALDE). – Gospođo predsjednice, prometno povezivanje zemalja zapadnog Balkana s Europskom unijom i međusobno omogućit će bržu komunikaciju, brže priključivanje ovih zemalja Europi, bolje razumijevanje i bolje međusobne odnose. To je razlog zbog kojeg sam prije nekoliko mjeseci s kolegama zastupnicima iz Europskog parlamenta predložio deklaraciju o proširenju velike europske TEN-T mreže na zemlje zapadnog Balkana.

Početkom ovog mjeseca Europska komisija donijela je takvu odluku kojom će se postići svi ovi ciljevi o kojima sam govorio. Stoga pozdravljam ovu odluku Komisije, a deklaracija koju sam spomenuo još uvijek se može potpisati.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, τις ημέρες αυτές γινόμαστε μάρτυρες της παραβίασης κάθε έννοιας ευρωπαϊκής αλληλεγγύης. Η αυστριακή κυβέρνηση συγκάλεσε μια εξωθεσμική παραसυναγωγή με τη συμμετοχή των χωρών των δυτικών Βαλκανίων, οι περισσότερες από τις οποίες δεν είναι καν μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης, με διακηρυγμένο στόχο να ασκήσει πίεση, ώστε η Ελλάδα να διασφαλίσει, υποτίθεται, την προστασία των εξωτερικών συνόρων της Ένωσης στην προσφυγική κρίση.

Κανείς δεν μας λέει, όμως, με ποιον τρόπο μπορεί να γίνει αυτό στα λίγα μίλια θάλασσας ανάμεσα στα ελληνικά νησιά του Αιγαίου και στα τουρκικά παράλια, χωρίς να έχουμε μαζικούς πνιγμούς ανθρώπων, οι οποίοι δεν είναι εγκληματίες, αλλά απλώς αναζητούν μια καλύτερη μοίρα.

Η πίεση δεν πρέπει να ασκηθεί προς την Ελλάδα, αλλά προς το καθεστώς της Τουρκίας, το οποίο ανέχεται τους παράνομους διακινητές παραβιάζοντας τις συμφωνίες του με την Ευρωπαϊκή Ένωση. Πρέπει να σταματήσει η ανθελληνική υστερία και να βρεθεί Ευρωπαϊκή λύση στο ευρωπαϊκό αυτό πρόβλημα.

Karima Delli (Verts/ALE). – Madame la Présidente, chers collègues, depuis quelques mois un petit objet du quotidien féminin est sous les feux des projecteurs, Mesdames, Messieurs, ceci est un tampon. Ce moyen de protection hygiénique a permis aux femmes d'être plus libres lors de leur période de règles, mais depuis quelques années, des études scientifiques nous alertent sur la présence de substances toxiques et dangereuses dans les produits hygiéniques, tels que les tampons.

Malgré la mobilisation de milliers d'Européennes et d'Européens qui se sont prononcés pour la transparence de l'industrie, avec un étiquetage complet des composants chimiques, l'industrie ne réagit pas et se cache derrière le fait qu'aucune législation européenne ou nationale ne l'y a contrainte. Interrogée en décembre dernier, la Commission européenne a dit qu'elle n'envisageait pas de nouvelles règles.

À la veille du 8 mars, journée des droits des femmes, il faut défendre les droits des consommatrices, qui ne semblent pas être une priorité pour la Commission. Je demande donc à la Commission non seulement de protéger les femmes, mais surtout d'établir de véritables règles en la matière.

Gerard Batten (EFDD). – Madam President, in the debate earlier today we heard Mr Tusk and Mr Juncker both say that if the British people vote to remain in the European Union, then the measures in Mr Cameron's deal will require legislation. But Mr Tusk gave the game away when he said that he 'hoped' they would pass into legislation. In particular, they will require amendments to the Directive on free movement, which is a fundamental principle of the European Union. Parliament may actually vote to reject or change the substance of the deal, but we will not know that until after the referendum, if indeed the British people vote to remain. Mr Cameron is trying to sell a pig in a poke. The real issue in the referendum is whether the British people want their country to be a mere region of a United States of Europe, or whether they wish to restore our former status as an independent, self-governing nation. I urge them to vote to leave.

László Tőkés (PPE). – A teremtés isteni rendjébe illeszkedő házasság és család ősi közösségei tartós válságba kerültek. A Koalíció a csaláért elnevezésű romániai civil szervezetet ez a felismerés indította arra, hogy olyan alkotmánymódosítást kezdeményezzen, amely kimondja a család egy férfi és egy nő önkéntes elhatározásával létrehozott házasságon alapul. Nem szabad hagynunk, hogy az emberi jogokra a nemek közötti egyenlőségre vagy az emberi méltóságra való hamis hivatkozás demagógiájával a társadalmi és az emberi lét alapját képező házasság és család természetes rendjét aláaknázzák. A januári római családi nap több tízezernyi tüntetőjével egyetemben álljunk ki, kollégák, családaink, gyermekeink és egészséges európai társadalmunk védelmében.

Virginie Rozière (S&D). – Madame la Présidente, je souhaitais vous faire part du fait que, depuis bientôt six mois, ce Parlement, à une très large majorité, a adopté un rapport qui demandait à la Commission européenne de prendre une initiative législative pour la reconnaissance des indications géographiques non alimentaires. Ce sujet concerne la plupart de nos territoires, puisqu'il s'agit à la fois de la localisation de l'emploi et de la reconnaissance de notre savoir-faire ainsi que de nos produits traditionnels dans un contexte où, dans la concurrence internationale, nous sommes face à des territoires qui ont leur propre production.

Alors que nous voulons soutenir les PME et favoriser l'emploi dans l'Union européenne, la reconnaissance de ces indications géographiques serait bénéfique à la fois pour nos PME, mais aussi pour les consommateurs, qui auraient une garantie sur l'authenticité des produits qu'ils achètent. Depuis maintenant plusieurs années, nous avons une étude qui confirme les avantages d'une législation dans ce domaine. Je demande à la Commission de bien vouloir prendre ses responsabilités et de nous proposer une législation dans l'année qui vient, comme c'est indiqué dans la stratégie pour le marché intérieur.

Mark Demesmaeker (ECR). – Wie zwijgt, stemt toe. Wie zwijgt over onrecht, is medeschuldig. En de EU zwijgt. Ze zwijgt in alle talen over het Turkse geweld tegen de Koerden. Het moet me van het hart dat ik gisteren ontgoocheld was over de antwoorden van de hoge vertegenwoordiger en van de NAVO-baas op mijn vragen daarover in de Commissie buitenlandse zaken.

In Syrië bestookt Erdoğan de Koerdische strijders die voor ons tegen IS vechten. Gisteren nog redden de Koerden een 16-jarig meisje uit de klauwen van IS. Turkije kiest de verkeerde vijand. In zijn eigen land schiet Erdoğan Koerdische steden en dorpen in puin. Cizre is een verwoeste stad. Het geweld maakt geen onderscheid tussen mannen en vrouwen, tussen kinderen of ouderen. Mensen sterven, levend verbrand, in hun kelders. De oorlog van de Turkse staat tegen de eigen bevolking is zo immoreel, zo verwerpelijk, maar noch Mogherini, noch NAVO-baas Stoltenberg durven het kwaad te benoemen en Erdoğan tot de orde te roepen. Als niemand anders het durft op te nemen voor dit volk, dan moeten wij dat doen.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Madam President, the importance of the EU Stabilisation and Association Agreement with Kosovo is tremendous. The agreement sends a clear signal to the citizens of Kosovo that we stand behind their European aspirations and paves the way for a more democratic and prosperous Kosovo. However, as we stand here, the agreement and the European path of Kosovo is being jeopardised. The opposition has been throwing tear gas grenades in the parliament, and they are staging day and night protests against the actions of the legitimately-elected government to implement the requirements under the agreement. The European Parliament and the European Commission have to send a clear signal that normalisation of Kosovo's relations with Serbia, and respect for minorities, is a precondition for Kosovo's European integration. The agreement has to be respected, whoever is ruling Kosovo. By sending that signal we will, hopefully, make it clear that the European integration of Kosovo is more important than the internal political fight for power and that the integration process should not be misused for the wrong purposes.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). – Señora Presidenta, a la crisis del sector del acero vasco, cuyo máximo exponente es el cierre temporal de ACB Sestao —que pone en peligro un millar de puestos de trabajo—, se suman los expedientes de regulación de empleo de las empresas Productos Tubulares y TRV.

Derechos fundamentales de miles de ciudadanos y ciudadanas son vulnerados porque las multinacionales demuestran poco afecto al territorio y a las personas, pero también, especialmente en el caso de la planta de Sestao, por la inacción o las decisiones erróneas de Bruselas, Madrid o Gasteiz. Por dejación ante el dumping en el primer caso, porque la política energética del segundo prima a las grandes empresas y porque el tercero eludió su responsabilidad tras vender su 10 % en ACB.

Los trabajadores no son mercancía ni un mero engranaje del sistema productivo, sino su eje, la clave para impulsar y desarrollar otro modelo económico más justo: una economía al servicio de las personas y no de la élite del 1 %.

Iuliu Winkler (PPE). – Tisztelt Képviselőtársaim! Az anyanyelv nemzetközi napját ünnepeltük február 21-én. A romániai magyarok ünnepét beárnyékolta egy szélsőségesen nacionalista, magyar- és kisebbségellenes törvénytervezet hallgatóságos elfogadása a képviselőházban. Ez a törvény megtiltana a kisebbségeknek anyanyelvük használatát a közigazgatásban. A tervezet magyarellenes, alkotmányellenes, és a teljes magyar közösség felháborodását váltotta ki, mivel kitételei Románia alkotmányába ütköznek, és az Európai Unió alapértékeivel ellentétesek. Az Európai Parlament plenáriumában adok hangot meggyőződésemmek, hogy az RMDSZ elérí, hogy a tervezetet a bukaresti szenátus visszautasítsa. Egy demokratikus jogállam érdekei ellen szól az, hogy egy alkotmányellenes, kirekesztő, szélsőségesen nacionalista törvényt elfogadjon. Országunk európai uniós tagságával összeegyeztethetetlen e tervezet, amelynek helye a kukában van.

Viorica Dăncilă (S&D). – Doamnă președintă, săptămâna trecută, Fiscul din România a solicitat unui număr de cinci televiziuni aparținând trustului Intact să evacueze în termen de cinci zile sediile în care își desfășoară activitatea, ca parte a acțiunii statului de recuperare a unui prejudiciu. Consider corectă dorința statului de a recupera prejudiciile din dosare. În fața justiției, toți suntem egali.

Hotărârea judecătorească s-a pus în aplicare prin preluarea clădirii trustului de presă de către stat și nu prevede evacuarea Antena 3, care nu este parte a niciunui proces și nu are nicio datorie la stat. Soluția corectă, conform legii, este dreptul de preempțiune al trustului de presă, în calitate de chiriaș.

Solicitarea către cinci televiziuni de a evacua sediile într-un timp atât de scurt înseamnă încetarea emisiunii și pot fi interpretate ca un demers menit să intimideze respectivele instituții media și chiar să pericliteze activitatea acestora. Putem vorbi despre suprimarea libertății de exprimare prin mijloace administrative. Nicăieri în Europa o televiziune, și cu atât mai puțin cinci, nu își poate schimba sediul în cinci zile.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodo predsjedavajuća, migrantska kriza načela je europsko jedinstvo i europsko zajedništvo. Pao je Dublin, ugrožen je Schengen. Kriza je bila tako velika odmah na početku da mi nismo znali dobro reagirati. Nažalost, moram konstatirati da ni danas još uvijek nemamo jasnog rješenja jer ne postoji europska solidarnost, jer ne postoji europsko zajedništvo.

Neprihvatljivo je da zemlje koje nisu članice Europske unije, koje su na tzv. Balkanskoj ruti i koje jesu dio Europe, ali i zemlje koje nisu u Europi učinile su puno više za migrantsku krizu i za rješavanje problema migrantske krize nego što to čini 28 zemalja bogate Europske unije.

Treba nam više solidarnosti, više zajedništva jer će čitav europski projekt doći u pitanje ako toga ne bude.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Madam President, this week I will submit an opinion to the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs aimed at protecting and enhancing the rights of persons with disabilities. The opinion will focus on the promotion of several rights, including the full implementation of the UN recommendations on the rights of persons with disabilities, full implementation of a European accessibility act, the removal of all barriers for people with disabilities and, crucially, the protection of the rights of our most vulnerable disabled people, including stateless people, homeless people, refugees and asylum seekers.

The 1916 Irish Proclamation calls on us to cherish all children equally. This is at the heart of what Sinn Féin do, and I hope the Committee will take on board my proposal, as people with disabilities need our dedication, application and commitment. I can tell the House that the Sinn Féin delegation and the other delegations in the GUE/NGL Group have all of these in abundance.

Stanislav Polčák (PPE). – Jedním z nejvýznamnějších problémů, kterému dnes Evropa čelí a se kterým je v současnosti konfrontována, je bezpochyby terorismus. Nejen v souvislosti s tímto jevem oprávněně slýcháme, že bychom měli řešit příčiny terorismu, ne pouze důsledky. Je to nepochybně velmi správná námitka. Pokud jde o příčiny, osobně se domnívám, že významným faktorem, který za rozmachem terorismu stojí, je právě politika Saudské Arábie. Já jsem dříve velmi zvažoval pojmenovat takto razantně úlohu a působení tohoto státu, nicméně myslím si, že v tuto chvíli již není vhodné být dále zdrženlivý. Myslím si, že také není sporu o tom, že tento stát poskytuje teroristickým organizacím oporu intelektuální i materiální. Jakkoli se v tomto směru v poslední době Saudská Arábie dostává do stínu Islámského státu, Evropská unie se ani v jejím případě nemůže dále tvářit, že je vše v pořádku. Je načase jednat a ve vztahu k Saudské Arábii důsledně uplatňovat politiku, která v konečném důsledku povede k naprosté eliminaci podpory teroristických skupin. Dnešní Saudská Arábie představuje hrozbu, podle toho k ní Evropská unie musí přistupovat.

Claudia Tapardel (S&D). – Doamnă președintă, posibilitatea de a solicita informații, de a te exprima și de a-ți apăra opiniile este direct proporțională cu măsura de independență pe care reușim să o asigurăm presei și jurnaliștilor. Este de responsabilitatea comună a Uniunii să asigure un mediu liber și independent, în care instituțiile media să își desfășoare activitatea.

Apelul meu către Comisie, dar și către dumneavoastră, stimați colegi, este să fim vigilenți și să reacționăm ferm și rapid împotriva oricăror încercări de a limita libertatea de exprimare. Căutarea în permanență a adevărului și informarea corectă a publicului rămân cele mai importante atribuții ale jurnalistului, care trebuie să fie protejate în activitatea sa. Totuși, zilele acestea, în România, un trust media afiliat CNN este somat să își evacueze sediul, fiind constrâns, prin această acțiune, să își întrerupă emisiile.

Propun să punem stop oricăror încercări de a intimida oamenii de presă și oricăror practici de presiune asupra celor care au datoria de a prezenta adevărul. Trebuie să protejăm dreptul fundamental la liberă exprimare, așa cum reiese și din articolul 2 al tratatului european. Este evident că o presă liberă este indispensabilă pentru succesul proiectului european.

Daniel Buda (PPE). – Doamnă președintă, doamnelor și domnilor colegi, liderii Uniunii Europene și responsabilitățile celor 28 de state membre au fost preocupate de găsirea unui compromis care să prevină Brexitul. Nu contest politicile în combaterea turismului social dar, în materia alocațiilor pentru copii, nu pot fi de acord ca ele să fie plătite la nivelul țării de origine a părinților, dacă aceștia nu trăiesc în Regat.

Copiii suferă deja din cauza faptului că sunt departe de părinți, fie emoțional, fie în procesul de creștere și educare. Alocațiile sunt și o formă de compensare a acestor lucruri. Părinții, plătitori de taxe și impozite, de altfel, în Marea Britanie, și-au lăsat copiii în țările de origine tocmai pentru a da prin munca lor o plusvaloare cât mai mare acestora.

Societatea britanică beneficiază, de altfel, de expertiza unor persoane – fie medici, profesori sau ingineri – pregătite profesional în alte state, fără să fi cheltuit o liră în acest proces educațional. Astfel, dacă se pune în discuție diminuarea plăților pentru alocațiile copiilor rămași acasă, Marea Britanie trebuie să fie obligată să plătească statelor membre pregătirea profesională a tuturor cetățenilor străini care, prin eforturile lor, contribuie la bunăstarea economică din Regat.

Ivan Štefanec (PPE). – Oceliarsky priemysel v Európe dáva prácu viac ako 350 tisíc ľuďom. Aj na Slovensku má výroba ocele dlhú tradíciu a tvorí až 6 percent domáceho produktu, čo je najviac v celej Únii. Pokiaľ však naše firmy musia dodržiavať prísne bezpečnostné a environmentálne štandardy, Čína rieši svoje hospodárske problémy masívnym dotovaním vývozu svojej ocele. Som rád, že práve dnes naša Európska ľudová strana podnikla v tejto veci konkrétne opatrenia a obrátila sa na Komisiu, aby podnikla naozaj účinné kroky. Už pred dvoma mesiacmi v decembri minulého roku som sa obrátil na Komisiu s tým, aby konala, pretože situácia v oceliárstve je naozaj kritická a ďalšie odvetvia, ako napríklad výroba hliníku, to majú stále v Únii stále ťažšie. Je dôležité, aby vlády spolu s Komisiou na pôde Svetovej obchodnej organizácie pripravili potrebné kroky na záchranu výroby ocele v Európe. Je dôležité, aby sme zachovali pracovné miesta, a je kľúčové, aby sme konali čo najskôr.

Claude Rolin (PPE). – Madame la Présidente, en juin, il appartiendra aux citoyens britanniques de décider s'ils veulent ou non rester dans l'Union européenne. Ils ont pleinement leur place mais pas à n'importe quel prix.

Je suis inquiet quand je constate que l'accord fragilise le principe de la liberté de circulation et qu'il créera des inégalités et des discriminations entre les travailleurs européens. Je suis également inquiet quand un gouvernement qui refuse d'adopter l'euro entend peser sur la gestion de cette zone.

Il est indispensable que ceux qui veulent poursuivre le projet d'une plus grande intégration puisse continuer à avancer. Nous devons être attentifs à ne pas ouvrir la porte à une spirale qui conduirait d'autres États à réclamer d'autres dérogations et ainsi affaiblir la cohésion européenne.

L'Union européenne ne peut pas être réduite à un marché, à une addition d'égoïsmes nationaux. Le projet européen, ce sont avant tout des valeurs partagées, une vision de solidarité, une dimension humaine. C'est essentiel.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL). – A Uachtaráin, tugann Seachtain na Gaeilge deis dúinn ceiliúradh a dhéanamh ar ár dteanga, agus ar an tionchar dearfach atá ag an nGaolainn ar ár gcultúr agus ar ár bhféiniúlacht. Is ceart agus is cóir go mbeadh na Gaeil ar comhchéim le tíortha eile i dtaobh ár dteanga.

Mar sin tá an-áthas orm fáilte a chuir roimh dhaltaí ó shé Ghaelscoil éagsúla chun cuairt a thabhairt ar Pharlaimint na hEorpa, agus úsáid a bhaint as a dteanga dhúchasach. Beidh deis ag na daltaí scoile a bheith mar Fheisirí Eorpacha ar feadh an lae, agus díospóireacht, idirbheartaíocht agus vótáil a dhéanamh le linn cluichí ról-imeartha trí mheán na Gaeilge.

Is é seo an chéad uair sa Pharlaimint go mbeidh na daltaí ag glacadh páirt sna cluichí seo trí Ghaolainn, agus is mór an onóir domsa an chuairt seo a eagrú. Sa bhliain 2016, tá dualgas ar Ghaeilgeoirí agus ar phobal na Gaeilge an ghlúin nua a spreagadh agus a mhealladh i dtreo a dteanga agus a n-oidhreacht. Is maith an rud é an t-aos óg a chumhachtú le deiseanna a dteanga agus a n-oideachas a úsáid le féinmhuinín agus bród.

Táimse, mar aon le foireann Shinn Féin ar fad, go hiomlán tiomanta do chur chun cinn na Gaolainne in Éirinn, agus cothrom na Féinne a bhaint amach di san Eoraip. Faoi láthair, níl riachtanais phobal na Gaeilge á sásamh sa bhaile nó san Eoraip. Níor cheart go mbeadh stádas den dara grád ag an nGaolainn, agus leanfadsa ag troid i gcoinne na hiarachta í a choimeád ar ísealchéim.

President. – That concludes the item.

19. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll

20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

21. Schluss der Sitzung

(The sitting closed at 22.50)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/836

17.1.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 25. FEBRUAR 2016

(C/2024/836)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2015-2016

Sitzungen vom 24. und 25. Februar 2016

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4
3. Eröffnung von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	4
4. Einführung kompatibler grenzüberschreitender Systeme zur Registrierung von Haustieren (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	4
5. Tätigkeiten der Europäischen Bürgerbeauftragten im Jahr 2014 (Aussprache)	4
6. Tabakabkommen (PMI-Abkommen) (Aussprache)	21
7. Abstimmungsstunde	36
7.1. Ermächtigung Österreichs, das Haager Übereinkommen vom 15. November 1965 zu unterzeichnen und zu ratifizieren, und Ermächtigung Maltas, ihm beizutreten (A8-0018/2016 - Viktor Uspaskich) (Abstimmung)	37
7.2. Abkommen EU/San Marino über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (C8-0370/2015) (Abstimmung)	37
7.3. Beitritt Kroatiens zu dem Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Union (A8-0019/2016 - Tomáš Zdechovský) (Abstimmung)	37
7.4. Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen, Zugang von Arbeitskräften zu mobilitätsfördernden Diensten und weitere Integration der Arbeitsmärkte (A8-0224/2015 - Heinz K. Becker) (Abstimmung)	37
7.5. Einführung dringender autonomer Handelsmaßnahmen für Tunesien (A8-0013/2016 - Marielle de Sarnez) (Abstimmung)	37

Inhalt	Seite
7.6. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – Antrag EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass (A8-0029/2016 - Tomáš Zdechovský) (Abstimmung) .	37
7.7. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2016 (A8-0030/2016 - Maria João Rodrigues) (Abstimmung)	37
7.8. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Beschäftigungspolitische und soziale Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2016 (A8-0031/2016 - Sofia Ribeiro) (Abstimmung)	38
7.9. Binnenmarktsteuerung im Rahmen des Europäischen Semesters 2016 (A8-0017/2016 - Catherine Stihler) (Abstimmung)	38
7.10. Aufnahme der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen EU/Tunesien (B8-0255/2016) (Abstimmung)	38
7.11. Tätigkeiten der Europäischen Bürgerbeauftragten im Jahr 2014 (A8-0020/2016 - Soledad Cabezón Ruiz) (Abstimmung)	38
7.12. Jahresbericht 2014 der Europäischen Zentralbank (A8-0012/2016 - Notis Marias) (Abstimmung)	38
7.13. Eröffnung von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland (B8-0250/2016) (Abstimmung)	38
7.14. Einführung kompatibler grenzüberschreitender Systeme zur Registrierung von Haustieren (RC-B8-0251/2016, B8-0251/2016, B8-0252/2016, B8-0253/2016, B8-0254/2016, B8-0256/2016) (Abstimmung)	38
7.15. Humanitäre Lage in Jemen (B8-0147/2016, RC-B8-0151/2016, B8-0151/2016, B8-0152/2016, B8-0153/2016, B8-0155/2016, B8-0158/2016, B8-0160/2016) (Abstimmung)	38
8. Stimmerklärungen	39
8.1. Ermächtigung Österreichs, das Haager Übereinkommen vom 15. November 1965 zu unterzeichnen und zu ratifizieren, und Ermächtigung Maltas, ihm beizutreten (A8-0018/2016 - Viktor Uspaskich)	39
8.2. Abkommen EU/San Marino über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (C8-0370/2015)	63
8.3. Beitritt Kroatiens zu dem Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Union (A8-0019/2016 - Tomáš Zdechovský)	89
8.4. Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen, Zugang von Arbeitskräften zu mobilitätsfördernden Diensten und weitere Integration der Arbeitsmärkte (A8-0224/2015 - Heinz K. Becker)	109
8.5. Einführung dringender autonomer Handelsmaßnahmen für Tunesien (A8-0013/2016 - Marielle de Sarnez)	152
8.6. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – Antrag EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass (A8-0029/2016 - Tomáš Zdechovský)	186
8.7. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2016 (A8-0030/2016 - Maria João Rodrigues)	213
8.8. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Beschäftigungspolitische und soziale Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2016 (A8-0031/2016 - Sofia Ribeiro)	250
8.9. Binnenmarktsteuerung im Rahmen des Europäischen Semesters 2016 (A8-0017/2016 - Catherine Stihler)	290
8.10. Aufnahme der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen EU/Tunesien (B8-0255/2016) . . .	325

Inhalt	Seite
8.11. Tätigkeiten der Europäischen Bürgerbeauftragten im Jahr 2014 (A8-0020/2016 - Soledad Cabezón Ruiz)	357
8.12. Jahresbericht 2014 der Europäischen Zentralbank (A8-0012/2016 - Notis Marias)	391
8.13. Eröffnung von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland (B8-0250/2016)	421
8.14. Einführung kompatibler grenzüberschreitender Systeme zur Registrierung von Haustieren (RC-B8-0251/2016, B8-0251/2016, B8-0252/2016, B8-0253/2016, B8-0254/2016, B8-0256/2016)	451
8.15. Humanitäre Lage in Jemen (B8-0147/2016, RC-B8-0151/2016, B8-0151/2016, B8-0152/2016, B8-0153/2016, B8-0155/2016, B8-0158/2016, B8-0160/2016)	476
9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	506
10. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll	506
11. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll	506
12. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	506
13. Unterbrechung der Sitzungsperiode	506

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 25. FEBRUAR 2016

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

1. Eröffnung der Sitzung

(The sitting opened at 09.00)

2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

3. Eröffnung von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

4. Einführung kompatibler grenzüberschreitender Systeme zur Registrierung von Haustieren (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

5. Tätigkeiten der Europäischen Bürgerbeauftragten im Jahr 2014 (Aussprache)

President. – The next item is the report by Soledad Cabezón Ruiz, on behalf of the Committee on Petitions, on the annual report on the activities of the European Ombudsman in 2014 (2015/2231(INI)) (A8-0020/2016).

Soledad Cabezón Ruiz, Ponente. – Señora Presidenta, señor Comisario, Señorías, el 40 % de la ciudadanía europea, según el Eurobarómetro, desconfía de las instituciones y confía en ellas el 46 %. Las reclamaciones que llegan a la oficina del Defensor del Pueblo son, en su mayoría, referidas a la transparencia, al acceso a los documentos o a una mala administración en su conjunto, en concreto en un 20 % de los casos. Considerando que la Carta de los Derechos Fundamentales recoge el derecho a la información y que el Tratado de la Unión Europea faculta al Defensor —bajo el principio de la garantía del respeto de los derechos de los ciudadanos— a investigar los casos de mala administración, esta debe ser su labor central en aras de reforzar esa confianza. El Defensor tiene competencia para poder llevar a cabo esta función, así como para iniciar investigaciones estratégicas de oficio. Pues bien, sobre la base de todo ello, no puedo más que comenzar dando mi apoyo y mi felicitación al trabajo que han venido realizando la Defensora del Pueblo y la Oficina que dirige durante todo este año que analizamos, por el buen cumplimiento de sus obligaciones.

La Oficina concretamente ha dado respuesta, de alguna manera, a más de 23 reclamaciones, ha tramitado de forma directa más de 2 000 y ha iniciado 325 investigaciones, con un tiempo medio de respuesta de once meses. No obstante, a mi entender, lo más importante a destacar es el inicio de 17 investigaciones de oficio en relación con grandes temas de interés para la ciudadanía europea o de importancia estratégica en la Unión Europea que, a criterio de la Defensora, necesitaban mayor transparencia o mejor administración.

En este sentido, quiero reconocer y celebro el impulso que ha dado a los progresos alcanzados en materia de transparencia en la ATCI, a las investigaciones sobre las puertas giratorias y la llamada que hace a la Comisión para que establezca un procedimiento interno claro, dotado de reglas y criterios claros, al interés por la transparencia en los grupos de interés y a la solicitud de que el registro sea obligatorio y, al mismo tiempo, de que se legisle al respecto, garantizando la transparencia en la composición de los grupos de expertos, especialmente en lo relacionado con la elaboración del nuevo Reglamento de la PAC, que, como saben, representa el mayor porcentaje del presupuesto de la Unión. Celebro también la larga batalla que ha dado para que la AEMA publique los datos sobre los ensayos clínicos, así como el análisis de la garantía del respeto de los derechos fundamentales en la política de cohesión y la política de retorno de inmigrantes llevada a cabo por Frontex, solicitando un mecanismo de reclamaciones individuales.

En definitiva y a mi entender, una brillante, valiente y tenaz labor la llevada a cabo por la Oficina del Defensora del Pueblo, que, a mi juicio, merece nuestra aprobación.

Pero no por ello quisiera perder la ocasión para hacer hincapié no solo para que continúe trabajando en esta línea, sino para señalar retos en los que creemos y que considero que siguen siendo importantes para la ciudadanía, como la transparencia y la investigación en el ámbito de la salud y el conflicto con el derecho a la protección de la salud, la accesibilidad de las personas con discapacidad a los documentos y medios de comunicación de las instituciones europeas, la obligatoriedad del registro de los grupos de interés, la garantía de los derechos fundamentales, especialmente en la actual crisis de refugiados, la mejora de la transparencia en el Consejo, que, considero, es una asignatura pendiente — y preguntamos si los retrasos en la toma de decisiones por parte del Consejo en iniciativas legislativas como la Directiva contra la discriminación o la ratificación del Tratado de Marrakech no son casos de mala administración—, el perfeccionamiento de la Iniciativa Ciudadana Europea, o la errática respuesta, por parte de los Estados miembros, a las peticiones y si no deberíamos promover una legislación que establezca las obligaciones y garantías al respecto.

En definitiva, quiero expresar este reconocimiento y reitero el reconocimiento a la labor que ha venido realizando la Oficina del Defensor del Pueblo durante este tiempo. Por supuesto, mi agradecimiento a los diputados y diputadas de la Comisión de Peticiones por el entendimiento y el buen clima que han hecho posible que prácticamente en todas y cada una de las enmiendas hayamos logrado un compromiso.

Emily O'Reilly, Ombudsman. – Madam President, good morning and thank you to Ms Cabezón-Ruiz and to all the shadow rapporteurs for your work over the past number of months on this report. The text before the Chamber today shows a very clear understanding and support for my strategy for the office of the European Ombudsman, for which I am profoundly grateful. As I have said on many occasions, my office cannot function as it should without the positive engagement of Parliament, and time and time again, both I and my predecessors have received that vital support.

We are a small office with fewer than 80 staff, but we are charged with a big mission on behalf of the citizens of Europe. I will endeavour to play my role in helping the EU institutions to keep pace with the evolving and increasing expectations placed upon us by European citizens and forced upon us by events, and especially at this time. I would like to thank, in particular, the Petitions Committee for its engaged cooperation and support. In our separate but complementary roles, we work not in the abstract but directly with citizens as they come to us either to seek our help or to assert their rights, at a time when, as Vice-President Timmermans has spoken of so well and so frequently, the rule of law and democracy needs even more strongly to be upheld and defended throughout the Union.

Honourable Members, this is my second time addressing you in plenary since coming into office in October 2013. I have also addressed you in committee several times before the Petitions, Budget Control, Employment, Legal Affairs and Civil Liberties Committees. Each time I have benefited from your expertise, advice and support, and that has fed directly into the strategy that I have developed and which I am now implementing.

I thank the Petitions Committee for welcoming specifically my strategic use of proactive inquiries and for the reorganisation of my office in order to better support the strategy. I use the strategic inquiry approach to enter a dialogue at the highest levels in order to assist the institutions to achieve the highest possible standards of public administration. However, my office is, and always will be, driven by the complaints we receive. Today's report notes that over 20% of complaints follow a refusal of an access to documents request. Transparency and the Treaty-based right of access to documents must play a crucial part, both in democratic participation and in democratic accountability. The EU does set higher standards than many Member States, but perhaps, given its reach and its role, so it should, and so should it also strive to achieve even higher standards.

Thank you to Ms Cabezón Ruiz for welcoming my focus on the challenge of the so-called revolving doors issue in the EU. That is when officials leave the service for the private sector, allowing a potential conflict of interest to arise. My inquiry into how the European Commission deals with it has resulted in some positive improvements and, notably, the publication by the Commission, for the first time ever, of the list of names of senior officials who left for new jobs, with details of their move and assessments of any potential conflict of interest. This list will now be published annually, in accordance with the staff regulations, and I thank the Budget Control Committee for its attention to this important issue. The report also recognises the real progress by the Commission, following my inquiry, and much pressure of course from this Parliament, on the transparency of the TTIP negotiations. This was an excellent example, in my view, of the Ombudsman, Parliament and administration working together for a better outcome for citizens.

The issue of lobbying transparency also features in my work. I have welcomed the Juncker Commission's work in this area, through its Transparency Initiative, and have encouraged more to be done. I should, however – and conscious that issues concerning the tobacco industry will shortly be discussed in this Chamber – express my disappointment at the Commission's recent decision not to accept my recommendation for the proactive publication of all meetings with that industry, and not just – as is currently the case – with DG Health. The legally-binding UN Framework Convention on Tobacco Control, to which the EU is signatory, is predicated on the recognition of the tobacco industry as one to whom the normal rules of industry-government dialogue should not apply.

Briefly, we have also recently worked with the ECB on their transparency and ethics policies, and I am happy to see the ECB executive board now publish details of their meetings. I would like to thank President Mario Draghi for his cooperation on these issues, which are so vital for the public trust. As for the Commission, I expect shortly to receive its response to my strategic inquiry on expert groups and on DG Agriculture's civil dialogue groups. I also very much welcome the upcoming public consultation on how to improve the transparency register, and I support a mandatory register. Such a register should not only have real sanctions but also full financial transparency requirements, to make sure that everyone is aware of who precisely is registering and being given access to decision-makers.

Thank you to Ms Cabezón Ruiz for raising clinical trials' transparency in her report, an issue about which I know she feels very strongly. I am continuing my inquiry into the public disclosure of clinical studies reports relating to Humira, a multibillion-euro drug sold worldwide. The report also recognises the work of my office in relation to how to ensure European fundamental rights and migration. I wish to thank Members for your overwhelming support for my special report to Parliament following the refusal of Frontex to establish a complaints mechanism. Following the parliamentary vote in plenary, I thank the Commission for including my recommendations on the complaints mechanism and on the treatment of people being deported from the EU in its new Border Agency proposal.

Ms Cabezón Ruiz's report also recognises the work of my office in the areas of whistle-blowing, fundamental rights and EU cohesion policy, the European citizens' initiative, and in relation to the UN Convention on the rights of people with disabilities. Another new strategic initiative concerns the European Network of Ombudsmen, which I have the honour to chair, and the development of parallel inquiries into issues relevant to both EU and national and regional levels. This June, I will also host a major network conference in Brussels, inviting all national and regional ombudsmen to discuss and debate issues of mutual relevance. This will not just be an opportunity for us at the EU level to learn from their experiences but also for them to learn about the things that the EU institutions do well and which too often go remarked or unnoticed. An invitation to all Members to this conference will be sent to you in the coming weeks.

One final issue concerns the compliance rate of the EU institutions to my recommendations. For many years, this has been around 80%, and I note the continued concern of the Parliament at the 20% non-compliance rate in my 2014 Annual Report. However, I am happy to report to you today, already, that the figure in the 2015 Annual Report has risen to 90% – a very satisfactory achievement, which would not have been possible without the increased support of all of the EU institutions and agencies, and especially the support of this House.

Before I conclude I think it important to put on record again how impressed I am by the high standards of the European civil service, of the thousands of dedicated people who work in the EU institutions and agencies all over Europe. The vast majority work hard to achieve high standards in their work and display a true ethic of public service.

People will regain trust in their governing administrations when they begin to see positive changes for their families in their daily lives. This is mainly a political challenge, but a strong and ethical public administration is often what separates strong democracies around the world from weak and failed states. In order to achieve higher levels of popular legitimacy, it is important for the EU administration to be not only of the highest possible quality, but indeed the 'gold standard' in ethics, transparency, accountability and effectiveness. My task as European Ombudsman is to work with those institutions and agencies, and to work with this Parliament, to help to make that happen.

Finally, let me conclude by again thanking the rapporteur, the shadow rapporteurs, their staff and the secretariats for all the work on this report, and I look forward to your contributions.

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Madam President, I would like to thank the rapporteur Ms Cabezón Ruiz for her excellent report on the activities of the European Ombudsman in 2014. The Commission considers the work of the European Ombudsman in fighting maladministration to be of the utmost importance. Good administration in the service of European citizens is our shared objective, and in that sense the Spanish translation of 'ombudsman' really describes the function in a perfect way – *defensor del pueblo*. I would like, therefore, to take the opportunity to thank the Ombudsman for her efforts, for the consistently good cooperation with her and her services, and for the excellent quality of her work.

The report in particular comments on the importance of the Ombudsman's work on transparency as a guarantee of good administration. In that regard, let me recall that the Commission has set itself very ambitious objectives on transparency and has taken important steps in that regard which have also been acknowledged in the report. For instance, we decided that as from 1 December 2014, all Commissioners, their cabinet members and directors-general have to publish information on meetings with stakeholders and lobbyists. Moreover, the Commission has also ensured an unprecedented degree of transparency in the context of the TTIP negotiations. This is one of the elements of the dynamic relationship, I can say, with the European Parliament. The Commission welcomes the fact that the Ombudsman, as well as the Committee on Petitions (PETI), has commended the Commission for its pro-active approach in both areas, and I of course will then also have to commend Parliament for taking such an active role in bringing this about.

The Commission has also accepted the majority of the Ombudsman's recommendations in relation to the 'revolving doors' issue and adopted last year its first annual report concerning the occupational activities of senior officials after leaving the services. The Commission has also committed itself to improving the functioning and transparency of expert groups.

There are also other important areas where the Ombudsman's recommendations have been followed up by the Commission. For instance, we have taken numerous steps to make the Citizens' Initiative more user-friendly, reflecting the recommendations of the Ombudsman. In its proposals for a European Border and Coast Guard – and the Ombudsman already referred to that – the Commission has included a complaint mechanism for fundamental rights issues. That is how we took into account the suggestion made by the Ombudsman in the recommendations in the Frontex investigation, so I think we did what you wanted us to do on this.

This brings me to the comments in the report about the compliance rates of the institutions. I think we, as the Commission, had a generally high compliance rate. In 2014 it was 86%, and I am very glad to hear today the Ombudsman's answer that for 2015 it will be 90%. Let us try and improve that even further. It is important to look at the Commission's approval rate, because we are concerned in about 60% of all the cases, so it is very important that we do our best to approach 100% as much as we can. Naturally, over the years the compliance rates may vary, as the cases and the conclusions of the Ombudsman are different every year. However, the Commission always takes the Ombudsman's remarks very seriously, and we will comply with her recommendations whenever possible. She referred to one issue where we did not agree, and we will come back to the issue of the tobacco industry at a later stage also in the European Parliament.

I want to conclude by again thanking the rapporteur and you for this debate, and I want to confirm that the Commission is looking forward to continuing our excellent cooperation with the Ombudsman and her services. I can say also, as a personal remark, that Ms O'Reilly fully deserves the title *defensor del pueblo*.

Jarosław Wałęsa, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, first of all I would like to extend my thanks to Ms O'Reilly for her work. Not only in 2014, but ever since she took office, her work has been exemplary. The Committee on Petitions' annual report on the activities of the European Ombudsman serves not only as summary, an approval of the work of the European Ombudsman in any given year, but also as a reminder to us and other European institutions to be more service-minded, to be more open-minded to our citizens.

Living up to the highest standards of good administration in the European Union needs continuous effort on our part. The Ombudsman's power to open strategic investigations on her own initiative often gives us the necessary push we need. In that matter, I would like to extend my support for the Ombudsman's drive for greater transparency and progress with regard to the transparency register.

The register, which has been set up jointly by the European Parliament and the Commission, aims to answer some profound public concerns. The fact that over 7 000 institutions have voluntarily registered, with the news circulating that in the past week another 49 have signed up, shows the willingness to address the transparency issue, which is very important. I believe that the information provided in the register to ensure and confirm a balanced representation of various stakeholders is a great push forward, and I believe this will allow us, the decision-maker, greater transparency and greater understanding of what exactly we need to do in the European institutions and the European Union as a whole. Thank you very much once again, Madam Ombudsman. Thank you for your hard work.

Marlene Mizzi, *fisem il-grupp S&D*. – F'sena wahda, aktar minn 23 000 ċittadin talbu għall-ghajjnuna mis-servizzi mill-uffiċċju tal-Ombudsman. Dan l-ghadd kbir ta' lmenti hu indikazzjoni ċara tal-importanza ta' dan is-servizz li l-Parlament Ewropew joffri liċ-ċittadini tiegħu.

L-Ombudsman Ewropew għandha rwol importanti li jiżgura li d-drittijiet taċ-ċittadini jiġu rispettati u li l-istituzzjonijiet tal-Unjoni Ewropea jkunu aktar effettivi, aktar citizens-friendly, u jkunu ta' għajjnuna, bl-ghan li tissahhah aktar il-fiduċja taċ-ċittadini tal-Unjoni Ewropea. Imma ma nidhqux bina nfusna. L-Unjoni Ewropea għadha ma lahqitx livell ta' trasparenza u akkontabilita' mixtieqa.

Jekk irridu niggarrantixxu li ċ-ċittadini jkollhom fiduċja u rispett, u li l-amministrazzjoni tajba tirrifletti u hi eżempju tal-ogħla standards tal-istituzzjonijiet Ewropej, għad baqa' xi jsir. L-Ombudsman Ewropew u l-Kumitat PETI, jistgħu jgħinu sabiex inressqu liċ-ċittadini fil-qalba tal-proċess tat-tehid tad-deċiżjonijiet, bl-opportunità li nintegraw u nirriflettu il-hsibijiet tagħhom fuq livell Ewropew.

Għalhekk, nilqa' b'mod pożittiv, kemm ir-Rapport tal-Ombudsman O'Reilly, kif ukoll ir-Rapport tal-Kumitat PETI tar-Rapporteur Soledad Cabezón Ruiz.

Νότης Μαρίας, *εξ ονόματος της ομάδας ECR*. – Κυρία Πρόεδρε, χαιρετίζουμε την εδώ παρουσία της Ευρωπαϊκής διαμεσολαβήτριας, της κυρίας O'Reilly και την συγχάρομε για την πανηγυρική επανεκλογή της. Η ετήσια έκθεση δραστηριοτήτων του Ευρωπαϊκού Διαμεσολαβητή κατά το 2014 αναδεικνύει τη σημαντική δράση του οργάνου αυτού, στη διασφάλιση της χρηστής διοίκησης και στην προστασία των δικαιωμάτων των πολιτών, που αποκτούν πλέον ενδυνάμωση της λογοδοσίας και της διαφάνειας στο πλαίσιο της Ευρωπαϊκής Ένωσης, όχι μόνο σε σχέση με τα θεσμικά της όργανα, αλλά και με άτυπα όργανα, όπως είναι το Eurogroup και η τρόικα που λαμβάνουν ως γνωστόν σκληρά και συναισθηματικά αντικοινωνικά μέτρα τα οποία επιβάλλουν στις χώρες που τέθηκαν σε μνημόνιο.

Στο πλαίσιο αυτό θεωρείται ιδιαίτερα σημαντικό το γεγονός ότι η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα αναγκάστηκε, μετά από ενέργειες της διαμεσολαβήτριας, να δημοσιοποιήσει την επιστολή της προς την ιρλανδική κυβέρνηση για την οικονομική κρίση, οπότε και αποδείχθηκε πανηγυρικά η επεμβατική πολιτική της ΕΚΤ απέναντι στην Ιρλανδία. Όμως, πρέπει να γίνουν ακόμα σημαντικά βήματα σε σχέση με τον έλεγχο της λειτουργίας της τρόικας, γι αυτό η διαμεσολαβήτρια οφείλει να διερευνήσει τη σύγκρουση συμφερόντων μεταξύ του ρόλου της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας, ως μέλος της τρόικας, ως πιστωτή των κρατών μελών του μνημονίου, και της εντολής που έχει η ΕΚΤ με βάση τη Συνθήκη. Το ίδιο ισχύει και για τη σύγκρουση συμφερόντων στο πλαίσιο της Επιτροπής, μεταξύ του ρόλου που έχει η Επιτροπή στην τρόικα και της ευθύνης της ως θεματοφύλακα των Συνθηκών.

Σε μια φάση έντασης των προσφυγικών ροών πρέπει να υπάρχει έλεγχος και λογοδοσία της ίδιας της Φρόντεξ, ενώ σε σχέση με την TTIP είναι δεδομένο ότι πρέπει η διαμεσολαβήτρια να εντείνει τη δράση της γιατί υπάρχει έλλειψη διαφάνειας και λογοδοσίας. Άλλωστε, οι ευρωβουλευτές έχουν πρόσβαση στα έγγραφα της TTIP μόνο με σκληρούς όρους εμπιστευτικότητας που παραβιάζει τη δημοκρατική αρχή και εγκαθιδρύει καθεστώς μυστικής διπλωματίας. Μάλιστα, μέχρι πρόσφατα, οι υπουργοί των κρατών μελών της Ένωσης για να λάβουν τα έγγραφα της TTIP, έπρεπε να πάνε να επισκεφθούν τις κατά τόπους πρεσβείες των Ηνωμένων Πολιτειών.

Cecilia Wikström, on behalf of the ALDE Group. – Madam President, I would like to congratulate the European Ombudsman, Emily O'Reilly, on her excellent work and personally thank you, Emily, for the good cooperation between you and your institution and my committee. It is always a pleasure working with you.

Jag uppskattar att ombudsmannen särskilt har inriktat sig på öppenhetsrelaterade frågor och transparens, som en garanti för god förvaltning. Ombudsmannen spelar en mycket viktig roll när det gäller att hjälpa EU:s institutioner att bli mer öppna, effektiva och inte minst medborgarvänliga, eftersom det bidrar till att allmänheten får ökat förtroende för vår union.

En fråga som varit särskilt viktig under det år som vi talar om, dvs. 2014, är ombudsmannens arbete i relation till Frontex. Det är av vikt att Frontex får tillräckligt med egen materiel och personal för att kunna garantera ett hållbart skydd av våra yttre gränser och säkerställa samma funktion överallt i EU. Jag välkomnar därför särskilt att kommissionen har tagit hänsyn till ombudsmannens synpunkter i det nya förslaget kring Frontex, om att inrätta en mekanism för enskilda klagomål över potentiella kränkningar av de grundläggande rättigheterna. Jag välkomnar också ombudsmannens undersökningar av medborgarnas rätt till deltagande i EU:s beslutsprocess.

I relation till detta vill jag också uppmärksamma er på en utredning som presenterats i Sverige, det land som jag känner bäst, som visar på mycket stor okunskap gällande EU:s institutioners roll. Detta är oroande, eftersom det minskar medborgarnas möjlighet att aktivt delta och skapa inflytande i frågor som vi beslutar om i EU. I en välmående demokrati behöver nämligen den som vill påverka politiska beslut ha förutsättningar att göra det. Det offentliga samtalet runtom i våra medlemsländer bidrar ofta inte till detta. Ett mer aktivt offentligt samtal skulle ha kunnat förbättra de demokratiska förutsättningarna. I det sammanhanget är det viktigt att alla institutioner tar ett större ansvar för att förmedla information, föra dialog och öka människors kunskap.

Det är viktigt att vi tar vårt ansvar och vår tid för att informera om detta. Tillsammans kan vi hjälpas åt att förbättra kunskapen om EU och öka känslan av delaktighet hos våra medborgare. För ditt engagemang och för ombudsmannens engagemang vill jag än en gång framföra ett stort tack.

Marina Albiol Guzmán, en nombre del Grupo GUE/NGL. – Señora Presidenta, si hay una cosa que deja clara este informe de la Defensora del Pueblo es la falta de transparencia de las instituciones europeas. El cómo las puertas que se abren de par en par para los grupos de interés, los lobbies, se cierran en las narices de los ciudadanos y las ciudadanas. El informe destaca que este oscurantismo ha sido especialmente grave en el caso de las negociaciones de la ATCI.

Dos investigaciones tuvo que abrir la Defensora del Pueblo relacionadas con la negativa a hacer públicos los documentos, mientras que determinadas partes interesadas tenían acceso privilegiado a dichos documentos. Pese a las directrices de la Defensora del Pueblo, el secretismo continúa. Para poder acceder a los documentos, los diputados y diputadas de este Parlamento tenemos que entrar en una sala de lectura cerrada bajo llave. Tenemos que firmar que vamos a guardar secreto sobre lo que allí leamos y, lo más grave, siguen sin permitir el debate de la iniciativa ciudadana, con más de tres millones de firmas, contra la ATCI.

Margrete Auken, *for Verts/ALE-Gruppen*. – Fru formand! Først og fremmest vil jeg sige tak til Ruiz for en god betænkning og et godt samarbejde. Og selvfølgelig allermost tak til dig, Emily, for at du levede op til det, vi kæmpede for, da vi skulle have dig valgt. Vi har brug for at slå fast, at disse institutioner skal have en rigtig ombudsmand og ikke en partipolitisk »stik-i-rend-dreng«. Det har vi fået, og jeg tror, at vi er ved at få det slået fast nu. Vi kan også mærke, at alle institutioner, heriblandt Parlamentet, nu er ved at indstille sig på, at det skal være sådan.

Jeg vil ikke gentage, hvad alle de andre har sagt. Jeg kan tilslutte mig det hele og glæde mig over, hvad du har gjort for Frontex, og hvad det har betydet, at vi har fået åbenhed – eller nogen åbenhed, lad os sige det sådan – nogen åbenhed ind omkring TTIP.

Især vil jeg lægge vægt på det arbejde, du fortsætter, med at få god administration ind i alt. God administration drejer sig om, at borgerne bliver godt betjent, at de er i centrum. Det er serviceprincippet! De skal have hurtige svar, de skal have tydelige svar, ordentlige forklaringer. Men de skal også være trygge ved vores system. Hvad det angår vil jeg godt især fremhæve, at det ikke er lykkedes os endnu at gøre klart, at habilitetsproblemer, altså interessekonflikter, slet ikke må forekomme. Det er stadigvæk sådan i rigtig mange af vores institutioner, at man tror, at bare man har en »erklæring om interessekonflikter«, så er alt godt. Så skal vi andre til at interessere os for, om det er pæne mennesker, om de betaler skat til tiden, om de er trofaste mod deres ægtefæller, og hvad ved jeg! Non of our business! Det rager ikke os! Vi skal være sikre på, at der ikke er den mindste skygge af interessekonflikt. På det punkt kommer vi altså til især at se ganske hårdt på EMA, hvor jeg har en fornemmelse af, at den er gået helt galt igen.

Nu er der bare to ord, jeg lige vil smække ind her: Aarhuskonventionen, den er ikke ordentligt implementeret her i EU, fordi vi ikke har »access to justice«. På den anden side bliver den heller ikke ordentligt respekteret i medlemslandene. Selv om det er op til medlemslandenes ombudsmand at sikre dette, er jeg glad for, at du også gør noget ved det.

Den allersidste sætning: Du er den eneste ombudsmand, der har ret til at undersøge Parlamentet, dit eget parlament. Det betyder, at du også har pligt til det, og det må du godt gøre mere ud af!

Eleonora Evi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, anche io voglio ringraziare per il suo lavoro il Mediatore europeo, Emily O'Reilly, perché veramente il suo impegno è stato molto efficace e molto importante per proseguire nel rendere più trasparenti queste istituzioni. E sulla trasparenza volevo soffermarmi, dato che appunto, come abbiamo ricordato, il maggior numero di denunce e indagini riguarda proprio le richieste di informazioni e di accesso ai documenti e la trasparenza, e troppo spesso queste richieste vengono rifiutate.

In modo particolare vorrei soffermarmi sulla necessità di far luce e indagare sull'utilizzo e sulla spesa per quanto riguarda i Fondi strutturali, Fondi strutturali che ad oggi purtroppo non prevedono un meccanismo di controllo efficace e anche laddove sono presenti meccanismi ad esempio di *auditing*, molto spesso si ricade nella situazione dove il controllato è anche il controllore.

Inoltre troppo spesso si parla di progetti che non hanno alcun valore aggiunto per la società. Mi riferisco, per esempio, a un progetto assurdo come il TAV, il progetto di alta velocità Torino-Lione, che in realtà è una grande opera imposta e dannosa che è molto contestata dalla popolazione locale, da moltissimi anni, e che peraltro viene appunto finanziata anche con fondi europei.

Quindi invito il Mediatore a far luce anche su questi aspetti in stretta collaborazione con la Corte dei conti per far sì veramente che le troppe irregolarità e la poca trasparenza che permangono vengano spazzate via con forza dal nostro lavoro.

Gilles Lebreton, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, ce rapport veut donner quitus aux activités 2014 de la Médiatrice européenne, M^{me} O'Reilly. Je reconnais que M^{me} O'Reilly a cherché à améliorer la transparence du fonctionnement de l'Union européenne. Dans ce domaine, elle a pris deux initiatives qui méritent d'être saluées.

En matière de lobbying, elle a réussi à susciter la création d'un registre de transparence dans lequel plus de 7 000 groupes de pression se sont inscrits. Certes, ce registre ne permettra sûrement pas de réduire l'influence des 35 000 lobbyistes sur les décisions de l'Union européenne, mais il a au moins le mérite d'exister.

M^{me} O'Reilly a, d'autre part, réussi à améliorer la transparence dans les essais cliniques. Désormais, les informations relatives à ces essais sont en partie publiées. C'est le cas notamment des rapports d'études cliniques qui déterminent l'autorisation de mettre des médicaments sur le marché. Cela permet d'en savoir plus sur le degré d'efficacité des médicaments et sur le coût réel de la recherche.

La transparence a toutefois ses limites. M^{me} O'Reilly a ainsi échoué à obtenir une réelle transparence sur la négociation du traité de libre-échange transatlantique, le TAFTA. Certes, l'accès aux documents de négociation a été officiellement un peu assoupli, mais en pratique leur consultation demeure problématique, y compris pour les parlementaires européens.

L'Union veut en réalité empêcher qu'un véritable contrôle démocratique ait lieu sur le TAFTA. Demain, elle nous expliquera que les parlements nationaux ne sont pas habilités à voter ce traité, qui va pourtant bouleverser la vie des peuples européens.

Par ailleurs, M^{me} O'Reilly a commis à mes yeux une faute politique en demandant la mise en place, en faveur des migrants, d'une procédure de dépôt de plainte contre les agents de Frontex. Cette procédure sera en effet instrumentalisée pour permettre aux migrants de rester en Europe.

Pour toutes ces raisons, je voterai contre ce rapport.

Krisztina Morvai (NI). – Ismét egy csodálatos délelőtt itt, Brüsszelben, az Európai Parlament plenáris ülésén. A dinamika és a hangulat a szokásos, ezúttal az európai ombudsman van itt, aki előterjeszti éves jelentését. Természetesen jogi végzettséggel nem rendelkezik, nehogy az ideológiai tisztánlátást megzavarja holmi szakmaiaskodás. A hetesszázötvenvalahány képviselőből jelen van körülbelül 25, és kedélyesen elbeszélgetnek egymással arról, hogyan is lehetne demokratikusabbá tenni az Európai Uniót, hogy jobban szeressék valahogy a polgárok, különösen a menekültügy és a migráció kérdésében.

Kedves Ombudsman Asszony, Kedves Kollégák! Nekem van egy ötletem. Mi lenne, ha meghallanák a hangját az európai polgároknak, akik azt mondják, hogy együtt érzünk a szerencsétlen emberekkel, a szegényekkel, a nyomorultakkal, az egyébként a nyugati világ által okozott háborúk elől menekülőkkel, de nem bírunk több menekültet, állítsák le a migrációs áradatot, és az lenne a demokrácia, ha Önök ennek megfelelő döntéseket hoznának. Ehhez képest mit csinálnak? Eltűrik azt, hogy a hazájukat védő, a szülőföldjüket védő embereket vízágyúzzák az állítólagosan demokratikus európai országokban. Szégyelljék magukat! Európa polgárainak pedig azt tanácsolom, hogy értsék el emberi jogaik gyakorlásával, a valódi demokráciával, és ha kell harccal azt, amit mi magyarok elértünk, hogy népszavazás lesz ebben a kérdésben. Most végre mi tanítjuk Önöket demokráciára és emberi jogokra.

Peter Jahr (PPE). – Frau Präsidentin! Ein großes Dankeschön an unsere Bürgerbeauftragte, Frau O'Reilly. Die Zusammenarbeit mit dem Petitionsausschuss ist gut, nein, sie ist nicht nur gut, sie ist besser geworden. Wenn wir Ihrem Vorgänger im Amt für die Zusammenarbeit mit unserem Ausschuss drei Sterne gegeben hätten, würden Sie ein Sternchen mehr bekommen. Also noch einmal vielen Dank für die gute Zusammenarbeit.

Richtigerweise haben Sie gesagt – oder es steht in Ihrem Bericht –, dass die Transparenz im Mittelpunkt steht. Jetzt kann ich für meine Fraktion sprechen: Das sehen wir ähnlich. Mangelnde Transparenz führt zu Misstrauen, Misstrauen führt zu falschen Gerüchten, und falsche Gerüchte führen zum Vertrauensverlust. Wir erleben es gerade bei der TTIP. Die heftigsten Debatten finden ja über Dinge statt, die gar nicht in den Dokumenten stehen. Es ist richtig: Wir Abgeordneten haben Zugang. Ich bitte auch die Abgeordnetenkollegen, mehr von diesen Leseräumen Gebrauch zu machen, weil das ziemlich interessant ist, was in der TTIP steht, und man kann dann auch entsprechend falschen Gerüchten vorbeugen.

Ein Wunsch noch zum Transparenzregister: Sie haben da volle Unterstützung von mir. Ich bitte Sie nur darum, dass wir dann beim konkreten Umsetzungsverfahren darauf achten, dass es praktikabel bleibt. Es darf ja auch nicht die Arbeit des Parlaments behindern.

Wo liegen die Reserven? Die Reserven liegen – aus meiner Sicht – noch darin, dass wir Bürgerbeschwerden oder Bürgerbegehren schneller dahin leiten, wo sie hingehören. Wir haben den Bürgerbeauftragten, den Petitionsausschuss, das OLAF, die Gerichte, die Einrichtungen der Europäischen Union – in dem Sinne sind wir alle Player in einem gemeinsamen Team. *Close to the people for a better European Union*. In dem Sinne sollten wir weiter die gute Zusammenarbeit pflegen. Nochmals vielen Dank, bis dahin! Wir haben bald den nächsten Bericht, und dann können wir weiter diskutieren.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – Dear colleague, as you know, the Ombudsman launched various investigations in 2014 and 2015. Considering this terrible situation with migrants that is splitting the European Union countries, do you not think that the Ombudsman should launch an investigation on how the Schengen Area Agreement is respected by members and how this is affecting European Union citizens?

Peter Jahr (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Die erste Bemerkung: Ich finde es gut, dass sich die Bürgerbeauftragte damit beschäftigt, denn wir müssen zu uns selber ehrlich sein: Wir haben ein Migrationssproblem, ein Riesenproblem in der Europäischen Union. Was mich besonders ärgert: In der Not steht eine Familie normalerweise zusammen. Hier hat es eher den Anschein, dass alles auseinanderfliegt. Deshalb unterstütze ich die Bürgerbeauftragte ausdrücklich.

Zweitens: Es sollten sich alle Gremien – Bürgerbeauftragter, Parlament, Kommission und Rat – zusammensetzen, um dieses Problem einer Lösung zuzuführen. Die Bürger sind nicht an einer Problembeschreibung interessiert, sondern an einer Problemlösung. In diesem Sinne sollten wir die Sache miteinander weiter intensiv zu einer Problemlösung führen.

Sylvie Guillaume (S&D). – Madame la Présidente, il est assez difficile, en une minute, d'évoquer toutes les activités de la Médiatrice européenne, tant elles sont nombreuses et très diversifiées. En outre, je crois que M^{me} O'Reilly démontre une réelle disponibilité à l'égard des citoyens européens, ce dont nous devons nous féliciter. Je vais donc m'arrêter seulement et rapidement sur un sujet, qui est celui des actions menées dans le domaine de la transparence au sein des institutions et dans le cadre du lobbying.

Je partage avec vous l'idée qu'il est primordial de garantir l'existence d'institutions européennes dénuées de conflits d'intérêts si nous voulons nous attacher justement à préserver la confiance des citoyens européens. C'est dans ce sens que les codes de déontologie sont apparus ces dernières années et qu'un registre public des représentants d'intérêts a été créé. J'en profite pour signaler aux représentants du Front national que ce registre ne date pas de leur arrivée, mais d'un peu plus longtemps, puisqu'il remonte à 2011. Je ferme la parenthèse.

Pour autant, sommes-nous suffisamment bien armés pour agir? En effet, comment être crédibles si l'une des institutions, comme le Conseil, ne joue pas le jeu et ne participe à cet effort collectif de transparence sur les relations que nous entretenons avec les lobbies? Je voulais donc vous poser une question, Madame: le moment ne serait-il pas venu d'envisager la création d'une autorité indépendante qui, à l'image de la Haute Autorité pour la transparence de la vie politique, en France, veille à prévenir et à détecter les cas de conflit d'intérêts publics ou privés des responsables publics?

Arne Gericke (ECR). – Frau Präsidentin! Zunächst einmal möchte auch ich Ihnen, Frau O'Reilly, als Bürgerbeauftragter herzlich danken. Sowohl die hohe Zahl der Anfragen an Sie und Ihr Team als auch der Bericht, über den wir heute abstimmen, zeigen: Sie leisten hervorragende Arbeit im Sinne der Bürger zur Verbesserung Europas – ein Ansatz, den ich für meine Fraktion, die ECR-Fraktion, nur unterstützen kann.

Darüber hinaus zeigt mir Ihr Einsatz, dass es gut war, Sie als eine Fachfrau mit nationaler Erfahrung in dieses Amt zu setzen und nicht Parlamentskollegen einen bequemen Sitz zu verschaffen.

Gut finde ich auch Ihren Ansatz, dem Amt des Bürgerbeauftragten politisches Profil zu verleihen. Wenn Sie, wie in Straßburg besprochen, etwa beim Thema TTIP eine Art Initiativbericht starten, um zu sehen, ob die EU-Kommission die Regeln der Transparenz einhält, dann ist das gut.

Kurzum: Vielen Dank für Ihre Arbeit, vielen Dank für Ihren Einsatz, dem noch immer viel zu unbekannten Posten des Bürgerbeauftragten mehr Profil, mehr Gewicht, mehr Öffentlichkeit zu verschaffen!

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE). – Señora Presidenta, señor Vicepresidente, señora O'Reilly, es para mí una enorme satisfacción darle la bienvenida de nuevo a esta Casa y recibirla como lo que consideramos que es, como miembro de la Comisión de Peticiones. Para nosotros es nuestro *alter ego* en el servicio y la atención directa a los ciudadanos europeos.

Es enormemente satisfactorio trabajar de forma coordinada con su Oficina y hacer un seguimiento interactivo y enriquecedor de su actividad. ¿Sabe por qué? Por su determinación y resultados. La contribución de la Defensora del Pueblo a la mejora del funcionamiento de toda la administración europea es enormemente satisfactoria y muy significativa porque, desde las puertas giratorias a la transparencia en las negociaciones de la ATCI y en los ensayos clínicos, desde la mirada crítica y constructiva a Frontex hasta la defensa permanente de los derechos fundamentales de los europeos, solamente hablamos de trabajo y de resultados. Y eso es lo que enriquece nuestro trabajo conjunto.

Quiero agradecerle personalmente su labor en la cuestión migratoria y de asilo, no solo en el año 2014, que cubre este informe, sino muy especialmente el año pasado, en el que la crisis de refugiados nos puso frente al espejo. Usted ha defendido los valores europeos y la necesidad de dar una respuesta común desde el inicio. En alguno de nuestros encuentros previos hemos hablado del carácter especial que usted ha conferido a su mandato y a su Oficina, un equipo de alto rendimiento en permanente búsqueda de la excelencia en el servicio a los ciudadanos. No puedo sino animar y aplaudir su empeño.

Κωνσταντίνα Κούνεβα (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, εμπιστευόμαστε την Ευρωπαϊά διαμεσολαβήτρια γιατί παραμένει ένας από τους ελάχιστους θεσμούς της Ευρωπαϊκής Ένωσης που αξίζει να εμπιστευτούν οι Ευρωπαίοι πολίτες. Την ώρα που η Ευρώπη βιώνει τη μεγαλύτερη υπαρξιακή της κρίση, που αδυνατεί να προστατεύσει τα ανθρώπινα δικαιώματα όπως μαρτυρούν οι εικόνες των ταλαιπωρημένων προσφύγων, εικόνες που μας γυρίζουν στην δεκαετία του τριάντα, ο θεσμός του ευρωπαϊού διαμεσολαβητή είναι ένα στήριγμα διαφάνειας και σεβασμού στα δικαιώματα των πολιτών.

Επικροτούμε και στηρίζουμε την έκκληση της Ευρωπαϊάς Διαμεσολαβήτριας προς την Frontex, για τη δημιουργία ενός ανεξάρτητου μηχανισμού ατομικών καταγγελιών για παραβιάσεις των θεμελιωδών δικαιωμάτων των προσφύγων και την καλούμε να ερευνήσει περισσότερο αυτό το ζήτημα στρέφοντας την προσοχή της στο δράμα που εξελίσσεται στα σύνορα της Ευρωπαϊκής Ένωσης, στους ευρωπαίους, στους ανθρώπους που εκλιπαρούν πίσω απ τα σύρματα για τα δικαιώματα στην ζωή και παραμένουν εγκλωβισμένοι σήμερα στην Ειδομένη, στην Αθήνα και στον Πειραιά.

Jonathan Arnott (EFDD). – Madam President, I am not here to criticise an Ombudsman who is doing a difficult job under tough circumstances. When 46% of people have no trust in the European Union, the figure in the United Kingdom is surely far higher. We have revolving door cases involving high-ranking officials; we have an incredibly low rate of any officials actually being sacked when there is any misconduct. It was The Beatles who used to finish their shows by telling the audience: You're such a lovely audience, we'd love to take you home with us, but unfortunately we took the last audience home and there's no more room. Well, I truly believe that if the British people could be the audience, if they could come out here to Brussels and see what I see on a daily basis, if it were not so remote, if they could see all the excesses of this place then on 23 June they would vote to leave.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señora Presidenta, en primer lugar, deseo felicitar a la Defensora del Pueblo, Emily O'Reilly, por su reelección y por su excelente trabajo con el objetivo final siempre de que las instituciones europeas den el mejor servicio público posible a los ciudadanos y de garantizar, por supuesto, el respeto de los derechos de los ciudadanos. Se ha hablado mucho aquí de transparencia. Efectivamente, es uno de los objetivos y de las reclamaciones principales que se hacen, y de ahí que la felicite por todo el trabajo que se ha hecho en cuanto al nuevo procedimiento y las nuevas normas para poder conseguir el objetivo final y también al coordinador para las investigaciones por iniciativa propia.

Yo quisiera centrarme en la mala administración. Uno de los objetivos también del Defensor es que haya una buena administración. Entendemos por mala administración cuando un organismo público no cumple las normas que se han establecido o no cumple los principios de la Unión. Me pregunto si el hecho de que la Directiva contra la discriminación esté parada en el Consejo desde hace seis años o la no ratificación del Tratado de Marrakech para que las personas con discapacidad puedan tener acceso a la lectura no suponen un ejemplo de mala administración. Y por eso yo, que sé que la Defensora es una persona muy comprometida con la Convención de las Naciones Unidas sobre los Derechos de las Personas con Discapacidad, le pido ayuda para poder desbloquear en el Consejo —esos países que están ejerciendo el veto— esa Directiva contra la discriminación y ese Tratado de Marrakech. Significará que estaremos cumpliendo con los principios de la Unión.

Jude Kirton-Darling (S&D). – Madam President, I would like to thank Ms O'Reilly and our rapporteur. Our report emphasises the crucial role that the European Ombudsman plays in ensuring European democracy and her key mission to make the voices of citizens heard.

In her renewed mandate, the Ombudsman has demonstrated a clear commitment to increasing transparency, protecting fundamental rights and taking action to the benefit of the general public. The Ombudsman's investigations into the ongoing TTIP negotiations have helped us achieve a greater deal of transparency than ever before in EU trade policy. More documents have been published and greater access to documents granted. To secure a decent TTIP agreement, we need to demonstrate that cherished institutions, such as our NHS in the UK, are not under threat. Transparency is crucial to delivering public trust in our trade policy, and the UK Government could learn a great deal from your work, Ms O'Reilly, in releasing the legal advice that they undertook on the impact of TTIP on the NHS and releasing that information as soon as possible.

Citizens' concerns for the protection of the fundamental rights of refugees have been heard loud and clear by Parliament's Committee on Petitions and by the European Ombudsman. I fully support the Ombudsman's call to establish a complaints mechanism for refugees fleeing war, who deserve to have their fundamental rights respected and upheld by Frontex. Her actions to ensure that clinical reports on medicines by the European Medicines Agency are published not only shows a commitment to proactive transparency but is also securing another step towards making lifesaving drugs for diseases such as hepatitis C available at affordable prices for those who need them.

I congratulate the European Ombudsman on her achievements so far and encourage her to continue pressing and pursuing her five-year plan and strategy towards 2019 for the benefit of all of us. We look forward to your continued work, and we look forward to working with you and your team.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Jonathan Arnott (EFDD), blue-card question. – Ms Kirton-Darling, I note that you give guarantees about TTIP and that it will not impact on the NHS. I further note that that is very different from what the unions are currently saying and, indeed, from the legal advice that I believe Unison came out with just a couple of days ago. Are you saying that you completely reject the advice on that position from the trade unions?

Jude Kirton-Darling (S&D), blue-card answer. – Mr Arnott, I think you have fully misunderstood what I just said. What I said is that to ensure that there is public trust in trade policy, we need transparency. The legal advice undertaken not by Unison but by Unite on the impact of TTIP on the NHS is actually very worrying. The UK Government has undertaken its own legal advice around the impact of the TTIP Agreement on the NHS. I have been calling for its publication, and unions in the UK and NHS campaigners in the UK have been calling for its publication. The UK Government should now publish that advice.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjedavajuća, želim iskoristiti ovu priliku kako bih čestitala europskoj ombudsmeni Emily O'Rilley na ponovnom izboru na tu dužnost. Iza nje su, barem zasad, vrlo impresivni rezultati. Razina posvećenosti kojoj smo svjedočili od njezina stupanja na dužnost jamac je da nas čeka još puno kvalitetnih inicijativa.

Prije svega pozdravljam njezin angažman na području transparentnosti europskih institucija. Europska komisija previše je puta pala na ovom ispit, a očiti su primjer pregovori o TTIP-u. Predstavnici institucija EU-a, kojima su poslovično puna usta digitalnog tržišta, moraju shvatiti da digitalno doba nije značajno promijenilo samo ekonomiju nego i politiku. Dogovori iza zatvorenih vrata, dok javnost tapka u mraku, relikti su prošlosti. Hvala Emily O'Rilley što ih na to podsjeća.

(Govornica se složila da odgovori na pitanje podizanjem plave kartice na osnovi članka 162. stavka 8. Poslovnika.)

Maria Grapini (S&D), întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonaşului albastru”. – Stimată colegă, ați spus despre lipsa de transparență și ați dat exemplu TTIP. Puteți să ne explicați cum ați dori să continue negocierea? Pentru că știm că este un proces de negociere acum.

Ruža Tomašić (ECR), odgovor na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice. – Kolegice, sve što se radi iza zatvorenih vrata, čak i ako se radi u najboljoj namjeri, pošteno, ljudi sumnjaju u to. Ako radite pošteno, nema razloga da to ne bude transparentno jer svi smo mi građani ove Unije i svi mi želimo najbolje našim građanima.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE). – Arvoisa puhemies, haluan myös yhtyä kiitoksiin, joita täällä edellä on esitetty oikeusasiamiehelle hyvästä työstä. Lisäksi haluaisin kiittää häntä ja hänen toimistoaan tehokkaasta työstä. Teidän toimistossanne on näiden asiakirjojen mukaan vain 67 työntekijää ja teette tehokasta työtä. Kun vertaa useimpien poliittisten ryhmien toimistoihin, niissä on paljon enemmän työntekijöitä, eli teidän toimintaanne täytyisi kyllä saada lisää varoja, niin että voisitte toimia vielä tehokkaammin ja paremmin ja keskittyä tiettyihin asioihin.

Minun olisi kuitenkin Teille yksi toivomus. Nimittäin Lissabonin sopimuksessa on mainittu, että EU:lle tulee hyvää hallintoa koskeva lainsäädäntö. Meillä ei ole sellaista tällä hetkellä. On vain oikeusasiamiehen toimiston laatimat hyvän hallinnon eettiset ohjeet. Tiedän, että Teidän toimistomme on tehnyt tämän eteen työtä, ettekä Te ole esteenä. Esteenä ovat komissio, neuvosto ja myös täällä parlamentissa on vastustusta. Hyvä hallinto ja sitovat säädökset ovat tärkeitä kansalaisille, mutta ne ovat tärkeitä myös virkamiehille. Tällä hetkellä kansalaiset eivät voi valittaa tuomioistuimeen, koska ei ole olemassa sitovaa lainsäädäntöä. Virkamiestenkin oikeudellinen asema on huono, jos ei ole sitovaa lainsäädäntöä.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL). – A Uachtarán, cuirim fáilte roimh an tuarascáil seo ó Emily O'Reilly, an tOmbudsman, agus tréasláim léi as an dea-obair atá idir lámha aici.

Is léir go bhfuil sé fíorthábhachtach go bhfuil a leithéid d'oifig ag feidhmiú, go háirithe nuair a chuirtear san áireamh cásanna faoi leith; abair an fíorú a dhein sí faoin gComhbheartas lascaigh le cinntiú go mbeadh sé trédhearcach agus go mbeadh fáil ar na doiciméid úd. Cé gur dhiúltaigh an Coimisiún rochtain iomlán a sholáthar, tá dualgas orthu anois a bheith go hiomlán trédhearcach.

Tá an scéal céanna againn ar ndóigh maidir le TTIP, agus arís tá sé chomh tábhachtach go mbeadh an chumhacht ag an Ombudsman iachall a chuir ar na sainghrúpaí go bhfuil aon cheist ann faoi choinbhleacht leasa a bheith freagrach. Tá dualgas ar an gCoimisiún a bheith trédhearcach go dtí saoránaigh atá thar a bheith diúltach agus amhrasach le cúis mhaith maidir le TTIP.

Gan amhras, ní fhéadfainn mar Éireannach gan tagairt don éacht a dhein Emily O'Reilly maidir le brú a chur ar an gCoimisiún i dtaobh an Bhainc Ceannais Eorpaigh agus mar thoradh ar an mbrú sin go raibh orthu litir a thaispeáint don Rialtas Éireannach faoin ngéarchéim airgeadais ag tabhairt chun solais an chaimiléireacht a bhí ar bun ag an am.

Níl ansin ach cúpla sampla den dea-obair atá ar bun agus tá a fhios agam go bhfuil i bhfad níos mó ná sin idir lámha aici. Mar sin, léiríonn sé go bhfuil oifig an Ombudsman ag feidhmiú mar is ceart agus ag dul ó neart go neart ar son shaoránaigh na hEorpa.

Kristina Winberg (EFDD). – Fru talman! Uppfattningen om vad internationellt skydd för flyktingar innebär har gradvis förändrats och innefattar nu också en mycket förvriden tolkning av konventionen för mänskliga rättigheter.

Det är ett problem att majoriteten av de flyktingar som vi tar emot i själva verket är ekonomiska migranter, och att bara 10–20 procent av dem som kommer hit får flyktingstatus. En stor mängd människor som inte har rätt till asyl i Europa måste alltså räkna med att bli återsända – ofta under tvång.

Ur ett människorättsligt perspektiv kan återsändandet inte ses som en kränkning, och förslaget från ombudsmannen att Frontex bör inrätta en speciell tjänst som ska ta emot och behandla klagomål från migranter som anser sig illa behandlade under återsändandet är ett resultat av en politik som inte är realistisk. Personligen upplever jag förslaget som ett nytt grus i maskineriet från de politiker som är emot ett organiserat och effektivt återsändande av illegala migranter.

Milan Zver (PPE). – Spoštovana varuhinja, pravzaprav vsako leto sprejemamo to poročilo v obliki resolucije Evropskega parlamenta. Ne dvomim, da dobro opravljate svoje delo, kot moji kolegi.

Že sam naziv organa pa na prvi pogled veliko obeta: Evropski varuh človekovih pravic. Toda želim poudariti, da pri tem ne gre za ustrezen naziv: varuh ni niti vseevropski niti nima dovolj pristojnosti za varovanje človekovih pravic v Uniji.

Varuhinja na primer sprejema le pritožbe, če se nanašajo na institucijo oziroma organ Unije, v nasprotnem primeru pa pritožbe preusmeri na ustrezne organe v državah članicah.

Sam imam osebne izkušnje z delovanjem tega inštituta. V preteklosti sem želel varuhinji razložiti zloglasni primer kršenja temeljnih človekovih pravic v primeru Patria in zlorabo sodstva v tem primeru, a ni bilo uspeha.

Varuhinja je v okviru svojih pristojnosti namreč ugotovila, da se ta primer ne dotika prava Unije. Preusmerila me je nazaj na sistem, za katerega sem protestiral.

Morda ni na tem mestu vprašanje, ali takšnega varuha, s takšnimi pooblastili sploh potrebujemo. Verjetno ga. Toda razmisliti bi morali o pravem, celovitem evropskem varuhu temeljnih človekovih pravic v okviru EU, ki bo imel dovolj pristojnosti, da bo reagiral, kadar bo šlo tudi za najbolj eklatantne kršitve pravic državljanek in državljanov Evropske unije.

Bogusław Liberadzki (S&D). – Pani Przewodnicząca! Debatujemy nad dobrym sprawozdaniem, które oprócz tego, że jest dobre, jest prawdziwe. Po prostu podane informacje zawierają to, co stało się i działa się po prostu pozytywnie. Chciałem podkreślić bardzo wyraźnie, że współpraca z Panią Rzecznik to nie jest tylko dzisiejsza debata. My spotykamy się z Panią Rzecznik jako kolegium kwestorów Parlamentu Europejskiego. W niedługim czasie będzie kolejne spotkanie, zatem nasza współpraca jest współpracą bieżącą.

Co chciałbym szczególnie podkreślić? Rejestr dotyczący przejrzystości, to jest kwestię idei i sposobu realizacji. Tu bardzo cieszę się ze współpracy. Drugi bardzo ważny czynnik to przestrzeganie praw podstawowych. Mamy sprawozdanie, które ukazało się dosłownie wczoraj czy przedwczoraj. Wynika z niego, że stan przestrzegania praw podstawowych radykalnie się pogarsza, także w Unii Europejskiej, w tym szczególnie wśród niektórych państw członkowskich Unii Europejskiej. Tak że chciałbym, życząc sukcesów, dalej podziękować i oświadczyć: z całą przyjemnością popieram to sprawozdanie.

Barbara Spinelli (GUE/NGL). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio il *defensor del pueblo* per le sue inchieste veramente preziose.

Vorrei concentrarmi sui rimpatri forzati di migranti gestiti da Frontex, alla luce di arrivi sempre più numerosi, di un'Unione sempre più chiusa e di accordi con paesi indifferenti al diritto, come la Turchia.

Lei giustamente ha chiesto che Frontex istituisca meccanismi di denuncia delle violazioni di diritti risultanti dal suo operato. Le vorrei chiedere se il compito del controllore possa essere affidato al controllato, se si sia sufficiente chiedere che Frontex garantisca il rispetto del benessere dei rimpatriati nei voli di ritorno (benessere è una parola vaga), se non sia il caso, per le guardie di frontiera, di prevedere la possibilità di denunce anonime o di ONG e di ricorsi in appello quando le denunce sono considerate inammissibili.

Pál Csáky (PPE). – Örülök annak, hogy ismét a körünkben köszönhetjük O'Reilly európai ombudsman asszonyt. Üdvözlöm az ombudsman vizsgálatát az alapvető jogok terén, amely arra irányult, hogy kimutassa, a tagállamok az uniós kohéziós politika végrehajtása során mennyire tartják tiszteletben az alapvető jogokat. A kohéziós politikák által a tagállamokba érkező források jó felhasználása a polgárok érdekeit védi. Bízom benne, hogy az alapvető jogok betartása más területen is munkájának részét fogja képezni.

A Petíciós Bizottság alelnökeként örömmel fogadtam az európai polgári kezdeményezés működésével kapcsolatos konzultáció kezdeményezését. Ez az eszköz csak akkor válik használhatóvá, ha eléri célját, és megkönnyíti az uniós polgárok európai vitákban és döntéshozatalban való részvételét. A transzparencia és objektivitás máig dőcögős az eljárásban, így valószínűleg lesz még feladata e témában az ombudsman asszonynak.

Nem értek egyet viszont a jelentésnek azzal a részével, amely a hivatali visszaélés kategóriájába próbálja beilleszteni a Tanács jogalkotási tevékenységét. Ezt erős túlzásnak tartom.

Az ombudsman által közölt adatokból az is látszik, hogy a hatáskörén kívül eső panaszokból kétszer annyi érkezik a hivatalához, mint a ténylegesen őt érintő panaszokból. Ezen sokat változtathatunk hatékonyabb tájékoztatással. A hatékonyságot növeli, ha minél több információ minél több nyelven lesz elérhető a polgárok számára.

Inés Ayala Sender (S&D). – Señora Presidenta, gracias a la ponente por el excelente y comprensivo informe y al señor Timmermans por reconocer el valor añadido del término español *Defensora del Pueblo*, que podemos aplicar con plena justicia a la señora O'Reilly, a quien felicito por su activa defensa de ciudadanos y ciudadanas europeos. Nos satisface especialmente la modernización y dinamismo que ha imprimido a su institución y su trabajo incansable a favor de la transparencia eficaz, los derechos fundamentales en estos tiempos críticos, la participación de los ciudadanos y la política de competencia y comercio de la Unión Europea.

En este sentido, la animo a ser más proactiva con la transparencia del programa Horizonte 2020, que afecta a temas fundamentales y que necesita una supervisión más rigurosa, como le dice o le propone la ponente en el apartado 22. También la animo a mejorar la política de comunicación, pues aunque sabemos —usted la primera, por su profesión— que, por desgracia, lo que vende es el sensacionalismo y la sangre, necesitamos también una labor pedagógica que reconozca los resultados. Usted lo ha dicho: el reconocimiento a los miles de funcionarios europeos que trabajan calladamente bajo enorme presión con cada vez menos medios y más demandas, al precio, a menudo, de su salud e incluso de su vida en algunos casos.

Es preciso reconocer también avances y aciertos, y en la comparativa me preocupa que en mi país, por ejemplo, donde hay muchas más quejas, en cambio, no se abran acciones. Tal vez una cooperación más fuerte con los Defensores del Pueblo nacionales y regionales nos ayudaría a no ser el último recurso de tantos ciudadanos que no acuden adonde deberían acudir también a nivel nacional y regional.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señora Presidenta, en primer lugar queremos destacar la importancia de la figura del Defensor del Pueblo. Una figura muy necesaria para defender a los ciudadanos y ciudadanas frente a los excesos de la administración y de la legislación europea y sí, también a los refugiados y refugiadas como principales víctimas de los excesos de Frontex y de los muros exteriores de esta Unión Europea.

Quiero centrar mi intervención en el caso de las puertas giratorias también, y agradecer a la señora O'Reilly los esfuerzos realizados en esta materia. Lamentablemente no podemos agradecer a la Comisión Europea sus esfuerzos, porque cada día demuestra su opacidad en la información con otras instituciones, como con este Parlamento Europeo. Se deberían publicar todos los casos de funcionarios de alto rango que abandonan su puesto, tal y como dice el artículo 16 de la reglamentación correspondiente. Acabar con las puertas giratorias debe ser un objetivo prioritario de todos los agentes, instituciones incluidas. En la Unión Europea de los lobbies esta es la principal vía de secuestro de la democracia, de raptó de la soberanía y de creación de legislaciones *ad hoc* para los intereses privados y privativos.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, puno je toga učinjeno gospođo javna pravobraniteljice, puno je toga još za učiniti. I velika su očekivanja, kao što vidite, nas zastupnika, velika su očekivanja raznih europskih institucija, a pogotovo su velika očekivanja naših građana. Imate našu podršku, praktički, od svih klubova ovdje u ovome domu. Imate nepodijeljenu podršku očito u europskoj javnosti.

I zato vjerujemo da ćete učiniti sve da niz stvari koje se danas događaju, koje su bitne za budućnost Europske unije, budu zaista što pristupačnije građanima. Tu prije svega mislim na TTIP, ali također mislim na sve ono što se događa s migrantskom krizom. Imate našu podršku, očekujemo da ćete još čvršće i odlučnije voditi Vaš ured.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η προσπάθεια της κυρίας O'Reilly είναι αξιέπαινη, λαμβάνοντας υπόψη το σύντομο χρονικό διάστημα από την εκλογή της. Ο ρόλος της ως Ευρωπαϊάς διαμεσολαβητήτριας να βοηθά τα θεσμικά όργανα της Ευρωπαϊκής Ενώσεως να καταστούν περισσότερο ανοικτά, αποτελεσματικά και φιλικά προς τον πολίτη, με στόχο την ενίσχυση της εμπιστοσύνης των πολιτών στην Ένωση, είναι λίαν δύσκολος.

Η ιδέα της ευρωπαϊκής ολοκλήρωσης πρέπει να συνάδει με περισσότερη διαφάνεια και έλεγχο των θεσμών της οργάνων. Λαμβάνοντας υπόψη το ευρωβαρόμετρο του περασμένου Μαΐου, η εμπιστοσύνη των πολιτών στην Ένωση είναι μόλις 40%, αντίθετα η έλλειψη αυτής αγγίζει το 46%. Επιπρόσθετα υπάρχει ένα 20% των προτάσεων της διαμεσολαβητήτριας με τις οποίες τα θεσμικά όργανα δεν έχουν συμμορφωθεί.

Υπάρχει πολύς δρόμος ακόμα σε τομείς όπως η διαφάνεια, το κράτος δικαίου, η δεοντολογία, η καταπολέμηση της διαφθοράς στη διαχείριση των συγκρούσεων συμφερόντων στο δημόσιο τομέα, η διαφάνεια στις κλινικές δοκιμές και κυρίως ο ανοιχτός χαρακτήρας στις διαπραγματεύσεις για την TTIP.

Προς αυτήν την κατεύθυνση υποστηρίζω την αύξηση του ετησίου προϋπολογισμού του γραφείου της Ευρωπαϊάς διαμεσολαβητήτριας, αλλά θα επιθυμούσα και την εξέταση της νομικής δέσμευσης των υποδείξεων αυτής.

António Marinho e Pinto (ALDE). – Senhora Provedora, a existência de uma Provedoria de Justiça e, sobretudo, a sua atividade constituem uma garantia de defesa e de reforço da cidadania na Europa.

As intervenções de um Provedor desenvolvem-se a partir de queixas dos cidadãos, tendo, portanto, uma natureza reativa, mas, pela minha parte, entendo que um verdadeiro Provedor de Justiça da União Europeia deverá assumir uma postura pró-ativa, ou seja, deveria tomar iniciativas, mesmo sem queixas dos cidadãos, com vista a corrigir determinados atos dos órgãos da União Europeia ou mesmo até de alguns Estados-Membros. Por exemplo, a recente aprovação na Dinamarca de leis que permitem a confiscação pelo Estado de bens dos refugiados deveriam merecer uma intervenção enérgica do Provedor, porque são um inominável ataque à cidadania.

Por outro lado, sendo a pobreza um dos piores inimigos da cidadania, a sua erradicação deveria também constituir uma prioridade para um verdadeiro Provedor de Justiça. Combater a pobreza é reforçar a cidadania.

(End of catch-the-eye procedure)

Frans Timmermans, First Vice-President of the Commission. – Madam President, an overwhelming majority of the honourable Members who spoke today came out in support of the Ombudsman's work and Ms O'Reilly's report, so there is no need for me to dwell on that. I would like to limit my comments to two issues. First, pertaining to the transparency on the TTIP negotiations: I would challenge any Member of this House to give me an example of any trade negotiation worldwide where there is more transparency than on this negotiation on the side of the European Union, and I would challenge those people who say that everything should be in the public eye. It is true of any negotiation on an international Treaty that parts of it will have to be dealt with in confidence for several reasons, and I think that is why the method of allowing Members of the European Parliament to know what is in the documents and asking them not to disclose that is the best possible method for people's representatives to be fully informed about the subject without violating the necessary rules of confidentiality.

The other subject I wanted to raise, which was raised by quite a number of Members, is transparency. We will launch a public consultation on transparency next month in preparation of a proposal we will make to Parliament and Council on a mandatory transparency register, which I think is the next step of where we need to take transparency. It would already be a great leap forward if Parliament and Council would apply the same rules on transparency that we apply today in the Commission. I hope that all of you who are so much in favour of transparency as far as the Commission is concerned will have the same zeal when it comes to transparency of the European Parliament's work and especially also the Council's work. I think that is very much in line with Emily O'Reilly's report, and let us work on this together.

President. – Madam Morvai, just very briefly, we are hearing a lot of interference so perhaps you could just allow the speaker to speak. Thank you for your enthusiasm.

Emily O'Reilly, Ombudsman. – Madam President, could I very warmly thank everybody who has contributed to this debate for their contributions. I found the overall impact very invigorating and very encouraging and it will encourage me to work even harder in relation to my strategy. I think this has shown again something which I greatly value – I valued it enormously as the Irish Ombudsman and I value it greatly now – because my work cannot be done properly and as it should be without the engaged support of Parliament, and I certainly felt that support that today.

As First Vice-President Timmermans noted, an overwhelming majority of people mentioned transparency in their contributions. I think that at least 80% to 85% mentioned it, and that is not just reflecting the fact that so many of the complaints that I get have to do with transparency but because Members are reflecting citizens' concerns about what is perceived to be a lack of transparency, perhaps leading to a lack of public trust within the EU. That again encourages me to continue even more vigorously, with Parliament's assistance, the work that I am doing in relation to making all of the institutions of the EU more transparent.

Another issue that emerged quite a lot was TTIP. As you know, I did an own-initiative investigation into the transparency of TTIP, and I posed the question that First Vice-President Timmermans has posed in relation to what is the appropriate space for confidentiality in any trade agreement and what is appropriate to be made open. As one speaker noted today, we are living in a digital age and, whether we like it or not, there is a much greater expectation, particularly among young people, that certain matters are going to be made transparent. I think that is something that we are going to have to live with. I shall be meeting Commissioner Malmström on Monday next, and I will be reflecting on some of the issues in relation to the transparency of the TTIP negotiations with her. Of course, it is very important for me, if I am to deal with this issue, to get complaints on it.

Another issue that was mentioned a lot was Frontex, and here I would again like to thank Parliament for supporting me in relation to the complaints mechanism, which is something I believe is now going to happen in relation to a reformed Frontex. With my colleagues in the network, many of whom are greatly engaged in this migration issue, I will continue to see what we can do collectively to help in this.

So again, thank you to the rapporteur, thank you Madam Vice-President for chairing this debate, and thanks to all the Members for their interest in, and engagement with, my office.

Soledad Cabezón Ruiz, Ponente. – Señora Presidenta, gracias a todos los ponentes alternativos por su trabajo, porque, al fin y al cabo, este informe es fruto del trabajo de todos. Gracias especialmente a la Defensora, por haber hecho posible, ella realmente, este informe y gracias a la Comisión, por haber sido tan receptiva a todas las propuestas que vienen de la Defensora y también por haber recogido las que aquí se han puesto de manifiesto. Por lo tanto, deseo mostrar mi agradecimiento a todos y decir que yo me quedo con un balance positivo. Creo que hemos empezado un buen camino y que eso es lo que tiene que quedar como conclusión de esta jornada.

Todos somos conscientes —no creo que haga falta reiterar que somos conscientes— de que la Oficina del Defensor del Pueblo y la Comisión de Peticiones son organismos clave para garantizar la participación de la ciudadanía y necesitan todo el apoyo de las instituciones en su conjunto para que coloquemos de verdad a la ciudadanía en el corazón y la hagamos partícipe de este gran proyecto. Especialmente importante en estos últimos tiempos en los que se cuestiona todo —sobra decir los motivos— es insistir en que tenemos todos la obligación de representar a todos los ciudadanos en cada una de nuestras acciones.

Por lo tanto, ser conscientes de ello es lo que nos permite y nos avala para estar hoy aquí. Reitero especialmente mi agradecimiento a la señora O'Reilly.

President. – The debate is closed.

The vote will take place shortly.

Written statements (Rule 162)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Europos ombudsmeno užduotis yra saugoti neįgalių asmenų teises ir užtikrinti, kad ES administracija žinotų apie savo atsakomybę, susijusią su šių teisių laikymusi. Asmenys, manantys, kad ES institucija nesilaiko Jungtinių Tautų neįgaliųjų teisių konvencijos nuostatų, turi teisę teikti skundus ombudsmeniui. 2014 m. pradžioje prie Ombudsmenės komandos prisijungė deleguotasis nacionalinis ekspertas, kurio užduotis yra padėti kuriant darbo programą, susijusią su neįgalumo klausimais ir surasti būdų, kuriais būtų galima geriau pasiekti piliečius ir ES institucijų darbuotojus ir informuoti juos apie jų teises ir pareigas pagal Jungtinių Tautų neįgaliųjų teisių konvenciją. Europos Parlamentas pritaria ombudsmenei, kad ES institucijos turėtų užtikrinti prieigą prie savo paslaugų neįgaliesiems ir kad šie asmenys galėtų gauti informaciją ir naudotis ryšių priemonėmis. Be to, Parlamentas ragina ES institucijas užtikrinti, kad darbo aplinka būtų atvira, įtrauki ir prieinama neįgaliesiems, jog jie galėtų veiksmingai ir visapusiškai dalyvauti politiniame bei viešajame gyvenime. Ombudsmenė taip pat reguliariai susitinka su EP nariais ir institucijų tarnautojais, siekdama aptarti būdus kuriais būtų galima kelti administravimo kokybę, pabrėžti tinkamo skundų nagrinėjimo tvarką ir užtikrinti tinkamus vėlesnius veiksmus, susijusius su Ombudsmenės rekomendacijomis ir pranešimais. Europos Parlamentas ragina ombudsmenę toliau remti Europos ombudsmenų tinklą, siekiant geriau informuoti ES piliečius apie Europos ombudsmenės, nacionalinių ir regionų ombudsmenų bei Parlamento Peticijų komiteto kompetencijos pasidalijimą.

József Nagy (PPE), írásban. – Az európai ombudsman különleges szerepet játszik az állampolgárok és alapvető jogaik védelmében. A független hivatal legfontosabb feladata az uniós intézmények tevékenysége során felmerülő visszásságokra vonatkozó panaszok, mint például a hatáskörrel való visszaélés, diszkrimináció vagy indokolatlan késedelem kivizsgálása. 2014-ben az európai ombudsman összesen 2163 panasszal foglalkozott, ezekből 325 esetben indult eljárás. A beérkezett panaszok nagyrészt az intézmények dokumentumaihoz való nyilvános hozzáféréshez köthetők. Fontosnak tartom, hogy figyelmet szenteljünk azoknak az eseteknek, amelyekben az ombudsman hivatali visszásságot állapított meg, és megtegyük a szükséges lépéseket a helyzet javulásának érdekében.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), par écrit. – Je tiens à saluer l'excellent travail d'Emily O'Reilly, qui assume avec conviction son rôle de Médiatrice européenne. Afin de garantir la bonne administration de nos institutions, elle a à cœur de s'assurer que celles-ci respectent les principes démocratiques et les valeurs de l'Union.

Je félicite en particulier son action à l'égard de Frontex. Il est essentiel que l'Agence respecte les propositions de la Médiatrice pour protéger les droits fondamentaux des personnes migrantes lors de ses opérations de retour conjointes, en particulier vis-à-vis des femmes enceintes et des enfants. Cette question est d'autant plus importante aujourd'hui dans le contexte de l'augmentation du nombre de réfugiés aux frontières de l'Union européenne.

Aussi, je soutiens pleinement Emily O'Reilly dans sa démarche visant à pousser Frontex à mettre en place son propre mécanisme de plaintes sur les droits fondamentaux. C'est impensable que l'Agence refuse de le faire, sous prétexte qu'elle ne serait pas responsable des violations des droits fondamentaux dans le cadre de ses activités.

Ce dispositif devrait également s'appliquer aux accords de travail conclus par Frontex avec les autorités compétentes des pays tiers, mis en œuvre en toute opacité. Le combat pour la transparence est indispensable pour donner chair à la démocratie européenne.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Na úvod chcem oceniť prácu pani ombudsmanky nielen za hodnotiaci rok, ale aj za celé jej funkčné obdobie pri zvyšovaní spravodlivosti a transparentnosti v EÚ. Každý, kto si správu prečítal, musí uznať, že práca ombudsmana je veľmi zodpovedná a vôbec nie ľahká. Tiež treba povedať, že sú to európske inštitúcie, ktoré prácu ombudsmanovi vôbec neľahčujú. V správe sa konštatuje, že podobne ako v predchádzajúcich rokoch sa väčšina vyšetrovaní, ktoré ombudsmanka začala, týkala Komisie (59,6 %) a počet vyšetrovaní týkajúcich sa ďalších inštitúcií EÚ vrátane EP, ktoré začala ombudsmanka v roku 2014, svedčia o tom, že jej prácu neľahčujeme. Transparentnosť, otvorenosť, prístup k informáciám, dodržiavanie práv občanov a vysoké etické normy majú zásadný význam pre dôveru občanov a inštitúcií, zvlášť európskych inštitúcií, keď si chceme udržať dôveru ľudí. Verím preto, že európske inštitúcie aj vďaka otvorenej, inovatívnej a transparentnej práci ombudsmanky, novému vydaniu Európskeho kódexu dobrého administratívneho správania prispejú k väčšej otvorenosti a transparentnosti vo svojich činnostiach.

Romana Tomc (PPE), *písno*. – Evropski poslanci imamo pomembno vlogo pri obravnavanju dela Evropskega varuha človekovih pravic.

Iz poročila je razvidno, da je varuhinja v letu 2014 zaključila 387 pritožb. Najpogosteje se je varuhinja ukvarjala s preglednostjo dokumentov EU, v zvezi s konkurenco in procesi izbire. Včasih se sicer ne zavedamo, kaj pomeni biti evropski varuh človekovih pravic. V prvi vrsti gre za reševanje pritožb, ki se nanašajo na delovanje inštitucij.

Kljub vsemu menim, da je varuhinja korektno opravila svoje delo v letu 2014. Za naprej bi si želela, da varuhinja vzame v pregled sodne sisteme posameznih držav članic, ki velikokrat ne delujejo v dobrobit njihovih državljanov.

Tomáš Zdechovský (PPE), *in writing*. – The office of the European Ombudsman has proved that an institution such as this one is much needed in the European Union. In 2014, the Ombudsman's office significantly contributed to an increase in the transparency and integrity of other European institutions and the Union as whole. The Ombudsman initiated several important activities, including the establishment of the so-called Own-Initiative Inquiry, which has addressed fundamental issues at European level. I think it is essential that it looked into the composition of the Commission's expert groups, transparency in lobbying and the work of the Agencies. The Ombudsman's new strategy is also very welcome for further promotion of good public administration.

I would like to encourage the institution to continue its good work, to continue its pressure on other European bodies and to prevail as a good role model of integrity. The European institutions, on the other hand, should comply with the Ombudsman's recommendations and make transparency their priority. That will not only have an increased impact on the reputation of the European Union in the eyes of the citizens, but it will especially protect the Union's financial interests at EU level.

6. Tabakabkommen (PMI-Abkommen) (Aussprache)

President. – The next item is the debate on

— the oral question to the Commission on tobacco agreement (PMI agreement) by Bart Staes, José Bové, on behalf of the Group of the Greens/European Free Alliance (O-000010/2016 – B8-0109/2016) (2016/2555(RSP)),

— the oral question to the Commission on Tobacco agreement (PMI agreement) by Ingeborg Gräßle, Petri Sarvamaa, on behalf of the Group of the European People's Party (Christian Democrats) (O-000014/2016 – B8-0110/2016) (2016/2555(RSP)),

— the oral question to the Commission on Tobacco agreement (PMI agreement) by Marco Valli, Rolandas Paksas, on behalf of the Europe of Freedom and Direct Democracy Group (O-000015/2016 – B8-0111/2016) (2016/2555(RSP)),

— the oral question to the Commission on Tobacco agreement (PMI agreement) by Inés Ayala Sender, on behalf of the Group of the Progressive Alliance of Socialists and Democrats in the European Parliament (O-000016/2016 – B8-0112/2016) (2016/2555(RSP)),

— the oral question to the Commission on Tobacco Agreement (PMI agreement) by Michael Theurer, on behalf of the Group of the Alliance of Liberals and Democrats for Europe (O-000017/2016 – B8-0113/2016) (2016/2555(RSP)),

— the oral question to the Commission on Tobacco agreement (PMI agreement) by Ryszard Czarnecki, on behalf of the European Conservatives and Reformists Group (O-000018/2016 – B8-0114/2016) (2016/2555(RSP)), and

— the oral question to the Commission on Tobacco agreement (PMI agreement) by Dennis de Jong, Rina Ronja Kari, Anne-Marie Mineur, Martina Anderson, Matt Carthy, Liadh Ní Riada, Sofia Sakorafa, Tania González Peñas, Xabier Benito Ziluaga, Miguel Urbán Crespo, Estefanía Torres Martínez, Lola Sánchez Caldentey, Luke Ming Flanagan, on behalf of the Confederal Group of the European United Left – Nordic Green Left (O-000019/2016 – B8-0115/2016) (2016/2555(RSP)).

Bart Staes, Auteur. – Commissaris, ik dank u voor het evaluatieverslag over de tabaksovereenkomst met Philip Morris dat we gisteren van u gekregen hebben. We hebben er lang op moeten wachten maar de 31 bladzijden liggen nu voor ons. Het spijt me, commissaris, maar ik vind niet dat er in die evaluatie voldoende elementen zitten om de bestaande overeenkomst te verlengen.

In het verslag wordt bijvoorbeeld wel gesteld dat tussen 2006 en 2014 het aantal geconfisqueerde sigaretten met 85 procent is gedaald. Maar is dat een goed argument? In het vaktijdschrift *Tobacco International* van mei 2002 lees ik al dat het aantal geconfisqueerde sigaretten ten opzichte van de evaluatieperiode 1997-1999 daalde tot een tiende, dus met 90 procent. Was dat dankzij de tabaksovereenkomst die we afsloten met Philip Morris? Neen, want die bestond in 2002 nog niet. Dat goede resultaat kwam er dankzij het leiderschap dat de Europese Unie nam in de strijd tegen tabakssmokkel. Zo was er de onderzoekscommissie van het Europees Parlement in 1996-1997. Er was het goede werk van de Taskforce tabak van Uclaf en later van OLAF. Er was het goede werk van de Commissie en een aantal lidstaten, door een proces aan te spannen tegen Philip Morris voor de rechtbank in New York.

Dat alles zorgde voor druk en voor een goed resultaat, zoals ik kan lezen in dat vaktijdschrift *Tobacco International*. Bovendien is het niet een amicaal akkoord dat zorgt voor een goed resultaat in de strijd tegen tabakssmokkel, het is volgehouden inzet. Daarenboven is 2004 2016 niet. We hebben ondertussen de nieuwe tabaksrichtlijn, die elementen over “volgen en traceren” bevat en waarin de amendementen van mevrouw Grässle en mezelf werden opgenomen. Er is, en dat weet u zeer goed want u bent een hevig voorstander, de WHO-overeenkomst. Er is het FTCT-protocol, waarin nieuwe elementen worden aangereikt om wereldwijd de strijd tegen tabakssmokkel aan te gaan.

Laten we niet doen alsof de tabaksindustrie onze vriend is. Ze is een tegenstander. Tabaksproducenten spannen rechtszaken aan tegen de tabaksrichtlijn. Ze spannen rechtszaken aan tegen lidstaten of tegen staten zoals Australië via ISDS-mechanismen.

Commissaris, laat mij klaar en duidelijk zijn: ik steun uw strijd om de WHO-overeenkomst en het FTCT-protocol te laten ratificeren door zoveel mogelijk staten en in de eerste plaats door de 28 lidstaten van de Europese Unie. Laten we inzetten op een degelijke tenuitvoerlegging van de tabaksrichtlijn. Laten we inzetten op een goede ratificatie van die WHO-overeenkomst. Maar als u straks met de Commissie gaat beslissen om de bestaande overeenkomst met Philip Morris voort te zetten of te verlengen, dan bezorgt u de WHO en de Europese Unie reputatieschade. Want waarom zouden andere staten buiten de EU, waarom zouden onze nabuurlanden die WHO-overeenkomst ondertekenen als ze zien dat de EU zelf akkoorden afsluit of verlengt, zoals die welke nu voorligt met Philip Morris?

Commissaris, we hebben vandaag een dialoog, we hebben vandaag een debat. Op 8 maart gaan wij over een resolutie stemmen. Ik vraag de Commissie geen beslissing te nemen vooraleer de resolutie van het Parlement voorligt. Ik denk dat dat simpele hoffelijkheid is. Ik zou willen dat u luistert naar de plenaire vergadering van het Parlement zoals die op 8 maart een uitspraak zal doen.

Ingeborg Gräßle, Verfasserin. – Frau Präsidentin, Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme mit den gleichen Argumenten zu einem anderen Schluss. Aber ich möchte mich zuerst bei der Kommission bedanken, dass sie nach über zwölf Jahren endlich den Bericht über das Tabakabkommen vorgelegt hat. Hurra dafür! Das Dokument ist interessant. Es zeigt den internen Kampf der Kommission im Umgang mit der Tabakindustrie, und diesen Kampf werden wir hier wohl auch zu führen haben – leider!

Für mich geht es nicht um eine Grundsatzfrage oder gar eine Gewissensentscheidung, für mich geht es um ganz pragmatische Dinge. Wir sollten diesem Abkommen nicht mehr Bedeutung zumessen, als es tatsächlich hat. Der Kern der Sache ist: Was tun in den kommenden drei Jahren, bis in der EU die Tabakprodukte-Richtlinie in Kraft tritt, und außerhalb der EU in den kommenden sechs Jahren, bis das WHO-Protokoll hoffentlich dann in Kraft treten kann? Diese beiden neuen Rechtsinstrumente sind sehr, sehr wichtig. Der Ratifizierungsprozess, der Umsetzungsprozess darf und sollte keinesfalls gefährdet werden.

Deswegen, Frau Vizepräsidentin der Kommission, sollten Sie Stellung nehmen zu dem, was die Generalsekretärin des WHO-Sekretariats gestern geschrieben hat, dass nämlich die Verlängerung dieses Abkommens mögliche Ratifizierungen konterkariert oder dass die EU unter einem solchen Abkommen gar nicht in der Lage und es gar nicht erlaubt wäre, ein solches Abkommen zu treffen. Darauf brauchen wir eine Antwort.

Und dann brauchen wir natürlich Antworten auf alles. Uns Haushaltskontrolleuren geht es um den Tabakschmuggel und den Kampf dagegen. Wir brauchen Antworten auf alles, was weder das Abkommen noch die Tabakprodukte-Richtlinie noch das Protokoll abdecken, nämlich den Schmuggelmarkt mit *cheap white*. Deswegen möchte ich um weitere Maßnahmen bitten. Was wir brauchen, ist *track and trace* und *due diligence* bei 1) geschnittenem Rohtabak – hier haben wir fünf Produzenten, davon zwei in der EU –, bei 2) Zigarettenpapier mit seinen 25 Herstellern weltweit und bei 3) Zigarettenfiltern mit ihren rund zehn Herstellern weltweit. Wenn wir hier – am Anfang der Produktkette – etwas tun statt am Ende, wären wir sehr viel schneller zu Resultaten imstande.

Aus der jetzigen Sicht und aus Sicht der Haushaltskontrolle kann ich das Abkommen drei Jahre ruhig weiterlaufen lassen, vorausgesetzt, es gefährdet die Ratifizierung nicht. Ich glaube der Industrie nämlich nicht, dass sie das Abkommen freiwillig weiter anwendet. Das ist auch ein Punkt: Wer der Industrie glaubt, kann auf eine weitere Anwendung des Abkommens, auf eine Verlängerung des Abkommens verzichten. Ich glaube, dass wir gut beraten sind, das nicht zu tun.

Piernicola Pedicini, autore. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, prima di tutto vorrei ricordare ai cittadini che ci stanno seguendo che qui stiamo parlando di contrabbando di sigarette effettuato dalle stesse case produttrici di sigarette. La Commissione europea ha messo in atto una serie di azioni legali contro queste case produttrici: al momento vi sono quattro accordi in vigore, con la Philip Morris, la Japan Tobacco, l'Imperial Tobacco e la British American Tobacco.

Tra questi accordi quello con la Philip Morris è il più eclatante: un miliardo di euro entro dodici anni, che però la Philip Morris ha usato per garantirsi l'ingerenza politica in Europa e anche in tutti gli Stati membri. Per anni la Commissione ha continuato a rimandare la pubblicazione della valutazione sull'accordo con Philip Morris e siamo arrivati al punto che l'accordo scade tra sei mesi e il Parlamento è stato tenuto all'oscuro di tutto quanto e per tutto questo tempo.

Faccio presente che, mentre la Commissione spende parte delle risorse per la lotta al contrabbando delle sigarette nel programma Hercule, non si sa come vengono spesi questi soldi all'interno degli Stati membri: stiamo parlando di 1,6 miliardi di euro, di cui i cittadini ignorano completamente la destinazione finale.

Rispondendo a una mia interrogazione del novembre 2015, il Consiglio se ne è lavato completamente le mani, dicendo che non poteva fornire delucidazioni al riguardo perché non è parte ufficiale degli accordi di cooperazione. Intanto, però, in Italia la Philip Morris investe e cresce beata con il benessere del premier Matteo Renzi, apre stabilimenti, ottiene sconti del 50% sulle accise per immettere i suoi nuovi prodotti sul mercato, riceve addirittura la promessa di poter utilizzare la sua tecnologia *Codentify* per gestire i sistemi di tracciabilità, prima che la Commissione adotti gli atti delegati richiesti dalla direttiva sul tabacco e prima che l'Unione europea ratifichi il protocollo dell'Organizzazione mondiale della sanità sullo stesso argomento. Come dire, controllore e controllato. Perciò signori, che cosa dire di più? *Thank you for smoking!*

Inés Ayala Sender, *autora*. – Señora Presidenta, antes de comenzar deseo dedicar un pensamiento a las víctimas activas y pasivas del tabaco, entre las que se encuentran mi padre y mi abuelo. Tal vez por ello yo nunca he fumado y, por lo tanto, tengo siempre en cuenta esas medidas necesarias y respaldo las medidas drásticas impuestas en mi país por el Gobierno socialista, que han conseguido un planteamiento mejor. Mi grupo, por lo tanto, siempre ha estado a favor de un marcaje fuerte y del encuadre exigente. De ahí el excelente trabajo que reconozco, y que creo que todos debemos reconocer hoy día, de la señora McAvan con la Directiva sobre los productos del tabaco, que creo que es el marco legislativo en el que tenemos que trabajar.

Y también lo estuvimos cuando la Comisaria nos presentó su acuerdo y por lo tanto pretendíamos con aquello, precisamente, tener un instrumento jurídico para las instituciones europeas, para poder controlar y hacer frente a una situación absolutamente insuficiente y descontrolada en cuanto a la capacidad y el impacto de las tabacaleras. Yo creo que ese acuerdo, y todos estamos de acuerdo, sirvió para mejorar los conocimientos sobre cómo hacer frente a la importación ilegal y al tráfico y el contrabando de tabaco, pero también para enseñarnos de qué manera hacer el seguimiento y la trazabilidad y mejorar la situación de control de aquello.

Pero ahora, actualmente, solo tengo preguntas ante la nueva situación, porque resulta que el acuerdo expira y tenemos un vacío legal a partir de este año. Y el nuevo marco legal de la Directiva y su implementación en el año 2019 y el Convenio de la OMS a partir del 2022 nos dejan enormes preguntas, señora Comisaria.

Señora Vicepresidenta, yo conozco su eficacia y por lo tanto, querría saber, en primer lugar también qué va a pasar con los tres acuerdos pendientes con otras tantas tabacaleras. Querría saber si en el momento en que entre también en vigor la Directiva podemos evitarlo y podríamos justamente trabajar para que terminaran.

Pero también si nuestras aduanas son suficientemente fuertes en este momento —puesto que su evaluación reconoce que es el factor más importante— y en qué condiciones están, igual que los puertos. Tenemos allí unos *vacuum* (yo que me dedico al transporte sé por experiencia que los puertos son cada vez más grandes y más incontrolables), ¿de qué manera puede usted garantizarnos, o, puesto que no está usted sola, sino con el Colegio, cómo puede la Comisión garantizarlo?

Y también los temores de quienes piensan que la prolongación de los acuerdos solo retrasaría la implantación de la Directiva y la ratificación del Convenio. Querría que usted pudiera darnos también seguridades en ese sentido, cómo garantizarnos que esto no va a ocurrir.

Por otro lado, absolutamente convencida de la necesidad del Estado de Derecho para defender nuestra democracia, no me gusta quedarme sin ningún tipo de instrumento en este *vacuum*. Por lo tanto ¿qué nos propone usted como alternativa, señora Comisaria, o qué propone la Comisión? ¿Cómo poder tranquilizar para demostrar nuestro compromiso en la lucha contra el tabaco?

Elnökváltás: GÁLL–PELCZ ILDIKÓ*alelnök asszony*

Martina Dlabajová, Autorka. – Ráda bych každopádně poděkovala Komisi za zveřejnění posouzení dohody s Philip Morris International. Podrobnému prozkoumání tohoto stěžejního dokumentu bohužel nepomohlo to, že jsme na něj museli docela dlouhou dobu čekat, ani to, že termín jeho zveřejnění byl teprve včera. Přes tyto skutečnosti bych se ráda podělila o své názory k této problematice za naši skupinu.

Dohoda s Philip Morris International částečně splnila svůj účel, neboť od okamžiku jejího uzavření došlo k výraznému poklesu pašování zboží do EU, navíc došlo k podstatným změnám v legislativě. Máme teď směrnici o tabákových výrobcích, která představuje celoevropský systém sledování a dohledávání cigaret od roku 2019 na straně jedné a Rámcovou úmluvu Světové zdravotnické organizace o kontrole tabáku ratifikovanou pěti členskými státy na straně druhé. Bohužel však zároveň došlo k výraznému nárůstu podílu na trhu u neznačkových cigaret.

Skupina ALDE byla vždy synonymem boje proti nezákonnému obchodování s lidmi, padělání nebo pašování zboží. Hodláme pokračovat v trendu nulové tolerance v této oblasti, protože tyto jevy nejsou škodlivé jen pro naše hospodářství, ale jsou hnacím motorem šedé ekonomiky a černého trhu spojeného s organizovanou trestnou činností. Jakákoli mezeira v pravidlech by mohla posloužit zločineckým skupinám jako otevřené dveře. Proto je naší povinností zajistit, aby nedovolený obchod s tabákovými výrobky neměl v EU vůbec žádný prostor, počínaje aktivní prevencí a konče sankcemi v likvidační výši.

Musím však přiznat, paní komisařko, že zveřejněná zjištění Komise nepovažuji za příliš přesvědčivá. Neexistují žádné dostatečné údaje jasně prokazující souvislost mezi dohodou s Philip Morris International a snížením počtu konfiskátů. Po přečtení stanoviska Komise jsem spíše nabyla dojmu, že je zde prezentováno jen několik hypotéz.

Proto se domnívám, že než vstoupí v platnost Rámcová úmluva Světové zdravotnické organizace o kontrole tabáku, měli bychom na tuto jakoby přechodnou dobu uzavřít jinou dohodu. A to, že budeme pomáhat v boji proti současným problémům s nedovoleným tabákem a že budeme využívat všech opatření, která prokazatelně fungují, např. povinnosti *tracking* a *tracing*.

Jak chcete, paní komisařko, i do budoucna s maximální zodpovědností připravit takový politický a legislativní rámec, který bude plně transparentní?

Ryszard Czarnecki, autor. – Pani Przewodnicząca! Dzisiejsza debata ma ogromne znaczenie, po pierwsze ze względu na znaczenie przedmiotu, ale także poprzez fakt, że nasz Parlament już wielokrotnie zadawał Komisji Europejskiej pytania o stan negocjacji z Philip Morris International. Nielegalny handel wyrobami tytoniowymi, a w szczególności przemysł podrabianych papierosów powoduje, że Unia Europejska i państwa członkowskie razem mają straty w przychodach w wysokości 10 mld EUR rocznie, a wartość jednego europejskiego programu walki z tego typu oszustwami (Herkules III) to około 100 mln EUR na okres 2014-2020.

Przemysł tytoniu jest poważnym przestępstwem, które przyczynia się do finansowania innych rodzajów przestępczości zorganizowanej. Jest to również problem zdrowia publicznego, bo te nielegalne papierosy stwarzają większe zagrożenie dla zdrowia, ponieważ nikt nie wie tak naprawdę, jak one są produkowane. Umowa z Philip Morris miała więc tutaj pewien wkład w walkę z nielegalnym handlem tytoniem, w związku z czym trzeba poprzeć inicjatywę, trzeba poprzeć starania pani przewodniczącej Georgiewej odnośnie do przedłużenia takiej umowy.

Umowa ta była zawarta 20 lat temu, obecnie rynek i środowisko lustracyjne jest zupełnie inne niż wtedy, ale takie umowy wydają się potrzebne, a ponadto jest jeszcze jedna rzecz, a mianowicie taka, że ten globalny protokół do spraw zwalczania przemytu wejdzie w życie 50 lat po ratyfikacji, tj. około roku 2020. Jeżeli ta umowa wygaśnie w tym roku, to przez najbliższe lata Philip Morris nie będzie zobowiązany do płacenia tzw. *supplemental payments* i powstaje pytanie – czy to nam się opłaca?

Dennis de Jong, Auteur. – Ik ben blij dat het Parlement nu eindelijk de effectenrapportage over de overeenkomst met Philip Morris heeft ontvangen.

Volgens de rapportage is het aantal onderschepte sigaretten van PMI sinds 2004 gedaald met 85 procent. Zoals de onderzoekers zelf ook al aangegeven, zegt dat echter nog niet zoveel. Sinds 2004 worden namelijk steeds meer merkloze sigaretten, *cheap whites*, de EU in gesmokkeld. De onderzoekers moesten dan ook concluderen – dat vind ik heel belangrijk – dat de samenwerking met PMI geen aantoonbaar voordeel heeft opgeleverd voor de volksgezondheid in Europa.

Opmerkelijk blijft het geringe bedrag aan boetes dat PMI heeft moeten betalen, te weten ruim 68 miljoen euro. De onderzoekers stellen vast dat de onderscheppingen steeds kleinere hoeveelheden sigaretten betreffen. Die blijven daarmee onder de radar omdat voor de overeenkomst met PMI alleen onderscheppingen van minimaal 50 000 sigaretten meetellen. Daarmee komt de tabaksindustrie dus heel erg goed weg.

Dan nu de hamvraag: moeten we de overeenkomst met PMI verlengen? Naar de mening van mijn fractie niet. De onderzoekers wijzen er al op dat het op zijn minst merkwaardig is als je een samenwerkingsovereenkomst sluit met dezelfde fabrikanten die de Europese tabaksrichtlijn juridisch aanvechten. Bovendien worden binnen enkele jaren nieuwe wettelijke regels van kracht die PMI dwingen soortgelijke voorzieningen te treffen als in de overeenkomst is afgesproken.

Het belangrijkste argument blijft echter dat volgens de regels van de Wereldgezondheidsorganisatie iedere schijn van belangen tegenstelling of verstrengeling met de tabaksindustrie vermeden moet worden. Laten wij ons niet afhankelijk maken van geld waar bloed aan kleeft. Daarom hoop ik dat we vandaag met de Commissie kunnen vaststellen dat de samenwerking met PMI niet wordt verlengd.

Kristalina Georgieva, Vice-President of the Commission. – Madam President, it is very clear from the discussion we are having here that the smuggling of tobacco products is something that concerns us all. It affects our public health, our public finances and the quality of our law enforcement. The interest of Parliament is shared by the Commission. This is an important priority in our work.

Today we are debating it because the EU's first anti-fraud agreement with the largest tobacco manufacturer in Europe, Philip Morris International (PMI), is set to expire in July. We are currently reflecting on the way forward and we are benefiting from the debate in this Chamber. Yesterday we disclosed the Commission assessment of the agreement. It is the result of very thorough discussions with the Member States and all relevant services. We wanted to make sure that it was as good as it could be, and we acted on our promise to Parliament that we would engage all the services of the Commission, and in particular the Directorate-General responsible for health, to produce this assessment. We did that.

Let me start by recalling why we have this agreement in the first place. In the past, significant volumes of contraband cigarettes from the major tobacco manufacturers were being smuggled illegally in the EU. We pushed the companies to take action, and the very extensive investigation by OLAF led to litigation by the EU and its Member States before the US courts against several tobacco manufacturers, resulting in anti-fraud agreements. Under these agreements, the manufacturers accepted regulatory discipline that, at that time, was very innovative, included global tracking and tracing of their products, due diligence and know-your-customer, as well as anti-money-laundering provisions. They also offered financial incentives to these companies to comply with the agreements.

What is the assessment telling us? First, even if we cannot make – as has been pointed out – direct causality between the agreement and the results in terms of the reduction of smuggling, we have achieved the key objective. The seizure of PMI contraband notified by Member States under the agreement was reduced by 85% between 2006 and 2014. That is a fact. Second, the agreement provided national and European investigators with intelligence that has led to many seizures, arrests and criminal indictments. Transnational criminal organisations were dismantled and illegal factories in some Member States were closed down. Third, it must also be made clear that the reduction of the PMI contraband did not lead to the overall reduction of the EU tobacco black market. The assessment is very clear about that. What we shrank has been taken over by the so-called ‘cheap whites’. Fourthly, the total payments asked by us – annual and seizures – made by the four manufacturers into the EU have so far surpassed EUR 1.1 billion, including around EUR 100 million in seizure payments. Fifth, lessons have been learned from the implementation of these agreements, especially in terms of global tracking and tracing, and these lessons are now very valuably integrated at international level.

Today, the growing problem of cheap whites requires us to continue to work with our Member States to tackle it. I am very pleased to report that OLAF has taken this mission of tackling illegal smuggling very seriously, together with Member States. Last year, 2015, 600 million cigarettes were confiscated, and a vast share of those were cheap whites. As has been stated, we have new tools today. The world has changed. We have the Tobacco Products Directive from 2014 which focuses on production and sales into the European Union. The track and trace features under this Directive will become mandatory for all manufacturers and importers in May 2019. Just as importantly, we have the WHO Framework Convention on Tobacco Control. It requires 40 ratifications to enter into force. So far we have 15. I look forward to Parliament voting in May on ratification by the EU, and I can tell you that we are putting a lot of attention and energy into facilitating more ratification so we can have it in force by 2022.

So what is the future of the PMI agreement? We are clear that our overarching goal to fight the illicit tobacco trade remains, and we have to make sure we are as effective as possible. We are strengthening our capacity for that. In March this year we will have an independent laboratory to help us in this fight. We are very keen for the regime that is put in place in the EU and internationally to be active and to deliver in this fight. Now the question is whether or not, between today and the time when we have the directive in place, 2019, or the time when we have the protocol enacted in 2022, we still need a legally-binding instrument to fight illegal trade. This is what I am here to listen to. I will take this debate into account so we can make an informed decision in the Commission in the weeks to come.

Petri Sarvamaa, on behalf of the PPE Group. – Madam President, Madam Vice-President, thank you for your presentation and for the assessment made available yesterday. The assessment arrived right on time for this discussion, although we had to wait for two years for it. So yesterday with the paper in our hands, we already knew what the reality out there is. We had gotten the information from out there. Which, by the way, gives me reason to ask this little side question: besides the tobacco industry, does the Commission have any other sources of information than the Member State listings of seized cigarettes exceeding 50 000 smuggled cigarettes? No matter how well the industry takes care of its responsibilities, smoking as such is annually causing well over EUR 30 billion of damage to our economies, not even mentioning the immense human suffering. While the Commission's staff working document provides us with a comprehensive view of where we stand with the PMI agreement, I must say, even after the words you have just said, that after such a long wait I wished for a more thorough assessment about what all this means. The reality that is out there: the amount of illegal cigarettes is still about the same – at least, it is too much. So should we prolong the PMI agreement or not? If the answer is yes, then what should it consist of? If we do not know yet – if we do not know before 2019 or 2022 – then that is wasted years. We are running out of time, as the agreement with PMI expires in July and we really need to know now what the future is about, because we need more strong action for this.

Karin Kadenbach, im Namen der S&D-Fraktion. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Kommissarin! Der Kampf gegen den Zigarettenschmuggel ist hier wirtschaftlich bewertet worden. Es entgehen den EU-Haushalten im Jahr zwischen zehn und zwölf Milliarden Euro. Was nicht bewertet worden ist, sind die 700 000 Toten, die jedes Jahr vorzeitig – aufgrund von Tabakgenuss – sterben. Was nicht bewertet wurde, sind die Gesundheitskosten, die den Systemen durch den Schmuggel von Tabak, aber vor allem durch den Gebrauch von Tabak entstehen.

Das heißt, wir müssen uns heute nicht nur damit auseinandersetzen, ob wir in der Zukunft einen Kooperationsvertrag mit einem Tabakproduzenten haben wollen, sondern wir müssen uns damit auseinandersetzen, wie wir gemeinsam Maßnahmen treffen können, dass viel weniger junge Menschen vor allem zu Zigaretten greifen.

Das, was mir hier in dem Assessment präsentiert wird, das tut das alles nicht. Das spricht davon, dass das Projekt, den Tabakmarkt zu kontrollieren, in Wirklichkeit gescheitert ist, wenn die, die zu kontrollieren sind, auch entscheiden, was auf den Markt gekommen ist, und sagen: In Ordnung, das sind gar nicht die Produkte von uns.

Ca. 80 Prozent der Produkte – hat Philip Morris selbst festgestellt – kommen nicht von ihnen, daher müssen sie keine Strafzahlungen zahlen. Das heißt, es gibt zwar ein Zurückverfolgungssystem, aber es wird von denen, die es selber kontrollieren, auch bewertet, ob es funktioniert. Das heißt, wir brauchen ganz dringend ein unabhängiges Rückverfolgungssystem, und wir haben mit der Tabakprodukte-Richtlinie von 2014 hier wirklich die Grundsätze dafür geschaffen.

Die, mit denen wir hier ein Kooperationsabkommen eingehen sollen, sind die, die jetzt gegen uns klagen, weil sie der Meinung sind, sie wollen kein unabhängiges Zurückverfolgungssystem. Warum wollen sie es denn nicht? Weil dann ans Tageslicht käme, was in Wirklichkeit tagtäglich auf diesem Markt passiert: dass in Wirklichkeit jene, die kontrollieren sollen, die sind, die auch vom illegalen Transport in die Europäische Union nutzen.

Ruža Tomašić, u ime kluba ECR. – Gospodo predsjednice, Europska komisija u slučaju sporazuma s Philip Morris International nastavlja s praksom koju smo vidjeli u pregovorima o TTIP-u. Ignoriranje Parlamenta kao jedinog izravno izabranog tijela i pregovaranje daleko od očiju građana nije put ka izgradnji povjerenja.

Potpuni nedostatak transparentnosti, iako se radi o vrlo važnim pitanjima javnog zdravlja, financijskih interesa država članica i borbe protiv krijumčarenja, stvara sumnju da Komisija ne radi u interesu građana, nego velikog biznisa.

Kao zastupnica iz države koja ima najdulju vanjsku kopnenu granicu i posebno je izložena djelovanjima tzv. duhanske mafije, tražim da Komisija otkloni svaku sumnju i što skorije se očituje o dosadašnjim rezultatima primjene sporazuma s Philip Morris International i planovima za njegovo produženje. Europska javnost i ovaj dom imaju pravo znati!

Ivan Jakovčić, u ime kluba ALDE. – Gospodo predsjednice, krijumčarenje i šverc cigaretama star je otprilike koliko i sama cigareta, koliko je i samo pušenje. Zato je ovaj sporazum koji se planira potpisati od iznimne važnosti i dolazi u trenutku kada zaista ovdje moramo progovoriti do kraja o svemu onome što znači štetnost pušenja, po javno zdravlje, po onome što znači za mlade ljude i sve ono što znači za uopće našu zajednicu.

Naime, sigurno je da je daleko važnije od ovoga sporazuma da uspijemo ratificirati konvenciju Svjetske zdravstvene organizacije, da imamo pravu direktivu o duhanskim proizvodima jer to je ono što je suštinski za ovaj Parlament, a ne stvaranje sporazuma iza zatvorenih vrata i bez ikakvih informacija o tome što se zaista želi postići tim sporazumom.

(Govornik je pristao odgovoriti na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice (članak 162. stavak 8. Poslovnika)).

Maria Grapini (S&D), întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonaşului albastru”. – Stimate coleg, aţi vorbit despre cost. V-aţi gândit, când aţi vorbit despre cost, şi la costul pe care acum noi nu îl cunoaştem şi pe care cerem să îl cunoaştem, şi anume decesele din cauza fumatului? V-aţi gândit şi la acest cost când aţi vorbit despre costurile pe care le implică industria tutunului?

Ivan Jakovčić (ALDE), odgovor na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice. – Poštovana gospodo zastupnice Grapini, želim potpuno jasno reći da sam ja jedan od onih velikih protivnika pušenja i mogu reći da nikad u svom životu nisam zapalio cigaretu, niti sam je imao na ustima i siguran sam da je cigareta veliko, veliko zlo, da šteti mladim ljudima, da šteti svakome tko puši i stvara enormne troškove za javno zdravlje i na kraju krajeva ljudi umiru od pušenja i to je ona velika tragedija.

José Bové, au nom du groupe Verts/ALE. – Madame la Présidente, Madame la commissaire, juste un petit rappel chronologique, puisque les choses ont déjà été dites un peu par tout le monde. En 1998, aux États-Unis, l'industrie du tabac a été condamnée à plus de 200 milliards de dollars d'amende. En Europe, face à la plainte, l'industrie a accepté que Philip Morris paie 1,2 million d'euros, mais, en contrepartie, il y a eu cet accord. C'est un problème, car cela veut dire que le loup est entré dans la bergerie, dans les institutions européennes, et notamment dans l'OLAF.

En 2012, au moment où nous débattons de la réforme pour mettre en place des règles contraignantes, Philip Morris – encore lui – a eu la tête du commissaire européen, M. Dalli, avec la complicité de certaines personnes à l'OLAF, à tel point que, depuis dix mois, la justice belge demande la levée de l'immunité diplomatique de M. Kessler. En 2014, enfin, deux mois après le vote et la mise en place de la nouvelle réglementation sur le tabac et la lutte contre le tabagisme, l'industrie, notamment l'entreprise Philip Morris, a saisi la Cour de justice de l'Union européenne pour contester le contenu de nos propres textes.

À partir de ce constat, je voudrais poser trois questions très simples. Premièrement, comment peut-on confier une mission officielle à une entreprise criminelle multirécidiviste contre la santé publique? Aujourd'hui, ce n'est pas acceptable. Deuxièmement, comment accepter que le Parlement européen soit tenu à l'écart de la décision qui pourrait être prise la semaine prochaine, avant même le vote d'une résolution au Parlement? Enfin, troisième question, comment faire voter en mai l'approbation du protocole qui impose le rejet des partenariats et accords non contraignants avec l'industrie du tabac? En conclusion, prolonger l'accord avec Philip Morris, c'est comme confier la lutte contre la criminalité organisée à Al Capone.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), blue-card question. – I would like to ask our colleague whether he thinks that the Commission should have to clarify the reasons for the delay in the publication of the assessment related to the PMI agreement of last year. Moreover, does he not think that we should be informed as soon as possible about the financial implications for the Union and the Member States of the application of this agreement?

José Bové (Verts/ALE), réponse «carton bleu». – Madame la Présidente, cher collègue, je rejoins complètement votre avis. Je suis d'ailleurs surpris: nous avons quelques pages fort intéressantes et une conclusion qui tient en trois lignes et qui ne répond absolument pas aux demandes du Parlement européen. Il y a tout de même un problème! Un étudiant aurait fait ce travail en moins de six mois, alors que là, il a fallu un an et demi pour que la Commission le fasse.

Jonathan Arnott, on behalf of the EFDD Group. – Madam President, back in England there is a debate going on about our EU membership, where this relationship between unelected Commission and elected Parliament comes up time and again. So when the Commission ignores Parliament's request for over two years, and when documents finally turn up just before a debate, this is yet another practical example of how real power actually still lies with the Commission – unelected – rather than Parliament.

So, what of cigarette smuggling? Well, first let us do no harm, let us note that the evidence on a link between plain packaging and smuggling is mixed and make sure that Member States can decide their own laws. While we are on public health, we should welcome, not condemn, moves from traditional cigarettes to e-cigarettes, and I have a lot of concerns about the revised Tobacco Products Directive on that one, which is going to put people in my constituency out of work, which is going to increase the share of the market held by big tobacco, make it harder for people to quit smoking, and result in more deaths. There are a lot of things that I think really need to be looked at again.

Gianluca Buonanno, a nome del gruppo ENF. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, faccio quest'intervento anche se premetto che non fumo, però qui dentro ancora una volta c'è un'ipocrisia terribile. Quest'ipocrisia è data dal fatto che qui si parla contro il fumo, contro la Philip Morris, il commissario ci dice determinate cose, ma poi in realtà tutti sfruttano quella che è la grossa lobby del tabacco.

Perché ci vogliamo prendere in giro? C'è anche tanto pubblico. Qua fuori ci sono le *lobby* del tabacco, ci sono quelli che pagano le campagne elettorali dei politici, ci sono quelli che mandano qui i politici solo perché devono fare gli interessi della Philip Morris e di tutti gli altri lobbisti, così come per tante altre aziende.

E poi veniamo qua a sentire: «dobbiamo far la lotta al contrabbando», ma sapete perché vogliono far la lotta al contrabbando? Ma perché se c'è il contrabbando non si pagano le tasse, se c'è il contrabbando lo Stato non guadagna soldi, perché tutti gli Stati ipocriti di quest'Europa dicono «Non fumate, perché fa male, si muore, la sanità costa...», però tutti incassano i soldi del tabacco, tutti incassano i soldi del tabacco. Questa è la realtà. Questa è la più grande ipocrisia, e di questa sigaretta che ho in bocca solo una piccolissima parte va ai produttori di tabacco, che magari sono anche un po' schiavizzati e guadagnano pochissimo, ma la stragrande maggioranza va invece in cosa? Pubblicità, e ovviamente cercare di dare più mangime possibile a tutti quei polli di batteria che stanno in politica. Semplice. Questo è quello che sta succedendo.

E allora, meno campagne elettorali, meno ipocrisia e cercate di dare davvero una svolta. E poi, caro commissario, lei viene qua, ma mi piacerebbe sapere, ci dica, ci faccia vedere, se lei ha mai preso, diciamo così... se è in amicizia con qualcuno della Philip Morris? Ha mai avuto nella campagna elettorale qualche aiuto? Ci dica, il suo partito ha mai avuto qualche aiuto? Tanto per sapere, perché così almeno siamo tutti più chiari.

elnök asszony. – Kérem, fejezze be a gondolatait! Remélem nem volt túl nehéz a dekorációs cigarettával beszélni.

Ελευθέριος Συναδινός (ΝΙ). – Κυρία πρόεδρε, σε πολλά κράτη μέλη της Ένωσης, αν όχι στο σύνολό της, τα ποσοστά λαθρεμπορίου καπνικών ειδών είναι πολύ μεγαλύτερα από αυτά που προσκομίζουν οι στατιστικές υπηρεσίες λόγω πολιτικών και οικονομικών συμφερόντων. Το παράνομο εμπόριο καπνού έχει δύο πτυχές που πρέπει να ληφθούν υπόψη: οι σκοπιμότητες από διαπλεκόμενους πολιτικούς όλων των κομμάτων πανευρωπαϊκά, και ο επεμβατικός ρόλος των μεγάλων καπνοβιομηχανιών που διεκδικούν τη μερίδα του λέοντος σε μια μεγάλη από πλευράς κερδοφορίας αγορά. Τα συμφέροντα είναι τεράστια και οι δημοσιονομικές επιπτώσεις σε κοινοτικό και εθνικό επίπεδο άμεσες.

Οι καπνοβιομηχανίες αλληλεπιδρούν σε όλα τα επίπεδα διαδικασίας λήψεως αποφάσεων. Για παράδειγμα, οι τέσσερις μεγαλύτερες, συμφώνησαν να πληρώσουν 2,15 δισεκατομμύρια για να αποφύγουν τις νομικές κυρώσεις μετά από μηνύσεις που υποβλήθηκαν. Αν ήταν αθώες δεν θα πλήρωναν ένα τόσο τεράστιο ποσό. Η αβελτηρία, εκούσια ή ακούσια, οδηγεί κάθε χρόνο σε δημοσιονομικό έλλειμμα 12 δισεκατομμυρίων σε επίπεδο Ένωσης.

Ειδικά στην Ελλάδα, μεγάλος χαμένος είναι οι λιανέμποροι καπνικών, ως ο αδύναμος κρίκος της αγοράς, ενώ οι απώλειες για το Δημόσιο οδηγούν σε αύξηση της ανεργίας, μείωση των ασφαλιστικών εισφορών και αύξηση του κινδύνου δημόσιας της υγείας από το κάπνισμα λαθραίων τσιγάρων.

Η επικύρωση του Πρωτοκόλλου του Παγκοσμίου Οργανισμού Υγείας για την εξάλειψη των παράνομων καπνικών και η εφαρμογή της ανεξάρτητης ιχνηλάτησης είναι ένα πρώτο βήμα. Να ασχοληθούμε και με τη φορολόγηση του καπνού τύπου *vargylé*, που ποτέ δεν έχει καταμετρηθεί και δεν υφίστανται στοιχεία για διαφυγόντα κέρδη, των υγρών αναπλήρωσης των ηλεκτρονικών τσιγάρων, που σε μερικές χώρες συμπίπτουν του ειδικού φόρου κατανάλωσης, και την πάταξη των αγορών των αλλοδαπών και λαθρομεταναστών στις οποίες η παρανομία που διαπράττεται είναι αδύνατον να ελεγχθεί λόγω γκετοποίησης.

Claudia Schmidt (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Vizepräsidentin, hohes Haus! Das Europäische Parlament wartet nun schon seit 2014 auf ein Papier zur Beurteilung des Tabakabkommens zwischen der EU und Philip Morris International, auch als Grundlage für weitere Verhandlungen. Fertiggestellt oder gar veröffentlicht sind die Ergebnisse immer noch nicht. Jedoch wissen wir alle, dass das Tabakabkommen mit Philip Morris International am 9. Juli dieses Jahres ausläuft.

In einer Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen vom 24.2. dieses Jahres geben Sie an, dass der Schmuggel mit PMI-Zigaretten zwar signifikant zurückgegangen ist, jedoch entgehen der EU jährlich immer noch zehn Milliarden an Steuereinnahmen, weil Schmuggel immer noch ein Geschäft für die Taschen einiger weniger ist.

Deswegen meine Fragen: Wie kann sichergestellt werden, dass kein rechtsunsicherer Raum entsteht, wenn das Abkommen mit PMI ausläuft, ohne dass eine Übergangslösung gefunden wird? Wie beeinflussen die Marktveränderungen seit 2004 die Verhandlungsposition der Kommission, wenn wir uns vor Augen führen, dass anfangs noch 75 % der geschmuggelten Ware Originalzigaretten waren und Schmuggelware nun nur noch zu 25 % aus Originalzigaretten besteht? Und wie plant die Kommission, den Geschäftspraktiken um *cheap whites* und *illicit whites* entgegenzutreten, wenn Drittstaaten zum Schaden der EU den Markt mit Billigzigaretten fluten?

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés.* – Tisztelt Képviselő Asszony! Nagyon sok minden elhangzott itt, ráadásul még csúnya vádaskodások is, hogy ki mindenki korrump, tagállamok, Bizottság, csempészek, mindenki – és én mint dohányos meg fizetem az egészet. Viszont azt szeretném kérdezni, hogy ha ennyire nem működnek a dolgok, akkor egyetért-e Ön azzal, hogy ezentúl a tárgyalásokat csak úgy lehessen folytatni, hogy azok a teljes nyilvánosság előtt zajlanak? Akár videón.

Claudia Schmidt (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“.* – Ich weiß nicht, ob eine breite Öffentlichkeit dazu angetan ist, die Verhandlungen zu einem guten Ende zu führen, aber zumindest in der Öffentlichkeit diverser Parlamente würde ich das begrüßen.

Gilles Pargneaux (S&D). – Madame la Présidente, Madame la vice-présidente, chers collègues, revenons sur l'accord de 2004 avec Philip Morris, accord conclu pour douze ans.

Marché de dupes, cela a été dit; manque de transparence, cela a été confirmé; opacité, on le constate et on l'a constaté avec la directive de 2014, qui a fait l'objet d'un lobbying effréné de la part de Philip Morris.

C'est un marché de dupes parce qu'on a passé un accord où Philip Morris donne 1,25 milliard pour douze ans alors que le manque à gagner fiscal pour les États membres se situe entre 10 et 12 milliards d'euros par an!

Deuxièmement, Madame la vice-présidente, l'évaluation de la Commission européenne démontre que cet accord n'a pas mis fin au commerce illicite du tabac, qui prend de nouvelles formes, comme on le voit avec les *cheap whites*, fabriquées dans des États tiers de l'Union européenne, comme la Biélorussie, la Chine, l'Ukraine ou les Émirats arabes unis.

Madame la vice-présidente, de nouveaux instruments existent pour lutter efficacement contre la contrebande. Il a été question tout à l'heure de la directive sur le tabac adoptée en 2014, qui prévoit la mise en œuvre de la traçabilité pour 2019, mais aussi du protocole d'accord de l'Organisation mondiale de la Santé, une institution onusienne que vous connaissez bien et qui nous demande qu'en ratifiant ce protocole, nous organisions une traçabilité indépendante pour lutter efficacement contre cette contrebande mortifère, contre la contrefaçon, qui pénalise fiscalement les États membres, et contre les achats frontaliers.

N'oublions pas enfin que ce monde parallèle du trafic du tabac constitue une des sources du financement du terrorisme, notamment du groupe Al-Mourabitoune de Mokhtar Belmokhtar, alias «M. Marlboro», qui est à l'origine des attentats au Burkina Faso ou au Mali.

Madame la vice-présidente, face à la suspicion de corruption par les cigarettiers, qui hante les couloirs de la Commission européenne depuis plusieurs années, je pense qu'il est très important aujourd'hui de refuser de maintenir cet accord avec Philip Morris pour permettre à la Commission d'être efficace, mais aussi transparente.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Pani Przewodnicząca! Zabierając głos w tej debacie dotyczącej umowy w sprawie wyrobów tytoniowych z Philip Morris, chcę zwrócić uwagę na fakt, że Komisja potrzebowała blisko dwa lata, żeby przedstawić Parlamentowi ocenę skutków tej umowy. Niestety ta ocena jest niepełna. Mimo tego zaniedbania wydaje się jednak, że korzystne byłoby odnowienie umowy z PMI, ponieważ zawiera ona między innymi zapisy pozwalające na transparentność śledzenia łańcucha dostaw wyrobów tytoniowych tej firmy, a tym samym umożliwia ograniczenie ich przemytu.

Tak się składa, że mój kraj Polska sąsiaduje z trzema krajami: Rosją, Białorusią i Ukrainą, gdzie wyroby tytoniowe są trzy-, czterokrotnie tańsze, a tym samym atrakcyjność ich przemytu jest szczególnie wysoka. Istnienie tego rodzaju porozumień z głównymi koncernami tytoniowymi, w tym z PMI, pozwala na ograniczenie tego przemytu, a tym samym na zmniejszenie strat, między innymi polskiego budżetu, które z tego tytułu wynoszą przynajmniej 100 mln złotych rocznie, a więc 25 mln euro.

Philippe Juvin (PPE). – Madame la Présidente, Madame la commissaire, je pense que cet accord avec Philip Morris n'est pas un bon accord et j'avoue que je ne comprends pas pourquoi vous souhaitez que cette signature ait lieu. Ce n'est pas un bon accord pour les États, pour leurs recettes fiscales, pour les buralistes – les vendeurs légaux de tabac, qui perdent de l'argent – et ce n'est pas un bon accord pour la santé publique.

En fait, par cet accord, Philip Morris s'achète une moralité et s'en tire à bon compte, parce que le point clé est le suivant: le commerce illicite de tabac est nourri par les fabricants de tabac eux-mêmes, et cet accord est un blanc-seing pour les cigarettiers, qui peuvent ainsi continuer tranquillement leurs petites affaires. Un seul chiffre illustre la duplicité des fabricants de tabac: dans la Principauté d'Andorre, alors que 120 tonnes de tabac sont nécessaires pour satisfaire les demandes locales, les fabricants en livrent 850 tonnes. Pourquoi, si ce n'est pour nourrir le commerce illicite de tabac?

Vous nous dites alors que cet accord va apporter des recettes fiscales aux États. C'est vrai, vous avez raison. Mais nous sommes très loin de ce que la contrebande elle-même rapporte à ces mêmes cigarettiers. On considère que la contrebande de tabac en France est de 3 milliards d'euros, au Royaume-Uni, de 2 milliards d'euros, en Grèce, de 2 milliards d'euros, et on nous parle de quelques centaines de millions d'euros de recettes fiscales par an... Non, Madame la commissaire, même financièrement, ce n'est pas un bon accord.

Il ne faut donc pas renouveler les accords de coopération, il faut les remplacer par le protocole de l'OMS dont vous avez parlé. Il faut une traçabilité véritablement indépendante.

Madame la commissaire, je vous le dis tranquillement mais solennellement: ne signez pas cet accord, c'est une question d'efficacité fiscale, c'est une question de santé publique et – j'ose le dire – c'est aussi une question de morale.

Derek Vaughan (S&D). – Madam President, like other colleagues I welcome the belated Commission assessment of the PMI agreement, and there is no doubt that there have been some positive results. There has been a reduction in illicit trade of genuine products. It has given us the opportunity to share intelligence with Member States and with OLAF, and it has provided some public revenue.

I also welcome the establishment of an anti-fraud team relating to tobacco within OLAF, although there are of course outstanding issues. Nobody is saying that the existing agreements are perfect; in fact they are far from perfect. There is the issue of smuggling of non-branded cigarettes, and hopefully the WHO Protocol can start to address this. But of course we need a large number of countries to sign up for this new agreement or protocol to be effective.

It would also be useful if the new EU agreements, when they are completed, are compliant with the WHO Protocol, and I would welcome the Commissioner's view on that. We also need any new agreements to become more transparent, with more regular reporting of measures and results on websites. This would allow us, the Member States and the public to judge the effectiveness of any new agreements, because I think it is fair to say that not everyone supports new tobacco agreements, and we have heard that from colleagues here this morning. Therefore we do need to demonstrate that any new agreements are effective, at least as an interim measure, before the WHO Protocols are put in place.

Joachim Zeller (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Vizepräsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich sage als Nichtraucher, dass für den Nichtraucherschutz bereits viel getan wurde, und mit der neuen Tabakproduktrichtlinie sind ja weitere Maßnahmen ins Auge gefasst. Es gibt auch Erfolge: Der Tabakkonsum geht kontinuierlich zurück, das ist ein gutes Zeichen. Wer allerdings mehr will, muss sich für das Verbot der Herstellung und des Vertriebs von Tabakerzeugnissen einsetzen. Das erscheint allerdings unrealistisch und würde der illegalen Produktion und dem Schmuggel und illegalen Handel nur Vorschub leisten.

Tabakerzeugnisse sind allerdings auch ein Wirtschaftsgut, hoch besteuert, mit erheblichen Einnahmen für die Mitgliedstaaten. Außerdem hängen viele tausend legal bezahlter Arbeitsplätze in der EU von der Tabakproduktion ab. Diesen Widerspruch gilt es zu lösen. Die bisher abgeschlossenen Verträge mit der Tabakindustrie waren sicherlich nur ein Kompromiss, um diesen Widerspruch aufzulösen. Es gab dabei auch einige Erfolge bei der Bekämpfung des illegalen Handels, auch wenn die Dunkelziffer nach wie vor – was Schmuggel und illegalen Vertrieb anbelangt – sehr hoch ist.

Es muss also jetzt gelingen, die Tabakkonzerne, die ja alle nicht mehr in der EU beheimatet sind, weiterhin im Boot zu halten und sie mitverantwortlich zu machen bei der Bekämpfung von Schmuggel und illegalem Handel. Allerdings müssen die Mitgliedstaaten auch ihrer Verpflichtung nachkommen und die Ermittlungs- und Verfolgungsbehörden mit den für ihre Arbeit notwendigen Mitteln ausstatten. Das ist in der Vergangenheit nur unzureichend passiert.

„Catch the eye eljárás”

Alojz Peterle (PPE). – Gospa predsednica, gospa podpredsednica, mislim, da sporazum ni v duhu tobačne direktive, zato mu nasprotujem.

Sprašujem se, zakaj bi Komisija zasledovala obnovitev sporazuma, če smo leta 2014 sprejeli tobačno direktivo, ki v 15. členu že nudi določene instrumente za preprečevanje nedovoljene trgovine.

Ocena učinkovitosti sporazuma ne daje podlage za njegovo podaljšanje. Ali Komisija meni, da bi bilo bolj smotrno okrepiti prizadevanja v podporo protokolu k okvirni konvenciji za tobačno kontrolo, ki predvideva ukrepanje na mednarodni in nacionalni ravni, do zdaj pa ga je ratificiralo le nekaj držav.

Sprašujem se tudi, kakšno mnenje ima v zvezi s tem komisar za zdravje Andriukaitis, ki se je zelo boril proti škodljivim učinkom tobaka.

Linda McAvan (S&D). – Madam President, the Commissioner asked what to do about the regulatory gap. I do not think we have a regulatory gap. I was a rapporteur on the Tobacco Products Directive, and many colleagues have referred to that directive here this morning. That directive does provide, as you know, for a track and trace system, which will come into effect in 2019. We have heard from all the colleagues that it is true that the number of cigarettes from Philip Morris has gone down, but the number of illegal cigarettes on the market remains the same. So there is no health gain from this agreement. It is a very strange kind of world in which companies make agreements to help obey the law and to help tackle illicit smuggling. It is also very strange that the companies that are running around the Commission and Parliament are lobbying in favour of this agreement. We ought to be asking ourselves why they want a new agreement.

So I really urge you not to go ahead with this agreement, but to stop in our tracks and to focus on implementing the Tobacco Products Directive with an independent track and trace system, not the one the tobacco companies want.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία πρόεδρε, ήδη από το 2004, η Philip Morris και η Ευρωπαϊκή Επιτροπή υπέγραψαν δωδεκαετή συμφωνία συνεργασίας για την καταπολέμηση της παράνομης εμπορίας τσιγάρων στην οποία προσχώρησαν και τα κράτη μέλη της Ένωσης. Όμως, η Επιτροπή αναβάλλει τη δημοσίευση της αξιολόγησης που αφορά τη συμφωνία με την Philip Morris. Γιατί άραγε συμβαίνει αυτό; Γιατί δεν ενημερώνεται το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, το κατ' εξοχήν δημοκρατικό όργανο; Ποια είναι τελικά η προστιθέμενη αξία αυτής της συμφωνίας;

Η Ευρωπαϊκή Ένωση και τα κράτη μέλη πρέπει να λάβουν σοβαρά μέτρα για να χτυπηθεί το λαθρεμπόριο τσιγάρων, τόσο για λόγους προστασίας της υγείας, όσο και για λόγους πάταξης της φοροδιαφυγής. Ταυτόχρονα, πρέπει να ληφθούν μέτρα, ιδίως στην Ελλάδα, για τη στήριξη των μικροκαλλιεργητών καπνού, αλλά και των λιανεμπόρων καπνικών προϊόντων.

Αναμένουμε, κυρία Αντιπρόεδρε, τις απαντήσεις σας, γιατί το θέμα αυτό είναι πάρα πολύ σοβαρό, αντιλαμβάνεστε ότι όλοι οι συνάδελφοι έχουν θέσει καίρια ερωτήματα.

Stanislav Polčák (PPE). – Já se rovněž řadím k těm kolegům poslancům, kteří nepodporují další pokračování této dohody. Podle mého názoru není dobrá ani pro spotřebitele, ani pro daňového poplatníka.

Podle mého názoru je rovněž nutno souhlasit s těmi, kteří volají po jisté akčnosti postupu Komise a transparentnosti jednání. To skutečně postrádám. Rovněž postrádám upřímnost v těch jednáních, protože dosavadní postup mnohých není podle mého názoru upřímný.

Já bych si rovněž dovolil polemizovat s těmi příspěvky, které odrážely právo spotřebitele rozhodnout se v této věci i pro konzumaci tabáku. Byly to ojedinělé příspěvky, ale také zazněly. Já si nemyslím, že by veřejná autorita jako EU nebo stát měla jít naproti spotřebě tabáku. Není to dobré pro zdraví, to je nepochybné a myslím si, že bychom spíše měli klást překážky a bojovat proti pašeráckým sítím.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, in Europa quella contro il contrabbando di sigarette è una battaglia importante, che vale circa 10 miliardi di euro l'anno.

Per combattere questa piaga l'Unione europea ha stretto diversi accordi con le grandi multinazionali del tabacco. Tuttavia, dopo diversi anni dall'entrata in vigore di questi accordi, i risultati non sembrano ancora soddisfacenti: i contrabbandieri continuano a fare affari. C'è un grande problema di trasparenza: la Commissione deve superare la segretezza che circonda questi accordi e garantire che eventuali nuovi accordi vengano negoziati alla luce del sole, per far sì che il Parlamento, e quindi i cittadini europei, ne possano capire i pro e i contro.

Nello specifico, considerato che l'accordo con Philip Morris scadrà tra meno di sei mesi e che solo ieri abbiamo ricevuto la valutazione relativa all'accordo, chiedo alla Commissione quali sono i risultati concreti che sono stati raggiunti, in quale direzione intende muoversi per migliorare tali accordi e quali sarebbero i risvolti positivi per i cittadini europei e per l'economia dell'Unione nel caso in cui questi accordi dovessero essere rinnovati.

Tibor Szanyi (S&D). – Én magam is azokhoz csatlakozom, akik azt mondják, hogy ezeket a megállapodásokat nagyon át kell gondolni és semmiféleképpen nem szabad jelenlegi formájában megújítani. Valahogy kicsit úgy érzem ezt az egész helyzetet, hogy a dohánycégek profitja az egekben, a csempészek bevétele az egekben, sőt – bár veszteségek és adókiesés éri az államokat, kormányokat – végül is azért a kormányok adóbevétele is az egekben, és valahol az egészét mégis a társadalom fizeti meg, dohányosok, nemdohányosok egyaránt az egészségükkel vagy a befizetett adókkal. Éppen ezért azt szorgalmazom, hogy a harmadik országokból érkező termékek ellenőrizetlen minőségben és mennyiségben való beáramlását mindenféleképpen meg kell akadályozni. Ez nem cégekkel való megállapodás kérdése, és általában a tagországi kormányoknak is sokkal szigorúbban kell fellépniük. Picit úgy érzem, nagyon sokszor szemet hunynak a dolgok fölött. A Bizottságot pedig arra biztatom, tisztázza ezeket az aggályokat.

elnök asszony. – Az alelnök asszony rendkívül fontos kérdésben fog viszont választ adni, kérem képviselőtársaimat, hogy figyeljék, és maradjanak csendben, amíg ez megtörténik. Alelnök asszony, fontos kérdés, sok javaslat, kevés támogató vélemény, több ellenző vélemény, deficietesnek vélik a képviselőtársaim. Független nyomkövetési rendszert szeretnének. Ön a szó.

(„Catch the eye eljárás vége”)

Kristalina Georgieva, Vice-President of the Commission. — Madam President, I want to thank most sincerely all those who have taken the floor. Very clearly this is an issue that is on top of our minds as a concern for many of us, and also very clearly there are certain points on which we have full agreement: firstly, that we ought to concentrate our efforts on making sure that the Tobacco Directive becomes effective by May 2019, as well as that the WHO Protocol is ratified by at least 40 countries, so it can become effective at the earliest possible time which is 2022, no later.

Secondly, there is full agreement in this Chamber and full agreement from the side of the Commission that we ought to fight illegal smuggling of cigarettes. Not only does that come from the companies covered by agreements, but especially the so-called 'cheap whites' that have taken the space that used to be taken by the companies. Where there are clearly also differences in views is around what we do between now and 2019, and what we do between now and 2022.

There have been very fair comments made that it has taken the Commission time to complete the assessment. Just listening to us in this Chamber – the divergence of views, the difficulty of the questions that are being asked – this is why it has taken us so much time. We have promised to make sure that we involve all our services, including, in particular, our health service, and we have done it. Now we have an assessment that we all have subscribed to, but it has taken time because the questions we are debating are not easy.

So what do I take out of this discussion today? I take a recognition that we have to deliver on the issues where we have full agreement, and that we need to focus our efforts where it matters the most. And I also take under advisement the views that have been expressed on what we do between now and then, and I can tell you we will reflect on those very carefully.

Going back in history, Parliament was very supportive of the signing of the agreements – for a reason, because at that time we had nothing. And now Parliament is not so supportive – there are divergent views. Why? Because we have better tools to fight illegal smuggling. But we do not quite have them just yet, and this is what puts us in a debate that we have to integrate in our decision.

I was asked a specific question – what information do we use? We use information on seizures from the 28 Member States, provided to us on a daily basis. We also use data from Euromonitor, and we are currently discussing with our health colleagues the carrying-out of a targeted study on the illicit tobacco market in the EU, with an eye to focusing attention on the ‘cheap whites’ and strengthening our fight against their smuggling. Again I want to confirm that, on transparency, we have made the agreements available to Parliament, and we will do all we can to promote more transparency in the future. Again, thank you for the debate, and of course we will come back to you on this issue whenever you invite us to do so.

elnök asszony. – A vitát lezárom.

Szavazásra a következő ülésen kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Karol Karski (ECR), na piśmie. – Umowa z Philip Morris International (PMI) wygasa w lipcu 2016 roku. Dlatego właśnie Parlament Europejski zgłaszał wniosek o przedstawienie przez Komisję informacji na temat szczegółów negocjacji między Komisją Europejską a PMI. Parlament prosił o przedstawienie przez Komisję ewaluacji umowy z PMI, w której Komisja miała wskazać korzyści płynące z umowy czy ewentualne związane z nią problemy. Niestety Komisja nie współpracowała prawidłowo z Parlamentem i nie odpowiadała na kolejne wnioski (m.in. sprawozdanie Parlamentu z inicjatywy własnej pt. „Sprawozdanie roczne za rok 2012 dotyczące ochrony interesów finansowych UE” oraz jego rezolucję w sprawie udzielenia absolutorium z wykonania budżetu ogólnego Unii Europejskiej na rok budżetowy 2012). To niedopuszczalne, by jedyny organ UE wybierany bezpośrednio nie był terminowo i należycie informowany w tak ważnej kwestii. Komisja, która nawołuje do przejrzystości, powinna sama stosować się do promowanej przez siebie zasady. Jawność, przejrzystość i przedkładanie informacji Parlamentowi Europejskiemu jest obowiązkiem Komisji. Mamy nadzieję, że przedłożenie przez Komisję oceny (technical assesment) w dniu wczorajszym zapoczątkuje prawidłową, przejrzystą współpracę, która umożliwi wypracowanie korzystnych dla podatnika europejskiego wyników.

Bronis Ropė (Verts/ALE), raštu. – 2016 m. liepos mėn. baigs galioti vienas iš keturių ES bendradarbiavimo su tabako kompanijomis susitarimų, t.y. susitarimas su „Philip Morris International“. Remdamiesi minėtais susitarimais tabako gamintojai sutiko sumokėti ES ir jos valstybėms 2,5 mlrd. dolerių už tai, kad būtų atsiimti nesurinktų mokesčių dėl cigarečių kontrabandos ieškiniai. Jie taip pat įsipareigojo aktyviai kovoti su kontrabanda ir tabako produkcijos padirbinėjimu. Tačiau akivaizdu, kad įrodymų dėl šios partnerystės naudos šalims narėms smarkiai stinga. Minėti susitarimai niekaip nepripildė prie siekio mažinti tabako gaminių vartojimą. Taip pat Europoje plinta baltosios cigaretės, kurios neturi jokių užrašų. Tai rodo, kad kova su kontrabanda nėra efektyvi, nors ir bendras sulaikytos cigarečių kontrabandos kiekis yra sumažėjęs. Tai beje vienintelis svarus faktas, kurio priežastys gali būti labai įvairios - pavyzdžiui geresnis šalių narių patikros vykdymas. Ne mažiau svarbu, kad kyla grėsmė, jog nepaisant susitarimų abejotinos naudos Europos Komisija, be Parlamento nuomonės, vėl pasirašys susitarimus su tabako kompanijomis. Jei tai įvyktų - Komisija dar kartą įrodytų, kad ji nenori užtikrinti demokratiinių sprendimo priėmimo procesų.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Per anni la Commissione ha continuato a rimandare la pubblicazione della valutazione sull'accordo che scade a luglio con la Philip Morris e il Parlamento continua ad essere tenuto all'oscuro di eventuali contatti per rinnovare tale accordo. Voglio ricordare che gli accordi con le industrie del tabacco sono nati perché la Commissione intraprese azioni legali contro Philip Morris International e altre società, accusandole di contrabbando di sigarette. Infatti, una grossa quota delle merci contrabbandate proveniva direttamente dalle aziende produttrici.

La Philip Morris ha pagato agli Stati membri un miliardo di euro in dodici anni, di cui nessuno sa nulla. Non sappiamo come questi proventi, e i proventi delle multe per i sequestri di materiale originale, siano stati utilizzati dagli Stati membri. Sappiamo però che in questo modo la Philip Morris ha potuto garantirsi l'ingerenza in Europa e negli Stati membri. Infatti, la Philip Morris ha ricevuto la promessa di poter utilizzare la sua tecnologia Codentify per gestire i sistemi di tracciabilità, prima che la Commissione adotti gli atti delegati richiesti dalla direttiva sul tabacco e prima che l'Unione europea ratifichi il protocollo dell'Organizzazione mondiale della sanità sullo stesso argomento, che rende inutili tali accordi. Per questo ritengo che non vadano rinnovati e che debba essere ratificato al più presto il Protocollo.

IN THE CHAIR: ANNELI JÄÄTTEENMÄKI

Vice-President

7. Abstimmungsstunde

Elisabetta Gardini (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, vorrei dirvi solo una cosa, e vi chiedo un po' di attenzione perché è una cosa molto grave che è accaduta e di cui ha dato conto la stampa italiana nei giorni scorsi.

Abbiamo saputo che gli Stati Uniti d'America, secondo il sito Wikileaks, in un altro capitolo del *datagate*, hanno intercettato l'allora presidente del Consiglio Silvio Berlusconi, nel 2011 e anche prima, e i suoi stretti collaboratori. Quindi dopo la Germania, dopo la Francia, anche l'Italia si trova intercettata da un paese alleato. Uso le parole del Presidente Schulz, parole che ha usato l'altro giorno ad un programma italiano: «è un fatto molto grave, perché non è giusto che i paesi alleati vengano intercettati».

Il governo italiano sta verificando con gli Stati Uniti, e noi chiediamo che anche al Parlamento europeo venga riaperta l'attività di indagine sulle attività di spionaggio ai danni dell'Europa, quell'indagine che si era conclusa a marzo del 2014. Noi non vogliamo che ci siano sospetti e ombre tra paesi alleati e quindi chiediamo che il Parlamento ci aiuti a fare chiarezza perché altrimenti anche i delicati negoziati commerciali potrebbero essere messi a rischio, oltre alla condivisione di dati che invece sono per altri versi importanti.

President. – Ms Gardini, the House has heard what you had to say.

Patrizia Toia (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, vorremmo solo sottolineare, anche da parte nostra, che le notizie che abbiamo appreso dalla stampa e che rivelano attività di spionaggio da parte di organizzazioni degli Stati Uniti nei confronti di paesi europei sono notizie molto allarmanti e inquietanti.

È qualche cosa a cui non possiamo rassegnarci, solo perché così si fa ovunque, perché tutti fanno così. Io sogno paesi e relazioni tra i paesi che siano improntati alla trasparenza, alla correttezza e al rispetto delle reciproche autonomie e per questo mi voglio battere. Credo che il Parlamento europeo debba battersi in questa direzione.

President. – Thank you, Ms Toia, we have heard what you had to say.

The next item is the vote.

(For the results and other details of the vote: see Minutes)

7.1. Ermächtigung Österreichs, das Haager Übereinkommen vom 15. November 1965 zu unterzeichnen und zu ratifizieren, und Ermächtigung Maltas, ihm beizutreten (A8-0018/2016 - Viktor Uspaskich) (Abstimmung)

— *Before the vote:*

Viktor Uspaskich, *pranešėjas*. – Gerbiami kolegos, 1965 m. Hagos konvencija sukuria sistemą, pagal kurią supaprastinamas dokumentų apsikeitimas tarp Europos Sąjungos šalių, supaprastintas ir palengvintas teisminis bendradarbiavimas tarpvalstybiniuose ir civiliniuose ir komerciniuose ginčiuose, todėl konvencija rodo savo naudingumą. Šia konvencija naudojasi 25 Europos Sąjungos šalys. Austrijai ir Maltai išreiškus norą prisijungti prie Hagos konvencijos, po ilgų diskusijų Taryboje, ir Žmogaus Teisių Teismo išaiškinimo, šioms dviem valstybėms narėms suteikiama galimybė prisijungti prie konvencijos. Tad kviečiu kolegas palaikyti šią rekomendaciją ir leisti Austrijai ir Maltai prisijungti prie Hagos konvencijos.

7.2. Abkommen EU/San Marino über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (C8-0370/2015) (Abstimmung)

7.3. Beitritt Kroatiens zu dem Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Union (A8-0019/2016 - Tomáš Zdechovský) (Abstimmung)

7.4. Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen, Zugang von Arbeitskräften zu mobilitätsfördernden Diensten und weitere Integration der Arbeitsmärkte (A8-0224/2015 - Heinz K. Becker) (Abstimmung)

7.5. Einführung dringender autonomer Handelsmaßnahmen für Tunesien (A8-0013/2016 - Marielle de Sarnez) (Abstimmung)

— *Before the vote on the legislative resolution:*

Bernd Lange (S&D), *Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Berichterstatter und ich bedauern, dass der mit dem Rat und der Kommission ausgehandelte Text nicht unverändert beschlossen worden ist. Es handelt sich ja hier um eine Sofortmaßnahme zur Unterstützung von Tunesien. Um jetzt nicht noch mehr Zeit zu verlieren, beantrage ich, dass wir die Endabstimmung aussetzen und sofort in einen Trilog mit dem Rat einsteigen, damit wir möglichst schnell eine Lösung finden und wirklich schnelle Hilfe für Tunesien organisieren können.

(The request to postpone the vote was adopted)

7.6. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – Antrag EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass (A8-0029/2016 - Tomáš Zdechovský) (Abstimmung)

7.7. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2016 (A8-0030/2016 - Maria João Rodrigues) (Abstimmung)

— *Before the vote:*

Marco Valli (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, rapidamente: ci hanno informato dai servizi del Parlamento che c'è stato un errore sull'emendamento 13, perché noi non avevamo inserito chiaramente nessun riferimento alla *banking Union*, ma alla riforma strutturale del sistema bancario, e invece «*banking Union*» è stato inserito, quindi l'emendamento è senza le parole «*banking Union*».

7.8. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Beschäftigungspolitische und soziale Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2016 (A8-0031/2016 - Sofia Ribeiro) (Abstimmung)

7.9. Binnenmarktsteuerung im Rahmen des Europäischen Semesters 2016 (A8-0017/2016 - Catherine Stihler) (Abstimmung)

7.10. Aufnahme der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen EU/Tunesien (B8-0255/2016) (Abstimmung)

7.11. Tätigkeiten der Europäischen Bürgerbeauftragten im Jahr 2014 (A8-0020/2016 - Soledad Cabezon Ruiz) (Abstimmung)

7.12. Jahresbericht 2014 der Europäischen Zentralbank (A8-0012/2016 - Notis Marias) (Abstimmung)

— *After the vote:*

Νότης Μαρίας, Εισηγητής. – Κυρία Πρόεδρε, ευχαριστώ το σώμα για την υπερψήφιση της έκθεσης η οποία εμπεριέχει αρκετά σημεία κριτικής στη δράση της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας και της τριόικας. Φυσικά, υπάρχουν πτυχές στην έκθεση, όπως σε κάθε έκθεση, που δεν εκφράζουν τον εισηγητή, όπως το τρίτο μέρος της παραγράφου 15. Για όλα αυτά θα καταθέσω γραπτά τις απόψεις μου στα πρακτικά. Τέλος, θέλω να ευχαριστήσω τους σκιώδεις εισηγητές.

7.13. Eröffnung von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland (B8-0250/2016) (Abstimmung)

7.14. Einführung kompatibler grenzüberschreitender Systeme zur Registrierung von Haustieren (RC-B8-0251/2016, B8-0251/2016, B8-0252/2016, B8-0253/2016, B8-0254/2016, B8-0256/2016) (Abstimmung)

7.15. Humanitäre Lage in Jemen (B8-0147/2016, RC-B8-0151/2016, B8-0151/2016, B8-0152/2016, B8-0153/2016, B8-0155/2016, B8-0158/2016, B8-0160/2016) (Abstimmung)

— *Before the vote:*

Cristian Dan Preda (PPE). – Madame la Présidente, notre groupe est contre l'amendement déposé par plusieurs groupes – les socialistes, les libéraux et les autres –, qui rend la résolution très déséquilibrée. C'est un texte qui sera très en faveur de l'Arabie saoudite. Nous croyons que l'embargo est important, mais qu'il doit s'appliquer à tous les acteurs de la région, y compris à l'Iran, et ce d'autant plus que nous avons envoyé une délégation en Arabie saoudite, qui a été reçue par le roi. Les groupes politiques qui ont proposé cet amendement n'ont pas soutenu cette position quand ils étaient là-bas. On ne peut pas soutenir une chose en Arabie saoudite et une chose...

(La Présidente retire la parole à l'orateur)

President. – Mr Preda, we are not having a debate today, we are having a vote. We have already discussed this in Strasbourg.

James Carver (EFDD). – Madam President, I just wanted to raise my disgust. This matter was delayed from a vote on 4 February for no better reasons than to save embarrassment and the diplomatic niceties ahead of the delegation visit. Since that time, I am sure colleagues across the House will be disgusted that more people have died, cholera has spread further and the infrastructure has decayed further. I think it is a shame on this place that this vote was delayed from the 4th at the hands of innocent Yemeni civilians.

(The President cut off the speaker)

President. – That concludes the vote.

8. Stimmerklärungen

Krisztina Morvai (NI). – Madam President, I am terribly sorry but people are coming and going in this Chamber right now and there is a lot of talking going on, like in a cafeteria. It is an abuse and an insult against our voters, against our citizens, that we have to give speeches in this environment. Please make sure that people calm down, keep silent and then we can talk. I do not even know which explanation of vote is going on because the table does not show it, so please make sure that we can see what is going on and that we can also hear, because at this point in time I cannot hear anything and I cannot see anything.

President. – Ms Morvai, I am sorry but there was a technical reason.

8.1. Ermächtigung Österreichs, das Haager Übereinkommen vom 15. November 1965 zu unterzeichnen und zu ratifizieren, und Ermächtigung Maltas, ihm beizutreten (A8-0018/2016 - Viktor Uspaskich)

Written explanations of vote

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – UKIP voted against this report today because it opposes in principle any requirement that a Member State of the EU must obtain authorisation from the EU before signing certain international treaties.

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – La convenzione dell'Aia in materia di notificazione degli atti giudiziari ed extragiudiziari in materia civile o commerciale tende ad armonizzare i sistemi legali dei paesi aderenti. Una celere trasmissione di informazioni riguardo agli atti giudiziari è sicuramente nell'interesse dell'Unione europea e la Convenzione ha dimostrato di essere un ottimo strumento per velocizzare la notificazione transfrontaliera di questi atti. Per questi motivi ho deciso di votare favorevolmente all'autorizzazione.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor de la recomendación favorable a que Austria firme y ratifique el Convenio de la Haya y Malta se adhiera a él, dado que estos dos Estados miembros aún no forman parte de este Convenio relativo a la notificación o traslado en el extranjero de documentos judiciales y extrajudiciales en materia civil o comercial. Al tratarse de un convenio que facilita aspectos procedimentales y que ya han ratificado todos los Estados miembros salvo estos dos, no he tenido inconveniente en dar mi voto favorable a que Malta y Austria lo suscriban.

Louis Aliot (ENF), par écrit. – J'ai voté en faveur de ce projet de recommandation sur la proposition de décision du Conseil autorisant l'Autriche et Malte à adhérer, dans l'intérêt de l'UE, à la Convention de La Haye.

Cette convention a pour objectif de simplifier la signification et la notification de documents judiciaires et extrajudiciaires en matière civile et commerciale dans d'autres États signataires.

Même si cette autorisation à adhérer revient à renforcer l'Union européenne, nous nous devons de respecter la volonté souveraine d'adhérer de ces deux pays.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), γραπτώς. – Ψήφισα υπέρ της εξουσιοδότησης της Αυστρίας να υπογράψει και να κυρώσει, και της Μάλτας να προσχωρήσει στη Σύμβαση της Χάγης της 15ης Νοεμβρίου 1965, καθώς έχει αποδειχτεί η χρησιμότητά εκείνης (της Σύμβασης) στον τομέα της διασυνοριακής παροχής εγγράφων και της επιτυχημένης θέσπισης ενός συστήματος με το οποίο τα έγγραφα δικαστικής και εξωδικαστικής φύσης αστικών ή εμπορικών υποθέσεων μπορούν να επιδοθούν σε κράτος το οποίο έχει υπογράψει-προσχωρήσει στη σύμβαση.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est un projet de recommandation sur la proposition de décision du Conseil autorisant l'Autriche et Malte à adhérer à la Convention de La Haye du 15 novembre 1965 relative à la signification et à la notification à l'étranger des actes judiciaires et extrajudiciaires en matière civile et commerciale.

Cette convention simplifie la signification et la notification de documents judiciaires et extrajudiciaires en matière civile et commerciales dans d'autres États signataires. C'est un instrument efficace qui fluidifie les rapports judiciaires mondialisés. L'Autriche et Malte ayant manifesté la volonté d'y adhérer, l'UE se doit de respecter leur choix souverain. C'est pourquoi j'ai voté en faveur de ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interest of transparency I would like to confirm that I abstained on this issue. It is not for me or anyone else to vote on matters that concern other sovereign states such as Austria and Malta.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pasiūlymą, kurio tikslas leisti Austrijai ir Maltai prisijungti prie Hagos konvencijos dėl teisminių ir neteisminių dokumentų civilinėse arba komercinėse bylose įteikimo užsienyje. 1965 m. lapkričio 15 d. Hagos konvencija nustatoma sistema, pagal kurią dokumentus galima įteikti kitoje konvenciją pasirašiusioje valstybėje. Iš 28-ių valstybių narių ši konvencija jau taikoma 26-iose. Likusios dvi valstybės narės – Austrija ir Malta – pareiškė norą prie jos prisijungti. Malta jau deponavo savo prisijungimo prie konvencijos dokumentą, tačiau parengė deklaraciją, kad jos prisijungimas neįsigalios, kol nebus priimtas šis sprendimas. Austrija laukia šio sprendimo, kad galėtų atlikti prisijungimo formalumus. Kadangi dvi minėtosios valstybės narės suinteresuotos taikyti vieną dokumentų įteikimo tvarką palaikant tarpvalstybinius santykius su trečiosiomis šalimis, pritariu pasiūlymui, kuriuo Austrijai ir Maltai būtų leista prisijungti prie konvencijos.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – La Convention de La Haye simplifie la signification et la notification de documents judiciaires et extrajudiciaires en matière civile et commerciale dans d'autres États signataires. Ne s'appliquant qu'aux relations avec des pays tiers à l'UE, elle fluidifie les rapports judiciaires mondialisés. L'Autriche et Malte ayant exprimé leur volonté d'y adhérer, je ne m'y suis pas opposé.

La Convention n'autorise pas l'adhésion d'organisations internationales. Mais à la suite de l'adoption du règlement (CE) n° 1393/2007 du PE et du Conseil du 13 novembre 2007 sur la signification et la notification transfrontalières des actes (le «Règlement»), l'Union a acquis une compétence externe exclusive en la matière, conformément à l'article 3, paragraphe 2, du TFUE selon lequel: «L'Union dispose également d'une compétence exclusive pour la conclusion d'un accord international lorsque cette conclusion [...] est susceptible d'affecter des règles communes ou d'en altérer la portée».

C'est en vertu de cet article que la décision en question a été soumise au vote du Parlement européen.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – La convention de La Haye de 1965 met en place un système qui permet la signification et la notification de documents judiciaires et extra-judiciaires en matière civile et commerciale dans d'autres États signataires. Elle s'applique uniquement aux documents destinés à des pays tiers à l'UE ou qui émanent de ces pays. 26 États membres appliquent déjà la Convention.

Suite à l'adoption d'une législation européenne sur la signification et la notification transfrontalières des actes, l'Union a acquis une compétence externe exclusive en la matière. Elle doit donc autoriser les États membres en question à agir en son nom afin d'adhérer à la Convention.

J'ai approuvé la présente recommandation qui est favorable à l'adhésion de l'Autriche et de Malte à ladite Convention.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Uspaskich sul progetto di decisione del Consiglio che autorizza la Repubblica d'Austria a firmare e ratificare, e Malta ad aderire, alla convenzione dell'Aia del 15 novembre 1965. La Convenzione, già applicata da 26 Stati membri dell'Unione, istituisce un sistema in base al quale gli atti giudiziari ed extragiudiziali possono essere notificati e comunicati in un altro Stato firmatario. Non essendo possibile per l'UE aderire in quanto tale alla Convenzione, pur essendo la materia di competenza esclusiva dell'Unione, si è resa necessaria un'autorizzazione del Consiglio per consentire ai due paesi di aderire a questo importante trattato internazionale.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, que es una recomendación para la adhesión al Convenio de La Haya relativo a la notificación o traslado en el extranjero de documentos judiciales y extrajudiciales en materia civil o mercantil. Todos los Estados miembros, además de Malta y Austria, ya han firmado este Convenio, que es de carácter procedimental.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – L'adoption du règlement (CE) n° 1393/2007 l'Union a acquis une compétence externe exclusive en matière d'adhésion à une organisation internationale. Ce texte demande l'autorisation pour l'Autriche et Malte d'adhérer à la Convention de La Haye du 15 novembre 1965 relative à la signification et la notification à l'étranger des actes judiciaires et extrajudiciaires en matière civile et commerciale. Vingt-six États membres appliquent déjà cette convention et globalement, la Convention a été largement adoptée (EU, Chine, Russie, Suisse,...).

La Convention est un instrument efficace, qui fluidifie les rapports judiciaires mondialisés. En théorie, cette autorisation à adhérer revient à renforcer l'UE mais en réalité, nous devons respecter la volonté souveraine d'adhérer manifestée par l'Autriche et Malte. J'ai donc décidé de voter pour.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione è condivisibile e priva di criticità. Sostengo col mio voto l'autorizzazione per Austria e Malta di aderire alla Convenzione dell'Aia relativa alla notificazione e alla comunicazione all'estero degli atti giudiziari ed extragiudiziali in materia civile o commerciale.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta recomendación por la que el Parlamento concede su aprobación a la adhesión de Austria y Malta al Convenio de La Haya relativo a la notificación o traslado en el extranjero de documentos judiciales y extrajudiciales en materia civil o comercial.

El Convenio de La Haya, de 15 de noviembre de 1965, establece un sistema por el cual los documentos pueden notificarse o trasladarse a otro Estado signatario. De los veintiocho Estados miembros, veintiséis ya aplican el Convenio. En la medida en que la UE había adquirido la competencia exclusiva sobre la notificación y el traslado de documentos transfronterizos, se hace necesario que la Unión dé su autorización a estos dos Estados miembros para su adhesión al Convenio.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio dokumento, nes juo Parlamentas pritaria sprendimui, kuriuo Europos Sąjungos interesais Austrija yra įgaliojama pasirašyti ir ratifikuoti 1965 m. Hagos konvenciją dėl teisminių ir neteisminių dokumentų civilinėse arba komercinėse bylose įteikimo užsienyje, o Malta yra įgaliojama prie jos prisijungti. 1965 m. Hagos konvencija yra nustatoma sistema, pagal kurią dokumentus galima įteikti kitoje konvenciją pasirašiusioje valstybėje. Reikėtų pažymėti, kad ši konvencija taikoma tik tarpvalstybinio dokumentų įteikimo trečiosiose šalyse arba iš jų gautų dokumentų įteikimo atveju. Tarpvalstybinio dokumentų įteikimo Europos Sąjungoje atveju taikomas 2007 m. reglamentas (EB) Nr. 1393/2007 dėl teisminių ir neteisminių dokumentų civilinėse arba komercinėse bylose įteikimo valstybėse narėse. Šiuo metu iš 28-ųjų valstybių narių ši konvencija jau taikoma 26-iose. Likusios dvi valstybės narės – Austrija ir Malta – pareiškė norą prie jos prisijungti. Prie konvencijos neleidžiama prisijungti tarptautinėms organizacijoms. Priėmusi ES teisės aktus dėl tarpvalstybinio dokumentų įteikimo, ES šiuo klausimu įgijo išimtinę išorės kompetenciją. Tai reiškia, kad Sąjunga turi įgalioti atitinkamas valstybes nares veikti jos vardu joms norint prisijungti prie konvencijos.

Franco Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlagano priporočilo Evropskega parlamenta o tem, da se Avstriji dovoli podpis in ratifikacija Haaške konvencije, in Malti, da pristopi k njej, sem podprl.

Haaška konvencija namreč določa sistem, po katerem je mogoče listine vročati v drugi državi pogodbenici, a velja le za čezmejno vročanje listin v tretjih državah ali iz njih. Pravila vročanja med državami članicami EU so namreč določena z horizontalno uredbo o vročanju sodnih spisov.

Avstrija in Malta sta bili do sedaj edini dve državi v EU, ki nista uporabljali določb Haaške konvencije, a sta pred kratkim izrazili željo po pristopu k njej. A pred dejansko uveljavitvijo, mora EU ti dve državi pooblastiti, da delujeta v njenem imenu.

S poročevalcem se strinjam, da je področje čezmejnega vročanja listin zelo koristno, zato je v interesu tako EU kot držav pristopnic, da obstaja enoten režim izmenjave.

Louise Bours (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report today because it opposes in principle any requirement that a Member State of the EU must obtain authorisation from the EU before signing certain international treaties.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – La Convention simplifie la signification et la notification de documents judiciaires et extrajudiciaires en matière civile et commerciale dans d'autres États signataires. Elle ne s'applique qu'aux relations avec des pays tiers à l'UE.

Vingt-six États membres l'appliquent déjà. La Convention n'autorise pas l'adhésion d'organisations internationales. Mais à la suite de l'adoption du règlement (CE) n° 1393/2007 du PE et du Conseil du 13 novembre 2007 sur la signification et la notification transfrontalières des actes (le «Règlement»), l'Union a acquis une compétence externe exclusive en la matière, conformément à l'article 3, paragraphe 2, du TFUE.

En théorie, cette autorisation à adhérer revient à renforcer l'Union européenne. Mais en l'espèce, nous devons respecter la volonté souveraine d'adhérer manifestée par l'Autriche et Malte. J'ai voté pour comme je l'avais fait en Commission des Affaires juridiques

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La convenzione dell'Aia del 1965 relativa alla comunicazione e alla notificazione all'estero degli atti giudiziari ed extra giudiziari in materia civile e commerciale punta a semplificare le modalità di trasmissione dei suddetti atti tra gli Stati contraenti. Grazie a questa convenzione è facilitata la cooperazione giudiziaria in caso di contenzioso civile o commerciale transnazionale.

Ventisei dei ventotto Stati membri già applicano la convenzione. Mancano solo l'Austria e Malta, che però hanno manifestato la loro volontà di aderire.

Il Parlamento europeo deve contribuire a rafforzare e migliorare la cooperazione giudiziaria in Europa, è quindi suo compito garantire l'adesione dell'Austria e di Malta a questa convenzione, nell'intento di migliorare a tale scopo l'assistenza giudiziaria reciproca semplificando ed accelerando la procedura.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le rapport porte sur la ratification par l'Autriche et l'adhésion de Malte à la convention relative à la signification et la notification à l'étranger des actes judiciaires et extrajudiciaires en matière civile et commerciale. Cette convention s'applique uniquement aux documents destinés à des pays tiers à l'Union européenne et permet notamment de fluidifier les rapports judiciaires entre les États. De plus, il convient de respecter la volonté souveraine de l'Autriche et de Malte d'adhérer à quelque convention internationale que ce soit. C'est pourquoi j'ai voté pour ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Eficiența justiției în cadrul european este intrinsec legată de colaborarea organelor de justiție ale diferitelor state membre deoarece, într-o eră a creșterii exponențiale a circulației persoanelor, elementele de extraneitate din cadrul raporturilor juridice devin regula, și nu excepția.

În consolidarea acestei eficiențe și cu țările terțe avem Convenția de la Haga din 15 noiembrie 1965, ce se aplică exclusiv notificării transfrontaliere a documentelor în sau din țări terțe – în ceea ce privește notificarea transfrontalieră în interiorul Uniunii Europene, având Regulamentul (CE) nr. 1393/2007.

Manifestarea dorinței Austriei și Maltei, singurele state membre care nu au aderat la convenție, de a se alătura celorlalte state membre este salutară și susțin autorizarea statelor membre în cauză de către Uniune să acționeze în numele său, ratificând această convenție.

Utilitatea Convenției în domeniul notificării transfrontaliere a documentelor este deja probată, fiind atât în interesul Uniunii în întregul său, cât și al celor două state membre în cauză să dispună de un regim unic de notificare a documentelor în cadrul relațiilor transfrontaliere cu țările terțe, de aceea am votat favorabil acest raport.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole. Austria e Malta hanno già formalmente espresso la volontà di aderire; con questo voto si propone che il Parlamento dia il proprio consenso alla proposta di decisione che autorizza l'adesione di Austria e Malta a detta convenzione.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della raccomandazione sul progetto di decisione del Consiglio che autorizza rispettivamente la Repubblica d'Austria a firmare e ratificare e Malta ad aderire alla convenzione dell'Aia relativa alla notificazione e alla comunicazione all'estero degli atti giudiziari ed extragiudiziali in materia civile o commerciale.

La Convenzione dell'Aia del 15 novembre 1965 istituisce un sistema in base al quale gli atti possono essere notificati e comunicati in un altro Stato firmatario ed è già applicata in 26 dei 28 Stati membri. I due Stati membri restanti, Austria e Malta, hanno espresso la volontà di aderirvi.

La Convenzione dell'Aia del 15 novembre 1965 ha dimostrato la sua utilità nel campo della notificazione e comunicazione transfrontaliera di atti. Inoltre, è nell'interesse dell'Unione nel suo insieme che i due Stati membri in questione dispongano di un regime uniforme per la notificazione degli atti nelle relazioni transfrontaliere con i paesi terzi. Di conseguenza, ho deciso di votare a favore di questa proposta di decisione che autorizza l'adesione di Austria e Malta alla Convenzione.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this procedural report which recommends that Malta and Austria accede to the Hague Convention on Service Abroad of Judicial and Extrajudicial Documents in Civil or Commercial Matters.

All the other EU countries (including Ireland) are already signatories to this Convention, which indicates the channels for transmission from one contracting state to another in the event of service abroad of judicial and extrajudicial acts. The method is through a central authority, which is organised by each State in accordance with its own law.

As I recognise the sovereign right of countries to sign up to Conventions, I voted in favour.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report today because it opposes in principle any requirement that a Member State of the EU must obtain authorisation from the EU before signing certain international treaties.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of ratification of and accession to the Hague Convention of 15 November 1965 on the Service Abroad of Judicial and Extrajudicial Documents in Civil or Commercial Matters by Austria and Malta as it allows for the cross-border service of documents in or from third countries without the use of consular or diplomatic services. It has already proved to be very useful and makes the entire procedure much faster and in most cases much cheaper.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La convenzione dell'Aia del 1965 predispone regole comuni sulle notificazioni e comunicazioni all'estero degli atti giudiziari ed extragiudiziali in materia civile e commerciale. Rappresenta quindi un importante strumento volto a favorire la snellezza del sistema di giustizia civile transfrontaliera, cui la maggior parte degli Stati membri hanno già aderito da tempo. La delegazione del Movimento 5 Stelle ha quindi votato in senso favorevole in relazione all'adesione da parte di Austria e Malta a detta Convenzione. Difatti, ai fini della creazione di uno spazio unico di giustizia europeo, è di fondamentale importanza che gli Stati membri si coordinino anche al fine di favorire la celerità dei giudizi che presentano collegamenti con paesi terzi e UE.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Στηρίζουμε τη Σύσταση. Από τα 28 κράτη μέλη της Ένωσης τα 26 είναι ήδη συμβαλλόμενα μέρη της Σύμβασης της Χάγης. Τα δύο υπόλοιπα, η Αυστρία και η Μάλτα, έχουν εκδηλώσει το ενδιαφέρον τους για προσχώρηση, γεγονός το οποίο χαιρετίζουμε.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Ψηφίσαμε σήμερα σχετικά με τη σύσταση όσον αφορά το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου με την οποία εξουσιοδοτούνται η Αυστρία να υπογράψει και να κυρώσει και η Μάλτα να προσχωρήσει στη Σύμβαση της Χάγης της 15ης Νοεμβρίου 1965 για την επίδοση στο εξωτερικό δικαστικών και εξωδικών πράξεων σε αστικές ή εμπορικές υποθέσεις προς το συμφέρον της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Είναι προφανές πως αυτού του είδους οι διαδικασίες αφορούν την εύρυθμη λειτουργία του μηχανισμού απονομής της δικαιοσύνης και για αυτό το λόγο αποφάσιμα να ψηφίσω θετικά.

Salvatore Cicu (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore del provvedimento poiché riconosco l'utilità dimostrata dalla Convenzione dell'Aia del 15 novembre 1965 nel campo della notificazione e comunicazione transfrontaliera di atti e ritengo che sia nell'interesse dell'Unione nel suo insieme e dei due Stati membri in questione disporre di un regime uniforme per la notificazione degli atti nelle relazioni transfrontaliere con i paesi terzi.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – In un'Europa che raduna 28 Stati membri è bene che non si creino disparità tra uno Stato e l'altro. Ho votato a favore di questo progetto di decisione perché ritengo che l'Austria e Malta, gli ultimi due a non aver ancora applicato la Convenzione dell'Aia, non avevano il diritto di continuare a costituire delle isole di anarchia all'interno del nostro territorio. Infatti, sapere che degli atti, fossero essi giudiziari o extra giudiziari, non potevano essere trasmessi automaticamente, creava degli incentivi perversi che finalmente sono stati eliminati.

Carlos Coelho (PPE), por escrito. – A Convenção da Haia permite o reconhecimento de notificações transfronteiriças de documentos judiciais e extra judiciais no âmbito civil e comercial.

No entanto, no caso da União Europeia, aquela é apenas aplicável a documentos com origem ou destino em países terceiros, uma vez que já existe regulamentação comunitária para o mesmo efeito entre Estados-Membros.

Por ter competência exclusiva nesta matéria e não poder, enquanto signatária, aceder à Convenção, a União tem de autorizar a adesão individual dos Estados-Membros.

Dado o evidente interesse europeu na existência de um regime comum, o Parlamento Europeu dá, assim, o seu consentimento à adesão.

Jane Collins (EFDD), in writing. – UKIP voted against this report today because it opposes in principle any requirement that a Member State of the EU must obtain authorisation from the EU before signing certain international treaties.

Lara Comi (PPE), per iscritto. – Riguardo alla raccomandazione elaborata dal Parlamento europeo in merito alla decisione del Consiglio che autorizza l'Austria a firmare e ratificare e Malta ad aderire alla Convenzione dell'Aia del 1965, ho deciso di votare in modo favorevole, in quanto ciò permetterebbe a tali Stati di poter notificare e comunicare ai paesi terzi, parti anch'essi della Convenzione, atti giudiziari ed extragiudiziari in materia civile o commerciale. Questa prassi si è rivelata molto utile ed efficace perché, adottando un sistema uniforme, tutti gli Stati membri potranno trarre vantaggio dalla migliore condivisione delle informazioni e da una maggiore collaborazione.

Therese Comodini Cachia (PPE), in writing. – The Convention only applies to the cross-border service of documents in or from third countries for cross-border service within the European Union, improving the transmission of judicial and extrajudicial documents abroad.

This Convention facilitates judicial cooperation in cross-border litigation thereby benefiting citizens in cross-border proceedings even with third country connections. The Convention has been broadly ratified, having 67 Contracting States. Malta should not waste time in ratifying this Convention.

Ignazio Corrao (EFDD), per iscritto. – La Convenzione dell'Aia del 15 novembre 1965 istituisce un sistema in base al quale gli atti possono essere notificati e comunicati in un altro Stato firmatario. È opportuno precisare che la Convenzione si applica solo agli atti destinati a paesi terzi o provenienti da essi. La Convenzione è già applicata in 26 dei 28 Stati membri. I due Stati membri restanti, Austria e Malta, hanno espresso la volontà di aderirvi. L'Unione deve di conseguenza autorizzare gli Stati membri in questione ad agire per suo conto al fine di aderire alla Convenzione. Poiché la Convenzione dell'Aia del 15 novembre 1965 ha dimostrato la sua utilità nel campo della notificazione e comunicazione transfrontaliera di atti e che è nell'interesse sia dell'Unione nel suo insieme che dei due Stati membri in questione

disporre di un regime uniforme per la notificazione degli atti nelle relazioni transfrontaliere con i paesi terzi, si propone che il Parlamento dia il proprio consenso alla proposta di decisione che autorizza l'adesione di Austria e Malta a detta Convenzione. Mi sembra una buona relazione e quindi il mio voto è favorevole.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la recomendación favorable a que Austria firme y ratifique el Convenio de la Haya y Malta se adhiera a él, dado que estos dos Estados miembros aún no forman parte de este Convenio relativo a la notificación o traslado en el extranjero de documentos judiciales y extrajudiciales en materia civil o comercial. Al tratarse de un convenio que facilita aspectos procedimentales y que ya han ratificado todos los Estados miembros salvo estos dos, no he tenido inconveniente en dar mi voto favorable a que Malta y Austria lo suscriban.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az 1965. november 15-i Hágai Egyezmény lehetővé teszi a hivatalos iratok valamely másik részes államban történő kézbesítését. Az egyezmény csak a harmadik országokból származó vagy oda küldött hivatalos iratok határokon átnyúló kézbesítésére alkalmazandó: az Európai Unió belüli határokon átnyúló kézbesítésre a polgári és kereskedelmi ügyekben a bírósági és bíróságon kívüli iratok kézbesítéséről szóló, 1393/2007/EK rendelet alkalmazandó. A 28 tagállamból már 26 alkalmazza a Hágai Egyezményt. A fennmaradó két tagállam, Ausztria és Málta is jelezte csatlakozási szándékát.

Az egyezmény nem teszi lehetővé nemzetközi szervezetek csatlakozását. Az iratok határokon átnyúló kézbesítéséről szóló uniós jogszabály elfogadását követően az Unió e kérdést illetően kizárólagos külső hatáskörre tett szert az EUMSZ 3. cikkének (2) bekezdése értelmében. Ezt a megközelítést a Bíróság megerősítette. A fentiek szerint az Uniónak engedélyeznie kell a szóban forgó tagállamok számára, hogy az egyezményhez való csatlakozás céljából a nevében eljárjanak.

Az EU és a két érintett tagállamnak közös érdeke, hogy a harmadik országokkal való határokon átnyúló kapcsolataikban az iratok kézbesítésére egységes rendszerrel rendelkezzenek. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The Hague Convention provides for the channels of transmission to be used when a judicial or extrajudicial document is to be transmitted from one state party to the convention to another state party. I voted in favour of this report as the framework that it provides is both efficient and effective. The Convention already applies to 26 Member States, with Malta and Austria indicating their wish to join, I support the view that, in accordance with Article 3(2) TFEU and Court of Justice Opinion 1/13, the Union must authorise both Malta and Austria to act on its behalf in order to accede to the Convention. This accession would be beneficial for both the Union and the two Member States.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Dintre cele 28 de state membre, 26 aplică deja convenția. Austria și Malta, singurele state membre care nu au aderat la convenție, și-au manifestat dorința de a se alătura celorlalte state membre. Salut această decizie.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport donne l'approbation du Parlement européen à l'adhésion de l'Autriche et de Malte à la convention de La Haye du 15 novembre 1965. Celle-ci met en place un système qui permet la signification et la notification de documents judiciaires et extrajudiciaires en matière civile et commerciale entre l'Union européenne et les pays tiers signataires.

Au sein de l'Union, seuls l'Autriche et Malte ne l'appliquaient pas encore, et ont exprimé leur souhait d'y adhérer. Considérant que la convention a fait la preuve de son utilité dans le domaine transfrontalier et que les États membres ont intérêt à disposer d'un régime uniforme en la matière dans leurs relations avec les pays tiers, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu l'adhésion de l'Autriche et de Malte à la Convention de La Haye relative à la signification et la notification à l'étranger des actes judiciaires et extrajudiciaires en matière civile et commerciale. Je soutiens ces mesures visant à faciliter la coopération avec les pays tiers dans le domaine de la coopération judiciaire en cas de contentieux civil et commercial transnational. La Convention de La Haye participe à cet objectif en simplifiant les modalités de transmission des actes judiciaires et extrajudiciaires entre les États contractants.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo provvedimento per consentire ad Austria e Malta di ratificare e rispettivamente aderire alla Convenzione dell'Aia del 15 novembre 1965. Ritengo che sia nell'interesse sia dell'Unione europea sia dei due Stati membri poter disporre di un regime uniforme per la notificazione degli atti nelle relazioni con i paesi terzi.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az 1965. november 15-i Hágai Egyezmény értelmében létrejött egy iratkézési rendszer, amely az egyezményt aláíró országok között működik. Fontos megjegyezni, hogy az egyezmény egy olyan határon átvélt szolgáltatás, ami csak a harmadik országokból illetve a harmadik országokba érkező dokumentumokra, iratokra vonatkozik. A 28 tagállam közül 26 már alkalmazza az egyezményt és a két megmaradt tagállam, Málta és Ausztria is kifejezte csatlakozási vágyát. Amióta az egyezmény bebizonyította hasznosságát közös érdek, hogy a két kérdéses tagállamban is egyszerű eljárás éljen az iratok határon túli, harmadik országokba történő kézbesítését illetően. A plenáris szavazáson szavazatommal támogattam a két tagállam Hágai Egyezményhez való csatlakozását.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Az 1965. november 15-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hozott létre, amelynek révén az hivatalos iratok valamely másik részes államban is kézbesíthetők. Megjegyzendő, hogy az egyezmény csak a harmadik országokból származó vagy oda küldött hivatalos iratok határokon átnyúló kézbesítésére alkalmazandó: az Európai Unión belüli határokon átnyúló kézbesítésre a polgári és kereskedelmi ügyekben a bírósági és bíróságon kívüli iratok kézbesítéséről szóló, 2007. november 13-i 1393/2007/EK európai parlamenti és tanácsi rendelet alkalmazandó.

A 28 tagállamból már 26 alkalmazza az egyezményt. A fennmaradó két tagállam, Ausztria és Málta is jelezte csatlakozási szándékát.

Az egyezmény nem teszi lehetővé nemzetközi szervezetek csatlakozását. Az iratok határokon átnyúló kézbesítéséről szóló uniós jogszabály elfogadását követően ugyanakkor az Unió e kérdést illetően kizárólagos külső hatáskörre tett szert az EUMSZ 3. cikkének (2) bekezdése értelmében. Ezt a megközelítést a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette.

Ennek alapján az Uniónak engedélyeznie kell a szóban forgó tagállamok számára, hogy az egyezményhez való csatlakozás céljából a nevében eljárjanak.

Mind az Unió egészének, mind pedig a két szóban forgó tagállamnak érdeke, hogy a harmadik országokkal való határokon átnyúló kapcsolataikban az iratok egységes kézbesítésére egységes rendszerrel rendelkezzenek.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Cette convention a le mérite de simplifier la signification et la notification de documents judiciaires et extrajudiciaires, en matière civile et commerciale, dans d'autres États signataires. Elle ne s'applique qu'aux relations avec des pays tiers à l'Union européenne.

Elle est un outil efficace pour contribuer au bon fonctionnement des rapports judiciaires. Certes, cette autorisation participe du renforcement de l'Union européenne, mais l'élue que je suis, attachée au respect de la souveraineté des États, se doit de permettre à l'Autriche et à Malte d'adhérer, selon leur souhait, à la convention. Pour cette raison, j'ai voté pour ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Докладът на колегата Успакич се отнася до присъединяването на Австрия и Малта към Хагската конвенция от 15 ноември 1965 г. за връчване в чужбина на съдебни и извънсъдебни документи по граждански или търговски дела. Аз и моята група се противопоставяме на факта, че ЕС не бива да има правни компетенции в тази област. Това е причината, поради която гласувах с „въздържал се“. Не съм против Австрия и Малта да се присъединят към Хагската конвенция. Смятам, че като суверени държави, правителствата на двете страни следва да могат да вземат това решение на национално равнище, без да се нуждаят от одобрение на европейско ниво.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Η υπογραφή και επικύρωση από την Αυστρία και η προσχώρηση από την Μάλτα στην Σύμβαση της Χάγης της 15ης Νοεμβρίου 1965 είναι κάτι που μας βρίσκει απολύτως σύμφωνους. Σημειώνουμε όμως ότι είναι λυπηρό το γεγονός ότι ανεξάρτητα κράτη πρέπει να ζητούν έγκριση από την Ένωση για να προσχωρούν σε συμβάσεις.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az 1965. november 15-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hozott létre, amelynek révén az hivatalos iratok valamely másik részes államban is kézbesíthetők. Megjegyzendő, hogy az egyezmény csak a harmadik országokból származó vagy oda küldött hivatalos iratok határokon átnyúló kézbesítésére alkalmazandó: az Európai Unión belüli határokon átnyúló kézbesítésre a polgári és kereskedelmi ügyekben a bírósági és bíróságon kívüli iratok kézbesítéséről szóló, 2007. november 13-i 1393/2007/EK európai parlamenti és tanácsi rendelet alkalmazandó.

A 28 tagállamból már 26 alkalmazza az egyezményt. A fennmaradó két tagállam, Ausztria és Málta is jelezte csatlakozási szándékát.

Az egyezmény nem teszi lehetővé nemzetközi szervezetek csatlakozását. Az iratok határokon átnyúló kézbesítéséről szóló uniós jogszabály elfogadását követően ugyanakkor az Unió e kérdést illetően kizárólagos külső hatáskörre tett szert az EUMSZ 3. cikkének (2) bekezdése értelmében. Ezt a megközelítést a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette.

Ennek alapján az Uniónak engedélyeznie kell a szóban forgó tagállamok számára, hogy az egyezményhez való csatlakozás céljából a nevében eljárjanak.

Mind az Unió egészének, mind pedig a két szóban forgó tagállamnak érdeke, hogy a harmadik országokkal való határokon átnyúló kapcsolataikban az iratok egységes kézbesítésére egységes rendszerrel rendelkezzenek.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – El Convenio de La Haya de 15 de noviembre 1965 tiene por objeto buscar la homologación de las normas de derecho mediante el establecimiento de un sistema por el cual los documentos de un Estado pueden servir en otro Estado signatario, cubriendo por ejemplo distintas materias como la ley aplicable a las obligaciones alimentarias, a los accidentes de tránsito en carreteras, a la responsabilidad de hechos o a los regímenes matrimoniales y sobre las sucesiones.

Actualmente en la UE, de los 28 Estados miembros, 26 ya están aplicando el Convenio, y los dos restantes, Austria y Malta, han indicado su deseo de unirse.

La Comisión de Asuntos Jurídicos aprobó el informe sobre el proyecto de Decisión del Consejo que autoriza a Austria y Malta a firmar y ratificar el Convenio. Dado que este Convenio ha demostrado su utilidad, y es de interés para la UE establecer un régimen único para el traslado de documentos en las relaciones transfronterizas con terceros países, veo favorable que el Parlamento dé su consentimiento a la propuesta de decisión de permitir la adhesión de Austria y Malta al Convenio.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Convenção da Haia, de 15 de novembro de 1965, estabelece um sistema pelo qual os documentos podem ser entregues noutro Estado signatário. Dos 28 Estados-Membros, 26 já aplicam esta Convenção. A Áustria e Malta, os dois Estados-Membros que ainda não a aplicam, manifestaram a sua vontade de aderir.

Malta já apresentou o seu instrumento de adesão, mas emitiu uma declaração nos termos da qual a sua adesão não será efetiva enquanto a presente decisão não for adotada. A Áustria aguarda a presente decisão a fim de efetuar as formalidades de adesão.

Uma vez que a Convenção da Haia demonstrou a utilidade no domínio da notificação transfronteiras de documentos, e é do interesse tanto da União no seu conjunto como dos dois Estados-Membros em causa dispor de um único regime para a citação ou notificação de documentos na relações transfronteiriças com os países terceiros, concordo com a decisão que permite a adesão da Áustria e de Malta a essa Convenção.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta convenção tem como objeto a citação e notificação no estrangeiro de atos judiciais e extrajudiciais em matéria civil e comercial. Define ainda os meios a utilizar sempre que um ato judicial deva ser transmitido de um Estado contratante para outro para aí ser objeto de citação ou notificação. Permite melhorar a transmissão de atos judiciais e extrajudiciais, facilitar a cooperação judiciária em processos judiciais transnacionais e criar um sistema eficiente e fiável para citação e notificação de atos judiciais e extrajudiciais.

A UE não pode ser parte da convenção porque esta não estabelece nada sobre organizações económicas regionais, apenas Estados individualmente. Os Estados-Membros não podem concluir a convenção sem para tal serem autorizados pela UE, de acordo com o TFUE. Uma realidade que rejeitamos e que é apenas mais uma expressão da perda de soberania dos Estados por via do aprofundamento do processo de integração capitalista que é a UE.

Trata-se da formalização do procedimento da adesão à Convenção da Haia dos dois únicos Estados-Membros que não a integravam. Por sua livre e soberana decisão própria. Votámos favoravelmente.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour. No objections.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole alla relazione che autorizza l'Austria a firmare e ratificare e a Malta ad aderire alla Convenzione del 15 novembre 1965.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR), *na piśmie*. – Nie jestem przeciwna przystąpieniu Austrii i Malty do konwencji haskiej. W głosowaniu wstrzymałam się, ponieważ uważam, iż nie jest kompetencją Unii Europejskiej narzucanie obywatelom i władzom tych państw decyzji o przystąpieniu do konwencji.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Η υπογραφή και η επικύρωση από την Αυστρία και η προσχώρηση από την Μάλτα στη Σύμβαση της Χάγης της 15ης Νοεμβρίου 1965 είναι κάτι που με βρίσκει απολύτως σύμφωνο. Σημειώνω, όμως, ότι είναι λυπηρό το γεγονός ότι ανεξάρτητα κράτη πρέπει να ζητούν έγκριση από την Ένωση για να προσχωρούν σε συμβάσεις.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Austria and Malta have indicated their wish to join the Hague Convention of 1965. Since the Hague Convention of 15 November 1965 has proven its usefulness in the field of the cross-border service of documents, and it is in the interest both of the Union as a whole and of the two Member States in question to have a single regime for the service of documents in cross-border relations with third countries, I supported the proposal for the decision allowing the accession of Austria and Malta to that Convention.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az 1965. november 15-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hozott létre, amelynek révén az hivatalos iratok valamely másik részes államban is kézbesíthetők. Megjegyzendő, hogy az egyezmény csak a harmadik országokból származó vagy oda küldött hivatalos iratok határokon átnyúló kézbesítésére alkalmazandó: az Európai Unión belüli határokon átnyúló kézbesítésre a polgári és kereskedelmi ügyekben a bírósági és bíróságon kívüli iratok kézbesítéséről szóló, 2007. november 13-i 1393/2007/EK európai parlamenti és tanácsi rendelet alkalmazandó.

A 28 tagállamból már 26 alkalmazza az egyezményt. A fennmaradó két tagállam, Ausztria és Málta is jelezte csatlakozási szándékát.

Az egyezmény nem teszi lehetővé nemzetközi szervezetek csatlakozását. Az iratok határokon átnyúló kézbesítéséről szóló uniós jogszabály elfogadását követően ugyanakkor az Unió e kérdést illetően kizárólagos külső hatáskörre tett szert az EUMSZ 3. cikkének (2) bekezdése értelmében. Ezt a megközelítést a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette.

Ennek alapján az Uniónak engedélyeznie kell a szóban forgó tagállamok számára, hogy az egyezményhez való csatlakozás céljából a nevében eljárjanak.

Mind az Unió egészének, mind pedig a két szóban forgó tagállamnak érdeke, hogy a harmadik országokkal való határokon átnyúló kapcsolataikban az iratok egységes kézbesítésére egységes rendszerrel rendelkezzenek.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A 28 tagállamból már 26 alkalmazza az egyezményt. A fennmaradó két tagállam, Ausztria és Málta is jelezte csatlakozási szándékát.

Az egyezmény nem teszi lehetővé nemzetközi szervezetek csatlakozását. Az iratok határokon átnyúló kézbesítéséről szóló uniós jogszabály elfogadását követően ugyanakkor az Unió e kérdést illetően kizárólagos külső hatáskörre tett szert az EUMSZ 3. cikkének (2) bekezdése értelmében. Ezt a megközelítést a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette.

Meggyőződésem, hogy ennek alapján az Uniónak engedélyeznie kell a szóban forgó tagállamok számára, hogy az egyezményhez való csatlakozás céljából a nevében eljárjanak.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del proyecto de Resolución sobre la adhesión de la República de Austria y de Malta al Convenio relativo a la notificación o traslado en el extranjero de documentos judiciales y extrajudiciales en materia civil o comercial, con la voluntad de que estos dos países queden equiparados en esta materia a nivel de la UE, profundizando así en el proceso de integración europeo.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della raccomandazione sul progetto di decisione del Consiglio che autorizza rispettivamente la Repubblica d'Austria a firmare e ratificare e Malta ad aderire, nell'interesse dell'Unione europea, alla convenzione dell'Aia del 15 novembre 1965 relativa alla notificazione e alla comunicazione all'estero degli atti giudiziari ed extragiudiziari in materia civile o commerciale.

La convenzione, che istituisce un sistema di notifica degli atti destinati a e provenienti da un paese straniero, si è rivelata molto utile nell'ambito della notificazione e della comunicazione transfrontaliera di atti giudiziari ed extragiudiziari con paesi terzi.

Per ottenere un sistema più uniforme e solido nell'interesse della stessa Unione europea, raccomando quindi l'adesione alla convenzione da parte di Austria e Malta, che attualmente sono gli unici due paesi dell'Unione a non farne parte.

Arne Gericke (ECR), schriftlich. – Ich habe für den Beitritt Österreichs und Maltas zum Haager Übereinkommen vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- und Handelssachen gestimmt. 26 von 28 Staaten haben dieses wichtige, Bürokratie vermeidende Abkommen bereits unterzeichnet, das entsprechend den Regeln nicht von der EU selbst unterzeichnet werden darf. Der Schritt Maltas und Österreichs ist ein logischer – und nur zu unterstützen.

Jens Gieseke (PPE), schriftlich. – Das Haager Übereinkommen hat sich im Bereich der grenzüberschreitenden Zustellung für die gesamte Union als nützlich erwiesen. Mit der heutigen Abstimmung über den Beitritt der letzten beiden EU-Länder Österreich und Malta vervollständigt sich das Abkommen als einheitliches System zur Zustellung von Dokumenten und im Bereich der grenzüberschreitenden Beziehungen zu Drittländern.

Nathan Gill (EFDD), in writing. – UKIP voted against this report today because it opposes in principle any requirement that a Member State of the EU must obtain authorisation from the EU before signing certain international treaties

Neena Gill (S&D), in writing. – I voted in favour of this authorisation for Austria to sign and ratify, and Malta to accede to, the Hague Convention of 15 November 1965, which offers an effective system for transmitting extra-judicial documents from one state party to another.

Tania González Peñas (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor de este informe, que es una recomendación para la adhesión al Convenio de La Haya relativo a la notificación o traslado en el extranjero de documentos judiciales y extrajudiciales en materia civil o mercantil. Todos los Estados miembros, además de Malta y Austria, ya han firmado este Convenio, que es de carácter procedimental.

Antanas Guoga (ALDE), in writing. – I voted in favour on the draft Council decision because Member States cannot conclude the Hague Service Convention without being authorised to do so. Therefore, 24 Member States had acceded to the Hague Service Convention before the adoption of EU legislation. The remaining Member States which have to be authorised to accede to the convention are Austria and Malta. These countries should sign it in the interest of the European Union because it will make the process of authorisation in regards to the Hague Service Convention much easier.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), γραπτώς. – Με τη Σύμβαση της Χάγης της 15ης Νοεμβρίου 1965 θεσπίστηκε ένα σύστημα, σύμφωνα με το οποίο τα δικαστικά έγγραφα μπορούν να επιδίδονται σε άλλο συμβαλλόμενο κράτος. Από τα 28 κράτη μέλη της Ένωσης τα 26 είναι ήδη συμβαλλόμενα μέρη της σύμβασης. Τα δύο υπόλοιπα, η Αυστρία και η Μάλτα, έχουν εκδηλώσει το ενδιαφέρον τους για προσχώρηση. Η Μάλτα έχει ήδη καταθέσει τα έγγραφα προσχώρησης, αλλά εξέδωσε δήλωση σύμφωνα με την οποία η προσχώρησή της δεν θα ισχύσει πριν την έγκριση της υπό εξέταση απόφασης. Η Αυστρία αναμένει την εν λόγω απόφαση για να προβεί στις διατυπώσεις για την προσχώρηση. Λόγω του διαδικαστικού χαρακτήρα της έκθεσης την υπερψηφίσαμε.

Marian Harkin (ALDE), in writing. – I was happy to vote for the accession of Austria and Malta to the Hague Convention on the Service Abroad of Judicial and Extrajudicial Documents as I believe that the Convention facilitates judicial cooperation in cross-border civil and commercial litigations among the contracting parties. As the Convention does not allow for international bodies such as the EU to be party to it, it is essential that all EU Member States accede. I believe that the Hague Convention of 1965 is beneficial to its Member States and to the European Union as a whole. Cross-border judicial and legal cooperation is paramount to the smooth running of the Union.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I chose to support this report, as the Hague Convention establishes a system whereby documents can be served in another signatory state, which is very important for the Union. Of the 28 Member States, 26 are already applying the convention. Austria and Malta, as the two remaining Member States, have indicated their wish to join.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report today because it opposes in principle any requirement that a Member State of the EU must obtain authorisation from the EU before signing certain international treaties.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az 1965. november 15-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hozott létre, amelynek révén az hivatalos iratok valamely másik részes államban is kézbesíthetők. Az egyezmény csak a harmadik országokból származó vagy oda küldött hivatalos iratok határokon átnyúló kézbesítésére alkalmazandó. Az Európai Unión belüli határokon átnyúló kézbesítésre a polgári és kereskedelmi ügyekben a bírósági és bíróságon kívüli iratok kézbesítéséről szóló, 2007. november 13-i 1393/2007/EK európai parlamenti és tanácsi rendelet vonatkozik.

A 28 tagállamból már 26 alkalmazza az egyezményt. A fennmaradó két tagállam, Ausztria és Málta is jelezte csatlakozási szándékát.

Az egyezmény nem teszi lehetővé nemzetközi szervezetek csatlakozását. Az iratok határokon átnyúló kézbesítéséről szóló uniós jogszabály elfogadását követően ugyanakkor az Unió e kérdést illetően kizárólagos külső hatáskörre tett szert az EUMSZ 3. cikkének (2) bekezdése értelmében. Ezt a megközelítést a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette.

Ennek alapján az Uniónak engedélyeznie kell a szóban forgó tagállamok számára, hogy az egyezményhez való csatlakozás céljából a nevében eljárjanak.

Mind az Unió egészének, mind pedig a két szóban forgó tagállamnak érdeke, hogy a harmadik országokkal való határokon átnyúló kapcsolatokban az iratok egységes kézbesítésére egységes rendszerrel rendelkezzenek.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report today because it opposes in principle any requirement that a Member State of the EU must obtain authorisation from the EU before signing certain international treaties.

Carlos Iturgaiz (PPE), *por escrito*. – Voto a favor de esta Recomendación que propone que el Parlamento conceda su aprobación a la propuesta de Decisión que permite la adhesión de Austria y Malta al Convenio de La Haya de 15 de noviembre de 1965.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – With regard to the opinion of the Court of Justice from 14 October 2014 and the recommendation of the Committee on Legal Affairs, I believe that it is in the interest of the European Union to authorise the Republic of Austria to sign and ratify, while Malta accedes to, the Hague Convention of 15 November 1965 on the Service Abroad of Judicial and Extrajudicial Documents in Civil or Commercial matters.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o nacrtu odluke Vijeća kojom se Republika Austrija ovlašćuje za potpisivanje i ratifikaciju Haške konvencije od 15. studenoga 1965. o dostavi u inozemstvo sudskih i izvansudskih dokumenata u građanskim ili trgovačkim stvarima, a Republika Malta za pristupanje toj Konvenciji u interesu Europske unije, jer time Europski parlament izražava svoju suglasnost.

Smatram da je Konvencija od posebne važnosti u području prekogranične dostave dokumenata te je u interesu Unije i dotičnih država članica da se osnaži jedinstveni režim dostave dokumenata u prekograničnim odnosima s trećim zemljama. Bitno je također naglasiti ulogu Unije u tom procesu koja ovlašćuje države članice da djeluju u njezino ime kako bi pristupile Konvenciji. U skladu s tim, te obzirom da navedenu Konvenciju primjenjuje već 25 država članica EU-a, podržavam volju Austrije i Malte da pristupe istoj.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Dans l'esprit de respecter les volontés de souverainetés nationales tant de l'Autriche que de Malte, nous ne pouvons que donner raison à ces deux États de signer et ratifier pour le premier, et d'adhérer pour le second la convention de La Haye du 15 novembre 1965.

La Convention fluidifie les rapports judiciaires mondialisés et l'évolution qu'entendent prendre les deux États est tout à fait louable dans cette optique de cohésion européenne bien que cette autorisation à adhérer revient à renforcer l'Union européenne, ce à quoi nous sommes théoriquement opposés.

J'ai donc voté en faveur de ce texte.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report today because it opposes in principle any requirement that a Member State of the EU must obtain authorisation from the EU before signing certain international treaties.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Viktor Uspaskich quant aux autorisations données à l'Autriche de signer et ratifier la convention de La Haye du 15 novembre 1965 et à Malte d'adhérer à cette convention. Vingt-six des vingt-huit États membres de l'Union appliquent déjà la convention de La Haye et l'Autriche et Malte ont souhaité y adhérer à leur tour.

Cette décision permettra d'uniformiser le régime européen des relations avec les pays-tiers. C'est pourquoi j'approuve la décision du Conseil qui autorise l'adhésion de l'Autriche et de Malte à cette convention.

Cette recommandation a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette recommandation. Ce texte permet d'approuver la décision de l'Autriche de signer et de ratifier la Convention de la Haye de 1965 et à Malte d'y adhérer.

26 des 28 États membres de l'UE sont membres de cette Convention qui permet de faciliter les échanges internationaux des actes judiciaires et extra-judiciaires.

Cette Convention ayant été jugée utile par les 26 autres États membres, il était nécessaire que l'Autriche et Malte y adhèrent à leur tour pour uniformiser définitivement le régime européen des relations avec les pays tiers sur cette question.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Mit dem Beitritt Österreichs und Maltas zum Haager Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- und Handelsangelegenheiten wird die grenzüberschreitende Zustellung von Schriftstücken in und aus Drittländern geregelt. Diesem Bericht stimme ich zu, da er dazu beiträgt, österreichische Interessen besser zu berücksichtigen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – Since the Convention has proven its usefulness in the field of the cross-border service of documents, and it is in the interest both of the Union as a whole and of the two Member States in question to have a single regime for the service of documents in cross-border relations with third countries, I voted for the decision allowing the accession of Austria and Malta to that convention.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az 1965. november 15-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hozott létre, amelynek révén az hivatalos iratok valamely másik részes államban is kézbesíthetők. Megjegyzendő, hogy az egyezmény csak a harmadik országokból származó vagy oda küldött hivatalos iratok határokon átnyúló kézbesítésére alkalmazandó: az Európai Unió belüli határokon átnyúló kézbesítésre a polgári és kereskedelmi ügyekben a bírósági és bíróságon kívüli iratok kézbesítéséről szóló, 2007. november 13-i 1393/2007/EK európai parlamenti és tanácsi rendelet alkalmazandó.

A 28 tagállamból már 26 alkalmazza az egyezményt. A fennmaradó két tagállam, Ausztria és Málta is jelezte csatlakozási szándékát.

Az egyezmény nem teszi lehetővé nemzetközi szervezetek csatlakozását. Az iratok határokon átnyúló kézbesítéséről szóló uniós jogszabály elfogadását követően ugyanakkor az Unió e kérdést illetően kizárólagos külső hatáskörre tett szert az EUMSZ 3. cikkének (2) bekezdése értelmében. Ezt a megközelítést a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette.

Ennek alapján az Uniónak engedélyeznie kell a szóban forgó tagállamok számára, hogy az egyezményhez való csatlakozás céljából a nevében eljárjanak.

Mind az Unió egészének, mind pedig a két szóban forgó tagállamnak érdeke, hogy a harmadik országokkal való határon átnyúló kapcsolataikban az iratok egységes kézbesítésére egységes rendszerrel rendelkezzenek.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – La Convenzione dell'Aia del 15 novembre 1965 istituisce un sistema in base al quale gli atti giudiziari ed extragiudiziali in materia civile o commerciale possono essere notificati e comunicati in un altro Stato firmatario. Essa è già applicata in 26 dei 28 Stati membri. I due Stati membri restanti, Austria e Malta, hanno espresso la volontà di aderirvi. L'Unione europea deve di conseguenza autorizzare gli Stati membri ad aderire alla Convenzione. Disporre di un regime uniforme per la notificazione degli atti nelle relazioni transfrontaliere con i paesi terzi è nell'interesse sia dell'Unione che dei due Stati membri in questione. Ho quindi deciso di votare favorevolmente.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport donnant l'autorisation à l'Autriche de signer et ratifier la convention de La Haye du 15 novembre 1965 et à Malte d'adhérer à cette convention. La Convention est un instrument plutôt efficace, qui fluidifie les rapports judiciaires mondialisés. En théorie, cette autorisation à adhérer pourrait revenir à renforcer l'Union européenne vu que celle-ci a acquis une compétence externe exclusive en la matière en 2007. Mais en l'espèce, nous devons respecter la volonté souveraine d'adhérer manifestée par l'Autriche et Malte.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car il faut respecter la volonté souveraine manifestée par l'Autriche et par Malte d'adhérer à la Convention de La Haye.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la recomendación favorable a que Austria firme y ratifique el Convenio de la Haya y Malta se adhiera a él, dado que estos dos Estados miembros aún no forman parte de este Convenio relativo a la notificación o traslado en el extranjero de documentos judiciales y extrajudiciales en materia civil o comercial. Al tratarse de un convenio que facilita aspectos procedimentales y que ya han ratificado todos los Estados miembros salvo estos dos, no he tenido inconveniente en dar mi voto favorable a que Malta y Austria lo suscriban.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Normálně bych se při hlasování ohledně členského státu, který si přeje vykonat nějaký akt, jako např. uzavřít smlouvu, zdržel, avšak v tomto případě si musí členský stát vyžádat povolení od EU. Jsem proti principu, že si musí kterýkoliv členský stát vyžádat povolení k čemukoliv.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Prema Haškoj konvenciji iz 1965., osnovan je sustav temeljem kojeg je definirano kako svaka država potpisnica može dostaviti u inozemstvo sudske i izvan sudske dokumente u građanskim ili trgovačkim postupcima. Konvencija se ne dotiče rada međunarodnih organizacija i EU mora izglasati sudjelovanje svake države članice u Konvenciji. Trenutačno, od 28 država članica, 26 se pridržava Konvencije, a sada su Austrija i Malta izrazile želju potpisati Konvenciju.

Podržala sam pristupanje Austrije i Malte Haškoj konvenciji budući da se u dosadašnjoj praksi Konvencija pokazala kao praktični alat za rješavanje sudskih i izvanjudskih sporova. U interesu je EU-a da sve države članice budu u jednom sustavu za prekograničnu dostavu dokumenata prema trećim državama.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Hāgas Konvencija par tiesas un ārpus tiesas dokumentu izsniegšanu civillietās vai komercietās tika parakstīta 1965. gadā un stājās spēkā 1969. gadā, aizvietojojt līdz tam aktīvo 1905. gadā pieņemto Civilprocesu Konvenciju. Galvenais mērķis ir garantēt dažāda veida oficiālām iestādēm un parastiem cilvēkiem iespēju pārsūtīt oficiālus dokumentus starp valstīm bez diplomātisko kanālu pielietošanas, tādējādi izsniedzot tos citās parakstītājvalstīs.

Malta dažus gadus atpakaļ jau ratificēja šo Konvenciju, savukārt Austrijai tas vēl jādara pēc attiecīga piekrišanas procesa iziešanas Eiropas Savienības iestādēs, tajā skaitā Eiropas Parlamentā. Kamēr zināmā mērā esmu pārstēgts, ka šīs valstis ir pēdējās Eiropas Savienībā, kas vēl neesot pilnībā pievienojusies šai Konvencijai, visai apsveicu šo soli.

Dokumentu pārrobežu izsniegšana ir starptautiskās jurisprudences un citu jomu neatņemama daļa, kuras efektīva īstenošana jāsekmē visos iespējamos veidos – un šodien šajā ziņā tika panākts vēl viens visai svarīgs ieguldījums.

Vladimír Maňka (S&D), písomne. – Haagský dohovor z 15. novembra 1965 upravuje podmienky doručovania súdnych a mimosúdnych písomností v cudzine v občianskych a obchodných veciach v signatárskych štátoch. Dohovor sa uplatňuje v 26 z 28 členských štátov. EP udelil súhlas s návrhom rozhodnutia, ktorým sa umožní Rakúsku a Malte pristúpiť k dohovoru. Tým vznikne v členských krajinách Únie jednotný systém cezhraničného doručovania s tretími krajinami.

Νότης Μαρίας (ECR), γραπτώς. – Απείχα κατά την ψηφοφορία για τη σύσταση σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου με την οποία εξουσιοδοτούνται η Δημοκρατία της Αυστρίας να υπογράψει και να επικυρώσει και η Μάλτα να προσχωρήσει στη Σύμβαση της Χάγης της 15ης Νοεμβρίου 1965 για την επίδοση στο εξωτερικό δικαστικών και εξωδικών πράξεων σε αστικές ή εμπορικές υποθέσεις, προς το συμφέρον της Ευρωπαϊκής Ένωσης, διότι δεν είναι πλήρης.

Dominique Martin (ENF), par écrit. – J'ai voté pour. Cette Convention simplifie la signification et la notification de documents judiciaires et extrajudiciaires en matière civile et commerciale dans d'autres États signataires. Elle est déjà appliquée par 26 des États membres et ne concerne que les relations avec des pays tiers à l'UE.

Dans les faits cette Convention tend à renforcer l'Union européenne, mais nous nous devons respecter la volonté souveraine manifestée par l'Autriche et Malte d'adhérer à cette Convention...

Fulvio Martusciello (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore del progetto di decisione del Consiglio che autorizza rispettivamente la Repubblica d'Austria a firmare e ratificare e Malta ad aderire, nell'interesse dell'Unione europea, alla convenzione dell'Aia, del 15 novembre 1965, relativa alla notificazione e alla comunicazione all'estero degli atti giudiziari ed extragiudiziali in materia civile o commerciale. Tale Convenzione ha come obiettivo quello di creare i mezzi idonei affinché gli atti giudiziari ed extragiudiziari, che devono essere notificati o comunicati all'estero, siano conosciuti dai loro destinatari in tempo utile e così migliorare l'assistenza reciproca giudiziaria, semplificando e accelerando la procedura. È quindi interesse sia dell'Unione europea sia dei due Stati in questione avere un regime uniforme per notificare atti nelle relazioni transfrontaliere con i paesi terzi.

Gabriel Mato (PPE), por escrito. – El Convenio de la Haya ha demostrado una gran utilidad en el ámbito de la notificación y el traslado de documentos transfronterizos, y, habida cuenta del interés tanto de la Unión en su conjunto como de Austria y Malta por contar con un único régimen para la notificación y el traslado de documentos en las relaciones transfronterizas con terceros países, es positivo que ambos países se sumen a este Convenio.

Mi apoyo, por tanto, a la propuesta para autorizar a Austria a ratificar el Convenio de La Haya y a Malta a adherirse a él, en interés de la Unión Europea.

Valentinas Mazuronis (ALDE), raštu. – Pritariau pasiūlymui dėl sprendimo, kuriuo Austrijai ir Maltai būtų leista prisijungti prie Hagos konvencijos dėl teisminių ir neteisminių dokumentų civilinėse arba komercinėse bylose įteikimo užsienyje. Visos ES valstybės narės, išskyrus Austriją ir Malta, yra pasirašiusios šią konvenciją.

Šios konvencijos nauda tarpvalstybinio dokumentų įteikimo srityje neabejotina, be to palaikant tarpvalstybinius santykius su trečiosiomis šalimis, ES šalys yra suinteresuotos taikyti vieną dokumentų įteikimo tvarką.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), par écrit. – Le parlement européen est ici consulté sur la volonté d'accession de Malte et de l'Autriche à la convention de la Haye sur la notification à tout autre pays lié des actes judiciaires et extrajudiciaires en matière civile et commerciale (convocations et décisions de justice, ordonnances, jugements et arrêts etc.). Plus de 50 États sont liés à cet acte de droit international privé. Sachant qu'il s'agit de la volonté souveraine de deux pays d'y participer, je soutiens la décision du Conseil.

Joëlle Mélin (ENF), par écrit. – La Convention en question entend faciliter les rapports judiciaires mondialisés en les simplifiant. Bien que cela passe par une autorisation de l'UE, je crois qu'il est indispensable de respecter la volonté souveraine de l'Autriche et de Malte d'adhérer à la Convention, telle que formulée par ces deux nations.

En conséquence je me suis prononcée pour.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a recomendação relativa à autorização para que a Áustria e Malta adiram à Convenção da Haia, de 15 de novembro de 1965.

Dos 28 Estados-Membros, 26 Estados-Membros aplicam a Convenção relativa à Citação e à Notificação no Estrangeiro dos Atos Judiciais e Extrajudiciais em Matérias Civil e Comercial, um instrumento fundamental para a cooperação judicial.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted for this resolution as it is in Malta's and the Union's best interest to have a uniform system for the service of documents in cross-border relations with third countries.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the Report on authorisation for Austria to sign and ratify, and Malta to accede to, the Hague Convention of 15 November 1965 since this Convention has proven its usefulness in the field of the cross-border service of documents. Twenty-six Member States already apply the Convention. Austria and Malta, as the two remaining Member States, have indicated their wish to join. It is in the interest both of the Union as a whole and of the two Member States in question to have a single regime for the service of documents in cross-border relations with third countries.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az 1965. november 15-i Hágai Egyezmény révén a bírósági és bíróságon kívüli iratok valamely másik részes államban is kézbesíthetők. Az egyezményhez csak államok csatlakozhatnak, nemzetközi szervezetek, így az Európai Unió nem. Ausztria és Málta a két utolsó uniós tagállam, amelyek az egyezményt nem alkalmazzák, most azonban mindkettő jelezte csatlakozási szándékát, amit azonban az Európai Unió működéséről szóló szerződés értelmében csak az Unió hozzájárulásával tehetnek meg.

A Tanács határozattervezetet nyújtott be a két tagállam csatlakozási szándékának jóváhagyására, ezzel azonban a Parlamentnek is egyet kell értenie. A Jogi Bizottság jelentésében azt javasolja, hogy a Parlament értsen egyet a tanácsi határozattervezettel. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La Convention de la Haye simplifie la signification et la notification de documents judiciaires et extrajudiciaires en matière civile et commerciale dans d'autres États signataires. Actuellement, 26 des États membres l'appliquent et la plupart des autres grandes puissances mondiales aussi (États-Unis, Chine, Russie, Suisse, ...).

La Convention n'autorise pas l'adhésion d'organisations internationales telle que l'Union Européenne. Mais selon l'article 3 du traité sur le fonctionnement de l'Union Européenne, celle-ci a acquis la compétence pour donner un accord à la conclusion d'un traité susceptible d'affecter les règles communes. Malte et l'Autriche doivent donc obtenir l'autorisation de l'UE pour adhérer à la Convention.

Cette dernière étant un outil efficace pour fluidifier les rapports judiciaires, et parce que les demandes d'adhésion de Malte et de l'Autriche sont du ressort de leurs volontés souveraines, nous soutenons ces demandes d'autorisation.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La Convention est un instrument efficace, qui fluidifie les rapports judiciaires mondialisés. En théorie, cette autorisation à adhérer revient à renforcer l'Union européenne. Mais en l'espèce, nous devons respecter la volonté souveraine d'adhérer manifestée par l'Autriche et Malte. C'est pourquoi j'ai voté pour.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport USPASKICH. La convention de La Haye du 15 novembre 1965 met en place un système qui permet la signification et la notification de documents judiciaires et extrajudiciaires en matière civile et commerciale dans d'autres États signataires. Il importe de préciser qu'elle s'applique uniquement aux documents destinés à des pays tiers à l'Union européenne ou qui émanent de ces pays. Vingt-six des vingt-huit États membres appliquent déjà la convention. Les deux États membres qui ne l'appliquent pas encore, à savoir l'Autriche et Malte, ont exprimé leur souhait d'y adhérer.

Puisque la convention de La Haye du 15 novembre 1965 a fait la preuve de son utilité quant à la signification et à la notification transfrontalières de documents et puisque tant l'Union européenne dans son ensemble que les deux États membres en question ont intérêt à disposer d'un régime uniforme en la matière dans leurs relations avec les pays tiers, il est proposé que le Parlement donne son approbation à la décision autorisant l'adhésion de l'Autriche et de Malte à ladite convention.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – La Convenzione dell'Aia del 15 novembre 1965 istituisce un sistema in base al quale gli atti possono essere notificati e comunicati in un altro Stato firmatario. La Convenzione è già applicata in 26 dei 28 Stati membri. I due Stati membri restanti, Austria e Malta, hanno espresso la volontà di aderirvi. Pertanto, mi sono espressa a favore del provvedimento.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Convention on the Service Abroad of Judicial and Extrajudicial Documents in Civil or Commercial Matters, also known as The Hague Convention of 15 November 1965 allows for 'service of process' of legal documents from one member state to another without use of consular diplomatic channels. I voted for this recommendation that will apply this Convention in Austria and Malta, after they indicated their wish to join the other 26 Member States that already apply it.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Beitritt Österreichs und Maltas zum Haager Übereinkommen soll die grenzüberschreitende Zustellung von Schriftstücken in und aus Drittländern regeln. Ich hätte diesem Bericht zugestimmt, da er dazu beiträgt, dass österreichische Interessen besser berücksichtigt werden.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport est une autorisation du Parlement européen pour l'accession de Malte et de l'Autriche à la convention de la Haye relative à la signification et la notification à l'étranger des actes judiciaires et extrajudiciaires en matière civile et commerciale. Considérant que la totalité des pays de l'UE, à l'exception de l'Autriche et de Malte étaient déjà partie à la Convention, j'ai voté en faveur de ce rapport, afin d'avoir une application plus harmonieuse de cette Convention à tous les pays de l'Union.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Ühtne kord dokumentide kättetoimetamiseks piiriülestes suhetes kolmandate riikidega on liidu kui terviku ja kahe kõnealuse liikmesriigi huvides.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report today because it opposes in principle any requirement that a Member State of the EU must obtain authorisation from the EU before signing certain international treaties.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – È noto che la Convenzione dell'Aia del 15 novembre 1965 prevede la notificazione e la comunicazione all'estero degli atti giudiziari ed extragiudiziali in materia civile o commerciale. Attualmente, dei 28 Stati membri, 26 ne sono già parte. Austria e Malta, gli ultimi due paesi restanti, hanno espresso la volontà di aderirvi. Considerando che la Convenzione non ammette la possibilità di adesione per le organizzazioni internazionali, l'UE, titolare della competenza esterna esclusiva in merito, deve autorizzare i suddetti Stati ad agire per suo conto. Ritenendo importante che tutti gli Stati membri siano parte della suddetta Convenzione, affermo di votare positivamente.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. – Podprl sem dovoljenje Avstriji za podpis in ratifikacijo Haaške konvencije z dne 15. novembra 1965 ter Malti pristop k njej, ki bo omogočil državam ratifikacijo konvencije.

S Haaško konvencijo je bil leta 1965 vzpostavljen sistem, ki je omogočil vročanje listin med državami. Čezmejno vročanje listin v tretjih državah ali iz njih je v EZ urejeno z Uredbo št. 1393/2007, ki prenaša veljavnost Haaške konvencije na EZ. Konvencijo do sedaj uporablja že 26 izmed 28 držav članic in v interesu EZ je, da obstaja enotni režim vročanja listin v čezmejnih odnosih s tretjimi državami.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Pozdravljam odloku da Avstrija i Malta pristupe Haškoj konvenciji o dostavi u inozemstvo sudskih i izvansudskih dokumenata u građanskim ili trgovačkim stvarima. Avstrija i Malta jedine su dvije države članice Europske Unije koje još nisu pristupile spomenutoj konvenciji, a njihovo pristupanje omogućit će državama članicama da djeluju u ime Unije, budući da EU kao međunarodna organizacija ne može pristupiti konvenciji. Zbog toga pozivam Parlament da podrži pristupanje Austrije i Malte spomenutoj Haškoj konvenciji te izražavam nadu da će ovo pristupanje biti još jedan u nizu koraka koji države članice poduzimaju kako bi ojačale poziciju Unije u svom nastupu prema trećim zemljama.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Les États souverains concernés, l'Autriche et Malte, ont manifesté leur volonté de signer et ratifier la convention de la Haye du 15 novembre 1965. Il est normal de respecter cette volonté. Je vote donc en faveur de cette décision.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Konvencija o dostavi u inozemstvo sudskih i izvansudskih dokumenata u građanskim ili trgovačkim stvarima je multilateralni sporazum potpisan u Haagu 15. studenoga 1965. Konvencija pruža kanale prijenosa sudskih ili izvansudskih dokumenata koje šalje jedna država članica Konvencije drugoj državi članici potonje.

Drugim riječima, Konvencija pruža jedan formalni kanal za prijenos, preko središnjeg tijela zamoljene države te nekoliko alternativnih kanala prijenosa. Haška konferencija trenutno ima 80 članova: 79 država članica i 1 regionalnu organizaciju ekonomske zajednice. Ukupno 26 država članica EU-a primjenjuje Konvenciju. S obzirom na to da je Haška konvencija dokazala svoju korisnost u području prekogranične dostave dokumenata, što dokazuje i broj pristupnica Konvenciji, u interesu je Unije u cjelini da sve države članice prihvate jedan režim za službu dokumenata u prekograničnim odnosima s trećim zemljama.

Stoga, podržavam pristupanje i posljednje dvije države članice, Austrije i Malte, Haškoj konvenciji o dostavi u inozemstvo sudskih i izvansudskih dokumenata u građanskim ili trgovačkim stvarima.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta convenção tem como objeto a citação e a notificação no estrangeiro de atos judiciais e extrajudiciais em matéria civil e comercial. Define ainda os meios a utilizar sempre que um ato judicial deva ser transmitido de um Estado contratante para outro para aí ser objeto de citação ou notificação. Permite melhorar a transmissão de atos judiciais e extrajudiciais, facilitar a cooperação judiciária em processos judiciais transnacionais e criar um sistema eficiente e fiável para citação e notificação de atos judiciais e extrajudiciais.

A UE não pode ser parte da convenção, porque esta não estabelece nada sobre organizações económicas regionais, só os Estados individualmente. Os Estados-Membros não podem concluir a convenção sem para tal serem autorizados pela UE, de acordo com o TFUE. Uma realidade que rejeitamos e que é apenas mais uma expressão da perda de soberania dos Estados por via do aprofundamento do processo de integração capitalista que é a UE.

Trata-se da formalização do procedimento da adesão à Convenção de Haia dos dois únicos Estados-Membros que não a integravam.

Não obstante as reservas quanto ao procedimento de autorização prévia da UE, votámos favoravelmente.

Andrej Plenковиć (PPE), *napisan*. – Haška konvencija iz 1965. godine osigurava kanale prijenosa koji se koriste kada sudski ili izvansudski dokumenti moraju biti preneseni od jedne ugovorne strane do druge. Međutim, važno je napomenuti kako se Konvencija odnosi samo na međugranične dostave dokumenata u ili iz trećih zemalja, a od 28 država članica, njih 26 već primjenjuje Konvenciju. Austrija i Malta, kao dvije preostale države članice, izrazile su želju da se pridruže Konvenciji, a EU mora autorizirati državu članicu o kojoj se radi kako bi ona mogla djelovati na svoju ruku i pristupiti Konvenciji. Malta je već položila svoj instrument pristupanja, ali je donijela deklaraciju prema kojoj njezino pristupanje neće biti na snazi sve dok ova odluka ne bude prihvaćena. Austrija isto tako čeka ovu odluku kako bi mogla provesti formalnosti pristupanja spomenutoj Konvenciji. Haška konvencija dokazala je svoju korisnost u području prekogranične dostave dokumenata i u interesu je EU-u u cjelini kao i dvjema državama članicama u pitanju da imaju jedan režim za dostavu dokumenata kad su u pitanju prekogranični odnosi s trećim državama i stoga bi se Austriji i Malti trebalo dozvoliti da nesmetano pristupe Haškoj konvenciji iz 1965.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La Convenzione dell'Aia, del 15 novembre 1965, istituisce un sistema in base al quale gli atti possono essere notificati e comunicati in un altro Stato firmatario. La Convenzione si applica solo agli atti destinati a paesi terzi o provenienti da essi. È nell'interesse sia dell'Unione nel suo insieme che degli Stati membri disporre di un regime uniforme per la notificazione degli atti nelle relazioni transfrontaliere con i paesi terzi. Per questo motivo apprezzo che l'Austria e Malta abbiano espresso la volontà di aderire alla Convenzione dell'Aia. Si tratta degli ultimi due Stati membri dell'UE che non avevano ancora aderito. Pertanto, ho votato in favore della loro adesione alla Convenzione.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. – Beim Haager Übereinkommen vom 15. November 1965 handelt es sich um ein System, nach dem Dokumente in einem anderen Unterzeichnerstaat zugestellt werden können. Es gilt ausschließlich für die grenzüberschreitende Zustellung von Dokumenten in oder aus Drittländern. In 26 der 28 Mitgliedstaaten wird das Übereinkommen bereits angewandt. Die EU hat nach der Annahme der EU-Rechtsvorschriften zur grenzüberschreitenden Zustellung von Dokumenten im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 AEUV die ausschließliche Außenkompetenz in diesem Bereich erlangt. Das bedeutet, dass die Union den fraglichen Mitgliedstaaten genehmigen muss, in ihrem Namen zu handeln, um dem Übereinkommen beizutreten. Ich halte diese Genehmigungspflicht durch die EU für übergriffig und bin der Meinung, dass die EU über den Beitritt nicht zu entscheiden hat. Einzig Österreich und Malta sollten darüber zu entscheiden haben. Ich enthalte mich deshalb meiner Stimme.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A Convenção da Haia, de 15 de novembro de 1965, relativa à citação e notificação no estrangeiro de atos judiciais e extrajudiciais em matéria civil e comercial, visa melhorar a transmissão de atos judiciais e extrajudiciais com destino a, ou proveniente de, países terceiros. Aplica-se, neste momento, a 26 Estados-Membros, tendo os restantes dois - a Áustria e Malta - manifestado interesse em aderir à referida Convenção.

Ora, sendo certo que, em conformidade com o disposto no artigo 3.º, n.º 2, do TFUE, a União dispõe de competência externa exclusiva nesta matéria, os referidos Estados-Membros necessitam de uma autorização para poderem aderir à Convenção.

Por outro lado e dado que a União não pode tornar-se parte contratante na Convenção, é necessário que a União exerça as suas competências através dos Estados-Membros, sendo do seu interesse, por conseguinte, autorizar a respetiva adesão.

Nestes termos e considerando que é do interesse tanto da União no seu conjunto como dos dois Estados-Membros em causa dispor de um único regime para a citação ou notificação de documentos na relações transfronteiriças com os países terceiros, votei favoravelmente o presente projeto de decisão, que autoriza a adesão da Áustria e de Malta a essa Convenção.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A Convenção da Haia, de 15 de novembro de 1965, estabelece um sistema pelo qual os documentos podem ser entregues noutro Estado signatário. Esta Convenção apenas se aplica à notificação transfronteiras de documentos com destino a ou proveniente de países terceiros. Dos 28 Estados-Membros, 26 já aplicam esta Convenção. A Áustria e Malta, os dois Estados-Membros que ainda não a aplicam, manifestaram a sua vontade em aderir.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta recomendación por la que el Parlamento concede su aprobación a la adhesión de Austria y Malta al Convenio de La Haya relativo a la notificación o traslado en el extranjero de documentos judiciales y extrajudiciales en materia civil o comercial.

El Convenio de La Haya de 15 de noviembre de 1965 establece un sistema por el cual los documentos pueden notificarse o trasladarse en otro Estado signatario. De los veintiocho Estados miembros, veintiséis ya aplican el Convenio. En la medida en que la UE había adquirido la competencia exclusiva sobre la notificación y el traslado de documentos transfronterizos, se hace necesario que la Unión dé su autorización a estos dos Estados miembros para su adhesión al Convenio.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – La Convention de La Haye du 15 novembre 1965 met en place un système qui permet la signification et la notification de documents judiciaires et extrajudiciaires en matière civile et commerciale dans d'autres États signataires. Cette convention s'applique uniquement aux documents destinés à des pays tiers à l'Union européenne ou qui émanent de ces pays.

Vingt-six des vingt-huit États membres appliquent déjà la convention. Les deux États membres qui ne l'appliquent pas encore, à savoir l'Autriche et Malte, ont exprimé leur souhait d'y adhérer.

Puisque la Convention de La Haye du 15 novembre 1965 a fait la preuve de son utilité quant à la signification et à la notification transfrontalières de documents et puisque tant l'Union européenne dans son ensemble que les deux États membres en question ont intérêt à disposer d'un régime uniforme en la matière dans leurs relations avec les pays tiers, j'ai voté ce midi pour que le Parlement donne son approbation à la décision autorisant l'adhésion de l'Autriche et de Malte à ladite convention.

Bronis Ropė (Verts/ALE), raštu. – Pritariau šiai rekomendacijai, nes nematau priežasties, kodėl turėtume trukdyti Austrijos Respublikai pasirašyti ir ratifikuoti 1965 m. lapkričio 15 d. Hagos konvenciją dėl teisminių ir neteisminių dokumentų civilinėse arba komercinėse bylose įteikimo užsienyje, o Maltai prie minėtos konvencijos prisijungti. Atkreiptinas dėmesys, kad ši konvencija jau taikoma 26-iose valstybėse narėse, o prisijungus Austrijai ir Maltai jos taikymo aprėptis išsiplės iki visų ES narių.

Fernando Ruas (PPE), por escrito. – A Convenção da Haia, de 15 de novembro de 1965, vem regular a forma de proceder à citação e notificação no estrangeiro de atos judiciais e extrajudiciais, em matéria civil e comercial. Dos 28 Estados-Membros da União Europeia apenas dois ainda não aplicavam esta Convenção: Áustria e Malta.

Dado que esta Convenção não permite a adesão de organizações internacionais, a UE deve autorizar os Estados-Membros em questão a agirem em seu nome, a fim de aderirem à mesma.

Uma vez que esta Convenção se tem revelado útil no domínio da notificação transfronteiriça de atos judiciais e extrajudiciais, é do interesse tanto da União no seu conjunto como dos dois Estados-Membros em causa a aplicação desta Convenção, pelo que votei favoravelmente esta resolução legislativa.

Tokia Saïfi (PPE), par écrit. – Ce rapport porte sur la convention de La Haye du 15 novembre 1965 qui met en place un système permettant la signification et la notification de documents judiciaires et extrajudiciaires en matière civile et commerciale dans d'autres États signataires. Il s'agit des documents destinés à des pays tiers ou qui en proviennent.

À l'heure actuelle, 26 États membres appliquent cette convention. L'Autriche et Malte ont fait part de leur volonté d'y adhérer.

Afin de suivre la procédure d'approbation du Parlement européen pour l'adhésion de l'Autriche et de Malte à la convention de la Haye et étant donné l'utilité de ce régime uniforme en matière de transmission des documents, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor de este informe, que es una recomendación para la adhesión al Convenio de La Haya relativo a la notificación o traslado en el extranjero de documentos judiciales y extrajudiciales en materia civil o mercantil. Todos los Estados miembros, además de Malta y Austria, ya han firmado este Convenio, que es de carácter procedimental.

Sven Schulze (PPE), schriftlich. – Ich habe für den Vorschlag gestimmt, denn das Haager Übereinkommen ist für die Justiz zur grenzübergreifenden Bearbeitung von Justizsachen von größter Bedeutung und führt zu mehr Effizienz im europäischen Justizwesen.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor de la recomendación favorable a que Austria firme y ratifique el Convenio de la Haya y Malta se adhiera a él, dado que estos dos Estados miembros aún no forman parte de este Convenio relativo a la notificación o traslado en el extranjero de documentos judiciales y extrajudiciales en materia civil o comercial. Al tratarse de un convenio que facilita aspectos procedimentales y que ya han ratificado todos los Estados miembros salvo estos dos, no he tenido inconveniente en dar mi voto favorable a que Malta y Austria lo suscriban.

Siôn Simon (S&D), in writing. – The Hague Convention of 15 November 1965 established a system where both judicial and extra-judicial documents can be served in another signatory state, which widens the scope of access to justice for EU citizens. Of the 28 Member States only Austria and Malta have yet to accede to the convention. So this vote represents my support and welcoming of the fact that these two countries will cooperate in this convention with the other 26.

Branislav Škripek (ECR), písomne – Hlasoval som za to, aby Európsky parlament udelil súhlas s návrhom rozhodnutia Rady, ktorým sa Rakúska republika poveruje v záujme Európskej únie podpísať a ratifikovať Haagský dohovor z 15. novembra 1965 o doručovaní súdnych a mimosúdnych písomností v cudzine v občianskych a obchodných veciach a ktorým sa Maltská republika poveruje v záujme Európskej únie pristúpiť k tomuto dohovoru.

Davor Škrlec (Verts/ALE), napisan. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), písomne. – Haagsky dohovor z roku 1965 omogućuje cezhraničné doručovanie písomností v jednotlivých signatárskych štátoch. Týka sa doručovania súdnych a mimosúdnych písomností v občianskych a obchodných veciach do tretích krajín mimo EÚ, keďže vo vnútri EÚ platí v tejto veci konkrétne nariadenie. V súčasnosti uplatňuje už Haagsky dohovor až 26 členských krajín, pričom zostávajú Rakúsko a Malta, ktoré teraz vyjadrili želanie k dohovoru pristúpiť. Keďže dohovor neumožňuje pristúpenie medzinárodných organizácií, EÚ prijala špecifické právne predpisy, ktorými na ňu členské štáty preniesli výlučnú právomoc v otázkach cezhraničného doručovania písomností. Pozíciu Európskeho parlamentu som podporila, pretože tým Rakúska republika bude môcť podpísať a ratifikovať Haagsky dohovor a Maltská republika bude môcť k dohovoru pristúpiť. Obe krajiny sa tak budú zúčastňovať na výmene písomností s tretími krajinami v rámci súčasného európskeho rámca.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pisno. – S Haasko konvencijom z dne 15. novembra 1965 je bil vzpostavljten sistem, po katerem je mogoče sodne in zunajsodne listine v civilnih ali gospodarskih zadevah vročati tudi v drugi državi pogodbenici konvencije. Konvencija se uporablja za vročanje listin v tretjih državah ali iz njih, uporablja pa jo že 26 držav članic EU.

Haaska konvencija se je na področju čezmejnega vročanja listin izkazala za zelo koristno. Avstrija in Malta, ki do zdaj nista bili podpisnici konvencije, pa sta izrazili željo k pristopu. Vendar pa konvencija ne dopušča pristopa mednarodnih organizacij, zaradi česar mora EU države članice, ki želijo pristopiti h konvenciji, posebej pooblastiti, da delujejo v njenem imenu.

Obstoj enotnega režima za vročanja listin v čezmejnih odnosih s tretjimi državami je v interesu tako EU kot tudi Avstrije in Malte, ki se želita konvenciji priključiti.

Zaradi opisanega sem na plenarnem zasedanju glasoval za sprejetje priporočila in ga s tem tudi podprl.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Haška konvencija od 15. studenoga 1965. godine uspostavlja sustav u kojem dokumenti mogu biti dostupni u drugoj državi potpisnici konvencije. Konvencija se odnosi na prekograničnu uslugu dostave dokumenata unutar Europske unije, Uredba (EZ) br 1393/2007 Europskog parlamenta i Vijeća od 13. studenog 2007. o dostavi u državama članicama sudskih i izvansudskih dokumenata u građanskim ili trgovačkim predmetima. Od 28 država članica, 26 već primjenjuje konvencije. Austrija i Malta, kao dvije preostale države članice, pokazale su želju da se pridruže. Uzimajući u obzir preporuku Odbora za pravna pitanja (A8-0018/2016) podržao sam suglasnost za Nacrt odluke Vijeća kojom se Republika Austrija ovlašćuje za potpisivanje i ratifikaciju Haške konvencije od 15. studenoga 1965. o dostavi u inozemstvo sudskih i izvansudskih dokumenata u građanskim ili trgovačkim stvarima, a Republika Malta za pristupanje toj Konvenciji u interesu Europske unije.

Dubravka Šuica (PPE), napisan. – Haškom konvencijom donesenom 15. studenog 1965. godine ustanovljen je sustav kojim se državama članicama Europske unije omogućuje dostava sudskih i izvansudskih dokumenata u građanskim ili trgovačkim predmetima u inozemstvo. Potrebno je napomenuti da se Konvencija odnosi samo na prekograničnu dostavu sudskih i izvansudskih dokumenata u ili iz trećih država.

Danas se tim sustavom koristi 26 od 28 zemalja članica. Republika Austrija i Republika Malta dvije su članice koje još nisu pristupile Konvenciji te su izrazile želju da joj se priključe. Predložen je nacrt odluke Vijeća kojom se Republici Malti omogućuje pristup Konvenciji, a Republiku Austriju ovlašćuje za potpisivanje i ratifikaciju Konvencije.

Važnost i korisnost ove Konvencije već se dokazala te je u interesu Austrije i Malte, ali i Unije kao cjeline, da budu dio jedinstvenog sustava za dostavu sudskih i izvansudskih dokumenata u građanskim ili trgovačkim predmetima u inozemstvo. Stoga, podržavam odluku da se Republici Austriji i Republici Malti dopusti pristup, potpisivanje i ratifikacija Konvencije.

Patricija Šulin (PPE), pisno. – Glasovala sem za priporočilo o osnutku sklepa Sveta, s katerim se Republiki Avstriji v interesu Evropske unije dovolita podpis in ratifikacija Haaške konvencije z dne 15. novembra 1965 o vročitvi sodnih in zunajsodnih listin v civilnih ali gospodarskih zadevah v tujini ter Republiki Malti pristop k njej.

Avstrija in Malta sta edini državi od osemindvajseterice, ki še ne uporabljata Haaške konvencije. Ker sta obe izrazili željo po pristopu, Malta je listino že deponirala, Avstrija jo še bo, in ker je to v interesu Unije in držav članic, sem podprla priporočilo.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Με τη Σύμβαση της Χάγης της 15ης Νοεμβρίου 1965 θεσπίστηκε ένα σύστημα, σύμφωνα με το οποίο τα δικαστικά έγγραφα μπορούν να επιδίδονται σε άλλο συμβαλλόμενο κράτος. Από τα 28 κράτη μέλη της Ένωσης, μονάχα η Αυστρία και η Μάλτα δεν είναι συμβαλλόμενα μέρη της Σύμβασης, αλλά έχουν εκδηλώσει το ενδιαφέρον τους για προσχώρηση.

Η Ένωση πρέπει να εξουσιοδοτήσει τα εν λόγω δύο κράτη να ενεργήσουν εξ ονόματός της για να προσχωρήσουν στη Σύμβαση. Καθώς αποτελεί επιθυμία των κυρίαρχων κρατών να προσχωρήσουν στη Σύμβαση, υπερψηφίσαμε την έκθεση, η οποία, καλούσε το Κοινοβούλιο να εγκρίνει την πρόταση απόφασης που επιτρέπει στην Αυστρία και τη Μάλτα να προσχωρήσουν στη Σύμβαση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η επικύρωση και υπογραφή από την Αυστρία και προσχώρηση στη Σύμβαση της Χάγης της 15ης Νοεμβρίου 1965 είναι κάτι που μας βρίσκει απολύτως σύμφωνους. Είναι λυπηρό ότι ανεξάρτητα κράτη ζητούν έγκριση από την Ένωση για να προσχωρούν σε συμβάσεις.

József Szájer (PPE), írásban. – Az 1965. november 15-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hozott létre, amelynek révén polgári és gazdasági ügyekben a hivatalos iratok valamely másik részes államban is kézbesíthetők. Megjegyzendő, hogy az egyezmény csak a harmadik országokból származó vagy oda küldött hivatalos iratok határon átnyúló kézbesítésére alkalmazandó: az Európai Unión belüli határokon átnyúló kézbesítésre a polgári és kereskedelmi ügyekben a bírósági és bíróságon kívüli iratok kézbesítéséről szóló, 2007. november 13-i 1393/2007/EK európai parlamenti és tanácsi rendelet alkalmazandó.

A 28 tagállamból már 26 alkalmazza az egyezményt. A fennmaradó két tagállam, Ausztria és Málta is jelezte csatlakozási szándékát.

Az egyezmény nem teszi lehetővé nemzetközi szervezetek csatlakozását. Az iratok határon átnyúló kézbesítéséről szóló uniós jogszabály elfogadását követően ugyanakkor az Unió e kérdést illetően kizárólagos külső hatáskörre tett szert az EUMSZ 3. cikkének (2) bekezdése értelmében. Ezt a megközelítést a Bíróság 1/13. számú véleményében megerősítette.

Ennek alapján az Uniónak engedélyeznie kell a szóban forgó tagállamok számára, hogy az egyezményhez való csatlakozás céljából a nevében eljárjanak.

Mind az Unió egészének, mind pedig a két szóban forgó tagállamnak érdeke, hogy a harmadik országokkal való határokon átnyúló kapcsolatokban az iratok egységes kézbesítésére egységes rendszerrel rendelkezzenek.

Claudia Tapardel (S&D), în scris. – Convenția de la Haga a reprezentant un moment de cotitură în procedura de notificare transfrontalieră a documentelor judiciare, extrajudiciare și comerciale în sau din state terțe. Ea a permis aplicarea deciziilor instituțiilor statelor semnatare pe teritoriul altor state semnatare, contribuind la întărirea legalității internaționale. În prezent, 26 dintre statele membre ale UE sunt semnatare ale acestei importante convenții, ceea ce îi conferă și o dimensiune europeană. Austria și Malta, singurele state membre care nu au semnat convenția, sunt în procesul de a deveni membre semnatare. În acest sens, este nevoie de acordul Parlamentului European, reprezentant al voinței cetățenilor Uniunii, pentru a permite aderarea celor două state la convenție. Acest pas ar completa procesul de ratificare a convenției la nivelul întregii Uniuni. De aceea, se impune adoptarea recomandării de față.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Puisque la convention de La Haye du 15 novembre 1965 a fait la preuve de son utilité quant à la signification et à la notification transfrontalières de documents et puisque tant l'Union européenne dans son ensemble que les deux États membres en question ont intérêt à disposer d'un régime uniforme en la matière dans leurs relations avec les pays tiers, il avait été proposé que le Parlement donne son approbation à la décision autorisant l'adhésion de l'Autriche et de Malte à ladite convention.

C'est à présent chose faite.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of Austria signing and ratifying, and Malta of acceding to the Convention ensuring that judicial and extrajudicial documents are served abroad, and that the organisation of mutual judicial assistance is improved. I believe that a single regime for the service of documents in cross-border relations with third countries is in the interest both of the EU as a whole and of Austria and Malta, as it will allow a quicker, less bureaucratic and more effective access to justice.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – S obzirom na to da se Haška konvencija pokazala korisnom i učinkovitom u području prekogranične dostave dokumenata te da je postojanje jedinstvenog režima dostave dokumenata u prekograničnim odnosima s trećim zemljama u interesu Europske unije u cjelini, kao i dviju predmetnih država članica, ne iznenađuje nastojanje da parlament da svoj pristanak na prijedlog odluke da se Austriji i Malti dopusti pristupanje toj Konvenciji.

Od 28 zemalja članica Europske unije, 26 ih već primjenjuje Hašku konvenciju. Austrija i Malta, kao dvije preostale zemlje članice, iskazale su želju da se pridruže spomenutoj Konvenciji. Te dvije zemlje imaju apsolutno pravo pristupu i ratifikaciji Konvencije, ali bez pravne nadležnosti i bez potrebe odobrenja tih zahtjeva od strane Europske unije.

U skladu s time, a kao što sam i do sada uvijek isticala, prvenstveno se zalažem za načelo suverenog integriteta i istinske supsidijarnosti država članica te priželjkujem da se ta načela primjene i po pitanju pristupa Austrije i Malte Haškoj konvenciji. Zato sam glasovala suzdržano.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Priporočilo o osnutku sklepa Sveta, s katerim se Republiki Avstriji v interesu Evropske unije dovolita podpis in ratifikacija Haaške konvencije z dne 15. novembra 1965 o vročitvi sodnih in zunajsodnih listin v civilnih ali gospodarskih zadevah v tujini ter Republiki Malti pristop k njej sem podprla, saj že Haška konvencija omogoča, da se listine lahko vročajo drugi državi pogodbenici.

Konvencijo že uporablja 26 izmed 28 držav članic, Avstrija in Malta pa sta izrazili željo, da bi k njej pristopili.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Cette Convention simplifie la signification et la notification de documents judiciaires et extrajudiciaires en matière civile et commerciale dans d'autres États signataires.

Elle ne s'applique qu'aux relations avec des pays tiers à l'UE. Vingt-six États membres l'appliquent déjà. Globalement, la Convention a été largement adoptée (EU, Chine, Russie, Suisse,...).

Cette Convention reste un instrument efficace, qui fluidifie les rapports judiciaires mondialisés. En théorie, cette autorisation à adhérer revient à renforcer l'Union européenne. Mais en l'espèce, nous devons respecter la volonté souveraine d'adhérer manifestée par l'Autriche et Malte.

J'ai donc voté pour.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az 1965. november 15-i Hágai Egyezmény olyan rendszert hozott létre, amelynek révén az iratok valamely másik részes államban is kézbesíthetők. A 28 tagállamból már 26 alkalmazza az egyezményt. A fennmaradó két tagállam, Ausztria és Málta is jelezte csatlakozási szándékát. Mivel az egyezmény az iratok határokon átnyúló kézbesítése területén bizonyítottan hasznosságát, továbbá mind az Unió egészének, mind pedig a két szóban forgó tagállamnak érdeke, hogy a harmadik országgal való határokon átnyúló kapcsolataikban az iratok egységes kézbesítésére egységes rendszerrel rendelkezzen, ezért szavazatommal támogattam a dokumentumot.

Traian Ungureanu (PPE), *în scris*. – Convenția de la Haga din 15 noiembrie 1965 privind notificarea și comunicarea în străinătate a actelor judiciare și extrajudiciare în materie civilă sau comercială facilitează cooperarea judiciară privind litigiile transfrontaliere în materie civilă și comercială prin simplificarea metodelor de transmitere a actelor judiciare și extrajudiciare între statele contractante.

Din cele 28 de state membre ale Uniunii, doar două, respectiv Austria și Malta, nu au aderat încă la convenție. În calitate de entitate juridică, Uniunea nu poate adera la convenție, prin urmare trebuie să își exercite competențele prin intermediul statelor sale membre. De aceea este necesară o autorizare a aderării statelor membre.

Prin urmare, a fost elaborată propunerea de decizie a Consiliului care are drept obiectiv principal autorizarea aderării celor două state la Convenția de la Haga.

Având în vedere importanța și utilitatea acestui instrument juridic și constatând că toate condițiile legale au fost îndeplinite, Parlamentul European, prin intermediul rezolutei legislative, își dă acordul cu privire la aderarea acestor state și aprobă proiectul de decizie a Consiliului referitoare la această procedură juridică.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe puramente técnico que permite que Austria y Malta apliquen el Convenio de 15 de noviembre de 1965 relativo a la notificación o traslado en el extranjero de documentos judiciales y extrajudiciales en materia civil o comercial.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Itin palaikau šią rekomendaciją, kadangi Hagos konvencija sukuria sistemą, pagal kurią supaprastina dokumentų apsikeitimą tarp Europos Sąjungos šalių. Supaprastina ir palengvina teisminių bendradarbiavimą tarpvalstybiniuose, civiliniuose ir komerciniuose ginčuose. Konvencija įrodė savo naudingumą.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the authorisation for Austria to sign and ratify, and Malta to accede to, the Hague Convention of 15 November 1965 on the Service Abroad of Judicial and Extrajudicial Documents in Civil or Commercial Matters, in the interest of the European Union.

The Hague Convention of 15 November 1965 establishes a system whereby documents in or from third countries can be served in another signatory state.

Twenty-six Member States already apply the convention, leaving Austria and Malta as the two remaining Member States who are still not part of the system. These two Member States have now filed a request to join and, given that the Hague Convention of 15 November 1965 has proven useful in the field of the cross-border service of documents, it is in the interest both of the Union and of the two Member States in question to have a single regime for the service of documents in cross-border relations with third countries.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de una decisión que incorporaría al Convenio a los dos países que, de los veintiocho Estados miembros, quedan por adherirse. De este modo, el conjunto de la UE pasaría a tener un régimen único relativo al servicio de traslado o notificación en el extranjero de documentos judiciales y extrajudiciales en materia civil o comercial. Mediante esta decisión, el Parlamento daría consentimiento a la propuesta de Decisión del Consejo, por lo que considero necesario votar a favor.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor deze resolutie omdat het zowel in het belang van de Europese Unie als in dat van Malta is om een uniform systeem voor de betekening van documenten in grensoverschrijdende betrekkingen met derde landen te hebben.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta convenção tem como objeto a citação e a notificação no estrangeiro de atos judiciais e extrajudiciais em matéria civil e comercial. Um ato judicial é aquele que é feito por um juiz ou pelas partes envolvidas num processo judicial. Um ato extrajudicial é aquele que tem origem fora da área judicial, por exemplo atos notariais.

Esta convenção define os meios a utilizar sempre que um ato judicial deva ser transmitido de um Estado contratante para outro para aí ser objeto de citação ou notificação. Os países definem a competência de uma autoridade para transmitir e proceder à citação e notificação, tomando essa autoridade as medidas necessárias à concretização dessa citação/notificação. Antes, isto era feito por via consular ou diplomática. Define meios alternativos de transmissão dos atos, por exemplo pela via postal.

Trata-se de um aspeto formal. Estes dois países são os únicos dois Estados-Membros que não fazem parte desta convenção.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Das Haager Übereinkommen würde die grenzüberschreitende Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen in und aus Drittstaaten regeln. Zwar werden hier österreichische und maltesische Standards eingehalten, doch ich glaube, dass das derzeitige nationale System in Österreich ausreichend wäre. Daher habe ich mich enthalten.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des Parlaments zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates zur Ermächtigung der Republik Österreich, das Haager Übereinkommen vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- und Handelssachen im Interesse der Europäischen Union zu unterzeichnen und zu ratifizieren, und zur Ermächtigung Maltas, ihm im Interesse der Europäischen Union beizutreten, habe ich nicht zugestimmt.

Ich habe meine Zustimmung nicht deshalb verweigert, weil ich gegen den Beitritt Österreichs oder Maltas zu diesem Übereinkommen bin, sondern weil ich denke, dass dies eine Angelegenheit der Mitgliedstaaten sein sollte und nicht der EU. Malta und Österreich sollten, wenn sie das wollen, beitreten können, ohne dass das EU-Parlament oder EU-Institutionen dies genehmigen.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat recomandarea Parlamentului European cu privire la aderarea Austriei și a Maltei la Convenția de la Haga, care instituie un sistem prin intermediul căruia documentele pot fi notificate într-un alt stat semnatar. Dintre cele 28 de state membre, 26 aplică deja convenția. Convenția de la Haga din 15 noiembrie 1965 și-a dovedit utilitatea în domeniul notificării transfrontaliere a documentelor și este atât în interesul Uniunii în întregul său, cât și al celor două state membre în cauză să dispună de un regim unic de notificare a documentelor în cadrul relațiilor transfrontaliere cu țările terțe.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem predlog sklepa za pristop Avstrije in Malte h konvenciji, saj je v interesu celotne Unije in omenjenih dveh držav članic, da obstaja enotni režim vročanja listin v čezmejnih odnosih s tretjimi državami.

8.2. Abkommen EU/San Marino über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (C8-0370/2015)

Written explanations of vote

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the EU exercising its legal personality to enter into international agreements in its own capacity. Treaties concerning tax evasion can be easily conducted on a bilateral or multilateral basis without the need for the involvement of the EU. Accordingly UKIP voted against the EU entering into the agreement for measures on taxation of savings income.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il tema della cooperazione fiscale e finanziaria è rilevante dal punto di vista del rispetto degli obblighi in ambito fiscale a livello internazionale. L'Unione europea e la Repubblica di San Marino hanno firmato un accordo per lo scambio automatico d'informazioni sui conti finanziari dei rispettivi residenti così da combattere la frode, l'elusione e l'evasione fiscale. Ciò dovrebbe portare a un miglioramento della situazione attuale. Tuttavia, l'accordo contiene ancora dei vuoti normativi facilmente aggirabili. Per questo motivo ho deciso di astenermi.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este acuerdo internacional con San Marino sobre intercambio automático de información fiscal porque se trata de un gran avance en la lucha contra la evasión y la elusión fiscales, particularmente aquella que se desarrolla en Estados terceros por parte personas físicas o jurídicas nacionales de un Estado miembro de la Unión.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – El texto del Acuerdo obliga a San Marino a aplicar estándares de información sobre cuentas financieras equivalentes a los del marco legislativo europeo, lo que permitirá reforzar los controles sobre el fraude y la evasión fiscal. Aunque insuficiente, se trata de un paso en la buena dirección, por lo que he votado a favor.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte visant à valider l'accord entre la Communauté européenne et la République de Saint-Marin prévoyant des mesures équivalentes à celles prévues dans la directive 2003/48/CE du Conseil en matière de fiscalité des revenus de l'épargne sous forme de paiements d'intérêts.

Cette décision permettra en effet de limiter la possibilité, pour les contribuables, de se soustraire à leurs obligations de déclaration aux autorités fiscales. Cet accord propose en outre l'échange d'informations sur les revenus de l'épargne, les soldes de comptes ainsi que les produits issus de la vente d'actifs financiers.

La transparence fiscale et la fin du secret bancaire tant à l'intérieur de l'UE qu'à ses portes est une priorité dans le but de préserver les rentrées fiscales des États.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφώς*. – Υπερψήφισα τη συγκεκριμένη έκδοση καθώς αποτελεί ένα σημαντικό βήμα στις προσπάθειες που γίνονται ενάντια στην φορολογική απάτη και τη φοροδιαφυγή, εξασφαλίζοντας την αυτόματη ανταλλαγή πληροφοριών των χρηματοοικονομικών συναλλαγών, στοχεύοντας στη διεθνή φορολογική συνεργασία και συμμόρφωση. Με την παρούσα έκδοση, η ΕΕ και η Δημοκρατία του Άγιου Μαρίνου θα ανταλλάσσουν αυτόματα πληροφορίες σχετικά με τις οικονομικές καταστάσεις των κατοίκων τους, αρχής γενομένης από το 2017, με στόχο την αντιμετώπιση καταστάσεων όπου ο φορολογούμενος προσπαθεί να κρύψει κεφάλαιο που αντιπροσωπεύει εισόδημα ή περιουσιακά στοιχεία για τα οποία οι φόροι δεν έχουν καταβληθεί.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a pour objet de valider l'accord signé le 8 décembre 2015 entre l'UE et la République de Saint-Marin sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers, visant à accroître la coopération fiscale et le respect des obligations fiscales au niveau international.

L'objectif est de lutter contre l'évasion fiscale ordinaire, c'est-à-dire la dissimulation de revenus ou d'actifs afin d'échapper à telle tranche d'imposition. En accord avec les normes de l'OCDE, l'accord prévoit que les informations échangées concernent non seulement les revenus d'épargne (intérêts et dividendes), mais aussi les soldes de comptes et les produits issus de la vente d'actifs financiers.

Conformément à nos précédents votes sur la fin du secret bancaire en Europe (Suisse, Liechtenstein, Andorre), j'ai voté pour.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interest of transparency I would like to confirm I voted against this report. I am against the European Union having any authority over the financial interests, especially taxation, which should be controlled only by elected national Parliaments.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už Europos bendrijos ir San Marino Respublikos susitarimą dėl automatinio keitimosi finansinių sąskaitų informacija. Europos Sąjunga ir San Marinas 2015 m. gruodžio 8 d. pasirašė susitarimą dėl automatinio keitimosi finansinių sąskaitų informacija, siekdami gerinti tarptautinį bendradarbiavimą ir atitiktį mokesčių srityje. Šis susitarimas yra svarbus žingsnis šiuo metu vykstančioje kovoje su mokestiniu sukčiavimu ir mokesčių slėpimu. Pagal jį nuo 2017 m. ES ir San Marinas automatiškai keisis informacija apie savo rezidentų finansines sąskaitas. Siekiama reaguoti į tuos atvejus, kai mokesčių mokėtojas bando nuslėpti kapitalą, kurį sudaro pajamos ar turtas, už kuriuos nebuvo sumokėti mokesčiai. Taip pat siekiama užtikrinti, kad būtų keičiamasi ne tik informacija apie tokias pajamas kaip palūkanos ir dividendai, bet ir apie sąskaitų likučius ir finansinio turto pardavimo pajamas. Dėl naujojo susitarimo mokesčių administratoriai valstybėse narėse ir San Marine galės: teisingai ir aiškiai nustatyti atitinkamus mokesčių mokėtojus; administruoti savo mokesčių teisės aktus bei užtikrinti jų vykdymą tarpvalstybiniais atvejais; įvertinti mokesčių slėpimo veikos galimybę; išvengti nereikalingų tolesnių tyrimų.

Nicolas Bay (ENF), par écrit. – J'ai voté en faveur de cet accord signé le 8 décembre 2015 entre l'UE et la Sérénissime République de Saint-Marin sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers, visant à accroître la coopération fiscale et, partant, le respect des obligations fiscales au niveau international.

Le texte prévoit que l'Union européenne et la République de Saint-Marin échangeront automatiquement les informations relatives aux comptes de leurs résidents respectifs à partir de 2017. Toutefois, l'accord a reçu une application anticipée au 1^{er} janvier 2016.

L'objectif est toujours de faire face à l'évasion fiscale «ordinaire», c'est-à-dire à la dissimulation de revenus ou d'actifs afin d'éviter leur imposition.

En accord avec les normes de l'OCDE, l'accord prévoit que les informations échangées concernent non seulement les revenus de l'épargne (intérêts et dividendes), mais aussi les soldes de comptes et les produits issus de la vente d'actifs financiers.

Voilà pourquoi j'ai soutenu cet accord, conformément à mes précédents votes sur la fin du secret bancaire en Europe (Suisse, Liechtenstein, Andorre).

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – J'ai évidemment voté en faveur de cet accord conclu en décembre 2015 entre l'UE et la République de Saint-Marin sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers visant à accroître la coopération fiscale et le respect des obligations fiscales au niveau international.

Il s'agit d'un pas important dans les efforts actuels visant à lutter contre la fraude et l'évasion fiscales, Saint-Marin pouvant être considéré comme un important paradis fiscal.

Le nouvel accord prévoit en effet que l'UE et Saint-Marin échangeront automatiquement les informations relatives aux comptes financiers de leurs résidents respectifs à partir de 2017. L'objectif in fine est d'empêcher qu'un contribuable dissimule des capitaux qui correspondent à un revenu ou des actifs sur lesquels l'impôt n'a pas été payé. Saint-Marin devra notamment respecter les normes prévues par l'OCDE en 2014 en matière d'échange automatique d'informations concernant les comptes financiers.

Brando Benifei (S&D), per iscritto. – Ho sostenuto la relazione van Nieuwenhuizen perché sono convinto che l'accordo firmato da UE e Repubblica di San Marino l'8 dicembre 2015 rappresenti un importante passo avanti per combattere la frode e l'evasione fiscale. Già nel 2004 era stato firmato un primo accordo che garantiva misure equivalenti a quelle contenute nella direttiva UE relativa alla tassazione dei redditi da risparmio. Con queste nuove misure sarà più semplice far applicare la propria normativa fiscale in situazioni transfrontaliere, valutando in maniera più efficace i casi di evasione fiscale ed evitando così indagini superflue.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor de este informe, con el que se establece un acuerdo entre la Unión y San Marino que establece un marco de cooperación para el intercambio de información fiscal convergente con el que ya funciona entre Estados miembros. Este Acuerdo se refiere únicamente a los impuestos sobre los intereses que se reciben los ahorristas en tanto que acreedores. El Acuerdo avanza para combatir la elusión fiscal y evasión fiscales y facilitar la transparencia.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre el acuerdo de la UE con San Marino relativo al intercambio automático de información sobre cuentas financieras. Esto implicará que a partir de 2017 intercambiarán información sobre las cuentas bancarias de los residentes europeos en el país y de los sanmarinenses que residan en la UE y será más difícil para los ciudadanos de la UE evadir impuestos mediante la apertura de cuentas bancarias en ese país. Este acuerdo permitirá además que las autoridades fiscales de los veintiocho Estados Miembros identifiquen correctamente a los contribuyentes involucrados, hagan cumplir la normativa fiscal en situaciones transfronterizas, evalúen la posibilidad de evasión de impuestos y eviten investigaciones innecesarias.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport doit valider l'accord signé le 8 décembre 2015 entre l'UE et la République de San Marin sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers, visant à accroître la coopération fiscale et le respect des obligations fiscales au niveau international. Ce texte a reçu une application anticipée au 1^{er} janvier 2016 au lieu de 2017.

Cet accord prévoit que les informations échangées concernent les revenus de l'épargne (intérêts et dividendes) mais aussi les soldes de comptes et les produits issus de la vente d'actifs financiers dans le but d'être en accord avec les normes OCDE et mieux faire face à l'évasion fiscale ordinaire.

À la suite de mes votes précédents sur la fin du secret bancaire en Europe (Suisse, Liechtenstein et Andorre), j'ai décidé de voter pour.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Questo accordo tra la Comunità europea e la Repubblica di San Marino rappresenta un importante passo avanti nella lotta all'evasione fiscale. Per questo l'ho sostenuto col mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución por la cual el Parlamento aprueba la celebración del Acuerdo con San Marino relativo al intercambio automático de información sobre cuentas financieras de cara a mejorar la cooperación fiscal y el cumplimiento de las obligaciones tributarias internacionales.

Con este acuerdo se avanza en la lucha contra el fraude fiscal y la evasión fiscal, estableciéndose entre las partes un intercambio automático de información sobre las cuentas financieras de sus respectivos residentes a partir de 2017. De esta manera, podrán afrontarse aquellas situaciones en las que un contribuyente intente ocultar un patrimonio que represente ingresos o activos sobre los cuales no se hayan pagado impuestos.

Asimismo, se propone garantizar que la información intercambiada no solo se refiera a ingresos tales como intereses o dividendos, sino también a los saldos en cuentas y los ingresos derivados de la venta de activos financieros. El acuerdo garantiza además el intercambio incondicional de información previa petición, de conformidad con la evolución más reciente de la OCDE y los trabajos de la UE en este ámbito.

Vilija Blinkėvičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritaria ES ir San Marino Respublikos susitarimui dėl automatinio keitimosi finansinių sąskaitų informacija. Šis susitarimas yra svarbus žingsnis šiuo metu vykstančioje kovoje su mokesčių sukčiavimu ir mokesčių slėpimu, juo patobulinamas 2004 m. susitarimas, kuriuo buvo užtikrinama, kad San Marinas taikytų priemones, lygiavertės ES Taupymo pajamų apmokestinimo direktyvos priemonėms. Pagal naująjį susitarimą nuo 2017 m. ES ir San Marinas automatiškai keisis informacija apie savo rezidentų finansines sąskaitas. Siekiama reaguoti į tuos atvejus, kai mokesčių mokėtojas bando nuslėpti kapitalą, kurį sudaro pajamos ar turtas, už kuriuos nebuvo sumokėti mokesčiai. Susitarimu siekiama užtikrinti, kad San Marinas taikytų griežtesnes priemones, kurios yra lygiavertės ES teisinei tvarkai, patobulintai 2014 m. gruodžio mėn.

Franz Bogovič (PPE), *pisno*. – Ocena je, da siva ekonomija v državah članicah EU predstavlja neverjetnih 1000 milijard EUR letno v nepobranih davkih in prispevkih. Kljub temu, da gre za oceno, je nedvomno, da gre za veliko anomalijo, ki predstavlja škodo tako na področju svobodne konkurence kot pri zagotavljanju dostopa do javnih storitev, ki se financirajo iz naslova davkov.

Boj proti davčnim goljufijam je ena izmed prioritet celotne EU, ki že kaže rezultate. Primeri razkritij o davčnih malverzacijah multinacionalk, ki smo jim priča po razkritju afere LuxLeaks, so nedvomno koraki v pravo smer. V kolikor namreč ne bomo ustrezno kaznovali velikih kršiteljev ter svojo navidezno moč gradili na kurjih tatovih, če se smem tako izraziti, bomo izgubljali verodostojnost pri državljankah in državljanih. Za doseg tovrstnih ciljev pa potrebujemo okrepljeno izmenjavo podatkov o finančnih računih in vseh ostalih relevantnih informacijah, ki se tičejo čezmejnega poslovanja podjetij.

Zato me veseli, da sta EU in San Marino dosegla sporazum o avtomatični izmenjavi podatkov o finančnih računih, ki predstavlja pomemben korak pri prizadevanjih za boj proti davčnim goljufijam. Sporazum določa avtomatično izmenjavo podatkov o finančnih računih rezidentov, s čemer se bo lažje odkrivalo tiste rezidente, ki prikrivajo dohodek ali kapital.

Predlagani sklep o sklenitvi sporazuma sem zato podprl.

Louise Bours (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the EU exercising its legal personality to enter into international agreements in its own capacity. Treaties concerning tax evasion can be easily conducted on a bilateral or multilateral basis without the need for the involvement of the EU. Accordingly UKIP voted against the EU entering into the agreement for measures on taxation of savings income.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici de valider l'accord signé le 8 décembre 2015 entre l'UE et la République de San Marin sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers, visant à accroître la coopération fiscale et le respect des obligations fiscales au niveau international. L'objectif est toujours de faire face à l'évasion fiscale «ordinaire», c'est à dire à la dissimulation de revenus ou d'actifs afin d'éviter leur imposition. J'ai voté pour comme mes votes précédents sur la fin du secret bancaire en Europe (Suisse, Liechtenstein, Andorre).

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea deve perfezionare l'accordo con San Marino al fine di assicurarsi che quest'ultimo continui ad applicare misure fiscali equivalenti a quelle dell'Unione.

L'importanza dello scambio automatico d'informazioni quale strumento per combattere la frode e l'evasione fiscale transfrontaliere garantendo la massima trasparenza e collaborazione tra le amministrazioni fiscali è stata riconosciuta anche a livello internazionale.

Al fine di ridurre al minimo i costi e gli oneri amministrativi sia per le amministrazioni fiscali che per gli operatori economici, è essenziale assicurare che la modifica dell'attuale accordo sulla tassazione dei redditi da risparmio con San Marino sia in linea con gli sviluppi dell'UE e internazionali. Questo aumenterà la trasparenza fiscale in Europa e costituirà la base giuridica per l'applicazione dello standard globale OCSE per lo scambio automatico d'informazioni tra San Marino e l'UE.

Il Parlamento europeo deve approvare il testo del protocollo di modifica scaturito da negoziati, poiché allinea l'accordo tra la Comunità europea e la Repubblica di San Marino che stabilisce misure equivalenti a quelle definite nella direttiva 2003/48/CE del Consiglio in materia di tassazione dei redditi sotto forma di pagamenti d'interessi.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le texte en question vise à renforcer la transparence fiscale et à lutter contre le secret bancaire à Saint-Marin. Désormais, l'Union européenne et la République de Saint-Marin échangeront leurs données relatives à la fois aux revenus de l'épargne mais aussi aux soldes de comptes et aux produits issus de la vente d'actifs financiers. Si la signature d'un tel accord devrait d'abord relever de la compétence régalienne des États membres et non de l'Union européenne, il n'en demeure pas moins que compte tenu de l'urgence de lutter efficacement contre l'évasion fiscale, un tel texte va dans le bon sens et doit être soutenu. C'est pourquoi j'ai voté pour le rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Evoluțiile economice sunt legate de circulația cât mai organizată a informațiilor, de aceea Acordul din 2015 semnat între Uniune și San Marino privind schimbul automat de informații cu privire la conturile financiare cu scopul de a îmbunătăți cooperarea în domeniul fiscal și respectarea normelor fiscale la nivel internațional este doar un prim pas, relațiile trebuind continuate.

Următorul pas este al schimbului necondiționat de informații la cerere, care va fi asigurat în cadrul noului acord din 2017, în conformitate cu cele mai recente evoluții ale activității OCDE și UE în acest domeniu.

Apreciez scopul acestui demers, care este de a trata situațiile în care contribuabilul încearcă să ascundă un capital care reprezintă venituri sau active pentru care nu s-au achitat impozite.

Acordul reprezintă un pas important în cadrul eforturilor actuale de combatere a fraudelor și a evaziunii fiscale și actualizează acordul din 2004, prin care se asigură faptul că Republica San Marino aplică măsuri echivalente celor din directiva UE privind impozitarea veniturilor din economii, de aceea am votat favorabil acest proiect de rezoluție.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole. L'accordo rappresenta un importante passo avanti negli sforzi in atto per combattere la frode e l'evasione fiscale e migliora l'accordo del 2004 che garantiva l'applicazione, da parte della Repubblica di San Marino, di misure equivalenti a quelle contenute nella direttiva UE relativa alla tassazione dei redditi da risparmio.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este acuerdo internacional con San Marino sobre intercambio automático de información fiscal porque se trata de un gran avance en la lucha contra la evasión y la elusión fiscales, particularmente aquella que se desarrolla en Estados terceros por parte personas físicas o jurídicas nacionales de un Estado miembro de la Unión.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La lutte contre la fraude et l'évasion fiscale doit être menée à l'intérieur comme à l'extérieur des frontières de l'Union. Cette disposition est d'autant plus percutante s'agissant de la République de Saint-Marin car le micro-État est enclavé à l'intérieur d'un État membre, l'Italie. L'accord entre Saint-Marin et l'Union européenne, signé en décembre 2015 permettra un échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers ce qui améliorera la coopération fiscale entre cet État et l'Union. J'ai voté en faveur de ce rapport qui constitue une étape supplémentaire dans le renforcement de la transparence fiscale.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Dopo attenta riflessione e discussione in Aula, ho dato il mio voto positivo alla relazione sulla proposta di decisione del Consiglio relativa alla conclusione, a nome dell'Unione europea, del protocollo di modifica dell'accordo tra la Comunità europea e la Repubblica di San Marino, sulla scorta delle seguenti motivazioni: l'accordo rappresenta un importante passo avanti negli sforzi in atto per combattere la frode e l'evasione fiscali; esso migliora l'accordo del 2004 che garantiva l'applicazione, da parte della Repubblica di San Marino, di misure equivalenti a quelle contenute nella direttiva UE relativa alla tassazione dei redditi da risparmio; concordo con il relatore il quale afferma che l'obiettivo è di far fronte alle situazioni in cui un contribuente cerchi di occultare capitale costituito da redditi o attività oggetto di evasione fiscale; il nuovo accordo prevede inoltre lo scambio incondizionato di informazioni su richiesta, conformemente agli ultimi sviluppi dei lavori dell'OCSE e dell'UE in questo settore.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – Under the new agreement, the EU and San Marino will automatically exchange information on the financial accounts of residents, starting in 2017. The aim is to address situations where a taxpayer seeks to hide capital representing income or assets for which taxes have not been paid.

The agreement aims at ensuring that San Marino applies strengthened measures that are equivalent to the EU legal framework, as upgraded in December 2014 (amending the Directive on Administrative Cooperation, 'DAC2') and that comply with the procedures for automatic exchange of financial account information promoted by the 2014 OECD Global Standard.

I voted in favour of this report which represents an important step forward in efforts to clamp down on tax fraud and evasion.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the EU exercising its legal personality to enter into international agreements in its own capacity. Treaties concerning tax evasion can be easily conducted on a bilateral or multilateral basis without the need for the involvement of the EU. Accordingly UKIP voted against the EU entering into the agreement for measures on taxation of savings income.

David Casa (PPE), *in writing*. – I welcome the successful Council negotiations with San Marino in relation to the Savings Directive. Its aim is to update the existing agreement in line with international developments and the changing EU laws. I voted in favour of the report so that the outcomes of the negotiations can be applied as soon as possible and the automatic exchange of information can be continued. This will allow for a continued and smooth cooperation in the area of taxation, including the combat against tax evasion and tax fraud.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La risoluzione esprime l'opinione favorevole del Parlamento europeo circa la conclusione di un protocollo all'accordo tra UE e Repubblica di San Marino avente ad oggetto misure equipollenti a quelle definite dalla direttiva 2003/48/CE in materia di tassazione dei redditi da risparmio. Il protocollo di modifica dell'accordo rappresenta un importante passo in avanti negli sforzi in atto per combattere la frode e l'evasione fiscale. Ai sensi dell'accordo come modificato, a partire dal 2017 l'UE e San Marino procederanno a uno scambio automatico delle informazioni rilevanti ai fini della tassazione. Si tratta di un'importante misura volta a contrastare l'occultazione di capitali e l'evasione fiscale e pertanto la delegazione del Movimento 5 Stelle ha votato a favore della risoluzione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Στηρίζουμε την έκδοση αναφορικά με την συμφωνία που υπέγραψαν στις 8 Δεκεμβρίου 2015 η Ευρωπαϊκή Ένωση και το Σαν Μαρίνο σχετικά με την αυτόματη ανταλλαγή πληροφοριών περί χρηματοοικονομικών λογαριασμών, η οποία αποσκοπεί στη βελτίωση της διεθνούς φορολογικής συνεργασίας και συμμόρφωσης. Η συμφωνία συνιστά σημαντικό βήμα στις συνεχιζόμενες προσπάθειες για πάταξη της φοροαπάτης και της φοροδιαφυγής.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Η ψηφοφορία σχετικά με την έκδοση επί της προτάσεως απόφασης του Συμβουλίου σχετικά με τη σύναψη του τροποποιητικού πρωτοκόλλου της συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Κοινότητας και της Δημοκρατίας του Αγίου Μαρίνου που προβλέπει μέτρα ισοδύναμα με τα θεσπιζόμενα στην οδηγία 2003/48/EK του Συμβουλίου για τη φορολόγηση των υπό μορφή τόκων εισοδημάτων από αποταμιεύσεις, αφορά μια τυπική, αλλά σημαντική, διαδικασία σχετική με τη διαύγεια στις οικονομικές διαδικασίες εντός της ζώνης της Ευρώπης. Υπό αυτό το πρίσμα θεωρώ πως πρόκειται για μια θετική κίνηση και για αυτό το λόγο αποφάσισα να υπερψηφίσω.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento poiché ritengo che lo scambio automatico tra l'UE e San Marino di informazioni finanziarie a fini fiscali migliori la cooperazione e il rispetto degli obblighi in ambito fiscale a livello internazionale e rappresenta inoltre un importante passo avanti negli sforzi per combattere la frode e l'evasione fiscale. L'accordo è inteso a garantire che la Repubblica di San Marino applichi misure rafforzate equivalenti a quelle previste dal quadro giuridico dell'UE. A seguito dell'intesa le amministrazioni fiscali degli Stati membri e di San Marino saranno in grado di identificare correttamente e inequivocabilmente i contribuenti interessati, di applicare e far osservare la propria normativa fiscale in situazioni transfrontaliere e di valutare con più efficacia la probabilità di un'evasione fiscale.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa proposta perché condivido il fine giuridico, per quanto l'aspetto pratico mi lascia perplesso. Infatti, se da un lato è giusto che i risparmi dei cittadini riminesi e quelli di chi vive solo a pochi chilometri di distanza non siano soggetti a condizioni completamente diverse, dall'altro lato non sono sicuro che l'UE debba esercitare la sua pressione di gigante economico per indurre San Marino a legiferare diversamente da come i suoi cittadini vogliono. Tuttavia, da politico italiano devo ammettere che di questi tempi bisogna rastrellare tutte le possibili risorse e lasciare ad alcuni cittadini la possibilità di evadere, sapendo che ciò avviene, è irresponsabile.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A União Europeia e a República de São Marinho assinaram um acordo sobre a troca automática de informações de contas financeiras, destinado a melhorar a cooperação fiscal e o cumprimento das obrigações fiscais internacionais.

Nos termos do novo acordo, a partir de 2017, a UE e São Marinho procederão à troca automática de informações sobre as contas financeiras dos residentes da outra parte. O objetivo consiste em prevenir as situações em que um contribuinte tenta ocultar os capitais correspondentes a rendimentos ou ativos relativamente aos quais não foram pagos impostos.

Apoio o presente relatório por considerar que este acordo representa um progresso importante no âmbito dos esforços que estão a ser desenvolvidos para combater a fraude e a evasão fiscais.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the EU exercising its legal personality to enter into international agreements in its own capacity. Treaties concerning tax evasion can be easily conducted on a bilateral or multilateral basis without the need for the involvement of the EU. Accordingly UKIP voted against the EU entering into the agreement for measures on taxation of savings income.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di votare favorevolmente in merito all'accordo tra l'UE e la Repubblica di San Marino perché esso costituisce un passo importante per combattere la frode e l'evasione fiscale. Infatti, si tratta di un accordo che prevede lo scambio automatico di informazioni finanziarie a fini fiscali grazie al quale si potrà far fronte a tentativi di occultamento di capitale costituito da redditi o attività oggetto di evasione fiscale.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Taxation of savings income in the form of interest payments through automatic exchange of financial account information, aimed at improving international tax cooperation and compliance to clamp down on tax fraud and tax evasion, will enhance transparency, accountability and ethical financial management.

The resolution develops the 2004 agreement with San Marino further. Economies need to ensure fair administration and enforcement of their tax laws even in cross-border situations.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – L'Unione europea e San Marino hanno firmato un accordo sullo scambio automatico delle informazioni finanziarie a fini fiscali inteso a migliorare la cooperazione e il rispetto degli obblighi in ambito fiscale a livello internazionale. Si tratta del terzo di un pacchetto di cinque accordi, che riguardano Svizzera, Liechtenstein, San Marino, Andorra e Monaco. Nonostante questi accordi apportino delle migliorie, risolvono in concreto la maggior parte di problematiche esistenti con tutti questi paesi. Sulla base di tale accordo, a partire dal 2016 l'UE e San Marino procederanno a uno scambio automatico di informazioni sui conti finanziari dei rispettivi residenti, in maniera tale da incrementare gli sforzi per combattere la frode, l'elusione e l'evasione fiscale, che vedono proprio uno dei paesi più sensibili sotto questi aspetti. L'accordo contiene sicuramente dei miglioramenti rispetto alla situazione attuale, ma è altrettanto vero che si sarebbe potuto e dovuto cercare un accordo più completo e approfondito, poiché questo lascia ancora presenti diversi vuoti normativi facilmente aggirabili. Per questo motivo ho deciso di astenermi durante il voto in Plenaria.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – El texto del Acuerdo obliga a San Marino a aplicar estándares de información sobre cuentas financieras equivalentes a los del marco legislativo europeo, lo que permitirá reforzar los controles sobre el fraude y la evasión fiscal. Aunque insuficiente, se trata de un paso en la buena dirección, por lo que he votado a favor.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió és San Marino Köztársaság 2015. december 8-án megállapodást írt alá a pénzügyi számlainformációk automatikus cseréjéről. A megállapodás célja annak biztosítása, hogy San Marino a 2014 decemberében korszerűsített uniós jogi kerettel egyenértékű intézkedéseket alkalmazzon. A megállapodás célja a nemzetközi adóügyi együttműködés és az arra vonatkozó szabályok betartásának javítása. A megállapodás az adócsalás és adókijátszás elleni fellépés egyik fontos eleme, amely az EU és San Marino között 2017-től automatikus információcserét tesz majd lehetővé a két állam lakosainak pénzügyi számláit illetően.

Az együttműködéssel olyan helyzetek megoldására szolgál, amikor az adóalanyok olyan jövedelmet vagy vagyont megtestesítő tőke elrejtésére töreksznek, amelyre vonatkozóan az adót még nem fizették meg. A megállapodás hozzájárul az adóelkerülés elleni küzdelem erősítéséhez. Az adócsalás, adóelkerülés fenti módja az uniós gazdaságok bevételeit hátrányosan érinti, ezért indokolt és fontos a nemzetközi szintű együttműködés a témában. Megszavaztam a jelentést.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Unia Europejska i San Marino zgodnie z omawianą umową będą automatycznie wymieniać się informacjami finansowymi dotyczącymi rezydentów drugiej strony, zgodnie z uaktualnionymi wymogami określonymi w dyrektywie w sprawie współpracy administracyjnej, jak i z globalnymi standardami OECD z 2014 r. Będzie to miało miejsce od 2017 r. Celem jest zaradzenie sytuacjom, gdy podatnik usiłuje ukryć kapitał stanowiący dochód lub aktywa, od których nie odprowadzono podatków. Podobnych aktualizacji dokonano w umowach ze Szwajcarią i Liechtensteinem, ponadto uaktualnione zostaną też umowy z Andorą i Monako. Z zadowoleniem przyjmuję tę aktualizację, gdyż umowa została dostosowana do obecnych standardów UE i globalnych standardów OECD, bez stosowania podwójnych standardów w odniesieniu do wymiany informacji. Zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The proposal in question concerns the approval of a cooperation agreement between the European Union and San Marino on the automatic exchange of financial account information, aimed at improving international tax cooperation and compliance. The agreement is a positive step forward in addressing tax fraud and tax evasion. The outcome of this agreement would result in a strengthened relationship between the European Union and San Marino, in line with OECD standards. I am in favour of this agreement being concluded and ratified in a timely manner, and of keeping the transitional phase as short as possible. For this reason, I voted in favour of this report.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport donne l'approbation du Parlement européen à la modification de l'accord entre la Communauté européenne et Saint Marin, afin de mieux lutter contre l'évasion fiscale. Ce nouveau protocole vise à rendre plus difficile pour les citoyens de l'UE de cacher du capital du fisc, en prévoyant l'échange automatique des informations sur les comptes financiers des résidents dès 2017. Considérant que l'évasion fiscale est une des conséquences du secret bancaire, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu la conclusion de cet accord entre la Communauté européenne et la République de Saint-Marin prévoyant des mesures sur la fiscalité des revenus de l'épargne sous forme de paiements d'intérêts. Cet accord vise à renforcer les mesures de lutte contre la fraude et l'évasion fiscales dans le cadre de la coopération entre l'Union européenne et la République de Saint-Marin. L'adoption de ce nouveau set de mesures permettra notamment de faire respecter les législations fiscales dans les situations transfrontalières mais également d'évaluer la probabilité d'une évasion fiscale.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo provvedimento perché rappresenta un importante passo avanti alla lotta alla frode e all'evasione fiscale. Grazie a questa decisione l'Unione europea e la Repubblica di San Marino procederanno a uno scambio automatico di informazioni sui conti finanziari dei rispettivi residenti. Un passo di chiarezza e responsabilità per garantire equità fiscale e trasparenza finanziaria in un momento delicato per l'economia europea.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Tanács megtakarítási irányelvét követve és a gazdasági szereplők egyenlő feltételeinek megőrzése érdekében az EU és San Marino megállapodást írtak alá a tanácsi irányelvben meghatározott szabályokkal egyenértékű rendelkezések megállapításáról. A Bizottság 2011. június. 17-én elfogadott egy javaslatot a San Marino-val való tárgyalás kapcsán annak érdekében, hogy javítsa az EU-s megállapodásokat az országok nemzetközi fejlődésével összhangban, valamint hogy biztosítsa ezen országok továbbra is alkalmazzák az egyenértékű rendelkezéseket. A Bizottság 2013. május. 13-án megállapodást ért el. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'accord signé en décembre 2015 entre l'UE et Saint Marin afin de lutter contre la fraude et l'évasion fiscales. Conformément à cet accord (qui entrera en vigueur le 1^{er} janvier 2017), Saint-Marin appliquera désormais des mesures plus strictes, équivalentes à celles en place au sein de l'UE depuis mars 2014. L'accord est également conforme à la norme mondiale de 2014 promue par l'OCDE sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers. Les informations échangées concerneront non seulement le revenu, comme les intérêts et les dividendes, mais aussi les soldes et produits de la vente d'actifs financiers. Les administrations fiscales dans les États membres de l'UE et à Saint-Marin pourront donc identifier correctement et sans équivoque les contribuables concernés, gérer et faire appliquer leurs lois fiscales dans les situations transfrontalières, évaluer la probabilité d'évasion fiscale perpétrée et éviter de nouvelles enquêtes inutiles.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Il était proposé de valider l'accord signé le 8 décembre 2015, entre l'UE et la République de San Marin, sur l'échange automatique et réciproque d'informations relatives à l'épargne et aux comptes financiers. Son application, prévue initialement en 2017, a été anticipée au 1^{er} janvier 2016. Ce texte permet de renforcer la transparence, la coopération fiscale et le respect des obligations en la matière, notamment la lutte contre l'évasion fiscale ordinaire. En cohérence avec mes votes précédents sur la fin du secret bancaire en Suisse, au Liechtenstein, et en Andorre, j'ai voté pour ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Данъчните измами са една от сферите, от които бюджетът на Съюза страда в най-големи мащаби. Важно е страните членки да си сътрудничат помежду си в борбата срещу тях. Освен това, ЕС се нуждае от сътрудничества с европейските държави, които не членуват в него, но все пак са част от европейската икономическа общност. Подкрепих доклада, но въпреки това смятам, че са нужни огромни усилия за продължаване на подписването на подобни споразумения с други страни от Европа, които са известни като държави „данъчен рай“. Така ще приобщим останалите страни от континента към Съюза, като го превърнем в едно стабилно и развиващо се в икономически аспект място.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A União Europeia e a República de São Marinho assinaram um acordo sobre a troca automática de informações de contas financeiras, destinado a melhorar a cooperação fiscal e o cumprimento das obrigações fiscais internacionais. Assim, a UE e São Marinho procederão à troca automática de informações sobre as contas financeiras dos residentes da outra Parte. O objetivo consiste em prevenir as situações em que um contribuinte tenta ocultar os capitais correspondentes a rendimentos ou ativos relativamente aos quais não foram pagos impostos.

Em virtude do novo acordo, as administrações fiscais dos Estados-Membros e de São Marinho poderão identificar de forma correta e inequívoca os contribuintes em causa; aplicar e fazer cumprir as suas leis tributárias em situações transfronteiras; avaliar a probabilidade de ocorrência de evasão fiscal e dispensar averiguações suplementares desnecessárias. Votei favoravelmente.

Jonás Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este acuerdo internacional con San Marino sobre intercambio automático de información fiscal porque se trata de un gran avance en la lucha contra la evasión y la elusión fiscales, particularmente aquella que se desarrolla en Estados terceros por parte personas físicas o jurídicas nacionales de un Estado miembro de la Unión.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O acordo assinado sobre a troca automática de informações das contas e dos juros financeiros, que visa, entre outros aspectos, melhorar a cooperação fiscal internacional, representa um passo importante nos esforços em curso para lutar contra a fraude e a evasão fiscais. Com o novo acordo, São Marinho e a UE irão trocar automaticamente as informações sobre as contas financeiras dos residentes de cada um, a partir de 2017. O objetivo é abordar situações em que um contribuinte procura esconder as suas fontes de rendimentos financeiros não taxados. O acordo visa garantir que São Marinho aplica medidas que são equivalentes ao quadro jurídico da União Europeia e da OCDE.

Nada temos a opor e reconhecemos os aspectos positivos (ainda que limitados) que daqui podem resultar.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – La lotta ai capitali derivanti da evasione fiscale e attività illecite è una delle priorità dell'Unione. L'accordo tra l'UE e San Marino è positivo, in quanto ritengo fondamentale che la Repubblica sammarinese si conformi alle procedure per lo scambio automatico di informazioni relative ai conti finanziari promosse dallo standard globale dell'OCSE del 2014. Sarà possibile valutare, con maggiore certezza e trasparenza, l'eventuale evasione fiscale ed evitare indagini superflue.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole all'accordo che rappresenta un passo in avanti nella lotta alle frodi e all'evasione fiscale.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την συμφωνία ΕΕ-Αγίου Μαρίνου σχετικά με την αυτόματη ανταλλαγή πληροφοριών περί χρηματοοικονομικών λογαριασμών. Η Δημοκρατία του Αγίου Μαρίνου αποτελεί γνωστό φορολογικό παράδεισο και κατά συνέπεια, η ανταλλαγή φορολογικών πληροφοριών εξυπηρετούν τη διεθνή φορολογική συνεργασία και τη συμμόρφωση με τις σχετικές διατάξεις.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I consider that the agreement represents an important step in ongoing efforts to clamp down on tax fraud and tax evasion and upgrades the 2004 agreement that ensured that San Marino applied measures equivalent to those in an EU directive on the taxation of savings income. Under the agreement, the EU and San Marino will automatically exchange information on the financial accounts of each other's residents, starting in 2017. Therefore, I support its aim to address situations where a taxpayer seeks to hide capital representing income or assets for which taxes have not been paid. Moreover, I support the agreement as it is in line with the need for more transparency on tax issues in the EU and in its relations with third countries.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A megállapodás fontos lépést jelent az adócsalás és adókijátszás elleni fellépésre irányuló erőfeszítések terén, és naprakésszé teszi azon 2004. évi megállapodást, amely biztosítja, hogy San Marino Köztársaság a megtakarításokból származó kamatjövedelem adóztatásáról szóló uniós irányelvvel egyenértékű intézkedéseket alkalmazzon.

Az új megállapodás értelmében az EU és San Marino Köztársaság között 2017-től kezdődően automatikus információcsere jön létre egymás lakosainak pénzügyi számlái tekintetében. A cél az olyan helyzetek kezelése, amikor az adóalanyok olyan jövedelmet vagy vagyont megtestesítő tőke elrejtésére törekkenek, amelyre vonatkozóan az adót még nem fizették meg.

Támogatom a megállapodás célját, miszerint San Marino a 2014 decemberében korszerűsített (a közigazgatási együttműködésről szóló „DAC2” irányelvet módosító) uniós jogi kerettel egyenértékű, megerősített intézkedéseket alkalmazzon, és hogy megfeleljen a pénzügyi számlainformációk 2014. évi globális OECD-szabványok által szorgalmazott automatikus csereeljárásainak.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la modificación en el Acuerdo entre la Comunidad Europea y la República de San Marino, ya que este cambio nos dota de un conjunto de armas para combatir el fraude fiscal. Con la presente modificación, a partir de 2017, la República de San Marino intercambiará información financiera de sus residentes con la UE en pro de la lucha contra la ocultación de patrimonio y el fraude fiscal.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este acuerdo internacional con San Marino sobre intercambio automático de información fiscal porque se trata de un gran avance en la lucha contra la evasión y la elusión fiscales, particularmente aquella que se desarrolla en Estados terceros por parte de personas físicas o jurídicas nacionales de un Estado miembro de la Unión.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este acuerdo internacional con San Marino sobre intercambio automático de información fiscal porque se trata de un gran avance en la lucha contra la evasión y la elusión fiscales, particularmente aquella que se desarrolla en Estados terceros por parte personas físicas o jurídicas nacionales de un Estado miembro de la Unión.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla proposta di decisione del Consiglio relativa alla conclusione, a nome dell'Unione europea, del protocollo di modifica dell'accordo tra la Comunità europea e la Repubblica di San Marino che stabilisce misure equivalenti a quelle definite nella direttiva 2003/48/CE del Consiglio in materia di tassazione dei redditi di risparmio sotto forma di pagamenti di interessi. L'accordo, siglato nel dicembre 2015, tra l'Unione europea e San Marino per il rispetto degli obblighi internazionali in materia fiscale segna un passo avanti importante nella lotta all'evasione fiscale e garantisce lo scambio automatico di informazioni finanziarie per individuare, senza errore e senza ritardi, i contribuenti interessati.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für das Abkommen EU/San Marino über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten gestimmt. Transparenz und mehr Gerechtigkeit auf dem Finanzmarkt sind mir ein ehrliches Anliegen. Deshalb unterstütze ich auch dieses Abkommen.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Das Abkommen stellt einen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung dar. Zudem werden damit die Aktualität des Abkommens von 2004 und die Sicherheit der Anwendung gleichwertiger Regelungen gewährleistet.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the EU exercising its legal personality to enter into international agreements in its own capacity. Treaties concerning tax evasion can be easily conducted on a bilateral or multilateral basis without the need for the involvement of the EU. Accordingly UKIP voted against the EU entering into the agreement for measures on taxation of savings income.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the EU-San Marino agreement on the automatic exchange of financial account information, which concerns a cooperation agreement between the European Union and San Marino on the automatic exchange of financial account information, aimed at improving international tax cooperation and compliance.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, con el que se establece un acuerdo entre la Unión y San Marino que establece un marco de cooperación para el intercambio de información fiscal convergente con el que ya funciona entre países miembro. Este Acuerdo se refiere únicamente a los impuestos sobre los intereses que se reciben los ahorristas en tanto que acreedores. El Acuerdo avanza para combatir la elusión fiscal y evasión fiscales y facilitar la transparencia.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Umowa między Wspólnotą Europejską a Republiką San Marino ustanawiająca środki dotyczące opodatkowania dochodów z oszczędności w formie wypłacanych odsetek.

Zagłosowałam za umową między Wspólnotą Europejską a Republiką San Marino. Podobnie jak w przypadku Szwajcarii czy Liechtensteinu pozwoli to na uniknięcie sytuacji, kiedy podatnik ukrywa kapitał stanowiący dochód czy aktywa bez odprowadzenia podatków. Wymiana informacji finansowych rezydentów każdej ze stron zgodnie z aktualnymi wymogami to nieodłączny element przejrzystych relacji z Unią Europejską i skutecznego zapobiegania nieprawidłowościom w tej dziedzinie.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the agreement between the EU and San Marino on the automatic exchange of financial account information. This is an important step towards fighting corruption in the area of tax in the country.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este acuerdo internacional con San Marino sobre intercambio automático de información fiscal porque se trata de un gran avance en la lucha contra la evasión y la elusión fiscales, particularmente aquella que se desarrolla en Estados terceros por parte personas físicas o jurídicas nacionales de un Estado miembro de la Unión.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτιώς*. – Ο Άγιος Μαρίνος θεωρείται ελκυστικός προορισμός για λογαριασμούς μεγαλοεισοδηματιών, οι οποίοι μεταφέρουν τους λογαριασμούς τους εκεί για αποφυγή φορολόγησης του πλούτου τους. Για αυτό το λόγο θεωρούμε ως ενδεδειγμένη στάση τη θέση της υπερψήφισης, επειδή η έκθεση προωθεί περισσότερη διαφάνεια στη φορολόγηση εισοδημάτων από αποταμιεύσεις.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because under the new agreement, the EU and San Marino will automatically exchange information on the financial accounts of each other's residents, starting in 2017. The aim is to address situations where a taxpayer seeks to hide capital representing income or assets for which taxes have not been paid.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the EU exercising its legal personality to enter into international agreements in its own capacity. Treaties concerning tax evasion can be easily conducted on a bilateral or multilateral basis without the need for the involvement of the EU. Accordingly UKIP voted against the EU entering into the agreement for measures on taxation of savings income.

Carlos Iturgaiz (PPE), *por escrito*. – Voto a favor de este informe que mejora los beneficios del Acuerdo firmando entre la Unión Europea y San Marino relativo al intercambio automático de información sobre cuentas financieras con miras a mejorar la cooperación fiscal y el cumplimiento de las obligaciones tributarias internacionales.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – In order to improve international tax cooperation and compliance, the EU and San Marino signed an agreement on 8 December 2015 on the automatic exchange of financial account information. An automatic exchange of information on financial accounts will start in 2017. This should reduce the possibility for tax evasion. I voted in favour of this report.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu odluke Vijeća o sklapanju, u ime Europske unije, Protokola o izmjeni uz Sporazum između Europske zajednice i Republike San Marina o mjerama istovrijednim onima koje su utvrđene u Direktivi o oporezivanju dohotka od kamata na štednju, jer se time unaprijeđuje porezna suradnja te pojačavaju mjere protiv porezne utaje i prijevare.

Pravni okvir Unije u ovom području poboljšán je koncem 2014. godine, te se očekuje da će San Marino primjenjivati mjere koje su istovrijedne spomenutom okviru. Smatram da se razmjena informacija treba ticati ne samo dohotka već i stanja na računu te prihoda od prodaje financijske imovine. Time će javne uprave, u državama članicama i u San Marinu, ojačati njihovu efikasnost, dosljednost i učinkovitost, te stoga podržavam ovo izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – La transparence est essentielle pour repérer les pratiques de planification fiscale agressive des grandes entreprises et assurer une concurrence fiscale loyale. Il paraît nécessaire que les autorités nationales échangeront des informations fiscales sur les activités des multinationales, pays par pays. Tous les États membres doivent disposer d'informations essentielles pour détecter les risques d'évasion fiscale et mieux cibler leurs contrôles fiscaux. Cet accord de transparence fiscale UE – San Marin se situe dans la lignée des accords précédents avec la Suisse, le Liechtenstein et Andorre.

C'est pourquoi j'ai voté pour ce texte.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the EU exercising its legal personality to enter into international agreements in its own capacity. Treaties concerning tax evasion can be easily conducted on a bilateral or multilateral basis without the need for the involvement of the EU. Accordingly UKIP voted against the EU entering into the agreement for measures on taxation of savings income.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Cora van Nieuwenhuizen relatif à l'accord UE-Saint-Marin sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers. L'Union européenne a développé cet accord pour plus de transparence fiscale dans les échanges d'informations entre administrations. Je soutiens en effet ces échanges d'informations entre les administrations de l'Union européenne et de Saint Marin qui sont essentiels pour la lutte contre la fraude et l'évasion fiscale.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à mettre en place un système d'échange automatique d'informations de nature fiscale entre l'UE et Saint-Marin. Cela va permettre de lutter contre les nombreux contribuables cherchant à dissimuler leurs capitaux à Saint-Marin pour échapper à l'impôt et à renforcer la lutte contre la fraude et l'évasion fiscale en Europe.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Das neue Abkommen mit San Marino, welches das seit 2004 bestehende Abkommen auf den neuesten Stand bringt, dient der Zusammenarbeit in Steuerangelegenheiten und soll zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung beitragen. Dem Bericht stimme ich aus diesem Grund zu.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this agreement, as it is in line with the need for more transparency on tax issues in the EU and in its relations with third countries.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – The report deals with the agreement on the automatic exchange of financial account information between the EU and San Marino signed on 8 December 2015. As regards the effort in order to clamp down on tax fraud and evasion, Directive 2003/48/EC is only limited to taxation of savings income in the form of interest payments on debt claims, to the exclusion of the issues relating to the taxation of pension and insurance benefits. Hence, this new agreement aims at ensuring that San Marino applies strengthened measures, equivalent to the EU legal framework. Particularly, it will help to address situations where a taxpayer seeks to hide capital representing income for which taxes have not been paid. Therefore, I voted in favour.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – San Marino's agreement to cooperate with the EU on tax transparency could serve as an example to the world how the fight against tax avoidance and tax evasion should be conducted. There is no doubt that the automatic exchange of information between the EU Member States and San Marino will contribute to the efforts to deter hiding income and assets abroad and will promote fair distribution of the tax burden for all citizens. For the good of the Union and Member States, the EU should sign same type of agreement with all of its partners.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – L'8 dicembre 2015 l'Unione europea e la Repubblica di San Marino hanno firmato un accordo che mira a rafforzare la cooperazione e il rispetto degli obblighi in ambito fiscale a livello internazionale. L'obiettivo primario è quello di affrontare prontamente casi in cui un contribuente cerchi di occultare capitale costituito da redditi o attività oggetto di evasione fiscale. È necessario, di conseguenza, che la Repubblica di San Marino si allinei con gli standard UE, conformandosi alle procedure concernenti lo scambio automatico di informazioni relative ai conti finanziari promosse dallo standard globale dell'OCSE del 2014. Voglio infine sottolineare che il suddetto accordo prevede uno scambio incondizionato di informazioni su richiesta, conformemente agli ultimi sviluppi dei lavori dell'OCSE e dell'UE in questo settore. Ho deciso di dare il mio voto favorevole non solo in considerazione di quanto detto, ma anche perché verrà garantito che le informazioni scambiate riguarderanno sia i redditi quali interessi e dividendi, ma anche i saldi di conto e i proventi delle vendite di attività finanziarie.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour l'accord UE-Saint-Marin sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers. Ce texte prévoit que l'Union européenne et la République de Saint-Marin échangeront automatiquement les informations relatives aux comptes de leurs résidents respectifs à compter de 2017.

L'objectif est de faire face à l'évasion fiscale «ordinaire», c'est-à-dire à la dissimulation de revenus ou d'actifs afin d'éviter leur imposition. En accord avec les normes de l'OCDE, l'accord prévoit que les informations échangées concernent non seulement les revenus de l'épargne (intérêts et dividendes), mais aussi les soldes de comptes et les produits issus de la vente d'actifs financiers.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car il soutient la passation par l'UE d'un accord de transparence fiscale avec San Marin.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este acuerdo internacional con San Marino sobre intercambio automático de información fiscal porque se trata de un gran avance en la lucha contra la evasión y la elusión fiscales, particularmente aquella que se desarrolla en Estados terceros por parte personas físicas o jurídicas nacionales de un Estado miembro de la Unión.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este acuerdo internacional con San Marino sobre intercambio automático de información fiscal porque se trata de un gran avance en la lucha contra la evasión y la elusión fiscales, particularmente aquella que se desarrolla en Estados terceros por parte personas físicas o jurídicas nacionales de un Estado miembro de la Unión.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – El texto del Acuerdo obliga a San Marino a aplicar estándares de información sobre cuentas financieras equivalentes a los del marco legislativo europeo, lo que permitirá reforzar los controles sobre el fraude y la evasión fiscal. Aunque insuficiente, se trata de un paso en la buena dirección, por lo que he votado a favor.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím s principem, aby Republika San Marino převáděla daně z úspor jiným státům. Taková dohoda má být případně věcí San Marina a státu, který se s ním na převodu peněz chce dohodnout.

Monica Macovei (ECR), *în scris*. – Uniunea Europeană pierde anual 1 miliard de euro din cauza evaziunii fiscale. O mare parte a evaziunii se face în paradisurile fiscale existente inclusiv în Europa și în alte state-membre.

Astăzi am votat în favoarea Protocolului care modifică acordul dintre Comisie și San Marino. El face posibil schimbul automat de informații cu privire la conturile financiare ale rezidenților. Ele vizează acele situații în care potențialii plătitori de taxe încearcă să ascundă capital provenit din încasări pentru care nu au plătit taxe.

S-au făcut acorduri cu reglementări similare și pentru alte țări în care există paradisuri fiscale, precum Elveția sau Lichtenstein. Urmează Andorra și Monaco.

Schimbul automat de informații este o metodă eficientă și rapidă de combatere a fraudei și evaziunii fiscale transfrontaliere, pentru care OCDE a primit mandat de la G20.

Nu putem trăi împreună într-o societate în care unii plătesc taxe, iar alții ne păcălesc pe toți, ascunzându-și veniturile în paradisuri fiscale.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – EU i San Marino potpisali su sporazum u prosincu 2015. o automatskoj razmjeni informacija o financijskim računima čiji je cilj unapređivanje porezne suradnje i izvršavanja poreznih obveza na međunarodnoj razini. Ovaj sporazum je korak prema uvođenju oštrijih mjera protiv porezne prijevare i utaje. Temeljem novog sporazuma San Marino bi automatski razmjenjivao informacije o financijskim računima svojih stanovnika. Na ovaj način bi se osiguralo da niti jedan porezni obveznik ne može prikriti kapital koji predstavlja dohodak ili imovinu i za svaki kapital će platiti porez. Podaci se neće samo odnositi na dohodak, poput kamatne stope i dividende, već i na stanja na računu i prihode od prodaje financijske imovine, stoga sam podržala ovaj sporazum.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski.* – Līdzīgi gadījumam ar Lihtenšteinu divarpus mēnešus atpakaļ, šodienas balsojums attiecās uz Eiropas Savienības un Sanmarīno nolīgumu par bankas kontu turētāju finansiālas informācijas apmaiņu. Šim nolīgumam potenciāli jāsekmē efektīvāka starptautiskā sadarbība nodokļu politikas jomā, kā arī jāveicina ES iedzīvotāju ienākumu legītimācija tieši caur pilnvērtīgu šo nodokļu maksāšanu.

Salīdzinot ar citām valstīm, Sanmarīno nekad nebija ietekmīgs dalībnieks zemo nodokļu patvērumu starpā kā, piemēram, tā pati Lihtenšteina vai Šveice. Tomēr šī nolīguma parakstīšanai viennozīmīgi ir liels svarīgums, jo tas ļaus gan palielināt nodokļu maksāšanas caurredzamību, gan principā stimulēt tālāku savstarpējo attiecību uzlabošanu starp mūsu valsti kopienu un Sanmarīno, gan arī, protams, likvidēs vēl vienu faktisko vai arī potenciālo nodokļu paradīzi.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne.* – Uznesením EP schválil uzavretie pozmeňujúceho protokolu k dohode s krajinou San Maríno z 8. decembra 2015 o automatickej výmene informácií o finančných účtoch. Cieľom dohody je zlepšovanie medzinárodnej spolupráce a dodržiavanie predpisov v oblasti daní a obmedzenie daňových podvodov a daňových únikov v signatárskych krajinách. Na základe pozmeneného protokolu si budú EÚ a San Maríno od roku 2017 automaticky vymieňať informácie o finančných účtoch svojich obyvateľov. To prospeje k obmedzeniu daňových podvodov a daňových únikov v signatárskych krajinách.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς.* – Απείχα κατά την ψηφοφορία για την έκθεση σχετικά με την πρόταση απόφασης του Συμβουλίου για την υπογραφή, εξ ονόματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, του τροποποιητικού πρωτοκόλλου της συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Κοινότητας και της Δημοκρατίας του Αγίου Μαρίνου, που προβλέπει μέτρα ισοδύναμα με τα θεσπιζόμενα στην οδηγία 2003/48/EK του Συμβουλίου για τη φορολόγηση των υπό μορφή τόκων εισοδημάτων από αποταμιεύσεις, διότι δεν είναι πλήρης και διότι επιπλέον δεν καταπολεμά αποτελεσματικά τη φοροδιαφυγή και την φοροαποφυγή καθώς στηρίζεται στα πρότυπα του ΟΟΣΑ τα οποία, ως γνωστόν, επιτρέπουν την ύπαρξη «γκρίζων ζωνών» με αποτέλεσμα να διευκολύνεται η φοροδιαφυγή και η φοροαποφυγή, όχι μόνο των διαφόρων φυσικών προσώπων, αλλά και των πολυεθνικών επιχειρήσεων μέσω των γνωστών τριγωνικών σχέσεων.

Dominique Martin (ENF), *par écrit.* – J'ai voté pour cet accord. Il s'agit ici de valider l'accord signé le 8 décembre 2015 entre l'UE et la République de Saint-Marin sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers, visant à accroître la coopération fiscale et le respect des obligations fiscales au niveau international.

Le texte prévoit que l'Union européenne et la République de Saint-Marin échangeront automatiquement les informations sur les comptes de leurs résidents respectifs à compter de 2017. Toutefois, l'accord a reçu une application anticipée au 1^{er} janvier 2016.

L'objectif est toujours de faire face à l'évasion fiscale «ordinaire», c'est-à-dire à la dissimulation de revenus ou d'actifs afin d'éviter leur imposition.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – La relazione sull'accordo UE-San Marino in materia di scambio automatico di informazioni finanziarie a fini fiscali mi trova a favore. Questa relazione rappresenta l'impegno continuo di combattere frodi ed evasioni fiscali. Ai sensi del nuovo accordo, a partire dal 2017 l'UE e la Repubblica di San Marino procederanno a uno scambio automatico di informazioni sui conti finanziari dei rispettivi residenti. L'obiettivo è di far fronte alle situazioni in cui un contribuente cerchi di occultare capitale costituito da redditi o attività oggetto di evasione fiscale.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – El Acuerdo entre la UE y San Marino para el intercambio automático de información sobre cuentas financieras con miras a mejorar la cooperación fiscal y el cumplimiento de las obligaciones tributarias internacionales supone un importante paso en la lucha emprendida contra el fraude fiscal y la evasión fiscal y actualiza el acuerdo de 2004, que garantizaba la aplicación por parte de San Marino de medidas equivalentes a las previstas en la Directiva de la UE en materia de fiscalidad de los rendimientos del ahorro. Por tanto, mi apoyo a la propuesta para ratificar este Acuerdo que, sin duda, beneficiará a los ciudadanos tanto de la UE como de San Marino.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Šis susitarimas yra svarbus žingsnis šiuo metu vykstančioje kovoje su mokesčių sukčiavimu ir mokesčių slėpimu. Susitarimu siekiama užtikrinti, kad San Marinas taikytų griežtesnes priemones, kurias yra lygiavertės ES teisinei tvarkai. Be to, pasirašius susitarimą, bus sudarytos sąlygos operatyviau reaguoti į tuos atvejus, kai mokesčių mokėtojas bando nuslėpti kapitalą, kurį sudaro pajamos ar turtas, už kuriuos nebuvo sumokėti mokesčiai.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le 8 décembre 2015, l'Union européenne et Saint Marin ont signé un accord sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers, visant à lutter contre la fraude et l'évasion fiscales. L'objectif est de faire face aux cas de figure où un contribuable cherche à dissimuler des capitaux qui correspondent à un revenu ou à des actifs sur lesquels l'impôt n'a pas été payé.

Dans le cas de l'accord similaire avec la Suisse, plus gros paradis fiscal encore (cachant même les revenus de ministre ...) l'UE avait au final maintenu le secret bancaire, ne prévoyant pas d'obligation de divulgation des informations complètes et détaillées sur les titulaires de compte.

Je vote pour afin de soutenir ce pas dans la lutte contre l'évasion fiscale, même si de toute façon, le Parlement est ici simplement consulté et la décision déjà actée. Une fois de plus.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Cet accord promet une transparence pour la fiscalité et l'épargne. Son but est de lutter activement contre l'évasion fiscale. Il fait suite à des accords de ce type avec la Suisse, le Liechtenstein et Andorre que nous avons soutenus pour la fin du secret bancaire.

Par conséquent je me suis prononcée pour.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto favorável ao acordo entre a União Europeia e a República de São Marinho relativo à troca automática de informações sobre contas financeiras. O acordo é um instrumento essencial para a cooperação fiscal na luta contra a fraude e a evasão fiscais, incrementando a eficiência fiscal na cobrança de impostos.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted for this proposal because it seeks to update the existing agreements that San Marino has with the Union and enacts measures that are in sync with the upgraded EU legal framework to effectively investigate and prosecute tax fraud and tax evasion.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of this agreement because it is in line with the need for more transparency on tax issues in the EU and in its relations with third countries.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az EU és San Marino 2004-ben állapodott meg arról, hogy a köztársaság a megtakarításokból származó kamatjövedelem adóztatásáról szóló uniós irányelvvel egyenértékű intézkedéseket alkalmaz. 2015. december 8-án megállapodást jött létre, amelynek értelmében a két fél között 2017-től kezdődően automatikus információcsere jön létre egymás lakosainak pénzügyi számlái tekintetében. A megállapodás célja az olyan helyzetek kezelése, amikor az adóalanyok olyan jövedelmet vagy vagyont megtestesítő tőke elrejtésére törekcszenek, amelyre vonatkozóan az adót még nem fizették meg.

A Tanács határozati javaslatot nyújtott be a megállapodás ratifikálására. A Gazdasági és Monetáris Bizottság jelentésében azt javasolja, hogy a Parlament hagyja jóvá a Tanács indítványát. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici de valider l'accord signé le 8 décembre 2015 entre l'UE et la République de San Marin sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers, visant à accroître la coopération fiscale et le respect des obligations fiscales au niveau international.

Le texte prévoit que l'Union européenne et la République de Saint-Marin échangeront automatiquement les informations relatives aux comptes de leurs résidents respectifs à compter de 2017. Toutefois, l'accord a reçu une application anticipée au 1^{er} janvier 2016.

L'objectif est toujours de faire face à l'évasion fiscale 'ordinaire', c'est à dire à la dissimulation de revenus ou d'actifs afin d'éviter leur imposition.

En accord avec les normes de l'OCDE, l'accord prévoit que les informations échangées concernent non seulement les revenus de l'épargne (intérêts et dividendes), mais aussi les soldes de comptes et les produits issus de la vente d'actifs financiers.

Dans la suite logique de nos votes précédents sur la fin du secret bancaire en Europe (Suisse, Liechtenstein, Andorre), nous soutenons ces accords.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – L'objectif de cet accord est de faire face à l'évasion fiscale «ordinaire», c'est-à-dire à la dissimulation de revenus ou d'actifs afin d'éviter leur imposition. Dans la suite logique de mes votes précédents sur la fin du secret bancaire en Europe (Suisse, Liechtenstein, Andorre), j'ai voté favorablement sur ce texte.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – L'8 dicembre 2015 l'Unione europea e la Repubblica di San Marino hanno firmato un accordo sullo scambio automatico di informazioni finanziarie a fini fiscali, un importante passo avanti negli sforzi in atto per combattere la frode e l'evasione fiscale. Ho votato a favore della modifica dell'accordo di modo che le amministrazioni degli Stati membri e di San Marino siano in grado di identificare correttamente e inequivocabilmente i contribuenti interessati, applicare e far osservare la propria normativa fiscale in situazioni transfrontaliere e infine valutare la probabilità di un'evasione fiscale.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – In order to improve international tax cooperation and compliance on 8 December 2015 the European Union and San Marino signed an agreement on the automatic exchange of financial account information. I voted for this report that will bring a provisional entry into application of the agreement starting 1 January, thus tax administrations in the European Union and in San Marino will be able to administer and enforce their tax laws in cross-border situations, assess the likelihood of tax evasion being perpetrated, identify correctly and unequivocally the concerned taxpayers and avoid unnecessary further investigations.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich hätte mich für dieses Abkommen ausgesprochen, da es einen wichtigen Schritt für die andauernden Bemühungen um eine Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung darstellt. Das Abkommen soll sicherstellen, dass San Marino strengere Regelungen anwendet und so die Steuerverwaltungen in den Mitgliedsstaaten in der Lage sind, die betreffenden Steuerpflichten korrekt zu ermitteln.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Eesmärk on parandada rahvusvahelist maksundusalast koostööd.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP opposes the EU exercising its legal personality to enter into international agreements in its own capacity. Treaties concerning tax evasion can be easily conducted on a bilateral or multilateral basis without the need for the involvement of the EU. Accordingly, UKIP voted against the EU entering into the agreement for measures on taxation of savings income.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – L'accordo concluso tra l'Unione europea e la Repubblica di San Marino l'8 dicembre 2015 prevede lo scambio automatico d'informazioni finanziarie a fini fiscali, costituendo un passo importante per la lotta alla frode e all'evasione. Difatti, lo scopo è di far fronte alle situazioni in cui un contribuente cerchi di occultare capitale valutando l'opportunità che vi sia un reato. Plaudo all'impegno profuso dai due attori in merito e dunque voto positivamente.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. – Ta sporazum je pomemben korak k boljšemu mednarodnemu sodelovanju za preprečevanje davčnih goljufij, ki so bile možne tudi zaradi neizmenjave finančnih podatkov med državami. S sprejetjem sporazuma s San Marinom bomo dosegli bistven napredek, ki omogoča, da bo med EZ in San Marinom potekala avtomatična izmenjava podatkov o finančnih računih rezidentov. Na tak način bomo lažje preprečevali prikrivanje denarja z namenom davčnih utaj.

Priporočilo sem podprl tudi zaradi tega, ker bo omogočilo okrepljene ukrepe, enakovredne tistim iz pravnega reda EZ, ki jih spodbujajo tudi standardi OECD iz leta 2014. Sporazum bo tako davčnim upravam držav članic omogočil večji nadzor nad računi svojih državljanov v San Marinu, kar bo privedlo do zmanjšanja števila davčnih utaj.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Pozdravljam ovo izvješće te ga u cijelosti podržavam. Novim sporazumom između Europske Unije i Republike San Marino o mjerama oporezivanja dohotka od kamata na štednju omogućit će kvalitetniju razmjenu informacija o financijskim računima svojih državljana. Pozivam Parlament da podrži ovo izvješće, kao i potpisivanje samog sporazuma, čija će primjena uvelike doprinijeti suzbijanju utaje i izbjegavanja plaćanja poreza. Iako je sličan sporazum sa San Marinom bio potpisan 2004., ovaj dokument omogućit će da San Marino primjenjuje postrožene mjere vezane uz razmjenu informacija o financijskim računima, a koje je u međuvremenu prihvatila Europska Unija i unaprijedila Organizacija za ekonomsku suradnju i razvoj.

Stoga pozdravljam potpisivanje ovog sporazuma jer ga vidim kao još jedan korak u postizanju vladavine prava na europskom nivou.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport porte sur un accord de transparence fiscale avec Saint-Marin. Des accords équivalents ont déjà été signés avec la Suisse, le Liechtenstein et Andorre. La transparence est un enjeu majeur dans la lutte contre l'évasion et la fraude fiscales. Je vote donc en faveur de ce rapport.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Europska unija i San Marino potpisali su 8. prosinca 2015. ugovor koji je postavio orijentir porezne transparentnosti, što predstavlja važan korak naprijed u borbi protiv utaje poreza. Prema sporazumu, počevši od 2017. EU i San Marino će automatski razmjenjivati informacije o financijskim računima svojih stanovnika, što će omogućiti hvatanje u koštac sa situacijama u kojima porezni obveznik želi prikriti kapital koji predstavlja dohodak ili imovinu za koju nije plaćen porez.

S obzirom na to da su utaja i izbjegavanje poreza vrlo rašireni te da uzrokuju znatan gubitak prihoda, podržavam sklapanje sporazuma između EU-a i Republike San Marino o mjerama oporezivanja dohotka od kamata na štednju koji je u konačnici u skladu s potrebom za više transparentnosti u pitanjima poreza između EU-a i trećih zemalja.

Joao Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O presente acordo, assinado este ano, sobre a troca automática de informações das contas e dos juros financeiros, visa garantir que São Marinho aplique medidas que sejam equivalentes ao quadro jurídico da União Europeia e da OCDE, e visa melhorar a cooperação fiscal internacional e a conformidade, representando um passo importante nos esforços em curso para lutar contra a fraude e a evasão fiscais.

Ao seu abrigo, a UE e São Marinho trocarão automaticamente informações sobre as contas financeiras dos seus residentes a partir de 2017.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Nakon donošenja Direktive o štednji kako bi se održali ravnopravni uvjeti za gospodarske subjekte, EU je potpisala sporazume sa Švicarskom, Andorom, Lihtenštajnom, Monakom i San Marinom, kojima su predviđene mjere ekvivalentne onima utvrđenima u Direktivi.

Države članice potpisale su i sporazume s ovisnim područjima Ujedinjene Kraljevine i Nizozemske. Automatska razmjena informacija vrlo je važno sredstvo za borbu protiv prekogranične porezne prijevare i prekogranične porezne utaje, osiguravajući tako potpunu poreznu transparentnost i suradnju među poreznim upravama diljem svijeta, što je nedavno priznato i na međunarodnom nivou.

Kako bi se smanjili troškovi i administrativna opterećenja za porezne uprave i gospodarske subjekte nužno je osigurati da izmjena postojećeg Sporazuma o štednji sklopljenog sa San Marinom bude u skladu s kretanjima na razini EU-a i međunarodnoj razini. Na taj način povećat će se porezna transparentnost u Europi što će biti pravna osnova za provedbu globalnog standarda OECD-a o automatskoj razmjeni informacija između San Marina i EU-a. Iz navedenih razloga podržavam izvješće kolegice Core van Nieuwenhuizen.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – L'Unione europea e la Repubblica di San Marino, al fine di garantire il rispetto degli obblighi in ambito fiscale a livello internazionale, hanno sottoscritto un accordo sullo scambio automatico delle informazioni relative ai conti finanziari dei rispettivi residenti. Tale accordo, che entrerà ufficialmente in vigore a partire dal 2017, ha come obiettivo quello di far fronte alla situazione in cui un contribuente cerchi di occultare capitale costituito da redditi o attività oggetto di evasione fiscale. Ho votato in favore dell'approvazione di quest'accordo perché rappresenta un ulteriore passo in avanti per combattere la frode e l'evasione fiscale a livello europeo.

Stanislav Polčák (PPE), *písemně.* – Podporuji dohodu Evropské unie a Republiky San Marino, která byla uzavřena dne 8. prosince 2015, jež se týkala automatické výměny informací o finančních účtech, jejímž cílem je prohloubit mezinárodní daňovou spolupráci a dodržování daňových předpisů. Dle této dohody si začátkem rokem 2017 budou EU a Republika San Marino automaticky vyměňovat informace o finančních účtech každého státního příslušníka s pobytem v partnerské zemi dohody. Jsem zastáncem toho, aby Republika San Marino uplatňovala důraznější opatření, která budou rovnocenná opatřením stanoveným v právním rámci EU. V důsledku této nové dohody budou daňové orgány v členských státech a San Marinu schopny správně a jednoznačně určit dotčené daňové poplatníky a uplatňovat a vymáhat své daňové právní předpisy v přeshraničních situacích, dále pak bude možné vyhnout se zbytečnému dalšímu šetření.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie.* – UE i San Marino będą automatycznie wymieniać się informacjami finansowymi dotyczącymi rezydentów drugiej strony zgodnie z uaktualnionymi wymogami określonymi w dyrektywie w sprawie współpracy administracyjnej (DAC2) i z globalnymi standardami OECD z 2014 r. Będzie to miało miejsce od 2017 r. Celem jest zaradzenie sytuacjom, gdy podatnik usiłuje ukryć kapitał stanowiący dochód lub aktywa, od których nie odprowadzono podatków. Podobnych aktualizacji dokonano w umowach ze Szwajcarią i Liechtensteinem, ponadto uaktualnione zostaną też umowy z Andorą i Monako. Z zadowoleniem przyjmuję tę aktualizację, gdyż umowa została dostosowana do obecnych standardów i globalnych standardów OECD, bez stosowania podwójnych standardów w odniesieniu do wymiany informacji. Zmiany obejmują np. bardziej szczegółowy zbiór przepisów o ochronie danych, przepisy o wymianie informacji na wniosek według modelu OECD oraz mechanizm szybkiego uchwalania zmian w globalnym standardzie OECD za zgodą drugiej strony umowy. Informacje, które mają być przedmiotem wymiany, dotyczą nie tylko dochodu, np. odsetek i dywidend, ale także sald rachunku i wpływów ze sprzedaży aktywów finansowych. Dlatego poparłem to sprawozdanie.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. – Es geht bei dieser EntschlieÙung um ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und San Marino, bei dem ein automatischer Austausch von Informationen über Finanzkonten vollzogen wird. Dieser Austausch soll die internationale Zusammenarbeit in Steuerangelegenheiten und Steuerhinterziehung wirksam bekämpfen. Das Abkommen befindet sich dabei im Einklang mit den OECD-Standards, wodurch keine doppelten Standards etabliert werden. Dies ist zu begrüßen. Das Abkommen ermöglicht es den Steuerbehörden der Mitgliedsstaaten unter anderem, den betreffenden Steuerpflichtigen zweifelsfrei zu ermitteln und unnötige weitere Untersuchungen zu vermeiden. Es werden nicht nur Informationen zu Einkünften wie Zinsen und Dividenden von dem neuen Abkommen betroffen sein, sondern auch Informationen über Kontosalen und Erlöse aus der Veräußerung von Finanzvermögen. Ich stimme für dieses Abkommen, weil es ein wirksames internationales Mittel gegen Steuerflucht darstellt.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution, dans laquelle notre Assemblée avalise l'accord signé en décembre 2015 entre l'Union européenne et Saint-Marin. L'accord vise à mettre en place un échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers des résidents respectifs des deux parties signataires, échange qui débutera à compter de 2017. Par ailleurs, l'accord prévoit que Saint-Marin appliquera des mesures renforcées, équivalentes à celles en place au sein de l'Union depuis 2014. Enfin, il convient de souligner que l'accord demeure conforme aux normes de l'OCDE de 2014 sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers.

Avec cet accord, un nouveau pas est ainsi accompli afin de lutter contre la fraude et l'évasion fiscales puisqu'il sera plus difficile pour un contribuable de dissimuler de l'argent sur lequel doit s'appliquer l'impôt. À cette fin, les administrations fiscales pourront identifier les contribuables impliqués, gérer et faire appliquer leurs lois fiscales dans les cas transfrontaliers ou encore évaluer la probabilité d'évasion fiscale en cause.

Je souhaite enfin rappeler que cet accord demeure similaire à ceux conclus avec la Suisse le 27 octobre 2015 et avec le Liechtenstein le 2 décembre 2015, auxquels j'avais déjà apporté mon soutien.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Este acordo diz respeito à troca automática de informações de contas financeiras, destinado a melhorar a cooperação fiscal e o cumprimento das obrigações fiscais internacionais. Representa um progresso importante no âmbito dos esforços que estão a ser desenvolvidos para combater a fraude e a evasão fiscais.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución por la cual el Parlamento aprueba la celebración del Acuerdo con San Marino relativo al intercambio automático de información sobre cuentas financieras de cara a mejorar la cooperación fiscal y el cumplimiento de las obligaciones tributarias internacionales.

Con este Acuerdo se avanza en la lucha contra el fraude fiscal y la evasión fiscal, estableciéndose entre las partes un intercambio automático de información sobre las cuentas financieras de sus respectivos residentes a partir de 2017. De esta manera, podrán afrontarse aquellas situaciones en las que un contribuyente intente ocultar un patrimonio que represente ingresos o activos sobre los cuales no se hayan pagado impuestos.

Asimismo, se propone garantizar que la información intercambiada no solo se refiera a ingresos tales como intereses o dividendos, sino también a los saldos en cuentas y los ingresos derivados de la venta de activos financieros. El Acuerdo garantiza además el intercambio incondicional de información previa petición, de conformidad con la evolución más reciente de la OCDE y los trabajos de la UE en este ámbito.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté ce midi en faveur de l'accord entre l'Union européenne et Saint-Marin, signé en décembre 2015, afin de lutter contre la fraude et l'évasion fiscales. L'information échangée concernera non seulement le revenu, comme les intérêts et les dividendes, mais aussi les soldes et produits de la vente d'actifs financiers. Conformément à l'accord, Saint-Marin appliquera des mesures plus strictes, équivalentes à celles en place au sein de l'UE depuis mars 2014. L'accord est également conforme à la norme mondiale de 2014 sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers promue par l'OCDE. Concrètement, les administrations fiscales dans les États membres de l'UE et à Saint-Marin pourront: — identifier correctement et sans équivoque les contribuables concernés; — gérer et faire appliquer leurs lois fiscales dans les situations transfrontalières; — évaluer la probabilité d'évasion fiscale perpétrée; — éviter de nouvelles enquêtes inutiles.

L'accord entrera en vigueur le 1^{er} janvier 2017.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes juo Europos Parlamentas išreiškia visapusišką paramą Europos Sąjungos ir San Marino pasirašytam susitarimui. Minėtas susitarimas yra dar vienas žingsnis glaudesnio bendradarbiavimo link - šiuo atveju bus dalinamasi finansine gyventojų turimų sąskaitų informacija. Tokiu būdu bus siekiama išvengti mokesčių slėpimo atvejų ir sumažinti brangius piktnaudžiavimo atvejų tyrimų kaštus.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A União Europeia e a República de São Marinho celebraram no final de 2015 um acordo sobre a troca automática de informações de contas financeiras, tendo por finalidade melhorar a cooperação fiscal e o cumprimento das obrigações fiscais internacionais. Este acordo representa mais um marco nos esforços que têm sido desenvolvidos no combate à fraude e à evasão fiscais.

No seguimento deste novo acordo, a UE e São Marinho terão agora, de forma automática, a troca de informações sobre as contas financeiras dos residentes da outra parte, estando também assegurada a troca automática de informações a pedido, medidas em conformidade com os desenvolvimentos mais recentes do trabalho da OCDE e da UE neste domínio.

Em virtude do novo acordo, as administrações fiscais dos Estados-Membros e de São Marinho poderão, para além de identificar de forma correta e inequívoca os contribuintes em causa, aplicar e fazer cumprir as suas leis tributárias em situações transfronteiras.

Por considerar importante assegurar o bom funcionamento das questões financeiras entre São Marinho e a UE, votei favoravelmente o presente relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit les conditions d'échange automatique des informations avec la République de Saint-Marin en matière de fiscalité des revenus de l'épargne sous forme de paiements d'intérêts. Il s'agit d'approuver la position du Conseil qui se conforme au standard international pour l'échange automatique d'informations financières en matière de fiscalité prévu par l'OCDE.

Cet accord entrera en vigueur le 1^{er} janvier 2017. Les administrations fiscales dans les États membres de l'UE et à Saint-Marin pourront identifier les contribuables concernés, gérer et faire appliquer leurs lois fiscales dans les situations transfrontalières, et également, évaluer la probabilité d'évasion fiscale perpétrée.

L'Europe doit prendre des mesures concrètes et efficaces contre la fraude et l'évasion fiscale. Un accord avec la République de Saint Marin s'imposait et ce projet va dans le bon sens.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – L'8 dicembre 2015 l'Unione europea e la Repubblica di San Marino hanno firmato un accordo sullo scambio automatico di informazioni finanziarie a fini fiscali, inteso a migliorare la cooperazione e il rispetto degli obblighi in ambito fiscale a livello internazionale, che entrerà in vigore a partire dal 2017. L'accordo rientra nel più ampio progetto dell'Unione europea di migliorare la trasparenza e la cooperazione sulle materie fiscali sia fra gli Stati membri sia con i paesi limitrofi e in particolare combattere l'esistenza dei paradisi fiscali. Le differenze esistenti fra diversi regimi fiscali non possono permettere l'elusione e l'evasione fiscale che porta a mancati guadagni nelle casse di stati già profondamente segnati dalla crisi, a una ripartizione squilibrata dei costi fra i contribuenti e a una concorrenza sleale tra le grandi multinazionali e le imprese meno «furbe», le PMI e i lavoratori autonomi

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, con el que se establece un acuerdo entre la Unión y San Marino que establece un marco de cooperación para el intercambio de información fiscal convergente con el que ya funciona entre países miembro. Este Acuerdo se refiere únicamente a los impuestos sobre los intereses que se reciben los ahorristas en tanto que acreedores. El Acuerdo avanza para combatir la elusión fiscal y evasión fiscales y facilitar la transparencia.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El texto del Acuerdo obliga a San Marino a aplicar estándares de información sobre cuentas financieras equivalentes a los del marco legislativo europeo, lo que permitirá reforzar los controles sobre el fraude y la evasión fiscal. Aunque insuficiente, se trata de un paso en la buena dirección, por lo que he votado a favor.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – L'UE e la Repubblica di San Marino hanno firmato l'8 dicembre 2015 un accordo sullo scambio automatico di informazioni in materia fiscale, inteso a migliorare la cooperazione e il rispetto degli obblighi in ambito fiscale a livello internazionale.

Ho deciso di dare il mio sostegno alla conclusione dell'accordo poiché esso rappresenta un importante passo avanti negli sforzi in atto per combattere la frode e l'evasione fiscale. A partire dal 2017, l'UE e la Repubblica di San Marino procederanno ad uno scambio automatico di informazioni sui conti finanziari dei rispettivi residenti, con l'obiettivo di far fronte alle situazioni in cui un contribuente cerchi di occultare capitale costituito da redditi o attività oggetto di evasione fiscale. L'accordo, reso conforme agli standard globali dell'OCSE, garantisce inoltre che le informazioni scambiate riguarderanno non soltanto redditi quali interessi e dividendi, ma anche i saldi di conto e i proventi delle attività finanziarie.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – While the Tories are bent on preserving tax evasion techniques for the rich in Britain, we have been tackling tax evasion in the EU. This agreement means that the EU and San Marino will exchange information automatically on the financial accounts of each other's residents from 2017. There needs to be more transparency on tax issues between third countries and the EU and this is one step in that direction.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – V prípade hlasovania o návrhu legislatívneho uznesenia Európskeho parlamentu o uzatvorení pozmeňujúceho protokolu k Dohode medzi Európskym spoločenstvom a Sanmarínskou republikou, ktorá upravuje opatrenia o zdaňovaní príjmu z úspor v podobe výplaty úrokov, som hlasoval za prijatie tohto uznesenia. Podpisom tohto pozmeňujúceho protokolu sa totiž umožní vykonávanie Dohody o automatickej výmene informácií o finančných účtoch, ktorej cieľom je zlepšiť medzinárodnú spoluprácu a dodržiavanie predpisov v oblasti daní, ktorú Európska únia a San Maríno podpísali v decembri 2015. Cieľom je riešiť situácie, keď sa daňovník snaží skryť kapitál v podobe príjmu alebo majetku, za ktorý nebola zaplatená daň.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovi statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Udalosti posledných rokov ukazujú, že máme v Európe stále problémy s únikmi daní. Vítam preto dohodu medzi EÚ a San Marínom, na základe ktorej bude môcť dochádzať k výmene informácií o finančných účtoch od roku 2017. Táto dohoda prispeje k riešeniu situácií, keď sa daňovník pokúša skryť kapitál v podobe príjmu alebo majetku, za ktorý nezaplatil daň. Dohodu som podporila preto, že jej výsledkom bude zlepšenie prístupu daňových správ členských štátov k údajom orgánov San Marína. Príslušné orgány členských štátov budú môcť správne a jednoznačne identifikovať príslušných daňovníkov a budú môcť presadzovať uplatňovanie daňových zákonov v cezhraničných situáciách. Rovnako budú mať možnosť preskúmať konanie daňovníkov v prípadoch, ak dôjde k podozreniu, že dochádza k daňovým únikom. A dohoda umožní aj to, aby sa členské štáty vyhli ďalšiemu nepotrebnému vyšetrovaniu. Treba podotknúť, že dohoda je plne v súlade so štandardami OECD. Vymieňané informácie sa tak budú týkať nielen príjmov, ako sú úroky a dividendy, ale aj stavu na účtoch a výnosov z predaja finančných aktív. Verím, že aj táto dohoda bude pozitívne vplývať na to, aby sa zisky zdaňovali tam, kde sú vytvárané.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pisno. – EU in San Marino sta 8. decembra 2015 podpisala sporazum o avtomatični izmenjavi podatkov o finančnih računih, da bi izboljšali mednarodno sodelovanje na davčnem področju in skladnost s predpisi. V skladu s sporazumom bo od leta 2017 med EU in San Marinom potekala avtomatična izmenjava podatkov o finančnih računih rezidentov.

Namen sporazuma pa je rešiti situacije, ko skuša davkoplačevalec prikriti kapital v obliki dohodka ali premoženja, za katerega ni plačal davka. Zaradi omenjenega sporazuma bodo davčne uprave v državah članicah in v San Marinu lahko pravilno in nedvoumno določile ustrezne davkoplačevalce, upravljale in uveljavljale nacionalno davčno zakonodajo v čezmejnih situacijah, ocenile verjetnost, da gre za davčno utajo, ter poskrbele, da ne bo prihajalo do nepotrebnih nadaljnjih preiskav.

Sporazum pomeni pomemben korak v okviru potekajočih prizadevanj za boj proti davčnim goljufijam in davčni utaji ter nadgrajuje sporazum iz leta 2004, s katerim je bilo doseženo, da San Marino izvaja ukrepe, enakovredne tistim iz direktive EU o obdavčenju dohodka od prihrankov.

Zaradi opisanega, sem poročilo na plenarnem zasedanju podprl.

Ivan Štefanec (PPE), písomne – Spravodlivé zdaňovanie a boj proti daňovým únikom je aktuálnou témou nielen v členských štátoch, ale aj na úrovni EÚ. Spolupráca v tejto oblasti aj s tretími štátmi je však nevyhnutná, hlavne v oblasti, akou je výmena informácií medzi daňovými úradmi.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Europska unija i San Marino potpisali su 8. prosinca 2015. sporazum o automatskoj razmjeni informacija o financijskim računima čiji je cilj unapređivanje porezne suradnje i izvršavanja poreznih obveza na međunarodnoj razini. Taj je sporazum važan korak u stalnim naporima da se uvedu oštre mjere protiv porezne prijevare i utaje i njime se poboljšava sporazum iz 2004. kojim se osiguralo da San Marino primjenjuje mjere poput onih iz Direktive EU-a o oporezivanju dohotka od kamata na štednju. Prema novom sporazumu, počevši od 2017. EU i San Marino automatski će razmjenjivati informacije o financijskim računima svojih stanovnika. Cilj je uhvatiti se u koštac sa situacijama u kojima porezni obveznik želi prikriti kapital koji predstavlja dohodak ili imovinu za koju nije plaćen porez, te sam stoga podržao izvješće.

Dubravka Šuica (PPE), napisan. – Kako bi se osiguralo da San Marino primjenjuje istovrijedne mjere predviđene Direktivom EU-a za oporezivanje dohotka od kamata na štednju, još je 2004. godine potpisan ugovor između EU-a i San Marina. Komisija je zatim 17. lipnja 2011. godine prihvatila preporuku da se započnu pregovori sa San Marinom, koji su u prosincu 2014. godine rezultirali unaprijeđenim pravnim okvirom EU-a kojim se izmijenila Direktiva o administrativnoj suradnji DAC2 te se promicala razmjena informacija o financijskim računima, što se preporučalo i u okviru globalnih standarda OECD-a.

Sporazum o automatskoj razmjeni informacija o financijskim računima potpisan je 8. prosinca 2015. godine, s ciljem unapređivanja porezne suradnje te izvršavanja poreznih obveza na međunarodnoj razini. Taj sporazum ključan je u borbi protiv poreznih prevara i utaja. Novi sporazum, koji bi na snagu trebao stupiti 2017. godine, omogućit će automatsku razmjenu informacija o financijskim računima stanovnika između EU-a i San Marina kako bi se spriječilo prikrivanje imovine i dohotka na koje nije plaćen porez. Tako će sve uključene strane moći ne samo utvrditi identitet dotičnih poreznih obveznika, već i primjenjivati svoje porezno zakonodavstvo u prekograničnim situacijama. Stoga, u potpunosti podržavam i prihvaćam ovo izvješće.

Patricija Šulin (PPE), pisno. – Glasovala sem za poročilo o predlogu sklepa Sveta o sklenitvi, v imenu Evropske unije, Protokola o spremembi k Sporazumu med Evropsko skupnostjo in Republiko San Marino o ukrepih, enakovrednih tistim iz Direktive Sveta 2003/48/ES o obdavčevanju dohodka od prihrankov v obliki plačil obresti.

V boju proti davčnim goljufijam je bilo v preteklosti storjenega že veliko, ogromno dela nas pa še čaka. Predvsem na področju izmenjav podatkov med državami. Sporazum med EU in San Marinom prinaša nadgradnjo sporazuma iz leta 2004 ter bo pomenil okrepljene ukrepe proti davčnim goljufijam in davčnim utajam.

Νεοκλής Σουλικιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Υπερψηφίσαμε την έκθεση αφού προωθεί περισσότερη διαφάνεια στη φορολόγηση εισοδημάτων από αποταμιεύσεις. Η στήριξη μας βασίζεται και στο γεγονός πως ο Άγιος Μαρίνος θεωρείται ελκυστικός προορισμός για λογαριασμούς μεγαλεισοδηματιών, οι οποίοι μεταφέρουν τους λογαριασμούς τους εκεί για αποφυγή φορολόγησης του πλούτου τους.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η Δημοκρατία του Αγίου Μαρίνου αποτελεί γνωστό φορολογικό παράδεισο και κατά συνέπεια, η ανταλλαγή φορολογικών πληροφοριών εξυπηρετεί τη διεθνή φορολογική συνεργασία και τη συμμόρφωση με τις σχετικές διατάξεις.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az Európai Közösség és a San Marino Köztársaság közötti, a megtakarításokból származó kamatjövedelem adóztatásáról szóló 2003/48/EK tanácsi irányelv módosításának aláírását. Üdvözlöm az új megállapodást, hiszen az fontos lépés az adókikerülés és adócsalás elleni harcban azzal, hogy biztosítja, hogy San Marino Köztársaság a megtakarításokból származó kamatjövedelem adóztatása terén a legújabb uniós irányelveknek megfelelő intézkedéseket alkalmazza. Ez a megállapodás példamutató, hiszen elősegíti a nemzetközi adóügyi együttműködést, csökkentve ezzel azon magánszemélyek és vállalatok számát, akik olyan jövedelmet vagy vagyont megtestesítő tőke elrejtésére töreksenek, amelyre vonatkozóan az adót nem fizették meg. Az Európai Parlament, azon belül is a TAXE ÉS TAX2 bizottságok komoly erőfeszítéseket tettek egy igazságos adórendszer kialakításáért. A fenti egyezmény is ehhez járul hozzá az adóhatóságok közötti automatikus információcsere biztosításával.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană și-a propus în ultima vreme să combată în mod eficient fenomenul evaziunii fiscale. În acest sens, UE a încheiat o serie de acorduri de cooperare în domeniul fiscal cu state terțe care sunt de obicei folosite ca „paradisuri fiscale” pentru evitarea impozitării corecte a veniturilor. Unul dintre aceste state este San Marino, care a avut întotdeauna o colaborare foarte bună cu instituțiile europene. Documentul Comisiei vizat de actualul raport actualizează cooperarea administrativă între cele două părți, permițând schimbul automat de informații privind conturile, conform standardelor globale ale OCDE din 2014. Informațiile respective vizează, în afară de dobânzi și dividende, soldurile conturilor și veniturile din vânzarea activelor financiare. Acordul urmează să intre în vigoare din 2017, însă părțile au convenit intrarea provizorie în vigoare de la 1 ianuarie 2016. Astfel, se impune adoptarea neîntârziată a documentului de față, care permite ratificarea rapidă a acordului și reducerea actualei faze tranzitorii.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour cet accord, qui vise à garantir que la République de Saint-Marin applique des mesures renforcées équivalentes à celles prévues dans le cadre juridique de l'Union, actualisé en décembre 2014 (modifiant la directive sur la coopération administrative, «DCA2»), et respecte l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers recommandé par les normes mondiales de l'OCDE de 2014.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Equal treatment before the law is a topic I have always cared about. This is why I voted in favour of the EU-San Marino agreement to improve international tax cooperation and compliance and to fight tax fraud and tax evasion. This will allow the EU and San Marino to automatically exchange information on the financial accounts of each other's residents from 2017 onwards. I hope that this measure will contribute to a more equal treatment of citizens, create a culture of tax compliance, avoid unnecessary bureaucratic and time-consuming investigations, and permit tax incomes saved by these measures to be invested in job creation.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Europska unija i San Marino potpisali su 8. prosinca 2015. sporazum o automatskoj razmjeni informacija o financijskim računima čiji je cilj unaprjeđivanje porezne suradnje i izvršavanja poreznih obveza na međunarodnoj razini. Prošireni sporazum omogućit će da San Marino primjenjuje pojačane mjere koje su istovrijedne pravnom okviru EU-a i koje su u skladu s postupcima automatske razmjene informacija o financijskim računima koji su promicani u okviru globalnih standarda OECD-a iz 2014.

U skladu s tim standardima, cilj dodatnih odredbi jest zajamčiti da se razmijenjene informacije ne odnose samo na dohodak, kao što su kamatne stope i dividende, već i na stanja na računu i prihode od prodaje financijske imovine. Kao rezultat tog novog sporazuma, porezne uprave u državama članicama i u San Marinu moći će točno i nedvojbeno utvrditi o kojim je poreznim obveznicima riječ, primjenjivati i provoditi svoje porezno zakonodavstvo u prekograničnim situacijama, procijeniti vjerojatnost utaje poreza te izbjeći nepotrebne dodatne istrage.

U skladu s tim, u potpunosti podržavam nadopunu sporazuma i napore izvjestiteljice Van Nieuwenhuizen za sklapanjem i ratificiranjem sporazuma što je prije moguće kako bi prijelazno razdoblje bilo što kraće.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o predlogu sklepa Sveta o sklenitvi, v imenu Evropske unije, Protokola o spremembi k Sporazumu med Evropsko skupnostjo in Republiko San Marino o ukrepih, enakovrednih tistim iz Direktive Sveta 2003/48/ES o obdavčevanju dohodka od prihrankov v obliki plačil obresti sem podprla, saj menim, da je prav, da podpiramo transparentnost kapitala v obliki dohodka ali premoženja.

Skladno s sporazumom bo od leta 2017 med EU in San Marinom potekala avtomatična izmenjava podatkov o finančnih računih rezidentov.

Namen je rešiti situacije, ko skuša davkoplačevalec prikriti kapital v obliki dohodka ali premoženja, za katerega ni plačal davka.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, con el que se establece un acuerdo entre la Unión y San Marino que establece un marco de cooperación para el intercambio de información fiscal convergente con el que ya funciona entre países miembro. Este Acuerdo se refiere únicamente a los impuestos sobre los intereses que se reciben los ahorristas en tanto que acreedores. El Acuerdo avanza para combatir la elusión fiscal y evasión fiscales y facilitar la transparencia.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici de valider l'accord signé le 8 décembre 2015 entre l'UE et la République de Saint-Marin sur l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers, visant à accroître la coopération fiscale et le respect des obligations fiscales au niveau international.

Le texte prévoit que l'Union européenne et la République de Saint-Marin échangeront automatiquement les informations relatives aux comptes de leurs résidents respectifs à compter de 2017. Toutefois, l'accord a reçu une application anticipée au 1^{er} janvier 2016.

L'objectif est toujours de faire face à l'évasion fiscale «ordinaire», c'est-à-dire à la dissimulation de revenus ou d'actifs afin d'éviter leur imposition.

En accord avec les normes de l'OCDE, l'accord prévoit que les informations échangées concernent non seulement les revenus de l'épargne (intérêts et dividendes), mais aussi les soldes de comptes et les produits issus de la vente d'actifs financiers.

Je vote donc pour ce texte dans la logique des votes précédents sur la transparence fiscale.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió és San Marino Köztársaság 2015. december 8-án megállapodást írt alá a pénzügyi számlainformációk automatikus cseréjéről, amelynek célja a nemzetközi adóügyi együttműködés és a szabályok betartásának javítása. A megállapodás fontos lépést jelent az adócsalás és adókijátszás elleni fellépésre irányuló erőfeszítések terén, és naprakészé teszi azon 2004. évi megállapodást, amely biztosítja, hogy San Marino Köztársaság a megtakarításokból származó kamatjövedelem adóztatásáról szóló uniós irányelvvel egyenértékű intézkedéseket alkalmazzon. Az új megállapodás értelmében az EU és San Marino Köztársaság között 2017-től kezdődően automatikus információcsere jön létre egymás lakosainak pénzügyi számlái tekintetében. Szavazatommal támogattam a dokumentumot.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – My vote was positive because I welcome the signature of this agreement between the European Union and San Marino. It is a step towards more cooperation on exchange of information on the financial accounts of residents.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the EU-San Marino agreement on the automatic exchange of financial account information. The EU and San Marino signed an agreement in December 2015 to restrict tax fraud and tax evasion by automatically exchanging information on residents' income, such as interests and dividends, account balances and proceeds from the sale of financial assets.

The agreement implies stricter measures to be applied by San Marino, equal to those applied within the EU since March 2014, and it complies with the 2014 Global Standard on the automatic exchange of financial account information promoted by the OECD.

This agreement will work in the direction of increased financial transparency with the aim of preventing EU citizens from concealing money in bank accounts from the tax services and this is the reason why I voted in favour of it.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de un Acuerdo relativo al intercambio automático de información sobre cuentas financieras con miras a mejorar la cooperación fiscal y el cumplimiento de las obligaciones tributarias internacionales. Este Acuerdo representa un importante paso en la lucha emprendida contra el fraude y la evasión fiscal, además de actualizar el Acuerdo de 2004. Por todo ello creo necesario votar a favor.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor de automatische uitwisseling van inlichtingen over financiële rekeningen aangezien deze overeenkomst meer transparantie zal brengen in fiscale kwesties tussen de EU en San Marino.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O acordo assinado este ano sobre a troca automática de informações das contas e dos juros financeiros, que visa melhorar a cooperação fiscal internacional e a conformidade, representa um passo importante nos esforços em curso para lutar contra a fraude e a evasão fiscais.

Com o novo acordo, a UE e São Marinho irão trocar automaticamente informações sobre as contas financeiras dos residentes de cada um, a partir de 2017. O objetivo é abordar situações em que um contribuinte procura esconder as suas fontes de rendimentos financeiros não taxados.

O acordo visa garantir que São Marinho aplique medidas que sejam equivalentes ao quadro jurídico da União Europeia e da OCDE.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Dieses Abkommen, welches das bereits bestehende Abkommen aus 2004 auf den neuesten Stand bringt, dient dem automatischen Informationsaustausch zwischen der EU und San Marino. Mit der Zusammenarbeit in Steuerangelegenheiten soll Steuerrecht grenzüberschreitend angewendet werden, Steuerpflichten korrekt und zweifelsfrei ermittelt werden und die Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung vereinfacht werden. Daher habe ich für diesen Bericht gestimmt.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Änderungsprotokolls zu dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik San Marino über Regelungen, die denen der Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen gleichwertig sind habe ich nicht zugestimmt.

Ich plädiere für die Wiederherstellung des Bank- und Steuergeheimnisses. Es sollte keinen verdachtsfreien Zugriff auf Bank- und Steuerdaten geben. Dies gilt auch für den zwischenstaatlichen Austausch von Steuerdaten. Der Austausch von Steuerdaten nach dem Abkommen soll jedoch die Behörden erst in die Lage versetzen zu prüfen, wie wahrscheinlich es ist, dass eine Steuerhinterziehung vorliegt.

Damit werden die Bürger und Steuerzahler unter Generalverdacht gestellt und ihre Freiheitsrechte verletzt.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – UE și San Marino au semnat, la sfârșitul anului trecut 2015, acordul privind schimbul automat de informații cu privire la conturile financiare, cu scopul de a îmbunătăți cooperarea în domeniul fiscal și respectarea normelor fiscale la nivel internațional. Am votat raportul PE cu privire la acest acord care reprezintă un pas important în cadrul eforturilor actuale de combatere a fraudelor și a evaziunii fiscale și actualizează acordul din 2004, prin care se asigură faptul că Republica San Marino aplică măsuri echivalente celor din directiva UE privind impozitarea veniturilor din economii.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – L'Unione europea e San Marino hanno firmato un accordo di scambio automatico delle informazioni finanziarie a fini fiscali inteso a migliorare la cooperazione e il rispetto degli obblighi in ambito fiscale a livello internazionale. Si tratta del terzo di un pacchetto di cinque accordi, che riguardano Svizzera, Liechtenstein, San Marino, Andorra e Monaco. Sebbene questi accordi apportino delle migliorie, sono ancora lontani dal risolvere in concreto la maggior parte delle problematiche esistenti con tutti questi paesi.

Sulla base di tale accordo, a partire dal 2016, l'UE e San Marino procederanno ad uno scambio automatico d'informazioni sui conti finanziari dei rispettivi residenti, in maniera tale da incrementare gli sforzi per combattere la frode, l'elusione e l'evasione fiscale, che vedono San Marino proprio come uno dei paesi più sensibili sotto questi aspetti. L'accordo contiene sicuramente dei miglioramenti rispetto alla situazione attuale, ma è altrettanto vero che si sarebbe potuto e dovuto cercare un accordo più completo e approfondito, poiché questo lascia ancora presenti diversi vuoti normativi facilmente aggirabili. Per questo motivo mi sono astenuto.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Dohodu medzi Európskou úniou a San Marinom som podporila. Na jej základe si bude Európska únia so San Marinom vymieňať informácie o finančných účtoch obyvateľov. Hlavným účelom bola nielen snaha eliminovať prípady, keď sa ľudia snažili skrývať svoje príjmy a aktíva, ale aj zosúladiť automatizovanú výmenu s požiadavkami OECD. Myslím si, že oba ciele sú správne. Jednak je potrebné zabrániť prípadom vyhýbania sa plateniu daní zneužívaním systému inej krajiny, ale na druhej strane zosúladením požiadavok so štandardmi OECD sa vyhneme možným problémom vyplývajúcim z aplikácie dvoch rôznych systémov. Táto dohoda nie je ojedinelá, naopak, Európska únia už podobnú uzavrela napríklad so Švajčiarskom, či Lichtenštajnskom a sú pripravované ďalšie. Všetky tieto dohody som podporila a aj tejto som dala svoj hlas.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem predlog sklepa Sveta, saj menim, da bo sporazum zagotovil, da bo San Marino izvajal okrepljene ukrepe za boj proti davčnim goljufijam.

8.3. Beitritt Kroatiens zu dem Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Union (A8-0019/2016 - Tomáš Zdechovský)

Written explanations of vote

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – We are against the EC creating financial interests for Member States, therefore we voted against.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione di adesione della Croazia alla Convenzione del 26 luglio del 1995 relativa alla tutela degli interessi finanziari delle Comunità europee ha introdotto un metodo semplificato per l'adesione di quest'ultima alle convenzioni e ai protocolli conclusi dagli Stati membri sulla base dell'articolo 34 TFUE. Grazie a questo accordo è stata fissata la data nella quale le convenzioni entreranno in vigore per la Croazia. Ho votato favorevolmente per permettere l'armonizzazione delle normative croate nel quadro giuridico europeo.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque, con la adhesión de Croacia al citado Convenio, los recursos financieros de la Unión Europea invertidos en el país resultan mejor protegidos contra irregularidades y potenciales fraudes. El Convenio de protección de los intereses de la Unión estipula la inclusión en el Derecho penal nacional de los delitos contra los recursos y las inversiones realizadas por la UE en dicho país. Es por esto que el acuerdo de adhesión implica un mejor uso de los recursos públicos, su defensa y la persecución penal en caso de un eventual fraude producido dentro de las fronteras del Estado de Croacia, obligando a las autoridades nacionales a perseguir cualquier tipo de delito en este ámbito. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur le vote du rapport sur l'adhésion de la Croatie aux conventions relatives à la protection des intérêts financiers des Communautés européennes.

En effet, si je soutiens les mesures allant dans le sens de la protection des intérêts financiers de l'UE, je suis opposé à la politique d'élargissement de l'Union.

Je ne pouvais donc pas soutenir ce texte.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης καθώς αποτελεί θετικό γεγονός η σύσταση για απόφαση του Συμβουλίου αναφορικά με την προσχώρηση της Κροατίας στη σύμβαση για την προστασία των οικονομικών συμφερόντων των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων, όμως ταυτόχρονα απαιτείται η άμεση επανέναρξη των διαπραγματεύσεων για την οδηγία σχετικά με την προστασία των οικονομικών συμφερόντων των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων ώστε να αντιμετωπιστούν αποτελεσματικά οι απάτες σε βάρος του προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici d'un rapport de la commission LIBE qui recommande au Parlement d'approuver une décision concernant l'adhésion de la Croatie à la convention relative à la protection des intérêts financiers des Communautés européennes ainsi qu'à ses protocoles. Bien qu'avec mes collègues du Front national, nous sommes opposés à la logique de l'élargissement permanent, je me suis abstenue considérant qu'il s'agit ici de la protection des intérêts financiers de l'Union européenne et donc aussi des contribuables français.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interest of transparency I would like to confirm I voted against this report. I do not believe that the unelected officials of the European Union should have to power to interfere in a sovereign nation's financial interests. The financial interests should be protected by the elected members of a country's national parliament.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pasiūlymą dėl Kroatijos prisijungimo prie Konvencijos dėl Europos Bendrijų finansinių interesų apsaugos. 2011 m. sutartimi dėl Kroatijos Respublikos stojimo nustatyta supaprastinta sistema dėl Kroatijos prisijungimo prie ES valstybių narių sudarytų konvencijų. Šiuo tikslu Taryba priims sprendimą ir nustatys datą, kurią šios konvencijos įsigalios Kroatijai, taip pat atliks visus šių konvencijų suderinimus, būtinus prisijungiant naujai valstybei narei.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – La commission LIBE recommande que le Parlement approuve une décision du Conseil concernant l'adhésion de la Croatie à la convention relative à la protection des intérêts financiers des Communautés européennes ainsi qu'à ses protocoles: je ne m'y suis pas opposé.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cette résolution qui soutient la proposition de la Commission demandant au Conseil de fixer une date d'entrée en vigueur, pour la Croatie, des conventions relatives à la protection des intérêts financiers de l'Union.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Zdechovský sull'adesione della Croazia alle convenzioni relative alla tutela degli interessi finanziari delle Comunità europee. Si tratta di un provvedimento dal carattere tecnico che si limita ad approvare una raccomandazione della Commissione al Consiglio. Sebbene l'atto di adesione della Repubblica di Croazia del 2011 preveda un'adesione automatica dello Stato balcanico alle convenzioni e ai protocolli conclusi dagli Stati membri in base all'articolo 4 TUE, è necessaria una decisione del Consiglio per stabilire la data di entrata in vigore di queste convenzioni.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la Recomendación de la Comisión al Consejo relativa a la adhesión solicitada por Croacia a este tratado internacional.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne l'adhésion de la Croatie à la convention relative à la protection des intérêts financiers des Communautés européennes ainsi qu'à ses protocoles et cette adhésion a été recommandée par la commission LIBE du Parlement. Je reste fortement opposée à l'élargissement permanent de l'UE mais il s'agit ici pourtant de la protection des intérêts financiers de l'UE donc du coup des contribuables français, c'est pourquoi je me suis abstenue.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione oggetto di voto è condivisibile e priva di criticità. Essa garantirà l'adesione della Croazia alla convenzione del 1995 sulla protezione degli interessi finanziari dell'UE, garantendo così l'Unione da eventuali frodi commesse soprattutto nell'uso dei fondi comunitari. Per questo motivo ho votato a favore del testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El Tratado de Adhesión de la República de Croacia de 2011 introduce un sistema simplificado para la adhesión de Croacia a los convenios y protocolos celebrados por los Estados miembros sobre la base del artículo 34 del TUE. El Acta de Adhesión establece que Croacia se adhiere a estos convenios y protocolos y señala en su anexo I la lista de convenios y protocolos considerados. Dicha lista incluye el Convenio de 26 de julio de 1995 relativo a la protección de los intereses financieros de las Comunidades Europeas, su Protocolo de 27 de septiembre de 1996, su Protocolo de 29 de noviembre de 1996 y el Segundo Protocolo de 19 de junio de 1997, que tienen por objeto establecer una base común destinada a la protección penal de los intereses financieros de la CE. Por ello, he votado a favor.

Vilija Blinkievičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritaria Kroatijos prisijungimui prie Konvencijos dėl EB finansinių interesų apsaugos. Siekdamas Sąjungos tikslų, valstybės narės kovą su nusikaltimais, darančiais žalą Europos Bendrijų finansiniams interesams, laiko bendro intereso reikalu. Šią konvenciją sudaro: Bendrijų finansinių interesų apsaugos konvencija, skirta kovoti konkrečiai su tiems interesams kenkiančiu sukčiavimu, taip pat protokolas, skirtas visų pirma priešintis korupcijos veikoms, su kuriomis yra susiję valstybių narių ir Bendrijos pareigūnai ir kurios daro arba gali padaryti žalą Europos Bendrijų finansiniams interesams bei protokolas, skirtas visų pirma juridinių asmenų atsakomybei, konfiskavimui, pinigų plovimui bei valstybių narių ir Komisijos bendradarbiavimui siekiant apsaugoti Europos Bendrijų finansinius interesus ir su jais susijusius asmens duomenis.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlagano priporočilo, ki določa pristop Hrvaške h Konvenciji o zaščiti finančnih interesov Unije, sem podprl, saj je to potrebno zaradi uskladitve s pravnim redom EU.

Akt o pristopu Hrvaške k EU je namreč uveljavil poenostavljeni sistem njenega pristopa h konvencijam, ki jih ostale države članice že imajo sklenjene. Komisija zato priporoča, da Svet določi datum začetka veljavnosti konvencije o zaščiti finančnih interesov in njenih protokolov.

In sam, kot član Evropskega parlamenta, ki v tem postopku sprejemanja daje soglasje, temu ne nasprotujem.

Louise Bours (EFDD), *in writing*. – This is merely a procedural vote allowing Croatia to join the EC's financial interests. We are against the EC creating financial interests for Member States, therefore we voted against.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'atto di adesione all'Unione europea della Repubblica di Croazia del 2011 introduce un sistema semplificato di adesione della Croazia alle convenzioni (e ai protocolli) concluse dagli Stati membri.

Nell'elenco figurano la convenzione del 26 luglio 1995 relativa alla tutela degli interessi finanziari delle Comunità europee, i suoi protocolli del 27 settembre 1996 e del 29 novembre 1996 e il secondo protocollo del 19 giugno 1997, tutti adottati in base al titolo VI del trattato sull'Unione europea e finalizzati a creare una base comune per la tutela penale degli interessi finanziari delle Comunità europee.

L'adesione è importante al fine di proteggere gli interessi finanziari dell'Unione europea contro la frode.

Permettere oggi allo Stato membro della Croazia di aderire alla suddetta convenzione e ai suoi protocolli è un atto dovuto alla Repubblica croata e utile nel quadro della cooperazione giudiziaria europea in materia penale.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le rapport porte sur l'adhésion de la Croatie à la convention sur la protection des intérêts financiers de l'Union. Si nous sommes opposés a priori à tout élargissement du périmètre d'adhésion, dans le cas présent, il s'agit de la protection des intérêts financiers de l'Union et donc du bon emploi de la contribution des États membres, comme la France. C'est la raison pour laquelle je me suis abstenu sur ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – În cadrul noilor state membre, integrarea în sistemul legislativ fiscal și nu numai se face treptat, pentru a permite o adaptare reală la acquis-ul comunitar și o cunoaștere cât mai bună a noilor realități supra-naționale.

Actul de aderare a Republicii Croația din 2011 prevede un sistem simplificat pentru aderarea Croației la convențiile și protocoalele încheiate de statele membre în temeiul articolului 34 din TUE, iar Consiliul este cel care adoptă o decizie privind stabilirea datei la care aceste convenții intră în vigoare cu privire la Croația și adaptările care trebuie aduse acestor convenții ca urmare a aderării noului stat membru. Acestea includ și adoptarea convențiilor în limba croată, astfel încât aceste versiuni să fie „în egală măsură autentice”. Consiliul acționează la recomandarea Comisiei, după consultarea Parlamentului European.

Aprobarea prezentei recomandări a Comisiei, susținută de raport, este un pas important pentru Republica Croată. Tocmai din acest motiv, am votat favorabil prezentul raport.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole. Con l'entrata della Croazia nell'Unione europea, il paese entra anche nella convenzione, in vigore dal 1995, che mira a tutelare gli interessi finanziari dell'Unione europea e dei suoi contribuenti nei casi di frode. La Croazia come nuovo membro dell'UE ora entrerà a far parte di questa convenzione, che non è controversa e non è problematica da un punto di vista politico visto che tutela l'Unione da frodi effettuate per lo più nell'uso dei fondi UE.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla raccomandazione di decisione del Consiglio concernente l'adesione della Croazia alle convenzioni relative alla tutela degli interessi finanziari delle Comunità europee. L'atto di adesione della Repubblica di Croazia del 2011 introduce un sistema semplificato di adesione della Croazia alle convenzioni (e ai protocolli) concluse dagli Stati membri in base all'articolo 34 del trattato sull'Unione europea. L'atto stabilisce che la Croazia aderisce alle convenzioni e ai protocolli in virtù dell'atto di adesione. A tal fine, il Consiglio adotta una decisione che stabilirà la data in cui tali convenzioni entreranno in vigore per la Croazia e apporta alle convenzioni tutti gli adattamenti resisi necessari a causa dell'adesione del nuovo Stato membro (fra le quali l'adozione delle convenzioni in lingua croata, in modo che tali versioni «facciano ugualmente fede»). L'atto di adesione elenca le convenzioni e i protocolli in questione finalizzati a creare una base comune per la tutela penale degli interessi finanziari delle Comunità europee.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this procedural recommendation. Croatia joined the EU in 2013 and this recommendation concerns the date by which it is to accede to the Convention on the Protection of the European Communities' Financial Interests. All other EU countries are parties to this Convention already and Croatia already agreed to ratify it when negotiating its membership of the EU. The recommendation is for the date to be set in the Council, where Croatia has a voice on the matter itself.

James Carver (EFDD), *in writing*. – This is merely a procedural vote allowing Croatia to join the EC's financial interests. We are against the EC creating financial interests for Member States, therefore we voted against.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I support the Commission recommendation for Croatian accession to the Convention on the protection of the financial interests of the Union as soon as possible. Following the accession of Croatia to the European Union almost three years ago, all necessary conventions, international treaties and other laws already in place in the EU should also be adopted by Croatia as soon as possible in order to avoid a legal vacuum.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il dossier raccomanda che il Consiglio adotti una decisione positiva in materia di accesso della Croazia alla convenzione relativa alla tutela degli interessi finanziari delle Comunità europee del 1995 e i relativi protocolli. È infatti importante che anche la Croazia sottoscriva la convenzione e la nostra delegazione ha votato compatta a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση σχετικά με τη σύσταση για απόφαση του Συμβουλίου όσον αφορά την προσχώρηση της Κροατίας στη Σύμβαση της 26ης Ιουλίου 1995, η οποία καταρτίστηκε βάσει του άρθρου Κ.3 της Συνθήκης για την Ευρωπαϊκή Ένωση, σχετικά με την προστασία των οικονομικών συμφερόντων των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων, στο πρωτόκολλο της 27ης Σεπτεμβρίου 1996, το οποίο καταρτίστηκε βάσει του άρθρου Κ.3 της Συνθήκης για την Ευρωπαϊκή Ένωση, στη Σύμβαση σχετικά με την προστασία των οικονομικών συμφερόντων των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων, στο πρωτόκολλο της 29ης Νοεμβρίου 1996, το οποίο καταρτίστηκε βάσει του άρθρου Κ.3 της Συνθήκης για την Ευρωπαϊκή Ένωση σχετικά με την ερμηνεία της Σύμβασης για την προστασία των οικονομικών συμφερόντων των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων από το Δικαστήριο των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων με προδικαστικές αποφάσεις και στο δεύτερο πρωτόκολλο της 19ης Ιουνίου 1997, το οποίο καταρτίστηκε βάσει του άρθρου Κ.3 της Συνθήκης για την Ευρωπαϊκή Ένωση, στη Σύμβαση σχετικά με την προστασία των οικονομικών συμφερόντων των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων. Με την πράξη προσχώρησης της Δημοκρατίας της Κροατίας του 2011 θεσπίστηκαν απλουστευμένες ρυθμίσεις για την προσχώρηση της Κροατίας στις συμβάσεις (και τα πρωτόκολλα) που έχουν συναφθεί από τα κράτη μέλη δυνάμει του άρθρου 34 ΣΕΕ (πρώην άρθρο Κ.3 ΣΕΕ).

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Ψηφίσαμε σχετικά με την έκθεση για τη σύσταση απόφασης του Συμβουλίου όσον αφορά την προσχώρηση της Κροατίας στη σύμβαση της 26ης Ιουλίου 1995, στο πρωτόκολλο της 27ης Σεπτεμβρίου 1996, στη σύμβαση σχετικά με την Προστασία των Οικονομικών Συμφερόντων των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων, στο πρωτόκολλο της 29ης Νοεμβρίου 1996, στο δεύτερο πρωτόκολλο της 19ης Ιουνίου 1997 και στη σύμβαση σχετικά με την προστασία των οικονομικών συμφερόντων των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων. Γίνεται αντιληπτό πως η προσχώρηση της Κροατίας ήταν απαραίτητη για τη λειτουργία της ως κράτους-μέλους της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Γι αυτό το λόγο θεωρώ πως πρόκειται για μια θετική κίνηση και αποφάσισα να υπερψηφίσω.

Salvatore Cicu (PPE), per iscritto. – Ho deciso di votare favorevolmente il provvedimento in quanto ritengo opportuno che si introduca un sistema semplificato di adesione della Croazia alle convenzioni e ai protocolli conclusi dagli Stati membri in base all'articolo 34 del trattato sull'Unione europea. Un tale atto costituirà un importante passo in avanti per la Croazia, che si dimostrerà ancora una volta decisa nello sposare i principi comuni dell'UE, nello specifico l'adesione alla convenzione relativa alla tutela degli interessi finanziari delle Comunità europee.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – La Croazia, ultimo paese ad essere entrato nell'UE, si sta lentamente mettendo al passo con tutti gli adempimenti necessari. Il grosso era fatto già quel 1° luglio, quando l'UE ha accolto il suo 28 Stato Membro, ma rimane ancora qualche dettaglio da rifinire, sul quale non si può che essere d'accordo. Per questo motivo ho votato a favore.

Carlos Coelho (PPE), por escrito. – No âmbito do seu processo de adesão, a Croácia, enquanto Estado-Membro da União, tornou-se parte de um conjunto de convenções e protocolos que integram o edifício jurídico comunitário. Entre elas encontra-se esta Convenção, parte integrante, mas em revisão, dos instrumentos europeus para a proteção dos seus interesses financeiros.

A sua entrada em vigor, contudo, não ocorreu pelo ato de adesão, dependendo antes de uma decisão do Conselho, após consulta a este Parlamento. Neste sentido, é dado o consentimento do Parlamento à sua vigência também na Croácia, nos termos propostos pela Comissão Europeia.

Jane Collins (EFDD), in writing. – This is merely a procedural vote allowing Croatia to join the EC's financial interests. We are against the EC creating financial interests for Member States, therefore we voted against.

Lara Comi (PPE), per iscritto. – L'atto di adesione della Croazia all'Unione europea nel 2011 permette la semplificazione della sua adesione alle convenzioni e protocolli conclusi tra gli Stati membri su base dell'articolo 34 del trattato. In questo senso, accolgo con favore la volontà della Croazia di diventare parte contraente dei trattati relativi alla protezione degli interessi finanziari delle Comunità europee.

Therese Comodini Cachia (PPE), in writing. – I am in favour of Croatia acceding to these conventions and protocols with immediate effect, marking the next step to further adherence within the European framework.

Ignazio Corrao (EFDD), per iscritto. – L'obiettivo della proposta è quello di adottare una decisione in materia di accesso della Croazia alla convenzione relativa alla tutela degli interessi finanziari delle Comunità europee del 1995 e i relativi protocolli. Le condizioni di adesione della Croazia all'Unione europea hanno introdotto un metodo semplificato per l'adesione della Croazia alle convenzioni (e protocolli) concluse dagli Stati membri sulla base dell'articolo 34 TUE. Mi esprimo favorevolmente alla decisione adottata dal Consiglio volta a determinare la data dell'entrata in vigore per la Croazia di tali convenzioni e protocolli, ma anche a favorire l'applicazione di modifiche necessarie per l'adesione del nuovo Stato membro.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor del presente informe porque, con la adhesión de Croacia al citado Convenio, los recursos financieros de la Unión Europea invertidos en el país resultan mejor protegidos contra irregularidades y potenciales fraudes. El Convenio de protección de los intereses de la Unión estipula la inclusión en el Derecho penal nacional de los delitos en contra de los recursos y las inversiones realizadas por la UE en dicho país. Es por esto que el acuerdo de adhesión implica un mejor uso de los recursos públicos, su defensa y la persecución penal en caso de un eventual fraude producido dentro de las fronteras del Estado de Croacia, obligando a las autoridades nacionales a perseguir cualquier tipo de delito en este ámbito. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Pál Csáky (PPE), írásban. – A Horvát Köztársaság 2011. évi csatlakozási szerződése egyszerűsített rendszert vezetett be Horvátországnak a tagállamok által megkötött egyezményekhez történő csatlakozására.

A csatlakozási okmány I. melléklete sorolja fel az érintett egyezményeket és jegyzőkönyveket. E jegyzék tartalmazza az Európai Közösségek pénzügyi érdekeinek védelméről szóló 1995. július 26-i egyezményt, annak 1996. szeptember 27-i és 1996. november 29-i jegyzőkönyveit, valamint az 1997. június 19-i második jegyzőkönyvét, amelyeket az EK–Szerződés VI. címe szerint, az EK pénzügyi érdekeinek büntetőjogi védelme tekintetében létrehozandó közös alap céljából fogadtak el. Ahhoz viszont, hogy Horvátország ténylegesen csatlakozhasson ezen egyezményhez, a Parlamentnek jóvá kell hagyni a Bizottság javaslatát. A mai szavazással az EP rábólintott a bizottsági javaslatra.

Edward Czesak (ECR), na piśmie. – Konwencja o ochronie interesów finansowych Wspólnot Europejskich oraz jej protokoły mają na celu stworzenie wspólnych ram prawnych w zakresie ochrony finansowych interesów Wspólnot na mocy prawa karnego. Należy wywodzić z tego, że jak i dochody powinny podlegać skutecznym, proporcjonalnym i odstraszającym sankcjom karnym, w tym karom pozbawienia wolności, które mogą stanowić podstawę ekstradycji. Z uwagi na fakt, iż popieram stanowisko Komisji Europejskiej, zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – The report focuses on the consultation of Parliament on a proposed recommendation for a Council Decision on Croatia's accession to the Convention on the protection of the European Communities' Financial Interests. I voted in favour of this report as it is a positive step forward in tackling fraud against the budget of the European Union.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Ce rapport donne l'approbation du Parlement européen à l'adhésion de la Croatie aux conventions relatives à la protection des intérêts financiers des Communautés européennes. Considérant que cette adhésion fait suite à l'entrée de la Croatie dans l'Union européenne le 1^{er} juillet 2013, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), par écrit. – Par mon vote, je soutiens l'adhésion de la Croatie aux conventions et protocoles conclus par les États membres visant à établir une base commune en vue d'assurer la protection des intérêts financiers des Communautés européennes par le droit pénal. Il est normal que ce dernier adhère à l'Union européenne prenne part aux conventions pour lesquelles l'Union européenne est partie.

Andor Deli (PPE), írásban. – Horvátország EU-hoz való csatlakozási szerződésénél a tagállamok egy egyszerűsített csatlakozási rendszert vezettek be Horvátország könnyebb egyezményekhez és jegyzőkönyvekhez való csatlakozása érdekében a 34 TEU cikk alapján. A hatékonyság érdekében a Tanácsnak meg kell határoznia ezen egyezmények hatályba lépésének időpontját, illetve meg kell tennie minden szükséges intézkedést, amit az egyezmények megkövetelnek az új tagállam csatlakozása érdekében (mint például az egyezmények horvát nyelvre való hiteles fordítása). A Tanácsnak a Bizottság javaslata alapján kell cselekednie, miután egyeztet az Európai Parlamenttel. A jelentés jóváhagyja az Európai Bizottság javaslatát. Szavazatommal én is támogattam a jelentést.

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – Étant opposée à un élargissement continu de l'Union européenne, et sans vouloir viser la Croatie en particulier, je ne peux soutenir l'adhésion de celle-ci à la convention relative à la protection des intérêts financiers des Communautés européennes ainsi qu'à ses protocoles. Néanmoins, le fait que le texte vise à protéger des intérêts financiers de l'UE et par conséquent de mon pays la France, j'ai décidé de m'abstenir lors du vote.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Подкрепих доклада на Томаш Здоховски относно присъединяването на Хърватия към Конвенцията за защита на финансовите интереси на Съюза. Конвенцията за защита на финансовите интереси на Европейските общности и нейните протоколи имат за цел да създадат обща правна основа на наказателното право за защита на финансовите интереси на Европейските общности. Измамите, засягащи както приходите, така и разходите, трябва да бъдат наказвани с ефективни, пропорционални и възпиращи санкции, включително и лишаване от свобода, което може да доведе до екстрадиция. Конвенцията бе приета на 26 юли 1995 г. и влезе в сила на 17 октомври 2002 г. Това предложение формализира присъединяването на Хърватия към конвенциите след присъединяването ѝ към ЕС.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Η Κροατία ανέκαθεν ακολουθεί μια σταθερή ανθελληνική πολιτική σε όλα τα θέματα ενδιαφέροντος της Ελλάδας σε τοπικό, περιφερειακό και διεθνές επίπεδο, όπως στο θέμα της ονομασίας των Σκοπίων, την οικονομική πολιτική σε κοινοτικό επίπεδο κτλ

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Tratado de Adesão da República da Croácia de 2011 introduziu um sistema simplificado para a adesão deste país às convenções e protocolos concluídos pelos Estados-Membros. Ora, agora é necessário que o Conselho adote uma decisão que determine a data em que estas convenções entram em vigor na Croácia. Uma recomendação com que concordo e que votei favoravelmente.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O Tratado de Adesão da República da Croácia de 2011 introduziu um sistema simplificado para a adesão deste país às convenções e protocolos concluídos pelos Estados-Membros com base no artigo 34.º do Tratado da UE. O Acto de Adesão determina a adesão da Croácia a essas convenções e protocolos.

Este relatório trata da adesão da Croácia à Convenção relativa à proteção dos interesses financeiros da União Europeia, um processo simples, mas que está integrado neste processo de integração capitalista europeia. Uma integração que tem ceifado a soberania dos Estados e dos povos em benefício das grandes potências e dos grandes grupos económicos.

Em contraponto com a realidade da ampla maioria dos Estados-Membros, a Croácia sujeitou ao voto popular a integração na UE. Uma expressão contraditória com o ato de soberania que a validou, que respeitamos e aceitamos.

O relatório é, no essencial, uma consequência do ato de adesão da República da Croácia à União Europeia, razão pela qual nos abstermos.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della raccomandazione di decisione riguardo l'adesione della Croazia alle Convenzioni sulla protezione degli interessi finanziari della Commissione europea. Le suddette Convenzioni garantiscono la creazione di una base normativa comune in materia di tutela penale degli interessi finanziari della Comunità europea in Croazia. Ritengo che questo sia un passo fondamentale per l'integrazione della Croazia all'interno dell'Unione europea.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as I had no objections.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole alla relazione riguardante l'adesione della Croazia alla Convenzione 26 luglio 1995 sulla tutela degli interessi finanziari delle Comunità europee.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. – Η Κροατία ανέκαθεν ακολουθεί μια σταθερή ανθελληνική πολιτική σε όλα τα θέματα ενδιαφέροντος της Ελλάδας σε τοπικό, περιφερειακό και διεθνές επίπεδο, όπως στο θέμα της ονομασίας των Σκοπίων, την οικονομική πολιτική σε κοινοτικό επίπεδο κτλ. Είμαι ενάντια στην προσχώρηση της Κροατίας στη Σύμβαση για την προστασία των οικονομικών συμφερόντων της Ένωσης και την καταψήφίζω.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The Report relates to a consultation of Parliament on a proposed recommendation for a Council Decision on Croatia's accession to the Convention on the protection of the European Communities' Financial Interests (also known as 'the PIF Convention'). As it is a consultation and the accession of Croatia to the PIF Convention is entirely without controversy, I voted in favour of the approval of the recommendation.

Kinga Gál (PPE), *in writing*. – With today's vote we gave our consent to the Commission recommendation to the Council to allow Croatia to adhere to the Convention on the protection of the European Communities' financial interests.

The Act of 2011 concerning the conditions of accession of Croatia to the European Union simplified its accession to the conventions and protocols concluded by the Member States: it is no longer necessary to negotiate and conclude specific accession protocols.

The Council, in order to take a decision determining the date on which this Convention will enter into force in relation to Croatia and making all the adjustments required by reason of the accession of this new Member State to this Convention, will act on a recommendation by the Commission, after consulting the European Parliament.

The LIBE Committee recommended that the European Parliament give its consent to the Commission recommendation. As Fidesz-EPP we therefore voted in favour.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A csatlakozási okmány I. melléklete sorolja fel az érintett egyezményeket és jegyzőkönyveket. E jegyzék tartalmazza az Európai Közösségek pénzügyi érdekeinek védelméről szóló 1995. július 26-i egyezményt, annak 1996. szeptember 27-i és 1996. november 29-i jegyzőkönyveit, valamint az 1997. június 19-i második jegyzőkönyvét, amelyeket az EK-Szerződés VI. címe szerint, az EK pénzügyi érdekeinek büntetőjogi védelme tekintetében létrehozandó közös alap céljából fogadtak el.

Az egyezmény és annak 1996. szeptember 27-i és 1996. november 29-i jegyzőkönyvei 2002. október 17-én léptek hatályba, az akkori 15 tagállam megerősítését követően, az 1997. június 19-i jegyzőkönyv 2009. május 19-én lépett hatályba, az akkori 27 tagállam megerősítését követően.

Annak érdekében, hogy a csatlakozási okmány 3. cikkének (5) bekezdésével összhangban elvégezzék Horvátországnak a fent említett egyezményhez és annak jegyzőkönyveihez történő csatlakozásával szükségessé vált kiigazításokat, nincs szükség bizottsági ajánlásra. A Bizottság javasolja, hogy a Tanács hozzon határozatot, amelyben meghatározza ezen egyezmények Horvátország vonatkozásában történő hatálybalépésének időpontját.

Az előadóval egyetértésben ezért a Bizottság ajánlásának elfogadását javaslom.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de este proyecto de resolución ya que no es necesario establecer ningún cambio en los Tratados existentes debido a la incorporación de Croacia a la UE.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla raccomandazione di decisione del Consiglio concernente l'adesione della Croazia alla convenzione del 26 luglio 1995, elaborata in base all'articolo K.3 del trattato sull'Unione europea, relativa alla tutela degli interessi finanziari delle Comunità europee, il protocollo del 27 settembre 1996, elaborato in base all'articolo K.3 del trattato sull'Unione europea, della convenzione relativa alla tutela degli interessi finanziari delle Comunità europee, il protocollo del 29 novembre 1996 concluso in base all'articolo K.3 del trattato sull'Unione europea, concernente l'interpretazione, in via pregiudiziale, da parte della Corte di giustizia delle Comunità europee, della convenzione relativa alla tutela degli interessi finanziari delle Comunità europee, e il secondo protocollo del 19 giugno 1997, elaborato in base all'articolo K.3 del trattato sull'Unione europea, della convenzione relativa alla tutela degli interessi finanziari delle Comunità europee.

Nel luglio 2013, la Repubblica croata è stata il ventottesimo e ultimo paese, per il momento, a entrare a far parte dell'Unione europea e l'atto di adesione introduce un sistema semplificato di estensione delle convenzioni e protocolli alla Croazia. Auspico, quindi, che il Consiglio approvi rapidamente una decisione, stabilendo i tempi di entrata in vigore di tali atti per la Croazia, come indicato nella raccomandazione della Commissione.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Beitritt Kroatiens zu dem Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Union gestimmt. Dieser Beitritt ist eine logische Folge des EU-Beitritts Kroatiens und als solcher uneingeschränkt zu begrüßen.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Infolge des Beitritts Kroatiens zur Union gilt es, alle Anpassungen vorzunehmen, die aufgrund dessen für den neuen Mitgliedstaat erforderlich sind. Ich begrüße es, dass die finanziellen Interessen der Union dadurch geschützt werden.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report welcoming Croatia's accession to the Convention on the protection of the financial interests of the Union (PIF). However, I also call for the immediate re-starting of negotiations on the PIF Directive to properly tackle fraud and abuse in the context of the EU budget.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – This is merely a procedural vote allowing Croatia to join the EC's financial interests. We are against the EC creating financial interests for Member States, therefore we voted against.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la Recomendación de la Comisión al Consejo relativa a la adhesión solicitada por Croacia a este tratado internacional.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), γραπτώς. – Με την Πράξη Προσχώρησης της Δημοκρατίας της Κροατίας του 2011 θεσπίστηκαν απλουστευμένες ρυθμίσεις για την προσχώρηση της Κροατίας στις συμβάσεις (και τα πρωτόκολλα) που έχουν συναφθεί από τα κράτη μέλη. Η υπό αναφορά έκθεση είναι διαδικαστική αφού ορίζει την ημερομηνία κατά την οποία τίθενται σε ισχύ οι εν λόγω συμβάσεις για τη Κροατία και προβαίνει σε όλες τις προσαρμογές των εν λόγω συμβάσεων οι οποίες είναι αναγκαίες λόγω της προσχώρησης του νέου κράτους μέλους (και οι οποίες, σε κάθε περίπτωση, θα περιλαμβάνουν τη θέσπιση των συμβάσεων στην κροατική γλώσσα, ούτως ώστε οι γλωσσικές αυτές εκδοχές να είναι «εξίσου αυθεντικές»). Ως εκ τούτου την υπερψηφίσαμε.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted for this report because the 2011 Accession Treaty of the Republic of Croatia has introduced a simplified system for the accession of Croatia to the conventions and protocols concluded by the Member States on the basis that it provides for Croatia to accede to these conventions and protocols by virtue of the Act of Accession. I agree with the report and recommend approving this Commission recommendation.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – This is merely a procedural vote allowing Croatia to join the EC's financial interests. We are against the EC creating financial interests for Member States, therefore we voted against.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – This is merely a procedural vote allowing Croatia to join the EC's financial interests. We are against the EC creating financial interests for Member States, therefore we voted against.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'adhésion de la Croatie à la convention relative à la protection des intérêts financiers des Communautés européennes.

La Croatie est membre de l'Union européenne depuis 2013. Par souci de cohérence, il me semble logique qu'elle adhère à toutes les conventions et tous les protocoles conclus par les autres États membres.

En réalité, ce texte n'est qu'une simple formalité qui permet notamment la traduction des conventions en langue croate. C'est pourquoi, il n'y a pas de raison de s'y opposer.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of this report regarding the accession of Croatia to the Convention on the protection of the financial interests of the Union, which will set up a common base for the criminal-law protection of the European Communities' financial interests.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za izvješće o pristupanju Hrvatske Konvenciji o zaštiti financijskih interesa Europskih zajednica, jer se time prihvaća preporuka Europske komisije. U skladu s tim, smatram da je preporuka Komisije, kojom se poziva Vijeće da putem odluke odredi datum stupanja na snagu konvencija za Hrvatsku, opravdana te istovremeno se ne moraju vršiti specifične prilagodbe zbog pristupanja Hrvatske Konvenciji o zaštiti financijskih interesa Europskih zajednica i njezinim protokolima.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – L'adhésion de la Croatie à la convention relative à la protection des intérêts financiers des Communautés européennes marque une nouvelle démonstration de logique d'élargissement permanent de l'Union Européenne. Néanmoins, il s'avère que ce texte va dans le sens d'une protection accrue des intérêts financiers de l'Union Européenne, ce qui implique donc le sort des contribuables français.

D'où mon vote d'abstention sur ce texte.

Diane James (EFDD), *in writing*. – This is merely a procedural vote allowing Croatia to join the EC's financial interests. We are against the EC creating financial interests for Member States, therefore we voted against.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Tomáš Zdechovský sur l'adhésion de la Croatie à la convention relative à la protection des intérêts financiers des Communautés européennes. L'adhésion de la Croatie à l'Union européenne facilite son adhésion aux conventions et protocoles conclues par les autres États membres. J'approuve cette décision du Conseil afin que ces conventions entrent en vigueur pour la Croatie tout en procédant aux adaptations nécessaires, telles que la traduction en langue croate.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui avalsait simplement le fait que la Croatie, nouvel État membre de l'Union Européenne, adhère à la Convention relative à la protection des intérêts financiers des Communautés européennes dont sont membres tous les autres pays de l'Union européenne.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Beitritt Kroatiens zu dem Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Union behandelt u. a. die Prüfung von Betrugsfällen und Unregelmäßigkeiten bei der Ausführung des Haushaltsplans der Union. Da die Verfolgung derartiger Fälle von enormer Bedeutung ist, stimme ich zu.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – The report deals with some procedural aspects of the accession of Croatia to the conventions concluded by the Member States. In fact, the 2011 Accession Treaty of the Republic of Croatia provides a simplified system for the accession of this country to these conventions. Consequently, the Commission recommends that it will be for the Council to determine the date on which these conventions shall enter into force for Croatia and to make the necessary adjustments. Given this simplified system and the right of a sovereign State to accede to an international convention, I voted in favour.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – L'atto di adesione della Repubblica di Croazia del 2011 introduce un sistema semplificato di adesione della Croazia alle convenzioni (e ai protocolli) concluse dagli Stati membri in base all'articolo 34 (ex articolo K.3) del trattato sull'Unione europea. L'obiettivo è quello di favorire l'adozione di provvedimenti sanzionatori atti a contrastare le frodi in materia di spese e di entrate che possano compromettere gli interessi finanziari della Comunità. Gli Stati membri sono tenuti a prendere le misure necessarie affinché tali comportamenti siano passibili di sanzioni penali effettive e affinché i dirigenti delle imprese siano dichiarati penalmente responsabili per aver leso gli interessi finanziari della Comunità. Ritengo che l'adesione della Croazia alle convenzioni relative alla tutela degli interessi finanziari della Comunità europea rispecchi appieno lo spirito e l'impegno dell'UE in questo campo e ho quindi deciso di dare il mio voto favorevole.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur le rapport sur l'adhésion de la Croatie aux conventions relatives à la protection des intérêts financiers des Communautés européennes. Sans vouloir viser spécifiquement la Croatie, je suis opposée à la logique de l'élargissement systématique et permanent de l'Union européenne. Cependant, comme il s'agit ici de la protection des intérêts financiers de l'Union européenne (donc aussi des contribuables français), j'ai choisi de m'abstenir.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur cette adhésion de la Croatie à la Convention sur la protection des intérêts financiers de l'UE. Certes, elle est favorable aux intérêts des contribuables français. Mais elle repose sur la logique de l'élargissement de l'UE que je combats.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque, con la adhesión de Croacia al citado Convenio, los recursos financieros de la Unión Europea invertidos en el país resultan mejor protegidos contra irregularidades y potenciales fraudes. El Convenio de protección de los intereses de la Unión estipula la inclusión en el Derecho penal nacional de los delitos en contra de los recursos y las inversiones realizadas por la UE en dicho país. Es por esto que el acuerdo de adhesión implica un mejor uso de los recursos públicos, su defensa y la persecución penal en caso de un eventual fraude producido dentro de las fronteras del Estado de Croacia, obligando a las autoridades nacionales a perseguir cualquier tipo de delito en este ámbito. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Podržala sam pristupanje Hrvatske Konvenciji o zaštiti finansijskih interesa Europskih zajednica jer je dio Pristupnog ugovora RH u kojemu je definiran pojednostavljen sustav za pristupanje Hrvatske svim konvencijama (i protokolima) koje su sklopile ostale države članice. Na popisu konvencija i protokola nalazi se i Konvencija o zaštiti finansijskih interesa Europskih zajednica. Finansijski interesi uključuju sve finansijske operacije, zajmove i kredite, finansijske elemente javne nabave i sve oblike pasivne i aktivne korupcije.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski.* – Jau vairāk par četriem gadiem atpakaļ Horvātija kļuva par Eiropas Savienības 28. dalībvalsti. Kopš tā laika virkni dažādu nolīgumu, protokolu un konvenciju bija nepieciešams sinhronizēt ar paplašināto kopienas būtību. 2011. gada Horvātijas Pievienošanās akts ieviesa vienkāršotu sistēmu, kas palīdz Horvātijai un ES turpināt adaptēt palikušos nolīgumus jaunajai skaitliskajai realitātei.

Konkrēti šajā gadījumā pozitīvā balsošana palīdzēs arvien ciešāk harmonizēt ES finansiālos mehānismus un attiecīgo politiku. Horvātijas pievienošanās konvencijām par Eiropas Kopienas finanšu interešu aizsardzību ir ar tieši šādu raksturu, līdz ar ko bija loģiski to pilnībā atbalstīt.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne.* – Zmluva o pristúpení Chorvátskej republiky z roku 2011 zjednodušeným spôsobom ustanovuje, že Chorvátsko pristupuje k dohovorum a protokolom, ktoré uzatvorili členské štáty na základe článku 34 ZEÚ a ktorých zoznam je v prílohe Zmluvy o pristúpení. Týmto uznesením EP schvaľuje odporúčanie Komisie, aby Rada prijala rozhodnutie, v ktorom stanoví dátum nadobudnutia platnosti týchto dohovorov pre Chorvátsko.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφώς.* – Ψηφίζω υπέρ της Έκθεσης σχετικά με τη σύσταση για απόφαση του Συμβουλίου όσον αφορά την προσχώρηση της Κροατίας στη σύμβαση της 26ης Ιουλίου 1995, η οποία καταρτίστηκε βάσει του άρθρου Κ.3 της Συνθήκης για την Ευρωπαϊκή Ένωση, σχετικά με την προστασία των οικονομικών συμφερόντων των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων, στο πρωτόκολλο της 27ης Σεπτεμβρίου 1996, το οποίο καταρτίστηκε βάσει του άρθρου Κ.3 της Συνθήκης της Ευρωπαϊκής Ένωσης, στη σύμβαση σχετικά με την Προστασία των Οικονομικών Συμφερόντων των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων, στο πρωτόκολλο της 29ης Νοεμβρίου 1996, το οποίο καταρτίστηκε βάσει του άρθρου Κ.3 της Συνθήκης για την Ευρωπαϊκή Ένωση σχετικά με την ερμηνεία της σύμβασης σχετικά με την προστασία των οικονομικών συμφερόντων των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων από το Δικαστήριο των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων με προδικαστικές αποφάσεις και στο δεύτερο πρωτόκολλο της 19ης Ιουνίου 1997, το οποίο καταρτίστηκε βάσει του άρθρου Κ.3 της Συνθήκης για την Ευρωπαϊκή Ένωση, στη σύμβαση σχετικά με την προστασία των οικονομικών συμφερόντων των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit.* – Dominique Martin s'est abstenu sur ce vote. La Commission LIBE recommande que le Parlement approuve une décision concernant l'adhésion de la Croatie à la convention relative à la protection des intérêts financiers des Communautés européennes ainsi qu'à ses protocoles.

Fondamentalement, nous sommes opposés à la logique de l'élargissement permanent de l'Union européenne. Mais, comme il s'agit ici de la protection des intérêts financiers de l'Union européenne (donc aussi des contribuables français), nous pouvons nous abstenir.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto.* – La relazione concernente l'adesione della Croazia alla Convenzione, del 26 luglio del 1995, relativa alla tutela degli interessi finanziari delle Comunità europee, mi trova favorevole. La suddetta Convenzione mira a tutelare penalmente gli interessi finanziari dell'Unione europea e dei suoi contribuenti, fornisce una definizione giuridica armonizzata di frode e impone ai loro firmatari di adottare sanzioni penali in caso di frode. La Croazia, secondo l'articolo 3, paragrafo 4, dell'atto di adesione 12, aderisce alle convenzioni e ai protocolli conclusi fra gli Stati membri, elencati nell'allegato I dell'atto stesso, tra i quali figurano la convenzione relativa alla tutela degli interessi finanziari delle Comunità europee.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu.* – Pritariau Komisijos pateiktai rekomendacijai nustatyti šios konvencijos įsigaliojimo datą Kroatijai, taip pat atlikti visus šių konvencijų suderinimus, būtinus prisijungiant naujai valstybei narei.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Suite à son adhésion à l'UE, il s'agit ici d'approuver la participation de la Croatie à la convention relative à la protection des intérêts financiers des Communautés européennes (et protocoles relatifs), soit la lutte contre la fraude. Or, depuis le traité de Lisbonne, il n'y a plus de processus de ratification des parlements nationaux sur ces questions et le Parlement est simplement consulté; le Conseil n'est pas tenu de suivre sa décision.

Je suis opposé à l'élargissement de l'Union et au traité de Lisbonne mais je défends le choix souverain d'un État de participer à une Convention européenne, particulièrement sur la lutte contre la fraude. Dans ces conditions, je vote pour.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Je suis opposée à la logique de l'élargissement, mais il faut reconnaître toutefois que l'adhésion de la Croatie à cette convention défend les intérêts financiers de l'UE, et par suite ceux des français.

En conséquence je me suis abstenue.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Está em vigor, desde 1995, uma Convenção (e protocolos que foram sendo adoptados ao longo dos anos) que visa proteger, no âmbito do direito penal, os interesses financeiros da União Europeia. Trata-se da introdução de definições jurídicas e sanções aplicáveis para casos de fraude dos interesses financeiros da UE. Sendo a Croácia Estado-Membro da União Europeia, é fundamental que adira à referida Convenção, pelo que apresentei o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it is important that Croatia, the newest Member State, is included in existing conventions and agreements and is an equal partner in our Union.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of Croatia's accession to the Convention on the protection of the European Communities' Financial Interests (PIF) since it is important to call for the immediate re-starting of negotiations on the PIF Directive to properly tackle fraud against the budget of the European Union

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Horvát Köztársaság a csatlakozási szerződésben vállalta, hogy csatlakozik mindazon egyezményekhez és jegyzőkönyvekhez, amelyeket a tagállamok Európai Unió működéséről szóló szerződés 34. cikke alapján kötöttek. A csatlakozás hatályba lépésének időpontjáról és az egyezmények ennek érdekében szükséges kiigazításairól a Tanács a Parlamenttel folytatott konzultációt követően határozatot fogad el.

A Bizottság javaslatot tett a Tanácsnak, hogy az Európai Községek pénzügyi érdekeinek védelméről szóló 1995. július 26-i egyezményt, annak 1996. szeptember 27-i és 1996. november 29-i jegyzőkönyveit, valamint az 1997. június 19-i második jegyzőkönyvét Horvátország vonatkozásában léptesse hatályba. Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság azt javasolja, hogy a Bizottság javaslatát a Parlament hagyja jóvá. A javaslatot megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce vote concerne l'adhésion de la Croatie à la convention relative à la protection des intérêts financiers des Communautés européennes ainsi qu'à ses protocoles suite à la recommandation de la commission «Libertés civiles, justice et affaires intérieures».

Nous nous abstenons sur ce vote car nous sommes opposés à la logique d'élargissement permanent de l'Union européenne.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La Commission LIBE recommande que le Parlement approuve une décision concernant l'adhésion de la Croatie à la convention relative à la protection des intérêts financiers des Communautés européennes ainsi qu'à ses protocoles.

Sans vouloir viser spécifiquement la Croatie, je suis opposée à la logique de l'élargissement permanent de l'Union européenne. Mais comme il s'agit ici de la protection des intérêts financiers de l'Union européenne (donc aussi des contribuables français), j'ai privilégié l'abstention.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – L'atto di adesione della Repubblica di Croazia del 2011 introduce un sistema semplificato di adesione della Croazia alle convenzioni concluse dagli Stati membri in base all'articolo 34 (ex articolo K.3) del trattato sull'Unione europea. Mi sono espressa a favore affinché il Consiglio adotti una decisione che stabilisca la data in cui tali convenzioni entrino in vigore per la Croazia e apporti alle convenzioni tutti gli adattamenti resisi necessari a motivo dell'adesione del nuovo Stato membro.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – In 1995 a convention was put into place that seeks to protect, under criminal law, the financial interests of the European Union and its taxpayers. The Accession Treaty of Croatia in 2011 brought in an easier system for the accession of Croatia to the conventions and protocols concluded by the Member States, thus Croatia accedes to these conventions and protocols by virtue of the Act of Accession, just leaving the Council to adopt a decision in order to determine a date on which the conventions and protocols should enter into force. I voted for this report on the accession of Croatia to the Convention on the protection of the financial interests of the Union.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Hierbei handelt es sich um einen reinen Formalakt, der die Richtigstellung eines technischen Fehlers zur Folge hat. Ich hätte mich daher für diesen Bericht ausgesprochen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Ühinemine tuleneb Horvaatia liitumisest ELiga.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – This is merely a procedural vote allowing Croatia to join the EC's financial interests. We are against the EC creating financial interests for Member States, therefore we voted against.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Si consideri che tramite l'atto di adesione, la Croazia ha l'opportunità di usufruire di un regime agevolato per l'adesione alle convenzioni e ai protocolli conclusi dagli Stati membri in base all'articolo 34 del TUE. Affinché il regime divenga operante occorre che il Consiglio adotti un atto su raccomandazione della Commissione e previa consultazione del Parlamento. Ritenendo che si debba pervenire quanto prima all'emanazione di tale atto, voto favorevolmente.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. – Predlog poročevalca sem podprl, ker omogoča hitrejšo poenotenje pravnega reda med Evropsko zvezo in Hrvaško.

S hrvaškim pristopom k EZ je začel veljati poenostavljen sistem pristopa Hrvaške h konvencijam (in protokolom), ki so jih države članice sklenile na podlagi člena 34 PEU. Predlog predvideva enostavnejši postopek prilagoditev, ki so potrebne zaradi pristopa Hrvaške h konvenciji in njenim protokolom.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Pozdravljam predstavljeno izvješće te ga u cijelosti podržavam. U izvješću je istaknuto kako se pristupanje Hrvatske Konvenciji o zaštiti financijskih interesa Europskih zajednica temelji na Ugovoru o pristupanju Hrvatske EU-u, te kako Hrvatskoj nije potrebno izvršavati dodatne prilagodbe za pristupanje Konvenciji. Smatram da Europski parlament treba odobriti preporuku Komisije o pristupanju Hrvatske Konvenciji o zaštiti financijskih interesa Europskih zajednica. Posljedica pristupanja Hrvatske ovoj Konvenciji bit će veći uspjeh u borbi protiv prijevара vezanih uz izdatke i prihod, uz jasno razlikovanje aktivne i pasivne korupcije službenika. Pristupanje Hrvatske Konvenciji i njezina primjena u našoj zemlji mogla bi uvelike pridonijeti suzbijanju korupcije. Uvjerena sam da će primjena Konvencije u Hrvatskoj pospješiti zaštitu financijskih interesa Republike Hrvatske, a povisit će se i razina sigurnosti hrvatskih poreznih obveznika. U tome vidim veliku važnost pristupanja Hrvatske Konvenciji o zaštiti financijskih interesa Europskih Zajednica, te pozivam Parlament da odobri izvješće i preporuku Komisije.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Sur le principe, je suis opposé à tout élargissement de l'Union européenne. Mais ce texte porte sur la protection des intérêts financiers de l'UE, et donc aussi des intérêts financiers des contribuables français. Dans ces conditions, je ne veux ni donner mon accord ni m'opposer et je préfère donc m'abstenir.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Od 1995. godine postoji Konvencija kojom se želi zaštititi, sukladno kaznenom zakonu, financijske interese EU-a i njegove porezne obveznike. Zemlje EU-a moraju uvesti učinkovite, proporcionalne i odvraćajuće kaznenopravne sankcije za prijevaru koja štetno utječe na financijske interese EU-a.

Konvenciju i njezine protokole mogu potpisati sve zemlje koje pristupe EU-u. S obzirom na to da je Hrvatska pristupila EU-u 1. srpnja 2013. i time stekla status punopravne članice, pozdravljam pristupanje Hrvatske Konvenciji o zaštiti financijskih interesa Europskih zajednica s ciljem povećanja transparentnosti u korištenju javnih sredstava, kako na europskoj tako i na nacionalnoj razini.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), por escrito. – O Tratado de Adesão da República da Croácia, de 2011, introduziu um sistema simplificado para a adesão deste país às convenções e aos protocolos concluídos pelos Estados-Membros com base no artigo 34.º do Tratado da UE. O Ato de Adesão determina a adesão da Croácia a essas convenções e a esses protocolos.

Este relatório trata da adesão da Croácia à Convenção relativa à proteção dos interesses financeiros da União Europeia, um processo simples, mas que está integrado neste processo de integração capitalista europeia. Uma integração que tem ceifado a soberania dos Estados e dos povos em benefício das grandes potências e dos grandes grupos económicos.

Em contraponto com a realidade da ampla maioria dos Estados-Membros, a Croácia sujeitou ao voto popular a integração na UE. Uma expressão contraditória com o ato de soberania que a validou, que respeitamos e aceitamos.

O relatório é, no essencial, uma consequência do ato de adesão da República da Croácia à União Europeia, razão pela qual nos abstivemos.

Andrej Plenković (PPE), napisan. – Podržavam izvješće kolege Tomáša Zdechovskog o pristupanju Hrvatske Konvenciji o zaštiti financijskih interesa Europskih zajednica. Aktom o uvjetima pristupanja Republike Hrvatske Europskoj uniji uveden je jednostavniji sustav za pristupanje Hrvatske konvencijama i protokolima koje države članice potpisuju na temelju članka 34. UEU-a (prijašnji članak K.3 UEU-a). Člankom 3. stavcima 4. i 5. spomenutog Akta predviđa se da Hrvatska pristupi tim konvencijama i protokolima na temelju Akta o pristupanju.

Miroslav Poche (S&D), in writing. – As a socialist democrat, European Union enlargement and integration with our European neighbours remains a strong and credible EU policy with the rule of law at its centre. The progression of European integration, the peace and prosperity that it has given, must not distance us from the fundamental principles on which the process is based and should not be overshadowed by the recent economic difficulties experienced by Member States. The accession of Croatia to the Convention will allow Croatia to experience full EU membership and further protect the European Communities' financial interests.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), per iscritto. – La Repubblica di Croazia, in virtù dell'atto di adesione del 2011, aderirà alle convenzioni e ai protocolli conclusi dagli Stati membri in base all'articolo 34 del Trattato dell'Unione europea. L'articolo 3, paragrafo 5, dell'atto di adesione prevede che il Consiglio adotti una decisione che stabilisca la data in cui tali convenzioni entrino in vigore per la Croazia al fine di apportarvi, eventualmente, tutti gli adattamenti necessari a motivo dell'adesione del nuovo Stato membro. Alla luce del fatto che le convenzioni e i suoi protocolli sono entrati in vigore prima del 2011, non si è reso necessario apportare adattamenti. Ho votato a favore di questa relazione.

Stanislav Polčák (PPE), písemně. – Úmluva o ochraně finančních zájmů Evropských společenství zajišťuje, aby trestně-právní předpisy účinně přispívaly k ochraně finančních zájmů Evropských společenství a bojuje proti podvodům a korupci poškozující příjmy a výdaje Společenství. Ochrana finančních zájmů Evropské unie představuje klíčový prvek politické agendy Unie ve snaze o upevnění a posilování důvěry občanů a zajištění náležitého používání jejich peněz. Na úrovni Unie je pak třeba vyšetřovat případy podvodů a nesrovnalostí při plnění rozpočtu Unie, přijímat opatření, která mají za cíl předcházet těmto případům, a chránit finanční zájmy Unie obecně. Z tohoto důvodu jsem zastáncem návrhu doporučení pro rozhodnutí Rady o přistoupení Chorvatska k Úmluvě o ochraně finančních zájmů Evropských společenství ze dne 26. července 1995 vypracovanému na základě článku K.3 Smlouvy o Evropské unii, protokolu k Úmluvě o ochraně finančních zájmů Evropských společenství a dalších dokumentů.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Konwencja o ochronie interesów finansowych Wspólnot Europejskich oraz jej protokoły mają na celu stworzenie wspólnych ram prawnych w zakresie ochrony finansowych interesów Wspólnot na mocy prawa karnego. Nadużycia wpływające zarówno na wydatki, jak i dochody powinny podlegać skutecznym, proporcjonalnym i odstraszającym sankcjom karnym, w tym karom pozbawienia wolności, które mogą stanowić podstawę ekstradycji. Konwencja ta została przyjęta 26 lipca 1995 r., a weszła w życie 17 października 2002 r. Chorwacja przystąpiła do niniejszej konwencji i jej protokołów na mocy Aktu przystąpienia. Rada powinna podjąć decyzję w celu ustalenia terminu, w którym konwencja ta powinna wejść w życie w stosunku do Chorwacji. W świetle powyższego Komisja zaleca, aby Rada podjęła decyzję w sprawie przystąpienia Chorwacji do Konwencji o ochronie interesów finansowych Wspólnot Europejskich i jej protokołów. Dlatego poparłem to sprawozdanie.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. – Der Entwurf für die Entschließung formalisiert den Beitritt Kroatiens zu dem Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Union. Der Beitritt Kroatiens zu diesem Übereinkommen und seiner Protokolle ist eine Vorstufe zum Beitritt Kroatiens zur EU. Das Übereinkommen hat die Zielsetzung, eine gemeinsame strafrechtliche Grundlage zu schaffen, die die finanziellen Interessen der Union schützt. Betrug muss durch effektive, verhältnismäßige und damit abschreckende Strafen sanktioniert werden, die Freiheitsstrafen bis hin zur Auslieferung beinhalten. Ich stimme deshalb für diesen Entwurf.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El Tratado de Adhesión de la República de Croacia de 2011 introduce un sistema simplificado para la adhesión de Croacia a los convenios y protocolos celebrados por los Estados miembros sobre la base del artículo 34 del TUE. El Acta de Adhesión establece que Croacia se adhiere a estos convenios y protocolos señalando en su anexo I la lista de convenios y protocolos considerados. Dicha lista incluye el Convenio de 26 de julio de 1995 relativo a la protección de los intereses financieros de las Comunidades Europeas, su Protocolo de 27 de septiembre de 1996, su Protocolo de 29 de noviembre de 1996 y el Segundo Protocolo de 19 de junio de 1997, que tienen por objeto establecer una base común destinada a la protección penal de los intereses financieros de la CE. Por ello, he votado a favor.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – L'acte d'adhésion de la République de Croatie a simplifié son adhésion aux conventions et protocoles conclus par les États membres sur la base de l'article 34 du traité UE (ex-article K.3 du traité UE). À cet effet, le Conseil prend une décision fixant la date d'entrée en vigueur de ces conventions à l'égard de la Croatie et procède à toutes les adaptations rendues nécessaires par l'adhésion du nouvel État membre (notamment, au minimum, l'adoption des conventions en langue croate, de sorte que ces versions puissent «faire également foi»).

Le Conseil agit sur recommandation de la Commission, après consultation du Parlement européen. Le rapport approuve la recommandation de la Commission. Le Parlement européen a donné ce midi son approbation.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes kaip ir mano kolegos iš Žaliųjų/Europos laisvojo aljanso sutinku, kad Kroatijai reikia prisijungti prie Konvencijos dėl Europos Bendrijų finansinių interesų apsaugos. Šis žingsnis turėtų padėti kovoti su sukčiavimu pačioje Kroatijoje, taip pat jis atliepia pačios Europos Sąjungos finansinių interesų apsaugą. Džiaugiuosi, kad šis balsavimas parodė, kad panašiai masto ir dauguma kitų Europos Parlamento narių.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O Tratado de Adesão à União Europeia por parte da República da Croácia, em 2011, introduziu um sistema simplificado para a adesão deste país às convenções e protocolos concluídos pelos Estados-Membros. O artigo 3.º, n.ºs 4 e 5 do Ato de Adesão estabelece que a Croácia acede a essas convenções e protocolos por força do Ato de Adesão. No que diz respeito a esta Convenção específica, a Comissão recomenda que o Conselho determine a data em que esta Convenção (e respetivos Protocolos) entra em vigor para a Croácia.

Nesse sentido, e por se tratar de um procedimento marcadamente técnico, votei favoravelmente a presente proposta da Comissão Europeia.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit l'adhésion de la Croatie à la convention relative à la protection des intérêts financiers de l'UE. Cette Convention, signée en 1995 et entrée en vigueur en 2002, prévoit que les pays de l'UE doivent introduire des sanctions pénales efficaces, proportionnées et dissuasives pour lutter contre la fraude qui porte atteinte aux intérêts financiers de l'UE. Cette convention permet donc d'assurer une protection harmonisée des intérêts financiers dans l'ensemble des États membres de l'UE.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la Recomendación de la Comisión al Consejo relativa a la adhesión solicitada por Croacia a este tratado internacional.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque, con la adhesión de Croacia al citado Convenio, los recursos financieros de la Unión Europea invertidos en el país resultan mejor protegidos contra irregularidades y potenciales fraudes. El Convenio de protección de los intereses de la Unión estipula la inclusión en el Derecho penal nacional de los delitos en contra de los recursos y las inversiones realizadas por la UE en dicho país. Es por esto que el acuerdo de adhesión implica un mejor uso de los recursos públicos, su defensa y la persecución penal en caso de un eventual fraude producido dentro de las fronteras del Estado de Croacia, obligando a las autoridades nacionales a perseguir cualquier tipo de delito en este ámbito. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – L'atto di adesione della Repubblica di Croazia all'Unione europea del 2011 introduce un sistema semplificato di adesione della Croazia alle convenzioni e ai protocolli conclusi dagli Stati membri.

La convenzione sulla protezione degli interessi finanziari delle comunità europee, entrata in vigore nel 2002, è finalizzata a creare una base giuridica comune per la tutela degli interessi finanziari. Essa fornisce una definizione giuridica armonizzata di frode e impone ai firmatari di adottare sanzioni penali effettive, proporzionate e dissuasive per affrontare le frodi a danno degli interessi finanziari dell'UE.

Ho votato a favore della relazione perché formalizza l'adesione della Croazia alla convenzione, a seguito del suo ingresso nell'Unione europea.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I am joining my Socialist colleagues in welcoming Croatia's accession to the Convention on the Protection of the European Communities' Financial interests (or PIF for short), but although this accession is not particularly problematic, I stress the need for negotiations on the PIF Directive to be revised so that it can properly tackle fraud when accessing the budget of the EU.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Súhlasím s už podpísaným Dohovorom o ochrane finančných záujmov Európskych spoločností, ktorý vytvára spoločný právny základ pre trestné právo pri ochrane finančných záujmov. Podvody týkajúce sa príjmov a výdavkov sa musia efektívne vyšetriť. Na základe výsledkov šetrenia sa musia udeliť účinné, primerané a odradzujúce tresty vrátane trestu odňatia slobody. Keďže Chorvátsko vstúpilo do Európskej únie, hlasoval som za to, aby pristúpilo aj k tomuto dohovoru.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), písomne. – Súhlasila som so schválením odporúčania Komisie, aby Chorvátsko pristúpilo k Dohovoru o ochrane finančných záujmov Únie, keďže ide o štandardný postup, ktorým musí prejsť každý nový členský štát. Dohovor o ochrane finančných záujmov prijali členské štáty Európskych spoločenstiev už v roku 1995 a dodnes je platný pre všetky krajiny, ktoré sú členmi Únie. Súčasťou dohovoru sú aj jednotlivé protokoly, ktorými dochádzalo k následným úpravám. Členské krajiny sa týmto dohovorom zaväzujú, že ich trestné zákony budú zabezpečovať ochranu finančných záujmov Únie, pretože podvodné konanie týkajúce sa príjmov a výdajov Únie môže byť organizované kriminálnymi sieťami pôsobiacimi naprieč krajinami. Preto je spoločným záujmom členských štátov predchádzať podvodom prijímaním takej legislatívy, ktorá bude potenciálnych páchatel'ov od konania odradzovať. Postihy v prípade podvodu by nemali obchádzať ani osoby, ktoré vykonávajú riadiace funkcie vo veľkých korporáciách, keďže aj ony majú za svoje rozhodovanie trestnoprávnu zodpovednosť. Aj to je jedným z dôvodov, prečo podporujem, aby sa Chorvátsko k tomu základnému európskemu právnemu rámcu pripojilo.

Igor Šoltes (Verts/ALE), písno. – Z aktom o pristopu Republike Hrvaške iz leta 2011 se uveljavlja poenostavljeni sistem pristopa Hrvaške h konvencijam (in protokolom), ki so jih države članice sklenile na podlagi člena 34 Pogodbe EU (PEU).

Svet v ta namen sprejme sklep, s katerim določi datum začetka veljavnosti konvencij za Hrvaško, ter jih ustrezno spremeni, kot je potrebno ob pristopu nove države članice. Tak sklep pa Svet sprejme na podlagi priporočila Komisije ter po posvetovanju z EP.

Dotično poročilo se nanaša na pristop Hrvaške h Konvenciji dne 26. julija 1995 o zaščiti finančnih interesov Evropskih skupnosti, njenim protokolom z dne 27. septembra 1996 in 29. novembra 1996 ter drugemu protokolu z dne 19. junija 1997, ki so bili sprejeti v skladu z naslovom VI PEU in namenjeni vzpostavitvi skupne podlage za kazensko-pravno zaščito finančnih interesov ES.

V tem primeru ni potrebno izvesti prilagoditev, ki bi bile potrebne zaradi pristopa Hrvaške k navedeni konvenciji in njenim protokolom. Menim, da je pristop Republike Hrvaške k navedenim konvencijam nujen, zaradi česar sem na plenarnem zasedanju glasoval za sprejetje poročila.

Ivan Štefanec (PPE), písomne – Ochrana finančných záujmov Spoločenstva bojom proti podvodom je prioritou EÚ. Pristúpenie najmladšieho členského štátu EÚ posilní schopnosti EÚ v tejto oblasti a ďalej prehĺbi európsku integráciu.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Ugovorom o pristupanju Republike Hrvatske iz 2011. uveden je pojednostavljeni sustav za pristupanje Hrvatske konvencijama (i protokolima) koje su države članice sklopile na temelju članka 34. UEU-a (prijašnji članak K.3 UEU-a). Člankom 3. stavcima 4. i 5. Akta predviđa se pristupanje Hrvatske tim konvencijama i protokolima na osnovi Akta o pristupanju. Člankom 3. stavkom 5. Akta o pristupanju predviđa se da Vijeće u tu svrhu donese odluku kako bi se odredio datum stupanja tih konvencija na snagu za Hrvatsku te kako bi se konvencije prilagodile radi pristupanja nove države članice (što bi svakako uključivalo donošenje konvencija na hrvatskom jeziku kako bi te verzije mogle biti „jednako vjerodostojne“. Komisija preporučuje da Vijeće donese odluku kako bi se odredio datum stupanja tih konvencija na snagu za Hrvatsku, stoga podržavam izvješće.

Dubravka Šuica (PPE), napisan. – Pojednostavljeni sustav pristupanja konvencijama i protokolima koje su države članice prethodno sklopile omogućen je Republici Hrvatskoj Ugovorom o pristupanju EU-u iz 2011. godine. Člankom 3. stavkom 5. Akta o pristupanju predviđeno je da Vijeće odredi datum stupanja konvencija na snagu te prilagodbu tih konvencija za Hrvatsku. To uključuje i objavljivanje konvencija na hrvatskome jeziku.

Parlament je prihvatio stav Komisije da se ne moraju izvršiti dodatne prilagodbe kako bi Hrvatska pristupila Konvenciji o zaštiti financijskih interesa Europskih zajednica od 26. srpnja 1995. Godine, već je potrebno samo odrediti kada će ta Konvencija stupiti na snagu u Hrvatskoj. Stoga, prihvaćam i odobravam ovo izvješće i preporuku Komisije.

Patricija Šulin (PPE), písno. – Glasovala sem za poročilo o pristopu Hrvaške h Konvenciji o zaščiti finančnih interesov Unije.

V Aktu o pristopu Hrvaške h Konvenciji je določeno, da Hrvaška pristopa k konvencijam in protokolom, h katerim so države članice pristopile v preteklosti. Določeno je, da bo Svet sprejel sklep, s katerim bo določil datum začetka veljavnosti konvencij za Hrvaško ter jih ustrezno spremenil, kot je potrebno ob pristopu nove države članice. Akt prav tako vsebuje seznam vseh zadevnih konvencij in protokolov.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Με την Πράξη Προσχώρησης της Δημοκρατίας της Κροατίας του 2011 θεσπίστηκαν απλουστευμένες ρυθμίσεις για την προσχώρηση της Κροατίας στις συμβάσεις που έχουν συναφθεί από τα κράτη μέλη. Το άρθρο 3 της Πράξης Προσχώρησης προβλέπει ότι το Συμβούλιο εκδίδει απόφαση προκειμένου να ορίσει την ημερομηνία κατά την οποία τίθενται σε ισχύ οι εν λόγω συμβάσεις για τη Κροατία.

Καθώς αποτελεί απόφαση του κυρίαρχου κράτους της Κροατίας να προσχωρήσει στη σύμβαση, υπερψηφίσαμε την έκθεση του εισηγητή η οποία υποστηρίζει πως πρέπει να εγκριθεί η σύσταση της Επιτροπής προς το Συμβούλιο να λάβει απόφαση προκειμένου να καθορισθεί η ημερομηνία κατά την οποία οι συμβάσεις θα αρχίσουν να ισχύουν για την Κροατία.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η Κροατία ανέκαθεν ακολουθεί μια σταθερή ανθελληνική πολιτική σε όλα τα θέματα ενδιαφέροντος της Ελλάδας σε τοπικό, περιφερειακό και διεθνές επίπεδο, όπως στο θέμα της ονομασίας των Σκοπίων, την οικονομική πολιτική σε κοινοτικό επίπεδο κτλ.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam Horvátország csatlakozását az Európai Közösségek pénzügyi érdekeinek védelméről szóló egyezményhez, mivel az a horvát csatlakozási okmány alapján történik. Az egyezmény célja, hogy a tagállamok adófizetőinek pénzügyi érdekeit védje azzal, hogy összehangolt jogi meghatározást ad a csalásokkal kapcsolatban, illetve kötelezi az aláírókat, hogy büntetőjogi szankciókkal sújtsák a csalásokat. A hatékony, arányos és visszatartó erejű büntetőjogi szankciók mindenképpen a horvát állampolgárok érdekeit fogják szolgálni.

Claudia Tapardel (S&D), în scris. – Aderarea Croației la Uniunea Europeană în 2013 a constituit un moment istoric, care a conferit o nouă dimensiune procesului de aderare a țărilor din Balcanii de Vest la UE. Din punct de vedere tehnic, Actul de aderare a Croației a introdus un sistem simplificat pentru aderarea Croației la convențiile și protocoalele încheiate de statele membre, pentru a permite adoptarea convențiilor în limba croată. Printre aceste documente se numără și Convenția privind protejarea intereselor financiare ale Comunităților Europene din 26 iulie 1995, alături de protocoalele adoptate ulterior, în scopul stabilirii unei baze comune de protecție în cadrul dreptului penal. Pentru ca reglementările respective să între în vigoare pentru Croația, este nevoie de adoptarea unei decizii a Consiliului, conform recomandării Comisiei. Actualul document vine în sprijinul acestui pas procedural, de aceea consider că se impune adoptarea sa.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – Je suis en accord avec la recommandation de décision du Conseil relative à l'adhésion de la Croatie à la convention du 26 juillet 1995, établie sur la base de l'article K.3 du traité sur l'Union européenne, relative à la protection des intérêts financiers des Communautés européennes, au protocole du 27 septembre 1996, établi sur la base de l'article K.3 du traité sur l'Union européenne, à la convention relative à la protection des intérêts financiers des Communautés européennes, au protocole du 29 novembre 1996, établi sur la base de l'article K.3 du traité sur l'Union européenne, concernant l'interprétation, à titre préjudiciel, par la Cour de justice des Communautés européennes de la convention relative à la protection des intérêts financiers des Communautés européennes, et au deuxième protocole du 19 juin 1997, établi sur la base de l'article K.3 du traité sur l'Union européenne, à la convention relative à la protection des intérêts financiers des Communautés européennes.

Pavel Telička (ALDE), in writing. – I voted in favour of the accession of Croatia to the Convention on the financial interests of the Union which protects the financial interests of the EU and its taxpayers by providing a harmonised legal definition of fraud and adopting criminal penalties for fraud. I believe that this will enable the Council to determine the date on which these conventions shall enter into force for Croatia and to make all the necessary adjustments.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* – Pravni je standard u suvremenim demokracijama da se državnim proračunskim sredstvima pruža kaznenopravna zaštita, odnosno da se njihovo nezakonito prisvajanje u određenom iznosu kvalificira kao kazneno djelo. Najznačajniji pravni instrument EU-a na području kaznenopravne zaštite njezinih proračunskih sredstava svakako je Konvencija o zaštiti financijskih interesa Europskih zajednica.

Kao članicu međukluba za Integritet – transparentnost, antikorupciju i organizirani kriminal, drago mi je što je Hrvatska formalno pristupila Konvenciji čija su okosnica obveze država članica u pogledu zaštite od prijevare, korupcije, pranja novca ili kriminaliteta pravnih osoba, kojima se također oštećuju ili ugrožavaju proračunska sredstva.

Iako poput većine država članica hrvatsko zakonodavstvo predviđa posebna kaznena djela za zaštitu rashoda i prihoda proračuna EU-a te su sva kaznena djela relevantna za prijavu protiv EU-a propisana kaznenim zakonom, pozdravljam ovu preporuku Komisije o formalnom pristupanju Hrvatske Konvenciji o zaštiti financijskih interesa Europskih zajednica, jer je to jedini način da se svi zajedno napokon uhvatimo u koštac sa svima onima koji proračun vide kao sredstvo svog osobnog bogaćenja.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Pristop Hrvatske h Konvenciji o zaštiti finančnih interesov Unije sem podprla, saj tako uveljavljamo poenostavljeni sistem pristopa Hrvatske h konvencijam (in protokolom), ki so jih države članice sklenile na podlagi člena 34 PEU.

Člen 3(4) in (5) navedenega akta določa, da Hrvaška k tem konvencijam in protokolom pristopa na podlagi Akta o pristopu.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito.* – He votado a favor de la Recomendación de la Comisión al Consejo relativa a la adhesión solicitada por Croacia a este tratado internacional.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing.* – I have voted in favour of this report, in another step to fully integrate Croatia inside the EU.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit.* – Nous sommes opposés de manière générale à la logique de l'élargissement permanent de l'Union européenne. Mais comme il s'agit ici de la protection des intérêts financiers cette Union européenne (donc aussi des contribuables français), je choisis l'abstention.

István Ujhelyi (S&D), *írásban.* – A Horvát Köztársaság 2011. évi csatlakozási szerződése egyszerűsített rendszert vezetett be Horvátországnak a tagállamok által az EUSZ 34. cikke alapján megkötött egyezményekhez (és jegyzőkönyvekhez) történő csatlakozására. Annak érdekében, hogy a csatlakozási okmány 3. cikkének (5) bekezdésével összhangban elvégezzék Horvátországnak a fent említett egyezményhez és annak jegyzőkönyveihez történő csatlakozásával szükségessé vált kiigazításokat, nincs szükség bizottsági ajánlásra. A Bizottság javasolja, hogy a Tanács hozzon határozatot, amelyben meghatározza ezen egyezmények Horvátország vonatkozásában történő hatályba lépésének időpontját. Szavazatommal támogattam a javaslatot.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing.* – My vote was positive because I agree on the participation of Croatia in the Convention on the protection of the European Communities' financial interests.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu.* – 2011 m. sutartimi dėl Kroatijos Respublikos stojimo nustatyta supaprastinta sistema dėl Kroatijos prisijungimo prie ES sutarties 34 straipsnio (anksčiau ES sutarties K.3 straipsnis) pagrindu valstybių narių sudarytų konvenciją (ir protokolą). Stojimo akto 3 straipsnio 4 ir 5 dalyse nurodyta, kad Kroatija šiuo aktu prisijungia prie šių konvencijų ir protokolų.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the accession of Croatia to the Convention on the protection of the financial interests of the Union. Article 3(4) and 3(5) of the 2011 Accession Treaty of the Republic of Croatia provides that Croatia accedes to conventions and protocols concluded by the Member States on the basis of Article 34 of the Treaty on European Union by virtue of the Act of Accession. Among the conventions and protocols concerned is the Convention on the protection of the European Communities' financial interests of 26 July 1995, its Protocol of 27 September 1996, its Protocol of 29 November 1996 and the second Protocol of 19 June 1997, all adopted under Title VI of the EU Treaty. The Convention aims at establishing a common base for the criminal-law protection of the European Community's financial interests.

I voted in favour of determining the date on which the Convention shall enter into force for Croatia in line with a simplified system for the accession of Croatia to the conventions and protocols concluded by the Member States on the basis of Article 34 of the Treaty on European Union.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de un sistema simplificado que figura en el Tratado de Adhesión de la República de Croacia de 2011, celebrado sobre la base del artículo 34 del TUE. La misma acta especifica que el Consejo adopta una decisión con el fin de determinar una fecha de entrada en vigor de dichos Convenios. Mediante este informe, la Comisión recomienda al Consejo que adopte una decisión con objeto de determinar la fecha en que entrará en vigor este Convenio para Croacia. Es por ello por lo que considero necesario votar a favor.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor de toetreding van Kroatië tot de Overeenkomst aangaande de bescherming van de financiële belangen van de Unie, omdat het belangrijk is dat Kroatië als nieuwe lidstaat volledig opgenomen wordt in het bestaande *acquis communautaire* en zo een gelijkwaardige partner wordt in de Europese Unie.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Tratado de Adesão da República da Croácia, de 2011, introduziu um sistema simplificado para a adesão deste país às convenções e aos protocolos concluídos pelos Estados-Membros. O artigo 3.º, n.os 4 e 5, do Ato de Adesão estabelece que a Croácia acede a essas convenções e a esses protocolos por força do Ato de Adesão.

O anexo I do Ato de Adesão apresenta a lista das convenções e dos protocolos em causa, e este relatório refere-se, nomeadamente, à Convenção relativa à proteção dos interesses financeiros das Comunidades Europeias, de 26 de Julho de 1995, aos seus Protocolos de 27 de Setembro de 1996 e de 29 de Novembro de 1996 e ao Segundo Protocolo, de 19 de Junho de 1997, todos adotados por força do título VI do Tratado da UE.

Pese embora o garrote que a adesão à União Europeia representa para os Estados, esta é uma decisão livre e soberana de cada povo.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme dem Bericht zu, da Maßnahmen zur Verhütung und Verfolgung von Betrugsfällen und gegen Unregelmäßigkeiten bei der Ausführung des Haushaltsplans der Union gesetzt werden müssen.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu der Empfehlung für einen Beschluss des Rates betreffend den Beitritt Kroatiens zum Übereinkommen aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vom 26. Juli 1995, zum Protokoll aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vom 27. September 1996, zum Protokoll aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union betreffend die Auslegung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften im Wege der Vorabentscheidung vom 29. November 1996 und zum zweiten Protokoll aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vom 19. Juni 1997 habe ich zugestimmt.

Ich bin gegen die Erweiterung der EU und alle Vorbereitungshandlungen dazu. Kroatien ist indes bereits beigetreten, so dass sein Status rechtlich vervollständigt werden kann.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul referitor la aderarea Croației la convențiile privind protejarea intereselor financiare ale Comunităților Europene. Actul de aderare a Republicii Croația din 2011 a introdus un sistem simplificat pentru aderarea Croației la convențiile și protocoalele încheiate de statele membre conform TUE. Practic, Consiliul adoptă o decizie privind stabilirea datei la care aceste convenții intră în vigoare cu privire la Croația și adaptările care trebuie aduse acestor convenții ca urmare a aderării noului stat membru, acesta acționând la recomandarea Comisiei, după consultarea Parlamentului European.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro tuto zprávu, protože se domnívám, že v současné době nebrání nic tomu, aby Chorvatsko přijalo Úmluvu o ochraně finančních zájmů Evropských společenství a ta vstoupila co nejdříve v platnost. Jako zpravodaj této zprávy jsem jednoznačně podporoval, aby bylo přistoupení Chorvatska k Úmluvě co nejdříve schváleno. Tato úmluva společně s navazujícími protokoly má totiž za cíl chránit trestné činy spáchané proti finančním zájmům Unie a ukazuje se v poslední době čím dál tím více jako nezbytná. Je tedy nutné, aby se k ní připojily všechny přistupující státy.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za sprejetje priporočila, ki priporoča Komisiji, naj Svet določi datum za začetek veljavnosti navedenih konvencij za Hrvaško, ki so jih države članice sklenile na podlagi člena 34 PEU, in s tem omogoči nadaljnjo vzpostavitev skupne podlage za kazenskopravno zaščito finančnih interesov EU.

8.4. Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen, Zugang von Arbeitskräften zu mobilitätsfördernden Diensten und weitere Integration der Arbeitsmärkte (A8-0224/2015 - Heinz K. Becker)

Oral explanations of vote

Krisztina Morvai (NI). – Tehát ügyebár itt most a foglalkoztatási szolgálatokról, illetőleg a munkaerőpiacok további integrációjáról van szó. Mikor először megláttam ezt a címet, akkor arra gondoltam: Jaj de jó! További integrációja a munkaerő piacoknak Európában! Hát ez azt jelenti, hogy elkezdene Magyarországra áramolni az orvosok, a német orvosok, angol orvosok, francia orvosok, úgyszintén az ápolónők Franciaországból, Angliából, Németországból, és végre nem lesznek hatalmas hiányok a magyar egészségügyben, el fogjuk tudni látni a betegeket. Aztán arra gondoltam, hogy vége lesz a vendéglátásban és a kereskedelemben is a munkaerőhiánynak, hiszen fognak jönni Nyugat-Európából Magyarországra pincérkedni, és így tovább. Aztán rájöttem, hogy valószínűleg nem így van. Akkor kérem szépen, hogy ne munkaerőpiaci integrációnak nevezzék, ha csak Európa egyik részéből megy az olcsó munkaerő a másikba, hanem nevezzék annak, ami: gyarmatosításnak meg agyszívásnak.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāj! Nodarbinātības politika ir viens no Eiropas Savienības būtības primārajiem aspektiem, un tāpēc mobilitātes sistēmas racionalizēšana paralēli turpmākai darba tirgu integrācijai ir visai apsveicama. Es to atbalstu.

Ir loģiski, lai mūsu valstu iedzīvotāji, strādājot citā dalībvalstī, saņemtu līdzīgu atalgojumu un kopumā viņiem būtu tādi paši darba apstākļi kā visiem pārējiem šāda veida uzdevumus pildošiem darbiniekiem neatkarīgi no nacionalitātes, tāpat neatkarīgi no pilsonības. Ja mēs patiešām dzīvojam vienotā savienībā un katras valsts un cilvēka labklājība lielā mērā ir atkarīga no pārējiem, nekādas diskriminācijas šajā ziņā vispār nevar būt, un tas ir apsveicami, ka tas ir iekļauts šajā ziņojumā.

EURES portāls pēdējos gados arvien aktīvāk turpina palīdzēt simtu tūkstošiem eiropiešu meklēt darbu gan savās, gan citās dalībvalstīs. Tomēr es piekristu, ka esošajai sistēmai ir nepieciešamas visaptverošas reformas.

Csaba Sógor (PPE). – A jelentés az Unió belüli mobilitás erősítését, valamint egy magas foglalkoztatottsági szinttel rendelkező európai munkaerőpiac kifejlődését szorgalmazza. Magam is fontosnak tartom ezeket a célokat, ám hozzátenném: mindez a kohéziós politika erősítésével, az EU szegényebb országainak felzárkóztatásával lehetséges csupán. A jelenlegi helyzetben ugyanis a munkaerő elsősorban keletről és délről vándorol a gazdagabb tagállamokba, ennek oka pedig nem a szociális ellátások bőkezűsége, hanem az általános bérszínvonal ezekben az országokban. Romániában a nettó átlagbér havi 400 euró körül van, egy pályakezdő tanár bére pedig nem éri el a nettó havi 300 eurót, miközben a termékek és szolgáltatások ára nagyságrendileg ugyanazon a szinten van Európa nyugati és keleti felén is. Ilyen körülmények között lehetetlen munkaerőpiaci integrációról vagy európai munkaerőpiacról beszélni. Amennyiben megtorpan a szegényebb tagállamok felzárkóztatási folyamata, még nagyobb migráció veheti innen kezdetét, ami kiüresíthatja ezeket az országokat a munkaerőpiacát, ez pedig egy nem kívánt torz helyzetet eredményezhet.

Jonathan Arnott (EFDD). – Madam President, let us be quite clear that in the United Kingdom the migration issue is not the refugee crisis – 96% of those who come to the UK are economic migrants, whether from the EU or from outside the EU. We now have a massive over-supply of unskilled labour in the United Kingdom. The Bank of England says that, for a 10% increase in immigration, in certain sectors wages are cut by an average of 1.88%. You can bet your bottom euro that it is worse in my constituency in the north-east of England, where we have the highest unemployment in the land.

So today's vote for jobcentres to be forced to advertise across the European Union when there are vacancies for CV matching, etc, will only drive more people to the UK, when of course people are already driven to the UK because English is a global language. So we can forget the emergency brake, because in one fell swoop – in one vote – we have done more damage than that could possibly repair. Yet Labour seem perfectly content to vote in favour of this.

Written explanations of vote

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – UKIP voted against this legislation. EURES is an EU website that advertises British jobs across Europe. It creates a clear obligation for 'Public Employment Services' to post all publically advertised jobs on to EURES. In the UK this means that UK JobCentre Plus will have to advertise all its jobs across Europe. The new rules allow private employment services to apply and advertise across Europe and also create an automated job matching to CV which will fast track the process of British jobs being taken by EU nationals. The 'opt-out' for employers as written in the rules changes the current system. At the moment in the UK an employer has a voluntary opt-in to EURES. These rules say they can only exempt a vacancy if it is 'duly justified'. However there is no justification for this term. In any case, this new legislation will increase the amount of UK jobs advertised across Europe.

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – Il grave problema della disoccupazione in alcune regioni dell'Europa rende necessario rafforzare in maniera decisiva la mobilità dei lavoratori nell'Unione. Le modifiche al regolamento apportate con il contributo del Movimento 5 Stelle, garantiscono una serie di miglioramenti alla Rete europea dei servizi per l'impiego (EURES) al fine di agevolare l'utilizzabilità da parte degli utenti. Si impegnano altresì gli Stati ad informare i cittadini su EURES e si attiva un programma di monitoraggio della performance della piattaforma. Ho deciso di votare favorevolmente per apportare questi miglioramenti sostanziali alla Rete europea dei servizi per l'impiego.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito. – He votado a favor de este informe porque da el visto bueno al acuerdo con el Consejo para poner en marcha una serie de medidas dirigidas a mejorar la plataforma de movilidad laboral intraeuropea denominada EURES, existente desde 1993.

Entre los avances que se conseguirán, gracias al empuje del Grupo socialista, están el hecho de que por fin el portal web EURES se transformará en una plataforma europea de intercambio de ofertas de empleo y CV; que la nueva base de datos inteligente, con la nueva plataforma IT, permitirá el cruce automático de CV con ofertas de trabajo; y que todas las vacantes publicadas por agencias de empleo públicas o privadas serán publicadas en toda la UE.

Además EURES contará con la participación de los interlocutores sociales en todos los niveles de la red, eliminará las tarifas de los servicios básicos para los trabajadores y asegurará que los contratos de prácticas y de aprendizaje que se ofrecen en su marco cumplan con los estándares de la UE y las normas sociales y de empleo de los Estados miembros.

Considero que en su conjunto el Acuerdo cumple con los objetivos y prioridades del Grupo socialista y supone un avance para los trabajadores y los ciudadanos europeos.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – La plataforma EURES debe servir para apoyar la movilidad justa de los trabajadores europeos, favoreciendo el intercambio de información sobre ofertas y demandas de empleo y creando una estructura estable de servicios de apoyo e información para los trabajadores migrantes dentro de la UE. Tanto la participación de los agentes sociales como el rol central reservado para los servicios de empleo público constituyen un freno para posibles abusos como los registrados en el pasado. Por todo ello, he votado a favor.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition de règlement relatif à un réseau européen des services de l'emploi, à l'accès des travailleurs aux services de mobilité et à la poursuite de l'intégration des marchés du travail.

En effet, le système énoncé fait face à de nombreux problèmes. D'abord, il tendrait à encourager la «fuite des cerveaux» ce qui creuserait les inégalités entre les différentes zones européennes (Est, Ouest, Nord, Sud). Ensuite, plus qu'un problème évident de logistique et de moyens, ce réseau enclencherait le déracinement des travailleurs et la précarisation de l'emploi. Enfin, le système EURES pour la mobilité de l'emploi favoriserait le chantage à la mobilité et poserait de grosses difficultés quant aux allocations chômage.

Profondément opposé au marché unique de l'emploi, je me suis opposé à ce texte.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτώς*. – Υπερψήφισα τη συγκεκριμένη έκδοση καθώς σκοπός της είναι να βελτιώσει το υπάρχον ευρωπαϊκό δίκτυο υπηρεσιών απασχόλησης, την πρόσβαση των εργαζομένων σε υπηρεσίες κινητικότητας και την περαιτέρω ενοποίηση των αγορών εργασίας.

Αυτό θα γίνει με τη συμμετοχή των κοινωνικών εταίρων σε όλα τα επίπεδα του δικτύου, τον ορισμό για πρώτη φορά των διασυννοριακών συνεργασιών, την καλύτερη ενημέρωση εργοδοτών και εργαζομένων, την υποχρέωση των μελών του δικτύου να δημοσιοποιούν σε αυτό τις διαθέσιμες θέσεις εργασίας και τα βιογραφικά σημειώματα, την υποχρέωση ιδιωτικών υπηρεσιών απασχόλησης να εκτελούν όλα τα καθήκοντα ως μέλη του δικτύου (εκτός αν μπορούν να αποδείξουν αιτιολογημένα ότι δεν έχουν τη δυνατότητα, οπότε πρέπει να εκτελέσουν κάποια μόνο από τα καθήκοντα που αναφέρονται).

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Ich habe mich für eine weitere Stärkung und Modernisierung von EURES, der europäischen Plattform für berufliche Mobilität innerhalb der EU, ausgesprochen. EURES unterstützt Arbeitssuchende dabei, die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union zu nutzen. EURES vereinfacht u. a. den Zugang zu Jobangeboten innerhalb der EU.

Auch in einer Grenzregion wie Ostbelgien ist die Erleichterung der Berufsmobilität über die Grenzen hinweg von großer Bedeutung. Das Mobilitätspotenzial der EU-Erwerbsbevölkerung ist noch nicht erschlossen. Hier tun sich Chancen auf, um mehr Menschen und insbesondere junge Menschen in Arbeit zu bringen. Das Portal soll daher in Zukunft u. a. auch Lehrstellen und Praktikumsplätze aufführen.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce texte est en cohérence avec le projet de l'Union de créer un marché unique de l'emploi fondé sur l'un des piliers fondateurs de l'UE à savoir la libre-circulation des travailleurs. En l'occurrence, il s'agit ici de mettre en place un réseau de coopération structuré permettant un accès de tous les citoyens européens à toutes les offres d'emploi.

Parmi les mesures évoquées, citons le renforcement de la coopération entre les services publics de l'emploi, l'intégration des organismes non publics (syndicats, chambres de commerce), l'amélioration de l'accès au portail EURES ou encore la création d'un bureau de coordination européen (chargé de récolter les informations des bureaux nationaux, de former ses employés et de faire des excédents et des pénuries dans les différentes régions).

Le programme pour l'Emploi et l'Innovation Sociale (EaSI) finance ce dispositif. Considérant que ce système favorise le déracinement des travailleurs, qu'il impose le marché unique européen de l'emploi comme seule alternative au chômage et institutionnalise la précarisation de l'emploi, j'ai voté contre ce rapport.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – I would like to thank rapporteur Heinz Becker for his excellent report. Unfortunately, unemployment in the EU still persists. This is an extremely harmful phenomenon affecting many individuals and their families. However, there are still two million job vacancies throughout the Member States. The EURES platform will help bring the unemployed and employers seeking employees across the EU together. Moreover, working abroad will be a great experience for the workers involved, as well as bringing Europe closer together.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už Europos užimtumo tarnybos (EURES) reformą. Pagal šią naują tvarką ES bus galima lengviau rasti tinkamą darbą, o darbdaviai galės greičiau pasirinkti darbuotojus į laisvas darbo vietas. Reformos tikslas – užtikrinti geresnes darbo vietas ir darbuotojų paieškos paslaugas visoje Europoje, išvengti darbo jėgos disbalanso Europoje, kai vienoje šalyje stebimas didelis nedarbas, o kitose trūksta arba pradedama trūkti darbuotojų. Naujos taisyklės – gera žinia darbo Europos Sąjungoje ieškantiems žmonėms. Darbo ieškančių asmenų gyvenimo aprašymai bus automatiškai susiejami su laisvomis darbo vietomis. Visa tai bus daroma nemokamai. Be to, visi ES valstybių užimtumo tarnybų skelbimai taps prieinami viename EURES interneto portale. Dar labai svarbu, kad EURES paslaugos taps prieinamos ir neigaliems asmenims. EURES yra Europos Komisijos ir ES valstybių bei Šveicarijos, Norvegijos,

Islandijos ir Lichtenšteino užimtumo tarnybų bendradarbiavimo tinklas, įsteigtas 1993 metais. Jame keičiamasi informacija apie laisvas darbo vietas ir gyvenimo bei darbo sąlygas. Kasmet per šį tinklą įdarbinama apie 150 tūkstančių žmonių.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – La libre circulation des travailleurs étant l'un des dogmes de l'UE, la mise en place d'un réseau de coopération structuré permettant un accès de tous les citoyens européens à toutes les offres d'emploi apparaît comme un dispositif favorable à l'aboutissement d'un marché unique de l'emploi.

Parmi les nombreux problèmes posés par ce rapport, le système en question risquerait de creuser les inégalités entre l'Europe du Sud et de l'Est et celle du Nord et de l'Ouest en encourageant «la fuite des cerveaux».

Pire, EURES – «pôle emploi européen» – favoriserait le chantage à la mobilité, selon lequel un chômeur ne voudrait pas travailler s'il n'est pas prêt à saisir une offre en Europe, où qu'elle soit; ce qui pourrait potentiellement poser des difficultés, concernant les allocations de chômage.

Enfin, ce système pousse au déracinement des travailleurs, impose le marché unique européen de l'emploi comme seule alternative au chômage et institutionnalise la précarisation de l'emploi.

Voilà pourquoi j'ai voté contre ce rapport.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution qui vise à améliorer le réseau européen des services à l'emploi (EURES) afin de renforcer l'information des citoyens européens quant à l'accès aux offres d'emploi au sein de l'Union. L'objectif du réseau, dont le portail doit être facilement accessible à tous, doit être de concourir à un taux élevé d'emplois de qualité et durables au sein de l'Union.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Dopo la crisi economica globale, che ha prodotto un imponente aumento dei tassi di disoccupazione, appare sempre più necessario mettere in campo iniziative efficaci per favorire una vera integrazione tra i mercati del lavoro degli stati membri dell'UE. In questo contesto, il rafforzamento della rete EURES può rappresentare una grande opportunità per milioni di cittadini europei. Ho appoggiato con convinzione la relazione Becker perché ritengo che sia fondamentale stabilire una piattaforma europea veramente accessibile e capace di fornire informazioni complete ed adeguate a tutti coloro che sono alla ricerca di un lavoro.

Integrare al suo interno apprendistati e tirocini, che contemplano regolari contratti di lavoro, può rappresentare una spinta ulteriore per rafforzare la mobilità interna anche di coloro che stanno completando un percorso di formazione. Lo sviluppo di una rete efficace richiede la presenza di meccanismi regolari di valutazione che consentano di apportare, quando necessario, le opportune modifiche per assicurare un successo della strategia europea.

Vista la presenza di questi elementi all'interno della relazione, ho quindi deciso di sostenerla con il mio voto.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta legislativa que pretende facilitar el acceso de los trabajadores a los servicios de apoyo a la movilidad laboral de los trabajadores intraeuropeos, apoyar una movilidad más justa e incrementar el acceso a las oportunidades laborales en la Unión a través de la revisión de EURES.

El informe garantiza el reconocimiento de los acuerdos transfronterizos con sus propios objetivos y competencias especiales, en particular para los trabajadores fronterizos; los interlocutores sociales se incluyen en los organismos de EURES a nivel europeo y nacional, y EURES ofrecerá información, con orientación especialmente individualizada para los trabajadores. La información que se proporcione a los trabajadores (sobre el país al que se trasladan, las opciones de colocación) será en general gratuita, mientras que se podría cobrar a los empleadores por los servicios especiales (EURES puede ofrecer servicios de poscontratación pero con pago de tasa). También los trabajadores deben dar su autorización para la publicación de solicitudes de empleo y CV en la red y pueden retirar su consentimiento. Por todo ello, entre otras cosas, creo que es un informe positivo y he votado a favor.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Celebro la aprobación de este informe sobre la propuesta de Reglamento de una red europea de servicios de empleo, acceso de los trabajadores a los servicios de movilidad y mayor integración de los mercados de trabajo. Hemos abogado por modernizar EURES con la incorporación de una exhaustiva base de datos comunitaria de solicitantes de empleo y vacantes. El fin último es ayudar a reducir el desempleo mediante una mejor adaptación de la oferta laboral a la demanda, y además presta especial atención a las regiones transfronterizas y a los jóvenes.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne la mise en place d'un réseau de coopération structuré qui doit permettre l'accès de tous les citoyens européens à toutes les offres d'emploi. Ce dispositif semble favorable à l'aboutissement d'un marché unique de l'emploi. On envisage de renforcer la coopération entre les services publics à l'emploi (SPE), d'intégrer des organismes non-publics (syndicats, chambres de commerce), d'améliorer l'accès au portail EURES et de créer un bureau de coordination européen. Le dispositif sera piloté par la Commission en partenariat avec les États.

J'ai voté contre ce rapport puisque ce système favorise le déracinement des travailleurs, impose le marché unique européen de l'emploi comme seule alternative au chômage et institutionnalise la précarisation de l'emploi. Il encourage la fuite des cerveaux et creuse les inégalités entre les États, et EURES tend à encourager le chantage à la mobilité du chômeur partout en Europe.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione del collega Becker analizza la revisione delle norme che disciplinano la Rete europea di servizi per l'impiego (EURES). Preso atto che EURES è uno degli strumenti attraverso il quale si applica il principio di libera circolazione dei lavoratori, che esso è stato creato con gli accordi di Schengen, e considerato che questi ultimi hanno oggi ormai perso la ragion d'essere, in quanto non garantiscono più libertà e sicurezza all'interno dell'Unione, ma anzi, sono il veicolo dell'immigrazione di massa e della conseguente insicurezza sociale europea, non ho inteso sostenere col mio voto questa relazione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque da el visto bueno al acuerdo con el Consejo para poner en marcha una serie de medidas dirigidas a mejorar la plataforma de movilidad laboral intraeuropea denominada EURES, existente desde 1993.

Entre los avances que se conseguirán, gracias al empuje del Grupo socialista, están el hecho de que por fin el portal web EURES se transformará en una plataforma europea de intercambio de ofertas de empleo y CV; que la nueva base de datos inteligente, con la nueva plataforma IT, permitirá el cruce automático de CV con ofertas de trabajo; y que todas las vacantes publicadas por agencias de empleo públicas o privadas serán publicadas en toda la UE.

Además EURES contará con la participación de los interlocutores sociales en todos los niveles de la red, eliminará las tarifas de los servicios básicos para los trabajadores y asegurará que los contratos de prácticas y de aprendizaje que se ofrecen en su marco cumplan con los estándares de la UE y las normas sociales y de empleo de los Estados miembros.

Considero que en su conjunto el acuerdo cumple con los objetivos y prioridades del Grupo socialista y supone un avance para los trabajadores y los ciudadanos europeos.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė Europos užimtumo tarnybos (EURES) patobulintoms taisyklėms. Šios naujos taisyklės leis automatiškai susieti darbo ieškančių asmenų gyvenimo aprašymus su laisvomis darbo vietomis. Be to, visų ES valstybių užimtumo tarnybų skelbimai taps prieinami viename interneto portale. Su ES Taryba jau suderintos reformos tikslas – užtikrinti geresnes darbo vietas ir darbuotojų paieškos paslaugas visoje Europoje, palengvinti darbo jėgos judumą ir išvengti situacijų, kai vienoje šalyje stebimas didelis nedarbo lygis, o kitose trūksta darbuotojų. Naujosios taisyklės leis automatiškai susieti darbo ieškančių asmenų gyvenimo aprašymus su laisvomis darbo vietomis. Ši paslauga turės būti nemokama, taip pat prieinama neigaliesiems. Be to, visų ES valstybių užimtumo tarnybų skelbimai taps prieinami EURES interneto portale. Europos Parlamentui pavyko užtikrinti, kad į EURES tinklą būtų įtrauktos ir privačios organizacijos, o pasienio regionai gautų daugiau informacijos apie laisvas darbo vietas skirtingose ES šalyse. Parlamentui taip pat pavyko EURES tinkle sustiprinti socialinių partnerių vaidmenį.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Európa egyes régióiban tapasztalható magas munkanélküliség ahhoz a felismeréshez vezetett, hogy meg kell erősíteni a munkaerő Unión belüli mobilitását. Reményeink szerint ez hozzájárul majd egy magas foglalkoztatottsági szinttel rendelkező európai munkaerőpiac kifejlődéséhez. E rendelet célja, hogy az EURES hálózatot hatékony eszközzé alakítsa az álláskereső/munkáltatók számára azáltal, hogy létrehozza az állásajánlatok és álláskereső profilok legnagyobb adatbázisát. Támogatom, hogy fel kell venni az egész Európára kiterjedő hálózatba a gyakorlati képzési és a szakmai gyakorlati helyeket is. Javaslom bevezetni a tanulószerveződéses gyakorlati képzések és szakmai gyakorlatok területén fennálló, Unión belüli mobilitással kapcsolatos általános információk megfelelő cseréjét, amelyet a tagállamok rendes oktatási rendszere által kiadott diplomákhoz hasonlóan el kell ismerni. A reformnak lehetővé kell tennie, hogy az állami foglalkoztatási szolgáltatások lefektessék az oktatási és szakképzési intézményekkel való szorosabb együttműködés alapjait, különösen a továbbképzés terén, kiterjesztve ezt a 40 év felettiekre is, lehetővé téve az információs és kommunikációs technológiák kihasználását. A fentiek fényében szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Ob starajočem se prebivalstvu v Evropi in še vedno visokih stopnjah brezposelnosti v nekaterih državah članicah EU oz. njihovih regijah je oblikovanje in usmerjanje ustreznih zaposlitvenih tokov izjemnega pomena pri obračanju teh trendov.

Svobodna izbira delovnega mesta v EU je eden pomembnejših sestavnih delov enotnega evropskega trga, ene izmed štirih temeljnih svoboščin Evropske unije, in s tem bistveni element državljanstva EU. Povečanje mobilnosti delavcev znotraj EU, s čimer povečujemo zaposlitvene možnosti delavcev in pomagamo zapolniti prosta delovna mesta delodajalcem, je eden ključnih korakov pri doseganju teh ciljev.

Zato nisem imel prav nobenih zadržkov pri podpori navedene uredbe oz. poročila kolega Beckerja, katere namen je razvoj mreže EURES v učinkovit instrument za vse iskalce zaposlitve in delodajalce, ki se zanimajo za delavce znotraj EU. To se bo doseglo z omogočanjem dostopa do pregledne in obširne evidence prostih delovnih mest in profilov iskalcev zaposlitve za celotno EU, vključena pa bodo tudi vajeništva in pripravništva.

Dobro se mi zdi predvsem to, da v mrežo vključujemo mlade iskalce zaposlitve, ki lahko tako v polni meri izkoristijo prednosti, ki jih prinaša EU. Mreža EURES bo po mojem zelo pozitivno vplivala na povečanje mobilnosti znotraj EU in tako na še bolj povezano Evropo.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Fin dalla sua istituzione nel 1993, la rete europea dei servizi per l'impiego (EURES) ha fornito un importante contributo per facilitare l'occupazione e la mobilità interna allo Spazio economico europeo. Ciononostante, la mobilità in Europa è rimasta finora relativamente bassa, senza riuscire a ottenere un equilibrio effettivo a livello europeo tra domanda e offerta di lavoro.

Poiché il diritto al lavoro basato sulla libera circolazione è una prerogativa di tutti i cittadini europei e rappresenta uno dei principi cardine dell'Unione, accolgo con favore questa relazione che mira a rendere più efficace questo fondamentale strumento.

Il potenziamento della rete EURES, da realizzare in particolare attraverso una più stretta collaborazione transfrontaliera tra i vari servizi per l'impiego nazionali e le parti sociali, consentirà, fra le altre cose: una migliore informazione per i richiedenti lavoro e i datori di lavoro; una più ampia scelta di possibilità di impiego a livello europeo; una maggiore corrispondenza fra offerte di lavoro e competenze attraverso il sistema multilingue di classificazione comune delle abilità, delle qualifiche e delle professioni (ESCO), allo scopo di facilitare l'incontro tra lavoratori e datori di lavoro di paesi diversi, favorendo l'accesso alle opportunità e ai requisiti che essi ricercano.

Louise Bours (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislation. EURES is an EU website that advertises British jobs across Europe. It creates a clear obligation for 'Public Employment Services' to post all publically advertised jobs on to EURES. In the UK this means that UK JobCentre Plus will have to advertise all its jobs across Europe. The new rules allow private employment services to apply and advertise across Europe and also create an automated job matching to CV which will fast track the process of British jobs being taken by EU nationals. The 'opt-out' for employers as written in the rules changes the current system. At the moment in the UK an employer has a voluntary opt-in to EURES. These rules say they can only exempt a vacancy if it is 'duly justified'. However there is no justification for this term. In any case, this new legislation will increase the amount of UK jobs advertised across Europe.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici la mise en place d'un réseau de coopération structuré permettant un accès de tous les citoyens européens à toutes les offres d'emploi visant à l'aboutissement d'un marché unique de l'emploi. Parmi d'autres problèmes, ce système tend à favoriser «la fuite des cerveaux» et donc à creuser les inégalités au sein de l'Union, favorise également le déracinement des travailleurs, impose le marché unique européen de l'emploi comme seule alternative au chômage et institutionnalise la précarisation de l'emploi.

J'ai voté contre.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – We abstained on this report as we had some reservations about it, but did not want to block the progressive content.

'EURES' is a network designed to facilitate the free movement of workers within the EU-28 countries + EEA countries. The reform of EURES aims to enhance labour mobility in the EU by making it easier for workers to access information about job vacancies and information about the various Member State systems, and by making it easier for employers to recruit from all Member States.

The report we voted on was an improvement on the Commission's proposal, which focused on promoting market access for private employment services and mobility as a solution to unemployment. However, the regulation is still part of the Commission's mobility agenda which, in my view, primarily aims to create an integrated labour market in order to increase employers' access to cheaper labour, which is why we could not fully support the report and abstained.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Nel 2015, ogni giorno, oltre 1,1 milioni di cittadini europei che vivono in un paese dell'Unione hanno attraversano le frontiere per andare a lavorare in un paese vicino. Inoltre 7 milioni di cittadini europei vivono e lavorano stabilmente in altri Stati dell'Unione differenti da quello di nascita. Questo dato è positivo perché la libera scelta del posto di lavoro all'interno dell'UE è parte integrante della libertà di circolazione, che è una delle quattro libertà fondamentali dell'Unione europea così come previste dal trattato di Roma (assieme alla libera circolazione delle merci, dei servizi e dei capitali) e, di conseguenza, un elemento centrale della cittadinanza dell'UE.

Le iniziative volte a favorire la libertà di movimento dei cittadini nell'Unione possono essere saldate con quelle volte ad affrontare il grave problema della disoccupazione in alcune regioni dell'Europa: rafforzando la mobilità lavorativa nell'Unione si offrono maggiori opportunità ai lavoratori di trovare l'adeguata offerta di lavoro in modo più rapido ed efficiente. Ciò contribuirà allo sviluppo di un mercato europeo del lavoro con un elevato livello di occupazione.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – La mobilité des travailleurs européens est une condition essentielle pour la création d'un marché unique de l'emploi. Cette utopie permet surtout, en l'absence d'harmonisation sociale, d'accroître l'intensité de la concurrence déloyale entre les États membres. En effet, l'approfondissement du réseau EURES conduira progressivement à favoriser la mobilité à sens unique d'Est en Ouest. Dans un contexte économique et social très dégradé, marqué par le scandale de la directive sur le détachement des travailleurs, un tel approfondissement est tout à fait malvenu. C'est pourquoi j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Libera circulație a lucrătorilor este unul dintre elementele esențiale pentru dezvoltarea unei piețe integrate a forței de muncă din Uniune, în special în regiunile transfrontaliere, care ar permite creșterea mobilității lucrătorilor și poate să contribuie la creșterea diversității și la găsirea competențelor adecvate pentru posturile vacante și la eliminarea blocajelor existente pe piața muncii.

Obiectivul prezentului regulament este de a transforma rețeaua EURES într-un instrument eficient pentru orice persoană aflată în căutarea unui loc de muncă sau angajator interesat de mobilitatea forței de muncă în interiorul UE, prin crearea unui portofoliu cât mai cuprinzător de oferte de locuri de muncă și profiluri de candidați care să poată fi consultate de orice persoană aflată în orice loc din UE. Mai mult, ar fi de dorit ca rețeaua să includă și uceniciile și stagiile, în cazul cărora trebuie să existe însă un raport de muncă obișnuit.

Pentru a ajuta lucrătorii care se bucură de dreptul la muncă bazat pe libera circulație să își exercite în mod efectiv acest drept, am votat favorabil inițiativele acestui raport.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto negativo. È la revisione delle norme che disciplinano la Rete europea di servizi per l'impiego (EURES), istituita in attuazione del regolamento (UE) n. 492/2011 relativo alla libera circolazione dei lavoratori all'interno dell'Unione. Tale revisione tende ad attribuire un ruolo più esteso alla Commissione, al fine di conseguire una «maggiore integrazione dei mercati del lavoro» attraverso un'accresciuta mobilità transfrontaliera della forza lavoro.

Insomma, l'EURES è parte degli strumenti di applicazione del principio di libera circolazione del lavoro. Tale principio – cioè Schengen – è uno dei due pilastri su cui si fonda l'UE (l'altro è la libera circolazione dei capitali: Maastricht). Pilastri che si stanno sgretolando a vista d'occhio.

Ne consegue che il voto finale non può che essere contrario.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque da el visto bueno al acuerdo con el Consejo para poner en marcha una serie de medidas dirigidas a mejorar la plataforma de movilidad laboral intraeuropea denominada EURES, existente desde 1993.

Entre los avances que se conseguirán, gracias al empuje del Grupo socialista, están el hecho de que por fin el portal web EURES se transformará en una plataforma europea de intercambio de ofertas de empleo y CV; que la nueva base de datos inteligente, con la nueva plataforma IT, permitirá el cruce automático de CV con ofertas de trabajo; y que todas las vacantes publicadas por agencias de empleo públicas o privadas serán publicadas en toda la UE.

Además EURES contará con la participación de los interlocutores sociales en todos los niveles de la red, eliminará las tarifas de los servicios básicos para los trabajadores y asegurará que los contratos de prácticas y de aprendizaje que se ofrecen en su marco cumplan con los estándares de la UE y las normas sociales y de empleo de los Estados miembros.

Considero que en su conjunto el acuerdo cumple con los objetivos y prioridades del Grupo socialista y supone un avance para los trabajadores y los ciudadanos europeos.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La liberté de circulation et d'établissement des citoyens européens au sein de l'Union européenne constitue un des piliers du projet européen. Cela permet, par exemple, aux travailleurs de se déplacer dans un autre État membre afin d'y exercer une activité professionnelle. Au sein du marché unique, la mobilité des travailleurs revêt une importance considérable. Il faut donc tout mettre en place afin que cette mobilité soit opérationnelle. Le réseau EURES constitue un instrument efficace pour les demandeurs d'emplois et les employeurs. J'ai voté en faveur de ce rapport qui a pour objectif de compléter l'intégration des marchés du travail.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio relativo a una rete europea di servizi per l'impiego, all'accesso dei lavoratori ai servizi di mobilità e ad una maggiore integrazione dei mercati del lavoro.

Poter liberamente cercare lavoro all'interno dell'UE è una delle libertà fondamentali dell'UE e un elemento centrale della cittadinanza dell'UE. Il grave problema della disoccupazione nelle regioni dell'Europa meridionale rende necessario rafforzare la mobilità lavorativa nell'Unione. Questo contribuirà allo sviluppo di un mercato europeo del lavoro volto al raggiungimento degli obiettivi della strategia Europa 2020 che prevedono un tasso di occupazione al 75% per la fascia di età compresa tra i 20 e i 64 anni. La mobilità lavorativa all'interno dell'UE è infatti modesta, rispetto alle dimensioni del mercato del lavoro e della popolazione attiva dell'Unione: il tasso di mobilità sul territorio dell'UE è solo dello 0,29%.

L'obiettivo del presente regolamento è di trasformare la rete EURES in uno strumento efficace per i richiedenti lavoro o per i datori di lavoro interessati alla mobilità lavorativa all'interno dell'UE, rendendo accessibile e trasparente un'ampia riserva di offerte di lavoro e di profili di richiedenti lavoro in tutta Europa.

Matt Carthy (GUE/NGL), in writing. – I abstained on this report as I had some reservations about it, but did not want to block the progressive content.

'EURES' is a network designed to facilitate the free movement of workers within the EU-28 countries + EEA countries. The reform of EURES aims to enhance labour mobility in the EU by making it easier for workers to access information about job vacancies and information about the various Member State systems, and by making it easier for employers to recruit from all Member States.

The report I voted on was an improvement on the Commission's proposal, which focused on promoting market access for private employment services and mobility as a solution to unemployment. However, the regulation is still part of the Commission's mobility agenda which, in my view, primarily aims to create an integrated labour market in order to increase employers' access to cheaper labour, which is why I could not fully support the report and abstained.

James Carver (EFDD), in writing. – UKIP voted against this legislation. EURES is an EU website that advertises British jobs across Europe. It creates a clear obligation for 'Public Employment Services' to post all publically advertised jobs on to EURES. In the UK this means that UK JobCentre Plus will have to advertise all its jobs across Europe. The new rules allow private employment services to apply and advertise across Europe and also create an automated job matching to CV which will fast track the process of British jobs being taken by EU nationals. The 'opt-out' for employers as written in the rules changes the current system. At the moment in the UK an employer has a voluntary opt-in to EURES. These rules say they can only exempt a vacancy if it is 'duly justified'. However there is no justification for this term. In any case, this new legislation will increase the amount of UK jobs advertised across Europe.

David Casa (PPE), in writing. – I voted in favour of this report as I fully agree that workers need to access mobility services as a means to increase access to employment opportunities. It should help to overcome labour shortages in some areas and reduce unemployment in others. The EU Member States need a common framework on labour mobility, one that would, among others, abolish any discrimination, provide adequate social services for mobile workers and generally ensure sustainable employment. Another important element is the reorganisation of the European Job Mobility Portal (EURES); this is a good way to start. Although the facility has already proven very useful for jobseekers, much more could be done in this area, like the extension of the EURES network to apprenticeships and traineeships.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – Il livello di disoccupazione in alcune regioni dell'Unione continua ad essere assolutamente preoccupante.

Accanto alle azioni volte a creare nuovi posti di lavoro, è necessario intervenire anche sul fronte di una maggiore integrazione dei mercati. Va quindi rafforzata la mobilità dei lavoratori, ancora di basso livello rispetto al potenziale, e contemporaneamente l'immediatezza con cui i datori possono soddisfare l'offerta di lavoro.

A tal fine la Rete europea di servizi per l'impiego (EURES) dovrebbe diventare più efficiente, grazie a modifiche positive che il presente report apporta al suo regolamento. La delegazione del Movimento 5 stelle ha quindi votato a favore.

Caterina Chinnici (S&D), per iscritto. – La rete EURES ha dato a molti la possibilità di trovare occupazione all'interno dell'Unione europea ed è stata uno strumento che ha contribuito a realizzare la libera circolazione dei lavoratori, così come previsto dall'articolo 45 del trattato. Le nuove necessità del mercato del lavoro e la crescente richiesta di persone in cerca di occupazione al di là delle frontiere nazionali – si stima infatti che tra il 2007 e il 2013 il numero degli iscritti al portale sia passato da 175 000 a 1 200 000 unità – dimostrano l'esplosione della domanda, alla quale però non è seguito un incremento della mobilità lavorativa. Una carenza dovuta al fatto che il sistema necessitava di una modifica dato che, così come è organizzato, non è stato in grado di far fronte ad una domanda in continuo aumento.

L'ampliamento della rete di partenariato locale e transnazionale, prevista nella proposta di regolamento, aumenta la possibilità di incrociare la domanda e l'offerta di lavoro ed al contempo accrescere la mobilità dei lavoratori. A seguito delle continue richieste EURES sarà estesa anche ai tirocinanti, segnale di come i giovani considerino l'UE un unico grande mercato del lavoro.

Ho votato a favore della relazione perché ritengo che EURES offra concrete possibilità occupazionali.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε πως η ελεύθερη επιλογή της θέσης εργασίας στο εσωτερικό της ΕΕ αποτελεί αναπόσπαστο τμήμα της ελεύθερης κυκλοφορίας ως μία από τις τέσσερις θεμελιώδεις ελευθερίες της Ευρωπαϊκής Ένωσης και, επομένως, βασικό στοιχείο της ιδιότητας του πολίτη της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Ειδικά υπό το φως της υψηλής ανεργίας που παρατηρείται σε ορισμένες περιφέρειες της Ευρώπης, το ζητούμενο είναι να ενισχυθεί η εργασιακή κινητικότητα εντός της ΕΕ, να βελτιωθούν οι ευκαιρίες απασχόλησης για τους εργαζόμενους και να παρασχεθεί βοήθεια στους εργοδότες, με σκοπό την καλύτερη και ταχύτερη πλήρωση των κενών θέσεων εργασίας. Τούτο συμβάλλει στην ανάπτυξη μιας ευρωπαϊκής αγοράς εργασίας με υψηλό επίπεδο απασχόλησης.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Η σημερινή ψηφοφορία σχετικά με την έκθεση για την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά το ευρωπαϊκό δίκτυο υπηρεσιών απασχόλησης, την πρόσβαση των εργαζομένων σε υπηρεσίες κινητικότητας και την περαιτέρω ενοποίηση των αγορών εργασίας επηρεάζει μεγάλο ποσοστό των ευρωπαίων πολιτών.

Είναι λοιπόν πολύ σημαντικό να διασφαλίσουμε ότι μια τέτοια κίνηση θα διέπεται από αρχές σεβασμού των δικαιωμάτων των πολιτών και δεν θα διαταράσσει θετικά στοιχεία που πιθανώς υπάρχουν μέχρι σήμερα, ενώ αντιθέτως θα τα ενισχύει. Πράγματι, θεωρώ πως αποτελεί μια θετική ενέργεια, ιδιαίτερα υπό το πρίσμα της βελτίωσης του μηχανισμού ευρέσεως εργασίας EURES και για αυτό το λόγο ψήφισα θετικά.

Salvatore Cicu (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto sono convinto che la libera scelta del posto di lavoro all'interno dell'UE sia parte integrante della libertà di circolazione, che è una delle quattro libertà fondamentali dell'Unione europea e, di conseguenza, un elemento centrale della cittadinanza dell'UE.

L'obiettivo del regolamento è di trasformare la rete EURES in uno strumento efficace per i richiedenti lavoro o per i datori di lavoro interessati alla mobilità lavorativa all'interno dell'UE, rendendo accessibile e trasparente un'ampia riserva di offerte di lavoro e di profili di richiedenti lavoro in tutta Europa.

Il grave problema della disoccupazione in alcune regioni dell'Europa rende necessario rafforzare la mobilità lavorativa nell'Unione, offrire maggiori opportunità ai lavoratori e aiutare i datori di lavoro a soddisfare l'offerta di lavoro in modo più rapido ed efficiente. Ciò contribuirà allo sviluppo di un mercato europeo del lavoro con un elevato livello di occupazione.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – Sono molto contento che questa proposta di regolamento sia stata approvata, e sono orgoglioso di aver contribuito con il mio voto favorevole. Infatti in provvedimenti come questo si vede un'Europa che non è solo obblighi e burocrazia, ma anche opportunità e lavoro, diversificazione delle prospettive di vita, ampliare il proprio orizzonte e aumentare le probabilità di vivere felici.

Che senso ha trasferirsi dalla campagna alla città, se poi si va a fare un lavoro che non soddisfa umanamente? Io sarò contento di vedere, quando questo regolamento sarà pienamente attuato, i giovani che si faranno la loro strada sulla base delle proprie passioni e non dei confini geografici.

Carlos Coelho (PPE), por escrito. – A livre circulação de trabalhadores é uma das quatro liberdades que fundam o mercado interno europeu. O Portal Europeu da Mobilidade – EURES – constitui um importante instrumento para essa mobilidade, na medida em que permite um encontro entre a oferta e a procura de emprego transfronteiriça, mas também como fonte e agregador de informação fiável.

Contudo, importa recordar que a política do mercado de trabalho, incluindo todas as medidas de apoio, se mantêm na esfera de competências nacional. Nessa medida, o bom funcionamento de medidas como esta dependem das autoridades nacionais, o que justifica, por exemplo, que os serviços públicos de cada Estado-Membro devem ser designados automaticamente pelos Estados-Membros como membros da rede responsáveis pela aplicação do presente regulamento.

Por outro lado, apenas 3,1% da mão-de-obra europeia trabalha noutro Estado-Membro e, em média, apenas 700 mil pessoas se deslocam anualmente. Uma maior utilização desta mobilidade, que permite um maior encontro entre procura e oferta, contribui para mais emprego. Confrontados com um desemprego que permanece com valores preocupantes em alguns países, nomeadamente Portugal, melhorar instrumentos – como o EURES – reveste-se ainda de maior importância. Apoio por isso este relatório.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn ich denke, dass gerade für – häufig auch strukturschwache – Grenzregionen die EU unterstützende Maßnahmen ergreifen sollte, um die Mobilität innerhalb der EU zu fördern. Das EURES-Netzwerk könnte auch einen entscheidenden Beitrag zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit leisten, denn auch Praktikums- und Ausbildungsstellen sollen damit vermittelt werden.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislation. EURES is an EU website that advertises British jobs across Europe. It creates a clear obligation for 'Public Employment Services' to post all publically advertised jobs on to EURES. In the UK this means that UK JobCentre Plus will have to advertise all its jobs across Europe. The new rules allow private employment services to apply and advertise across Europe and also create an automated job matching to CV which will fast track the process of British jobs being taken by EU nationals. The 'opt-out' for employers as written in the rules changes the current system. At the moment in the UK an employer has a voluntary opt-in to EURES. These rules say they can only exempt a vacancy if it is 'duly justified'. However there is no justification for this term. In any case, this new legislation will increase the amount of UK jobs advertised across Europe.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – La mobilità lavorativa all'interno dell'Unione europea è ancora modesta rispetto alle dimensioni del mercato del lavoro e della popolazione attiva dell'Unione. La libera scelta del posto di lavoro sul mercato è parte integrante della libertà di circolazione, che è una delle principali libertà fondamentali dell'Unione europea e, di conseguenza, un elemento centrale della cittadinanza europea.

Il grave problema della disoccupazione in alcune regioni rende necessario rafforzare la mobilità lavorativa nell'Unione, offrire maggiori opportunità ai lavoratori e aiutare i datori di lavoro a soddisfare l'offerta di lavoro in modo più rapido ed efficiente. Lo scopo di questo regolamento è di trasformare la rete EURES in uno strumento efficace per i richiedenti lavoro o per i datori di lavoro. La piattaforma sarà facilmente accessibile e il più possibile agevole da utilizzare.

Per questi motivi, sono a favore di questa iniziativa.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Intra-EU labour mobility remains relatively low when seen in the context of the size of the labour market and the active population of the EU. We still have a mobility rate in the EU-27 which is only 0.29%. The key remains that of focusing our action more on young people, who are more willing to be mobile.

Minimum standards of recognition, equivalence structures as well as common rules will continue to facilitate labour mobility, thereby addressing skill gaps that are particular to different Member States.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – EURES è una rete volta a promuovere la collaborazione tra la Commissione europea e i servizi pubblici per l'impiego (SPI) dei paesi membri dello Spazio economico europeo (SEE), al fine di avere uno scambio di informazioni sulle offerte di lavoro e di agevolare la mobilità dei lavoratori all'interno dell'UE.

Date le carenze riscontrate nella rete EURES sono state apportate delle modifiche al regolamento principalmente volte a migliorare l'incompletezza delle informazioni delle offerte di lavoro, la scarsità di apprendistato e tirocini, l'accesso ineguale ai servizi di EURES superato attraverso il miglioramento della comunicazione tra richiedenti lavoro e datori di lavoro, la disponibilità limitata a prestare assistenza ai richiedenti lavoro e ai datori di lavoro che hanno manifestato interesse per la mobilità lavorativa, per agevolare un accesso ed una diffusione più ampia possibile.

Il mio voto è favorevole, poiché l'obiettivo del presente regolamento è quello di trasformare EURES in uno strumento più efficace, trasparente ed accessibile in un periodo di grave crisi del mercato del lavoro.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – La plataforma EURES debe servir para apoyar la movilidad justa de los trabajadores europeos, favoreciendo el intercambio de información sobre ofertas y demandas de empleo y creando una estructura estable de servicios de apoyo e información para los trabajadores migrantes dentro de la UE. Tanto la participación de los agentes sociales como el rol central reservado para los servicios de empleo público constituyen un freno para posibles abusos como los registrados en el pasado. Por todo ello, he votado a favor.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La crescente interdipendenza tra i mercati del lavoro rende necessaria una più stretta cooperazione tra i servizi per l'impiego al fine di garantire ai lavoratori una maggiore mobilità e di contribuire all'inclusione sociale e all'integrazione delle persone escluse dal mercato del lavoro in tutta l'Unione europea.

Ho votato in favore alla risoluzione del Parlamento europeo perché promuove uno strumento che ritengo sia molto utile e che è finalizzato a creare una rete europea dei servizi per l'impiego, accesso dei lavoratori ai servizi di mobilità e una maggiore integrazione dei mercati del lavoro.

Con il mio voto ho inteso promuovere la circolazione dei lavoratori, eliminare qualsiasi tipo di discriminazione tra cittadini europei e aiutare i lavoratori che hanno il diritto di lavorare in un altro Stato membro ad esercitare effettivamente tale diritto tutelando altresì le loro famiglie.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A munkahely Unión belüli szabad megválasztása Európai Unió négy alapszabadságához tartozó szabad mozgáshoz való jog szerves része, és ezáltal az uniós polgárság egyik jelentős eleme. Ma az EU-ban 23 millió munkanélküli van, és közel minden ötödik fiatalnak nincs állása. Néhány régió jobban sújtott, míg mások kevésbé. Erre megoldás lenne, ha nőne az Unión belüli munkavállalói mobilitás. Ez a munkaerőpiac méretéhez és az EU aktív népességéhez képest, de még a nagyobb versenytársakéhoz (USA, Japán) képest is alacsony – az EU 27 mobilitási rátája csupán 0,29%.

Tehát meg kell erősíteni a munkaerő Unión belüli mobilitását a munkavállalók foglalkoztatási esélyeinek javítása és a munkáltatók abban való segítése érdekében, hogy üres álláshelyeiket jobban és gyorsabban betölthessék. A rendelet célja, hogy az EURES-hálózatot hatékony eszközzé alakítsa az álláskereső és a munkáltatók számára, tiszteletben tartva a tagállamok kompetenciáit a munkaerő-piaci szabályozás tekintetében, amely továbbra is nemzeti hatáskörben maradt.

Valamennyi munkakereső számára biztosítani kell a munkavégzés helye szerinti munkajogi feltételekre és szolgáltatásokra vonatkozó átfogó információkat. A platformnak könnyen hozzáférhetőnek és a lehető legnagyobb mértékben felhasználóbarátnak kell lennie.

Fontosnak tartom, hogy az üres álláshelyek betöltése tekintetében a tagállamoknak és a Bizottságnak ügyelniük kell arra, hogy ezek betöltése során az uniós tagállamok állampolgárai elsőbbséget élvezzenek, hogy megvalósuljon az uniós preferencia.

Edward Czesak (ECR), na piśmie. – EURES jest siecią współpracy pomiędzy Komisją Europejską a publicznymi służbami zatrudnienia państw członkowskich, ukierunkowaną na mobilność zawodową w UE. Celem przedmiotowego rozporządzenia jest uczynienie z sieci EURES narzędzia dla osób poszukujących pracy lub pracodawców przez udostępnienie na szczeblu ogólnoeuropejskim puli ofert zatrudnienia i profili osób poszukujących pracy. Celem rozporządzenia jest również wzmocnienie instytucjonalnej i organizacyjnej podstawy usług EURES-u, poprawienie jakości informacji udostępnianych pracownikom i pracodawcom, usprawnienie wymiany informacji, tak aby lepiej odzwierciedlić zmiany technologiczne oraz zwiększenie mobilności pracowników, w szczególności w regionach transgranicznych. Rozporządzenie obejmuje również przyuczenie do zawodu i praktyki zawodowe, pod warunkiem, że wnioskodawcy są objęci stosunkiem zatrudnienia. Mając powyższe na uwadze poparłem w głosowaniu omawiany projekt.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – I voted in favour of this report, as I believe that the integration of the labour markets and the entitlement of the freedom to work are an indispensable tool to address the high rates of unemployment. This regulation aims to turn the EURES network into an effective instrument for jobseekers or employers, by creating the largest framework of vacancies and jobseeker profiles, accessible EU-wide. The proposal also ensures that the labour market policy remains a Member State competence. I am in favour of this report as I believe that all jobseekers should be able to have access to all the information needed and that a user-friendly framework would be a positive step forward in tackling unemployment.

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. – Știm că rețeaua EURES funcționează deja, însă consider că este nevoie de o reorganizare a sa pentru a îmbunătăți serviciile pentru potențialii beneficiari printr-o mai bună coordonare interministerială, pentru a depăși obstacolele juridice care există pentru lucrătorii care doresc să lucreze în altă țară deoarece, în prezent, multe persoane ezită să accepte oferte de muncă în alt stat al Uniunii din cauza incertitudinii sau lipsei de informații pertinente privind sistemele de asigurări sociale, plata impozitelor și a celorlalte obligații în țara de rezidență.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Ce rapport législatif vise à améliorer l'accès des travailleurs aux services de soutien à la mobilité professionnelle au sein de l'Union en renforçant le réseau EURES. Cet instrument rassemble en effet les demandeurs d'emploi et les employeurs (ex: offres de stage et d'apprentissage). Ce rapport propose notamment de créer une base de données européenne pour mieux corrélér la demande de travail et les offres d'emploi. Il prévoit également des services gratuits de soutien aux travailleurs et aux employeurs et la création d'un bureau européen de coordination, géré par la Commission européenne. Enfin, il met en œuvre des partenariats spécifiques pour la mobilité des travailleurs dans les régions transfrontalières.

Considérant que la situation actuelle de l'emploi en Europe est en partie due à une inadéquation entre la demande et l'offre de travail, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur de ce texte qui vise à faciliter et à encourager les recrutements intra-européens, notamment à travers la révision du portail EURES pour la mobilité de l'emploi. L'objectif de cet instrument est de répondre de manière plus adéquate aux évolutions du marché du travail en Europe. Je suis particulièrement favorable au développement du portail EURES afin de promouvoir l'apprentissage en Europe.

Angélique Delahaye (PPE), par écrit. – Le Réseau européen des services de l'emploi et l'accès des travailleurs aux services de mobilité (EURES) est un réseau de coopération visant à faciliter la liberté de mouvement des travailleurs au sein des 28 États membres de l'Union, de la Suisse, de l'Islande, du Liechtenstein et de la Norvège.

Ainsi, j'ai voté en faveur du rapport concernant EURES. Ce rapport porte sur une proposition de la Commission européenne concernant un nouveau règlement visant à améliorer le fonctionnement de l'outil EURES. Il permettra de redynamiser le réseau mis à la disposition des travailleurs afin de les accompagner dans leurs projets de mobilité professionnelle, mais aussi des entreprises, en particulier des PME, pour les aider à combler les postes vacants.

Je me félicite de ce que ce nouveau règlement permette la création de partenariats transfrontaliers capables d'apporter des informations et un support aux travailleurs.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A foglalkoztatási szolgálatok európai hálózatról (EURES), a munkavállalók mobilitási szolgáltatásokhoz való hozzáféréséről és a munkaerőpiacok további integrációjáról szóló európai parlamenti és tanácsi rendeletre irányuló javaslatokról szavazott az EP. Külön kihangsúlyozásra kerül, hogy a rendelet nemcsak a munkavállalók szabad mozgását látja elő, de eltöröl bármilyen diszkriminációs alapot a tagállamok munkavállalói között. Az EURES-szel kapcsolatos célkitűzések között szerepel az összehangolt foglalkoztatási stratégia (különösen a szakképzett munkaerőt illetően), integrált munkaerő piac, a növekvő önkéntes földrajzi és foglalkoztatási mobilitás az Unióban és a zökkenőmentes átmenet támogatása az oktatásból a munkába. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – La libre circulation des travailleurs étant un pilier de l'Union, on comprend que la mise en place d'un réseau pour l'accès de tous les Européens aux offres d'emploi soit proposée, afin d'aboutir à un marché unique de l'emploi. Or, étant attachée à la défense des travailleurs français, je ne peux que m'opposer au déracinement de ces derniers, à la précarisation comme seul espoir pour eux et à l'injuste fuite des cerveaux de certains États vers d'autres. Enfin, il s'agit d'un projet qui se heurtera à des difficultés logistiques et de moyens ainsi qu'à des obstacles comme la barrière que constituent les langues européennes. Au nom du pragmatisme et de la préférence nationale pour la défense des travailleurs, j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Докладът на колегата Бекер се отнася до платформата на ЕС EURES, чиято цел е да спомога работната мобилност в рамките на Съюза. Целта на предложената регулация е да превърне EURES в инструмент за хора, търсещи си работа, както и за работодатели чрез създаване на „база данни“ с вакантни позиции и профили в рамките на целия ЕС. В днешната ситуация на висока безработица, ширеща се из множество от държавите членки, смятам, че подобен инструмент безспорно би оказал положителен ефект. Подкрепям доклада, но смятам, че, въпреки всичко, на държавите членки е важно да се даде свободата да предоставят на работодателите възможността да не публикуват даден обява на платформата в зависимост от изискванията към конкретната позиция.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφικώς*. – Η επικαιροποίηση του κανονισμού, η οποία έχει ήδη συμφωνηθεί με το Συμβούλιο, θα δώσει τη δυνατότητα μεγαλύτερης συμμετοχής στους «κοινωνικούς εταίρους» (εργοδότες και συνδικάτα) και θα εστιάσει περισσότερο σε διασυννοριακές περιοχές και στους νέους.

Η νέα, «εξυπνότερη» πύλη του EURES θα αντιστοιχίζει αυτόματα τα βιογραφικά σημειώματα με τις κατάλληλες θέσεις εργασίας που προσφέρονται χωρίς να γίνεται καμία διάκριση με βάση την εθνικότητα. Όλες οι θέσεις εργασίας που δημοσιεύονται από δημόσιους οργανισμούς στα κράτη μέλη θα διατίθενται πανευρωπαϊκά μέσω της ίδιας διαδικτυακής πύλης.

Καταπιφύζουμε την παρούσα έκθεση καθώς είμαστε ενάντια στην διασυννοριακή εργασία και την κινητικότητα των εργαζομένων. Θα έπρεπε τα κράτη μέλη να είχαν τη δυνατότητα επιλογής να μη συμμετάσχουν στο δίκτυο EURES.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Véleményem szerint a munkahely Unión belüli szabad megválasztását az Európai Unió négy alapszabadságához tartozó – a szabad mozgáshoz való – jog szerves részeként kell tekinteni. Ez az uniós polgárság egyik jelentős eleme, amit egyébként a mostani migránsválság komoly veszélybe sodort.

Ma az EU-ban 23 millió munkanélküli van, és minden ötödik fiatalnak nincs állása. Úgy vélem, hogy az üres álláshelyek betöltése során a tagállamoknak és a Bizottságnak ügyelniük kell arra, hogy az uniós tagállamok állampolgárai élvezzenek elsőbbséget, és ezzel megvalósuljon az uniós preferencia elve.

Ellenkező híresztelések ellenére az Unión belüli uniós munkavállalói mobilitás a munkaerőpiac méretéhez és az EU aktív népességéhez képest, de még a nagyobb versenytársakéhoz (pl. USA, Japán) képest is alacsony: az uniós mobilitási ráta csupán 0,29 %.

Támogatom a megszavazott rendelet célját. Az EURES-hálózatot hatékony eszközzé kelene átalakítani az álláskereső és a munkáltatók számára, tiszteletben tartva a tagállamok kompetenciáit a munkaerőpiaci szabályozás tekintetében. Ugyanis nem – többnyire képzetlen – bevándorlókkal, hanem az uniós polgárok szabad munkavállalásának erősítésével kell a munkaerőpiaci igényeket kielégíteni.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Esta propuesta de Reglamento tiene por objeto mejorar el acceso de los trabajadores a los servicios de apoyo a la movilidad dentro de la UE manteniendo la red EURES como un instrumento eficaz para los solicitantes de empleo. Hay que tener en cuenta que también debe a su vez seguir respetando el hecho de que las políticas del mercado de trabajo siguen siendo competencia de los Estados miembros.

Además el objetivo del Reglamento no es solo facilitar el ejercicio de la libre circulación de los trabajadores dentro de la Unión, sino también suprimir cualquier discriminación basada en la nacionalidad entre los trabajadores de los Estados miembros en lo que se refiere al empleo, la retribución y las demás condiciones de trabajo y empleo en la Unión.

En este sentido el texto acordado lo que hace es establecer normas y disposiciones específicas relativas a la movilidad de los trabajadores en las regiones fronterizas, a los servicios prestados a los solicitantes de empleo con el fin de garantizar la movilidad justa y a la promoción efectiva de la red EURES a nivel de la Unión a través de medidas intensivas de comunicación adoptadas por la Comisión y, en particular, por los Estados miembros.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A rede EURES foi criada em 1993 com o objetivo de ajudar os europeus a encontrar emprego noutro Estado-Membro. No entanto, as elevadas taxas de desemprego sentidas em alguns Estados-Membros da UE coexistem com oportunidades noutros países, mas a mobilidade laboral intracomunitária permanece relativamente baixa.

Só 3,1% dos trabalhadores europeus são economicamente ativos noutro Estado-Membro (7,5 milhões em 241 milhões de trabalhadores). O conhecimento de línguas e as dificuldades em encontrar um emprego são apontados como as principais razões para o facto.

A proposta de regulamento pretende melhorar a rede EURES alargando a oferta de emprego e melhorando a acessibilidade dos currículos, aperfeiçoando a ligação entre as vagas disponíveis e os currículos existentes, aumentando a troca de informação entre Estados-Membros sobre as suas carências e incluindo estágios e outros programas de aprendizagem. Atualmente, a rede tem mais de um milhão de vagas e 235 mil currículos disponíveis.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório propõe alterações à proposta da Comissão Europeia de regulamento relativo à EURES – uma rede europeia de serviços de emprego.

A proposta original referia algumas questões que mereciam a nossa oposição, apesar de um sentido geral não negativo. As alterações que lhe são introduzidas, no cômputo geral, são positivas. Um alerta para a questão da mobilidade compulsória.

O relatório introduz alterações que garantem maior protagonismo aos Estados-Membros e às suas estruturas (de emprego e formação), garante o envolvimento dos sindicatos, encara a mobilidade como uma questão essencialmente transfronteiriça e garante a gratuitidade de todos os serviços prestados pela EURES.

Neste sentido, o regulamento ficou melhor. Entende-se que uma rede facilitadora da mobilidade voluntária, como a que se apresenta neste relatório, é um desenvolvimento interessante, pelo que, não apoiando a proposta original, votámos favoravelmente este relatório.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della suddetta proposta di regolamento, il cui scopo è trasformare la rete EURES in uno strumento efficace per i richiedenti lavoro o per i datori di lavoro interessati alla mobilità lavorativa all'interno dell'UE. Attraverso questa implementazione l'incontro tra domanda e offerta sarà più accessibile e trasparente, mantenendo la politica del mercato del lavoro, comprese tutte le misure di sostegno, di competenza nazionale.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained as it involves further integration.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario in quanto Eures e' strumento di applicazione di Schengen, trattato che andrebbe rivisto completamente.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Η επικαιροποίηση του κανονισμού, η οποία έχει ήδη συμφωνηθεί με το Συμβούλιο, θα δώσει τη δυνατότητα μεγαλύτερης συμμετοχής στους «κοινωνικούς εταίρους» (εργοδότες και συνδικάτα) και θα εστιάσει περισσότερο σε διασυνοριακές περιοχές και στους νέους.

Η νέα, «εξυπνότερη» πύλη του EURES θα αντιστοιχίζει αυτόματα τα βιογραφικά σημειώματα με τις κατάλληλες θέσεις εργασίας που προσφέρονται χωρίς να γίνεται καμία διάκριση με βάση την εθνικότητα. Όλες οι θέσεις εργασίας που δημοσιεύονται από δημόσιους οργανισμούς στα κράτη μέλη θα διατίθενται πανευρωπαϊκά μέσω της ίδιας διαδικτυακής πύλης.

Καταπιφίζω την παρούσα έκθεση καθώς είμαι ενάντια στην διασυννοριακή εργασία και την κινητικότητα των εργαζομένων. Θα έπρεπε τα κράτη μέλη να είχαν τη δυνατότητα επιλογής να μη συμμετάσχουν στο δίκτυο EURES.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), in writing. – I welcome this report, which will tackle a number of EURES's shortcomings, such as an incomplete pool of job vacancies and CVs, limitations to automated matching and insufficient information for employers and mobile workers. The new EURES network should lead to a considerable improvement regarding the functioning of EURES, thereby facilitating the placement of job seekers in Europe and contributing to the reduction of unemployment and skill shortages. One major improvement is the fact that the existing EURES Web Portal is transformed into a European platform for exchange of job vacancies and CVs. Our key achievements, such as the involvement of social partners at all levels of the network, the definition of cross-border partnerships and the abolition of fees for basic EURES services for workers, will make EURES much more effective.

Hopefully, the new database will now become smarter by automatically matching the CVs with job offers. In addition, all vacancies published by public or private employment agencies will be published EU-wide by EURES as well.

Kinga Gál (PPE), írásban. – Szavazatommal a néppárti álláspontot követtem, mert a munkahely Unión belüli szabad megválasztását az Európai Unió négy alapszabadságához tartozó szabad mozgáshoz való jog szerves részeként tekintem, amely az uniós polgárság egyik jelentős eleme, amelyet egyébként a mostani migránsválság végszékelybe sodort.

Ma az EU-ban 23 millió munkanélküli van, és közel minden ötödik fiatalnak nincs állása.

Az ellenkező híresztelések ellenére az Unión belüli uniós munkavállalói mobilitás a munkaerőpiac méretéhez és az EU aktív népességéhez képest, de még a nagyobb versenytársakéhoz (USA, Japán) képest is alacsony – az EU 27 mobilitási rátája csupán 0,29%.

A rendelet célja, hogy az EURES-hálózatot hatékony eszközzé alakítsa az álláskeresők és a munkáltatók számára, tiszteltetben tartva a tagállamok kompetenciáit a munkaerő-piaci szabályozás tekintetében, amely továbbra is nemzeti hatáskörben maradt. Álláspontom az, hogy nem még több nem uniós és kifejezetten képzetlen bevándorlóval, hanem az uniós polgárok szabad munkavállalásának erősítésével kell a foglalkoztatási gondokat csökkenteni.

Ennek keretében úgy gondolom, hogy az üres álláshelyek betöltése tekintetében a tagállamoknak és a Bizottságnak ügyelniük kell arra, hogy ezek betöltése során az uniós tagállamok állampolgárai elsőbbséget élvezzenek, hogy megvalósuljon az uniós preferencia elve is.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – A munkahely Unión belüli szabad megválasztása az Európai Unió négy alapszabadságához tartozó szabad mozgáshoz való jog szerves része, és ezáltal az uniós polgárság egyik jelentős eleme. Véleményem szerint az Európa egyes régióiban tapasztalható magas munkanélküliség ahhoz a felismeréshez vezet, hogy meg kell erősíteni a munkaerő Unión belüli mobilitását a munkavállalók foglalkoztatási esélyeinek javítása és a munkáltatók abban való segítése érdekében, hogy üres álláshelyeiket jobban és gyorsabban betölthessék. Ez hozzájárul majd egy magas foglalkoztatottsági szinttel rendelkező európai munkaerőpiac kifejlődéséhez.

Ennek értelmében a rendelet egyértelműen megerősíti, hogy a munkaerő-piaci politika valamennyi ösztönző intézkedést is beleértve változatlanul nemzeti hatáskörben marad. Emellett továbbra is fenn kell tartani a lakóhely elvét.

Továbbá, valamennyi munkakereső számára biztosítani kell a munkavégzés helye szerinti munkajogi feltételekre és szolgáltatásokra vonatkozó átfogó információkat.

Kulcsfontosságú, hogy a platform könnyen hozzáférhető és a lehető legnagyobb mértékben felhasználóbarát legyen.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe con el objetivo de que se desarrolle una mejor red de empleo a nivel europeo. Este hecho nos permitirá seguir avanzando en el proceso de integración europeo, a la vez que mejora los planes ya existentes en lo referente a la libre circulación de trabajadores.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque da el visto bueno al acuerdo con el Consejo para poner en marcha una serie de medidas dirigidas a mejorar la plataforma de movilidad laboral intraeuropea denominada EURES, existente desde 1993.

Entre los avances conseguidos por el Grupo socialista destaca la transformación del portal web EURES en una plataforma europea de intercambio de ofertas de empleo y CV. La nueva base de datos inteligente, con la nueva plataforma IT, permitirá el cruce automático de CV con ofertas de trabajo y todas las vacantes publicadas por agencias de empleo públicas o privadas sean publicadas en toda la UE.

Además, EURES contará con la participación de los interlocutores sociales en todos los niveles de la red, eliminará las tarifas de los servicios básicos para los trabajadores y asegurará que los contratos de prácticas y de aprendizaje que se ofrecen en su marco cumplan con los estándares de la UE y las normas sociales y de empleo de los Estados miembros.

Considero que, en su conjunto, el acuerdo cumple con los objetivos y prioridades del Grupo socialista y supone un avance para los trabajadores y los ciudadanos europeos.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque da el visto bueno al acuerdo con el Consejo para poner en marcha una serie de medidas dirigidas a mejorar la plataforma de movilidad laboral intraeuropea denominada EURES, existente desde 1993.

Entre los avances que se conseguirán, gracias al empuje del Grupo socialista, están el hecho de que por fin el portal web EURES se transformará en una plataforma europea de intercambio de ofertas de empleo y CV; que la nueva base de datos inteligente, con la nueva plataforma IT, permitirá el cruce automático de CV con ofertas de trabajo; y que todas las vacantes publicadas por agencias de empleo públicas o privadas serán publicadas en toda la UE.

Además EURES contará con la participación de los interlocutores sociales en todos los niveles de la red, eliminará las tarifas de los servicios básicos para los trabajadores y asegurará que los contratos de prácticas y de aprendizaje que se ofrecen en su marco cumplan con los estándares de la UE y las normas sociales y de empleo de los Estados miembros.

Considero que en su conjunto el acuerdo cumple con los objetivos y prioridades del Grupo socialista y supone un avance para los trabajadores y los ciudadanos europeos.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'accordo concluso fra il PE e il Consiglio riguardante l'adozione di un regolamento relativo ad una rete europea di servizi per l'impiego, all'accesso dei lavoratori ai servizi di mobilità e ad una maggiore integrazione dei mercati del lavoro, perché sostengo fermamente la necessità di rivitalizzare la rete EURES attraverso una piattaforma unica che includa le persone alla ricerca di occupazione e le offerte di lavoro esistenti negli Stati membri e nel contempo migliori la corrispondenza fra domanda e offerta nel mercato del lavoro UE.

Ritengo che sia molto utile per i giovani alla ricerca di occupazione e in genere per i lavoratori qualificati, alla ricerca di migliori opportunità lavorative, che le offerte di lavoro presso i servizi pubblici di ogni Stato membro siano disponibili sul nuovo portale, il cui obiettivo è quello di incrociare le esigenze del mercato al fine di colmare l'attuale *gap* esistente fra i due milioni di posti di lavoro vacanti nell'UE e il livello di disoccupazione, che in taluni Stati membri raggiunge percentuali alte, particolarmente tra i giovani.

L'estensione alle organizzazioni private dello status di membro della piattaforma potrà ulteriormente favorire l'incontro della domanda e dell'offerta di lavoro in un'ottica transfrontaliera.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über ein Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen, Zugang von Arbeitskräften zu mobilitätsfördernden Diensten und weitere Integration der Arbeitsmärkte gestimmt, da ich als Sozialpolitiker der vollen Überzeugung bin, dass gerade die jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aber auch die Unternehmer und der Mittelstand in Europa von einem stärker integrierten europäischen Arbeitsmarkt profitieren. Im Grunde brauchen wir so etwas wie den „europäischen Binnenmarkt der Arbeitsplätze“. Von einer stärkeren Vernetzung der EURES-Stellen profitiert gerade ein großes Land wie Deutschland mit vielen, längst miteinander verwachsenen Wirtschaftsräumen im Grenzbereich.

Adam Gierek (S&D), na piśmie. – Głosowałem za przyjęciem nowelizacji przepisów dotyczących działania Sieci Europejskich Ofert Pracy (EURES), ponieważ dotychczasowy system był wadliwy. Niekompletny był zbiór dostępnych miejsc pracy i życiorysów osób bezrobotnych. Ograniczona była funkcja automatycznego dopasowywania życiorysów i ofert, a także niewystarczający był zakres transgranicznej informacji na temat dostępnych ofert i kompetencji. Zaledwie 7,5 miliona ludzi, czyli 3,1% społeczności aktywnej zawodowo, znajduje zatrudnienie w innych państwach członkowskich. Naszym celem jest przeciwdziałanie bezrobociu poprzez lepsze dopasowanie podaży i popytu na rynku pracy UE. Uważam, iż nowe przepisy lepiej niż dotychczas uwzględnią potrzeby ludzi młodych i specyfikę regionów transgranicznych.

Zreformowany portal EURES powinien być „inteligentniejszy”, będzie bowiem automatycznie wyszukiwać oferty pracy w zależności od wymienionych w życiorysie kompetencji osoby poszukującej zatrudnienia oraz zawierać wszystkie oferty pracy opublikowane przez publiczne urzędy zatrudnienia w państwach członkowskich w całej UE, i co ważne – dostęp dla pracowników jest bezpłatny. Uważam za słuszny zakaz dyskryminacji ze względu na narodowość w zakresie zatrudnienia, wynagrodzenia i innych warunków pracy oraz gwarancję dostępu do usług portalu osobom niepełnosprawnym.

Jens Gieseke (PPE), schriftlich. – Das EURES-Netzwerk leistet einen großen Beitrag zur Mobilität der europäischen Arbeitnehmer. Die engere Zusammenarbeit öffentlicher Stellen bei der Vermittlung und Integration von Arbeitnehmern fördert die Arbeitnehmerfreizügigkeit und somit eine der Grundfreiheiten der EU.

Nathan Gill (EFDD), in writing. – UKIP voted against this legislation. EURES is an EU website that advertises British jobs across Europe. It creates a clear obligation for 'Public Employment Services' to post all publically advertised jobs on to EURES. In the UK this means that UK JobCentre Plus will have to advertise all its jobs across Europe. The new rules allow private employment services to apply and advertise across Europe and also create an automated job matching to CV which will fast track the process of British jobs being taken by EU nationals. The 'opt-out' for employers as written in the rules changes the current system. At the moment in the UK an employer has a voluntary opt-in to EURES. These rules say they can only exempt a vacancy if it is 'duly justified'. However there is no justification for this term. In any case, this new legislation will increase the amount of UK jobs advertised across Europe.

Neena Gill (S&D), in writing. – I voted in favour of this report which proposes a regulation on a European network of employment services, workers' access to mobility services and the further integration of labour markets; all measures that are key to tackling unemployment. I particularly welcome that this proposal will make the EURES network a key tool for jobseekers and employers by creating the largest framework of vacancies and jobseeker profiles in the EU, while ensuring that labour market policy remains a Member State competence.

Bruno Gollnisch (NI), par écrit. – L'idée est a priori tentante: résorber le chômage en mettant en relation, à l'échelle européenne, la totalité de l'offre et de la demande d'emplois. Elle ne résiste cependant pas à l'analyse.

Le rapporteur constate et déplore, dans l'exposé des motifs, que le taux de «mobilité» des travailleurs dans l'Union n'est que de 0,29 %, chiffre qui ne comprend bien évidemment pas les travailleurs détachés. Mais il n'en analyse pas les fondements. Comment peut-on raisonnablement croire que ce faible taux n'est dû qu'à un manque d'information des travailleurs et employeurs potentiels? Comment peut-on croire que le manque d'appétence d'un chômeur français ou suédois pour aller travailler pour 425 euros par mois en Roumanie, où c'est le salaire moyen, n'est dû qu'à son ignorance des offres d'emploi disponibles? Ou qu'un chômeur roumain n'est pas tenté, lui, de faire quoi qu'il arrive le voyage vers la France, même s'il n'y trouve qu'un job payé au SMIC?

Votre volonté de créer artificiellement un marché unique de l'emploi aura comme conséquence l'institutionnalisation du dumping social, la menace de soumettre les droits des chômeurs à l'acceptation de n'importe quel emploi, n'importe où en Europe, et in fine, un nivellement social par le bas. J'ai voté contre.

Tania González Peñas (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor de esta propuesta legislativa que pretende facilitar el acceso a los trabajadores a los servicios de apoyo a la movilidad laboral de los trabajadores intraeuropeos, apoyar una movilidad más justa e incrementar el acceso a las oportunidades laborales en la Unión a través de la revisión de EURES.

El informe garantiza el reconocimiento de los acuerdos transfronterizos con sus propios objetivos y competencias especiales, en particular para los trabajadores fronterizos; los interlocutores sociales se incluyen en los organismos de EURES a nivel europeo y nacional, y EURES ofrecerá información, con orientación especialmente individualizada para los trabajadores. La información que se proporcione a los trabajadores (sobre el país al que se trasladan, las opciones de colocación) será en general gratuita, mientras que se podría cobrar a los empleadores por los servicios especiales (EURES puede ofrecer servicios de poscontratación pero con pago de tasa). También los trabajadores deben dar su autorización para la publicación de solicitudes de empleo y CV en la red y pueden retirar su consentimiento. Por todo ello, entre otras cosas, creo que es un informe positivo y he votado a favor.

Maria Grapini (S&D), în scris. – Am votat acest raport deoarece doresc să crească mobilitatea lucrătorilor și să se asigure o integrare mai bună pe piața muncii. Este importantă respectarea tratatelor, mai ales a libertăților de circulație. Acest lucru va contribui la dezvoltarea unei piețe europene a muncii cu un nivel ridicat al ocupării forței de muncă. Mobilitatea forței de muncă în interiorul UE este relativ scăzută, comparativ cu dimensiunea pieței forței de muncă și a populației active din UE. Rețeaua EURES trebuie să fie un instrument eficient care să vină atât în sprijinul persoanelor aflate în căutarea unui loc de muncă, cât și în cel al angajatorilor. Această rețea ar trebui să includă și uceniciile și stagiile. Este importantă și luarea de măsuri pentru ca toate persoanele care își caută loc de muncă să poată obține informații privind condițiile de încadrare în muncă în alt stat membru și să beneficieze de asistență.

Françoise Grossetête (PPE), par écrit. – Jeudi 25 février, j'ai voté en faveur d'un texte visant à réformer le réseau de services européens de l'emploi (EURES), une base de données européenne des demandeurs et des offres d'emploi en Europe.

Pour lutter efficacement contre le chômage, nous devons faire mieux concorder l'offre et la demande sur le marché du travail. Avec ce nouveau portail EURES, gratuit et accessible, nous pourrions désormais synchroniser automatiquement des CV avec des offres d'emploi adéquates. Par ailleurs, tous les postes vacants publiés par les bureaux de l'emploi publics dans les États membres de l'Union seront disponibles à l'échelle européenne sur le portail web. EURES est également un formidable outil d'accompagnement pour les travailleurs frontaliers, qui pourront bénéficier d'informations indispensables sur les législations applicables de l'autre côté des frontières et profiteront d'un accompagnement personnalisé dans leurs démarches de transferts de droits.

Aux États-membres maintenant d'en faire bon usage!

Antanas Guoga (ALDE), in writing. – I voted in favour because free movement of workers is a fundamental freedom of European Union citizens and one of the pillars of the internal market. Moreover, worker mobility is a key element in the development of a more integrated EU labour market and an important factor to tackle unemployment, especially among young people.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), por escrito. – He votado a favor de este informe porque da el visto bueno al acuerdo con el Consejo para poner en marcha una serie de medidas dirigidas a mejorar la plataforma de movilidad laboral intraeuropea denominada EURES, existente desde 1993.

Entre los avances que se conseguirán, gracias al empuje del Grupo socialista, están el hecho de que por fin el portal web EURES se transformará en una plataforma europea de intercambio de ofertas de empleo y CV; que la nueva base de datos inteligente, con la nueva plataforma IT, permitirá el cruce automático de CV con ofertas de trabajo; y que todas las vacantes publicadas por agencias de empleo públicas o privadas serán publicadas en toda la UE.

Además EURES contará con la participación de los interlocutores sociales en todos los niveles de la red, eliminará las tarifas de los servicios básicos para los trabajadores y asegurará que los contratos de prácticas y de aprendizaje que se ofrecen en su marco cumplan con los estándares de la UE y las normas sociales y de empleo de los Estados miembros.

Considero que en su conjunto el acuerdo cumple con los objetivos y prioridades del Grupo socialista y supone un avance para los trabajadores y los ciudadanos europeos.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), γραπτώς. – Πάγια θέση μας είναι πως η κινητικότητα των εργαζομένων δεν δίνει λύση στο πρόβλημα της ανεργίας. Το κοινωνικό ντάμπινγκ και η επισφάλεια των θέσεων εργασίας τότε προωθούνται μέσα από μια τέτοια πρακτική.

Εμείς θεωρούμε ότι η μετανάστευση των εργαζομένων πρέπει να αποτελεί ελεύθερη τους επιλογή, από ένα ασφαλές εργασιακό περιβάλλον σε άλλο. Η έκθεση κινήθηκε στο πιο πάνω πλαίσιο, όμως μέσα από τον τρίλογο διασφαλίστηκε η αυξημένη συμμετοχή των κρατικών υπηρεσιών στην πλατφόρμα, μειώνοντας το ρόλο των ιδιωτικών επιχειρήσεων εξεύρεσης εργασίας, αλλά και την εισαγωγή των κοινωνικών εταίρων ως εταίρους στην πλατφόρμα αυτή. Θεωρούμε ως ενδεδειγμένη στάση την υπερψήφιση επειδή αναγνωρίζουμε τις βελτιώσεις που είχαμε μετά τον τρίλογο, αλλά και στο ότι είναι δικαίωμα οποιουδήποτε να μετακινηθεί για να βρει δουλειά.

Marian Harkin (ALDE), in writing. – I supported the Proposal for a regulation on a European network of employment services, workers' access to mobility services and the further integration of labour markets (EURES). The new proposal aims to update the existing European-wide job-search network to improve employee mobility and make it more user-friendly and accessible for EU citizens. Unfortunately intra-EU mobility of workers is not as high as most people think, with only 3.1% of the total labour force working in another Member State, and there is a growing shortage of labour and skills in many regions and sectors across the EU. The revised EURES will allow more targeted matching of supply and demand in the EU labour market. Although limited, it is positive to see that traineeships and apprenticeships have been included in the revised network which will have a particular significance for young people and address skills and labour shortages in certain sectors. Also positive is the inclusion of private as well as public employment services which will add extra vacancies to the network and the fact that all services for workers will be provided free of charge, while services for employers may involve costs but only in limited cases.

Brian Hayes (PPE), in writing. – I voted in favour of this report, due to the fact that the proposed regulation aims to enhance the access of workers to intra-EU mobility support services, maintaining the EURES network as an effective instrument for jobseekers (including traineeships and apprenticeships) and registered employers, who have a stake in labour mobility within the Union. All services for employees will be provided free of charge while services for employers could involve costs, but only in limited cases related to specific and individual services.

György Hölvényi (PPE), írásban. – Szavazatommal a néppárti álláspontot követtem. A munkahely Unión belüli szabad megválasztását, az Európai Unió négy alapszabadságához tartozó szabad mozgáshoz való jog szerves része. Ez uniós állampolgárok egyik legkiemelkedőbb jogosultsága, amit napjaink migránsválsága végveszélybe sodort.

Ma az EU-ban 23 millió munkanélküli van, és közel minden ötödik fiatalnak nincs állása.

Az ellenkező híresztelések ellenére az Unión belüli uniós munkavállalói mobilitás a munkaerőpiac méretéhez és az EU aktív népességéhez képest, de még a nagyobb versenytársakéhoz (USA, Japán) képest is alacsony.

A rendelet célja, hogy a foglalkoztatási szolgálatok európai hálózatát hatékony eszközzé alakítsa az álláskereső és a munkáltatók számára. Az eszköz tiszteletben tartja a tagállamok kompetenciáit a munkaerő-piaci szabályozás tekintetében, amely továbbra is nemzeti hatáskörben marad. Úgy vélem, nem még több, kifejezetten képzetlen bevándorlóval, hanem az uniós polgárok szabad munkavállalásának erősítésével kell a foglalkoztatási gondokat csökkenteni.

Éppen ezért az üres álláshelyek betöltése tekintetében a tagállamoknak és a Bizottságnak ügyelniük kell arra, hogy ezek betöltése során az uniós tagállamok állampolgárai elsőbbséget élvezzenek. Így valósulhat meg az uniós preferencia elve.

Mike Hookem (EFDD), in writing. – UKIP voted against this legislation. EURES is an EU website that advertises British jobs across Europe. It creates a clear obligation for 'Public Employment Services' to post all publically advertised jobs on to EURES. In the UK this means that UK JobCentre Plus will have to advertise all its jobs across Europe. The new rules allow private employment services to apply and advertise across Europe and also create an automated job matching to CV which will fast track the process of British jobs being taken by EU nationals. The 'opt-out' for employers as written in the rules changes the current system. At the moment in the UK an employer has a voluntary opt-in to EURES. These rules say they can only exempt a vacancy if it is 'duly justified'. However there is no justification for this term. In any case, this new legislation will increase the amount of UK jobs advertised across Europe.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Les politiques en matière de marché du travail sont une compétence des États membres et le rapporteur Becker a veillé à ce que cette prérogative soit respectée.

En revanche, je soutiens l'idée que la mobilité des travailleurs peut être encouragée par une meilleure coordination européenne des services de l'emploi. C'est tout l'enjeu du règlement proposé.

La proposition vise en effet à renforcer le réseau EURES en rassemblant les offres d'emploi, y compris les stages et les apprentissages, ainsi que les candidatures pour ces offres sous un même label. Les services publics de l'emploi sont membres de cette structure.

La fourniture de ces services sera gratuite pour les candidats et pourra être payante pour les employeurs lorsqu'il s'agit de demandes spécifiques.

Cette proposition favorise la mise en place d'un instrument au service de la mobilité et de l'emploi sans pour autant dépouiller les États membres de leur compétence première en matière de politique de l'emploi. C'est pourquoi j'ai soutenu ce texte.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this report. The freedom of movement of workers has been a great success for European economies and societies. My own country has welcomed thousands of EU citizens into its workforce just as many Scots have opted to go elsewhere to work. These opportunities are now under threat as a result of the UK referendum and it will be an outrage if Scotland is dragged out of Europe against the voters' wishes.

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма*. – Подкрепям доклада относно Европейска мрежа на службите по заетостта, достъп на работниците до услуги за мобилност и по-нататъшно интегриране на пазарите на труда, тъй като вярвам, че свободното придвижване на хората в ЕС е също толкова значимо, колкото и свободното движение на стоки, услуги и капитали, макар и да е най-слабо употребяваното от четирите права. В тази връзка смятам, че трябва да подкрепяме законодателните инициативи, които имат за цел да поощрят свободното придвижване на работещите в ЕС и да улеснят защитата на свързаните с това социални права, тъй като то е в полза както на самите европейски граждани, така и на бизнеса и нуждите на икономиката като цяло.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because I fully support the fundamental right that represents the key development of a democratic society and the freedom of movement for European workers. The appliance of the European fundamental right will avoid the inequalities between countries with a deficit of workers; it will reduce unemployment and will generate accessibility to the integration in the labour market. The purpose of this regulation is to transform the EURES network into a European platform for exchange of job vacancies and CVs, where job-seekers or employers who have a stake in labour mobility can find job offers and job-seekers' profiles.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za izvješće o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o Europskoj mreži službi za zapošljavanje, pristupu radnika uslugama mobilnosti i daljnjoj integraciji tržišta rada, jer je to odlična i prijeko potrebna ideja za razvoj integriranijeg tržišta rada u Uniji, smanjenje nezaposlenosti te bolje povezivanje ponude i potražnje na istome.

Ključno obilježje rada EURES mreže jesu transnacionalna i prekogranična suradnja koje bi mogle pridonijeti stvaranju inovativnih oblika učenja i suradnje između službi za zapošljavanje, posebno u području standarda kvalitete za slobodna radna mjesta i usluge podrške.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Le texte original relatif à ce projet de réseau européen des services de l'emploi, accès des travailleurs aux services de mobilité et poursuite de l'intégration des marchés du travail faisait notamment la promotion du marché unique du travail et de l'emploi, au travers du dispositif EURES (EUROpean Employment Services). Il va sans dire que l'ensemble de mes collègues députés du groupe ENF s'y étaient déjà opposés en Commission emploi et affaires sociales il y a plusieurs jours. La libre circulation des travailleurs et la mise en relation au niveau européen des offres et des demandeurs d'emploi constituent un danger pour les travailleurs français. Ce système tend à favoriser «la fuite des cerveaux» et donc à creuser les inégalités entre l'Europe du Sud et de l'Est et celle du Nord et de l'Ouest. Par conséquent, cela se situe en totale opposition avec la préférence nationale sur l'emploi que nous avons toujours défendue.

J'ai ainsi voté contre ce texte.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislation. EURES is an EU website that advertises British jobs across Europe. It creates a clear obligation for 'Public Employment Services' to post all publically advertised jobs on to EURES. In the UK this means that UK JobCentre Plus will have to advertise all its jobs across Europe. The new rules allow private employment services to apply and advertise across Europe and also create an automated job matching to CV which will fast track the process of British jobs being taken by EU nationals. The 'opt-out' for employers as written in the rules changes the current system. At the moment in the UK an employer has a voluntary opt-in to EURES. These rules say they can only exempt a vacancy if it is 'duly justified'. However there is no justification for this term. In any case, this new legislation will increase the amount of UK jobs advertised across Europe.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Heinz Becker sur le réseau européen des services de l'emploi (EURES), sur l'accès des travailleurs aux services de mobilité et sur la poursuite de l'intégration des marchés du travail. L'objectif est d'encourager et d'améliorer la mobilité professionnelle des travailleurs européens grâce à l'outil européen EURES. Les entreprises peuvent aussi l'utiliser pour rechercher des candidats à l'embauche. Dans ce contexte de chômage persistant, surtout des jeunes, dont le combat est une priorité de mon groupe politique le PPE, je soutiens cette initiative qui veut dynamiser le marché de l'emploi européen, notamment dans les zones frontalières avec la possibilité d'élaborer des partenariats.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport porte sur une proposition de la Commission visant à améliorer le réseau EURES.

EURES est un outil mis à disposition des travailleurs afin de les accompagner dans leur mobilité professionnelle. Il rassemble des offres d'emplois de l'ensemble de l'Union, facilitant ainsi la mobilité des travailleurs au sein de l'Union européenne et permettant aux PME de combler des postes vacants.

En cette période particulièrement difficile au niveau de l'emploi en France et en Europe, particulièrement pour les jeunes, il était évident de voter en faveur de ce texte qui va dynamiser le marché de l'emploi, notamment en zone frontalière, tout en gardant à l'esprit que les politiques en matière de marché du travail restent de la compétence des États membres.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich enthalte mich zu diesem Bericht, da er in EURES die Lösung zum Arbeitsplatzmangel und der transnationalen Jobvermittlung sieht und die bestehende Plattform weiter ausbauen möchte, ohne dabei die Kernproblematik der Freiwilligkeit der Teilnahme zu behandeln.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as its aim is to help fight unemployment by better matching labour market supply and demand. Updated rules will also pay more attention to cross-border regions and young people.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Volný pohyb pracovníků je jedním z klíčových prvků rozvoje integrovanějšího pracovního trhu Unie, mimo jiné i v příhraničních regionech, který umožňuje větší mobilitu pracovníků, a tím zvyšuje rozmanitost a přispívá v rámci celé Unie k sociálnímu začleňování a integraci osob, jež jsou z trhu práce vyloučeny. Rovněž přispívá k nalezení vhodných dovedností pro volná pracovní místa a k odstraňování překážek na trhu práce. Schválení nařízení Evropského parlamentu a Rady o evropské síti služeb zaměstnanosti, přístupu pracovníků ke službám mobility a další integraci trhů práce bylo proto vcelku jasnou záležitostí a jsem ráda, že jsem ho mohla podpořit. Proč ovšem hlasoval kolega Mach jako jediný Čech proti, je mi naprostou záhadou.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Szavazatommal a néppárti álláspontot követtem, mert a munkahely Unión belüli szabad megválasztását az Európai Unió négy alapszabadságához tartozó szabad mozgáshoz való jog szerves részeként tekintem, amely az uniós polgárság egyik jelentős eleme, amelyet egyébként a mostani migránsválság végeszélybe sodort.

Ma az EU-ban 23 millió munkanélküli van, és közel minden ötödik fiatalnak nincs állása.

Az ellenkező híresztelések ellenére az Unión belüli uniós munkavállalói mobilitás a munkaerőpiac méretéhez és az EU aktív népességéhez képest, de még a nagyobb versenytársakéhoz (USA, Japán) képest is alacsony – az EU 27 mobilitási rátája csupán 0,29%.

A rendelet célja, hogy az EURES-hálózatot hatékony eszközzé alakítsa az állás keresők és a munkáltatók számára, tiszteletben tartva a tagállamok kompetenciáit a munkaerő-piaci szabályozás tekintetében, amely továbbra is nemzeti hatáskörben maradt. Álláspontom az, hogy nem még több nem uniós és kifejezetten képzetlen bevándorlóval, hanem az uniós polgárok szabad munkavállalásának erősítésével kell a foglalkoztatási gondokat csökkenteni.

Ennek keretében úgy gondolom, hogy az üres álláshelyek betöltése tekintetében a tagállamoknak és a Bizottságnak ügyelniük kell arra, hogy ezek betöltése során az uniós tagállamok állampolgárai elsőbbséget élvezzenek, hogy megvalósuljon az uniós preferencia elve is.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), in writing. – It is important to underline that intra-EU labour mobility is a key element of freedom of movement and of European citizenship and represents an opportunity in order to boost economic growth. Despite high levels of unemployment, there are still vacancies in many regions within the Member States that remain, deplorably, unfilled. Steps must be taken to ensure that all jobseekers can obtain comprehensive information about employment conditions. In this context, the report deals with the proposal for a regulation that aims to update the EURES job mobility portal by extending the number of partners offering mobility services, by consolidating cooperation between public and private organisations and by focusing more on young people. This is why I voted in favour.

Giovanni La Via (PPE), per iscritto. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, uno degli elementi essenziali per lo sviluppo nell'Unione di un mercato del lavoro più integrato è costituito dalla libera circolazione dei lavoratori. Oltre 1,1 milioni di cittadini europei, che vivono in un paese dell'Unione, attraversano le frontiere nazionali per andare a lavorare in un paese vicino.

È dunque necessario offrire maggiori opportunità ai lavoratori ed aiutare i datori di lavoro a soddisfare l'offerta al fine di rafforzare la mobilità lavorativa all'interno del territorio comunitario. In tale contesto, la rete EURES gioca un ruolo di primo piano essendo il canale di comunicazione principale attraverso il quale il servizio interagisce con tutti gli attori, in particolare lavoratori e datori di lavoro.

Il testo votato oggi si propone di migliorare e rendere più efficace tale rete, rendendo accessibile e trasparente un'ampia riserva di offerte di lavoro e di profili di richiedenti lavoro in tutta Europa. Visto il momento di crisi e i livelli di disoccupazione dei vari Stati membri, il voto di oggi è sicuramente un esempio di politica del fare, che spero possa a breve dare risultati concreti.

Marine Le Pen (ENF), par écrit. – J'ai voté contre le rapport sur «le réseau européen des services de l'emploi, l'accès des travailleurs aux services de mobilité et la poursuite de l'intégration des marchés du travail» pour plusieurs raisons. La visibilité et l'accès au réseau demeurent complexes, malgré les bonnes intentions apparentes. La mise en relation des offres et des demandes à un niveau européen pose des problèmes évidents de logistique et de moyens. Le système tend à favoriser la fuite des cerveaux et donc à creuser les inégalités entre l'Europe du Sud et de l'Est et celle du Nord et de l'Ouest. EURES («pôle emploi européen») favorise le chantage à la mobilité, selon lequel un chômeur ne voudrait pas travailler s'il n'est pas prêt à saisir une offre ailleurs en Europe, où qu'elle se situe, ce qui pourrait potentiellement poser des difficultés concernant les allocations chômage. Ce système favorise le déracinement des travailleurs, impose le marché unique européen de l'emploi comme seule alternative au chômage et institutionnalise la précarisation de l'emploi.

Gilles Lebreton (ENF), par écrit. – J'ai voté contre ce rapport car il cherche à développer un marché de l'emploi au niveau européen. Or, un tel marché est contraire à la priorité nationale défendue par le FN. Le groupe ENF a déposé un amendement qui visait à laisser à chaque État membre le droit de ne pas participer à cette nouvelle intégration, mais cet amendement a été rejeté par l'RPS et par ses alliés européens. L'ultralibéralisme progresse encore un peu plus!

Javi López (S&D), por escrito. – He votado a favor de este informe porque da el visto bueno al acuerdo con el Consejo para poner en marcha una serie de medidas dirigidas a mejorar la plataforma de movilidad laboral intraeuropea denominada EURES, existente desde 1993.

Entre los avances que se conseguirán, gracias al empuje del Grupo socialista, están el hecho de que por fin el portal web EURES se transformará en una plataforma europea de intercambio de ofertas de empleo y CV; que la nueva base de datos inteligente, con la nueva plataforma IT, permitirá el cruce automático de CV con ofertas de trabajo; y que todas las vacantes publicadas por agencias de empleo públicas o privadas serán publicadas en toda la UE.

Además EURES contará con la participación de los interlocutores sociales en todos los niveles de la red, eliminará las tarifas de los servicios básicos para los trabajadores y asegurará que los contratos de prácticas y de aprendizaje que se ofrecen en su marco cumplan con los estándares de la UE y las normas sociales y de empleo de los Estados miembros.

Considero que en su conjunto el acuerdo cumple con los objetivos y prioridades del Grupo socialista y supone un avance para los trabajadores y los ciudadanos europeos.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque da el visto bueno al acuerdo con el Consejo para poner en marcha una serie de medidas dirigidas a mejorar la plataforma de movilidad laboral intraeuropea denominada EURES, existente desde 1993.

Entre los avances que se conseguirán, gracias al empuje del Grupo socialista, están el hecho de que por fin el portal web EURES se transformará en una plataforma europea de intercambio de ofertas de empleo y CV; que la nueva base de datos inteligente, con la nueva plataforma IT, permitirá el cruce automático de CV con ofertas de trabajo; y que todas las vacantes publicadas por agencias de empleo públicas o privadas serán publicadas en toda la UE.

Además EURES contará con la participación de los interlocutores sociales en todos los niveles de la red, eliminará las tarifas de los servicios básicos para los trabajadores y asegurará que los contratos de prácticas y de aprendizaje que se ofrecen en su marco cumplan con los estándares de la UE y las normas sociales y de empleo de los Estados miembros.

Considero que en su conjunto el acuerdo cumple con los objetivos y prioridades del Grupo socialista y supone un avance para los trabajadores y los ciudadanos europeos.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – La plataforma EURES debe servir para apoyar la movilidad justa de los trabajadores europeos, favoreciendo el intercambio de información sobre ofertas y demandas de empleo y creando una estructura estable de servicios de apoyo e información para los trabajadores migrantes dentro de la UE. Tanto la participación de los agentes sociales como el rol central reservado para los servicios de empleo público constituyen un freno para posibles abusos como los registrados en el pasado. Por todo ello, he votado a favor.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Nemohu podpořit legislativu, která zavádí povinný euroregistr pracovních nabídek. Státní databáze nepomohou, nadstátní nepomohou o nic více. Soukromé servery pomáhají nezaměstnaným a zaměstnavatelům lépe.

Monica Macovei (ECR), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport. În Uniune, deși ne bucurăm de liberă circulație, mobilitatea intracomunitară este foarte scăzută: doar 0,29 %, raportat la piața muncii și la populația activă.

Putem și trebuie să facem mai mult pentru oamenii care își caută slujbe și pentru angajatori, în spațiul intracomunitar. Avem EURES, care trebuie să funcționeze inclusiv ca o bază de date cu locuri de muncă disponibile și cu informații pe care le poate accesa oricine.

Oamenii își pot face profiluri în această rețea, pot consulta condițiile locale de angajare, pot cere asistență. Este un mijloc de a comunica direct cu serviciile publice sau private de plasare a forței de muncă.

O astfel de platformă trebuie să funcționeze simplu, să fie ușor de utilizat. Ea poate, de asemenea, găzdui traininguri sau formări profesionale care să crească șansele cetățenilor europeni pe piața muncii.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Sloboda zapošljavanja bilo gdje unutar EU-a jedna je od četiri slobode na kojima je utemeljena EU. Cilj europske mreže službi za zapošljavanje EURES je objediniti sve potrebe osoba koje se žele zaposliti i onima koji pružaju radna mjesta.

Trenutačno više od 1,1 milijuna građana EU-a svakodnevno prelazi državne granice kako bi radili u susjednoj državi. Sukladno potrebama tržišta rada ovo izvješće predlaže reformu internetske stranice EURES čime bi se omogućio veći broj partnerstva i konsolidirana kooperacija između javnih i privatnih zavoda za zapošljavanje, stoga sam ga podržala.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Podporujem prijatie nariadenia, ktoré spružní pracovnú mobilitu v EÚ. Sloboda voľného pohybu pracovníkov v priestore ktoréhokoľvek členského štátu EÚ je jednou zo základných slobôd v EÚ. Zavedenie jednotnej platformy, zlepšenie a sprístupnenie informácií o voľných pracovných miestach vo všetkých členských krajinách, spolu s požiadavkami na tieto miesta a profilom uchádzačov o zamestnanie môže výrazne pomôcť mobilite pracovnej sily, a tým aj k vyššej zamestnanosti. Takáto platforma môže mať výrazne pozitívne dosahy najmä v cezhraničných regiónoch.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – Avec un taux de chômage de près de 9 % en 2015, l'Union doit se doter d'outils performants pour faciliter l'accès à l'emploi. EURES, le réseau européen des services de l'emploi, a été créé afin de fournir des services d'information, de conseil et de recrutement. Cette base de données connaît un certain nombre de lacunes notamment sur le système de correspondance automatisée entre CV et offres d'emploi.

Cette proposition de règlement vise à remodeler le réseau EURES afin d'en améliorer le fonctionnement grâce à la mise à jour de la plateforme d'échange d'offres d'emploi et de la base de données des CV.

Ainsi, parce que l'accès à l'emploi doit être une priorité pour l'Union et que cette proposition de règlement fournit de nombreuses avancées dans la facilitation de la rencontre entre l'offre et la demande de travail, je vote en faveur de ce texte.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραφπτώς*. – Αναφερόμενος στην ομιλία μου της 24ης Φεβρουαρίου 2016 στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά το ευρωπαϊκό δίκτυο υπηρεσιών απασχόλησης, την πρόσβαση των εργαζομένων σε υπηρεσίες κινητικότητας και την περαιτέρω ενοποίηση των αγορών εργασίας, διότι η εν λόγω έκθεση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. – Am votat pentru propunerea de regulament privind o rețea europeană de servicii de ocupare a forței de muncă, mobilitate și integrare a piețelor forței de muncă pentru că mobilitatea lucrătorilor în interiorul UE trebuie consolidată și necesită o mai bună reglementare.

Consider că UE trebuie să promoveze instrumentele digitale existente pentru a mări șansele de angajare ale lucrătorilor pe întreg teritoriul UE. Platforma digitala EURES trebuie transformată și îmbunătățită, astfel încât să cuprindă cât mai multe oferte de locuri de muncă și profiluri de candidați și să poată fi consultată de orice persoană aflată în orice loc din UE.

Rețeaua EURES trebuie, de asemenea, să fie extinsă la ucenici și stagiaari. Includerea organismelor educaționale și de formare, mai ales în ceea ce privește formarea continuă, este esențială.

Obiectivul major al prezentului regulament este de a reforma EURES și de a-i mări capacitatea. Pentru moment, sunt 150 000 de contacte lunar între persoanele în căutarea unui loc de muncă și angajatori, în urma cărora se generează peste 50 000 de angajări pe an. Comisia trebuie să vină cu un plan de urgență care să facă platforma mai vizibilă în statele membre și să informeze publicul larg.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Nous avons voté contre. Ce système EURES est une étape de plus vers un marché unique toujours plus inclusif. Ce «pôle emploi européen» présente des failles évidentes: la mise en relation des offres et des demandes à un niveau européen pose des problèmes évidents de logistique et de moyens; ce système tend à favoriser «la fuite des cerveaux» et donc à creuser les inégalités entre l'Europe du Sud et de l'Est et celle du Nord et de l'Ouest, et, à terme, il va favoriser le chantage à la mobilité, selon lequel un chômeur ne voudrait pas travailler s'il n'est pas prêt à saisir une offre en Europe, où qu'elle soit, ce qui pourrait potentiellement poser des difficultés, concernant les allocations chômage.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Sono favorevole alla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio relativo ad una rete europea di servizi per l'impiego, all'accesso dei lavoratori ai servizi di mobilità e ad una maggiore integrazione dei mercati del lavoro.

Tra le libertà fondamentali dell'Unione europea un posto centrale è ricoperto dalla libera scelta del posto di lavoro all'interno dell'Unione europea.

La proposta in esame mira a rafforzare la rete EURES (*European Employment Services*), rete di servizi con lo scopo di agevolare la mobilità internazionale dei lavoratori comunitari, trasformandolo in uno strumento che sia efficace per i lavoratori e datori di lavoro, con ampia offerta di lavoro e di profili di richiedenti lavoro in Europa, accessibile e trasparente.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Mi apoyo al informe sobre la propuesta de la Comisión Europea para mejorar la regulación de la red europea de servicios de Empleo (EURES), que se ha convertido en una herramienta muy útil.

Debemos trabajar para facilitar la búsqueda de empleo a los trabajadores de las regiones ultraperiféricas y para que se tenga en cuenta la situación de estos territorios a la hora de introducir mejoras para aumentar la eficacia de la red europea de servicios de empleo, conocida como EURES.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Siekiant mažinti nedarbą, gerinti darbuotojų įsidarbinimo galimybes ir padėti darbdaviams veiksmingiau ir greičiau susirasti reikiamų darbuotojų, buvo įkurtas Europos užimtumo tarnybų tinklas EURES.

Šiuo reglamentu siekiama EURES tinklą paversti veiksminga priemone, suteikiančia galimybę vienoje vietoje peržiūrėti kaip galima daugiau laisvų darbo vietų pasiūlymų ir darbo ieškotojų profilio aprašymų.

Tam, kad EURES tinklas sėkmingai veiktų, svarbu, kad, pirma, valstybėse narėse tinklo veikloje veiksmingai dalyvautų valstybinės ir privačios užimtumo tarnybos ir, antra, kad apie šį tinklą būtų informuojama plačioji visuomenė Komisijai ir visų pirma valstybėms narėms taikant intensyvias komunikacijos priemones. Tikiuosi, jog reglamento įgyvendinimas padės valstybėms narėms spręsti opias nedarbo problemas bei pagerins darbo ar darbuotojų ieškančių asmenų galimybes.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – EURES est un réseau de coopération visant à faciliter la liberté de mouvement des travailleurs au sein des 28 États membres de l'Union, de la Suisse, de l'Islande, du Liechtenstein et de la Norvège. Le rapport qui nous est soumis vise à accroître l'efficacité de ce dispositif. Les amendements du parlement visent à garantir les droits des travailleurs. Ainsi, le texte permet aux états membre de «refuser ou de révoquer l'admission de membres ou de partenaires d'EURES qui violent les normes du travail et les exigences légales applicables, en particulier en matière de rémunération et de conditions de travail». Il s'attache aussi à lutter contre «toute discrimination fondée sur la nationalité entre les travailleurs des États membres en matière d'emploi, de rémunérations et d'autres conditions de travail et d'emploi au sein de l'Union».

Néanmoins, le texte pose pour principe qu'augmenter la mobilité des travailleurs permet de lutter contre le chômage, aussi je me suis abstenu.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La plateforme EURES permet de facto de faire apparaître un danger majeur occulté, celui d'indiquer clairement à d'éventuels concurrents économiques les zones de forces et de faiblesses de l'Europe. La détention de listings ciblés catégoriels dans les mains d'acteurs publics ou privés pourrait encore être acceptable au niveau des États, mais pas au niveau de l'Europe car il constituerait alors une puissante arme économique.

Par ailleurs, la mise en place de ce réseau est une consécration du marché unique du travail. Il présente un risque de chantage à la mobilité et s'oppose à la préférence nationale.

J'ai bien sûr voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório sobre a proposta de regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho relativo a uma rede europeia de serviços de emprego, ao acesso dos trabalhadores a serviços de mobilidade e ao desenvolvimento da integração dos mercados de trabalho.

A União Europeia deve utilizar todos os instrumentos necessários para inverter a situação do desemprego. Tendo em conta a elevada taxa de desemprego em algumas regiões da Europa, importa reforçar a mobilidade dos trabalhadores no interior da UE.

Com o presente regulamento, a rede EURES poderá ser, num futuro próximo, um instrumento eficaz quer para as pessoas que procuram um emprego quer para os empregadores que estão interessados na mobilidade dos trabalhadores no interior da UE.

Será uma oportunidade para que se estabeleça um processo mais transparente, para que as pessoas que procuram um emprego obtenham informações precisas sobre as condições de trabalho e os serviços no local de trabalho.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – Whilst maintaining that labour market policy is a national competence, this report seeks to promote the European employment services (EURES) network as an effective tool for jobseekers to find employment by taking advantage of the freedom of movement within the European Union. I voted in favour of this report as we should support labour mobility across the European Union.

Miroslav Mikolášik (PPE), *pisomne* – Pochádzam zo Slovenska, z krajiny, v ktorej máme dlhodobo veľmi vysokú nezamestnanosť. Táto skutočnosť núti mnohých našich ľudí odchádzať do zahraničia. Je to už akási tradícia, pretože do vzdialenej cudziny, napr. do USA, odchádzali ešte naši predkovia, ktorí touto cestou nachádzali riešenie chudoby či nedostatku. Dnes je situácia jednoduchšia, pretože pohyb na území Európskej únie je neobmedzený. Pracovníci sa môžu voľne pohybovať, môžu si hľadať prácu v inej krajine EÚ a môžu v tejto krajine pracovať bez potreby pracovného povolenia. Portál EURES pre pracovnú mobilitu v EÚ považujem za jedinečnú príležitosť pre tých, ktorí prácu hľadajú, pretože je bezplatný a ponúka informácie o životných a pracovných podmienkach vo všetkých zúčastnených krajinách. Počet ľudí, ktorí ho denne navštevujú, je obrovský, preto podporujem reformu tejto siete, aby sa zvýšil počet partnerov, ktorí cez ňu ponúkajú služby mobility. Netreba však zabúdať, že pracovná politika je v kompetencii členských štátov. Orgány štátnej správy, najmä ministerstvá, musia zlepšiť vzájomnú spoluprácu, aby pomohli prekonávať prekážky tým, ktorí si chcú nájsť prácu v zahraničí.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour on the report on the European network of employment services, workers' access to mobility services and the further integration of labour markets (EURES), because the main purpose of EURES is to provide information, advice and recruitment/placement services for the benefit of workers and employers wishing to benefit from the principle of the free movement of persons. The new database should become smarter by automatically matching the CVs with job offers. In addition, all vacancies published by public or private employment agencies will be published EU-wide by EURES as well.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Bizottság rendelet megalkotására tett javaslatot a Parlamentnek és a Tanácsnak azzal a céllal, hogy megerősítse a munkaerő Unión belüli mobilitását a munkavállalók foglalkoztatási esélyeinek javítása és a munkáltatók abban való segítése érdekében, hogy üres álláshelyeiket jobban és gyorsabban betölthessék. Ennek érdekében létrehozni javasolja az állásajánlatok és álláskeresői profilok legnagyobb adatbázisát, amely uniós szinten bárki számára megtekinthető.

Annak érdekében, hogy az EURES-hálózat hatékony eszköz lehessen az álláskeresők és a munkáltatók számára, a Foglalkoztatási és Szociális Bizottság jelentése fontosnak tartja, hogy a tagállamok jól működő állami és magán foglalkoztatási szolgálatai vegyenek részt a hálózatban, illetve, hogy a Bizottság és a tagállamok kommunikációs intézkedései révén a hálózat Európa-szerte ismertté váljék. Fölhívja a figyelmet arra is, hogy az üres álláshelyek betöltése során a tagállamoknak és a Bizottságnak ügyelniük kell arra, hogy az uniós tagállamok állampolgárai elsőbbséget élvezzenek. A jelentés egyebekben azt indítványozza, hogy a Parlament több mint másfél száz módosító indítvánnyal ugyan, de fogadja el a javaslatot. Ezzel összhangban szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La mise en place d'un réseau de coopération structuré permettant un accès de tous les citoyens européens à toutes les offres d'emploi fait partie du dispositif de libre circulation des travailleurs, pilier fondateur de l'Union européenne.

Les mesures évoquées sont de renforcer la coopération entre les services publics à l'emploi, d'intégrer des organismes non publics (syndicats, chambres de commerce), d'améliorer l'accès au portail EURES («pôle emploi européen») et de créer un portail de coordination européen.

Ce système présente de graves dangers, car il favorise encore plus le déracinement des travailleurs, impose le marché unique européen de l'emploi comme seule alternative au chômage et institutionnalise la précarisation de l'emploi.

De plus, EURES favorise le chantage à la mobilité selon lequel un chômeur ne voudrait pas travailler s'il n'est pas prêt à saisir une offre en Europe, où qu'elle soit.

Nous nous opposons donc farouchement à la mise en place de ce réseau qui continuera à nuire à notre souveraineté et à notre économie.

Sophie Montel (ENF), par écrit. – La proposition de règlement soulève plusieurs problèmes. Malgré les bonnes intentions apparentes, la visibilité et l'accès au réseau demeureront complexes. La mise en relation des offres et des demandes à un niveau européen pose des problèmes évidents de logistique et de moyens. Ce système tend également à favoriser «la fuite des cerveaux» et donc à creuser les inégalités entre l'Europe du Sud et de l'Est et celle du Nord et de l'Ouest.

D'autre part, il favorise le déracinement des travailleurs, impose le marché unique européen de l'emploi comme seule alternative au chômage et institutionnalise la précarisation de l'emploi. C'est pourquoi j'ai voté contre.

Alessia Maria Mosca (S&D), per iscritto. – Accogliamo con favore la relazione sui servizi europei per l'impiego. L'accordo trovato nel corso del trilatero, insieme con la Commissione europea ed il Consiglio europeo è ambizioso provando esso a riformare un settore di cruciale importanza per la ripresa economica dei paesi europei, ovvero quello dell'occupazione.

La nuova conformazione di EURES, ottenuta grazie ad un impegno costante del gruppo dei socialisti e democratici, permetterà un migliore incontro tra domanda e offerta sul mercato del lavoro grazie a miglioramenti che vanno a creare una piattaforma completamente ridisegnata e con nuove funzionalità.

Nella sua nuova struttura, EURES prevede un coinvolgimento a tutti i livelli delle parti sociali, impegnate nella protezione dei diritti del lavoratore. Essa prevede inoltre, per la prima volta, la possibilità di creare delle partnership transnazionali tra i paesi dell'Unione europea. Infine, per i più giovani, l'accordo trovato permetterà di svolgere con maggiore semplicità periodi di tirocinio presso enti pubblici e privati di altri stati membri, garantendo il rispetto dei regolamenti europei in materia di diritti.

Alessandra Mussolini (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore della relazione del collega Becker, perché l'obiettivo del presente regolamento è di trasformare la rete EURES in uno strumento efficace per i richiedenti lavoro o per i datori di lavoro interessati alla mobilità lavorativa all'interno dell'UE, rendendo accessibile e trasparente un'ampia riserva di offerte di lavoro e di profili di richiedenti lavoro in tutta Europa. Occorre garantire che tutti i richiedenti lavoro ricevano informazioni complete sulle condizioni di lavoro e sui servizi offerti sul luogo di lavoro.

Victor Negrescu (S&D), in writing. – Free movement of workers is a fundamental principle of the Treaty held as sacred in Article 45 of the Treaty on the Functioning of the European Union. Based on this legislation EU citizens are entitled to look for a job in another EU country, work there without a work permit, reside there for that purpose, stay there even after employment has finished, enjoy equal treatment in access to employment, working conditions and other social and tax advantages. I voted for this report that will create a large online pool of vacancies and jobseeker profiles which can be consulted EU-wide by anyone.

Franz Obermayr (ENF), schriftlich. – Das Europäische Beschäftigungsnetz EURES soll um eine europaweite Datenbank mit Stellengesuchen und Lebensläufen erweitert werden. Bisher wurden einige grundlegende Mängel bei EURES festgestellt, darunter ein unvollständiger Pool an Stellen und Lebensläufen. Ich hätte mich meiner Stimme enthalten.

Younous Omarjee (GUE/NGL), par écrit. – J'ai voté en faveur du rapport sur la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil relatif à un réseau européen des services de l'emploi, à l'accès des travailleurs aux services de mobilité et à la poursuite de l'intégration des marchés du travail. Ce rapport vise à améliorer la mobilité des travailleurs au sein de l'Union et à réviser le réseau européen des services d'emploi EURES suite à l'analyse des carences dans le système actuel.

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – Toetasin. Tegemist on ettepanekuga reformida EURESt nii, et selle kaudu suureneks liikuvusteenust pakkuvate partnerite hulk ning tiheneks avaliku, erasektori ja haridusasutuste koostöö.

Pier Antonio Panzeri (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sulla rete europea di servizi per l'impiego, all'accesso dei lavoratori ai servizi di mobilità e ad una maggiore integrazione dei mercati del lavoro. Innanzitutto, sono convinto che una maggiore mobilità dei lavoratori all'interno dell'UE offrirà loro ulteriori opportunità di occupazione e aiuterà i datori di lavoro a coprire le proprie offerte di lavoro in modo più rapido ed efficiente.

Ciò contribuirà allo sviluppo di un mercato europeo del lavoro caratterizzato da un elevato livello di occupazione. Inoltre, ritengo necessario che la rete EURES sia resa uno strumento efficace per tutti i lavoratori dell'UE, i richiedenti lavoro o i datori di lavoro interessati alla mobilità lavorativa all'interno dell'UE. Infine, vorrei sottolineare che i vantaggi di norme comuni europee sono evidenti: i richiedenti lavoro e i datori di lavoro saranno posti nelle condizioni di comprendere meglio il profilo della controparte.

Uno standard a livello europeo di descrizioni di posti di lavoro e di profili dei richiedenti lavoro costituirebbe un enorme passo avanti verso una maggiore integrazione del mercato del lavoro europeo.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραφτώς*. – Υπερψήφισα τη νομοθετική πρόταση για τον εκσυγχρονισμό του Ευρωπαϊκού Δικτύου Υπηρεσιών Απασχόλησης (EURES), της πανευρωπαϊκής βάσης δεδομένων με τα άτομα που αναζητούν εργασία και τις κενές θέσεις εργασίας.

Η ελεύθερη κυκλοφορία εργαζομένων στην Ε.Ε. θα αποτελούσε απλώς ένα δικαίωμα αν δεν συνοδεύετο με ουσιαστικότερες νομοθετικές ρυθμίσεις οι οποίες συμβάλλουν, εν πρώτοις, στην ενοποίηση της κοινής αγοράς εργασίας και, ακολούθως, στη διευκόλυνση της πρόσβασης των ευρωπαίων πολιτών σε κενές και διαθέσιμες θέσεις εργασίας.

Ο αριθμός των ατόμων που εργάζονται σε κράτος μέλος εκτός της χώρας τους είναι 7,5 εκατομμύρια, δηλαδή 3,1 % του ενεργού πληθυσμού. Στηρίζω λοιπόν αυτή την πρωτοβουλία η οποία θα διευκολύνει την ανεύρεση εργασίας σε όλη την ευρωπαϊκή επικράτεια με την άμεση γνωστοποίηση όλων των διαθέσιμων θέσεων εργασίας.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραφτώς*. – Το δίκτυο «EURES», όχι μόνο δεν πρόκειται να προσφέρει ανακούφιση στους ανέργους, αλλά αντίθετα συνιστά έναν ακόμη επεξεργασμένο μηχανισμό υπονόμευσης του δικαιώματος στη μόνιμη, σταθερή δουλειά με δικαιώματα την οποία όπως δήλωσε πρόσφατα η Επιτροπή δεν αναγνωρίζει. Το εν λόγω «δίκτυο» υπάρχει εδώ και δεκαετίες, και τώρα ανασυγκροτείται, πάντα σε αντιδραστική κατεύθυνση, για την περαιτέρω «προώθηση της κινητικότητας», για το «ευπροσάρμοστο» εργατικό δυναμικό.

Σε αυτό εντάσσονται πλέον και τα «ιδιωτικά γραφεία απασχόλησης», δηλαδή τα δουλεμπορικά γραφεία, περιλαμβανομένων και των περιβόητων «εταιρειών ενοικίασης εργαζομένων», αλλά και των ιδίων των εργοδοτικών οργανώσεων. Αναβαθμίζονται, δηλαδή και νομιμοποιούνται και με τη βούλα, τα δουλεμπορικά γραφεία για να προμηθεύουν στους καπιταλιστές φτηνό κι «ευέλικτο» εργατικό δυναμικό, χωρίς δικαιώματα, για δουλειές προσωρινές και κακοπληρωμένες, όσο και όποτε θέλει το αφεντικό.

Η GUE και οι ευρωβουλευτές του ΣΥΡΙΖΑ, όπως και των άλλων κομμάτων του ευρωμονόδρομου (ΝΔ, ΠΑΣΟΚ, Ποτάμι) υπερψήφισαν, αφού συμφωνούν με τη διαιώνιση της καπιταλιστικής εκμετάλλευσης για την εξασφάλιση των κερδών του κεφαλαίου. Η ανεργία είναι συνυφασμένη με το σάπιο καπιταλιστικό σύστημα που υπηρετούν η ΕΕ και τα κόμματα της αστικής διαχείρισης. Μόνη διέξοδος η ενίσχυση της εργατικής λαϊκής πάλης για την ανατροπή του για να γίνει ο λαός ιδιοκτήτης του πλούτου που παράγει.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislation. EURES is an EU website that advertises British jobs across Europe. It creates a clear obligation for 'Public Employment Services' to post all publically advertised jobs on to EURES. In the UK this means that UK JobCentre Plus will have to advertise all its jobs across Europe. The new rules allow private employment services to apply and advertise across Europe and also create an automated job matching to CV which will fast track British jobs being taken by EU nationals. The 'opt-out' for employers as written in the rules changes the current system. At the moment in the UK an employer has a voluntary opt-in to EURES. These rules say they can only exempt a vacancy if it is 'duly justified'. However there is no justification for this term. In any case this new legislation will increase the amount of UK jobs advertised across Europe.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – È manifesto che una delle quattro libertà fondamentali sia della libertà di circolazione, nella quale s'inquadra la libertà di scelta del posto di lavoro. Il rafforzamento di EURES, che renderebbe più semplice l'incontro tra domanda e offerta, creerà le premesse per un maggiore sviluppo all'interno dell'UE. Valutando la necessità di dare un maggiore impulso al settore lavoro, considero necessario il potenziamento della rete EURES. Affermo quindi di votare positivamente.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – The proposed regulation aims to enhance the access of workers to intra-EU mobility support services, maintaining the EURES network as an effective instrument for jobseekers (including traineeships and apprenticeships) and registered employers who have a stake in labour mobility within the Union. I believe that better job search and recruitment services across Europe are essential to fighting unemployment, especially among young people. That is why I am in favour of the proposal.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. – Predlog poročevalca sem podprl, saj vzpostavlja še bolj poglobljeno in izboljšano Evropsko mrežo služb za zaposlovanje. To bo povečalo dostop delavcev do prostih delovnih mest v drugih državah članicah, kar bo povečalo mobilnost delavcev in s tem ključno prispevalo k nadaljnjemu povezovanju trgov dela med državami članicami Evropske zveze.

Evropska mreža služb za zaposlovanje bo omogočila še večjo dostopnost do prostih delovnih mest v regijah, kjer se bodo lahko zaposlili delavci iz drugih regij in držav članic, kjer je višja stopnja brezposelnosti.

Hkrati predlog omogoča pomoč za delavce in delodajalce, povečuje vlogo EURES-a, jasno definira čezmejno sodelovanje, vzpostavlja minimalne skupne kriterije, ki jih bodo morale zagotoviti vse države članice, in zagotavlja enak dostop do storitev.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Pozdravljam ovo izvješće te ga u cijelosti podržavam. Rastući trend visoke nezaposlenosti, osobito među mladima, predstavlja ozbiljan problem kako na nacionalnom, tako i na europskom nivou. U 2015. godini EU je imala stopu nezaposlenosti od gotovo 10 %, dok je u Hrvatskoj ukupna nezaposlenost iznosila visokih 17 %, čime je Hrvatska zauzela treće mjesto u EU-u, odmah nakon Grčke i Španjolske. Poražavajuće su brojke koje govore o nezaposlenosti među mladima do 25 godina, a u Hrvatskoj je ona dosegla 45 %, dok se na europskom nivou kreće oko 20 %. Ovakva statistika zahtjeva učinkovito djelovanje i europskih institucija, te u tom pogledu pozdravljam napore koje Komisija čini glede unaprjeđenja rada europskog portala za mobilnost pri zapošljavanju EURES, kako bi ona postala razumljivija i dostupnija tražiteljima zaposlenja diljem Unije, a posebice u državama koje su najviše pogođene visokom nezaposlenošću. Ovakve mjere dodatno će potaknuti još uvijek slabo razvijenu radnu mobilnost unutar Europske Unije i produbiti integraciju europskog tržišta.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Dans le droit fil de la calamiteuse directive sur le détachement des travailleurs, ce rapport promeut toujours plus la circulation des travailleurs, comme si l'Union européenne était un seul vaste bassin d'emplois. Je m'oppose formellement à cette vision des choses qui nie l'identité des peuples et l'attachement des citoyens à leur pays. Une telle logique contribue en réalité à renforcer les inégalités et les tensions entre les États membres, et elle nuit en particulier aux travailleurs français, mis en concurrence déloyale avec ceux d'autres pays.

J'ai bien évidemment voté contre ce texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Sloboda kretanja je jedna od četiri temeljne slobode na kojima je EU utemeljena. Sloboda građana, pa tako i hrvatskih, da rade bilo gdje u EU-u, je ključni aspekt državljanstva u EU-u i uključuje pravo hrvatskih građana da traže posao u drugoj zemlji EU-a, da ondje rade bez potrebe za radnom dozvolom, da u tu svrhu ondje borave s članovima svoje obitelji i ondje uživaju ravnopravan tretman s državljanima u pogledu pristupa zapošljavanju, uvjetima rada i svih ostalih socijalnih i poreznih olakšica.

Cilj ove regulacije jest da se EURES mreža pretvori u djelotvoran instrument za osobe koje traže posao ili poslodavce koji imaju udio u mobilnosti radne snage unutar EU-a. Time bi se stvorio bazen slobodnih radnih mjesta i tražitelja posla čiji profil može konzultirati svatko na EU razini. S obzirom na to da visoka stopa nezaposlenosti pogađa neke dijelove Europe, pa tako i Hrvatsku, čija stopa nezaposlenosti iznosi 18.5 %, što je 8 % iznad razine stope nezaposlenosti u EU-u, podržavam ovu regulaciju budući da doprinosi poboljšanju mobilnosti radne snage unutar EU-a, stvaranju novih mogućnosti za zapošljavanje radnika i pomaže poslodavcima da brže i učinkovitije popune prazna radna mjesta.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório propõe alterações à proposta de regulamento relativo à rede EURES (European Employment Services) e não ao seu desenvolvimento.

O texto original da Comissão tem algumas referências que consideramos negativas, pervertendo a relação entre o mercado de trabalho e os currículos escolares.

Como elementos que se identificam como positivos destaca-se o alargamento da rede à promoção de estágios e formações. Registamos ainda o abrandamento da tónica da mobilidade, nomeadamente a mobilidade compulsória.

O relatório vem propor alterações que reforçam o protagonismo dos Estados-Membros e das suas estruturas (de emprego e formação), elementos que valorizam a soberania e capacidade de decisão dos Estados. Valoriza o envolvimento dos parceiros sociais, orienta a perspetiva da mobilidade como uma questão essencialmente transfronteiriça e defende a gratuitidade de todos os serviços prestados pela EURES.

Algumas considerações e propostas que, em nosso entender, melhoram o regulamento. Entende-se que a mobilidade não deve ser coerciva, e deve resultar de uma decisão voluntária, situação em que uma rede facilitadora como a que se apresenta neste relatório pode ser útil para os trabalhadores implicados. Por essa razão, votámos favoravelmente.

Andrej Plenковиć (PPE), *napisan*. – 1,1 milijun europskih građana svakodnevno prelazi granicu radi posla, a u 2013. više od 7 milijuna građana EU-a živjelo je i radilo u drugoj državi članici, od kojih je 78 % bilo ekonomski aktivno, a njih 68 % imalo je posao. Takva mobilnost moguća je zahvaljujući činjenici što se građani EU-a mogu slobodno kretati, tražiti posao u drugoj državi članici bez radne dozvole. Unatoč tome što je broj ljudi koji žive u državi članici u kojoj nisu rođeni porastao za 60 % nakon 2005., taj broj još uvijek čini samo 3,1 % ukupne radne snage EU-a. U EU-u nezaposleno je 25 milijuna ljudi, od kojih je više od 5 milijuna mladih, međutim, još uvijek postoji nedostatak kvalificiranih radnika u mnogim regijama država članica. Kako bi se olakšalo i pojednostavilo zapošljavanje građana EU-a u drugim državama članicama, 1993. pokrenuta je EURES mreža koja omogućuje slobodno kretanje radnika unutar država članica te prema Švicarskoj, Norveškoj, Islandu i Lihtenštajnu. Takva mreža pruža besplatne informacije o životu i radu u pojedinačnim državama članicama te povezuje poslodavce s onima koji traže posao, no njena reforma je potrebna kako bi se ona prilagodila novim uvjetima i situaciji u EU-u u ekonomskom i društvenom pogledu. Slijedom navedenog podržavam izvješće.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Přijetí tohoto důležitého nařízení představuje další krok v oblasti mobility pracujících. Naším dlouhodobým cílem je bezesporu snižování nezaměstnanosti v EU a věřím, že právě systém EURES by mohl být jedním z klíčů k tomuto přetrvávajícímu problému. Přestože je volný pohyb pracovních sil nedílnou součástí čtyř základních svobod Evropské unie, zůstává míra této mobility vzhledem k velikosti trhu práce a počtu obyvatel v produktivním věku poměrně nízká. Smyslem systému EURES je proto vytvoření nejjobsáhlejšího celoevropského a transparentního souboru údajů o volných pracovních místech a profilů uchazečů o zaměstnání, jež bude nabízet také možnosti pro studenty a učně ve formě stáží a příprav na zaměstnání. Bude však nutné zaměřit se na společnou kooperaci mezi členskými státy a systémem EURES ve smyslu zřízení koordinačních úřadů na vnitrostátní úrovni, jež by poskytovaly všeobecnou podporu a pomoc všem organizacím na jejich území působícím v rámci EURES. Tímto způsobem bude možné umožnit všem, kteří hledají zaměstnání, nejen snadný přístup k informacím o pracovních a životních podmínkách ve všech členských zemích EU, ale také možnost zprostředkování kontaktu mezi lidmi hledajícími práci a zaměstnanci.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – L'elevato tasso di disoccupazione in Europa, in particolare tra i giovani, rende necessario rafforzare la mobilità lavorativa all'interno dell'Unione. Dobbiamo offrire maggiori opportunità ai lavoratori e aiutare i datori di lavoro a soddisfare l'offerta di lavoro in modo più rapido ed efficiente.

L'obiettivo del presente regolamento è di trasformare la rete EURES in uno strumento maggiormente efficace per i richiedenti lavoro e per i datori di lavoro interessati alla mobilità lavorativa all'interno dell'UE, rendendo accessibile e trasparente un'ampia riserva di offerte di lavoro e di profili di richiedenti lavoro in tutta Europa. Anche gli apprendistati e i tirocini dovrebbero essere inclusi nella rete europea.

Ritengo che EURES rappresenti uno strumento molto importante e auspico che possa fornire un aiuto concreto ai cittadini europei in cerca di un impiego. Per queste ragioni ho votato a favore dell'approvazione di questo regolamento.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – EURES jest siecią współpracy pomiędzy Komisją Europejską a publicznymi służbami zatrudnienia państw członkowskich ukierunkowaną na mobilność zawodową w UE. Celem przedmiotowego rozporządzenia jest uczynienie z sieci EURES narzędzia dla osób poszukujących pracy lub pracodawców przez udostępnienie na szczeblu ogólnoeuropejskim puli ofert zatrudnienia i profili osób poszukujących pracy.

Celem wniosku jest wzmocnienie instytucjonalnej i organizacyjnej podstawy usług EURES-u, poprawienie jakości informacji udostępnianych pracownikom i pracodawcom, usprawnienie wymiany informacji, tak aby lepiej odzwierciedlić zmiany technologiczne, oraz zwiększenie mobilności pracowników, w szczególności w regionach transgranicznych. Rozporządzenie obejmuje również przyuczenie do zawodu i praktyki zawodowe, pod warunkiem że wnioskodawcy są objęci stosunkiem zatrudnienia.

Nowa sieć EURES obejmować będzie Europejski Urząd Koordynacji, krajowe urzędy koordynacji oraz członków i partnerów EURES-u. Publiczne służby zatrudnienia cieszą się preferencyjnym statusem w sieci EURES i są automatycznie wyznaczane przez państwa członkowskie na członków EURES-u. Za sprawą rozporządzenia sieć EURES otwiera się na różne podmioty działające na rynku usług rekrutacji pracowników (podmioty publiczne, prywatne, przedstawiciele sektora usług, partnerzy społeczni). Organizacje, które nie będą w stanie zrealizować wszystkich zadań, będą mogły zostać partnerami EURES-u, a te, które będą w stanie realizować większy zakres usług, zostaną jego członkami. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. – Bei EURES handelt es sich um ein europäisches Berufsnetzwerk zur Arbeitsvermittlung. Es handelt sich hierbei um eine Kooperation der Europäischen Kommission und der Arbeitsämter der verschiedenen Mitgliedstaaten, die auf gegenseitigem Informationsaustausch beruht. Ziel von EURES ist es, eine Plattform für Arbeitnehmer zu schaffen, auf der Informationen über freie Arbeitsplätze und Ratschläge für die Jobsuche angeboten werden. Dieses Projekt steht ganz im Zeichen der Personenfreizügigkeit innerhalb der Union und begünstigt die Faktormobilität der Arbeit ungemein. Ich habe deshalb für den Vorschlag gestimmt.

Dominique Riquet (ALDE), *par écrit*. – Composante des libertés de circulation qui sont l'essence de la construction européenne, la liberté de circulation des travailleurs est indispensable à toute stratégie de lutte contre le chômage longue durée et de masse dans une «zone monétaire optimale». En améliorant les perspectives d'emploi des travailleurs et des non-travailleurs, et en aidant les employeurs à pourvoir rapidement leurs offres d'emploi, la mobilité permet in fine de tirer profit des zones de croissance en Europe.

Or, se dresse un constat alarmant: le taux de mobilité de la main-d'œuvre dans l'Union est de seulement 0,29 % et uniquement 3,1 % des travailleurs européens exercent dans un pays membre de l'Union différent de leur pays d'origine, alors même que l'on observe de grandes disparités concernant la demande et l'offre d'emploi entre les régions européennes.

Certes, le droit du travail relève quasi-exclusivement des prérogatives des États membres, mais cette proposition réglementaire vise à renforcer le réseau EURES en améliorant l'information, la transparence, l'accessibilité et la visibilité d'une vaste réserve d'offres d'emploi et de profils de demandeurs d'emploi dans toute l'Europe.

Présentant une perspective positive pour l'emploi, la mobilité des travailleurs et la croissance au sein de l'Union, j'ai voté en faveur de ce texte.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A livre escolha do local de trabalho no interior da UE faz parte integrante da livre circulação na medida em que constitui uma das quatro liberdades fundamentais da União Europeia e um elemento crucial da cidadania da UE.

A mobilidade dos trabalhadores no interior da UE é relativamente baixa quando comparada com a dimensão do mercado de trabalho e com a população ativa na UE – o índice de mobilidade na UE a 27 é de apenas 0,29 %. Importa, pois, reforçar a mobilidade dos trabalhadores no interior da UE, melhorar as oportunidades de emprego e ajudar os empregadores a encontrarem mais rapidamente trabalhadores com melhores qualificações para os postos de trabalho de que dispõem, desenvolvendo assim o mercado do trabalho europeu.

O objetivo do presente regulamento consiste em transformar a rede EURES (Portal Europeu da Mobilidade Profissional) num instrumento eficaz quer para as pessoas que procuram um emprego quer para os empregadores que estão interessados na mobilidade dos trabalhadores no interior da UE, proporcionando o acesso, a nível europeu e de forma transparente, a um conjunto o mais vasto possível de postos de trabalho e de perfis de pessoas que procuram emprego.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque da el visto bueno al acuerdo con el Consejo para poner en marcha una serie de medidas dirigidas a mejorar la plataforma de movilidad laboral intraeuropea denominada EURES, existente desde 1993.

Entre los avances que se conseguirán, gracias al empuje del Grupo socialista, están el hecho de que por fin el portal web EURES se transformará en una plataforma europea de intercambio de ofertas de empleo y CV; que la nueva base de datos inteligente, con la nueva plataforma IT, permitirá el cruce automático de CV con ofertas de trabajo; y que todas las vacantes publicadas por agencias de empleo públicas o privadas serán publicadas en toda la UE.

Además EURES contará con la participación de los interlocutores sociales en todos los niveles de la red, eliminará las tarifas de los servicios básicos para los trabajadores y asegurará que los contratos de prácticas y de aprendizaje que se ofrecen en su marco cumplan con los estándares de la UE y las normas sociales y de empleo de los Estados miembros.

Considero que en su conjunto el acuerdo cumple con los objetivos y prioridades del Grupo socialista y supone un avance para los trabajadores y los ciudadanos europeos.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du renforcement et de la modernisation d'EURES, le réseau européen des services de l'emploi, qui a pour objectif de faciliter la libre circulation des travailleurs à l'intérieur de l'Union. Ce réseau aide notamment les travailleurs à surmonter les obstacles à la mobilité et renforce l'accès aux offres d'emploi dans toute l'Union.

Je le recommandais déjà dans le programme européen de mon parti: nous devons encourager la mobilité professionnelle en Europe à l'aide notamment d'EURES. Et je suis persuadé que cette plate-forme renforcée aidera à promouvoir cette mobilité au sein de l'Union européenne.

Je me réjouis tout particulièrement de la place que les partenaires sociaux occuperont dans cette plate-forme. En effet, dès le début des discussions en commission de l'emploi et des affaires sociales, j'ai soutenu l'idée d'une présence active de leur part, car je suis persuadé que leur expertise sera d'une grande utilité pour la plate-forme. Je suis donc satisfait de voir qu'au bout du processus législatif, nous avons réussi à rallier une majorité de députés à notre cause.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes juo norima patobulinti Europos užimtumo tarnybų tinklą darbe. Svarbu tai, kad siekiama praplėsti EURES tinklą, suteikiant galimybes viešųjų, privačių ir trečiojo sektoriaus įmonių darbdaviams skelbti laisvas darbo vietas viešai EURES portale. Kita svarbi nuostata, kad informacija apie laisvas darbo vietas privalo būti darbuotojams prieinama nemokamai, jų nediskriminuojant. Trečia - pranešimu skatinamas bendradarbiavimas tarp valstybių narių, siekiant, kad darbuotojai būtų informuoti apie visas laisvas darbo vietas.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório diz respeito à proposta de regulamento do Parlamento e do Conselho que pretende transformar a rede EURES num instrumento mais eficaz, quer para as pessoas que procurem emprego, quer para os empregadores que estejam interessados na mobilidade de trabalhadores no interior da UE, proporcionando acesso, a nível europeu e de forma transparente, a um vasto conjunto de ofertas de trabalho e de perfis de cidadãos que procuram emprego.

Contudo, e apesar de considerar relevante a promoção da mobilidade laboral dentro da UE, ressalvo que esta proposta de regulamento prevê que, para o preenchimento dos postos de trabalho, seja dada prioridade a nacionais de Estados-Membros da UE, sem, contudo, esquecer que as políticas do mercado de trabalho permanecem na esfera de competência dos Estados-Membros.

Considero também que, com base nos ensinamentos retirados da elevada taxa de desemprego em algumas regiões da Europa, é importante reforçar a mobilidade dos trabalhadores, melhorando as oportunidades de emprego e facilitando o processo de recrutamento aos empregadores.

Tendo em conta o contributo positivo que estas medidas certamente trarão para o desenvolvimento do mercado de trabalho europeu, e consequentemente para o aumento das taxas de empregabilidade, votei favoravelmente o presente relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui porte sur une proposition de règlement visant à améliorer l'accès des travailleurs aux services de soutien à la mobilité au sein de l'Union européenne. Le règlement porte sur le réseau EURES qui est un instrument efficace pour les demandeurs d'emploi et les employeurs inscrits, notamment les PME, en lien avec la mobilité professionnelle au sein de l'Union.

Le réseau EURES permet de mettre en ligne les CV et les offres d'emploi, de stages et d'apprentissage disponibles dans toute l'Europe. Des conseillers spécialisés, au sein des services publics de l'emploi, sont également mis à disposition des demandeurs d'emploi.

Les travailleurs frontaliers vont également pouvoir bénéficier d'EURES qui leur fournira des informations sur les législations applicables dans les pays frontaliers et un accompagnement personnalisé sera dispensé pour les transferts de leurs droits.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del regolamento perché concordo con il suo scopo di aumentare le dinamiche di mobilità dei lavoratori contribuendo ad una migliore integrazione dei mercati del lavoro a livello europeo. Trasformare la rete EURES - già esistente - in uno strumento efficace per i richiedenti lavoro o per i datori di lavoro, nonché rendere accessibile e trasparente un'ampia riserva di offerte di lavoro significa aiutare i nostri giovani a crearsi un futuro.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta legislativa que pretende facilitar el acceso de los trabajadores a los servicios de apoyo a la movilidad laboral de los trabajadores intraeuropeos, apoyar una movilidad más justa e incrementar el acceso a las oportunidades laborales en la Unión a través de la revisión de EURES.

El informe garantiza el reconocimiento de los acuerdos transfronterizos con sus propios objetivos y competencias especiales, en particular para los trabajadores fronterizos; los interlocutores sociales se incluyen en los organismos de EURES a nivel europeo y nacional, y EURES ofrecerá información, con orientación especialmente individualizada para los trabajadores. La información que se proporcione a los trabajadores (sobre el país al que se trasladan, las opciones de colocación) será en general gratuita, mientras que se podría cobrar a los empleadores por los servicios especiales (EURES puede ofrecer servicios de poscontratación pero con pago de tasa). También los trabajadores deben dar su autorización para la publicación de solicitudes de empleo y CV en la red y pueden retirar su consentimiento. Por todo ello, entre otras cosas, creo que es un informe positivo y he votado a favor.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – In Europa finden wir beide Extreme: erdrückende Arbeitslosigkeit und Unternehmen, die nach geeigneten Fachkräften suchen. Der niedrige Ölpreis und ein billiger Euro – das beflügelt die Konjunktur und sorgt für gut gefüllte Auftragsbücher bei den Firmen.

So sind zum Beispiel in meinem Land Deutschland im Januar 2016 insgesamt 580 000 offene Stellen bei Unternehmen gemeldet.

Logische Konsequenz aus dieser Situation ist also, Angebot und Nachfrage zusammenzubringen. Dazu müssen wir die Arbeitskräftemobilität fördern. Und da ist noch viel Potenzial nach oben! Denn derzeit leben und arbeiten nur 3 % der Europäer in einem anderen Mitgliedsstaat.

Ein Schritt in diese Richtung ist das EURES-Netzwerk, das als Jobplattform auch Praktikums- und Ausbildungsstellen europaweit aufzeigt. Wichtig sind dabei die enge Verzahnung mit den Arbeitsvermittlungsstellen der Mitgliedstaaten und die grenzübergreifenden Partnerschaften in Grenzregionen, um so eng vernetzte Arbeitsmärkte gerade im Grenzland zu haben.

Mir war wichtig sicherzustellen, dass Arbeitnehmer immer einen kostenlosen Zugang zu dieser Dienstleistung haben und auch die Sozialpartner in die Steuerung von EURES eingebunden sind. Dies konnten wir als Parlament sicherstellen.

Ich denke, wir haben durch die frühzeitige Einigung mit dem Rat eine tragfähige Lösung gefunden und schnelles Handeln in Europa bewiesen.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), por escrito. – La plataforma EURES debe servir para apoyar la movilidad justa de los trabajadores y trabajadoras europeas, favoreciendo el intercambio de información sobre ofertas y demandas de empleo y creando una estructura estable de servicios de apoyo e información para los trabajadores y trabajadoras migrantes dentro de la UE. Tanto la participación de los agentes sociales como el rol central reservado para los servicios de empleo público constituyen un freno para posibles abusos como los registrados en el pasado. Por todo ello, he votado a favor.

Remo Sernagiotto (ECR), per iscritto. – EURES è uno strumento molto utile per i richiedenti lavoro o per i datori di lavoro interessati alla mobilità lavorativa all'interno dell'UE. La rete europea di servizi per l'impiego rende accessibile e trasparente un'ampia riserva di offerte di lavoro e di profili richiesti in tutta Europa. Secondo le statistiche, ogni giorno più di un milione di cittadini europei attraversa le frontiere per andare a lavorare in un paese vicino e il numero di persone che vivono in uno Stato membro diverso dal proprio paese d'origine è aumentato di quasi il 60% a seguito degli allargamenti del 2004 e del 2007.

In questo contesto, ritengo che il portale EURES sia un'occasione unica per quanti cercano un posto di lavoro all'interno dell'Europa. Ho votato pertanto a favore della presente relazione perché è volta a rendere la rete più accessibile e agevole da utilizzare, migliorando la trasparenza, lo scambio di informazioni e la funzionalità. Mi auguro che tali provvedimenti permetteranno di offrire maggiori opportunità ai lavoratori e di aiutare i datori di lavoro a soddisfare l'offerta di lavoro in modo più rapido ed efficiente.

Siôn Simon (S&D), in writing. – I am proud to have been involved in the technical dialogues between the European Parliament, the Council and the Commission. I do not think it would be too grandiose to suggest that this reform – which is indeed quite technical – might be a microcosm of the European Union as a whole: through collaboration, consensus and respect between everyone involved.

Social partnership was easily weaved throughout the legislation and we have really created a better and more effective EURES network and portal. I believe that we have created an instrument that will improve the lives of job-seekers across Europe, and especially for job-seekers in the West Midlands.

At the moment, the EURES instrument simply does not work and the distribution of jobs is far from proportionate, with the UK offering far more than most other countries, which makes for a raw deal for our job-seekers. This revision to EURES will make sure that more jobs will be available in more locations and automatically match CVs with appropriate vacancies.

Branislav Škripek (ECR), písomne – Voľný pohyb pracovníkov predstavuje jeden z kľúčových prvkov rozvoja integrovaného pracovného trhu Únie. Každý deň totiž viac ako 1,1 milióna európskych občanov žijúcich v niektorej z krajín Európskej únie prekračuje hranicu za účelom práce v susednej krajine. Predložený návrh nariadenia o Európskej sieti služieb zamestnanosti, prístupe pracovníkov k službám v oblasti mobility a ďalšej integrácii trhov práce sa zameriava na reformu siete EURES. Táto reforma umožní zvýšiť počet partnerov, ktorí ponúkajú služby mobility prostredníctvom siete EURES, ako aj konsolidovať spoluprácu medzi verejnými a súkromnými organizáciami s cieľom obsadiť väčšie percento z celkových voľných pracovných miest. Z tohto dôvodu som hlasoval za prijatie tohto uznesenia.

Davor Škrlec (Verts/ALE), napisan. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), písomne. – Podporila som uznesenie, lebo navrhované nariadenie prichádza s novými návrhmi, ktoré môžu výrazným spôsobom posilniť nielen mobilitu pracovnej sily v rámci EÚ, ale najmä zlepšiť pracovné príležitosti pre zamestnancov a vytvoriť lepšie podmienky aj pre zamestnávateľov. S navrhovaným nariadením súhlasím aj preto, že do nariadenia sa premietajú nové formy zamestnanosti, ktoré umožňujú väčšiu mobilitu pracovníkov z oblastí s vysokou nezamestnanosťou do oblastí charakterizovaných nedostatkom pracovných síl. Veľmi pozitívne vnímam navrhované zmeny a rozšírenia v sieti s názvom EURES (Európske služby zamestnanosti), ktorá je veľmi účinným nástrojom pre uchádzačov o zamestnanie alebo zamestnávateľov, ktorí majú záujem o pracovnú mobilitu v rámci EÚ. Súhlasím s tým, aby sa sieť EURES rozšírila o učňovskú prípravu a stáž, ale privítala by som, aby sa výraznejšie zlepšila kvalita stáže, najmä čo sa týka obsahu vzdelávania a odbornej prípravy a pracovných podmienok. Očakávam, že aj vďaka navrhovanému nariadeniu sa nám podarí prekonať právne prekážky, ktorým často čelia pracovníci, ktorí chcú pracovať v inej krajine.

Michaela Šojdrová (PPE), písomně. – Hlasovala jsem pro zprávu, kterou se po dohodě s Radou mění nařízení Evropské unie o síti EURES. Po formálním posvěcení Radou začne platit v řádu měsíců. Možnost pro každého občana Evropské unie stěhovat se za prací do jakéhokoli jiného členského státu patří mezi základní svobody a je jedním z největších výdobytků evropské integrace. Přesto je v současné době pracovní mobilita velmi nízká, ročně činí pouze 0,29 %. Síť EURES měla mobilitu podpořit, ale to se jí zatím nepodařilo – přestože registruje zhruba 1,2 milionu uživatelů, což můžeme považovat za slušné číslo. V situaci, kdy některé země EU – Řecko, Španělsko, Chorvatsko – řeší problém vysoké nezamestnanosti a v jiných státech je pracovních míst přebytek, je nezbytné, aby měli uchazeči o zaměstnání přehled o nabídkách z celé Evropské unie. Přesně od toho EURES existuje, přesto svou funkci dostatečně neplní. Jeho revizi tedy považuji za nutnou. Pozitivní stránkou návrhu je, že nepředstavuje žádné nové náklady pro rozpočet Evropské unie. Zdůraznit bych chtěla zejména odstranění dosavadních administrativních omezení souvisejících s předáváním údajů o volných pracovních místech na portál EURES a za klíčové rovněž považuji, že návrh Komise nezasahuje do politiky pracovních trhů jednotlivých členských států, které zůstávají zcela v jejich kompetenci.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pisno. – Eden izmed štirih glavnih svoboščin EU predstavlja svoboščina prostega gibanja. Sestavni del te je tudi svobodna izbira delovnega mesta, ki je bistveni element državljanstva EU.

Stopnja mobilnosti delovne sile znotraj EU je glede na velikost trga dela in števila aktivnega prebivalstva razmeroma majhna, t.j. 0,29%. Strinjam se, da je potrebno povečati mobilnost delovne sile v EU, s čimer bi povečali zaposlitvene možnosti delavcev, delodajalcem pa pomagali bolje in hitreje zapolniti prosta delovna mesta.

Namen predlagane uredbe je razviti mrežo EURES v učinkovit instrument za vse iskalce zaposlitve in delodajalce, ki se zanimajo za mobilnost delovne sile znotraj EU. S to vseevropsko mrežo bi bil omogočen dostop do pregledne in čim obsežnejše evidence prostih delovnih mest in profilov iskalcev zaposlitve. Uspešnost mreže se bo prav tako redno ocenjevala, s čimer se bodo lahko čim hitreje izvedle morebitne izboljšave in zagotovilo trajno ter uspešno delovanje mreže. Menim, da mreža EURES predstavlja edinstveno priložnost za iskalce zaposlitve v EU, saj je brezplačna, nudi informacije o življenjskih razmerah in delovnih pogojih ter povezuje iskalce zaposlitve z delodajalci, ki iščejo posebne veščine, in jih usmerja v sektorje in poklice, kjer primanjkuje usposobljene delovne sile.

Zaradi opisanega sem glasoval za sprejem poročila.

Ivan Štefanec (PPE), písomne – Volný pohyb pracovnej sily v rámci spoločného trhu vždy bol a aj musí zostať základným pilierom EÚ. EÚ a jej členské štáty musia aj naďalej pokračovať v podpore mobility pracovníkov cez nadnárodné partnerstvá a iné nástroje.

Helga Stevens (ECR), schriftelijk. – De N-VA-delegatie steunt de ontwikkeling van een verbeterd Europees mobiliteitsnetwerk voor werkzoekenden (EURES). Het bestrijden van werkloosheid vormt een van de grootste uitdagingen in de EU. Het is dan ook van groot belang dat bestaande vacatures alvast optimaal worden ingevuld. Het EURES-netwerk werkt daarom terecht aan EU-wijde bekendheid voor vacatures en het matchen van werkgevers en werknemers in de EU. De N-VA-delegatie merkt ook tevreden op dat over het subsidiariteitsbeginsel is gewaakt. Zo hebben lidstaten een opt-out-mogelijkheid voor het ter beschikking stellen van vacatures aan het EURES-portaal. Zij hebben aldus nog de ruimte om een eigen arbeidsmarktbeleid te ontplooiën.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Cilj mreže EURES je podržati mobilnost radne snage unutar Unije. Kako bi radnicima i poslodavcima mogla davati pouzdane i ažurne informacije o različitim vidovima mobilnosti radne snage u Uniji, mreža EURES bi trebala surađivati s drugim tijelima, službama i mrežama Unije koje olakšavaju mobilnost i informiraju građane o njihovim pravima u skladu sa zakonodavstvom Unije, kao što su europski portali za mlade, organizacije odgovorne za priznavanje stručnih kvalifikacija i tijela za promicanje, analizu, praćenje i potporu jednakom postupanju s radnicima, imenovane u skladu s Direktivom. Sloboda kretanja radnika i visok stupanj zaposlenosti usko su povezani i stoga je nužno da države članice razviju politike mobilnosti koje će pridonijeti boljem funkcioniranju tržišta rada u Uniji. Politike mobilnosti u državama članicama trebaju se smatrati sastavnim dijelom njihovih socijalnih politika i politika zapošljavanja, te sam stoga podržao izvješće.

Dubravka Šuica (PPE), napisan. – Cilj nacrtu zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o Europskoj mreži službi za zapošljavanje, pristupu radnika uslugama mobilnosti i daljnjoj integraciji tržišta rada je pretvoriti mrežu EURES u učinkovit mehanizam za traženje zaposlenja, vježbeništva i pripravništva. EURES je besplatan internetski portal za mobilnost radnika, nudi informacije o uvjetima života i rada u svim državama članicama dostupne na 25 jezika.

Komisija predlaže izmjene Uredbe koje bi povećale broj partnera EURES-a izvan EU-a. Fokus se stavlja na mlade ljude, nudeći zaposlenja koja omogućavaju učenje uz rad poput vježbeništva i pripravništva. Prijedlog naglašava da će politike tržišta rada ostati u nadležnosti država članica EU-a. Države članice i Komisija će prema nacrtu pri zapošljavanju davati prednost građanima EU-a. Sloboda rada bilo gdje u Europskoj uniji jedno je od temeljnih načela slobode kretanja, jednog od četiri slobode na temelju kojih je osnovana EU.

Mnoge zemlje članice suočene su s masovnom nezaposlenošću. S druge strane, prisutan je manjak kvalificiranih radnika u mnogim regijama unutar država članica te je potrebno ulagati u poboljšanje razvoja europskog tržišta rada. Podržavam ovaj nacrt jer će predviđene promjene rezultirati novim mogućnostima za građane u potrazi za zaposlenjem te pomoći poslodavcima da brže pronađu potrebne kvalificirane radnike.

Patricija Šulin (PPE), pisno. – Glasovala sem za poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o evropski mreži služb za zaposlovanje, dostopu delavcev do storitev na področju mobilnosti in nadaljnjem povezovanju trgov dela.

Visoka brezposelnost v Evropski uniji še vedno zelo hromi določene regije, hkrati pa je še vedno okrog 2 milijona nezasedenih prostih mest, zato potrebujemo okrepljeno prizadevanje na tem področju.

Z novimi pravili bomo hitreje uskladili ponudbo in povpraševanje po delovnih mestih, večjo vlogo pa bomo namenili socialnim partnerjem, mladim in čezmejnimi regijam.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Είναι πάγια θέση μας πως η κινητικότητα των εργαζομένων δεν είναι λύση στο πρόβλημα της ανεργίας. Αν θεωρηθεί ως τέτοια, προωθεί το κοινωνικό ντάμπινγκ και την επισφάλεια των θέσεων εργασίας.

Η μετανάστευση των εργαζομένων πρέπει να αποτελεί ελεύθερη τους επιλογή, από ένα ασφαλές εργασιακό περιβάλλον σε άλλο. Παρόλο, όμως, που η έκθεση κινήθηκε στο πιο πάνω πλαίσιο, μέσα από τον τρίλογο διασφαλίστηκε η αυξημένη συμμετοχή των κρατικών υπηρεσιών στην πλατφόρμα, μειώνοντας το ρόλο των ιδιωτικών επιχειρήσεων εξεύρεσης εργασίας, αλλά και την εισαγωγή των κοινωνικών εταίρων ως εταίρους στην πλατφόρμα αυτή. Επίσης, πρόκειται στην ουσία της για μια πλατφόρμα εξεύρεσης εργασίας.

Ως ΑΚΕΛ δεν μπορούμε να το παραγνωρίσουμε αυτό, αλλά ούτε και το δικαίωμα οποιουδήποτε να μετακινηθεί για να βρει δουλειά. Για τους πιο πάνω λόγους υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η επικαιροποίηση του κανονισμού, η οποία έχει ήδη συμφωνηθεί με το Συμβούλιο, θα δώσει τη δυνατότητα μεγαλύτερης συμμετοχής στους «κοινωνικούς εταίρους» (εργοδότες και συνδικάτα) και θα εστιάσει περισσότερο σε διασυνორιακές περιοχές και στους νέους.

Η νέα, «εξυπνότερη» πύλη του EURES θα αντιστοιχίζει αυτόματα τα βιογραφικά σημειώματα με τις κατάλληλες θέσεις εργασίας που προσφέρονται χωρίς να γίνεται καμία διάκριση με βάση την εθνικότητά. Όλες οι θέσεις εργασίας που δημοσιεύονται από δημόσιους οργανισμούς στα κράτη μέλη θα διατίθενται πανευρωπαϊκά μέσω της ίδιας διαδικτυακής πύλης.

Καταφιζούμε την παρούσα έκθεση καθώς είμαστε ενάντια στην διασυννοική εργασία και την κινητικότητα των εργαζομένων. Θα έπρεπε τα κράτη μέλη να είχαν τη δυνατότητα επιλογής να μη συμμετάσχουν στο δίκτυο EURES.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam a munkaerőpiacok további integrációját segítő jelentést, hisz úgy vélem, hogy minden, a munkaerőpiacot erősítő eszköz egy erősebb Európai Unió megeremtéséhez járul hozzá. Úgy gondolom, hogy a tagállami köz- és magánszektor állásajánlatainak hatékony összekapcsolása jelentős előnnyel járhat. Meg kell jegyezmem azonban, hogy a munkavállalók mobilitási hajlandósága nem egyenlő az Unió különböző államaiban, sok esetben regionálisan- és idényjelleggel immobilitást és munkaerőhiányt is tapasztalunk. Úgy gondolom, hogy aggodalomra ad okot az a tény, hogy a különböző tagállamokban különbözőek a szociális ellátások, a munkavállalás feltételei. Tehát úgy vélem, hogy az új EURES eszköz hasznos lehet, de egyedül nem elegendő. Szükség van regionális információkra, ösztönző elemekre a munkavállalással-, illetve a szolgáltatásokkal kapcsolatban. Mindezt úgy, hogy minden információ egyszerre jelenjen meg mind a 24 nyelven. Úgy gondolom, hogy a most körvonalazódó „Brexit” megelőzése érdekében tett engedmények viszont súlyosan veszélyeztethetik ezt a fontos törekvést. Az engedmények iránti igények megjelenhetnek más tagállamokban is, ebben az esetben viszont a rendszer összekapcsolása kétes eredménnyel kecsegtethet.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie.* – Swobodny przepływ pracowników jest jednym z kluczowych warunków rozwoju bardziej zintegrowanego unijnego rynku pracy, zwłaszcza w regionach transgranicznych, umożliwiającego większą mobilność pracowników, przyczyniając się tym samym do większej różnorodności i znalezienia osób o odpowiednich umiejętnościach na wolne miejsca pracy.

Ostatnie lata kryzysu finansowego i gospodarczego zmusiły tak państwa członkowskie, jak Unię Europejską do podjęcia szeregu działań zwiększających szansę zatrudnienia pracowników i pomoc pracodawcom w lepszym i szybszym obsadzeniu wolnych miejsc pracy. Niestety nadal wewnątrzunijna mobilność pracowników jest stosunkowo niska, czemu przeciwdziałać ma utworzenie Europejskiej Sieci Służb Zatrudnienia.

Platforma ta ma udostępniać na szczeblu ogólnoeuropejskim jak najbardziej obszerną pulę ofert zatrudnienia i profili osób poszukujących pracy. Mają się na niej także znaleźć oferty przyuczania do zawodu i praktyki zawodowe. Jak wskazał Parlament w swoim sprawozdaniu, konieczne jest zapewnienie, aby platforma była łatwo dostępna i w jak największym stopniu przyjazna dla użytkownika, przy jednoczesnej właściwej współpracy z już istniejącymi krajowymi agencjami pośrednictwa pracy.

Uważam, że inicjatywa Komisji Europejska jest słuszna, jednak pod warunkiem że nie będzie ona w żadnym stopniu ograniczać możliwości poszczególnych państw członkowskich co do prowadzenia własnej polityki w zakresie zatrudnienia.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto.* – Le ultime statistiche europee mostrano tassi di mobilità molto bassi (0,29%), che non va a favore della libera circolazione dei lavoratori all'interno dell'Unione europea. Questo è determinato dalle barriere linguistiche e dalle difficoltà nel trovare lavoro. Ho votato a favore della rete europea di servizi per l'impiego, poiché svolge un ruolo importante fornendo informazioni e servizi specifici, che avvantaggiano sia i datori di lavoro sia i lavoratori frontalieri.

L'Europa ha bisogno di strutture che facilitino la mobilità e che creino un mercato di lavoro integrato ed equilibrato, in modo da diminuire il gap tra i paesi con alto tasso di disoccupazione e quelli con carenze di manodopera. Inoltre, non dobbiamo dimenticare anche le persone con disabilità, menzionate dentro la risoluzione, che richiedono un maggiore supporto e un accesso facilitato ai servizi e alle informazioni quando sono alla ricerca di lavoro. Noi del M5S, sosteniamo un mercato del lavoro che fornisca maggiori informazioni sulle condizioni di lavoro e sui servizi offerti nel luogo di lavoro.

Secondo noi la persona che è alla ricerca di un impiego all'estero dovrebbe avere lo stesso livello di supporto che potrebbe avere nel suo paese di provenienza.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette proposition qui consiste à transformer le réseau EURES en un instrument efficace pour tout demandeur d'emploi ou employeur intéressé par la mobilité de la main-d'œuvre au sein de l'Union européenne en rendant accessible et transparente une vaste réserve d'offres d'emploi et de profils de demandeurs d'emploi dans toute l'Europe. Les formations en apprentissage et les stages doivent aussi être intégrés dans le réseau européen, à condition qu'un contrat de travail régulier existe.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the introduction of the EURES network, creating the largest possible job-search platform which can be consulted by anyone in Europe, encouraging the free movement of workers and the labour market's further integration. Helping workers to obtain information about employment opportunities where their skills are needed and ensuring their mobility inside the Union, as well as increasing cooperation between labour markets, are actions key to improving and accelerating employment inside the EU. This is particularly important for cross-border regions. In addition, freedom of movement is one of the four basic freedoms on which the EU is founded.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – La libera circolazione dei lavoratori è uno degli elementi essenziali dello sviluppo di un mercato del lavoro più integrato, che consenta ai lavoratori una maggiore mobilità, incrementando la diversità e contribuisca all'inclusione sociale e all'integrazione in tutta l'Unione europea delle persone escluse dal mercato del lavoro. Favorirla deve essere la nostra missione.

Gli Stati membri dovrebbero poter escludere dalla corrispondenza delle offerte e delle domande di lavoro talune categorie di apprendistati e tirocini, al fine di garantire la coerenza e il funzionamento dei rispettivi sistemi di istruzione e di tenere conto della necessità di definire le rispettive misure di politica attiva del lavoro in base alle esigenze dei lavoratori interessati da tali misure.

È fondamentale migliorare la qualità dei tirocini, in particolare in relazione ai contenuti dell'apprendimento e della formazione e alle condizioni di lavoro, con l'obiettivo di facilitare la transizione da istruzione, disoccupazione o inattività al lavoro.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Kao zastupnica koja dolazi iz Hrvatske, članice Europske unije koja se posljednjih godina suočava s problemom odlaska mladih obrazovanih ljudi u inozemstvo u potrazi za poslom i boljim životom ne podržavam mjere kojima se mladima pružaju dodatni poticaji i mogućnosti za odlazak iz njihovih država.

Još jednom ponavljam da takve mjere nisu učinkovite i korisne za sve države članice, jer unatoč tome što su u visoku stopu nezaposlenosti velikim dijelom uključeni i mladi, smatram da ovakva poticanja mobilnosti mogu još više naštetiti gospodarstvima država članica kao što je Hrvatska. Držim da naglasak treba biti na uočavanju razlika na tržištima rada u državama članicama te osmišljavanju programa kojima će se omogućiti otvaranje novih radnih mjesta i na taj način pružiti priliku mladima da u svojim zemljama ostvare svoj potencijal. Zbog toga sam glasovala suzdržano.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o evropski mreži služb za zaposlovanje, dostopu delavcev do storitev na področju mobilnosti in nadaljnjem povezovanju trgov dela sem podprla, saj bo prenovljeni EURES znatno prispeval k zmanjševanju brezposelnosti v državah članicah EU in k hitrejšemu usklajevanju ponudbe in povpraševanja po delovnih mestih.

V EURES se bodo lahko vključile, poleg javnih služb za zaposlovanje, tudi zasebne agencije in nevladne organizacije. Prosta delovna mesta bodo tako javno objavljena in dostopna vsem.

Menim, da bomo tako znižali brezposelnost tudi med ranljivimi skupinami. Prepričana sem, da bo EURES pozitivno vplival tudi na povečanje zaposlitvene mobilnosti državljanov znotraj EU.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta legislativa que pretende facilitar el acceso de los trabajadores a los servicios de apoyo a la movilidad laboral de los trabajadores intraeuropeos, apoyar una movilidad más justa e incrementar el acceso a las oportunidades laborales en la Unión a través de la revisión de EURES.

El informe garantiza el reconocimiento de los acuerdos transfronterizos con sus propios objetivos y competencias especiales, en particular para los trabajadores fronterizos; los interlocutores sociales se incluyen en los organismos de EURES a nivel europeo y nacional, y EURES ofrecerá información, con orientación especialmente individualizada para los trabajadores. La información que se proporcione a los trabajadores (sobre el país al que se trasladan, las opciones de colocación) será en general gratuita, mientras que se podría cobrar a los empleadores por los servicios especiales (EURES puede ofrecer servicios de poscontratación pero con pago de tasa). También los trabajadores deben dar su autorización para la publicación de solicitudes de empleo y CV en la red y pueden retirar su consentimiento. Por todo ello, entre otras cosas, creo que es un informe positivo y he votado a favor.

Mylène Troszczynski (ENF), par écrit. – La libre circulation des travailleurs est un des piliers fondateurs de l'Union et la mise en place d'un réseau de coopération structuré permettant un accès de tous les citoyens européens à toutes les offres d'emploi apparaît comme un dispositif logique à l'aboutissement d'un marché unique de l'emploi à laquelle le Front national est opposé.

Les problèmes soulevés sont les suivants: — la visibilité et l'accès au réseau demeurent complexes, malgré les bonnes intentions apparentes; — la mise en relation des offres et des demandes à un niveau européen pose des problèmes évidents de logistique et de moyens; — ce système tend à favoriser «la fuite des cerveaux» et donc à creuser les inégalités entre l'Europe du Sud et de l'Est et celle du Nord et de l'Ouest; — EURES («pôle emploi européen») favorise le chantage à la mobilité, selon lequel un chômeur ne voudrait pas travailler s'il n'est pas prêt à saisir une offre en Europe, où qu'elle soit, ce qui pourrait potentiellement poser des difficultés, concernant les allocations chômage; — ce système favorise le déracinement des travailleurs, impose le marché unique européen de l'emploi comme seule alternative au chômage et institutionnalise la précarisation de l'emploi.

J'ai donc voté contre ce texte.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – Jelen rendeletjavaslat célja, hogy javítsa a munkavállalók hozzáférését az EU-n belüli munkavállalói mobilitást támogató szolgáltatásokhoz, ezáltal pedig elősegítse a méltányos mobilitást, és biztosítsa a foglalkoztatási lehetőségekhez való jobb hozzáférést az egész Unióban. A javaslat általános célkitűzése az, hogy az EURES-hálózat hatékony eszköz legyen az EU-n belüli munkavállalói mobilitásban érdekelt minden álláskereső és munkáltató számára. Szavazatommal támogattam a javaslatot.

Traian Ungureanu (PPE), în scris. – Rețeaua EURES a fost lansată în urmă cu câțiva ani, în vederea facilitării liberei circulații a lucrătorilor în UE. Scopul principal al platformei este oferirea de asistență lucrătorilor pentru a depăși barierele din calea mobilității și pentru a spori accesul la posibilitatea de angajare pe întreg teritoriul UE.

În ultimii ani au fost identificate o serie de deficiențe în funcționarea acestei rețele, în special cu privire la accesul inegal la serviciile rețelei pe teritoriul Uniunii și la insuficiența schimbului de informații între statele membre cu privire la deficitul și surplusul forței de muncă.

Propunerea legislativă dezbătută de Parlamentul European are în vedere corectarea deficiențelor constatate în ceea ce privește funcționarea rețelei, transformarea rețelei într-un instrument accesibil și eficient, precum și reorientarea serviciilor oferite de către EURES dinspre informare generală și orientare, înspre îmbunătățirea plasamentului și a recrutării. Noile prevederi vizează reunirea în cadrul platformei a tuturor ofertelor de locuri de muncă, a cererilor de locuri de muncă și a CV-urilor disponibile la serviciile publice de ocupare a forței de muncă din cadrul statelor membre.

Am votat în favoarea acestui raport.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), in writing. – My vote was positive because I am a strong supporter of the fundamental right of free movement. I therefore support this legislative piece of the labour market package, aiming at facilitating worker mobility and thus contributing to the cohesion and integration of labour markets and diversity. Even though I believe EURES advisors play a key role in providing personalised support to jobseekers to ensure they can make informed decisions when looking for or taking up a job abroad.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Galimybė laisvai pasirinkti darbo vietą ES – judėjimo laisvės, kuri yra viena keturių pagrindinių Europos Sąjungos laisvių, sudėtinė dalis ir todėl esminis ES pilietybės elementas. Kadangi žinoma, kad kai kuriuose Europos regionuose vyrauja didelis nedarbas, reikia didinti darbuotojų judumą ES, gerinti darbuotojų įsidarbinimo galimybes ir padėti darbdaviams, kad jų siūlomos laisvos vietos būtų veiksmingiau ir greičiau užimtose. Tai padeda kurti Europos darbo rinką, kurioje užtikrinamas didelis užimtumas.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the Proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council on a European network of employment services, workers' access to mobility services and the further integration of labour markets. The European Employment Service network (EURES) is an EU-wide database of job-seekers and vacancies, established in 1993 as a cooperation network between the Commission and the public employment services of the EU Member States (plus Switzerland, Norway, Iceland and Liechtenstein), and partners: private job agencies, trade unions, employers' associations. However, several important limitations such as an incomplete database of job vacancies and CVs, limited automated matching potential and insufficient cross-border labour information have prevented it from functioning efficiently and further integrating the Member States labour markets.

I voted in favour of improving the European Employment Services (EURES) network with the aim of helping fight unemployment by better matching the labour market supply and demand and paying more attention to cross-border regions and young people.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Todos los instrumentos que faciliten y mejoren la libre circulación de los trabajadores son bienvenidos. En este sentido la red europea de servicios de empleo, EURES, se antoja una herramienta que va a facilitar esta tarea y a equilibrar los mercados de trabajo en toda la Unión. Por ello considero necesario votar a favor de dicho informe.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque da el visto bueno al acuerdo con el Consejo para poner en marcha una serie de medidas dirigidas a mejorar la plataforma de movilidad laboral intraeuropea denominada EURES, existente desde 1993.

Entre los avances que se conseguirán, gracias al empuje del Grupo socialista, están el hecho de que por fin el portal web EURES se transformará en una plataforma europea de intercambio de ofertas de empleo y CV; que la nueva base de datos inteligente, con la nueva plataforma IT, permitirá el cruce automático de CV con ofertas de trabajo; y que todas las vacantes publicadas por agencias de empleo públicas o privadas serán publicadas en toda la UE.

Además EURES contará con la participación de los interlocutores sociales en todos los niveles de la red, eliminará las tarifas de los servicios básicos para los trabajadores y asegurará que los contratos de prácticas y de aprendizaje que se ofrecen en su marco cumplan con los estándares de la UE y las normas sociales y de empleo de los Estados miembro.

Considero que en su conjunto el acuerdo cumple con los objetivos y prioridades del Grupo socialista y supone un avance para los trabajadores y los ciudadanos europeos.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this Draft Legislative Motion; it is important that workers are able to exercise their right of free movement across the European Union, this is to help rectify skill shortages and prevent bottle necks. However this needs to be approached in a fair way that allows people of all skill levels to apply their skills. I agree that Member States should be able 'to exclude certain vacancies for apprenticeships and traineeships due to the differences in their educational systems and their active labour market policies.' This should allow Member States to maintain flexibility in their education and training policies. What is vital to maintain here is the balance between the active policy that is required from the European Union to ensure that progress is made and that coordination is improved, but that this is matched by the recognition that labour market is a Member State competence beyond the specifics of the Treaty in regard to the single employment market.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – We moeten de openstaande vacatures en de werkzoekenden beter op elkaar afstemmen in de Europese Unie. Het Europees Parlement wil daarom de databank van EURES, de Europese VDAB, moderniseren. Deze databank is een goed instrument om de arbeidsmobiliteit in de EU op te krikken en de werkloosheid te bestrijden.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Depuis 1993, l'Union s'est dotée, dans le cadre d'un réseau de coopération entre la Commission européenne, les services publics de l'emploi des États membres de l'Union et les partenaires (agences de l'emploi, syndicats, associations d'employeurs) d'une base de données européenne relative à l'emploi.

Cette base de données devait permettre la mise en commun d'offres d'emploi et de CV et offrir des possibilités de concordance supplémentaires entre les postes vacants et les personnes sans emploi.

Cette base de données est rapidement devenue obsolète et de nombreuses lacunes ont été constatées. Ce règlement prétend moderniser ce système.

À l'heure où l'Union européenne compte plus de 22 millions de personnes sans emploi, même si je n'ai guère d'illusions sur l'efficacité de ce type d'outils tant que l'on mettra en concurrence les salariés de l'Union, je pense qu'aucun outil ne peut être refusé par antieuropéanisme primaire.

Le Front national a fait le choix inverse, dévoilant une fois encore ses véritables choix en matière sociale. Dont acte.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório propõe alterações do regulamento relativo à EURES e não o seu desenvolvimento.

O texto original da Comissão refere algumas questões que merecem oposição (a relação entre mercado de trabalho e currículos escolares, por exemplo), mas, no âmbito geral, apresenta alterações que se entendem positivas, como o alargamento da rede à promoção de estágios e formações ou, desde logo, não argumentar com a mobilidade compulsória.

Propõe alterações que garantem mais protagonismo aos Estados-Membros e às suas estruturas (de emprego e formação), garante o envolvimento dos parceiros sociais, encara a mobilidade como uma questão essencialmente transfronteiriça e garante a gratuidade de todos os serviços prestados pela EURES.

Neste sentido, o regulamento fica mais positivo. Entende-se que uma rede facilitadora da mobilidade voluntária, como a que se apresenta neste relatório, é um desenvolvimento interessante

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Da der Bericht in EURES die Heilung für den Mangel an Arbeitsplätzen sieht, will man die Plattform weiter ausbauen. Über eine Freiwillige Teilnahme an der Plattform wird nicht diskutiert. Daher habe ich mich meiner Stimme enthalten.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen, den Zugang von Arbeitskräften zu mobilitätsfördernden Diensten und die weitere Integration der Arbeitsmärkte habe ich zugestimmt.

Ich bin gegen den weiteren Ausbau der Institutionen der EU, so lange nicht eine echte Reform der EU stattgefunden hat. Ich sehe auch keine Überzeugungskraft in dem Vorhaben, durch Zusammenarbeit der europäischen Arbeitsvermittlungen und eine entsprechende Bürokratie auf EU-Ebene mehr Arbeitssuchenden zu einer Arbeit zu verhelfen. Das belastet den Steuerzahler bei erwartungsgemäß nur geringem Nutzen. Was das Vorhaben rettet, ist der Umstand, dass Unternehmen selbst darüber entscheiden können, ob ihre Stellenangebote EU-weit ausgeschrieben werden.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – European labour market policies have a great economic potential and can also break down barriers between citizens, fostering meaningful exchange and understanding.

Such labour market policies must take into account the obstacles encountered by those facing multiple discrimination, such as women in sectors where they are underrepresented, ethnic minorities, migrants, refugees and asylum seekers, LGBTI persons, or persons with disabilities. There must be a particular effort to promote the representation of women in STEAM (science, technology, engineering, arts and maths).

European policy on employment services must be compatible with equivalent policies in education, vocational training, and life-long learning.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul PE referitor la regulamentul care își propune să transforme EURES într-un instrument eficient pentru orice persoană aflată în căutarea unui loc de muncă sau angajator interesat de mobilitatea forței de muncă în interiorul UE. Prin acest regulament se stabilește în mod explicit că politica privind piața muncii, inclusiv toate măsurile de sprijin, rămâne în continuare în competența exclusivă a statelor membre. În raportul PE intitulat „Rețeaua europeană de servicii de ocupare a forței de muncă, accesul lucrătorilor la serviciile de mobilitate și integrarea în continuare a piețelor forței de muncă” se arată faptul că succesul rețelei EURES va depinde de integrarea în rețea a unor servicii publice și private eficace de ocupare a forței de muncă în statele membre și de întreprinderea unor eforturi direcționate la nivelul UE pentru a spori vizibilitatea rețelei, sub forma unor acțiuni susținute de comunicare ale Comisiei și ale statelor membre destinate publicului larg.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Jednou zo základných štyroch slobôd EÚ je voľný pohyb pracovných síl v rámci EÚ. Z dôvodu veľkej nezamestnanosti v rámci niektorých regiónov je potrebné posilniť mobilitu pracovnej sily. Preto podporujem tento návrh, ktorý mení sieť EURES na účinný nástroj pre uchádzačov o zamestnanie alebo zamestnávateľov, ktorí majú záujem o pracovnú mobilitu v rámci EÚ. Týmto sa vytvorí čo najväčší možný súbor voľných pracovných miest a profilov uchádzačov o zamestnanie, ktorého súčasťou bude tiež učňovská príprava a stáže. Dôležitým aspektom je tiež začlenenie verejných a súkromných služieb zamestnanosti do siete EURES. Zvýšením počtu partnerov, ktorí ponúkajú služby mobility v rámci tejto siete, sa EURES stane efektívnym nástrojom na znižovanie nezamestnanosti v rámci celej EÚ. Dôležitým faktorom pri integrácii trhov práce bude systém odmeňovania týchto pracovníkov.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραφώς*. – Το δίκτυο «EURES», όχι μόνο δεν πρόκειται να προσφέρει ανακούφιση στους ανέργους, αλλά αντίθετα συνιστά έναν ακόμη επεξεργασμένο μηχανισμό υπονόμευσης του δικαιώματος στη μόνιμη σταθερή δουλειά με δικαιώματα την οποία, όπως δήλωσε πρόσφατα, η Επιτροπή δεν αναγνωρίζει.

Το εν λόγω «δίκτυο» υπάρχει εδώ και δεκαετίες, και τώρα ανασυγκροτείται πάντα σε αντιδραστική κατεύθυνση για την περαιτέρω «προώθηση της κινητικότητας», για το «ευπροσάρμοστο» εργατικό δυναμικό. Σε αυτό εντάσσονται πλέον και τα «ιδιωτικά γραφεία απασχόλησης», δηλαδή τα δουλεμπορικά γραφεία, περιλαμβανομένων και των περιβόητων «εταιρειών ενοικίασης εργαζομένων», αλλά και των ίδιων των εργοδοτικών οργανώσεων.

Αναβαθμίζονται, δηλαδή και νομιμοποιούνται και με τη βούλα τα δουλεμπορικά γραφεία για να προμηθεύουν στους καπιταλιστές φτηνό κι «ευέλικτο» εργατικό δυναμικό, χωρίς δικαιώματα, για δουλειές προσωρινές και κακοπληρωμένες, όσο και όποτε θέλει το αφεντικό. Η GUE και οι ευρωβουλευτές του ΣΥΡΙΖΑ, όπως και των άλλων κομμάτων του ευρωμονόδρομου (ΝΔ, ΠΑΣΟΚ, Ποτάμι) υπερψήφισαν, αφού συμφωνούν με τη διαιώνιση της καπιταλιστικής εκμετάλλευσης για την εξασφάλιση των κερδών του κεφαλαίου.

Η ανεργία είναι συνυφασμένη με το σάπιο καπιταλιστικό σύστημα που υπηρετούν η ΕΕ και τα κόμματα της αστικής διαχείρισης. Μόνη διέξοδος η ενίσχυση της εργατικής λαϊκής πάλης για την ανατροπή του για να γίνει ο λαός ιδιοκτήτης του πλούτου που παράγει.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Volný pohyb pracovních sil patří mezi jednu ze základních svobod Evropské unie, a proto také podporuji tuto zprávu, která obsahuje zásadní návrhy pro zlepšení sítě EURES. Považuji za nutné, aby byla síť EURES skutečně účinným nástrojem pro uchazeče o zaměstnání i zaměstnavatele. Především pak pro mladé lidi. Velmi tedy vítám návrh na zahrnutí učňovské přípravy a stáží do databáze EURES. Jak učňovská příprava, tak stáže poskytují lepší pozici pro mladé lidi v následném hledání zaměstnání.

Jana Žitňanská (ECR), písomne. – Správu o reforme portálu EURES som podporila. V tejto správe som bola tieňovým spravodajcom a v priebehu rokovaní sme sa snažili nájsť čo najširšiu zhodu tak, aby bol portál nástrojom praktickej a efektívnej pomoci a aby spájal ponuku s dopytom naprieč Európskou úniou. Myslím si, že v súčasnosti, keď funguje voľný pohyb pracovníkov v Európskej únii, je veľmi dôležité, aby zamestnávateľi a uchádzači mali spoločné miesto, na ktorom sa môžu stretnúť a ktoré by im uľahčilo ponuku či hľadanie práce. V situácii, keď sú medzi členskými štátmi veľké rozdiely v počte voľných pracovných miest, je takýto portál veľmi žiaducim prostriedkom. Nesmieme však zabúdať, že hoci práca v zahraničí rozširuje obzory, ponúka nové skúsenosti a znalosti, medzi nimi najmä vysoko cenené jazykové znalosti, nemala by byť jedinou možnosťou, ako sa ľudia môžu uplatniť na trhu práce. Vždy by sme mali mať na pamäti, že človek, ktorý chce žiť a pracovať vo svojej rodnej krajine, by mal mať možnosti práve tam a nemal by byť nútený ísť za prácou inde. Keď sa ale tak rozhodne, dúfam, že práve vylepšený portál EURES mu v tom poskytne užitočnú pomoc.

Kosma Złotowski (ECR), na piśmie. – Trwałe zwiększenie poziomu zatrudnienia w państwach członkowskich i odśnięcie zagrożenia bezrobocia to cel, który może zostać w pełni zrealizowany tylko przy bliskiej współpracy w ramach Unii Europejskiej. Swoboda przepływu pracowników stanowi jedną z największych zalet członkostwa Polski w strukturach UE, jednak aby w pełni wykorzystać jej potencjał, wymiana informacji o ofertach pracy w różnych państwach członkowskich powinna funkcjonować znacznie lepiej.

Istniejący od 1994 r. EURES to narzędzie koordynacji krajowych polityk zwiększania zatrudnienia na poziomie europejskim. Funkcjonowanie tego systemu wymaga jednak dostosowania do nowych warunków, w tym zwiększonej mobilności pracowników i nowych kanałów komunikacji. Tradycyjna struktura tej sieci wymaga uzupełnienia i włączenia nie tylko publicznych służb zatrudnienia, ale także kolejnych parterów reprezentujących sektor prywatny i organizacje non-profit. Rozszerzenia wymaga także zakres działalności EURES, który oprócz informowania o ofertach pracy powinien uwzględniać szkolenia i staże, będące niezbędnym elementem edukacji zawodowej. Słuszny wydaje się również postulat stworzenia nowych narzędzi opartych o technologie cyfrowe, które szybko i efektywnie pozwolą kojarzyć pracodawców z pracownikami. Zgadzam się również z propozycją zwiększenia roli tej platformy w procesie gromadzenia i przekazywania wiedzy na temat procesu rekrutacji, zwłaszcza służenia tą wiedzą małym i średnim przedsiębiorstwom, które wymagają szczególnego wsparcia. Mając na uwadze powyższe argumenty, głosowałem za przyjęciem tego rozporządzenia.

Milan Zver (PPE), pisno. – Podprl sem predlog uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o evropski mreži služb za zaposlovanje, dostopu delavcev do storitev na področju mobilnosti in nadaljnjem povezovanju trgov dela, ker se strinjam z namenom uredbe, da je potrebno regulativni okvir revidirati, da bo odražal nove vrste vzorcev dela, mobilnosti in poklicnega življenja ter vedno večjo vlogo drugih posrednikov na trgu dela, ki poleg javnih služb za zaposlovanje zagotavljajo storitve posredovanja zaposlitve.

8.5. Einführung dringender autonomer Handelsmaßnahmen für Tunesien (A8-0013/2016 - Marielle de Sarnez)

Oral explanations of vote

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE). – Señora Presidenta, Túnez ha logrado importantísimos avances democráticos en los últimos años. Es un socio clave de la Unión Europea para el desarrollo de la democracia y los derechos humanos en el Magreb, un ejemplo de validación de la Primavera Árabe. Por eso, tenemos que darle nuestro más firme apoyo en este camino de superación y por eso, he votado a favor de la introducción de medidas comerciales de urgencia en Túnez, pero no estoy de acuerdo en incorporar las enmiendas que pretendían dar un enfoque proteccionista y cicatero en lo que se refiere al aceite. Como miembro de este Parlamento originaria de España, contemplo, por supuesto, la necesidad de ser cuidadosos, de ver el impacto y de establecer las medidas que ya contempla esta Resolución en lo que a protección se refiere, pero tenemos que apoyar todo aquello que signifique su desarrollo, y por eso quiero también reflejar que echo de menos un llamamiento permanente a Túnez para que defienda los derechos humanos al máximo nivel y, concretamente, para que cese en los acosos a la comunidad LGBTI, porque es una lacra que no tiene que permitirse en ese camino hacia la democracia.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhora Presidente, votei contra porque estou certa de que estas medidas não servem para ajudar o povo nem os agricultores da Tunísia; são medidas para baixar o custo da azeitona, o que prejudicará os pequenos e médios produtores e produtoras nos países do Sul e também na Tunísia.

Também não há nenhuma garantia de que esse azeite não venha para o mercado europeu abaixo dos custos reais de produção e também não há garantias de que não haverá *dumping* ecológico e social.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāj! Kopš režīma maiņas Tunisijā vairāk par pieciem gadiem atpakaļ tās ekonomika uzsāka ilglaicīgu reformu ceļu, pārstrukturēšanas procesu. Ir tomēr daži sektori, kuri palikuši par valsts primārijiem – olīveļļas ražošana ir viens no tieši tādiem. Pirms revolūcijas tā aizņēma septīto vietu pasaulē.

Tāpat kā vairākos citos līdzīgos gadījumos, šodien tika pieņemts lēmums atbalstīt Tunisijas ekonomiku caur pagaidu kvotas ieviešanu uz olīveļļas importu uz Eiropas Savienību – 35000 tonnu (tas ir daudz!) uz diviem gadiem līdz 2017. gada beigām. Un tas ir apsveicams vismaz tāpēc, ka Tunisija ir ne tikai viens no svarīgākajiem ES dienvidu partneriem, bet arī palīdzība tai zināmā mērā stimulē iekšējo valsts stabilitāti, pieaugumu, kas netieši ietekmē arī mūs.

Stanislav Polčák (PPE). – Já se rovněž hlásím k tomu, že jsem podpořil svým hlasováním tuto zprávu, a ten důvod byl nepochybný.

Myslím si, že je nutné ocenit pokrok, jaký Tunisko udělalo za těch 5 let, kdy se již dostalo do, řekněme, klubu demokratických států. Pro mě je podstatné, že toto ocenění jejich pokroku by mělo být i přesto, že nepopírám, že je jistý dopad na producenty olivového oleje.

Na druhou stranu, já myslím, že je nutno ocenit tuto zemi jako takovou, i když z toho budou plynout určité negativní důsledky. Jsou to negativní důsledky z jistého volnějšího trhu a pokud chceme Tunisku pomoci, tak si myslím, že tato cena a tato daň je akceptovatelná.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, vótáil mé le mo ghrúpa sa tuarascáil seo mar a rinne 478 bhfeisire eile, agus 123 ag vótáil ina coinne. Is dóigh liom gur tuarascáil thábhachtach í seo agus caithfidh gach aon chabhair is féidir linn a thabhairt don Túinéis.

I think the introduction of emergency autonomous trade measures for Tunisia is very important and indeed critical at this particular time, particularly because of the geopolitical position there. The Commission has adopted a proposal for a regulation offering an additional temporary unilateral duty-free tariff quota for Tunisia's export of olive oil to the EU under the form of autonomous trade measures. I think this makes sense because up to a million people are employed, either directly or indirectly, in the production of olive oil. It is also sensible that we should have a mid-term impact assessment to see how it is impacting on our own suppliers here in Europe and, if it is negatively impacting, we could take corrective measures.

Written explanations of vote

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – UKIP does not oppose the concept of trade with all countries. However, we feel that the EU has no right to conduct our trade negotiations, especially when it inaccurately claims that such preferences will prevent terrorism. We find the claim that poverty drives terrorism to be insulting to the millions of poor but peaceful people in the world. Therefore we voted against.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito. – Los socialistas del PE entendemos que la situación geopolítica de Túnez merece todo el apoyo y la solidaridad por parte de la UE. Sin embargo, no somos partidarios de que el peso de la misma recaiga exclusivamente sobre los agricultores del sur de Europa y sin unas mínimas garantías para el sector europeo del aceite de oliva, del que depende la economía de amplios territorios de la UE.

Al contingente libre de aranceles del que disfruta este país se añade uno suplementario de 35 000 toneladas de aceite de oliva durante los años 2016 y 2017. Nos preocupa que se adopten este tipo de medidas sin estudios de impacto previos y suprimiendo los certificados mensuales que escalonan la llegada al mercado de aceite de la UE.

Hemos conseguido el apoyo a dos enmiendas que inciden en el origen exclusivamente tunecino del aceite y refuerzan el carácter temporal del incremento de toneladas, desligando esta medida de emergencia de las negociaciones en curso sobre el Acuerdo de Asociación UE-Túnez.

La votación final ha sido aplazada para negociar con el Consejo los dos nuevos textos promovidos por la delegación socialista española.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado contra la introducción de medidas comerciales autónomas de emergencia para Túnez desde el convencimiento de que estas medidas no son para ayudar al pueblo ni a las agricultoras y agricultores tunecinos, sino que son medidas para abaratar el coste de las aceitunas, lo que perjudicará a los pequeños y medianos productores y productoras en los países del sur de Europa y también en Túnez.

Tampoco hay ninguna garantía de que ese aceite no entre en la Unión Europea por debajo de los costes reales de producción o de que no vaya a producirse dumping ecológico o social. Por estos motivos he votado en contra.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport sur la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil concernant l'instauration de mesures commerciales autonomes d'urgence en faveur de la République tunisienne.

Ce texte vise à aider la Tunisie dont l'économie est largement perturbée par les attentats suicides qui sévissent dans le pays. Cependant, les mesures annoncées affecteraient les oléiculteurs européens, le prix de l'huile d'olive étant déjà en baisse constante depuis une dizaine d'années. Ne prenant pas en compte cette réalité, la Commission fait ici des propositions qui mettront en péril nos oléiculteurs, alors que la Tunisie aurait pu être aidée au travers d'autres moyens.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτώς*. – Μετά την Αραβική Άνοιξη, η Τυνησία αποτελεί τη χώρα πρότυπο στη διαδικασία μετάβασης προς τη Δημοκρατία. Η Ευρωπαϊκή Ένωση στο πλαίσιο της προσπάθειάς της να βοηθήσει τη χώρα, τόσο σε πολιτικό όσο και οικονομικό επίπεδο, αποφάσισε την εισαγωγή, αφορολόγητα, επιπλέον 35.000 τόνων ελαιολάδου.

Με τροπολογίες που κατατέθηκαν - και συνυπέγραψα μαζί με άλλους Σοσιαλιστές ευρωβουλευτές - προσπαθήσαμε να βάλουμε κάποιους όρους με τους οποίους και η οικονομία της Τυνησίας θα μπορούσε να υποστηριχθεί και να μην έχουμε αρνητικές επιπτώσεις στην Ελληνική και ευρωπαϊκή παραγωγή ελαιολάδου. Δυστυχώς οι τροπολογίες αυτές δεν υπερψηφίστηκαν από την Ολομέλεια του Κοινοβουλίου και για το λόγο αυτό αναγκάστηκα να καταψηφίσω το ψήφισμα στο σύνολό του.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Angesichts der schrecklichen Terroranschläge, von denen Tunesien im vergangenen Jahr heimgesucht wurde, befindet sich das Land derzeit in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Vor diesem Hintergrund legte die Kommission dem Parlament in 1. Lesung einen vernünftigen Verordnungsvorschlag zur Einführung von dringenden autonomen Handelsmaßnahmen für Tunesien vor. Für die Jahre 2016 und 2017 führt der Text ein zollfreies Kontingent von jeweils 35 000 Tonnen nativem Olivenöl ein, das vollständig in Tunesien hergestellt worden ist. Nach der Hälfte der Zeit werden dann aber auch die Auswirkungen dieser Handelsmaßnahme auf den Olivenölmarkt der Union evaluiert. Sollte dabei festgestellt werden, dass der Unionsmarkt betroffen ist, kann die Kommission Korrekturmaßnahmen treffen.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Actuellement, l'économie de la Tunisie connaît une crise grave due en particuliers aux attentats terroristes auxquels elle doit faire face. La Commission européenne, pour l'aider, préconise d'augmenter de 35 000 tonnes l'importation d'huile d'olive exemptée de droits de douane. Actuellement, la quantité d'huile d'olive tunisienne exonérée s'élève à 56 700 tonnes. Cette mesure s'applique pour l'année 2016.

Considérant que cette décision mettra en difficulté les oléiculteurs européens, j'ai voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interest of transparency I wish to confirm I voted against this report. This report is giving Tunisia trade preference over other countries in the misguided belief it will prevent people turning to ISIS. This notion presented here by the EU has been proved to be based on fantasy and not facts. This is a dangerous precedent to set. A healthy economy will not stop people supporting terrorism; poor people do not automatically support ISIS. It is offensive to suggest so.

Francisco Assis (S&D), *por escrito*. – As medidas comerciais autónomas de emergência para a Tunísia inserem-se numa estratégia de suporte à jovem democracia tunisina, único caso bem-sucedido da Primavera Árabe.

Atingida por ataques terroristas que visam desestabilizar o país, confrontada com graves problemas nas suas fronteiras, nomeadamente na Líbia, e a braços com uma frágil situação económico-social, reveste-se de grande importância que a Europa dê um sinal claro de apoio ao regime democrático tunisino.

Os países da UE não devem encarar a abertura à Tunísia como uma circunstancial ameaça a específicos setores económicos europeus, mas antes como uma ajuda à sustentação de uma democracia ainda bastante frágil. O apoio nas mais diversas áreas deve ser encarado como essencial à prevenção de um problema sério naquele país, de consequências imprevisíveis no próprio território europeu.

Numa altura em que os especialistas da lucidez do dia seguinte se concentram em apontar culpas à Europa por não ter agido preventivamente e se dedicam a responsabilizá-la inteiramente pelos dramáticos problemas de atropelo dos Direitos Humanos que se verificam na região do Norte de África e do Médio Oriente, seria importante que estes não se opusessem a uma proposta que visa a estabilização democrática de um país que enfrenta graves problemas.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už skubių autonominių prekybos priemonių taikymą Tuniso Respublikai. Europos Komisija siūlo pradėti taikyti autonominę prekybos priemonę, kuria Tunisui numatoma laikina vienašalė tarifinė kvota – šiai šaliai leidžiama be muito eksportuoti į Sąjungą 35 000 tonų alyvuogių aliejaus per metus. Ši kvota bus taikoma dvejus metus – nuo 2016 m. sausio 1 d. iki 2017 m. gruodžio 31 d. Šį kiekį Tunisas galės papildomai eksportuoti išnaudojęs dabartinę Susitarime nustatytą muitais neapmokestinamą 56 700 tonų tarifinę kvotą. Pritariu, kad ES turėtų padėti atgaivinti ekonomiką Tunise, tačiau Sąjungos solidarumas neturėtų būti įgyvendinamas Pietų Europos žemdirbių sąskaita, šiuo konkrečiu atveju – alyvuogių augintojų sąskaita. ES yra alyvuogių aliejaus, kurio gamyba turėtų būti pagrindinė ekonominė ir socialinė parama gamybos vietovėse, sektoriaus lyderė visame pasaulyje. Būtent didelėse ES šalių, kuriose ekonomikos krizės yra dar rimtesnė, zonose alyvuogių aliejaus sektorius užtikrina tūkstančius darbo vietų ir dėl savo svarbos vykdant eksportą į trečiąsias šalis prisideda prie teigiamo ES prekybos balanso. Pritariu, kad Komisija turi atlikti siūlomų priemonių Europos žemės ūkio sektoriui poveikio vertinimus ir pakeisti priemones, jei paaiškėja, kad jos gali pakenkti ES alyvuogių aliejaus gamintojams.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – Tunézia EU-ba irányuló olívaolaj-exportja tekintetében az Európai Bizottság évente 35.000 tonna mennyiségre vonatkozó ideiglenes, egyoldalú vámmentes vámkontingens megnyitását javasolja. Ezen kedvezményt 2017 decemberéig biztosítani az Unió Tunézia részére. Az EU legjelentősebb olívaolaj-termelői a mediterrán országok. Ezen országokat is súlyosan érintette a válság. A munkanélküliség magas, EU átlag feletti mind a négy országban. (Portugália, Spanyolország, Olaszország, Görögország – előbbi kettőben 10% feletti, utóbbi kettőben 20% feletti a munkanélküliség).

Önmagában pozitív a Tunézia iránti szolidaritás, de indokoltabb lenne jelen esetben a saját iparunk, saját gazdaságunk miatti aggódás. Az előadó is elismeri ezt a tervet indoklásában:

„Ugyanakkor ismét megállapítja, hogy az uniós szolidaritás a dél-európai mezőgazdasági termelők, ez esetben az olívaolaj-termelők kárára valósul meg. Az EU világszinten vezető pozíciót tölt be az olívaolaj-ágazatban, amelynek termelése a termelési térségek fő gazdasági és társadalmi fenntartó ereje. Különösen az EU országainak nagy kiterjedésű, a gazdasági válság által súlyosan érintett területein az olívaolaj-ágazat több ezer munkahelyet biztosít és a harmadik országokba irányuló exportból való jelentős részesedése hozzájárul az EU pozitív kereskedelmi mérlegéhez.” Mindezeket összevetve a betérjesztés elfogadását nem támogattam.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Pour aider la Tunisie, dont l'économie est gravement affectée par la forte baisse de fréquentation touristique due au risque terroriste et à l'instabilité politique du pays, la Commission propose un quota supplémentaire sans droit de douane de 30 000 tonnes d'exportations d'huile d'olive de la Tunisie vers l'Union. L'actuel contingent est de 56 700 tonnes.

La mesure est censée durer jusqu'au 31 décembre 2017.

On aurait pu aider de biens d'autres manières la Tunisie sans mettre en difficulté les oléiculteurs européens. Faut-il rappeler à ces messieurs de la Commission que le prix de l'huile d'olive n'a cessé de baisser depuis 10 ans?

Voilà pourquoi j'ai voté contre cette fausse bonne idée.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Afin d'aider la Tunisie à la suite de l'attentat de Sousse commis en juin dernier, le présent rapport propose d'offrir, à titre exceptionnel et temporaire, un contingent tarifaire à droit nul de 70 000 euros en 2 ans pour les exportations d'huile d'olive de la Tunisie vers l'Union, sous la forme de mesures commerciales autonomes, et ce sans augmenter le volume global d'importations. Un examen à mi-parcours de l'impact sur le marché de l'Union sera effectué.

J'ai approuvé ce rapport.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Gli attentati terroristici che hanno colpito lo scorso anno Tunisi e Sousse hanno reso difficoltoso il processo di consolidamento della democrazia in Tunisia. Il sostegno al paese maghrebino rappresenta una delle priorità della politica estera dell'Unione nell'area Mediterranea e un obiettivo strettamente collegato al mantenimento della stabilità nella regione mediorientale. Nel tentativo di perseguire questi scopi la Commissione ha proposto come misura commerciale autonoma, unilaterale e temporanea, un contingente tariffario senza dazio di 35 000 tonnellate l'anno, in totale 70 000 per le esportazioni tunisine di olio d'oliva nell'Unione, senza aumentare il volume globale delle importazioni.

Pur ritenendo nobile e condivisibile lo scopo della Commissione, ho votato contro la relazione de Sarnez perché, essendo stati respinti alcuni degli emendamenti chiave proposti, ritengo che questa misura possa avere un impatto negativo sul settore olivicolo europeo e italiano, senza peraltro apportare effetti positivi all'economia tunisina. Gli stessi produttori tunisini, del resto, hanno espresso tramite «*Le Forum Tunisien pour les Droits Économiques et Sociaux*» (FTDES) e «*l'Union générale tunisienne du travail*» (UGTT), una posizione di forte perplessità sulle misure.

Ritengo che l'UE debba trovare opzioni più efficaci e di respiro più ampio per sostenere l'economia tunisina e le istituzioni democratiche del paese

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de estas medidas comerciales extraordinarias porque considero que, en primer lugar, no responden al sentido original del mandato del Consejo, al no favorecer al conjunto de la economía y de la sociedad tunecina sino a las empresas productoras de aceite de oliva con capacidad exportadora. Asimismo, el informe no prevé mecanismos de compensación lo suficientemente garantistas en caso de una caída de los precios del aceite de oliva en Europa, que podría afectar negativamente a los productores de aceite europeos, en particular italianos y españoles. Por último, estas medidas extraordinarias parecen abrir la puerta a un aumento permanente del contingente de aceite tunecino importado en el marco del Acuerdo de Libre Comercio entre la UE y Túnez, que se encuentra actualmente en fase de negociación.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer a la ponente la labor realizada en el informe y celebro la aprobación de la propuesta de Reglamento sobre la introducción de medidas comerciales autónomas de emergencia para Túnez. Por otro lado he de indicar que no he seguido la línea del grupo en relación con las enmiendas 11, 12, 13 y 14, que hacían referencia al aceite de oliva. He apoyado que haya más importaciones de aceite de oliva sin tasas para ayudar a Túnez, pero son necesarias garantías.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport propose un quota supplémentaire sans droit de douane de 35 000 tonnes d'exportations d'huile d'olive de la Tunisie vers l'Union pour les années 2016-2017. L'actuel contingent est de 56 700 tonnes. Malheureusement, ce mécanisme mettra encore plus à mal les oléiculteurs européens puisque le prix de l'huile a tendance à baisser continuellement depuis 10 ans.

La Commission applique ainsi la préférence étrangère et sacrifie les producteurs européens d'huile d'olive afin de soutenir l'économie tunisienne. Ce rapport est le symbole même de l'échec des logiques européennes. J'ai donc voté contre.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat för införandet av brådsökande autonoma handelsåtgärder för Tunisien.

Tunisiens ekonomi är hårt drabbad efter terrorattentat. Kommissionen föreslår nolltariffer för import av oliver från Tunisien under perioden den 1 januari 2016 – 31 december 2017, för de redan överenskomna nivåerna av olivimport. Olivodlingar står för en femtedel av Tunisiens sysselsättning inom jordbruket och ger arbete till mer än en miljon människor. Vänsterpartiet stöder ökad handel inom jordbrukssektorn för den här regionen.

Däremot togs inte den mycket centrala och viktiga frågan om skuldavskrivningar upp. Jag menar att skuldavskrivningar för Tunisien är ett bättre sätt att stödja landets ekonomi, både kortsiktigt och långsiktigt, och vill se en ekonomisk politik som går åt det hållet.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Los socialistas en el PE entendemos que la situación geopolítica de Túnez merece todo el apoyo y la solidaridad por parte de la UE. Sin embargo, no somos partidarios de que el peso de la misma recaiga exclusivamente sobre los agricultores del sur de Europa y sin unas mínimas garantías para el sector europeo del aceite de oliva, del que depende la economía de amplios territorios de la UE.

Al contingente libre de aranceles del que disfruta este país, se añade uno suplementario de 35 000 toneladas de aceite de oliva durante los años 2016 y 2017. Nos preocupa que se adopten este tipo de medidas sin estudios de impacto previos y suprimiendo los certificados mensuales que escalonan la llegada al mercado de aceite de la UE.

Hemos conseguido el apoyo a dos enmiendas que inciden en el origen exclusivamente tunecino del aceite y refuerzan el carácter temporal del incremento de toneladas, desligando esta medida de emergencia de las negociaciones en curso sobre el Acuerdo de Asociación UE-Túnez.

La votación final ha sido aplazada para negociar con el Consejo los dos nuevos textos promovidos por la delegación socialista española.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Europos Parlamentas pritaria tam, kad Tunisui laikinai būtų taikomos skubios autonominės prekybos lengvinančios priemonės. Dėl 2015 m. Tunise ir 2015 m. Susoje įvykdytų teroristinių išpuolių labai nukentėjo Tuniso ekonomika, tačiau jau ir prieš šiuos įvykius Tunise buvo didelių ekonomikos sunkumų. Atsižvelgdama į šias aplinkybes, Europos Sąjunga nori dar kartą patvirtinti, kad remia Tunisą ir todėl imasi konkrečių Tuniso ekonomikos vystymąsi remiančių veiksmų. Taigi Europos Komisija siūlo pradėti vienašališkai laikinai taikyti autonominę prekybos priemonę, pagal kurią Tunisui numatoma tarifinė kvota – šiai šaliai leidžiama be muito eksportuoti į Sąjungą 35 000 tonų alyvuogių aliejaus per metus, tai yra iš viso 70 000 tonų, nedidinant bendros importo apimtys. Ši kvota nustatoma dviem metams nuo 2016 m. sausio 1 d. ir ji gali būti taikoma nuo tada, kai bus išnaudota dabar taikoma Sąjungos ir Tuniso asociacijos susitarime numatyta 56 700 tonų nulinio tarifo tarifinė kvota. Ši priemonė bus labai naudinga Tuniso ekonomikai. Tuniso alyvuogių auginimo sektoriuje netiesiogiai sukuriama daugiau kaip milijonas darbo vietų, kurios sudaro penktadalį visų šalies žemės ūkio sektoriuje sukurtų darbo vietų. Be to, alyvuogių aliejus yra daugiausia eksportuojamas Tuniso žemės ūkio produktas.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Tunizijsko gospodarstvo je v slabem stanju, še posebej po terorističnih napadih pred slabim letom. Zato EU oz. Komisija ponuja roko Tuniziji in njenemu gospodarstvu s predlogom uveljavitve brezcarinske kvote v skupni višini 70.000 ton na leto za izvoz oljčnega olja iz Tunizije v EU, brez povečanja celotnega obsega uvoza. Namen ukrepa je pomagati tunizijškemu gospodarstvu, kjer oljčni sektor zagotavlja delovna mesta za milijon ljudi, kar je kar petina vseh delovnih mest v kmetijstvu. Oljčno olje je tudi glavni kmetijski proizvod, ki ga Tunizija izvažata.

Sam se strinjam s tovrstno solidarnostjo, ki jo EU izraža do Tunizije, ampak pri tem moramo biti zelo pazljivi, da ne oškodujemo lastnih kmetovalcev, predvsem iz južne Evrope. V državah, ki jih je gospodarska kriza najbolj prizadela, je sektor oljčnega olja izjemnega pomena za ohranjanje delovnih mest, izvoz in gospodarsko stabilnost. Cene namreč že dolgo časa padajo, kmetovalce pa že dlje časa pesti povečanje stroškov proizvodnje.

Učinka tega ukrepa na evropski kmetijski sektor ne smemo zanemariti, zato sem podprl tudi ustrezne amandmaje k predlogu, ki to delno omogočajo.

Louise Bours (EFDD), *in writing*. – UKIP does not oppose the concept of trade with all countries. However, we feel that the EU has no right to conduct our trade negotiations, especially when it inaccurately claims such preferences will prevent terrorism. We find the claim that poverty drives terrorism to be insulting to the millions of poor but peaceful people in the world. Therefore we voted against.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'un rapport sur le règlement du Parlement européen et du Conseil concernant l'instauration de mesures commerciales d'urgence en faveur de la Tunisie. Pour ce faire, la Commission propose un quota supplémentaire sans droit de douane de 35 000 tonnes d'exportation d'huile d'olive de la Tunisie vers l'Union.

Cette manœuvre mettra en difficulté les oléiculteurs européens qui voient déjà le prix de l'huile d'olive baisser depuis dix ans. J'ai donc voté contre.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La volontà da parte dell'Unione europea di aiutare un paese amico quale è la Tunisia, che si trova oggi, purtroppo, alle prese con una crisi economica e politica e con le minacce del terrorismo internazionale di matrice islamica che sta destabilizzando vaste aree dell'Africa e del Medio Oriente, è senz'altro lodevole. Tuttavia è sbagliato il modo di aiutare la Repubblica tunisina: un vero aiuto non può ridursi a una misura di facilitazione commerciale. Per aiutare davvero bisogna creare i presupposti per un'area di libero scambio con regole e parametri comuni, in una prospettiva di collaborazione strutturale su principi condivisi di tutela dei diritti civili e dei cittadini, consumatori e produttori. Pensare semplicemente di incrementare l'importazione di olio e di abolire i dazi è una misura sbagliata che otterrebbe solo la distruzione delle economie locali dei produttori di olio e di olive dei paesi dell'Europa meridionale, con ricadute particolarmente negative soprattutto su Italia, Spagna e Grecia.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le présent rapport porte sur la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil concernant l'instauration de mesures commerciales autonomes d'urgence en faveur de la République tunisienne. Concrètement, la Commission souhaite soutenir la Tunisie qui doit faire face à une double crise, terroriste et économique, à la suite des terribles attentats qui ont frappé ce pays le 25 novembre 2015. Pour ce faire, la proposition de règlement prévoit d'octroyer un quota d'importation supplémentaire sans droit de douane de 35 000 tonnes d'huile d'olive, l'actuel quota étant fixé à 56 700 tonnes. L'octroi de ce nouvel avantage va peser sérieusement sur la filière oléicole italienne et française, sans pour autant régler les problèmes de fond auxquels la Tunisie est confrontée. Une fois de plus, l'Union européenne pense que c'est en punissant les producteurs européens que l'on mettra fin au terrorisme islamiste qui sévit sur le pourtour méditerranéen. J'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Atacul terorist din 2015 de la Sousse, Tunisia, a dus la afirmarea de către Consiliul Uniunii Europene, în concluziile sale, că Uniunea, în consultare cu statele membre, va analiza posibilitatea de a lua măsuri excepționale și temporare de susținere a economiei tunisiene, care deja se confrunta cu mari dificultăți.

În continuarea acestei inițiative, Comisia Europeană propune să se ofere unilateral Tunisiei, cu titlu temporar, un contingent tarifar scutit de taxe vamale de 35 000 de tone anual, în total 70 000 de tone, pentru exporturile de ulei de măsline din Tunisia către Uniune, sub forma unei măsuri comerciale autonome, fără a crește volumul global al importurilor.

Pentru a preveni fraudele și pentru a garanta că măsurile comerciale autonome avute în vedere vor aduce beneficii reale economiei tunisiene, acestea trebuie condiționate de respectarea de către Tunisia a normelor relevante ale Uniunii privind originea produselor, precum și a procedurilor aferente.

În acest context dificil prin care trece Tunisia, am votat favorabil reafirmarea sprijinului Uniunii Europene, prin acționarea în mod concret în vederea dezvoltării economice a Tunisiei și, în același timp, pentru promovarea democrației în Tunisia.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Questo provvedimento prende vita da un intervento in persona dell'alto commissario Mogherini per aiutare la Tunisia colpita dalla crisi del settore turistico a seguito dei recenti attentati. Si chiede di permettere l'ingresso ulteriore nell'UE di un contingente a tariffa zero di 35 000 tonnellate di olio d'oliva tunisino.

È chiaro che il prezzo di questo «aiuto» verrebbe pagato solo da certi Stati membri come l'Italia, mentre per la maggior parte si tratterebbe di un provvedimento a impatto zero. Inoltre, questo intervento non farebbe altro che favorire le multinazionali del falso «made in Italy», che immettono sul mercato dell'Unione enormi quantitativi di olio di oliva che sembra italiano, ma che è tale – quando va bene – solo in parte.

A questo si deve aggiungere che: la normativa UE sull'etichettatura dell'olio di oliva non permette al consumatore di riconoscere la provenienza dell'olio che acquista; si hanno pochissime certezze in merito agli standard dei controlli fitosanitari della Tunisia; i produttori di olio d'oliva 100% italiano si troverebbero svantaggiati rispetto ai loro concorrenti, poiché il provvedimento si ridurrebbe – de facto – in uno sconto del costo della materia prima per le multinazionali che già oggi hanno costi di produzione molto inferiori.

Sono contro la concessione delle misure!

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Los socialistas en el PE entendemos que la situación geopolítica de Túnez merece todo el apoyo y la solidaridad por parte de la UE. Sin embargo, no somos partidarios de que el peso de la misma recaiga exclusivamente sobre los agricultores del sur de Europa y sin unas mínimas garantías para el sector europeo del aceite de oliva, del que depende la economía de amplios territorios de la UE.

Al contingente libre de aranceles del que disfruta este país, se añade uno suplementario de 35 000 toneladas de aceite de oliva durante los años 2016 y 2017. Nos preocupa que se adopten este tipo de medidas sin estudios de impacto previos y suprimiendo los certificados mensuales que escalonan la llegada al mercado de aceite de la UE.

Hemos conseguido el apoyo a dos enmiendas que inciden en el origen exclusivamente tunecino del aceite y refuerzan el carácter temporal del incremento de toneladas, desligando esta medida de emergencia de las negociaciones en curso sobre el Acuerdo de Asociación UE-Túnez.

La votación final ha sido aplazada para negociar con el Consejo los dos nuevos textos promovidos por la delegación socialista española.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La Commission européenne a proposé en septembre 2015 l'instauration, unilatéralement et à titre temporaire, d'un contingent tarifaire à droit nul de 35 000 tonnes par an pour les exportations d'huile d'olive provenant de la Tunisie vers l'Union européenne pour une période de deux ans. Le but de cette proposition est d'aider la Tunisie après les attentats de Sousse en juin 2015 qui ont eu des conséquences néfastes sur l'économie du pays. L'huile d'olive constitue un pan très important de l'économie tunisienne.

J'ai voté en faveur de ce rapport. J'estime qu'il est très important de venir en aide aux pays voisins et particulièrement lorsqu'ils sont victimes des abominations du terrorisme. La Tunisie est en pleine transition démocratique et nous devons absolument la soutenir dans cette périlleuse démarche.

Cependant, dans un contexte européen de crise agricole, nous devons nous assurer que ce type de mesure ne mette pas en danger le secteur agricole européen. En effet, les producteurs d'huile d'olive se situent principalement dans les pays du Sud de l'Union qui éprouvent également des difficultés économiques. J'ai voté en faveur d'un texte qui garantit une certaine protection pour les producteurs européens tout en permettant de venir en aide à la Tunisie.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato contro la proposta sull'introduzione di misure commerciali autonome di emergenza a favore della Repubblica tunisina e a favore del rigetto della proposta.

Ritengo che l'Unione europea sia tenuta ad assistere l'economia tunisina. Tuttavia, questo intervento di aiuto non può avvenire a spese dei produttori di olio d'oliva. Allo stato attuale, la proposta della Commissione europea potrebbe avere un impatto negativo sul settore olivicolo dei paesi del sud Europa e, in particolare, dell'Italia. Di conseguenza, ho votato a favore di quattro emendamenti correttivi che ho presentato insieme ai colleghi della commissione AGRI del Parlamento europeo.

Purtroppo solo due dei quattro emendamenti correttivi sono passati e di conseguenza ho votato contro l'intera proposta, come annunciato nel mio intervento in plenaria su questo punto. La palla passa ora al Consiglio, dove auspico i governi degli Stati membri, in particolare quelli del sud Europa, riusciranno a far valere gli interessi delle aziende produttrici di olio.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report which unilaterally offers Tunisia 35 000 tonnes of olive oil exports at zero duty. This decision is in light of the negative effects of terrorist attacks on the Tunisian economy. The extra tariff quotas would be in place for a period of two years from 1 January 2016 to 31 December 2017.

Although I do not agree that trade liberalisation is the best tool for boosting developing economies, as it can often have the effect of concentrating wealth in a few hands, olive oil is Tunisia's biggest agricultural export and employs in the region of one million people directly and indirectly. I therefore voted in favour of this temporary measure.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP does not oppose the concept of trade with all countries. However, we feel that the EU has no right to conduct our trade negotiations, especially when it inaccurately claims that such preferences will prevent terrorism. We find the claim that poverty drives terrorism to be insulting to the millions of poor but peaceful people in the world. Therefore we voted against.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση όσον αφορά την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με την εφαρμογή έκτακτων αυτόνομων εμπορικών μέτρων για τη Δημοκρατία της Τυνησίας.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Io sono favorevole al libero scambio, perché le solite argomentazioni che tutti conosciamo sull'efficienza, sull'incentivo a migliorarsi, e così via. Ritengo, tuttavia, che spesso si sottovaluti un aspetto importante dei modelli economici portati a dimostrare le tesi liberoscambiste: che vi sono delle ipotesi non valide quando si parla di beni agricoli.

Il mio voto di chiusura all'olio tunisino non è un voto protezionista, per quanto l'effetto sia quello, ma un voto di difesa dei consumatori che si troverebbero sugli scaffali dei supermercati due prodotti apparentemente identici, ma con un'enorme differenza di prezzo, senza gli strumenti per andare a verificare se la qualità è la stessa. Io mi batto da sempre per premiare la qualità dei prodotti agro-alimentari, e questo caso non fa eccezione.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Sou solidário com a Tunísia, que procura consolidar a sua democracia e recuperar uma economia que se viu ainda mais prejudicada com os atentados terroristas de 2015 em Tunes e em Sousse.

Concordo que a UE deve dar apoio que favoreça o desenvolvimento económico da Tunísia.

Esta solidariedade, porém, deve constituir um esforço de toda a UE e não se traduzir principalmente numa penalização dos países do sul da Europa. Esta proposta visa facilitar a entrada no mercado europeu com isenção de direitos de 70.000 toneladas de azeite, a acrescentar às 56.700 previstas no Acordo de Associação. Como a Comissão de Agricultura do PE recorda, a UE é o líder mundial no setor do azeite, cuja produção representa o principal sustento económico e social das regiões produtoras, assegurando milhares de postos de trabalho em muitas regiões dos países da UE mais gravemente atingidas pela crise económica.

Acresce que a tendência da evolução do azeite nos últimos dez anos tem sido a queda contínua dos preços e a diminuição da rentabilidade das culturas, como consequência de um aumento constante dos custos de produção. Por tudo isto, abstive-me na votação final, uma vez que não foram aprovadas as alterações que subscrevi.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP does not oppose the concept of trade with all countries. However, we feel that the EU has no right to conduct our trade negotiations, especially when it inaccurately claims that such preferences will prevent terrorism. We find the claim that poverty drives terrorism to be insulting to the millions of poor but peaceful people in the world. Therefore we voted against.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho ritenuto opportuno votare contro la proposta di regolamento poiché sebbene le finalità di questa sono giuste, gli strumenti utilizzati per raggiungere gli obiettivi non li ritengo assolutamente corretti, soprattutto se parliamo dell'importazione di oltre 70 mila tonnellate di olio tunisino esenti da dazi.

Non possiamo mortificare l'agricoltura e nello specifico la produzione di olio del Sud Europa, come nel caso dell'Italia che vanta un patrimonio di 250 milioni di ulivi ed è l'unico Paese con 533 varietà di olive e 43 oli tutelati dall'Unione europea, ma soprattutto un Paese in cui l'olio e tra i prodotti simbolo del *Made in Italy* e della dieta mediterranea.

Non è corretto neanche nei confronti di tutti quei produttori olivicoli pugliesi che da mesi stanno combattendo contro la Xylella.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado contra la introducción de medidas comerciales autónomas de emergencia para Túnez desde el convencimiento de que estas medidas no son para ayudar al pueblo ni a las agricultoras y agricultores tunecinos, sino que son medidas para abaratar el coste de las aceitunas, lo que perjudicará a los pequeños y medianos productores y productoras en los países del sur de Europa y también en Túnez.

Tampoco hay ninguna garantía de que ese aceite no entre en la Unión Europea por debajo de los costes reales de producción o de que no vaya a producirse dumping ecológico o social. Por estos motivos he votado en contra.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ho votato contro la risoluzione, perché, la mancata approvazione di parte degli emendamenti presentati in plenaria, ha impedito che venissero fugati alcuni dubbi e incertezze che il provvedimento ha sollevato. Ho scelto di non votare la richiesta di respingimento della proposta, perché credo che come UE non possiamo mostrarci insensibili o non solidali rispetto a quanto sta accadendo dall'altra parte del nostro mare, salvo poi subirne inermi le conseguenze.

La solidarietà e l'aiuto non possono essere «a parole». D'altro canto, ho trovato e trovo il provvedimento affrettato e scarsamente analitico nella previsione delle conseguenze sui nostri tessuti produttivi. Per questo ho sottoscritto e appoggiato una serie di emendamenti che, senza mettere in discussione collaborazione e solidarietà ai nostri vicini, introducevano clausole di salvaguardia importanti, tenendo conto dei bisogni di tutti, produttori europei compresi.

Purtroppo, solo alcuni di questi emendamenti sono stati accolti e questo, secondo me, ha prodotto una relazione ancora monca e deficitaria che non ho ritenuto di dover appoggiare. Confido che, nel prosieguo delle discussioni con il Consiglio e la Commissione, possa essere recuperato lo spirito e la lettera degli emendamenti, in maniera da avere una proposta veramente solidale nei confronti di tutte le parti in causa.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A 2015. március 18-i tuniszi és a 2015. június 26-i szúsza-i terrorista merényletek súlyos csapást mértek az amúgy is nagy nehézségekkel küzdő tunéziai gazdaságra. Ebben a helyzetben az Európai Unió hangsúlyozni kívánja, hogy továbbra is tevékenyen támogatja Tunéziát, annak gazdasági fejlődését. Ennek értelmében a Bizottság – Tunézia Unióbba irányuló olívaolaj-exportja tekintetében évente 35 000 tonna – mennyiségre vonatkozó, ideiglenes, egyoldalú vámmentes vámkontingens megnyitását javasolja autonóm kereskedelmi intézkedések formájában, a teljes behozatali mennyiség megemelése nélkül. Az adott vámkontingens két éves – 2016. január 1-jétől 2017. december 31-ig terjedő – időszakra áll majd rendelkezésre, és az Unió és Tunézia közötti társulási megállapodásban rögzített és jelenleg hatályos, 56 700 tonnára vonatkozó vámmentes vámkontingens kimerülése után válik hozzáférhetővé. Ha az új kvóta sértené a tagállamok kereskedelmi érdekeit, vagy hátrányos következménnyel lenne a belső piacra, az Unió jogosult az ennek kiküszöböléséhez szükséges lépések megtételére. Támogattam a megoldást.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zamach terrorystyczny w dniu 26 czerwca 2015 r. w Susie wywołał w UE debatę na temat konieczności dalszego wspierania Tunezji w transformacji politycznej i gospodarczej w konkretny i ukierunkowany sposób, za pomocą działań, które mogą być skuteczne w perspektywie krótkoterminowej. W tym kontekście Komisja Europejska proponuje tymczasowy, jednostronny i bezcłowy kontyngent taryfowy w wysokości 35 000 ton rocznie na wywóz oliwy z oliwek z Tunezji do Unii, w formie autonomicznych środków handlowych. Oliwa z oliwek jest głównym produktem rolnym Tunezji wywożonym do UE, a sektor oliwy z oliwek to ważna część gospodarki krajowej – zapewnia bezpośrednio i pośrednio zatrudnienie dla ponad miliona osób, co stanowi łącznie jedną piątą zatrudnienia w całym sektorze rolnictwa. Biorąc pod uwagę charakter narzędzia wsparcia poparłem w głosowaniu ten dokument.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, as I strongly believe that the European Union must support Tunisia to regain stability, particularly since it is facing a politically and economically difficult period. Terrorist attacks in Tunisia are leading to difficulties, primarily in the economy. Stronger trade relations with the European Union would be beneficial for Tunisia to be able to revive its economy. I am in favour of the legislation proposed as it is a concrete example of EU support towards stability in Tunisia, which ultimately would contribute to stability in the Mediterranean region.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – La proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio sull'introduzione di misure commerciali autonome di emergenza a favore della Repubblica tunisina, permetterà l'ingresso di 70.000 tonnellate di olio tunisino a dazio zero nell'Unione europea, nei prossimi due anni.

L'obiettivo della proposta sarebbe quello di risolvere un settore chiave dell'economia tunisina, dopo i tragici attentati terroristici che ne hanno mandato in crisi l'altro settore fondamentale, quello del turismo. Seppur l'intento sia quindi condivisibile, le misure come proposte dalla Commissione europea non rispondono in modo efficace all'esigenza di sostenere in maniera strutturale la ripresa economica tunisina.

Sono convinto che una strategia che integrasse politiche europee di cooperazione e sviluppo con misure commerciali, avrebbe permesso invece di consolidare il sistema produttivo olivicolo tunisino e renderlo competitivo sul lungo periodo, sostenendo più in generale la stabilità economica e politica del Paese. Al contrario, esse porteranno limitati benefici alla Tunisia, per un periodo solo transitorio.

Inoltre, si è deciso di varare delle misure che danneggeranno le nostre produzioni e aumenteranno il rischio che si verifichino frodi nel settore, a discapito di qualità e credibilità nei confronti dei consumatori europei. Ho espresso, quindi, voto contrario alla proposta.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif propose d'accorder à la République tunisienne un contingent tarifaire à droit nul de 35 000 tonnes par an pour les exportations d'huile d'olive de la Tunisie vers l'Union, sous la forme de mesures commerciales autonomes, pour une période de 2 ans, du 1^{er} janvier 2016 au 31 décembre 2017. Ce volume supplémentaire serait ouvert dès que l'actuel contingent tarifaire à droit nul de 56 700 tonnes, inscrit dans l'accord, serait épuisé.

Alors que la Commission européenne n'a pas fourni une réelle analyse d'impact, je me suis positionné en faveur d'une limitation de la portée du règlement et de la mise en place d'outils de suivi et de contrôle mensuel du contingent sur l'année 2016 conditionnant le renouvellement de celui-ci pour 2017. En effet, l'agriculture ne peut pas toujours être la variable d'ajustement de la diplomatie.

Néanmoins, considérant les liens historiques et les enjeux géopolitiques partagés avec la Tunisie, je suis en faveur que cette mesure unilatérale profite réellement aux producteurs tunisiens, pays durement touchés, notamment économiquement par les attaques terroristes du 26 juin 2015 à Sousse. Pour ces raisons et bien que ma position n'ait pas été totalement reprise, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'octroi à la Tunisie de mesures commerciales autonomes d'urgence avec un contingent tarifaire à droit nul pour les exportations d'huile d'olive de la Tunisie vers l'Union européenne pour une période de deux ans. Il est en effet important, par le biais de ces mesures commerciales, de soutenir la Tunisie dont l'économie déjà fragile a été encore plus déstabilisée suite aux attaques terroristes. Afin de garantir que ces mesures de nuisance pas à l'agriculture européenne, le texte du Parlement européen renforce le règlement et instaure un examen à mi-parcours permettant à la Commission européenne de proposer des mesures correctives si le marché de l'Union s'en trouve déstabilisé.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – Touchée à trois reprises par le terrorisme au cours de l'année 2015, la démocratie tunisienne est mise à rude épreuve. Consciente des difficultés que traverse le pays, ainsi que de l'importance du secteur de l'huile d'olive dans les exportations tunisiennes vers l'Union européenne, j'ai voté pour l'instauration de mesures commerciales autonomes d'urgence en faveur de la Tunisie.

À travers ce vote nous instaurons, à titre temporaire, un contingent tarifaire à droit nul de 35 000 tonnes par an pour les exportations d'huile d'olive vers l'Union européenne, applicable du 1^{er} janvier 2016 au 31 décembre 2017. Ce volume ne sera disponible que lorsque l'actuel contingent tarifaire à droit nul de 56 700 tonnes, inscrit dans l'accord d'association entre la Tunisie et l'Union, sera épuisé. Cependant, je n'ai accepté de voter pour ce Rapport uniquement car nous avons obtenu des garanties solides pour nos producteurs européens.

En effet, l'impact de cette mesure sur le marché européen de l'huile d'olive sera évalué à mi-parcours, nous laissons donc la possibilité d'étudier l'adoption de mesures correctives si le contexte le justifiait. Enfin, ce contingent tarifaire sera entièrement obtenu en Tunisie et directement transportée depuis ce pays vers l'Union.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A 2015. március 18-i tuniszi és a 2015. június 26-i szűszai terrorista merényletek súlyos csapást mértek a már amúgy is nagy nehézségekkel küzdő tunéziai gazdaságra.

Ebben a nehéz helyzetben az Európai Unió hangsúlyozni kívánja, hogy továbbra is tevékenyen támogatja Tunéziát, konkrétan annak gazdasági fejlődését.

Ennek szellemében Tunézia Unióba irányuló olívaolaj-exportja tekintetében a Bizottság évente 35 000 tonna – összesen 70 000 tonna – mennyiségre vonatkozó, ideiglenes, egyoldalú vámmentes vámkontingens megnyitását javasolja autonóm kereskedelmi intézkedések formájában, a teljes behozatali mennyiség megemelése nélkül.

Az adott vámkontingens kétéves – 2016. január 1-jétől 2017. december 31-ig terjedő – időszakra áll majd rendelkezésre, és az Unió és Tunézia közötti társulási megállapodásban rögzített és jelenleg hatályos, 56 700 tonnára vonatkozó vámmentes vámkontingens kimerülése után válik hozzáférhetővé.

Abban az esetben azonban, amennyiben az új kvóta sérti a tagállamok kereskedelmi érdekeit, vagy hátrányos következménnyel van a belső piacra, az Unió jogosult az ennek kiküszöböléséhez szükséges lépések megtételére.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – A 2015. március 18-i tuniszi és a 2015. június 26-i szűszai terrorista merényletek súlyos csapást mértek a már amúgy is nagy nehézségekkel küzdő tunéziai gazdaságra. Ebben a nehéz helyzetben az Európai Unió hangsúlyozni kívánja, hogy továbbra is tevékenyen támogatja Tunéziát, konkrétan annak gazdasági fejlődését.

Ennek szellemében Tunézia Unióba irányuló olívaolaj-exportja tekintetében a Bizottság évente 35 000 tonna – összesen 70 000 tonna – mennyiségre vonatkozó, ideiglenes, egyoldalú vámmentes vámkontingens megnyitását javasolja autonóm kereskedelmi intézkedések formájában, a teljes behozatali mennyiség megemelése nélkül.

Az adott vámkontingens kétéves – 2016. január 1-jétől 2017. december 31-ig terjedő – időszakra áll majd rendelkezésre, és az Unió és Tunézia közötti társulási megállapodásban rögzített és jelenleg hatályos, 56 700 tonnára vonatkozó vámmentes vámkontingens kimerülése után válik hozzáférhetővé. Abban az esetben azonban, amennyiben az új kvóta sérti a tagállamok kereskedelmi érdekeit, vagy hátrányos következménnyel van a belső piacra, az Unió jogosult az ennek kiküszöböléséhez szükséges lépések megtételére.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – La Commission européenne souhaitait soutenir la Tunisie, affaiblie à la suite des attentats terroristes. Elle a donc proposé d'exonérer ce pays de droits de douanes pour l'exportation de 35 000 tonnes d'huile d'olive tunisienne vers l'UE, du 1^{er} janvier 2016 au 31 décembre 2017. Cette proposition met à l'évidence en difficulté les oléiculteurs européens, dans un contexte où la production espagnole a déjà été affaiblie par la sécheresse, et l'Italie par la bactérie *Xylella fastidiosa*. Cette dernière affecte désormais la France, notamment en Corse et sur la Côte d'Azur. En outre, la Tunisie, premier exportateur mondial d'huile d'olive, profite déjà largement de la hausse récente des prix de l'huile, qui découle précisément de ce contexte. Dans le but de défendre nos oléiculteurs, notamment en Corse, j'ai naturellement voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада на колегата Де Сарнез за въвеждане на спешни автономни търговски мерки по отношения Тунис, тъй като смятам, че след терористичната атака в Сус през юни миналата година страната има нужда от допълнителна помощ от ЕС по пътя си на политически и икономически преход. Външните министри на страните членки на ЕС се съгласиха на пакет краткосрочни мерки, които да окажат положителен ефект върху прехода на страната. В предложението на Комисията става дума за временна безмитна квота от 35 000 тона годишно износ на зехтин за ЕС в рамките на тези спешни търговски мерки за период от 2 години (от 1 януари 2016 г. до 31 декември 2017 г.). Смятам обаче, че трябва да има ефективен контрол и подкрепям идеята ЕК да извърши междинна оценка и при нужда да предложи мерки срещу възможни възникнали нарушения в резултат на спешните мерки.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. – Αρνητική και στο σύνολό της. Πρόκειται για μια ακόμη ενέργεια που τελειώνει και ολοκληρωτικά την παραγωγή του λαδιού της Ιταλίας και Ελλάδος

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Fontosnak tartom, hogy szolidaritást mutassunk Tunéziával, és meglevő eszközeinkkel segítsük az észak-afrikai ország gazdaságának és demokratikus politikai rendszerének a stabilizálását. A nemzetközi terrorizmus súlyos veszélyt jelent az országra, s elriasztja a turistákat, akik nélkül Tunézia gazdasága megroppanhat. Gondoljunk itt a tavalyi sousse-i szörnyűséges merénylet következményeire. Ezért bizonyos mértékig indokolt a tunéziai olívaolaj termelők segítése érdekében adott kereskedelmi kedvezmény.

Az európai uniós termelőkkel azonban legalább ugyanilyen mértékig szolidárisnak kell lennünk. A Bizottság által adott plusz 35 ezer tonna olívaolajra vonatkozó vámmentesség nem válhat kivételes eszközből mindennapi gyakorlattá. Ezért a szavazásnál külön szempont volt számomra, hogy a vámmentes időszak meghosszabbítására vonatkozó kitétel kikerüljön a jelentésből.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O azeite é o principal produto agrícola da Tunísia exportado para a UE. O setor oleícola constitui parte importante da economia do país, tal como de algumas regiões de certos Estados-Membros, em especial do Sul.

O regulamento proposto pelo executivo comunitário prevê a concessão de um contingente pautal anual, com isenção de direitos, de 35 mil toneladas para as exportações de azeite da Tunísia para a UE em 2016 e 2017 (ou seja, 70 mil toneladas no total). Esta quota seria aberta após o esgotamento das atuais 56 700 toneladas, também sem tarifa, ao abrigo do Acordo de Associação UE-Tunísia.

Tenho dúvidas se estes benefícios compensam os prejuízos e eventuais perturbações no setor do azeite europeu e nomeadamente em Portugal. Antes desta tomada de decisão, deveria ter existido um estudo que avaliasse o impacto económico, social e territorial desta proposta. Por esta razão, abstive-me na proposta.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – Siamo contrari, come M5S, a quella che è una inefficace forma di solidarietà dell'Unione a spese degli agricoltori dell'Europa meridionale, nel caso specifico dei produttori di olio d'oliva. Il meridione d'Italia, maggiormente colpito dalla crisi e dove il settore dell'olio d'oliva garantisce migliaia di posti di lavoro, sarà costretto a subire le conseguenze negative maggiori delle misure a sostegno della Tunisia previste dalla Commissione europea.

Riteniamo che ci siano altre modalità di aiuto, come ad esempio varare un piano che preveda l'istituzione di un fondo per lo sviluppo in tutti i settori dell'economia tunisina. La Germania e i Paesi del Nord Europa devono partecipare agli aiuti. Con l'olio è solo il sud dell'Europa, e dell'Italia in particolare, a pagare.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Na sequência dos atentados de 26/06/2015, propõe-se a concessão, para as exportações de azeite da Tunísia para a UE, de um contingente pautal unilateral e temporário com isenção de direitos, de 35 000 toneladas anuais, sob a forma de medida comercial autónoma.

Esse contingente será disponibilizado por um período de dois anos, de 1 de janeiro de 2016 até 31 de dezembro de 2017. A filosofia da medida é a mesma que explicou no passado medidas idênticas, por exemplo, em relação à importação de têxteis do Paquistão.

Para Portugal, bem como para outros Estados-Membros da orla do Mediterrâneo, a produção de azeite tem uma significativa importância económica e social e será prejudicada por esta medida.

Era possível adotar outras medidas, de genuína e mais efetiva solidariedade com o povo tunisino. Não é esse, porém, o objetivo desta medida.

Beneficiando os importadores europeus (e alguns interesses circunscritos na Tunísia), esta medida prejudica os mesmos de sempre. A verdade é que nunca medidas deste tipo prejudicam os países mais poderosos da UE (assim foi com os têxteis do Paquistão, assim é agora com o azeite da Tunísia). São sempre os mesmos a arcar com os custos desta falsa solidariedade.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato contro la relazione che incrementa il quantitativo di olio tunisino senza dazi in Europa. Ennesimo errore di questa Europa che ha perso il contatto con la realtà.

La stabilizzazione politica ed economica della Tunisia deve avere il nostro supporto, ma la Commissione europea ha sbagliato completamente il metodo. Ritengo che una misura temporanea in un settore specifico non possa consolidare la democratizzazione della Tunisia. Tutto ciò poi, a scapito di un settore già in affanno, a causa sia di fattori strutturali, come il costante calo dei prezzi di vendita e l'aumento dei costi di produzione, sia di eventi straordinari, non ultimo la diffusione del batterio «Xylella fastidiosa» in alcuni Stati membri.

L'ingresso nel mercato di ulteriori flussi di olio d'oliva senza dazio andrebbe ad acuire queste criticità.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained as I did not agree with the total package.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla relazione che costituisce un serio pericolo per l'economia italiana.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση για τη θέσπιση έκτακτων αυτόνομων εμπορικών μέτρων για την Τυνησία. Πρόκειται για μια ακόμη ενέργεια που τελειώνει και ολοκληρωτικά την παραγωγή του λαδιού της Ιταλίας και της Ελλάδος.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I am deeply concerned by the rising levels of unemployment and protests which have started to take place in the recent months as a result of the 2015 terrorist attacks. I would like to see Tunisia's economic and social development continue and therefore support these temporary and exceptional measures.

It is crucial that the democratic transition in Tunisia is consolidated and supported politically and economically. However, considering the concerns of olive oil producers in certain Member States, I believe it is fundamental to have a mid-term review of the measures, which will be exceptional and for a limited period only.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A 2015. március 18-i tuniszi és a 2015. június 26-i szűszai terrorista merényletek súlyos csapást mértek a már amúgy is nagy nehézségekkel küzdő tunéziai gazdaságra.

Ebben a nehéz helyzetben az Európai Unió hangsúlyozni kívánja, hogy továbbra is tevékenyen támogatja Tunéziát, konkrétan annak gazdasági fejlődését. Ennek szellemében Tunézia Unióba irányuló olívaolaj-exportja tekintetében a Bizottság évente 35 000 tonna – összesen 70 000 tonna – mennyiségre vonatkozó, ideiglenes, egyoldalú vámmentes vámkontingens megnyitását javasolja autonóm kereskedelmi intézkedések formájában, a teljes behozatali mennyiség megemelése nélkül.

Az adott vámkontingens kétéves – 2016. január 1-jétől 2017. december 31-ig terjedő – időszakra áll majd rendelkezésre, és az Unió és Tunézia közötti társulási megállapodásban rögzített és jelenleg hatályos, 56 700 tonnára vonatkozó vámmentes vámkontingens kimerülése után válik hozzáférhetővé.

Abban az esetben azonban, amennyiben az új kvóta sérti a tagállamok kereskedelmi érdekeit, vagy hátrányos következménnyel van a belső piacra, az Unió jogosult az ennek kiküszöböléséhez szükséges lépések megtételére.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A 2015. június 26-i szűszai terrortámadás következtében az EU szükségesnek látta, hogy további segítséget nyújtson Tunézia számára a politikai és gazdasági átalakulás terén, mégpedig olyan konkrét és célzott fellépések révén, amelyek rövid távon eredményesek lehetnek. A fentiek alapján Tunézia Unióba irányuló olívaolaj-exportja tekintetében az Európai Bizottság évente 35 000 tonna mennyiségre vonatkozó, ideiglenes, egyoldalú vámmentes vámkontingens megnyitását javasolja autonóm kereskedelmi intézkedések formájában. Az adott vámkontingens kétéves – 2016. január 1-jétől 2017. december 31-ig terjedő – időszakra fog rendelkezésre állni. E többletmennyiség a megállapodásban rögzített és jelenleg hatályos, 56 700 tonnára vonatkozó vámmentes vámkontingens kimerülése után válik hozzáférhetővé.

Az előadóval egyetértve szükségesnek tartom, hogy e kétségtelenül nehéz időszakban az Európai Unió hozzájáruljon a szóban forgó ország gazdaságának fellendüléséhez. Ugyanakkor fontos megállapítani, hogy az uniós szolidaritás a dél-európai mezőgazdasági termelők, ez esetben az olívaolaj-termelők kárára valósul meg. Az EU világszinten vezető pozíciót tölt be az olívaolaj-ágazatban, amelynek termelése a termelési térségek fő gazdasági és társadalmi fenntartó ereje. Különösen az EU országainak nagy kiterjedésű, a gazdasági válság által súlyosan érintett területein az olívaolaj-ágazat több ezer munkahelyet biztosít és a harmadik országokba irányuló exportból való jelentős részesedése hozzájárul az EU pozitív kereskedelmi mérlegéhez.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, ya que hemos encontrado un equilibrio en el proceso de enmienda para garantizar que los productores de aceite europeos no se vean afectados por el comercio de dicho producto con Túnez, mientras continuamos nuestra labor de ayuda con las necesidades a las cuales se enfrenta el país con el que tenemos lazos tan fuertes.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – Los socialistas en el PE entendemos que la situación geopolítica de Túnez merece todo el apoyo y la solidaridad por parte de la UE. Sin embargo, no somos partidarios de que el peso de la misma recaiga exclusivamente sobre los agricultores del sur de Europa y sin unas mínimas garantías para el sector europeo del aceite de oliva, del que depende la economía de amplios territorios de la UE.

Al contingente libre de aranceles del que disfruta este país, se añade uno suplementario de 35 000 toneladas de aceite de oliva durante los años 2016 y 2017. Nos preocupa que se adopten este tipo de medidas sin estudios de impacto previos y suprimiendo los certificados mensuales que escalonan la llegada al mercado de aceite de la UE.

Hemos conseguido el apoyo a dos enmiendas que inciden en el origen exclusivamente tunecino del aceite y refuerzan el carácter temporal del incremento de toneladas, desligando esta medida de emergencia de las negociaciones en curso sobre el Acuerdo de Asociación UE-Túnez.

La votación final ha sido aplazada para negociar con el Consejo los dos nuevos textos promovidos por la delegación socialista española.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Los socialistas del PE entendemos que la situación geopolítica de Túnez merece todo el apoyo y la solidaridad por parte de la UE. Sin embargo, no somos partidarios de que el peso de la misma recaiga exclusivamente sobre los agricultores del sur de Europa y sin unas mínimas garantías para el sector europeo del aceite de oliva, del que depende la economía de amplios territorios de la UE.

Al contingente libre de aranceles del que disfruta este país se añade uno suplementario de 35 000 toneladas de aceite de oliva durante los años 2016 y 2017. Nos preocupa que se adopten este tipo de medidas sin estudios de impacto previos y suprimiendo los certificados mensuales que escalonan la llegada al mercado de aceite de la UE.

Hemos conseguido el apoyo a dos enmiendas que inciden en el origen exclusivamente tunecino del aceite y refuerzan el carácter temporal del incremento de toneladas, desligando esta medida de emergencia de las negociaciones en curso sobre el Acuerdo de Asociación UE-Túnez.

La votación final ha sido aplazada para negociar con el Consejo los dos nuevos textos promovidos por la delegación socialista española.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – Oggi il Parlamento europeo ha votato a favore di un provvedimento inaccettabile che, dando il via libera all'importazione di 70mila tonnellate di olio d'oliva tunisino in regime di esenzione fiscale per due anni, danneggia ulteriormente la situazione dei piccoli produttori di olio di diversi paesi europei, in particolare quelli italiani. Insieme ad altri colleghi della delegazione di Forza Italia, ci siamo opposti a queste misure presentando un emendamento di rigetto della proposta della Commissione per affermare chiaramente il nostro «NO». Benché le motivazioni solidaristiche di questa decisione siano pienamente condivisibili, non possiamo accettare che il nostro aiuto dipenda esclusivamente dal sacrificio dei produttori d'olio italiani ed europei.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Sostenere una nazione che faticosamente sta guadagnando la strada della democrazia e della pace è compito della politica che guarda al futuro. Aiutare un paese però non significa peggiorare le condizioni di vita e di lavoro di chi ogni giorno fa i conti con la fragilità di un comparto che invece può e deve rappresentare una delle punte di diamante della economia agricola dell'Italia.

Sono stati giorni densi di discussione anche difficile ma alla fine la partita è stata riaperta. Aver spuntato il voto favorevole su due emendamenti consente di riaprire il confronto tra le istituzioni europee allo scopo di conciliare le politiche internazionali in favore dei paesi del mediterraneo ed il sostegno e la promozione della olivicoltura del mezzogiorno d'Italia e della Puglia.

Il voto finale è stato rinviato. Ora tocca al governo italiano assumere una posizione equilibrata a sostegno del sistema delle imprese agricole italiane in considerazione anche del rischio occupazionale nel settore agricolo. Mi auguro che, nei prossimi giorni non si continui a «scaricare il barile» su chi ha fatto ogni utile sforzo per correggere la rotta.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung dringender autonomer Handelsmaßnahmen für die Tunesische Republik gestimmt, da ich wirtschaftliche Zusammenarbeit angesichts der Terrorbedrohungen und der angespannten ökonomischen Lage des Landes für einen richtigen Schritt halte, die Vorgaben der EU-Kommission aber gleichzeitig garantieren, dass gerade der Agrarmarkt in Europa dadurch keinen Schaden nimmt.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Tunesien ist für den europäischen grenzüberschreitenden Handel ein wichtiges Thema. Indem die wirtschaftliche Situation des Landes durch die Förderung des Olivenölsektors gestärkt wird, leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaft.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – UKIP does not oppose the concept of trade with all countries. However, we feel that the EU has no right to conduct our trade negotiations, especially when it inaccurately claims that such preferences will prevent terrorism. We find the claim that poverty drives terrorism to be insulting to the millions of poor but peaceful people in the world. Therefore we voted against.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I welcome the report on the introduction of emergency autonomous trade measures for Tunisia. Tunisia's ability to consolidate the ongoing democratic transition will be key to bringing back stability to the EU neighbourhood, and economic development will be key in making this happen. Therefore it is important that the EU supports Tunisia where it can, including through the introduction of trade measures.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de estas medidas comerciales extraordinarias porque considero que, en primer lugar, no responden al sentido original del mandato del Consejo, al no favorecer al conjunto de la economía y de la sociedad tunecina sino a las empresas productoras de aceite de oliva con capacidad exportadora. Asimismo, el informe no prevé mecanismos de compensación lo suficientemente garantistas en caso de una caída de los precios del aceite de oliva en Europa, que podría afectar negativamente a los productores de aceite europeos, en particular italianos y españoles. Por último, estas medidas extraordinarias parecen abrir la puerta a un aumento permanente del contingente de aceite tunecino importado en el marco del Acuerdo de Libre Comercio entre la UE y Túnez, que se encuentra actualmente en fase de negociación.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Wprowadzenie nadzwyczajnych autonomicznych środków handlowych dla Republiki Tunezyjskiej.

Trudna sytuacja polityczna i gospodarcza Tunezji skłoniła Unię Europejską do podjęcia skutecznych działań mających na celu wsparcie tego kraju w transformacji. Rozwiązania zaproponowane przez Komisję Europejską spotkały się z moim poparciem. Tunezja, zmagająca się z wieloma utrudnieniami, potrzebuje pomocy, która przyniesie korzyści w perspektywie krótkoterminowej. Zgoda Unii Europejskiej na tymczasowy jednostronny bezcłowy wywóz oliwy z oliwek z Tunezji do państw członkowskich Unii Europejskiej z pewnością przyczyni się do pozytywnych zmian w Tunezji, która w dużej mierze opiera swoją gospodarkę na sektorze oliwy z oliwek.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – Jeudi 25 février, j'ai voté en faveur d'un plan d'urgence permettant à la Tunisie, l'importation en franchise de droits de 70 000 tonnes supplémentaires de son huile d'olive vierge dans l'Union européenne pour les années 2016 et 2017. La Tunisie a parcouru un long chemin depuis le printemps arabe, et il s'agit d'un des rares pays qui soit réellement parvenu à une transition démocratique. Avec ce texte, l'Union européenne a souhaité apporté son soutien à ce pays dans son processus démocratique et de stabilité économique via le développement de sa production d'huile d'olive qui représente de nombreux emplois.

Cependant, pour répondre aux préoccupations des producteurs européens d'huile d'olive, sont introduites des garanties supplémentaires, comme une évaluation à mi-parcours et la mise à jour des mesures si elles se révèlent nuisibles pour les producteurs européens d'huile d'olive, ainsi qu'une «clause de suivi», c'est-à-dire l'obligation de veiller à ce que toute l'huile d'olive dans le cadre du quota soit produite entièrement dans le pays et directement transportée depuis Tunisie.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the introduction of emergency autonomous trade measures for Tunisia. The main goal is to improve the relationship between the European Union and the Republic of Tunisia and supporting stability in the region by supporting the Tunisian economy. I support the Commission's proposal to offer a temporary zero-duty tariff on a 35 000 (70 000 tonnes in total) quota for exports of olive oil from Tunisia into the EU since olive oil is one of the key export products in Tunisia.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Los socialistas del PE entendemos que la situación geopolítica de Túnez merece todo el apoyo y la solidaridad por parte de la UE. Sin embargo, no somos partidarios de que el peso de la misma recaiga exclusivamente sobre los agricultores del sur de Europa y sin unas mínimas garantías para el sector europeo del aceite de oliva, del que depende la economía de amplios territorios de la UE.

Al contingente libre de aranceles del que disfruta este país se añade uno suplementario de 35 000 toneladas de aceite de oliva durante los años 2016 y 2017. Nos preocupa que se adopten este tipo de medidas sin estudios de impacto previos y suprimiendo los certificados mensuales que escalonan la llegada al mercado de aceite de la UE.

Hemos conseguido el apoyo a dos enmiendas que inciden en el origen exclusivamente tunecino del aceite y refuerzan el carácter temporal del incremento de toneladas, desligando esta medida de emergencia de las negociaciones en curso sobre el Acuerdo de Asociación UE-Túnez.

La votación final ha sido aplazada para negociar con el Consejo los dos nuevos textos promovidos por la delegación socialista española.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Στον κανονισμό προβλέπεται η αύξηση εισαγωγών ακατέργαστου ελαιολάδου ύψους 35,000 τόνων ετήσια για τα χρόνια 2016 και 2017. Η οικονομία της Τυνησίας έχει πληγεί όλα αυτά τα χρόνια, τόσο από την αστάθεια που επικρατούσε, όσο και από τις τρομοκρατικές επιθέσεις. Αποτελεί ίσως μια από τις ελάχιστες χώρες της περιοχής όπου σήμερα παρατηρείται σταθερότητα και δεν έχει περιέλθει στο χάος που μαστίζει άλλες χώρες της περιοχής, όπως για παράδειγμα τη γειτονική Λιβύη.

Ωστόσο η πρόταση για αύξηση των εισαγωγών ελαιόλαδου δημιουργεί προβλήματα και αντιρρήσεις από τις χώρες, ειδικά του νότου, οι οποίες θεωρούν βάσιμα ότι θα πληγεί η δική τους οικονομία αν αυξηθούν οι εισαγωγές φτηνού ελαιόλαδου από την Τυνησία.

Παρότι στην Κύπρο δεν είμαστε μεγάλοι παραγωγοί, ωστόσο αυτό θα επηρεάσει του Κύπριους παραγωγούς. Για το λόγο αυτό θεωρούμε ενδεδειγμένη στάση αυτή της καταψήφισης.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – Tunisia has been greatly affected by the Arab Spring and political instability of the surrounding regions. The country's GDP has dropped significantly since 2011. Given the long history of cooperation and trade between Tunisia and the European Union, the Commission authorised the negotiation of a deep and comprehensive free trade agreement with Tunisia and sought an annual duty-free quota on Tunisian olive oil (Tunisia's largest agricultural export). The measure may marginally interfere with olive oil production within the EU Member States, but can have a great impact on stability and security in the region. I believe that the implementation of such an agreement between the EU and Tunisia would boost trade links and mutual cooperation between the parties and for these reason I voted in favour of my colleague Marielle de Sarnez' report and against the proposal to reject the Commission proposal.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I chose to support this report, as the terrorist attack of 26 June 2015 in Sousse prompted a reaction from the EU on the need to further assist Tunisia in its political and economic transition, in a concrete and targeted manner, through actions that can be effective in the short term. I agree in endorsing the need for the EU to help relaunch Tunisia's economy in what is without doubt a difficult period.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – UKIP does not oppose the concept of trade with all countries. However, we feel that the EU has no right to conduct our trade negotiations, especially when it inaccurately claims that such preferences will prevent terrorism. We find the claim that poverty drives terrorism to be insulting to the millions of poor but peaceful people in the world. Therefore we voted against.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A 2015. március 18-i tuniszi és a 2015. június 26-i szúszai terrorista merényletek súlyos csapást mértek a már amúgy is nagy nehézségekkel küzdő tunéziai gazdaságra. Ebben a nehéz helyzetben az Európai Unió hangsúlyozni kívánja, hogy továbbra is tevékenyen támogatja Tunézia gazdasági fejlődését.

Ezért Tunézia Unióba irányuló olívaolaj-exportja tekintetében a Bizottság évente 35 000 tonna – összesen 70 000 tonna – mennyiségre vonatkozó, ideiglenes, egyoldalú vámmentes vámkontingens megnyitását javasolja autonóm kereskedelmi intézkedések formájában, a teljes behozatali mennyiség megemelése nélkül.

Az adott vámkontingens kétéves – 2016. január 1-jétől 2017. december 31-ig terjedő – időszakra áll majd rendelkezésre, és az Unió és Tunézia közötti társulási megállapodásban rögzített és jelenleg hatályos, 56 700 tonnára vonatkozó vámmentes vámkontingens kimerülése után válik hozzáférhetővé.

Abban az esetben azonban, ha az új kvóta sérti a tagállamok kereskedelmi érdekeit, vagy hátrányos következménnyel van a belső piacra, az Unió jogosult az ennek kiküszöböléséhez szükséges lépések megtételére.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP does not oppose the concept of trade with all countries. However, we feel that the EU has no right to conduct our trade negotiations, especially when it inaccurately claims that such preferences will prevent terrorism. We find the claim that poverty drives terrorism to be insulting to the millions of poor but peaceful people in the world. Therefore we voted against.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Compte tenu de l'effondrement du tourisme en Tunisie, la Commission européenne a décidé de soutenir ce partenaire en offrant, à partir du 1^{er} janvier 2016 et pour deux ans, un quota tarifaire unilatéral à droit nul pour un volume de 35 000 tonnes par an d'huile d'olive exportée vers l'UE.

Ce soutien à l'économie tunisienne est essentiel pour lutter contre la propagation de l'islamisme radical qui se nourrit de la misère et de la pauvreté.

Or, l'huile d'olive est le principal produit d'exportation agricole de la Tunisie vers l'Union.

Pour ma part, j'ai soutenu cette proposition car je pense qu'elle apporte suffisamment de garanties pour éviter que les producteurs européens se trouvent confrontés à une concurrence déloyale. Par exemple, les mesures sont temporaires et exceptionnelles et des mesures coercitives pourront être prises si la situation se dégrade en Europe.

Aussi, tout en restant vigilant sur les effets de ces mesures pour les producteurs européens qui doivent, par ailleurs, être soutenus par l'UE pour maintenir leurs activités et lutter contre la bactérie tueuse d'oliviers, je considère que nous avons intérêt à aider nos partenaires lorsqu'ils sont affectés par les vagues de terrorisme comme nous l'avons été récemment.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this report which seeks to maintain tariff-free olive oil imports to the EU. This proposal has raised objections from certain players in the European olive oil industry. The quantities of Tunisian oil involved however should not have a major impact on EU producers and it is in our own interests to give backing to the Tunisian economy.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I have voted according to the Commission's proposal to Parliament and the Council. The Tunisian economy has been hit following the terrorist attacks from 2015. Thus, it is crucial for the EU to support Tunisia through exceptional measures in order to boost its economy.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o uvođenju hitnih autonomnih trgovinskih mjera za Republiku Tunis jer podržavam napore da se pomogne ekonomiji Tunisa koja je znatno oslabljena radi terorističkih napada i političkih zbivanja.

U tom kontekstu podržavam uvođenje hitnih autonomnih trgovinskih mjera, što je također i stav ALDE grupe. Međutim, nužno je ustanoviti hoće li se maslinovo ulje uvoziti izravno iz Tunisa, te se moraju spriječiti mogući pokušaji krijumčarenja ili prijevara s podrijetlom istoga. Smatram, stoga, da predložene mjere trebaju uzeti u obzir zaštitu europskih proizvođača maslinova ulja i onemogućiti poremećaje na tržištu.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Nous avons décidé de déposer un amendement dans le but de rejeter la proposition de la Commission au sujet de ces mesures commerciales autonomes d'urgence en faveur de la Tunisie. Au-delà de cette volonté de refus de proposition, j'estime que cette dernière n'améliore pas outre mesure le texte originel. Ce rapport propose des droits de douanes nuls pour 35 000 tonnes d'huile d'olive tunisienne, ce que je considère comme une aberration pour l'intérêt de l'Union Européenne. On aurait pu aider de biens d'autres manières la Tunisie sans mettre en difficulté les oléiculteurs européens. Le prix de l'huile d'olive a eu tendance à baisser tendanciellement depuis 10 ans, affectant les producteurs européens.

J'ai donc voté contre ce texte.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP does not oppose the concept of trade with all countries. However, we feel that the EU has no right to conduct our trade negotiations, especially when it inaccurately claims that such preferences will prevent terrorism. We find the claim that poverty drives terrorism to be insulting to the millions of poor but peaceful people in the world. Therefore we voted against.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Marielle de Sarnez sur l'instauration de mesures commerciales autonomes d'urgence en faveur de la Tunisie. Il s'agit d'exempter de droits de douane un quota d'exportations d'huile d'olive tunisienne. Ces mesures sont temporaires et exceptionnelles et une analyse d'impact sur les producteurs européens aura lieu à mi-parcours. L'huile d'olive est une des seules sources d'exportation agricole de la Tunisie vers l'Union européenne dont le secteur fait vivre plus d'un million de personnes. Il est important de soutenir la Tunisie et par là son processus démocratique qui, s'il est l'un des plus avancés dans la région, est menacé par des défis sécuritaires importants, rendant primordial le soutien à la stabilité de l'économie tunisienne.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Après les révolutions arabes, la Tunisie est le seul pays à se tourner vers une véritable transition démocratique. Les récents attentats sur le sol tunisien ayant fortement affaibli l'économie du pays, très dépendante du tourisme, il est important de soutenir ce pays. Les mesures proposées ici vont l'aider à vendre sa production d'huile d'olive et à créer de l'emploi afin de retrouver une croissance économique et une stabilité politique. En effet, le secteur de l'huile d'olive en Tunisie est important économiquement et représente de nombreux emplois. Ce règlement accorde un quota tarifaire supplémentaire d'huile d'olive exempté de droits de douane à la Tunisie (35 000 tonnes par an) pour deux ans. Le caractère exceptionnel et temporaire de ces mesures fait qu'elles n'auront pas d'impact sur nos producteurs.

J'ai donc voté en faveur de cette résolution pour soutenir nos amis tunisiens dans leur transition démocratique.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Im Bericht zur Einführung dringender autonomer Handelsmaßnahmen für Tunesien führen die Verordnungen des Europäischen Parlaments und des Rates zu einer erheblichen Benachteiligung der europäischen Olivenölwirtschaft und ihrer Produzenten. Obwohl die Abstimmung verschoben wurde, möchte ich festhalten, dass ich mich gegen diesen Bericht ausspreche.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – In recent months I have noted with concern the rising levels of unemployment and protests which have started to take place as a result. I want to see Tunisia's economic and social development continue and therefore I supported these temporary and exceptional measures.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A 2015. március 18-i tuniszi és a 2015. június 26-i szűszai terrorista merényletek súlyos csapást mértek a már amúgy is nagy nehézségekkel küzdő tunéziai gazdaságra.

Ebben a nehéz helyzetben az Európai Unió hangsúlyozni kívánja, hogy továbbra is tevékenyen támogatja Tunéziát, konkrétan annak gazdasági fejlődését.

Ennek szellemében Tunézia Unióba irányuló olívaolaj-exportja tekintetében a Bizottság évente 35 000 tonna – összesen 70 000 tonna – mennyiségre vonatkozó, ideiglenes, egyoldalú vámmentes vámkontingens megnyitását javasolja autonóm kereskedelmi intézkedések formájában, a teljes behozatali mennyiség megemlése nélkül.

Az adott vámkontingens kétéves – 2016. január 1-jétől 2017. december 31-ig terjedő – időszakra áll majd rendelkezésre, és az Unió és Tunézia közötti társulási megállapodásban rögzített és jelenleg hatályos, 56 700 tonnára vonatkozó vámmentes vámkontingens kimerülése után válik hozzáférhetővé.

Abban az esetben azonban, amennyiben az új kvóta sérti a tagállamok kereskedelmi érdekeit, vagy hátrányos következménnyel van a belső piacra, az Unió jogosult az ennek kiküszöböléséhez szükséges lépések megtételére.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report since I believe that these emergency measures will harm the European olive economy, especially after the terrorist attacks. However we should try to find another way, which will not affect our European economy and European producers of olive oil, especially in the south.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – La proposta relativa all'apertura di una quota extra di 35mila tonnellate di olio d'oliva tunisino senza dazi per l'anno 2016 e 2017 della Commissione, rappresenta un grave danno per noi e, al contempo, non porterà alcun vantaggio per le popolazioni tunisine. L'apertura del mercato sta avvenendo nel modo sbagliato, in quanto ritengo impensabile dare un aiuto concreto alla Tunisia abbattendo i dazi all'importazione.

Fortunatamente, con il nostro lavoro, siamo riusciti a modificare parte della proposta, al fine di limitare alcuni effetti negativi, eliminando la possibilità di proroga di queste misure straordinarie, che quindi si concluderanno nel 2017, e pretendendo che l'olio venga interamente ottenuto in Tunisia e direttamente trasportato nell'UE. L'approvazione di questi emendamenti, già sostenuti in Commissione agricoltura, è fondamentale perché blocca la proposta iniziale e riporta la discussione in Consiglio, per l'avvio dei negoziati con gli Stati membri.

Ho comunque votato contro, perché la finalità solidaristica è certamente condivisibile, ma lo strumento scelto è sbagliato. Non possiamo continuare a barattare, cosa che è stata fatta sino ad adesso, l'agricoltura del mezzogiorno d'Europa con l'aiuto alle popolazioni del Nord Africa.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – Pour aider l'économie tunisienne, la Commission nous proposait d'accorder 35 000 tonnes de quotas d'importation sans droits de douanes pour l'huile d'olive tunisienne pour les années 2016 et 2017.

Ces quotas ont cependant fortement été critiqués par les agriculteurs du Sud de l'Union européenne. Ils viennent de subir de plein fouet une chute de la production due à une bactérie s'attaquant aux oliviers, et s'inquiètent de voir l'huile d'olive tunisienne prendre les parts de marchés qu'ils ont perdu.

Ces doutes n'ayant pas reçu de réponses claires de la part de la Commission, et les amendements que j'avais déposés demandant des mesures de sauvegardes pour les producteurs n'étant pas repris, j'ai décidé de m'abstenir car je ne voulais pas non plus bloquer une mesure qui puisse aider l'économie tunisienne.

Je note cependant qu'il existe bien d'autres moyens d'aider l'économie tunisienne, à commencer par la révision de sa dette, ou les conditions que nous mettons à nos aides financières, plutôt que de porter des mesures qui menacent les producteurs européens et les opposent aux tunisiens.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur l'instauration de mesures commerciales autonomes d'urgence en faveur de la République tunisienne. Pour aider la Tunisie, dont l'économie est gravement affectée par les attentats terroristes, la Commission propose un quota supplémentaire sans droit de douane de 35 000 tonnes d'exportations d'huile d'olive de la Tunisie vers l'Union européenne. L'actuel contingent est de 56 700 tonnes. La mesure sera mise en place du premier janvier 2016 au 31 décembre 2017. On aurait pu aider de bien d'autres manières la Tunisie, sans mettre en difficulté les oléiculteurs européens. Le prix de l'huile d'olive a eu tendance à baisser tendanciellement depuis 10 ans, affectant les producteurs européens. Cela, la Commission n'en a cure.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte, dans la lignée de mon intervention en plénière sur ce sujet.

La Commission part du principe qu'il faut aider la Tunisie, dont l'économie souffre gravement depuis les attentats terroristes de Sousse en juin 2015. À cette fin, elle propose d'instaurer un quota supplémentaire exonéré de droits douaniers de 35 000 tonnes d'huile d'olive tunisienne à l'exportation vers l'UE. L'actuel contingent est déjà de 56 700 tonnes.

La Commission aurait pu aider la Tunisie de multiples manières. Mais elle a choisi par cette décision de soutenir le commerce tunisien tout en mettant en difficulté les oléiculteurs européens (dont les Français). Il m'est impossible d'accepter cette décision qui pénalise un secteur déjà en difficulté, au vu des baisses de prix tendancielles observées depuis 10 ans.

Javi López (S&D), *por escrito*. – Los socialistas del PE entendemos que la situación geopolítica de Túnez merece todo el apoyo y la solidaridad por parte de la UE. Sin embargo, no somos partidarios de que el peso de la misma recaiga exclusivamente sobre los agricultores del sur de Europa y sin unas mínimas garantías para el sector europeo del aceite de oliva, del que depende la economía de amplios territorios de la UE.

Al contingente libre de aranceles del que disfruta este país se añade uno suplementario de 35 000 toneladas de aceite de oliva durante los años 2016 y 2017. Nos preocupa que se adopten este tipo de medidas sin estudios de impacto previos y suprimiendo los certificados mensuales que escalonan la llegada al mercado de aceite de la UE.

Hemos conseguido el apoyo a dos enmiendas que inciden en el origen exclusivamente tunecino del aceite y refuerzan el carácter temporal del incremento de toneladas, desligando esta medida de emergencia de las negociaciones en curso sobre el Acuerdo de Asociación UE-Túnez.

La votación final ha sido aplazada para negociar con el Consejo los dos nuevos textos promovidos por la delegación socialista española.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – Los socialistas del PE entendemos que la situación geopolítica de Túnez merece todo el apoyo y la solidaridad por parte de la UE. Sin embargo, no somos partidarios de que el peso de la misma recaiga exclusivamente sobre los agricultores del sur de Europa y sin unas mínimas garantías para el sector europeo del aceite de oliva, del que depende la economía de amplios territorios de la UE.

Al contingente libre de aranceles del que disfruta este país se añade uno suplementario de 35 000 toneladas de aceite de oliva durante los años 2016 y 2017. Nos preocupa que se adopten este tipo de medidas sin estudios de impacto previos y suprimiendo los certificados mensuales que escalonan la llegada al mercado de aceite de la UE.

Hemos conseguido el apoyo a dos enmiendas que inciden en el origen exclusivamente tunecino del aceite y refuerzan el carácter temporal del incremento de toneladas, desligando esta medida de emergencia de las negociaciones en curso sobre el Acuerdo de Asociación UE-Túnez.

La votación final ha sido aplazada para negociar con el Consejo los dos nuevos textos promovidos por la delegación socialista española.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado contra la introducción de medidas comerciales autónomas de emergencia para Túnez desde el convencimiento de que estas medidas no son para ayudar al pueblo ni a las agricultoras y agricultores tunecinos, sino que son medidas para abaratar el coste de las aceitunas, lo que perjudicará a los pequeños y medianos productores y productoras en los países del sur de Europa y también en Túnez.

Tampoco hay ninguna garantía de que ese aceite no entre en la Unión Europea por debajo de los costes reales de producción o de que no vaya a producirse dumping ecológico o social. Por estos motivos he votado en contra.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Jsem pro volný obchod, ne pro omezování a výjimky.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Teroristički napadi u ožujku 2015. u Tunisu i lipnju 2015. u Sousseu bili su težak udarac za gospodarstvo Tunisa. U sektoru za proizvodnju maslinovog ulja u Tunisu trenutačno je zaposleno oko milijun djelatnika, što predstavlja jednu petinu zaposlenih u poljoprivredi u Tunisu. Kako bi se podržao gospodarski rast i razvoj Tunisa, EU ove godine jednostrano i privremeno ukida tarifnu kvotu za maslinovo ulje, što je na godišnjoj razini 35 000 tona ulja. Kvote će se primjenjivati od 1. siječnja 2016. do 31. prosinca 2017.

Smatram kako je važno pružiti podršku i solidarnost Tunisu nakon terorističkih napada koji su naštetili gospodarstvu, a ova mjera ukidanja kvota za maslinovo ulje jedan je od načina pomoći, stoga sam podržala izvješće.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Zhoršená bezpečnostná situácia v Tunisku, ktorú spôsobili teroristické útoky, sa negatívne odrazila v hospodárstve tejto krajiny. V záujme oživenia hospodárstva Európska únia poskytne Tunisku pomoc vo forme jednotnej colnej nulovej sadzby na vývoz olivového oleja na 35 000 ton ročne z Tuniska do EÚ a to v rokoch 2016-2017. Odvetvie výroby olivového oleja zamestnáva milión ľudí, čo je jedna pätina pracovných miest v tuniskom poľnohospodárstve.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – Une vague d'attentats terroristes a frappé la Tunisie en 2015, mettant cette jeune démocratie à rude épreuve. Cette violence a eu des conséquences extrêmement douloureuses du point de vue économique, notamment le secteur du tourisme qui a été particulièrement visé.

Cette proposition législative a pour but de permettre à l'économie tunisienne de retrouver un tant soit peu d'allant, en facilitant temporairement l'exportation d'huile d'olive tunisienne sur le marché européen. Ce faisant, l'Union marque une nouvelle fois la force de son engagement européen aux côtés de ce pays.

Conscient des difficultés que traverse la Tunisie, pays qui constitue une priorité de la politique de l'Union européenne envers son voisinage, je soutiens donc cette proposition législative.

Νότης Μαρίας (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου όσον αφορά την εφαρμογή έκτακτων αυτόνομων εμπορικών μέτρων για τη Δημοκρατία της Τυνησίας, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 24 Φεβρουαρίου 2016.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Dominique Martin a voté contre. Pour aider la Tunisie, dont l'économie est gravement affectée par les attentats terroristes, la Commission propose un quota supplémentaire sans droit de douane de 35 000 tonnes d'exportations d'huile d'olive de la Tunisie vers l'UE, l'actuel contingent étant de 56 700 tonnes.

On aurait pu aider la Tunisie de biens d'autres manières, sans mettre en difficulté les oléiculteurs européens. Le prix de l'huile d'olive a eu tendance à baisser tendanciellement depuis 10 ans, affectant les producteurs européens.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – La relazione sull'introduzione di misure commerciali autonome di emergenza a favore della Tunisia non trova il mio voto favorevole. È importante comunque esercitare una tutela dei prodotti interni e sostenere chi si trova a fronteggiare crisi, come quella attuale che interessa il settore della produzione di olio. In questo caso il voto è dovuto appunto ad una necessità di tutela.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme hlasovali o návrhu zprávy, která se týká Tuniska. Jsem si plně vědom obtížnosti tamní ekonomické situace, která se ještě zhoršila po atentátech z 18. března 2015 v Tunisu a 26. června 2015 v Sousse. EU touto zprávou vyjadřuje podporu Tuniské republice a odhodlání napomoci s hospodářským rozvojem Tuniska. Proto Komise přichází s návrhem dočasné jednostranné celní kvóty s nulovým clem ve výši 35 000 tun ročně, tj. celkem 70 000 tun, pro vývoz olivového oleje z Tuniska do Unie, a to ve formě autonomních obchodních opatření, aniž by došlo ke zvýšení celkového objemu dovozu. Tato kvóta by měla být poskytnuta na dobu 2 let, a to s platností od 1. 1. 2016 do 31. 12. 2017. Toto opatření považuji za významné zejména proto, že přinese oživení pro velkou část tuniské ekonomiky. Tuniské odvětví produkce oliv totiž nepřímo poskytuje pracovní místa více než jednomu milionu osob a představuje pětinu celkové zaměstnanosti v zemědělství v této zemi. Olivový olej je mimoto hlavním zemědělským produktem, který Tunisko vyváží. Zprávu jsem proto podpořil.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Desde el PPE hemos apoyado la propuesta para que la UE conceda a Túnez un nuevo contingente de importaciones de aceite de oliva, con el fin de ayudar a la economía de ese país, que tan mal lo está pasando tras los últimos ataques terroristas.

Pero consideramos que era importante incluir una serie de medidas para evitar que esta decisión perjudique a los productores españoles, así que agradecemos el apoyo recibido a las enmiendas presentadas para asegurar que este acuerdo va a ser beneficioso para todos.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Atsižvelgiant į sudėtingą Tuniso ekonominę padėtį bei 2015 m. pavasarį įvykdytus teroristinius išpuolius, dėl kurių šios šalies ekonomika dar labiau smuko, Europos Sąjunga imasi konkrečių Tuniso ekonomikos vystymąsi remiančių veiksmų.

Reglamentu numatoma laikinai, t. y. dvejus metus, leisti Tunisui per metus be muito eksportuoti į ES 35 000 tonų alyvuogių aliejaus. Prognozuojama, jog ši priemonė bus naudinga Tuniso ekonomikai, nes šios šalies alyvuogių auginimo sektoriuje netiesiogiai sukuriama daugiau kaip milijonas darbo vietų.

Įsipareigodama imtis tokių veiksmų, Europos Sąjunga remia Tuniso ekonomikos vystymąsi ir kartu skatina Tuniso demokratijos procesą.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Les attaques terroristes contre la jeune démocratie tunisienne ont porté un sévère coup à son économie. Afin de soutenir le pays, l'Union européenne propose une mesure exceptionnelle et temporaire d'augmentation des quotas d'importation d'huile d'olive sans droits de douane. Elle est doublée d'un mécanisme de compensation des possibles effets néfastes sur les productions européennes, voire de suspension de la mesure. Cette forme d'aide n'est pas pour autant dénuée d'intérêt pour les exportateurs d'huile de l'UE — qui transforment l'huile tunisienne sur notre sol avant de l'exporter. Aussi, peut-on regretter que l'UE ne choisisse pas plutôt de donner les moyens au pays d'améliorer ses propres infrastructures de traitement de l'huile. Si le motif présenté est de soutenir la transition démocratique, l'effacement de la dette tunisienne, largement détenue par les États européens, aurait été une bien meilleure solution économique comme politique pour une dette, rappelons-le, contractée par le dictateur Ben Ali et sa bande corrompue. Je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – L'Union européenne, sous couvert d'«humanisme», se dispose à venir défendre les intérêts de la Tunisie contre ceux des producteurs du sud de l'Europe; l'Italie notamment. La Commission veut imposer des quotas supplémentaires sans droits de douane: (35 000 tonnes d'huile d'olive alors que son importation est actuellement de 56 700 tonnes). Cela va créer une concurrence déloyale pour ce secteur en crise. Les prix ont globalement baissés ces dix dernières années, aussi est-il malvenu d'empirer la situation de la sorte.

En conséquence j'ai voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Relativamente ao relatório de introdução de medidas comerciais autónomas de emergência para a Tunísia, o sentido do meu voto foi a abstenção.

Depois dos atentados na Tunísia, é importante que a União Europeia se mostre solidária com este país. No entanto, tenho muitas reservas quando vejo a União Europeia utilizar a política comercial como moeda de troca em situações desta natureza.

No caso, o setor do azeite dos países do Sul da Europa sairá muito prejudicado. O setor do azeite é extremamente importante para Portugal, que tem promovido a produção nacional com apoios ao investimento e à internacionalização, tendo triplicado a produção entre 2007 e 2014.

Manifesto alguma preocupação com o prejuízo que o setor possa vir a sofrer, pelo que me absteve.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of these trade measures as it is important that the European Union sends the message that we are ready to assist Tunisia's economic recovery and tackle the level of unemployment amongst its youth whilst at the same time preserving the stability of the European Union's olive oil market.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Tunisko je dávny partnerom EÚ, keďže prvá dohoda o obchodnej spolupráci medzi oboma partnermi pochádza už z roku 1969. Rokovania, ktoré začali v roku 2015 medzi EÚ a Tuniskom o voľnom obchode, sú akýmsi vyústením tejto dlhoročnej spolupráce. Dohody tohto typu prispievajú nielen k zlepšeniu hospodárstva obidvoch zmluvných partnerov, ale aj k posilneniu iných vzťahov medzi nimi, preto sú vždy veľmi vítané. Veľmi oceňujem politickú situáciu v Tunisku, ktorá je vzorom pre všetky okolité krajiny. Napriek pozitívnej situácii v politike Tunisko čelí mnohým problémom, ktoré vychádzajú najmä z regionálnych rozdielov a z konfliktov v okolitých krajinách. Aj v tejto oblasti by mohla dohoda medzi EÚ a Tuniskom prispieť k stabilite a upevňovaniu demokracie. Napriek pozitívam, ktoré dohoda prinesie, chcem opäť apelovať na dodržiavanie európskych štandardov, najmä pri úprave tých oblastí, ktoré majú vplyv na potravinový priemysel a zdravie ľudí.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – I support the Commission's proposal of granting emergency autonomous trade preferences to Tunisia. I believe that after the terrorist attacks of last year Tunisia's economy needs further assistance. The olive oil sector is crucial as it indirectly employs more than a million people in Tunisia, representing one fifth of the jobs in the agricultural industry. Therefore these measures will bring concrete benefits to Tunisian citizens in the short run. I am painfully aware of the sensitivities of certain of our Member States producing olive oil. For this reason it is important to stress that the measures will be temporary and that an impact assessment should be carried out after one year as of their application.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság parlamenti és tanácsi rendelet elfogadására tett javaslatot a súlyos nehézségekkel küzdő tunéziai gazdaság és egyúttal a megindult tunéziai demokratizálódási folyamat támogatása érdekében. Ennek érdekében két éves időszakra évi 35 000 tonna, összesen tehát 70 000 tonna olívaolaj vámmentes exportálására vonatkozó ideiglenes, egyoldalú vámkontingens megnyitását javasolja Tunézia számára, a teljes behozatali mennyiség megemlése nélkül. Tekintettel arra, hogy az olívaolaj Tunézia legfőbb Unióbba irányuló mezőgazdasági exportterméke, a tunéziai olívaolaj-ágazat pedig közvetett módon több mint egymillió embernek, a teljes tunéziai mezőgazdaságban foglalkoztatottak egyötödének ad munkát, az intézkedés komoly segítséget jelent Tunéziának.

A Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság jelentésében az javasolja, hogy a Parlament néhány módosító indítvány mellett támogassa a rendelet elfogadását. Ezzel összhangban szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Nous votons contre ces mesures qui doivent permettre l'importation supplémentaire sans droits de douane de 35 000 tonnes d'huile d'olive depuis la Tunisie vers l'Union européenne.

Il existe d'autres mesures pour aider l'économie tunisienne perturbée par les attentats terroristes que de continuer à malmenier les oléiculteurs européens.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Pour aider la Tunisie, dont l'économie est gravement affectée par les attentats terroristes, la Commission propose un quota supplémentaire sans droit de douane de 35 000 tonnes d'exportations d'huile d'olive de la Tunisie vers l'UE. L'actuel contingent est de 56 700 tonnes. On aurait pu aider de bien d'autres manières la Tunisie sans mettre en difficulté les oléiculteurs européens. Le prix de l'huile d'olive a eu tendance à baisser tendanciellement depuis 10 ans, affectant les producteurs européens. Cela, la Commission n'en a cure. C'est pourquoi j'ai voté contre.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The EU has taken steps to support Tunisia's economy after the terrorist attacks in 2015 by taking practical measures that should boost the country's economic development. The Commission is proposing to offer a zero-duty tariff quota of 70 000 tonnes for exports of olive oil from Tunisia to the EU, in the form of an autonomous trade measure. I voted for this report that will benefit a large portion of the Tunisian economy taking into consideration that the olive oil sector indirectly employs more than one million people.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Европейското селско стопанство е изправено пред криза. Макар зехтинът да не беше включен в стоките, забранени за внос в Русия, наложеното от федерацията ембарго донесе широк отзвук в целия сектор и вследствие на това европейското земеделие продължава тревожната тенденция на загуба на своята привлекателност. Несигурностите в сектора правят този поминък по-малко атрактивен като ножицата на поколенческата пропаст се разтваря все повече.

Нелибералните политики на свободна търговия и премахване на защитни механизми за европейските земеделци само допринасят към утвърждаването на тези тенденции.

Европейският съюз трябва да се отнася отговорно към държавите в съседство, но без това да бъде в ущърб на европейския земеделец, който става все по-честа жертва на политически решения.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport vise à accorder à la Tunisie 35 000 tonnes de quotas d'importation de l'huile d'olive vers l'Union pour les années 2016 et 2017. La production européenne d'huile ayant chuté, cette mesure permet de soutenir les producteurs Tunisiens sans bouleverser considérablement les producteurs européens.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Tuneesia majanduslik ja poliitiline toetamine on oluline, et riik suudaks pärast seal toimunud terrorirünnakuid toimida ja edasi liikuda. Arvestades, et oliiviõli on Tuneesia suurim põllumajanduslik ekspordartikkel, on ELi sellekohane lühiajaline meede mõistlik.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραφώς*. – Η συμφωνία ΕΕ - Τυνησίας για την αδασολόγητη εισαγωγή στην ΕΕ 75.000 τόνων ελαιολάδου για 2016-2017 αποτελεί ένα ακόμη οδυνηρό πλήγμα της ΕΕ στους φτωχούς ελαιοπαραγωγούς της Ελλάδας. Η συμφωνία έρχεται ενώ η ΚΑΠ έχει επιφέρει συντριπτικό χτύπημα στους μικρομεσαίους αγρότες και η συγκυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ μαζί με ΕΕ και ΔΝΤ επιδιώκει τη χαριστική βολή με βάρβαρα αντιλαϊκά μέτρα. Συμπίπτει με την προσπάθεια να χτυπηθεί ο δίκαιος αγώνας της φτωχής αγροτιάς επειδή παλεύει στα μπλόκα για την επιβίωση.

Τα ψέματα ότι η συμφωνία γίνεται για να «αντιμετωπίσουν την τρομοκρατία» και να «προωθήσουν τον εκδημοκρατισμό» της Τυνησίας, δεν παραπλανούν κανέναν. Βασικός στόχος είναι να ρίξει την τιμή παραγωγού στο ελαιόλαδο, ώστε μεσάζοντες και μεγαλέμποροι να συνεχίσουν να αγοράζουν φτηνά και να πουλάνε ακριβά. Οι εργαζόμενοι θα αγοράζουν πανάκριβα το λάδι, ενώ οι φτωχοί παραγωγοί θα είναι δέσμοι της εκμετάλλευσης.

Η συμφωνία υπηρετεί αποκλειστικά τα κέρδη των μεγάλων επιχειρηματικών ομίλων στην αλυσίδα της μεταφοράς, εξαγωγής, εισαγωγής, διάθεσης και εμπορίας. Η φτωχή αγροτιά να βγάλει κι από αυτό τα συμπεράσματά της. Ο δίκος της δρόμος είναι η πάλη της σε συμμαχία με την εργατική τάξη και τα άλλα φτωχά λαϊκά στρώματα ενάντια στα μονοπώλια και την εξουσία τους, και τις ιμπεριαλιστικές ενώσεις τους που τα υπηρετούν.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP does not oppose the concept of trade with all countries. However, we feel that the EU has no right to conduct our trade negotiations, especially when it inaccurately claims that such preferences will prevent terrorism. We find the claim that poverty drives terrorism to be insulting to the millions of poor but peaceful people in the world. Therefore we voted against.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – La Tunisia si trova attualmente in un momento molto difficile, poiché la sua economia è stata duramente colpita dall'attentato terroristico di Sousse del 2015. La Commissione ha dunque valutato l'opportunità di aiutare il suddetto Stato dandogli la possibilità di commerciare dell'olio a condizioni economiche favorevoli.

Ribadisco la mia assoluta disapprovazione verso queste decisioni che rischiano di minare le economie dei Paesi del bacino del mediterraneo. Pur ritenendo doveroso aiutare Paesi in difficoltà, quali la Tunisia, ritengo non opportuno approvare decisioni che porteranno ad un ricaduta economica gravissima per i settori agricoli dei Paesi del Sud Europa.

Si poteva e doveva trovare un altro modo per aiutare umanitariamente ed economicamente la Tunisia, senza minare l'economia di alcuni Paesi europei e dei loro cittadini.

Marijana Petir (PPE), *napisan.* – Kako bi izrazila solidarnost s Tunisom i pružila potporu demokratskom režimu, Europska komisija predložila je uvođenje privremenih jednostranih bescarinskih kvota od 35 000 tona godišnje za tuniski izvoz maslinovog ulja u Europsku Uniju, uz već postojeću kvotu od 57 000 tona. Takva bi kvota bila dostupna tijekom razdoblja od dvije godine, od 1. siječnja 2016. do 31. prosinca 2017. Maslinovo ulje glavni je tuniski poljoprivredni proizvod za izvoz u EU, a industrija maslinovog ulja važan je dio gospodarstva te zemlje, izravno i neizravno zapošljavajući više od milijun ljudi. Nedugo nakon donošenja prijedloga za uvođenje autonomnih trgovinskih mjera za Republiku Tunis, zastupnici u Europskom parlamentu pozvali su Komisiju da ponovno razmotri spomenuti zakonodavni prijedlog i ne dopusti dodatni pristup tuniskog maslinova ulja europskom tržištu te utvrdi druge mjere za potporu političkoj i gospodarskoj tranziciji Tunisa. Europski sektor maslinarstva već je bio teško pogođen gospodarskom krizom. Maslinovo ulje nije samo najvažniji poljoprivredni proizvod koji se iz Tunisa izvozi u EU, već je tržište maslinova ulja prije svega i jedno od strateških tržišta za gospodarstvo mediteranskih država članica EU-a, koje proizvode maslinovo ulje vrhunske kvalitete zato tražim zaštitu interesa naših poljoprivrednika.

Florian Philippot (ENF), *par écrit.* – Pour aider la Tunisie, dont l'économie est gravement affectée par les attentats terroristes, la Commission propose un quota supplémentaire sans droit de douane de 35 000 tonnes d'exportations d'huile d'olive de la Tunisie vers l'UE. L'actuel contingent est de 56 700 tonnes. La mesure sera mise en place du 1^{er} janvier 2016 au 31 décembre 2017. On aurait pu aider de biens d'autres manières la Tunisie sans mettre en difficulté les oléiculteurs européens, déjà très atteints par l'épidémie de la bactérie *Xylella fastidiosa*. Je considère que la Commission européenne devrait d'abord se préoccuper de trouver des solutions aux problèmes économiques de l'Union européenne, y compris ceux qu'elle a elle-même créés, avant de prétendre aider les autres. J'ai donc voté ce rapport.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Maslinovo ulje glavni je tuniski poljoprivredni proizvod za izvoz u Uniju, a industrija maslinovog ulja važan je dio gospodarstva te zemlje koja je zadnjih godina pretrpila značajne financijske posljedice. U iščekivanju zaključivanja pregovora o uspostavljanju područja produbljene i sveobuhvatne slobodne trgovine i kao odgovor na gospodarsku krizu u Tunisu te kako bi pružila potporu provedbi potrebnih političkih reformi, Europska unija je odobrila povećanje makrofinancijske pomoći Tunisu u iznosu od 300 milijuna eura.

Ova mjera je još jedan od prijedloga pomoći Tunisu kojeg ne smatram nužno najadekvatnijim. Cijena ulja u Tunisu je neusporedivo niža nego u EU-u. Mišljenja sam kako bi konkretnija mjera pomoći bila podizanje cijene na tuniškom tržištu. Na ovaj način riskiramo da će dodatni profit ostvariti jedino preprodavači ulja. S druge strane moramo u obzir uzeti i maslinarski sektor u Europi koji je u zadnje dvije godine već pogođen nezapamćenom krizom i rekordno niskim prinosima. Zalihe ulja su niže od prosjeka što otvara dodatan prostor ulju iz Tunisa. Međutim, potrebno je definirati zaštitne mehanizme ukoliko prinos maslina u Europi ove godine bude viši. Zbog navedenih razloga podržavam sva 4 podnesena amandmana kojima se preciziraju uvjeti i poboljšava prijedlog pomoći Tunisu.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito.* – Na sequência dos lamentáveis atentados de 26 de junho de 2015, propõe-se um contingente pautal unilateral e temporário, com isenção de direitos, de 35 000 toneladas anuais, sob a forma de medida comercial autónoma, para as exportações de azeite da Tunísia para a União Europeia. Um contingente a ser disponibilizado por um período de dois anos, com início a 1 de janeiro de 2016.

A produção de azeite tem uma significativa relevância económica e social, não só para Portugal, mas também para outros Estados-Membros mediterrâneos. Entendemos a necessidade de prestar auxílio à Tunísia, nomeadamente na sequência dos criminosos atentados perpetrados.

Não aceitamos, contudo, que sejam sistematicamente os mesmos a suportar os custos desta solidariedade, sobrecarregando países, como Portugal, que têm as suas economias deprimidas por via das políticas de austeridade impostas pela Troika, neste caso por via de uma solidariedade que está em conflito direto com os seus interesses de produção nacional.

A União Europeia deve ativar outros mecanismos de solidariedade que permitam dar o devido apoio à Tunísia. Pelo expresso, votámos contra.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Podržavam izvješće Marielle de Sarnez o uvođenju hitnih autonomnih trgovinskih mjera za Republiku Tunis.

Tunis se nalazi u teškoj situaciji u kojoj prolazi kroz političku i ekonomsku tranziciju u čemu je Tunisu potrebna pomoć EU-a. Kako bi se ta pomoć pružila, Komisija predlaže da se Tunisu ponudi privremena, unilateralna bescarinska kvota tarifne rate od 35 000 tona godišnje za izvoz maslinovog ulja u EU, u obliku autonomne trgovinske mjere. Ta kvota bit će dostupna u periodu od dvije godine od siječnja 2016. godine do siječnja 2017. Spomenuta mjera uvelike bi pomogla Tunisu u obnovi ekonomije, koja je u vrlo teškom stanju. Međutim, moramo biti svjesni činjenice kako je solidarnost Europske unije u ovome slučaju razvijena na račun proizvođača maslinovog ulja u južnoj Europi. Stoga je vrlo važno da se odredi učinak koji će ova mjera imati na europski poljoprivredni sektor, a i da se mjera ograniči u vremenskom i količinskom pogledu. Negativni učinci na tržište maslinovim uljem moraju se minimalizirati kako bi se spriječio pad europskih cijena maslinovog ulja u nadolazećim mjesecima.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie.* – Zamach terrorystyczny 26 czerwca 2015 r. w Susie wywołał w UE debatę na temat konieczności dalszego wspierania Tunezji w transformacji politycznej i gospodarczej w konkretny i ukierunkowany sposób, za pomocą działań, które mogą być skuteczne w perspektywie krótkoterminowej. Rada określiła działania, które należy podjąć na rzecz wsparcia transformacji politycznej i gospodarki w Tunezji. W tym kontekście Komisja Europejska proponuje tymczasowy jednostronny bezcłowy kontyngent taryfowy w wysokości 35 000 ton rocznie na wywóz oliwy z oliwek z Tunezji do Unii, w formie autonomicznych środków handlowych. Kontyngent ten będzie dostępny przez dwa lata od dnia 1 stycznia 2016 r. do dnia 31 grudnia 2017 r. Dodatkowa ilość zostanie otwarta po wyczerpaniu obecnego bezcłowego kontyngentu taryfowego, wynoszącego 56 700 ton. Oliwa z oliwek jest głównym produktem rolnym Tunezji wywożonym do UE, a sektor oliwy z oliwek to ważna część gospodarki krajowej – zapewnia bezpośrednio i pośrednio zatrudnienie dla ponad miliona osób, co stanowi łącznie jedną piątą zatrudnienia w całym sektorze rolnictwa. Należy zauważyć, że ustępstwo to nie powinno przesądzać o wyniku negocjacji dotyczących rolnictwa w ramach umowy o wolnym handlu, które rozpoczęły się w październiku 2015 r. Niniejszym popartem sprawozdanie.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich.* – Durch die Terroranschläge vom 18. März in Tunis bzw. vom 26. Juni 2015 in Sousse wurde die tunesische Wirtschaft schwer getroffen. Vor diesem Hintergrund schlägt die Europäische Kommission ein befristetes, einseitiges und zollfreies Kontingent für Tunesien von jährlich 35 000 Tonnen Olivenöl vor, das zur ökonomischen Stabilisierung des Landes beitragen soll. Dieses Kontingent wird für einen Zeitraum von zwei Jahren – vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2017 – gelten und wird eröffnet, sobald das derzeitige, in dem Assoziationsabkommen zwischen der Union und Tunesien verankerte zollfreie Kontingent von 56 700 Tonnen ausgeschöpft ist. Ich stimme deshalb für den Vorschlag, weil ich insbesondere im Hinblick auf die gegenwärtig stattfindende Völkerwanderung nach Deutschland der Meinung bin, dass es notwendig ist, die innere Stabilität der Maghrebstaaten zu fördern. Mit dieser Verordnung wird ein Teil dazu geleistet.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito.* – Los socialistas del PE entendemos que la situación geopolítica de Túnez merece todo el apoyo y la solidaridad por parte de la UE. Sin embargo, no somos partidarios de que el peso de la misma recaiga exclusivamente sobre los agricultores del sur de Europa y sin unas mínimas garantías para el sector europeo del aceite de oliva, del que depende la economía de amplios territorios de la UE.

Al contingente libre de aranceles del que disfruta este país se añade uno suplementario de 35 000 toneladas de aceite de oliva durante los años 2016 y 2017. Nos preocupa que se adopten este tipo de medidas sin estudios de impacto previos y suprimiendo los certificados mensuales que escalonan la llegada al mercado de aceite de la UE.

Hemos conseguido el apoyo a dos enmiendas que inciden en el origen exclusivamente tunecino del aceite y refuerzan el carácter temporal del incremento de toneladas, desligando esta medida de emergencia de las negociaciones en curso sobre el Acuerdo de Asociación UE-Túnez.

La votación final ha sido aplazada para negociar con el Consejo los dos nuevos textos promovidos por la delegación socialista española.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Pour aider à renforcer l'économie de la Tunisie, touchée en 2015 par des attaques terroristes, le Parlement européen s'est prononcé aujourd'hui sur un plan d'urgence, que j'ai soutenu, permettant l'importation en franchise de droits de 70 000 tonnes supplémentaires de son huile d'olive vierge dans l'UE en 2016-2017. La Tunisie a parcouru un long chemin depuis le Printemps arabe et a été la cible d'attaques terroristes, précisément parce qu'elle est sur la voie de la consolidation de sa démocratie. Ces attaques ont eu un impact énorme sur le secteur du tourisme et de l'économie en général à un moment où les Tunisiens étaient déjà confrontés à une crise économique difficile, avec un taux de chômage élevé. Voilà pourquoi il est crucial que l'Europe exprime sa solidarité envers le peuple tunisien et l'aide avec des mesures concrètes, comme celle votée ce midi, qui stimulent immédiatement et directement son économie.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes manau, kad kuo skubiau reikia suteikti pagalbą Tunisui, kuris yra atsidūręs nepavydėtinoje ekonominėje situacijoje. Suprantu, kad leidus Tunisui eksportuoti į Europos Sąjungą alyvuogių aliejų be muito išskyla grėsmė Pietų Europos žemdirbiams. Tačiau manau, kad jau šiuo metu aliejus iš Tuniso pasiekia ES - tik ne visuomet tai matosi produktų etiketėse. Kita vertus tikiuosi, kad jei eksporto lengvatos sukels neigiamų pasekmių Europai, mes galėsime grįžti prie šio klausimo ir koreguoti savo strategiją.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório diz respeito à introdução de medidas comerciais autónomas de emergência para a República da Tunísia, na sequência do ataque terrorista ocorrido a 26 de Junho de 2015, em Sousse.

Em concreto, está em causa a concessão de um contingente pautal anual, com isenção de direitos, de 35 mil toneladas para as exportações de azeite da Tunísia para a UE em 2016 e 2017, dando um valor de 70 mil toneladas no total, após o esgotamento das atuais 56 700 toneladas previstas no Acordo de Associação UE-Tunísia, também elas isentas de direitos.

Em sede de plenário, tive oportunidade de referir que sou totalmente favorável ao auxílio político e económico a este país, embora discorde da forma como o mesmo pretende ser exercido, já que seria possível utilizar outro tipo de instrumentos, por exemplo, no âmbito da Política de Vizinhaça ou Ajuda Humanitária, sem colocar em causa o setor do azeite, que tanta importância assume para a economia agrícola de alguns Estados-Membros.

O princípio da solidariedade não deve valer apenas para fora da UE, mas também no seio da UE e, por essa razão, decidi abster-me.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui porte sur la proposition de règlement de la Commission visant à accorder pour une durée de deux ans un quota tarifaire unilatéral exempté de droits de douane d'un volume de 35 000 tonnes pour les exportations d'huile d'olive de Tunisie vers l'Union européenne.

La Tunisie a connu récemment plusieurs vagues d'attentats à la suite desquelles le secteur du tourisme, ressource économique importante pour le pays, s'est effondré. Le secteur de l'huile d'olive joue un rôle important dans l'économie tunisienne et ces mesures exceptionnelles et temporaires permettront d'aider la Tunisie à stabiliser sa situation économique et à poursuivre son processus démocratique.

De plus, le texte demande à ce qu'il ne puisse y avoir d'abus ou de contournements de ce contingent supplémentaire et qu'il bénéficie à tous les producteurs tunisiens, y compris les petits producteurs.

Je tiens également à souligner qu'étant donné la situation de crise agricole et afin de ne pas pénaliser nos agriculteurs, le texte voté comporte un examen à mi-parcours des effets de ce règlement et permet de prendre des mesures correctives pour rétablir la situation sur le marché européen si celui-ci venait à être déstabilisé.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato contro queste misure commerciali in favore alla Tunisia perché le ritengo lesive dei mercati interni all'Europa, soprattutto quelli del Mediterraneo. Non contesto l'idea in sé, ovvero aiutare la Tunisia che è un paese per noi troppo importante anche sotto il profilo dei flussi migratori, ma critico il mezzo scelto dalla Commissione europea per aiutarli. Le concessioni tariffarie unilaterali su 35 mila tonnellate di olio in due anni, significa minare il nostro mercato, soprattutto quello italiano, e distruggere tutte le PMI che producono olio di qualità.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de estas medidas comerciales extraordinarias porque considero que, en primer lugar, no responden al sentido original del mandato del Consejo, al no favorecer al conjunto de la economía y de la sociedad tunecina sino a las empresas productoras de aceite de oliva con capacidad exportadora. Asimismo, el informe no prevé mecanismos de compensación lo suficientemente garantistas en caso de una caída de los precios del aceite de oliva en Europa, que podría afectar negativamente a los productores de aceite europeos, en particular italianos y españoles. Por último, estas medidas extraordinarias parecen abrir la puerta a un aumento permanente del contingente de aceite tunecino importado en el marco del Acuerdo de Libre Comercio entre la UE y Túnez, que se encuentra actualmente en fase de negociación.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Vorschlag der Kommission zur Einführung dringender autonomer Handelsmaßnahmen für Tunesien in Form eines zusätzlichen, befristeten, einseitigen und zollfreien Kontingents von 35 000 Tonnen Olivenöl gestimmt, weil wir hiermit Handelspräferenzen gewähren, um ein politisches Signal zugunsten des im Jahr 2015 von Terrorismus betroffenen Landes zu setzen. Zu beachten ist, dass Olivenöl die Hauptagrarausfuhren Tunesiens in die EU sind und der Sektor eine Million direkte und indirekte Arbeitsplätze schafft.

Ich denke, wir haben einen guten Kompromiss in Form der Durchführung einer Folgenabschätzung nach der Hälfte der Zeit gefunden, indem wir, falls sich negative Auswirkungen auf die Olivenölausfuhr aus der Europäischen Union ergeben, konkrete Korrekturmaßnahmen durchführen können.

Jasenko Selimovic (ALDE), *skriftlig*. – Upprepade terroristattacker har slagit hårt mot Tunesiens redan svaga ekonomi. Därför har EU-kommissionen föreslagit tillfälliga åtgärder för att stödja Tunisien. Jag är övertygad om att en årlig tullfri importkvot på 35 000 ton olivolja kommer att ha stor betydelse för Tunisien, i och med att olivolja är landets största exportvara och sektorn sysselsätter cirka en miljon människor.

Jag delar inte uppfattningen att förslaget har skadliga effekter på EU:s marknad, eftersom EU:s egen produktion på sistone, av olika anledningar, har minskat med cirka 48 %, och Tunesiens olivolja utgör cirka 1,7 % av den europeiska konsumtionen. Dessa tillfälliga åtgärder är inte tillräckliga, men jag väljer ändå att ställa mig bakom förslaget med beklagande av att protektionismen lyckades smyga sig in i slutresolutionen.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – A seguito degli attentati terroristici del 26 giugno 2015 a Sousse, in Tunisia, l'Unione europea ha deciso di introdurre alcune misure commerciali autonome di emergenza a favore della Repubblica tunisina. Tali misure autorizzano l'importazione senza dazio di 35 mila tonnellate di olio d'oliva per due anni, oltre alle 56 700 tonnellate già iscritte nell'accordo di associazione concluso tra l'UE e la Tunisia.

Questo accordo, che autorizza un accesso temporaneo supplementare dell'olio d'oliva tunisino nel mercato europeo, rischia di compromettere inevitabilmente il comparto olivicolo italiano, che solo recentemente sta segnando un buon livello di crescita dopo una forte crisi nel 2014. L'olio d'oliva tunisino, infatti, sarà sicuramente posto in commercio a prezzi inferiori rispetto a quello di produzione nazionale, pregiudicando i consumi e le vendite dell'olio d'oliva italiano di qualità.

Considerando che l'industria olearia è sicuramente una delle eccellenze del settore agricolo italiano, ritengo che debba essere difesa e tutelata. Ho deciso quindi di votare contro la relazione.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I have long supported any measure to aid Tunisia in its transition to democracy. It has been a success story for the region, in my view. The vote today represents a concrete measure to deliver on these promises, which help the Tunisian economy and boost jobs and growth.

Branislav Škripek (ECR), písomne – Hlasoval som za to, aby Komisia ponúkla dočasnú jednostrannú colnú kvótu s nulovou sadzbou v objeme 35 000 ton ročne v priebehu najbližších dvoch rokov na vývoz olivového oleja z Tuniska do Únie. Týmto konkrétnym záväzkom k podpore hospodárskeho rozvoja v spolupráci s tuniským ľudom zároveň podporujeme aj proces demokratických zmien v Tunisku.

Davor Škrlec (Verts/ALE), napisan. – Pozitívno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pisno. – 26.6.2015 se je v Susu zgodil teroristični napad, zaradi česar se je EU odločila, da bo Tuniziji ponudila več pomoči pri njeni politični in gospodarski tranziciji. To bo naredila s konkretnimi in ciljno usmerjenimi ukrepi, ki so lahko učinkoviti tudi kratkoročno. Komisija je tako predlagala, da se uvede začasna enostranska brezcarinska tarifna kvota v višini 35.000 ton na leto za izvoz oljčnega olja iz Tunizije v EU v obliki avtonomnih trgovinskih ukrepov. Taka kvota bo na voljo za obdobje dveh let (od januarja 2016 do decembra 2017).

Strinjam se, da mora EU prispevati k oživitvi gospodarstva Tunizije v tem težavnem obdobju, vendar pa menim, da se solidarnost EU ne bi smela izjaviti v škodo kmetovalcev južne Evrope, ki so v tem primeru proizvajalci oljčnega olja.

V sektorju oljčnega olja je EU vodilna na svetu. Na obsežnih območjih držav EU, ki jih je finančna in gospodarska kriza najbolj prizadela, ta sektor zagotavlja na tisoče delovnih mest in prispeva k pozitivni trgovinski bilanci EU.

Poročilo vsebuje določene predloge sprememb, katerih namen je predvsem spodbuditi Komisijo, da hkrati z ugotavljanjem izvedljivosti predloga oceni tudi učinek tovrstnih ukrepov na evropski kmetijski sektor. Menim, da so predlogi ustrezni, zaradi česar sem poročilo podprl.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Nakon terorističkog napada 26. lipnja 2015. u Sousseu, Tunis, Vijeće Europske unije u svojim je Zaključcima od 20. srpnja 2015. navelo da će Unija nakon savjetovanja sa svojim državama članicama istražiti mogućnost poduzimanja izvanrednih i privremenih mjera za potporu tuniskom gospodarstvu. Maslinovo ulje glavni je tuniski poljoprivredni proizvod za izvoz u Uniju, a industrija maslinovog ulja važan je dio gospodarstva te zemlje, kao i gospodarstva nekih država članica. Stoga se za godinu 2016. otvara bescarinska tarifna kvota od 35 000 tona za uvoz u Uniju djevičanskog maslinovog ulja razvrstanog u oznake KN 1509 10 10 i 1509 10 90 koje je u potpunosti proizvedeno u Tunisu i dopremljeno u Uniju izravno iz Tunisa. Te bi mjere trebale biti vremenski ograničene i ne dovoditi u pitanje pregovore između Unije i Tunisa o uspostavi područja produbljene i sveobuhvatne slobodne trgovine (DCFTA), te sam stoga podržao izvješće.

Dubravka Šuica (PPE), napisan. – Izvješće o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o uvođenju hitnih autonomnih trgovinskih mjera za Republiku Tunis predlaže mjere za poboljšanje teške gospodarske situacije u kojoj se Tunis našao nakon nedavnih terorističkih napada. Regulacijom je izglasana neoporeziva godišnja kvota za izvoz 35 000 tona djevičanskog maslinovog ulja potpuno proizvedenog u Tunisu u Europsku uniju. Uvedene su licence koje će se izdavati od siječnja do listopada 2016. i 2017. godine bez kojih neće biti moguće izvoziti maslinovo ulje. Ove iznimne mjere bit će na snazi u trajanju od 2 godine.

Izglasani amandmani na donešene regulacije pružit će zaštitu zemljama članicama koje se bave industrijom i izvozom maslinarskih proizvoda. Smatra se da količina kvotom predviđenog uvezenog ulja neće naštetiti građanima EU-a koji se bave industrijom maslina. Nadalje, ukoliko Komisija pronađe dokaze da se Tunis ne pridržava uvjeta ili utvrdi da postoji neravnoteža europskog tržišta, može donijeti akt kojim se djelomično ili u potpunosti suspendiraju povlašteni sporazumi s Tunisom. Glasala sam za odgodu zbog daljnjeg usuglašavanja oko nekih stavki iz ovog izvješća.

Patricija Šulin (PPE), pisno. – Glasovala sam za poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o uvedbi nujnih avtonomnih trgovinskih ukrepov za Republiko Tunizijo.

Podpiram predloge sprememb, ki vključujejo Komisijin vmesni pregled učinka, ki ga ima ta uredba od začetka veljavnosti na trg oljčnega olja v Uniji. Če pa se bo v pregledu ugotovilo, da določbe uredbe negativno vplivajo na trg Unije, se na Komisijo prenese pooblastilo za sprejetje izvedbenega akta, s katerim bi Komisija lahko predlagala popravne ukrepe za ureditev položaja na trgu Unije.

S tem izražamo svojo podporo gospodarskemu razvoju v Tuniziji.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu o návrhu nařízení Evropského parlamentu a Rady o zavedení mimořádných autonomních obchodních opatření pro Tuniskou republiku. EU se tím snaží pomoci Tunisku v jeho obtížné hospodářské situaci, která je mimo jiné způsobena teroristickými útoky z poslední doby, a zabránit tak zpomalení transformace tuniské ekonomiky a případným politickým výkyvům, které by mohly mít neblahý vliv na stabilitu daného státu. Tím, že se Evropská unie konkrétně staví po boku Tunisánů s cílem podpořit jejich hospodářský rozvoj, jedná také ve prospěch tuniského demokratického procesu.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Στον κανονισμό προβλέπεται η αύξηση εισαγωγών ακατέργαστου ελαιολάδου 35.000 τόνων ετήσια για τα χρόνια 2016 και 2017. Η οικονομία της Τυνησίας έχει πληγεί όλα αυτά τα χρόνια και από την αστάθεια που επικρατούσε, καθώς και από τις τρομοκρατικές επιθέσεις. Αποτελεί, ίσως, μια από τις ελάχιστες χώρες της περιοχής όπου σήμερα παρατηρείται σταθερότητα και δεν έχει περιέλθει στο χάος που μαστίζει άλλες χώρες της περιοχής όπως για παράδειγμα τη γειτονική Λιβύη.

Ωστόσο, η πρόταση για αύξηση των εισαγωγών ελαιόλαδου δημιουργεί προβλήματα και αντιρρήσεις από τις χώρες, ειδικά, του νότου, οι οποίες θεωρούν βάσιμα ότι θα πληγεί η δική τους οικονομία αν αυξηθούν οι εισαγωγές φτηνού ελαιόλαδου από την Τυνησία.

Παρότι στην Κύπρο δεν είμαστε μεγάλοι παραγωγοί, ωστόσο αυτό θα επηρεάσει του Κύπριους παραγωγούς. Για αυτό το λόγο καταψηφίσαμε την έκθεση.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A 2015. március 18-i tuniszi és a 2015. június 26-i szűszai terrorista merényletek súlyos csapást mértek a már amúgy is nagy nehézségekkel küzdő tunéziai gazdaságra.

Ebben a nehéz helyzetben az Európai Unió hangsúlyozni kívánja, hogy továbbra is tevékenyen támogatja Tunéziát, konkrétan annak gazdasági fejlődését.

Ennek szellemében Tunézia Unióbá irányuló olívaolaj-exportja tekintetében a Bizottság évente 35 000 tonna – összesen 70 000 tonna – mennyiségre vonatkozó, ideiglenes, egyoldalú vámmentes vámkontingens megnyitását javasolja autonóm kereskedelmi intézkedések formájában, a teljes behozatali mennyiség megemlése nélkül.

Az adott vámkontingens kétéves – 2016. január 1-jétől 2017. december 31-ig terjedő – időszakra áll majd rendelkezésre, és az Unió és Tunézia közötti társulási megállapodásban rögzített és jelenleg hatályos, 56 700 tonnára vonatkozó vámmentes vámkontingens kimerülése után válik hozzáférhetővé.

Abban az esetben azonban, amennyiben az új kvóta sérti a tagállamok kereskedelmi érdekeit, vagy hátrányos következménnyel van a belső piacra, az Unió jogosult az ennek kiküszöböléséhez szükséges lépések megtételére.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a határozatot, mert fontosnak tartom, hogy az Európai Parlament hallassa hangját a jelenlegi egyik legsúlyosabb humanitárius katasztrófa ügyében, és vesse latba nemzetközi súlyát Szaúd-Arábiával és a konfliktusban érintett más felekkel szemben a helyzet javítása érdekében. Sürgetőnek tartom, hogy a humanitárius segítség akadálytalan célhoz juttatása érdekében feloldják a tengeri blokádot és beszüntessék a harci cselekményeket Jemen egész területén. A helyzet különösen aggasztó vonása az áldozatok körében a gyermekek nagy száma, valamint a nemzetközi segítségszervezetek munkatársainak biztonságát súlyosan fenyegető veszélyek. Egyetértve azzal, hogy a jemeni helyzet rendezése érdekében kifejtett nemzetközi erőfeszítéseket az ENSZ irányítása alatt kell folytatni, figyelembe vettem azt a tényt is, hogy a kérdés kapcsán még EU tagállamok konkrét felelőssége is felmerül, különös tekintettel a térségbe irányuló fegyverszállítás korlátozásával kapcsolatos előírások betartása és betartatása tekintetében. Úgy vélem, ezt a szempontot az Európai Parlament eszközeivel a jövőben is szoros figyelemmel kell kísérnünk.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato contro la proposta della Commissione europea di permettere l'ingresso senza dazi nell'UE di 35 000 tonnellate di olio tunisino all'anno per due anni. Condivido la necessità di aiutare la Tunisia: tuttavia non è questa la strada giusta, dato che l'olio tunisino, secondo l'analisi della Commissione, sostituirà probabilmente l'attuale traffico di perfezionamento attivo: significa che resterà nell'UE e farà scendere il prezzo dell'olio, danneggiando i produttori dell'Italia e degli altri paesi mediterranei, fra l'altro già danneggiati dalle politiche UE di austerità.

Ho votato a favore degli emendamenti, che se non altro pongono condizioni restrittive: il primo impedisce che l'ingresso nell'UE senza dazi dell'olio tunisino venga prorogato, il secondo consente l'ingresso nell'UE dell'olio tunisino solo a patto che provenga esclusivamente da olive tunisine. Si riaprirà così la discussione dell'importazione dell'olio tunisino in seno al Consiglio UE.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – În urma atacurilor teroriste care au avut loc anul trecut în Tunisia, economia acestui stat a avut de suferit, în contextul în care deja se confrunta cu mari dificultăți. Uniunea Europeană a susținut tânăra democrație tunisiană, rășărită în urma Primăverii Arabe, inclusiv din punct de vedere economic. Unul dintre produsele foarte importante ale economiei tunisiene este uleiul de măsline, reprezentând un sector care angajează, direct și indirect, peste un milion de persoane, o cincime din totalul locurilor de muncă din agricultură. Pentru a încuraja menținerea și dezvoltarea acestui sector, Comisia Europeană a propus oferirea unilaterală, cu titlu temporar, a unui contingent tarifar scutit de taxe vamale, fără a crește volumul total al importurilor. Această măsură este menită să sprijine dezvoltarea economică și promovarea regimului democratic în Tunisia, deși afectează în mod marginal sectorul similar al economiei UE. Este vorba despre o măsură de tip strategic, care vizează consolidarea statului tunisian, precum și combaterea terorismului și a imigrației într-o zonă limitrofă a UE. Măsura urmează a se aplica până în momentul finalizării Acordului de liber schimb între cele două părți, asupra căruia negocierile au început în octombrie 2015. Consider că este o măsură salutară, care merită să fie susținută.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur du texte. L'Union européenne tient à réaffirmer son soutien, en agissant concrètement pour soutenir le développement économique de la Tunisie.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this emergency measure to boost Tunisia's economy, which is currently facing serious economic difficulties as a result of a series of terrorist attacks in 2015, in addition to an economy already suffering from the unstable post-revolutionary context. I hope that this measure, which will offer a temporary, unilateral duty-free tariff rate quota of 35 000 tonnes annually for Tunisia's exports of olive oil to the European Union, Tunisia's main agricultural export, can bring temporary relief to the Tunisian people.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam prijedlog uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o uvođenju hitnih autonomnih trgovinskih mjera za Republiku Tunis, jer smatram da će te mjere imati pozitivan učinak na olakšavanje teške gospodarske situacije s kojom se Tunis suočava zbog terorističkih napada.

Želim istaknuti da se posebne trgovinske mjere mogu suspendirati u slučaju da dođe do neravnoteže tržišta na razini Europske unije te ako uvođenje kvota iz ove Uredbe dovede do teškog narušavanja tržišta Europske unije. Budući da navedena suspenzija može trajati sve dok se na tržištu ne uspostave normalni uvjeti, smatram da to neće nepovoljno utjecati na proizvođače iz Europske unije.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o uvedbi nujnih avtonomnih trgovinskih ukrepov za Republiko Tunizijo sem podprla, saj je pomembno, da EU po težkih okoliščinah, ki so jih povzročili poletni teroristični napadi, izraža svojo podporo s konkretnimi dejanji, predvsem zaradi gospodarskega razvoja Tunizije.

Evropska komisija zato predlaga, da se uvede začasna enostranska brezcarinska tarifna kvota v višini 35.000 ton letno, to je skupaj 70.000 ton, za izvoz oljčnega olja iz Tunizije v Unijo.

Ukrep bo koristil velikemu delu tunizijskega gospodarstva. Tunizijski oljčni sektor namreč posredno zagotavlja delovna mesta za več kot milijon ljudi in predstavlja petino vseh delovnih mest v kmetijstvu te države. Oljčno olje je med drugim glavni kmetijski proizvod, ki ga Tunizija izvažata.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de estas medidas comerciales extraordinarias porque considero que, en primer lugar, no responden al sentido original del mandato del Consejo, al no favorecer al conjunto de la economía y de la sociedad tunecina sino a las empresas productoras de aceite de oliva con capacidad exportadora. Asimismo, el informe no prevé mecanismos de compensación lo suficientemente garantistas en caso de una caída de los precios del aceite de oliva en Europa, que podría afectar negativamente a los productores de aceite europeos, en particular italianos y españoles. Por último, estas medidas extraordinarias parecen abrir la puerta a un aumento permanente del contingente de aceite tunecino importado en el marco del Acuerdo de Libre Comercio entre la UE y Túnez, que se encuentra actualmente en fase de negociación.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Pour aider la Tunisie, dont l'économie est gravement affectée par les attentats terroristes, la Commission propose un quota supplémentaire sans droit de douane de 35 000 tonnes d'exportations d'huile d'olive de la Tunisie vers l'UE. L'actuel contingent est de 56 700 tonnes. La mesure sera mise en place du 1^{er} janvier 2016 au 31 décembre 2017.

On aurait pu aider de biens d'autres manières la Tunisie sans mettre en difficulté les oléiculteurs européens.

J'ai voté contre ce texte.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A 2015. március 18-i tuniszi és a 2015. június 26-i szúszai terrorista merényletek súlyos csapást mértek a már amúgy is nagy nehézségekkel küzdő tunéziai gazdaságra. Ebben a nehéz helyzetben az Európai Unió hangsúlyozni kívánja, hogy továbbra is tevékenyen támogatja Tunéziát, konkrétan annak gazdasági fejlődését. Ennek szellemében Tunézia Unióba irányuló olívaolaj-exportja tekintetében a Bizottság évente 35 000 tonna – összesen 70 000 tonna – mennyiségre vonatkozó, ideiglenes, egyoldalú vámmentes vámkontingens megnyitását javasolja autonóm kereskedelmi intézkedések formájában, a teljes behozatali mennyiség megemelése nélkül. Ez az intézkedés a tunéziai gazdaság nagy részére kedvező hatással lesz. Szavazatommal támogattam.

Traian Ungureanu (PPE), *în scris*. – Atacul terorist care a avut loc în Sousse, Tunisia, în iunie 2015 nu s-a soldat doar cu pierderi umane importante, ci a avut și un impact semnificativ asupra economiei tunisiene.

Propunerea de regulament al Parlamentului European și al Consiliului privind introducerea de măsuri comerciale autonome de urgență pentru Republica Tunisia are în vedere acordarea, printr-o serie de măsuri comerciale autonome specifice, pentru o perioadă de doi ani de zile, a unui contingent tarifar scutit de taxe vamale de 35 000 de tone anual pentru exporturile de ulei de măsline către Uniune. Aceste măsuri comerciale au rolul de a contribui la îmbunătățirea situației economice dificile cu care se confruntă Tunisia.

Parlamentul European sprijină adoptarea acestui regulament, solicitând însă Comisiei Europene efectuarea unei evaluări a impactului înregistrat asupra pieței uleiului de măsline a Uniunii, la jumătatea perioadei prevăzute în propunerea legislativă.

Am votat în favoarea acestui raport.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para garantizar que se adoptan medidas urgentes que permitan mejorar la situación económica de Túnez.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the introduction of emergency autonomous trade measures for Tunisia. After the terrorist attacks in Tunis and Sousse in 2015, tourist arrivals in Tunisia have decreased considerably, negatively affecting the already struggling economy. In order to help the Tunisian economy, an emergency short-term trade measure is announced in the form of a two-year temporary zero-duty tariff quota of 35 000 tonnes per year for EU olive oil imports from Tunisia for 2016 and 2017. The measure will not increase the overall volume of imports from Tunisia as the EU will only discount duties on the current Tunisian olive oil exports to the EU. In order to further protect the EU olive producers, additional precautions will be undertaken such as a mid-term assessment and updates of the measures if they turn out harmful for EU olive oil producers, as well as a 'tracking clause' obligation ensuring that the olive oil truly comes from Tunisia. I voted in favour of this emergency measure in order to help the damaged Tunisian economy.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório propõe, na sequência dos atentados de 26/6/2015, a concessão, para as exportações de azeite da Tunísia para a União Europeia, de um contingente pautal unilateral e temporário com isenção de direitos de 35 000 toneladas anuais, sob a forma de medida comercial autónoma. Esse contingente será disponibilizado por um período de dois anos, de 1 de Janeiro de 2016 até 31 de Dezembro de 2017.

Para Portugal, bem como outros Estados-Membros da orla do Mediterrâneo, a produção de azeite tem uma significativa importância económica e social.

Não compreendemos que sejam sistematicamente os mesmos de sempre a arcar com os custos desta solidariedade, que decorre inclusivamente das políticas imperiais de ingerência dos países mais poderosos. Apelamos, assim, a que sejam encontradas outras formas de solidariedade que não penalizem apenas os países e as economias em dificuldade.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Durch ein befristetes, einseitiges Kontingent für den zollfreien Import von 35 000 Tonnen Olivenöl pro Jahr aus Tunesien, würde es unweigerlich zu einer erheblichen Benachteiligung der europäischen Olivenölwirtschaft kommen. Daher stimme ich gegen diesen Entschließungsantrag.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung dringender autonomer Handelsmaßnahmen für die Tunesische Republik habe ich zugestimmt.

Hier geht es um echte Handelserleichterungen für Tunesien, die von der EU auch einseitig ausgehen. Dadurch helfen wir den Menschen in Tunesien und der EU durch die Möglichkeit zu verbesserter ökonomischer Kooperation. Im Sinne meiner freihändlerischen Überzeugungen trage ich diesen Antrag gern mit.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul PE privitor la introducerea de măsuri comerciale autonome de urgență pentru Republica Tunisia. Tunisia trece printr-o perioadă extrem de dificilă, economia sa fiind afectată de atacurile teroriste de anul trecut. În acest context, UE dorește să-și reafirme sprijinul, acționând în mod concret pentru a sprijini dezvoltarea economică a Tunisiei, iar Comisia Europeană a propus să se ofere acestei țări pentru doi ani un contingent tarifar scutit de taxe vamale de 35 000 de tone anual, în total 70 000 de tone, pentru exporturile de ulei de măsline. Această dispoziție temporară nu afectează rezultatul negocierilor agricole ce se vor desfășura în contextul Acordului de liber schimb, care se discută din octombrie 2015.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – V súvislosti s teroristickými útokmi v Tunise 18. marca minulého roku, ktoré zásadným spôsobom poškodili tuniskú ekonomiku, som sa rozhodla podporiť správu o návrhu jednostrannej colnej kvóty s nulovou sadzbou na vývoz olivového oleja z Tuniska do Európskej Únie v objeme 70 000 ton počas obdobia dvoch rokov. Olivový olej je najviac vyvážaným poľnohospodárskym artiklom Tuniska, a teda toto konkrétne opatrenie zásadným spôsobom prispeje k oživeniu hospodárskeho rozvoja v krajine. Jedná sa o pozitívny impulz pre ekonomiku Tuniska, kde odvetvie olivového oleja poskytuje prácu viac ako jednému miliónu ľudí, čo je 1/5 celkového počtu pracovných miest v poľnohospodárskom sektore. Zároveň má toto ustanovenie i politický charakter, ktorým sa podporí proces demokratických zmien v krajine.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραφώς*. – Η συμφωνία ΕΕ - Τυνησίας για την αδασολόγητη εισαγωγή στην ΕΕ 75.000 τόνων ελαιολάδου για 2016-2017 αποτελεί ένα ακόμη οδυνηρό πλήγμα της ΕΕ στους φτωχούς ελαιοπαραγωγούς της Ελλάδας. Η συμφωνία έρχεται ενώ η ΚΑΠ έχει επιφέρει συντριπτικό χτύπημα στους μικρομεσαίους αγρότες και η συγκυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ μαζί με ΕΕ και ΔΝΤ επιδιώκει τη χαριστική βολή με βάρβαρα αντιλαϊκά μέτρα.

Συμπίπτει με την προσπάθεια να χτυπηθεί ο δίκαιος αγώνας της φτωχής αγροτιάς επειδή παλεύει στα μπλόκα για την επιβίωση. Τα ψέματα ότι η συμφωνία γίνεται για να «αντιμετωπίσουν την τρομοκρατία» και να «προωθήσουν τον εκδημοκρατισμό» της Τυνησίας, δεν παραπλανούν κανέναν.

Βασικός στόχος είναι να ρίξει την τιμή παραγωγού στο ελαιόλαδο, ώστε μεσάζοντες και μεγαλέμποροι να συνεχίσουν να αγοράζουν φτηνά και να πουλάνε ακριβά. Οι εργαζόμενοι θα αγοράζουν πανάκριβα το λάδι, ενώ οι φτωχοί παραγωγοί θα είναι δέσμοι της εκμετάλλευσης.

Η συμφωνία υπηρετεί αποκλειστικά τα κέρδη των μεγάλων επιχειρηματικών ομίλων στην αλυσίδα της μεταφοράς, εξαγωγής-εισαγωγής, διάθεσης και εμπορίας. Η φτωχή αγροτιά να βγάλει κι από αυτό τα συμπεράσματά της. Ο δίκος της δρόμος είναι η πάλη της σε συμμαχία με την εργατική τάξη και τα άλλα φτωχά λαϊκά στρώματα ενάντια στα μονοπώλια και την εξουσία τους, τις ιμπεριαλιστικές ενώσεις τους που τα υπηρετούν.

Jana Žitňanská (ECR), písomne – Tomuto dočasnému núdzovému obchodnému opatreniu vo vzťahu k Tunisku som dala svoj hlas. Tunisko je jedinou krajinou v regióne Blízkeho východu a severnej Afriky, ktorá úspešne zvládla proces demokratického a politického prechodu. Slúži preto ako príklad pre ostatné krajiny. Keďže v dôsledku teroristického útoku v júni 2015 v Sousse veľmi utrpel turistický ruch, je potrebná pomoc zo strany Európskej únie. Myslím si, že nové dočasné bezcolné kvóty na olivový olej sú správnym nástrojom, keďže olivový olej je hlavným vývozným artiklom Tuniska do EÚ. Európska únia tak ukázala, že oceňuje politický prerod, ktorý v Tunisku nastal, a že je ochotná poskytnúť rýchlu asistenciu pri udržaní ekonomiky a zamestnanosti, keďže tento sektor vytvára viac ako milión pracovných miest. Správu som preto podporila.

Kosma Złotowski (ECR), na piśmie. – Zbudowanie trwałej i stabilnej państwowości wymaga solidnych podstaw ekonomicznych. To sukces gospodarczy jest motorem napędowym rządów prawa i nowoczesnego państwa skutecznie realizującego potrzeby swoich obywateli. Sytuacja, z którą mamy do czynienia w Tunezji, jest daleka od standardu państwa demokratycznego, a ostatnie lata destabilizacji wewnętrznej w tym kraju mają negatywne skutki także dla naszego kontynentu. Podobnie jak w przypadku Ukrainy, tak samo w przypadku Tunezji musimy zdobyć się na wysiłek otwarcia naszego rynku na produkty, które z jednej strony wzbogacą ofertę dla europejskich konsumentów, a z drugiej pozwolą wzmocnić słabe fundamenty rozwoju gospodarczego naszego północnoafrykańskiego partnera. Turystyka, która stanowi główny sektor generujący wzrost PKB w Tunezji, padła ofiarą terroryzmu i destabilizacji politycznej całego regionu, a jej rola musi zostać zrównoważona przez inne sektory gospodarki, do których w szczególności należy rolnictwo. Oczywiście podjęte kroki mają charakter czasowy i ograniczony, gdyż tego typu działanie nie może przynieść trwałych szkód dla europejskich producentów oliwy i zdestabilizować rynku wewnętrznego. Wierzę, że ta decyzja jest słuszną i przyniesie więcej korzyści dla stabilizacji regionu niż jakiegokolwiek inne działanie polityczne czy militarne. Biorąc pod uwagę ważną rolę państw Afryki Północnej w walce z kryzysem migracyjnym dotykającym Europę, kroki podjęte przez Parlament Europejski i Radę są w pełni uzasadnione.

Carlos Zorrinho (S&D), por escrito. – Votei a favor das alterações à proposta que oferece temporariamente ao azeite tunisino acesso adicional ao mercado da UE para apoiar a recuperação económica do país, na sequência dos ataques terroristas em Tunes e em Sousse, pois essas medidas visam acautelar eventuais perturbações no setor do azeite europeu, que constitui parte importante da economia de alguns Estados-Membros, em especial do Sul, como é o caso de Portugal.

Para acautelar eventuais perturbações no setor do azeite europeu, a Comissão fica obrigada a realizar uma avaliação intercalar do impacto no mercado oleícola da União a partir da entrada em vigor destas disposições e, caso se verifique que o mercado europeu é afetado, a CE fica também obrigada a propor medidas corretivas para restabelecer a situação.

Milan Zver (PPE), pisno. – Zaradi terorističnega napada, ki se je zgodil 26. junija 2015 v Susu, se je EU odločila, da bo Tuniziji ponudila več pomoči pri njeni politični in gospodarski tranziciji, in sicer s konkretnimi in ciljno usmerjenimi ukrepi, ki so lahko učinkoviti na kratki rok.

Te ukrepe podpiram, zato sem glasoval za predlog Uredbe, ki bo omogočil, da se uvede začasna enostranska brezcarinska tarifna kvota v višini 35.000 ton letno, to je skupaj 70.000 ton, za izvoz oljčnega olja iz Tunizije v Unijo, v obliki avtonomnih trgovinskih ukrepov in brez povečanja celotnega obsega uvoza.

8.6. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – Antrag EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass (A8-0029/2016 - Tomáš Zdechovský)

Written explanations of vote

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – UKIP voted against approving giving EUR 1 095 544 (60 % of the match funding) of British taxpayers money through the Globalisation Adjustment Fund (EU dole money) to 412 workers in Belgium who have lost their jobs.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La globalizzazione dei mercati mette in concorrenza i settori industriali di tutto il mondo. Il settore europeo della produzione del vetro ha pagato il costo della competizione globale e in particolare, nella Vallonia, si ha un calo di produzione netto da ormai più di quindici anni. Ho votato a favore della mobilitazione di parte dei Fondi europei di adeguamento alla globalizzazione a favore di 412 lavoratori in esubero e a favore della formazione di 100 giovani della regione belga dell'Hainaut.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe, ya que permite la movilización de un importe de 1 095 544 euros a raíz del despido de 412 trabajadores tras el cierre de una planta de producción en Roux (Hainaut), propiedad de AGC Europe SA, y de otros 268 tras el cierre de la planta de producción de Auvelais (región de Namur), propiedad de Saint-Gobain Glass Benelux, ambas plantas ubicadas en Bélgica.

Esta movilización de fondos tiene como objetivo mitigar las desastrosas consecuencias sociales de la crisis económica del sistema capitalista. Si bien estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores belgas, teniendo en cuenta los altos índices de desempleo en la región, al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Το Ευρωπαϊκό Ταμείο Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση δημιουργήθηκε για να παρέχει πρόσθετη στήριξη στους εργαζομένους που υφίστανται τις συνέπειες της παγκοσμιοποίησης.

Είναι θετικό το γεγονός ότι η Ένωση έχει θεσπίσει νομοθετικά και δημοσιονομικά μέσα για να παρέχει πρόσθετη στήριξη στους εργαζομένους καθώς και κατάρτιση ώστε να διευκολύνει την επανένταξή τους στην αγορά εργασίας.

Θεωρώ ότι η οικονομική βοήθεια της Ένωσης προς τους εργαζομένους που απολύονται θα πρέπει να έχει δυναμικό χαρακτήρα και να διατίθεται όσο το δυνατόν ταχύτερα και αποτελεσματικότερα.

Ως εκ τούτου, υπερψηφίζω την έκθεση η οποία εγκρίνει την αίτηση EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass, για την κινητοποίηση πόρων από το Ευρωπαϊκό Ταμείο Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Ich habe mich für die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten der 412 Arbeiter ausgesprochen, die nach der Schließung zweier Produktionsstätten von AGC EUROPE SA sowie Saint-Gobain Glass Benelux arbeitslos geworden sind. Die Summe für die Hilfsmaßnahmen, die die Europäische Union vorsieht, um diese Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu unterstützen, liegt bei mehr als einer Million Euro.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à adopter une proposition de résolution autorisant la mobilisation du Fonds européen de mobilisation à hauteur de 1,96 million d'euros pour favoriser la réintégration sur le marché du travail de 412 travailleurs licenciés en Belgique dans le secteur de la fabrication de verre ainsi qu'une aide à la formation de 100 jeunes sans diplôme. Conséquence des surcapacités et de la surproduction de la Chine dans le secteur du verre, exerçant une pression à la baisse sur les prix. J'ai donc voté pour.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I wish to confirm I voted against this report. The report wanted to approve giving EUR 1 095 544 (60% of the match funding) through the Global Adjustment Fund (EU dole money) to 412 workers in Belgium who have lost their jobs. The Belgian Government submitted the request in 2015 when two production plants in Wallonia were shut down. The main reasons for the closures were as a result of strong competition and overcapacity in Asia.

That's EUR 2 659 per person!! Job-seeker allowances should be a national government expenditure. United Kingdom taxpayers should not be contributing to this.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pasiūlymą, kuriuo siekiama mobilizuoti EGF lėšas siekiant Belgijai padėti remti darbuotojų, atleistų iš 2 įmonių, veikiančių ne metalo mineralinių produktų gamybos srityje, grįžimą į darbo rinką. Belgijos reikmėms iš EGF iš viso ketinama skirti 1 095 544 EUR. Ji susijusi su 412 atleistais darbuotojais.

Paraiška Komisijai pateikta 2015 m. rugpjūčio 19 d., papildoma informacija pateikta iki 2015 m. spalio 28 d. Šie darbuotojai buvo atleidžiami dėl pastaraisiais metais Europoje ir visų pirma Belgijos stiklo pramonės sektoriuje įvykusių pokyčių, kurie turėjo didelį poveikį Belgijos Valonijos stiklo gamybos sektoriui. Gilias stiklo gamybos tradicijas turintis Valonijos regionas šiuo metu patiria rimtus sunkumus, kurie iškilo Sąjungos prekybos stiklo gaminiais sektoriuje, ir, be to, Azijoje esama perteklinių gamybos pajėgumų, o Europoje yra didesnės gamybos sąnaudos ir galioja griežtesni aplinkos apsaugos standartai. Prie individualių poreikių pritaikytas paslaugas sudarys parama, konsultacijos, darbo paieškos palengvinimas, mokymas, ir parama įmonėms steigti.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Opposé à ce système hypocrite du «Fonds d'ajustement à la mondialisation», emblématique d'une Union européenne qui se comporte en pompier pyromane, j'ai néanmoins voté en faveur de ce rapport qui propose de débloquent 1.96 million d'euros pour favoriser la réintégration sur le marché du travail de 412 travailleurs licenciés en Belgique dans le secteur de la fabrication de verre.

Ces licenciements sont dus principalement à la surproduction chinoise: une fois de plus, en refusant de protéger nos industries contre la concurrence déloyale extra-européenne, l'Union européenne en est réduite à minimiser les conséquences désastreuses de son irresponsabilité.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai évidemment soutenu cette décision d'octroyer plus d'un million d'euros en provenance du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation afin d'aider à la réinsertion socio-professionnelle des travailleurs qui ont été licenciés chez AGC Roux et Saint Gobain Glass.

Les cellules de reconversion mises en œuvre dans le Hainaut obtiennent des résultats très positifs dans les actions menées avec les partenaires syndicaux. L'aide du FEM vient encore amplifier leur capacité d'action.

Les crédits du FEM permettront également d'aider à l'insertion socio-professionnelle de 100 jeunes de moins de 25 ans qui ne sont pas aux études, n'ont pas d'emploi et ne suivent pas de formation (NEETS).

Ceci permettra notamment d'amplifier les efforts que nous déployons à Charleroi pour favoriser l'emploi, et donc l'avenir, de tous.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione è uno strumento per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei grandi cambiamenti strutturali del commercio mondiale. Con lo scoppio della crisi economica, il commercio europeo del vetro ha subito numerose perturbazioni che si sono unite alla perdita del 32% dei posti di lavoro del settore nel decennio 2000-2010. La Vallonia, regione dalla tradizione storica nella fabbricazione del vetro, ha visto varie imprese di grandi dimensioni incontrare notevoli difficoltà, tra queste la Hainaut-Namur Glass.

Ho votato a favore della relazione Zdechovský perché condivido la necessità di utilizzare il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione per fornire assistenza ai 412 ex-lavoratori dell'impresa. La mobilitazione del FEG contribuirà a fornire un pacchetto coordinato di strumenti per la formazione, la ricerca di lavoro, il sostegno alla creazione di nuove imprese e il supporto a progetti collettivi.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor en este informe, puesto que promueve unos fondos destinados a compensar y establecer medidas indemnizatorias en casos de relocalización o cierres de empresas por los cambios estructurales de los mercados a causa de la globalización. Servirán para atender la situación de los trabajadores despedidos y ayudar a jóvenes sin estudios ni empleo, en dos regiones de Bélgica (Hainaut y Namur), por el cierre de dos fábricas del sector del vidrio. Se trata de medidas que, de no existir, dejarían en peor lugar a los trabajadores afectados. El voto a favor, no obstante, no oculta que este tipo de medidas son «pan para hoy y hambre para mañana», en tanto que la cuestión del empleo y las relocalizaciones debiera tener otro enfoque de actuación. Por un lado, Europa necesita un plan de inversión de un corte sumamente diferente al de Juncker, y otra política de empleo, para actuar en materia laboral. En segundo lugar, esa alternativa debiera consistir en invertir en actividades de futuro, especialmente en un cambio de modelo productivo.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado, como en otras ocasiones, la movilización del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización, esta vez dirigida a Hainaut-Namur Glass en Bélgica, donde los beneficiarios serían 412 trabajadores despedidos en el sector de fabricación de otros productos minerales no metálicos. Los despidos se han debido, según las autoridades belgas, a la transformación que se ha producido en el sector del vidrio europeo y especialmente en el de ese país en los últimos años. Espero que la movilización de este Fondo ayude a paliar en algo la situación de los afectados.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport doit permettre de mobiliser le FEM suite à une demande de la Belgique en vue d'obtenir une contribution financière à la suite de licenciements survenus dans le secteur économique de la fabrication d'autres produits minéraux non métalliques dans le Hainaut et à Namur. L'événement à l'origine de ces licenciements est la fermeture de 2 sites de production situés en Wallonie et détenus respectivement par les 2 entreprises, AGC Europe SA et Saint-Gobain Glass Benelux. Les licenciements comptabilisés concernent le chiffre de 412 unités pour une contribution à l'ensemble coordonné de services personnalisés à hauteur de 1 095 544 EUR.

J'ai donc décidé de voter pour afin de soutenir les salariés de ce secteur victimes de la mondialisation et de la hausse des importations asiatiques. Ce secteur a connu une baisse de l'emploi de 32 % dans l'UE depuis 2000.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho sostenuto, con il mio voto, la mobilitazione del FEG per un valore di 1 095 544 EUR in favore di 512 lavoratori belgi impiegati nel settore della produzione del vetro.

Sono convinta che il Fondo di adeguamento alla globalizzazione sia uno strumento fondamentale per il sostegno dei cittadini in questo momento di crisi, ma sono altrettanto ferma nella mia convinzione che l'UE si deve adoperare per risolvere i malfunzionamenti alla base del mercato interno nel suo complesso invece che limitarsi ad erogare sostegno economico per cercare di sostenere le sue vittime.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har i dag röstat för detta betänkande.

Det gör jag därför att arbetarna i det aktuella fallet ska ges ekonomiskt stöd för omskolning och/eller andra åtgärder för att finna nya jobb.

Dock vill jag understryka att den omfattande arbetslösheten i EU skulle kunna bekämpas effektivt om man stoppar den åtstramningspolitik som kommissionen och medlemsstaternas regeringar sedan länge bedriver.

För att skapa nya arbetstillfällen i Europa krävs en ny ekonomisk politik med massiva offentliga och miljövänliga investeringar. Det krävs samhällsnyttiga investeringar inte bara inom skola, vård och omsorg, utan också i infrastruktur, järnväg, kollektivtrafik, energisnåla bostäder och hållbara energisystem.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 1 095 544 euros del Fondo de Ajuste a la Globalización destinados a 412 trabajadores que han perdido su empleo en Hainaut-Namur Glass, que opera en el sector de la producción de vidrio, en la región de Valonia. Estos despidos se deben a las transformaciones producidas en el sector del vidrio europeo, y especialmente belga, en los últimos años, que han afectado sobremanera al sector de la producción de vidrio en Valonia. La larga tradición histórica de fabricación de vidrio en Valonia se ve confrontada actualmente con graves perturbaciones del comercio de productos del vidrio en la Unión y con un exceso de capacidad de producción en Asia, a lo que se añaden costes de producción más elevados y normas medioambientales más estrictas en Europa.

Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden acciones de orientación, ayuda a la búsqueda de empleo, formación integrada, transferencia de experiencia y apoyo a la creación de empresas y proyectos colectivos. También se prestarán servicios personalizados a 100 jóvenes menores de 25 años de la región de Hainaut que no trabajan ni siguen estudios ni formación.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė Komisija sprendimui dėl EGF lėšų mobilizavimo siekiant Belgijai padėti remti darbuotojų, atleistų iš 2 įmonių, veikiančių stiklo gamybos sektoriuje Belgijos Heno ir Namiūro regionuose, grįžimą į darbo rinką. Tai pirmoji paraiška, kurią ketinama svarstyti vykdant 2016 m. biudžetą ir pagal kurią Belgijos reikmėms iš EGF iš viso ketinama skirti 1 095 544 EUR. Ji susijusi su 412 atleistų darbuotojų ir ne daugiau nei 100 tikslinių nedarbingųjų, nesimokančių ir mokymuose nedalyvaujančių jaunuolių (NEET). Vadovaudamasi visomis taikytinoms EGF reglamento nuostatomis, Komisija padarė išvadą, kad paraiška atitinka EGF finansinės paramos skyrimo sąlygas. Belgijos valdžios institucijos teigia, kad darbuotojai buvo atleidžiami dėl pastaraisiais metais Europoje ir visų pirma Belgijos stiklo pramonės sektoriuje įvykusių pokyčių, kurie turėjo didelį poveikį

Belgijos Valonijos stiklo gamybos sektoriui. Gilias stiklo gamybos tradicijas turintis Valonijos regionas šiuo metu patiria rimtus sunkumus, kurie iškilo Sąjungos prekybos stiklo gaminiais sektoriuje, ir, be to, Azijoje esama perteklinių gamybos pajėgumų, o Europoje yra didesnės gamybos sąnaudos ir galioja griežtesni aplinkos apsaugos standartai.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) célja, hogy támogatást nyújtson a globalizáció hatására a világkereskedelemben bekövetkezett fő strukturális változások miatt, vagy a globális pénzügyi és gazdasági válság elhúzódása, illetve egy újabb globális pénzügyi és gazdasági válság következtében elbocsátott munkavállalóknak és tevékenységüket megszüntető önálló vállalkozóknak a munkaerőpiacon történő újbóli beilleszkedéséhez.

2015. augusztus 19-én Belgium „EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass” referenciaszámon az EGAA igénybevételére irányuló kérelmet nyújtott be az EGAA-ból igénybe vehető pénzügyi hozzájárulás iránt a belgiumi Hainaut és Namur régiókban történt elbocsátásokat követően. A kérelem a bizottság vizsgálata szerint megfelel a vonatkozó rendeletben foglalt követelményeknek, ezért szavazatommal támogattam a javaslat elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), pisno. – Predlagano poročilo o uporabi sredstev sklada za prilagoditev globalizaciji, ki je prvo tovrstno v letu 2016, sem podprl, saj se s tem vsaj na nek simboličen način pomaga odpuščenim delavcem v podjetjih, ki so se ukvarjala s steklarsko dejavnostjo v belgijski regiji Valoniji.

Za ukrepe prestrukturiranja se tako iz proračuna EU daje slabih 1,1 mio EUR finančnih sredstev. Ta se bodo uporabila za pomoč 412 presežnim delavcem pri prekvalifikaciji in izobraževanju ter 100 brezposelnim mladim, ki se ne izobražujejo. Belgijska oz. celotna evropska steklarska industrija se sooča s številnimi težavami zaradi konkurence z Daljnega vzhoda, visokih proizvodnih stroškov ter stroge okoljske zakonodaje. Zaradi tega prihaja do krčenja proizvodnje in posledično odpuščanja.

Storitve, ki jih bodo med drugim imeli odpuščeni delavci med drugim zajemajo svetovanje in spodbujanje pri iskanju zaposlitve, podporo pri ustanavljanju podjetja, nadomestila za usposabljanje, idr. Brezposelni mladi pa bodo s sredstvi evropskega prilagoditvenega sklada imeli na voljo različne programe usposabljanja ter pomoč pri poklicnem usmerjanju.

Tudi slovenska steklarska industrija se sooča s podobnimi težavami, tudi pri nas je prišlo do odpuščanj. Pričakujem, da bo tudi s strani slovenske vlade na Komisijo kdaj prišla prošnja za uporabo sredstev navedenega sklada, ki bi pomagal marsikateremu posamezniku.

Louise Bours (EFDD), in writing. – UKIP voted against approving giving EUR 1 095 544 (60 % of the match funding) of British taxpayers money through the Globalisation Adjustment Fund (EU dole money) to 412 workers in Belgium who have lost their jobs.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), in writing. – I voted in favour of this report, which approves the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund (EGF) for 412 laid-off workers from Hainaut Namur Glass in Belgium.

Member States can make applications for the mobilisation of the EGF if at least 500 workers are made redundant in a single company over four months or in a sector of the economy over nine months. The EGF assistance provided can include active labour policies such as job-searching, training, upskilling, outplacement, education and business start-ups.

In this case I supported the derogation from the 500 worker threshold – because it was not significant, and because I am in favour reducing the threshold to 200 laid-off workers. One hundred young people not in education or training will have access to the fund, and the use of the fund for allowances is only 5% of the maximum 35% allowed.

Renata Briano (S&D), per iscritto. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) è utile per fornire sostegno ai lavoratori collocati in esubero e ai lavoratori autonomi la cui attività sia cessata in conseguenza di trasformazioni rilevanti della struttura del commercio mondiale dovute alla globalizzazione o a causa del persistere della crisi finanziaria ed economica globale oppure a causa di nuove crisi economiche e finanziarie a carattere sovra-regionale. Il Fondo deve essere utilizzato per assisterli nel reinserimento nel mercato del lavoro, aggiornando la loro formazione e dando loro un sostegno economico nel contempo. È pertanto opportuno procedere alla mobilitazione del FEG per erogare un contributo finanziario ai lavoratori delle imprese che hanno subito gravi dissesti a causa di questi fenomeni.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Dans le cas d'espèce, l'instrument du FEAM est sollicité à la suite du licenciement de 412 salariés, dont 144 sur le site de production de Roux et 268 à la suite de la fermeture du site de production d'Auvelais (province de Namur). Le présent rapport rappelle que le commerce de produits verriers dans l'Union est en déclin, à cause notamment des surcapacités de production de la Chine, qui conduisent à une pression drastique sur les prix. La mise en œuvre de ce Fonds démontre donc que la destruction de centaines d'emplois résulte d'abord d'une concurrence déloyale qui menace directement nos fleurons industriels et jette des centaines d'ouvriers au chômage. Il traite ensuite seulement les conséquences en mobilisant 1,96 millions d'euros pour favoriser la réintégration de ces travailleurs licenciés sur le marché du travail. Conscient néanmoins de l'utilité du versement de cette somme pour financer des plans de retour à l'emploi, j'ai voté pour le texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Uniunea a creat instrumente legislative și bugetare pentru a oferi sprijin adițional lucrătorilor care și-au pierdut locurile de muncă în urma schimbărilor structurale majore în comerțul mondial sau ca urmare a crizelor financiare și economice, cu scopul de a-i ajuta să se reintegreze pe piața muncii.

Această asistență financiară, pentru a susține și standardele calitative ale produselor europene, trebuie să fie pusă în practică și eficientizată, în acord cu Declarația comună a Parlamentului European, a Consiliului și a Comisiei din 17 iulie 2008 prin mobilizarea Fondului european de ajustare la globalizare (FEG) în locurile în care vor exista creșteri ale șomajului.

În situația expusă în raport, Uniunea urmează să contribuie cu 60 % din costul măsurilor totale estimate pentru reintegrarea lucrătorilor, printre care se prevăd introducerea de asistență pentru micii întreprinzători, pentru persoanele tinere ce doresc să-și deschidă afaceri, posibilități de educație și traininguri. Toate acestea sunt menite să susțină industriile afectate din Belgia, regiunile vizate fiind Hainaut și Namur.

Am votat favorabil aceste măsuri de finanțare, văzându-le că o reală soluție la problema lucrătorilor din Belgia a căror activitate a încetat ca urmare a globalizării tot mai intensificate.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole. Le misure riguardano 412 esuberi in due stabilimenti di produzione del vetro nelle province vallone dell'Hainaut e di Namur, oltre a 100 NEET under-25 dell'Hainaut. La somma stanziata è pari a € 1 095 544 (60 % dei costi totali).

Tra il 2000 e il 2010, gli occupati nel settore del vetro in Europa sono calati del 32 %; la Vallonia, con una forte tradizione nella produzione del vetro, ne sta subendo le conseguenze in maniera particolare.

Questa misura segue di poco quella già approvata a seguito della chiusura della Saint-Gobain Sekurit nel 2013 (257 esuberi).

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Le Parlement européen a voté pour la mobilisation du fonds européen d'ajustement à la mondialisation en faveur des salariés licenciés de deux entreprises, AGS Europe SA et Saint-Gobain, situées dans la province du Hainaut en Belgique. Le montant de l'aide s'élève à 1 095 544 euros. 412 employés licenciés bénéficieront d'une formation qui a pour objectif la réinsertion sur le marché du travail et la recherche d'emploi. La mobilisation du fonds était justifiée et nécessaire étant donné les difficultés que rencontre le secteur de la production de verre. J'ai voté en faveur de ce rapport, qui témoigne de la solidarité de l'Union face à certaines conséquences négatives de la mondialisation sur l'emploi.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta di decisione relativa alla mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (il FEG, istituito per fornire sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze di rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale) che fa riferimento alla domanda presentata dal Belgio a seguito degli esuberi di 412 lavoratori nel settore della fabbricazione di altri prodotti della lavorazione di minerali non metalliferi.

Le autorità belghe affermano che all'origine degli esuberi vi sono gli sviluppi che hanno interessato il settore del vetro in Europa, e soprattutto in Belgio, negli ultimi anni e che hanno avuto un impatto notevole sulla produzione del vetro in Vallonia. La consolidata tradizione nel settore della fabbricazione del vetro in Vallonia si deve confrontare con la sovraccapacità produttiva dell'Asia e deve far fronte ai costi di produzione più elevati ed alle norme ambientali più severe presenti in Europa.

Gli esuberi appaiono quindi legati alle trasformazioni della struttura del commercio mondiale. Ho quindi votato a favore di questa misura.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report, which approves the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund (EGF) for 412 laid-off workers from Hainaut Namur Glass in Belgium.

Members States can make applications for the mobilisation of the EGF if at least 500 workers are made redundant in a single company over four months or in a sector of the economy over nine months. The EGF assistance provided can include active labour policies such as job-searching, training, upskilling, outplacement, education and business start-ups.

In this case I supported the derogation from the 500 worker threshold – because it was not significant, and because I am in favour reducing the threshold to 200 laid-off workers. One hundred young people not in education or training will have access to the fund, and the use of the fund for allowances is only 5% of the maximum 35% allowed.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against approving giving EUR 1 095 544 (60 % of the match funding) of British taxpayers money through the Globalisation Adjustment Fund (EU dole money) to 412 workers in Belgium who have lost their jobs.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund and its application to the glass sector in the Wallonia Region, especially in the areas of Namur and Hainaut which have experienced great economic hardships in recent years. Too many jobs have been lost and too many people remain in unemployment since August 2014 when the redundancies began. The European Globalisation Adjustment Fund aims to support such workers and help them find new jobs and I agree that it should be mobilised to help the glass sector in Wallonia.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La delegazione del M5S è favorevole, come regola generale, alla mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione. Siamo consapevoli che non è probabilmente lo strumento che meglio può aiutare i lavoratori, ma in mancanza di alternative va comunque sostenuto. La delegazione ha perciò votato a favore della mobilitazione a sostegno dei 412 lavoratori in esubero, colpiti dalla crisi dell'industria del vetro in Vallonia.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτως*. – Στηρίζουμε την έκθεση για την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση υπέρ του Βελγίου για να στηρίξει την επανένταξη στην αγορά εργασίας των εργαζομένων που απολύθηκαν σε 2 επιχειρήσεις που δραστηριοποιούνται στις περιοχές Hainaut και Ναμούρ στο Βέλγιο. Οι βελγικές αρχές αναφέρουν ότι η γενεσιουργός αιτία των απολύσεων είναι οι εξελίξεις που επηρεάζουν την ευρωπαϊκή, και ιδίως τη βελγική βιομηχανία γυαλιού τα τελευταία χρόνια, οι οποίες είχαν σημαντικό αντίκτυπο στον τομέα της παραγωγής γυαλιού στη Βαλλωνία.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφτως*. – Η ψηφοφορία σχετικά με την έκθεση για την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση μετά από αίτηση του Βελγίου, αποτελεί μια θετική κίνηση και ουσιαστικά αποτελεί πιστοποίηση της χρησιμότητας του Ταμείου Προσαρμογής, προς όφελος των εργαζομένων ευρωπαίων πολιτών.

Υπό αυτό το πρίσμα είναι προφανές πως αποτελεί μια θετική κίνηση και αποφάσισα να υπερψηφίσω.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento poiché riconosco l'importanza del ruolo del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione nell'attività di assistenza ai lavoratori la cui attività sia cessata in conseguenza di trasformazioni rilevanti della struttura del commercio mondiale dovute alla globalizzazione, a causa del persistere della crisi economica e finanziaria globale oppure a causa di una nuova crisi economica e finanziaria globale, affinché possano essere reinseriti nel mercato del lavoro.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Brutta storia, questa crisi! Sono molto dispiaciuto per i lavoratori in difficoltà a causa delle condizioni congiunturali sfavorevoli, mentre sento forte la responsabilità quando la turbolenza economica è dovuta a politiche non adeguatamente calibrate. Ho votato a favore di questa proposta di decisione perché ritengo che il settore pubblico debba risarcire quando crea danni, e in questo caso la globalizzazione mal governata ha creato esuberi in Belgio che sono finalmente indennizzati.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Apoio o Relatório Zdechovský, que vem permitir a utilização do Fundo de Ajustamento à Globalização na reintegração no mercado de trabalho de 410 trabalhadores de duas empresas belgas despedidos e 100 jovens visados que não trabalham, não estudam, nem seguem qualquer formação.

A crise económica e financeira que atravessamos teve também consequências no setor do vidro, que afetou em especial a região da Valónia.

Através da utilização deste Fundo, criado para prestar um apoio complementar aos trabalhadores por mudanças estruturais importantes no comércio mundial, vai ser possível apoiar estes trabalhadores através de medidas que vão desde a orientação/interpretação e a facilitação da procura de emprego ao apoio à criação de empresas ou requalificação profissional personalizada.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against approving giving EUR 1 095 544 (60 % of the match funding) of British taxpayers money through the Globalisation Adjustment Fund (EU dole money) to 412 workers in Belgium who have lost their jobs.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Considerando che il Belgio ha presentato una domanda di mobilitazione del Fondo europeo al fine di aiutare 412 lavoratori in esubero e fino a 100 NEET (giovani disoccupati e non iscritti a corsi di istruzione o formazione), non posso che votare in modo favorevole perché, stando anche alle ultime stime pubblicate da Eurostat, che mostrano un livello di disoccupazione ancora troppo elevato, è necessario accogliere positivamente ogni azione intrapresa per aiutare i cittadini europei in difficoltà.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I agree with an efficient mobilisation criterion to increase efficiency for the treatment of European Globalisation Adjustment Fund (EGF) applications in the Commission and by Parliament and the Council by shortening the time for assessment and approval. The use of the Globalisation Fund will focus on more personalised services facilitating job-search, integrating a training component even through transfer of experience, and inducing support for enterprise creation.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – In riferimento alla richiesta del Belgio di mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) per il sostegno finanziario ai lavoratori in esubero bisogna ricordare che tale fondo ha l'obiettivo di rendere disponibile, in modo rapido ed efficiente, un contributo finanziario per il settore economico e per il sostegno dei lavoratori che hanno perso il posto di lavoro. A seguito della chiusura dell'impianto di produzione di Auvelais, nella regione di Namur, è stata presentata una domanda evidenziando che si sta affrontando una difficile situazione del mercato del lavoro.

Le autorità belghe hanno deciso di avviare l'erogazione di servizi personalizzati a favore dei lavoratori colpiti, con azioni mirate al sostegno, all'orientamento e all'integrazione del personale in esubero e attraverso il sostegno e la creazione di imprese e progetti collettivi. Accolgo con favore l'azione diretta e mirata del governo belga a sostegno dei lavoratori, e mi esprimo quindi con voto favorevole.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe, ya que permite la movilización de un importe de 1 095 544 euros a raíz del despido de 412 trabajadores tras el cierre de una planta de producción en Roux (Hainaut), propiedad de AGC Europe SA, y de otros 268 tras el cierre de la planta de producción de Auvelais (región de Namur), propiedad de Saint-Gobain Glass Benelux, ambas plantas ubicadas en Bélgica.

Esta movilización de fondos tiene como objetivo mitigar las desastrosas consecuencias sociales de la crisis económica del sistema capitalista. Si bien estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores belgas, teniendo en cuenta los altos índices de desempleo en la región, al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapot azért hozták létre, hogy kiegészítő támogatást nyújtson a világkereskedelemben bekövetkezett főbb strukturális változások következményei által sújtott munkavállalóknak.

Ez a 2016. évi költségvetés keretében vizsgálándó első kérelem, és az EGAA-ból összesen 1 095 544 euró igénybevétele irányul Belgium javára. A kérelem 412 elbocsátott munkavállalóra és megközelítőleg 100 nem foglalkoztatott, oktatásban és képzésben nem részesülő fiatalra vonatkozik. A belga hatóságok szerint az elbocsátásokra az európai, és különösen a belga üvegipart az elmúlt években sújtó, a vallóniai üveggyártást nagy mértékben érintő fejlemények következtében került sor. Az EP Költségvetési Bizottsága a Foglalkoztatási és Szociális Bizottság és a Regionális Fejlesztési Bizottság véleményét figyelembe véve az EGAA-rendelet vonatkozó rendelkezései alapján megállapította, hogy a kérelem esetében teljesülnek az EGAA-ból nyújtott pénzügyi hozzájárulás feltételei, ezért a beadvány támogatható.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Fundusz Dostosowania do Globalizacji (EFG) pomaga pracownikom znaleźć nowe zatrudnienie i zdobyć nowe umiejętności po utracie pracy na skutek zmian w strukturze handlu światowego, np. gdy duża firma zostaje zamknięta, fabrykę przenosi się poza UE lub w związku ze światowym kryzysem finansowym i gospodarczym. Wniosek Hainaut-Namur Glass z Belgii dotyczy uruchomienia całkowitej kwoty, wynoszącej nieco ponad 1 mln EUR. Całkowita szacowana liczba beneficjentów objętych pomocą, łącznie z młodzieżą NEET, wynosi 512 osób. Zindywidualizowane usługi, które mają być świadczone zwolnionym pracownikom i młodzieży NEET, obejmują następujące działania: udzielanie wskazówek i wsparcia, poszukiwanie pracy, szkolenia, wsparcie na tworzenie przedsiębiorstw, dodatki i zindywidualizowane podnoszenie kwalifikacji.

W pełni popieram środki, które wprowadzają strategie polityczne mające na celu pobudzenie wzrostu i zatrudnienia, w związku z czym poparłem w głosowaniu ten dokument.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I believe that European workers should be provided with solutions in cases of redundancies as a result of serious disruptions in the European Union. I voted in favour of this report as it gives the green light for the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund in Belgium which relates to the application in respect of 412 redundancies in Hainaut- Namur Glass which were caused by a serious disruption of Union trade in glass products.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport propose de mobiliser le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, pour la première fois de l'année 2016, à l'entreprise EGF d'Hainaut-Namur (Belgique) fabriquant du verre, suite au licenciement de 412 travailleurs entre le 31 août 2014 et le 31 mai 2015. L'UE prévoit une enveloppe de 1 095 544 euros à l'entreprise EGF. Cette enveloppe bénéficiera aussi à 100 jeunes dépourvus d'emploi, de diplôme et de formation. La région de Wallonie, forte d'une longue tradition dans la production du verre, est en effet touchée depuis plusieurs années par une récession et une forte poussée du chômage: + 19 % entre 2007 et 2012. Soutenant les objectifs de ce rapport, j'ai voté en faveur.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour soutenir la Belgique qui doit faire face à des licenciements massifs dans le secteur du verre. La mobilisation de ce fonds à hauteur de 1 095 544 euros doit servir à la réinsertion dans le monde du travail de ces travailleurs qui ont subi les conséquences de la mondialisation.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) è stato istituito per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei grandi cambiamenti strutturali del commercio mondiale. Ho sostenuto la mobilitazione del FEG a favore del Belgio per facilitare il reinserimento professionale dei lavoratori collocati in esubero presso Hainaut-Namur Glass. All'origine degli esuberi vi sono le rilevanti trasformazioni del commercio mondiale che hanno interessato negli ultimi anni il settore del vetro in Europa.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) célja, hogy támogatást nyújtson a globalizáció hatására a világkereskedelemben bekövetkezett fő strukturális változások miatt, vagy a globális pénzügyi és gazdasági válság elhúzódása, illetve egy újabb globális pénzügyi és gazdasági válság következtében elbocsátott munkavállalóknak és tevékenységüket megszüntető önálló vállalkozóknak a munkaerőpiacon történő újbóli beilleszkedéshez.

2015. augusztus 19-én Belgium „EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass” referenciaszámon az EGAA igénybevételére irányuló kérelmet nyújtott be az EGAA-ból igénybe vehető pénzügyi hozzájárulás iránt a belgiumi Hainaut és Namur régiókban történt elbocsátásokat követően.

Az EGAA által finanszírozott intézkedésekben várhatóan 412 elbocsátott munkavállaló, valamint az hainaut-i régióban élő 100 munkanélküli, képzésben vagy oktatásban nem részesülő, 25 év alatti fiatal (NEET-fiatal) fog részt venni. A kérelem a beavatkozási kritérium alapján került benyújtásra, amely – az elbocsátott munkavállalók esetében az EGAA-rendelet 4. cikkének (1) bekezdése, a NEET-fiatalok esetében pedig az EGAA-rendelet 6. cikkének (2) bekezdése értelmében – kivételes esetben lehetővé teszi az eltérést.

Az Európai Parlament ezért nagy többséggel támogatta a Belgium által benyújtott kérelem alapján nyújtandó, 1 095 544 euró összegű pénzügyi hozzájárulás folyósítását. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a javaslat elfogadását.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) célja, hogy támogatást nyújtson a globalizáció hatására a világkereskedelemben bekövetkezett fő strukturális változások miatt, vagy a globális pénzügyi és gazdasági válság elhúzódása, illetve egy újabb globális pénzügyi és gazdasági válság következtében elbocsátott munkavállalóknak és tevékenységüket megszüntető önálló vállalkozóknak a munkaerőpiacon történő újbóli beilleszkedéshez.

2015. augusztus 19-én Belgium „EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass” referenciaszámon az EGAA igénybevételére irányuló kérelmet nyújtott be az EGAA-ból igénybe vehető pénzügyi hozzájárulás iránt a belgiumi Hainaut és Namur régiókban történt elbocsátásokat követően.

Az EGAA által finanszírozott intézkedésekben várhatóan 412 elbocsátott munkavállaló, valamint az hainaut-i régióban élő 100 munkanélküli, képzésben vagy oktatásban nem részesülő, 25 év alatti fiatal (NEET-fiatal) fog részt venni. A kérelem a beavatkozási kritérium alapján került benyújtásra, amely – az elbocsátott munkavállalók esetében az EGAA-rendelet 4. cikkének (1) bekezdése, a NEET-fiatalok esetében pedig az EGAA-rendelet 6. cikkének (2) bekezdése értelmében – kivételes esetben lehetővé teszi az eltérést.

Az Európai Parlament ezért nagy többséggel támogatta a Belgium által benyújtott kérelem alapján nyújtandó, 1 095 544 euró összegű pénzügyi hozzájárulás folyósítását.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a javaslat elfogadását.

Ангел Джамбазки (ЕСР), *в писмена форма*. – Европейският фонд за приспособяване към глобализацията е фонд, който помага на работници загубили работата си в резултат на променящите се модели на световна търговия да намерят нова или да добият нови умения. За пореден път гласувам против мобилизирането на средства от този фонд, защото смятам, че не е ефикасен и средствата трябва да се използват различно като изцяло подкрепям мерки, които допринасят за стимулиране на икономиката, така че да се създават нови работни места, но смятам, че да се дадат 1 млн евро за 400 човека, загубили работата си, е несериозно и със сигурност слабо ефикасно.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Τα χρήματα του Ταμείου Προσαρμογής πρέπει να δίνονται κατά βάση στους απολυμένους και όχι σε προγράμματα επανένταξης ή μετεκπαίδευσης. Δεν χρειαζόμαστε εξειδικευμένους ανέργους.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) célja, hogy támogatást nyújtson a globalizáció hatására a világkereskedelemben bekövetkezett fő strukturális változások miatt, vagy a globális pénzügyi és gazdasági válság elhúzódása, illetve egy újabb globális pénzügyi és gazdasági válság következtében elbocsátott munkavállalóknak és tevékenységüket megszüntető önálló vállalkozóknak a munkaerőpiacon történő újbóli beilleszkedéshez.

2015. augusztus 19-én Belgium „EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass” referenciaszámon az EGAA igénybevételére irányuló kérelmet nyújtott be az EGAA-ból igénybe vehető pénzügyi hozzájárulás iránt a belgiumi Hainaut és Namur régiókban történt elbocsátásokat követően.

Az EGAA által finanszírozott intézkedésekben várhatóan 412 elbocsátott munkavállaló, valamint az hainaut-i régióban élő 100 munkanélküli, képzésben vagy oktatásban nem részesülő, 25 év alatti fiatal (NEET-fiatal) fog részt venni. A kérelem a beavatkozási kritérium alapján került benyújtásra, amely – az elbocsátott munkavállalók esetében az EGAA-rendelet 4. cikkének (1) bekezdése, a NEET-fiatalok esetében pedig az EGAA-rendelet 6. cikkének (2) bekezdése értelmében – kivételes esetben lehetővé teszi az eltérést.

Az Európai Parlament ezért nagy többséggel támogatta a Belgium által benyújtott kérelem alapján nyújtandó, 1 095 544 euró összegű pénzügyi hozzájárulás folyósítását. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a javaslat elfogadását.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund was set up to provide additional assistance to workers who have lost their jobs as a result of major structural changes in world trade patterns. It is a means by which the EU can give valuable help to local economies hard hit by company closures, and so I voted in favour of this application. I regret that the UK Government has not taken advantage of this fund in Wales.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Bélgica apresentou uma candidatura na sequência de despedimentos no setor da fabricação de outros produtos minerais não metálicos; as estimativas apontam para que os 412 trabalhadores despedidos, bem como 100 jovens da província do Hainaut que não trabalham, não estudam nem seguem qualquer formação (NEET) com menos de 25 anos de idade, participem nas medidas propostas.

Concordo, por isso, que deve ser mobilizada uma contribuição financeira no montante de 1 095 544 euros para satisfazer o pedido apresentado pela Bélgica.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Mais uma proposta de mobilização deste Fundo, ou seja, mais umas centenas de despedimentos na UE. A proposta diz respeito a 412 trabalhadores despedidos de duas empresas que operavam no sector vidreiro em Hainaut e Namur. Trata-se da mobilização de 1 095 544 euros do Fundo de Ajustamento à Globalização, que servirão para assistência individual na procura de emprego, gestão de casos individuais e serviços de informação geral, formação e reconversão, subsídios e incentivos.

A conversa é sempre a mesma. A candidatura é justificada pela queda significativa da produção de vidro na Europa, que, pela primeira vez desde os anos 60, caiu para menos de um milhão de toneladas em 2009, tendência que prosseguiu em 2011 e 2012, tendo muitos dos restantes produtores transferido a produção para a Ásia, o que resultou numa queda de emprego neste setor de 12% desde 2010 e de 27% desde 2000.

Sendo necessária a mobilização desta ajuda de forma célere, para apoiar os trabalhadores despedidos, reafirmamos a nossa crítica à falta de medidas para travar o rumo destas políticas neoliberais que mais uma vez levaram a este desfecho. Não bastam paliativos, nem estes podem legitimar estas políticas.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as it benefits ordinary workers.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione riguardante gli aiuti ai lavoratori del vetro in Vallonia.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Τα χρήματα του Ταμείου Προσαρμογής πρέπει να δίνονται κατά βάση στους απολυμένους και όχι σε προγράμματα επανένταξης ή μετεκπαίδευσης. Δεν χρειαζόμαστε εξειδικευμένους ανέργους, για αυτό το λόγο καταψηφίζω την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση: αίτηση EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass - Βέλγιο.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I support the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund (EGAF) in Belgium. The application relates to 412 redundancies in Hainaut-Namur Glass, operating in the manufacture of glass products, within the period 31 August 2014 - 31 May 2015. The EGAF funding of EUR 1 095 544 will contribute to helping 412 former workers through a coordinated package of integrated training, facilitating job-search, support/guidance/integration, transfer of experience, support for enterprise creation, support for collective projects and allowances.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) célja, hogy támogatást nyújtson a globalizáció hatására a világkereskedelemben bekövetkezett fő strukturális változások miatt, vagy a globális pénzügyi és gazdasági válság elhúzódása, illetve egy újabb globális pénzügyi és gazdasági válság következtében elbocsátott munkavállalóknak és tevékenységüket megszüntető önálló vállalkozóknak a munkaerőpiacon történő újbóli beilleszkedéshez.

2015. augusztus 19-én Belgium „EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass” referenciaszámon az EGAA igénybevételére irányuló kérelmet nyújtott be az EGAA-ból igénybe vehető pénzügyi hozzájárulás iránt a belgiumi Hainaut és Namur régiókban történt elbocsátásokat követően.

Az EGAA által finanszírozott intézkedésekben várhatóan 412 elbocsátott munkavállaló, valamint az hainaut-i régióban élő 100 munkanélküli, képzésben vagy oktatásban nem részesülő, 25 év alatti fiatal (NEET-fiatal) fog részt venni. A kérelem a beavatkozási kritérium alapján került benyújtásra, amely – az elbocsátott munkavállalók esetében az EGAA-rendelet 4. cikkének (1) bekezdése, a NEET-fiatalok esetében pedig az EGAA-rendelet 6. cikkének (2) bekezdése értelmében – kivételes esetben lehetővé teszi az eltérést.

Az Európai Parlament ezért nagy többséggel támogatta a Belgium által benyújtott kérelem alapján nyújtandó, 1 095 544 euró összegű pénzügyi hozzájárulás folyósítását. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a javaslat elfogadását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) célja, hogy támogatást nyújtson a globalizáció hatására a világkereskedelemben bekövetkezett fő strukturális változások miatt, vagy a globális pénzügyi és gazdasági válság elhúzódása, illetve egy újabb globális pénzügyi és gazdasági válság következtében elbocsátott munkavállalóknak és tevékenységüket megszüntető önálló vállalkozóknak a munkaerőpiacon történő újbóli beilleszkedéshez.

2015. augusztus 19-én Belgium „EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass” referenciaszámon az EGAA igénybevételére irányuló kérelmet nyújtott be az EGAA-ból igénybe vehető pénzügyi hozzájárulás iránt a belgiumi Hainaut és Namur régiókban történt elbocsátásokat követően.

Az EGAA által finanszírozott intézkedésekben várhatóan 412 elbocsátott munkavállaló, valamint az hainaut-i régióban élő 100 munkanélküli, képzésben vagy oktatásban nem részesülő, 25 év alatti fiatal (NEET-fiatal) fog részt venni. A kérelem a beavatkozási kritérium alapján került benyújtásra, amely – az elbocsátott munkavállalók esetében az EGAA-rendelet 4. cikkének (1) bekezdése, a NEET-fiatalok esetében pedig az EGAA-rendelet 6. cikkének (2) bekezdése értelmében – kivételes esetben lehetővé teszi az eltérést.

Az Európai Parlament ezért nagy többséggel támogatta a Belgium által benyújtott kérelem alapján nyújtandó, 1 095 544 euró összegű pénzügyi hozzájárulás folyósítását. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a javaslat elfogadását.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la movilización de este Fondo debido a que la industria del cristal de Bélgica y, por ende, la industria del cristal de la UE ha sufrido graves perturbaciones y actualmente se encuentra en una situación muy precaria. La movilización de este Fondo permitirá a los trabajadores de este sector acceder a alternativas laborales factibles fuera del sector.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla proposta di decisione del PE e del Consiglio per la mobilitazione di un contributo del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione di 1 095 544 euro richiesto dal Belgio per far fronte agli esuberi di due imprese delle regioni di Hainaut e Namur perché ritengo importante sollecitare la Commissione europea a intervenire a sostegno delle aziende europee produttrici di vetro.

Ritengo doveroso che l'UE adotti nuove politiche a sostegno di questo settore in tutti gli Stati membri data la forte crisi dell'industria europea dovuta alla contrazione delle vendite e alla concorrenza internazionale dei paesi terzi, come ho già avuto modo di chiedere alla Commissione presentando un'interrogazione scritta in merito a una strategia UE per il vetro.

In questo specifico caso, la chiusura degli impianti ha causato l'esubero di 412 lavoratori cui s'aggiungono oltre 100 giovani che non studiano né lavorano e che beneficeranno di misure di riqualificazione.

È il momento che l'Europa adotti una strategia di ampio respiro per un settore che in un decennio ha perso circa il 32% dei posti di lavoro e visto chiudere impianti e aziende di storica tradizione e fondamentale importanza per le singole regioni e comunità locali.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute aus grundsätzlichen Vorbehalten heraus gegen die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – Antrag EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass – gestimmt. Ich halte den Fonds selbst für ein denkbar ungeeignetes Instrument.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Problematik der aufgrund der Globalisierung auftretenden Strukturveränderungen innerhalb einer Branche ist ein wichtiges Thema. Die betroffenen belgischen Arbeitnehmer der Glasindustrie sollten durch die personalisierten Dienstleistungen im Rahmen des EGF unterstützt werden.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against approving giving EUR 1 095 544 (60 % of the match funding) of British taxpayers money through the Globalisation Adjustment Fund (EU dole money) to 412 workers in Belgium who have lost their jobs.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor en este informe, puesto que promueve unos fondos destinados a compensar y establecer medidas indemnizatorias en casos de relocalización o cierres de empresas por los cambios estructurales de los mercados a causa de la globalización. Servirán para atender la situación de los trabajadores despedidos y ayudar a jóvenes sin estudios ni empleo, en dos regiones de Bélgica (Hainaut y Namur), por el cierre de dos fábricas del sector del vidrio. Se trata de medidas que, de no existir, dejarían en peor lugar a los trabajadores afectados. El voto a favor, no obstante, no oculta que este tipo de medidas son «pan para hoy y hambre para mañana», en tanto que la cuestión del empleo y las relocalizaciones debiera tener otro enfoque de actuación. Por un lado, Europa necesita un plan de inversión de un corte sumamente diferente al de Juncker, y otra política de empleo, para actuar en materia laboral. En segundo lugar, esa alternativa debiera consistir en invertir en actividades de futuro, especialmente en un cambio de modelo productivo.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour on the memorandum on the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund: application EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass because following its assessment of this application, the Commission has concluded, in accordance with all applicable provisions of the EGF Regulation, that the conditions for awarding a financial contribution from the EGF are met.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Το Ευρωπαϊκό Ταμείο Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση έχει δημιουργηθεί για να παρέχει πρόσθετη στήριξη στους εργαζόμενους που πλήττονται από τις συνέπειες των μεγάλων διαρθρωτικών αλλαγών στη μορφή του παγκόσμιου εμπορίου.

Υπερψηφίσαμε την έκθεση αφού προτείνει την κινητοποίηση του ΕΤΠ υπέρ του Βελγίου, για να στηρίξει την επανένταξη στην αγορά εργασίας των εργαζομένων που απολύθηκαν σε 2 επιχειρήσεις που δραστηριοποιούνται στην παραγωγή άλλων μη μεταλλικών ορυκτών προϊόντων στις περιφέρειες του Hainaut και του Namur στο Βέλγιο.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this application to mobilise EUR 1 095 544 of the European Globalisation Adjustment Fund (EGF) for 412 glass workers made redundant following the closure of production plants in the Hainaut and Namur regions. Glass production has been seriously disrupted and in a ten-year period employment in the glass sector as a whole in Europe decreased by 32%. In Wallonia, with its strong tradition of glass-making, the number of jobs in the sector in the Namur and Hainaut regions decreased by 19% between 2007 and 2012 with further large job losses in 2013 and 2014.

I was very pleased to see that the application will support a further 100 young people not in employment, education or training (NEETs) with measures specifically aimed at providing them with assistance such as mobilisation and guidance either for further education/training or to follow induction sessions and personalised upskilling, and I particularly welcome the fact that the Belgian authorities started providing the personalised services for the workers affected on 10 September 2015, well ahead of the decision on granting EGF support for the proposed coordinated package. It is also very positive that allowances and incentives to be provided amongst the proposed measures are limited to 5.52% of total estimated costs.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it concerns mobilising the Fund for 412 workers who were made redundant during the period 31 August 2014 to 31 May 2015 and up to 100 targeted young people not in employment, education or training (NEETs). In the Wallonia region, which has a strong tradition of glass-making, several large enterprises have faced difficulties in recent years, with the number of jobs in the regions of Namur and Hainaut decreasing by 19% between 2007 and 2012 and 1 236 job losses in 2013 and 1 878 in 2014 in Wallonia.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against approving giving EUR 1 095 544 (60 % of the match funding) of British taxpayers money through the Globalisation Adjustment Fund (EU dole money) to 412 workers in Belgium who have lost their jobs.

Carlos Iturgaiz (PPE), *por escrito*. – Voto a favor de este documento relacionado con el uso del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización (creado para prestar ayuda adicional a los trabajadores que sufren las consecuencias de grandes cambios estructurales en los patrones del comercio mundial) en respuesta a la propuesta de Decisión de movilización del FEAG en favor de Bélgica para apoyar la reincorporación al mercado laboral de los trabajadores despedidos en dos empresas que operan en la división 23 de la NACE Revisión 2 (Fabricación de otros productos minerales no metálicos) en las regiones de nivel NUTS 2(11) de Hainaut (BE32) y Namur (BE35) en Bélgica.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The Hainaut-Namur Glass application refers to 412 workers made redundant and will mobilise a total amount of EUR 1 095 544 from the European Globalisation Adjustment Fund (EGF) for Belgium.

I voted in favour of this report regarding mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund that will offer support for the reintegration of workers made redundant in the Hainaut and Namur regions of Belgium.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za izvješće o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji u skladu s točkom 13. Međuinstitucionalnog sporazuma od 2. prosinca 2013. između Europskog parlamenta, Vijeća i Komisije o proračunskoj disciplini, o suradnji u vezi s proračunskim pitanjima i o dobrom financijskom upravljanju, jer su uvjeti Uredbe o EGF-u iz članka 4. stavka 2. ispunjeni, te skladno tome Belgija ima pravo na financijski doprinos u iznosu od 1 095 544 eura, kako bi pružila potporu za 412 radnika koji su proglašeni viškom u regijama Hainaut i Namur te 100 mladih iz regije Hainaut koji nisu zaposleni, ne školuju se i ne osposobljavaju se.

Posljednjih godina cjelokupni staklarski sektor u Uniji, te posebice Valonija, suočio se s poteškoćama u zapošljavanju zbog čega je u Valoniji 2013. izgubljeno 1236 radnih mjesta, a 2014. njih 1878, te stoga podržavam ovo izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte met en exergue la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation à hauteur de 1,96 million d'euros afin de favoriser la réintégration sur le marché du travail de 412 travailleurs licenciés en Belgique au sein du secteur de la fabrication de verre ainsi que d'aider à la formation de cent jeunes sans diplôme. Rappelons que ces licenciements sont principalement dus aux surcapacités set à la surproduction de la Chine dans le secteur du verre, exerçant ainsi une pression à la baisse sur les prix. D'où l'aspect positif que pose ce texte. Ce texte répond alors à cette situation que nous ne pouvons que blâmer.

J'ai voté pour ce texte.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against approving giving EUR 1 095 544 (60 % of the match funding) of British taxpayers money through the Globalisation Adjustment Fund (EU dole money) to 412 workers in Belgium who have lost their jobs.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Tomáš Zdechovský sur la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation à la demande de la Belgique en faveur des salariés licenciés des entreprises AGC Europe SA et Saint-Gobain. Le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, créé en 2006, aide les personnes ayant perdu leur emploi. Ce fonds débloquent une enveloppe de 1 095 544 euros en faveur de 412 salariés licenciés. Ce montant servira à financer des formations, des services de conseils et d'accompagnement pour favoriser le recrutement de ces travailleurs licenciés.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui permet de mobiliser le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour les 400 ouvriers belges licenciés en 2014 dans une entreprise de production de verre. Ce fond va favoriser la réintégration de ces travailleurs licenciés par la formation, le conseil et l'accompagnement. La région Wallonie et spécifiquement Namur et le Hainaut, ont perdu plus de 1 800 emplois en 2014 dans ce secteur. Il était donc nécessaire de mobiliser ce fond dans une région historiquement productrice de verre.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Arbeiter und Angestellte, welche ihren Arbeitsplatz durch die Anpassung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aufgrund des Drucks der Globalisierung verloren haben, müssen bei ihrer Wiedereingliederung und Neuqualifizierung unterstützt werden. Daher unterstütze ich hier die Mobilisierung des Globalisation Adjustment Funds.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of mobilisation of the fund, as I support giving assistance to reintegrate in the labour market workers made redundant due to major structural changes in world trade patterns due to globalisation and the economic crisis.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) célja, hogy támogatást nyújtson a globalizáció hatására a világkereskedelemben bekövetkezett fő strukturális változások miatt, vagy a globális pénzügyi és gazdasági válság elhúzódása, illetve egy újabb globális pénzügyi és gazdasági válság következtében elbocsátott munkavállalóknak és tevékenységüket megszüntető önálló vállalkozóknak a munkaerőpiacon történő újbóli beilleszkedéshez.

2015. augusztus 19-én Belgium „EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass” referenciaszámon az EGAA igénybevételére irányuló kérelmet nyújtott be az EGAA-ból igénybe vehető pénzügyi hozzájárulás iránt a belgiumi Hainaut és Namur régiókban történt elbocsátásokat követően.

Az EGAA által finanszírozott intézkedésekben várhatóan 412 elbocsátott munkavállaló, valamint az hainaut-i régióban élő 100 munkanélküli, képzésben vagy oktatásban nem részesülő, 25 év alatti fiatal (NEET-fiatal) fog részt venni. A kérelem a beavatkozási kritérium alapján került benyújtásra, amely – az elbocsátott munkavállalók esetében az EGAA-rendelet 4. cikkének (1) bekezdése, a NEET-fiatalok esetében pedig az EGAA-rendelet 6. cikkének (2) bekezdése értelmében – kivételes esetben lehetővé teszi az eltérést.

Az Európai Parlament ezért nagy többséggel támogatta a Belgium által benyújtott kérelem alapján nyújtandó, 1 095 544 euró összegű pénzügyi hozzájárulás folyósítását. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a javaslat elfogadását.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) è stato istituito per fornire un sostegno ai lavoratori colpiti dalla crisi e dagli effetti generati dai grandi cambiamenti strutturali del commercio mondiale.

All'origine degli esuberi di cui siamo chiamati a discutere vi sono alcune vicende che hanno interessato il settore del vetro in Europa, e soprattutto in Belgio, negli ultimi anni. Oltre agli effetti dati dalla globalizzazione, le autorità belghe rilevano che la sovraccapacità produttiva dell'Asia, in tale settore, ha certamente un ruolo di primo piano. La domanda in esame riguarda 412 lavoratori collocati in esubero e fino a 100 giovani disoccupati. Ho ritenuto quindi di votare a favore e sostenere tali lavoratori in difficoltà.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport sur la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation en faveur des provinces du Namur et du Hainaut en Belgique. Il s'agit de réintégrer 412 travailleurs sur le marché du travail et d'aider une centaine de jeunes sans diplôme à suivre une formation. Les licenciements sont principalement liés aux surcapacités et à la surproduction de la Chine dans le secteur du verre, exerçant une pression à la baisse des prix.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car il mobilise 1,96 million d'euros principalement pour favoriser la réinsertion de 412 travailleurs licenciés en Belgique dans le secteur de la fabrication du verre. Ces licenciements sont dus à la concurrence de la Chine qui a cassé les prix dans ce secteur à cause de l'ouverture imprudente des frontières européennes décidée par l'UE.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe, ya que permite la movilización de un importe de 1 095 544 euros a raíz del despido de 412 trabajadores tras el cierre de una planta de producción en Roux (Hainaut), propiedad de AGC Europe SA, y de otros 268 tras el cierre de la planta de producción de Auvelais (región de Namur), propiedad de Saint-Gobain Glass Benelux, ambas plantas ubicadas en Bélgica.

Esta movilización de fondos tiene como objetivo mitigar las desastrosas consecuencias sociales de la crisis económica del sistema capitalista. Si bien estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores belgas, teniendo en cuenta los altos índices de desempleo en la región, al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Jsem zásadně proti tomuto přerozdělování peněz. Co toto přerozdělování činí ještě horším, je fakt, že jde o důsledek běžné aktivity na volném trhu, kdy se některá odvětví musí přesunout do zemí s efektivnější výrobou, a také to, že peníze směřují do Belgie – bohatého členského s velmi štědrými sociální sítí.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Europski fond za prilagodbu globalizaciji kreiran je za pružanje dodatne pomoći zaposlenicima koji osjećaju posljedice velikih strukturnih promjena u svjetskom gospodarstvu. Kako bi se pokrenula mobilizacija Europskog fonda potrebno je usuglasiti mišljenja Parlamenta, Vijeća i Komisije oko upravljanja fondovima i iznositima. Komisija je prihvatila prijedlog da se mobiliziraju fondovi za Belgiju za pružanje podrške u reintegraciji tržišta rada, gdje su djelatnici u području staklarstva bili tehnološki višak u dvjema velikim korporacijama, na razini NUTS2 u regijama Hainaut (BE32) i Namur (BE35) u Belgiji.

Milijun eura mobilizirat će se za 412 djelatnika i 100 ciljanih mladih profesionalaca. Komisija je zaključila kako su Belgija i njene regije ispunile sve preduvjete za korištenje navedenih fondova, stoga sam podržala prijedlog za mobilizaciju Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Eiropas Globalizācijas pielāgošanās fonds tika izveidots gandrīz desmitgadi atpakaļ, lai finansiāli atbalstītu Eiropas uzņēmumu atlaistus vai citādi bez darba palikušus darbiniekus tirdzniecības liberalizācijas procesa dēļ. Šajā gadījumā tas attiecas uz divu beļģu stiklu ražotāju uzņēmumu 412 darbiniekiem kopā ar vēl 100 jaunajiem cilvēkiem, kas nav nodarbināti. Kopējās izmaksas sastādis 1095544 euro.

Cilvēkkapitāls ir jebkuras valsts visnozīmīgākais resurss, tāpēc jādara viss, lai to nezaudētu un turpinātu produktīvi pielietot. Pozitīvs balsojums šodien bija nepieciešams, lai vairāk par pustūkstoši cilvēku varētu pēc iespējas ātrāk integrēties vai reintegrēties darba tirgū un turpināt pielietot (kā arī saņemt) un izplatīt starp kolēģiem gadiem ilgi saņemtu pieredzi, tādējādi pozitīvi ietekmējot gan sevi un savu apkārtni, gan Eiropas Savienības ekonomiku kopumā.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Uvedená belgická spoločnosť pôsobiaca v oblasti výroby ostatných nekovových minerálnych výrobkov požiadala o podporu zameranú na opätovné začlenenie 412 prepustených zamestnancov na trh práce. Žiadateľ splnil podmienky na poskytnutie pomoci. Ide o prvú žiadosť na mobilizáciu EFG v roku 2016. EP preto schválil vyčlenenie finančných prostriedkov vo výške 1 095 544 EUR pre Belgicko, čo predstavuje 60 % celkových nákladov na prijatie opatrení súvisiacich s opätovným začlenením prepustených zamestnancov.

Νότης Μαρίας (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου όσον αφορά την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση, σύμφωνα με σημείο 13 της διοργανικής συμφωνίας της 2ας Δεκεμβρίου 2013, μεταξύ του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, του Συμβουλίου και της Επιτροπής για τη δημοσιονομική, τη συνεργασία σε δημοσιονομικά θέματα και τη χρηστή δημοσιονομική πειθαρχία, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – La relazione sulla mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione: domanda EGF/2015/007 BE7Hainaut-Namur Glass mi trova favorevole.

È necessario che vi sia un sostegno finanziario dell'Unione ai lavoratori collocati in esubero, che deve essere reso disponibile in maniera effettiva e rispondente a quelle che sono le necessità. Il Belgio, avendo fatto domanda e rispettando i requisiti, avrà effettivamente a disposizione una cifra per far fronte alla situazione. Infine va sottolineato il fatto che vi è una previsione per i NEET, cioè coloro che non stanno seguendo un corso di formazione, lavorando o cercando attivamente lavoro, cosa che contribuisce a diminuire la produttività dell'Unione europea costituendo un motivo di rallentamento.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme hlasovali o zprávě, která byla podpořena napříč politickým spektrem. Schvalujeme v ní uvolnění prostředků z Evropského fondu pro přizpůsobení se globalizaci (EFG) pro regiony Namur a Hainaut v Belgii, kde se mezi lety 2007 a 2012 snížil počet pracovních míst o 19 %. EFG byl vytvořen proto, aby poskytoval dodatečnou pomoc pracovníkům, které zasáhly důsledky významných změn ve struktuře světového obchodu. Díky krizi sklářského průmyslu došlo k uzavření několika podniků v regionech a nejnověji k propuštění více než 250 zaměstnanců sklářského podniku. Poskytnuté prostředky budou vynaloženy na další vzdělávání či odbornou přípravu a hledání nového zaměstnání. V konečném hlasování jsem zprávu podpořil

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – He dado mi apoyo a la propuesta para la movilización del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización para ayudar a los trabajadores despedidos de dos empresas en Bélgica dedicadas a la fabricación de vidrio en las regiones de Hainaut y Namur.

Vamos a ayudar con algo más de un millón de euros a los afectados por las consecuencias de las transformaciones que se han producido en el sector del vidrio europeo, y especialmente el belga, en los últimos años, que han afectado sobremedida al sector de la producción de vidrio en Valonia.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes palankiai vertinu Komisijos sprendimą suteikti finansinę paramą Belgijos Namiūro ir Heno regionams iš Europos prisitaikymo prie globalizacijos padarinių fondo lėšų. Šios lėšos bus skirtos darbo netekusių darbuotojų apmokymams, perkvalifikavimui ir grąžinimui į darbo rinką, po to, kai dvi stiklo pramonės gamyklos, neatlaikiusios konkurencinio spaudimo, buvo priverstos atleisti virš 500 darbuotojų.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce «Fonds européen d'ajustement à la mondialisation» concerne près de 500 licenciements dans deux entreprises des régions belges désindustrialisées de Wallonie, dont l'entreprise Saint-Gobain. Elle n'en est pas à son premier méfait localement mais également en France avec un grand plan de licenciement de 400 emplois en 2008. L'entreprise, malgré un bénéfice net en hausse de 114 % à 671 millions d'euros a vendu cet été sa filiale spécialisée dans le verre à un fonds d'investissement américain et tente par ailleurs de s'implanter en Indonésie. Tout ceci n'est pas sans lien. Et l'UE continue de regarder ailleurs et de demander aux licenciés de faire de l'auto-entrepreneuriat. Ce Fonds contribue une fois de plus à l'irresponsabilité des entreprises et au dumping social. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – En Belgique, 412 travailleurs ont été licenciés dans le secteur de la production de verre. Cela est dû principalement à la surproduction et à la surcapacité chinoise dans ce domaine, qui exerce une pression à la baisse sur les prix. L'objectif de la mobilisation du FEM à hauteur de 1,96 million vise à favoriser la réintégration de ces travailleurs ainsi qu'à aider la formation d'une centaine de jeunes sans diplôme.

J'ai par conséquent voté pour.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório de Mobilização do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização: candidatura EGF/2015/007 BE/ Hainut-Namur Glass.

O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi criado para prestar um apoio complementar aos trabalhadores atingidos pelos efeitos de mudanças estruturais importantes nos padrões do comércio mundial.

A candidatura apresentada reúne as condições necessárias para uma contribuição financeira do FEG e as autoridades belgas apresentaram todas as garantias necessárias, pelo que apresentei o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) is one of the tools at the European Union's disposal to provide additional assistance to workers negatively impacted by major structural changes in world trade patterns. The Commission approved this specific application as it met the conditions for mobilising the EGF to support the local economy. I therefore voted in favour of this report to alleviate the situation of 412 workers in the glass sector in Belgium due to global financial issues.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund: application EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass, which gives the green light for mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund (EGF) in Belgium. The application relates to 412 redundancies in Hainaut-Namur Glass, operating in the manufacture of glass products, within the period 31 August 2014 – 31 May 2015. The EGF funding of EUR 1 095 544 will contribute to helping 412 former workers through a coordinated package of integrated training, facilitating job-search, support/guidance/integration, transfer of experience, support for enterprise creation, support for collective projects and allowances.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap célja, hogy kiegészítő támogatást nyújtson a világkereskedelemben bekövetkezett főbb strukturális változások következményei által sújtott munkavállalóknak. 2011-es áron számítva az alap nem lépheti túl 150 millió eurós maximális éves összeget.

Belgium 2015. augusztus 19-én nyújtott be kérelmet az Alap 1 095 544 euró összegben történő igénybevételére, a Hainaut illetve Namur tartományban működő két vállalatnál elbocsátott munkavállalók munkaerőpiacra történő újbóli beilleszkedésének támogatása céljából. A Bizottság megállapította, hogy a kérelem teljesíti az EGAA-ból nyújtott pénzügyi hozzájárulás feltételeit, a belga hatóságok tervezett intézkedései pedig az EGAA-rendelet szerint a támogatható tevékenységek közé tartozó aktív munkaerőpiaci intézkedéseknek minősülnek, ezért javaslatot nyújtott be a Parlamentnek és a Tanácsnak, hogy hagyja jóvá 1 095 544 euró összeg igénybevételét az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapból.

A Költségvetési Bizottság jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament fogadja el a Bizottság javaslatát, és a Belgium által benyújtott kérelem alapján járjon hozzá az EGAA igénybevételéhez 1 095 544 euró összegben. A javaslatot támogattam.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Nous sommes favorables au principe de la mobilisation de fonds européens pour pallier aux effets désastreux de la mondialisation sauvage, imposée par l'eurooligarchie. C'est pourquoi, j'ai voté pour.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione è stato istituito per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei grandi cambiamenti strutturali del commercio mondiale. Ho votato a favore della mobilitazione del FEG per un importo di circa 1 milione di euro a favore del Belgio e che coinvolge 412 lavoratori collocati in esubero e fino a 100 giovani disoccupati.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) provides support for people losing their jobs as a result of major structural changes in the world trade patterns due to globalisation. I voted for this report that will bring a contribution of EUR 1 095 544 for personalised services from the 2016 EGF budget to a total of 512 workers made redundant.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Die Europäische Union verfügt mit dem Globalisierungsfonds über ein Haushaltsinstrument, welches die von den weitreichenden globalen Strukturveränderungen des Welthandelsgefüges betroffenen Arbeitnehmer finanziell unterstützt. Dieser Fonds setzt genau dort an, wo es die Gesellschaft am meisten braucht, aus diesem Grund hätte ich mich für diesen Bericht ausgesprochen.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport concerne une aide pour la formation de 412 travailleurs licenciés ainsi que pour 100 jeunes NEET (ni étudiant, ni employé, ni stagiaire) dans les régions du Hainaut et de Namur. Une partie de ces travailleurs fut licenciée suite à la fermeture des usines de production de Roux et d'Auvelais, victimes d'une concurrence accrue du marché asiatique du verre et des délocalisations. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Klaasitööstust Belgias mõjutanud arengute tõttu töö kaotanud inimesi, sealhulgas paljusid noori, on vaja toetada, et nad saaksid vajadusel ümber õppida ning uuesti tööd leida.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against approving giving EUR 1 095 544 (60 % of the match funding) of British taxpayers money through the Globalisation Adjustment Fund (EU dole money) to 412 workers in Belgium who have lost their jobs.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione è stato creato per fornire un sostegno ulteriore ai lavoratori colpiti dalle conseguenze dei grandi cambiamenti del commercio mondiale.

Considerando le gravi conseguenze che la crisi economica ha avuto in termini occupazionali, il Belgio ha presentato la domanda EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass per un contributo finanziario del FEG al fine di supportare il settore caduto in una profonda crisi. Ritengo che sia opportuno valutare positivamente l'appoggio alla proposta avanzata dal Belgio.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za poročilo o uporabi sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji v primeru Hainaut-Namur Glass.

Valonija ima dolgo tradicijo steklarske industrije, zaradi česar je njeno prebivalstvo še posebej odvisno od te industrijske panoge. Zaradi naraščajočega vpliva globalizacije na lokalno gospodarstvo se je povečala konkurenca, s tem pa so se zelo zaostriili pogoji za steklarsko industrijo v tej regiji. Zaradi slabše konkurenčnosti so nastopile težave za regionalna steklarska podjetja - število delovnih mest se je v zadnjih letih namreč zmanjšalo za 19%.

Dodelitev sredstev za ublažitev posledic je upravičena, vendar pa mora Komisija preučiti vse okoliščine in ob morebitnih bodočih vlogah za sredstva te ugotovitve tudi upoštevati.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam odluku da se u okviru općeg proračuna EU-a za 2016. mobilizira europski fond za prilagodbu globalizaciji na zahtjev Belgije, kako bi se pružila pomoć otpuštenim radnicima staklarskog sektora. Belgijska regija Valonija, a naročito područje gradova Namur i Hainaut, poznati su po tradiciji proizvodnje stakla koja zapošljava nemali broj radnika ove regije. Ovaj sektor industrije našao se u ozbiljnoj krizi, kako zbog globalne finansijske krize, tako i zbog činjenice da su veći dio europskog tržišta zauzeli strani proizvođači. Nažalost, cijenu krize i globalizacije ovaj put plaćaju radnici iz Valonije, njih 412. Smatram da će ova mjera omogućiti otpuštenim radnicima da lakše nađu drugi posao, pokrenu vlastita poduzeća ili se prekvalificiraju, što će pomoći i u smanjenju stope nezaposlenosti u Valoniji. Stoga pozivam Parlament da se odazove zahtjevu Belgije i odobri ovu odluku.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Cette demande concerne une aide pour des salariés de la fabrication du verre licenciés en Belgique. La surproduction chinoise dans le secteur entraîne en effet une baisse globale des prix qui affecte les usines en Europe. Je déplore la politique aberrante de l'Union européenne, toujours prête à s'ouvrir encore davantage à la concurrence mondiale sans jamais s'intéresser aux conséquences sur l'emploi et la croissance dans les États membres. Encore une fois, le fonds d'ajustement à la mondialisation vient servir à soulager très partiellement la détresse provoquée par des décisions stupides. Je ne veux bien évidemment pas refuser une aide à des travailleurs malmenés par l'Union européenne et je vote donc en faveur de ce rapport.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Europski fond za prilagodbu globalizaciji je stvoren kako bi se osigurala dodatna pomoć radnicima koji pate od posljedica velikih strukturnih promjena u tokovima svjetske trgovine zbog globalizacije, npr. zatvaranja velikih poduzeća ili preseljenja proizvodnje izvan EU-a ili kao rezultat globalne ekonomske i financijske krize. Za razdoblje 2014. – 2020., Fond ima najviši godišnji proračun od 150 milijuna EUR i može financirati do 60 % troškova projekata osmišljenih kako bi pomogli radnicima koji su postali višak da pronađu novo zaposlenje ili uspostave vlastiti posao.

Snažna povijesna tradicija izrade stakla u Valoniji danas se suočava s velikim izazovima, a to uključuje prekapacitiranost proizvodnje u Aziji u kombinaciji s višim troškovima proizvodnje i strožim ekološkim standardima u Europi, što je u konačnici rezultiralo otpuštanjem 412 belgijskih radnika tvrtke Hainaut-Hamur Glass koji su postali višak. Iz tog razloga podržavam ovu mjeru kojom se dodjeljuje 1 095 544 eura, a koja će se pozitivno odraziti na 412 bivših radnika i do 100 ciljanih mladih osoba koje nisu u zapošljavanju, obrazovanju ili obuci kako bi im se pružio integrirani trening i olakšalo traženje posla.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A proposta resulta do despedimento de 412 trabalhadores de duas empresas que operavam no setor vidreiro, em Hainaut e Namur.

Trata-se da mobilização de 1 095 544 EUR do Fundo de Ajustamento à Globalização, que servirão para assistência individual na procura de emprego, gestão de casos individuais e serviços de informação geral, formação e reconversão, subsídios e incentivos.

Esta candidatura é justificada pela queda significativa da produção de vidro na Europa, que, pela primeira vez desde os anos 60, caiu para menos de um milhão de toneladas em 2009, tendência que prosseguiu em 2011 e 2012. Uma depressão que resulta da deslocalização de empresas para a Ásia, de que resultou ainda uma queda do emprego, neste setor, em solo europeu, de 12% desde 2010 e de 27% desde 2000.

Concordamos com a mobilização desta ajuda de forma célere para apoiar os trabalhadores despedidos, as principais vítimas de decisões políticas que refletem o aprofundamento do sistema capitalista e a prossecução de políticas neoliberais, que condenamos.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Belgija je 19. kolovoza 2015. podnijela zahtjev EGF/2015/007 BE/Hainaut – Namur Glass, a koji se odnosi na 412 radnika koji su proglašeni viškom u ekonomskom sektoru razvrstanom u odjeljak 23 NACE-a Rev. 2 (Proizvodnja ostalih nemetalnih mineralnih proizvoda).

Do otpuštanja je u predmetnim poduzećima došlo u belgijskim regijama Hainautu (BE32) i Namuru (BE35) koje su dio NUTS-a 2. Kako bi se utvrdila korelacija između otpuštanja i velikih strukturnih alteracija u tokovima svjetske trgovine nastalih uslijed globalizacije, Belgija je argumentirala kako je trgovina proizvodima od stakla u EU-u posljednjih godina značajno narušena. Između 2000. i 2013. godine potražnja u Europi je stagnirala, uvoz se dramatično povećao, a strani su proizvođači zauzeli sve veći dio europskog tržišta, što se objašnjava činjenicom da je zbog viška proizvodnog kapaciteta u Aziji, posebice u Kini, došlo do pritiska na sniženje cijena s kojim se europski proizvođači teško nose zbog viših troškova proizvodnje i strožih ekoloških standarda, osobito emisijskih kvota CO₂. Iako je u razvojnim gospodarstvima potražnja porasla, Europa nažalost nije uspjela povećati svoj tržišni udio na izvoznim tržištima.

S ciljem pomoći otpuštenim radnicima u osposobljavanju i prekvalifikaciji za nova radna mjesta, podržavam izvješće kolege izvjestitelja Tomáša Zdechovskog.

Miroslav Poche (S&D), *in writing*. – I am pleased with the vote of support that Parliament has given this report today and thus contributed to the better situation of workers in southern Belgium. The fund is generally used to provide additional assistance to workers suffering from the consequences of major structural changes in world trade patterns. The measures should improve job security in positions that are susceptible to trade patterns and lessen unemployment in these sectors. I would like to note the improved procedure put in place by the Commission, following Parliament's request for the accelerated release of grant. The pressure that the new timetable has given will most likely increase the potential impact on the effectiveness of case instruction and rapid implementation.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Sostengo la mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione in relazione alla domanda EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass presentata dal Belgio. Questa domanda è stata presentata in seguito alla collocazione in esubero di 412 lavoratori. Il settore della produzione di vetro ha subito negli ultimi anni gravi difficoltà, dovute in particolare alle importazioni, che sono aumentate drasticamente, e ai produttori stranieri, che hanno conquistato una quota crescente del mercato europeo. Alcune società sono state costrette a chiudere i propri stabilimenti produttivi e a operare ristrutturazioni del proprio organico dando luogo a un numero elevato di licenziamenti. Mi auguro che la mobilitazione del FEG, per un importo pari a 1 095 544 EUR, possa rivelarsi uno strumento decisivo per il sostegno a questi lavoratori e alle loro famiglie, nonché un valido aiuto per le società colpite dalla crisi.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Fundusz Dostosowania do Globalizacji (EFG) pomaga pracownikom znaleźć nowe zatrudnienie i zdobyć nowe umiejętności po utracie pracy na skutek zmian w strukturze handlu światowego, np. gdy duża firma zostaje zamknięta, fabrykę przenosi się poza UE lub w związku ze światowym kryzysem finansowym i gospodarczym. Pomoc dla pracowników belgijskich jest elementem solidarności z Belgami, którzy są członkami naszej grupy oraz są w koalicji rządowej w Belgii. Dodatkowo Grupa Saint-Gobain jest liderem w produkcji szkła na rynku europejskim. W Polsce ma zakłady produkcyjne w Strzemieszycach Wielkich (dzielnica Dąbrowy Górniczej), Żarach oraz w Kole. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. – Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) soll Angestellten dabei helfen, nach dem Verlust der Arbeitsstelle eine neue Betätigung zu finden, damit die Zeit der Arbeitslosigkeit möglichst kurz ist. Dazu bietet der EGF Weiterbildungen an, die die eigenen Fähigkeiten schulen und Fähigkeiten hervorbringen sollen, die den Anforderungen der Globalisierung gerecht werden. Grundsätzlich unterstütze ich die Umsetzung von Politik, die Arbeit und Wachstum schafft. Beim EGF habe ich allerdings Bedenken, ob es sich hierbei um ein wirksames Instrument zur Durchsetzung dieser Ziele handelt und ob das Ergebnis die finanziellen Aufwendungen dafür rechtfertigt. Ich stimme deshalb gegen diesen Beschluss.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Ce jour, j'ai voté en faveur de l'intervention du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation en vue de venir en aide aux 412 travailleurs licenciés suite aux fermetures de deux usines de production de verre en Belgique appartenant à AGC EUROPE SA et Saint-Gobain Glass Benelux. Le montant prévu par l'Union européenne pour aider ces personnes à retrouver un emploi s'élève à plus de 1 million d'euros.

Si je me réjouis de cette décision du Parlement européen d'octroyer des moyens aux travailleurs belges pour les aider à se relancer professionnellement, je ne peux que déplorer ces nouvelles fermetures d'usines dans un secteur historique en Wallonie. Je ne le répéterai jamais assez, l'industrie doit être au cœur de nos préoccupations. Une base industrielle forte est à mes yeux une condition nécessaire pour renforcer tout le tissu économique et permette la création de nombreux emplois en Europe.

Je me réjouis également de voir que l'intervention du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation permettra à 100 jeunes sans emploi, sortis du système scolaire et sans formation d'être mieux préparés à s'insérer dans le marché du travail.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório diz respeito a uma proposta de decisão do Parlamento Europeu e do Conselho relativa à mobilização do Fundo de Solidariedade da União Europeia a favor da Bélgica, num montante total de 1 095 544 euros, para fazer face a 412 despedimentos ocorridos na empresa Hainaut-Namur Glass, que opera no sector económico de fabricação de outros produtos minerais não metálicos, nas regiões de Hainaut e Namur e que encerrou as respetivas unidades de produção.

Da análise ao relatório, verificam-se cumpridos os critérios de mobilização do FSUE e, estando ciente das dificuldades que o setor do vidro tem enfrentado nos últimos anos e do impacto profundo que tal situação teve junto das comunidades e respetivas economias locais, votei favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit que l'UE contribue à hauteur d'un million d'euros pour aider des travailleurs licenciés dans le secteur du verre en Belgique. La mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) permet de répondre au licenciement de 412 employés; et accompagne ces travailleurs licenciés dans la recherche d'un emploi.

J'ai soutenu ce rapport qui rappelle également l'importance d'améliorer l'employabilité de tous les travailleurs grâce à une formation adaptée et à la reconnaissance des compétences acquises tout au long de leur carrière professionnelle.

Il est crucial que l'UE dispose d'instruments et de moyens financiers tels que le FEM afin de répondre de manière rapide, efficace à des situations économiques d'une telle ampleur.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) è lo strumento promosso dall'Unione europea per offrire un sostegno di fronte alle sfide lanciate dalla globalizzazione dei mercati.

La domanda in esame, la prima nel quadro del bilancio 2016, si riferisce alla mobilitazione del FEG per un importo totale di 1 095 544 EUR a favore del Belgio. Essa riguarda 412 lavoratori collocati in esubero e fino a 100 giovani disoccupati e non iscritti a corsi di istruzione o di formazione (NEET) per promuovere un loro collocamento. I due impianti coinvolti, facenti parte dei gruppi AGC Europe SA e Saint-Gobain Glass Benelux, sono stati costretti a chiudere in particolare a causa della forte concorrenza dei paesi asiatici, che possono produrre senza dover rispettare i vincoli ambientali e sociali a cui sono sottoposte le nostre aziende.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor en este informe, puesto que promueve unos fondos destinados a compensar y establecer medidas indemnizatorias en casos de relocalización o cierres de empresas por los cambios estructurales de los mercados a causa de la globalización. Servirán para atender la situación de los trabajadores despedidos y ayudar a jóvenes sin estudios ni empleo, en dos regiones de Bélgica (Haianut y Namur), por el cierre de dos fábricas del sector del vidrio. Se trata de medidas que, de no existir, dejarían en peor lugar a los trabajadores afectados. El voto a favor, no obstante, no oculta que este tipo de medidas son «pan para hoy y hambre para mañana», en tanto que la cuestión del empleo y las relocalizaciones debiera tener otro enfoque de actuación. Por un lado, Europa necesita un plan de inversión de un corte sumamente diferente al de Juncker, y otra política de empleo, para actuar en materia laboral. En segundo lugar, esa alternativa debiera consistir en invertir en actividades de futuro, especialmente en un cambio de modelo productivo.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe mich für die Auszahlung der Umschulungshilfen aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung ausgesprochen, denn Wallonien in Belgien ist bereits von vielen Umstrukturierungen nach dem Verlust der Kohle und Stahlindustrie betroffen. Wichtig war mir festzuhalten, dass wir immer dann, wenn wir einer Region wie hier Wallonien erneut Hilfen zur Umschulung von arbeitslos gewordenen Menschen durch eine Firmenschließung geben, genau untersuchen, was wir aus früheren Zuwendungen für diese Region lernen konnten, und ggf. Anpassungen vornehmen, um noch effektiver helfen zu können, diese Menschen schnell wieder in einen anderen Beruf zu vermitteln.

Jasenko Selimovic (ALDE), *skriftlig*. – Frihandel är en fortsättning till ekonomiskt välstånd och i sin tur individuell frihet. Därför har jag starka invändningar mot den europeiska globaliseringsfonden, som är ett uttryck för protektionism. Med anledning av detta anser jag att fonden bör avvecklas under ordnade former.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe, ya que permite la movilización de un importe de 1 095 544 euros a raíz del despido de 412 trabajadores tras el cierre de una planta de producción en Roux (Hainaut), propiedad de AGC Europe SA, y de otros 268 tras el cierre de la planta de producción de Auvelais (región de Namur), propiedad de Saint-Gobain Glass Benelux, ambas plantas ubicadas en Bélgica.

Esta movilización de fondos tiene como objetivo mitigar las desastrosas consecuencias sociales de la crisis económica del sistema capitalista. Si bien estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores belgas, teniendo en cuenta los altos índices de desempleo en la región, al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – The Tories fail to apply for the fund where it is desperately needed – such as with the closure of the steel industry in the UK. Belgium's application will show to the UK Government the positive effects that this fund has and how solidarity with our brothers and sisters across the EU is the best course of action.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – V prípade uznesenia Európskeho parlamentu o aplikovaní Európskeho fondu na prispôsobenie sa globalizácii v žiadosti belgickej spoločnosti Hainaut-Namur Glass som hlasoval v súlade s pozíciou EKR proti tomuto uzneseniu. Považujem za dôležité tvoriť politiku, ktorá napomáha k rastu zamestnanosti a tvorbe pracovných miest. Súčasne sa však stotožňujem so stanoviskom frakcie EKR, ktorá nepovažuje Európsky globalizačný fond za správny a adekvátny nástroj na tento účel.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitívno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Uvoľnenie prostriedkov z fondu na prispôsobenie sa globalizácii pomôže 412 prepusteným zamestnancom v sklárskom priemysle v Belgicku. Súhlasím s tým, aby sa tieto finančné zdroje použili na preškolenie a opätovné zaškolenie týchto pracovníkov, keďže sa ocitli v situácii, ktorá je dôsledkom globálnych ekonomických tlakov. Európsky sklársky priemysel sa v posledných rokoch musel vyrovnáť so silnou konkurenciou čínskych a japonských výrobkov. Nadmerné výrobné kapacity v Ázii sa podpísali na znižovaní cien v Európe, čo viedlo medzi rokmi 2000 a 2010 k poklesu zamestnanosti v sklárskom priemysle v Európe o 32 %. V problémoch sa ocitli aj dva belgické výrobné závody, AGS Glass a Sainte-Gobaine Glass, ktoré boli zatvorené v roku 2014. Drvivá väčšina prepustených pracovníkov sú muži a až štvrtina z nich má viac než 55 rokov. Vítam preto skutočnosť, že sa belgická vláda aj týmto spôsobom snaží prispieť k budúcemu uplatneniu sa týchto ľudí na trhu práce. Pre týchto pracovníkov je z fondu vyčlenených vyše 1 mil. EUR na rôzne personalizované služby, ktoré by im mali pomôcť získať zručnosti, ktoré by využili aj mimo ohrozeného sklárskeho priemyslu.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Kot dodatno podpora delavcem, ki so jih prizadele posledice velikih strukturnih sprememb v svetovnih trgovinskih tokovih ali posledice svetovne finančne in gospodarske krize je EU vzpostavila zakonodajne ter proračunske instrumente. T.i. Evropski sklad za prilagoditev globalizaciji (ESPG) se tudi uporablja kot pomoč pri ponovni vključitvi omenjenih presežnih delavcev na trg dela.

Na tej podlagi je Belgija vložila vlogo EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass za finančni prispevek iz ESGP zaradi odpušcanja presežnih delavcev v gospodarskem sektorju. V teh ukrepih naj bi sodelovalo 412 presežnih delavcev, pa tudi 100 mladih iz regije Hainaut, ki niso zaposleni, se ne izobražujejo ali usposablajo ter so mlajši od 25 let.

Vloga sicer ne izpolnjuje običajnih meril za upravičenost iz uredbe o ESGP, vendar pa je bila vložena v skladu z merilom za pomoč, ki omogoča odstopanje v izjemnih okoliščinah v primeru presežnih delavcev ter v primeru mladih, ki niso zaposleni, se ne izobražujejo ali usposablajo.

Da bi uporabila sredstva iz sklada, je Komisija proračunskemu organu predložila zahtevo za prerazporeditev v skupnem znesku 1 095 544 EUR iz rezerve za ESGP v proračunsko vrstico ESGP.

Strinjam se, da bi finančna pomoč EU za presežne delavce morala biti dinamična in na voljo čim hitreje in učinkoviteje, zaradi česar sem poročilo podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Globalizácia je fenomén, ktorý prebieha už niekoľko desaťročí. Všetci môžeme profitovať z otvorenejšieho svetového obchodu a lepšieho využitia komparatívnych výhod. Aj EÚ by sa mala zamerať na oblasti, v ktorých je komparatívne najlepšia. Zároveň je však dôležité, aby EÚ pokračovala v podpore odvetví a pracovníkov v členských štátoch, ktoré v dôsledku globalizácie stratili konkurencieschopnosť.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Belgija je podnijela zahtjev EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass za financijski doprinos iz EGF-a nakon otpuštanja u ekonomskom sektoru razvrstanom u odjeljak 23 Rev. 2 NACE-a (Proizvodnja ostalih nemetalnih mineralnih proizvoda) u regijama razine NUTS 2 Hainautu (BE32) i Namuru (BE35) u Belgiji, te se predviđa da će mjerama biti obuhvaćeno 412 radnika koja su proglašena viškom, kao i 100 mladih iz regije Hainaut koji nisu zaposleni, ne školuju se i ne osposobljavaju (NEET) te su mlađi od 25 godina. Od tih radnika njih 144 je proglašeno viškom zbog zatvaranja proizvodnog postrojenja u Rouxu (Hainautu) koje je u vlasništvu poduzeća AGC Europe SA, a 268 zbog zatvaranja proizvodnog postrojenja u Auvelaisu (regija Namur) u vlasništvu poduzeća Saint-Gobain Glass Benelux. Podržavam prijedlog Komisije s obzirom da su uvjeti iz članka 4. stavka 2. Uredbe o EGF-u ispunjeni i da zato Belgija u skladu s tom Uredbom ima pravo na financijski doprinos u iznosu od 1 095 544 EUR, što iznosi 60 % ukupnog troška od 1 825 907 EUR.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Radnici i poslodavci diljem Europske unije pogođeni su svjetskom financijskom i gospodarskom krizom. Kako bi se pomoglo radnicima koji su izgubili poslove slijedom zatvaranja ili smanjenja broja zaposlenika velikih poduzeća ili premještanjem proizvodnje u zemlje izvan EU-a, oformljen je Europski fond za prilagodbu globalizaciji. Izvješće o prijedlogu odluke Parlamenta i Vijeća o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji predlaže uvođenje personaliziranih mjera pomoći sektoru proizvodnje stakla u Belgiji.

Belgijska regija Valonija ima snažnu i dugotrajnu tradiciju proizvodnje stakla, a tvrtke se u tom sektoru posljednjih godina suočavaju s velikim poteškoćama. Zbog snažne konkurencije japanskih i kineskih proizvođača, u Valoniji su zatvorena već dva proizvodna pogona. Belgija planira, pomoću Fonda, provesti sedam mjera koje će pomoći građanima koji su izgubili posao, koje uključuju i pomoć pri traženju novog zaposlenja, obučavanje i podršku. Podržavam odluku da se Fond mobilizira kako bi se ovom sektoru pomoglo uhvatiti u koštac s novonastalim uvjetima te pomoglo pogođenoj radnoj snazi da pronađe nove prilike zaposlenja.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji - vloaga Hainaut-Namur Glass.

Gre za prvo poročilo v letošnjem letu in predstavlja tipičen primer vpliva globalizacije na evropski trg. S tem bomo pomagali 412 presežnim delavcem ter 100 mladim, ki niso zaposelni, se ne izobražujejo in usposablajo ter so mlajši od 25 let.

Poročilo je v skladu s stališčem Evropske komisije in odločitvijo EU v zvezi s skladom za prilagoditev globalizaciji.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Εκτός εάν υπάρχουν υπόνοιες για ατασθαλίες των εταιριών, πάντοτε ψηφίζουμε υπέρ του Ταμείου Παγκοσμιοποίησης. Η διαφωνία μας με τις οικονομικές πολιτικές της Ένωσης, αλλά και την αχαλίνωτη ελευθερία της αγοράς είναι καταγεγραμμένες πολλάκις.

Τα χρήματα όμως του Ταμείου καταλήγουν σε προγράμματα επανεκπαίδευσης ή και αποζημίωσης απολυμένων εργαζομένων, κάτι που στηρίζουμε. Για αυτό το λόγο υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Τα χρήματα του Ταμείου Προσαρμογής πρέπει να δίνονται κατά βάση στους απολυμένους και όχι σε προγράμματα επανένταξης ή μετεκπαίδευσης. Δεν χρειαζόμαστε εξειδικευμένους ανέργους.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) célja, hogy támogatóst nyújtson a globalizáció hatására a világereszkedelemben bekövetkezett fő strukturális változások miatt, vagy a globális pénzügyi és gazdasági válság elhúzódása, illetve egy újabb globális pénzügyi és gazdasági válság következtében elbocsátott munka-vállalóknak és tevékenységüket megszüntető önálló vállalkozóknak a munkaerőpiacon történő újbóli beilleszkedéshez.

2015. augusztus 19-én Belgium „EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass” referenciaszámon az EGAA igénybevételére irányuló kérelmet nyújtott be az EGAA-ból igénybe vehető pénzügyi hozzájárulás iránt a belgiumi Hainaut és Namur régiókban történt elbocsátásokat követően.

Az EGAA által finanszírozott intézkedésekben várhatóan 412 elbocsátott munkavállaló, valamint az hainaut-i régióban élő 100 munkanélküli, képzésben vagy oktatásban nem részesülő, 25 év alatti fiatal (NEET-fiatal) fog részt venni. A kérelem a beavatkozási kritérium alapján került benyújtásra, amely – az elbocsátott munkavállalók esetében az EGAA-rendelet 4. cikkének (1) bekezdése, a NEET-fiatalok esetében pedig az EGAA-rendelet 6. cikkének (2) bekezdése értelmében – kivételes esetben lehetővé teszi az eltérést.

Az Európai Parlament ezért nagy többséggel támogatta a Belgium által benyújtott kérelem alapján nyújtandó, 1 095 544 euró összegű pénzügyi hozzájárulás folyósítását. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a javaslat elfogadását.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Fondul european de ajustare la globalizare reprezintă unul dintre instrumentele prin care Uniunea Europeană oferă asistență forței de muncă afectate de schimbările structurale ale comerțului mondial. Fondul nu poate utiliza mai mult decât suma totală maximă de 150 de milioane de euro din bugetul consolidat al Uniunii. Asistența este oferită în cazurile în care statele membre semnalează o situație de necesitate extremă și doar în urma acordului interinstituțional dintre Comisie, Consiliu și Parlament.

În cazul de față, statul belgian a solicitat intervenția UE pentru reintegrarea pe piața muncii a lucrătorilor disponibilizați ca urmare a închiderii a două întreprinderi producătoare de sticlă din regiunea Hainaut-Namur. Intervenția propusă se ridică la suma de aproximativ 1 milion de euro, ce urmează a fi virată Belgiei. Răspunsul Comisiei la această solicitare a fost pozitiv, întrucât s-a considerat că evenimentele respective au avut loc datorită evoluției nefavorabile pe piața mondială a industriei sticlei. Fondurile vor fi folosite cu precădere pentru consiliere, târguri de joburi, pregătire profesională, susținerea liberei inițiative și a proiectelor colective.

Întrucât este vorba despre susținerea reintegrării pe piața muncii a unui contingent important, îmi exprim susținerea pentru această măsură.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Il est tout à fait normal que l'Europe ait apporté sa contribution pour venir en aide aux travailleurs. Ces dernières années, le commerce de produits verriers dans l'Union a connu de graves perturbations. Entre 2000 et 2010, l'emploi dans l'ensemble du secteur du verre en Europe a reculé de 32 %. En Wallonie, qui possède une solide expérience de la fabrication du verre, plusieurs grandes entreprises ont connu des difficultés au cours des dernières années: le nombre d'emplois dans le secteur du verre a chuté de 19 % entre 2007 et 2012 dans les provinces du Hainaut et de Namur et le nombre de pertes d'emploi dans toute la région s'élevait à 1 236 en 2013 et à 1 878 en 2014.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this measure which enables workers and self-employed people who have lost their jobs due to the rapid changes induced by globalisation to rapidly reintegrate the labour market. Through this fund, workers will be provided with training, guidance, job-search facilitation, transfer of experience, support for enterprise creation and collective projects, as well as job-search and training allowances. I believe that this measure is vital to reduce unemployment periods to their maximum, encourage labour flexibility and thus increase the competitiveness and sustainability of the European market.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam protiv zahtjeva Belgije za financijskom potporom za prilagodbu globalizaciji u sektoru proizvodnje stakla s ukupnim iznosom od 1 825 907 eura, od kojih bi 1 095 544 eura trebalo biti iz Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji. Iako u načelu podupirem mjere koje potiču gospodarski rast i stvaranje novih radnih mjesta, smatram da Europski fond za prilagodbu globalizaciji nije pravi alat za uvođenje takve politike te da se ponuđenim novcem neće izvršiti reintegracija viška radnika.

Naime, višak proizvodnog kapaciteta u Aziji, posebno u Kini, doveo je do sniženja cijena s čime se europski proizvođači teško nose te je potražnja u Europi stagnirala dok se uvoz drastično povećao. Iz svega navedenog, jasno je da predložene mjere ne mogu vratiti 412 radnika u belgijskim regijama Hainaut i Namuru na tržište rada niti dugoročno pomoći oporavku navedenog sektora, nego predstavljaju samo kratkoročnu pomoć.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji v skladu s točko 13 Medinstitucionalnega sporazuma z dne 2. decembra 2013 med Evropskim parlamentom, Svetom in Komisijo o proračunski disciplini, sodelovanju v proračunskih zadevah in dobrem finančnem poslovanju (vloga EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass, Belgija) sem podprla, saj je bil Evropski sklad za prilagoditev globalizaciji ustanovljen za dodatno pomoč delavcem, ki so jih prizadele posledice večjih strukturnih sprememb v svetovnih trgovinskih tokovih.

Tokrat bodo sredstva namenjena Belgiji, da bo podprla ponovno vključevanje delavcev, ki so postali presežni na trg dela, in sicer v dveh podjetjih v belgijskih regijah Hainaut (BE32) in Namur (BE35) na ravni 2 NUTS(11).

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor en este informe, puesto que promueve unos fondos destinados a compensar y establecer medidas indemnizatorias en casos de relocalización o cierres de empresas por los cambios estructurales de los mercados a causa de la globalización. Servirán para atender la situación de los trabajadores despedidos y ayudar a jóvenes sin estudios ni empleo, en dos regiones de Bélgica (Hainaut y Namur), por el cierre de dos fábricas del sector del vidrio. Se trata de medidas que, de no existir, dejarían en peor lugar a los trabajadores afectados. El voto a favor, no obstante, no oculta que este tipo de medidas son «pan para hoy y hambre para mañana», en tanto que la cuestión del empleo y las relocalizaciones debiera tener otro enfoque de actuación. Por un lado, Europa necesita un plan de inversión de un corte sumamente diferente al de Juncker, y otra política de empleo, para actuar en materia laboral. En segundo lugar, esa alternativa debiera consistir en invertir en actividades de futuro, especialmente en un cambio de modelo productivo.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapot azért hozták létre, hogy kiegészítő támogatást nyújtsanak a világkereskedelemben bekövetkezett főbb strukturális változások következményei által sújtott munkavállalóknak. A Bizottság 2016. január 20-án határozatra irányuló javaslatot fogadott el az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap Belgium javára történő igénybevételére, hogy támogassa a belgiumi Hainaut és Namur régióban működő két vállalatnál elbocsátott munkavállalók munkaerőpiacra történő újbóli beilleszkedését. A kérelem 412 elbocsátott munkavállalóra és megközelítőleg száz nem foglalkoztatott, oktatásban és képzésben nem részesülő fiatalra vonatkozik. Voksommal támogattam a javaslatot.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de movilizar este fondo dedicado a paliar los efectos económicos de la globalización y, especialmente, la pérdida de puestos de empleo fruto de las deslocalizaciones.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Palankiai vertinu paramą kolektyviniams projektams; raginu Komisiją, siekiant nustatyti naudą dalyviams, įvertinti šio tipo priemonės rezultatus kitose paraiškose.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund for the application EGF/2015/007 BE/Hainaut-Namur Glass. The grant of EUR 1 095 544 in EU aid is directed to Belgium to help 412 Benelux workers find new jobs. The workers were made redundant by two glass manufacturers – AGC Europe and Saint-Gobain Glass – which are unable to compete with very strong competition from Asian producers. Belgium has also decided to include 100 young people who are not in employment, education or training (NEETs) in the plans. Redundant workers are usually helped by the European Globalisation Adjustment Fund with measures such as support for business start-ups, job-search assistance, occupational guidance and various kinds of training. In order to help the laid-off workers find new employment after losing their jobs due to harsh competition in the market I voted in favour of granting this aid.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de un fondo que se dedica a tramitar transferencias de fondos para atender indemnizaciones por despidos máximos por el cese de diferentes actividades empresariales de los Estados miembros. En este caso estamos hablando de una transferencia que viene a amortiguar en cierta medida una caída del 19 % del empleo en el período 2007-2012 y de 1 236 trabajos perdidos en 2013 en la Región Valona de Bélgica. Es, por tanto, oportuno votar a favor de dicho informe.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit besluit. Om zich aan te passen aan de globalisering heeft de Belgische glasindustrie extra middelen nodig om de vaak nog jonge mensen die in deze sector werkzaam zijn, om te scholen en te begeleiden in hun zoektocht naar een nieuwe baan.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Le Parlement européen a adopté à une large majorité le rapport de Tomáš Zdechovský demandant la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation à hauteur de 1 million d'euros pour 412 travailleurs licenciés dans des usines détenues par Saint-Gobain Glass.

Saint-Gobain Glass n'en est pas à son coup d'essai en matière d'obtention du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation puisque ses travailleurs licenciés en ont déjà bénéficié en 2015.

Cela fait suite à un plan de licenciement de 4 000 travailleurs en France en 2008.

Le rapport met en avant la situation déclinante de l'industrie du verre et de l'emploi en Wallonie face à la concurrence asiatique. Mais à aucun moment la responsabilité pourtant accablante des actionnaires dans ces licenciements ni les plans de délocalisations ne sont évoqués dans le rapport!

Les fonds publics européens ne doivent pas se substituer aux responsabilités incombant aux grandes entreprises. J'ai donc comme d'habitude dès lors qu'il s'agit de grandes entreprises, voté contre ce rapport.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A proposta diz respeito a 412 trabalhadores despedidos de duas empresas que operavam no setor vidreiro, em Hainaut e Namur.

Trata-se da mobilização de 1 095 544 EUR do Fundo de Ajustamento à Globalização, que servirão para assistência individual na procura de emprego, gestão de casos individuais e serviços de informação geral, formação e reconversão, subsídios e incentivos. Esta candidatura é justificada pela queda significativa da produção de vidro na Europa, que, pela primeira vez desde os anos 60, caiu para menos de um milhão de toneladas em 2009, tendência que se prosseguiu em 2011 e 2012, sendo que muitos dos restantes produtores transferiram a produção para a Ásia, resultando numa queda do emprego, neste setor, de 12% desde 2010 e de 27% desde 2000.

Concordamos com a mobilização desta ajuda de forma célere para apoiar os principais visados pelas consequências de decisões políticas, reafirmando ainda a nossa crítica relativamente à falta de medidas para travar o rumo destas políticas neoliberais que, mais uma vez, levaram a este desfecho.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – In den Jahren 2000-2010 hatten vor allem Unternehmen in Wallonien Schwierigkeiten und mussten Arbeitnehmer abbauen. Hainaut im speziellen ist ein schwieriger Arbeitsmarkt. Der hohen Arbeitslosenquote muss wirksam entgegengetreten werden. Der Bericht schlägt eine wirksame finanzielle Hilfe vor und ist daher unterstützenswert.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gemäß Nummer 13 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung (Antrag EGF/2015/007 — BE/Hainaut-Namur Glass, Belgien) habe ich nicht zugestimmt.

Ich lehne alle Hilfen aus diesem Fonds aus Prinzip ab.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Abbiamo oggi approvato la richiesta di mobilitazione del FEG da parte del Belgio, che ha presentato domanda per circa un milione di euro a sostegno di 412 lavoratori in esubero colpiti dalla crisi dell'industria del vetro. In aggiunta, le autorità belghe offriranno servizi personalizzati cofinanziati dal FEG a un massimo di 100 giovani della regione dell'Hainaut, che non lavorano e che non partecipano ad alcun ciclo d'istruzione o formazione. L'evento all'origine degli esuberi è stata la chiusura, nel 2014, di due stabilimenti di produzione in Vallonia appartenenti a due imprese, AGC Europe SA e Saint-Gobain Glass Benelux. Da sottolineare che, tra il 2000 e il 2010, con riferimento al settore del vetro nel suo complesso, l'occupazione è calata del 32% in Europa (in particolare in Germania, Polonia, Francia e Belgio) e per la prima volta dalla metà degli anni Sessanta la produzione di vetro in Belgio è scesa al di sotto di 1 milione di tonnellate nel 2009, continuando a diminuire del 5% sia nel 2011 che nel 2012. Bisogna inoltre aggiungere che si tratta del quinto caso di richiesta per il contributo del FEG in questo settore, la cui crisi deriva principalmente da una concorrenza fortissima proveniente dall'estremo Oriente.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem čerpání 1 095 544 EUR z Evropského fondu pro přizpůsobení se globalizaci, protože se jedná o jeden z typických příkladů dopadu globalizace na evropský trh práce. Sklářský průmysl je jedním z odvětví, které již v minulosti trpělo snižováním výroby, a není tomu jinak ani v současné době. Pevně věřím, že tato finanční podpora pomůže 412 propuštěným pracovníkům stejně tak jako mladým lidem v těchto postižených belgických regionech při hledání práce, dalším vzdělávání, založení podnikání či kolektivních projektů.

Jana Žitňanská (ECR), *písemne*. – V správe týkajúcej sa žiadosti o mobilizáciu fondu na prispôsobenie sa globalizácii, ktorú podala belgická spoločnosť Hainaut Namur Glass, som hlasovala proti. Hoci podporujem opatrenia na vytváranie rastu a pracovných miest, ako aj opatrenia na pomoc ľuďom, ktorí stratili prácu, fond na prispôsobenie sa globalizácii nie je podľa môjho názoru tým správnym prostriedkom. Samotný fond síce poskytuje financie na aktívne opatrenia, ktoré majú nadbytočným pracovníkom pomôcť zamestnať sa, neexistujú však dôkladné analýzy vplyvu pomoci poskytnutej z fondu, ktoré by dávali dostatočné porovnávacie výsledky. Myslím si preto, že nie je zatiaľ preukázané, že fond vytvára dostatočnú pridanú hodnotu, a s pomocou financií, ktoré sa momentálne na fond vynakladajú, by sme dokázali nájsť pre prepustených pracovníkov účinnejšie riešenia.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem predlog sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizacij (ESPG) za pomoč odpuščenim delavcem v Belgiji.

Steklarska industrija je gospodarski sektor z dolgo tradicijo, ki se sooča z višjimi proizvodnimi stroški in strožjimi okoljskimi standardi v Evropi ter presežno proizvodnjo v Aziji.

Pomoč sklada ESGP bo namenjena presežnim delavcem (med njimi je precej mlajših od 25 let) za usposabljanje, podporo za skupne projekte in podporo za ustanavljanje podjetja.

8.7. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2016 (A8-0030/2016 - Maria João Rodrigues)

Oral explanations of vote

Krisztina Morvai (NI). – Madam President, actually there is very little change in terms of people speaking loudly in this Chamber. I am one of those who cannot speak simultaneously with other people speaking loudly, so yet again I would like to ask you to kindly request people who just want to talk to each other to leave the room, leave the Chamber and let others who want to give speeches do so.

Akkor most átváltok magyar nyelvre, és a 2016-os évi növekedési jelentéssel kapcsolatban el szeretném mondani, hogy azért nem szavaztam meg... És legyen kedves az órárt majd megállítani, amit ugye Önnek kellene megtenni, és én megkértem, hogy tegye meg, ez ne számítson bele a felszólalási időmbe, jó? Tehát egy soproni magyar családi vállalkozónak hallottam az interjút odahaza a rádióban, aki meghatottan mondta azt, hogy az Isten áldásának tekint, hogy családi vállalkozó lehet, és feleségével, felnőtt fiaival, menyével együtt viheti a családi vállalkozást. Mondta, hogy bízik benne, hogy az unokái is tovább fogják ezt a családi vállalkozást vinni, és nyilvánvalóan nem fogják Magyarországot elhagyni, mert lesz miért maradniuk. Ez a jövő útja, nem pedig ez az állandó Önök által erőltetett növekedés. Ezért nem szavaztam meg ezt a jelentést, mert egyáltalán nem hiszek ebben a folyamatos, erőltetett, neoliberális, globalista növekedésben.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāj! Eiropas Savienības ekonomikas pieaugums, attīstība ir Kopienas pastāvēšanas stūrakmens, tāpēc tieši šis ziņojums, kas seko attiecīgajam Komisijas gada izauzsmes pētījumam, ir visai apsveicams. Ekonomisko reformu veicināšana, viedokļu apmaiņa un debašu sekmēšana visu iesaistīto pušu starpā (tai skaitā ar nacionālajiem parlamentiem, sociālajiem partneriem, ar pilsonisko sabiedrību) ir nepieciešama veiksmīgai un produktīvai ilgtermiņa Savienības ekonomikas atveseļošanai un tālākai virzībai uz priekšu.

Es pievienojos referentes viedoklim, ka investīcijas, fiskālā politika un strukturālās reformas jāpapildina arī ar iekšzemes pieprasījuma ciešu ievērošanu. Kamēr brīva tirgus ideja pati par sevi ir lielā mērā loģiska, jāsaaka, ka nedrīkst ignorēt pastāvošā pieprasījuma specifiku, kas skaidrā veidā ietekmē visas pārējās jomas. Atbalstu.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, vótáil mé arís le mo ghrúpa sna vótaí go léir sa tuarascáil seo agus tá áthas orm gur éirigh leis an tuarascáil le móramh mór; dhá thrian de na feisirí ina fabhar i.e. 395, agus 203 ina coinne.

I think the Commission deserves praise for the ambitious initiatives it has brought out in its first year in operation, particularly supporting jobs and growth and trying to reinforce economic convergence and strengthen social fairness. Their three priorities for 2016 are commendable: relaunching investment, which is crucial; pursuing structural reforms to modernise our economies; and, of course, responsible rather than populist fiscal policies. I also welcome their commitment to try to reduce long-term unemployment and especially the unacceptably high levels of youth unemployment.

Má éiríonn leo é seo a dhéanamh, fásfaidh geilleagar na hEorpa go tapa.

Written explanations of vote

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – UKIP objects to the powers of the EU to oversee and instruct national parliaments as to their economic policy, as by doing so the EU in effect overrides the democratic will of the peoples of its Member States. Accordingly, UKIP voted against.

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – Il contributo del Parlamento europeo all'analisi annuale della crescita per il 2016 ha individuato le priorità per favorire la crescita e l'occupazione in Europa. Nell'analisi manca un punto di vista critico sulle politiche europee finora adottate. Conseguentemente, si ha un appiattimento sulla linea della Commissione. I riferimenti alle politiche a sostegno dell'investimento pubblico, dell'occupazione e dell'uguaglianza sociale sono vuoti e insufficienti. Il testo è inoltre a favore della politica fallimentare perseguita sinora e di un ulteriore rafforzamento delle attuali strutture di governance economica e dell'unione monetaria.

Per questi motivi ho deciso di votare negativamente.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito. – He votado a favor de este informe porque creo que en medio del contexto de desaceleración de la economía mundial, la Unión debe fortalecer más que nunca su demanda interna para alcanzar un mayor crecimiento económico, reducir las desigualdades, crear más empleos de calidad y mejorar la cohesión social.

Los países menos competitivos deben invertir más en mejorar su productividad, en lugar de competir con salarios a la baja y reducir los servicios públicos. Al mismo tiempo, los países miembros de la Unión con economías más fuertes, deben aumentar sus esfuerzos para apoyar la demanda interna a través de un aumento de las inversiones públicas y privadas, y de una subida de salarios.

La zona del euro es una gran economía que debe ser tratada como tal y debe trabajar para alcanzar una convergencia al alza, con los indicadores de empleo y sociales puestos al mismo nivel que los indicadores existentes.

Por último, he votado a favor de este informe porque establece la necesidad de más reformas, sí, pero de reformas para mejorar la calidad de los sistemas educativos, invertir en innovación, modernizar la administración pública y hacer un uso más eficiente de los recursos naturales.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – Debido a la creciente resistencia al marco de gobernanza económica y sus nefastos efectos sobre las clases populares, varias propuestas insisten en maquillar el Semestre Europeo aumentándolo con políticas sociales redistributivas o elementos de supervisión democrática mientras se mantiene la «profundización» (en jerga de la Unión) de sus políticas económicas. Puesto que la clave de bóveda neoliberal —individualización de las relaciones laborales y orientación de las políticas públicas por el beneficio privado— no se cuestiona, he votado en contra de este informe.

Louis Aliot (ENF), par écrit. – J'ai voté contre ce rapport qui représente la participation du Parlement européen à la définition des priorités des politiques économiques pour le semestre 2016.

Ce texte propose de renforcer la demande intérieure grâce à des investissements publics et privés supérieurs à ceux du Plan Juncker, et des taux bas. Or ce sont ces mêmes mesures qui sont à l'origine de la destruction économique de la France et de bien d'autres pays européens.

En outre, ce texte traduit l'objectif de l'UE d'uniformiser les économies nationales autour d'un système fédéralisé et libéralisé. Je ne peux donc soutenir ce texte.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), γραπτώς. – Με το παρόν ψήφισμα, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο εκφράζει τις απόψεις του προς τις συστάσεις της Ευρωπαϊκής Επιτροπής για την οικονομική πολιτική που ασκούν τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Ευρωζώνης.

Δυστυχώς, η Ελλάδα, καθώς συμμετέχει σε πρόγραμμα, δεν περιλαμβάνεται στη διαδικασία του Ευρωπαϊκού Εξαμήνου και των συστάσεων της Ευρωπαϊκής Επιτροπής.

Ψήφισα υπέρ της έκθεσης καθώς αρκετά από τα βασικά σημεία των προτάσεων της Ομάδας μας συμπεριλήφθησαν αν και, λόγω της αντίδρασης των συντηρητικών δυνάμεων στο Κοινοβούλιο, σημαντικά σημεία έμειναν εκτός.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport représente la participation du PE à la définition des priorités des politiques économiques pour le Semestre 2016 et fait suite à l'étude annuelle de la Croissance publiée par la Commission. Les sujets abordés dans ce rapport sont l'investissement, les réformes structurelles, la responsabilité fiscale, les problèmes propres à la Zone Euro, la légitimité démocratique du Semestre européen et les politiques budgétaires, l'environnement et la santé publique, et les politiques de développement régional.

Le rapport propose de renforcer la demande intérieure grâce à des investissements publics et privés supérieurs à ceux du plan Juncker. Outil idéologique ayant pour objectif d'uniformiser les économies nationales autour d'un système fédéralisé et libéralisé et faisant des propositions illusoires pour relancer l'économie des pays de l'UE, j'ai voté contre le rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interest of transparency I would like to confirm I voted against this report. This report outlines the European Union's economic priorities for 2016. The Commission has carried out surveillance on Member States and this is its report card.

It is an affront to the sovereignty of the democratically elected national governments who should decide their own country's economic policies. The Commission should not be able to force Member States to change their financial processes and policies. The Eurozone crisis has only proven that one size does not fit all.

Francisco Assis (S&D), *por escrito*. – A aprovação deste relatório com o apoio ativo das principais famílias políticas europeias reveste-se de grande significado político.

O Parlamento Europeu sinaliza explicitamente a vontade de associar às preocupações de rigor orçamental a ambição da promoção do crescimento económico e da criação de emprego. Esta opção programática tem marcado a ação da atual Comissão Europeia e originou já o surgimento de iniciativas interessantes de incentivo ao investimento, como o plano Juncker.

Seria bom que os diferentes governos europeus compreendessem a necessidade de uma opção clara por este caminho, que está, aliás, muito bem plasmando neste texto que mereceu a adesão de uma larga maioria de deputados europeus.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pasiūlymą, kuriuo Europos Parlamentas patvirtino ES ekonominius, socialinius ir bendrosios rinkos prioritetus 2016 metais. Šis pranešimas yra Parlamento indėlis nustatant ekonominės politikos prioritetus 2016 m. Europos semestro politikos koordinavimo procese, reaguojant į Komisijos metinę augimo apžvalgą. Taip pat parengti pranešimai dėl Europos semestro užimtumo ir socialinių aspektų bei bendrosios rinkos aspektų. Rezoliucijoje pažymima, kad Stabilumo ir augimo paktas turi būti visiškai įgyvendintas ir kad jo lankstumas turi būti išnaudotas investicijoms ir struktūrinėms reformoms, bei tvarkantis su pabėgėlių ir saugumo iššūkiais. Jame raginama dar labiau sumažinti darbo apmokestinimą ir užtikrinti socialinės apsaugos sistemų tvarumą, gerinti mokesčių surinkimą, kovoti su mokesčių slėpimu ir mokesčių slėpimu, vykdyti priemones prieš agresyvų mokesčių planavimą ir mokesčių rojus. Svarbu mažinti didelį vidaus investicijų trūkumą ir euro kurso kilimo riziką. Taip pat būtina gerinti konkrečioms šalims skirtų rekomendacijų įgyvendinimą nacionaliniu lygiu.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce rapport représente la participation du Parlement à la définition des priorités des politiques économiques pour le Semestre 2016 et fait suite à l'étude annuelle de la croissance publiée par la Commission.

Les sujets abordés dans ce rapport sont l'investissement, les réformes structurelles, la responsabilité fiscale, les problèmes propres à la Zone Euro, la légitimité démocratique du Semestre Européen et les politiques budgétaires, l'environnement et la santé publique, et les fameuses «politiques de développement régional».

De façon générale, ce rapport propose de renforcer la demande intérieure par des investissements publics et privés supérieurs à ceux du Plan Juncker, surtout avec la présence de taux bas. Mais il faut que ces investissements restent soutenables compte tenu des niveaux d'endettement très élevés.

Il s'inquiète aussi des disparités macroéconomiques et sociales qui ne se réduisent que très lentement.

Cependant, ce rapport est surtout un outil idéologique ayant pour objectif d'uniformiser les économies nationales autour d'un système toujours plus fédéralisé et libéralisé.

Je ne peux soutenir des recommandations de réformes économiques qui ont détruit l'économie de la France et de nombreux autres États membres: j'ai donc voté contre ce rapport.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur le semestre européen qui, pour la première fois, donne les lignes directrices des politiques à mener durant l'année appelle à plus d'investissement et à une politique fiscale équilibrée en parallèle aux mesures d'austérité. Il prend également en compte les problèmes sociaux et amène des pistes de solutions pour les résoudre.

Depuis la crise économique de 2008, la droite européenne nous impose des mesures d'austérité drastique.

Cela fait maintenant près de 8 ans que ces mesures sont en place et que rien ne bouge ! La dette des États continue d'augmenter, le taux de chômage reste à un plafond historiquement haut et l'écart entre riches et pauvres s'accroît de jour en jour.

Cependant, depuis le début de cette année, nous voyons des signes encourageants de changement et ce rapport en est encore une fois la preuve.

L'investissement commence à être au centre des priorités et nous ne pouvons que nous en satisfaire.

Je ne peux que me réjouir de ce changement de cap en Europe et j'espère que cela permettra de relancer l'économie européenne et avec elle la croissance et l'emploi.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea sta assistendo ad una ripresa economica debole e disomogenea tra i diversi Stati membri. In questo contesto, i problemi della crescita si legano indissolubilmente al permanere di fenomeni di elusione ed evasione fiscale che, insieme a pianificazioni fiscali aggressive, continuano a causare miliardi di perdite potenziali per le finanze pubbliche dei diversi paesi.

La relazione Rodrigues sull'analisi annuale della crescita nell'ambito del semestre europeo per il coordinamento delle politiche economiche, che ho sostenuto con il mio voto, sottolinea efficacemente la strategia che l'UE deve adottare per far fronte ai problemi generati dalla crisi strutturale del 2008. Il pacchetto relativo all'analisi annuale della crescita 2016 si accompagna ad una proposta puntuale che prevede una combinazione di politiche d'investimento, di riforme strutturali e responsabilità fiscale. Ho votato a favore della relazione perché sono convinto che l'obiettivo della promozione di livelli di crescita più sostenuti e il rafforzamento della ripresa in Europa passino attraverso politiche espansive che consentano anche ai paesi in deficit di utilizzare spazi di flessibilità per accrescere gli investimenti.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe del Parlamento. El Semestre Europeo es el mecanismo por el cual la Unión actualmente intenta hacer efectivo el cumplimiento del Pacto de Estabilidad y Crecimiento —control del déficit y de la deuda, además de otros medidores—. Me opongo a estos objetivos que suponen encorsetar las economías de los distintos Estados sobre la base de criterios neoliberales. El Semestre Europeo consiste en un procedimiento por el cual la Comisión revisa los presupuestos nacionales antes de su aprobación en los Parlamentos y emite recomendaciones específicas por país que deberán implementarse en los presupuestos del próximo año. Me opongo también a este método que claramente vulnera la soberanía de los Estados miembros.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Celebro la aprobación del este informe sobre el Semestre Europeo para la coordinación de las políticas económicas. A diferencia de mi Grupo, yo sí he apoyado este informe y he apoyado ciertas enmiendas que a mi entender han mejorado el texto. Estoy de acuerdo en la preocupación por que la combinación de las políticas propuestas no aborden adecuadamente el problema del aumento de la pobreza, las desigualdades y la exclusión social en la Unión. Por otra parte, me he abstenido en una enmienda que hacía referencia a la petición de la suspensión de las negociaciones en curso de la ATCI y del ACS. No por el hecho de que no esté de acuerdo con ello, sino porque en la segunda parte de la enmienda se hablaba de otorgar el estatuto de economía de mercado a China. Esto conllevaría efectos nefastos, por ejemplo, para el sector siderúrgico europeo y más exactamente par el vasco.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport représente la participation du Parlement à la définition des priorités des politiques économiques pour le Semestre 2016 et fait suite à l'étude annuelle de la Croissance publiée par le Commission. Le rapport aborde différents sujets allant de l'investissement à l'environnement et plus globalement, il propose de renforcer la demande intérieure grâce à de forts investissements privés et publics (cf taux bas). Néanmoins, il reste un rapport fortement orienté idéologiquement puisqu'il a pour but d'uniformiser les économies nationales des Etats pour un système fédéralisé et libéralisé. Je ne peux que combattre ce rapport et ces espérances qui ne sont qu'illusoirs puisque ce sont ces politiques européennes qui ont amené à la destruction de nos économies, de nos emplois et de la croissance en Europe. J'ai donc voté contre.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Trovo la relazione che analizza la governance del mercato unico nell'ambito del semestre europeo 2016 poco equilibrata e non condivisibile. Ritengo che il testo contenga troppe enunciazioni poco concrete, inoltre mancano del tutto riferimenti ai costi altissimi per le nostre aziende e i nostri enti locali causati dall'iper-produzione normativa europea e dalle norme imposte al mercato interno. Per questi motivi non ho sostenuto col mio voto questo testo.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat nej till alla tre betänkandena.

Grundtonen i alla tre betänkandena är ett stöd för den ekonomiska politik som lägger ramarna för den europeiska planeringsterminen. Jag motsätter mig EU:s marknadsliberala linje, åtstramningspolitiken, privatiseringar och avregleringar.

Motståndet mot denna politik växer i hela EU. Jag noterar att det i betänkandena, särskilt Rodrigues, finns försök till kritik mot den förda politiken och vissa argument för stimulansåtgärder. Det är dock inte tillräckligt tydligt för att jag ska kunna rösta ja.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que en medio del contexto de desaceleración de la economía mundial, la Unión debe fortalecer más que nunca su demanda interna para alcanzar un mayor crecimiento económico, reducir las desigualdades, crear más empleos de calidad y mejorar la cohesión social.

Los países menos competitivos deben invertir más en mejorar su productividad, en lugar de competir con salarios a la baja y reducir los servicios públicos. Al mismo tiempo, los países miembros de la Unión con economías más fuertes, deben aumentar sus esfuerzos para apoyar la demanda interna a través de un aumento de las inversiones públicas y privadas, y de una subida de salarios.

La zona del euro es una gran economía que debe ser tratada como tal y debe trabajar para alcanzar una convergencia al alza, con los indicadores de empleo y sociales puestos al mismo nivel que los indicadores existentes.

Por último, he votado a favor de este informe porque establece la necesidad de más reformas, sí, pero de reformas para mejorar la calidad de los sistemas educativos, invertir en innovación, modernizar la administración pública y hacer un uso más eficiente de los recursos naturales.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes tai yra Europos Parlamento indėlis nustatant ekonominės politikos prioritetus 2016 m. Europos semestro politikos koordinavimo procese, reaguojant į Komisijos metinę augimo apžvalgą ir susijusius dokumentus, įskaitant euro zonos ekonominės politikos rekomendacijos projektą. Kartu taip pat rengiami pranešimai dėl Europos semestro užimtumo ir socialinių aspektų bei bendrosios rinkos aspektų. Visi trys pranešimai bus aptarti su Komisija ir Taryba, rengiantis pavasario Europos Vadovų Tarybai. Komiteto pranešimu siekiama paskatinti Europos lygmens diskusijas, taip pat įtraukiant nacionalinius parlamentus, socialinius partnerius ir pilietinę visuomenę, trimis pagrindiniais klausimais: kokių fiskalinės, pinigų ir struktūrinės politikos priemonių derinį Europos Sąjunga turėtų įgyvendinti per 12–18 mėnesių? Kaip reikėtų pagerinti euro zonos lygmens politikos koordinavimą? Kaip būtų galima padaryti, kad Europos semestro prioritetai ir rekomendacijos būtų demokratiškesni, ir kaip būtų galima užtikrinti, kad rekomendacijos būtų labiau įgyvendinamos?

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – A hatékony gazdasági növekedés elősegítése érdekében szeretném kiemelni, hogy a munkaerő-piaci reformok összefüggésében is komolyabban kell beruházni a humán tőkébe. Ez nevezetesen az oktatásba és az innovációba való beruházást jelenti. Javítani kell a nemzeti oktatási, szakképzési és az egész életen át tartó tanulást szolgáló rendszereket. Ennek során hozzá kell azokat igazítani az uniós munkaerőpiac új készség- és tudásigényeihez. Mindez lehetővé teszi az innovációt, ami a növekedés, a termelékenység és a versenyképesség kulcsfontosságú motorja. A fentiek figyelembevételével szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), pisno. – Evropski parlament se je s podpora poročilu opredelil do prednostnih nalog gospodarske politike v okviru procesa usklajevanja politik v letu 2016, imenovanega evropski semester.

Kombinacija naložb, strukturnih naložb in fiskalne odgovornosti je temelj za proračunsko načrtovanje s posebnim poudarkom na euroobmočju. Ob tem niso nepomembne niti politike s področja okolja, javnega zdravja in varnosti hrane ter regionalne politike.

Parlament je v poročilu zahteval tudi demokratično odgovornost do proračunov in spodbuja aktivne razprave v državah članicah glede lastnih poročil in priporočil ter nacionalnih programih reform in stabilizacije javnih financ.

Treba je priznati, da se države vse preveč ukvarjajo z „zapiranjem“ svojih letnih proračunov in ob tem pozabljajo, da je tu tudi evropski proračun, ki je pomemben sestavni del finančne slike države, zato tudi moja podpora temu poročilu.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. – Di fronte a una crescita economica debole e altalenante, che stenta ad accelerare, le priorità di governance economica fissate dall'analisi annuale della crescita per il 2016 restano consolidare la ripresa e promuovere la convergenza verso l'alto tra gli Stati membri, coordinando l'azione attorno a una combinazione di riforme strutturali, maggiore slancio agli investimenti e politiche di bilancio responsabili.

Apprezzo il fatto che la relazione votata oggi, che io sostengo, si allontani dal mantra dell'austerità, ponendo in particolare l'accento su una crescita economica sostenibile, basata in primo luogo sul rilancio degli investimenti. Per realizzare ciò, e dunque recuperare il nostro potenziale di crescita, occorre però che tutti compiano sforzi decisivi in questa direzione. In particolare, i paesi con un surplus di bilancio eccessivo dovrebbero contribuire maggiormente a sostenere gli investimenti in Europa e a ripristinare la domanda interna, mentre quelli attualmente in deficit dovrebbero godere del grado di flessibilità necessario per realizzare le riforme e gli investimenti che possono tornare a dar fiato alle nostre economie. Senza un'azione coordinata e orientata in tal senso rischiamo di ottenere una convergenza al ribasso, con una ripresa che rischierà di non concretizzarsi mai completamente.

Louise Bours (EFDD), in writing. – UKIP voted against this non legislative non-binding report. UKIP objects to the powers of the EU to oversee and instruct national parliaments as to their economic policy, as by doing so the EU in effect overrides the democratic will of the peoples of its Member States. Accordingly, UKIP voted against.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), par écrit. – Ce rapport représente la participation du PE à la définition des priorités des politiques économiques pour le Semestre 2016 et fait suite à l'étude annuelle de la Croissance publiée par le Commission.

Ce rapport est surtout un outil idéologique ayant pour objectif d'uniformiser les économies nationales autour d'un système fédéralisé et libéralisé.

Je ne peux soutenir des recommandations de réformes économiques qui ont détruit l'économie de la France et de nombreux autres États membres. J'ai voté contre.

Renata Briano (S&D), per iscritto. – La crescita europea si presenta ancora sostanzialmente debole, con un andamento – sebbene migliore rispetto agli anni scorsi – ancora troppo incerto e che non libera i cittadini europei dal timore di nuove spirali recessive e dai rischi dovuti alle conseguenze delle maggiori criticità globali (instabilità e inaffidabilità del mercato cinese e delle politiche economico-finanziarie adottate da Pechino, criticità nell'approvvigionamento di gas e materie prime da paesi extra-europei, insicurezza e problematiche migratorie derivanti dagli eventi bellici in corso in Medio Oriente e in Africa). È ora di superare la logica della sola austerità come via di uscita dalla crisi e rendersi conto che l'Europa necessita oggi di riforme strutturali e di misure straordinarie quali un reale piano di investimenti dell'Unione europea per consentire la ripresa economica.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Je suis opposé au principe même de la définition d'un semestre européen, qui ne constitue qu'un outil de contrainte au service de la Commission et contre les États membres. Pour rappel, le semestre européen énonce des recommandations spécifiques par pays et exige des États membres qu'ils les mettent en œuvre. Outre les habituelles platitudes concernant le chômage et le creusement des dettes publiques des États, le rapport préconise toujours de poursuivre la fuite en avant des politiques d'austérité contenue dans les objectifs de la stratégie Europe 2020. Résolument opposé à cette stratégie économiquement absurde et suicidaire, j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Uniunea Europeană a trecut printr-o criză economică îndelungată, care a provocat dificultăți sociale grave și a erodat potențialul de creștere economică. De asemenea, Uniunea Europeană se confruntă cu o serie de dificultăți, în special atacurile teroriste, instabilitatea geopolitică din regiunile învecinate, dar și din cauza sosirii unui număr foarte mare de refugiați.

În ceea ce privește mixul de politici economice care trebuie implementate în 2016, zona euro și statele membre trebuie să fie în măsură să consolideze redresarea economică înregistrată recent, să trateze provocările structurale și să contribuie la o strategie pe termen lung. În evaluarea globală a proiectelor de planuri bugetare pe 2016 ni se arată că orientarea politicii fiscale a zonei euro la nivel agregat, în mare parte neutră, preconizată, pare a fi, în linii mari, adecvată, dacă se ține seama și de nivelul nemaîntâlnit de scăzut al ratelor dobânzilor și de excedentul extern ridicat, ceea ce ar putea indica că este nevoie de un oarecare sprijin în favoarea cererii.

Am votat în favoarea raportului privind semestrul european pentru coordonarea politicilor economice și analiza anuală a creșterii pentru 2016 deoarece susțin că Uniunea Europeană are nevoie de o serie de politici economice bine stabilite pentru a putea înregistra o creștere economică pentru semestrul european din 2016.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario. La relazione evidenzia punti non da poco, come la «colpa» dei paesi in surplus che non rimettono in circolo il surplus aumentando le divergenze, ed evidenzia che ci sono dei paesi che ci guadagnano con l'euro. Tuttavia il testo non evidenzia affatto «come» risolvere queste questioni.

Noi ovviamente siamo per la dissoluzione dell'euro ma finché si sta dentro, se si vuole mantenere un'area valutaria non ottimale, occorrerebbero trasferimenti interni e quindi dato che lo dicono loro che i surplus vanno rimessi in circolo, che ci deve essere redistribuzione e che ci sono divergenze, perché non facciamo pagare ai paesi in surplus i trasferimenti alle regioni povere?

Va considerato il surplus storico. Se si sono accorti che il surplus di alcuni Stati bilanciato da deficit di altri è «brutto», allora andiamo a vedere le migliaia di miliardi di surplus accumulato grazie all'euro dalla Germania e rimettiamole in circolo. Se guardiamo solo l'oggi anche noi siamo in surplus, la domanda interna è a zero, e certamente esportiamo di più di quello che importiamo.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que en medio del contexto de desaceleración de la economía mundial, la Unión debe fortalecer más que nunca su demanda interna para alcanzar un mayor crecimiento económico, reducir las desigualdades, crear más empleos de calidad y mejorar la cohesión social.

Los países menos competitivos deben invertir más en mejorar su productividad, en lugar de competir con salarios a la baja y reducir los servicios públicos. Al mismo tiempo, los países miembros de la Unión con economías más fuertes, deben aumentar sus esfuerzos para apoyar la demanda interna a través de un aumento de las inversiones públicas y privadas, y de una subida de salarios.

La zona del euro es una gran economía que debe ser tratada como tal y debe trabajar para alcanzar una convergencia al alza, con los indicadores de empleo y sociales puestos al mismo nivel que los indicadores existentes.

Por último, he votado a favor de este informe porque establece la necesidad de más reformas, sí, pero de reformas para mejorar la calidad de los sistemas educativos, invertir en innovación, modernizar la administración pública y hacer un uso más eficiente de los recursos naturales.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – L'examen annuel de croissance constitue la première étape du semestre européen. Cet examen élaboré par la Commission européenne met en avant les mesures supplémentaires qui devraient être prises par les États membres pour soutenir leur croissance et atteindre les objectifs sociaux et économiques d'Europe 2020. Le rapport du Parlement européen constitue une réponse au travail de la Commission en la matière. J'ai voté en faveur de ce rapport qui met en avant l'importance pour les États membres de respecter leurs engagements européens inscrits dans le Pacte de stabilité et de croissance en mettant en place les réformes structurelles nécessaires. J'ai pu réitérer mes positions en faveur d'une simplification du cadre réglementaire relatif au travail dans certains États membres ainsi que pour la nécessité urgente d'adapter nos systèmes de pension à la réalité du vieillissement démographique.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sul semestre europeo per il coordinamento delle politiche economiche: occupazione e aspetti sociali nell'analisi annuale della crescita 2016.

Il semestre europeo per il coordinamento delle politiche economiche è un elemento fondamentale per coordinare gli sforzi individuali di tutti gli Stati membri al fine di raggiungere gli obiettivi della strategia Europa 2020.

Tuttavia ritengo che, oltre alle implicazioni fiscali a breve termine delle riforme strutturali, vadano tenuti in considerazione anche gli effetti ambientali, economici e sociali a lungo termine. Non possiamo dimenticare che il passaggio ad un'economia verde e l'investimento in sistemi sanitari più efficienti aumenteranno la sicurezza dell'approvvigionamento energetico, miglioreranno la salute e il benessere dei cittadini europei e creeranno posti di lavoro di qualità, contribuendo così a ristabilire il vantaggio competitivo dell'economia europea.

Nelle priorità dell'analisi annuale della crescita e nelle raccomandazioni specifiche per paese la Commissione dovrebbe inoltre tenere conto del passaggio verso un nuovo modello economico basato su un'economia circolare che preveda lo sviluppo di un quadro fiscale che valorizzi lo sviluppo di politiche sostenibili e conformi al principio «chi inquina paga», che dia i giusti segnali a favore di investimenti nell'efficienza delle risorse.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report which forms part of a wider agenda to deepen Europe's economic and monetary union (EMU). The overall aim is to bind Member States to economic and fiscal policies at an EU level. In effect, the report represents a well-coordinated effort to institutionalise austerity.

Moreover, the report offers no way out of the prevailing austerity narrative. In fact, it proposes the intensification of austerity policies. The immediate priorities are on boosting competitiveness and structural convergence, imposing fiscal policies and gradually making the convergence process ever more binding and therefore impacting directly on Ireland's ability to implement our own legislation.

Although this report contained some elements which sought to give more involvement to national parliaments in the Semester process, Sinn Féin generally opposes the European Semester, which works to deny citizens real political choices when electing their governments. Since I also oppose the austerity agenda of the overall report, I voted against.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP objects to the powers of the EU to oversee and instruct national parliaments as to their economic policy, as by doing so the EU in effect overrides the democratic will of the peoples of its Member States. Accordingly, UKIP voted against.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because I fully support the inclusion of a single market pillar under the European Semester. This should allow for better cohesion and coordination of our policies, enhanced competitiveness, and creation of growth and jobs. It is worrying, however, that some Member States have still not fully implemented the Services Directive, whose aim is to further reduce barriers to trade and thereby encourage growth.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione in questione supporta la strategia fallimentare riproposta dalla Commissione, insistendo sulla necessità di proseguire con consolidamento fiscale, riforme strutturali, investimenti privati, piena applicazione del Patto di stabilità e crescita.

Sono molte le questioni che, a mio avviso, mancano in questo testo: un'analisi adeguata del ruolo dell'euro, degli squilibri macroeconomici, dei vincoli di bilancio e dell'impatto delle ricette della Commissione sull'economia oltre che una qualsiasi riflessione critica sulla necessità di un vero e proprio cambio di rotta. Per questi motivi ho votato contro.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε πως η Ευρωπαϊκή Ένωση καλείται σήμερα να εξέλθει μιας μακράς οικονομικής κρίσης, η οποία επέφερε σημαντικές κοινωνικές συνέπειες.

Παράλληλα, βρίσκεται αντιμέτωπη με σειρά προκλήσεων, όπως η απειλή τρομοκρατικών επιθέσεων, η γεωπολιτική αστάθεια της Γειτονίας και η άνευ προηγουμένου αύξηση των αιτούντων άσυλου. Για να εξασφαλιστεί η πολιτική νομιμοποίηση της, η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να αναπτύξει τα μέσα για την αντιμετώπιση αυτών των προκλήσεων.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Ψηφίσαμε ως προς την έκθεση σχετικά με το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο για τον συντονισμό των οικονομικών πολιτικών και την ετήσια επισκόπηση της ανάπτυξης για το 2016. Η προσπάθεια αυτή αποτελεί κομμάτι των γενικευμένων τάσεων έντασης αυστηρών πολιτικών λιτότητας που οδηγούν μάλλον σε περαιτέρω επιδείνωση, παρά σε αντιμετώπιση της οικονομικής κρίσης. Ως εκ τούτου, αποφάσισα να μην στηρίξω την έκθεση.

Salvatore Cicu (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore della relazione in quanto considero opportuno rafforzare il carattere democratico della governance economica europea. Il Parlamento europeo intende apportare il proprio contributo alla definizione delle priorità di politica economica per il processo del Semestre europeo 2016 di coordinamento politico, rispondendo all'analisi annuale della crescita della Commissione e ai documenti correlati.

L'Unione europea sta uscendo da una lunga crisi economica che ha causato gravi difficoltà sociali ed eroso il potenziale di crescita economica. Al contempo, si confronta con nuove sfide, in particolare la minaccia degli attacchi terroristici, l'instabilità geopolitica nel vicinato e i grandi arrivi senza precedenti dei richiedenti asilo. Per garantire la propria legittimità politica, è necessario sviluppare i mezzi per far fronte a tali sfide.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – Questa relazione è stata piuttosto controversa visto l'atteggiamento della parte politica avversa alla mia, teso a disincentivare le buone pratiche e a mettere tutti nello stesso calderone.

In un'Unione europea che copre 16 dei suoi 28 paesi con l'ombrello monetario comune, è normale che le politiche economiche siano coordinate. Ciò che non è normale è che, grazie ad una politica monetaria che soffia sulle vele nazionali, alcuni Stati membri stiano rinunciando a fare quelle riforme grazie alle quali la barca può tornare a navigare a motore proprio.

Esattamente su questi temi i due gruppi principali si sono spaccati e, grazie a degli emendamenti ben assestati, siamo riusciti a migliorare il testo in modo da poter votare a favore.

Carlos Coelho (PPE), por escrito. – O Semestre Europeu é um dos instrumentos para a coordenação económica dos Estados-Membros. Os seus principais objetivos são a prossecução de reformas estruturais que promovam o emprego e o crescimento, políticas orçamentais sustentáveis e a prevenção de desequilíbrios macroeconómicos.

Com efeito, o crescimento sustentável apenas pode ser alcançado com uma combinação destes três elementos. Os orçamentos nacionais necessitam de ser equilibrados e, especialmente em casos como o português, urge continuar o trabalho de desoneração do futuro, através de uma diminuição consistente do défice.

Por outro lado, os programas de financiamento europeus, como o Horizonte 2010 ou o chamado «plano Juncker», devem ser utilizados para estimular investimento «inteligente», ou seja, com efeitos duradouros na geração de emprego e na produção de riqueza.

Por último, é evidente que cada país não pode ser considerado apenas na sua individualidade, mas também no contexto mais abrangente de toda a União Monetária e Económica. Necessitamos, por isso, de uma atuação coordenada da União.

Congratulo-me pelo controlo democrático às políticas de coordenação económica que constitui este relatório, esperando, contudo, que este exercício de escrutínio possa ser melhorado, na senda do proposto pelo relatório dos cinco presidentes em Junho de 2015.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non legislative non-binding report. UKIP objects to the powers of the EU to oversee and instruct national parliaments as to their economic policy, as by doing so the EU in effect overrides the democratic will of the peoples of its Member States. Accordingly, UKIP voted against.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato favorevolmente in merito alla relazione proposta dalla commissione per i problemi economici e monetari in quanto si tratta della relazione sulle priorità del semestre europeo per migliorare la crescita dell'Unione europea nel 2016. Le proposte inserite nel documento sono volte a creare una più forte ripresa economica creando posti di lavoro di qualità e ripristinando la parità di opportunità, senza mettere in secondo piano le grandi sfide, come il cambiamento climatico, che necessitano di un costante monitoraggio. Sostengo l'iniziativa che permetterà agli Stati membri di far fronte alle sfide strutturali e contribuire a una strategia di lungo termine per intraprendere nuovi investimenti a sostegno della crescita sostenibile e inclusiva.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – There is a gradually declining debt-to-GDP ratio for the EU and euro area. This progress needs to be sustained and complemented through more involvement of local and regional authorities through the European Fund for Structural Investments (EFSI) vehicle by developing project pipelines and investment platforms laying out synergies between European Structural and Investment Funds

Improvements in national education, vocational training and lifelong learning systems are needed for learners to adapt to the new skills and knowledge demanded by the EU labour market. Investment is also another key driver of growth as it will continue to stimulate job creation.

Furthermore, removing unnecessary obstacles to speed up the implementation of Cohesion Fund roll-out through simplification, adhering squarely to the principle of subsidiarity and widening more the pool of beneficiaries, can render beneficial spill-over effects in our societies.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La relazione relativa all'analisi annuale della crescita 2016 e la proposta combinazione di politiche d'investimento, riforme strutturali e responsabilità fiscale hanno l'obiettivo di promuovere livelli di crescita più sostenuti e rafforzare la ripresa in Europa. Gli squilibri macroeconomici vanno affrontati con uno sforzo coordinato che coinvolga tutti gli Stati membri, sulla base di riforme e investimenti pertinenti. Nella relazione sono state individuate le priorità per favorire la crescita e l'occupazione, ma ritengo che non ci sia una adeguata politica in riferimento ad un'autentica Unione energetica basata sulla solidarietà, è importante inoltre che vengano adottati provvedimenti per stimolare la creazione di posti di lavoro, evidenziando l'importanza di sistemi di protezione sociale.

Per i problemi sopracitati mi esprimo con voto contrario.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Debido a la creciente resistencia al marco de gobernanza económica y sus nefastos efectos sobre las clases populares, varias propuestas insisten en maquillar el Semestre Europeo aumentándolo con políticas sociales redistributivas o elementos de supervisión democrática mientras se mantiene la «profundización» (en jerga de la Unión) de sus políticas económicas. Puesto que la clave de bóveda neoliberal —individualización de las relaciones laborales y orientación de las políticas públicas por el beneficio privado— no se cuestiona, he votado en contra de este informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il Semestre europeo per il 2016 mostra un rallentamento delle prospettive di crescita nei paesi dell'UE a causa di una serie di fattori sia esterni, come le turbolenze economiche e finanziarie in numerose economie emergenti, che interni all'UE, come il basso potenziale di crescita e l'indebitamento pubblico. Pertanto, ritengo che sia importante adottare misure per promuovere la crescita economica e ridurre gli squilibri macroeconomici.

Con il mio voto ho inteso supportare le proposte racchiuse nella raccomandazione del Parlamento europeo che hanno l'obiettivo di migliorare il coordinamento delle politiche a livello europeo attraverso politiche d'investimento, riforme strutturali, migliore qualità di spesa pubblica e responsabilità fiscale.

Pál Csáky (PPE), írásban. – A válság óta a magán- és a közberuházások száma eltérő képet mutat a tagállamok viszonylatában. A szemeszteres dossziék tárgyalása során bebizonyosodott, hogy a beruházásokat továbbra is szabályozási és nem szabályozási jellegű kihívások is nehezítik. Fontosnak tartanám, hogy a beruházásokat hátráltató kihívások azonosítása és felszámolása mindenképp részét képezze azoknak az erőfeszítéseknek, melyek a keretfeltételek javítását, valamint adminisztratív akadályok visszaszorítását és a szabályozásból fakadó szűk keresztmetszetek felszámolását célozzák.

Pozitív, hogy az Európai Bizottság e szemeszteres ciklusban ismételten elkezdte feltérképezni azon szakpolitikai területeket és eszközöket, amelyek áttekintéssel szolgálhatnak a beruházásokat nemzeti szinten hátráltató legfontosabb kihívásokról. Az országspecifikus ismertetőkből összefoglalt főbb kihívások elemzésének azonban mindenképp folytatódnia kell az európai szemeszter keretében, elsősorban az országjelentésekben. Ideje, hogy újra párbeszédet kezdeményezzünk a tagállamokkal – többek közt a Tanácson és a Tanács bizottságain belül folytatott tematikus megbeszélések formájában – ezeknek a kihívásoknak és a kihívások leküzdését szolgáló esetleges lépéseknek, intézkedéseknek az azonosítása céljából, különben az európai szemeszter folyamata nem tudja betölteni majd azt a szerepet, amelyet neki szántunk megalkotásakor. Támogattam a jelentést.

Edward Czesak (ECR), na piśmie. – Rozpatrywane sprawozdanie nawołuje do silniejszej koordynacji na szczeblu europejskim i głębszej koordynacji polityki podatkowej w UE. Tekst sprawozdania odnosi się kilkakrotnie do wcześniej przyjętych dokumentów, których nasza Delegacja nigdy nie popierała, tj. sprawozdania pięciu przewodniczących postulującego wzmocnienie i szybkie dokończenie unii bankowej. Pojawił się również postulat o przeniesienie opodatkowania pracy na podatki związane z zanieczyszczaniem środowiska. Mając powyższe na względzie zagłosowałem przeciwko.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – Economic policy coordination is fundamental in ensuring economic growth. Growth is an important step forward to ensure an economy which is stable and prosperous. Economic growth leads to a reduction in poverty, a decrease in unemployment rates, less deficits and higher living standards, which are all areas of concern for the Union.

We need stronger safeguards to our economy and this is why I voted in favour of this report as it addresses and develops the means to address these challenges. This report also contributes to the fundamental important basis of having a more effective European Semester Report. I believe that it is important to address the quality of jobs and to have a more inclusive labour market. The Union needs to rely much more on internal demand and to increase private and public investment. Economic growth must be based on a differentiated approach on a country-by-country basis.

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. – Consider că Uniunea Europeană nu dispune de o politică economică, ci de o sumă de politici economice naționale iar, în acest context, cred că lipsa unei viziuni strategice comune trebuie să ne dea de gândit, astfel încât să acționăm în sensul definirii unei politici economice comune, având în vedere faptul că există diferențe enorme între statele membre la nivel economic, social și politic.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Ce rapport d'initiative défend la position du Parlement européen suite au premier examen annuel de la croissance 2016 de la Commission européenne, dans le cadre du semestre européen. Ce dernier vise à renforcer la coordination des politiques économiques des États membres. Les députés européens identifient trois priorités pour l'année à venir, s'articulant autour de la relance des investissements, la poursuite des réformes structurelles et l'adoption des mesures fiscales responsables. Nous appelons également à la mise en œuvre pleine et entière du pacte de stabilité et de croissance, tout en faisant preuve de flexibilité, notamment pour faire face aux défis liés aux réfugiés et à la sécurité. Considérant que l'allègement de la fiscalité qui pèse sur le travail doit être une des réformes prioritaires en Europe, j'ai soutenu ce rapport.

Isabella De Monte (S&D), per iscritto. – Politiche di investimento, maggiore attenzione alle dinamiche della domanda interna ed integrazione delle politiche monetarie espansive della Banca centrale sono i tre punti di maggiore innovazione presenti nel pacchetto relativo all'analisi annuale della crescita 2016.

Questo nuovo approccio concentrato maggiormente sulla crescita deve essere letto in maniera complementare rispetto alle politiche di contenimento della spesa pubblica. Inoltre il peggioramento delle condizioni economiche e finanziarie internazionali deve spingere i *policy maker* europei a rivedere le strategie per la crescita orientate all'esportazione per delle politiche di sostegno alla domanda interna. Queste ultime non soltanto garantirebbero una maggiore redistribuzione interna della ricchezza, ma soprattutto metterebbero l'economia europea più al sicuro da squilibri macroeconomici incontrollabili.

Nella relazione è fondamentale sottolineare il binomio presente tra promozione di quelle riforme strutturali che possono rafforzare il potenziale della crescita e soprattutto il sostegno dei sistemi di protezione sociale equi e sostenibili. Infatti in questi anni abbiamo imparato che i due devono andare di pari passo per poter garantire un miglioramento delle condizioni di vita delle fasce più deboli della società.

Trovo questa relazione un tassello fondamentale per sostenere quelle politiche progressiste che in questi anni il gruppo S&D nel Parlamento e il governo italiano nel Consiglio hanno promosso.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – A válság óta mind a magán-, mind a közberuházások számai eltérő képet mutatnak a különböző tagállamok viszonylatában. Sajnos a szemeszteres dossziék tárgyalása során bebizonyosodott, hogy a beruházásokat továbbra is szabályozási és nem szabályozási jellegű kihívások is nehezítik.

Ezért is kiemelten fontosnak tartanám, hogy a beruházásokat hátráltató kihívások azonosítása és felszámolása mindenképp részét képezze azoknak az erőfeszítéseknek, melyek a keretfeltételek javítását, valamint adminisztratív akadályok visszaszorítását és a szabályozásból fakadó szűk keresztmetszetek felszámolását célozzák.

Üdvözlöm azt, hogy az Európai Bizottság e szemeszteres ciklusban ismételten elkezdte feltérképezni azon szakpolitikai területeket és eszközöket, amelyek áttekintéssel szolgálhatnak a beruházásokat nemzeti szinten hátráltató legfontosabb kihívásokról. Úgy vélem továbbá, hogy az országspecifikus ismertetőkben összefoglalt főbb kihívások elemzésének azonban mindenképp folytatódnia kell az európai szemeszter keretében, elsősorban az országjelentésekben.

Úgy vélem, itt az ideje, hogy újra párbeszédet kezdeményezzünk a tagállamokkal – többek közt a Tanácson és a Tanács bizottságain belül folytatott tematikus megbeszélések formájában – ezeknek a kihívásoknak és a kihívások leküzdését szolgáló esetleges lépéseknek, intézkedéseknek az azonosítása céljából, különben az európai szemeszter folyamata nem tudja betölteni majd azt a szerepet, amelyet neki szántunk megalkotásakor.

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – Les recommandations économiques soutenues par ce rapport s'inscrivent dans la continuité de l'idéologie fédéraliste et ultralibérale de l'Union européenne. Celle-ci souhaiterait intégrer toujours davantage les politiques des États, alors que ces derniers sont déjà privés de l'outil monétaire et de leur politique douanière, qui sont des compétences européennes. Comme souvent, ce texte fait un constat assez réaliste sur la situation, par exemple lorsqu'il souligne des disparités macroéconomiques et sociales persistantes. Malheureusement, les solutions proposées ne vont pas dans l'intérêt des États. Étant attachée à la souveraineté de ceux-ci, et ne souhaitant pas cautionner des solutions qui ont déjà démontré leur inefficacité, j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Реших да гласувам „въздържал се“ този доклад, защото считам, че докладът частично се отнася до въпроси, които са извън сферата на компетенции на ЕС. В същото време докладът не съдържа ясно послание. Невъзможно е да се състави мнение за нещо толкова неясно.

Макар че докладът приканва към подобрение и структурни реформи, той в същото време призовава за значителна политическа промяна. Това предполага дебат относно преразпределянето и определяне на отговорностите, които трябва да премине от национално парламентарно ниво до пленарно ниво в ЕП. Евроната, която в същото време може би формално да бъде посочена като макроикономическо лице, със сигурност не може да се нарече „едно цяло“. Има твърде много специфични фактори за всяка една страна, които правят предложения подход нелогичен, защото първоначалната хипотеза е просто невярна. Няма всеобхватен подход към задълбочена координация на политиките в рамките на ЕС.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Η ευθυγράμμιση των δημοσιονομικών και οικονομικών πολιτικών των κρατών μελών με τις επιταγές της ΕΕ επιβάλλει τη συνεχόμενη και βαθιά ύφεση στις αδύναμες οικονομικά χώρες, ενώ αντίθετα προάγει τα συμφέροντα των ισχυρών κρατών.

Η λειτουργία του Ευρωπαϊκού Εξαμήνου οδηγεί στον απόλυτο οικονομικό έλεγχο της Ελλάδας ώστε να μην έχει τη δυνατότητα να εφαρμόσει εθνική οικονομική πολιτική για την έξοδο της από την κρίση, αλλά να βρίσκεται συνεχώς υποχέριο της Γερμανίας και των άλλων οικονομικά ισχυρών χωρών.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – A válság óta mind a magán-, mind a közberuházások száma eltérő képet mutat a különböző tagállamok viszonylatában. Sajnos a szemeszteres dossziék tárgyalása során bebizonyosodott, hogy a beruházásokat továbbra is szabályozási és nem szabályozási jellegű kihívások is nehezítik.

Ezért is kiemelten fontosnak tartanám, hogy a beruházásokat hátráltató kihívások azonosítása és felszámolása mindenképp részét képezze azoknak az erőfeszítéseknek, melyek a keretfeltételek javítását, valamint adminisztratív akadályok visszaszorítását és a szabályozásból fakadó szűk keresztmetszetek felszámolását célozzák.

Üdvözlöm azt, hogy az Európai Bizottság e szemeszteres ciklusban ismételten elkezdte feltérképezni azon szakpolitikai területeket és eszközöket, amelyek áttekintéssel szolgálhatnak a beruházásokat nemzeti szinten hátráltató legfontosabb kihívásokról. Úgy vélem továbbá, hogy az országspecifikus ismertetőkből összefoglalt főbb kihívások elemzésének azonban mindenképp folytatódnia kell az európai szemeszter keretében, elsősorban az országjelentésekben.

Úgy vélem, itt az ideje, hogy újra párbeszédet kezdeményezzünk a tagállamokkal – többek közt a Tanácson és a Tanács bizottságain belül folytatott tematikus megbeszélések formájában – ezeknek a kihívásoknak és a kihívások leküzdését szolgáló esetleges lépéseknek, intézkedéseknek az azonosítása céljából, különben az európai szemeszter folyamata nem tudja betölteni majd azt a szerepet, amelyet neki szántunk megalkotásakor.

Eleonora Evi (EFDD), per iscritto. – La relazione supporta la strategia fallimentare riproposta dalla Commissione, insistendo sulla necessità di proseguire con consolidamento fiscale, riforme strutturali, investimenti privati, piena applicazione del patto di stabilità e crescita. Nella relazione manca un'analisi adeguata del ruolo dell'euro, degli squilibri macroeconomici, dei vincoli di bilancio e dell'impatto delle ricette della Commissione sull'economia, e manca di conseguenza qualsiasi riflessione critica sulla necessità di un vero e proprio cambio di rotta.

Per queste ragioni ho votato negativamente.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. – O relatório de Maria João Rodrigues reconhece que o esforço realizado e as reformas estruturais tiveram resultados positivos no emprego e na diminuição da dívida pública.

Para além disso, reafirma o que temos aprovado neste Parlamento ao longo dos últimos anos: 1- A política orçamental tem de reforçar a competitividade, o crescimento e, em simultâneo, ser responsável respeitando os limites da dívida pública, de forma a preservar os nossos direitos sociais. É que, na verdade, mais défice e mais dívida têm como consequência a diminuição do Estado social. E trazem mais pobreza e desemprego; 2- É evidente que o papel do BCE nas taxas de juro baixas é fundamental na estabilização e gestão da dívida pública; 3- O reforço da procura interna, sobretudo nos países com excedente, é positivo. Todos devem aspirar a este objetivo; 4- As reformas estruturais são fundamentais; 5- O FEIE e os Fundos Estruturais de Investimentos devem ser bem utilizados.

Felicitó a relatora e espero que todos os Estados-Membros atuem em conformidade com o defendido neste relatório.

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. – A Análise Anual do Crescimento para 2016 (AAC2016) representa o ponto de partida de um processo ao qual nos opomos firmemente. O Semestre Europeu e a Governação Económica estão no centro de uma estratégia de domínio neoliberal das políticas orçamentais, e muitas outras por arrasto, dos Estados nacionais.

As orientações constantes no relatório, que deverão ser respeitadas pelos governos sob pena de aplicação de sanções, insistem na mesma receita que semeou a pobreza e o desemprego em toda a Europa, impedindo na prática qualquer estratégia alternativa de fazer face à crise, inviabilizando políticas de estímulo ao crescimento baseadas em investimento público e um aumento da procura agregada, por exemplo.

Não há manobras de cosmética, sejam elas do ponto de vista social ou visando uma suposta legitimação democrática, que apaguem o carácter profundamente antidemocrático da União Económica e Monetária, que impõe à revelia do interesse das populações e dos trabalhadores as suas políticas neoliberais de concentração da riqueza.

A dissolução da UEM é um passo necessário para a implementação de políticas de desenvolvimento dos países da periferia, de quebra de relações de dependência e submissão, de melhoria das condições de vida e dos níveis de bem-estar dos trabalhadores e dos povos.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of Amendment 12 as I wish to see the negotiations on TTIP suspended.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario in quanto la relazione non evidenzia affatto come risolvere alcune questioni.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. – Καταψηφίζω την την έκθεση σχετικά με το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο για τον συντονισμό των οικονομικών πολιτικών: ετήσια επισκόπηση της ανάπτυξης για το 2016. Η ευθυγράμμιση των δημοσιονομικών και οικονομικών πολιτικών των κρατών μελών με τις επιταγές της ΕΕ επιβάλλει τη συνεχόμενη και βαθιά ύφεση στις αδύναμες οικονομικά χώρες, ενώ αντίθετα προάγει τα συμφέροντα των ισχυρών κρατών.

Η λειτουργία του Ευρωπαϊκού Εξαμήνου οδηγεί στον απόλυτο οικονομικό έλεγχο της Ελλάδας ώστε να μην έχει τη δυνατότητα να εφαρμόσει εθνική οικονομική πολιτική για την έξοδο της από την κρίση, αλλά να βρίσκεται συνεχώς υποχέριο της Γερμανίας και των άλλων οικονομικά ισχυρών χωρών.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I support that the EU needs to rely much more on internal demand and more private and public investment. Surplus countries need to expand their budgets in order to support investment and growth everywhere in the EU while deficit countries need to be allowed more fiscal space through the flexibility instrument to invest more.

I believe that the euro-area aggregate fiscal stance also needs to be considered and not only individual Member States with an exclusive focus on deficit countries, as is the case today. Surplus countries need to make a greater effort in increasing wages and internal demand.

And finally, I would like to underline that the economic policy mix to be implemented by the EU, the euro area and by the individual Member States in 2016 needs to strengthen the recent economic recovery while addressing structural challenges and contributing to a long-term strategy for sustainable growth.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A válság óta mind a magán-, mind a közberuházások számai eltérő képet mutatnak a különböző tagállamok viszonylatában. Sajnos a szemeszteres dossziék tárgyalása során bebizonyosodott, hogy a beruházásokat továbbra is szabályozási és nem szabályozási jellegű kihívások is nehezítik.

Ezért is kiemelten fontosnak tartanám, hogy a beruházásokat hátráltató kihívások azonosítása és felszámolása mindenképp részét képezze azoknak az erőfeszítéseknek, melyek a keretfeltételek javítását, valamint adminisztratív akadályok visszaszorítását és a szabályozásból fakadó szűk keresztmetszetek felszámolását célozzák.

Üdvözlöm azt, hogy az Európai Bizottság e szemeszteres ciklusban ismételten elkezdte feltérképezni azon szakpolitikai területeket és eszközöket, amelyek áttekintéssel szolgálhatnak a beruházásokat nemzeti szinten hátráltató legfontosabb kihívásokról. Úgy vélem továbbá, hogy az országspecifikus ismertetőkben összefoglalt főbb kihívások elemzésének azonban mindenképp folytatódnia kell az európai szemeszter keretében, elsősorban az országjelentésekben.

Úgy vélem, itt az ideje, hogy újra párbeszédet kezdeményezzünk a tagállamokkal – többek közt a Tanácson és a Tanács bizottságain belül folytatott tematikus megbeszélések formájában – ezeknek a kihívásoknak és a kihívások leküzdését szolgáló esetleges lépéseknek, intézkedéseknek az azonosítása céljából, különben az európai szemeszter folyamata nem tudja betölteni majd azt a szerepet, amelyet neki szántunk megalkotásakor.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Üdvözlöm, hogy az Európai Bizottság éves növekedési felmérése is kiemeli, hogy az új nemzeti, stabilitási és reformprogramok keretében nagyobb figyelmet kell fordítani a társadalmi méltányosságra, ezért fel kell venni három foglalkoztatási mutatót (aktivitási ráta, ifjúsági munkanélküliség és tartós munkanélküliség) a makrogazdasági egyensúlyhiány kezelésére szolgáló eljárásba; sürgető, hogy ezeket a mutatókat a meglévő mutatókkal valóban azonos súlyúvá tegyék annak érdekében, hogy a vonatkozó tagállamokban mélyreható elemzéseket lehessen végezni, és biztosítani lehessen a belső egyenlőtlenségek további vizsgálatát, valamint gazdasági és szociális reformokat lehessen javasolni, és azokat ellenőrizni lehessen.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que es estrictamente necesario que se abra el debate sobre los tres ejes fundamentales de este informe: la política fiscal, monetaria y estructural de la Unión en los próximos dieciocho meses, la coordinación política de la zona del euro y la aplicación de las recomendaciones del Semestre Europeo.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que en medio del contexto de desaceleración de la economía mundial, la Unión debe fortalecer más que nunca su demanda interna para alcanzar un mayor crecimiento económico, reducir las desigualdades, crear más empleos de calidad y mejorar la cohesión social.

Los países menos competitivos deben invertir más en mejorar su productividad, en lugar de competir con salarios a la baja y reducir los servicios públicos. Al mismo tiempo, los países miembros de la Unión con economías más fuertes, deben aumentar sus esfuerzos para apoyar la demanda interna a través de un aumento de las inversiones públicas y privadas, y de una subida de salarios.

La zona del euro es una gran economía que debe ser tratada como tal y debe trabajar para alcanzar una convergencia al alza, con los indicadores de empleo y sociales puestos al mismo nivel que los indicadores existentes.

Por último, he votado a favor de este informe porque establece la necesidad de más reformas, sí, pero de reformas para mejorar la calidad de los sistemas educativos, invertir en innovación, modernizar la administración pública y hacer un uso más eficiente de los recursos naturales.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que en medio del contexto de desaceleración de la economía mundial, la Unión debe fortalecer más que nunca su demanda interna para alcanzar un mayor crecimiento económico, reducir las desigualdades, crear más empleos de calidad y mejorar la cohesión social.

Los países menos competitivos deben invertir más en mejorar su productividad, en lugar de competir con salarios a la baja y reducir los servicios públicos. Al mismo tiempo, los países miembros de la Unión con economías más fuertes, deben aumentar sus esfuerzos para apoyar la demanda interna a través de un aumento de las inversiones públicas y privadas, y de una subida de salarios.

La zona del euro es una gran economía que debe ser tratada como tal y debe trabajar para alcanzar una convergencia al alza, con los indicadores de empleo y sociales puestos al mismo nivel que los indicadores existentes.

Por último, he votado a favor de este informe porque establece la necesidad de más reformas, sí, pero de reformas para mejorar la calidad de los sistemas educativos, invertir en innovación, modernizar la administración pública y hacer un uso más eficiente de los recursos naturales.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sul Semestre europeo per il coordinamento delle politiche economiche: analisi annuale della crescita 2016, perché con essa il PE ha inteso aprire un reale e democratico dibattito nell'UE sulle politiche economiche da attuare nei prossimi mesi e sulla maniera di approfondire il coordinamento politico a livello dell'eurozona.

Il Semestre europeo può diventare un processo virtuoso e democratico se teso a divenire un esercizio aperto agli *stakeholder*, e soprattutto se nelle attuali circostanze economiche il «triangolo virtuoso» (investimenti, responsabilità di bilancio e riforme strutturali), con la domanda interna quale quarta componente, diventerà un «solido quadrato».

Il necessario approfondimento dell'UEM deve favorire la stabilità e la convergenza economica, dando la possibilità ai paesi caratterizzati da bassa crescita, elevata disoccupazione e inadeguati livelli d'investimenti, e quindi con un margine di bilancio limitato, di poter convergere e raggiungere gli obiettivi del trattato riguardanti la crescita equilibrata e sostenibile.

Ho condiviso fortemente l'invito agli Stati membri a coordinare gli sforzi per conseguire una maggiore crescita, creare nuovi posti di lavoro di qualità attivando investimenti in settori strategici dell'economia (innovazione, educazione, formazione), realizzare riforme utili alla società, completare l'Unione bancaria e sviluppare strumenti per una capacità di bilancio complementare.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe mich heute beim Bericht über das Europäische Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2016 meiner Stimme enthalten. Der Bericht reflektiert die aktuelle Situation in Europa angemessen, zielt aber in Teilen die falschen politischen Schlüsse.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Der Jahreswachstumsbericht ist ein wichtiger Beitrag des Europäischen Parlaments zur gezielten Festlegung der wirtschaftlichen Prioritäten der Union. Damit einhergehend sind die Ausgewogenheit des Politik-Mixes, sowie die Stabilisierung der WWU und die Stärkung der Demokratie wichtige Themen, die ich begrüße.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report given it now clearly states that due to the slowdown in the world economy, the EU should increase internal demand in order to increase the growth potential. The euro-area aggregate fiscal stance also needs to be considered and not only individual Member States with an exclusive focus on deficit countries, as is the case today. Surplus countries need to make a greater effort in increasing wages and internal demand. For the UK, it is of paramount importance that the euro area, the most important trade partner for the UK, undertakes proper structural economic reforms.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non legislative non-binding report. UKIP objects to the powers of the EU to oversee and instruct national parliaments as to their economic policy, as by doing so the EU in effect overrides the democratic will of the peoples of its Member States. Accordingly, UKIP voted against.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe del Parlamento. El Semestre Europeo es el mecanismo por el cual la Unión actualmente intenta hacer efectivo el cumplimiento del Pacto de Estabilidad y Crecimiento —control del déficit y de la deuda, además de otros medidores—. Me opongo a estos objetivos que suponen encorsetar las economías de los distintos Estados sobre la base de criterios neoliberales. El Semestre Europeo consiste en un procedimiento por el cual la Comisión revisa los presupuestos nacionales antes de su aprobación en los Parlamentos y emite recomendaciones específicas por país que deberán implementarse en los presupuestos del próximo año. Me opongo también a este método que claramente vulnera la soberanía de los Estados miembros.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat acest raport deoarece reprezintă contribuția Parlamentului European la elaborarea priorităților de politică economică pentru procesul semestrului european din 2016 de coordonare a politiciilor. Uniunea Europeană are nevoie de o redresare economică mai viguroasă, care să genereze locuri de muncă de calitate și să restabilească egalitatea oportunităților. Mixul de politici economice pe care trebuie să le pună în practică în 2016 UE, zona euro și fiecare stat membru în parte trebuie să fie în măsură să consolideze redresarea economică înregistrată recent, să trateze totodată provocările structurale și să contribuie la o strategie pe termen lung pentru o creștere sustenabilă. Strategia Europa 2020 a făcut obiectul revizuirii la mijlocul perioadei și a fost reconfirmată de către Parlamentul European și de către Comisie ca reprezentând cadrul general care poate asigura în UE o creștere inteligentă, sustenabilă și favorabilă incluziunii.

Pentru ca această strategie să fie eficace și realistă, este esențial ca prioritățile convenite și recomandările formulate în cadrul semestrului european să fie în totalitate coerente cu strategia și să se axeze pe punerea sa în aplicare.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted against, even though the employment and social situation has slowly improved in the EU and the number of people at risk of poverty or social exclusion has overall stabilised in 2013 and 2014. However, further boosting employment will require new measures such as addressing rigidities in the labour market, skills mismatches, modernising social protection and pension systems, as well as having social partners actively contributing to domestic reform.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que en medio del contexto de desaceleración de la economía mundial, la Unión debe fortalecer más que nunca su demanda interna para alcanzar un mayor crecimiento económico, reducir las desigualdades, crear más empleos de calidad y mejorar la cohesión social.

Los países menos competitivos deben invertir más en mejorar su productividad, en lugar de competir con salarios a la baja y reducir los servicios públicos. Al mismo tiempo, los países miembros de la Unión con economías más fuertes, deben aumentar sus esfuerzos para apoyar la demanda interna a través de un aumento de las inversiones públicas y privadas, y de una subida de salarios.

La zona del euro es una gran economía que debe ser tratada como tal y debe trabajar para alcanzar una convergencia al alza, con los indicadores de empleo y sociales puestos al mismo nivel que los indicadores existentes.

Por último, he votado a favor de este informe porque establece la necesidad de más reformas, sí, pero de reformas para mejorar la calidad de los sistemas educativos, invertir en innovación, modernizar la administración pública y hacer un uso más eficiente de los recursos naturales.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτως*. – Η σταθερή μας θέση για ανατροπή του ευρωπαϊκού εξαμήνου και των πολιτικών λιτότητας μας οδήγησαν να καταψηφίσουμε και αυτή την έκθεση, η οποία «επικροτεί τη δέσμη μέτρων της ετήσιας επισκόπησης της ανάπτυξης για το 2016 και το προτεινόμενο μίγμα πολιτικής επενδύσεων, διαρθρωτικών μεταρρυθμίσεων και δημοσιονομικής ευθύνης,» αλλά και ζητά μεγαλύτερο οικονομικό συντονισμό, τη διόρθωση μακροοικονομικών ανισορροπιών μέσω των γνωστών αντιλαϊκών νεοφιλελεύθερων πολιτικών σκληρής λιτότητας και μνημονίων και μείζονες εθνικές προσπάθειες όσον αφορά την ουσιαστική εφαρμογή των μεταρρυθμίσεων.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported this report as I approve of the three policy priorities for 2016: re-launching investment, pursuing structural reforms and responsible fiscal policies. The annual growth survey highlights the importance of the European Fund for Structural Investments (EFSI) and the use of funds under Horizon 2020, the Connecting Europe Facility and the European Structural and Investment funds, the need to address macroeconomic imbalances, convergence towards the best performers, tackling long-term unemployment, improving the business environment, respect for common fiscal rules, reduction of public debt and growth-friendly expenditure.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der Ribeiro-Bericht behandelt soziale und arbeitsmarktpolitische Aspekte im Rahmen des Jahreswachstumsberichts des Europäischen Semesters. Grundlegend problematisch ist, dass die EU nach wie vor nicht bereit ist, die durch den Euro verursachten Anpassungsschwierigkeiten anzuerkennen und weiterhin ihren Fokus auf die Bekämpfung von Symptomen legt. Aber auch bei der Bekämpfung der Symptome könnte man hilfreiche Politik machen. In Teilen ist es der EKR gelungen, dem Ansinnen der Zentralisierung von Politik und Verantwortlichkeiten entgegenzuwirken, aber es ist nicht ausreichend gelungen. Beispielfhaft wird im Report vorgeschlagen, 20 % der Mittel des Europäischen Sozialfonds für soziale Anliegen und Armutsbekämpfung festzuschreiben und so den Mitgliedstaaten Entscheidungsspielräume zu nehmen, es soll auf EU-Ebene ein Konzept der „sozialen Fairness“ entwickelt werden, oder es wird die Kommission aufgefordert, eine Initiative für Mindestlöhne einzuleiten.

Im Sinne der Subsidiarität und Eigenverantwortlichkeit habe ich mich entschlossen, den Bericht abzulehnen. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwist und Zwietracht in Europa.

Gunnar Hökmark (PPE), *skriftlig*. – Vi har röstat för Europaparlamentets betänkande kommissionens årliga tillväxtöversikt. Vi vänder oss dock emot förslagen om att EU:s budget genom egna medel skulle kunna avlasta de nationella budgetarna. Det bortser både från de skilda ansvarsområden och från de kompetenser som ligger på nationell och gemensam nivå liksom omfattningen av den gemensamma budgeten i förhållande till de nationella. Ökade utgifter för fiske, regionalpolitik eller forskning avlastar självfallet inte kostnaderna för skola, utbildning, polis, rättsväsende, försvar eller social trygghet. Snarare är det viktigt att den gemensamma budgeten fokuserar på de gemensamma uppgifter som ligger på EU-nivå och på de stora framtidssatsningar som krävs i stället för att subventionera jordbruk och gamla företagsstrukturer, samtidigt som medlemsstaterna genom en ansvarsfull budgetpolitik och strukturella reformer slår vakt om viktiga åtaganden och förutsättningarna för ekonomisk tillväxt. Det är så vi kan möta de ekonomiska problem som många medlemsländer måste hantera.

György Hölvényi (PPE), írásban. – A válság óta mind a magán, mind a közberuházások száma eltérő a különböző tagállamokban. Sajnos a szemeszteres dossziék tárgyalása során bebizonyosodott, hogy a beruházásokat szabályozási és nem szabályozási jellegű kihívások továbbra is nehezítik.

Ezért fontosnak tartom, hogy a beruházásokat hátráltató kihívások azonosítása és felszámolása mindenképp részét képezze azoknak az erőfeszítéseknek, melyek a keretfeltételek javítását, valamint az adminisztratív akadályok visszaszorítását célozzák.

Üdvözlöm, hogy az Európai Bizottság e szemeszteres ciklusban ismételten elkezdte feltérképezni azon szakpolitikai területeket és eszközöket, amelyek áttekintéssel szolgálhatnak a beruházásokat nemzeti szinten hátráltató legfontosabb kihívásokról. Úgy vélem, az országspecifikus ismertetőkből összefoglalt főbb kihívások elemzésének mindenképp folytatódnia kell az európai szemeszter keretében, elsősorban az országjelentésekben.

Itt az ideje, hogy újra párbeszédet kezdeményezzünk a tagállamokkal, többek közt a Tanácson és a Tanács bizottságain belül folytatott tematikus megbeszélések formájában ezen kihívások és a kihívások leküzdését szolgáló lépéseknek, intézkedéseknek azonosítása céljából. Ezek nélkül az európai szemeszter folyamata nem tudja betölteni majd azt a szerepet, amelyet neki szántunk megalkotásakor.

Mike Hookem (EFDD), in writing. – UKIP voted against this non legislative non-binding report. UKIP objects to the powers of the EU to oversee and instruct national parliaments as to their economic policy, as by doing so the EU in effect overrides the democratic will of the peoples of its Member States. Accordingly, UKIP voted against.

Ian Hudghton (Verts/ALE), in writing. – This report highlights the importance of social and environmental indicators being taken seriously in the correction of economic balances. I consider that annual growth should not be looked at in economic terms alone; it is vital that social factors are also included in the equation.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Glasao sam PROTIV prijedloga rezolucije Europskog parlamenta o europskom semestru za usklađivanje ekonomske politike: Godišnji pregled rasta za 2016. Godinu, zbog toga što smatram da je potrebno pokrenuti učinkovitije strukturne reforme, posebno u vidu modernizacije gospodarstava i održivosti javnih financija.

Također, nužno je unaprijediti trenutno poslovno okruženje kako bi se privukla ulaganja i podiglo povjerenje u EU-u te osiguralo da javna potrošnja bude efikasna i ekonomski održiva. Takvo što predstavlja i stav ALDE grupe, te sam stoga bio PROTIV ovog prijedloga rezolucije.

Jean-François Jalkh (ENF), par écrit. – Ce rapport fait la promotion du Semestre Européen, lequel considère que la libre circulation des personnes, des biens, des services et des capitaux est la pierre angulaire de la croissance économique durable au sein du marché unique de l'Union Européenne. Le Semestre Européen prêche donc pour une économie fédéralisée et ultra-libérale, ce à quoi je m'oppose fermement, en conformité avec l'esprit de souveraineté que nous avons toujours défendu. Il n'existe que pour permettre la réalisation des objectifs de la Stratégie 2020, stratégie de l'Union Européenne à laquelle je suis hostile. Nous ne pouvons soutenir des recommandations de réformes économiques qui ont détruit l'économie de la France et de nombreux autres États-membres.

J'ai ainsi vote contre ce texte.

Diane James (EFDD), in writing. – UKIP voted against this non legislative non-binding report. UKIP objects to the powers of the EU to oversee and instruct national parliaments as to their economic policy, as by doing so the EU in effect overrides the democratic will of the peoples of its Member States. Accordingly, UKIP voted against.

Marc Joulaud (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Maria João Rodrigues sur l'examen annuel de la croissance 2016 dans le cadre du Semestre européen pour la coordination des politiques économiques. Ce rapport insiste sur le besoin pour les économies de l'Union européenne d'engager des réformes structurelles et de responsabilisation fiscale. Retrouver les chemins de la croissance est primordial aujourd'hui dans l'Union et pour cela l'examen annuel de la croissance 2016 préconise de relancer l'investissement et souligne l'importance des fonds européens qui doivent être utilisées dans leur pleine potentialité. Je soutiens ce rapport qui définit des orientations nécessaires au renforcement de la croissance européenne.

Ce rapport a été adopté, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – L'examen annuel de la croissance indique les trois priorités qui doivent être prises au niveau de l'UE pour que les États membres renouent avec la croissance. Pour 2016, les priorités seront la relance des investissements, la poursuite des réformes structurelles et enfin des politiques fiscales responsables. Le rapport n'oublie pas d'insister sur la nécessité d'utiliser les fonds européens. Ces propositions sont essentielles pour que l'Union retrouve une croissance stable et durable. J'ai donc voté en faveur de ces priorités.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Jahreswachstumsbericht dient als Impuls für eine Debatte auf europäischer Ebene unter Einbeziehung nationaler Parlamente, der Sozialpartner und der Gesellschaft, um zu analysieren, welche Kombination aus währungspolitischen und strukturellen Maßnahmen die Europäische Union in den folgenden Monaten umsetzen sollte und wie dies auf Ebene der Eurozone besser koordiniert werden kann. Wir stehen verschiedenen Aspekten dieser Politik kritisch gegenüber. Ich enthalte mich daher zu dem vorliegenden Bericht.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report. At a time of several crises, we need to reinforce the EU's internal cohesion with a stronger and more balanced economic recovery. What Europe needs today is a stronger focus on investment and domestic demand. At the same time, a second generation of reforms needs to take place, improving education, innovation, public administration, tax collection and ensuring sustainable and fair welfare systems which reduce social inequalities.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Parlamentsbericht ist die Antwort auf den von der Kommission im Herbst des letzten Jahres veröffentlichten Jahreswachstumsbericht. Dieser listet Wachstumsschwerpunkte für die kommenden Jahre auf. Der vom Parlament verabschiedete Text fordert weiterreichende staatliche Anstrengungen, um Wachstum zu schaffen. Der zur Erreichung dieses Zieles vorgeschlagene Instrumentenmix ist aus meiner Sicht dafür allerdings nur sehr bedingt geeignet.

Die öffentliche Nachfrage wird in klassischer keynesianischer Manier als Allzweckwaffe verkauft, und ihr wird ein abstrakter, völlig überhöhter und unrealistischer Stellenwert eingeräumt. Der Bericht fordert zudem weitere Ausnahmen vom Stabilitäts- und Wachstumspakt und will diesen für politisch opportune Ziele weiter aufweichen. ALFA ist der Auffassung, dass Regeln insbesondere auch von der Politik befolgt werden müssen und nicht beliebig interpretiert und verwässert werden dürfen. Wir sind entschieden gegen weitere Ausnahmen vom Stabilitäts- und Wachstumspakt SWP. Deswegen habe ich gegen den Bericht gestimmt.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Usnesení Evropského parlamentu ze dne 25. února 2016 o evropském semestru pro koordinaci hospodářských politik: roční analýza růstu na rok 2016 nebyl sice text zcela špatný, ale bohužel jsem ho nemohla podpořit. Zastávám názor, že evropský semestr je obecně nastaven špatně a toto usnesení nemohlo změnit fakt, že se orientuje primárně na oblast konkurenceschopnosti, jednotnou fiskální politiku, eurozónu a do značné míry ignoruje otázky sociální. Navíc se nedomnívám, že jarní zasedání Evropské rady by mělo zůstat tím hlavním momentem, během kterého jsou definovány politické priority EU. Evropský parlament k této události totiž může pouze přednést stanovisko, což nepovažuji za dostatečné.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – The report deals with the Commission's Communication on the Annual Growth Survey (AGS) as part of the European Semester. Unemployment undoubtedly negatively affects economic growth as well as social convergence. An important improvement is that the AGS underlines the need to pay more attention to social fairness and, for this purpose, to reform programmes by adding three employment indicators: activity rate, youth unemployment and long-term unemployment. I recognise that the report presents an interesting analysis of the goals of this Communication, for instance the eradication of poverty or of the gender pay gap in order to tackle unemployment. Nevertheless, there are aspects that need to be reviewed: the aforementioned indicators remain lacunar, the concept of 'social fairness' needs to be clarified, the enhanced simplification of employment legislation that could reduce employee protection. For these reasons, I voted against.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Il Semestre europeo per il coordinamento delle politiche economiche porta con sé delle sfide, sia nel breve che nel medio periodo, alle quali dobbiamo far fronte. La mia attenzione si rivolge prima di tutto ai cittadini europei, che chiedono a gran voce investimenti e nuovi posti di lavoro. È dunque di vitale importanza sfruttare appieno i Fondi strutturali, il bilancio europeo e l'EFSD, al fine di rafforzare la coesione e attenuare le divergenze nel mercato unico, consentendo a tutte le regioni di sviluppare i propri vantaggi concorrenziali e promuovendo ulteriori investimenti privati. Sono tre gli obiettivi principali che dobbiamo raggiungere: rilanciare gli investimenti, proseguire le riforme strutturali e attuare politiche di bilancio responsabili. Dove responsabile non significa austero.

Ho deciso di votare favorevolmente poiché ritengo che debba esser rafforzata la combinazione di politiche economiche che l'UE, l'area dell'euro e i singoli Stati membri dovranno attuare nel 2016. Parallelamente, è necessario mettere in campo una strategia di lungo termine per la crescita sostenibile.

Marine Le Pen (ENF), par écrit. – J'ai voté contre le rapport sur le semestre européen pour la coordination des politiques économiques (examen annuel de la croissance 2016). De façon générale, ce rapport propose de renforcer la demande intérieure grâce à des investissements publics et privés supérieurs à ceux du plan Juncker, surtout avec la présence de taux bas. Mais il faut que ces investissements restent soutenables compte tenu des niveaux d'endettement très élevés. Il s'inquiète aussi des disparités macroéconomiques et sociales qui ne se réduisent que très lentement. Cependant, ce rapport est surtout un outil idéologique ayant pour objectif d'uniformiser les économies nationales autour d'un système fédéralisé et libéralisé. L'espoir présenté dans ce rapport que les recommandations seront capables de relancer l'économie européenne fait partie des illusions technocratiques de Bruxelles. Je ne peux soutenir des recommandations de réformes économiques qui ont détruit l'économie de la France et de nombreux autres États membres.

Gilles Lebreton (ENF), par écrit. – J'ai voté contre ce rapport car il fait la promotion du Semestre Européen qui prêche pour la mise en place d'une économie fédéralisée et ultralibérale. Le groupe ENL a soutenu un amendement déposé par le groupe EFDD de l'Anglais Nigel Farage qui demandait d'arrêter les négociations du TAFTA et d'empêcher la Chine d'accéder au statut d'«économie de marché» (qui va lui ouvrir encore plus nos frontières !), mais cet amendement a été rejeté par l'RPS et par ses alliés européens.

Sander Loones (ECR), schriftelijk. – In het verslag over de jaarlijkse groeianalyse binnen het Europees Semester 2016 wordt helaas opgeroepen om de begrotingstekorten te laten aanzwellen, een begroting voor de eurozone te creëren en de begroting van de EU te vergroten. Aangezien er in het verslag ook goede elementen zitten, zoals de erkenning dat de grote overheids- en particuliere schuld ons bijzonder kwetsbaar maakt en de aandacht voor structurele hervormingen, heeft de N-VA-delegatie besloten zich te onthouden.

Javi López (S&D), por escrito. – He votado a favor de este informe porque creo que en medio del contexto de desaceleración de la economía mundial, la Unión debe fortalecer más que nunca su demanda interna para alcanzar un mayor crecimiento económico, reducir las desigualdades, crear más empleos de calidad y mejorar la cohesión social.

Los países menos competitivos deben invertir más en mejorar su productividad, en lugar de competir con salarios a la baja y reducir los servicios públicos. Al mismo tiempo, los países miembros de la Unión con economías más fuertes, deben aumentar sus esfuerzos para apoyar la demanda interna a través de un aumento de las inversiones públicas y privadas, y de una subida de salarios.

La zona del euro es una gran economía que debe ser tratada como tal y debe trabajar para alcanzar una convergencia al alza, con los indicadores de empleo y sociales puestos al mismo nivel que los indicadores existentes.

Por último, he votado a favor de este informe porque establece la necesidad de más reformas, sí, pero de reformas para mejorar la calidad de los sistemas educativos, invertir en innovación, modernizar la administración pública y hacer un uso más eficiente de los recursos naturales.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), por escrito. – He votado a favor de este informe porque creo que en medio del contexto de desaceleración de la economía mundial, la Unión debe fortalecer más que nunca su demanda interna para alcanzar un mayor crecimiento económico, reducir las desigualdades, crear más empleos de calidad y mejorar la cohesión social.

Los países menos competitivos deben invertir más en mejorar su productividad, en lugar de competir con salarios a la baja y reducir los servicios públicos. Al mismo tiempo, los países miembros de la Unión con economías más fuertes, deben aumentar sus esfuerzos para apoyar la demanda interna a través de un aumento de las inversiones públicas y privadas, y de una subida de salarios.

La zona del euro es una gran economía que debe ser tratada como tal y debe trabajar para alcanzar una convergencia al alza, con los indicadores de empleo y sociales puestos al mismo nivel que los indicadores existentes.

Por último, he votado a favor de este informe porque establece la necesidad de más reformas, sí, pero de reformas para mejorar la calidad de los sistemas educativos, invertir en innovación, modernizar la administración pública y hacer un uso más eficiente de los recursos naturales.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Debido a la creciente resistencia al marco de gobernanza económica y sus nefastos efectos sobre las clases populares, varias propuestas insisten en maquillar el Semestre Europeo aumentándolo con políticas sociales redistributivas o elementos de supervisión democrática mientras se mantiene la «profundización» (en jerga de la Unión) de sus políticas económicas. Puesto que la clave de bóveda neoliberal —individualización de las relaciones laborales y orientación de las políticas públicas por el beneficio privado— no se cuestiona, he votado en contra de este informe.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Parlamentsbericht ist die Antwort auf den von der Kommission im Herbst des letzten Jahres veröffentlichten Jahreswachstumsbericht. Dieser listet Wachstumsschwerpunkte für die kommenden Jahre auf. Der vom Parlament verabschiedete Text fordert weiterreichende staatliche Anstrengungen, um Wachstum zu schaffen. Der zur Erreichung dieses Zieles vorgeschlagene Instrumentenmix ist aus meiner Sicht dafür allerdings nur sehr bedingt geeignet.

Die öffentliche Nachfrage wird in klassischer keynesianischer Manier als Allzweckwaffe verkauft, und ihr wird ein abstrakter, völlig überhöhter und unrealistischer Stellenwert eingeräumt. Der Bericht fordert zudem weitere Ausnahmen vom Stabilitäts- und Wachstumspakt und will diesen für politische opportune Ziele weiter aufweichen. ALFA ist der Auffassung, dass Regeln insbesondere auch von der Politik befolgt werden müssen und nicht beliebig interpretiert und verwässert werden dürfen. Wir sind entschieden gegen weitere Ausnahmen vom SWP. Deswegen habe ich gegen den Bericht gestimmt.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Europska komisija u studenom prošle godine objavila je godišnji pregled rasta za 2016. i pozvala države članice da u novom ciklusu Europskog semestra poduzmu još učinkovitije mjere s ciljem poticanja ulaganja, provedbe strukturnih reformi i odgovorne fiskalne politike koje će u kombinaciji s nekonvencionalnim mjerama monetarne politike Europske središnje banke rezultirati rastom europskog gospodarstva.

Izvrješće poziva na koordinaciju između različitih politika i instrumenta Europske unije i povezivanje lokalnih, regionalnih i nacionalnih ciljeva s ciljevima na razini Europske unije. Cilj je učinkovito koristiti mehanizam Europskog semestra kako bi se potaknuo gospodarski rast, razvoj i zapošljavanje između država članica. Stoga sam podržala rezoluciju Europskog parlamenta o Europskom semestru i godišnjem pregledu rasta za 2016.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφικώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο για τον συντονισμό των οικονομικών πολιτικών: επίσημη επισκόπηση της ανάπτυξης για το 2016, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 24/2/2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. De façon générale, ce rapport propose de renforcer la demande intérieure grâce à des investissements publics et privés supérieurs à ceux du Plan Juncker. Il s'inquiète des disparités macroéconomiques et sociales qui ne se réduisent que très lentement.

Ce rapport est surtout, et avant tout, un outil idéologique ayant pour objectif d'uniformiser les économies nationales autour d'un système fédéralisé et libéralisé. L'espoir présenté dans ce rapport que les recommandations seront capables de relancer l'économie européenne fait partie des illusions technocratiques de Bruxelles.

Nous ne pouvons soutenir des recommandations de réformes économiques qui ont détruit l'économie de la France et de nombreux autres États membres.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório pretende responder à Análise Anual do Crescimento para 2016, no que diz respeito à Coordenação das Políticas Económicas, no âmbito do Semestre Europeu.

Embora este relatório tenha apresentado algumas melhorias em relação aos anteriores, procurando uma maior combinação de políticas em matéria de investimento, reformas estruturais e responsabilidade orçamental, acentuando a necessidade de um aumento de procura interna e de políticas monetárias flexíveis, o enfoque na necessidade de reformas estruturais e de mercados de trabalho mais competitivos e flexíveis, resultam sempre numa maior precariedade laboral e uma continuidade das políticas de austeridade, não levando a um crescimento sustentável e com qualidade. Votei contra.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Europa debe seguir mejorando la gobernanza económica y es preciso continuar con las reformas a nivel nacional para asegurar el crecimiento. Por estas medidas apuesta el Parlamento Europeo en el informe sobre el Semestre Europeo para el crecimiento para 2016, así que doy mi apoyo a la propuesta de Resolución que, espero, ayude a caminar hacia una mejora de la estabilidad en la Unión.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pranešime dėl 2016 m. Europos ekonominės politikos koordinavimo semestro išskiriami didžiausi iššūkiai, su kuriais susiduriama sprendžiant konkurencingumo, finansinio stabilumo, ekonomikos augimo ir užimtumo problemas.

Pranešime pabrėžiama, jog siekiant ekonominės politikos tikslų, svarbu vykdyti struktūrines reformas, investuoti į mokslinius tyrimus ir plėtrą, užtikrinti efektyvų išteklių naudojimą, plėtoti produktyvumą didinančias inovacijas ir mažinti makroekonominį disbalansą.

Mano nuomone, ne ką mažiau svarbu tobulinti nacionalinio švietimo, profesinio mokymo ir mokymosi visą gyvenimą sistemas, pritaikyti jas prie naujų poreikių darbo rinkoje. Be kita ko, pritariu pranešime dėstomai pozicijai, jog ekonominis augimas neatsiejamas nuo piliečiams palankios viešojo administravimo sistemos visuose valdžios lygmenyse, taip pat veiksmingų ir skaidrių viešųjų pirkimų taisyklių.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport s'ancre dans la logique de mise en oeuvre du semestre européen. Si il émet quelques critiques aux recommandations par pays il ne reste pas moins empreint du dogme libéral: il prône ainsi les réformes structurelles et l'assainissement budgétaire, l'achèvement de l'Union bancaire, l'allègement des cotisations patronales, la réforme des systèmes de protection sociale et de retraite, l'adaptation des systèmes d'éducation et de recherche au besoin du marché... Tout en réclamant un rôle accru du Parlement européen, prétendument pour des raisons démocratiques et plus sûrement pour légitimer les politiques mises en oeuvre. Je vote contre ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Si l'état des lieux entrepris est assez évident dans ce rapport-ci, les recommandations sont tout autant d'une simplicité lancinante. Il s'agit d'une longue plainte sur nos angoisses économiques actuelles, lesquelles malheureusement ne sauraient disparaître par l'intercession de l'idéologie européenne. Ce rapport ne laisse aucun doute sur son inutilité. Je m'oppose au principe de ce semestre européen, qui n'a de raison d'être que pour parvenir aux objectifs du programme «Europe 2020».

J'ai, en conséquence, voté contre ce texte.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – É necessário que alguns dos que apelam à solidariedade dos que cumprem regras, não tornem inevitável a austeridade como sucedeu em Portugal, governando mal, os socialistas, até 2009. Um país que gasta mais do que pode pagar, condena-se intoleravelmente e endivida as gerações futuras. Por isso, as opções absurdas de despesas até 2009 significaram, em Portugal, condição necessária défice, dívida, desemprego,

recessão, incapacidade de financiamento nos mercados e a troika.

Votei favoravelmente o relatório sobre o Semestre Europeu para a coordenação das políticas económicas por partilhar da posição de que é necessária uma maior coordenação a nível europeu para alcançar uma recuperação económica mais sólida e sustentada.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as it represents Parliament's commitment to building upon the recent economic recovery in the European Union and also implementing a long-term strategy for sustainable growth.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on the European Semester for economic policy coordination: Annual Growth Survey 2016 because the EU can no longer rely on exports with the slowdown of the world economy. It needs to rely much more on internal demand and more private and public investment. Surplus countries need to expand their budgets in order to support investment and growth everywhere in the EU while deficit countries need to be allowed more fiscal space through the flexibility instrument to invest more. However, there are some sensitive points and I believe should remain an issue of the national competences.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság 2015. november 26-án tette közzé a 2016. évi növekedésről szóló jelentését. A Gazdasági és Monetáris Bizottság jelentése megállapítja, hogy bár az Európai Unióban gazdasági fellendülés tapasztalható, ez meglehetősen egyenetlen, és egyes tagállamok folyamatosan küszködnek az alacsony növekedési rátával, a globális gazdasági növekedés pedig lassul. Leszögezi, hogy Európa továbbra is jelentős beruházási hiánnyal küzd, ami jelentősen gyengíti a hosszabb távú növekedési potenciált, a foglalkoztatási ráta pedig javul ugyan, de nem kellő mértékben ahhoz, hogy jelentősen csökkenjen a munkanélküliség és a szegénység. Rámutat végül, hogy noha az euróövezet folyó fizetési mérlegének többlete egyre nő, több tagállamban pedig jelentősen csökkent a folyó fizetési mérleg hiánya és a fajlagos munkaerő-költség, a magán- és a közsfera adóssága sok országban továbbra is magas, és a legtöbb tagállamban a GDP-arányos nettó külső adósság sem lett alacsonyabb.

A jelentés e problémákkal szembenézve igyekszik javaslatokkal hozzájárulni a 2016. évre vonatkozó gazdaságpolitikai prioritások meghatározásához. Szorgalmazza az intézkedéseknek a határozottabb fellendülés szolgálatába állítását, a GMU irányításának elmélyítését a stabilitás és a konvergencia érdekében, az elszámoltathatóság, a relevancia és az eredményesség növelésének zálogát pedig a demokrácia megerősítésében látja. A jelentést megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport représente la participation du PE à la définition des priorités des politiques économiques pour le Semestre 2016 et fait suite à l'étude annuelle de la Croissance publiée par le Commission.

Les sujets abordés dans ce rapport sont l'investissement, les réformes structurelles, la responsabilité fiscale, les problèmes propres à la Zone Euro, la légitimité démocratique du Semestre Européen et les politiques budgétaires, l'environnement et la santé publique, et les politiques de développement régional.

Cependant, ce rapport est surtout un outil idéologique ayant pour objectif d'uniformiser les économies nationales autour d'un système fédéralisé et libéralisé. L'espoir présenté dans ce rapport que les recommandations seront capables de relancer l'économie européenne fait partie des illusions technocratiques de Bruxelles.

Nous ne pouvons soutenir des recommandations de réformes économiques qui ont détruit l'économie de la France et de nombreux autres États membres.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est surtout un outil idéologique ayant pour objectif d'uniformiser les économies nationales autour d'un système fédéralisé et libéralisé. Je ne peux soutenir des recommandations de réformes économiques qui ont détruit l'économie de la France et de nombreux autres États membres de l'Union européenne. C'est pourquoi, j'ai voté contre.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Abbiamo dato un convinto sostegno all'adozione di questa relazione che illustra il contributo del PE alla definizione delle priorità di politica economica per il processo del Semestre europeo 2016 di coordinamento politico. L'obiettivo è quello di rafforzare il carattere democratico della governance economica europea, nelle more dell'accordo interistituzionale invocato nella relazione dei cinque Presidenti.

Stiamo, infatti, uscendo da una lunga crisi economica che ha causato gravi difficoltà sociali ed eroso il potenziale di crescita. La combinazione di politiche economiche che l'UE, l'area dell'euro e i singoli Stati membri dovranno attuare nel 2016 dovrà senza dubbio mirare a rafforzare la recente ripresa economica e, al contempo, far fronte alle sfide strutturali.

Nelle attuali circostanze economiche, il «triangolo virtuoso» di investimenti, responsabilità di bilancio e riforma strutturale promosso dalla Commissione dovrà essere ampliato. Incentivare il potenziale di crescita riducendo le disuguaglianze è un obiettivo compatibile con il principio della responsabilità fiscale.

Auspichiamo che tutti gli attori partecipino attivamente al Semestre europeo al fine di pervenire a una più solida ripresa economica, a una maggiore resilienza dell'economia sociale di mercato europeo agli shock e alle sfide strutturali, dimostrando così che la democrazia europea funziona e può garantire una prosperità sostenibile e ampiamente condivisa.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Annual Growth Survey sets out goals at EU level to help Member States support growth, reinforce economic convergence, create jobs and strengthen social fairness. I voted for this report by the Committee on Economic and Monetary Affairs that shows Parliament's input to the definition of policy priorities for the 2016 European Semester. This report should stimulate debates at European level on the priorities for the next 12 months of EU economic policy.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu, kterou považuji za důležitý příspěvek k zajištění účinné koordinace hospodářských politik členských států. Hlasoval jsem pro pozměňovací návrh vyzývající k vymezení využívání EFSI nejen na strategické, ale i ekonomicky životaschopné projekty, protože se domnívám, že hledisko ekonomické životaschopnosti by mělo být rovněž určující. Podpořil jsem také zdůraznění nutnosti odstranění překážek pro vstup na trh práce, zejména v případě mladých lidí. Jedná se o jeden z problémů do značné míry bránících úspěšnému ekonomickému rozvoji, a proto by se mu měla věnovat zvýšená pozornost.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich hätte mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da der ursprüngliche Zweck des europäischen Semesters, die Sicherung der Euro-Stabilitätskriterien, nicht mehr im Vordergrund steht. Stattdessen reden wir jetzt von einem zentralistischen Steuerungsorgan der Planwirtschaft. Diese mischt sich dann in die Haushaltsplanung der Mitgliedstaaten ein.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport concerne la mise en œuvre du Semestre européen. Bien qu'il soit assez critique vis à vis des recommandations pays par pays, qu'il mentionne les impératifs d'emploi ainsi qu'un meilleur budget pour l'Union; le rapport ne met pas en avant le rôle des institutions dans les mesures libérales prises dans ces dernières années qui ont conduit à une détérioration des conditions socio-économiques dans nombre d'États Membres. J'ai par conséquent voté contre ce rapport.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Ei toetanud. Selleks, et majanduskeskkond saaks Euroopas paraneda, on vaja läbi viia struktuurireforme, muuta majandust konkurentsivõimelisemaks ning tekitada usaldusväärne keskkond, mis meelitaks ligi investeringuid. Praegune raport aga soovitab keskenduda pigem avaliku sektori kulutuste suurendamisele, mitte majanduse moderniseerimisele ega tööturu reformidele.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραφτώς*. – Οι εκθέσεις του Ευρωκοινοβουλίου για το «ευρωπαϊκό εξάμηνο», το μηχανισμό επιβολής «μνημονίων διαρκείας» σε όλα τα κράτη μέλη της ΕΕ, αποδεικνύουν την προσήλωση του πολιτικού προσωπικού των μονοπωλίων στους στόχους του: μέτρα για τη διαρκή μείωση της τιμής της εργατικής δύναμης παντού για να ανακάμψει η κερδοφορία των επιχειρηματικών ομίλων, να έρθει η καπιταλιστική ανάπτυξη που μέχρι τώρα φαίνεται αναιμική, αβέβαιη και εύθραυστη.

Γι' αυτό απαιτούν από τις αστικές κυβερνήσεις την απарέγκλιτη εφαρμογή των «συστάσεων ανά χώρα», των αντιλαϊκών δηλαδή μέτρων που καταστρώνουν τα όργανα της ΕΕ. Για να αντιμετωπίσουν τη λαϊκή αγανάκτηση επιχειρούν να ντύσουν όλη τη διαδικασία του εξαμήνου και της «ενισχυμένης οικονομικής διακυβέρνησης» δήθεν με «κοινωνικές πτυχές» και «κοινωνική ευαισθησία», αλλά δεν καταφέρνουν ούτε ευχολόγια να διατυπώσουν, προδίδοντας την εχθρότητά τους για τα εργατικά-λαϊκά δικαιώματα.

Το εξάμηνο και όλες οι διαδικασίες των «μνημονίων διαρκείας» της ΕΕ δεν μπορούν να έχουν ίχνο «κοινωνικής πτυχής», γιατί απλούστατα σχεδιάστηκαν, εφαρμόζουν και υπηρετούν ένα ενιαίο σχέδιο για χτύπημα κάθε εργασιακού, μισθολογικού, κοινωνικού δικαιώματος της εργατικής τάξης και των φτωχών λαϊκών στρωμάτων. Δεν μπορεί να υπάρξει ευρωεξάμηνο καλύτερο, φιλολαϊκό, όπως προσπαθούν να εξαπατήσουν τους λαούς διάφοροι ομορτυνιστές και νέας κοπής σοσιαλδημοκράτες. Η ΕΕ και τα μονοπώλια που υπηρετεί μόνο χειρότερα γίνονται. Δεν παίρνουν βελτίωση, παρά μόνο ανατροπή.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP objects to the powers of the EU to oversee and instruct national parliaments as to their economic policy, as by doing so the EU in effect overrides the democratic will of the peoples of its Member States. Accordingly, UKIP voted against.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Oggi la ripresa economica nell'UE, nonostante sia in corso da diverso tempo, resta debole e disomogenea tra gli Stati membri e all'interno degli stessi. Considerando che alcuni di questi Stati devono affrontare il problema persistente dei tassi di crescita molto bassi e tenendo conto che, nonostante abbiano registrato sensibili riduzioni dei disavanzi delle partite correnti e la riduzione del costo unitario del lavoro, il debito estero netto in percentuale del PIL non è diminuito, esprimo il mio supporto ai temi trattati in tale relazione.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – The Annual Growth Survey (AGS) identified three policy priorities for 2016: re-launching investment, pursuing structural reforms and responsible fiscal policies. The use of funds under Horizon 2020 and the European Structural and Investment Funds is essential for supporting growth and innovation across Europe. This Annual Growth Survey thus sets out what more can be done at EU level to help Member States support growth, reinforce economic convergence, create jobs and strengthen social fairness. Hence, I supported the resolution.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Izvješće o Komisijinom pregledu rasta za ovu godinu utjecalo je na tri glavna područja: područje ulaganja, strukturnih reformi i fiskalne odgovornosti. Smatram da je bitno da se nakon ovog izvješća na europskoj razini pokrene temeljita rasprava o tri važna pitanja: pitanje produbljivanja koordinacije na razini eurozone, o daljnjem smjeru fiskalne, monetarne i strukturne politike EU-a, te pitanje demokratizacije procesa donošenja odluka o preporukama Europskog semestra. Slažem se s izvjestiteljicom da je neophodno da Europa pronađe odgovorna rješenja na nove izazove s kojima se suočava, a to su prije svega prijetnje terorističkim napadima i migrantska kriza, kako bi potvrdila svoj politički legitimitet.

Vjerujem da Parlament podrškom ovom izvješću bitno doprinosi definiranju prioriteta u Europskom semestru za usklađivanje ekonomske politike 2016. i šalje važnu poruku svim sudionicima da se aktivno uključe u Europski semestar kako bismo svi zajedno potaknuli snažniji ekonomski oporavak europskog gospodarstva.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport fait l'éloge du Semestre européen, système auquel je m'oppose et auquel la réalité tend à donner tort elle aussi. Il prône un ensemble économique européen toujours plus fédéral et toujours plus libéral, ce que je ne puis accepter en aucune façon. J'ai donc bien évidemment voté contre.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione perché ritengo che per riuscire a combinare politiche monetarie, strutturali e di bilancio che aprano ad elevati livelli di occupazione, produttività e coesione sociale in Europa occorra potenziare l'integrazione della zona euro e approfondire il coordinamento politico tra Stati membri, rafforzare il ruolo chiave che riveste il Semestre europeo e dotarlo di maggiore responsabilità democratica che si traduca in un più intenso dialogo tra parlamenti nazionali, Parlamento europeo e Commissione.

Avanzare verso una democrazia europea implica al contempo dotarsi di un'economia interdipendente, stabile ed inclusiva. Tale processo comporta innanzitutto una maggiore convergenza delle politiche economiche nazionali le quali, benché siano significativamente interconnesse come ci ha rivelato la crisi economica, devono concretizzare simultaneamente le riforme strutturali richieste per rilanciare la crescita e la competitività della zona euro.

Il Semestre europeo segna un momento molto importante in tal senso, poiché apre il periodo in cui gli Stati membri lavorano in maniera condivisa sui programmi delle proprie politiche macroeconomiche e rivedono il proprio impegno a sostegno della strategia Europa2020. La sfida principale con cui occorre misurarsi è la riduzione dell'indebitamento combinata al rilancio degli investimenti e al rafforzamento della domanda interna in un contesto normativo efficiente.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Godišnjim pregledom rasta utvrđuje se što se još može poduzeti na razini EU-a kako bi se državama članicama pomoglo da podupiru rast, pojačaju gospodarsku konvergenciju, otvaraju radna mjesta i ojačaju socijalnu pravednost. Stoga se naglašava važnost integriranog pristupa ekonomskoj politici utemeljenom na tri glavna područja djelovanja koja moraju djelovati zajednički: poticanje ulaganja, ubrzanje strukturnih reformi i provedba odgovorne fiskalne konsolidacije povoljne za rast.

Jedino se zajedničkim radom može vratiti povjerenje i potaknuti ponovni rast čitavog EU-a, a za to je potrebna odlučna predanost država članica da djeluju na nacionalnoj razini. Iz tog razloga pozdravljam paket Godišnjeg pregleda rasta za 2016. i predloženu kombinaciju politika koja se sastoji od ulaganja, strukturne reforme i fiskalne odgovornosti, čiji je cilj promicati više razine rasta i ojačati europski oporavak i uzlaznu konvergenciju.

Volio bih istaknuti da se zbog usporavanja svjetskog gospodarstva EU ne može oslanjati na izvoz, nego treba povećati unutarnju potražnju kako bi se povećala mogućnost rasta. Iz tog je razloga potrebno povećati privatne i javne investicije. Zemlje koje su ostvarile višak trebaju proširiti svoje proračune u cilju podrške investicijama dok bi deficitarnim zemljama trebalo dopustiti više fiskalnog prostora preko fleksibilnosti kako bi mogle više odvojiti na ulaganja i strukturne reforme.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O presente relatório reforça e aprofunda uma visão política que rejeitamos firmemente.

O Semestre Europeu e a governação económica estão no centro da estratégia de domínio neoliberal supranacional sobre as políticas orçamentais dos Estados-Membros, amputando a sua soberania económica.

As orientações constantes no relatório insistem na mesma receita que semeou a pobreza e o desemprego em toda a Europa, impedindo, na prática, quaisquer estratégias de desenvolvimento e crescimento económico alicerçadas em políticas de estímulo ao crescimento e suportadas no investimento público e na promoção de empregos com direitos e salários dignos.

Quaisquer manobras de cosmética social ou tentativas de legitimação das políticas de austeridade e de empobrecimento que se promovam não apagam o carácter profundamente antidemocrático da União Económica e Monetária, que impõe, à revelia do interesse das populações e dos trabalhadores, as suas políticas neoliberais de concentração da riqueza.

Só a rutura com estas políticas poderá abrir caminho a políticas alternativas de desenvolvimento centradas na afirmação da soberania dos Estados e na defesa dos interesses e anseios dos povos e dos trabalhadores.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – EU se diže iz duge ekonomske krize koja je uzrokovala ozbiljne društvene poteškoće i ugrozila potencijal za ekonomski rast. Istovremeno se EU suočava s novim izazovima, posebice prijetnjom terorističkih napada, geopolitičkom nestabilnosti u susjedstvu i neviđenim brojem tražitelja azila. Važno je da EU u ovakvoj situaciji razvije sredstva za rješavanje tih izazova kako bi osigurala svoj politički legitimitet. Isto je tako važno da se pojača ekonomska obnova i stvore kvalitetna radna mjesta. Pored ekonomskih problema koji su nastali usred razvoja digitalne revolucije i tehnoloških inovacija, bitno je i osvrnuti se na dugoročne izazove kao što su klimatske promjene, robotizacija, demografske promjene i pomak prema multipolarnom svijetu. Između navedenih izazova i ekonomske situacije uvijek postoji korelacija i vrlo je bitno da su prihvaćeni prioriteti i prijedlozi okvira europskog semestra u skladu sa strategijom Europa 2020. Sve strukturne reforme koje će rezultirati moraju odražavati i biti temeljene na iskustvima iz prošlosti i izazovima koji nas tek čekaju. Unatoč tome što je koncept strukturnih reformi u principu shvaćen kao koncept koji uključuje smanjivanje državne uloge u ekonomiji, stvarajući tako fleksibilnija tržišta, takav pristup nije uvijek doveo do poboljšanja produktivnosti, nego je čak i povećao nejednakosti i pritisak deflacije. Slijedom navedenog podržavam izvješće.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Il semestre europeo garantisce che gli Stati membri seguano politiche economiche e di bilancio coerenti con gli impegni assunti nei confronti dell'UE. Nella presente analisi della crescita 2016 sono indicate le ulteriori misure da adottare a livello dell'UE per aiutare gli Stati membri a sostenere la crescita, rafforzare la convergenza economica, creare posti di lavoro e favorire una maggiore equità sociale.

Nel testo si propone di perseguire un approccio integrato in materia di politica economica articolato su tre pilastri principali: rilancio degli investimenti, accelerazione delle riforme strutturali e perseguimento di un risanamento di bilancio responsabile e favorevole alla crescita. Inoltre, l'analisi annuale della crescita 2016 è accompagnata da una serie di raccomandazioni per l'area dell'euro.

Auspicio che tutti gli Stati membri partecipino attivamente al Semestre europeo 2016, al fine di pervenire a una più solida ripresa economica e a una maggiore resilienza dell'economia sociale di mercato europea alle sfide strutturali. Solo così saremo in grado di dimostrare che la democrazia europea funziona ed è in grado di garantire una prosperità sostenibile e ampiamente condivisa. Pertanto, ho votato a favore di questa relazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – W sprawozdaniu nawołuje się do silniejszej koordynacji na szczeblu europejskim i głębszej koordynacji polityki podatkowej w UE. W sprawozdaniu podkreśla się również potrzebę zasobów własnych UE i wzywa się do podjęcia kroków na rzecz konsolidacji budżetowej i ściślejszej integracji w strefie euro w celu szybkiego dokończenia procesu tworzenia UGW. Ponadto tekst sprawozdania odnosi się kilkakrotnie do wcześniej przyjętych dokumentów, których nasza delegacja nigdy nie popierała, tj. sprawozdania pięciu przewodniczących postulującego o wzmocnienie i szybkie dokończenie unii bankowej. W jednym z akapitów pojawia się również postulat dotyczący przeniesienia opodatkowania pracy na podatki związane z zanieczyszczaniem środowiska. W związku z powyższym nie mogłem poprzeć sprawozdania.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht bildet den Beitrag des Europäischen Parlaments zur Festlegung der wirtschaftspolitischen Prioritäten für das Europäische Semester zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik 2016 als Reaktion auf den Jahreswachstumsbericht und zugehörige Dokumente der Kommission. Der Bericht fokussiert sich meiner Meinung nach zu stark auf Maßnahmen einer nachfrageorientierten Politik und auf Harmonisierungsmaßnahmen; außerdem wird in ihm behauptet, die Eurozone sei eine makroökonomisches Gebilde, welches eine Einheit darstelle. Der Bericht fordert zur Stärkung der Demokratie, dass eine Reihe von Verantwortungen der nationalen Parlamente neu definiert werden, und die Praxis, dass die nationalen Parlamente über die nationalen Reformprogramme und die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme diskutieren und abstimmen, ebenfalls ausgeweitet werden solle. Ich enthalte mich meiner Stimme, weil ich zu viele Punkte dieses Berichtes nicht mittragen kann.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Num momento particularmente difícil da Europa, de múltiplas crises europeias, o Parlamento Europeu envia uma mensagem na defesa da coesão interna, apostando num relançamento económico que permita a redução do desemprego e das desigualdades sociais.

Não precisamos somente de consolidação orçamental e reformas, mas também de um reforço significativo do investimento e da procura interna. É preciso que uma estratégia de crescimento e emprego seja o objetivo primeiro deste semestre. Gostaria que a mensagem fosse mais forte e mais clara. É, ainda assim, um passo nesse sentido.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que en medio del contexto de desaceleración de la economía mundial, la Unión debe fortalecer más que nunca su demanda interna para alcanzar un mayor crecimiento económico, reducir las desigualdades, crear más empleos de calidad y mejorar la cohesión social.

Los países menos competitivos deben invertir más en mejorar su productividad, en lugar de competir con salarios a la baja y reducir los servicios públicos. Al mismo tiempo, los países miembros de la Unión con economías más fuertes, deben aumentar sus esfuerzos para apoyar la demanda interna a través de un aumento de las inversiones públicas y privadas, y de una subida de salarios.

La zona del euro es una gran economía que debe ser tratada como tal y debe trabajar para alcanzar una convergencia al alza, con los indicadores de empleo y sociales puestos al mismo nivel que los indicadores existentes.

Por último, he votado a favor de este informe porque establece la necesidad de más reformas, sí, pero de reformas para mejorar la calidad de los sistemas educativos, invertir en innovación, modernizar la administración pública y hacer un uso más eficiente de los recursos naturales.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Le Parlement européen a adopté ce midi cette résolution par 395 voix pour, 203 voix contre et 50 abstentions. Le texte voté précise que le pacte de stabilité et de croissance devrait être totalement mis en œuvre mais, en faisant preuve de flexibilité pour les investissements et les réformes structurelles ainsi que pour faire face aux défis liés aux réfugiés et à la sécurité. Par ailleurs, le texte plaide pour un allègement de la fiscalité pesant sur le travail, pour un meilleur suivi national des recommandations spécifiques pays par pays, pour davantage d'investissements nationaux dans les pays qui présentent d'importants excédents de la balance courante, et pour des mesures contre la planification fiscale agressive de l'impôt sur les sociétés. Dans un contexte de crises multiples, il est nécessaire de renforcer la cohésion interne de l'Union européenne grâce à une reprise économique plus solide et plus équilibrée (sans oublier le social, qui faisait aujourd'hui l'objet d'un autre rapport).

Bronis Ropė (Verts/ALE), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes manau, kad jame esama teigiamų aspektų. Pirmiausia tekste pabrėžiama, kad makroekonominį disbalansą reikėtų mažinti koordinuotais visų valstybių narių veiksmais remiantis atitinkamomis reformomis ir investicijomis. Kitas svarbus aspektas - siekis užimtumo rodikliams (darbo jėgos aktyvumo lygio, jaunimo nedarbo ir ilgalaikio nedarbo) suteikti tokį pat statusą kaip ir esamiems rodikliams, siekiant užtikrinti, kad nebūtų laikomasi dviejų lygmenų požiūrio, ir kad į tuos rodiklius reikėtų deramai atsižvelgti formuojant ES politiką ir rengiant gaires valstybėms narėms.

Virginie Rozière (S&D), par écrit. – Alors que l'Europe s'efforce de sortir d'une crise économique et fait face à une grave crise migratoire, le rapport de Maria João Rodrigues établit des priorités de politiques économiques pour l'Union européenne dans le cadre du processus de coordination du semestre européen. Le rapport souligne l'importance de la mise en cohérence des politiques économiques avec les objectifs de la stratégie Europe 2020. Il plaide pour une correction des déséquilibres macro-économiques, à travers un effort coordonné des États membres. Surtout, le Parlement européen appelle à un soutien plus marqué de la demande intérieure, notamment à travers un renforcement des investissements. Ceux-ci devront particulièrement être orientés vers la formation et l'innovation. Le rapport met en avant la nécessité d'améliorer le recouvrement de l'impôt ainsi que la lutte contre la fraude et l'évasion fiscale. Enfin, il rappelle l'utilité du semestre européen et encourage l'amélioration de son efficacité afin de mieux coordonner les politiques économiques, d'augmenter son caractère démocratique et d'y inclure de nouveaux objectifs comme ceux liés à l'environnement. Pour toutes ces raisons, j'ai voté pour ce rapport.

Fernando Ruas (PPE), por escrito. – No âmbito desta resolução, e à semelhança do que já afirmei relativamente ao relatório sobre o emprego e os Assuntos Sociais, gostaria de reafirmar a importância das 3 prioridades identificadas pela Comissão na Análise Anual do Crescimento 2016: relançamento do investimento, necessidade de reformas estruturais e políticas fiscais responsáveis.

Num relatório ideologicamente difícil, foi possível estabelecer pontes entre o PPE e o S&D, tendo o documento, entre outras ideias, salientado a necessidade da implementação de reformas estruturais e de consolidação fiscal, evitando, contudo, uma politização do Banco Central Europeu, tendo ainda sido evidenciada a necessidade de efetuar aumentos salariais, dependentes obviamente dos aumentos de produtividade verificados pelas economias dos Estados-Membros.

Sublinho ainda o facto de que, apesar das melhorias gerais verificadas a nível das finanças públicas na UE, nomeadamente a descida gradual dos rácios dívida/PIB, os rácios da dívida pública continuam a crescer em diversos Estados-Membros, o que exige um acompanhamento próximo e atento destas situações.

Considero igualmente importante o ponto da Resolução que afirma que «execução efetiva das reformas estruturais, bem como uma maior coordenação a nível europeu, para alcançar uma recuperação económica mais sólida e uma prosperidade sustentável e amplamente partilhada», pelo que votei a favor desta Resolução.

Tokia Saïfi (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui exprime les positions du Parlement européen sur le semestre européen, particulièrement en ce qui concerne les politiques économiques. Au moment-même où nous cherchons à relancer la croissance et à créer de l'emploi, cette résolution souligne la nécessité de renforcer la coordination européenne entre les États membres pour les politiques économiques, et d'adopter une approche globale combinant des politiques d'investissement, de réforme structurelle et de responsabilité budgétaire.

Il s'agit tout d'abord de souligner les efforts nationaux quant à la mise en œuvre de réformes structurelles; mais également de préconiser une coordination européenne pour un assainissement budgétaire sans nuire à la croissance. Il est crucial de renforcer la demande intérieure, de remédier aux déséquilibres macroéconomiques et de mettre en œuvre rapidement l'Union bancaire. J'ai soutenu ce texte qui demande à ce que le Fonds européen pour les investissements stratégiques soit exploité au maximum de ses possibilités afin de poursuivre une politique industrielle cohérente et coordonnée. Enfin, dans le but de confirmer la reprise économique au sein de l'UE, il est nécessaire, particulièrement dans la zone euro, d'encourager une véritable convergence économique et sociale ainsi qu'une meilleure coordination européenne des normes sociales et fiscales.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), por escrito. – He votado en contra de este informe del Parlamento. El Semestre Europeo es el mecanismo por el cual la Unión actualmente intenta hacer efectivo el cumplimiento del Pacto de Estabilidad y Crecimiento —control del déficit y de la deuda, además de otros medidores—. Me opongo a estos objetivos que suponen encorsetar las economías de los distintos Estados sobre la base de criterios neoliberales. El Semestre Europeo consiste en un procedimiento por el cual la Comisión revisa los presupuestos nacionales antes de su aprobación en los Parlamentos y emite recomendaciones específicas por país que deberán implementarse en los presupuestos del próximo año. Me opongo también a este método que claramente vulnera la soberanía de los Estados miembros.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), por escrito. – Debido a la creciente resistencia al marco de gobernanza económica y sus nefastos efectos sobre las clases populares, varias propuestas insisten en maquillar el Semestre Europeo aumentándolo con políticas sociales redistributivas o elementos de supervisión democrática mientras se mantiene la «profundización» (en jerga de la Unión) de sus políticas económicas. Puesto que la clave de bóveda neoliberal —individualización de las relaciones laborales y orientación de las políticas públicas por el beneficio privado— no se cuestiona, he votado en contra de este informe.

Siôn Simon (S&D), in writing. – I would like to congratulate Ms. Rodrigues on the sterling work that she has done on this text that was adopted today. The EU, in my view, and the view of many Socialists across this chamber, cannot rely on exports any longer, especially with the slowdown of the global economy in the last decade.

There is a need for surplus countries to expand their budgets so as to support investment and growth elsewhere and everywhere in the EU, while at the same time allowing for more fiscal wriggle room for countries with large deficits so that more and better investment can be made to encourage growth and put these states on the road to recovery.

Branislav Škripek (ECR), písomne – Pri hlasovaní o uznesení Európskeho parlamentu o európskom semestri pre koordináciu hospodárskych politík zamestnanosti a sociálnych aspektov v ročnom prieskume rastu na rok 2016 som hlasoval v súlade s pozíciou EKR proti tomuto uzneseniu. Ročný prieskum rastu stanovuje priority Komisie týkajúce sa opatrení na národnej a európskej úrovni za účelom podpory hospodárskeho rastu a zamestnanosti v priebehu tohto roka. Považujem za dôležité, aby sa venovala adekvátna pozornosť a podpora reformnému úsiliu v oblasti zamestnanosti a sociálnej politiky. Súčasne je však potrebné rešpektovať zásadu subsidiarity, preto som nemohol súhlasiť s požiadavkami smerujúcimi k ďalšiemu prenášaní kompetencií v tejto oblasti z členských štátov na úroveň EÚ.

Davor Škrlec (Verts/ALE), napisan. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), písomne – Správu o európskom semestri som podporila, pretože sa domnievam, že v súčasnej situácii ekonomickej recesie si potrebujeme položiť niekoľko základných otázok, ako vylepšiť koordináciu hospodárskych politík jednotlivých členských štátov. V najbližšom čase bude Európa postavená pred dôležité rozhodnutia týkajúce sa fiškálnej, monetárnej a štrukturálnej politiky. Budeme sa musieť rozhodnúť, ako lepšie koordinovať politiky krajín eurozóny a ako urobiť rozhodnutia o budúcnosti eura demokratickejšie. Ak občania očakávajú, že dôjde k výraznejšej hospodárskej obnove a k tvorbe kvalitných pracovných miest umožňujúcich rovnosť príležitostí, potrebujeme sa zaoberať štrukturálnymi výzvami našich hospodárstiev najmä na európskej úrovni. Európa čelí globálnym ekonomickým vplyvom, na ktoré by dokázala pružnejšie reagovať, ak by medzi členskými štátmi došlo k väčšej zhode, čo sa týka smerovania Únie. Oživenie medzi krajinami je stále nerovnomerné a často na neho vplyvajú vonkajšie faktory ako nízka cena ropy. Popritom máme v Európe nedostatok investícií, a to aj napriek tomu, že prebytok bežného účtu sa zvyšuje. Keďže sa ukázalo, že kríza z roku 2008 nebola len cyklickej, ale prevažne štrukturálnej povahy, bude potrebné vykonať zásadné štrukturálne reformy, čo si však vyžaduje väčšiu vôľu členských štátov hľadať spoločné riešenia ekonomických výziev.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pisno. – Čeprav je gospodarsko okrevanje v EU v teku, je to med državami članicami še vedno šibko in neenakomerno ter deloma odvisno od začasnih in zunanjih dejavnikov. Evropa se še vedno sooča z znatnim naložbenim primanjkljajem, ki bistveno slabi dolgoročnejši potencial EU za rast. Ob gospodarskih in finančnih pretresih v številnih gospodarstvih v vzponu, se gospodarska rast upočasnjuje in vodi v nove strateške izzive, na katere se bo morala EU ustrezno odzvati.

Evropa je gospodarski prostor, ki je v primerjavi s konkurenti močno odvisen od uvoženih virov. Strinjam se, da je prav zaradi tega izgradnja pravega krožnega gospodarstva osnovni pogoj za gospodarsko rast v prihodnosti.

Poročilo se nanaša na sveženj letnega pregleda rasti za leto 2016 in predlagano kombinacijo politik. Te zajemajo naložbe, strukturne reforme in fiskalno odgovornost ter so namenjene nadaljnjemu spodbujanju višjih stopenj rasti in krepitvi evropskega okrevanja.

Poročilo se prav tako dotika problema euroobmočja in poudarja, da to zaradi svoje visoke stopnje soodvisnosti in enotnosti predstavlja gospodarsko enoto, v kateri je potrebno spodbujati približevanje najuspešnejšim državam, in ga podpirati z večjim usklajevanjem nacionalnih politik.

Menim, da je posvečanje pozornosti večji konkurenčnosti, rasti in zaposlovanju, ob upoštevanju ciljev strategije Evropa 2020, izjemno pomembno, zaradi česar sem poročilo podprl.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich.* – Der Parlamentsbericht ist die Antwort auf den von der Kommission im Herbst des letzten Jahres veröffentlichten Jahreswachstumsbericht. Dieser listet Wachstumsschwerpunkte für die kommenden Jahre auf. Der vom Parlament verabschiedete Text fordert weiterreichende staatliche Anstrengungen, um Wachstum zu schaffen. Der zur Erreichung dieses Zieles vorgeschlagene Instrumentenmix ist aus meiner Sicht dafür allerdings nur sehr bedingt geeignet.

Die öffentliche Nachfrage wird in klassischer keynesianischer Manier als Allzweckwaffe verkauft, und ihr wird ein abstrakter, völlig überhöhter und unrealistischer Stellenwert eingeräumt. Der Bericht fordert zudem weitere Ausnahmen vom Stabilitäts- und Wachstumspakt und will diesen für politische opportune Ziele weiter aufweichen. ALFA ist der Auffassung, dass Regeln insbesondere auch von der Politik befolgt werden müssen und nicht beliebig interpretiert und verwässert werden dürfen. Wir sind entschieden gegen weitere Ausnahmen vom SWP. Deswegen habe ich gegen den Bericht gestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), *pisomne* – Napriek postupnému obnoveniu hospodárskeho rastu v EÚ sa niektoré členské krajiny naďalej boria s dosahom recesie. Európa stále čelí viacerým problémom vrátane nedostatku investícií a nezamestnanosti. Udržateľnosť verejných financií či investície do vedy a výskumu sú základom hospodárskej stability a vytvárajú predpoklad pre ďalší rast.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Gospodarski oporavak u Europskoj uniji je u tijeku, ali je i dalje slab i neujednačen između i unutar država članica te ga djelomice pokreću privremeni i vanjski čimbenici, uključujući niske cijene nafte. Svjetski gospodarski rast usporava se zbog gospodarskih i finansijskih previranja u nekoliko gospodarstava u nastajanju, što dovodi do novih strateških izazova kojima se Europska unija mora na odgovarajući način prilagoditi. Europa se još uvijek suočava s ozbiljnim nedostatkom ulaganja, čime se znatno oslabljuje potencijal EU-a za dugoročniji rast, dok suficit tekućeg računa balance plaćanja europskog područja raste. Stoga pozdravljam paket Godišnjeg pregleda rasta za 2016. i predloženu kombinaciju politika koja se sastoji od ulaganja, strukturne reforme i fiskalne odgovornosti i čiji je cilj promicati više razine rasta i ojačati europski oporavak i uzlaznu konvergenciju. Također bih naglasio da su za postizanje snažnijeg gospodarskog oporavka i održivog, raširenog blagostanja potrebni znatni nacionalni naponi u pogledu učinkovite provedbe strukturnih reformi kao i jača europska koordinacija.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Godišnje izvješće o istraživanju rasta imenuje tri prioriteta za 2016. godinu: provođenje strukturnih reformi, odgovorne fiskalne politike te pokretanje investicija. Naglašava potrebu za osvrtnjem na makro-ekonomske nerazmjere, poboljšanje poslovnog okruženja, poštivanje zajedničkih fiskalnih pravila, smanjenje javnog duga i borbu protiv dugotrajne nezaposlenosti.

Globalna konkurentnost i dalje ostaje važan cilj. Zemlje članice moraju osmisliti nove strateške pristupe i strukturne reforme kako bi se ojačao dugoročni potencijal rasta zemalja EU-a te uspješno borilo protiv dugoročne nezaposlenosti, pogotovo u mladih te siromaštva. Mnoge zemlje članice imaju ograničene fiskalne mogućnosti za borbu s novim ekonomskim šokovima. Iako je u nekim zemljama Europske unije vidljiv ekonomski oporavak, u mnogima je napredak još uvijek nejednak i slab.

Potrebne su investicije u razvoj vještina, više inkluzivno tržište rada na razini EU-a te stvaranje i održavanje jednakih mogućnosti zaposlenja. Podržavam izvješće jer naglašava potrebu investicija u strukturalne reforme, produktivnost i smanjenje makro-ekonomskih nejednakosti te važnost mogućnosti slobodne kretnje ljudi, dobara, službi i kapitala, što je temelj održivog ekonomskog rasta tržišta Europske unije.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o evropskem semestru za usklajevanje ekonomskih politik: letni pregled rasti za leto 2016.

Po gospodarski krizi, ki je zajela celotno Evropsko unijo, je gospodarsko okrevanje različno od držav članic. V nekaterih državah članicah zaznavajo visoko stopnjo rasti, medtem ko se nekatere države članice še vedno soočajo z nizko stopnjo rasti. Kljub rahlo izboljšanim kazalcem, je v nekaterih regijah stopnja brezposelnosti še vedno previsoka.

Podpiram predlagano kombinacijo politik, ki zajema naložbe, strukturne reforme in fiskalno odgovornost in je namenjena nadaljnjemu spodbujanju višjih stopenj rasti in krepitvi evropskega okrevanja in zblíževanja navzgor.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η σταθερή μας θέση για ανατροπή του ευρωπαϊκού εξαμήνου και των πολιτικών λιτότητας μας οδήγησαν να καταψηφίσουμε και αυτή την έκθεση, η οποία «επικροτεί τη δέσμη μέτρων της ετήσιας επισκόπησης της ανάπτυξης για το 2016 και το προτεινόμενο μίγμα πολιτικής επενδύσεων, διαρθρωτικών μεταρρυθμίσεων και δημοσιονομικής ευθύνης,» αλλά και ζητά μεγαλύτερο οικονομικό συντονισμό, τη διόρθωση μακροοικονομικών ανισορροπιών μέσω των γνωστών αντιλαϊκών νεοφιλελεύθερων πολιτικών σκληρής λιτότητας και μνημονίων και «μειζονες εθνικές προσπάθειες όσον αφορά την ουσιαστική εφαρμογή των μεταρρυθμίσεων».

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η ευθυγράμμιση των δημοσιονομικών και οικονομικών πολιτικών των κρατών μελών με τις επιταγές της ΕΕ επιβάλλει τη συνεχόμενη και βαθιά ύφεση στις αδύναμες οικονομικά χώρες, ενώ αντίθετα προάγει τα συμφέροντα των ισχυρών κρατών. Η λειτουργία του Ευρωπαϊκού Εξαμήνου οδηγεί στον απόλυτο οικονομικό έλεγχο της Ελλάδας, ώστε να μην έχει τη δυνατότητα να εφαρμόσει εθνική οικονομική πολιτική για την έξοδο της από την κρίση, αλλά να βρίσκεται συνεχώς υποχέριο της Γερμανίας και των άλλων οικονομικά ισχυρών χωρών.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal nem támogattam a gazdaságpolitikai koordináció európai szemesztére: a 2016. évi éves növekedési jelentést.

Meglátásom szerint túlságosan eurózóna központú és teljes mértékben figyelmen kívül hagyja a nem eurózóna országok szerepét az európai szemeszter kapcsán. Habár a jelentés megjegyzi, hogy az országspecifikus ajánlások végrehajtása nem megfelelő, nem tér ki arra a tényre, hogy az ajánlások betartása az eurózóna és nem eurózóna országok esetében nagy mértékben eltér. (2014-ben az eurózóna országai az ajánlások 61%-át illetően értek el bizonyos fokú fejlődést, a nem eurózóna országok csupán az ajánlások 33%-ánál értek el legalább némi haladást.) Bár az előadó ösztönzi a nyilvános vita kezdeményezését ezzel kapcsolatban, hiányolom egy olyan mechanizmus létrehozására tett javaslatot, amelyen keresztül a Bizottság jobban tudja ösztönözni a tagállamokat az országspecifikus ajánlások végrehajtására. Továbbá szintén hiányolom a szociális méltányosság megemlítését, hiszen ez is a gazdaságélénkítésére irányuló politikák központi eleme.

Összességében, annak ellenére, hogy a jelentés számos fontos témát érint, nélkülözi az azokkal kapcsolatos konkrét részleteket, ezáltal nem nyomatékosítja kellően az EP elvárásait.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Roczna analiza wzrostu gospodarczego, przedstawiana przez Komisję Europejską, rozpoczyna coroczny cykl zarządzania gospodarczego, zwany europejskim semestrem. Bez wątpienia priorytety gospodarcze i społeczne określone w analizie wzrostu gospodarczego na 2015 r., czyli inwestycje, reformy strukturalne i odpowiedzialność budżetowa, pozostają nadal aktualne.

Jednym z najważniejszych wyzwań, przed którymi stoją państwa członkowskie, jest nadal niezadowalający wynik wdrażania zaleceń dla poszczególnych krajów. Bez woli politycznej i zaangażowania na poziomie krajowym nie ma możliwości wdrożenia zalecanych reform, których celem ma być przecież pobudzenie konkurencyjności, tworzenie nowych i stabilnych miejsc pracy i osiągnięcie trwałego wzrostu.

Nie ulega żadnej wątpliwości, iż Komisja Europejska ma w tym procesie także ważną rolę do odegrania. Powinna ona bowiem dążyć do lepszego wykorzystania europejskich funduszy strukturalnych i inwestycyjnych, tak aby wspierały one realizację kluczowych priorytetów wskazanych w zaleceniach dla poszczególnych krajów, w tym przez zastosowanie działań łączących skuteczność tych funduszy z należytym zarządzaniem gospodarczym i wzmacnianiem jednolitego rynku europejskiego, który jest warunkiem wzrostu gospodarczego w Europie.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte et espère que tous les acteurs s'engageront activement à l'égard du semestre européen 2016 dans le but de parvenir à une reprise économique plus forte et à une meilleure résilience de l'économie sociale de marché européenne face aux chocs et aux difficultés structurelles, prouvant ainsi que la démocratie européenne fonctionne et est en mesure d'assurer une prospérité durable et largement partagée.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – If recovery in the EU is progressively gaining ground in the EU, Member States need to continue to pursue structural reforms to make their economies more competitive and build confidence in their economic and business environment to incentivise investors to invest.

However, this report calls past efforts into question by recommending an increase in public spending, being hesitant on modernising economies and shielding against labour market reforms, which would lower the barriers to entry into the labour market, particularly for the young. These are the reasons why I voted against it. Indeed, it does not strike the right balance between demand and supply side reforms. It falls short of requesting barriers to entry into the labour market be removed, of more explicitly prescribing reforms such as modernising economies, making social security systems more sustainable and promoting innovation and entrepreneurship. Moreover it does not recommend European Fund for Structural Investments (EFSI) projects to be economically viable. In this context, I could not support it.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Il mercato unico rappresenta senza dubbio il miglior risultato del processo di integrazione europeo.

Il mercato attuale registra ancora una debole crescita ed esiste ancora un ampio potenziale inutilizzato. In questo momento difficile per l'unità europea dobbiamo considerare l'alto potenziale che il mercato unico può avere per rilanciare la crescita e l'innovazione per rendere l'Europa maggiormente competitiva.

È necessario che gli Stati membri utilizzino il Fondo europeo per gli investimenti strategici per massimizzare le strategie nazionali e rilanciare la crescita e la competitività attraverso progetti che non avrebbero potuto essere finanziati con altri fondi.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Pritariau Parlamento narės Rodrigues pranešimui dėl to, kad Europos Sąjunga vis dar jaučia ekonominės krizės efektus, kurie sukėlė rimtų socialinių problemų ir pažeidė ekonomikos augimo potencialą. Europos gyventojai tikisi didesnio ekonomikos atsigavimo, kuriant kokybiškas darbo vietas ir atkuriant ekonominį stabilumą. Mes susiduriame su rimtais, ilgalaikiais iššūkiais, pavyzdžiui, su darbo organizavimo susmulkinimu, demografinė kaita bei atsiduriame būtent dabar vykstančiame posūkyje į daugiapolį pasaulinį veidą. Dėl šios priežasties turime parengti ilgalaikę strategiją tvariam ekonomikos augimui. Atėjo laikas pereiti prie konkrečių struktūrinių reformų, kurių pagrindinis tikslas turėtų būti ekonomikos augimo potencialo stiprinimas didinant užimtumą ir darbo našumą, teisingų ir subalansuotų veiksmų skatinimas siekiant padidinti socialinę apsaugą, o taip pat sumažinti socialinę nelygybę siekiant atkurti vienodas sąlygas Europos darbo rinkoje. Į tai taipogi turėtų būti atsižvelgta ir naujai siūlomoje struktūrinių reformų skatinimo programoje.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Iako se slažem da je potrebno uložiti dodatne napore za oporavak gospodarstava Europske unije i ispravljanje makroekonomskih neravnoteža, smatram da mjere predložene ovim izvješćem ne predstavljaju učinkovit niti ispravan način za ostvarivanje ciljeva smanjenja siromaštva, socijalne isključenosti i rastuće nejednakosti.

Naime, unatoč tome što držim da države članice trebaju iskoristiti puni potencijal europskih strukturnih i investicijskih fondova, smatram da je ovdje riječ o pretjerano preskriptivnom tekstu kojime se, uz to, pokušava smanjiti uloga i značenje koju nacionalni parlamenti imaju kao glavni akteri u pitanjima gospodarskog upravljanja. Budući da ne podupirem prijedlog da se odgovornosti unutar Europskog semestra preraspodjele i redefiniraju kroz prebacivanje debata s razine nacionalnih parlamenata na plenarnu sjednicu Europskog parlamenta, glasovala sam suzdržano.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o evropskem semestru za usklajevanje ekonomskih politik: letni pregled rasti za leto 2016 sem podprla, saj gre za opredelitev prednostnih nalog gospodarske politike v okviru procesa usklajevanja politik v letu 2016.

Namen tega poročila je spodbuditi razpravo na evropski ravni, tudi z vključitvijo nacionalnih poslancev, socialnih partnerjev in civilne družbe, o treh glavnih vprašanjih, in sicer o tem, kakšno kombinacijo fiskalnih, monetarnih in strukturnih politik bi morala Evropska unija izvajati v prihodnjih 12–18 mesecih, kako na ravni euroobmočja poglobiti usklajevanje politik in kako doseči, da bo odločanje o prednostnih nalogah in priporočilih evropskega semestra bolj demokratično ter kako zagotoviti celovitejše izvajanje priporočil.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe del Parlamento. El Semestre Europeo es el mecanismo por el cual la Unión actualmente intenta hacer efectivo el cumplimiento del Pacto de Estabilidad y Crecimiento —control del déficit y de la deuda, además de otros medidores—. Me opongo a estos objetivos que suponen encorsetar las economías de los distintos Estados sobre la base de criterios neoliberales. El Semestre Europeo consiste en un procedimiento por el cual la Comisión revisa los presupuestos nacionales antes de su aprobación en los Parlamentos y emite recomendaciones específicas por país que deberán implementarse en los presupuestos del próximo año. Me opongo también a este método que claramente vulnera la soberanía de los Estados miembros.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Parlamentsbericht ist die Antwort auf den von der Kommission im Herbst des letzten Jahres veröffentlichten Jahreswachstumsbericht. Dieser listet Wachstumsschwerpunkte für die kommenden Jahre auf. Der vom Parlament verabschiedete Text fordert weiterreichende staatliche Anstrengungen, um Wachstum zu schaffen. Der zur Erreichung dieses Zieles vorgeschlagene Instrumentenmix ist aus meiner Sicht dafür allerdings nur sehr bedingt geeignet.

Die öffentliche Nachfrage wird in klassischer keynesianischer Manier als Allzweckwaffe verkauft, und ihr wird ein abstrakter, völlig überhöhter und unrealistischer Stellenwert eingeräumt. Der Bericht fordert zudem weitere Ausnahmen vom Stabilitäts- und Wachstumspakt und will diesen für politische opportune Ziele weiter aufweichen. ALFA ist der Auffassung, dass Regeln insbesondere auch von der Politik befolgt werden müssen und nicht beliebig interpretiert und verwässert werden dürfen. Wir sind entschieden dagegen, weitere Ausnahmen vom Stabilitäts- und Wachstumspakt zuzulassen. Deswegen habe ich gegen den Bericht gestimmt.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I have voted against this report as it is quite biased against surplus countries without taking into account that most of their surplus exports are outside the EU. With China's slowdown and the arrival of 1 million refugees, the surplus will go down by itself.

Moreover it includes a mention in the Commission communication that enables Member States to get fiscal flexibility just by announcing reforms (not approving/implementing them as would be logical) and lastly, it misrepresents the objectives of EFSI and does not clarify that only economically viable projects should receive its financing to avoid having more airports without planes, motorways without traffic and high speed trains without passengers.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport représente la participation du Parlement européen à la définition des priorités des politiques économiques pour le Semestre 2016 et fait suite à l'étude annuelle de la Croissance publiée par la Commission.

Les sujets abordés dans ce rapport sont l'investissement, les réformes structurelles, la responsabilité fiscale, les problèmes propres à la Zone Euro, la légitimité démocratique du Semestre Européen et les politiques budgétaires, l'environnement et la santé publique, et les politiques de développement régional.

De façon générale, ce rapport propose de renforcer la demande intérieure grâce à des investissements publics et privés supérieurs à ceux du Plan Juncker, surtout avec la présence de taux bas. Mais il faut que ces investissements restent soutenables compte tenu des niveaux d'endettement très élevés.

Il s'inquiète aussi des disparités macroéconomiques et sociales qui ne se réduisent que très lentement. Cependant, ce rapport est surtout un outil idéologique ayant pour objectif d'uniformiser les économies nationales autour d'un système fédéralisé et libéralisé.

L'espoir présenté dans ce rapport que les recommandations seront capables de relancer l'économie européenne fait partie des illusions technocratiques de Bruxelles.

Nous ne pouvons soutenir des recommandations de réformes économiques qui ont détruit l'économie de la France et de nombreux autres États membres.

J'ai voté contre.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A 2016. évi éves növekedési jelentés hangsúlyozza, hogy az erőteljesebb gazdasági fellendüléshez és a fenntartható, széles körű jóléthez jelentősebb nemzeti erőfeszítésekre, valamint erőteljesebb európai koordinációra és eszközökre van szükség a strukturális reformok tényleges végrehajtása terén. Szavazatommal támogatam a végső dokumentumot.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque impone una visión de la gobernanza económica basada en la austeridad y las reformas estructurales que suponen una pérdida masiva de derechos sociales.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Piliečiai laukia tvirtesnio ekonomikos atsigavimo, kokybiškų darbo vietų ir naujo lygių galimybių užtikrinimo. Mes taip pat norime gyventi švaresnėje aplinkoje ir naudotis galimybėmis, kurias teikia skaitmeninė revoliucija ir kitos technologijų inovacijos. Norint padidinti vidaus paklausą, reikia didesnių tiek privačiojo, tiek viešojo sektorių investicijų, viršijančių 2014 m. Komisijos pateiktą Investicijų planą Europai. Todėl reikėtų atkreipti dėmesį į būdus, kaip būtų galima paskatinti išsilavinimo mažėjimą ir paskatinti naujas investicijas, kuriomis būtų remiamas tvarus ir integracinis augimas.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the European Semester for economic policy coordination: Annual Growth Survey 2016. This report represents Parliament's contribution to the definition of economic policy priorities for the 2016 European Semester process of policy coordination, responding to the Commission's Annual Growth Survey and related documents, including a draft recommendation for the economic policy of the euro area. The report stresses that the stability and growth pact should be implemented in full and that its flexibility should be reflected upon investment and structural reforms and in dealing with refugee and security challenges. We need a more solid and well balanced economic recovery while facing the consequences of the financial crisis and this is why I voted in favour of the report.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento para 2016 propone relanzar la inversión a través del Plan de Inversiones para Europa, impulsando proyectos de inversión, completar la unión bancaria y acelerar los trabajos sobre la Unión de los Mercados de Capitales, impulsar la inversión en capital humano y las reformas de los sistemas educativos y de formación para impulsar el empleo y el crecimiento sostenible, continuar con la aplicación de reformas estructurales para modernizar la economía y aplicar políticas fiscales responsables. Hablamos en definitiva de una serie de propuestas que pretenden recuperar una senda de crecimiento sostenible a largo plazo para generar empleo en Europa, por lo que considero necesario votar a favor.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato contro l'ennesima relazione che dovrebbe individuare le priorità strategiche per la crescita e l'occupazione in Europa analizzando ciò che non ha funzionato sinora, ma che finisce ancora una volta per insistere ciecamente sulle solite ricette fallimentari propugnate da oltre cinque anni dalla Commissione europea senza ottenere altro risultato se non quello di produrre livelli record di disoccupazione, povertà e disuguaglianze.

Ritengo inaccettabile che i partiti dell'*establishment* continuino senza remore a difendere una strategia tossica che predica austerità, riforme strutturali, applicazione rigorosa dei vincoli di bilancio e centralità degli investimenti privati nel finanziamento dei beni pubblici, rinnegando consapevolmente l'indiscutibile ruolo della moneta unica nel condannare la maggior parte dei paesi dell'Eurozona alla recessione, nel bloccare qualsiasi ripresa economica e nell'aggravare le disparità e gli squilibri tra paesi.

Noi abbiamo insistito sulla necessità di cambiare rotta, introducendo subito meccanismi democratici che consentano di uscire dall'euro e preparando un piano per la dissoluzione controllata e coordinata dell'Eurozona. Al momento, tuttavia, nonostante sia sempre più evidente che non può esistere crescita dentro l'euro, manca nelle istituzioni un elemento fondamentale di onestà intellettuale: la volontà e il coraggio politico di ammettere che l'euro è stato un grave errore e cominciare a lavorare il prima possibile sul piano B.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde tegen dit verslag. Om het economische klimaat in Europa te verbeteren zijn er structurele veranderingen nodig om onze economie weer concurrerend te maken en investeringen aan te trekken. In dit verslag ligt naar mijn inschatting te veel nadruk op overheidsuitgaven in plaats van op economische modernisering en sociale hervormingen.

Paavo Väyrynen (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin talouspolitiikan eurooppalaista ohjausjaksoa vuoden 2016 kasvuselvityksen osalta koskevan Euroopan parlamentin mietinnön hyväksymistä vastaan.

Äänestin mietintöä vastaan lähinnä sen vuoksi, että siinä otettiin myönteinen kanta viiden puheenjohtajan suunnitelmaan euroalueen kehittämisestä. Tähän en voi yhtyä. Viiden puheenjohtajan suunnitelmassa tavoitellaan mm. yhteisvastuullista pankkiunionia, euroalueen yhteistä budjettia pysyvine varainsiirtojärjestelmineen sekä yhteistä valtiovarainministeriötä.

Mietinnössä toivottu euroalueen syvempi integraatio vie päätösvaltaa euroalueeseen kuuluvien valtioiden hallituksilta ylikansalliselle tasolle, kauas jäsenvaltioista ja niiden kansalaisista. En hyväksy tällaista kehityssuuntaa.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Sous couvert de coordination européenne des politiques économiques et budgétaires, le semestre européen, mis en place après la crise financière de 2008, doit, nous dit-on, permettre de surveiller la mise en œuvre des réformes dites structurelles et la réduction des déficits budgétaires, on sait ce que cela veut dire.

Et le moins que l'on puisse dire, c'est que les conséquences dramatiques des politiques d'austérité déployées sur le continent européen, sont une nouvelle fois largement occultées par ce rapport annuel du Parlement sur le semestre européen.

Symptomatique de cette hypocrisie, plusieurs paragraphes reconnaissent que les États membres, dont les budgets sont amputés par l'austérité, ne sont plus en mesure de protéger et de promouvoir des secteurs primordiaux tels que l'éducation, la santé, la recherche ou encore l'innovation, mais sans s'interroger sur les causes de ces constats navrants.

Il est grand temps d'arrêter ces politiques austéritaires mortifères et de promouvoir des politiques alternatives basées sur une autre répartition des richesses et d'autres priorités répondant aux besoins des populations et non de ceux de la monnaie et de la finance.

J'ai voté contre les différents rapports portant sur ce sujet comme l'ensemble des membres de mon groupe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – As perspectivas de crescimento para 2016 representam o ponto de partida de um processo ao qual nos opomos firmemente. O Semestre Europeu e a governação económica estão no centro de uma estratégia de domínio neoliberal das políticas orçamentais dos Estados nacionais.

As orientações constantes do relatório, que deverão ser respeitadas pelos governos, insistem na mesma receita que semeou a pobreza e o desemprego em toda a Europa, impedindo, na prática, quaisquer estratégias alternativas para fazer face à crise, com políticas de estímulo ao crescimento baseadas em investimento público e num aumento da procura agregada.

Não há manobras de cosmética, sejam elas do ponto de vista social ou passando pelo maior envolvimento desta assembleia, que apaguem o carácter profundamente antidemocrático da União Económica e Monetária, que impõe, à revelia do interesse das populações e dos trabalhadores, as suas políticas neoliberais de concentração da riqueza.

Continuamos convictos de que só o fim da UEM e do euro poderá abrir caminho a políticas alternativas de desenvolvimento, centradas no bem-estar das pessoas e não na acumulação de lucros.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Jahreswachstumsbericht dient als Impuls für eine Debatte auf europäischer Ebene, unter Einbeziehung nationaler Parlamente, der Sozialpartner und der Gesellschaft, um zu analysieren, welche Kombination währungspolitischer und struktureller Maßnahmen die Europäische Union in den folgenden Monaten umzusetzen sollte und wie dies auf Ebene der Eurozone besser koordiniert werden soll. Ich stehe verschiedenen Aspekten dieser europäischen Politik sehr kritisch gegenüber. Daher habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Ich habe gegen diesen Antrag gestimmt, weil er die Inländer benachteiligt. Statt stetig zu expandieren, sollte mehr im eigenen Land geholfen und investiert werden.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Europäischen Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik – Beschäftigungspolitische und soziale Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2016 — habe ich nicht zugestimmt.

Ich habe diesen Bericht als Schattenberichtersteller für meine Fraktion begleitet. Mit dem Ergebnis bin ich nicht zufrieden. Meine Anliegen wurden nicht berücksichtigt.

Erstens bin ich grundsätzlich gegen die ökonomische Steuerung der EU und der Eurozone durch das Europäische Semester. Die Mitgliedstaaten sollten vielmehr eine eigene Wirtschaftspolitik verfolgen und dadurch in den Wettbewerb miteinander eintreten. Eine koordinierte Wirtschaftspolitik wird nur benötigt, wenn die Einrichtung bzw. das Beibehalten von Transfermechanismen zwischen den Mitgliedstaaten beabsichtigt ist.

Zweitens hält der Bericht irrig an der Illusion fest, beim Euro handele es sich um eine Einbahnstraße und die Mitglieder der Eurozone seien unabänderlich schicksalhaft miteinander verknüpft. Ich habe Änderungsanträge eingebracht und unterstützt, die einen Austrittsmechanismus fordern. Diese haben allerdings keine Mehrheit erhalten.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – It is important to continuously reiterate the call for a strong social dimension to the European Semester and country-specific recommendations, in order to arrive at growth which is truly inclusive and sustainable.

Terms like 'structural reforms', 'fiscal consolidation', and 'budgetary responsibility' cannot remain coded jargon for harmful austerity policies, which hurt the most vulnerable in society and strangle economic growth. Instead, structural reforms must entail meaningful change towards delivering a higher quality of social services to those who need them most, and enabling effective social investment and financing to stimulate inclusive and sustainable growth.

Anna Záborská (PPE), *pisomne* – Táto správa predstavuje príspevok Európskeho parlamentu k vymedzeniu priorít hospodárskych politík a zároveň nabáda k posilneniu demokratického charakteru európskej správy hospodárskych záležitostí. Rovnako má táto správa za účel rozprúdiť diskusiu na európskej úrovni so zapojením národných parlamentov a občianskej spoločnosti v troch hlavných témach: kombinácia fiškálnej, monetárnej a štrukturálnej politiky; koordinácia politík na úrovni eurozóny; zabezpečenie lepšieho vykonávania odporúčaní.

V dôsledku dlhodobej hospodárskej krízy občania túžia po výraznejšej hospodárskej obnove, kvalitných pracovných miestach a návratu k rovnosti príležitostí. Na posilnenie hospodárskeho rastu je ale potrebné posilnenie domáceho dopytu, čo si samozrejme vyžaduje väčšie investície zo strany súkromného aj verejného sektora. Podpora potencionálneho rastu však musí byť dosiahnutá prostredníctvom odstraňovania nerovnosti, efektívnym využívaním verejných výdavkov a účinnejším výberom daní spojeným s predchádzaním daňových únikov.

Na vnútroštátnej úrovni budú kľúčové dôkladné parlamentné diskusie s členmi Komisie a národnými vládami na základe odporúčania pre eurozónu, záverov Európskej rady, správ Európskej komisie o jednotlivých krajinách a odporúčaní pre jednotlivé krajiny.

Podporila som túto správu, pretože akcentuje posilnenie demokracie v záujme väčšej zodpovednosti a potrebu vyšších investícií vzhľadom na ich nízke úrokové sadzby, čo je mimoriadne dôležité vzhľadom na vysokú úroveň verejného a súkromného dlhu.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato contro questa analisi annuale della crescita per il 2016 con cui la Commissione ha aperto il Semestre europeo individuando le priorità per favorire crescita e occupazione in Europa.

La relazione supporta di fondo la strategia fallimentare riproposta dalla Commissione, insistendo sulla necessità di proseguire con consolidamento fiscale, riforme strutturali, investimenti privati, piena applicazione del Patto di stabilità e crescita. Nella relazione manca un'analisi adeguata del ruolo dell'euro, degli squilibri macroeconomici, dei vincoli di bilancio e dell'impatto delle ricette della Commissione sull'economia, e manca di conseguenza qualsiasi riflessione critica sulla necessità di un vero e proprio cambio di rotta.

Sono tuttavia presenti alcuni punti condivisibili, come l'importanza di stimolare la domanda interna e aumentare gli investimenti pubblici e una maggiore attenzione alle problematiche ambientali, alla disoccupazione e alle disuguaglianze crescenti. Si tratta tuttavia di riferimenti che, se non accompagnati da proposte di politiche alternative e di revisione delle regole e da meccanismi di governance economica, risultano vuoti e insufficienti, e non modificano quindi il messaggio di fondo del testo a favore della politica fallimentare perseguita sinora e di un ulteriore rafforzamento delle attuali strutture di governance economica e dell'Unione monetaria.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραφώς*. – Οι εκθέσεις του Ευρωκοινοβουλίου για το «ευρωπαϊκό εξάμηνο», τον μηχανισμό επιβολής «μνημονίων διαρκείας» σε όλα τα κράτη μέλη της ΕΕ, αποδεικνύουν την προσήλωση του πολιτικού προσωπικού των μονοπωλίων στους στόχους του: μέτρα για τη διαρκή μείωση της τιμής της εργατικής δύναμης παντού για να ανακάμψει η κερδοφορία των επιχειρηματικών ομίλων, να έρθει η καπιταλιστική ανάπτυξη που μέχρι τώρα φαίνεται αναιμική, αβέβαιη και εύθραυστη.

Γι' αυτό απαιτούν από τις αστικές κυβερνήσεις την απαρέγκλιτη εφαρμογή των «συστάσεων ανά χώρα», των αντιλαϊκών δηλαδή μέτρων που καταστρώνουν τα όργανα της ΕΕ. Για να αντιμετωπίσουν τη λαϊκή αγανάκτηση επιχειρούν να ντύσουν όλη τη διαδικασία του εξαμήνου και της «ενισχυμένης οικονομικής διακυβέρνησης» δήθεν με «κοινωνικές πτυχές» και «κοινωνική ευαισθησία», αλλά δεν καταφέρνουν ούτε ευχολόγια να διατυπώσουν, προδίδοντας την εχθρότητά τους για τα εργατικά-λαϊκά δικαιώματα.

Το εξάμηνο και όλες οι διαδικασίες των «μνημονίων διαρκείας» της ΕΕ δεν μπορούν να έχουν ίχνος «κοινωνικής πτυχής», γιατί απλούστατα σχεδιάστηκαν, εφαρμόζουν και υπηρετούν ένα ενιαίο σχέδιο για χτύπημα κάθε εργασιακού, μισθολογικού, κοινωνικού δικαιώματος της εργατικής τάξης και των φτωχών λαϊκών στρωμάτων. Δεν μπορεί να υπάρξει ευρωεξάμηνο καλύτερο, φιλολαϊκό, όπως προσπαθούν να εξαπατήσουν τους λαούς διάφοροι ομορτυριστές και νέας κοπής σοσιαλδημοκράτες. Η ΕΕ και τα μονοπώλια που υπηρετεί μόνο χειρότερα γίνονται. Δεν παίρνουν βελτίωση, παρά μόνο ανατροπή.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor do relatório sobre o Semestre Europeu para a Coordenação das Políticas Económicas: Análise Anual do Crescimento para 2016, proveniente da Comissão dos Assuntos Económicos e Monetários, e cuja relatora é a deputada Maria João Rodrigues, porque marca um ponto de viragem no pensamento predominante no fórum europeu de representação dos cidadãos europeus.

O relatório recusa o modelo de austeridade e aposta numa coordenação das políticas económicas e sociais, que tenha por referência a Estratégia Europa 2020 para o Crescimento e o Emprego. Defende o reforço do investimento e da procura interna. Defende reformas estruturais de «segunda geração» para reforçar o potencial de crescimento, apostando na educação e na inovação, na sustentabilidade do modelo social, na modernização da administração pública e num sistema fiscal para justo e equitativo. Apoia também um novo modelo de gestão da Zona Euro, que a aproxime de uma zona monetária ótima, dotando-a de instrumentos próprios no quadro da União Económica e Monetária.

É um relatório histórico, cujas recomendações importa concretizar.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Doseganje trajnostne blaginje in svetovne konkurenčnosti Evropske unije sta cilja, ki ju med drugim zasleduje poročilo o letnem pregledu rasti za leto 2016, ki sem ga podprl.

Strinjam se, da je za doseg postavljenih ciljev potrebno močnejše evropsko usklajevanje in vlaganje v investicije, strukturne reforme ter fiskalno odgovornost držav članic.

8.8. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Beschäftigungspolitische und soziale Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2016 (A8-0031/2016 - Sofia Ribeiro)

Oral explanations of vote

Richard Sulík (ECR). – Žiaľ musím povedať, že táto správa o raste Európskej únie je čistá schizofrénia, a preto som hlasoval proti. Správa kritizuje čiernu prácu a zároveň navrhuje kroky, ktoré sťažujú a predražujú legálne zamestnávanie. Správa požaduje politiku reálneho rastu a zároveň navrhuje zvýšiť mieru prerozdelenia. Správa kritizuje výšku dlhu a pritom navrhuje mnohé opatrenia, ktoré ten dlh ešte viac zvyšujú. A správa konštatuje, že v Európskej únii je vysoká nezamestnanosť, a zároveň navrhuje zvýšiť minimálnu mzdu. Takto jednoducho hospodárska politika nefunguje. Môžeme tu dlho, dlho písať veľa a rôznych správ, ale reálne hospodárstvo funguje tak, že dostane viac slobody, menej prerozdelenia a menej nízkych daní.

Krisztina Morvai (NI). – Tekintettel arra, hogy valódi emberek valódi életéről és sorsáról döntünk itt az Európai Parlamentben, megint csak visszatérek az én valódi emberemre, aki nemrégiben nyilatkozott arról, hogy milyen jó dolog is családi vállalkozónak lenni, és nem pedig hatalmas multinacionális cégből többnyire, ugye, kiszolgáltatott munkavállalónak, mert nekünk, magyaroknak leginkább ez jut. Tehát mi a magunk részéről szeretnénk a családi vállalkozásokat, hogy úgy mondjam, erőltetni, és azok támogatását erőltetni, és ezeknek a foglalkozási és szociális vonatkozása, amiről ez a második jelentés szól, igen fontos. Itt ugyanis a családi szolidaritás alapján megoldódik a foglalkoztatás, nincs munkanélküliség, hiszen a legvégsőkéig elmennek abban, hogy megtartsák a munkáját a hozzátartozónak, a családtagnak. Nem fogják kitenni az utcára, próbálkoznak esetleg több lábon állva vagy máshogy megoldani, hogy megmaradjon a munka. Nem teszik ki az utcára a kismamát, a kisgyerekes asszonyt vagy éppen az idős munkavállalót, merthogy családtag.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētā! Mājokļu sektora atbalsts, renovācijas turpināšana, veselības aizsardzība, bērnu un jauniešu politika, senioru politika... Kaut gan šajā ziņojumā tas ir tikai daļēji minēts, šo principiāli svarīgo pasākumu kopums ir absolūti vitāli nepieciešams visai Eiropas Savienībai, it īpaši manā valstī Latvijā.

Es vēlreiz gribētu uzsvērt īpaši uzsvaru uz bērnu un jauniešu politiku. Jo, tālaini izsakoties, ja nepievērsīs uzmanību augļu koku vai, teiksim, zemeņu dobīšu attīstībai, pastāv iespēja, ka nekas labs neizaugs vai izaugs, bet nebūs īpaši patērējams. Bet bērni ir mūsu dzīves "puķes", un jādara viss, lai tie izaugtu laimīgi, sociāli, garīgi, morāli attīstīti. Tas ir ļoti svarīgi. Tas ir uzdevums Nr.1. Un tāpēc es atbalstīju šo lēmumu.

Csaba Sógor (PPE). – Madam President, despite the slowly-diminishing unemployment rate and the persistent positive trend of economic growth, behind the overall figures there are still strong differences between Member States as well as structural problems on the employment market. Besides the lower-than-desired percentage of economically-active women and youth unemployment above 20% , most worrying is the number of long-term unemployed, which has doubled in recent years, translating into a serious risk of poverty and social exclusion in our societies and the regrettable waste of human capital.

This is why I welcome the report's call for more responsible structural reforms and for more investment in human capital in order to develop resilient economies. An inclusive labour market can then also withstand the challenges posed by population ageing and increasing economic dependency.

Thomas Mann (PPE). – Frau Präsidentin! Wer die wirtschaftliche und soziale Lage in der EU als trostlos darstellt, verbreitet ein Zerrbild. Die Wirtschaft wird in diesem und im nächsten Jahr um jeweils zwei Prozent wachsen. Die Arbeitslosenzahlen werden – endlich – sinken. Unsere politischen Maßnahmen wirken also langsam, aber sicher.

Jugendgarantie und Jugendbeschäftigungsinitiative werden mit Nachdruck umgesetzt, da die Mitgliedstaaten endlich ihre zögerliche Haltung abgelegt haben. 4,8 Millionen Jugendliche, die eine Ausbildung oder einen Job suchen, dürfen nicht alleingelassen werden.

Im Ribeiro-Bericht stehen auch soziale Indikatoren. Sie müssen den gleichen Status erhalten wie die wirtschaftlichen Indikatoren, und sie müssen von Tiefenanalysen der spezifischen Probleme in den Mitgliedstaaten begleitet werden. Beweisen wir, dass wir wirksam gegen Arbeitslosigkeit, gegen Hoffnungslosigkeit und gegen Ausgrenzung vorgehen. Damit zeigt die EU, welchen Stellenwert Solidarität und Humanität in unserer Gemeinschaft haben.

Written explanations of vote

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report because it called on the unelected EU Commission to initiate new legislation monitoring the spending of taxpayers' money. The report calls for things like interfering with Member States' social protection, tax policies and tax rules, welcomes the EU Commission's initiative on the long-term unemployed, calls to enhance the Youth Guarantee Scheme, calls on the Commission and the Member States to work together on removing the obstacles to fair labour mobility and calls for better coordination of the European Semester, specifically for the Eurozone.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione semestrale sul coordinamento delle politiche economiche evidenzia la necessità di attuare politiche industriali omogenee per tutto il territorio UE e la necessità di agevolare le PMI nell'accesso ai fondi europei. Nella relazione si evidenzia altresì la dimensione sociale dell'azione dell'Unione, con particolare riguardo alla disoccupazione e ai tagli alla spesa pubblica. Tuttavia il testo si concentra troppo sul rafforzamento dell'unione economica e monetaria. Per questo ho deciso di votare negativamente.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que la recuperación económica debe ser justa, crear empleo de calidad, reducir las desigualdades y luchar contra la pobreza y la exclusión social. Necesitamos una convergencia europea social al alza, con reformas socialmente responsables basadas en la solidaridad, la integración social, la justicia social y una justa distribución de la riqueza.

La inversión en desarrollo social no debe ser simplemente un medio para mejorar el crecimiento económico, sino un fin en sí mismo. Necesitamos mayores inversiones en sistemas de protección social para combatir la pobreza y luchar contra las crecientes desigualdades.

Además se trata a la zona del euro como una sola economía que necesita una integración más profunda, con una dimensión social reforzada, mejores suelos de protección social y salarios mínimos, y un fuerte pilar de derechos sociales.

Por último, he apoyado este informe porque nos muestra la realidad de los datos y olvida la complacencia de la Comisión. Se está creando empleo, pero este es precario, con salarios indecentes, condiciones laborales injustas y puestos precarios. No existe mayor traición al modelo social que el hecho de que la pobreza laboral sea hoy en día uno de los principales problemas de Europa.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Las tímidas reformas sociales propuestas en este informe son incompatibles, en la práctica, con un marco económico cuyos principios rectores seguirán siendo las políticas económicas neoliberales, a las que sirven como mecanismo de legitimización. Por ello, he votado en contra.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport sur le semestre européen pour la coordination des politiques économiques.

Ce texte, comme chaque année, se félicite des évaluations de la Commission. Il ne propose aucune recommandation concrète mise à part la lutte contre les maux connus depuis des années: chômage, travail non déclaré, faiblesse du taux de fécondité, vieillissement...

En outre, je suis fondamentalement opposé à ce semestre européen qui ne représente qu'un outil permettant à la Commission d'évaluer le travail des États membres et de s'ingérer davantage dans les affaires des pays.

Max Andersson (Verts/ALE), *skriftlig*. – Vi är positiva till att de lägsta lönerna höjs i EU för att minska fattigdomen och motverka lönedumpning. I Sverige finns det till skillnad från i de flesta länder ingen lagstadgad minimilön, utan lönerna sätts genom kollektivavtal mellan arbetsmarknadens parter utan direkt politisk inblandning. Vi anser därför att minimilöner inte ska regleras i lag utan att hänsyn måste tas till varje enskilt medlemslands nationella praxis för att stärka kollektivavtalen och arbetarnas rättigheter i de olika lönesättningsystemen.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση σχετικά με το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο για τον συντονισμό των οικονομικών πολιτικών: απασχόλησης επισκόπηση της ανάπτυξης για το 2016, γιατί θέτει τις οικονομικές προτεραιότητες και τους οικονομικούς στόχους για το έτος που έρχεται. Ακόμη, εμπεριέχει την αξιολόγηση της κοινωνικής κατάστασης και απασχόλησης στην Ε.Ε. και είναι η πρώτη χρονιά που συμπεριλαμβάνονται συγκεκριμένες συστάσεις για την ζώνη του Ευρώ. Οι εργασίες υψηλού επιπέδου, οι ίσες ευκαιρίες και η δίκαιη κινητικότητα αποτελούν βασικές αρχές της Ευρωπαϊκής κοινωνικής σύγκλισης.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Les recommandations développées dans ce rapport sont d'une inutilité flagrante comme, par exemple, le développement des compétences et des aptitudes avec des formations, la lutte contre le travail non déclaré, la modernisation des systèmes sociaux pour faire face au vieillissement, etc.

Étant opposée par principe à l'existence de ce semestre: il n'est qu'un outil permettant à la Commission d'évaluer et de juger le travail des États membres. Quant aux recommandations spécifiques par pays, elles ne sont qu'une façon supplémentaire pour la Commission de s'ingérer dans le fonctionnement des pays. Enfin ce semestre n'existe que pour permettre la réalisation des objectifs de la Stratégie 2020, stratégie de l'UE à laquelle nous nous opposons fermement. C'est pourquoi j'ai voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interest of transparency I would like to confirm I voted against this report.

It is another example of the European Union interfering in the sovereignty of Member States. Unemployment in my constituency is the highest in the UK. This report will not reduce unemployment in my constituency. It will not increase wages in my constituency. It will not create jobs in the North East.

The EU will not reduce the levels of unemployment in the North East; it is a job for the UK Government.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pasiūlymą, kuriuo Europos Parlamentas patvirtino ES ekonominį, socialinį ir bendrosios rinkos prioritetus 2016 metais. Šis pranešimas yra Parlamento indėlis nustatant ekonominės politikos prioritetus 2016 m. Europos semestro politikos koordinavimo procese, reaguojant į Komisijos metinę augimo apžvalgą. Pranešime dėl Europos semestro užimtumo ir socialinių aspektų bei bendrosios rinkos aspektų pažymima, kad būtina dėti daugiau pastangų siekiant paskatinti investicijas į įgūdžius, užtikrinti, kad darbo rinkos būtų labiau įtraukios, kurti kokybiškas darbo vietas ir mažinti skurdą, socialinę atskirtį ir didėjančius pajamų ir gerovės skirtumus tuo pat metu išlaikant biudžetinę drausmę. Pritariu, kad užimtumo rodikliams reikėtų suteikti tokį pat statusą kaip ir esamiems rodikliams ir kad į tuos rodiklius reikėtų deramai atsižvelgti formuojant ES politiką ir rengiant gaires valstybėms narėms. Taip pat raginama dar labiau sumažinti darbo apmokestinimą ir užtikrinti socialinės apsaugos sistemų tvarumą.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce rapport représente la participation du Parlement à la définition des priorités des politiques économiques pour le Semestre 2016 et fait suite à l'étude annuelle de la croissance publiée par la Commission.

Les sujets abordés dans ce rapport sont l'investissement, les réformes structurelles, la responsabilité fiscale, les problèmes propres à la Zone Euro, la légitimité démocratique du Semestre Européen et les politiques budgétaires, l'environnement et la santé publique, et les fameuses «politiques de développement régional».

De façon générale, ce rapport propose de renforcer la demande intérieure par des investissements publics et privés supérieurs à ceux du Plan Juncker, surtout avec la présence de taux bas. Mais il faut que ces investissements restent soutenables compte tenu des niveaux d'endettement très élevés.

Il s'inquiète aussi des disparités macroéconomiques et sociales qui ne se réduisent que très lentement.

Cependant, ce rapport est surtout un outil idéologique ayant pour objectif d'uniformiser les économies nationales autour d'un système toujours plus fédéralisé et libéralisé.

Je ne peux soutenir des recommandations de réformes économiques qui ont détruit l'économie de la France et de nombreux autres États membres: j'ai donc voté contre ce rapport.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport en emploi sur le semestre européen qui rappelle que la priorité des politiques nationale et européenne doit être la création d'emplois de qualité et doit générer de la croissance.

Ici, aussi, l'accent est mis sur une balance entre des réformes structurelles, une consolidation fiscale et des investissements durables, fait en parallèle d'une analyse des impacts sociaux et économiques.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La disoccupazione colpisce oggi 23 milioni di cittadini europei, metà di essi sono disoccupati di lunga durata. Si tratta di un fenomeno grave che oltre a comportare una perdita di capitale umano mina le fondamenta della possibile futura crescita economica sostenibile.

Ho votato a favore della relazione Ribeiro perché condivido pienamente l'obiettivo centrale del documento, l'investire nelle persone. Collocare nuove risorse nei settori dell'assistenza sanitaria, abitativa e all'infanzia, senza tralasciare i servizi di riabilitazione, rappresenta un passaggio fondamentale per favorire l'integrazione e la coesione sociale. È necessario che tutti i paesi dell'UE si impegnino per sviluppare strategie per garantire ad un numero sempre maggiore di persone di diventare e rimanere attive all'interno della società. L'inclusione dei rifugiati, dei migranti e dei richiedenti asilo deve essere, a tal fine, una priorità.

L'Europa deve fornire tutti i fondi necessari per garantire un approccio globale efficace per rispondere alle grandi sfide dei nostri tempi. Uguali opportunità, lavori di qualità e una giusta mobilità sono la sola possibilità per realizzare una convergenza sociale verso l'alto.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Aunque este informe sobre el Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento que envía la Comisión como parte del Semestre Europeo sobre aspectos sociales y relativos al empleo menciona tres indicadores sociales positivos desde mi punto de vista —tasa de actividad, el desempleo juvenil y el de larga duración en el Informe sobre el Mecanismo de Alerta 2016—, no deja de seguir la lógica «economicista» del Semestre Europeo e incidir en las recetas neoliberales para el dramático problema del empleo y la pobreza. Por ello, he votado en contra.

Son recurrentes conceptos que anteponen los beneficios económicos a la cantidad, calidad y dignidad en el empleo como: competitividad, productividad, espíritu empresarial, flexiseguridad, legislación sobre el sistema de derecho del trabajo, desregulación del mercado de trabajo, reducción de los impuestos y costes salariales, habilidades para impulsar la innovación y la competitividad, segmentación del mercado laboral y simplificación de la legislación de protección laboral (que afectaría entre otras cosas a los despidos improcedentes), etc. En los compromisos, tanto los aspectos más críticos con el proceso de Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento de manera global como las enmiendas más progresistas en aspectos concretos no han sido incorporados, lo que enfatiza mi negativa a apoyarlo.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe, a diferencia de mi Grupo, ya que me parece que va en la buena dirección y refleja bien los aspectos sociales y relativos al empleo que tienen que verse reflejados en el Semestre Europeo para la coordinación de las políticas económicas. La dispersión salarial aumenta las desigualdades y perjudica la productividad y la competitividad de las empresas y me parece necesario que se pida a la Comisión y a los Estados miembros que apliquen medidas para mejorar la calidad del empleo y aumentar los salarios mínimos a un nivel apropiado de conformidad con el principio de subsidiariedad. Además, se pide que se evalúen los sistemas de protección sociales actuales y que se redoblen los esfuerzos para atajar el dumping social y salarial en la Unión.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport qui ne fait qu'entériner la mise sous tutelle par Bruxelles des gouvernements nationaux dans leur politique économique. C'est d'ailleurs le projet affiché de ce fameux semestre européen puisque la Commission établit chaque année des «recommandations» pour les États membres, tel un médecin à son patient.

Il en va de même concernant l'emploi et les aspects sociaux. Même s'il reconnaît les dysfonctionnements criants qui persistent en matière sociale, comme notamment un taux de chômage trop élevé chez les jeunes ou une main-d'œuvre européenne en manque de qualification, le Parlement, avec ce rapport, ne fait que féliciter son maître qu'est la Commission européenne pour ses recommandations.

Ces dernières ne sont pourtant qu'une nouvelle fois des déclarations d'intention vides de sens; la lutte contre le travail non déclaré ou le développement des compétences sont de belles promesses mais, dans les faits, aucune proposition concrète n'est présente dans le texte pour atteindre ces objectifs.

Enfin, l'ingérence de la Commission dans la vie sociale et économique des États membres se fait clairement dans une perspective ultralibérale d'austérité, laquelle assassine les peuples européens depuis 2008.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione oggetto di voto è poco equilibrata e presenta molte criticità, per questo motivo non ho inteso sostenerla col mio voto.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat nej till alla tre betänkandena.

Grundtonen i alla tre betänkandena är ett stöd för den ekonomiska politik som lägger ramarna för den europeiska planeringsterminen. Jag motsätter mig EU:s marknadsliberala linje, åtstramningspolitiken, privatiseringar och avregleringar.

Motståndet mot denna politik växer i hela EU. Jag noterar att det i betänkandena, särskilt Rodrigues, finns försök till kritik mot den förda politiken och vissa argument för stimulansåtgärder. Det är dock inte tillräckligt tydligt för att jag ska kunna rösta ja.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que la recuperación económica debe ser justa, crear empleo de calidad, reducir las desigualdades y luchar contra la pobreza y la exclusión social. Necesitamos una convergencia europea social al alza, con reformas socialmente responsables basadas en la solidaridad, la integración social, la justicia social y una justa distribución de la riqueza.

La inversión en desarrollo social no debe ser simplemente un medio para mejorar el crecimiento económico, sino un fin en sí mismo. Necesitamos mayores inversiones en sistemas de protección social para combatir la pobreza y luchar contra las crecientes desigualdades.

Además se trata a la zona del euro como una sola economía que necesita una integración más profunda, con una dimensión social reforzada, mejores suelos de protección social y salarios mínimos, y un fuerte pilar de derechos sociales.

Por último, he apoyado este informe porque nos muestra la realidad de los datos y olvida la complacencia de la Comisión. Se está creando empleo, pero este es precario, con salarios indecentes, condiciones laborales injustas y puestos precarios. No existe mayor traición al modelo social que el hecho de que la pobreza laboral sea hoy en día uno de los principales problemas de Europa.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kadangi tarp valstybių narių ir jų viduje vis dar esama skirtumų užimtumo ir socialinėje srityje, o socialiniai pokyčiai rodo, kad skirtumai ES ir toliau didėja, darydami neigiamą poveikį augimui, užimtumui ir sanglaudai; kadangi visuomenės, kuriose yra daugiau lygybės ir daugiau investuojama į žmones, yra atsparesnės augimo ir užimtumo požiūriu. Parlamentas palankiai vertina Komisijos raginimą investuoti į paslaugas, pavyzdžiui, į paramą apsirūpinant būstu, sveikatos priežiūrą, vaikų priežiūrą ir reabilitacijos paslaugas. Reikia atkreipti dėmesį ir į tai, kad kokybiškos ir įtraukios darbo vietos yra būtinas socialinio teisingumo ramstis, skatinantis visų gyventojų žmogaus orumą. Šiuo požiūriu kokybiškas užimtumas ir ekonomikos augimas turėtų būti valstybių narių ir ES politikos priemonių centre, ypač jaunimui ir vyresniems nei 55 metų amžiaus asmenims skirtų priemonių, nes tai – būdas kurti tvaresnę socialinę ES ekonomiką. Parlamentas primygtinai ragina valstybes nares įgyvendinti ir toliau plėtoti politikos priemones, kuriomis skatinamas jaunimo užimtumas, derinat šias politikos priemones su konkrečiais darbo rinkos poreikiais. Parlamentas taip pat ragina Komisiją valstybių narių lygmeniu skatinti įvairių formų bendradarbiavimą, apimantį vyriausybes, įmones, įskaitant socialinės ekonomikos įmones, švietimo įstaigas, individualizuotas paramos tarnybas, pilietinę visuomenę ir socialinius partnerius, parentą geriausios patirties keitimusi.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Ismeretes, hogy általában az oktatási erőfeszítéseket elsősorban a munkaerő fiatalabb részére összpontosítják, miközben sok tagállamban a munkaerő szélesebb részét kellene megcélozni az oktatási erőfeszítésekkel, ide számítva a felnőttoktatási és a szakképzési lehetőségeket is. Szeretném aláhúzni, hogy az elégtelen oktatási beruházások, különös tekintettel a digitális készségekre, fenyegetést jelentenek Európa versenyképességére és az európai munkaerő foglalkoztathatóságára. Ezért szeretném arra ösztönözi a tagállamokat, hogy részesítsék előnyben a digitális készségek széles körű oktatását. Kérem a Bizottságot, hogy tagállami szinten támogassa a szélesebb beruházási stratégiát az oktatás és képzés teljes ciklusa tekintetében, amely felöleli az egész életen át tartó tanulást, a munkára épülő és munkahelyi képzést, a duális képzést, a formális és informális tanulást minden ágazatát. Szeretnék emlékeztetni arra, hogy a fiatalok és azon személyek foglalkoztathatóságának javításában, akik gondozási feladatok ellátása miatt hosszabb ideig kimaradtak a munkaerőpiacról, fontos szerepe van a nem formális és az informális tanulási környezetekben szerzett készségeknek és kompetenciáknak. A fentiek fényében szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Stopnja brezposelnosti se znotraj EU zmanjšuje, vendar prepočasi, zato je treba ukrepati. Na to smo poslanci, vključno z mano, opozorili tudi s podporo poročilu o evropskem semestru v okviru zaposlovanja in socialnih vidikov v letnem pregledu rasti za leto 2016.

Parlament tako predlaga nadaljevanje sprejemanja strukturnih reform tudi na tem področju, vendar na socialen in odgovoren način, s spodbujanjem trajnostne rasti in z oživitvijo naložb. Večje vlaganje v človeške vire postaja eden izmed najpomembnejših izzivov sodobnega časa, pri tem pa lahko EU državam članicam precej pomaga preko sredstev za spodbujanje socialne in ekonomske kohezije.

Zanimiv je tudi poziv članicam, da razvijajo politike, ki bodo že od zgodnjih let krepile podjetništvo med mladimi, tako da bodo zagotovile priložnosti za delovno prakso in obiske v podjetjih.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – La convergenza verso l'alto a cui punta l'Europa, e che cerca di promuovere il Semestre europeo, non deve essere solo una convergenza economica, ma anche sociale.

Rilanciare gli investimenti e l'occupazione, sostenere la creazione di posti di lavoro di qualità e garantire la giustizia sociale, insieme ad adeguati sistemi di *welfare*, devono rappresentare altresì priorità del Semestre europeo e accolgo favorevolmente il fatto che questa relazione abbia avuto come obiettivo quello di trattare queste tematiche, soffermandosi, fra l'altro, sulla necessità di integrare maggiormente la dimensione sociale dell'Eurozona.

Al fine di garantire una ripresa socialmente responsabile e una crescita economica sostenibile è quindi importante continuare a puntare su riforme strutturali e investimenti orientati al sostegno dell'occupazione, dell'istruzione e del capitale umano, allo sviluppo sociale e alla riduzione delle disuguaglianze non solo nell'ambito dei singoli paesi, ma all'interno di tutta l'Unione.

Louise Bours (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report because it called on the unelected EU Commission to initiate new legislation monitoring the spending of taxpayers' money. The report calls for things like interfering with Member States' social protection, tax policies and tax rules, welcomes the EU Commission's initiative on the long-term unemployed, calls to enhance the Youth Guarantee Scheme, calls on the Commission and the Member States to work together on removing the obstacles to fair labour mobility and calls for better coordination of the European Semester, specifically for the Eurozone.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Fondamentalement, outre l'inutilité flagrante de ce rapport, je m'oppose à l'existence même de ce semestre: il n'est qu'un outil permettant à la Commission d'évaluer et de juger le travail des Etats membres. Les recommandations spécifiques par pays ne sont qu'une façon supplémentaire qu'à trouver la Commission pour s'ingérer dans le fonctionnement des pays. J'ai voté contre.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report because I am opposed to the European Semester, the EU's annual cycle of economic governance and surveillance.

This report attempts to make some socially progressive statements regarding workers' rights and combating poverty – however, these proposals are within the framework of the European Semester, which is fundamentally conservative and pro-business at the expense of citizens, communities, economic sovereignty and democracy in the EU.

The report also welcomes the Commission recommendation on the euro area under the Economic and Monetary Union of the EU, which is another reason why I voted against it.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La modesta ripresa economica che sembra iniziare a prender campo nell'Unione europea è senz'altro da accogliere positivamente, tuttavia non può che destare preoccupazione l'elevato livello di disoccupazione che contraddistingue ancora diverse regioni d'Europa. Sembra inoltre che la crisi non abbia colpito equamente tutti i ceti sociali e tutte le regioni europee: i ceti sociali più deboli e le regioni più periferiche hanno pagato il prezzo più alto della recessione, e ancora oggi spesso non ne vedono l'uscita.

È quindi necessario che la UE nel suo complesso agisca con maggiore solidarietà e lungimiranza, superando la ristretta logica del rigore come unico sistema di superamento della crisi economica e attuando invece un ampio piano di sviluppo sostenibile e inclusivo che metta al centro il rilancio dell'economia nelle aree maggiormente svantaggiate dell'Europa.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Je suis opposé au principe même de la définition d'un semestre européen, qui ne constitue qu'un outil de contrainte au service de la Commission et contre les États membres. Pour rappel, le semestre européen énonce des recommandations spécifiques par pays et exige des États membres qu'ils les mettent en œuvre. Outre les habituelles platitudes concernant le chômage et le creusement des dettes publiques des États, le rapport préconise toujours de poursuivre la fuite en avant des politiques d'austérité contenue dans les objectifs de la stratégie Europe 2020. Résolument opposé à cette stratégie économiquement absurde et suicidaire, j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Anul 2016 este cel de-al treilea an de redresare economică și cu o previziune de creștere în continuare de 2 % în Uniunea Europeană și de 1,8 % în zona euro, însă redresarea este inegală între statele membre. Aceasta este determinată de factorii pozitivi, cum ar fi prețul în continuă scădere al energiei, care contribuie la creșterea puterii de cumpărare, în cazul în care are un impact asupra economiei reale.

Începând cu anul 2013, a fost înregistrată o scădere lentă a ratei șomajului, însă nu suficient de însemnată pentru a limita șomajul și sărăcia, în pofida politicilor macroeconomice de reformă structurală și stimulativă. În momentul de față, șomajul afectează 9,9 % din cetățenii activi din rândul europenilor, iar jumătate din aceștia se confruntă cu șomaj de lungă durată. Cel mai afectat sector este sectorul tinerilor care, în momentul de față, se ridică la 22,6 % din populația Uniunii Europene.

Am votat în favoarea acestui raport cu privire la semestrul european pentru coordonarea politicilor economice: aspecte legate de ocuparea forței de muncă și aspecte sociale în Analiza anuală a creșterii pentru 2016 deoarece consider că este necesară o reducere a șomajului pe întreg teritoriul Uniunii Europene, iar acest lucru nu poate fi realizat decât printr-o îmbunătățire a politicilor economice.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario. La relazione enfatizza la necessità di «umanizzare» l'Unione economica e monetaria, aggiungendo una «dimensione sociale». Potremmo ridurla a una celebre esclamazione fantozziana: «Com'è umano, l'euro!». Non è altro che una cortina di fumo, principalmente ad uso del PSE. Le misure di «umanizzazione» già adottate dalla Commissione (cfr. § 3) ovviamente non hanno minimamente rallentato il processo di smantellamento dei diritti sociali e di depressione salariale, ma consentono ai piddini di perseverare nell'inganno: tagliare le pensioni di reversibilità vagheggiando un'austerità «responsabile», «più equa» e «flessibile».

Un «altro» euro non è possibile. Punto.

Soledad Cabezon Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que la recuperación económica debe ser justa, crear empleo de calidad, reducir las desigualdades y luchar contra la pobreza y la exclusión social. Necesitamos una convergencia europea social al alza, con reformas socialmente responsables basadas en la solidaridad, la integración social, la justicia social y una justa distribución de la riqueza.

La inversión en desarrollo social no debe ser simplemente un medio para mejorar el crecimiento económico, sino un fin en sí mismo. Necesitamos mayores inversiones en sistemas de protección social para combatir la pobreza y luchar contra las crecientes desigualdades.

Además se trata a la zona del euro como una sola economía que necesita una integración más profunda, con una dimensión social reforzada, mejores suelos de protección social y salarios mínimos, y un fuerte pilar de derechos sociales.

Por último, he apoyado este informe porque nos muestra la realidad de los datos y olvida la complacencia de la Comisión. Se está creando empleo, pero este es precario, con salarios indecentes, condiciones laborales injustas y puestos precarios. No existe mayor traición al modelo social que el hecho de que la pobreza laboral sea hoy en día uno de los principales problemas de Europa.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Dans le cadre du semestre européen, l'examen annuel de croissance constitue une première étape mettant en avant les mesures supplémentaires que les États membres peuvent prendre afin d'atteindre les objectifs économiques et sociaux d'Europe 2020. Ce rapport constitue une réponse du Parlement européen à cet examen. Dans ce rapport, le Parlement met l'accent sur les indicateurs sociaux présents dans le semestre européen. Cette année trois nouveaux indicateurs ont été pris en considération: le chômage de longue durée, le chômage des jeunes et le taux d'activité. Les États membres doivent mettre en place les réformes structurelles nécessaires à la création de croissance et d'emploi. J'ai voté en faveur de ce rapport. C'était l'occasion pour moi de réitérer mes positions en faveur de la lutte contre le dumping social au sein de l'Union.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sul semestre europeo per il coordinamento delle politiche economiche: occupazione e aspetti sociali nell'analisi annuale della crescita 2016.

Il semestre europeo per il coordinamento delle politiche economiche è un elemento fondamentale per coordinare gli sforzi individuali di tutti gli Stati membri al fine di raggiungere gli obiettivi della strategia Europa 2020.

Tuttavia, ritengo che oltre alle implicazioni fiscali a breve termine delle riforme strutturali vadano tenuti in considerazione anche gli effetti ambientali, economici e sociali a lungo termine. Non possiamo dimenticare che il passaggio ad un'economia verde e l'investimento in sistemi sanitari più efficienti aumenteranno la sicurezza dell'approvvigionamento energetico, miglioreranno la salute e il benessere dei cittadini europei e creeranno posti di lavoro di qualità, contribuendo così a ristabilire il vantaggio competitivo dell'economia europea.

Nelle priorità dell'analisi annuale della crescita e nelle raccomandazioni specifiche per paese la Commissione dovrebbe inoltre tenere conto del passaggio verso un nuovo modello economico basato su un'economia circolare che preveda lo sviluppo di un quadro fiscale che valorizzi lo sviluppo di politiche sostenibili e conformi al principio «chi inquina paga», che dia i giusti segnali a favore di investimenti nell'efficienza delle risorse.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report because it called on the unelected EU Commission to initiate new legislation monitoring the spending of taxpayers' money. The report calls for things like interfering with Member States' social protection, tax policies and tax rules, welcomes the EU Commission's initiative on the long-term unemployed, calls to enhance the Youth Guarantee Scheme, calls on the Commission and the Member States to work together on removing the obstacles to fair labour mobility and calls for better coordination of the European Semester, specifically for the Eurozone.

David Casa (PPE), *in writing*. – I welcome the priorities of the Commission: investment, structural reforms and modernisation, and the fact that the Annual Growth Survey 2016 will pay much more attention to social aspects and investment in people. Although the unemployment rate is falling, thanks to reforms, many initiatives and investment, there is still a lot more that can be done with youth and long-term unemployment being particularly worrying. The objectives outlined in this year's survey, such as upward social convergence, broader investment in education and training as well as more focus on the digital economy, are very promising.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione si concentra come ogni anno sugli aspetti occupazionali e sociali dell'*Annual Growth Survey* (analisi annuale della crescita) nell'ambito del cosiddetto Semestre europeo.

Abbiamo cercato di eliminare tutti i riferimenti economici ai quali siamo contrari (consolidamento fiscale, miglioramento della *governance* economica, rafforzamento dell'Unione economica e monetaria) e abbiamo votato contro per esprimere la nostra contrarietà.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – While I agree with the principles set out in the report, I could not support it as a whole, as its final version includes several paragraphs asking for an alignment of minimal wages, which I find highly problematic. In order to attack the issue of wage dispersion we need to address first the obstacles and rigidities of the EU's labour market which exist in its Member States and to push administratively the level of income. Only a truly open and competitive labour market can enhance economic convergence within the European Union.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε την ανάγκη επένδυσης στην κοινωνική ανάπτυξη, η οποία δεν αποτελεί μόνον ένα μέσο με το οποίο διασφαλίζεται η επίτευξη βιώσιμης και χωρίς αποκλεισμούς οικονομικής ανάπτυξης και σύγκλισης αλλά πρέπει παράλληλα να αποτελεί και από μόνη της επιμέρους στόχο.

Η οικονομική και κοινωνική συνοχή πρέπει να παραμείνει ο πρωταρχικός στόχος όλων των πολιτικών της ΕΕ και θα πρέπει να καταβληθούν περισσότερες προσπάθειες για να πραγματοποιηθεί μια πιο περίπλοκη και αντικειμενική αξιολόγηση με βάση την ποικιλομορφία των κρατών μελών και τα ιδιαίτερα χαρακτηριστικά τους.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Ψηφίσαμε σήμερα ως προς την έκθεση σχετικά με το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο για τον συντονισμό των οικονομικών πολιτικών για την απασχόληση και τις κοινωνικές πτυχές στην ετήσια επισκόπηση της ανάπτυξης για το 2016.

Η προσπάθεια αυτή αποτελεί κομμάτι των γενικευμένων τάσεων ολοκλήρωσης και έντασης πολιτικών απορρύθμισης της αγοράς εργασίας που καταλήγουν σε εξασθένηση των εργασιακών δικαιωμάτων.

Ως εκ τούτου, αποφάσισα να μην στηρίξω την έκθεση.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione della collega Ribeiro poiché concordo sul fatto che, nonostante il tasso di disoccupazione sia in diminuzione dal 2013 grazie a politiche macroeconomiche favorevoli ed all'impatto di riforme strutturali, esso resti elevatissimo coinvolgendo oltre 23 milioni di cittadini europei. In questo contesto prolifera il fenomeno del cosiddetto «lavoro sommerso», che ha un impatto negativo significativo sui bilanci, comportando una ingente perdita di introiti fiscali e di contributi di previdenza.

Per tali ragioni, la relazione si prefigge di prestare maggiore attenzione all'equità sociale, sottolineando la necessità di riforme strutturali responsabili e continuando ad accordare priorità agli investimenti con l'esigenza di promuovere e proteggere l'economia sociale di mercato.

La grande sfida per la società europea è quella dell'inclusione sociale e per portare a termine gli obiettivi è necessario un migliore coordinamento del Semestre europeo.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché documenti politici come questo mi rendono particolarmente orgoglioso di servire i cittadini in questa Istituzione: all'Europa dei burocrati che certi governanti vogliono dipingere, si contrappone un'UE attenta agli aspetti occupazionali e sociali dei dati, in altre parole alle persone che fanno muovere quei dati economici su cui tanto spesso, erroneamente, troppo ci si concentra.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Ao longo de seu primeiro ano de trabalho, a Comissão Europeia apresentou iniciativas ambiciosas para apoiar o emprego e o crescimento, reforçar a convergência económica e reforçar a justiça social.

As prioridades económicas da Análise Anual do Crescimento permanecem válidas, mas os esforços políticos devem ser reforçados para 2016.

Apoio o excelente relatório da colega Sofia Ribeiro, que salienta a necessidade de articulação da dimensão económica e social e estabelece medidas concretas para impulsionar um desenvolvimento social sustentável, transversal a todas as políticas da União, propondo a sua monitorização.

Sublinho a necessidade de se investir nas pessoas o mais cedo possível, a fim de reduzir as desigualdades e promover a inclusão social, e aplaudo a proposta da Comissão de reforçar a Garantia para a Juventude e a abordagem individualizada do desemprego de longa duração.

Defendo que as reformas socialmente responsáveis devem basear-se na solidariedade, na integração e na Justiça Social, protegendo os grupos mais vulneráveis. Este desiderato não pode ser dissociado de uma promoção ao crescimento sustentável conducente à criação de mais empregos, estimulando-se o empreendedorismo.

Neste sentido, uma melhor utilização dos fundos europeus na promoção da coesão social, económica e territorial é desejada.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report because it called on the unelected EU Commission to initiate new legislation monitoring the spending of taxpayers' money. The report calls for things like interfering with Member States' social protection, tax policies and tax rules, welcomes the EU Commission's initiative on the long-term unemployed, calls to enhance the Youth Guarantee Scheme, calls on the Commission and the Member States to work together on removing the obstacles to fair labour mobility and calls for better coordination of the European Semester, specifically for the Eurozone.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Tale relazione proposta dalla commissione per l'occupazione e gli affari sociali si occupa di analizzare gli aspetti sociali su cui intervenire per rendere la ripresa economica ancora più reale. In particolare, vengono presentati i risultati modesti dell'aumento dell'occupazione e il fatto che alcune categorie, come le donne, rimangono ancora in una situazione di svantaggio nel mondo del lavoro. Il documento sottolinea l'esigenza di promuovere una crescita sostenibile e inclusiva che comporti la creazione di maggiori posti di lavoro di qualità e prospettive reali per tutti, anche per i giovani. Per questi motivi ho deciso di votare favorevolmente.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La relazione si concentra come ogni anno sugli aspetti occupazionali e sociali dell'AGS nell'ambito del Semestre europeo. La relazione mette in luce le cose che finora non hanno funzionato (disoccupazione ancora troppo alta, *target* UE 2020 non raggiunti, Garanzia Giovani non efficace in molti Stati membri, aumento dei contratti atipici e del precariato, tagli alla spesa pubblica) e, soprattutto, sottolinea l'importanza della dimensione sociale nell'Unione europea.

Nonostante sia evidenziata la necessità di valutare l'impatto sociale delle riforme strutturali prima che esse vengano attuate e la necessità di attuare politiche industriali globali ed omogenee a livello UE per far fronte alle sfide poste dai concorrenti extra europei, nonché quella di agevolare le PMI e le micro imprese, riducendo la burocrazia e favorendone l'accesso ai fondi, la relazione prevede i soliti riferimenti economici ai quali siamo contrari (consolidamento fiscale, miglioramento della *governance* economica, rafforzamento dell'unione economica e monetaria). Per questo motivo ho deciso di astenermi.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Las tímidas reformas sociales propuestas en este informe son incompatibles, en la práctica, con un marco económico cuyos principios rectores seguirán siendo las políticas económicas neoliberales, a las que sirven como mecanismo de legitimización. Por ello, he votado en contra.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Le analisi della Commissione europea nell'ambito del Semestre europeo evidenziano la persistenza di divergenze occupazionali e sociali sia all'interno degli Stati membri che tra di essi. Tali divergenze creano disparità nell'Unione europea, ostacolano la crescita, l'occupazione e la coesione.

La risoluzione del Parlamento europeo, in relazione alla quale ho votato favorevolmente, sostiene il rafforzamento della dimensione sociale attraverso il rilancio degli investimenti nel capitale umano, l'implementazione di riforme strutturali e un migliore utilizzo dei fondi europei sia per realizzare progetti infrastrutturali che per stimolare l'imprenditorialità tra i giovani.

Pál Csáky (PPE), írásban. – A Ribeiro-jelentés kiemeli, hogy a következő 10–15 évben a világgazdasági növekedés 90%-a az EU-n kívül fog bekövetkezni. Ezért új megoldásokra és megközelítésekre lesz szükség.

Ma 23 millió munkanélküli van az Unióban, a vállalkozások közel 40%-a nem talál megfelelően képzett munkaerőt, miközben csak kevés ország mondhatja el magáról, hogy érdemi és hatékony erőfeszítéseket tett mindezek megváltoztatására.

A jelentés üdvözli, hogy az Európai Bizottság éves növekedési felmérése kiemeli, hogy az új nemzeti, stabilitási és reformprogramok keretében nagyobb figyelmet kell fordítani a társadalmi méltányosságra, ezért fel kell venni három foglalkoztatási mutatót (aktivitási ráta, ifjúsági munkanélküliség és tartós munkanélküliség) a makrogazdasági egyensúlyhiány kezelésére szolgáló eljárásba. A jelentés továbbá üdvözli az Európa 2020 integrált iránymutatás megújítását; hangsúlyozza, hogy az Európa 2020 stratégia aktuálisabb, mint létrehozásakor, és felhívja a tagállamokat, hogy fordítsanak nagyobb figyelmet annak gyakorlati végrehajtására, illetve kéri a Bizottságot és a Tanácsot, hogy szigorúbban kövessék nyomon e stratégiai átfogó és tagállami szintű végrehajtását.

Fontosnak tartom a jelentés azon részét, amely arra kéri az Európai Bizottságot, hogy a tagállamokkal szorosan együttműködve igyekezzen alaposabb tájékoztatást nyújtani azokról az uniós alapokról és programokról, amelyek növelhetik a vállalkozói kedvet, élénkíthetik a beruházásokat, és javíthatják a finanszírozási eszközökhöz való hozzáférést.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – The annual growth survey 2016 is the first important step in the annual cycle. I positively believe that the introduction of specific recommendations for the euro area is significant and important progress. I strongly believe in the need for further inclusion in the employment sector as well as a solid framework inducing more social protection systems. The introduction of the minimum income is a crucial and fundamental step forward in the labour market. We need to further address youth unemployment, as well as re-enforcing measures on labour safeguards to promote social inclusion. This is why I voted in favour of this report.

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. – Cred cu tărie că pentru consolidarea rolului Strategiei Europa 2020 cu privire la creșterea inteligentă, durabilă și favorabilă incluziunii trebuie să se ia măsuri pentru a garanta ca obiectivele acesteia, îndeosebi cele cu caracter social, să fie reflectate în mod egal în toate instrumentele semestrului, inclusiv în recomandările specifice fiecărei țări.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Ce rapport d'initiative présente la position du Parlement européen dans le domaine des questions sociales et de l'emploi, suite au premier examen de la croissance 2016 de la Commission européenne. Durant l'année, la Commission a présenté des propositions ambitieuses pour soutenir l'emploi et la croissance, renforcer la convergence économique et l'égalité sociale. Soutenant ces mêmes priorités pour 2016, la Commission européenne propose d'intensifier ses efforts sur la relance des investissements, l'approfondissement des réformes structurelles pour moderniser l'économie et l'adoption de politiques budgétaires responsables. Considérant qu'il est urgent de s'attaquer aux déséquilibres macro-économiques, notamment en matière d'emploi, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Isabella De Monte (S&D), per iscritto. – In questa relazione vengono affrontati numerosi temi fondamentali per la definizione di un'Europa in chiave contemporanea e progressista.

Le politiche di finanza pubblica non possono essere un esercizio di finanza astratto ma devono tener conto della drammatica contingenza che circonda le vite di numerosi cittadini europei. La crisi dei rifugiati mostra evidentemente la crisi di un sistema europeo di solidarietà e per questo gli Stati devono avere la possibilità di garantire delle adeguate misure per affrontare queste emergenze. Emergenze che non finiscono con il processo di identificazione dei migranti, anzi iniziano proprio in quel momento.

Pertanto, la Commissione dovrebbe riconoscere una definizione più ampia di politiche migratorie che, iniziando dai centri di accoglienza, si protragga nel sostegno alle famiglie in difficoltà nelle periferie delle nostre città e della nostra società. Queste politiche devono essere necessariamente coordinate con quelle di incentivo all'imprenditorialità e alla competitività ed internazionalizzazione delle piccole e medie imprese europee, che possono riaprire le maglie dell'integrazione sociale.

Pertanto, sostengo questa duplice richiesta di maggiore attenzione delle politiche sociali in finanza pubblica e allo stesso tempo di maggiore coordinamento tra le istituzioni nazionali ed europee al fine di costruire un percorso virtuoso di crescita.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A néppárti álláspontot követve szavazatommal támogattam a Ribeiro-jelentést. A jelentés kiemeli, hogy a következő 10–15 évben a világgazdasági növekedés 90%-a az EU-n kívül fog bekövetkezni. Ezért – álláspontom szerint – új megoldásokra és megközelítésekre lesz szükség.

A feketefoglalkoztatás elleni küzdelem és a nagyobb gazdasági növekedés érdekében számos olyan módosító javaslatot sikerült a bizottsági munka során elfogadtatni, amelyek az eddigi, Magyarországon is követett jó gyakorlatokon is alapulnak.

Mint ismert, ma 23 millió munkanélküli van az Unióban, a vállalkozások közel 40%-a nem talál megfelelően képzett munkaerőt, miközben még mindig magasak az állami és magánadósságok az uniós országokban – és csak kevés ország mondhatja el magáról, hogy érdemi és hatékony erőfeszítéseket tett mindezek megváltoztatására.

Magyarország az elmúlt években sokat tett a gazdaság kifehérítése érdekében. A korábbi trendeket megtörve az államadósság és a lakossági devizaadósság elleni harcban is jelentős eredmények születtek. A munkára épülő és munkahelyi (duális) képzések fejlesztése, a foglalkoztatási szint emelése, a gyermekkori nevelési és gondozási, étkeztetési programok kibővítése, valamint a különböző célcsoportok (fiatalok, idősebbek, nők) foglalkoztatásának javítása érdekében is születtek hatékony intézkedések, különös tekintettel az adókedvezmények alkalmazására a munkaerő-piaci intézkedések során, összhangban a jelentés ajánlásaival.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – A néppárti álláspontot követve szavazatommal támogattam a Ribeiro-jelentést. A jelentés kiemeli, hogy a következő 10–15 évben a világgazdasági növekedés 90%-a az EU-n kívül fog bekövetkezni. Ezért – álláspontom szerint – új megoldásokra és megközelítésekre lesz szükség.

A feketefoglalkoztatás elleni küzdelem és a nagyobb gazdasági növekedés érdekében számos olyan módosító javaslatot sikerült a bizottsági munka során elfogadtatni, amelyek az eddigi, Magyarországon is követett jó gyakorlatokon is alapulnak.

Mint ismert, ma 23 millió munkanélküli van az Unióban, a vállalkozások közel 40%-a nem talál megfelelően képzett munkaerőt, miközben még mindig magasak az állami és magánadósságok az uniós országokban – és csak kevés ország mondhatja el magáról, hogy érdemi és hatékony erőfeszítéseket tett mindezek megváltoztatására.

Magyarország az elmúlt években sokat tett a gazdaság kifehérítése érdekében. A korábbi trendeket megtörve az államadósság és a lakossági devizaadósság elleni harcban is jelentős eredmények születtek. A munkára épülő és munkahelyi (duális) képzések fejlesztése, a foglalkoztatási szint emelése, a gyermekkori nevelési és gondozási, étkeztetési programok kibővítése, valamint a különböző célcsoportok (fiatalok, idősebbek, nők) foglalkoztatásának javítása érdekében is születtek hatékony intézkedések, különös tekintettel az adókedvezmények alkalmazására a munkaerő-piaci intézkedések során, összhangban a jelentés ajánlásaival.

Martina Dlabajová (ALDE), *písemně*. – Evropský semestr pro koordinaci hospodářských politik je důležitým nástrojem na stanovení priorit EU v podpoře vytváření pracovních míst a růstu tím, že podporuje konvergenci a sleduje příklady dobré praxe v členských státech EU. Zaměstnanost a sociální výkonnost jsou nyní jedním z klíčových problémů v Evropě a zaměřuje se na ně také evropský semestr. Ráda bych využila této příležitosti a poděkovala zpravodajce Sofii Ribeirové za skvělou práci, kterou na tomto tématu a této zprávě odvedla. Zpráva se vztahuje na všechny klíčové otázky a uvedené doporučení jsou mi blízká – zejména podpora podnikání mezi mladými lidmi či iniciativy na podporu nových inovativních projektů a start-upů. Nicméně jsem se rozhodla hlasovat proti této zprávě. Důvodem je výzva k zásahu do národních systémů mezd, která se objevuje hned v několika bodech této zprávy a se kterou nemohu souhlasit.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte pour plusieurs raisons. D'une part, il ne fait que rappeler des évidences relatives aux taux de chômage et à la qualification de la main d'œuvre ou encore au travail dissimulé et à la dette publique. D'autre part, les solutions censées pallier ces problèmes sont dérisoires et s'inscrivent dans une suite de recommandations qui ont démontré leurs limites. Par exemple, la flexi-sécurité ne fait qu'aggraver la précarité et les politiques de formation n'empêchent pas les États de s'éloigner durablement du plein-emploi. Enfin, je ne souhaite pas cautionner le semestre européen, instrument de l'Union européenne qui réduit les marges de manœuvres des États, dans le but de continuer à cautionner un système défaillant et une Stratégie 2020 que nous contestons.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Подкрепям по-нататъшни инициативи за подобряването на икономическия растеж и заетостта, но въпреки това, реших да не подкрепя този доклад предимно заради прекалено задължаващият му характер. Този доклад съдържа някои важни приоритетни въпроси, но въпреки факта, че е главно цялостен балансиран, призоваващи за редица инициативи на равнище ЕС, което би засегнало не само субсидиарността, но и би подкопало националната регулаторна политика.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Κατά το πρώτο έτος της θητείας της, η Επιτροπή παρουσίασε φιλόδοξες πρωτοβουλίες για την υποστήριξη της απασχόλησης και της ανάπτυξης, την ενίσχυση της οικονομικής σύγκλισης και την ενίσχυση της κοινωνικής δικαιοσύνης. Δυστυχώς, όμως, δεν υπήρξε καμία πρόοδος.

Σήμερα, με την ετήσια επισκόπηση της ανάπτυξης για το 2016, θέτει τις προτεραιότητες για το προσεχές έτος. Το ψήφισμα της Sofia Ribeiro (ΕΛΚ, Πορτογαλία) το οποίο εγκρίθηκε από την επιτροπή Απασχόλησης στις 17 Φεβρουαρίου, υπεραμύνεται της συμπερίληψης των πρόσφατων δεικτών απασχόλησης στην ετήσια επισκόπηση της ανάπτυξης προκειμένου να παρακολουθούνται οι κοινωνικές εξελίξεις στα κράτη μέλη.

Η έκθεση, όμως, δεν μας βρίσκει σύμφωνους σε πολλά σημεία. Γίνεται, για παράδειγμα, αναφορά στο προσφυγικό και το μεταναστευτικό ζήτημα ότι μπορεί να έχει θετικές επιπτώσεις στην προσφορά εργατικού δυναμικού και την ανάπτυξη, «με προϋποθέσεις».

Norbert Erdős (PPE), írásban. – A néppárti álláspontot követve szavazatommal támogattam a Ribeiro-jelentést. A jelentés kiemeli, hogy a következő 10–15 évben a világgazdasági növekedés 90%-a az EU-n kívül fog bekövetkezni. Ezért – álláspontom szerint – új megoldásokra és megközelítésekre lesz szükség.

A feketefoglalkoztatás elleni küzdelem és a nagyobb gazdasági növekedés érdekében számos olyan módosító javaslatot sikerült a bizottsági munka során elfogadtatni, amelyek az eddigi, Magyarországon is követett jó gyakorlatokon is alapulnak.

Mint ismert, ma 23 millió munkanélküli van az Unióban, a vállalkozások közel 40%-a nem talál megfelelően képzett munkaerőt, miközben még mindig magas az állami és magánadósságok az uniós országokban – és csak kevés ország mondhatja el magáról, hogy érdemi és hatékony erőfeszítéseket tett mindezek megváltoztatására.

Magyarország az elmúlt években sokat tett a gazdaság kifejlesztése érdekében. A korábbi trendeket megtörve az államadósság és a lakossági devizaadósság elleni harcban is jelentős eredmények születtek. A munkára épülő és munkahelyi (duális) képzések fejlesztése, a foglalkoztatási szint emelése, a gyermekkori nevelési és gondozási, étkeztetési programok kibővítése, valamint a különböző célcsoportok (fiatalok, idősebbek, nők) foglalkoztatásának javítása érdekében is születtek hatékony intézkedések, különös tekintettel az adókedvezmények alkalmazására a munkaerő-piaci intézkedések során, összhangban a jelentés ajánlásaival.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), por escrito. – El Informe Anual de Crecimiento realizado en 2015 establece una serie de prioridades económicas que siguen siendo válidas en 2016. No obstante, el objetivo de la UE para este nuevo año se centra en tres nuevas prioridades: el relanzamiento de la inversión, políticas estructurales para modernizar nuestras economías y unas políticas fiscales responsables. Tenemos la necesidad de invertir en avances sociales, destacando la importancia de unos indicadores de empleo, pobreza y desigualdad de calidad y vamos a trabajar prestando más atención a la justicia social en el contexto de los nuevos programas nacionales de estabilidad y reforma, añadiendo tres indicadores de empleo (tasa de actividad, desempleo juvenil y desempleo de larga duración). Somos conscientes de que el empleo integrador y de calidad constituye un pilar fundamental en la justicia social al fomentar la dignidad humana para todos. Por ello los Estados miembros y la UE deben llevar a cabo políticas encaminadas, especialmente, a crear medidas destinadas a los jóvenes y a la generación de más de 55 años, con el fin de construir economías más sostenibles desde el punto de vista social en la UE.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione semestrale sul coordinamento delle politiche economiche evidenzia la dimensione sociale dell'azione dell'Unione, con particolare riguardo alla disoccupazione ancora troppo alta, ai tagli alla spesa pubblica e alle misure quali Garanzia Giovani, rivelatesi inefficaci in molti Stati membri, quali l'Italia. Tuttavia nel testo finale permangono riferimenti al rafforzamento dell'unione economica e monetaria ed al consolidamento fiscale. Per questo ho deciso di votare negativamente.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Do relatório realço o apelo a mais esforços para assegurar o equilíbrio entre a economia social e de mercado, de modo a que a convergência das políticas europeias seja acompanhada por um aumento efetivo do emprego, pela prosperidade e pela melhoria das condições de vida dos cidadãos.

Felicitó ainda a relatora Sofia Ribeiro pelo excelente trabalho realizado. Realço a defesa, no relatório, de que os indicadores sociais sejam tidos em conta na avaliação do semestre europeu. Esta é uma importante inovação.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório aponta no sentido da consolidação das políticas plasmadas na chamada Governação Económica, de que o Semestre Europeu é um instrumento, dando cumprimento à Análise Anual de Crescimento, ao seu receituário neoliberal e aos objetivos da Estratégia Europa 2020, especificamente no que respeita às temáticas do emprego e assuntos sociais.

A relatora, a deputada portuguesa da direita, valoriza as recomendações específicas por país e a necessidade da sua implementação, quando as sabemos inaceitáveis e antidemocráticas – em Portugal, consistiram no ataque a direitos sociais e laborais, em medidas de «consolidação orçamental», privatizações, no aprofundamento das desigualdades, no roubo dos salários e no esmagamento do consumo.

O Semestre Europeu é mais um mecanismo de ataque à soberania dos povos, aos órgãos de soberania dos Estados, aprofundando a concentração de poder à escala da UE para melhor implementar políticas contrárias à vontade, às necessidades e às aspirações dos povos – processo que rejeitamos liminarmente.

Ao arrepio deste relatório, confirma-se a necessidade de romper com as políticas neoliberais impostas pela UE, como um passo imprescindível para alcançar o crescimento económico, o desenvolvimento, a criação de emprego e amplos direitos sociais e laborais, bem como salários dignos.

Votámos contra.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against as the semester process is an intrusion into our sovereignty.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla relazione in quanto enfatizza la necessita' di umanizzare l'Unione economica e monetaria.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφώς*. – Κατά το πρώτο έτος της θητείας της, η Επιτροπή παρουσίασε φιλόδοξες πρωτοβουλίες για την υποστήριξη της απασχόλησης και της ανάπτυξης, την ενίσχυση της οικονομικής σύγκλισης και την ενίσχυση της κοινωνικής δικαιοσύνης. Δυστυχώς όμως δεν υπήρξε καμία πρόοδος. Σήμερα, με την ετήσια επισκόπηση της ανάπτυξης για το 2016, θέτει τις προτεραιότητες για το προσεχές έτος.

Το ψήφισμα της Sofia Ribeiro (ΕΑΚ, Πορτογαλία), το οποίο εγκρίθηκε από την επιτροπή Απασχόλησης στις 17 Φεβρουαρίου, υπεραμύνεται της συμπερίληψης των πρόσφατων δεικτών απασχόλησης στην ετήσια επισκόπηση της ανάπτυξης προκειμένου να παρακολουθούνται οι κοινωνικές εξελίξεις στα κράτη μέλη.

Η έκθεση, όμως, δεν με βρίσκει σύμφωνο σε πολλά σημεία. Καταρχήν γίνεται αναφορά στο προσφυγικό και το μεταναστευτικό ζήτημα ότι μπορεί να έχει θετικές επιπτώσεις στην προσφορά εργατικού δυναμικού και την ανάπτυξη, «με προϋποθέσεις». Επίσης, υποστηρίζει ότι τα κράτη μέλη θα πρέπει να αξιοποιήσουν πλήρως τη δυνατότητα χρήσης του ΕΤΣΕ σε συνδυασμό με άλλα ταμεία της ΕΕ στο πλαίσιο του προγράμματος «Ορίζων 2020», τη διευκόλυνση «Συνδέοντας την Ευρώπη» και τα ευρωπαϊκά διαρθρωτικά και επενδυτικά ταμεία. Τέλος, υποστηρίζει την ενδοενοσιακή εργασιακή κινητικότητα σε ολόκληρη την Ένωση (EURES).

Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω στο σύνολό της την παρούσα έκθεση.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Quality jobs, equal opportunities and fair mobility are the basis for European upward social convergence. I believe that socially responsible reforms must be based on solidarity, integration, social justice and fair wealth distribution. Therefore, I support the need for European upward social convergence, the need for quality and inclusive employment and promotion of stability in employment and security in transitions between jobs. More investment in social protection systems is also requested to prevent poverty and inequalities, together with a strong first pension pillar, introduction of minimum incomes, investment in education to fight youth unemployment and support for unemployed people, especially the long-term unemployed.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A néppárti álláspontot követve szavazatommal támogattam a Ribeiro-jelentést. A jelentés kiemeli, hogy a következő 10–15 évben a világgazdasági növekedés 90%-a az EU-n kívül fog bekövetkezni. Ezért – álláspontom szerint – új megoldásokra és megközelítésekre lesz szükség.

A feketefoglalkoztatás elleni küzdelem és a nagyobb gazdasági növekedés érdekében számos olyan módosító javaslatot sikerült a bizottsági munka során elfogadtatni, amelyek az eddigi, Magyarországon is követett jó gyakorlatokon is alapulnak.

Mint ismert, ma 23 millió munkanélküli van az Unióban, a vállalkozások közel 40%-a nem talál megfelelően képzett munkaerőt, miközben még mindig magas az állami és magánadósságok az uniós országokban – és csak kevés ország mondhatja el magáról, hogy érdemi és hatékony erőfeszítéseket tett mindezek megváltoztatására.

Magyarország az elmúlt években sokat tett a gazdaság kifehérítése érdekében. A korábbi trendeket megtörve az államadósság és a lakossági devizaadósság elleni harcban is jelentős eredmények születtek. A munkára épülő és munkahelyi (duális) képzések fejlesztése, a foglalkoztatási szint emelése, a gyermekkori nevelési és gondozási, étkeztetési programok kibővítése, valamint a különböző célcsoportok (fiatalok, idősebbek, nők) foglalkoztatásának javítása érdekében is születtek hatékony intézkedések, különös tekintettel az adókedvezmények alkalmazására a munkaerő-piaci intézkedések során, összhangban a jelentés ajánlásaival.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Támogatom a jelentésben hangsúlyozott prioritásokat, melyek értelmében nemcsak a fenntartható és a beilleszkedést segítő gazdasági fejlődés és a konvergencia biztosítása érdekében kell beruházni a társadalmi fejlődésbe, hanem kifejezett célkitűzésként kell kezelni az ez irányú beruházásokat; ezért kiemeli a foglalkoztatás minőségével, a szegénységgel és az egyenlőtlenséggel kapcsolatos mutatók fontosságát; üdvözlí a Bizottság olyan szolgáltatásokba történő beruházásokra való felszólítását, mint a lakhatási támogatás, az egészségügyi ellátás, a gyermekgondozás és a rehabilitációs szolgáltatások; hangsúlyozza, hogy a gazdasági és társadalmi kohézióknak továbbra is az uniós szakpolitikák elsődleges célját kell képeznie, és több erőfeszítést kell tenni egy összetettebb és objektívabb értékelés elérésére, amely a tagállamok különbözőségeire és jellemzőire épül.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe con la finalidad de que exista una coordinación definitiva de las políticas económicas respecto a los aspectos sociales del empleo. Es importante una mayor coordinación entre el sector público y el sector privado, fomentando que los planes de estudio estén en correlación con el mercado laboral. Por ello, es muy importante la colaboración de todos los implicados.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que la recuperación económica debe ser justa, crear empleo de calidad, reducir las desigualdades y luchar contra la pobreza y la exclusión social. Necesitamos una convergencia europea social al alza, con reformas socialmente responsables basadas en la solidaridad, la integración social, la justicia social y una justa distribución de la riqueza.

La inversión en desarrollo social no debe ser simplemente un medio para mejorar el crecimiento económico, sino un fin en sí mismo. Necesitamos mayores inversiones en sistemas de protección social para combatir la pobreza y luchar contra las crecientes desigualdades.

Además se trata a la zona del euro como una sola economía que necesita una integración más profunda, con una dimensión social reforzada, mejores suelos de protección social y salarios mínimos, y un fuerte pilar de derechos sociales.

Por último, he apoyado este informe porque nos muestra la realidad de los datos y olvida la complacencia de la Comisión. Se está creando empleo, pero este es precario, con salarios indecentes, condiciones laborales injustas y puestos precarios. No existe mayor traición al modelo social que el hecho de que la pobreza laboral sea hoy en día uno de los principales problemas de Europa.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que la recuperación económica debe ser justa, crear empleo de calidad, reducir las desigualdades y luchar contra la pobreza y la exclusión social. Necesitamos una convergencia europea social al alza, con reformas socialmente responsables basadas en la solidaridad, la integración social, la justicia social y una justa distribución de la riqueza.

La inversión en desarrollo social no debe ser simplemente un medio para mejorar el crecimiento económico, sino un fin en sí mismo. Necesitamos mayores inversiones en sistemas de protección social para combatir la pobreza y luchar contra las crecientes desigualdades.

Además se trata a la zona del euro como una sola economía que necesita una integración más profunda, con una dimensión social reforzada, mejores suelos de protección social y salarios mínimos, y un fuerte pilar de derechos sociales.

Por último, he apoyado este informe porque nos muestra la realidad de los datos y olvida la complacencia de la Comisión. Se está creando empleo, pero este es precario, con salarios indecentes, condiciones laborales injustas y puestos precarios. No existe mayor traición al modelo social que el hecho de que la pobreza laboral sea hoy en día uno de los principales problemas de Europa.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione del PE sugli aspetti sociali e occupazionali del Semestre europeo perché ho sostenuto con vigore la posizione maturata all'interno della commissione EMPL, cui appartengo, di porre fine con decisione alle politiche economiche basate sull'austerità e su riforme di segno conservatore.

Il messaggio del PE alla Commissione europea focalizza l'attenzione su un nuovo paradigma: l'UE per uscire dalla situazione di crisi deve adottare politiche economiche volte a sostenere la domanda attraverso ingenti investimenti nel campo dell'innovazione, della formazione e delle risorse naturali efficienti, in grado di far ripartire la crescita, e assicurare un migliore ed efficiente utilizzo dei fondi europei esistenti (Fondo sociale e Fondo di coesione).

Ho sostenuto con vigore la necessità di politiche sociali inclusive perché l'accesso all'educazione e alla formazione per i lavoratori costituisce un'opportunità per la società. Parimenti ho condiviso l'invito agli Stati membri ad attuare e monitorare forme più efficaci e inclusive di sistemi di protezione sociale e sostegno al reddito, onde garantire un tenore di vita adeguato ai disoccupati e alle persone a rischio di povertà ed esclusione sociale, nonché a procedere a uno scambio delle migliori pratiche sull'efficacia di un reddito minimo in termini di riduzione delle diseguaglianze.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe mich beim Bericht über das Europäische Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Beschäftigungspolitische und soziale Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2016 enthalten. Der Bericht beleuchtet die aktuelle soziale Lage in Europa sehr umfassend, zieht in Teilen aber falsche und wenig gewinnbringende Schlüsse.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die soziale Entwicklung der Menschen, sozial verantwortungsvolle Strukturreformen sowie die Förderung des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts erachte ich unter beschäftigungspolitischen Aspekten für sinnvoll.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as quality jobs, equal opportunities and fair mobility are the basis for European upward social convergence. Socially responsible reforms must be based on solidarity, integration, social justice and fair wealth distribution.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report because it called on the unelected EU Commission to initiate new legislation monitoring the spending of taxpayers' money. The report calls for things like interfering with Member States' social protection, tax policies and tax rules, welcomes the EU Commission's initiative on the long-term unemployed, calls to enhance the Youth Guarantee Scheme, calls on the Commission and the Member States to work together on removing the obstacles to fair labour mobility and calls for better coordination of the European Semester, specifically for the Eurozone.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Aunque este informe sobre el Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento que envía la Comisión como parte del Semestre Europeo sobre aspectos sociales y relativos al empleo menciona tres indicadores sociales positivos desde mi punto de vista —tasa de actividad, el desempleo juvenil y el de larga duración en el Informe sobre el Mecanismo de Alerta 2016—, no deja de seguir la lógica «economicista» del Semestre Europeo e incidir en las recetas neoliberales para el dramático problema del empleo y la pobreza. Por ello, he votado en contra.

Son recurrentes conceptos que anteponen los beneficios económicos a la cantidad, calidad y dignidad en el empleo como: competitividad, productividad, espíritu empresarial, flexiseguridad, legislación sobre el sistema de derecho del trabajo, desregulación del mercado de trabajo, reducción de los impuestos y costes salariales, habilidades para impulsar la innovación y la competitividad, segmentación del mercado laboral y simplificación de la legislación de protección laboral (que afectaría entre otras cosas a los despidos improcedentes), etc. En los compromisos, tanto los aspectos más críticos con el proceso de Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento de manera global como las enmiendas más progresistas en aspectos concretos no han sido incorporados, lo que enfatiza mi negativa a apoyarlo.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que la recuperación económica debe ser justa, crear empleo de calidad, reducir las desigualdades y luchar contra la pobreza y la exclusión social. Necesitamos una convergencia europea social al alza, con reformas socialmente responsables basadas en la solidaridad, la integración social, la justicia social y una justa distribución de la riqueza.

La inversión en desarrollo social no debe ser simplemente un medio para mejorar el crecimiento económico, sino un fin en sí mismo. Necesitamos mayores inversiones en sistemas de protección social para combatir la pobreza y luchar contra las crecientes desigualdades.

Además se trata a la zona del euro como una sola economía que necesita una integración más profunda, con una dimensión social reforzada, mejores suelos de protección social y salarios mínimos, y un fuerte pilar de derechos sociales.

Por último, he apoyado este informe porque nos muestra la realidad de los datos y olvida la complacencia de la Comisión. Se está creando empleo, pero este es precario, con salarios indecentes, condiciones laborales injustas y puestos precarios. No existe mayor traición al modelo social que el hecho de que la pobreza laboral sea hoy en día uno de los principales problemas de Europa.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted against the report on European Semester for economic policy coordination on employment and social aspects, based on the same reasoning as for the Annual Growth Survey 2016 as a whole.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que la recuperación económica debe ser justa, crear empleo de calidad, reducir las desigualdades y luchar contra la pobreza y la exclusión social. Necesitamos una convergencia europea social al alza, con reformas socialmente responsables basadas en la solidaridad, la integración social, la justicia social y una justa distribución de la riqueza.

La inversión en desarrollo social no debe ser simplemente un medio para mejorar el crecimiento económico, sino un fin en sí mismo. Necesitamos mayores inversiones en sistemas de protección social para combatir la pobreza y luchar contra las crecientes desigualdades.

Además se trata a la zona del euro como una sola economía que necesita una integración más profunda, con una dimensión social reforzada, mejores suelos de protección social y salarios mínimos, y un fuerte pilar de derechos sociales.

Por último, he apoyado este informe porque nos muestra la realidad de los datos y olvida la complacencia de la Comisión. Se está creando empleo, pero este es precario, con salarios indecentes, condiciones laborales injustas y puestos precarios. No existe mayor traición al modelo social que el hecho de que la pobreza laboral sea hoy en día uno de los principales problemas de Europa.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), γραπτώς. – Η έκθεση υποστηρίζει από την αρχή μέχρι το τέλος της τις πολιτικές λιτότητας, τις οποίες προωθεί η Επιτροπή και οι κυρίαρχοι κύκλοι των Βρυξελλών. Αναφέρει πως η ανεργία μειώνεται, πως η κατάσταση μετά την κρίση σταθεροποιήθηκε και πως αυτό που χρειάζεται τώρα είναι η συνέχιση των πολιτικών που ήδη υπάρχουν.

Εμείς καταψηφίσαμε, όπως είναι εξάλλου και η πάγια γραμμή και της Ομάδας όταν πρόκειται για εκθέσεις του προϋπολογισμού και του ευρωπαϊκού εξαμήνου.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported the report on employment and social aspects of the AGS 2016. While the unemployment rate has been decreasing since the end of 2013 it is still too high in many Member States, affecting 23 million Europeans, about half of whom are long-term unemployed and with youth unemployment even higher still at 22.6%. According to the Commission, employment and social divergences within and between Member States persist and social developments point to further divergence across the EU, hindering growth, employment and cohesion. In this context it is crucial that further structural reforms are socially just and it is positive that the Commission has emphasised social fairness in the new national stability and reform programmes, adding three employment indicators. In particular I supported the call on the Commission and Member States to implement measures to improve job quality along with measures raising minimum wages to an adequate level in line with the principle of subsidiarity to reduce wage dispersion and on Member States to assess and increase investment in their current social protection systems, in order to tackle and prevent poverty and inequality while also ensuring their sustainability in the face of expected demographic, economic and new social challenges.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted for this report due to the fact that despite the economic priorities of the 2015 Annual Growth Survey remaining valid, policy efforts need to be strengthened and the Commission needs to focus efforts on three priorities for 2016, namely re-launching investment, pursuing structural reforms to modernise economies, and responsible fiscal policies. In 2016 three employment indicators have been added to the main scoreboard: the activity rate, long-term unemployment and youth unemployment.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der Parlamentsbericht ist die Antwort auf den von der Kommission im Herbst des letzten Jahres veröffentlichten Jahreswachstumsbericht. Dieser listet Wachstumsschwerpunkte für die kommenden Jahre auf. Der vom Parlament verabschiedete Text fordert weiterreichende staatliche Anstrengungen, um Wachstum zu schaffen. Der zur Erreichung dieses Zieles vorgeschlagene Instrumentenmix ist aus meiner Sicht dafür allerdings nur bedingt geeignet.

Die öffentliche Nachfrage wird in klassischer keynesianischer Manier als Allzweckwaffe verkauft, und ihr wird ein abstrakter, völlig überhöhter und unrealistischer Stellenwert eingeräumt. Der Bericht fordert zudem weitere Ausnahmen vom Stabilitäts- und Wachstumspakt und will diesen für politische opportune Ziele weiter aufweichen. ALFA ist der Auffassung, dass Regeln insbesondere auch von der Politik befolgt werden müssen und nicht beliebig interpretiert und verwässert werden dürfen. Wir sind entschieden gegen weitere Ausnahmen vom SWP. Deswegen habe ich gegen den Bericht gestimmt. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwist und Zwietracht in Europa.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A néppárti álláspontot követve szavazatommal támogattam a Ribeiro-jelentést. A jelentés kiemeli, hogy a következő 10–15 évben a világgazdasági növekedés 90%-a az EU-n kívül fog bekövetkezni. Ezért, álláspontom szerint, új megoldásokra és megközelítésekre lesz szükség.

A feketefoglalkoztatás elleni küzdelem és a nagyobb gazdasági növekedés érdekében számos olyan módosító javaslatot sikerült a bizottsági munka során elfogadtatni, amelyek az eddigi, Magyarországon is követett jó gyakorlatokon alapulnak.

Mint ismert, ma 23 millió munkanélküli van az Unióban. A vállalkozások közel 40%-a nem talál megfelelően képzett munkaerőt, miközben még mindig magas az állami és magánadósság az uniós országokban. Csak kevés ország mondhatja el magáról, hogy érdemi és hatékony erőfeszítéseket tett mindezek megváltoztatására.

Magyarország az elmúlt években sokat tett a gazdaság kifehérítése érdekében. A korábbi tendenciával ellentétben az államadósság és a lakossági devizaadósság elleni harcban is jelentős eredmények születtek. A munkára épülő és munkahelyi (duális) képzések fejlesztése, a foglalkoztatási szint emelése, a gyermekkori nevelési és gondozási, étkeztetési programok kibővítése, valamint a különböző célcsoportok (fiatalok, idősebbek, nők) foglalkoztatásának javítása érdekében is hatékony intézkedések születtek. Ez pedig összhangban van a jelentés ajánlásaival.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report because it called on the unelected EU Commission to initiate new legislation monitoring the spending of taxpayers' money. The report calls for things like interfering with Member States' social protection, tax policies and tax rules, welcomes the EU Commission's initiative on the long-term unemployed, calls to enhance the Youth Guarantee Scheme, calls on the Commission and the Member States to work together on removing the obstacles to fair labour mobility and calls for better coordination of the European Semester, specifically for the Eurozone.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – This report specifically calls for more access to affordable childcare. Just yesterday the Scottish Parliament approved the coming year's Scottish budget which includes a commitment to 1 140 hours free childcare for three and four year olds. The Scottish Government is working to keep Scotland in the European mainstream and I welcome today's report.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The annual growth survey launches the European Semester by setting out the EU's economic priorities for the year to come. This is actually the first step in the annual cycle. In this report, specific recommendations for the euro area are included for the first time. I believe that reforms must be based on solidarity, social justice and fair wealth distribution. I voted in favour of this report.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam PROTIV prijedloga rezolucije Europskog parlamenta o Europskom semestru za usklađivanje ekonomske politike: aspekti zapošljavanja i socijalne politike u Godišnjem pregledu rasta za 2016., zbog toga što smatram da su potrebna veća ulaganja u društveni razvoj u vidu jačanja konvergencije.

Također, potrebna su veća ulaganja u obrazovanje i edukacije, a posebno u digitalne vještine, dok se sve većoj dugotrajnoj nezaposlenosti diljem Europe treba pristupiti konkretnim i ciljanim mjerama. Slijedio sam stav ALDE grupe koji je bio da se glasaše PROTIV ovog prijedloga rezolucije.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Les recommandations du rapport sont déconcertantes: il demande le développement des compétences et aptitudes avec des formations, il soutient une lutte contre le travail non-déclaré et promeut la flexicurité (qui se traduit généralement par de la précarité), il entend moderniser les systèmes sociaux afin de faire face au vieillissement et ne manque pas de s'interroger sur les faibles taux de fécondité en Europe. Outre ces considérations, nous nous opposons fermement à l'existence même de ce Semestre Européen car il n'est qu'un outil permettant à la Commission Européenne d'évaluer et de juger le travail des Etats-membres. Quant aux recommandations spécifiques par pays, elles ne sont qu'une façon supplémentaire pour la Commission Européenne de s'immiscer dans le fonctionnement des pays.

J'ai voté contre ce texte.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report because it called on the unelected EU Commission to initiate new legislation monitoring the spending of taxpayers' money. The report calls for things like interfering with Member States' social protection, tax policies and tax rules, welcomes the EU Commission's initiative on the long-term unemployed, calls to enhance the Youth Guarantee Scheme, calls on the Commission and the Member States to work together on removing the obstacles to fair labour mobility and calls for better coordination of the European Semester, specifically for the Eurozone.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Sofia Ribeiro sur l'emploi et les aspects sociaux dans le cadre de l'examen annuel de la croissance 2016. Depuis cette année la Commission a intégré trois nouveaux indicateurs pour mesurer plus précisément les déséquilibres macro-économiques afin de mieux lutter contre le chômage. La Commission a ainsi formulé des ambitions conséquentes pour l'emploi et la croissance qui doivent être encore consolidées et renforcées par des actions politiques. J'ai soutenu ce rapport qui abonde en ce sens.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Suivant l'examen annuel de la croissance, la Commission a proposé un certain nombre de priorités concernant l'emploi et les aspects sociaux dans le cadre de l'examen annuel de la croissance pour 2016. Le niveau de chômage restant encore très important dans l'Union européenne et particulièrement chez les jeunes, il est important que les États membres investissent dans la formation et l'éducation et respectent les engagements qu'ils ont pris dans le cadre de l'Europe 2020. Le fait que la Commission affiche des objectifs conséquents en matière d'équité sociale et d'emploi est une bonne chose. J'ai donc voté en faveur de ce rapport qui va dans le sens des propositions de la Commission.

Barbara Kappel (ENF), schriftlich. – Ich enthalte mich zu diesem Vorschlag. Er sieht zwar eine Differenzierung zwischen den Aufgabenbereichen vor, die auf europäische und nationale Verantwortungsebenen entfallen, enthält jedoch die Forderung nach einer vermehrten Einflussnahme der Beamten des Europäischen Semesters, was in direktem Widerspruch zu wichtigen Maßnahmen wie der Forderung nach mehr demokratischer Mitsprache steht.

Afzal Khan (S&D), in writing. – I voted in favour of the report. Quality jobs, equal opportunities and fair mobility are the basis for European upward social convergence. Socially responsible reforms must be based on solidarity, integration, social justice and fair wealth distribution.

Bernd Kölmel (ECR), schriftlich. – Der Ribeiro-Bericht behandelt soziale und arbeitsmarktpolitische Aspekte im Rahmen des Jahreswachstumsberichtes des Europäischen Semesters. Grundlegend problematisch ist, dass die EU nach wie vor nicht bereit ist, die durch den Euro verursachten Anpassungsschwierigkeiten anzuerkennen; sie legt daher weiterhin ihren Fokus auf die Bekämpfung von Symptomen. Aber auch bei der Bekämpfung der Symptome könnte man hilfreiche Politik machen. In Teilen ist es der EKR gelungen, dem Ansinnen der Zentralisierung von Politik und Verantwortlichkeiten entgegenzuwirken, aber dies ist nicht ausreichend. Beispielhaft wird im Bericht vorgeschlagen, 20 % der Mittel des Europäischen Sozialfonds für soziale Anliegen und Armutsbekämpfung festzuschreiben und so den Mitgliedstaaten Entscheidungsspielräume zu nehmen; es soll im Weiteren auf EU-Ebene ein Konzept der „sozialen Fairness“ entwickelt werden; schließlich wird die Kommission dazu aufgefordert, eine Initiative für Mindestlöhne einzuleiten.

Im Sinne der Subsidiarität und Eigenverantwortlichkeit habe ich mich dazu entschlossen, den Bericht abzulehnen.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), písemně. – Domnívám se, že evropský semestr je obecně nastaven špatně a ani toto usnesení nemohlo změnit fakt, že se orientuje primárně na oblast konkurenceschopnosti, jednotnou fiskální politiku, eurozónu a do značné míry ignoruje otázky sociální. Usnesení Evropského parlamentu ze dne 25. února 2016 o evropském semestru pro koordinaci hospodářských politik: hledisko zaměstnanosti a sociální hledisko v roční analýze růstu na rok 2016 je sice primárně o otázkách sociálních, ale prostě není v jeho silách přeměnit evropský semestr tak, aby se sociálním skutečně stal.

Ádám Kósa (PPE), írásban. – A néppárti álláspontot követve szavazatommal támogattam a Ribeiro-jelentést. A jelentés kiemeli, hogy a következő 10–15 évben a világgazdasági növekedés 90%-a az EU-n kívül fog következni. Ezért – álláspontom szerint – új megoldásokra és megközelítésekre lesz szükség.

A feketefoglalkoztatás elleni küzdelem és a nagyobb gazdasági növekedés érdekében számos olyan módosító javaslatot sikerült a bizottsági munka során elfogadtatni, amelyek az eddigi, Magyarországon is követett jó gyakorlatokon is alapulnak.

Mint ismert, ma 23 millió munkanélküli van az Unióban, a vállalkozások közel 40%-a nem talál megfelelően képzett munkaerőt, miközben még mindig magasak az állami és magánadósságok az uniós országokban – és csak kevés ország mondhatja el magáról, hogy érdemi és hatékony erőfeszítéseket tett mindezek megváltoztatására.

Magyarország az elmúlt években sokat tett a gazdaság kifehérítése érdekében. A korábbi trendeket megtörve az államadósság és a lakossági devizaadósság elleni harcban is jelentős eredmények születtek. A munkára épülő és munkahelyi (duális) képzések fejlesztése, a foglalkoztatási szint emelése, a gyermekkori nevelési és gondozási, étkeztetési programok kibővítése, valamint a különböző célcsoportok (fiatalok, idősebbek, nők) foglalkoztatásának javítása érdekében is születtek hatékony intézkedések, különös tekintettel az adókedvezmények alkalmazását a munkaerő-piaci intézkedések során, összhangban a jelentés ajánlásaival.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), in writing. – The aim of this report is economy policy coordination. This means deepening of EMU governance for more stability and convergence, and improving Parliament's role in decision-making on the European Semester's priorities and recommendations. However, I voted against the report since the proposed policy mix does not take into consideration the issue of rising poverty, inequalities and social exclusion in the EU.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Come si evince da dati statistici, il tasso di disoccupazione è in lieve diminuzione dal secondo semestre 2013, ma non in maniera sufficiente da ridurre la disoccupazione e la povertà. I dati ci parlano di una ripresa economica diseguale, accompagnata da divergenze occupazionali e sociali all'interno degli Stati membri.

La riduzione della disoccupazione è oggi il nostro primo obiettivo e ad esso, insieme alla crescita economica, sono mirate le politiche messe in atto a livello europeo e nazionale. La relazione affronta anche il problema del lavoro sommerso, che priva i lavoratori dei loro diritti sociali e occupazionali. Tutto ciò è per me inaccettabile.

Credo che le politiche messe in atto sino ad oggi daranno i loro frutti, e tra queste il Fondo europeo per gli investimenti strategici (FEIS) dovrà consentire importanti investimenti con la partecipazione di circa 71 000 PMI. Investire nelle persone, attuare riforme strutturali e rilanciare la crescita sostenibile sono ottimi punti di partenza, che condivido pienamente, ed è per tale ragione che ho deciso di votare a favore della presente relazione. Ovviamente dobbiamo fare di più, ma siamo intenzionati ad andare in questa direzione.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur le semestre européen pour la coordination des politiques économiques en ce qui concerne l'emploi et les aspects sociaux dans le cadre de l'examen annuel de la croissance 2016. Les recommandations du rapport sont d'une platitude à pleurer: il demande le développement des compétences et des aptitudes avec des formations, que l'on lutte contre le travail non déclaré, que l'on promeuve la flexicurité (qui se traduit en général par la précarité), que l'on modernise les systèmes sociaux pour faire face au vieillissement, que l'on s'interroge sur les faibles taux de fécondité en Europe... Fondamentalement, outre l'inutilité flagrante de ce rapport, je m'oppose à l'existence même de ce semestre: il n'est qu'un outil permettant à la Commission d'évaluer et de juger le travail des États membres. Quant aux recommandations spécifiques par pays, elles ne sont qu'une façon supplémentaire pour la Commission afin de s'ingérer dans le fonctionnement des pays.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il se borne d'une part à énumérer des évidences (il faut lutter contre le travail non déclaré, etc.), d'autre part à chanter les louanges du Semestre Européen qui n'est rien d'autre qu'un instrument destiné à faciliter l'ingérence de la Commission dans les politiques nationales.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que la recuperación económica debe ser justa, crear empleo de calidad, reducir las desigualdades y luchar contra la pobreza y la exclusión social. Necesitamos una convergencia europea social al alza, con reformas socialmente responsables basadas en la solidaridad, la integración social, la justicia social y una justa distribución de la riqueza.

La inversión en desarrollo social no debe ser simplemente un medio para mejorar el crecimiento económico, sino un fin en sí mismo. Necesitamos mayores inversiones en sistemas de protección social para combatir la pobreza y luchar contra las crecientes desigualdades.

Además se trata a la zona del euro como una sola economía que necesita una integración más profunda, con una dimensión social reforzada, mejores suelos de protección social y salarios mínimos, y un fuerte pilar de derechos sociales.

Por último, he apoyado este informe porque nos muestra la realidad de los datos y olvida la complacencia de la Comisión. Se está creando empleo, pero este es precario, con salarios indecentes, condiciones laborales injustas y puestos precarios. No existe mayor traición al modelo social que el hecho de que la pobreza laboral sea hoy en día uno de los principales problemas de Europa.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que la recuperación económica debe ser justa, crear empleo de calidad, reducir las desigualdades y luchar contra la pobreza y la exclusión social. Necesitamos una convergencia europea social al alza, con reformas socialmente responsables basadas en la solidaridad, la integración social, la justicia social y una justa distribución de la riqueza.

La inversión en desarrollo social no debe ser simplemente un medio para mejorar el crecimiento económico, sino un fin en sí mismo. Necesitamos mayores inversiones en sistemas de protección social para combatir la pobreza y luchar contra las crecientes desigualdades.

Además se trata a la zona del euro como una sola economía que necesita una integración más profunda, con una dimensión social reforzada, mejores suelos de protección social y salarios mínimos, y un fuerte pilar de derechos sociales.

Por último, he apoyado este informe porque nos muestra la realidad de los datos y olvida la complacencia de la Comisión. Se está creando empleo, pero este es precario, con salarios indecentes, condiciones laborales injustas y puestos precarios. No existe mayor traición al modelo social que el hecho de que la pobreza laboral sea hoy en día uno de los principales problemas de Europa.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Las tímidas reformas sociales propuestas en este informe son incompatibles, en la práctica, con un marco económico cuyos principios rectores seguirán siendo las políticas económicas neoliberales, a las que sirven como mecanismo de legitimización. Por ello, he votado en contra.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Ribeiro-Bericht behandelt soziale und arbeitsmarktpolitische Aspekte im Rahmen des Jahreswachstumsberichtes des Europäischen Semesters. Grundlegend problematisch ist, dass die EU nach wie vor nicht bereit ist, die durch den Euro verursachten Anpassungsschwierigkeiten anzuerkennen, und weiterhin ihren Fokus auf die Bekämpfung von Symptomen legt. Aber auch bei der Bekämpfung der Symptome könnte man hilfreiche Politik machen. In Teilen ist es der EKR gelungen, dem Ansinnen der Zentralisierung von Politik und Verantwortlichkeiten entgegenzuwirken, aber es ist nicht ausreichend gelungen. Beispielhaft wird im Report vorgeschlagen, 20 % der Mittel des Europäischen Sozialfonds für soziale Anliegen und Armutsbekämpfung festzuschreiben und so den Mitgliedstaaten Entscheidungsspielräume zu nehmen, es soll auf EU-Ebene ein Konzept der „sozialen Fairness“ entwickelt werden, oder es wird die Kommission aufgefordert, eine Initiative für Mindestlöhne einzuleiten.

Im Sinne der Subsidiarität und Eigenverantwortlichkeit habe ich mich entschlossen, den Bericht abzulehnen.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti této zprávě, zejména proti bodu 19: „Evropský parlament se domnívá, že mzdový rozptyl zvyšuje nerovnost a škodí produktivitě a konkurenceschopnosti podniků; vyzývá Komisi a členské státy, aby prováděly opatření ke zlepšení kvality pracovních míst s cílem omezit segmentaci trhu práce v kombinaci s opatřeními ke zvýšení minimálních mezd na odpovídající úroveň v souladu se zásadou subsidiarity a k posílení kolektivního vyjednávání a postavení pracovníků v systémech stanovování mezd, s cílem snížit mzdový rozptyl; je přesvědčen, že to vše by mělo být provedeno s cílem podpořit celkovou poptávku a hospodářské oživení, snížit mzdové nerovnosti a bojovat proti chudobě pracujících.“ Nic z toho není záležitost pro Evropský parlament nebo Evropskou komisi. Vládní zásahy mohou situaci na volném trhu vždy jedině zhoršit.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Prema zadnjim ekonomskim prognozama Komisije razina nezaposlenosti u 2015. iznosila je 9,5 posto što je najmanja stopa u Europskoj uniji od početka krize.

Međutim, stopa dugotrajne nezaposlenosti i nezaposlenost mladih i dalje je visoka te su nam potrebne odlučnije i učinkovitije mjere na razini država članica kako bi se ti problemi riješili.

Potrebno je provesti učinkovite strukturne reforme na području tržišta rada, obrazovanja te financijski poticati cjeloživotno učenje, nove vještine i inovacije. Uz to, potrebno je i bolje korištenje instrumenata koji su nam na raspolaganju, poput Garancije za mlade. Smatram kako su to ključni koraci za smanjivanje dugotrajne stope nezaposlenosti, posebno mladih, stoga sam podržala prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o Europskom semestru za usklađivanje ekonomske politike i aspektima zapošljavanja i socijalne politike u Godišnjem pregledu rasta za 2016.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – L'examen annuel de la croissance lance le semestre européen en énonçant les priorités économiques générales de l'Union pour l'année à venir. Il est la première étape dans le cycle annuel. Le rapport conjoint sur l'emploi annexé à celui-ci, évalue la situation sociale et de l'emploi dans l'Union.

Ce rapport d'initiative contient de nombreuses propositions progressistes importantes comme la lutte contre le dumping social indispensable en Europe, notamment par l'instauration d'un salaire minimum dans tous les États membres de l'Union.

Ce texte appelle par ailleurs les États membres à investir davantage dans les systèmes de protection sociale afin de prévenir la pauvreté et les inégalités. Il porte aussi l'accent sur l'investissement dans l'éducation et le renforcement de la garantie jeunesse pour lutter contre le chômage des jeunes.

Ce rapport d'initiative fait clairement la promotion de réformes en matière d'emploi basées sur la solidarité, l'intégration, la justice sociale et une répartition équitable de la richesse; je vote donc en faveur de ce texte.

Νότης Μαριάς (ECR), γραπτώς. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο για τον συντονισμό των οικονομικών πολιτικών: απασχόληση και κοινωνικές πτυχές στην ετήσια επισκόπηση της ανάπτυξης για το 2016, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 24/2/2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Marian-Jean Marinescu (PPE), în scris. – Am votat pentru rezoluția referitoare la semestrul european pentru coordonarea politicilor economice - ocuparea forței de muncă. Statele membre trebuie să dezvolte de urgență politici privind ocuparea forței de muncă în rândul tinerilor, adaptându-le în funcție de cerințele reale de pe piața muncii.

Comisia trebuie să vină cu un plan concret de coordonare a întreprinderilor, instituțiilor de învățământ, a societății civile și a partenerilor sociali, în vederea adaptării sistemelor de educație și de formare ale statelor membre și a corelării competențelor la nivel UE.

Există aproape 2 milioane de posturi neocupate în UE, dintre care jumătate în sectorul digital, iar 40 % dintre societăți prezintă dificultăți în a găsi personal cu competențele necesare. Pe de altă parte, rata șomajului la nivelul UE este de 23 % în rândul tinerilor. Europa trebuie să găsească soluții pentru a folosi acești tineri pe piața muncii. Comisia trebuie să încurajeze programele educaționale și de formare pentru a evita situația gravă în care acești tineri să fie excluși pe termen lung de pe piața muncii. Garanția pentru tineret este o propunere bună, în special pentru că facilitează tranziția între școală și locul de muncă. Aplicarea uniformă și eficientizarea acesteia în toate statele membre sunt imperative.

Dominique Martin (ENF), par écrit. – J'ai voté contre ce texte. Ce rapport est d'une platitude à pleurer: il demande le développement des compétences et des aptitudes par des formations, que l'on lutte contre le travail non déclaré, que l'on promeuve la flexisécurité (qui se traduit en général par de la précarité), que l'on modernise les systèmes sociaux pour faire face au vieillissement, que l'on s'interroge sur les faibles taux de fécondité en Europe...

Outre l'inutilité flagrante de ce rapport, nous nous opposons à l'existence même de ce semestre: il n'est qu'un outil permettant à la Commission d'évaluer et de juger le travail des Etats membres. Quant aux recommandations spécifiques par pays, elles ne sont qu'un moyen supplémentaire pour s'ingérer dans le fonctionnement des pays. Enfin ce Semestre n'existe que pour permettre la réalisation des objectifs de la Stratégie 2020, stratégie de l'UE à laquelle nous nous opposons fermement.

Fulvio Martusciello (PPE), per iscritto. – Sono a favore della relazione sul Semestre europeo per il coordinamento delle politiche economiche: analisi annuale della crescita 2016.

Varie e di importanza notevole le priorità strategiche cui si sta facendo riferimento: una ripresa economica ancora debole e disomogenea, tassi di crescita che rimangono bassi, disoccupazione, crisi oltre che ciclica anche strutturale, elusione ed evasione fiscale.

Il pacchetto che viene proposto è positivo e sottolinea l'importanza di effettuare sforzi sinergici.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), písemně. – Dnes jsme hlasovali o zprávě, která se zabývá evropským semestrem pro koordinaci hospodářských politik a roční analýzou růstu na rok 2016. Dlouhodobě jsme proti tomu, jak je projekt evropského semestru v současnosti nastaven. Orientuje se pouze na oblast konkurenceschopnosti a jednotné fiskální politiky, přičemž opomíjí priority, jako je snižování chudoby, boj s nezaměstnaností a sociálním vyloučením. V předloženém dokumentu je sice pro mě řada pozitivních prvků, jako je nutnost strukturálních reforem, dodržování rozpočtové kázně a zvyšování investic v EU, nicméně zůstávám i nadále přesvědčen, že jednotná fiskální politika tak, jak ji návrh dokumentu vyžaduje, nepředstavuje s ohledem na specifika jednotlivých členských států v ekonomické oblasti žádné dlouhodobě pozitivní řešení. Proto jsem v konečném hlasování hlasoval proti zprávě.

Marisa Matias (GUE/NGL), por escrito. – Este relatório pretende responder à proposta da Comissão sobre a Análise Anual do Crescimento 2016, no que diz respeito aos aspetos sociais e relativos ao emprego.

Ora, nem a proposta da Comissão nem a da relatora pretendem efetivamente a criação de empregos com qualidade e o seu crescimento sustentável.

Basear a criação de emprego na redução dos custos do trabalho, nomeadamente através dos impostos, da segmentação do mercado de trabalho e da simplificação da legislação laboral – ou seja, simplificação dos despedimentos – só vai aumentar a instabilidade e a precariedade laboral e aumentar os níveis de pobreza.

Precisamos de uma política de investimento estratégica na educação e na investigação, de medidas que apoiem o emprego jovem e que combatam a sua exclusão, de sistemas de proteção social que sejam seguros e de estratégias de investimento que fomentem a criação de emprego com qualidade. Só assim podemos entrar numa rota de crescimento sustentável.

Votei contra.

Gabriel Mato (PPE), por escrito. – En la Unión Europea debemos seguir invirtiendo en avances sociales para garantizar que se logra un desarrollo económico sostenible e integrador. En este objetivo incidimos en el informe que hemos aprobado, con mi apoyo, en el Parlamento Europeo sobre el Semestre Europeo para la coordinación de las políticas económicas: aspectos sociales y relativos al empleo del Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento 2016.

Espero que las recomendaciones y peticiones que aquí apuntamos sean tenidas en cuenta a la hora de impulsar medidas que ayuden a crecer de forma más igualitaria en Europa, sin dejarnos a nadie por el camino.

Valentinas Mazuronis (ALDE), raštu. – Pranešime aptariamai aktualiausi užimtumo ir socialiniai iššūkiai, su kuriais šiuo metu susiduria valstybės narės. Atkreipiamas dėmesys į priemonės, kurias reikia tobulinti ar stiprinti sprendžiant problemas, susijusias su skurdu ir socialine atskirtimi, senėjančia visuomene, didžiuliu jaunų žmonių nedarbo lygiu, nepakankamai efektyviomis sveikatos ir ilgalaikės priežiūros sistemomis.

Pritariu pranešime įtvirtintoms nuostatomis, jog valstybės narės turėtų nuosekliau ir atsakingiau vystyti savo socialinės apsaugos politiką, kad būtų pajėgios atlaikyti tikėtinus demografinius, ekonominius iššūkius bei pagerinti savo ekonomikų atsparumą krizių laikotarpiui.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), par écrit. – Ce rapport d'initiative du Parlement amende la communication de la Commission sur «l'Examen annuel de la croissance 2016: consolider la reprise et la convergence». Le texte de la Commission insiste comme toujours sur la compétitivité, l'esprit d'entreprise et la réduction de la charge fiscale. Il vise également à défendre les politiques entreprises arguant par exemple que «le chômage est en baisse depuis 2013 grâce à des politiques macroéconomiques favorables et à l'impact des réformes structurelles». Ou encore en se «réjouissant des résultats obtenus par l'EFSI au cours de sa première année de mise en œuvre». Si le Parlement propose de prendre en compte de nouveau indicateurs sociaux comme le taux d'activité, le chômage des jeunes et le chômage de longue durée, le texte n'en reste pas moins une litanie libérale et dogmatique. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Si l'état des lieux entrepris est assez évident dans ce rapport-ci, les recommandations sont tout autant d'une simplicité lancinante. Il s'agit d'une longue plainte sur nos angoisses économiques actuelles, lesquelles malheureusement ne sauraient disparaître par l'intercession de l'idéologie européenne. Ce rapport ne laisse aucun doute sur son inutilité. Je m'oppose au principe de ce semestre européen, qui n'a de raison d'être que pour parvenir aux objectifs du programme «Europe 2020».

J'ai, en conséquence, voté contre ce texte.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto favorável ao relatório sobre o Semestre Europeu para a coordenação das políticas económicas numa ótica de análise direcionada para os aspetos sociais e de emprego.

Melhores e mais opções que invistam e promovam o crescimento do emprego de forma sustentada e responsável são fundamentais.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this resolution which is in sync with the Commission's priorities for 2016: investment in citizens and using structural reforms to modernise our economies in a fiscally sound manner.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on the European Semester for economic policy coordination: employment and social aspects in the Annual Growth Survey 2016, because I believe that the EU can no longer rely on exports with the slowdown of the world economy and it needs to rely much more on internal demand and more private and public investment. However, there are some sensitive points and I believe should remain an issue of the national competences.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – The priorities set out by the Commission in the Annual Growth Survey 2016 address openly the shortcomings of the European economy and bring out a fresh policy mix fostering investment in the single market and reducing inequalities. Given the tensions between Member States nurtured by people's mobility within EU and the huge immigration waves coming from war zones, I fully support the focus laid out this year on employment and social performance.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Foglalkoztatási és Szociális Bizottságnak az előző pontban említett bizottsági közleményhez fűzött jelentése is megállapítja, hogy a gazdaság növekszik ugyan, de meglehetősen egyenetlenül, a munkanélküliség pedig, bár csökken, de nem elég gyorsan ahhoz, hogy féken tartsa a munkanélküliséget és a szegénységet. Sürgeti, hogy a tagországok oktatási és képzési rendszerei jobban illeszkedjenek a strukturális munkaerőhiány elleni küzdelemhez, különösen fontosnak ítélve a digitális készségek széles körű oktatását. Rámutat, hogy az ifjúsági garanciát sok tagállamban nem hajtják végre, szükségesnek tartja annak tagállami, regionális és helyi szintű erősítését. Aggasztónak tartja a több mint 12 millió tartósan munkanélküli európai helyzetét, és problémájuk megoldása érdekében elengedhetetlennek tartja a személyre szabott megközelítést. A jelentést megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport fait suite à l'étude annuelle de la Croissance publiée par le Commission. Il se concentre sur la partie «emploi et social» du Semestre européen et dresse un bilan.

De façon évidente, ce rapport se félicite des évaluations de la Commission européenne et de ses recommandations. Ensuite, le rapport liste un ensemble de constats évidents: une mini baisse du chômage est constatée en Europe mais les taux de chômage des jeunes et des seniors restent trop élevés, la main d'œuvre européenne manque cruellement de qualifications, il y a trop de travail non déclaré, les dettes publiques des États membres ne cessent d'augmenter... Et les recommandations qui font suite à ces constats sont: le développement des compétences et des aptitudes avec des formations, la lutte contre le travail non déclaré, la promotion de la flexicurité (qui se traduit en général par de la précarité), la modernisation les systèmes sociaux pour faire face au vieillissement, et une étude sur les faibles taux de fécondité en Europe...

Nous nous opposons donc à ce rapport qui est d'une grande inutilité et qui n'est qu'un outil permettant à la Commission de s'ingérer dans le fonctionnement des États membres.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Je m'oppose à l'existence même de ce semestre: il n'est qu'un outil permettant à la Commission d'évaluer et de juger le travail des Etats-membres. Quant aux recommandations spécifiques par pays, elles ne sont qu'une façon supplémentaire pour la Commission de s'ingérer dans le fonctionnement des pays. C'est pourquoi j'ai voté contre.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Con l'approvazione di questa relazione, intendiamo sottolineare il fatto che la Commissione, nell'analisi annuale della crescita, ha posto al centro della ripresa economica europea il tema dell'equità sociale. Occupazione di qualità e inclusiva ne costituiscono un pilastro essenziale, in grado di promuovere la dignità umana per tutti.

Esprimiamo forte preoccupazione per l'impatto sociale delle politiche di aggiustamento di bilancio che si concentrano sui tagli della spesa. Le riforme socialmente responsabili devono invece basarsi sulla solidarietà, l'integrazione, la giustizia sociale e un'equa distribuzione della ricchezza – un modello che garantisce uguaglianza e tutela sociale, protegge i gruppi vulnerabili e innalza il tenore di vita di tutti i cittadini.

Incoraggiamo quindi gli Stati membri ad incrementare gli sforzi volti a eliminare il divario retributivo di genere, ad adottare misure più attive per rafforzare la partecipazione delle donne al mercato del lavoro. Invitiamo gli Stati membri e la Commissione, in linea con il principio di sussidiarietà e con il concorso delle parti sociali, a promuovere politiche in favore delle famiglie, disposizioni adeguate in materia di congedo di maternità e di paternità, nonché nuove previsioni volte a favorire l'accesso all'assistenza all'infanzia. Solo così potremo conseguire un equilibrio migliore tra vita professionale e vita privata.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Mi sono espressa favorevolmente alla relazione Riberio che si occupa dell'aspetto sociale e occupazionale del Semestre europeo 2016. Gli aspetti chiave della relazione sono le riforme strutturali sociali e responsabili, il potenziamento della crescita sostenibile attraverso gli investimenti, un miglior utilizzo dei fondi europei per favorire la coesione sociale e geografica, l'inclusione sociale quale sfida per la società.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Annual Growth Survey sets out goals at EU level to help Member States support growth, reinforce economic convergence, create jobs and strengthen social fairness. I voted for this report by the Committee on Employment and Social Affairs that shows Parliament's input to the definition of policy priorities for the 2016 European Semester. This report should stimulate debates at European level on the priorities for the next 12 months of European economic policy.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Při konečném hlasování jsem se zdržel, mimo jiné proto, že v textu zůstala pasáž vyzývající Komisi a členské státy, aby prováděly opatření ke zvýšení minimálních mezd. Obávám se, že je to namířeno proti konkurenci na vnitřním trhu a mohlo by to vyústit ve sjednocování legislativy členských států v mzdové oblasti, kterou nepovažuji za ekonomicky žádoucí. Vzhledem k tomu, že se členské státy vyznačují rozdílnou ekonomickou úrovní, měli bychom respektovat i rozdílnou mzdovou úroveň. Vadí mi také výzva Komisi a členským státům, aby zvýšily úsilí o vyřešení problému sociálního a mzdového dumpingu v EU. V této výzvě opět spatřuji skrytou snahu omezit soutěž na vnitřním trhu a odstranit konkurenční výhody nových členských států cestou umělých legislativních zásahů.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich hätte mich bei diesem Vorschlag meiner Stimme enthalten. Er unterscheidet zwar Aufgaben, die auf europäische und nationale Verantwortungsebenen entfallen, daneben ist aber auch die Forderung nach einer vermehrten Einflussnahme der Beamten des Europäischen Semesters vertreten.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative concerne la communication de la Commission du 26 novembre 2015 intitulée «Examen annuel de la croissance 2016: consolider la reprise et la convergence», portant entre autres sur la compétitivité, la productivité, l'esprit d'entreprise, la flexicurité, la réduction d'impôts sur les salaires, ou la législation sur le système de droit du travail. Le rapport vise à pallier au taux de chômage dans l'UE et aux écarts de rémunération entre les sexes, qui restent encore beaucoup trop importants. Cependant, malgré les nombreuses déclarations contenues dans ce texte, aucune solution concrète n'est apportée, j'ai donc voté contre ce rapport.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult.* – Ei toetanud. Tööhõive- ja sotsiaalolukord Euroopas on küll aeglaselt paranenud, aga sellegipoolest on vaja kasutusele võtta rohkem meetmeid, et vähendada tööturu jäikust ning uuendada sotsiaalkaitset ja pensionisüsteeme.

Pier Antonio Panzeri (S&D), *per iscritto.* – Ho deciso di votare a favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo sul semestre europeo per il coordinamento delle politiche economiche: occupazione e aspetti sociali nell'analisi annuale della crescita 2016, in quanto ritengo prioritario il tema dello sviluppo sociale, un tema che riporta al centro della nostra agenda politica i cittadini europei. Infatti, le nostre politiche economiche non possono prescindere da considerazioni comuni sull'occupazione, sull'equità sociale, sul problema della povertà e su altri aspetti sociali fondamentali.

Date le condizioni economiche attuali, l'Unione europea necessita di riforme strutturali di tipo sociale e responsabile perché, al momento, l'impatto sociale delle politiche di aggiustamento dei bilanci, fatte prevalentemente di tagli alla spesa, è ai limiti del sostenibile. Le nuove riforme devono quindi partire dal livello sociale per creare un modello che garantisca, attraverso maggiori investimenti e un migliore utilizzo dei fondi, crescita sostenibile, uguaglianza, tutela per i gruppi vulnerabili e, in generale, benessere per i cittadini. Infine, dare delle risposte concrete su questi temi è cruciale anche per garantire maggiore legittimità politica alle istituzioni europee e, nello specifico, al Parlamento europeo.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς.* – Οι εκθέσεις του Ευρωκοινοβουλίου για το «ευρωπαϊκό εξάμηνο», το μηχανισμό επιβολής «μνημονίων διαρκείας» σε όλα τα κράτη μέλη της ΕΕ, αποδεικνύουν την προσήλωση του πολιτικού προσωπικού των μονοπωλίων στους στόχους του: μέτρα για τη διαρκή μείωση της τιμής της εργατικής δύναμης παντού για να ανακάμψει η κερδοφορία των επιχειρηματικών ομίλων, να έρθει η καπιταλιστική ανάπτυξη που μέχρι τώρα φαίνεται αναμικτή, αβέβαιη και εύθραυστη.

Γι' αυτό απαιτούν από τις αστικές κυβερνήσεις την απαρέγκλιτη εφαρμογή των «συστάσεων ανά χώρα», των αντιλαϊκών δηλαδή μέτρων που καταστρώνουν τα όργανα της ΕΕ. Για να αντιμετωπίσουν τη λαϊκή αγανάκτηση επιχειρούν να ντύσουν όλη τη διαδικασία του εξάμηνου και της «ενισχυμένης οικονομικής διακυβέρνησης» δήθεν με «κοινωνικές πτυχές» και «κοινωνική ευαισθησία», αλλά δεν καταφέρνουν ούτε ευχολόγια να διατυπώσουν, προδίδοντας την εχθρότητά τους για τα εργατικά-λαϊκά δικαιώματα.

Το εξάμηνο και όλες οι διαδικασίες των «μνημονίων διαρκείας» της ΕΕ δεν μπορούν να έχουν ίχνος «κοινωνικής πτυχής», γιατί απλούστατα σχεδιάστηκαν, εφαρμόζουν και υπηρετούν ένα ενιαίο σχέδιο για χτύπημα κάθε εργασιακού, μισθολογικού, κοινωνικού δικαιώματος της εργατικής τάξης και των φτωχών λαϊκών στρωμάτων. Δεν μπορεί να υπάρξει ευρωεξάμηνο καλύτερο, φιλολαϊκό, όπως προσπαθούν να εξαπατήσουν τους λαούς διάφοροι ομοιοταγιστές και νέας κοπής σοσιαλδημοκράτες. Η ΕΕ και τα μονοπώλια που υπηρετεί μόνο χειρότερα γίνονται. Δεν παίρνουν βελτίωση, παρά μόνο ανατροπή.

Margot Parker (EFDD), *in writing.* – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report because it called on the unelected EU Commission to initiate new legislation monitoring the spending of taxpayers' money. The report calls for things like interfering with Member States' social protection, tax policies and tax rules, welcomes the EU Commission's initiative on the long-term unemployed, calls to enhance the Youth Guarantee Scheme, calls on the Commission and the Member States to work together on removing the obstacles to fair labour mobility and calls for better coordination of the European Semester, specifically for the Eurozone.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto.* – Considerando che il tasso di disoccupazione è in lieve diminuzione dal secondo semestre 2013 ma non in maniera sufficiente per ridurre la disoccupazione e la povertà in diversi Stati membri, che resta ancora troppo alta; che il tasso di occupazione delle donne (63,5% nel maggio 2015) rimane ben al di sotto dell'obiettivo principale della strategia Europa 2020 e che la perdita di capitale umano dovuta alla disoccupazione è enorme, esprimo il mio completo appoggio.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – Following the publication of the Annual Growth Survey 2016, which set out the priorities at European level, this report shifts the attention of the European Semester to the national dimension. As discussed in the report, the Bulgarian economy has been gradually emerging from the crisis, but a broad-based recovery is yet to be achieved. Therefore, I welcome the resolution and I look forward to the country-specific recommendations to be presented in May 2016 by the Commission based on the analysis presented in the country reports and the dialogue held with Member States.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Svjedoci smo situacije sve većeg broja nezaposlenosti mladih, neprijavljenog rada, kojim se ugrožava pristup radnika sustavima socijalne zaštite, kao i rizika održivosti socijalne sigurnosti posebno u pogledu osoba kojima prijeti socijalna isključenost (npr. starija dob, osobe s invaliditetom, izbjeglice, itd.). Smatram da su dobra i kvalitetna radna mjesta posebno u pogledu mladih, temelj socijalne pravednosti i osiguranja budućnosti te promicanja ljudskog dostojanstva. U tom smislu zapošljavanje i socijalni rast moraju biti u središtu politika EU-a kao način ostvarenja održivije socijalne Europske unije kao i zajamčene održivosti socijalne zaštite u odnosu na očekivano starenje stanovništva i promicanje politike naklonjene obiteljima zahvaljujući kojima se može povećati sposobnost roditelja da djeci osiguraju blagostanje i doprinijeti porastu nataliteta. Potičem države članice da moderniziraju postojeće sustave socijalne zaštite kako bi se prije spomenuto moglo ostvariti. Pozdravljam poziv Komisije državama članicama za povećanje socijalnih ulaganja, posebno u kontekstu zdravstvene zaštite, skrbi o djeci, stambene potpore i službi za rehabilitaciju.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Beaucoup d'évidences sont pointées dans ce rapport: une mini baisse du chômage est constatée en Europe mais les taux de chômage des jeunes et des seniors restent trop élevés, la main d'œuvre européenne manque cruellement de qualifications, il y a trop de travail non déclaré, les dettes publiques des États membres ne cessent d'augmenter... Les recommandations du rapport sont elles aussi d'une platitude à pleurer: il demande le développement des compétences et des aptitudes avec des formations, que l'on lutte contre le travail non déclaré, que l'on promeuve la flexicurité (qui se traduit en général par de la précarité), que l'on modernise les systèmes sociaux pour faire face au vieillissement, que l'on s'interroge sur les faibles taux de fécondité en Europe... Fondamentalement, outre l'inutilité flagrante de ce rapport, je m'oppose à l'existence même de ce semestre: il n'est qu'un outil permettant à la Commission d'évaluer et de juger le travail des États membres. Quant aux recommandations spécifiques par pays, elles ne sont qu'une façon supplémentaire qu'a trouvée la Commission pour s'ingérer dans le fonctionnement des pays. Enfin ce semestre n'existe que pour permettre la réalisation des objectifs de la Stratégie 2020, stratégie de l'UE à laquelle je suis opposé. Je vote donc logiquement contre ce rapport.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Negli ultimi tre anni la disoccupazione in Europa ha registrato un lieve calo dovuto alla combinazione di politiche macroeconomiche e riforme strutturali, tuttavia le fluttuazioni non sono state tali da generare un restringimento della forbice di povertà. Questi cambiamenti sono legati anche a fattori estemporanei connessi alle incognite dell'economia mondiale che talvolta produce situazioni favorevoli per l'economia reale inducendo un abbassamento dell'inflazione nonché un aumento temporaneo del potere d'acquisto.

Invero, in Europa molteplici sono i fattori che impediscono di eliminare le differenze occupazionali e raggiungere una società equa e resiliente. Il protrarsi della disoccupazione, specie quella giovanile, comporta conseguenze nefaste in termini di perdita di capitale umano e diminuzione dell'integrazione sociale. Parimenti, la disoccupazione femminile nonché il divario salariale e pensionistico di genere restano fattori di esclusione e squilibrio grave. Occorrono politiche pubbliche lungimiranti, per un mercato del lavoro inclusivo, equo e dinamico all'interno di un valido quadro normativo e in conformità con i rinnovati obiettivi della strategia Europa 2020.

Ho votato a favore di questa risoluzione perché ritengo che il Semestre europeo possa rilevare questa sfida ed incoraggiare gli Stati membri ad incrementare i propri sforzi investendo in servizi volti ad uno sviluppo sociale ed economico positivo.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Nezaposlenost je i dalje previsoka u mnogim državama članicama, trenutno obuhvaća 9,9 % radno aktivnih građana, odnosno 23 milijuna Europljana, od kojih je otprilike polovina dugotrajno nezaposlena. U europodručju ta nezaposlenost obuhvaća 10 % građana. Na razini EU-a stopa nezaposlenosti mladih iznosi 22,6 % te je 2014. udio mladih koji nisu bili uključeni u proces obrazovanja ili osposobljavanja, niti su bili zaposleni, bio 12,3 %. Toj skupini prijeto isključivanje iz tržišta rada koje dovodi do gubitka vještina i ljudskog kapitala.

Jedan od pet ciljeva strategije Europa 2020. je smanjiti broj siromašnih i socijalno isključenih osoba. 123 milijuna osoba u EU-u je siromašno i socijalno isključeno. Pozdravljam poziv Komisije na ulaganje u usluge kao što su stambene potpore, zdravstvo, skrb o djeci i usluge rehabilitacije. Kvalitetno i uključivo zapošljavanje temelj je socijalne pravednosti jer se njime promiče ljudsko dostojanstvo svih.

Potrebno je što ranije u životnom ciklusu ulagati u ljude kako bi se smanjila nejednakost i potaknulo socijalno uključivanje u ranoj dobi. Smatram da je potrebno promicati održiv i uključiv rast koji rezultira otvaranjem brojnijih i boljih radnih mjesta i konkretnim izgledima za sve, posebno za mlade, kako bi se odgovorilo na unutarnje i vanjske izazove s kojima se suočava Europska unija.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito.* – No essencial, o relatório procura reforçar a consolidação das políticas de governação económica da UE, nomeadamente o Semestre Europeu, dando cumprimento ao Plano Anual de Crescimento, aos objetivos da Estratégia Europa 2020 ou às recomendações específicas a cada Estado-Membro, nomeadamente no que toca às temáticas do emprego e dos aspetos sociais.

A relatora, por sinal portuguesa, valoriza as recomendações específicas por país e a necessidade da sua implementação, quando as sabemos inaceitáveis e antidemocráticas, e que em Portugal impuseram o cumprimento das metas do défice estabelecidas pela troika e de medidas ditas permanentes de «consolidação orçamental» — as privatizações, o aprofundamento das desigualdades, os roubos dos salários e a redução do consumo.

O Semestre Europeu é apenas mais um mecanismo de ataque à soberania dos Estados e dos seus órgãos de soberania, aprofundando a concentração de poderes para melhor implementar políticas contrárias à vontade, às necessidades e às aspirações dos povos, processos que rejeitamos liminarmente.

Uma realidade que confirma a necessidade de romper com as políticas neoliberais impostas pela UE e a imperativa necessidade de suportar o crescimento económico e sustentável em salários dignos, trabalho com direitos, formação e qualificação dos trabalhadores, nomeadamente através do controlo público de setores estratégicos.

Votámos contra.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Podržavam izvješće kolegice Sofije Ribeiro. Visoka stopa nezaposlenosti u EU polako se počela smanjivati, no unatoč makroekonomskim mjerama i strukturnim reformama nije se uspjelo obuzdati nezaposlenost i siromaštvo. Posebno je važno da se uzmu u obzir određeni mikroekonomski uvjeti i potreba za daljnjim društveno-pravednim strukturnim reformama čiji utjecaj mora biti procijenjen prije nego li stupe na snagu. Stopa zaposlenosti kod žena iznosi 63,5 % prema podacima iz svibnja 2015., što je puno niže od cilja Europa 2020. koji iznosi 75 %. Povećanje sudjelovanja žena na tržištu rada može uvelike pomoći u smanjenju uočljivih ekonomskih razlika između žena i muškaraca i pozitivno utjecati na viši rizik žena od siromaštva i isključenje iz društva. Gubitak ljudskog kapitala usred nezaposlenosti je ogroman, a ukupni trošak nezaposlenosti mladih procjenjuje se na 153 milijardi eura godišnje. Osim financijskih i društvenih posljedica, nezaposlenost, nezaposlenost mladih i dugoročna nezaposlenost negativno utječu na društveno usklađivanje i naposljetku sputavaju održivi ekonomski rast. Stoga, od izuzetne je važnosti ulagati u društveni razvoj koji jamči održivi i uključivi ekonomski razvoj, a i pozitivno utječe na društvenu i ekonomsku koheziju koja bi trebala biti primarni cilj politike EU-a.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – L'analisi annuale della crescita 2016 è accompagnata dalla pubblicazione del progetto di relazione comune sull'occupazione della Commissione che viene adottata congiuntamente con il Consiglio (sulla base dell'articolo 148 del TFUE) e che analizza la situazione occupazionale e sociale in Europa e le risposte politiche attuate dagli Stati membri. La relazione in esame analizza le possibilità di miglioramento della situazione occupazionale e sociale dell'UE nel suo insieme. Accolgo con favore gli sforzi della Commissione per rilanciare il dialogo sociale. Per tutto ciò, ho votato a favore dell'approvazione di questa relazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Nie poparłem sprawozdania, ponieważ jego zapisy stanowią próbę wejścia przez UE w kompetencje państw członkowskich. Chodzi o zapisy mówiące o zamiarze UE dotyczącym kontroli i monitorowania umów o pracę w państwach członkowskich. Ponadto jest chęć wprowadzenia polityki społecznej obowiązującej w całej UE. Niniejszym wstrzymałem się od głosu.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. – Der Jahreswachstumsbericht umreißt den Aktionsplan der Europäischen Kommission für die nächsten zwölf Monate auf nationaler und EU-Ebene. Zielsetzung sind ökonomisches Wachstum und eine möglichst hohe Beschäftigungsquote. Der Jahreswachstumsbericht wird von einem gemeinsamen Beschäftigungsbericht sekundiert, der direkten Einfluss auf Strukturreformen in Mitgliedsstaaten nimmt. Der gemeinsame Beschäftigungsbericht prüft den Bestand an Strukturreformen in den Mitgliedsländern und weitert diese gegebenenfalls entsprechend dem Jahreswachstumsbericht aus. Diese Regulierungen verstoßen erheblich gegen das Subsidiaritätsgebot innerhalb der EU. Beispielhaft dafür ist die Forderung, die Europäische Kommission möge einen Vorstoß für einen unionsweiten Mindestlohn unternehmen. Ich stimme deshalb gegen diesen Bericht.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – Près de 9% de la population active européenne est au chômage. En 2014, près de 5% l'était depuis plus d'un an et environ 3% depuis plus de deux ans. C'est dramatique.

Cette résolution fournit des propositions intéressantes pour y remédier. C'est pourquoi je l'ai soutenue. Il faut investir dans les ressources humaines. Nous demandons aux États de développer les politiques en faveur de l'emploi des jeunes. Il faut que ces politiques correspondent aux besoins réels du marché du travail. Il faut par exemple utiliser pleinement et renforcer des instruments comme la garantie pour la jeunesse.

Par ailleurs, la Commission doit promouvoir, au niveau des États membres, une stratégie d'investissement couvrant l'ensemble du cycle de l'enseignement et de la formation, pour s'assurer que l'ensemble de la population active en bénéficie. Il faut notamment apporter une réponse rapide à la situation des chômeurs de plus de 55 ans.

De même, il faut permettre une croissance durable via notamment une relance des investissements. Les fonds et programmes européens représentent un levier adapté afin de stimuler l'entrepreneuriat, l'investissement et l'accès au financement. Il faut augmenter l'information sur ceux-ci. Des améliorations s'observent au niveau de l'Union et de la zone euro. Continuons et redoublons d'efforts.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Neste relatório foram integradas muitas medidas socialistas: reformas sociais responsáveis assentes na solidariedade, na integração, na justiça social e na distribuição justa de cuidados de saúde; emprego de qualidade e inclusivo; promoção da estabilidade no emprego; mais investimento em sistemas de proteção social para prevenir a pobreza e as desigualdades; introdução de um salário mínimo; investimento na educação para combater o desemprego; apoio aos desempregados, nomeadamente aos de longa duração; aumento do diálogo social; redução das desigualdades salariais e igual tratamento entre trabalhadores nacionais e de outros Estados-Membros; inclusão de refugiados e o reforço da dimensão social da área do euro, entre muitos outros.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque creo que la recuperación económica debe ser justa, crear empleo de calidad, reducir las desigualdades y luchar contra la pobreza y la exclusión social. Necesitamos una convergencia europea social al alza, con reformas socialmente responsables basadas en la solidaridad, la integración social, la justicia social y una justa distribución de la riqueza.

La inversión en desarrollo social no debe ser simplemente un medio para mejorar el crecimiento económico, sino un fin en sí mismo. Necesitamos mayores inversiones en sistemas de protección social para combatir la pobreza y luchar contra las crecientes desigualdades.

Además se trata a la zona del euro como una sola economía que necesita una integración más profunda, con una dimensión social reforzada, mejores suelos de protección social y salarios mínimos, y un fuerte pilar de derechos sociales.

Por último, he apoyado este informe porque nos muestra la realidad de los datos y olvida la complacencia de la Comisión. Se está creando empleo, pero este es precario, con salarios indecentes, condiciones laborales injustas y puestos precarios. No existe mayor traición al modelo social que el hecho de que la pobreza laboral sea hoy en día uno de los principales problemas de Europa.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur le semestre européen pour la coordination des politiques économiques qui portait une attention particulière sur l'emploi et les aspects sociaux dans le cadre de l'examen annuel de la croissance 2016. Si les prévisions économiques pour 2016 sont encourageantes, force est de constater que les niveaux de chômage sont encore très élevés dans l'Union européenne, et notamment chez les jeunes. Si je suis en faveur d'une coordination des politiques économiques en Europe, je défends l'idée que les objectifs sociaux de la stratégie Europe 2020 soient mieux intégrés dans le semestre européen. C'est sur cette base que nous devons coordonner les politiques économiques en Europe. Je suis donc satisfait de voir qu'une majorité de mes collègues européens m'ont rejoint sur ce point en appelant via ce rapport à «un renforcement du rôle de la stratégie Europe 2020» et en demandant à ce que «les objectifs sociaux se reflètent de manière égale dans tous les instruments du semestre européen, y compris les recommandations par pays». Plus que jamais, nous devons coordonner nos politiques économiques en vue d'améliorer les conditions sociales de tous les citoyens européens.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes jame dar aiškiau nei Maria João Rodrigues pranešime pabrėžiamas poreikis daugiau dėmesio skirti socialiniams teisingumui pagal naujas nacionalines, stabilumo ir reformų programas, makroekonominio disbalanso procedūrą papildant trimis užimtumo rodikliais (aktyvumo lygiu, jaunimo nedarbu ir ilgalaikiu nedarbu). Taip pat pranešime akcentuojama socialinių investicijų svarba, norint skatinti Europos ekonominę, teritorinę ir socialinę sanglaudą. Atkreipiamas dėmesys į investicijų į sveikatos ir ilgalaikės priežiūros, socialinių paslaugų, vaikų priežiūros, paramos būstui ir reabilitacijos paslaugų svarbą.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Antes de mais, gostaria de saudar a minha colega de Partido, Sofia Ribeiro, pelo excelente Relatório sujeito a votação e que, aliás, obteve um apoio substancial (cerca de dois terços) dos diferentes grupos políticos do Parlamento Europeu.

Da Resolução hoje aprovada, gostaria de salientar a importância das 3 prioridades da Análise Anual do Crescimento para 2016 identificadas pela Comissão: o relançamento do investimento, uma análise das reformas estruturais para a modernização das nossas economias e a necessidade de políticas fiscais responsáveis.

Sublinho ainda a inclusão de 3 indicadores no *scoreboard* principal de análise da situação dos Estados-Membros, relativos à taxa de atividade, ao desemprego dos jovens e ao desemprego de longa duração, o que, como bem lembrou a relatora, faz com que este relatório de análise anual esteja mais próximo «da vida real dos europeus», além de representar um compromisso da Comissão para com o reforço da análise dos desequilíbrios macroeconómicos.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), *kirjallinen*. – Arvoisa puhemies, tässä on maamme avaimet. Olkaa hyvä Bryssel, ottakaa siittä. Ajakaa varovasti.

Tällainen tunne minulle tuli, kun luin näitä ehdotuksia. Euroopan laajuinen minimipalkka? Pyydämmekö oikeasti komissiota tekemään tällaisen aloitteen? Se ei ole pieni loikka Euroopalle vaan jättiloikkaus federalismille.

Ymmärrän, että esittelijä Ribeirolla on ollut hyvät tarkoitukset. Minusta meidän tulisi kuitenkin jättää sosiaalipolitiikka jäsenvaltioiden vastuulle.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui porte sur le semestre européen pour la coordination des politiques économiques en termes d'emploi et de politiques sociales. Afin de créer de l'emploi, il est nécessaire de souligner que la cohésion sociale et économique doit rester l'objectif de toutes les politiques de l'UE. Pour cela, il s'agit d'encourager une convergence sociale européenne vers le haut, d'adapter les systèmes d'enseignement et de formation mais aussi d'instaurer une véritable stratégie d'investissement couvrant l'ensemble du cycle d'enseignement et de la formation. Il est crucial d'engager des réformes structurelles équilibrées plus attentives à l'équité sociale. J'ai soutenu ce texte qui appelle à stimuler la croissance en relançant de manière durable les investissements. Enfin, cette résolution demande une utilisation optimale des fonds européens, comme le Fonds social européen, qui permettent une plus grande inclusion sociale.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), por escrito. – Aunque este informe sobre el Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento que envía la Comisión como parte del Semestre Europeo sobre aspectos sociales y relativos al empleo menciona tres indicadores sociales positivos desde mi punto de vista —tasa de actividad, el desempleo juvenil y el de larga duración en el Informe sobre el Mecanismo de Alerta 2016—, no deja de seguir la lógica «economicista» del Semestre Europeo e incidir en las recetas neoliberales para el dramático problema del empleo y la pobreza. Por ello, he votado en contra.

Son recurrentes conceptos que anteponen los beneficios económicos a la cantidad, calidad y dignidad en el empleo como: competitividad, productividad, espíritu empresarial, flexiseguridad, legislación sobre el sistema de derecho del trabajo, desregulación del mercado de trabajo, reducción de los impuestos y costes salariales, habilidades para impulsar la innovación y la competitividad, segmentación del mercado laboral y simplificación de la legislación de protección laboral (que afectaría entre otras cosas a los despidos improcedentes), etc. En los compromisos, tanto los aspectos más críticos con el proceso de Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento de manera global como las enmiendas más progresistas en aspectos concretos no han sido incorporados, lo que enfatiza mi negativa a apoyarlo.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), por escrito. – Las tímidas reformas sociales propuestas en este informe son incompatibles, en la práctica, con un marco económico cuyos principios rectores seguirán siendo las políticas económicas neoliberales, a las que sirven como mecanismo de legitimización. Por ello, he votado en contra.

Siôn Simon (S&D), in writing. – In order to create stable and progressive social convergence, there must be jobs available for people. We must aim to make these quality jobs, without the precariousness that the Tory Government is dead set on making commonplace. Opportunities to work must be made more equal, tearing down unsettling and ridiculous forms of discrimination based on gender, race, ethnicity, sexuality, religion and disability. Socially responsible reforms must promote fair mobility and be based on solidarity, integration, social justice and fair wealth distribution.

Branislav Škripek (ECR), písomne – Pri hlasovaní o uznesení Európskeho parlamentu o európskom semestri pre koordináciu hospodárskych politík zamestnanosti a sociálnych aspektov v ročnom prieskume rastu na rok 2016 som hlasoval v súlade s pozíciou EKR proti tomuto uzneseniu. Ročný prieskum rastu stanovuje priority Komisie týkajúce sa opatrení na národnej a európskej úrovni na účely podpory hospodárskeho rastu a zamestnanosti v priebehu tohto roka. Považujem za dôležité, aby sa venovala adekvátna pozornosť a podpora reformnému úsiliu v oblasti zamestnanosti a sociálnej politiky. Súčasne je však potrebné rešpektovať zásadu subsidiarity, preto som nemohol súhlasiť s požiadavkami smerujúcimi k ďalšiemu prenášaní kompetencií v tejto oblasti z členských štátov na úroveň EÚ.

Davor Škrlec (Verts/ALE), napisan. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), písomne. – Podporila som návrh uznesenia, pretože považujem nutnosť investovania do sociálneho rozvoja za možnosť, ako dosiahnuť udržateľný a inkluzívny hospodársky rozvoj. Európska únia ako celok aj mnohé členské štáty EÚ naďalej trpia štrukturálnymi problémami, ktoré je naliehavo potrebné riešiť, aby sa znížila chudoba, odstránili regionálne rozdiely a vytvárali sa priaznivé podmienky pre rast nových pracovných miest. Správa vyzýva členské štáty, aby sa maximálne vynasnažili odstrániť rozdiely v odmeňovaní žien a mužov a prijali aktívnejšie opatrenia na podporu účasti žien na pracovnom trhu, čo sa dlhodobo nedarí plniť, aj napriek prijatým mnohým opatreniam na úrovni EÚ aj v jednotlivých členských štátoch. Komisia a členské štáty by sa v budúcnosti mali zamerať na mikropodniky, malé a stredné podniky, ktoré sú kľúčovým prvkom pri zabezpečovaní udržateľného a inkluzívneho rozvoja a vytvárania nových pracovných miest a pri vyrovnávaní rozdielov v pomere medzi mužmi a ženami, pokiaľ ide o samostatne zárobkovú činnosť.

Igor Šoltes (Verts/ALE), písno. – Stopnja brezposelnosti se od druge polovice leta 2013 počasi zmanjšuje. Kljub podpori nekaterih makroekonomskih politik in strukturnih reform pa se to ne dogaja dovolj hitro, da bi lahko zajezili brezposelnost in revščino.

Brezposelnost trenutno zadeva 9,9 % dejavnih državljanov, kar pomeni 23 milijonov Evropejcev. Od teh je približno polovica dolgotrajnih brezposelnih.

Trenutno se je pričelo tretje leto gospodarskega okrevanja, s katerim naj bi rast v letu 2016 v EU-28 znašala 2 %, v euroobmočju pa 1,8 %. Vendar pa okrevanje poteka različno med državami članicami in je odvisno od začasnih dejavnikov.

Po poročanju Komisije še vedno obstajajo razlike v zaposlovanju in socialne razlike znotraj držav članic in med njimi. Družbeni razvoj še vedno kaže na dodatno razhajanje po EU, ki preprečuje rast, zaposlovanje in kohezijo.

Poročilo se nanaša na pregled zaposlovanja in socialnih vidikov za leto 2016. Pri tem je izpostavljeno predvsem nadaljnje vlaganje v ljudi in socialni razvoj, strukturne reforme na socialen in odgovoren način, spodbujanje trajnostne rasti z oživitvijo naložb, boljšo porabo evropskih sredstev za spodbujanje socialne, ekonomske in teritorialne kohezije ter boljše usklajevanje evropskega semestra.

Strinjam se, da je upoštevanje posebnih mikroekonomskih razmer in izvedba dodatne pravične socialne strukturne reforme bistvenega pomena, zato sem poročilo podprl.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich.* – Der Ribeiro-Bericht behandelt soziale und arbeitsmarktpolitische Aspekte im Rahmen des Jahreswachstumsberichtes des Europäischen Semesters. Grundsätzlich problematisch ist, dass die EU nach wie vor nicht bereit ist, die durch den Euro verursachten Anpassungsschwierigkeiten anzuerkennen, und weiterhin ihren Fokus auf die Bekämpfung von Symptomen legt. Aber auch bei der Bekämpfung der Symptome könnte man hilfreiche Politik machen. In Teilen ist es der EKR gelungen, dem Ansinnen der Zentralisierung von Politik und Verantwortlichkeiten entgegenzuwirken, aber es ist nicht ausreichend gelungen. Beispielhaft wird im Report vorgeschlagen, 20 % der Mittel des Europäischen Sozialfonds für soziale Anliegen und Armutsbekämpfung festzuschreiben und so den Mitgliedstaaten Entscheidungsspielräume zu nehmen, es soll auf EU-Ebene ein Konzept der „sozialen Fairness“ entwickelt werden, oder es wird die Kommission aufgefordert, eine Initiative für Mindestlöhne einzuleiten.

Im Sinne der Subsidiarität und Eigenverantwortlichkeit habe ich mich entschlossen, den Bericht abzulehnen.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Nezamestnanosť v EÚ je pomaly na ústupe. Medzi členskými štátmi však naďalej pretrvávajú značné sociálne rozdiely a rozdiely v zamestnanosti. Investície do vzdelania sú základom pre budúcu konkurencieschopnosť Európy. Okrem investícií do vzdelávania mladých však netreba zabúdať ani na špecifické skupiny pracovnej sily, ako sú ženy alebo generácia 55+.

Helga Stevens (ECR), *schriftelijk.* – Een sterke economie is de beste basis voor sociale welvaart. In voorliggend verslag wordt daar helaas onvoldoende rekening mee gehouden. De finale tekst zoals aangenomen door de plenaire vergadering verwijst weliswaar naar het belang van subsidiariteit maar blijft in bepaalde passages helaas zeer prescriptief. Bovendien wordt opgeroepen tot een aantal initiatieven op EU-niveau die de N-VA niet kan steunen. De N-VA is voorstander van Europese sociale doelstellingen maar rekent voor het bereiken van die doelstellingen niet zozeer op de Europese Commissie maar vooral op de lidstaten zelf. Dat betekent niet dat er geen rol weggelegd zou zijn voor de Europese Commissie, die inderdaad ondersteunend kan optreden.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Stopa nezaposlenosti sporo se smanjuje od druge polovice 2013., ali nedovoljno da bi se zaustavila nezaposlenost i siromaštvo unatoč nekim poticajnim makroekonomskim politikama i strukturnim reformama. Nezaposlenost je i dalje previsoka u mnogim državama članicama i trenutno obuhvaća 9,9 % radno aktivnih građana, odnosno 23 milijuna Europljana, od kojih je otprilike polovina dugotrajno nezaposlena, dok u europodručju ta nezaposlenost obuhvaća 10 % građana, što su sve redom brojke nepovoljnije od onih iz 2008. godine. Stoga pozdravljam poziv Komisije na ulaganje u usluge kao što su stambene potpore, zdravstvo, skrb o djeci i usluge rehabilitacije, te bih naglasio da ekonomska i socijalna kohezija trebaju ostati primarni cilj svih politika EU-a i da treba uložiti više nпора da se provede složenija i objektivnija procjena temeljena na raznolikosti i obilježjima država članica. Pozdravljam činjenicu da se u Godišnjem pregledu rasta Komisije naglašava da je potrebno veću pozornost posvetiti socijalnoj pravednosti u kontekstu novih nacionalnih programa za stabilnost i programa reforme tako što su u postupak za slučaj makroekonomske neravnnoteže dodana tri pokazatelja u vezi sa zapošljavanjem (stopa aktivnosti, nezaposlenost mladih i dugotrajna nezaposlenost).

Dubravka Šuica (PPE), napisan. – Izvješće o europskom semestru za koordinaciju ekonomskih politikama u godišnjem izvješću o istraživanju rasta osvrće se i na socijalne aspekte i zaposlenje. Teme ovogodišnjeg izvješća bile su socijalna politika, socijalna povelja i protokol, zatim politika zapošljavanja, akcije za borbu protiv nezaposlenosti te gospodarski rast. Ekonomski prioriteti prošlogodišnjeg izvješća i dalje stoje, no u 2016. godini se ističu prioriteti ponovnog pokretanja investicija, odgovorne fiskalne politike i strukturne reforme potrebne za modernizaciju ekonomije.

Kako bi se omogućila bolja analiza makroekonomskih nejednakosti, uključene su nove varijable poput dugotrajne nezaposlenosti, stope aktivnosti i nezaposlenosti u mladima. Podržavam ovo izvješće jer naglašava potrebu investiranja u socijalni razvoj. To nije samo sredstvo za garanciju održivog i inkluzivnog ekonomskog razvoja već i samostalni prioritet. Posebna je pozornost također posvećena razmjeni najboljih praksi između država članica te ulaganju u cjeloživotno obrazovanje i usavršavanje.

Nedovoljno ulaganje u obrazovanje, pogotovo u digitalno doba, predstavlja prijetnju europskoj konkurentnosti. Kako bi se zadovoljile potrebe tržišta rada i omogućilo potrebno zaposlenje građanima EU-a, ove prioritete ne smijemo zane-mariti. Pozdravljam preporuke izvješća za investicije u brigu o djeci, rehabilitacijske službe te zdravstvo općenito. Ekonomska i socijalna kohezija trebaju ostati primarni ciljevi svih politika Europske unije.

Patricija Šulin (PPE), pismo. – Glasovala sam za poročilo o evropskem semestru za usklajevanje ekonomskih politik: zaposlovanje in socialni vidiki v letnem pregledu rasti za leto 2016.

Podpiram poudarek iz poročila, da potreba po vlaganju v socialni razvoj ni samo sredstvo za zagotavljanje trajnostnega in vključujočega gospodarskega razvoja in konvergence, temveč mora predstavljati tudi poseben cilj sam po sebi. Potrebujemo namreč naložbe v stanovanjsko podporo, zdravstveno varstvo, otroško varstvo in rehabilitacijske storitve.

Kot je v poročilu pravilno zajeto, so kakovostna in vključujoča delovna mesta bistveni steber socialne pravičnosti, ki spodbuja človekovo dostojanstvo za vse.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Η έκθεση υποστηρίζει από την αρχή μέχρι το τέλος της τις πολιτικές λιτότητας, τις οποίες προωθεί η Επιτροπή και οι κυρίαρχοι κύκλοι των Βρυξελλών. Αναφέρει πως η ανεργία μειώνεται, πως η κατάσταση μετά την κρίση σταθεροποιήθηκε και πως αυτό που χρειάζεται τώρα είναι η συνέχιση των πολιτικών που ήδη υπάρχουν.

Ως ΑΚΕΛ καταψηφίσαμε, όπως είναι εξάλλου και η πάγια γραμμή τόσο του ΑΚΕΛ όσο και της Ομάδας όταν πρόκειται για εκθέσεις του προϋπολογισμού και του ευρωπαϊκού εξαμήνου.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Κατά το πρώτο έτος της θητείας της, η Επιτροπή παρουσίασε φιλόδοξες πρωτοβουλίες για την υποστήριξη της απασχόλησης και της ανάπτυξης, την ενίσχυση της οικονομικής σύγκλισης και την ενίσχυση της κοινωνικής δικαιοσύνης δυστυχώς όμως δεν υπήρξε καμία πρόοδος.

Σήμερα, με την ετήσια επισκόπηση της ανάπτυξης για το 2016, θέτει τις προτεραιότητες για το προσεχές έτος. Το ψήφισμα της Sofia Ribeiro (ΕΛΚ, Πορτογαλία), το οποίο εγκρίθηκε από την επιτροπή Απασχόλησης στις 17 Φεβρουαρίου, υπεραμύνεται της συμπερίληψης των πρόσφατων δεικτών απασχόλησης στην ετήσια επισκόπηση της ανάπτυξης προκειμένου να παρακολουθούνται οι κοινωνικές εξελίξεις στα κράτη μέλη.

Η έκθεση, όμως, δεν μας βρίσκει σύμφωνους σε πολλά σημεία. Καταρχήν γίνεται αναφορά στο προσφυγικό και το μεταναστευτικό ζήτημα ότι μπορεί να έχει θετικές επιπτώσεις στην προσφορά εργατικού δυναμικού και την ανάπτυξη, «με προϋποθέσεις». Επίσης, υποστηρίζει ότι τα κράτη μέλη θα πρέπει να αξιοποιήσουν πλήρως τη δυνατότητα χρήσης του ΕΤΣΕ σε συνδυασμό με άλλα ταμεία της ΕΕ στο πλαίσιο του προγράμματος «Ορίζων 2020», τη διευκόλυνση «Συνδέοντας την Ευρώπη» και τα ευρωπαϊκά διαρθρωτικά και επενδυτικά ταμεία. Τέλος, υποστηρίζει την ενδογενειακή εργασιακή κινητικότητα σε ολόκληρη την Ένωση.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam a jelentést, mely részletes módon foglalta össze a 2016. évi növekedési jelentés foglalkoztatási és szociális vonatkozásait. A gazdasági növekedés jelei valóban már a foglalkoztatási számokon is megmutatkoztak, azonban csak csekély módon és tagállamonként igen különböző mértékben. A munkanélküliség és a dolgozói szegénység továbbra is komoly probléma az EU-n belül. A jelentés helyesen kiemeli a fiatalkori munkanélküliség aggasztó mértékét. Az előadóhoz hasonlóan szintén üdvözlöm, hogy a Bizottság ki akarja terjeszteni az ifjúsági garanciaprogramot, azonban sajnálatos, hogy sok tagállam eddig sem tudta sikeresen végrehajtani azt.

Támogatom az előadó azon javaslatát, hogy mivel a szegénység, a szociális kirekesztettség és a hajléktalanság komoly és egyre növekvő problémát jelentenek a legtöbb tagállam számára, felül kell vizsgálni az Európa 2020 stratégiát, hogy milyen módon lehetne mégis elérni az abban kitűzött célokat. Szintén egyetértek a jelentésben megfogalmazott ajánlással, hogy a Bizottság segítse elő a kormányok, vállalatok, oktatási intézmények, civil szervezetek, szociális gazdasági vállalkozások együttműködését, lehetőséget teremtve arra, hogy megosszák a legjobb gyakorlatokat és tisztább kép alakuljon ki a munkaerőpiac igényeiről.

Végül maradéktalanul egyetértek azzal a felhívással, hogy az EU garantálja az európai alapokból származó pénzüsszegek megfelelő használatát, melyhez a Bizottságnak még szigorúbb felügyelete szükséges.

Adam Szejnfeld (PPE), *na písmie*. – Mimo že poziom bezrobocia w Unii Europejskiej powoli spada, nadal utrzymuje się on na stosunkowo wysokim poziomie, szczególnie wśród ludzi młodych, spośród których niemal ¼ pozostaje bez pracy. Koszt dla całej Wspólnoty wynikający z tak wysokiego bezrobocia wśród ludzi młodych szacowany jest na ponad 150 mld euro rocznie. Państwa członkowskie muszą przezwyciężyć bariery w tworzeniu miejsc pracy i usprawnić funkcjonowanie rynków pracy.

W związku z tym wyrażam zadowolenie, iż europejski semestr – oparty na trzech głównych filarach, tj. pobudzeniu inwestycji, reformach strukturalnych i zwiększeniu odpowiedzialności budżetowej – został uzupełniony w ramach europejskiego semestru 2016 o nowy filar: zatrudnienie i sprawy społeczne. Mam nadzieję, iż w ten sposób położony zostanie nie tylko większy nacisk na analizę sytuacji społecznej i zatrudnienia w Unii Europejskiej, ale również ułatwione zostanie monitorowanie wszelkich zakłóceń w państwach członkowskich, które osłabiają wzrost oraz tworzenie nowych i stabilnych miejsc pracy.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin mietintöä vastaan, koska mielestäni Euroopan unionin tasolla ei tulisi tehdä aloitteita minimipalkkoista. Mietintö sisälsi myös muita ongelmallisia kohtia, joissa EU menee työmarkkinakysymyksissä kansallisen kompetenssin alueelle.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Șomajul rămâne principala provocare economică a UE. Creșterea economică este stabilă în cele mai multe regiuni ale UE, deficitele bugetare sunt din ce în ce mai mici, dar acest raport pozitiv nu include și reducerea șomajului. Din 23 de milioane de europeni care se confruntă cu situații de șomaj, mai mult de jumătate rămân blocați în această situație pe termen lung.

Trebuie să conectăm mult mai bine Fondul european pentru investiții strategice la piața muncii. În acest moment, nu avem o evaluare socială a proiectelor finanțate prin acest program. Mai mult decât atât, există state cu regiuni afectate de sărăcie care nu au încă un proiect adoptat în FEIS.

Putem, de asemenea, să ne gândim la extinderea programelor de reducere a șomajului în rândul tinerilor. Atât în ceea ce privește vârsta beneficiarilor, cât și sumele alocate, cred că putem să susținem o creștere.

Nu în ultimul rând, aștept o conectare mai clară a semestrului european cu aspectele sociale din UE. Economia socială rămâne un deziderat departe de realitate, numai 10 % din totalul companiilor europene intră în această categorie. Putem obține mai mult în perioada următoare!

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur du texte. Pour aligner les politiques européennes et nationales de croissance et garantir leur pertinence sur le terrain, il est crucial de renforcer le rôle des partenaires sociaux tant au niveau européen que national. Pour avancer sur la voie d'une convergence vers le haut et parvenir à un équilibre entre compétitivité et équité, il convient de poursuivre le dialogue social lors de toutes les phases du semestre européen. Je salue, à cet égard, les efforts de la Commission visant à relancer le dialogue social et l'approche simplifiée présentée par l'EAC 2015. Toutefois, rappelons quand même que, dans de nombreux États membres, la situation reste faible au niveau national.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted against this report as it does not address the right issues. Indeed, the report adopted calls for increasing flexibility in public deficit spending and it does not recommend that European Fund for Structural Investments (EFSI) projects be economically viable and moreover it introduces bureaucracy and does not intend to remove barriers to entry to the labour market and modernise the economy. It also addresses the migration crisis and I do not believe this is the right place for that.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Balsavau už pranešimą, nes jis kelia svarbius jauniems europiečiams rūpimus klausimus. Jaunų žmonių nedarbo lygis ES siekia 22 proc., o 12 proc. jaunų žmonių yra neišsilavinę, nėra dirbę ar išsimokslinę, todėl šiai grupei gresia atskirtis nuo darbo rinkos, o tai daro įtaką socialinių išlaidų padidėjimui.

Atsižvelgiant į tai, kad visų pirma valstybėms narėms tenka atsakomybė sprendžiant nedarbo problemą jaunimo tarpe, turėtume sukurti didesnę ES paramos sistemą. Reikia sudaryti ir įdiegti bendrus darbo rinkos reguliavimus, skirtus švietimui, mokymams bei aktyviai politikai bedarbių atžvilgiu. Ši pagalba turėtų apimti ypač naujas ES šalis, tokias kaip Lietuva. Nes tik tokiu būdu, įgyvendinat subsidiarumo politiką, ateityje sugebėsime išlyginti gyvenimo lygį senojoje ir naujojoje Europos dalyse.

Ruža Tomašić (ECR), napisan. – Glasovala sam protiv izvješća o Europskom semestru za usklađivanje ekonomske politike: aspekti zapošljavanja i socijalne politike u Godišnjem pregledu rasta za 2016. godinu, budući da držim da države članice trebaju na fleksibilan način pokušati riješiti uska grla socijalne politike te smanjiti broj siromašnih i socijalno isključenih osoba ili pak onih kojima prijeti takvo stanje.

S obzirom da smatram da se na području Europske unije ne može konsolidirati zajednička analiza i definicija strategija socijalnih i ekonomskih dimenzija država članica, držim da se strukturnim reformama neće ojačati okruženje koje pogoduje poslovnim subjektima kako bi se otvorilo više kvalitetnih radnih mjesta i postigla ravnoteža između socijalne i ekonomske dimenzije. Naime, smatram da su dobra radna mjesta temelj socijalne pravednosti, jer se njima promiče ljudsko dostojanstvo, te da zapošljavanje i rast moraju biti središte politike Europske unije.

Romana Tomc (PPE), pismo. – Poročilo o evropskem semestru za usklajevanje ekonomskih politik: zaposlovanje in socialni vidiki v letnem pregledu rasti za leto 2016 sem podprla, saj gre za opredelitev prednostnih nalog socialne politike v okviru procesa usklajevanja politik v letu 2016.

V poročilu je poudarjen pomen vlaganja v ljudi, potrebe po strukturnih reformah in trajnostni rasti, boljšem koriščenju evropskih sredstev ter socialni vključenosti. Omenjeni so vsi vidiki, ki trenutno predstavljajo velik izziv evropski družbi in socialnim politikam držav članic.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), por escrito. – Aunque este informe sobre el Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento que envía la Comisión como parte del Semestre Europeo sobre aspectos sociales y relativos al empleo menciona tres indicadores sociales positivos desde mi punto de vista —tasa de actividad, el desempleo juvenil y el de larga duración en el Informe sobre el Mecanismo de Alerta 2016—, no deja de seguir la lógica «economicista» del Semestre Europeo e incidir en las recetas neoliberales para el dramático problema del empleo y la pobreza. Por ello, he votado en contra.

Son recurrentes conceptos que anteponen los beneficios económicos a la cantidad, calidad y dignidad en el empleo como: competitividad, productividad, espíritu empresarial, flexiseguridad, legislación sobre el sistema de derecho del trabajo, desregulación del mercado de trabajo, reducción de los impuestos y costes salariales, habilidades para impulsar la innovación y la competitividad, segmentación del mercado laboral y simplificación de la legislación de protección laboral (que afectaría entre otras cosas a los despidos improcedentes), etc. En los compromisos, tanto los aspectos más críticos con el proceso de Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento de manera global como las enmiendas más progresistas en aspectos concretos no han sido incorporados, lo que enfatiza mi negativa a apoyarlo.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Ribeiro-Bericht behandelt soziale und arbeitsmarktpolitische Aspekte im Rahmen des Jahreswachstumsberichtes des Europäischen Semesters. Grundlegend problematisch ist, dass die EU nach wie vor nicht bereit ist, die durch den Euro verursachten Anpassungsschwierigkeiten anzuerkennen, und weiterhin ihren Fokus auf die Bekämpfung von Symptomen legt. Aber auch bei der Bekämpfung der Symptome könnte man hilfreiche Politik machen. In Teilen ist es der EKR gelungen, dem Ansinnen der Zentralisierung von Politik und Verantwortlichkeiten entgegenzuwirken, aber es ist nicht ausreichend gelungen. Beispielhaft wird im Report vorgeschlagen, 20 % der Mittel des Europäischen Sozialfonds für soziale Anliegen und Armutsbekämpfung festzuschreiben und so den Mitgliedstaaten Entscheidungsspielräume zu nehmen, es soll auf EU-Ebene ein Konzept der „sozialen Fairness“ entwickelt werden, oder es wird die Kommission aufgefordert, eine Initiative für Mindestlöhne einzuleiten.

Im Sinne der Subsidiarität und Eigenverantwortlichkeit habe ich mich entschlossen, den Bericht abzulehnen.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I have voted in favour of this report, as I believe it includes a fair amount of measures and reforms that are worth considering in order to improve the situation in our labour markets.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Beaucoup d'évidences sont pointées dans ce rapport: une mini baisse du chômage est constatée en Europe mais les taux de chômage des jeunes et des seniors restent trop élevés, la main d'œuvre européenne manque cruellement de qualifications, il y a trop de travail non déclaré, les dettes publiques des Etats membres ne cessent d'augmenter...

Les recommandations du rapport sont elles aussi d'une grande platitude: il demande le développement des compétences et des aptitudes avec des formations, que l'on lutte contre le travail non déclaré, que l'on promeuve la flexicurité (qui se traduit en général par de la précarité), que l'on modernise les systèmes sociaux pour faire face au vieillissement, que l'on s'interroge sur les faibles taux de fécondité en Europe...

Fondamentalement, outre l'inutilité flagrante du rapport, nous nous opposons à l'existence même du semestre: il n'est qu'un outil permettant à la Commission d'évaluer et de juger le travail des Etats membres. Quant aux recommandations spécifiques par pays, elles ne sont qu'un moyen supplémentaire pour la Commission de s'ingérer dans le fonctionnement des pays. Enfin ce semestre n'existe que pour permettre la réalisation des objectifs de la Stratégie 2020, stratégie de l'UE à laquelle nous nous opposons fermement.

J'ai donc voté contre.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A munkanélküliségi arány 2013. második felétől kezdve lassan csökken, de nem elég jelentősen ahhoz, hogy féken tartsa a munkanélküliséget és a szegénységet, a támogató makro-ökonomiai politikák és a szerkezeti reformok ellenére sem. Ennek ellenére sok tagállamban még mindig túl magas, jelenleg az aktív polgárok 9,9 százalékát érinti, ez 23 millió európaít jelent, akiknek körülbelül a fele tartósan munkanélküli, és az euróövezet több mint tíz százalékában még mindig jóval a 2008. évi adatok fölött van. A jelentést támogattam.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado favorablemente sobre este informe porque supone una crítica de los elementos laborales de las recomendaciones específicas y del proceso del Semestre Europeo en su conjunto.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the European Semester for economic policy coordination: employment and social aspects in the Annual Growth Survey 2016 report. The report suggests the importance of the employment indicators such as activity rate, youth unemployment and long-term unemployment, which were recently included in the Annual Growth Survey, being employed for monitoring social developments in Member States as well. The indicators will enable the assessment of internal imbalances in Member States and eventually allow for redesigning their economic and social reforms if necessary. The report stresses the importance of 'social fairness', which should be crucial when designing employment and social policies, particularly when applying structural reforms that significantly harm vulnerable groups in society. I voted in favour of this report because it is directed towards ensuring sustainable and fair welfare systems and reducing social inequalities.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento para 2016 señala como prioridades específicas, en los aspectos sociales y relativos al empleo, la inversión en las personas, la puesta a punto de reformas estructurales de forma sostenible y social, el fomento de un crecimiento sostenible, relanzar la inversión, hacer un mejor uso para promover la cohesión geográfica y social, considerar la inclusión social como un reto para la sociedad o una mejor coordinación del Semestre Europeo. En definitiva, hablamos de una serie de prioridades positivas, por lo que considero necesario votar a favor.

Bodil Valero (Verts/ALE), *skriftlig*. – Vi är positiva till att de lägsta lönerna höjs i EU för att minska fattigdomen och motverka lönedumpning. I Sverige finns det till skillnad från i de flesta länder ingen lagstadgad minimilön, utan lönerna sätts genom kollektivavtal mellan arbetsmarknadens parter utan direkt politisk inblandning. Vi anser därför att minimilöner inte ska regleras i lag utan att hänsyn måste tas till varje enskilt medlemslands nationella praxis för att stärka kollektivavtalen och arbetarnas rättigheter i de olika lönesättningsystemen.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution for a motion. It is vital that the recent over-emphasis on fiscal correction is at least slowed and where possible reversed. There has not, in recent times, been enough emphasis on the social and long-term economic costs of this form of reform. It is vital that we properly invest in young people and their skills. Any fiscal correction needs to be based on solidarity, integration, social justice and a fair distribution of wealth; otherwise it only ends up denying people the chance for gainful employment and fuels social inequality. There needs to be a rapid and effective response at both ends of the age scale, both for young people, particularly the 12.3% of young people who are not in education or training, but also those aged 55+ who are finding it very difficult to re-enter the labour market. Both of these groups represent human resources that are being wasted by over-zealous fiscal correction which is undermining programmes that can provide them with the skills that they need. We need to recognise the importance of investing in people to improve growth.

Paavo Väyrynen (ALDE), *kirjallinen*. – Euroopan parlamentti ottaa usein kantaa asioihin, jotka eivät välttämättä sille kuulu. Jäsenvaltioiden työllisyystilanteen kohentaminen on suotavaa, mutta hyvinkin suuresti eroavien talouksien työllisyyspolitiikkaa ei voida ohjata EU:sta käsin. Tämän periaatteen mukaisesti en voinut kannattaa mietinnön hyväksymistä.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Sous couvert de coordination européenne des politiques économiques et budgétaires, le semestre européen, mis en place après la crise financière de 2008, doit, nous dit-on, permettre de surveiller la mise en œuvre des réformes dites structurelles et la réduction des déficits budgétaires, on sait ce que cela veut dire.

Et le moins que l'on puisse dire, c'est que les conséquences dramatiques des politiques d'austérité déployées sur le continent européen, sont une nouvelle fois largement occultées par ce rapport annuel du Parlement sur le semestre européen.

Symptomatique de cette hypocrisie, plusieurs paragraphes reconnaissent que les États membres, dont les budgets sont amputés par l'austérité, ne sont plus en mesure de protéger et de promouvoir des secteurs primordiaux tels que l'éducation, la santé, la recherche ou encore l'innovation, mais sans s'interroger sur les causes de ces constats navrants.

Il est grand temps d'arrêter ces politiques austéritaires mortifères et de promouvoir des politiques alternatives basées sur une autre répartition des richesses et d'autres priorités répondant aux besoins des populations et non de ceux de la monnaie et de la finance.

J'ai voté contre les différents rapports portant sur ce sujet comme l'ensemble des membres de mon groupe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – No essencial, o relatório procura que as temáticas referidas sejam reforçadas nas propostas realizadas no âmbito do Semestre Europeu e da governação económica, dos Objetivos Europa 2020, ou nas recomendações específicas a cada Estado-Membro. Aí está o problema: não põe em causa a legitimidade de políticas castradoras da soberania e do desenvolvimento nacionais, que efetivamente só têm contribuído para a degradação social, mascarando-as com uma maquilhagem socializante, em jeito de *social washing*, mas não alterando os seus princípios.

Reconhecemos que o texto apresenta alguns motivos de apoio, nomeadamente informações objetivas relativamente aos números da pobreza e da pobreza extrema, do desemprego, dos objetivos que não foram cumpridos, sem manipulação estatística, do reforço das relações laborais e dos acordos coletivos e do combate à precariedade e à insegurança.

Como já foi afirmado, o conjunto dos aspetos positivos que integram o relatório não mudam a essência do Semestre Europeu e das políticas da União Europeia.

Nesse sentido, propõe-se o voto contra.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht trennt klar zwischen Aufgaben von Kommission und MS, ohne zusätzliche Kompetenzen auf EU-Ebene zu fordern. Andererseits spricht er sich positiv für Programme aus, welchen ich eher kritisch gegenüberstehe, wie z. B. Jugendgarantie, Stärkung des Einflusses der Beamten des europäischen Semesters. Dies steht in direktem Widerspruch zu mehr demokratischer Verantwortung. Daher habe ich mich enthalten.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Ich habe für den Antrag gestimmt, weil es wichtig ist, dass die Armut trotz festem Arbeitsplatz bekämpft wird. Genauso ist es wichtig, dass Frauen nicht mehr benachteiligt werden und auch die Löhne an die Lebensstandards der heutigen Wirtschaft angepasst werden.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Europäischen Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik – Beschäftigungspolitische und soziale Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2016 — habe ich nicht zuegestimmt.

Ich wende mich gegen die ökonomische Steuerung der EU und der Eurozone durch das Europäische Semester. Die Mitgliedstaaten sollten vielmehr eine eigene Wirtschaftspolitik verfolgen und dadurch in den Wettbewerb miteinander eintreten. Eine koordinierte Wirtschaftspolitik wird nur benötigt, wenn die Einrichtung bzw. das Beibehalten von Transfermechanismen zwischen den Mitgliedstaaten beabsichtigt ist.

Nun wirklich gar keinen Grund gibt es für einen Bericht über beschäftigungspolitische und soziale Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2016. Berichte dieser Art sind der Einstieg in die Vergemeinschaftung der Sozialpolitik. Damit verbunden ist auch der Wunsch der EU-Föderalisten nach einer europäischen Arbeitsagentur oder der Vergemeinschaftung der Risiken wegen der Kosten der Arbeitslosigkeit. All das lehne ich ab.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I would like to reiterate that serious political commitment is required in order to meet the Europe 2020 anti-poverty targets, and such a commitment would require tackling gender inequalities.

As such, I echo this report's concerns about the social impacts of structural reform policies that have been implemented across the EU so far, and highlight that they have had a disproportionate negative impact on women, thereby also affecting children and other dependents.

Likewise I support the report's mention of the importance of the social economy, and reiterate the role that cooperatives, mutuals and similar alternative business models can play in stimulating inclusive and sustainable growth.

Anna Záborská (PPE), *písomne* – Jedným z cieľov koordinácie hospodárskych politik je i sociálne začlenenie ako príležitosť pre spoločnosť. Práca ako taká nikdy nebola zárukou toho, že sa človek vymaní z chudoby, ani najlepším nástrojom na zaistenie sociálneho začlenenia, keďže v roku 2014 trpelo chudobou 12,7 % zamestnaných osôb v produktívnom veku, čo od roku 2009 predstavuje nárast o 1,7 %. Dôvodom je i fakt, že práca nie je spravodlivo ohodnotená, a preto podporujem i zavedenie minimálneho príjmu pre rodiny ako nástroj pre boj proti chudobe a sociálnej exklúzii. Netreba však zabúdať, že vzhľadom na starnutie európskeho obyvateľstva je potrebné sa uberať smerom pro-rodinnej politiky, a teda aj podporou pôrodnosti. Zároveň nesmieme zabúdať na adekvátne finančné ohodnotenie prác matiek pri starostlivosti o svoje deti a solidaritu medzi generáciami.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), γραπτώς. – Οι εκθέσεις του Ευρωκοινοβουλίου για το «ευρωπαϊκό εξάμηνο», το μηχανισμό επιβολής «μνημονίων διαρκείας» σε όλα τα κράτη μέλη της ΕΕ, αποδεικνύουν την προσήλωση του πολιτικού προσωπικού των μονοπωλίων στους στόχους του: μέτρα για τη διαρκή μείωση της τιμής της εργατικής δύναμης παντού για να ανακάμψει η κερδοφορία των επιχειρηματικών ομίλων, να έρθει η καπιταλιστική ανάπτυξη που μέχρι τώρα φαίνεται αναιμική, αβέβαιη και εύθραυστη.

Γι' αυτό απαιτούν από τις αστικές κυβερνήσεις την απαρέγκλιτη εφαρμογή των «συστάσεων ανά χώρα», των αντιλαϊκών δηλαδή μέτρων που καταστρώνουν τα όργανα της ΕΕ. Για να αντιμετωπίσουν τη λαϊκή αγανάκτηση επιχειρούν να ντύσουν όλη τη διαδικασία του εξαμήνου και της «ενισχυμένης οικονομικής διακυβέρνησης» δήθεν με «κοινωνικές πτυχές» και «κοινωνική ευαισθησία», αλλά δεν καταφέρνουν ούτε ευχολόγια να διατυπώσουν, προδίδοντας την εχθρότητά τους για τα εργατικά-λαϊκά δικαιώματα.

Το εξάμηνο και όλες οι διαδικασίες των «μνημονίων διαρκείας» της ΕΕ δεν μπορούν να έχουν ίχνος «κοινωνικής πτυχής», γιατί απλούστατα σχεδιάστηκαν, εφαρμόζουν και υπηρετούν ένα ενιαίο σχέδιο για χτύπημα κάθε εργασιακού, μισθολογικού, κοινωνικού δικαιώματος της εργατικής τάξης και των φτωχών λαϊκών στρωμάτων. Δεν μπορεί να υπάρξει ευρωεξάμηνο καλύτερο, φιλολαϊκό, όπως προσπαθούν να εξαπατήσουν τους λαούς διάφοροι οπορτουνιστές και νέας κοπής σοσιαλδημοκράτες. Η ΕΕ και τα μονοπώλια που υπηρετεί μόνο χειρότερα γίνονται. Δεν παίρνουν βελτίωση, παρά μόνο ανατροπή.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Tuto zprávu jsem podpořil, protože považuji za nutné, aby i nadále docházelo ke spolupráci mezi vládami, společnostmi, sociálními partnery i vzdělávacími institucemi v oblasti předávání dobré praxe, které vede k většímu propojení systému vzdělání s požadavky současného pracovního trhu. Souhlasím také s nutností investic do podnikání mladých lidí. Považuji nicméně za stejně důležité najít co nejefektivnější řešení nezaměstnanosti lidí v kategorii 55 let a více. Tito lidé mohou podnikům nabídnout své dlouhodobé a nemalé zkušenosti ve svých oborech působnosti.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu zahŕňajúcu priority Európskej komisie na nasledujúcich dvanásť mesiacov so zameraním na podporu ekonomického rastu a zamestnanosti som nepodporila. Hoci správa pozitívne smerovala najmä k akciám na oboch úrovniach, národnej aj európskej, so zameraním na zvýšenie zamestnanosti, a to aj zamestnanosti mladých a osôb so zdravotným postihnutím, na druhej strane obsahovala mnoho prvkov, ktoré som podporiť nemohla. V prvom rade to boli odkazy na mzdovú roztrieštenosť naprieč členskými štátmi. Myslím si, že efekt prípadnej harmonizácie minimálnej mzdy v Európskej únii nie je dostatočne preskúmaný a v konečnom dôsledku by mohol mať nežiaduce následky. V druhom rade to bol príliš tenký ľad, na ktorom sa správa pohybovala v súvislosti s výzvami zameranými na učebný proces a učebné osnovy, pričom si myslím, že niektoré z návrhov zasahovali do suverenity členských štátov v oblasti školstva. A v neposlednom rade to boli odkazy na migračnú politiku a vyjadrenie podpory migračnej agende Európskej komisie. Môj názor na túto otázku sa nezmenil. Hoci si myslím, že migračná a utečeneckú krízu je potrebné riešiť spoločne, nepodporujem systém navrhnutých kvót a myslím si, že riešenia by mali byť prinesené na princípe dobrovoľnej solidarity členských štátov. Všetky tieto aspekty bohužiaľ prevážili pozitíva správy, v dôsledku čoho som v závere hlasovala proti nej.

Kosma Złotowski (ECR), *na piśmie*. – Rozumiejąc i akceptując powody zacieśniania koordynacji polityki gospodarczej w Unii Europejskiej w ramach europejskiego semestru, trzeba zachować racjonalne podejście do proponowanych państwowym członkowskim działań. Trudno zgodzić się na postulaty ograniczenia swobody kształtowania reguł i warunków stosunku pracy w Polsce przy pomocy europejskich regulacji. Kreowanie wzrostu gospodarczego wymaga odpowiednich narzędzi, a do takich należy między innymi właśnie możliwość wpływania na rynek pracy. O ile formy współpracy na poziomie europejskim sprzyjające zwiększaniu zatrudnienia w postaci np. sieci EURES są potrzebne, o tyle proponowana w tym sprawozdaniu możliwość bezpośredniej ingerencji Komisji Europejskiej w politykę społeczną państw członkowskich czy w stosunek pracy między pracodawcą a pracownikiem, zawarty w oparciu o prawo krajowe, jest propozycja złą, której nie mogę poprzeć. Jest to przykład nieuzasadnionego rozszerzania kompetencji KE, który przyczyni się do zwiększenia poziomu biurokracji w UE oraz osłabi możliwość szybkiego reagowania na kryzysy w obszarze zatrudnienia przez państwa członkowskie. Oczywiście trzeba podkreślić zalety tego sprawozdania, w tym postulat zwiększenia inwestycji w kapitał ludzki, podkreślenie potrzeby ochrony gospodarki rynkowej czy zaznaczenie roli inwestycji infrastrukturalnych dla kreowania wzrostu gospodarczego. Niestety, biorąc pod uwagę zbyt daleko idące propozycje ograniczenia swobody państw członkowskich w obszarze polityki zatrudnienia i ze względu na odrzucenie wielu korzystnych poprawek, wstrzymałem się od głosu.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor do relatório sobre o Semestre Europeu para a coordenação das políticas económicas: aspetos sociais e relativos ao emprego na Análise Anual do Crescimento para 2016, oriundo da Comissão do Emprego e dos Assuntos Sociais, cuja relatora de parecer foi a deputada Sofia Ribeiro, por nele se sublinhar a necessidade de ser prestada mais atenção à equidade social, no contexto dos novos programas de estabilidade e de reforma nacionais, aditando três indicadores de emprego (taxa de atividade, desemprego dos jovens e desemprego de longa duração) ao procedimento relativo aos desequilíbrios macroeconómicos.

Por outro lado, o relatório refere que estes indicadores sejam colocados verdadeiramente em pé de igualdade com os indicadores existentes, o que permitirá levar a cabo análises aprofundadas nos Estados-Membros em causa e garantir que os seus desequilíbrios internos sejam melhor avaliados.

A par disto, saliento também o enfoque posto relativamente à criação de emprego de qualidade e à criação de condições para gerar crescimento, que devem ser colocadas no centro das políticas dos Estados-Membros e da UE, em particular para os jovens e para a geração com mais de 55 anos, como forma de construir economias sociais mais sustentáveis.

8.9. Binnenmarktsteuerung im Rahmen des Europäischen Semesters 2016 (A8-0017/2016 - Catherine Stihler)

Oral explanations of vote

Krisztina Morvai (NI). – Tervezem, kedves kollégák, hogy egy szótárat állítok össze az „Európai Unió nyelvezete közép- és kelet-európai szemmel” címmel. Például az egységes piac, ugye, mit jelent a mi szemszögünkben? Azt, hogy oda kellett bocsájtanunk a nyugati cégeknek, úgynevezett befektetőknek, az, úgymond, rendszerváltás idején az összes gyárunkat, oda kellett bocsájtani a termőföldünket, oda kell bocsájtani egyforma eséllyel a franciának vagy a németnek, ahogy most, ugye, az Európai Bíróság is döntött, a cafeteria lehetőségét, az Erzsébet-utalvány lehetőségét. Véletlenül sem lehetséges az, hogy a magyar állam vagy a magyar cég előnyben részesüljön. Úgy gondolom, hogy ezt majd akkor lenne érdemes egységes piacnak nevezni, amikor a magyar vállalkozónak ugyanakkora esélye lesz francia vagy angol vagy német földet, gyárat, szolgáltatási lehetőséget vásárolni, mint fordítva. Addig pedig, megint csak kérem, nevezzük annak, ami, gyarmatosításnak.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētā! Kas ir svarīgi šajā ziņojumā? Lai ir pārskatāmība, lai ir transparence. Tas ir pats galvenais. Lai Eiropas Standartizēšanas sistēma tiktu atjaunota un informācijas komunikāciju tehnoloģiju jomā būtu bijusi to aktīvāka izmantošana. Principiāli svarīgs ir savstarpējas atzīšanas princips un tā maksimāla ievērošana un taisnīgāka publisko iepirkumu administrēšana, jo bez efektīvām reformām šajās jomās vienotā tirgus pilnvērtīga funkcionēšana vienkārši nav iespējama. Tas pats — jāsaka — attiecas arī uz skaidrāku kompetenču sadalījumu starp dažāda līmeņa pārvaldības struktūrām, lai tās nedublētu savas funkcijas. Kopumā atbalstu.

Jiří Pospíšil (PPE). – Já jsem podpořil tuto zprávu, která se týká jednotného trhu uvnitř EU. Osobně považuji jednotný trh za jednu z hlavních výhod evropské integrace, pokud pominu politické aspekty toho, že 28 států spolu spolupracuje.

Myslím si, že i ti, co třeba nejsou příznivci dalšího budování federální Evropy, by měli vnímat, že sjednocování vnitřního trhu je jednoznačnou výhodou pro občany a pro firmy, a proto také doufám, že i do budoucna budeme schopni odstraňovat překážky, které stále na jednotném trhu jsou.

Osobně bych považoval za velký úspěch, kdybychom v tomto volebním období prosadili některé aspekty jednotného digitálního trhu, upravili prodej zboží po internetu přes hranice jednotlivých členských států, vyřešili otázku geoblockingu atd. O tom všem tato zpráva pojednává, proto jsem ji podpořil, a jak už jsem i řekl, jsem přesvědčen, že posilováním jednotného trhu zvýšíme výkonnost evropské ekonomiky.

Stanislav Polčák (PPE). – Já jsem rovněž podpořil tento návrh zprávy. Důvod je ten, že jednotný vnitřní trh je základní hodnotou, k níž se dopracovala evropská integrace v průběhu několika desítek let. Nepochybně je tou motivací, proč dnes podniky, občané a samozřejmě i státy stát by měli trvat na dále prohlubující se integraci.

Rovněž bych si dovilil zdůraznit, že ta zpráva, která nám byla předložena, velmi správně pojímá termíny jako konkurenceschopnost, zvyšování konkurenceschopnosti, investice a inovace. Já bych si rovněž dovilil říci, že součástí toho vnitřního trhu je svým způsobem i kohezní politika, která odstraňuje znevýhodnění. Je taky motorem růstu zaměstnanosti, konkurenceschopnosti a inovací.

To všechno jsou hodnoty, proč má smysl, podle mého názoru, dále prohlubovat jednotný vnitřní trh, protože pokud funguje trh bez překážek, tak přináší nepochybně hospodářský růst a růst zaměstnanosti.

Written explanations of vote

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – This is an initiative report and is not legislative. UKIP has voted against this report as we are against further EU governance. We particularly oppose statements in this report that criticise national governments' transposition of EU legislation. We have, however, voted in favour of Amendment 1 which, although far from perfect, removes the criticism that national regulations create barriers in the Single Market. Moreover, this amendment also removes calling on the Commission to do anything, which we fully support.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Ogni parametro economico indica prestazioni in calo per gli Stati dell'Unione. Il «mercato unico» è uno strumento che abbiamo a disposizione per promuovere la crescita e la stabilità. Sebbene nel testo si faccia riferimento alla semplificazione burocratica e alla cooperazione, i benefici di questa strategia sono trattati in maniera superficiale senza tenere conto dei possibili effetti collaterali. Per questi motivi ho votato negativamente.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque destaca que, para que el Semestre Europeo fomente con éxito el crecimiento económico y actúe como un instrumento estabilizador de las economías, debe incluir también el mercado único y las políticas dirigidas a su plena realización.

El mercado único constituye la piedra angular de las economías de los Estados miembros y del proyecto de integración europea, aportando beneficios económicos como una mayor competencia y la igualdad de condiciones para 500 millones de consumidores en la UE, en especial mayores oportunidades de elección de productos y servicios de calidad y precios más bajos.

Como socialista considero que la clave para liberar todo el potencial del mercado único, estimado en 1 billón EUR, radica en la observancia y la aplicación de la legislación vigente de la Unión en nuestros Estados miembros, y considero que un mejor gobierno y una mayor transparencia de su proceso de integración son vitales para la creación de empleo, un crecimiento sostenible y la competitividad en nuestro influyente mercado único.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – La profundización del mercado único a golpe de recomendaciones en el Semestre Europeo supondrá continuar la regresión en los derechos sociales y democráticos vivida en los últimos años, al colocar las pseudolibertades de mercado frente a los derechos laborales y la soberanía de los pueblos europeos. Por ello, he votado en contra.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte sur la gouvernance du marché unique dans le cadre du semestre européen 2016.

En effet, ce texte présente ici le marché unique comme la grande solution aux maux européens actuels. L'harmonisation des politiques nationales, le partage des données sans limite, la libre circulation globale ou encore la mise en place d'un organe de contrôle supra étatique destiné à vérifier la bonne mise en œuvre des directives et des décisions européennes sont les caractéristiques principales de ce texte.

Sans aucune remise en question de ces dogmes européens ce texte fait leur éloge, ces derniers ayant mis en péril nos économies. Je m'y suis donc opposé.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση για την Διακυβέρνηση της Ενιαίας Αγοράς στο πλαίσιο του Ευρωπαϊκού Εξαμήνου 2016, γιατί συμπεριλαμβάνει τον τομέα της ανάπτυξης και της δημιουργίας επιπλέον θέσεων εργασίας μέσω της βοήθειας που παρέχεται από τον αποτελεσματικό ανταγωνισμό. Επίσης η ένταξη της ενιαίας αγοράς ως πυλώνας του Ευρωπαϊκού Εξαμήνου, θα πρέπει να περιλαμβάνει σημεία αναφοράς και συγκεκριμένους δείκτες που αναφέρονται στο σύνολο της ενιαίας αγοράς.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Condensé de poncifs de l'UE, ce rapport fait un état des lieux des menaces pesant sur le marché unique au premier rang desquels on trouve bien sûr les «égoïsmes nationaux», la résurgence des nationalismes/populismes/protectionnismes... au choix ! La solution ? le marché unique évidemment, par son volet numérique et via un organe de gouvernance supra-étatique. En outre, le texte recommande: un partage des données sans limite, un renforcement de la libre-circulation globale des travailleurs, des capitaux, etc. Il insiste sur le besoin de création d'un organe de contrôle de la mise en œuvre docile des directives et règlements européens comme des recommandations faites aux pays dans le cadre des semestres européens successifs avec des sanctions à la clef pour les récalcitrants.

Le protectionnisme y est présenté grossièrement comme un frein et une entrave à la productivité et à la compétitivité du marché unique.

Pour terminer, l'intégration des clandestins et des minorités ainsi que leur accès au marché unique figure en bonne place dans le rapport.

Aussi, tant que l'Union européenne ne se débarrassera pas des dogmes qui parasitent l'intelligence de ses représentants, je ne puis que voter contre ce texte.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pasiūlymą, kuriuo Europos Parlamentas patvirtino ES ekonominius, socialinius ir bendrosios rinkos prioritetus 2016 metais. Šis pranešimas yra Parlamento indėlis nustatant ekonominės politikos prioritetus 2016 m. Europos semestro politikos koordinavimo procese, reaguojant į Komisijos metinę augimo apžvalgą. Pranešime dėl Bendrosios rinkos valdymo pakartojamas raginimas įtraukti bendrosios rinkos ramstį į Europos semestrą, sukuriant sistemą, pagal kurią būtų nuolat stebimos ir nustatomos konkrečiose šalyse esančios bendrosios rinkos kliūtys, vertinami bendrosios rinkos integracija ir konkurencingumas ir didžiausias dėmesys būtų skiriamas tam tikriems prioritetams tose srityse, kuriose veiksmai turėtų didžiausią poveikį ekonomikos augimui ir darbo vietų kūrimui, įskaitant tvarią įmonių plėtrą.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A Belső Piaci és Fogyasztóvédelmi Bizottság jelentése az egységes piacnak a 2016-os európai szemeszter keretében történő behelyezéséről szól. A jelentés hangsúlyozza az egységes piac továbbfejlesztésének fontosságát és aggasztónak tartja, hogy az európai szemeszter 2011-2014 közötti időszakra vonatkozó ajánlásainak végrehajtási szintje a vártnál gyengébb volt. Felkéri ezért a Bizottságot, hogy javasoljon egy mechanizmust, amely az országspecifikus ajánlások végrehajtására ösztönzi az országokat, és ennek ellenőrzését foglalja bele az Európai Szemeszterbe.

Nem érték egyet a jelentésben foglaltakkal, mert az lényegében az eddigi hibás gazdaságpolitika és filozófia folytatása, amely nem veszi figyelembe az egyes tagországok közötti hatalmas különbségeket (például az ötszörösen eltérő béreket, a jelentősen eltérő gazdasági szerkezetet, az unió egymással szembenálló adós és hitelező országokra való bomlását, stb.) és tovább erőltet egy olyan politikát, amelyről már rég kiderült, hogy kudarcot vallott. Az Uniónak egy más, nem neoliberais politika mellett lényegesen gyorsabban lehetne fejlődnie, mint az Egyesült Államoknak, mert a kevésbé fejlett országok felzárkóztatása jelentős dinamikát biztosíthatna. Mindezek alapján a jelentést elutasítottam.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le rapport prétend faire un état des lieux des menaces pesant sur le marché unique, au premier rang desquelles se trouve l'égoïsme national avec la résurgence des nationalismes/populismes/protectionnismes etc... Pour les eurocrates, la seule solution viable aux maux dont souffre l'Europe est le marché unique, par son volet numérique et à travers un organe de gouvernance supra-étatique.

Cela passe par une harmonisation des «politiques régionales» – c'est-à-dire nationales – au sein de l'UE et un accroissement de la libre circulation globale (!) des données, des travailleurs, des capitaux etc...

J'ai bien évidemment voté contre ce rapport.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur le semestre européen au sein du marché unique considérer comme le pilier de l'économie européenne. Il est primordial de développer davantage le marché unique européen afin d'aider à la création d'emplois dans l'Union européenne.

En effet, l'achèvement du marché unique produirait des gains économiques allant de 651 milliards à 1 100 milliards d'euros par an, soit l'équivalent de 5 % à 8,63 % du PIB de l'Union.

La concurrence est aussi un élément essentiel du rapport et toutes les formes de concurrence, notamment numérique, y sont examinées.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il mercato unico rappresenta uno dei principali risultati del processo di integrazione ed uno dei pilastri fondamentali dell'Unione europea. Ho votato a favore della relazione Stihler sulla governance del mercato unico nell'ambito del semestre europeo 2016, perché credo fermamente nella necessità di riaffermare l'importanza dell'inclusione di questo tema all'interno della discussione sul semestre europeo. Crescita e stabilizzazione economica dei paesi membri sono obiettivi che possono essere realizzati solo portando a compimento il mercato unico e rafforzando i processi democratici di *accountability*. La creazione di nuovi posti di lavoro, la crescita e la competitività dell'Europa non sono fattori slegati dal miglioramento dei sistemi di governance e dall'aumento di trasparenza dei processi decisionali. Ho sostenuto questa relazione perché credo che la previsione di un sistema di monitoraggio e valutazione periodica del mercato unico e della competitività si muova in questo senso. Fissare una serie di priorità e prevedere la creazione di una solida banca dati di informazioni quantitative e qualitative per valutare efficacemente i progressi compiuti negli Stati membri può rappresentare un ottimo modo per migliorare ulteriormente i meccanismi di integrazione.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra, puesto que el informe entiende el mercado único como única vía para crear trabajo, crecimiento y competitividad y que además puede hacerse solo bajo el marco del Semestre Europeo. El Semestre Europeo y el informe de los cinco presidentes suponen un ataque frontal contra la soberanía nacional y económica —cualquier reforma fiscal o medida en materia de política salarial debe ser aprobada por los comités de competitividad nacional, herramientas creadas para la unión presupuestaria— y representan una arquitectura institucional oligárquica y autoritaria con una ausencia de democracia absoluta. Por ello, rechazo cualquier medida dentro del marco de Semestre Europeo y del informe de los cinco presidentes.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Agradezco el trabajo de la ponente y los demás diputados que han trabajado para la aprobación de este informe relativo a la gobernanza del mercado único en el marco del Semestre Europeo 2016. El mercado único es uno de los fundamentos de la UE y para que el Semestre Europeo fomente con éxito el crecimiento es necesario que se incluya el mercado único y las políticas para su plena realización en la misma. Huelga decir que la responsabilización a todos los niveles de una gobernanza eficaz del mercado único podría conseguirse mejorando la regulación por un lado y ampliando la cultura de cumplimiento de normas por otra.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai fermement rejeté ce rapport qui prouve une nouvelle fois que la plupart des députés européens des grands groupes politiques ne sont que les prêtres de l'égglise fédéraliste européenne.

Psalmodyant leurs incantations aux soi-disant bienfaits d'une Europe fédérale et ultralibérale, ils affirment le plus sérieusement du monde que, si les lendemains qui chantent n'ont pas encore touché l'Europe en matière de prospérité et de sécurité, c'est simplement parce que l'intégration n'a pas été achevée. Il faut donc toujours plus de marché unique, plus de libéralisation des travailleurs, des capitaux et surtout ne pas relâcher la cabale contre le monstre populiste qui semble vouloir étendre son emprise sur le merveilleux paradis européen en proposant des mesures protectionnistes en matière d'économie et d'emploi.

Ce rapport sur la gouvernance du marché unique est un véritable credo du dogme européen, martelant des chiffres abracadabrants sur le soi-disant coût du «non-Schengen» et sur les soi-disant gains économiques et sociaux apportés par le marché unique, véritable «réussite notoire» comme ose l'affirmer ce rapport. Mais les peuples européens n'ont plus la foi du charbonnier concernant cette Union européenne et sont de plus en plus conscients de la nécessité d'être protégés.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat nej till alla tre betänkandena.

Grundtonen i alla tre betänkandena är ett stöd för den ekonomiska politik som lägger ramarna för den europeiska planeringsterminen. Jag motsätter mig EU:s marknadsliberala linje, åtstramningspolitiken, privatiseringar och avregleringar.

Motståndet mot denna politik växer i hela EU. Jag noterar att det i betänkandena, särskilt Rodrigues, finns försök till kritik mot den förda politiken och vissa argument för stimulansåtgärder. Det är dock inte tillräckligt tydligt för att jag ska kunna rösta ja.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque destaca que, para que el Semestre Europeo fomente con éxito el crecimiento económico y actúe como un instrumento estabilizador de las economías, debe incluir también el mercado único y las políticas dirigidas a su plena realización.

El mercado único constituye la piedra angular de las economías de los Estados miembros y del proyecto de integración europea, aportando beneficios económicos como una mayor competencia y la igualdad de condiciones para 500 millones de consumidores en la UE, en especial mayores oportunidades de elección de productos y servicios de calidad y precios más bajos.

Como socialista considero que la clave para liberar todo el potencial del mercado único, estimado en 1 billón EUR, radica en la observancia y la aplicación de la legislación vigente de la Unión en nuestros Estados miembros, y considero que un mejor gobierno y una mayor transparencia de su proceso de integración son vitales para la creación de empleo, un crecimiento sostenible y la competitividad en nuestro influyente mercado único.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az egységes piaci kormányzásról szóló jelentés egyike a 2016-os európai szemeszterrel foglalkozó három parlamenti jelentéscsomagnak. A válság rámutatott, hogy Európának lépéseket kell tennie gazdasági modelljének javítása és versenyképességének helyreállítása érdekében. Ehhez közfinanszírozásra és célzott beruházásokra egyaránt szükség van. Jelenleg azonban nem bontakoznak ki az egységes piacban rejlő lehetőségek. Szerintem az Uniónak támogatnia kell a tagállamokat abban, hogy jelentősen növeljék a határokon átnyúló kereskedelmet és sürgősen tegyenek a digitális technológiák jobb kihasználása érdekében is.

Véleményem szerint meg kell erősíteni az egységes piac irányítását ahhoz, hogy az Unió növekedést és munkahelyteremtést ösztönző motorja lehessen. Ehhez vissza kell állítani a legmagasabb szintű politikai felügyeletet, egységesíteni kell az uniós szabályok átültetését és végrehajtását, ezzel együtt pedig hatékonyabb eszközöket kell kidolgozni annak biztosítására, hogy az egységes piac valóban a polgárok és a vállalkozások hasznára váljon.

Az Európa 2020 stratégia összefüggésében vizsgáljuk felül az egységes piac működését. Pontosan meg kell nézni, hogy hol történt előrelépés, és meg kell kísérelni behatárolni azt, hogy hol maradtak továbbra is nehézségek. Ezek mentén kell a szakpolitikai prioritásokat meghatározni.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Enotni trg kot temelj obstoja EU je hkrati tudi velik izziv. Napredek in globalizacija, razvoj sodobnih tehnologij njegovo moč še povečujejo, vendar hkrati tudi možnost zlorab, nepoštenih praks, izkoriščanj in podobno.

Z ostalo večino poslancev sem podprl strategijo za upravljanje enotnega trga, ker se zavedam njegovih prednosti in da je v njegovem okviru skupaj z razvojem potrebna tudi posodobitev splošnih praks.

S podporo poročilu smo tudi jasno izrazili željo poročevalke, da se enotni trg uvrsti v evropski semester, saj gre za njegovo bistveno komponento, ki jo žal prevečkrat jemljemo kot samoumevno.

Kaj pomeni enotni trg, so nedavno občutili gospodarstveniki ob migrantski krizi, ko so se začeli soočati s problemi pri prostem pretoku blaga. Zato je prav, da se enotni trg ves čas nadgrajuje, hkrati pa se od držav članic zahteva, da striktno spoštujejo njegova pravila. Namreč kdor želi črpati koristi iz tega, se mora tudi držati zavez, obveznosti in dogovorov.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Il mercato unico, oltre ad essere uno dei pilastri dell'Unione, rappresenta anche uno dei suoi maggiori risultati. Il suo potenziale in termini di crescita, competitività e occupazione è infatti enorme, ma esso non è, ad oggi, ancora interamente sfruttato. Come affermato nella relazione votata oggi, che ho sostenuto, il semestre europeo dovrebbe concentrarsi maggiormente sulle opportunità offerte da questo fondamentale strumento e permettere loro di dispiegarsi pienamente. Ciò è possibile solo se si attua un effettivo approfondimento del mercato interno, da realizzare attraverso una migliore governance e una maggiore trasparenza, la riduzione delle barriere non tariffarie ancora esistenti e la piena attuazione delle normative vigenti in tema di servizi e appalti pubblici, secondo un approccio multilivello e maggiormente coordinato. Le opportunità che il mercato unico ci riserva, come quelle del mercato unico digitale, sono infatti molteplici, ma sta a noi agire e coordinarci per trarre da esse i maggiori benefici.

Louise Bours (EFDD), *in writing*. – This is an initiative report and is not legislative. UKIP has voted against this report as we are against further EU governance. We particularly oppose statements in this report that criticise national governments' transposition of EU legislation. We have, however, voted in favour of Amendment 1 which, although far from perfect, removes the criticism that national regulations create barriers in the Single Market. Moreover, this amendment also removes calling on the Commission to do anything, which we fully support.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Le manque total de remise en question comme d'une analyse pragmatique du bilan global du marché unique rend ce texte abscons. Il doit être rejeté dans son intégralité. J'ai voté contre.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il mercato è un grande sistema multilivello complesso, che costituisce uno dei pilastri del benessere europeo e del processo di integrazione che gli Stati membri stanno portando avanti. È una preziosa risorsa da cui dipende la prosperità economica attuale e futura dell'Unione europea.

Il potenziale inutilizzato del mercato unico, il cui valore è stimato a 1 000 miliardi di euro, rappresenta sia un'opportunità sia un campanello d'allarme per garantire che il mercato unico apporti benefici per tutti. Attualmente esistono eccessivi ostacoli al commercio in tutta l'UE e molti Stati membri non attuano le decisioni che sottoscrivono, soprattutto in materia di inclusività e di trasparenza: è per questo che l'influenza dell'Unione europea non è espressa ancora in tutto il suo potenziale. Bisogna rendersi conto che il mercato necessita di un coordinamento delle politiche macroeconomiche e microeconomiche associato alla governance delle politiche di bilancio per contribuire alla crescita economica strutturale auspicata negli Stati membri dell'UE.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le rapport sur la gouvernance du marché unique dans le cadre du Semestre européen 2016 fait l'apologie du fédéralisme européen, considéré comme le seul rempart contre la crise économique actuelle et contre la montée des partis dits populistes. Le texte préconise donc de créer un organe de contrôle en charge du respect des directives européennes ainsi que des recommandations de la Commission dans les États membres. Le rapporteur insiste également sur la nécessité d'encourager et de favoriser la mobilité des Européens afin de réduire les disparités régionales.

Ce rapport est une succession de généralités sur la façon dont l'Union européenne contribue au bien-être individuel ainsi qu'à la prospérité de nos sociétés. Alors que la plupart des États membres de l'Union traversent depuis 2008 une crise économique sans précédent à l'origine d'une augmentation du nombre de demandeurs d'emploi et d'un accroissement spectaculaire des inégalités sociales, il est absolument indécent d'assister à l'autosatisfaction des responsables de ce marasme économique, résolument déterminés à ne jamais se remettre en question.

J'ai donc voté contre ce texte.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario. La nostra contrarietà al concetto stesso di «semestre europeo» è politica ma anche di merito. Nel caso della relazione in oggetto, che tocca gli aspetti relativi alla gestione del mercato interno, ci troviamo di fronte a una serie di enunciazioni poco concrete.

A nostro avviso – ancora una volta – la commissione IMCO formula ipotesi troppo ottimistiche sul contributo che un maggiore sviluppo del mercato interno e del mercato unico digitale potranno dare alla crescita dell'economia intera dell'Unione.

Troppi sono, nel testo, i richiami ai compiti che gli Stati membri non porterebbero a termine, anche per quanto riguarda l'applicazione delle norme UE. La nostra delegazione sostiene, infatti, che l'iper-produzione normativa delle istituzioni europee sia il problema, e non certo le difficoltà che incontrano gli Stati membri nell'inserire regole inadatte alla propria realtà produttiva all'interno del proprio ordinamento giuridico.

Assenti sono i riferimenti, al contrario, ai costi che, invece, questa Europa e le sue regole, comprese molte di quelle relative al mercato interno, impongono alle nostre aziende e ai nostri enti locali.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque destaca que, para que el Semestre Europeo fomente con éxito el crecimiento económico y actúe como un instrumento estabilizador de las economías, debe incluir también el mercado único y las políticas dirigidas a su plena realización.

El mercado único constituye la piedra angular de las economías de los Estados miembros y del proyecto de integración europea, aportando beneficios económicos como una mayor competencia y la igualdad de condiciones para 500 millones de consumidores en la UE, en especial mayores oportunidades de elección de productos y servicios de calidad y precios más bajos.

Como socialista considero que la clave para liberar todo el potencial del mercado único, estimado en 1 billón EUR, radica en la observancia y la aplicación de la legislación vigente de la Unión en nuestros Estados miembros, y considero que un mejor gobierno y una mayor transparencia de su proceso de integración son vitales para la creación de empleo, un crecimiento sostenible y la competitividad en nuestro influyente mercado único.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – L'examen annuel de croissance, première étape du semestre européen, met en exergue les mesures supplémentaires qui devraient être prises par les États membres pour soutenir leur croissance et atteindre les objectifs sociaux et économiques d'Europe 2020. Cela permet donc d'examiner l'état de l'économie européenne et du marché unique. Ce rapport met en avant l'importance que revêt le marché unique dans le processus du semestre européen. Le Parlement européen réitère la nécessité de compléter le marché unique afin d'améliorer la compétitivité de l'économie européenne. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Dopo attenta riflessione e discussione in aula, ho dato il mio voto positivo sulla relazione sulla governance del mercato unico nell'ambito del semestre europeo 2016, sulla scorta delle seguenti motivazioni: – l'UE affronta diverse sfide a livello sia mondiale sia nazionale, crescita lenta, elevati livelli di disoccupazione e soprattutto un'intensa concorrenza internazionale; – il semestre europeo mira ad aumentare il coordinamento delle politiche economiche e di bilancio in tutta l'UE a 28 Stati membri; – la priorità è accrescere la stabilità, promuovere la crescita e l'occupazione e rafforzare la competitività.

Di conseguenza concordo con il relatore sulla considerazione che il mercato unico è uno degli elementi fondanti dell'Unione e costituisce la struttura portante delle economie degli Stati membri. Concordo sull'intenzione della Commissione di proseguire con l'analisi delle sfide specifiche per paese riguardo agli investimenti, nel quadro del semestre europeo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report which takes as its premise that the single market is the only way to deliver effectively on jobs, growth and competitiveness, in the framework of the European Semester. The report proposed creating a new 'Single Market' pillar in the European Semester to evaluate integration.

As I am against the European Semester as a matter of political principle, I voted against this report to strengthen it.

James Carver (EFDD), *in writing*. – This is an initiative report and is not legislative. UKIP has voted against this report as we are against further EU governance. We particularly oppose statements in this report that criticise national governments' transposition of EU legislation. We have, however, voted in favour of Amendment 1 which, although far from perfect, removes the criticism that national regulations create barriers in the Single Market. Moreover, this amendment also removes calling on the Commission to do anything, which we fully support.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because I welcome the recommendations of the Committee on the Internal Market and Consumer protection for this year's European Semester. I agree that the single market strategy should be included as one of the pillars of the European Semester. It is a very promising strategy aiming to fully explore the potential of the single market, and if properly implemented and focused on, it could be very beneficial, resulting in job creation and growth. Again, I express my regrets that the Services Directive has not been fully implemented by all Member States.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Siamo contrari alla governance economica perciò abbiamo votato contro.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – While I voted in favour of this report, I regret the adoption of paragraph 35 on the sharing economy in its current form. It should not be our role to try to force new industries to fit into the frameworks and rules of the traditional industries they replace. They have completely different business models, based on two different technological eras. As history has shown, it is futile to try to hold back progress with protectionism measures. Technological revolutions lead to more jobs and growth than they ever destroy. The times they are a-changing and the sooner we as legislators understand this, the better.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε ότι η ενιαία αγορά αποτελεί ένα από τα θεμέλια της ΕΕ. Προκειμένου το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο να προωθήσει επιτυχώς την οικονομική ανάπτυξη και να σταθεροποιήσει τις οικονομίες των κρατών μελών πρέπει να περιλάβει εξίσου την ενιαία αγορά και τις πολιτικές που αποσκοπούν στην ολοκλήρωσή της.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di votare a favore della relazione poiché sostengo da sempre che il mercato unico costituisca una preziosa risorsa da cui dipende la prosperità economica attuale e futura dell'Unione europea e che il suo potenziale inutilizzato rappresenti sia un'opportunità sia un campanello d'allarme per garantire che il mercato unico apporti benefici per tutti. Sono convinto che sia necessario un coordinamento delle politiche macroeconomiche e microeconomiche associato al coordinamento delle politiche di bilancio per contribuire alla crescita economica strutturale auspicata negli Stati membri dell'UE.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – È importante che il Parlamento europeo agisca come voce del popolo anche quando non si tratta necessariamente di legiferare: è il caso, ad esempio, di relazioni come questa, in cui il Parlamento fa le pulci alla Commissione europea riguardo a decisioni, relazioni, ipotesi di lavoro, che poi hanno un impatto sulla vita dei cittadini. Ho apprezzato il lavoro svolto dalla collega Stihler e ho votato a favore condividendo l'impostazione e la quasi totalità dei punti affermati.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Semestre Europeu tem como fim coordenar as políticas económicas e orçamentais da União Europeia, de modo a aumentar a estabilidade, promover o crescimento económico e o emprego e reforçar a competitividade.

É impossível dissociar o Mercado Único deste exercício, na medida em que representa a espinha dorsal dos Estados-Membros e é um instrumento fundamental para fomentar o crescimento, o emprego e a competitividade.

Apoio o Relatório Stihler por considerar vital incluir o Mercado Único como Pilar no Semestre Europeu, nomeadamente através de um sistema de monitorização e avaliação regulares da integração do Mercado Único e da competitividade.

Sublinho a especial atenção que deve ser dada a aplicação da legislação já existente e que não é cumprida pelos Estados-Membros, à eliminação dos obstáculos não pautais ainda existentes no Mercado, bem como ao desafio da digitalização do Mercado, que cria todo um novo paradigma para investidores, empresas e consumidores.

O investimento no setor das TIC é crucial se queremos ter uma vantagem concorrencial. A criação de um mercado único digital vai mudar as nossas vidas e o modo como interagimos, mudando os padrões de comportamento dos consumidores e dos agentes económicos. Há, pois, que desbloquear o potencial não aproveitado do Mercado Único neste domínio.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn ich unterstütze die Koordinierung unserer makro- und mikroökonomischen Politik zusammen mit der Koordinierung der Fiskalpolitik, um ein besseres strukturelles Wirtschaftswachstum in den EU-Mitgliedstaaten zu erreichen. Zudem begrüße ich die Aufnahme einer Binnenmarktsäule in das Europäische Semester.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative non-binding report. UKIP has voted against this report as we are against further EU governance. We particularly oppose statements in this report that criticise national governments' transposition of EU legislation. We have, however, voted in favour of Amendment 1 which, although far from perfect, removes the criticism that national regulations create barriers in the Single Market. Moreover, this amendment also removes calling on the Commission to do anything, which we fully support.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Il mercato unico costituisce una preziosa risorsa da cui dipende la prosperità economica attuale e futura dell'Unione europea. Il potenziale inutilizzato del mercato unico, il cui valore è stimato a mille miliardi di euro, rappresenta un'opportunità per garantire che il mercato unico apporti benefici per tutti. Attualmente, esistono eccessivi ostacoli al commercio in tutta l'UE e molti Stati membri non attuano le decisioni che sottoscrivono. Le misure che sono state adottate finora per promuovere la crescita e la creazione di posti di lavoro devono ancora dimostrare tutto il loro potenziale. Per questo motivo, concordo con il relatore e credo che una migliore governance e una maggiore trasparenza dei processi, velocizzare il percorso verso un mercato unico efficiente ed integrato.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – A greater choice of high-quality products and services and lower prices for consumers can be further enhanced through systematic monitoring of the implementation and enforcement of the single market rules by country-specific recommendations (CSRs).

The issue of research and development (R&D) raised in this report indicates that only 17% of firm investment goes towards scientific R&D. Clearly we still lack the necessary drive by our policymakers to work on removing regulatory barriers as well as to facilitate increased investment in R&D.

I agree with the resolution seeking a speedy delivery and implementation of the digital strategy to ensure the EU regains lost ground in relation to the previously slow adoption and use of digital technologies.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Il mercato unico è uno dei pilastri dell'Unione europea e rappresenta uno dei suoi principali risultati. Durante Il semestre europeo, l'obiettivo principale sarà quello di riguardare al mercato unico e le politiche volte al suo completamento, tramite il coordinamento delle politiche economiche, il miglioramento della stabilità, la promozione della crescita e l'occupazione. La risoluzione pertanto mira all'immediata abolizione delle restrizioni territoriali ingiustificate note come geoblocchi, nonché ad aggiornare il sistema di normalizzazione europeo al fine di sostenere le politiche dell'UE a favore dell'innovazione digitale, modernizzare la pubblica amministrazione mediante la fornitura di servizi digitali migliori e più accessibili a cittadini e imprese e infine agevolare la cooperazione transfrontaliera e l'interoperabilità delle pubbliche amministrazioni. Mi esprimo con voto favorevole, in quanto considero fondamentale l'attuazione e il conseguente rispetto delle norme del mercato unico.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – La profundización del mercado único a golpe de recomendaciones en el Semestre Europeo supondrá continuar la regresión en los derechos sociales y democráticos vivida en los últimos años, al colocar las pseudolibertades de mercado frente a los derechos laborales y la soberanía de los pueblos europeos. Por ello, he votado en contra.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il mercato unico rappresenta uno strumento importante per la promozione della competitività dell'UE e per garantire la creazione di posti di lavoro e la crescita economica ed è importante eliminare ogni ostacolo alla sua realizzazione. La risoluzione del Parlamento europeo, che ho votato in favore, invita la Commissione a integrare il pilastro del mercato unico nel semestre europeo, prevedendo un sistema per monitorare e identificare periodicamente gli ostacoli specifici per paese che si frappongono al mercato unico e per valutare l'integrazione del mercato unico e la competitività, con particolare riferimento a una serie di priorità nei settori dove un intervento sarebbe in grado di generare il massimo impatto in termini di crescita e creazione di posti di lavoro.

Pál Csáky (PPE), írásban. – Az egységes piaci kormányzásról szóló jelentés egyike a 2016-os európai szemeszterrel foglalkozó három parlamenti jelentéscsomagnak. A válság rámutatott arra, hogy Európának lépéseket kell tennie gazdasági modelljének javítása és versenyképességének helyreállítása érdekében. Ehhez közfinanszírozásra és célzott beruházásokra egyaránt szükség van. Jelenleg azonban nem bontakoznak ki az egységes piacban rejlő lehetőségek. Az Uniónak támogatnia kell a tagállamokat abban, hogy jelentősen növeljék a határokon átnyúló kereskedelmet és sürgősen tegyenek a digitális technológiák jobb kihasználása érdekében is. Ahhoz, hogy az EU növekedést és munkahelyteremtést ösztönző motor lehessen, meg kell erősíteni az egységes piac irányítását. Ehhez vissza kell állítani a legmagasabb szintű politikai felügyeletet, egységesíteni kell az uniós szabályok átültetését és végrehajtását, ezzel együtt pedig hatékonyabb eszközöket kell kidolgozni annak biztosítására, hogy az egységes piac valóban a polgárok és a vállalkozások hasznára váljon.

Most a legfontosabb teendőnk, hogy az Európa 2020 stratégia összefüggésében felülvizsgáljuk az egységes piac működését. Meg kell nézni, hol történt előrelépés, és fel kell térképezni a nehézségeket, és mindez alapján meghatározni a szakpolitikai prioritásokat. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Edward Czesak (ECR), na piśmie. – Aby zapewnić skuteczne oddziaływanie narzędzi UE na wzrost gospodarczy, tworzenie miejsc pracy oraz konkurencyjność, regularnie mierzy się postępy w integracji jednolitego rynku w państwach członkowskich. W omawianym sprawozdaniu zwrócono uwagę na lepsze zarządzanie tym procesem i zwiększenie jego przejrzystości, a także wzmocnienie poczucia odpowiedzialności państw członkowskich. Z uwagi na skuteczne wdrażanie, stosowanie i egzekwowanie przepisów dotyczących jednolitego rynku, w perspektywie można byłoby stworzyć więcej możliwości dla konsumentów, doprowadzić do ustanowienia standardów jakości i pobudzić konkurencję. Zagłosowałem za przyjęciem sprawozdania.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – I voted in favour of this report since it restates the importance of the inclusion of a single market pillar in the European Semester process highlighting the significant contribution for jobs and growth that could derive from the effective completion of the Single Market. Such inclusion should encompass, among others, specific indicators and benchmarks related to the Single Market.

Daniel Dalton (ECR), in writing. – I welcome this report, and believe that many of the conclusions contained within it would improve the governance of the single market, which is in all Member States' economic interest. The proposals for improvements to the way in which the Commission identifies and addresses gaps in the single market, and better enforcement to help ensure a level playing field are positive steps forward. I also welcome the references in the report to improving public procurement, and the efforts to address non-tariff barriers in a general sense – the subject of detailed scrutiny in my own report currently in progress. Deepening the single market will have enormous economic benefits to all our economies, but especially for SMEs and innovative start-ups. So, in conclusion, I hope the Commission will take on board the pro-competitiveness agenda and many of the positive ideas for improving the functioning of the single market contained within this report.

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. – Având în vedere că modelul european este, înainte de toate, un sistem social și economic bazat pe piață, în sensul că niciun computer din lume nu poate procesa informațiile mai bine decât piața, consider că Comisia trebuie să elaboreze un raport anual privind barierele existente în calea pieței unice din diferite state membre și Uniunea Europeană în ansamblu și să emită recomandări, în cadrul recomandărilor specifice fiecărei țări, care să vizeze înlăturarea acestora, subliniind faptul că piața unică ar trebui să joace un rol mai important în recomandările specifice fiecărei țări.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Ce rapport d'initiative présente les recommandations du Parlement européen au marché unique dans le processus du semestre européen pour l'année 2016, en vue du Conseil européen des 17 et 18 mars. Nous appelons dans ce rapport à poursuivre l'intégration du marché intérieur, afin de lever les obstacles non tarifaires au commerce. Le semestre européen, dont l'objectif est de renforcer la coordination entre les politiques économiques des États membres, devrait permettre d'assurer une meilleure surveillance du marché unique, afin qu'il serve davantage la croissance, l'emploi et les PME. Soutenant ces objectifs, j'ai voté en faveur du rapport.

Rachida Dati (PPE), par écrit. – Le marché unique est l'une des pierres angulaires de la construction européenne dont il convient d'exploiter pleinement le potentiel afin de stimuler la compétitivité mais aussi de créer des emplois et de la croissance au sein de l'Union européenne. C'est la raison pour laquelle j'ai soutenu ce rapport qui met en lumière des recommandations dans le cadre du semestre européen en vue d'une meilleure gouvernance et d'une plus grande transparence au sein du marché unique.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – La crisi economica e finanziaria di questi ultimi anni ha reso evidente la necessità di un rinnovato sforzo delle istituzioni europee a favore di politiche economiche che riescano a sintetizzare in maniera efficace le politiche macroeconomiche di bilancio, come quelle del semestre europeo, e allo stesso tempo quelle microeconomiche di promozione del mercato unico.

Infatti è chiaro agli occhi degli europei, ma non ancora a molti nelle istituzioni europee, il diretto legame tra politiche macroeconomiche di deficit-surplus nella bilancia dei pagamenti negli Stati membri e politiche di concorrenza tra gli Stati stessi. Pertanto la rinnovata attenzione della Commissione alla promozione di politiche di investimento per un maggiore sostegno alla domanda interna avrà un positivo effetto anche per il rafforzamento del mercato unico europeo. Però allo stesso tempo un più forte mercato unico significa anche legiferare in maniera intelligente in modo da garantire la massima protezione dei consumatori promuovendo la trasparenza nei processi produttivi.

Pertanto, è necessario sviluppare un quadro regolamentare intorno al «made-in» al fine di tutelare non soltanto le imprese e la loro catena del valore di eccellenza ma anche i consumatori affinché possano essere più consapevoli nelle loro decisioni di acquisto.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Az egységes piaci kormányzásról szóló jelentés egyike a 2016-os európai szemeszterrel foglalkozó három parlamenti jelentéscsomagnak. A válság rámutatott, hogy Európának lépéseket kell tennie gazdasági modelljének javítása és versenyképességének helyreállítása érdekében. Ehhez közfinanszírozásra és célzott beruházásokra egyaránt szükség van. Jelenleg azonban nem bontakoznak ki az egységes piacban rejlő lehetőségek. Az Uniónak támogatnia kell a tagállamokat abban, hogy jelentősen növeljék a határokon átnyúló kereskedelmet és sürgősen tegyenek a digitális technológiák jobb kihasználása érdekében is.

Véleményem szerint meg kell erősíteni az egységes piac irányítását ahhoz, hogy az az Unió növekedést és munkahelyteremtést ösztönző motorja lehessen. Ehhez vissza kell állítani a legmagasabb szintű politikai felügyeletet, egységesíteni kell az uniós szabályok átültetését és végrehajtását, ezzel együtt pedig hatékonyabb eszközöket kell kidolgozni annak biztosítására, hogy az egységes piac valóban a polgárok és a vállalkozások hasznára váljon.

Most a legfontosabb teendőnk, hogy az Európa 2020 stratégia összefüggésében felülvizsgáljuk az egységes piac működését. Pontosan meg kell nézni tehát, hogy hol történt előrelépés, és meg kell kísérelni behatárolni azt, hogy hol maradtak továbbra is nehézségek. Ezek mentén kell a szakpolitikai prioritásokat meghatározni.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport dénonce le protectionnisme comme une menace planant sur l'Europe, alors qu'un retour raisonné à celui-ci serait davantage un début de solution à nos problèmes. En outre, le rapport plaide pour la création d'un organe de contrôle de l'application des règlements, directives et recommandations par les États, avec des sanctions à la clé, comme si l'Europe ne se résumait plus qu'à cela. Loin d'une remise en question des défaillances du marché unique, le rapport reprend l'argument habituel selon lequel l'intégration économique européenne n'est pas assez aboutie, notamment en termes de libéralisation de la main d'œuvre, des capitaux ou des données. Le rapport évoque également l'intégration des clandestins et des minorités et leur accès au marché unique. Eu égard au poids de l'idéologie dans ce rapport, j'ai voté contre celui-ci.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада относно единния пазар в рамките на Европейския семестър 2016, тъй като смятам, че трябва да се насочат усилия към подобряване функционирането на единния пазар. Подобро управление и повече прозрачност са сред основните очертани позитиви на този доклад. Говорейки за единния пазар, трябва да се подчертае и фактът, че в рамките на европейския семестър се спазват принципите на субсидиарност и пропорционалност – една от важните сфери за държавите членки. Наблюдава се обаче и нужда от засилване на съществуващите механизми и инструменти, които да подобрят управлението.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – Az egységes piaci kormányzásról szóló jelentés egyike a 2016-os európai szemeszterrel foglalkozó három parlamenti jelentéscsomagnak. A válság rámutatott, hogy Európának lépéseket kell tennie gazdasági modelljének javítása és versenyképességének helyreállítása érdekében. Ehhez közfinanszírozásra és célzott beruházásokra egyaránt szükség van. Jelenleg azonban nem bontakoznak ki az egységes piacban rejlő lehetőségek. Az Uniónak támogatnia kell a tagállamokat abban, hogy jelentősen növeljék a határokon átnyúló kereskedelmet és sürgősen tegyenek a digitális technológiák jobb kihasználása érdekében is.

Véleményem szerint meg kell erősíteni az egységes piac irányítását ahhoz, hogy az az Unió növekedést és munkahelyteremtést ösztönző motorja lehessen. Ehhez vissza kell állítani a legmagasabb szintű politikai felügyeletet, egységesíteni kell az uniós szabályok átültetését és végrehajtását, ezzel együtt pedig hatékonyabb eszközöket kell kidolgozni annak biztosítására, hogy az egységes piac valóban a polgárok és a vállalkozások hasznára váljon.

Most a legfontosabb teendőnk, hogy az Európa 2020 stratégia összefüggésében felülvizsgáljuk az egységes piac működését. Pontosan meg kell nézni tehát, hogy hol történt előrelépés, és meg kell kísérelni behatárolni azt, hogy hol maradtak továbbra is nehézségek. Ezek mentén kell a szakpolitikai prioritásokat meghatározni.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. – O mercado único é uma das pedras angulares da União Europeia e constitui a espinha dorsal das economias dos Estados-Membros e do projeto de integração europeia no seu todo.

São vários os benefícios económicos do mercado único, designadamente a integração dos produtos e dos mercados, as economias de escala, a maior concorrência e as condições de concorrência equitativas de que usufruem 500 milhões de cidadãos nos 28 Estados-Membros.

No entanto, concordo que é necessário facilitar um quadro favorável à iniciativa económica e ao desenvolvimento empresarial, incentivando a competitividade e a cooperação entre PME e explorando, assim, o potencial industrial da inovação, da investigação e da tecnologia.

Por outro lado, é necessário realizar reformas económicas e sociais adaptadas e justas e fazer face à burocracia e ao protecionismo, com vista a melhorar a produtividade e a competitividade da economia europeia.

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. – Estamos perante mais uma exaltação acrítica e simplória do Mercado Único, a que se acrescentam considerações sobre alguns dos desenvolvimentos mais recentes ao nível do dito Semestre Europeu.

Os Conselhos Nacionais de Competitividade são uma das recentes alterações introduzidas no Semestre Europeu. A Comissão afirma que devem acompanhar o desempenho e as políticas em matéria de competitividade, a fim de supervisionar e corrigir os diferenciais de competitividade entre Estados-Membros e, assim, evitar «distorções» ao mercado único. O seu real objetivo é conter ou forçar uma ainda maior redução dos custos unitários dos salários, transferindo os ganhos de produtividade para o capital, baixando o peso dos salários no rendimento nacional, ou seja, aumentando a exploração. São uma peça mais num edifício estruturalmente antidemocrático.

A fraca recuperação económica – resultado das políticas ditas de austeridade – será a desculpa para impor ainda mais austeridade e o ataque aos direitos.

O Mercado Único acentuou o desmantelamento dos instrumentos de regulação soberana das economias, o domínio económico, a divergência e as assimetrias de desenvolvimento, promoveu a elisão fiscal e a transferência de lucros, as privatizações a desregulação das relações comerciais e a concentração de capital.

Votámos contra.

Raffaele Fitto (ECR), per iscritto. – Gli Stati membri e l'Unione europea si trovano ad affrontare da alcuni anni periodi caratterizzati da bassa crescita, alti livelli di disoccupazione e una concorrenza a livello globale sempre più aggressiva. È necessario che questo semestre europeo crei delle opportunità affinché il mercato unico, che rappresenta uno dei pilastri sui quali è fondata l'UE diventi uno strumento di crescita e competitività per tutta l'Unione. Condivido la necessità di una serie di interventi mirati a migliorare i processi di governance e trasparenza, favorendo l'applicazione e il miglioramento delle attuali regole del mercato unico. Infine ritengo che vada ben accolta la proposta di realizzare nell'era dello sviluppo tecnologico il mercato unico digitale. Le infrastrutture, l'interoperabilità e le norme a livello dell'UE sono essenziali per consentire un'equa realizzazione della trasformazione digitale in tutta Europa, per lo sviluppo economico e sociale dei paesi dell'UE.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario in quanto la relazione pone enunciazioni poco concrete.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφικώς*. – Καταψηφίζω την έκδοση σχετικά με τη διακυβέρνηση της ενιαίας αγοράς στο πλαίσιο του Ευρωπαϊκού Εξαμήνου 2016 καθώς δεν συμφωνώ με το νέο πρότυπο επενδυτικής συμπεριφοράς το οποίο παρουσιάζει. Τα πάντα για το χρήμα, όχι για τους πολίτες, ούτε για τα έθνη, ούτε καν για τις χώρες.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I support the importance of the inclusion of a single market pillar in the European Semester process highlighting the significant contribution for jobs and growth that could derive from the effective completion of the single market. I believe that such inclusion should encompass, among others, specific indicators and benchmarks related to the single market. A more coherent policy mix, focused on investment, structural reforms and fiscal responsibility, along with stronger democratic accountability, are deemed essential within the European Semester.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az egységes piaci kormányzásról szóló jelentés egyike a 2016-os európai szemeszterrel foglalkozó három parlamenti jelentéscsomagnak. A válság rámutatott, hogy Európának lépéseket kell tennie gazdasági modelljének javítása és versenyképességének helyreállítása érdekében. Ehhez közfinanszírozásra és célzott beruházásokra egyaránt szükség van. Jelenleg azonban nem bontakoznak ki az egységes piacban rejlő lehetőségek. Az Uniónak támogatnia kell a tagállamokat abban, hogy jelentősen növeljék a határokon átnyúló kereskedelmet és sürgősen tegyenek a digitális technológiák jobb kihasználása érdekében is.

Véleményem szerint meg kell erősíteni az egységes piac irányítását ahhoz, hogy az az Unió növekedést és munkahelyteremtést ösztönző motorja lehessen. Ehhez vissza kell állítani a legmagasabb szintű politikai felügyeletet, egységesíteni kell az uniós szabályok átültetését és végrehajtását, ezzel együtt pedig hatékonyabb eszközöket kell kidolgozni annak biztosítására, hogy az egységes piac valóban a polgárok és a vállalkozások hasznára váljon.

Most a legfontosabb teendőnk, hogy az Európa 2020 stratégia összefüggésében felülvizsgáljuk az egységes piac működését. Pontosan meg kell nézni tehát, hogy hol történt előrelépés, és meg kell kísérelni behatárolni azt, hogy hol maradtak továbbra is nehézségek. Ezek mentén kell a szakpolitikai prioritásokat meghatározni.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az egységes piaci kormányzásról szóló jelentés egyike a 2016-os európai szemeszterrel foglalkozó három parlamenti jelentéscsomagnak. A válság rámutatott, hogy Európának lépéseket kell tennie gazdasági modelljének javítása és versenyképességének helyreállítása érdekében. Ehhez közfinanszírozásra és célzott beruházásokra egyaránt szükség van. Jelenleg azonban nem bontakoznak ki az egységes piacban rejlő lehetőségek. Az Uniónak támogatnia kell a tagállamokat abban, hogy jelentősen növeljék a határokon átnyúló kereskedelmet és sürgősen tegyenek a digitális technológiák jobb kihasználása érdekében is.

Véleményem szerint meg kell erősíteni az egységes piac irányítását ahhoz, hogy az az Unió növekedést és munkahelyteremtést ösztönző motorja lehessen. Ehhez vissza kell állítani a legmagasabb szintű politikai felügyeletet, egységesíteni kell az uniós szabályok átültetését és végrehajtását, ezzel együtt pedig hatékonyabb eszközöket kell kidolgozni annak biztosítására, hogy az egységes piac valóban a polgárok és a vállalkozások hasznára váljon.

Most a legfontosabb teendőnk, hogy az Európa 2020 stratégia összefüggésében felülvizsgáljuk az egységes piac működését. Pontosan meg kell nézni tehát, hogy hol történt előrelépés, és meg kell kísérelni behatárolni azt, hogy hol maradtak továbbra is nehézségek. Ezek mentén kell a szakpolitikai prioritásokat meghatározni.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe con el objetivo de que la Unión Europea siga trabajando y mejorando en la integración y la competitividad del mercado único, avanzando cada vez más y aprovechando todo el potencial que ofrece el mercado común, y evitando al máximo las pérdidas de eficiencia.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque destaca que, para que el Semestre Europeo fomente con éxito el crecimiento económico y actúe como un instrumento estabilizador de las economías, debe incluir también el mercado único y las políticas dirigidas a su plena realización.

El mercado único constituye la piedra angular de las economías de los Estados miembros y del proyecto de integración europea, aportando beneficios económicos como una mayor competencia y la igualdad de condiciones para 500 millones de consumidores en la UE, en especial mayores oportunidades de elección de productos y servicios de calidad y precios más bajos.

Como socialista considero que la clave para liberar todo el potencial del mercado único, estimado en 1 billón EUR, radica en la observancia y la aplicación de la legislación vigente de la Unión en nuestros Estados miembros, y considero que un mejor gobierno y una mayor transparencia de su proceso de integración son vitales para la creación de empleo, un crecimiento sostenible y la competitividad en nuestro influyente mercado único.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque destaca que, para que el Semestre Europeo fomente con éxito el crecimiento económico y actúe como un instrumento estabilizador de las economías, debe incluir también el mercado único y las políticas dirigidas a su plena realización.

El mercado único constituye la piedra angular de las economías de los Estados miembros y del proyecto de integración europea, aportando beneficios económicos como una mayor competencia y la igualdad de condiciones para 500 millones de consumidores en la UE, en especial mayores oportunidades de elección de productos y servicios de calidad y precios más bajos.

Como socialista considero que la clave para liberar todo el potencial del mercado único, estimado en 1 billón EUR, radica en la observancia y la aplicación de la legislación vigente de la Unión en nuestros Estados miembros, y considero que un mejor gobierno y una mayor transparencia de su proceso de integración son vitales para la creación de empleo, un crecimiento sostenible y la competitividad en nuestro influyente mercado único.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE sulla governance del mercato unico nell'ambito del semestre europeo 2016, perché sono convinta che il mercato unico costituisca una preziosa risorsa da cui dipende la prosperità economica attuale e futura dell'UE. L'integrazione del mercato unico nell'ambito del semestre europeo, in quanto strumento di coordinamento e di monitoraggio, potrà favorire la creazione di posti di lavoro, la crescita e la concorrenza. Tuttavia, questi processi devono essere accompagnati da una migliore governance e maggiore trasparenza del processo. Al fine di sfruttare il potenziale inutilizzato del mercato unico, il cui valore è stimato a 1.000 miliardi, e consentire che esso apporti benefici per tutti, è necessario rimuovere i numerosi ostacoli al commercio in tutta l'UE, accrescere la trasparenza dei processi decisionali, migliorare la governance e costringere gli Stati membri ad attuare le decisioni che essi adottano. Ciò permetterà di evitare distorsioni che minano la libera concorrenza. Il superamento delle attuali debolezze e la creazione di nuovi posti di lavoro richiedono un nuovo paradigma nei modelli d'investimento, con un aumento degli investimenti in settori strategici e della spesa delle aziende nei beni immateriali e di un'appropriata attuazione delle direttive sui servizi, appalti pubblici e concessioni.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über die Binnenmarktsteuerung im Rahmen des Europäischen Semesters 2016 gestimmt. Der hier beleuchtete Aspekt ist von zentraler Bedeutung, wenn wir über eine positive Entwicklung des Europäischen Semesters und seine Leitfunktion für die weitere Entwicklung Europas sprechen.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Mit der heutigen Abstimmung sollen die Steuerung, die Transparenz und die Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten im Hinblick auf den Binnenmarkt verstärkt werden. Der freie Binnenmarkt als primäres Ziel der Union hängt eng mit dem wirtschaftlichen Wohlstand der Union zusammen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it succeeded in restating the importance of the inclusion of a single market pillar in the European Semester process highlighting the significant contribution for jobs and growth that could derive from the effective completion of the single market. A more coherent policy mix, focused on investments, structural reforms and fiscal responsibility, along with stronger democratic accountability, are deemed essential within the European Semester.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – This is an initiative report and is not legislative. UKIP has voted against this report as we are against further EU governance. We particularly oppose statements in this report that criticise national governments' transposition of EU legislation. We have, however, voted in favour of Amendment 1 which, although far from perfect, removes the criticism that national regulations create barriers in the Single Market. Moreover, this amendment also removes calling on the Commission to do anything, which we fully support.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra, puesto que el informe entiende el mercado único como única vía para crear trabajo, crecimiento y competitividad y que además puede hacerse solo bajo el marco del Semestre Europeo. El Semestre Europeo y el informe de los cinco presidentes suponen un ataque frontal contra la soberanía nacional y económica —cualquier reforma fiscal o medida en materia de política salarial debe ser aprobada por los comités de competitividad nacional, herramientas creadas para la unión presupuestaria— y representan una arquitectura institucional oligárquica y autoritaria con una ausencia de democracia absoluta. Por ello, rechazo cualquier medida dentro del marco de Semestre Europeo y del informe de los cinco presidentes.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat acest raport având în vedere importanța pieței unice și impactul acesteia asupra prosperității economice actuale și viitoare a UE. Potențialul neexploatat al pieței unice este estimat la 1 000 de miliarde de euro, fiind totodată o oportunitate și un semnal de alarmă pentru asigurarea funcționării acesteia în beneficiul tuturor. Este nevoie de dezvoltarea transfrontalieră și dezvoltarea locurilor de muncă în zonele rurale și în zonele sărace, dar și de elaborarea unor politici comune în domeniul competitivității. Rețeaua consiliilor naționale pentru competitivitate trebuie să își crească rolul cu privire la politicile comune în domeniu.

Achizițiile publice și sectorul public sunt vectori importanți, dar avem nevoie de transparență și concurență etică. IMM-urile trebuie să fie în atenția guvernantei pieței unice în cadrul semestrului european și trebuie să se aloce resurse la nivel național și european, cu precădere în zonele rurale. Parlamentul European reglementează, însă Comisia și statele membre au obligația de a găsi cele mai inteligente metode de implementare.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque destaca que, para que el Semestre Europeo fomente con éxito el crecimiento económico y actúe como un instrumento estabilizador de las economías, debe incluir también el mercado único y las políticas dirigidas a su plena realización.

El mercado único constituye la piedra angular de las economías de los Estados miembros y del proyecto de integración europea, aportando beneficios económicos como una mayor competencia y la igualdad de condiciones para 500 millones de consumidores en la UE, en especial mayores oportunidades de elección de productos y servicios de calidad y precios más bajos.

Como socialista considero que la clave para liberar todo el potencial del mercado único, estimado en 1 billón EUR, radica en la observancia y la aplicación de la legislación vigente de la Unión en nuestros Estados miembros, y considero que un mejor gobierno y una mayor transparencia de su proceso de integración son vitales para la creación de empleo, un crecimiento sostenible y la competitividad en nuestro influyente mercado único.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report because the single market is key to growth and job creation in Europe. I and my colleagues from the ALDE Group are working intensively for a deeper single market within all policy areas.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque destaca que, para que el Semestre Europeo fomente con éxito el crecimiento económico y actúe como un instrumento estabilizador de las economías, debe incluir también el mercado único y las políticas dirigidas a su plena realización.

El mercado único constituye la piedra angular de las economías de los Estados miembros y del proyecto de integración europea, aportando beneficios económicos como una mayor competencia y la igualdad de condiciones para 500 millones de consumidores en la UE, en especial mayores oportunidades de elección de productos y servicios de calidad y precios más bajos.

Como socialista considero que la clave para liberar todo el potencial del mercado único, estimado en 1 billón EUR, radica en la observancia y la aplicación de la legislación vigente de la Unión en nuestros Estados miembros, y considero que un mejor gobierno y una mayor transparencia de su proceso de integración son vitales para la creación de empleo, un crecimiento sostenible y la competitividad en nuestro influyente mercado único.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), γραπτώς. – Ως ομάδα καταψηφίσαμε όλο το πακέτο του ευρωπαϊκού εξαμήνου, αφού η αντίθεση μας σε αυτό είναι κοινή θέση των κομμάτων της ομάδας μας. Επίσης, έχουμε ξεκάθαρη θέση αναφορικά με τους λόγους που προωθείται η κοινή αγορά από τους κυρίαρχους κύκλους της Ένωσης. Αυτοί οι λόγοι δεν είναι άλλοι από το άνοιγμα της αγοράς για τους μεγάλους πολυεθνικούς ομίλους, και ο ανταγωνισμός τους σε παγκόσμια κλίμακα. Αυτό, όμως, γίνεται εις βάρος των εργαζομένων και των συμφερόντων των λαϊκών στρωμάτων.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this Single Market Governance Report within the European Semester. This report is one of two annual contributions from the Committee on the Internal Market and Consumer Protection to the European Semester process. It focuses, in particular, on the Commission's 'Single Market for growth and jobs' report accompanying the Annual Growth Survey and dealing with the state of the integration of the single market. The single market has brought tremendous benefits for European citizens and businesses, the free movement of goods, services and capital and is crucial to stimulating competition. However, in some areas there is no truly integrated European market as missing legislation, administrative obstacles, and a lack of enforcement leaves the full potential of the single market unexploited. This report outlines several proposals that reiterate the need for strong leadership from all the EU institutions and clear political ownership on the part of the Member States in order to achieve tangible improvements and a more stringent governance for the single market.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted for this report due to the fact that it stresses that despite the lack of straightforward tariff barriers in the single market, a vast number of various non-tariff barriers do exist. The report also encourages the EU institutions, the Member States and all relevant stakeholders to launch a constructive debate on this issue in order to overcome the non-tariff obstacles within the EU. The single market is a precious resource which the European Union's current and future economic prosperity depends upon.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative non-binding report. UKIP has voted against this report as we are against further EU governance. We particularly oppose statements in this report that criticise national governments' transposition of EU legislation. We have, however, voted in favour of Amendment 1 which, although far from perfect, removes the criticism that national regulations create barriers in the Single Market. Moreover, this amendment also removes calling on the Commission to do anything, which we fully support.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Die Bericht plädiert dafür, dass das Europäische Semester auch den Binnenmarkt als Eckpfeiler der EU sowie Maßnahmen zu seiner Vollendung umfassen sollte.

Ausgehend von der Hervorhebung des gemeinsamen Binnenmarktes als Rückgrat der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten und des gesamten Projekts der europäischen Integration wird darauf verwiesen, dass durch dessen Weiterentwicklung Potenziale zur Anlockung von Investitionen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen aktiviert werden können. Daher wird die Kommission aufgefordert, im Wege der länderspezifischen Empfehlungen eine systematische Überwachung der Umsetzung und Durchführung der Binnenmarktvorschriften zu implementieren. Um Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerische Wachstumsperspektiven zu verbessern, wird zudem die Notwendigkeit betont, Verwaltungsaufwand und Protektionismus entschiedener anzugehen sowie das europäische Normsystem zu verbessern und verbesserte Interoperabilität zu schaffen. Auch die neuen Geschäftsmodelle der Sharing Economy sind angesichts ihres Innovationspotenzials zu begrüßen. Eine Gefahr liegt etwa im Vorschlag, „alle einschlägigen Interessenträger, darunter auch Arbeitgeber- und Gewerkschaftsorganisationen“ in jegliche Verfahren zur Überprüfung des Europäischen Semesters einzubeziehen. Das Europäische Semester muss objektiv sinnvollen Kriterien genügen und darf keinesfalls ideologisch aufgeladen werden.

Aufgrund des aus ökonomischer Sicht weit überwiegend positiv zu bewertenden Inhalts habe ich dem Bericht zugestimmt, werde jedoch im weiteren Procedere auf rein wirtschaftlich sinnvollen Regelungsgehalt achten. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwist und Zwietracht in Europa.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative non-binding report. UKIP has voted against this report as we are against further EU governance. We particularly oppose statements in this report that criticise national governments' transposition of EU legislation. We have, however, voted in favour of Amendment 1 which, although far from perfect, removes the criticism that national regulations create barriers in the Single Market. Moreover, this amendment also removes calling on the Commission to do anything, which we fully support.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – The draft report was encouraging and I recognise that the rapporteur made an effort to include some input from my political group but, unfortunately, the right wing of Parliament forced a series of changes with unacceptable wording.

I favoured amendments focused on the need to make the single market compatible with the localisation of economic activities, investments in the green economy, public authorities' right to regulate in the public interest, and high social and environmental standards in public procurement.

Whilst there are many elements in this report which I can support, on balance I consider that the right of this House has had too much influence and I could accordingly not endorse the final resolution.

Carlos Iturgaiz (PPE), *por escrito*. – Voto a favor de esta Opinión con la cual comparto el punto de vista de la ponente de que la coordinación de las políticas micro y macroeconómicas, junto con la de las políticas fiscales, es necesaria para generar el crecimiento económico estructural deseado en los Estados miembros de la UE.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The single market accounts for 500 million people and an estimated 23 million SMEs. I agree with the rapporteur that the slow pace of investment in the EU and the difficulties that SMEs encounter in accessing capital are critical barriers to growth and job creation in the European Union. The Commission's Investment Plan for Europe and the European Fund for Strategic Investments are most welcome and ease access to funding for SMEs. Moreover, a wider range of financing options for SMEs is a priority of the capital markets union.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o upravljanju jedinstvenim tržištem u Europskom semestru 2016., zbog toga što smatram da je jedinstveno tržište ključno za sveobuhvatni rast i stvaranje radnih mjesta diljem Europske unije. Proces daljnje integracije jedinstvenog tržišta mora biti praćen boljim upravljanjem i većom transparentnošću.

Također, važno je naglasiti da se EU suočava s izazovom digitalizacije, te je stoga bitno investicije usmjeriti prema sektoru informatičkih i komunikacijskih tehnologija, istraživanjima i razvoju kako bi se konkretnim mjerama doprinijelo konkurentnosti jedinstvenog tržišta. Postoje još uvijek pojedine barijere i prepreke koje je potrebno premostiti kako bi se produbila integracija jedinstvenog tržišta EU-a.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Le manque total de remise en question comme d'une analyse pragmatique du bilan global du marché unique rend le texte abscons. Il doit être rejeté dans son intégralité et notre position ne pourra difficilement évoluer tant que l'Union européenne ne se débarrassera des dogmes parasitant l'intelligence de ses représentants. Nous nous opposons naturellement à l'instauration d'un organe de gouvernance du marché unique.

J'ai voté contre ce texte.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative non-binding report. UKIP has voted against this report as we are against further EU governance. We particularly oppose statements in this report that criticise national governments' transposition of EU legislation. We have, however, voted in favour of Amendment 1 which, although far from perfect, removes the criticism that national regulations create barriers in the Single Market. Moreover, this amendment also removes calling on the Commission to do anything, which we fully support.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Catherine Stihler sur la gouvernance du marché unique dans le cadre du Semestre européen 2016. Ce rapport aborde des points tels que la coordination micro-économique et les obstacles non-tarifaires dans le marché unique. Il recommande de plus que le marché unique soit abordé comme un axe particulier dans le cadre du Semestre européen. Le Semestre européen consiste en la coordination des politiques économiques des États afin de converger plus efficacement vers les objectifs de croissance.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Dans le cadre du Semestre européen, ce rapport examine les besoins et les recommandations liés au marché unique. Une attention particulière est portée dans ce rapport sur l'amélioration qui pourrait être portée aux barrières non-tarifaires et aux obstacles qu'elles représentent pour l'intégration du marché unique, ou encore à l'approfondissement du marché unique numérique, pour lequel je me suis particulièrement engagé.

Le marché unique est une source importante de prospérité, d'emploi et de croissance pour nos pays. Il convient donc de l'améliorer comme nous le propose ce rapport pour lequel j'ai voté.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich lehne den vorliegenden Bericht ab, weil er ein Mehr an Bürokratie und Verwaltung in Zusammenhang mit dem Europäischen Semester vorsieht.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report. To deliver effectively on jobs, growth and competitiveness, the progress of integration of the Member States in the single market must be accompanied by better governance and greater transparency, including the enforcement and implementation of existing EU legislation.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Die Berichtsteratterin plädiert in diesem Bericht dafür, dass das Europäische Semester auch den Binnenmarkt als Eckpfeiler der EU sowie Maßnahmen zu seiner Vollendung umfassen sollte.

Dabei hebt die Berichtsteratterin den gemeinsamen Binnenmarkt als Hauptpfeiler der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten und des gesamten Projekts der europäischen Integration hervor. Durch dessen Weiterentwicklung sollen Potenziale zur Anlockung von Investitionen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen aktiviert werden. Daher wird die Kommission dazu aufgefordert, im Wege der länderspezifischen Empfehlungen eine systematische Überwachung der Umsetzung und Durchführung der Binnenmarktvorschriften einzuführen. Übertriebener Verwaltungsaufwand und Protektionismus sollen entschieden angegangen, das europäische Normsystem optimiert und verbesserte Interoperabilität geschaffen werden.

Aufgrund des aus ökonomischer Sicht weit überwiegend positiv zu bewertenden Inhalts habe ich dem Bericht zugestimmt, werde jedoch im weiteren Prozedere auf rein wirtschaftlich sinnvollen Regelungsgehalt achten.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Il mercato unico costituisce una preziosa risorsa da cui dipende la prosperità economica attuale e futura dell'Unione europea. È innegabile che la creazione di posti di lavoro, la crescita e la competitività, sono tutti obiettivi che devono essere accompagnati da una migliore governance. La relazione mette in luce gli effetti di trasformazione della digitalizzazione su imprese e consumatori. Solo comprendendo che il mercato unico del XXI secolo è molto diverso da quello del passato riusciremo a trovare le giuste soluzioni ai problemi attuali. Tale differenza è da rimandare alla rivoluzione digitale la quale, se gestita con lungimiranza, potrà agevolare le PMI, contribuendo a un aumento dell'occupazione e a un aumento del PIL. Il mercato unico digitale costituisce un punto della relazione che condivido pienamente. Vi sono ancora degli ostacoli per il suo pieno completamento, ma siamo pronti a

fare quanto in nostro potere per rimuoverli. Condividendo quanto esposto all'interno della suddetta relazione ho deciso di dare il mio voto favorevole.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur la gouvernance du marché unique dans le cadre du Semestre européen 2016. Ce rapport est un condensé de poncifs sur l'Union européenne. Le sujet relève du domaine religieux: il fait état des menaces pesant sur le marché unique, au premier rang desquelles se trouve «l'égoïsme national» et la résurgence des nationalismes/populismes/protectionnismes, etc... La seule solution viable aux maux dont souffre l'Europe est bien entendu le marché unique, par son volet numérique et à travers un organe de gouvernance supra-étatique.

Le texte plaide pour une harmonisation des politiques nationales au sein de l'UE, avec un partage des données sans limite combiné à un renforcement de la libre circulation globale des données, des travailleurs, des capitaux etc... Le rapport insiste sur le besoin de création d'un organe de contrôle de la mise en œuvre docile des directives et règlements européens comme des recommandations faites aux pays dans le cadre des semestres européens successifs, avec sanctions à la clef en cas de réticence ou de lenteur voir du blocage du processus.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport pour deux raisons. D'abord parce qu'il demande une libéralisation accrue de la main d'œuvre, ce qui signifie qu'il voudrait transformer les travailleurs en nomades apatrides corvéables à merci. Ensuite parce qu'il dénonce les «égoïsmes nationaux» et la montée du «populisme» qui risquent d'entraver l'approfondissement du sacro-saint marché unique, qu'il qualifie (on croit rêver!) de «réussite notoire».

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque destaca que, para que el Semestre Europeo fomente con éxito el crecimiento económico y actúe como un instrumento estabilizador de las economías, debe incluir también el mercado único y las políticas dirigidas a su plena realización.

El mercado único constituye la piedra angular de las economías de los Estados miembros y del proyecto de integración europea, aportando beneficios económicos como una mayor competencia y la igualdad de condiciones para 500 millones de consumidores en la UE, en especial mayores oportunidades de elección de productos y servicios de calidad y precios más bajos.

Como socialista considero que la clave para liberar todo el potencial del mercado único, estimado en 1 billón EUR, radica en la observancia y la aplicación de la legislación vigente de la Unión en nuestros Estados miembros, y considero que un mejor gobierno y una mayor transparencia de su proceso de integración son vitales para la creación de empleo, un crecimiento sostenible y la competitividad en nuestro influyente mercado único.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque destaca que, para que el Semestre Europeo fomente con éxito el crecimiento económico y actúe como un instrumento estabilizador de las economías, debe incluir también el mercado único y las políticas dirigidas a su plena realización.

El mercado único constituye la piedra angular de las economías de los Estados miembros y del proyecto de integración europea, aportando beneficios económicos como una mayor competencia y la igualdad de condiciones para 500 millones de consumidores en la UE, en especial mayores oportunidades de elección de productos y servicios de calidad y precios más bajos.

Como socialista considero que la clave para liberar todo el potencial del mercado único, estimado en 1 billón EUR, radica en la observancia y la aplicación de la legislación vigente de la Unión en nuestros Estados miembros, y considero que un mejor gobierno y una mayor transparencia de su proceso de integración son vitales para la creación de empleo, un crecimiento sostenible y la competitividad en nuestro influyente mercado único.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – La profundización del mercado único a golpe de recomendaciones en el Semestre Europeo supondrá continuar la regresión en los derechos sociales y democráticos vivida en los últimos años, al colocar las «libertades» de mercado frente a los derechos laborales y la soberanía de los pueblos europeos. Por ello, he votado en contra.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Die Berichterstatterin plädiert in diesem Bericht dafür, dass das Europäische Semester auch den Binnenmarkt als Eckpfeiler der EU sowie Maßnahmen zu seiner Vollendung umfassen sollte.

Ausgehend von der Hervorhebung des gemeinsamen Binnenmarkts als Rückgrat der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten und des gesamten Projekts der europäischen Integration wird darauf verwiesen, dass durch dessen Weiterentwicklung Potenziale zur Anlockung von Investitionen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen aktiviert werden können. Daher wird die Kommission aufgefordert, im Wege der länderspezifischen Empfehlungen eine systematische Überwachung der Umsetzung und Durchführung der Binnenmarktvorschriften zu implementieren. Um Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerische Wachstumsperspektiven zu verbessern, wird zudem die Notwendigkeit betont, Verwaltungsaufwand und Protektionismus entschiedener anzugehen sowie das europäische Normsystem zu verbessern und verbesserte Interoperabilität zu schaffen. Auch die neuen Geschäftsmodelle der Sharing Economy sind angesichts ihres Innovationspotenzials zu begrüßen. Eine Gefahr liegt etwa im Vorschlag, „alle einschlägigen Interessenträger, darunter auch Arbeitgeber- und Gewerkschaftsorganisationen“ in jegliche Verfahren zur Überprüfung des Europäischen Semesters einzubeziehen. Das Europäische Semester muss objektiv sinnvollen Kriterien genügen und darf keinesfalls ideologisch aufgeladen werden.

Aufgrund des aus ökonomischer Sicht weit überwiegend positiv zu bewertenden Inhalts habe ich dem Bericht zugestimmt, werde jedoch im weiteren Procedere auf rein wirtschaftlich sinnvollen Regelungsgehalt achten.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Najveći izazovi za upravljanje jedinstvenim tržištem u Europskom semestru za 2016. predstavlja koordinacija različitih politika kao i prenošenje propisa u nacionalna zakonodavstva.

Postizanjem potpunog jedinstvenog tržišta olakšat će se rješavanje brojnih prepreka s kojima se suočavaju mali i srednji poduzetnici, naročito u segmentu birokracije na državnoj i međudržavnoj razini, stoga sam podržala ovo izvješće.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Jednotný vnútorný trh bez hraníc, zabezpečujúci voľný pohyb tovaru, služieb, kapitálu a osôb, je jedným z najsilnejších aspektov Únie s pozitívnym dosahom na hospodárstvo členských krajín. Jeho efektívne fungovanie si vyžaduje priebežné monitorovanie a prijímanie opatrení, ktoré zabezpečia jeho flexibilitu a vysokú účinnosť. Oceňujem, že správa sa zameriava aj na nevyužitý potenciál jednotného trhu, ktorý vo finančnom vyjadrení predstavuje viac ako 1000 mld. EUR. Odstránenie tohto stavu si vyžaduje, aby všetkých 28 členských štátov dodržiavalo svoje záväzky a koordinovalo svoje politiky.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραφικώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τη διακυβέρνηση της ενιαίας αγοράς στο πλαίσιο του Ευρωπαϊκού Εξαμήνου 2016, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 24/2/2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J’ai voté contre ce rapport. Comme pour les deux votes précédents il s’agit ici d’un des volets du semestre européen, outil idéologique en faveur de toujours plus d’Europe et de toujours plus de politiques européennes uniformisées.

Comme pour les rapports précédents, le manque total de remise en question et d’analyse pragmatique du bilan global du marché unique donnent un texte abscons qui brille par son inutilité.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Zpráva z výboru IMCO, jehož jsem členem, se zabývá správou jednotného trhu v rámci evropského semestru 2016. Dlouhodobě jsme proti tomu, jak je projekt evropského semestru v současnosti nastaven. Orientuje se pouze na oblast konkurenceschopnosti a přínosy jednotného trhu pro hospodářský růst a politiku hospodářské soutěže. Další významné priority, jako je snižování chudoby, boj s nezaměstnaností a sociálním vyloučením, jsou až na druhém místě, ne-li zcela opomíjeny. Zpráva zdůrazňuje i význam rozvoje elektronické správy a poukazuje na její nedostatky, jako je nedostatečná ochrana osobních údajů, problémy, které se systémem budou pociťovat starší občané, atd. Hlasoval jsem proto proti zprávě.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Incluir o pilar do Mercado Único no Pacote do Semestre Europeu só vai legitimar, mais uma vez, medidas que promovam a competitividade no mercado laboral, baixos salários, flexibilização dos despedimentos, fraca proteção social e descida das taxas dos impostos, em prol de um Mercado Único mais competitivo e «produtivo».

Este não é o caminho para um crescimento sustentável e socialmente responsável – as liberdades do mercado não podem estar à frente dos direitos laborais e sociais.

Votei contra.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – El mercado único es un instrumento fundamental para impulsar la competitividad de la UE y generar empleo y crecimiento. Debemos apoyar esta oportunidad para que todos los ciudadanos europeos se beneficien de las ventajas de esta unidad. Doy mi apoyo al informe sobre la gobernanza del mercado único en el marco del Semestre Europeo 2016, en el que se recogen importantes y muy adecuadas propuestas para asegurar que este objetivo se cumple.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Nepaisant tam tikros valstybių narių pasiektos pažangos įvairiose srityse supaprastinant nacionalinės teisės aktus, kad jie būtų palankesni vartotojams ir verslui, išlieka eilė kliūčių bendrosios rinkos integracijai ir stiprinimui. Pranešime dėl bendrosios rinkos valdymo apžvelgiami svarbiausi šioje srityje kylantys iššūkiai bei priemonės jiems įveikti.

Nepaisant Europos Vadovų Tarybos išvadose, metinėse augimo apžvalgose ir konkrečioms šalims skirtose rekomendacijose ne kartą pateiktų raginimų stiprinti bendrąją rinką, iki šiol šiuo klausimu pasiekta mažai pažangos. Pritariau Pranešime įtvirtintoms nuostatomis, jog siekiant efektyvesnio bendrosios rinkos veikimo, valstybėms narėms reikia atsakingiau įgyvendinti bendrosios rinkos teisės aktus, užtikrinti reikalavimų laikymąsi ir nustatytų normų vykdymą.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport propose d'inclure le marché unique et les politiques destinées à l'achever dans le cadre du semestre européen, afin qu'il parvienne à favoriser la croissance économique et à stabiliser les économies des États membres. Il s'agirait donc de «l'ajout d'un pilier consacré au marché unique dans le semestre européen» permettant un suivi et une évaluation régulière de l'intégration et de la compétitivité du marché unique. Il énumère ainsi les avantages que le marché unique est censé offrir tel que la «normalisation des produits» ou la «concurrence accrue» qui devrait permettre des «prix plus bas». Je reste opposé tant au semestre européen qu'au marché unique qui ne visent qu'à accroître la dérégulation de l'économie au détriment des travailleurs comme des consommateurs. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – L'UE, fidèle à elle-même, manque complètement de pragmatisme et de remise en question, l'un n'allant pas sans l'autre. Tant qu'elle ne décidera pas de quitter ses oripeaux de prédicateur manichéen, nos positions auront du mal à évoluer.

Je désapprouve les politiques idéologiques de l'Europe qui ne répondent pas aux besoins des nations.

En conséquence j'ai voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O mercado único é um instrumento fundamental para a promoção da competitividade, do emprego e do crescimento na União Europeia.

As medidas adotadas no âmbito do mercado único têm um potencial privilegiado para promoção do crescimento económico, pelo que deve ser amplamente considerado na discussão do Semestre Europeu.

Apresentei o meu voto concordante com o presente relatório.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because I believe that increased transparency and better governance are necessary to ensure that the single market continues to increase employment within the European Union.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on single market governance within the European Semester 2016, because the EU can no longer rely on exports with the slowdown of the world economy. It needs to rely much more on internal demand and more private and public investment. Surplus countries need to expand their budgets in order to support investment and growth everywhere in the EU while deficit countries need to be allowed more fiscal space through the flexibility instrument to invest more.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Belső Piaci és Fogyasztóvédelmi Bizottság jelentésében arra mutat rá, hogy az egységes piac értékes erőforrás, amelynek kiaknázatlan potenciálja a becslések szerint 1 milliárd euró értékű, ezért állást foglal az egységes piaci pillérnek az európai szemeszterbe való bevonása mellett.

Különös figyelmet szentel az egységes digitális piac létrehozásának. A Bizottság 7. pontban említett jelentésére hivatkozva rámutat a digitális verseny kihívásaira: a feltörekvő gazdaságok a legújabb technológiák alkalmazásával és a termékek és szolgáltatások globális beszerzésével most fejlettebb gazdaságokat is maguk mögött hagyhatnak. Sürgeti ezért az IKT-ba, a digitális technológiákba és a K+F-be való beruházások növelését. Ugyancsak elengedhetetlennek tartja a jelenleg hiányzó, szükséges digitális készségek és képzés mielőbbi pótlását, melyek nélkül a digitális egységes piac soha nem jöhet maradéktalanul létre, és amelyek lehetővé teszik az uniós polgárok számára, hogy alkalmazkodjanak a vállalatok és iparágak egyre növekvő mértékű digitalizálásához. A jelentést támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur la gouvernance du marché unique dans le cadre du Semestre européen est un ensemble de recommandations technocratiques et idéologiques.

Tout d'abord, la première menace pesant sur le marché unique présentée par le rapport est celle du protectionnisme national et la seule solution est le renforcement du marché unique.

Ensuite, le rapport précise qu'il est essentiel de continuer l'harmonisation des politiques nationales avec le renforcement du libre-échange et la mise en place de sanctions pour les pays réticents.

Le rapport demande par ailleurs une libéralisation accrue de la main d'œuvre, qu'elle soit interopérable, nomade et réclame une reconnaissance générale des qualifications. Tout cela pour achever l'unicité du marché et la diminution des disparités nationales.

Nous rejetons donc ce texte qui n'est qu'une profession de foi dogmatique en faveur du marché unique dont les ravages ne sont plus à démontrer.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Le manque total de remise en question comme d'une analyse pragmatique du bilan global du marché unique rend le texte futile. Il doit être rejeté dans son intégralité, c'est pourquoi j'ai voté contre.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Il mercato unico costituisce una preziosa risorsa da cui dipende la prosperità economica attuale e futura dell'Unione europea. Attualmente esistono eccessivi ostacoli al commercio in tutta l'UE e molti Stati membri non attuano le decisioni che sottoscrivono. L'influenza dell'Unione europea corrisponde solo a quella delle sue parti costitutive dei 28 Stati membri. Ho votato a favore della relazione affinché i progressi in merito all'integrazione del mercato unico negli Stati membri siano accompagnati da una migliore governance e maggiore trasparenza del processo e ciò può essere conseguito integrando il mercato unico nell'ambito del semestre europeo.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The single market refers to the European Union as one territory without any internal borders or other regulatory obstacles to the free movement of goods and services. It stimulates competition and trade, improves efficiency, raises quality and helps cut prices. I voted for this report that will include the single market in the 2016 European Semester, the European Union's annual cycle of economic policy guidance and surveillance.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu zdůrazňující význam fungujícího vnitřního trhu v rámci odpovědné správy veřejných financí v členských státech. Zpráva správně upozorňuje na to, že by Komise měla předložit výroční zprávu o překážkách jednotného trhu v jednotlivých členských státech a v EU jako celku a v rámci doporučení pro jednotlivé země vydat doporučení zaměřená na odstranění těchto překážek. Rovněž se ztotožňuji s důrazem na to, že mezi vnitrostátními orgány dozoru nad trhem by měla probíhat užší spolupráce a výměna informací a osvědčených postupů s cílem účinně řešit nejrůznější formy nekalé konkurence na jednotném trhu, mj. vysoký počet nezákonných a nevyhovujících produktů, které způsobují vysoké náklady podnikům dodržujícím právní předpisy a představují vysoké riziko pro spotřebitele. Jsem v této souvislosti přesvědčen, že Rada EU by měla urychlit schvalování balíčku opatření pro zajištění bezpečnosti na trhu a dohled nad trhem, což ohrožuje bezpečnost výrobků v EU.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht kritisiert zwar, dass zwischen den Finanzierungsansätzen für KMU und den Finanzierungsansätzen für Großunternehmen eine Lücke klafft und somit eine Benachteiligung stattfindet. Neben höflichen Hinweisen hat der Bericht aber keinen aufdeckenden Charakter, aus diesem Grund hätte ich mich gegen diesen Bericht ausgesprochen.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport sur le semestre européen est orienté dans une logique libérale, en donnant comme objectif final le seul achèvement du marché unique comme seule garantie de croissance et d'emploi dans l'UE. Le texte propose une coordination des politiques microéconomiques et macroéconomiques, assortie d'une coordination des politiques budgétaires afin de parvenir à la croissance en Europe.

J'ai voté contre ce rapport qui préconise la mise en œuvre des mécanismes de sanctions macroéconomiques, et la mise sous tutelle des États membres via les autorités de contrôle et les recommandations pays par pays.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Suurem ühisturg on Euroopale olulise tähtsusega, et edendada majanduskasvu ja kiirendada töökohtade loomist.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραφτώς*. – Οι εκδόσεις του Ευρωκοινοβουλίου για το «ευρωπαϊκό εξάμηνο», τον μηχανισμό επιβολής «μνημονίων διαρκείας» σε όλα τα κράτη μέλη της ΕΕ, αποδεικνύουν την προσήλωση του πολιτικού προσωπικού των μονοπωλίων στους στόχους του: μέτρα για τη διαρκή μείωση της τιμής της εργατικής δύναμης παντού για να ανακάμψει η κερδοφορία των επιχειρηματικών ομίλων, να έρθει η καπιταλιστική ανάπτυξη που μέχρι τώρα φαίνεται αναιμική, αβέβαιη και εύθραυστη.

Γι' αυτό απαιτούν από τις αστικές κυβερνήσεις την απαρέγκλιτη εφαρμογή των «συστάσεων ανά χώρα», των αντιλαϊκών δηλαδή μέτρων που καταστρώνουν τα όργανα της ΕΕ. Για να αντιμετωπίσουν τη λαϊκή αγανάκτηση επιχειρούν να ντύσουν όλη τη διαδικασία του εξάμηνου και της «ενισχυμένης οικονομικής διακυβέρνησης» δήθεν με «κοινωνικές πτυχές» και «κοινωνική ευαισθησία», αλλά δεν καταφέρνουν ούτε ευχολόγια να διατυπώσουν, προδίδοντας την εχθρότητά τους για τα εργατικά-λαϊκά δικαιώματα.

Το εξάμηνο και όλες οι διαδικασίες των «μνημονίων διαρκείας» της ΕΕ δεν μπορούν να έχουν ίχνος «κοινωνικής πτυχής», γιατί απλούστατα σχεδιάστηκαν, εφαρμόζουν και υπηρετούν ένα ενιαίο σχέδιο για χτύπημα κάθε εργασιακού, μισθολογικού, κοινωνικού δικαιώματος της εργατικής τάξης και των φτωχών λαϊκών στρωμάτων. Δεν μπορεί να υπάρξει ευρωεξάμηνο καλύτερο, φιλολαϊκό, όπως προσπαθούν να εξαπατήσουν τους λαούς διάφοροι οπορτουνιστές και νέας κοπής σοσιαλδημοκράτες. Η ΕΕ και τα μονοπώλια που υπηρετεί μόνο χειρότερα γίνονται. Δεν παίρνουν βελτίωση, παρά μόνο ανατροπή.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – This is an initiative report and is not legislative. UKIP has voted against this report as we are against further EU governance. We particularly oppose statements in this report that criticise national governments' transposition of EU legislation. We have, however, voted in favour of Amendment 1 which, although far from perfect, removes the criticism that national regulations create barriers in the Single Market. Moreover, this amendment also removes calling on the Commission to do anything, which we fully support.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Attualmente l'Unione europea si trova ad affrontare diverse sfide a livello sia mondiale sia nazionale, come ad esempio una crescita lenta, elevati livelli di disoccupazione e soprattutto un'intensa concorrenza internazionale. Per tale ragione è assolutamente necessario intraprendere tutte le vie possibili per promuovere la sua economia e la sua competitività.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – At the heart of Europe's competitiveness, and its biggest economic strength, is the single market, which with 500 million persons gives the EU the opportunity to be a global economic force. The report on single market governance within the European Semester 2016 emphasises that Europe now faces a different kind of competition – a digital one. Instead of developing powerful industrial sectors locally, advanced economies could be established by adopting the latest technologies and sourcing products and services globally. During my mandate as an MEP I am fully supporting the digitalisation process of European industry and the opportunities a fully operational digital single market (DSM) could bring to the EU. That is why I voted in favour of the report.

Marijana Petir (PPE), *napisan.* – U izvješću je istaknuto kako uvođenje jedinstvenog tržišta krije ogroman potencijal, ali taj potencijal, nažalost, još uvijek nije do kraja ostvaren. Pozdravljam mjere predložene u ovom izvješću, koje se odnose na sustav nadgledanja i redovitog ocjenjivanja napretka u području integracije jedinstvenog tržišta, a koje bi trebale potaknuti države članice da učinkovitije provode zakone o jedinstvenom tržištu. Uvjerena sam, i u tome se slažem s izvjestiteljicom, da ćemo putem uspješnije integracije jedinstvenog tržišta brže doći do željenog strukturnog ekonomskog rasta, što je od posebne važnosti za one države članice, poput Hrvatske, koje se još uvijek bore s posljedicama ekonomske krize. Izražavam nadu da ćemo, pružajući potporu mjerama navedenim u ovom izvješću, odaslati jasnu poruku nacionalnim vlastima svih država članica koliko je bitan učinkovitiji rad u povezanosti s integracijom jedinstvenog tržišta za budući ekonomski prosperitet čitave Unije.

Florian Philippot (ENF), *par écrit.* – Le rapport sur la gouvernance du marché unique est un condensé de poncifs sur l'Union européenne, je dirais même de dogmes tant le sujet est devenu une question de croyance religieuse chez ses promoteurs. Il prône un système toujours plus uniforme, une disparition toujours plus forte des nations, une libéralisation toujours plus sauvage. Il semble que la réalité n'ait plus aucune importance aux yeux des européistes forcenés. Le marché unique est même qualifié de «réussite notoire», ce qui ne manquera pas d'étonner les millions de pauvres et de chômeurs qui désespèrent de voir un jour la croissance revenir en Europe. Il ne m'est évidemment pas possible d'approuver un texte aussi irrationnel et je vote donc contre.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto.* – Il mercato unico è uno dei pilastri fondanti dell'UE e un'opportunità di crescita, di occupazione e parità di condizioni per i consumatori di tutti gli Stati membri. La costruzione del mercato unico impone un impegno continuo e una consapevolezza unanime quanto ai significativi vantaggi derivanti dal suo sviluppo. In una prospettiva di crescita economica strutturale basata sul coordinamento delle politiche macroeconomiche e microeconomiche associate al coordinamento delle politiche di bilancio, l'integrazione del pilastro del mercato unico nel Semestre europeo aprirebbe l'opportunità per una governance inclusiva e rafforzata. Uno degli ambiti più promettenti è il mercato unico digitale che evidenzia nuovi settori in cui operare, crea nuove occasioni d'investimento e ulteriori posti di lavoro, in particolare per i giovani. Ho votato a favore di questa risoluzione perché sostengo la necessità di rimuovere gli ostacoli rimanenti alla piena attuazione del mercato unico la cui integrazione nel semestre europeo spingerebbe gli Stati membri ad attuare le decisioni già sottoscritte e semplificare progressivamente le proprie legislazioni nazionali, nel quadro di un approccio inclusivo e non discriminatorio che preveda la piena partecipazione del Parlamento europeo, da sempre soggetto propulsivo nel rilancio del mercato unico.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Jedinstveno tržište je jedan od temelja EU-a, čini okosnicu gospodarstava država članica i projekta europske integracije u cjelini. Ističem da je gospodarska korist ta koja stvara jedinstveno tržište, kao što su standardizacija proizvoda i integracija tržišta, ekonomija razmjera, jača konkurencija i jednaki tržišni uvjeti za 500 milijuna potrošača u 28 država članica, što potrošačima donosi u prvom redu veći izbor visokokvalitetnih proizvoda i usluga te niže cijene.

Pozdravljam činjenicu da je Komisija pojednostavnila novi proces Europskog semestra i shvaća da se broj preporuka za pojedine države smanjio kako bi se donijele preporuke u kojima je veći naglasak na prioritetima država. Izražavam žaljenje zbog činjenice da u nekoliko država članica postoje ozbiljne manjkavosti u pogledu provedbe Direktive o uslugama koja obuhvaća djelatnosti koje čine više od 45 % BDP-a i radnih mjesta u EU-u, među ostalim i zbog brojnih nacionalnih pravila i propisa koji nisu uvijek u skladu s javnim interesom.

Naglašavam da tržište javne nabave predstavlja velik dio cijelog jedinstvenog tržišta i da znatno doprinosi rastu poduzetništva, zaposlenosti i konkurentnosti u državama članicama. Stoga pozdravljam strategiju jedinstvenog tržišta, navodeći kako su razne mjere Komisije (unija tržišta kapitala, jedinstveno digitalno tržište, energetska unija itd.) usmjerene na glavni cilj, a to je iskorištavanje potencijala jedinstvenog tržišta EU-a.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito.* – No que respeita ao mercado único, ao mesmo tempo que se profere/limita o controlo público de setores estratégicos da economia, são criados Conselhos Nacionais de Competitividade, aprofundando a institucionalização das políticas neoliberais da UE.

Os Conselhos Nacionais de Competitividade são uma das recentes alterações introduzidas no Semestre Europeu. A Comissão afirma que devem acompanhar o desempenho e as políticas em matéria de competitividade, a fim de supervisionar e corrigir o desalinhamento de competitividade entre os Estados-Membros e, assim, evitar «distorções» do mercado único.

Sabemos bem, contudo, que o seu real objetivo é controlar e impor medidas fiscais e de precarização do trabalho e de desvalorização salarial. A fraca recuperação económica será a desculpa para impor mais austeridade e o ataque aos direitos dos trabalhadores e dos povos.

Destinam-se, de forma simples, a acompanhar o desempenho das execuções orçamentais e das políticas de trabalho, aprofundando o carácter antidemocrático da governação económica.

Sabemos bem que mecanismos como o mercado único acentuaram o desmantelamento dos instrumentos de regulação soberana das economias, o domínio económico, a divergência e as assimetrias de desenvolvimento, e promoveram a elisão fiscal e a transferência de lucros, as privatizações a desregulação das relações comerciais e a concentração de capital.

Votámos contra.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – U potpunosti podržavam izvješće kolegice Catherine Stihler o upravljanju jedinstvenim tržištem u Europskom semestru 2016. EU se suočava s nizom izazova kao što su visoke stope nezaposlenosti, spor ekonomski rast te jaka međunarodna konkurencija. Kako bi se negativni učinci spomenutih izazova umanjili, EU kroz Europski semestar, kojemu je cilj bolja koordinacija fiskalnih i ekonomskih politika u 28 država članica, pokušava povećati stabilnost, promicati rast i zapošljavanje i ojačati konkurentnost, a jačanje konkurentnosti i gospodarstva od velikog je značaja za budućnost EU-a. Kod upravljanja jedinstvenim tržištem, jednim od temelja EU-a i najvećim dostignućem Unije, mora se spomenuti važnost razvoja ljudskog kapitala kroz osiguravanje dostupnosti informacija i odgo-varajuće edukacije u cilju podizanja svijesti i razine znanja. Zabrinjavajuće je što su informacije o javnim savjetovanjima u velikoj većini slučajeva dostupne samo na jednom jeziku, što rezultira time da ne mogu sve zainteresirane strane dati svoje primjedbe o važnim prijedlozima i pitanjima. Nadalje, efikasno upravljanje jedinstvenim tržištem ovisi, između ostalog, o poticajima i jasnoj odgovornosti za provedbu i primjenu zakona vezanih s jedinstvenim tržištem, a isto tako pogoduje tržišnom natjecanju i boljoj regulaciji, što može dovesti do jačanja ekonomskog rasta, povećanja zaposlenosti i konkurentnosti.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – Il mercato unico costituisce una preziosa risorsa da cui dipende la prosperità economica attuale e futura dell'Unione europea. Tuttavia, al momento, sono stati conseguiti scarsi progressi nonostante i ripetuti appelli a favore del rafforzamento del mercato unico nelle conclusioni del Consiglio europeo. Una relazione stima che il completamento del mercato unico comporterebbe vantaggi economici compresi tra 651 miliardi e 1.100 miliardi di euro l'anno, ovvero tra il 5% e l'8,63% del PIL dell'UE. Maggiori progressi, in merito all'integrazione del mercato unico negli Stati membri, dovrebbero essere accompagnati da una migliore governance e maggiore trasparenza del processo. Questo permetterebbe la creazione di posti di lavoro, la crescita e la competitività del mercato unico europeo. Ritengo, e per ciò ho votato a favore, che ciò possa essere conseguito integrando il mercato unico nell'ambito del semestre europeo.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Postępy w integracji jednolitego rynku w państwach członkowskich mierzy się regularnie, aby zapewnić jej skuteczne przekładanie się na wzrost gospodarczy, tworzenie miejsc pracy oraz konkurencyjność. W sprawozdaniu zwrócono uwagę na lepsze zarządzanie tym procesem i zwiększenie jego przejrzystości, a także wzmocnienie poczucia odpowiedzialności państw członkowskich. Moim celem jest podkreślenie potencjalnych korzyści płynących z jednolitego rynku, przy jednoczesnym zwróceniu uwagi na nieuzasadnione bariery na szczeblu krajowym. Sprawozdanie zwraca uwagę na następujące kwestie: filar jednolitego rynku w europejskim semestrze w pełni respektujący zasady pomocniczości i proporcjonalności oraz zbiór narzędzi analitycznych służących właściwemu pomiarowi gospodarczych i regulacyjnych wyników działania jednolitego rynku; skuteczne wdrażanie, stosowanie i egzekwowanie przepisów dotyczących jednolitego rynku oraz potrzeba dalszego rozwijania i wzmocniania istniejących mechanizmów, narzędzi i instrumentów celem poprawy zarządzania; należy podjąć działania mające na celu zapewnienie skutecznego rozwiązywania problemów na szczeblu krajowym oraz, w miarę możliwości, za pomocą środków nieformalnych, co mogłoby stworzyć więcej możliwości dla konsumentów, doprowadzić do ustanowienia standardów jakości i pobudzić konkurencję; koordynacja priorytetów dotyczących jednolitego rynku w kontekście europejskiego semestru powinna być zakorzeniona w głębszym procesie demokratycznym, z udziałem parlamentów państw członkowskich. Dlatego poparłem to sprawozdanie.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. – Damit der Gemeinsame Markt effektiv Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit befördern kann, wird der Grad der ökonomischen Integration der einzelnen Mitgliedsstaaten regelmäßig erfasst. In diesem Kontext fordert der Bericht, dass die Fortschritte bei der Integration des Binnenmarktes in den Mitgliedstaaten mit einer besseren Steuerung und einer größeren Transparenz des Prozesses einhergehen müssen, um die Schaffung von Arbeitsplätzen wirksam anzukurbeln und Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu erzielen. Daher soll eine sog. Binnenmarktsäule in das Europäische Semester aufgenommen werden, die unter anderem die Prinzipien der Subsidiarität und der Proportionalität vollständig respektiert und nicht verletzt sowie eine Reihe von analytischen Instrumenten schafft, die die ökonomische Leistung des Gemeinsamen Marktes in geeigneter Weise messen. Des Weiteren soll die Umsetzung von Gesetzen des Gemeinsamen Marktes gestärkt und auftretende Probleme weitestgehend auf nationaler Ebene gelöst werden. Durch die Koordination der Maßnahmen, die durch das Europäische Semester umgesetzt werden, sollen die nationalen Parlamente mehr eingebunden sein, wodurch die Umsetzung demokratischer wäre. Ich stimme deshalb für diesen Bericht.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – La présente résolution, à laquelle j'ai accordé mon soutien, constitue l'un des trois textes du paquet adopté sur le semestre européen. Elle porte sur la gouvernance du marché unique dans le cadre du Semestre européen 2016.

Il faut que le Semestre européen, qui vise entre autres à contribuer à la convergence et à la stabilité dans l'Union mais aussi à favoriser la croissance économique, englobe en son sein le marché unique et les politiques destinées à l'approfondir. Par quel intermédiaire? Nous demandons qu'un pilier consacré au marché unique soit ajouté dans le Semestre européen. Ce pilier devrait inclure un système de suivi régulier, identifier les obstacles propres à chaque État membre, et évaluer l'intégration du marché unique et sa compétitivité. Ce système se fonderait notamment sur une base de données solide, sur une comparaison des performances, sur une évaluation par les pairs et sur un échange des bonnes pratiques.

Je souhaite souligner l'importance économique et symbolique du marché unique pour l'Union. Il faut utiliser tout son potentiel, ce qui passera par une amélioration de sa gouvernance ainsi que par l'assurance que le marché unique s'intègre parfaitement dans l'économie du XXI^e siècle pour en devenir un des moteurs.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – O mercado único é um precioso recurso de que depende a prosperidade económica atual e futura da UE.

O potencial não aproveitado do mercado único, estimado em 1 bilião de euros, constitui uma oportunidade e um sinal de alerta para assegurar que o mercado único funcione em nosso benefício.

Atualmente, existem demasiadas barreiras ao comércio na UE e muitos Estados-Membros não aplicam as decisões assumidas.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Dans cette résolution, adoptée par 462 voix pour, 166 voix contre et 7 abstentions, le Parlement européen a appelé, une nouvelle fois, à inclure le pilier du marché unique dans le semestre européen, avec un système de surveillance régulier, une identification des obstacles au marché unique spécifiques par pays, et une évaluation de son intégration et de sa compétitivité, en mettant l'accent sur l'importance particulière qui devrait être accordée à la croissance et à l'emploi, notamment aux PME. Ne l'oublions pas, le marché unique est une ressource indispensable dont dépend la prospérité économique de l'Europe. Son potentiel inexploité est estimé à 1000 milliards d'euros. Afin d'obtenir de véritables résultats en termes d'emploi, de croissance et de compétitivité, les progrès réalisés dans le domaine de l'intégration du marché unique au sein des États membres doivent s'accompagner d'une meilleure gouvernance et d'une transparence accrue, y compris la mise en œuvre et l'application de la législation européenne existante.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Nepalaikiau šio pranešimo, nes jis pakankamai silpnas ir iš esmės nesiūlo iš tiesų veikiančių priemonių. Į Žaliųjų pasiūlymus dėl rinkos priežiūros, žiedinės ekonomikos ir fiskalinio koordinavimo nebuvo atsižvelgta ir jie neatsispindi galutiniam tekste. Taigi balsuoti už silpną ir neišbaigtą pranešimą, mano nuomone, nebuvo prasmės.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O Semestre Europeu pretende promover eficazmente a coordenação das políticas económicas e fiscais na União Europeia e estimular o crescimento económico e o emprego, ao mesmo tempo que pretende estabilizar as economias dos Estados-Membros.

Para isso tem que ter presente o objetivo da concretização do mercado único – não nos podemos esquecer de que o mercado único é uma das pedras basilares da União Europeia.

Os benefícios económicos daí advindos são inúmeros, designadamente a integração de produtos e dos mercados, como também as condições de concorrência equitativas de que usufruem 500 milhões de cidadãos nos 28 Estados-Membros, as quais proporcionam preços mais concorrenciais, maiores possibilidades de escolha de produtos, uma oferta com mais qualidade e, logo, condições mais benéficas para os consumidores.

Parece-me, por isso, essencial concretizar o mercado único sem demora, de modo a obter um crescimento económico estrutural e sustentável que capte e fomenta o investimento, alicerçado em normas de transparência e eficiência, que estimulem a criação de emprego e que elevem o bem-estar dos cidadãos dos Estados-Membros.

Por seu turno, através da criação de emprego será possível também promover o desenvolvimento das regiões mais desfavorecidas, contribuindo para a coesão territorial.

Atentos os pontos elencados, votei a favor deste relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui rappelle que le marché unique est l'une des principales réussites de l'UE et qu'il est, de surcroît, un moyen essentiel pour créer des emplois, stimuler la croissance et la compétitivité européenne. Cette résolution s'engage en faveur de l'ajout d'un pilier consacré au marché unique dans le semestre européen afin d'instaurer un suivi régulier de l'intégration du marché unique et de la compétitivité européenne, mais également d'identifier les obstacles au marché unique.

Le texte souligne le potentiel inexploité du marché unique, en suggérant de s'attaquer aux obstacles non tarifaires qui subsistent au sein de l'UE. Il s'agit en effet de garantir une meilleure application du principe de reconnaissance mutuelle, de moderniser les administrations publiques et de favoriser la transparence.

Enfin, j'ai soutenu ce rapport car il demande une meilleure gouvernance du marché unique et propose des recommandations pour développer son potentiel.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), por escrito. – He votado en contra, puesto que el informe entiende el mercado único como única vía para crear trabajo, crecimiento y competitividad y que además puede hacerse solo bajo el marco del Semestre Europeo. El Semestre Europeo y el informe de los cinco presidentes suponen un ataque frontal contra la soberanía nacional y económica —cualquier reforma fiscal o medida en materia de política salarial debe ser aprobada por los comités de competitividad nacional, herramientas creadas para la unión presupuestaria— y representan una arquitectura institucional oligárquica y autoritaria con una ausencia de democracia absoluta. Por ello, rechazo cualquier medida dentro del marco de Semestre Europeo y del informe de los cinco presidentes.

Olga Sehnalová (S&D), písemně. – Podpořila jsem zprávu kolegyně Stihlerové o správě jednotného trhu v rámci evropského semestru 2016, protože se jedná o důležitý příspěvek k debatě o tom, jak zlepšit fungování vnitřního trhu. Zpráva se nevěnuje pouze otázce zahrnutí vnitřního trhu do evropského semestru a jak konkrétně docílit lepší koordinaci jednotlivých politik, ale pojmenovává i řadu překážek, kterým na vnitřním trhu musí dosud čelit spotřebitelé – mimo jiné zeměpisnému blokování, různým pravidlům doručování zásilek nebo nedostatku harmonizovaných pravidel týkajících se smluv a ochrany spotřebitele, zejména pro nakupování on-line. Vítám zejména, že zpráva jmenovitě požaduje okamžité zrušení neoprávněných územních omezení známých jako zeměpisné blokování a tím i ukončení neoprávněné diskriminace v přístupu ke zboží a službám, ale také cenové diskriminace založené na zeměpisné poloze či státní příslušnosti. Jakákoliv forma diskriminace na vnitřním trhu je pro mne zcela nepřijatelná.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), por escrito. – La profundización del mercado único a golpe de recomendaciones en el Semestre Europeo supondrá continuar la regresión en los derechos sociales y democráticos vivida en los últimos años, al colocar las pseudolibertades de mercado frente a los derechos laborales y la soberanía de los pueblos europeos. Por ello, he votado en contra.

Remo Sernagiotto (ECR), per iscritto. – Ho votato favore della relazione poiché mette in rilievo i benefici economici del mercato unico e riconosce le numerose barriere, anche di natura burocratica, che ostacolano la crescita sia interna che internazionale.

La relazione sottolinea l'importanza dell'integrazione del mercato unico nel semestre europeo per promuovere la competitività dell'UE, garantire la creazione di posti di lavoro e la crescita economica, nel rispetto dei principi di sussidiarietà e proporzionalità. In tale ottica, ritengo che un'adeguata partecipazione dei parlamenti nazionali degli Stati membri sia di fondamentale importanza per assicurare non solo la trasparenza ma anche una governance più democratica del processo di revisione del semestre europeo.

Siôn Simon (S&D), in writing. – The untapped potential of the single market is estimated at over EUR 1 trillion, and is an opportunity and a wake-up call to ensure that the single market can benefit us all.

The single market has the potential to create jobs and growth for all, and this prospect has been identified at EU level. Despite all the work on this at national level, there has been little progress in the integration and exploitation of this potential resource.

My colleague, Catherine Stihler, has done a tremendous job in addressing a lot of the major barriers to realising one of the EU's biggest and valuable resources.

Branislav Škripek (ECR), písomne – Podporujem myšlienku jednotného trhu, preto som hlasoval za toto uznesenie. Považujem za potrebné napomáhať vytváraniu vhodného prostredia pre hospodársku iniciatívu a podnikateľský rozvoj. Taktiež je dôležité podporovať konkurencieschopnosť a spoluprácu medzi MSP. Európska únia musí využiť potenciál priemyselných odvetví v oblasti inovácií, výskumu a technológií.

Davor Škrlec (Verts/ALE), napisan. – Nisam podržao ovo izvješće, ali ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), písomne. – Jednotný trh považujem za kosť hospodárstiev členských štátov EÚ a som presvedčená, že od jednotného trhu bude závisieť nielen súčasná, ale aj budúca hospodárska prosperita EÚ. Som rada, že jednotný trh v súčasnosti predstavuje jeden z najväčších úspechov v Európe, ale zároveň ma mrzí, že ešte stále nevyužívame pokrok, ktorý sa v priebehu uplynulých 20 rokov dosiahol, najmä vzhľadom na rastúcu medzinárodnú konkurenciu. Oceňujem, že členské štáty v rozličných oblastiach dosiahli istý pokrok, no mrzí ma, že ešte stále je mnoho nedoriešených otázok, ktoré bránia ďalšiemu prehlbeniu a integrácii jednotného trhu. Svedčí o tom aj štatistický ukazovateľ, na základe ktorého sa nevyužitý potenciál jednotného trhu odhaduje na 1 bilión EUR. Myslím si, že je to

dostatočný dôvod na to, aby sme hľadali možnosti, ako dosiahnuť ešte efektívnejšie výsledky, najmä pokiaľ ide o pracovné miesta, rast a konkurencieschopnosť EÚ. Podporila som uznesenie, lebo verím, že navrhované opatrenia jednotného trhu v rámci európskeho semestra 2016 pomôžu zmobilizovať všetky možné prostriedky, ktorými sa zlepši hospodárstvo a konkurencieschopnosť EÚ.

Csaba Sógor (PPE), *in writing*. – Home to 500 million consumers and 21 million SMEs, the single market is not just one of the foundations of the EU, but in its current phase of development, one of the greatest achievements of our European Union.

This is why I most welcome the adoption of this report identifying both improvements to its governance and avenues through which it could be better adapted to the realities and challenges of the 21st century.

Seeing that today over 70% of all economic activity in the EU and a similar proportion of its employment are in services, I believe that this is the area which we should most concentrate on by establishing and better implementing and enforcing rules on fair and healthy competition. It is essential that these start with the freedom to provide services across borders, non-discrimination and territorial limitations, such as geo-blocking.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Namen evropskega semestra je povečanje usklajevanja ekonomske in fiskalne politike v vseh državah članicah EU s ciljem, da se zagotovi večja stabilnost, spodbuja rast in zaposlovanje ter okrepi konkurenčnost. Menim, da je enotni trg eden od temeljev EU in je bistven instrument za izboljšanje rasti, zaposlovanja ter konkurenčnosti.

Sedanje tehnološke, družbene in vedenjske spremembe pomembno vplivajo na vedenje podjetij in potrošnikov ter ustvarjajo številne gospodarske priložnosti in izzive, ki jih je potrebno obravnavati v okviru enotnega trga.

Poročilo poudarja vlogo enotnega trga kot pomembnega orodja pri spodbujanju konkurenčnosti EU in ustvarjanju delovnih mest ter rasti. Prav tako opozarja, da je potrebno izvajati ustrezne in pravične gospodarske reforme ter ustrezno obravnavati birokracijo in protekcionizem z namenom izboljšanja produktivnosti in konkurenčnosti evropskega gospodarstva.

Strinjam se, da je treba za močnejše upravljanje enotnega trga na vseh ravneh in večjo odgovornost pri tem jasno določiti delitev nalog na posameznih ravneh. To bi zagotovilo večjo spodbudo in jasno opredeljene odgovornosti za izvajanje ter uveljavljanje zakonodaje o enotnem trgu, s čimer bi dali enotnemu trgu nov zagon.

Menim, da je nujno potrebno izkoristiti vse potencialne možnosti za spodbujanje gospodarstva in konkurenčnosti EU. Zaradi navedenega sem poročilo o uveljavljanju enotnega trga v okviru evropskega semestra 2016 podprl.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Die Berichterstatterin plädiert in diesem Bericht dafür, dass das Europäische Semester auch den Binnenmarkt als Eckpfeiler der EU sowie Maßnahmen zu seiner Vollendung umfassen sollte.

Ausgehend von der Hervorhebung des gemeinsamen Binnenmarkts als Rückgrat der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten und des gesamten Projekts der europäischen Integration wird darauf verwiesen, dass durch dessen Weiterentwicklung Potenziale zur Anlockung von Investitionen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen aktiviert werden können. Daher wird die Kommission aufgefordert, im Wege der länderspezifischen Empfehlungen eine systematische Überwachung der Umsetzung und Durchführung der Binnenmarktvorschriften zu implementieren. Um Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerische Wachstumsperspektiven zu verbessern, wird zudem die Notwendigkeit betont, Verwaltungsaufwand und Protektionismus entschiedener anzugehen sowie das europäische Normsystem zu verbessern und verbesserte Interoperabilität zu schaffen. Auch die neuen Geschäftsmodelle der Sharing Economy sind angesichts ihres Innovationspotenzials zu begrüßen. Eine Gefahr liegt etwa im Vorschlag, „alle einschlägigen Interessenträger, darunter auch Arbeitgeber- und Gewerkschaftsorganisationen“ in jegliche Verfahren zur Überprüfung des Europäischen Semesters einzubeziehen. Das Europäische Semester muss objektiv sinnvollen Kriterien genügen und darf keinesfalls ideologisch aufgeladen werden.

Aufgrund des aus ökonomischer Sicht weit überwiegend positiv zu bewertenden Inhalts habe ich dem Bericht zugestimmt, werde jedoch im weiteren Procedere auf rein wirtschaftlich sinnvollen Regelungsgehalt achten.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Jednotný trh je základnou myšlienkou a pilierom EÚ, ktorý v rámci európskej spolupráce prináša firmám a európskym občanom najviac viditeľných výhod. Napriek pokrokom však stále treba naďalej pracovať na jeho vylepšovaní odstraňovaním ešte existujúcich bariér. Správne fungujúci jednotný trh je kľúčom k posilňovaniu konkurencieschopnosti EÚ.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Cilj Europskog semestra je bolja koordinacija ekonomskih i fiskalnih politika u svih 28 država članica EU-a kako bi se povećala stabilnost, promicali rast i zapošljavanje i ojačala konkurentnost. Jedinstveno tržište jedan je od temelja EU-a i jedno od najvećih postignuća. Da bi Europski semestar uspješno poticao gospodarski rast i doveo do stabilizacije gospodarstva, mora u jednakoj mjeri obuhvaćati jedinstveno tržište i politike kojima je cilj njegova konačna uspostava. Jedinstveno tržište čini okosnicu gospodarstva država članica i projekta europske integracije u cjelini uključujući gospodarske koristi koje stvara jedinstveno tržište, kao što su standardizacija proizvoda i integracija tržišta, ekonomija razmjera, jača konkurencija i jednaki tržišni uvjeti za 500 milijuna potrošača u 28 država članica, što potrošačima donosi u prvom redu veći izbor visokokvalitetnih proizvoda i usluga te niže cijene. Stoga podržavam činjenicu da je Komisija pojednostavnila novi proces Europskog semestra i što se broj preporuka za pojedine države smanjio kako bi se donijele preporuke u kojima je veći naglasak na prioritetima država. Pozdravljam strategiju jedinstvenog tržišta jer su razne mjere Komisije (unija tržišta kapitala, jedinstveno digitalno tržište, energetska unija itd.) usmjerene na glavni cilj, a to je iskorištavanje potencijala jedinstvenog tržišta EU-a.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Izvješće o jedinstvenom tržištu podnosi se godišnje u sklopu Europskog semestra. To je izvješće o inicijativama neophodnim za stvaranje jedinstvenog tržišta, važnog instrumenta za jačanje konkurentnosti Europske unije, ostvarivanje rasta te otvaranje novih radnih mjesta. Jača konkurentnost, jednaki tržišni uvjeti, standardizacija proizvoda i integracija tržišta samo su neke od gospodarskih koristi koje se stvaraju postizanjem jedinstvenog tržišta.

Potrošači tako dobivaju veći izbor i niže cijene visokokvalitetnih proizvoda i usluga te se omogućuje suradnja među malim i srednjim poduzećima. Unaprjeđenjem jedinstvenog tržišta postići će se strukturni i održivi gospodarski rast i povećat će se ulaganja u nova radna mjesta. Podržavam izvješće i njime iznijete naputke, smatrajući da je nužno stvoriti povoljno okruženje za razvoj poduzetništva, poticati suradnju i konkurentnost među malim i srednjim poduzećima te tako iskoristiti industrijski potencijal tehnoloških inovacija i istraživanja.

Podržavam osuvremenjivanje Direktive o priznavanju stručnih kvalifikacija jer će promjene olakšati priznavanje kvalifikacija i omogućiti jednostavniju mobilnost građana EU-a. Posebno pozdravljam poziv za ukidanje neopravdanih teritorijalnih ograničenja, uskraćivanje pristupa na temelju zemljopisnog položaja, što će spriječiti diskriminaciju u pristupu robu i uslugama te diskriminaciju na temelju državljanstva i zemljopisnog položaja.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o upravljanju enotnega trga v okviru evropskega semestra 2016.

Po finančni in gospodarski krizi, ki je različno prizadela države članice, se soočamo z nizko stopnjo rasti, visoko stopnjo brezposelnosti v nekaterih regijah ter močno mednarodno konkurenco. Namen evropskega semestra je zagotoviti večjo stabilnost, spodbujati rast in zaposlovanje ter okrepi konkurenčnost.

Podpiram poročilo, ki ponavlja, da je enotni trg eden od temeljev EU, ter poudarja, da mora evropski semester za uspešno spodbujanje gospodarske rasti in stabilizacijo gospodarstev držav članic v enaki meri zajemati enotni trg in politike za dokončanje enotnega trga.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ως ΕΕΑ/ΒΠΑ, αλλά και ως ΑΚΕΛ καταψηφίσαμε όλο το πακέτο του ευρωπαϊκού εξαμήνου, αφού η αντίθεση μας σε αυτό είναι κοινή θέση των κομμάτων της ομάδας μας. Επίσης ως ΑΚΕΛ έχουμε ξεκάθαρη θέση αναφορικά με τους λόγους που προωθείται η κοινή αγορά από τους κυρίαρχους κύκλους της Ένωσης. Αυτοί οι λόγοι δεν είναι άλλοι από το άνοιγμα της αγοράς για τους μεγάλους πολυεθνικούς ομίλους, και ο ανταγωνισμός τους σε παγκόσμια κλίμακα. Αυτό, όμως, γίνεται εις βάρος των εργαζομένων και των συμφερόντων των λαϊκών στρωμάτων.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η ευθυγράμμιση των δημοσιονομικών και οικονομικών πολιτικών των κρατών μελών με τις επιταγές της ΕΕ επιβάλλει τη συνεχόμενη και βαθιά ύφεση στις αδύναμες οικονομικά χώρες, ενώ αντίθετα προάγει τα συμφέροντα των ισχυρών κρατών. Η λειτουργία του Ευρωπαϊκού Εξαμήνου οδηγεί στον απόλυτο οικονομικό έλεγχο της Ελλάδας ώστε να μην έχει τη δυνατότητα να εφαρμόσει εθνική οικονομική πολιτική για την έξοδο της από την κρίση, αλλά να βρίσκεται συνεχώς υποχέριο της Γερμανίας και των άλλων οικονομικά ισχυρών χωρών.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az egységes piac 2016-os európai szemeszter keretében történő irányításáról szóló jelentést. Egyetértek a jelentés azon megállapításával, hogy az Európai Unió jelenlegi és jövőbeli gazdasági fellendülése attól függ, hogy hogyan tudjuk az egységes piac kiaknázatlan potenciálit hasznosítani. Helyesen mutatott rá az előadó, hogy az említett kiaknázatlan lehetőségek azt is jelzik, hogy további problémák vannak az egységes piac akadálytalan működése előtt.

Támogatom a javaslatot, miszerint a Bizottság az országspecifikus ajánlások keretében végezze el az egységes piac szabályai végrehajtásának és érvényesítésének rendszeres nyomon követését. Valóban aggasztó, hogy az európai szemeszter 2011-2014 közötti időszakra vonatkozó ajánlásainak végrehajtási szintje nem felelt meg a várakozásoknak, így szükség van egy olyan mechanizmusra, amely az országspecifikus ajánlások végrehajtására ösztönzi az országokat.

Ezen túlmenően üdvözlöm a tényt, hogy a jelentés kitért az egységes digitális piac és a megosztásalapú gazdaság fontosságára is. A digitális technológiákba, a K+F-be, illetve a digitális készséges fejlesztésébe való beruházás csakugyan elengedhetetlen, ha az Európai Unió meg kívánja tartani versenyképességét.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Europejski semestr, czyli procedura, w ramach której państwa członkowskie Unii Europejskiej koordynują prowadzoną przez siebie politykę gospodarczą i budżetową, opiera się na trzech głównych filarach: pobudzeniu inwestycji, reformach strukturalnych i zwiększeniu odpowiedzialności budżetowej, które zostały uzupełnione o nowy filar – zatrudnienie i sprawy społeczne. W moim przekonaniu nie można jednak oceniać europejskiego semestru w abstrakcji od oceny stanu zarządzania jednolitym rynkiem europejskim, który jest warunkiem wzrostu gospodarczego w Europie.

Jako sprawozdawca grupy PPE do sprawozdania w sprawie zarządzania jednolitym rynkiem w ramach europejskiego semestru cieszę się, że w przyjętym przez Parlament Europejski dokumencie znalazły się wspierane przeze mnie propozycje, w szczególności w zakresie deregulacji warunków prowadzenia działalności gospodarczej, wzmocnienia pozycji MŚP, rozwoju innowacyjności, postępu technologicznego, upowszechnienia e-administracji, a także likwidacji barier pozataryfowych oraz krajowych protekcyjizmów.

To tylko niektóre warunki, które muszą zostać spełnione, aby uwolnić przedsiębiorczą energię obywateli Unii. Ta natomiast jest potrzebna, aby utrzymać konkurencyjność gospodarki europejskiej na światowym rynku. Od tego też będzie zależała liczba stabilnie tworzonych nowych miejsc pracy oraz przyszła zamożność obywateli Wspólnoty.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Nous sommes fermement convaincus qu'un accès aisé des entreprises et des consommateurs aux informations est une condition préalable à la bonne gouvernance du marché unique. On reconnaît l'intérêt des travaux de la Commission et des États membres sur un certain nombre de portails d'information destinés à différents utilisateurs: les entreprises, les citoyens et les consommateurs. Nous estimons qu'un portail faitier simple, convivial et accessible, tel que le portail numérique unique, est nécessaire pour rationaliser et simplifier l'accès aux informations et promouvoir les plateformes existantes destinées aux utilisateurs, à condition que les pouvoirs publics nationaux et régionaux rendent le portail accessible et informent publiquement les citoyens sur son utilisation.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report which focuses on growth opportunities within the single market and calls for the single market to take a more prominent role in the European Semester. Indeed, the Single market governance report is one of two annual contributions from the Committee on the Internal Market and Consumer Protection (IMCO) to the European Semester process. It focuses on growth opportunities within the single market and calls for the single market to take a more prominent role in the European Semester. The rapporteur managed to draft compromise amendments that covered most of the contentious issues, e.g. on implementation of country-specific recommendations, infringement procedures, professional qualifications, the sharing economy and public procurement. As a consequence, I decided to support it. The single market is key to growth and job creation in Europe and ALDE is committed to a deeper single market within all policy areas.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* – Podržala sam izvješće koje naglašava potrebu za boljim upravljanjem i većom transparentnošću procesa integracije jedinstvenog tržišta u države članice jer smatram da se u njemu poštuju principi supsidijarnosti i proporcionalnosti. Također, slažem se s prepoznatom potrebom za učinkovitim provođenjem, primjenom i osnaživanjem zakona jedinstvenog tržišta te držim da je za osnaživanje upravljanja nužan daljnji razvoj i jačanje postojećih mehanizama, alata i instrumenata.

S obzirom na pokazanu volju da se poduzmu svi koraci potrebni za učinkovito rješavanje mogućih problema prvenstveno na razinama država članica te da se nacionalni parlamenti uključe u koordinaciju prioriteta jedinstvenog tržišta, glasovala sam za usvajanje izvješća o upravljanju jedinstvenim tržištem u Europskom semestru 2016. godine.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Poročilo o upravljanju enotnega trga v okviru evropskega semestra 2016 sem podprla, saj bi z vključitvijo stebra enotnega trga v evropski semester lahko dosegli viden napredek pri ustvarjanju delovnih mest, rasti in konkurenčnosti.

Enotni trg je dragoceno sredstvo, od katerega je odvisna sedanja in prihodnja gospodarska blaginja Evropske unije. Njegove neizkoriščene možnosti, katerih vrednost po ocenah znaša 1 bilijon EUR, so hkrati priložnost in spodbuda za to, da bo enotni trg deloval v korist vseh nas.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito.* – He votado en contra, puesto que el informe entiende el mercado único como única vía para crear trabajo, crecimiento y competitividad y que además puede hacerse solo bajo el marco del Semestre Europeo. El Semestre Europeo y el informe de los cinco presidentes suponen un ataque frontal contra la soberanía nacional y económica —cualquier reforma fiscal o medida en materia de política salarial debe ser aprobada por los comités de competitividad nacional, herramientas creadas para la unión presupuestaria— y representan una arquitectura institucional oligárquica y autoritaria con una ausencia de democracia absoluta. Por ello, rechazo cualquier medida dentro del marco de Semestre Europeo y del informe de los cinco presidentes.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich.* – Die Berichtsteratterin plädiert in diesem Bericht dafür, dass das Europäische Semester auch den Binnenmarkt als Eckpfeiler der EU sowie Maßnahmen zu seiner Vollendung umfassen sollte.

Ausgehend von der Hervorhebung des gemeinsamen Binnenmarkts als Rückgrat der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten und des gesamten Projekts der europäischen Integration wird darauf verwiesen, dass durch dessen Weiterentwicklung Potenziale zur Anlockung von Investitionen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen aktiviert werden können. Daher wird die Kommission aufgefordert, im Wege der länderspezifischen Empfehlungen eine systematische Überwachung der Umsetzung und Durchführung der Binnenmarktvorschriften zu implementieren. Um Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerische Wachstumsperspektiven zu verbessern, wird zudem die Notwendigkeit betont, Verwaltungsaufwand und Protektionismus entschiedener anzugehen sowie das europäische Normsystem zu verbessern und verbesserte Interoperabilität zu schaffen. Auch die neuen Geschäftsmodelle der Sharing Economy sind angesichts ihres Innovationspotenzials zu begrüßen. Eine Gefahr liegt etwa im Vorschlag, „alle einschlägigen Interessenträger, darunter auch Arbeitgeber- und Gewerkschaftsorganisationen“ in jegliche Verfahren zur Überprüfung des Europäischen Semesters einzubeziehen. Das Europäische Semester muss objektiv sinnvollen Kriterien genügen und darf keinesfalls ideologisch aufgeladen werden.

Aufgrund des aus ökonomischer Sicht weit überwiegend positiv zu bewertenden Inhalts habe ich dem Bericht zugestimmt, werde jedoch im weiteren Procedere auf rein wirtschaftlich sinnvollen Regelungsgehalt achten.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing.* – I have voted in favour of this report. It is fundamental that Europe keeps deepening the single market in order to achieve a higher level of private investment that can create more sustainable economic growth in the medium term.

Myłène Troszczynski (ENF), *par écrit.* – Le rapport sur la gouvernance du marché unique est un condensé de poncifs sur l'Union européenne. Le sujet relève du domaine religieux: — État des lieux des menaces pesant sur le marché unique au premier rang desquelles se trouve l'égoïsme national; — Nécessité d'une harmonisation des politiques nationales au sein de l'UE avec un partage des données sans limite combiné à un renforcement de la libre circulation globale.

Le rapport demande en outre une libéralisation accrue de la main d'œuvre, qu'elle soit interoperable, nomade et réclame une reconnaissance générale des qualifications.

Achever le marché unique permettrait donc de réaliser un bénéfice de 1 000 milliards d'euros, pépite sortie de l'étude lénifiante sur le «coût de la non-Europe».

Le manque total de remise en question comme d'une analyse pragmatique du bilan global du marché unique rend le texte abscons. Il doit être rejeté dans son intégralité et notre position pourra difficilement évoluer tant que l'Union européenne ne se débarrassera des dogmes parasitant l'intelligence de ses représentants.

J'ai voté contre.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az egységes piac az EU egyik alapja. Ahhoz, hogy az európai szemeszter sikeresen előmozdítsa a gazdasági növekedést és stabilizálja a tagállamok gazdaságait, egyenlő módon magába kell foglalnia az egységes piacot és a teljes megvalósítására törekvő szakpolitikákat. Megítélésünk szerint a jelentés végső formája még mindig nem kellő erőteljességgel képviseli a baloldali elvárásokat és a frakciónál által korábbiakban már sikeresen elért eredményeket sem mindig viszi tovább. Ezért tartózkodtam a végszavazásnál.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against because important elements on market surveillance, the circular economy and fiscal coordination are not properly reflected or even absent. Even worse, one of the paragraphs calls for deregulation as a means to successfully achieve effective single market governance.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Manau, kad bendrojoje rinkoje reikia sustiprinti, labiau tarpusavyje susieti ir pakankamu personalu aprūpinti rinkos priežiūros institucijas, kad jos atitiktų šiandienos iššūkius, ypač kylančius dėl pasaulinės konkurencijos; primygtinai raginu nacionalines rinkos priežiūros institucijas glaudžiau bendradarbiauti ir keistis informacija bei geriausios patirties pavyzdžiais siekiant veiksmingai spręsti įvairių formų nesąžiningos konkurencijos bendrojoje rinkoje problemas, be kita ko, didelio neteisėtų ir reikalavimų neatitinkančių produktų skaičiaus problemą, dėl kurios reikalavimus vykdančios įmonės patiria dideles sąnaudas, o vartotojai, ypač pažeidžiamiausi, susiduria su didele rizika.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the single market governance within the European Semester 2016 report. The report highlights the need for the integration of European markets into a single market, with a system for regular monitoring, identification of country-specific barriers to such a market, and an evaluation of its integration and competitiveness. It also stresses the unexploited potential of an EU single market, which will effectively deliver jobs, growth and competitiveness, widely recognised as priorities at EU level. The report equally suggests that the process of integration must be accompanied by improved governance, greater transparency and easier access to information, and systematic implementation of existing EU legislation. I voted in favour of the report as it puts as priorities higher employment and growth and a special focus on SMEs, stating that these can be achieved through further market integration, while specifying the procedural mechanisms that need to accompany the process.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de un documento que viene a resaltar una serie de iniciativas encaminadas a mejorar el funcionamiento del mercado interior de bienes y servicios. La propuesta de la Comisión ha sido objeto de enmiendas que han venido a clarificar ciertas coordinaciones microeconómicas y a fortalecer el texto. Por ello considero necesario votar a favor.

Anneleen Van Bossuyt (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA-delegatie stemde voor het verslag over het beleid van de interne markt binnen het Europees semester 2016.

Het verslag focust op belangrijke voordelen van de interne markt voor zowel consumenten als bedrijven. De interne markt draagt bij tot jobcreatie en groei. Consumenten kunnen genieten van een ruimere keuze aan producten en diensten van kwalitatief niveau tegen lagere prijzen, en bedrijven halen voordeel uit toegang tot een grotere markt.

De N-VA vindt dat sterk moet worden ingezet op de aanpak van bestaande barrières in de lidstaten, die een efficiënte werking van de interne markt belemmeren. Dit wordt voldoende weerspiegeld in het verslag, waarbij eveneens speciale aandacht wordt besteed aan kmo's.

Tot slot zijn we erg tevreden over de nadruk die in het verslag ligt op betere regelgeving, waarbij eerst en vooral gekeken wordt naar de effectieve toepassing en handhaving van bestaande regels en instrumenten, alvorens zomaar nieuwe regels in het leven te roepen.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Hoewel de werkgelegenheid in Europa lichtjes is verbeterd, is het noodzakelijk meer hervormingen op de arbeidsmarkt door te voeren, willen we op termijn een grotere daling van de werkloosheid zien. Daarom stemde ik tegen dit verslag.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – As perspectivas de crescimento para 2016 representam o ponto de partida de um processo ao qual nos opomos firmemente. O Semestre Europeu e a governação económica estão no centro de uma estratégia de domínio neoliberal das políticas orçamentais dos Estados nacionais.

As orientações constantes do relatório, que deverão ser respeitadas pelos governos, insistem na mesma receita que semeou a pobreza e o desemprego em toda a Europa, impedindo, na prática, quaisquer estratégias alternativas para fazer face à crise, com políticas de estímulo ao crescimento baseadas em investimento público e num aumento da procura agregada.

Não há manobras de cosmética, sejam elas do ponto de vista social ou passando pelo maior envolvimento desta assembleia, que apaguem o carácter profundamente antidemocrático da União Económica e Monetária, que impõe, à revelia do interesse das populações e dos trabalhadores, as suas políticas neoliberais de concentração da riqueza.

Continuamos convictos de que só o fim da UEM e do euro poderá abrir caminho a políticas alternativas de desenvolvimento, centradas no bem-estar das pessoas e não na acumulação de lucros.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Entwicklung des Binnenmarkts ist zu befürworten, allerdings wird in allen Belangen das Europäische Semester mit einbezogen. Zudem befürwortet der Bericht die unterschiedlichen Maßnahmen der Kommission zur Binnenmarktstrategie wie Energieunion, Kapitalunion etc., dem ich mich nicht anschließen kann, deswegen habe ich dagegen gestimmt.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Bei der Entschließung des EU-Parlaments zu der Binnenmarktsteuerung innerhalb des Europäischen Semesters 2016 habe ich mich enthalten.

Ich wende mich grundsätzlich gegen die ökonomische Steuerung der EU und der Eurozone durch das Europäische Semester. Die Mitgliedstaaten sollten vielmehr eine eigene Wirtschaftspolitik verfolgen und dadurch in den Wettbewerb miteinander eintreten. Eine koordinierte Wirtschaftspolitik wird nur benötigt, wenn die Einrichtung bzw. das Beibehalten von Transfermechanismen zwischen den Mitgliedstaaten beabsichtigt ist.

Die Berichterstatteerin hat sich Mühe gegeben, ihren Bericht auf tatsächliche Maßnahmen zu beschränken, die wirklich den Binnenmarkt und den Wettbewerb fördern, ohne dass sie zu häufig dem Wunsch nach zentral gesteuerter Koordinierung Ausdruck verleiht. Diesen Ansatz möchte ich durch Enthaltung statt Ablehnung des Berichts unterstützen.

Jarosław Wałęsa (PPE), *na piśmie*. – Jednolity rynek pozostaje centralnym elementem i główną siłą napędową gospodarki Unii Europejskiej. Zgadzam się ze stanowiskiem sprawozdawczyni, iż mimo postępów dokonanych od czasu stworzenia jednolitego rynku jego potencjał wzrostu nie został jeszcze w pełni wykorzystany. Jedną z kluczowych potrzeb w zarządzaniu jednolitym rynkiem jest przeprowadzenie dostosowanych reform gospodarczych i społecznych, zaradzenie nadmiernej biurokracji i protekcjonizmowi, aby poprawić produktywność i konkurencyjność unijnej gospodarki. Zatem uzasadnione byłoby włączenie filaru jednolitego rynku jako kolejnego filaru europejskiego semestru.

Wspomniany filar byłby traktowany jako system odpowiedzialny za regularne monitorowanie i ocenę integracji jednolitego rynku i konkurencyjności. Jednolity rynek XXI wieku radykalnie różni się od tego z XX wieku. Zmiany te wynikają w znacznym stopniu z rewolucji cyfrowej. W tym celu należałoby powziąć stosowne działania zmierzające do zniwelowania powstałych różnic. Zgodnie z opinią sprawozdawczyni jestem przekonany, że łatwy dostęp do informacji dla przedsiębiorstw i konsumentów stanowi warunek wstępny dobrego zarządzania jednolitym rynkiem. Doceniam zarówno prace Komisji, jak i państw członkowskich nad szeregiem portali informacyjnych przeznaczonych dla różnych użytkowników. Prosty, przyjazny dla użytkownika portal jest potrzebny, aby usprawnić i uprościć dostęp do informacji oraz promowania istniejącej już platformy, pod warunkiem że władze krajowe i lokalne udostępnią taką bramę sieciową i będą publicznie informować obywateli o możliwości korzystania z niej.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I recognise the enormous importance of the European single market in the 21st century, particularly in the field of digital and ICT technologies. As the digital single market is expanded, the EU must also ensure inclusive access to the internet and other technologies, and promote a high degree of digital literacy, ICT education and life-long learning. Particularly, it must strive for the inclusion of women and girls in fields of ICT, STEAM (science, technology, engineering, arts and maths) and entrepreneurship.

Likewise, the EU must ensure that internet rights and freedoms are upheld, with a balance between freedom of expression, privacy and online safety.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul din proprie inițiativă referitor la guvernarea pieței unice în cadrul semestrului european din 2016. Conform raportoarei, piața unică este o resursă prețioasă, de care depinde prosperitatea economică actuală și viitoare a UE, potențialul neexploatat al pieței unice fiind estimat la 1 000 de miliarde de euro. Sunt de acord cu opinia acesteia referitor la faptul că există prea multe bariere comerciale în cadrul UE, iar numeroase state membre nu pun în aplicare deciziile la care sunt însă părți semnatare. În raport se mai afirmă faptul că este necesară o coordonare a politicilor macro și microeconomice, însoțită de coordonarea politicilor fiscale, pentru a asigura creșterea economică structurală dorită în statele membre ale UE.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραφώς*. – Οι εκθέσεις του Ευρωκοινοβουλίου για το «ευρωπαϊκό εξάμηνο», τον μηχανισμό επιβολής «μνημονίων διαρκείας» σε όλα τα κράτη μέλη της ΕΕ, αποδεικνύουν την προσήλωση του πολιτικού προσωπικού των μονοπωλίων στους στόχους του: μέτρα για τη διαρκή μείωση της τιμής της εργατικής δύναμης παντού για να ανακάμψει η κερδοφορία των επιχειρηματικών ομίλων, να έρθει η καπιταλιστική ανάπτυξη που μέχρι τώρα φαίνεται αναιμική, αβέβαιη και εύθραυστη.

Γι' αυτό απαιτούν από τις αστικές κυβερνήσεις την απεργκλιτή εφαρμογή των «συστάσεων ανά χώρα», των αντιλαϊκών δηλαδή μέτρων που καταστρώνουν τα όργανα της ΕΕ. Για να αντιμετωπίσουν τη λαϊκή αγανάκτηση επιχειρούν να ντύσουν όλη τη διαδικασία του εξαμήνου και της «ενισχυμένης οικονομικής διακυβέρνησης» δήθεν με «κοινωνικές πτυχές» και «κοινωνική ευαισθησία», αλλά δεν καταφέρνουν ούτε ευχολόγια να διατυπώσουν, προδίδοντας την εχθρότητά τους για τα εργατικά-λαϊκά δικαιώματα.

Το εξάμηνο και όλες οι διαδικασίες των «μνημονίων διαρκείας» της ΕΕ δεν μπορούν να έχουν ίχνος «κοινωνικής πτυχής», γιατί απλούστατα σχεδιάστηκαν, εφαρμόζουν και υπηρετούν ένα ενιαίο σχέδιο για χτύπημα κάθε εργασιακού, μισθολογικού, κοινωνικού δικαιώματος της εργατικής τάξης και των φτωχών λαϊκών στρωμάτων. Δεν μπορεί να υπάρξει ευρωεξάμηνο καλύτερο, φιλολαϊκό, όπως προσπαθούν να εξαπατήσουν τους λαούς διάφοροι oportunistές και νέας κοπής σοσιαλδημοκράτες. Η ΕΕ και τα μονοπώλια που υπηρετεί μόνο χειρότερα γίνονται. Δεν παίρνουν βελτίωση, παρά μόνο ανατροπή.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro tuto zprávu, protože pokud má evropský semestr podpořit hospodářský růst a stabilizovat unijní ekonomiky, je nutné, aby zahrnoval také jednotný trh a politiky podporující jeho dokončení. Právě evropský semestr má za cíl zvýšit koordinaci fiskálních a hospodářských politik členských států, což posílí růst zaměstnanosti a podpoří konkurenceschopnost. Je více než žádoucí, aby došlo k odstranění obchodních překážek a zároveň aby se všech 28 členských států EU zasadilo o dodržování existujících právních předpisů. Dále je nutné, aby docházelo k pravidelnému sledování a hodnocení pokroku v oblasti integrace jednotného trhu.

Kosma Złotowski (ECR), *na piśmie*. – Trudno nie zgodzić się ze stwierdzeniem zawartym w tym sprawozdaniu, że jednolity rynek stanowi jeden z filarów Unii Europejskiej. Oprócz swobodnego przepływu osób to właśnie w tym obszarze sukces integracji europejskiej jest najbardziej widoczny, choć wciąż mamy do czynienia z niedociągnięciami i stosowaniem barier pozataryfowych. Idea europejskiego semestru wydaje się idealnym narzędziem do rozwiązania tych problemów i lepszej koordynacji polityk krajowych, służącej wzmocnieniu zasady swobodnego przepływu towarów. To, że potencjał tego narzędzia nie został jeszcze wykorzystany dla wzmocnienia fundamentów jednolitego rynku, to duże zaniedbanie ze strony Komisji, i popieram apel zawarty w tym sprawozdaniu, aby ten stan rzeczy zmienić. Przed nami wiele wyzwań, które wiążą się ze skutkami rewolucji cyfrowej dla europejskiej gospodarki. Dzisiaj jednolity rynek to nie tylko tradycyjny handel towarami, ale także kwestia swobodnego dostępu do rynku usług, mający ogromny potencjał handel internetowy czy pojawienie się nowych modeli biznesowych, takich jak model gospodarki dzielenia się. Wszystkie te wyzwania współczesności nie miały swoich odpowiedników w przeszłości na etapie projektowania obecnego kształtu jednolitego rynku i musimy znaleźć dla nich miejsce w ramach wszystkich czterech swobód. Wierzę, że potencjał europejskiego semestru można skutecznie wykorzystać w pokonywaniu barier dla dalszej integracji gospodarczej Europy i dlatego głosowałem za przyjęciem tego sprawozdania.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor do relatório sobre a governação do Mercado Único no âmbito do Semestre Europeu de 2016, proveniente da Comissão do Mercado Interno e da Proteção dos Consumidores, cuja relatora foi a eurodeputada Catherine Stihler, fundamentalmente por nele se encontrar referido que a estratégia para o mercado único digital deve ser rapidamente apresentada e aplicada para assegurar que a UE recupere o terreno perdido em relação à lenta adoção e utilização, no passado, das tecnologias digitais; por concordar também com a referência à afetação de fundos nacionais e da UE, a fim de proporcionar as infraestruturas necessárias, nomeadamente nas zonas rurais; e, finalmente, por observar que é igualmente importante apoiar a inovação digital e a melhoria da interoperabilidade e que é necessário conferir especial atenção às questões relacionadas com a cibersegurança.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Dobro delovanje enotnega trga ter učinkovito izvajanje zakonodaje o enotnem trgu je pomembno pri doseganju strukturne in trajnostne gospodarske rasti.

Poročilo o upravljanju enotnega trga v okviru evropskega semestra sem podprl, ker prepozna trenutne izzive in predlaga po mojem mnenju utemeljena priporočila za ohranjanje konkurenčnosti evropskega notranjega trga v svetovnem merilu.

Treba je odločno ukrepati, da bo prihodnja politika Evropske unije za enotni trg dala oprijemljive rezultate in se odzivala na potrebe državljanov.

8.10. Aufnahme der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen EU/Tunesien (B8-0255/2016)

Oral explanations of vote

Krisztina Morvai (NI). – Egy újabb szakasz a szótáramban, a szabadkereskedelem. Mit is jelent a szabadkereskedelem? Hát ez azt jelenti, hogy egy lehetőség arra, hogy a szabad verseny jegyében mindkét érintett országban lejjebb és lejjebb nyomják a munkabérek, hogy minél lejjebb és lejjebb kerüljenek az árak, például a mezőgazdasági felvásárlási árak. Menjenek tönkre a kicsik, a kisgazdák, a családi gazdák, a családi vállalkozók, kisvállalkozók, mikrovállalkozók. És jelenti azt is, ami például egy 5 éves gyerek számára teljesen logikátlan, hogy a világ egyik végéből a másikba szállítjuk az élelmet, az élelmiszert, ahelyett, hogy ott, helyben, az adott országban – egyrészt megélhetést biztosítva a vidéki embereknek, másrészt egészséges, jó minőségű élelmet biztosítva a helyi lakosságnak – vegyszermentesen, különböző szállítással összefüggő kezelésektől mentesen, helyben termelt élelmet biztosítanánk.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāj! Tiri vēsturiski Eiropa un Tunisija — to attiecībā vienmēr bijis ļoti aktīvs režīms, un pēdējo gadu laikā tas tikai intensificējies tāpēc, ka mainījies režīms šajā Ziemeļāfrikas valstī. Un mūsu Eiropas Savienība ir Tunisijas primārais ekonomikas partneris, it īpaši lauksaimniecības produktu tirdzniecībā, un šī sadarbība katru gadu tikai stiprinās.

Līdz ar to pienācis laiks izdarīt kārtējo soli mūsu attiecībās, intensificēt sarunas par potenciālo brīvās tirdzniecības līguma noslēgšanu. Un tas ir īpaši loģiski, ņemot vērā, ka pagājušā gada 17. martā notika ES-Tunisijas Asociācijas padomes sēde un pieņemts darbības plāns par privilēģētās partnerības veidošanu. Un mūsu kopienas centieni attīstīt attiecības ar ES-Vidusjūras partnerības reģionu, es ceru, vainagosies ar panākumiem. Līdz ar to es atbalstu.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, arís vótáil mé le mo ghrúpa sna moltaí go léir anseo agus d'éirigh leis le móramh mór: 479 i bhfabhar agus 123 i gcoinne. Dar ndóigh, le blianta beaga anuas tá a lán margaí mar seo, comhréitigh leis na tíortha éagsúla á bplé againn agus á gcur ar an bhfód againn. Dar ndóigh, is ceart go ndéanfaimid ceann leis an Túinéis comh maith.

Ní dóigh liom go mbeidh an ceann seo chomh conspóideach le cuid de na cinn eile, go háirithe TTIP, mar a bhfuil a lán gearán agus conspóide faoi; ach cífid cad a tharlóidh. Maidir leis an Túinéis, is ceart bualadh ar aghaidh leis. Ach mar a dúirt an Feisire Morvai, caithfidh a bheith cúramach freisin nach gcuirfidh isteach ar ár bhfeirmeoirí anseo san Eoraip chun comhréiteach a dhéanamh le haon tír eile.

Written explanations of vote

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP does not oppose the concept of trade with all countries. However, we feel that the EU has no right to conduct our trade negotiations. Therefore, we voted against.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito. – Los socialistas apoyamos el lanzamiento de negociaciones comerciales con Túnez, como muestra de apoyo y solidaridad a un país vecino que ha progresado enormemente desde la Primavera Árabe y está inmerso en un difícil proceso de transición.

Por principio, exigimos que las negociaciones comerciales se empleen como herramienta para regular objetivos de desarrollo sostenible y el respeto de los derechos humanos a escala internacional, promoviendo los más elevados estándares de protección laboral, social, de salud y medioambiental.

En cuanto a las condiciones económicas del acuerdo, exigimos una atención particular y diferenciada a las circunstancias de Túnez, con cláusulas progresivas y asimétricas que le permitan una apropiada apertura internacional, por etapas y sectores.

Queremos un acuerdo comercial progresista, que reporte claros beneficios al conjunto de las sociedades tunecina y europea. Por eso, una vez más, exigimos la máxima transparencia, vincular el acuerdo a la lucha contra la corrupción e incluir plenamente a las sociedades civiles tunecina y europea en el proceso de negociación. Seguiremos defendiendo el alivio de la deuda contraída por el antiguo régimen y la creación de un foro civil conjunto que permita a la ciudadanía evaluar y supervisar el cumplimiento de las cláusulas de derechos humanos y sostenibilidad.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – He votado en contra de la recomendación favorable a la apertura de las negociaciones sobre un acuerdo de libre comercio entre la Unión Europea y Túnez desde el convencimiento de que este tipo de acuerdos supone la liberalización no solo del comercio de productos agrícolas, sino también de servicios, afectando a derechos sociales básicos.

Asimismo, la Unión Europea se ha negado a promover una auditoría internacional de la deuda odiosa adquirida por el régimen de Ben Alí que a día de hoy sigue asumiendo el pueblo tunecino. Además, en la negociación de este acuerdo no se tienen en cuenta las asimetrías ni se cuenta con una participación de las organizaciones sociales y sindicatos tunecinos.

Por lo tanto, desde el convencimiento de que un acuerdo de este tipo solo favorece a las grandes empresas, con un impacto negativo en los trabajadores y pequeños productores en ambas partes, tanto a los productores de aceite de oliva tunecinos como a los de los países del sur de Europa, he votado en contra.

Louis Aliot (ENF), par écrit. – J'ai voté contre cette proposition de résolution sur les négociations d'un accord de libre-échange UE-Tunisie, qui se félicite de l'ouverture des négociations.

Le texte défend l'idée qu'il faut apporter une aide à la Tunisie dans le but de lui assurer stabilité et dynamisme économique. Même s'il précise qu'il faut être prudent sur les secteurs agricoles sensibles, promesses jamais tenues, cet accord met en difficulté nos agriculteurs avec une forte concurrence déloyale mais aussi les salariés et industriels qui devront faire face aux délocalisations d'entreprises industrielles et de services.

Ces négociations d'un accord de libre-échange avec la Tunisie représentent la mise en péril des travailleurs européens.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), γραπτώς. – Τον Οκτώβριο του 2015 η Ευρωπαϊκή Επιτροπή ξεκίνησε διαπραγματεύσεις με την Τунησία για την υπογραφή μίας Συνολικής Συμφωνίας Ελευθέρου Εμπορίου. Η συμφωνία θα μπορέσει να δημιουργήσει ευκαιρίες και για τις δύο πλευρές.

Ως Σοσιαλιστική Ομάδα ζητάμε από την Επιτροπή τη διασφάλιση μεταβατικών περιόδων, διαφάνεια κατά τη διάρκεια των διαπραγματεύσεων και βελτίωση των κοινωνικών συνθηκών στη χώρα.

Pascal Arimont (PPE), schriftlich. – Mit der vorliegenden Entschließung spricht sich das Parlament für die Aufnahme von Verhandlungen hinsichtlich eines Freihandelsabkommens EU/Tunesien aus. Auch wenn ich per se nicht gegen Freihandel bin, fällt es mir schwer eine sachkundige Meinung zur Eröffnung von Verhandlungen zu bilden, ohne ein diesbezügliches Mandat des Rates der Europäischen Union gesehen zu haben. Auch wenn das Parlament an der Ausarbeitung eines solchen Mandats nicht beteiligt ist – was ich sehr bedauere – und diese Verhandlungsmandate bislang erst auf öffentlichen Druck frei zugänglich gemacht wurden, bin ich der Auffassung, dass man sich über die Zweckmäßigkeit von Freihandelsabkommen nur äußern kann, wenn diese Verhandlungsleitlinien in Augenschein genommen wurden. Aus diesem Grunde habe ich mich auch in der Abstimmung enthalten.

Marie-Christine Arnautu (ENF), par écrit. – Ce rapport concerne l'ouverture en octobre 2015 des négociations en vue d'un accord de libre-échange UE-Tunisie. Le texte revient à plusieurs reprises sur le fait qu'il faille aider la Tunisie qui est un exemple pour la région, qu'il faut assurer sa stabilité et le dynamisme de son économie.

La présente résolution demande à la Commission de faciliter l'octroi de visas de type «Move IV», réclame un chapitre sur les investissements, demande l'ouverture des marchés publics et d'être prudent sur les secteurs agricoles sensibles.

Ce texte oublie qu'un tel accord de libre-échange risque de mettre en danger notre économie, en provoquant par exemple une situation de concurrence déloyale pour les agriculteurs européens, les salariés et industriels et des délocalisations d'entreprises industrielles et de services.

C'est pourquoi j'ai voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), in writing. – I would like to confirm in the interest of transparency that I voted against this report as a whole. I believe in free trade but I do not trust the European Union to negotiate this trade agreement in the best interests of the United Kingdom. The UK taxpayer has already contributed towards a EUR 300 million loan to Tunisia to help keep its economy afloat. In a few weeks' time, when the UK votes to leave the European Union, the UK Government will be able to start its own negotiations for free trade with Tunisia.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už šią rezoliuciją dėl derybų dėl ES ir Tuniso laisvosios prekybos susitarimo pradžios. ES ir Tuniso santykiai yra glaudūs ir labai seni, kadangi ES yra didžiausia Tuniso prekybos partnerė, o Tunisas – 34-asis ES partneris. Ši nauja partnerystė atvers Tuniso ir ES augimo ir ekonomikos suartėjimo galimybes. Ši partnerystė taip pat turėtų prisidėti prie Tuniso politinio ir demokratinio stabilizavimo, jo ekonomikos atgaivinimo, kartu darant teigiamą poveikį ir vartotojų kainoms bei užimtumui. Pritariu raginimams derybininkams sudaryti susitarimą, kuriame būtų atsižvelgiama į svarbius abiejų šalių ekonominius skirtumus, šiose derybose būti lankstiems, parodyti gebėjimą greitai reaguoti, bei nepamiršti, kad šis susitarimas turėtų būti naudingas Tuniso ir Europos Sąjungos ekonomikai ir visuomenei. Komisija turėtų užtikrinti, kad šios derybos greitai duotų konkrečios naudos svarbiausiose ES ir Tuniso ekonomikos sektoriuose, taip pat atitinkamiems suinteresuotiesiems subjektams, ypač labai mažoms, mažosioms ir vidutinėms įmonėms. Taip pat susitarimas turėtų padėti plėtoti ir įvairinti Tuniso ekonomiką, kurioje šiuo metu daugiausia dėmesio skiriama žemės ūkiui, mažinti regionų skirtumus ir turi duoti konkrečios naudos visiems Tuniso ir Europos gyventojams.

Nicolas Bay (ENF), par écrit. – Cette proposition de résolution se félicite de l'ouverture, le 13 octobre 2015, des négociations de libre-échange entre l'Union européenne et la Tunisie.

L'objectif est d'aider la Tunisie, considérée comme un exemple pour la région: il faut assurer sa stabilité en encourageant le dynamisme de son économie.

Cette résolution demande notamment à la Commission de faciliter l'octroi de visas de type «Move IV», mais semble peu préoccupée par les conséquences néfastes que ne manquerait pas d'avoir cet accord de libre-échange sur nos économies déjà en grande difficulté.

Voilà pourquoi je m'y suis opposé.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – J'ai soutenu ce rapport qui approuve l'ouverture des négociations visant à conclure un accord de libre-échange entre l'Union européenne et la Tunisie. Cette dernière a été durement frappée par les attentats terroristes qui ont été perpétrés sur son sol ces derniers mois. Il est dès lors plus que nécessaire de stabiliser politiquement et économiquement le pays et de consolider sa démocratie. Cet accord de libre-échange doit y concourir en étant à la fois progressif et asymétrique et en visant à avoir une incidence positive sur les prix à la consommation, l'emploi, les salaires et la réduction des inégalités.

Brando Benifei (S&D), per iscritto. – L'Unione europea rappresenta il primo partner commerciale della Tunisia e può vantare sin dal 1969, con un primo accordo di associazione, rapporti commerciali con il paese della sponda Sud del Mediterraneo. Culla della Primavera araba, la Tunisia è anche l'unico paese che dopo le proteste del 2011 ha avviato un percorso stabile di transizione democratica, manifestatosi nell'approvazione della nuova costituzione del 26 gennaio 2014. L'apertura dei negoziati per un accordo di libero scambio rappresenta, in questo contesto, un tentativo di rafforzare i legami tra Europa e Tunisia ed è il motivo per cui ho deciso di votare a favore della risoluzione presentata. Stabilità politica e sviluppo economico sono due elementi inscindibili che, rafforzandosi reciprocamente, possono garantire alla Tunisia una resistenza rispetto all'instabilità che caratterizza l'intero contesto regionale, si pensi alla complessa situazione libica o al caso algerino. L'accordo deve impegnarsi per favorire la crescita, l'occupazione e l'abbassamento dei prezzi, tenendo in debita considerazione l'esistenza di settori agricoli che richiedono una tutela particolare e rispetto ai quali sarà necessario intervenire prevedendo anche meccanismi di transizioni, quote ed esclusioni al fine di tutelare i produttori di ambo le parti.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), por escrito. – He votado en contra de este informe porque apoya la apertura de un acuerdo de libre comercio que sólo puede empujar a la profundización del actual modelo neoliberal y sus contradicciones. La experiencia empírica previa prueba que existen muchas posibilidades de fomentar los desequilibrios sociales en un país cuya situación ya es de por sí sensible.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), por escrito. – He apoyado esta propuesta de Resolución sobre la apertura de las negociaciones sobre el acuerdo de libre comercio UE-Túnez. La misma empieza condenando enérgicamente los atentados terroristas perpetrados en ese país en los últimos meses y haciendo referencia a que la economía tunecina se enfrenta a dificultades importantes. Existe además entre la Unión y Túnez un desequilibrio demográfico y económico evidente que justifica la adopción de una estrategia asimétrica y progresiva en las negociaciones.

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – Je me suis positionnée contre cette résolution sur l'ouverture des négociations en vue d'un accord de libre-échange UE-Tunisie.

Si je considère que la Tunisie doit être un partenaire stratégique, notamment pour la France du fait des liens historiques entre nos deux pays, je ne considère pas les accords de libre-échange comme étant un outil adéquat de prospérité économique. D'autant que ce genre d'accord risque de mettre en péril nos industries, et notamment notre secteur agricole, déjà bien mal en point et qui risquerait d'être soumis à la concurrence déloyale d'une production tunisienne à moindre coût.

La résolution met en effet en avant les avantages économiques et sociaux que pourrait retirer la Tunisie d'un tel accord mais qu'en retirent les États membres ? Il n'est pas certain qu'ouvrir nos marchés publics aux entreprises tunisiennes soit bénéfique pour nos propres économies.

Enfin, je considère qu'utiliser la libéralisation des visas pour les Tunisiens comme carotte pour soi-disant faire avancer les droits de l'homme constitue un véritable chantage économique et politique envers un partenaire qui mérite plus de respect que cela.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non condivido questa relazione che chiede l'avvio di negoziati di libero scambio fra Europa e Tunisia. Ritengo che un negoziato di questo tipo recherebbe enormi danni sia al sistema produttivo agricolo italiano che si troverebbe a combattere contro una concorrenza non gravata dalle costose norme europee, sia ai cittadini europei che troverebbero sul mercato prodotti non rispettosi degli stessi standard fitosanitari di quelli coltivati nell'UE. Per tutti questi motivi non ho inteso sostenere col mio voto questo testo.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat emot frihandelsavtalet mellan EU och Tunisien.

Resolutionsförslaget handlar om de inledda förhandlingarna om ett omfattande handelsavtal med Tunisien. Landet har svåra ekonomiska problem efter terrorattentaten i Sousse, som i princip stoppade all turism. Handel med Tunisien är därför positivt. Det föreslagna avtalet ska emellertid täcka bl.a. tjänstesektorn, offentlig upphandling och jordbruket, och kan komma att gynna EU:s företag snarare än Tunisien's ekonomi. Det är fel riktning på den ekonomiska politiken.

Jag vill se en ekonomisk politik som fokuserar på skuldavskrivningar för Tunisien, eftersom det är ett bättre sätt att stödja landets ekonomi, både kortsiktigt och långsiktigt – en ekonomi som bygger på solidaritet och inte på frihandel.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Los socialistas apoyamos el lanzamiento de negociaciones comerciales con Túnez, como muestra de apoyo y solidaridad a un país vecino que ha progresado enormemente desde la Primavera Árabe y está inmerso en un difícil proceso de transición.

Por principio, exigimos que las negociaciones comerciales se empleen como herramienta para regular objetivos de desarrollo sostenible y el respeto de los derechos humanos a escala internacional, promoviendo los más elevados estándares de protección laboral, social, de salud y medioambiental.

En cuanto a las condiciones económicas del acuerdo, exigimos una atención particular y diferenciada a las circunstancias de Túnez, con cláusulas progresivas y asimétricas que le permitan una apropiada apertura internacional, por etapas y sectores.

Queremos un acuerdo comercial progresista, que reporte claros beneficios al conjunto de las sociedades tunecina y europea. Por eso, una vez más, exigimos la máxima transparencia, vincular el acuerdo a la lucha contra la corrupción e incluir plenamente a las sociedades civiles tunecina y europea en el proceso de negociación. Seguiremos defendiendo el alivio de la deuda contraída por el antiguo régimen y la creación de un foro civil conjunto que permita a la ciudadanía evaluar y supervisar el cumplimiento de las cláusulas de derechos humanos y sostenibilidad.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, kurioje Europos Parlamentas griežtai smerkia teroristinius išpuolius, įvykdytus Tunise pastaraisiais mėnesiais ir nusinėšius labai daug aukų. Parlamentas pažymi, kad Tuniso perėjimo prie demokratijos procesas buvo sėkmingiausias regione ir kad tarp Viduržemio jūros Pietų valstybių ši šalis pasirinko unikalų politinį ir ekonominio vystymosi modelį, ir prašo Europos Komisiją visapusiškai į tai atsižvelgti derybose. Be to, Europos Parlamentas mano, kad šis susitarimas apima ne tik prekybos aspektą, bet ir tai, kad juo būtina turi būti siekiama prisidėti prie stabilumo Tunise, jo demokratijos stiprinimo ir jo ekonomikos atgaivinimo, kartu darant teigiamą poveikį ir vartotojų kainoms bei užimtumui, ir kvalifikuotų darbuotojų atlyginimams, ir mažinant skirtumus. Parlamentas aktyviai ragina Komisiją ir Tuniso vyriausybę nustatyti aiškų ir tikslų Tuniso ir ES pilietinės visuomenės dalyvavimo visuose derybų etapuose procesą ir panaudoti novatoriškus būdus. Taip pat palankiai vertina Tuniso pilietinės visuomenės vaidmenį pirmajame derybų etape ir ragina, kad konsultacijos būtų atviros, skaidrios ir kad jų metu būtų labiau atsižvelgiama į įvairius Tuniso pilietinės visuomenės sluoksnius, remiantis kitose panašiose derybose nustatyta geriausia praktika.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az EU és Tunézia közötti szabadkereskedelmi tárgyalások 2015 őszén megkezdődtek. Ezek a tárgyalások Tunézia szempontjából rendkívüli politikai és gazdasági jelentőséggel bírnak úgy a demokratikus stabilizáció, mint a piacnyitási folyamatok terén. Tunézia jelentős lépést tett a demokratikus állami fejlődés útján, mely a reformok alapját képezi.

Ugyanakkor hangsúlyozott véleményem, hogy a tárgyalások során kiemelt figyelmet kell szentelni az Európai Unió tagállami érdekeinek is, különös tekintettel a mezőgazdasági termékekre. Nem jöhet létre olyan helyzet, hogy az unión belüli termelők versenyképessége hátrányt szenvedjen. Ezzel együtt szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását azzal, hogy végleges véleményemet a kitárgyalt szerződés szövegének ismeretében alakítom ki.

Franc Bogovič (PPE), pisno. – Tunizijsko gospodarstvo se je znašlo v resnih težavah, politično nestabilna okolica in begunci iz sosednjih, vojnih območij so precej prizadeli to sicer uspešno afriško državo, ki je bila v regiji dolgo zgled za uspešen prehod v demokratizacijo.

Za Tunizijo je EU najpomembnejši trgovinski partner, trudijo se reformirati gospodarski sektor, odpirajo svojo ekonomijo proti Zahodu. Z možnostjo podpisa prostotrgovinskega sporazuma v prihodnosti bi Tuniziji omogočili, da bi zmanjšala velikanske razlike med urbanim okoljem in podeželjem. Hkrati bo to priložnost za vsa njihova mikro in mala podjetja za dostop do novih trgov.

S podporo začetku pogajanj smo poslanci izpostavili tudi zgled, da države v razvoju, ki igrajo po ekonomskih pravilih, se trudijo narediti preboj in aktivno reformirajo svoja gospodarstva, imajo posledično tudi boljše možnosti in pogoje za sodelovanje in trgovanje z državami EU.

Louise Bours (EFDD), in writing. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP does not oppose the concept of trade with all countries. However, we feel that the EU has no right to conduct our trade negotiations. Therefore, we voted against.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), par écrit. – Ce texte reprend l'idée qu'il faut aider notre voisin tunisien, exemple pour la région mais oublie qu'il ne faut pas pour autant créer des difficultés économiques pour nos peuples. D'autres méthodes d'aide que les traités de libre-échange approfondi auraient pu être explorés.

Cet accord risque d'engendrer une concurrence déloyale pour les agriculteurs européens, les salariés et industriels avec des délocalisations d'entreprises industrielles et de services (par exemple le secteur automobile de l'Union européenne). J'ai voté contre.

Renata Briano (S&D), per iscritto. – La fornitura di aiuti economici in cambio di riforme democratiche e progresso civile è uno degli strumenti maggiormente utilizzati dalla UE nei suoi rapporti di vicinato e di partenariato coi paesi terzi. Un modo di rapportarsi che ha spesso prodotto risultati positivi per i cittadini di entrambe le parti e ha aumentato il range di influenza del soft power dell'Unione europea.

La Tunisia è oggi uno dei pochi (o forse l'unico) paese arabo in cui la cosiddetta «primavera araba» è approdata in una democrazia di tipo moderno, che guarda all'Occidente e allo sviluppo dello Stato di diritto. Una democrazia amica, che dobbiamo sostenere consentendole di svilupparsi in condizioni adeguate, gradualmente, e di inserirsi progressivamente nell'area di libero scambio comune.

Steeve Briois (ENF), par écrit. – Cette proposition de résolution se félicite de l'ouverture des négociations autour d'un accord de libre-échange entre l'Union européenne et la Tunisie. Cet accord vise à aider la Tunisie à assurer sa stabilité politique en contribuant à son dynamisme économique. Il est donc demandé à la Commission de faciliter l'octroi de visas et d'ouvrir les marchés publics aux entreprises tunisiennes, en contrepartie du respect des droits de l'homme.

Bien qu'il soit essentiel d'assurer la stabilité politique en Afrique du Nord ainsi qu'au Proche et au Moyen-Orient, en luttant notamment contre la progression du fondamentalisme islamique, nous contestons l'idée d'y parvenir au moyen de la libéralisation des échanges commerciaux. Cet accord constitue un danger pour nos économies, en particulier pour notre agriculture, déjà lourdement affaiblie par la baisse du prix des matières premières.

C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre cette proposition de résolution.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Începând cu luna octombrie 2015, Uniunea Europeană și Tunisia au început negocierile pentru un nou acord de liber schimb mult mai ambițios, acord realizat pe baza mandatului adoptat la 14 decembrie 2011 în unanimitate de către statele Uniunii Europene, iar primele runde de negocieri au început în perioada 19-22 octombrie 2015. Principalele argumente pentru realizarea noului contract sunt reprezentate de istoria de cooperare dintre Uniunea Europeană și Tunisia, care datează din 1969, Tunisia fiind prima țară de pe țărmul sudic al Mediteranei care a semnat un acord de asociere cu Uniunea Europeană în 1995.

Realizarea unui nou tratat de comercializare dintre Uniunea Europeană și Tunisia ar trebui să deschidă perspective de creștere economică și, nu în ultimul rând, de apropiere pentru economiile ambelor părți, întrucât acest parteneriat trebuie să vină în ajutorul Tunisiei pentru realizarea unei stabilități atât politice, cât și demografice.

Am votat și susțin acest raport privind deschiderea negocierilor pentru un acord de liber schimb între Uniunea Europeană și Tunisia deoarece consider că acest acord este benefic atât pentru Uniunea Europeană, cât și pentru Tunisia, din punct de vedere economic, politic și demografic.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario. Questa risoluzione prende spunto dallo stesso tema legato al provvedimento che concede preferenze commerciali all'olio tunisino.

I problemi sono noti e somigliano molto a quelli per cui ci opponemmo all'accordo con il Marocco. I prodotti agricoli italiani, specialmente quelli del Sud, subirebbero infatti la concorrenza di produttori non vincolati dalle costose norme europee e non in grado di garantire i medesimi standard fitosanitari.

Non solo, diversi osservatori della realtà nord-africana affermano come, oramai, molti dei grandi produttori agricoli tunisini non siano altro che investitori esteri, spesso europei.

La nostra delegazione, inoltre, non condivide che il tema della crisi economica della Tunisia possa essere affrontato con concessioni di tipo commerciale, che sarebbero pagate solo da alcuni produttori di alcuni Stati membri e che non vedrebbero, in cambio, opportunità di accesso al mercato per le imprese italiane di un certo interesse.

È pericoloso, infine, affiancare al tema commerciale questioni più delicate come la richiesta di maggiore liberalizzazione dei visti. Si tratterebbe di un approccio assolutamente sbagliato e pericoloso.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Los socialistas apoyamos el lanzamiento de negociaciones comerciales con Túnez, como muestra de apoyo y solidaridad a un país vecino que ha progresado enormemente desde la Primavera Árabe y está inmerso en un difícil proceso de transición.

Por principio, exigimos que las negociaciones comerciales se empleen como herramienta para regular objetivos de desarrollo sostenible y el respeto de los derechos humanos a escala internacional, promoviendo los más elevados estándares de protección laboral, social, de salud y medioambiental.

En cuanto a las condiciones económicas del acuerdo, exigimos una atención particular y diferenciada a las circunstancias de Túnez, con cláusulas progresivas y asimétricas que le permitan una apropiada apertura internacional, por etapas y sectores.

Queremos un acuerdo comercial progresista, que reporte claros beneficios al conjunto de las sociedades tunecina y europea. Por eso, una vez más, exigimos la máxima transparencia, vincular el acuerdo a la lucha contra la corrupción e incluir plenamente a las sociedades civiles tunecina y europea en el proceso de negociación. Seguiremos defendiendo el alivio de la deuda contraída por el antiguo régimen y la creación de un foro civil conjunto que permita a la ciudadanía evaluar y supervisar el cumplimiento de las cláusulas de derechos humanos y sostenibilidad.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La Tunisie et l'Union européenne entretiennent des relations politiques et économiques privilégiées dans le cadre de la politique européenne de voisinage. Dans cette perspective, un accord d'association a été mis en place en 1995. Ce dernier appelait à l'établissement progressif d'une zone de libre-échange entre l'Union et la Tunisie. En octobre 2015, les négociations en vue d'un accord de libre-échange complet et approfondi avec la Tunisie ont débuté.

Dans cette résolution, le Parlement fait part de ses recommandations aux négociateurs de la Commission européenne. Le Parlement soutient l'ouverture de ces négociations. Il rappelle que les dispositions de l'accord ne doivent en aucun cas mettre en danger l'économie de l'une ou l'autre partie. Certains secteurs devront faire l'objet d'une attention particulière telle que les services, les marchés publics ou encore l'agriculture.

Il ne faut pas que l'accord obtenu en matière agricole mette en danger les intérêts de certaines régions du Sud de l'Union qui sont des concurrents des exportations tunisiennes. J'ai voté en faveur de cette résolution qui envoie un signal de soutien à une jeune démocratie qu'est la Tunisie.

Nicola Caputo (S&D), per iscritto. – Oggi ho votato a favore della risoluzione in questione perché ritengo necessario accompagnare con misure di aiuto l'economia tunisina fortemente indebolita dagli attentati terroristici. L'economia tunisina si trova, infatti, in un periodo di notevole difficoltà economica. L'industria turistica è al collasso, il tasso di disoccupazione nel 2015 era pari al 15% della popolazione attiva, il 28,6% dei diplomati senza lavoro e la disoccupazione tra i giovani è in forte aumento. Tutto ciò in un momento in cui il processo di transizione democratica del paese dimostra di essere il più avanzato nella regione per effetto dell'adozione di un modello politico-economico unico tra i paesi della sponda sud del Mediterraneo. Inoltre la Tunisia ha accolto più di un milione e ottocentomila profughi libici, un numero pari quasi al 16% della popolazione totale del paese. Ritengo essenziale che la Tunisia riceva dall'UE un aiuto sostanziale di tipo finanziario, tecnico e di assistenza alla negoziazione commerciale per attuare in modo corretto le diverse disposizioni dell'accordo di libero scambio. È importante che l'aiuto finanziario sia erogato in modo trasparente e che ci si assicuri che esso rechi vantaggi effettivi ai destinatari.

Matt Carthy (GUE/NGL), in writing. – I voted against this resolution which would build on the existing free trade area covered by the Euro-Mediterranean Association Agreement signed some 20 years ago. The now proposed 'Deep and Comprehensive Free Trade Agreement' would widen the scope to cover technical barriers to trade, investment protection, public procurement and competition policy, liberalisation of trade in services and trade in agriculture.

Specifically I am disappointed that the resolution does not make any reference to re-discussing Tunisia's debt or the real participation of Tunisian civil society and trade unions in the negotiation process. For these reasons I voted against the resolution.

James Carver (EFDD), in writing. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP does not oppose the concept of trade with all countries. However, we feel that the EU has no right to conduct our trade negotiations. Therefore, we voted against.

David Casa (PPE), in writing. – I fully welcome the launch of negotiations for modernisation of our current Association Agreement with Tunisia in October 2015, however difficult they turn out to be. If successful, the outcomes will have many economic benefits to both parties as well as political importance for Tunisia. I am hoping that the negotiations will involve many partners, not only Tunisian authorities but also social partners and greater civil society so that the final agreement can be of benefit to all.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – La risoluzione esprime le raccomandazioni del Parlamento europeo sulla negoziazione dell'accordo di libero scambio tra UE e Tunisia le cui trattative sono state lanciate nell'ottobre 2015. Si tratta di un accordo avente a oggetto la liberalizzazione di beni e servizi tra Tunisia e UE e la predisposizione di misure comuni sulla mobilità dei lavoratori sulla difesa della proprietà intellettuale. Il testo della risoluzione raccomanda la Commissione di procedere a un accordo graduale e asimmetrico, con una apertura progressiva ai settori economici tunisini. La risoluzione chiede peraltro che siano esclusi dai negoziati la liberalizzazione di alcuni beni ritenuti sensibili per le nostre imprese, come ad esempio l'olio di oliva. Il testo presenta anche alcuni punti deboli. Tuttavia, considerando che molti degli emendamenti di compromesso proposti dal Movimento 5 Stelle sono stati accolti ho deciso di votare a favore.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – The trade relations between the EU and Tunisia are one the key elements for Tunisian political and economic stability. The negotiations on an ambitious free trade agreement that has been launched last year aim to further strengthen the relationship between both parties. Both sides need such a close trade relationship. It will help, among others things, Tunisia to promote stability, democratic reforms and peace not only in the country but in the entire Maghreb region. For that reason I was in favour of the INTA report.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση, θεωρώντας ότι η εμβάθυνση των ευρω-τунησιακών εμπορικών σχέσεων μέσω της σύναψης μιας φιλόδοξης εμπορικής εταιρικής σχέσης οφείλει να διανοίξει προοπτικές ανάπτυξης και προσέγγισης για τις οικονομίες της Τυνησίας και της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Το ψήφισμα του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου σχετικά με την έναρξη διαπραγματεύσεων για την σύναψη συμφωνίας ελεύθερων συναλλαγών μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Τυνησίας αφορά τον τομέα της οικονομίας, με προεκτάσεις όμως και σε πολιτικό επίπεδο.

Η Τυνησία αποτελεί μια χώρα στενά συνδεδεμένη με την Ευρώπη και με ιδιαίτερες οικονομικές συναλλαγές. Παρότι οι συζητήσεις αυτές έχουν διαρκέσει αρκετό χρονικό διάστημα, θεωρώ πως όχι μόνο δεν έχουν επιλυθεί πολλά ζητήματα που αφορούν μια τέτοια συμφωνία, αλλά κυρίως η μορφή της συμφωνίας αυτής δεν είναι η ενδεδειγμένη και δεν προστατεύει τα συμφέροντα των ευρωπαίων πολιτών και των κρατών μελών. Για αυτό και αποφάσισα να καταψηφίσω.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Dopo aver visto l'esito del voto sulla relazione sull'olio tunisino, che era l'aspetto che mi interessava di più all'interno del più ampio accordo, ho votato a favore di questa risoluzione nella speranza che da questi ulteriori negoziati venga fuori un testo più ragionevole e più favorevole ai nostri consumatori. Non abbassiamo mai la guardia!

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP does not oppose the concept of trade with all countries. However, we feel that the EU has no right to conduct our trade negotiations. Therefore, we voted against.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I believe that the EU must continue with its aid to Tunisia and provide the country with appropriate financial and technical assistance, during the negotiations and, subsequently, during the implementation of the agreement's provisions, by developing a genuine partnership in which the interests of people on both shores of the Mediterranean can be taken into account.

I hope that this agreement promotes further scientific cooperation, particularly between universities and research centres in Europe and Tunisia towards the development of new technologies and, more generally, culture and education.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Il 19 ottobre 2015 sono stati avviati i negoziati per accordi di libero scambio tra l'Unione europea e la Tunisia, un accordo che non riguarda semplicemente le riduzioni tariffarie sul settore agricolo e manifatturiero ma che si estende ai servizi, alla mobilità dei lavoratori, alle piccole e medie imprese e alla difesa della proprietà intellettuale. Nella risoluzione vengono messi in evidenza alcuni punti da tener in considerazione: l'accordo deve essere graduale e asimmetrico; occorre che l'apertura dei settori economici tunisini sia progressiva, graduale e che preveda periodi transitori per i settori sensibili, escludendo dai negoziati taluni prodotti ritenuti sensibili dalle parti (noi abbiamo richiesto ovviamente l'esclusione del settore dell'olio d'oliva). Bisogna dare un aiuto sostanziale di tipo finanziario, tecnico e di assistenza alla negoziazione commerciale per attuare in modo corretto le diverse disposizioni dell'accordo di libero scambio, chiedendo che tale aiuto sia erogato in modo trasparente e rechi vantaggi effettivi ai destinatari. Il testo non è negativo, ma poiché, purtroppo alcuni dei nostri emendamenti, di fondamentale importanza non sono stati inclusi nel testo, come quello che riguarda l'esclusione del settore dell'olio d'oliva, non posso sostenerlo. Per questi motivi ho deciso di astenermi.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la recomendación favorable a la apertura de las negociaciones sobre un acuerdo de libre comercio entre la Unión Europea y Túnez desde el convencimiento de que este tipo de acuerdos supone la liberalización no solo del comercio de productos agrícolas, sino también de servicios, afectando a derechos sociales básicos.

Asimismo, la Unión Europea se ha negado a promover una auditoría internacional de la deuda odiosa adquirida por el régimen de Ben Alí que a día de hoy sigue asumiendo el pueblo tunecino. Además, en la negociación de este acuerdo no se tienen en cuenta las asimetrías ni se cuenta con una participación de las organizaciones sociales y sindicatos tunecinos.

Por lo tanto, desde el convencimiento de que un acuerdo de este tipo solo favorece a las grandes empresas, con un impacto negativo en los trabajadores y pequeños productores en ambas partes, tanto a los productores de aceite de oliva tunecinos como a los de los países del sur de Europa, he votado en contra.

Pál Csáky (PPE), írásban. – A két partner közötti kereskedelmi együttműködésről szóló első megállapodás 1969-ben született, továbbá Tunézia volt az első olyan ország a Földközi-tenger déli partján, amely 1995-ben társulási megállapodást írt alá az Európai Unióval.

2015. október 13-án az Európai Unió és Tunézia tárgyalásokat kezdett egy ambiciózus szabadkereskedelmi megállapodásról. Ezek a tárgyalások Tunézia szempontjából rendkívüli politikai és gazdasági jelentőséggel bírnak úgy a demokratikus stabilizáció, mint a piacnyitási folyamatok terén. Tunézia jelentős lépést tett a demokratikus állami fejlődés útján, mely a reformok alapját képezi és előreláthatólag a partnerség hozzájárul majd Tunézia politikai és demokratikus stabilizációjához. A ma elfogadott parlamenti jelentés megemlíti azokat a témákat, amelyekre véleménye szerint az Európai Bizottságnak fókuszálni kellene a tárgyalások alatt. Ennek fényében a tárgyalások során például kiemelt figyelmet kell szentelni az Európai Unió tagállami érdekeinek is, különös tekintettel a mezőgazdasági termékekre.

Edward Czesak (ECR), na piśmie. – Tekst rezolucji popiera rozpoczęcie negocjacji, uznając, że Tunezja jest wyjątkiem wśród krajów regionu, której po wydarzeniach arabskiej wiosny z powodzeniem udało się przejść transformację w kierunku demokratycznego kraju. Ponadto wzywa Unię Europejską oraz jej państwa członkowskie do dalszej potrzebnej pomocy w celu utrwalenia demokratycznych zmian. Rezolucja wzywa Komisję do negocjowania umowy korzystnej dla obu stron, która pozwoli na zrównoważone, asymetryczne i stopniowe otwarcie rynku tunezyjskiego, dające większy i lepszy dostęp eksportu Tunezji do rynku UE. Mając na uwadze powyższe, zagłosowałem „za”.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – The negotiations initiated for an EU-Tunisia Free trade agreement aim at improving market access and investment opportunities, and supporting ongoing reforms in Tunisia, in order to integrate further Tunisia, which is currently faced with economic and political disturbances, into the EU and world economy. I believe that negotiations should be based on a staged process including transition periods and specific monitoring and attention to sensitive sectors and public services. It is important to have transparent negotiations and also to reform specific situations such as corruption. Nevertheless, I voted against a paragraph relating to tax since I believe that tax matters are dealt with in a Council body which is vested with such competences. Overall, I strongly agree that we need to help Tunisia to reform and to induce inclusive growth.

Daniel Dalton (ECR), in writing. – As a strong proponent of free trade, I voted in favour of supporting the EU-Tunisia Free Trade Agreement resolution. Whilst this will have economic benefits for both sides, this move will also help support an important ally in North Africa, help modernise the Tunisian economy and create the growth and jobs needed to help stabilise the Tunisian economy. It will also help support Tunisia's transition into a vibrant, modern democracy – something strategically vital for British interests in a region experiencing political instability.

This resolution is ambitious in scope and includes the main economic sectors which are beneficial for both sides. The resolution also gives Tunisia enough time to adapt to the new market conditions which it will be required to uphold.

Rachida Dati (PPE), par écrit. – Par ce vote, le Parlement européen souligne l'importance que cet accord de libre-échange entre l'Union européenne et la Tunisie aille plus loin que sa simple dimension commerciale. Je considère qu'il est notamment essentiel que cet accord participe à la stabilisation de la Tunisie, touchée non seulement par le terrorisme mais également par de grandes difficultés économiques. Cet accord de libre-échange doit permettre de favoriser la croissance de l'Union européenne tout en accompagnant la Tunisie dans la redynamisation de son économie. Il est ainsi indispensable que cet accord puisse bénéficier aux économies européenne et tunisienne, et notamment aux PME.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az EU és Tunézia közötti tárgyalások 2015. október 13-án kezdődtek. Ezek a tárgyalások Tunézia szempontjából rendkívüli politikai és gazdasági jelentőséggel bírnak úgy a demokratikus stabilizáció, mint a piacnyitási folyamatok terén. Tunézia jelentős lépést tett a demokratikus állami fejlődés útján, mely a reformok alapját képezi.

A tárgyalások során kiemelt figyelmet kell szentelni az Európai Unió tagállami érdekeinek is, különös tekintettel a mezőgazdasági termékekre.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – Je soutiens la démarche visant à ouvrir des négociations en vue d'un accord de libre-échange avec la Tunisie. L'Union européenne est le premier partenaire économique de la Tunisie. La signature d'un accord de libre-échange approfondi devrait permettre une convergence et une intégration plus poussées entre les marchés tunisien et européen. Cet accord devrait également permettre d'étendre les normes européennes aux domaines de l'environnement, de la défense du consommateur et des droits des travailleurs en Tunisie. Je pense cependant que cet accord doit se dérouler par étapes prudentes, dans la plus grande transparence mais aussi le plus grand respect de la situation de la Tunisie, seul État à avoir courageusement réussi à se maintenir sur la voie de la démocratie au lendemain de la vague des Printemps arabes et dont on voit qu'il peine à faire redémarrer son économie. Le soutien de l'Union, en cette étape difficile, et le renforcement des réformes démocratiques en Tunisie sont essentiels, d'autant plus que la région demeure très instable. Je suis convaincu que Tunis a aujourd'hui besoin d'une aide européenne globale pour relancer et diversifier son économie mais également et surtout pour renforcer son processus démocratique et ses institutions politiques fragiles.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Az EU és Tunézia közötti tárgyalások 2015. október 13-án kezdődtek. Ezek a tárgyalások Tunézia szempontjából rendkívüli politikai és gazdasági jelentőséggel bírnak úgy a demokratikus stabilizáció, mint a piacnyitási folyamatok terén. Tunézia jelentős lépést tett a demokratikus állami fejlődés útján, mely a reformok alapját képezi.

A tárgyalások során kiemelt figyelmet kell szentelni az Európai Unió tagállami érdekeinek is, különös tekintettel a mezőgazdasági termékekre.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce texte défend l'idée selon laquelle il faut aider notre «voisin» tunisien. Depuis le 13 octobre 2015, des négociations pour un accord de libre-échange ont été ouvertes avec la Tunisie. Mais l'accord en question risque de créer une concurrence déloyale, notamment pour les agriculteurs européens, les salariés et les industriels, avec des délocalisations d'entreprises dans l'industrie et les services, par exemple dans le secteur automobile. Il n'est donc pas question de nuire à l'économie européenne pour satisfaire un pays comme la Tunisie. Il eut été possible de coopérer, sans avoir systématiquement recours à une plus grande libéralisation des échanges. Pour ces raisons, j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ЕСР), *в писмена форма*. – През октомври миналата година бяха започнати преговори за подписване на споразумение за свободна търговия с Тунис. Подкрепих настоящата резолюция, тъй като в нея се очертават приоритетните сфери за тези преговори, на които Европейската комисия да обърне внимание, изготвяйки позицията си. Смятам, че Тунис е една от малкото държави в региона, която е успяла в най-голяма степен да се превърне в демократична държава, вследствие на събитията от Арабската пролет. Комисията следва да работи за постигането на споразумение, което да бъде полезно и за двете страни, като обърне внимание на факта, че износът на продукти от хранително-вкусовата промишленост и селското стопанство, произведени в Тунис, трябва да отговарят на високите стандарти на ЕС за качество.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφικώς*. – Αρνητική στο σύνολό της για τον απλούστατο λόγο, ότι η ΕΕ, καλό είναι να ασχοληθεί πρώτα με τα εσωτερικά της προβλήματα ανεργίας και οικονομίας και μετά να λύσει αυτά των αφρικανικών χωρών. Η Ελλάδα σβήνει και η ΕΕ χρηματοδοτεί και εισάγει Τυνησιακά προϊόντα χαμηλού κόστους.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az EU és Tunézia közötti tárgyalások 2015. október 13-án kezdődtek. Ezek a tárgyalások Tunézia szempontjából rendkívüli politikai és gazdasági jelentőséggel bírnak úgy a demokratikus stabilizáció, mint a piacnyitási folyamatok terén. Tunézia jelentős lépést tett a demokratikus állami fejlődés útján, mely a reformok alapját képezi.

A tárgyalások során kiemelt figyelmet kell szentelni az Európai Unió tagállami érdekeinek is, különös tekintettel a mezőgazdasági termékekre.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – As relações entre a Europa e a Tunísia são próximas e muito antigas, sendo a União Europeia o principal parceiro comercial da Tunísia e estando previsto entre os dois a criação de uma zona de comércio livre e o estabelecimento de disposições sobre a agricultura e os serviços.

A Tunísia, berço dos eventos conhecidos sob a designação de «Primavera Árabe», é o único país da região do Próximo e Médio Oriente e do Norte de África em que foi levado a cabo um processo de transição democrática e política, e constitui, a esse título, um exemplo para toda a região.

Concordo, por isso, com a necessidade de aprofundamento dos laços entre a União Europeia e a Tunísia e com a promoção e o reforço dos processos de integração regional «Sul-Sul» entre a Tunísia e os países vizinhos, nomeadamente através do Acordo de Adair.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução debruça-se sobre o estabelecimento de um Acordo de Comércio Livre entre a UE e a Tunísia, que se insere no âmbito mais vasto das relações de vizinhança, e se rege pelo Acordo de Associação de 1995 (que durante anos considerou como estimável democracia o regime que o povo tunisiano derrubou pela luta), o qual prevê a criação de uma zona de comércio livre e o estabelecimento de disposições sobre a agricultura e os serviços.

A abertura de negociações relativas a este acordo apresenta-se (supremo cinismo, suprema hipocrisia) como sendo uma medida de ajuda à Tunísia, na sequência dos atentados de Junho de 2015, em Sousse. Refere-se também que a Tunísia acolheu mais de 1,8 milhões de refugiados da Líbia, em resultado da agressão ali promovida e apoiada pela UE, e que este número corresponde a 16 % da população total da Tunísia.

A fachada solidária que se pretende atribuir ao Livre Comércio não resiste à evidência dos factos, que denotam a sua natureza neocolonial, porque visando impor políticas económicas e sociais que não beneficiarão o povo tunisino, antes visam abrir caminho às multinacionais europeias que pretendem colonizar o mercado deste país, focando particular atenção no sector da agricultura e o sector dos serviços daquele país. Votámos contra.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against as I am not in favour of the terms.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario all'apertura di negoziati di libero scambio con la Tunisia in quanto produrrebbero un danno economico al nostro paese.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφικώς*. – Καταψηφίζω την έναρξη διαπραγματεύσεων για συμφωνία ελευθέρων συναλλαγών ΕΕ-Τυνησίας για τον απλούστατο λόγο, ότι η ΕΕ καλό θα είναι να ασχοληθεί πρώτα με τα εσωτερικά της προβλήματα ανεργίας και οικονομίας και μετά να λύσει αυτά των αφρικανικών χωρών. Η Ελλάδα σβήνει και η ΕΕ χρηματοδοτεί και εισάγει Τυνησιακά προϊόντα χαμηλού κόστους.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Concerning the negotiations for a Deep and Comprehensive Free Trade Agreement with Tunisia, I believe it will improve market access and investment opportunities, and support ongoing reforms in Tunisia, to ultimately integrate Tunisia into the EU and world economy. However it is important to ensure that Tunisia's economy is opened in a gradual asymmetric manner, with transition periods and special attention given to sensitive sectors and public services.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az EU és Tunézia közötti tárgyalások 2015. október 13-án kezdődtek. Ezek a tárgyalások Tunézia szempontjából rendkívüli politikai és gazdasági jelentőséggel bírnak úgy a demokratikus stabilizáció, mint a piacnyitási folyamatok terén. Tunézia jelentős lépést tett a demokratikus állami fejlődés útján, mely a reformok alapját képezi.

A tárgyalások során kiemelt figyelmet kell szentelni az Európai Unió tagállami érdekeinek is, különös tekintettel a mezőgazdasági termékekre.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta convencido de que el acuerdo comercial con Túnez será beneficioso para todos. Túnez es un Estado vecino de gran importancia para la UE, cooperador comercial desde 1969 y socio comercial desde 1995. Es por ello que creo que este nuevo marco de relaciones beneficiará a ambas partes.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – Los socialistas apoyamos el lanzamiento de negociaciones comerciales con Túnez, como muestra de apoyo y solidaridad a un país vecino que ha progresado enormemente desde la Primavera Árabe y está inmerso en un difícil proceso de transición.

Por principio, exigimos que las negociaciones comerciales se empleen como herramienta para regular objetivos de desarrollo sostenible y el respeto de los derechos humanos a escala internacional, promoviendo los más elevados estándares de protección laboral, social, de salud y medioambiental.

En cuanto a las condiciones económicas del acuerdo, exigimos una atención particular y diferenciada a las circunstancias de Túnez, con cláusulas progresivas y asimétricas que le permitan una apropiada apertura internacional, por etapas y sectores.

Queremos un acuerdo comercial progresista, que reporte claros beneficios al conjunto de las sociedades tunecina y europea. Por eso, una vez más, exigimos la máxima transparencia, vincular el acuerdo a la lucha contra la corrupción e incluir plenamente a las sociedades civiles tunecina y europea en el proceso de negociación. Seguiremos defendiendo el alivio de la deuda contraída por el antiguo régimen y la creación de un foro civil conjunto que permita a la ciudadanía evaluar y supervisar el cumplimiento de las cláusulas de derechos humanos y sostenibilidad.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Los socialistas apoyamos el lanzamiento de negociaciones comerciales con Túnez, como muestra de apoyo y solidaridad a un país vecino que ha progresado enormemente desde la Primavera Árabe y está inmerso en un difícil proceso de transición.

Por principio, exigimos que las negociaciones comerciales se empleen como herramienta para regular objetivos de desarrollo sostenible y el respeto de los derechos humanos a escala internacional, promoviendo los más elevados estándares de protección laboral, social, de salud y medioambiental.

En cuanto a las condiciones económicas del acuerdo, exigimos una atención particular y diferenciada a las circunstancias de Túnez, con cláusulas progresivas y asimétricas que le permitan una apropiada apertura internacional, por etapas y sectores.

Queremos un acuerdo comercial progresista, que reporte claros beneficios al conjunto de las sociedades tunecina y europea. Por eso, una vez más, exigimos la máxima transparencia, vincular el acuerdo a la lucha contra la corrupción e incluir plenamente a las sociedades civiles tunecina y europea en el proceso de negociación. Seguiremos defendiendo el alivio de la deuda contraída por el antiguo régimen y la creación de un foro civil conjunto que permita a la ciudadanía evaluar y supervisar el cumplimiento de las cláusulas de derechos humanos y sostenibilidad.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sull'avvio di negoziati per un accordo di libero scambio tra l'Unione europea e la Tunisia perché ritengo importante sostenere una transizione democratica e un processo di liberalizzazione del paese che possa portare la Tunisia sulla strada delle moderne democrazie. Penso che i rapporti commerciali tra UE e Tunisia siano elemento integrante di una politica di vicinato che valorizzi la Tunisia come paese libero e democratico, modello dell'intera area nordafricana. In questo senso, lo sviluppo dell'economia e l'incremento degli scambi commerciali con l'UE rappresentano la chiave per una società stabile e plurale in un momento d'esposizione al fondamentalismo e al terrorismo: ridurre le disparità e promuovere il benessere, l'occupazione e i diritti siano gli strumenti appropriati contro queste minacce. Ritengo, tuttavia, che l'accordo debba essere graduale e flessibile, vista l'elevata sensibilità di alcuni settori per entrambe le parti. Appoggio quindi la richiesta del Parlamento di studi d'impatto sugli effetti dell'accordo in alcuni settori come l'agroalimentare e gli appalti pubblici, l'approccio settoriale alla negoziazione, la previsione di periodi transitori e quote, il richiamo alla tracciabilità dei prodotti e la previsione di misure compensative in caso di effetti negativi sull'economia di entrambe le parti.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für die Aufnahme der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen EU/Tunesien gestimmt, da das dahinter liegende Verfahren viele der von mir geforderten Indikatoren eines neuen „Fair-handelsabkommens“ erfüllt und gerade die Einhaltung der Menschenrechte sowie sozialer Standards eine Rolle spielen.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Der sektorale Bezug der EU zu Tunesien und der demokratische Prozess des Landes können durch enge Handelsbeziehungen gefördert werden. Ich befürworte daher eine Freihandelszone, um die tunesische Wirtschaft, den Demokratieprozess des Landes und Tunesiens Beziehungen zur EU zu stärken.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP does not oppose the concept of trade with all countries. However, we feel that the EU has no right to conduct our trade negotiations. Therefore, we voted against.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque apoya la apertura de un acuerdo de libre comercio que sólo puede empujar a la profundización del actual modelo neoliberal y sus contradicciones. La experiencia empírica previa prueba que existen muchas posibilidades de fomentar los desequilibrios sociales en un país cuya situación ya es de por sí sensible.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Rezolucja uwzględniająca priorytety Unii Europejskiej w negocjacjach z Tunezją o wolnym handlu to niewątpliwie postęp w relacjach między obiema stronami. Tunezja jest przykładem kraju, który konsekwentnie dąży do demokracji w tak nadzwyczajnych warunkach. Współpraca Unii Europejskiej z Tunezją pozwoli na stopniowe otwarcie rynku tunezyjskiego, usprawnienie eksportu do Unii Europejskiej jak również wypracowanie wysokiego poziomu w tej dziedzinie.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour because the free trade agreement between the EU and Tunisia will be beneficial for both parties and builds on the stability in the Maghreb region.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Los socialistas apoyamos el lanzamiento de negociaciones comerciales con Túnez, como muestra de apoyo y solidaridad a un país vecino que ha progresado enormemente desde la Primavera Árabe y está inmerso en un difícil proceso de transición.

Por principio, exigimos que las negociaciones comerciales se empleen como herramienta para regular objetivos de desarrollo sostenible y el respeto de los derechos humanos a escala internacional, promoviendo los más elevados estándares de protección laboral, social, de salud y medioambiental.

En cuanto a las condiciones económicas del acuerdo, exigimos una atención particular y diferenciada a las circunstancias de Túnez, con cláusulas progresivas y asimétricas que le permitan una apropiada apertura internacional, por etapas y sectores.

Queremos un acuerdo comercial progresista, que reporte claros beneficios al conjunto de las sociedades tunecina y europea. Por eso, una vez más, exigimos la máxima transparencia, vincular el acuerdo a la lucha contra la corrupción e incluir plenamente a las sociedades civiles tunecina y europea en el proceso de negociación. Seguiremos defendiendo el alivio de la deuda contraída por el antiguo régimen y la creación de un foro civil conjunto que permita a la ciudadanía evaluar y supervisar el cumplimiento de las cláusulas de derechos humanos y sostenibilidad.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Η έκθεση σχετικά με την έναρξη διαπραγματεύσεων για την σύναψη συμφωνίας ελεύθερων συναλλαγών μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Τυνησίας θέτει ένα πλαίσιο με το οποίο διαφωνούμε. Προωθεί νεοφιλελεύθερες πολιτικές, όπως όλες οι διαπραγματεύσεις ελεύθερου εμπορίου, οι οποίες βοηθούν τις μεγάλες επιχειρήσεις και όχι τον απλό πολίτη στην Τυνησία. Η Τυνησία χρειάζεται στήριξη, αλλά όχι με τις πολιτικές που προωθούνται από αυτή την έκθεση που επιρεάζει αρνητικά τον λαό στην Τυνησία. Επιδιώκει να βάλει τους εργαζόμενους σε ΕΕ και Τυνησία σε πλαίσιο «ανταγωνισμού» μεταξύ τους, με αποτέλεσμα την συγκράτηση των μισθών και το πτωχό εργατικό δυναμικό εκείνων των εργαζομένων που τα απολαμβάνουν. Έτσι, θεωρούμε ως ενδεδειγμένη στάση την καταψήφιση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I along with ALDE fully supported this free-trade agreement between the EU and Tunisia. In October of 2015, the EU and Tunisia launched negotiations on an ambitious free-trade agreement on the basis of a mandate adopted in December 2011. This free-trade agreement is part of a broader framework to strengthen that relationship. This resolution by the Committee on Internal Trade emphasises that sensitive markets in the EU need to be protected but in general outlines how both markets will benefit from the agreement. It also highlights the fact that Tunisia is currently hosting over 8 million refugees and such an agreement helps to build and maintain the stability and peace in the Maghreb countries.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted for this resolution because the deepening of EU-Tunisia trade relations through the conclusion of an ambitious trade partnership represents an opportunity for growth and closer ties between the economies of Tunisia and the EU. This partnership must also contribute to the political and democratic stabilisation of Tunisia. The Tunisian economy faces the major difficulties that GDP grew by 2.3% in 2014 and the unemployment rate in 2015 was 15% of the active population, that 28.6% of graduates have no jobs and that unemployment among young Tunisians is rising.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP does not oppose the concept of trade with all countries. However, we feel that the EU has no right to conduct our trade negotiations. Therefore, we voted against.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – ALFA macht sich für freien Handel stark. Freier Handel hilft beiden Seiten durch das Heben komparativer Kostenvorteile und ist insbesondere für die Verbraucher ein Gewinn. Diese Effekte sind gerade bei Entwicklungs- und Schwellenländern offensichtlich. Z. B. die Tigerstaaten zeigen, dass eine Öffnung für den freien Handel wohlfahrtssteigernd ist.

ALFA hält daher dieses nun zu verhandelnde Freihandelsabkommen für eine wichtige Hilfe bei der weiteren Entwicklung Tunesiens, bei der gleichzeitig Vorteile für Europa zu erwarten sind. Dieses Zeichen ist umso wichtiger, als Tunesien derzeit wichtige Schritte in Richtung stabiler Demokratie geht.

Daher stimme ich der Eröffnung von Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zu. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwist und Zwietracht in Europa.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az EU és Tunézia közötti tárgyalások 2015. október 13-án kezdődtek. Ezek a tárgyalások Tunézia szempontjából rendkívüli politikai és gazdasági jelentőséggel bírnak a demokratikus stabilizáció és a piacnyitási folyamatok terén. Tunézia jelentős lépést tett a demokratikus állami fejlődés útján, mely a reformok alapját képezi.

A tárgyalások során kiemelt figyelmet kell szentelni az Európai Unió tagállami érdekeinek is, különös tekintettel a mezőgazdasági termékekre.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP does not oppose the concept of trade with all countries. However, we feel that the EU has no right to conduct our trade negotiations. Therefore, we voted against.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution. Tunisia has faced many challenges in the last few years and we must continue to encourage those who support stability and democracy. The EU should enter trade negotiations with Tunisia and in due course any final package will come back before this House.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – Tunisia has been left in a delicate state economically, politically and socially following the terrorist attacks that took place in recent months. However, this has not stopped the Tunisian authorities taking in more than 1.8 million Libyan refugees. This action should be applauded greatly in the current context. I consider that it is the European Union's job to support Tunisia through its difficult times and I welcome the opening of negotiations for an EU-Tunisia Free Trade Agreement.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za rezoluciju Europskog parlamenta o početku pregovora o Sporazumu o slobodnoj trgovini između Europske unije i Tunisa budući da se time osnažuju trgovinski odnosi s Tunisom, pomaže njegovom narušenom gospodarstvu te se doprinosi stabilnosti regije. Ovaj Sporazum predstavlja također bitan dio već uspostavljene suradnje između EU-a i Tunisa, a posebno je važan radi trenutne nestabilnosti regionalnog okruženja.

Financijska i tehnička pomoć koju Europska unija pruža Tunisu bit će ključna za trgovinske pregovore te za socijalne i gospodarske reforme koje je potrebno čim prije pokrenuti. Smatram, međutim, da je od posebne važnosti uzeti u obzir interese europskog gospodarstva te europskih gospodarstvenika i poduzeća, posebice malih i srednjih, kako bi se zaštitili njihovi interesi i jedinstveno europsko tržište.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte reprend l'idée qu'il faut aider notre voisin tunisien, exemple pour la région, mais oublie qu'il ne faut pas pour autant créer des difficultés économiques pour nos peuples. D'autres méthodes d'aide que les traités de libre-échange approfondi auraient pu être explorées. Cet accord engendre un risque fort de concurrence déloyale pour les agriculteurs européens, les salariés et industriels avec des délocalisations d'entreprises industrielles et de services. Nous sommes évidemment contre un accord de libre-échange avec la Tunisie.

J'ai voté contre ce texte.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP does not oppose the concept of trade with all countries. However, we feel that the EU has no right to conduct our trade negotiations. Therefore, we voted against.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution sur l'ouverture des négociations en vue d'un accord de libre-échange UE-Tunisie. Cette résolution note l'importance des négociations sur un accord de libre-échange de l'Union avec la Tunisie pour remplacer l'accord d'association actuellement en vigueur. Un des objectifs est de soutenir la démocratie tunisienne et donc de lancer un signal politique fort. Cet accord devra être équilibré et couvrir de larges domaines. Cependant le Parlement européen est conscient du fait que les forces en présence risquent d'être asymétriques et appelle donc à une participation active de la société civile tunisienne ainsi qu'à une aide technique de l'Union. Je soutiens donc ces négociations sur un nouvel accord qui sera un facteur de stabilité afin d'appuyer le processus démocratique en Tunisie.

Cette résolution a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution pour envoyer un signal politique fort de soutien à nos amis tunisiens. En ouvrant ces négociations sur la signature d'un accord de libre-échange avec Tunis, l'Union européenne souhaite participer à une stabilisation définitive et à la vitalité de l'économie de ce pays. La participation de la société civile est particulièrement mise en avant dans ce processus de négociation. Je me félicite que cette résolution ait été adoptée à une large majorité.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Entschließung zu dem Abkommen kann ich nicht zustimmen. In der vorliegenden Form sieht diese nicht nur eine wünschenswerte Vertiefung der Handelsbeziehungen vor, sondern auch Punkte, die die Migration betreffen, welche ich teilweise ablehne.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the report as I want to help Tunisia on its path to reform, further inclusive growth and the creation of high-quality jobs.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – ALFA macht sich grundsätzlich für freien Handel stark. Bei entsprechend kluger Ausgestaltung hilft freier Handel beiden Seiten durch das Heben komparativer Kostenvorteile und ist insbesondere für die Verbraucher ein Gewinn. Diese Effekte sind gerade bei Entwicklungs- und Schwellenländern offensichtlich. Z. B. die Tigerstaaten zeigen, dass eine Öffnung für den freien Handel wohlfahrtssteigernd ist.

ALFA hält daher dieses nun zu verhandelnde Freihandelsabkommen für eine wichtige Hilfe bei der weiteren Entwicklung Tunesiens, bei der gleichzeitig Vorteile für Europa zu erwarten sind. Dieses Zeichen ist umso wichtiger, als Tunesien derzeit wichtige Schritte in Richtung stabiler Demokratie vollzieht.

Daher stimme ich der Eröffnung von Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zu.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – S návrhem nesouhlasím. Tunisko je sice zemí s velkými hospodářskými problémy, ale tato forma podpory není vhodně zvolená. Liberalizace obchodu mezi EU a Tuniskem by nejvíce zvýhodnila firmy, které se zabývají exportem olivového oleje z Tuniska do EU. Dočasně by mohlo dojít ke zvýšení počtu pracovních míst v Tunisku v důsledku užšího obchodního partnerství s EU založeného na exportu olivového oleje do unijních zemí. Z dlouhodobého hlediska by však takováto forma spolupráce Tunisku škodila, protože by reálně hrozilo drancování země za účelem získání co nejvíce užitek bez známky investic do místní infrastruktury apod. Rovněž by se musel posoudit dopad takovýchto opatření na unijní producenty olivového oleje, zejména jižní státy EU. Tunisko by se mělo hlavně soustředit na řešení interních politických a sociálních problémů.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az EU és Tunézia közötti tárgyalások 2015. október 13-án kezdődtek. Ezek a tárgyalások Tunézia szempontjából rendkívüli politikai és gazdasági jelentőséggel bírnak úgy a demokratikus stabilizáció, mint a piacnyitási folyamatok terén. Tunézia jelentős lépést tett a demokratikus állami fejlődés útján, mely a reformok alapját képezi.

A tárgyalások során kiemelt figyelmet kell szentelni az Európai Unió tagállami érdekeinek is, különös tekintettel a mezőgazdasági termékekre.

Στέλιος Κούλογλου (GUE/NGL), *in writing*. – It is essential to establish a trade agreement between European Union and Tunisia. However, this trade agreement should focus also on a debt restructuring. As a GUE/GNL group, we would like also to see the Tunisian civil society involved in the negotiations for the trade agreement. At this stage of the process, the trade agreement does not help the Tunisian economy, since it is focusing on market liberalisation. I voted against for the abovementioned reasons.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – There is no doubt that the Deep and Comprehensive Free Trade Agreement (DCFTA) will benefit both sides (the EU and Tunisia). In the case of Tunisia, it will help support economic reforms and further consolidate young democracy in that country. Whereas, in the case of the EU, the deal will not only facilitate trade and economic growth but also will provide an opportunity to the Union to promote democracy, the rule of law, human rights and fundamental freedoms in a neighbouring country, which is located in a very unstable North-African region characterised by extensive human rights violations, irregular migration and the presence of Islamic State. Namely, in this context, I supported the DCFTA with Tunisia because above all it will be a stepping stone for further economic and political integration of the Euro-Mediterranean region that will bring in long-term economic growth, stability, security, peace and prosperity.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – L'accordo di partenariato UE-Tunisia rappresenta un'opportunità di crescita sia per l'economia tunisina che per quella europea. È necessario però comprendere che tale accordo non è da riferire al solo ambito commerciale, in quanto esso ha come obiettivo quello di stabilizzare la realtà politica tunisina, accompagnandola nel suo processo di transizione democratica. Per la realizzazione di tutto ciò è necessario un sostegno finanziario. A ogni modo ritengo che si debba procedere con cautela, tenendo in considerazione le notevoli disparità tra le due parti, le loro specificità, e mantenendo un approccio settoriale durante la negoziazione. Giudico altresì che l'apertura di specifici settori economici tunisini debba avvenire in modo progressivo e graduale. L'accordo di libero scambio deve essere vantaggioso per entrambe le parti e dunque non dovrà recare danni a settori economici europei. In considerazione del fatto che lo scopo principale del presente partenariato è quello di concorrere alla stabilizzazione politica e democratica della Tunisia, ho deciso di votare favorevolmente la risoluzione.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport de De Sarnez fait le bon constat sur le besoin de soutenir la Tunisie. C'est dans ce pays que le printemps arabe a commencé; c'est en Tunisie que son appel pour la liberté et la démocratie s'est concrétisé. La Tunisie est cependant soumise à de fortes tensions sociales et économiques, l'émancipation de sa société se fait dans un contexte politique extrêmement lourd, un environnement instable, et il est donc très important de l'aider.

Un accord de commerce négocié à la hâte risque d'ajouter à l'instabilité politique une instabilité économique nocive. Qui plus est, sans écouter la société tunisienne civile qui a pourtant démontré sa maturité plus d'une fois, et sans accéder à ses demandes d'être impliquée ou qu'une vraie étude d'impact soit menée avant d'entamer des négociations.

Il nous faut accéder avant toute chose à ces demandes; c'est pourquoi je me suis opposé à ce rapport qui appelle à la poursuite des négociations sans prendre ces précautions nécessaires.

Ce sont de nouvelles voies de coopérations qu'il nous faut explorer avec les Tunisiens; et non des accords qui favorisent les logiques de concurrence ou des aides financières conditionnées aux diktats du FMI.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution sur l'ouverture des négociations en vue d'un accord de libre-échange UE-Tunisie. Cette proposition se félicite de l'ouverture des négociations de libre-échange entre l'Union européenne et la Tunisie. Un des points ressassés dans ce texte est qu'il faut aider la Tunisie, un exemple pour la région, qu'il faut assurer sa stabilité et le dynamisme de son économie. Ce texte oublie qu'il ne faut pas pour autant créer des difficultés économiques pour les peuples européens.

D'autres méthodes d'aide que les traités de libre-échange approfondi auraient pu être explorés. Cet accord engendre un risque fort de concurrence déloyale pour les agriculteurs français et européens, les salariés et les industriels, avec des délocalisations d'entreprises industrielles et de services.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car je suis hostile à l'accord de libre-échange avec la Tunisie qu'il veut promouvoir.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution ouvre les négociations en vue d'un énième accord de libre-échange, cette fois entre l'Union européenne et la Tunisie. Ce texte d'inspiration très (trop?) libérale vante le modèle tunisien et tente de convaincre qu'il faut l'aider, en mettant en place nombre de facilités euro-tunisiennes: octroi de visas, ouverture des marchés publics...

Cet accord se retournera certainement contre les producteurs européens, en créant une nouvelle concurrence déloyale pour les agriculteurs, salariés et industriels. En effet, on peut craindre, au regard d'accords similaires passés ces derniers mois (notamment avec l'Ukraine), un dumping social et un mouvement de délocalisations d'entreprises et de services qui seraient fortement nuisible aux acteurs européens.

Je me suis ainsi prononcé contre ce texte.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – Als N-VA-delegatie steunen wij de resolutie voor de opening van de onderhandelingen over een vrijhandelsovereenkomst van de EU met Tunesië. Begin 2011 vormde Tunesië de bakermat van de Arabische Lente. De Jasmijnrevolutie luidde toen voor het land het begin in van een moeilijk proces om een democratisch bestel op te bouwen.

In de resolutie worden de democratische stappen erkend die Tunesië ondertussen heeft gezet. De onderhandelingen over een vrijhandelsovereenkomst met de EU zijn een sleutelement in de verdere Tunesische ontwikkeling. Een handelsovereenkomst kan immers een katalysator zijn voor politieke stabiliteit en economische ontwikkeling. Dit is erg belangrijk voor een land dat met vallen en opstaan een democratiseringsproces doormaakt. Diepgaande economische hervormingen op gebieden als de handel in diensten, een effectieve investeringsbescherming en een betere handelstoegang tot de Europese markten zullen zorgen voor groei en banen.

Bovendien willen wij ook wijzen op de mogelijke invloed die doorgedreven handelsrelaties kunnen hebben om de migratiestroom richting Europa hopelijk beter onder controle te krijgen. Het sluiten van een handelsovereenkomst en het doorvoeren van economische hervormingen kan de Tunesiërs een beter toekomstperspectief bieden om een goed leven op te bouwen in eigen land.

Javi López (S&D), *por escrito*. – Los socialistas apoyamos el lanzamiento de negociaciones comerciales con Túnez, como muestra de apoyo y solidaridad a un país vecino que ha progresado enormemente desde la Primavera Árabe y está inmerso en un difícil proceso de transición.

Por principio, exigimos que las negociaciones comerciales se empleen como herramienta para regular objetivos de desarrollo sostenible y el respeto de los derechos humanos a escala internacional, promoviendo los más elevados estándares de protección laboral, social, de salud y medioambiental.

En cuanto a las condiciones económicas del acuerdo, exigimos una atención particular y diferenciada a las circunstancias de Túnez, con cláusulas progresivas y asimétricas que le permitan una apropiada apertura internacional, por etapas y sectores.

Queremos un acuerdo comercial progresista, que reporte claros beneficios al conjunto de las sociedades tunecina y europea. Por eso, una vez más, exigimos la máxima transparencia, vincular el acuerdo a la lucha contra la corrupción e incluir plenamente a las sociedades civiles tunecina y europea en el proceso de negociación. Seguiremos defendiendo el alivio de la deuda contraída por el antiguo régimen y la creación de un foro civil conjunto que permita a la ciudadanía evaluar y supervisar el cumplimiento de las cláusulas de derechos humanos y sostenibilidad.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – Los socialistas apoyamos el lanzamiento de negociaciones comerciales con Túnez, como muestra de apoyo y solidaridad a un país vecino que ha progresado enormemente desde la Primavera Árabe y está inmerso en un difícil proceso de transición.

Por principio, exigimos que las negociaciones comerciales se empleen como herramienta para regular objetivos de desarrollo sostenible y el respeto de los derechos humanos a escala internacional, promoviendo los más elevados estándares de protección laboral, social, de salud y medioambiental.

En cuanto a las condiciones económicas del acuerdo, exigimos una atención particular y diferenciada a las circunstancias de Túnez, con cláusulas progresivas y asimétricas que le permitan una apropiada apertura internacional, por etapas y sectores.

Queremos un acuerdo comercial progresista, que reporte claros beneficios al conjunto de las sociedades tunecina y europea. Por eso, una vez más, exigimos la máxima transparencia, vincular el acuerdo a la lucha contra la corrupción e incluir plenamente a las sociedades civiles tunecina y europea en el proceso de negociación. Seguiremos defendiendo el alivio de la deuda contraída por el antiguo régimen y la creación de un foro civil conjunto que permita a la ciudadanía evaluar y supervisar el cumplimiento de las cláusulas de derechos humanos y sostenibilidad.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la recomendación favorable a la apertura de las negociaciones sobre un acuerdo de libre comercio entre la Unión Europea y Túnez desde el convencimiento de que este tipo de acuerdos supone la liberalización no solo del comercio de productos agrícolas, sino también de servicios, afectando a derechos sociales básicos.

Asimismo, la Unión Europea se ha negado a promover una auditoría internacional de la deuda odiosa adquirida por el régimen de Ben Alí que a día de hoy sigue asumiendo el pueblo tunecino. Además, en la negociación de este acuerdo no se tienen en cuenta las asimetrías ni se cuenta con una participación de las organizaciones sociales y sindicatos tunecinos.

Por lo tanto, desde el convencimiento de que un acuerdo de este tipo solo favorece a las grandes empresas, con un impacto negativo en los trabajadores y pequeños productores en ambas partes, tanto a los productores de aceite de oliva tunecinos como a los de los países del sur de Europa, he votado en contra.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – ALFA macht sich für freien Handel stark. Freier Handel hilft beiden Seiten durch das Heben komparativer Kostenvorteile und ist insbesondere für die Verbraucher ein Gewinn. Diese Effekte sind gerade bei Entwicklungs- und Schwellenländern offensichtlich. Z. B. die Tigerstaaten zeigen, dass eine Öffnung für den freien Handel wohlfahrtssteigernd ist.

ALFA hält daher dieses nun zu verhandelnde Freihandelsabkommen für eine wichtige Hilfe bei der weiteren Entwicklung Tunesiens, bei der gleichzeitig Vorteile für Europa zu erwarten sind. Dieses Zeichen ist umso wichtiger, als Tunesien derzeit wichtige Schritte in Richtung stabiler Demokratie geht.

Daher stimme ich der Eröffnung von Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zu.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti této zprávě. Jsem pro volný obchod, ne pro omezování dovozu, jako např. v bodech 47 a 48, kde je Komise vyzývána, „aby jednala o provedení náročných norem a o vysoké kvalitě v sanitární a fytosanitární oblasti a aby řešila veterinární problémy a problémy v kontrole masa, ovoce a zeleniny.“ Studie ukazují, že přísná evropská pravidla jsou pro dovozce příliš drahá a cena, kterou za to Evropané platí vinou dražšího zboží neodpovídá riziku.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Tunis je od 2011. osnažio svoju demokratsku tranziciju proglašenjem novog Ustava 26. siječnja 2014. i održavanjem parlamentarnih i predsjedničkih izbora u studenom 2014. Trgovinski sporazum između EU-a i Tunisa ne bi samo pridonio gospodarskoj stabilnosti, već i jačanju demokracije i smanjenju nejednakosti. U sklopu sporazuma potrebno je uzeti u obzir gospodarske razlike između dviju strana, te je potrebno voditi računa o lokalnim posebnostima, kulturi i socioekonomskim obilježjima.

Demokratska tranzicija Tunisa je najuspješnija u regiji i Unija na ovaj način pruža podršku za daljnji razvoj stabilnosti političkog sustava, stoga sam podržala izvješće.

Vladimír Maňka (S&D), písomne. – Dohoda o voľnom obchode medzi EÚ a Tuniskom nepochybne pomôže ekonomikám a hospodárstvu oboch zmluvných strán. Bezpečnostná situácia v Tunisku sa v posledných mesiacoch zhoršila v dôsledku teroristických útokov. Táto dohoda preto bude mať nielen obchodný, ale aj výrazný politický rozmer, ktorý sa prejaví nielen v bezpečnosti krajiny, ale aj v jej demokratizácii, v hospodárskych a sociálnych vzťahoch. Preto Komisia musí pri rokovaní brať na zreteľ aj tento fakt.

Νότης Μαρίας (ECR), γραπτώς. – Καταψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την έναρξη διαπραγματεύσεων για την σύναψη συμφωνίας ελευθέρων συναλλαγών μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Τυνησίας, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 24/2/2016, καθώς επίσης και διότι η υπό ψηφίση συμφωνία ελευθέρων συναλλαγών θα επιτρέπει στο διηνεκές την αιθρόα εισαγωγή λαδιού της Τυνησίας και άλλων αγροτικών της προϊόντων στην ΕΕ και ειδικότερα στην Ελλάδα, γεγονός που θα βλάψει οικονομικά τους φτωχοποιημένους από το μνημόνιο Έλληνες αγρότες και θα δημιουργήσει έντονα προβλήματα στην ομαλή ανάπτυξη του πρωτογενούς τομέα της πατρίδας μας.

Dominique Martin (ENF), par écrit. – J'ai voté contre ce rapport! Pour aider la Tunisie, dont l'économie est gravement affectée par les attentats terroristes, la Commission propose un quota supplémentaire sans droit de douane de 35 000 tonnes d'exportations d'huile d'olive de la Tunisie vers l'UE, l'actuel contingent étant de 56 700 tonnes.

On aurait pu aider de biens d'autres manières la Tunisie, sans pour autant mettre en difficulté les oléiculteurs européens. Le prix de l'huile d'olive a eu tendance à baisser depuis 10 ans, ce qui affecte les producteurs européens, et cet accord représente un réel manque à gagner pour nos producteurs. Mais, comme toujours, la Commission est généreuse pour les autres, pas pour ses citoyens.

Fulvio Martusciello (PPE), per iscritto. – La relazione sull'apertura dei negoziati in vista di un accordo di libero scambio UE-Tunisia mi vede a favore. Le relazioni tra Tunisia ed Europa sono di lunga data e l'Unione europea rimane il primo partner commerciale della Tunisia. È importante lavorare su un approfondimento delle relazioni commerciali e a questo serve questa relazione, che offre opportunità tangibili all'economia tunisina ed a quella europea. Insieme a questi negoziati l'Unione europea comunque fornirà una assistenza finanziaria e tecnica lavorando su un partenariato effettivo.

Gabriel Mato (PPE), por escrito. – Túnez es un país que ha sufrido muchísimo en los últimos años y que se ha visto afectado por terribles atentados terroristas, lo que está provocando una situación económica y social muy difícil en ese país.

Por tanto, desde la UE debemos trabajar por apoyar a Túnez y celebramos la apertura de negociaciones para un acuerdo de libre comercio que permita aumentar la relación entre ambas partes.

Valentinas Mazuronis (ALDE), raštu. – Palankiai vertinu derybas dėl Europos Sąjungos ir Tuniso laisvosios prekybos susitarimo. Manau, jog ši partnerystė bus naudinga tiek Tuniso, tiek ES valstybių narių verslui. Be to, šis susitarimas neabejotinai prisidės prie politinio ir demokratinio stabilumo užtikrinimo Tunise.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), par écrit. – L'Union européenne convient de la nécessité de soutenir la jeune démocratie tunisienne, aux prises avec un contexte régional particulièrement instable de surcroît. Mais l'UE n'envisage ses relations extérieures que sous l'angle de l'annexion économique, aussi Bruxelles souhaite initier son premier accord de libre-échange sud-méditerranéen avec ce pays. Avec pour conséquence une abolition totale des droits de douanes, régulations et aides d'état qui va perforer de plein fouet une économie fragile face à ce mastodonte impérialiste.

Comme dans le cas du TAFTA, le mandat de négociation octroyé par le Conseil à la Commission européenne n'est pas public. Le rapport le souligne mais n'exige en aucun cas a minima de consulter les parlements nationaux pour l'accord final. Je suis opposé à tous ces accords de libre-échange, a fortiori dans ce cas-ci.

Je m'associe à mes camarades du Front Populaire tunisien pour voter contre cet accord.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce texte ne prend pas en compte les intérêts économiques des États membres, et les subordonne. Il aurait été opportun d'exclure l'importation d'huile d'olive des négociations par exemple. Cet accord risque de donner lieu à une concurrence déloyale envers nos agriculteurs, et à des délocalisations.

En conséquence je me suis prononcée contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a resolução sobre a Abertura das negociações relativas a um acordo de Comércio Livre UE-Tunísia.

Sendo a União Europeia o principal parceiro comercial da Tunísia, é importante que se reforcem as relações comerciais entre a UE e a Tunísia.

É igualmente importante uma parceria de comércio mais ambiciosa, que seja uma oportunidade de crescimento e de aproximação para ambas as economias.

Esta parceria deve contribuir para a estabilização política e democrática da Tunísia.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because improving trade relations with Tunisia will not only help the economies of EU Member States, but will help boost the Tunisian economy and help support its political transition process.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – I welcome the opening of negotiations for a Deep and Comprehensive Free Trade Agreement between the EU and Tunisia in October 2015. The agreement must contribute to the development and diversification of Tunisian economy which is currently highly dependent on agriculture. It must also bring concrete benefits to its citizens in terms of consumer prices, employment and wages. Apart from provisions in areas such as services, public procurement and intellectual property rights, the agreement will provide in particular for the approximation of Tunisian legislation to EU legislation in trade-related areas. This should lead to a progressive integration of the Tunisian economy into the EU single market. I believe that the effects of the agreement will also contribute to the consolidation of democracy in Tunisia and to the political stability of the country. I therefore support this resolution.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Tunézia az arab tavasz bölcsője, egyúttal az egyetlen közel-keleti és észak-afrikai ország, ahol demokratikus és politikai átalakulási folyamatot valósítottak meg: a 2014. január 26-án elfogadott új alkotmány példaértékű a jogok és szabadságok védelme tekintetében, 2014 végén pedig szabad, plurális és átlátható választásokat rendeztek. Mindezek következtében Tunézia a demokratikus átmenet példjaként szolgál a régió többi országa számára.

Az Európai Unió és Tunézia között ezen túlmenően szorosak és régiék a kapcsolatok: a kereskedelmi együttműködésről szóló első megállapodás 1969-ben született, és Tunézia volt az első olyan ország a Földközi-tenger déli partján, amely 1995-ben társulási megállapodást írt alá az Európai Unióval.

Mindezek okán a Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság azt indítványozza, hogy az Európai Parlament üdvözölje az EU és Tunézia közötti szabadkereskedelmi megállapodásról folytatandó tárgyalások 2015. október 13-i megnyitását és foglaljon állást a tárgyalások mielőbbi sikeres lezárása mellett. Fontosnak tartja ennek érdekében, hogy a megállapodás vegye figyelembe a két fél közötti jelentős gazdasági különbségeket, a tunéziai gazdasági ágazatok progresszív, fokozatos és aszimmetrikus megnyitásáról rendelkezzen, és hogy az EU nyújtson jelentős pénzügyi és technikai támogatást Tunéziának a szabadkereskedelmi megállapodás különböző rendelkezéseinek megfelelő végrehajtása érdekében. Az indítványt támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution se félicite des négociations de libre-échange entre la Tunisie et l'Union européenne qui ont été ouvertes le 13 octobre 2015.

Il est demandé d'aider la Tunisie en assurant la stabilité et de dynamiser son économie.

Nous votons donc contre cette proposition qui est une menace pour nos agriculteurs, nos salariés et nos industriels qui vont courir un grand risque de concurrence déloyale.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce texte reprend l'idée qu'il faut aider notre voisin tunisien mais oublie qu'il ne faut pas pour autant créer de difficultés économiques pour nos peuples. Cet accord engendre un fort risque de concurrence déloyale pour les agriculteurs européens, les salariés et industriels. D'autres méthodes d'aide que les traités de libre-échange peuvent être explorées, c'est pourquoi j'ai voté contre.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Considerato il coraggioso processo di transizione democratica avviato in Tunisia e i costanti tentativi di destabilizzazione, accogliamo con fermo sostegno l'avvio dei negoziati fra Unione europea e Tunisia per la creazione di un'area di libero scambio globale e approfondita. Infatti, certi che la politica commerciale europea possa essere uno strumento efficace per la promozione di sviluppo sostenibile e crescita economica, confidiamo che l'accordo possa contribuire alla completa stabilizzazione del paese attraverso un maggiore livello occupazionale e un piano di riforme realizzabile in una cornice di cooperazione a livello normativo. Il paese, invero, si trova alle prese con un difficile rallentamento economico, causato dal crollo delle presenze turistiche, principale fonte di sostentamento del paese, fortemente legato agli attacchi terroristici e alle turbolenze libiche. Riconosciamo, quindi, il grandissimo sforzo attivato in seno istituzionale per una maggiore inclusività della società tunisina, nonché il mirabile sostegno umanitario ai circa due milioni di profughi libici presenti nel paese. Convinti che una Tunisia più sicura e prospera sia d'interesse primario per l'Unione europea, auspichiamo che l'accordo sia di natura asimmetrica e che le negoziazioni siano condotte con la massima trasparenza e con il più alto coinvolgimento della società civile tunisina, meritevole protagonista dell'intrapreso percorso democratico.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – In the next 10 to 15 years almost 90% of the world's demand will be generated outside the European Union. This is why through its agreements the EU should boost its growth potential by opening up market opportunities for European businesses abroad. I have voted for this motion for a resolution that should open the negotiations for an EU-Tunisia Free Trade Agreement and seek to contribute to the stability of Tunisia to the consolidation of its democracy and economy.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Европейският съюз е основан на идеите за солидарност и взаимопомощ, целящи взаимна интеграция на икономиките на държавите, които членуват в него. Европейските производители от всички сектори стават обаче все по-често обект на редица трансформации и преход, какъвто представлява процесът на присъединяване към Общността. Поради тази причина аз вярвам, че Европейският съюз трябва да търси и подсигурава доброто и гладко функциониране приоритетно на европейския единен пазар.

Тунис е държава с традиционни връзки с Европейския съюз, като той е първият и икономически най-важен партньор за страната. Поради географската и климатична близост до Южна Европа, голяма част от селскостопанските стоки, които се произвеждат в Тунис, са сходни с европейските и представляват директна конкуренция за европейския производител.

Споразуменията за свободна търговия са инструмент, който, аз смятам, има противоположни ефекти за европейския производител. Все още има много механизми поддържащи неравенствата между европейските земеделци, за да се отваря този единен пазар свободно. Затова смятам, че поредното споразумение за свободна търговия само ще даде още повече несигурност сред европейските производители и затова не дадох подкрепата си за откриване на преговорите за сключване на споразумение за свободна търговия между ЕС и Тунис.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Die im Bericht zur Einführung dringender autonomer Handelsmaßnahmen für Tunesien aufgeführten Verordnungen führen zu einer erheblichen Benachteiligung der europäischen Olivenölwirtschaft. Ich hätte mich gegen diesen Bericht ausgesprochen.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Bien qu'elle mentionne le besoin pour la Tunisie d'être soutenu par l'UE à la suite de la transition démocratique, cette proposition de résolution appelle, malgré un environnement des plus instables, à la poursuite des négociations en vue d'un accord de libre-échange UE-Tunisie, en passant outre le besoin de consultation de la société civile et d'une éventuelle étude d'impact d'un tel accord. J'ai voté contre cette résolution.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Vabakaubandusleping võiks aidata lisaks kaubandusmõõdtele kaasa ka Tuneesia stabiilsusele, demokraatia tugevdamisele ja riigi majandusele uue hoo andmisele.

Pier Antonio Panzeri (S&D), *per iscritto*. – La Tunisia è un partner strategico fondamentale per l'Europa nel panorama geopolitico mediterraneo. Un paese che sta attraversando un processo di transizione democratica verso una società pluralista e che mira a rafforzare questa nuova e ancora fragile democrazia. Gli attacchi terroristici recentemente avvenuti in Tunisia rappresentano chiaramente un tentativo per ostacolare questo processo di consolidamento democratico in atto; una transizione politica in corso che dunque rischia di essere messa seriamente a rischio dall'azione di questi gruppi terroristici e che ha ulteriormente indebolito il comparto turistico tunisino, principale leva delle entrate economiche del paese.

In questo contesto delicato, la risoluzione che ho votato oggi propone l'avvio dei negoziati per un accordo di libero scambio. Si tratta di un'occasione per l'Unione europea, primo partner commerciale del paese, per aiutare concretamente l'economia tunisina, colpita da un eccesso di manodopera e da un altissimo tasso di disoccupazione giovanile. Un impegno che ritengo debba avvenire attraverso un processo di accompagnamento nella fase dei negoziati, sia con aiuti economici e tecnici, sia mediante un dialogo regolare tra parlamentari europei e tunisini, come prevede la neonata commissione parlamentare mista. Ho dunque sostenuto questa risoluzione perché l'apertura commerciale da parte dell'UE verso la Tunisia rappresenta un passaggio necessario a sostenere la transizione democratica e l'economia del paese.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP does not oppose the concept of trade with all countries. However, we feel that the EU has no right to conduct our trade negotiations. Therefore, we voted against.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – L'Unione europea rappresenta il primo partner commerciale della Tunisia e il primo accordo di cooperazione tra i due partner risale al 1969. L'UE segnala che in Tunisia il mercato del lavoro presenta disparità tra i diversi settori interessati dall'accordo commerciale i quali, ove non colmati, rischiano di comportare un eccesso di manodopera nel settore agricolo e la soppressione di altri settori importanti per la diversificazione economica nel loro paese. Il sostegno a questo paese non può e non deve andare a detrimento delle economie dei paesi del bacino mediterraneo. Auspicio quindi una maggiore tutela anche per i settori economici agricoli e manifatturieri di quell'area europea, per non peggiorare una situazione già ampiamente deficitaria con la crisi di questi ultimi anni.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Potpisivanje Sporazuma o slobodnoj trgovini između Europske Unije i Tunisa pridonijet će jačanju već ionako veoma aktivne ekonomske suradnje s Tunisom. Napominjem da je Europska Unija jedan od najvažnijih trgovinskih partnera Tunisa, a potpisivanje ovog sporazuma omogućit će veći pristup europskih proizvoda tuniskom tržištu. Potpisivanje Sporazuma o slobodnoj trgovini važno je ne samo s ekonomske strane, to je i jasna politička poruka. Ovakvim sporazumom Unija će odaslati poruku da podržava demokratske reforme u ovoj sjevernoafričkoj državi. Tunis je jedna od rijetkih država u kojoj smjena vlasti u sklopu Arapskog proljeća nije dovela do krvoprolića, već je zemlja učinila bitan napredak u demokratizaciji. Uvjerena sam stoga kako će potpisivanje ovog Sporazuma ohrabriti vlasti Tunisa u daljnjoj provedbi ekonomskih i političkih reformi. Pozivam da se u samoj realizaciji Sporazuma vodi računa o zaštiti interesa poljoprivrednika u EU-u, posebice proizvođača maslinovog ulja.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce texte défend l'idée qu'il faut aider notre voisin tunisien, exemple pour la région, mais oublie qu'il ne faut pas pour autant créer des difficultés économiques pour les peuples européens. D'autres méthodes d'aide que les traités de libre-échange approfondi auraient pu être explorées, d'autant que le libre-échange est loin d'avoir enrichi tout le monde dans l'Union européenne (en réalité, c'est un système qui tend à enrichir seulement ceux qui étaient déjà riches). Cet accord engendre un risque fort de concurrence déloyale pour les agriculteurs des États membres, les salariés et les industriels avec des délocalisations d'entreprises et de services. J'ai donc voté contre.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Prvi sporazum o trgovinskoj suradnji između ove dvije strane sklopljen je 1969. te je Tunis bio prva država s južne obale Sredozemlja koja je 1995. potpisala sporazum o pridruživanju s Europskom unijom. Također, Europska unija je po važnosti prvi trgovinski partner Tunisa, a Tunis je 34. trgovinski partner Unije.

U skladu s ciljevima utvrđenima u Europskoj politici susjedstva i Euro-mediteranskom sporazumu, najbolji način na koji Unija može pomoći tuniskom gospodarstvu jest omogućivanje privlačnog i pouzdanog tržišta za tuniski izvoz zbog čega podržavam otvaranje pregovora s Tunisom u listopadu prošle godine. U iščekivanju zaključivanja pregovora o uspostavljanju područja produbljene i sveobuhvatne slobodne trgovine (DCFTA) i kao odgovor na gospodarsku krizu u Tunisu te kako bi pružila potporu provedbi potrebnih političkih reformi Europska unija je odobrila povećanje makrofinancijske pomoći Tunisu u iznosu od 300 milijuna eura koje će se u 2015. godini isplatiti u tri obroka od 100 milijuna eura. Europska unija mora usporedno s pregovorima nastaviti pružati pomoć Tunisu i intenzivirati je. Također, tijekom pregovora i kasnije u fazi provedbe odredbi Sporazuma mora pružiti odgovarajuću i primjerenu financijsku i tehničku pomoć te razviti pravo partnerstvo u okviru kojega se može voditi računa o interesima stanovništva s obje strane Sredozemlja.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), por escrito. – O relatório propõe o estabelecimento de um Acordo de Comércio Livre entre a União Europeia e a Tunísia. A abertura de negociações a este acordo procura revestir-se de justificações. Desde a perspectiva de se constituir como mais uma medida de ajuda à Tunísia, na sequência dos bárbaros atentados de junho de 2015, à hipócrita menção de que aquele país acolheu mais de 1,8 milhões de refugiados da Líbia, correspondendo a 16 % da sua população total. Esta última, uma consequência direta criminosa política de ingerência e agressão que EUA, NATO e União Europeia têm imposto no Médio Oriente e no Norte de África como parte da sua estratégia de desestabilização do mundo árabe e de exploração económica das riquezas dessas regiões.

A fachada de solidariedade com que se pretende revestir este Acordo de livre comércio esconde a sua verdadeira vertente neocolonialista, que imporá políticas económicas e reformas estruturais à Tunísia contrárias aos interesses do seu povo, abrindo portas às multinacionais europeias e à exploração dos sectores agrícola e dos serviços daquele país.

Pavel Poc (S&D), písemně. – Tunisko patří mezi nejbližší sousedy na naší středozemní hranici a mezi dlouhodobé obchodní partnery Evropské unie. Hlasoval jsem pro otevření vyjednávání o volném obchodu s touto zemí, jejíž ekonomika byla v minulém roce velmi negativně ovlivněna teroristickými útoky. Pevně věřím, že tato dohoda o volném obchodu pomůže Tunisku postupně vytvořit nová, kvalitní pracovní místa a podpoří inkluzivní růst. Hlasoval jsem pro vyjednávání o volném obchodu, jež bude mít postupný průběh. Tuniská ekonomika by měla být evropskému a světovému obchodu otvírána asymetricky s tím, že by měla být zajištěna ochrana nejcitlivějších odvětví a podpořena zaměstnanost v problematických oblastech a vnitrozemských regionech. Podpořil jsem tuto dohodu, protože věřím, že pomůže zemi stabilizovat a upevnit demokracii. V tomto ohledu je důležité, aby do vyjednávání byla zapojena občanská společnost a aby byla Tunisku poskytnuta transparentní finanční i technická pomoc. Doufám, že otevření vyjednávání a následné uzavření dohody o volném obchodu povede k hlubší spolupráci i v jiných oblastech včetně vzdělávání a vědecké spolupráce prospěšné oběma stranám. Dále věřím, že dohoda s Uníí povede k zavedení vyšších sociálních a pracovních norem, ve kterých Tunisko pokulhává, a že se Evropská komise nebude soustředit jen na hodnoty bilance běžného účtu, ale neopomene i problematiku respektování lidských práv.

Miroslav Poche (S&D), písemně. – Jsem zastáncem přijetí obchodní dohody mezi EU a Tuniskem, a to nejen vzhledem k dlouhodobému a blízkému vztahu panujícímu mezi Tuniskem a Evropskou unií, jež byl započat již v roce 1969. Domnívám se, že tato ambiciózní dohoda povede nejen ke sblížení hospodářství EU a Tuniska, ale také přispěje k politické a demokratické stabilizaci této země. Tunisko je jedinou zemí oblasti Blízkého a Středního východu a severní Afriky, která se stala úspěšnou v přechodu na demokratický režim po události známé jako „arabské jaro“. Poté, co tato země dne 26. ledna 2014 přijala novou ústavu chránící lidská práva a svobody, stala se příkladem pro ostatní země v této oblasti. Z toho důvodu je důležité Tunisko i nadále podporovat v jeho snaze stát se plnohodnotnou demokracií. Tunisko se potýká s nedostatečným růstem a rostoucí nezaměstnaností, dohoda by měla přispět k řešení největších bolestí jeho ekonomiky, zejména k diverzifikaci tuniského hospodářství, jež je dnes zaměřeno především na zemědělství.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), na piśmie. – Rezolucja popiera rozpoczęcie negocjacji, uznając, że Tunezja jest wyjątkiem wśród krajów regionu, której po wydarzeniach arabskiej wiosny z powodzeniem udało się przejść transformację w kierunku demokratycznego kraju. Ponadto zwraca się do UE oraz jej państw członkowskich, aby nadal udzielały Tunezji niewątpliwie potrzebnej pomocy w celu utrwalenia demokratycznych zmian. Jeśli chodzi o umowę o wolnym handlu, rezolucja wzywa Komisję do negocjowania umowy korzystnej dla obu stron, która pozwoli na zrównoważone, asymetryczne i stopniowe otwarcie rynku tunezyjskiego, dające większy i lepszy dostęp eksportowi Tunezji do rynku UE. Ponadto rezolucja wzywa do dalszych działań wspierających tunezyjski eksport, aby spełniał on wysokie normy europejskie, zwłaszcza jeśli chodzi o zasady bezpieczeństwa żywności w odniesieniu do produktów rolnych, co jest szczególnie ważne dla mniejszych producentów. Dlatego poparłem to sprawozdanie.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. – Bei diesem Entschließungsantrag handelt es sich um eine Empfehlung des Parlaments an die Kommission, auf bestimmte Punkte bei den Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen mit Tunesien besonderen Wert zu legen. Es werden Verhandlungen mit Tunesien befürwortet und die besondere Stellung Tunesiens als demokratischster Partner in der Region anerkannt. Daher hat Tunesien die EU und ihre Mitgliedsstaaten um dieses Freihandelsabkommen gebeten, um zur Stabilität der gegenwärtigen Situation beizutragen und unterstützend tätig zu werden. Der Entschließungsantrag fordert, dass der Tunesische Markt sich ausgewogen, asymmetrisch und graduell für die EU öffnet, während gleichzeitig tunesischen Exporten besserer Zugang zu den Märkten der EU gewährt wird. Dabei soll darauf geachtet werden, dass die tunesischen Exporte den europäischen Standards, vor allem bezogen auf Lebensmittelsicherheit bei landwirtschaftlichen Produkten, genügen. Ich stimme deshalb für diesen Entschließungsantrag.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Este acordo vai além da mera dimensão comercial e deve ter imperativamente por objetivo contribuir para a estabilidade da Tunísia, com vista à consolidação da sua democracia e à redinamização da sua economia, com um impacto positivo nos preços no consumidor e no emprego, nos salários dos trabalhadores qualificados e não qualificados, bem como na redução das desigualdades. A estabilidade e o desenvolvimento dos países terceiros que nos são próximos deve ser uma das nossas prioridades.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Los socialistas apoyamos el lanzamiento de negociaciones comerciales con Túnez, como muestra de apoyo y solidaridad a un país vecino que ha progresado enormemente desde la Primavera Árabe y está inmerso en un difícil proceso de transición.

Por principio, exigimos que las negociaciones comerciales se empleen como herramienta para regular objetivos de desarrollo sostenible y el respeto de los derechos humanos a escala internacional, promoviendo los más elevados estándares de protección laboral, social, de salud y medioambiental.

En cuanto a las condiciones económicas del acuerdo, exigimos una atención particular y diferenciada a las circunstancias de Túnez, con cláusulas progresivas y asimétricas que le permitan una apropiada apertura internacional, por etapas y sectores.

Queremos un acuerdo comercial progresista, que reporte claros beneficios al conjunto de las sociedades tunecina y europea. Por eso, una vez más, exigimos la máxima transparencia, vincular el acuerdo a la lucha contra la corrupción e incluir plenamente a las sociedades civiles tunecina y europea en el proceso de negociación. Seguiremos defendiendo el alivio de la deuda contraída por el antiguo régimen y la creación de un foro civil conjunto que permita a la ciudadanía evaluar y supervisar el cumplimiento de las cláusulas de derechos humanos y sostenibilidad.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – La Tunisie a parcouru un long chemin depuis le Printemps arabe et a été la cible d'attaques terroristes, précisément parce qu'elle est sur la voie de la consolidation de sa démocratie. Ces attaques ont eu un impact énorme sur le secteur du tourisme et de l'économie en général, à un moment où les Tunisiens étaient déjà confrontés à une crise économique difficile, avec un taux de chômage élevé. Voilà pourquoi il est crucial que l'Europe exprime sa solidarité envers le peuple tunisien et l'aide avec des mesures concrètes qui stimulent immédiatement et directement son économie. La résolution votée ce midi y contribue en encourageant les négociations de libre-échange avec la Tunisie lancées en octobre dernier.

Bronis Ropé (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes manau, kad ES ir Tuniso derybos dėl laisvosios prekybos sutarties yra puikus būdas padėti šiai šaliai. Tuniso perėjimo prie demokratijos procesas buvo sėkmingiausias regione, todėl ES turėtų remti Tunisą savo žiniomis, dalintis patirtimi ir kartu skatinti vykdyti būtinas reformas. Nemažiau svarbu, kad kai kurie jų jau pradėtos vykdyti ir negali sustoti. Tekste taip pat pažymima, kad ES skiriama finansinė parama ir pagalba privalo būti teikiama skaidriai ir kad ji iš tikrųjų būtų naudinga numatytiesiems jos gavėjams. Tai vienas iš pagrindinių tikslų, kurių įgyvendinus būtų užtikrinama, kad mokesčių mokėtojų pinigai panaudojami tikslingai.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution qui ouvre la voie à un accord qui devra être exemplaire pour accompagner la transition démocratique de la Tunisie et contribuer à la stabilité de ce pays. Cet accord devra donc se faire sur le mode du partenariat, en associant étroitement la société civile tunisienne. Le Parlement européen souhaite également que soient protégés les secteurs les plus fragiles de l'économie tunisienne (agriculture, marchés publics, etc.), au moyen d'un accord asymétrique. Une fois encore, les députés ont signifié à la commission leur vision du commerce international, basé sur le respect de la capacité à légiférer pour les parties. Soucieux de voir l'économie tunisienne se diversifier, le Parlement européen souhaite que cet accord soit équilibré afin de soutenir un juste échange.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O atual quadro de relações comerciais entre a UE e a Tunísia é regido pelo Acordo de Associação Euro-Mediterrânico, assinado em 1995, que entrou em vigor em 1998 e lançou as bases para o estabelecimento de uma Área de Livre Comércio.

A 13 de outubro de 2015, a UE e a Tunísia reataram as negociações tendentes a consolidar um Acordo de Livre Comércio abrangente e ambicioso.

Enquanto país da nossa vizinhança meridional na bacia do mediterrâneo parece-nos evidente a celebração de um Acordo de Comércio Livre.

Acresce que a Tunísia enfrenta, atualmente, graves problemas de segurança interna, económicos e sociais, sendo por isso a concretização de um acordo de comércio livre um mecanismo facilitador do revigoramento económico deste país e um contributo importante para a sua estabilização política e social e para a consolidação da sua democracia.

Tendo em conta os pressupostos subjacentes à celebração do acordo, considero que o mesmo irá trazer ganhos tangíveis tanto para as economias europeia como tunisina.

No entanto, gostaria de chamar a atenção para a necessidade de proceder a avaliações e monitorizações sectoriais rigorosas, sobretudo ao nível agrícola, para evitar eventuais impactos negativos inesperados nas economias de ambas as partes.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution qui porte sur les négociations en vue d'un accord de libre-échange entre l'Union européenne et la Tunisie qui ont été lancées le 13 octobre dernier.

Par le biais de ces négociations, l'Union européenne souhaite renforcer ses liens avec la Tunisie et lui apporter un soutien supplémentaire. Le contexte actuel est difficile étant donné les frappes terroristes que le pays a subies, l'effondrement du secteur du tourisme — qui était un moteur économique — et l'instabilité sécuritaire de la région. En parallèle, la Tunisie continue à mener à bien son processus démocratique et je tiens à rappeler que le dialogue tunisien vient de recevoir le prix Nobel de la paix.

L'objectif de ces négociations est multiple; on note par ailleurs la volonté d'améliorer l'accès aux marchés et les conditions d'investissements ainsi que de stimuler la croissance et l'emploi, notamment pour les jeunes.

Étant donné la structure économique actuelle du pays et la sensibilité de certains secteurs, l'accord devra être progressif et asymétrique.

Je serai attentive à l'évolution des négociations commerciales, notamment par le biais de la commission parlementaire mixte UE-Tunisie dont je suis membre et qui permet un dialogue régulier avec les parlementaires tunisiens.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque apoya la apertura de un acuerdo de libre comercio que sólo puede empujar a la profundización del actual modelo neoliberal y sus contradicciones. La experiencia empírica previa prueba que existen muchas posibilidades de fomentar los desequilibrios sociales en un país cuya situación ya es de por sí sensible.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – Trade agreements can provide opportunities for European producers while encouraging democratic reforms and economic prosperity in third countries. I welcome the opening of trade negotiations with Tunisia, as this will support the country in its efforts to overcome political and economic challenges and contribute to regional stability. The potential for the EU's trade agreements to deliver improvements in human rights and environmental standards must be fully realised.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Aufnahme der Verhandlungen über ein vertieftes und umfassendes Freihandelsabkommen zwischen der EU und Tunesien gestimmt, weil ein solches Abkommen aus politischer Sicht sowohl für eine Stabilisierung als auch für ein sozial und wirtschaftlich dynamischeres Tunesien von sehr großer Bedeutung ist. Wir müssen den Demokratisierungsprozess in Tunesien weiterhin unterstützen.

Ich befürworte die Einbindung des nationalen Parlaments und der Zivilgesellschaft, denn diese sind von wesentlichem Stellenwert in diesem Prozess und führen sowohl zu dessen Erleichterung als auch zur Beschleunigung.

Das Abkommen sollte allumfassend sein und somit die Sektoren der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, Dienstleistungen, das öffentliche Auftragswesen, das Recht des geistigen Eigentums, öffentliche Aufträge und nachhaltige Entwicklungen beinhalten.

Jasenko Selimovic (ALDE), *skriftlig*. – Jag välkomnar inledandet av förhandlingar om ett frihandelsavtal mellan EU och Tunisien och hyser förhoppning om att avtalet ska vara ambitiöst, skapa stora möjligheter till tillväxt och jobb, inte enbart för Tunisien utan även för EU. Jag har valt att rösta för detta förslag, trots att de åtgärder för en tidsbegränsad tullfri importkvot av olivolja från Tunisien som parlamentet nyss har godkänt blev urvattnade. Min förhoppning är att dessa tillfälliga åtgärder kommer att bli en del av det kommande frihandelsavtalet.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la recomendación favorable a la apertura de las negociaciones sobre un acuerdo de libre comercio entre la Unión Europea y Túnez desde el convencimiento de que este tipo de acuerdos supone la liberalización no solo del comercio de productos agrícolas, sino también de servicios, afectando a derechos sociales básicos.

Asimismo, la Unión Europea se ha negado a promover una auditoría internacional de la deuda odiosa adquirida por el régimen de Ben Alí que a día de hoy sigue asumiendo el pueblo tunecino. Además, en la negociación de este acuerdo no se tienen en cuenta las asimetrías ni se cuenta con una participación de las organizaciones sociales y sindicatos tunecinos.

Por lo tanto, desde el convencimiento de que un acuerdo de este tipo solo favorece a las grandes empresas, con un impacto negativo en los trabajadores y pequeños productores en ambas partes, tanto a los productores de aceite de oliva tunecinos como a los de los países del sur de Europa, he votado en contra.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – As I have said in the past, Tunisia remains a priority not only for me but for the rest of the Socialist Group in the Parliament. This vote represents two things: how far Tunisia has come since its political upheaval at the end of 2010 and the preparedness of the EU to reach out to this new democracy.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Hlasoval som za toto uznesenie. Som za začatie rokovaní s Tuniskom týkajúcich sa oblasti voľného obchodu. Domnievam sa, že dohoda by mala prispieť k prehĺbeniu hospodárskej spolupráce medzi EÚ a Tuniskom, ktorá je už na pokročilej úrovni vďaka zrušeniu ciel na priemyselné výrobky, a to v súlade s dohodou o pridružení.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – 13. októbra 2015 začali Európska únia a Tunisko rokovať o ambicióznejskej dohode o voľom obchode na základe mandátu, ktorý ešte v roku 2011 jednomyselne schválili členské štáty Únie. Obchodné vzťahy medzi EÚ a Tuniskom by mali poskytnúť príležitosť na rast a zblíženie hospodárstiev Tuniska a Európskej únie a toto partnerstvo by súčasne malo prispieť k politickej a demokratickej stabilizácii v Tunisku. Obidve rokujúce strany by mali uzatvoriť postupnú a asymetrickú dohodu, ktorá zohľadní výrazné hospodárske rozdiely medzi oboma stranami, aby preukázali flexibilitu, schopnosť reagovať, inovatívnosť, transparentnosť a prispôsobivosť a aby pamätali na to, že táto dohoda výhodná pre obe strany by mala byť najprv v prospech hospodárstva tuniských a európskych spoločností a mala by, samozrejme, rešpektovať špecifickosť, citlivosť, kultúru a miestne sociálno-ekonomické sféry bez zneužitia intraregionálneho obchodu Tuniska s krajinami tohto regiónu.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – ALFA macht sich für freien Handel stark. Freier Handel hilft beiden Seiten durch das Heben komparativer Kostenvorteile und ist insbesondere für die Verbraucher ein Gewinn. Diese Effekte sind gerade bei Entwicklungs- und Schwellenländern offensichtlich. Z. B. die Tigerstaaten zeigen, dass eine Öffnung für den freien Handel wohlfahrtssteigernd ist.

ALFA hält daher dieses nun zu verhandelnde Freihandelsabkommen für eine wichtige Hilfe bei der weiteren Entwicklung Tunesiens, bei der gleichzeitig Vorteile für Europa zu erwarten sind. Dieses Zeichen ist umso wichtiger, als Tunesien derzeit wichtige Schritte in Richtung stabiler Demokratie geht.

Daher stimme ich der Eröffnung von Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zu.

Ivan Štefanec (PPE), písomne – Destabilizácia mnohých arabských krajín nachádzajúcich sa v susedstve EÚ predstavuje značné bezpečnostné riziko. Urýchlená stabilizácia týchto oblastí je preto pre Úniu prioritou a v jej záujme. EÚ vždy vynikala svojou soft power a dohody o voľnom obchode sú jedným z jej nástrojov. Hospodársky rozvoj je dôležitou súčasťou pri obnovovaní stability v krajinách, ktoré prešli krízou alebo ozbrojeným konfliktom.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Trgovinsko partnerstvo je samo dio većeg projekta u okviru susjedskih odnosa između Europske unije i Tunisa, utvrđenih Mediteranskim sporazumom o pridruživanju iz 1995., kojim se uređuje provedba slobodne trgovine i odredbi o poljoprivredi i uslugama. Vijeće za pridruživanje između EU-a i Tunisa 17. ožujka 2015. usvojilo je novi akcijski plan, kojim se uspostavlja povlašteno partnerstvo u cilju ostvarenja većeg stupnja ekonomske integracije. U interesu i Tunisa i Europske unije je promicati i jačati proces regionalne integracije na razini između Tunisa i njegovih susjednih država, posebno u okviru Sporazuma iz Agadira, te se ta nastojanja moraju nadopuniti pregovorima o slobodnoj trgovini između Tunisa i EU-a. Stoga pozdravljam početak pregovora u jesen 2015. u cilju sklapanja Sporazuma o slobodnoj trgovini između Europske unije i Tunisa na temelju mandata koji je Vijeće usvojilo 2011. godine nakon Arapskog proljeća. Držim da ovaj Sporazum nije važan samo zbog svoje trgovinske dimenzije i da mu cilj svakako treba biti da doprinese stabilnosti Tunisa, jačanju njegove demokracije i poticanju njegovog gospodarstva, što će istodobno imati pozitivan utjecaj na potrošačke cijene i zapošljavanje, plaće kvalificiranih i nekvalificiranih radnika te smanjenje nejednakosti.

Dubravka Šuica (PPE), napisan. – Međunarodni odnosi između Tunisa i Europske unije sežu daleko u povijest. Prvi je sporazum o trgovinskoj suradnji sklopljen 1969. godine. Pregovori o Sporazumu o slobodnoj trgovini između EU-a i Tunisa otpočeli su 13. listopada 2015. godine. Ovi pregovori su od velike političke važnosti za stabilizaciju i socijalni i ekonomski boljitak Tunisa, koji je pretrpio velike gubitke u procesu demokratizacije.

Vijeće Europe je u ožujku prošle godine usvojilo novi akcijski plan kojim se uspostavilo povlašteno partnerstvo kako bi se ostvario cilj većeg stupnja ekonomske integracije. Europskoj je uniji Tunis jedna od prioritarnih zemalja u politici susjedstva u odnosu na države južnog Sredozemlja. Sporazum će koristiti i stanovništvu Europe i Tunisa.

Tunis je već pokrenuo značajne socijalne i gospodarske reforme, a ovim Sporazumom će se pridonijeti smanjenju regionalnih nejednakosti te razvoju i diversifikaciji gospodarstva koje se trenutačno temelji na poljoprivredi. Tunis, provodeći demokratsku i političku tranziciju, predstavlja primjer za cijelu regiju Bliskog istoka i sjeverne Afrike.

Ekonomski razvoj usko je povezan s političkom stabilnošću, stoga podržavam otvaranje pregovora vjerujući da se ovim trgovinskim sporazumom može pružiti dodatna potpora Tunisu u demokratskoj tranziciji prema stabilnom pluralističkom društvu.

Patricija Šulin (PPE), pisno. – Glasovala sam za resoluciju o početku pogajanj za prostotrgovinski sporazum med EU in Tunizijo.

Podpiram nadgraditev odnosov med EU in Tunizijo, ki so že vrsto desetletij tesni in plodni. Prvi sporazum o trgovinskem sodelovanju sta namreč partnerici podpisali že leta 1969. Podpiram tesne stike s Tunizijo, ki je edina država na Bližnjem vzhodu, kjer poteka proces demokratične in politične tranzicije, zaradi česar je lahko vzor za celotno regijo. Prav tako pozdravljam, da poročilo spodbuja Unijo, da sprejme vse možne ukrepe, da podpre Tunizijo pri njenem demokratičnem prehodu v stabilno in pluralno družbo.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Η έκθεση σχετικά με την έναρξη διαπραγματεύσεων για την σύναψη συμφωνίας ελεύθερων συναλλαγών μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Τυνησίας θέτει ένα πλαίσιο με το οποίο διαφωνούμε. Προωθεί νεοφιλελεύθερες πολιτικές, όπως όλες οι διαπραγματεύσεις ελεύθερου εμπορίου, οι οποίες βοηθούν τις μεγάλες επιχειρήσεις της πλούσιας πλευράς, και όχι τον απλό πολίτη στην Τυνησία.

Η Τυνησία χρειάζεται στήριξη, αλλά όχι με τις πολιτικές που προωθούνται από αυτήν την έκθεση που επηρεάζει αρνητικά τόσο τον λαό στην Τυνησία όσο και στην ΕΕ, προσπαθώντας να βάλει τους εργαζόμενους σε ΕΕ και Τυνησία σε πλαίσιο «ανταγωνισμού» μεταξύ τους, με αποτέλεσμα την συγκράτηση των μισθών και τοπισωγύρισμα εργασιακών δικαιωμάτων εκείνων των εργαζομένων που τα απολαμβάνουν. Καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η ΕΕ καλό θα είναι να ασχοληθεί πρώτα με τα εσωτερικά της προβλήματα ανεργίας και οικονομίας και μετά να λύσει αυτά των αφρικανικών χωρών. Η Ελλάδα σβήνει και η ΕΕ χρηματοδοτεί και εισάγει Τυνησιακά προϊόντα χαμηλού κόστους.

József Szájer (PPE), írásban. – Az EU és Tunézia közötti tárgyalások 2015. október 13-án kezdődtek. Ezek a tárgyalások Tunézia szempontjából rendkívüli politikai és gazdasági jelentőséggel bírnak úgy a demokratikus stabilizáció, mint a piacnyitási folyamatok terén. Tunézia jelentős lépést tett a demokratikus állami fejlődés útján, mely a reformok alapját képezi.

A tárgyalások során kiemelt figyelmet kell szentelni az Európai Unió tagállami érdekeinek is, különös tekintettel a mezőgazdasági termékekre.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam az előterjesztést, amely indítványozza egy átfogó szabadkereskedelmi megállapodás létrehozását az Európai Unió és tagállamai, valamint Tunézia között, és üdvözlí az erről szóló tárgyalások tavaly őszi megkezdését. Politikai szempontból is egyértelmű számomra ennek fontossága, figyelemmel az európai országok és Tunézia közötti kapcsolatok hagyományaira, arra a tényre, hogy a dél-mediterrán térségből elsőként Tunéziával kötött az EU társulási megállapodást, valamint arra az úttörő szerepre, amelyet az arab tavasz során ez az ország játszott a térség demokratizálási folyamatának elindításában. Az EU Tunézia legnagyobb kereskedelmi partnere, ugyanakkor egyetérték a tárgyalási mandátumban is jelzett EU megközelítéssel, hogy figyelembe kell venni az ország nehéz gazdasági helyzetét, politikai és regionális sajátosságait. Ez indokolja a fokozatos piacnyitást, az aszimmetrikus tárgyalások és megállapodás mint cél elfogadását az EU részéről. Ugyanakkor fontosnak tartom és képviselői munkám során figyelni fogom, hogy a majdani EU–Tunézia szabadkereskedelmi megállapodás nyomán ne sérüljenek aránytalanul az európai mezőgazdasági termelők érdekei, valamint hogy megfelelően érvényesüljenek az EU egészségügyi és környezetvédelmi normái.

Hannu Takkula (ALDE), kirjallinen. – Äänestin mietinnön puolesta, koska EU:n ja Tunisian välinen vapaakauppasopimus tukee Tunisian vakaata kehitystä. Tällä vapaakauppasopimuksella voidaan luoda rauhaa edistävää tasapainoa koko Pohjois-Afrikan alueella kehittämällä EU:n ja Tunisian välistä yhteistyötä.

Dario Tamburrano (EFDD), per iscritto. – La risoluzione sull'avvio dei negoziati per un accordo di libero scambio tra UE e Tunisia vuole porre l'accento su quei punti che devono essere tenuti in considerazione durante i negoziati. Noi del Movimento 5 Stelle abbiamo espresso il nostro voto col fine di proteggere i settori a noi, come italiani, più cari come il settore agricolo e nello specifico quello dell'olio d'oliva. Per rappresentare gli interessi dei piccoli produttori europei, abbiamo presentato numerosi emendamenti per escludere l'olio d'oliva tunisino da ulteriori liberalizzazioni. Giovedì abbiamo votato per avere un accordo meno asimmetrico, che protegga i settori più sensibili (come l'olio d'oliva) e che preveda un'apertura verso i settori economici tunisini graduale e progressiva in modo da proteggere i piccoli e medi produttori di tutto il sud dell'Europa, italiani in primis. La risoluzione in generale non è negativa ma dato che gli emendamenti proposti da noi per proteggere l'olio d'oliva italiano non sono passati, abbiamo deciso di non sostenerla.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – Il en s'agit bien sûr que d'une résolution mais il faut considérer que l'approfondissement des relations commerciales euro-tunisiennes avec la conclusion d'un partenariat de commerce ambitieux doit ouvrir des perspectives de croissance et de rapprochement pour les économies de la Tunisie et de l'Union européenne. Il est souhaitable que ce partenariat contribue à la stabilisation politique et démocratique de la Tunisie.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of negotiations for an EU-Tunisia Free Trade Agreement, as an operational economy bringing about job creation for young people and opportunities for foreign investment is now of utmost importance for the broached democratic transition to succeed. This trade partnership represents not only an opportunity for growth and closer ties between the economies of Tunisia and the EU, but it can also become a stepping stone to facilitate the development of the MENA region as a whole, and set an example for the entire region.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam otvaranje pregovora za Sporazum o slobodnoj trgovini između Europske unije i Republike Tunisa, jer smatram da je Tunis jedna od prioritetnih zemalja Europske unije u politici susjedstva kada je riječ o državama južnog Sredozemlja. Budući da Tunis ostvaruje najuspješniju demokratsku tranziciju u regiji i da je među zemljama južne obale Sredozemlja odabrao jedinstven politički model gospodarskog razvoja, smatram da Unija mora poduzeti sve moguće mjere kako bi podržala daljnju tranziciju Tunisa.

Naime, smatram da će ovaj Sporazum doprinijeti utvrđivanju standarda visoke kvalitete u pogledu održivog razvoja, osobito u području socijalnih standarda te da će vlada Tunisa i europske institucije izraditi odgovarajuće odredbe za jasno utvrđivanje izvora, podrijetla i sljedivosti proizvoda uvezenih iz Tunisa. Držim da je ovaj Sporazum obostrano koristan.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o začetku pogajanj za prostotrgovinski sporazum med EU in Tunizijo sem podprla, saj menim, da ima sporazum več kot zgolj trgovinsko razsežnost.

Tunizija je od leta 2011 svojo demokratično tranzicijo utrdila z razglasitvijo nove ustave 26. januarja 2014 in izvedbo parlamentarnih in predsedniških volitev 26. oktobra oziroma 23. novembra 2014.

Prostotrgovinski sporazum bo zagotovo prispeval k stabilnosti Tunizije, okrepitvi njene demokracije in oživitvi njenega gospodarstva, pri čemer mora pozitivno vplivati tako na potrošniške cene, zaposlenost, plače kvalificiranih in ne kvalificiranih delavcev in zmanjševanje neenakosti.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque apoya la apertura de un acuerdo de libre comercio que sólo puede empujar a la profundización del actual modelo neoliberal y sus contradicciones. La experiencia empírica previa prueba que existen muchas posibilidades de fomentar los desequilibrios sociales en un país cuya situación ya es de por sí sensible.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I welcome the opening of negotiations with this important partner. I consider that this agreement has more than just a trade dimension, and that it should seek to contribute to the stability of Tunisia, to the consolidation of its democracy. I want however that the EC and EU continue to monitor the olive oil imports and their effects on European producers in order to find the right economic balance.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Cet accord présente un risque important de concurrence déloyale pour les agriculteurs européens, les salariés et industriels avec des délocalisations d'entreprises (par exemple l'industrie automobile européenne).

Je vote CONTRE.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió és Tunézia között nagyon szorosak a kapcsolatok, és messzire nyúlnak vissza, mivel az Európai Unió Tunézia első számú kereskedelmi partnere, és Tunézia az Európai Unió harminc-negyedik kereskedelmi partnere. Az EU és Tunézia közti kereskedelmi kapcsolatok ambiciózus kereskedelmi partnerség megkötésével történő elmélyítése várhatóan növekedési és közeledési perspektívákat nyit majd mind Tunézia, mind az Európai Unió gazdasága számára. A partnerség várhatóan hozzájárul majd Tunézia politikai és demokratikus stabilizációjához is. Szavazatommal támogattam a javaslatot.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against this report. Tunisia urgently needs support for its economy in order to recuperate from the recession and stabilize the young democracy. The opening of FTA negotiations is the wrong medicine in such a moment, because it hinders rapid progress for Tunisian goods to enter the EU market tariff-free and makes such market access conditional to all kinds of reciprocities which are not on the agenda of urgencies in Tunis and could cost the country a lot in the long run, such as intellectual property rules increasing the price of medicines.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Tikiuosi, kad šis susitarimas padės užtikrinti Tunise ilgalaikę palankią aplinką, skatinančią ilgalaikes investicijas į pagrindinius, dinamiškus ir turinčius pridėtinę vertę ekonomikos sektorius, pavyzdžiui, turizmo, energetikos, įskaitant atsinaujinančiuosius energijos išteklius, aukštųjų technologijų paslaugų, skaitmeninės ekonomikos ir keitimosi duomenimis; raginu Komisiją įtraukti skyrių dėl investicijų, siekiant sudaryti palankias sąlygas ES ir Tuniso abipusėms tiesioginėms užsienio investicijoms, ir greičiau nustatyti Europos ir Viduržemio jūros regiono šalių investicijų ir prekybos palengvinimo tvarką.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on opening of negotiations for an EU-Tunisia Free Trade Agreement. The aim of the agreement is to improve market access opportunities and the investment climate, and to support ongoing economic reforms in Tunisia. This agreement builds on the existing free trade arrangement established 20 years ago by the Euro-Mediterranean Association Agreement, which focuses mainly on trade in goods. The new agreement facilitates numerous areas of mutual interest such as trade in different sectors of goods and services, technical barriers to trade, sanitary and phytosanitary measures, investment protection, public procurement and competition policy. The agreement seeks to contribute to the stability of Tunisia, to the strengthening of its democracy and modernisation of its economy by having a positive impact on consumer prices, employment and wages and this is the reason why I voted in favour of the resolution.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El 13 de octubre de 2015 la UE y Túnez decidieron poner en marcha una importante remodelación del actual Acuerdo de Asociación. Hablamos de un futuro acuerdo que tendrá una importancia política clave, puesto que puede sentar las bases para la estabilización institucional y la dinamización social y económica del país. Por ello creo necesario votar a favor de la apertura de estas negociaciones.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Als verantwoordelijke van de liberale fractie in het Europees Parlement voor de follow-up van de politieke situatie in Tunesië vond ik het van groot belang het Commissievoorstel te steunen, zoals mijn liberale collega de Sarnez het in haar verslag verwoordde. Tunesië is een van de weinige landen in de regio die na de Arabische Lente positief evolueerden. Daarom verdient Tunesië alle mogelijke steun, ook als bondgenoot tegen IS.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – La résolution contient les recommandations du Parlement à la Commission quant aux négociations récemment entamées avec la Tunisie pour un «accord de libre-échange approfondi et complet».

Si ce texte comporte quelques bons éléments (asymétrie de l'accord, publication du mandat de négociations, meilleure association de la société civile, études d'impact sectorielles), il reste dans une logique économique et néolibérale.

La Tunisie occupe une place particulière dans les pays du Proche Orient. À l'origine de ce qu'on appelle les «Printemps arabes», durement frappée par les terroristes, tout doit être mis en œuvre pour que sa transition démocratique réussisse.

Or, alors que la question sociale n'a pas reçu de réponse, l'UE et ses Etats-membres ne lui offrent que des cadeaux empoisonnés.

Après les prêts toxiques qui ont contribué à l'augmentation de sa dette, la Tunisie devrait donc libéraliser son économie, sacrifier son agriculture traditionnelle et son environnement, le tout au bénéfice des grandes entreprises européennes.

J'ai voté contre et j'appelle encore à un réel partenariat plaçant les intérêts des populations des deux rives de la Méditerranée au-dessus des profits des entreprises et investisseurs.

Il y a urgence à prendre en compte les vrais enjeux pour donner une chance à la démocratie tunisienne.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta proposta de resolução versa sobre o estabelecimento de um Acordo de Comércio Livre entre a União Europeia e a Tunísia, que se insere no âmbito mais vasto das relações de vizinhança e se rege pelo Acordo de Associação Mediterrânica de 1995, o qual prevê a criação de uma zona de comércio livre e o estabelecimento de disposições sobre a agricultura e os serviços.

A abertura de negociações a este acordo apresenta-se como sendo uma medida de ajuda à Tunísia, na sequência dos bárbaros atentados perpetrados a 26 de junho de 2015, em Sousse. E não esconde, ainda que fazendo uma menção hipócrita no seu ponto 8, que a Tunísia acolheu mais de 1,8 milhões de refugiados da Líbia, e que este número corresponde a 16 % da população total da Tunísia. Esta última, uma consequência direta da continuada ingerência da União Europeia no Médio Oriente e no Norte de África.

Mas este Acordo de Livre Comércio de fachada solidária é, no fundo, de pendor neocolonialista, porque pretende impor políticas económicas e sociais à Tunísia, que não beneficiarão ao povo – pelo contrário e uma vez mais, esta proposta visa abrir caminho às multinacionais europeias, que pretendem alcançar o setor da agricultura e o setor dos serviços daquele país.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Eine weitere Vertiefung des Assoziierungsabkommens mit Tunesien würde zwar die wirtschaftliche Zusammenarbeit stärken, vor allem in den Bereichen Wissens- und Güterverkehr, aber auch eine zunehmenden Migration zur Folge haben, daher stimmte ich gegen den Bericht.

Jarosław Wałęsa (PPE), *na piśmie*. – Głosowałem „za” w sprawie wniosku dotyczącego rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie wprowadzenia nadzwyczajnych autonomicznych środków handlowych dla Republiki Tunezyjskiej.

Gospodarka Republiki Tunezji oparta jest głównie na rolnictwie i górnictwie. Użytki rolne stanowią 48% powierzchni kraju. W całym kraju rośnie ponad 60 tys. drzew oliwnych, z których produkuje się przeszło 150 tysięcy ton oliwy. Tym samym Tunezja staje się więc drugim eksporterem oliwy z oliwek, oraz czwartym ich producentem na świecie. Ich uprawa stała się głównym źródłem utrzymania tamtejszych mieszkańców, więc nie bez powodu oliwki nazywane są zielonym skarbem Tunezji. Niestety Republika Tunezji była miejscem zamachów terrorystycznych (2015 r.), co skutkuje tymczasową niewydolnością gospodarczą państwa. Nadmienając, to właśnie Unia Europejska pozostaje pierwszym partnerem handlowym Tunezji (obecnie 72% i 75% tunezyjskiego eksportu). Jest to jeden z najbardziej uznanych partnerów handlowych Unii Europejskiej w regionie Morza Śródziemnego, który podpisał umowę stowarzyszeniową z Unią Europejską w lipcu 1995 r. Z tego powodu zgadzam się ze stanowiskiem sprawozdawczyni, że Unia Europejska musi przyczynić się do ożywienia gospodarki Tunezji. Jednakże, aby zapobiec nadużyciom, należy również zadbać o to, by przewidziane autonomiczne środki rzeczywiście przyniosły korzyści tunezyjskiej gospodarce – muszą być one uzależnione od przestrzegania przez Tunezję odpowiednich przepisów unijnych w zakresie pochodzenia produktów oraz powiązanych procedur, jak również od skutecznej współpracy administracyjnej Tunezji z Unią.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Trade policy must always put people and planet before narrow profit-making, as per the Alternative Trade Mandate. Strengthening economic ties and stimulating business in the EU's relationship with Tunisia is hugely important, but it must also be accompanied with a human element.

The economic benefit from a trade deal with Tunisia should be shown to benefit Tunisian citizens and consumers, as well as those most vulnerable in society. Cultural exchange must also follow, creating true dialogue between EU Member States and Tunisia, strengthening civil society engagement and paving the way for collaboration in a number of fields such as cultural and social entrepreneurship.

Tomáš Zdechovský (PPE), *pisemně*. – Podporuji návrh tohoto usnesení. Uzavření obchodního partnerství, které umožní prohloubení obchodních vztahů mezi Tuniskem a Unií, podpoří nejen růst hospodářství, ale zároveň může přispět k demokratické a politické stabilizaci země. Tunisko představuje jedinou zemi z oblasti Blízkého a Středního východu a severní Afriky, ve které proběhl přechod k demokracii. Ústava, která byla vytvořena, je velmi dobrým příkladem. Na její implementaci je však potřeba ještě intenzivně pracovat. Tunisko tedy svou politickou transformací a reformami představuje dobrý příklad pro ostatní státy v oblasti, kterým se mohou inspirovat.

Jana Žitňanská (ECR), *pisomne*. – Uznesenie o otvorení rokovaní s Tuniskom o dohode o voľnom obchode som podporila. Tunisko je kolískou tzv. Arabskej jari a zároveň jedinou krajinou regiónu Blízkeho východu a severnej Afriky, v ktorej úspešne prebehol proces demokratického a politického prechodu. Prehlbenie obchodných vzťahov medzi Európskou úniou a Tuniskom uzavretím dohody o voľnom obchode, dúfajme, poskytne príležitosť na rast a zblíženie našich hospodárstiev a prispeje k stabilizácii v Tunisku. Taktiež môžeme začatie rokovaní vnímať ako signál, ktorým Európska únia oceňuje úspešný prechod k demokracii a názor, že Tunisko v tomto môže slúžiť ako príklad pre ostatné krajiny v regióne.

Kosma Złotowski (ECR), *na piśmie*. – Brak stabilności politycznej i gospodarczej w najbliższym sąsiedztwie Unii Europejskiej jest przyczyną wielu zagrożeń dla naszego bezpieczeństwa, w tym terroryzmu i niekontrolowanej imigracji. Aby przeciwdziałać tym zjawiskom u źródeł problemu, potrzebujemy solidnych i wiarygodnych partnerów w regionie Afryki Północnej; partnerów, którzy dzięki silnym instytucjom i stabilnej sytuacji gospodarczej będą potrafili stworzyć swoim obywatelom alternatywę dla ucieczki do Europy przed biedą i przemocą.

Tunezja spełnia wiele warunków, aby stać się dla Europy takim wiarygodnym partnerem, jednak potrzebuje naszego wsparcia. Negatywne doświadczenia ostatnich lat, w tym rozczarowanie efektami transformacji politycznej wywołanej arabską wiosną, katastrofalne skutki zamachów terrorystycznych dla branży turystycznej czy presja ze strony radykalnego islamu znacznie opóźniły proces budowy nowoczesnego państwa tunezyjskiego. Rozpoczęcie negocjacji o wolnym handlu z UE ma okazję stać się impulsem prorozwojowym, który znacznie przyspieszy ten proces. Oczywiście zdaję sobie sprawę z nierównej pozycji naszych gospodarek i wszystkich potencjalnych problemów, które w trakcie tych negocjacji mogą się pojawić, ale wierzę, że obie strony będą potrafiły właściwie określić obszary sporne i znaleźć kompromis korzystny dla obu stron. Jestem przekonany, że tylko tego rodzaju współpraca, a w efekcie odbudowa stabilnego politycznie i gospodarczo najbliższego sąsiedztwa UE, pomoże w zażegnaniu trwającego od miesięcy kryzysu imigracyjnego. Głosowałem za przyjęciem tego sprawozdania.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podpiram pogajanja za sklenitev prostotrgovinskega sporazuma med Evropsko unijo in Tunizijo, saj bodo prinesla konkretne koristi evropskemu in tunizijskemu gospodarstvu ter posledično prispevala pri ohranjanju procesa demokratične in politične tranzicije v Tuniziji. Politična stabilnosti in gospodarski razvoj sta namreč ključna pri vzpostavljanju blaginje in miru za tunizijsko prebivalstvo.

8.11. Tätigkeiten der Europäischen Bürgerbeauftragten im Jahr 2014 (A8-0020/2016 - Soledad Cabezón Ruiz)

Oral explanations of vote

Krisztina Morvai (NI). – Arra kérem a kedves kollégákat, hogy képzeljenek el egy tópartot, és azon a tóparton egy embert, aki sétál. Meglátja rémülten, hogy öten fuldoklanak a vízben. Úgy dönt, hogy egyet fog kimenteni, merthogy az történetesen a saját gyereke. Erkölcseleg elfogadható-e, amit tett? Azt hiszem, hogy igen. Egy másik ember környezetében 10 szegény, nyomorúságos helyzetben lévő, ápolásra, gondozásra szoruló idős ember van. Ő úgy dönt, hogy kettőt fog közülük ápolni, gondozni, mert történetesen ők az ő saját szülei. Erkölcse-e a döntése? Azt hiszem, igen.

Migráció. Mi magyarok, és azt hiszem, több európai ország is így gondolja, együttérzünk a különböző szenvedések elől útra kelőkkel, de mégis úgy gondoljuk, hogy a saját állampolgárainkat tudjuk és szeretnénk támogatni szűkös forrásainkból. Erkölcse-e? Úgy gondolom, hogy igen, és az ombudsmantól kezdve az egész európai uniós rendszernek ezt kellene szem előtt tartani.

Jiří Pospíšil (PPE). – Já jsem podpořil tuto zprávu, která velmi podrobně popisuje práci ombudsmana. Musím říci, že vítám, že se aktivity ombudsmana zvyšují.

Dále pak také vítám to, že na podněty ombudsmana v zásadě orgány EU reagují pozitivně, protože ombudsman je „zbytečný“, pokud jeho doporučení a jeho názory příslušné orgány, kterých se jeho doporučení týká, neberou vážně. Tady myslím, že je dobrá zpráva, že 80 % podnětů veřejné ochránkyně práv bylo vzato evropskými orgány v potaz. Je tam stále rezerva 20 % a na tom si myslím, že musíme pracovat, a doufejme, že to číslo 20 % se do budoucna bude snižovat.

Co považuji za důležité je to, že občané se mohou na ombudsmana obracet elektronicky skrze webové stránky, protože jednoduchý přístup k ombudsmanovi je základ úspěšnosti této instituce, a vítám, že se tedy zvyšují podněty a že ombudsman komunikuje elektronicky s občany EU.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāj! Vispār ombudu primārais uzdevums ir sekmēt iedzīvotāju tiesību garantēšanu. Ja katrā Eiropas Savienības dalībvalstī ir tāds postenis, ir tāds ombuds vai tiesībsargs, tad Eiropas ombudam pienākumi ir daudz plašāki. Piemēram, konkrēti 2014. gadā tādi jautājumi kā fundamentālās tiesības, lobēšanas sistēmas, varas iestāžu, Eiropas Savienības institūtu caurskatāmība utt. bija ombuda fokusā, un tas ir ļoti labi, jo, piemēram, no 20 % līdz 30 % no visām sūdzībām bija saistītas tieši ar caurskatāmības principu un tā principa neievērošanu.

Piemēram, zināmā mērā var saprast, kāpēc ierobežo pieeju dažādiem dokumentiem, bet tik un tā mūsu iedzīvotājiem ir tiesības zināt, kas notiek Eiropas Savienībā. Piemēram, jau vairākkārt pieminētais ES un ASV Transatlantiskās tirdzniecības un investīciju partnerības līgums. Kāpēc sarunas ir slepenas? Ir ārkārtīgi nepieciešami maksimāli būt atvērtiem pret mūsu pilsoņiem.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtarán, tá áthas orm cúpla focal a rá faoin ábhar seo mar is Éireannach í Emily O'Reilly agus is cara liom í agus dar ndóigh tá jab iontach déanta aici ó toghadh í don phost tábhachtach seo.

Fiú i mbliain amháin 2014, tháinig 2 163 gearán trasna a binse agus chuaigh sí trí gach ceann de na gearáin sin go mion agus d'éirigh léi teacht ar réiteach ar a lán díobh. Dhún sí cuid de na cásanna agus thug sí an míniú go raibh uirthi é sin a dhéanamh, agus i gcásanna eile thug sí moladh nó breith. Fáiltím freisin roimh an bplean go mbeadh straitéis cúig bliana ag an Ombudsman agus freisin go mbeadh sí, as a meon féin, in ann iniúchadh a oscailt ar ábhar áirithe. Dá bhrí sin, tá jab iontach á dhéanamh aici agus molaím í agus táim bródúil aisti.

Mar fhocal scoir, ba mhaith liom tú féin a mholadh as an dea-jab a rinne tú sa chathaoir inniu. Lean ar aghaidh leis an dea-obair, a Uachtarán!

Written explanations of vote

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – UKIP voted against this report (which was an 'own initiative report' and therefore not legislative) because it contained a call for an increase in the budget of the Ombudsman. UKIP is opposed in principle to any increases in expenditure and thus the burden on the UK taxpayer arising from membership of the EU.

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – Il Mediatore europeo durante il 2014 ha avviato 342 indagini su casi di cattiva amministrazione nell'Unione europea. Il rapporto annuale evidenzia una maggiore attenzione da parte del Mediatore su temi come il conflitto di interessi, il whistleblowing, la trasparenza delle attività di lobbying ed il problema delle «revolving doors». Questi temi sono di importanza rilevante per acquisire consapevolezza riguardo le buone pratiche amministrative. Il Movimento 5 Stelle da sempre si batte per portare trasparenza all'interno delle istituzioni, per questo motivo ho votato a favore della relazione annuale del Mediatore europeo.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito. – He votado a favor del informe anual sobre las actividades de la Oficina del Defensor del Pueblo ya que la actividad realizada por la señora O'Reilly en 2014 merece un reconocimiento por modernizar las instituciones y acercarlas a la ciudadanía en estos momentos de conflicto político-social.

Quiero destacar el uso por la Defensora de su capacidad para realizar investigaciones de oficio como ha sido en los casos de puertas giratorias, transparencia en los ensayos clínicos y en las negociaciones sobre la ATCI.

Mención especial merece el impulso que han dado en el año 2014, tanto la Defensora del Pueblo como el Vicepresidente de la Comisión Europea Frans Timmermans, al registro de los grupos de interés, donde se han registrado ya más de 7000 organizaciones. Este registro aporta transparencia a la labor del Parlamento Europeo y a todas las instituciones Europeas.

El trabajo de la Oficina del Defensor del Pueblo ha ayudado en este periodo a la mejora del funcionamiento de todas las instituciones poniendo el foco en los posibles casos de mala administración y recomendando soluciones, soluciones que han sido asumidas en un 80 % por los órganos investigados.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta propuesta de Resolución se realiza sobre la del informe anual presentado por el Defensor del Pueblo. Concretamente, se refiere a su labor durante 2014. La propuesta de Resolución acentúa varios elementos positivos de la labor de la Defensora, dentro de un contexto general de creciente desconfianza ciudadana hacia la Unión Europea. Es así, por ejemplo, el caso de la investigación realizada sobre las «puertas giratorias» dentro de la Comisión Europea, la vulneración del acceso a la información por parte de las instituciones europeas o la recomendación hecha para crear un mecanismo frente a la vulneración de derechos individuales por parte de Frontex. También se destaca la necesidad de aumentar los recursos para la Oficina del Defensor del Pueblo y que aún persiste un 20 % de casos de incumplimiento de las recomendaciones.

Con todo, he decidido abstenerme ya que no se han recogido nuestras enmiendas sobre temas tan sensibles como el destino de doble uso (civil y militar) de fondos europeos a terceros países participantes en el programa Horizonte 2020 (como Israel), o el fin de las políticas de deportación conjuntas de Frontex. También entiendo equivocado que se felicite a la Comisión Europea por su transparencia en las negociaciones sobre la ATCI, por razones obvias.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport sur le rapport annuel relatif aux activités du médiateur européen en 2014. Ce texte a pour objectif de féliciter la médiatrice européenne Emily O'Reilly pour ses activités de l'année 2014.

Si la médiatrice européenne a promu une plus grande transparence, notamment dans les domaines du lobbying et des essais cliniques, celle-ci reste insuffisante. De plus, la médiatrice a demandé à Frontex la mise en place d'un système de dépôt de plainte pour les migrants lorsque ceux-ci sont présumés victimes d'atteintes à leurs droits fondamentaux.

Enfin, l'eurodéputée Sylvie Goddyn a déposé un amendement en commission visant à supprimer la disposition du rapport qui félicite le médiateur européen d'avoir obtenu cette nouvelle voie de recours. Cet amendement n'ayant pas été adopté, je ne peux soutenir ce texte.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση για τις δραστηριότητες του Ευρωπαϊού Διαμεσολαβητή κατά το 2014, γιατί εξετάζει καταγγελίες πολιτών, ενώσεων και επιχειρήσεων της Ε.Ε. σχετικά με την πιθανή κακοδιαχείριση από τους οργανισμούς της Ε.Ε ή από άλλους θεσμούς.

Οι δραστηριότητες του Ευρωπαϊού Διαμεσολαβητή βοηθούν τους Ευρωπαϊκούς θεσμούς να γίνουν περισσότερο αποτελεσματικοί, με καλύτερη διοίκηση και περισσότερο φιλικό με τους πολίτες.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Der Europäische Bürgerbeauftragte (oder Europäische Ombudsmann) untersucht Beschwerden über Missstände in den Organen und Einrichtungen (mit Ausnahme des Europäischen Gerichtshofs) der Europäischen Union. Darunter fallen beispielsweise Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung, Diskriminierung, Machtmissbrauch oder auch Nichtbeantwortung von Schreiben. Jeder Bürger der EU sowie jedes Unternehmen, jeder Verein oder Verband oder jede andere Einrichtung mit Sitz in der EU kann Beschwerde einreichen. Seit dem 1. Oktober 2013 wird das Amt des EU-Bürgerbeauftragten von Emily O'Reilly ausgeführt, die vom Europäischen Parlament am 16. Dezember 2014 wiedergewählt wurde.

Für das Jahr 2014 nahmen 23 072 Bürger die Dienststellen der Bürgerbeauftragten in Anspruch. Sie befasste sich mit 2079 Beschwerden, leitete 342 Untersuchungen ein und schloss 400 Untersuchungen ab. Die meisten Beschwerde- bzw. Untersuchungsanträge betrafen die Europäische Kommission, gefolgt von Agenturen der EU.

Ich begrüße den Jahresbericht 2014 sowie Frau O'Reillys Arbeit und gratuliere ihr nicht nur zu der erbrachten Leistung, sondern auch zu der guten Zusammenarbeit mit dem Parlament. Ihre jüngsten Bemühungen in Sachen Transparenz der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln seitens der Europäischen Kommission sind lobenswert.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La proposition de résolution dont il est ici question donne un satisfecit aux activités du médiateur européen (M^{me} Emily O'Reilly) pour l'année 2014. Ce dernier a mené une enquête sur le partenariat transatlantique de commerce et d'investissement qui a abouti à la publication par le Conseil des directives que l'Union utilise pour négocier le PTCI et à l'annonce par la Commission européenne qu'elle accroîtrait la transparence des activités de lobbying et élargissait l'accès aux documents. Cependant, c'est encore très insuffisant.

Par ailleurs, le médiateur a créé un registre de transparence, dans lequel plus de 7 000 organisations de lobbying se sont volontairement inscrites. En outre, le médiateur a promu une plus grande transparence dans les essais cliniques. Enfin, le médiateur a demandé à Frontex de mettre en place une procédure de dépôt de plaintes en faveur des migrants lorsque ceux-ci sont présumés victimes d'atteintes à leurs droits fondamentaux.

En commission, ma collègue Sylvie Goddyn avait demandé le retrait du passage qui, dans le rapport, fait référence à cette procédure et s'en félicite. L'amendement n'ayant pas été adopté, j'ai voté contre.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – In the interest of transparency I would like to confirm that I voted against this report. I approve of the investigations into revolving-door activities and corruption among senior bureaucrats, but I feel more could be done to combat this. I cannot overlook the lack of transparency with regard to the negotiations on TTIP or the suggested increase in the Ombudsman's budget.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – I want to thank European Ombudsman Mrs O'Reilly for her excellent work. Her office does its job extremely well, even though they are only 67 people. I think her work has been very significant, especially with regard to Frontex and the transparency of TTIP negotiations. I hope she will continue her excellent work, not only on the basis of complaints by EU citizens, but of her own accord as well. There is still a lot of work to be done and my expectations – as well as those of the European citizens – are high.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už metinį pranešimą apie Europos ombudsmeno 2014 m. veiklą. 2014 m. ombudsmenė pradėjo 325 tyrimus remdamasi skundais ir 17 tyrimų savo iniciatyva, baigė nagrinėti 387 skundais pagrįstus tyrimus ir 13 savo iniciatyva pradėtų tyrimų. Daugiausiai skundų pateikė individualūs piliečiai, bendrovės, asociacijos ir kiti teisiniai subjektai. Ombudsmenė baigtose nagrinėti bylose nustatė 39 netinkamo administravimo atvejus ir pateikė 12 rekomendacijų projektų. Rekomendacijos projektas rengiamas tais atvejais, kai skundžiama institucija gali ištaisyti netinkamo administravimo atvejį arba kai netinkamo administravimo atvejai yra rimti ar daro visuotinį poveikį. Europos ombudsmenas glaudžiai bendradarbiauja su kolegomis valstybėse narėse. Šis bendradarbiavimas vykdomas Europos ombudsmenų tinkle, kuris vienija nacionalinius ir regionų ombudsmenus. Daugeliu atvejų skundus, kurie nepriskiriami ombudsmeno kompetencijos sričiai, geriausiai gali išspręsti šio tinklo nariai, t. y. valstybių narių ar regionų ombudsmenai.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution donne un satisfecit aux activités du médiateur européen pour 2014, M^{me} Emily O'Reilly.

Mais je n'oublie pas que c'est ce «médiateur européen» qui a demandé à Frontex de mettre en place une procédure de dépôt de plaintes en faveur des migrants lorsque ceux-ci sont présumés «victimes d'atteintes à leurs droits fondamentaux». En commission, ma collègue Sylvie Goddyn a déposé un amendement visant à supprimer la disposition du rapport qui félicite le médiateur européen d'avoir obtenu cette nouvelle voie de recours. Cet amendement n'ayant pas été adopté, je me suis opposé à ce texte par lequel le Parlement donne son satisfecit au «médiateur européen».

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé le rapport annuel 2014 de la Médiatrice européenne. Elle y souligne notamment les enquêtes qu'elle a ouverte en matière de transparence au sein des institutions de l'Union, de transparence des activités de lobbying, de droits fondamentaux, de questions éthiques, de négociations commerciales...

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque pone de relieve la gran labor y el enorme esfuerzo que llevó a cabo la institución del Defensor del Pueblo en el año 2014.

Se trata de un trabajo que ha puesto de relieve la necesidad de seguir avanzando y mejorando en el funcionamiento de la administración pública europea, en asuntos tan delicados como las puertas giratorias, la mejora de la transparencia en las negociaciones (entre otras la de la ATCI) y la mirada crítica y constructiva respecto al trabajo realizado por Frontex, así como la defensa permanente de los derechos fundamentales de los europeos.

A través de este informe también quiero agradecer y reconocer a la Defensora del Pueblo su labor en la cuestión migratoria y de asilo, donde ha puesto de relieve la defensa de los valores europeos y la necesidad de dar una respuesta común desde el inicio.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il Mediatore europeo è una figura prevista dall'articolo 228 del TFUE che ha il compito di ricevere le denunce relative a casi di cattiva amministrazione nell'azione delle istituzioni dell'Unione europea. Il 16 dicembre del 2014, nella seduta plenaria di Strasburgo, il Parlamento europeo ha rieletto Emily O'Reilly Mediatore europeo. La relazione Cabezón Ruiz, che ho sostenuto con il mio voto, ha presentato un quadro positivo delle attività svolte da questa figura istituzionale nel 2014. Tra le oltre 2 000 denunce ricevute, in più di mille il Mediatore ha fornito consigli e, in altri 325 casi, avviato un'indagine collegata. Rilevanti sono state le indagini strategiche, condotte di propria iniziativa e rese possibili anche grazie alla nomina di un apposito coordinatore. In generale, l'attività del Mediatore si è contraddistinta in maniera positiva per un'attenzione particolare al rispetto del diritto dei cittadini di partecipare al processo decisionale dell'UE e, nello specifico, sul funzionamento dell'iniziativa dei cittadini europei (ICE). Valutando positivamente il lavoro svolto da O'Reilly ho quindi deciso di sostenere la relazione presentata in Parlamento.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de este informe. El informe sobre las actividades del Defensor del Pueblo es bastante positivo, y valoramos positivamente también la actuación durante el año 2014 de la Defensora del Pueblo. Pero discrepamos de ciertas opiniones que recoge dicho informe como «la celebración» de «los progresos alcanzados en materia de transparencia» en las negociaciones de la ATCI, o la tibieza con la que se refiere a Frontex, las devoluciones en caliente y la falta de derechos de los refugiados en este contexto de crisis. Nuestro Grupo presentó enmiendas para este texto, sobre estas cuestiones, pero no salieron adelante, por lo tanto nos vemos obligados a no dar el apoyo total al informe. No obstante, valoramos positivamente las actuaciones de la Defensora del Pueblo en materia de defensa de los derechos de los ciudadanos y su trabajo para crear una red entre los diferentes niveles de la UE.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Celebro la aprobación del informe de actividades del Defensor del Pueblo 2014 donde se felicita a la señora O'Reilly por su elección y su labor, y se acoge con satisfacción y se respalda que el Defensor del Pueblo haga un mayor uso de sus competencias para incoar investigaciones estratégicas por propia iniciativa. Apoyo además que se recuerde que el Defensor del Pueblo tiene la capacidad y la obligación de controlar al Parlamento en el marco de su cometido de garantizar una buena administración para los ciudadanos de la UE.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai dû voter contre ce rapport qui concerne les activités du Médiateur européen en 2014, M^{me} Emily O'Reilly.

Je reconnais certes à M^{me} O'Reilly certains accomplissements. Elle s'est notamment attachée à faire améliorer la transparence en ce qui concerne les négociations relatives au partenariat transatlantique de commerce et d'investissement.

Cependant, j'ai été contrainte de rejeter ce rapport en ce sens que, s'il sait mettre en valeur les avancées engrangées par le Médiateur, il reste très aveugle sur ses échecs et ses erreurs.

Je ne peux ainsi cautionner que M^{me} O'Reilly ait demandé à Frontex de mettre en place une procédure de dépôt de plaintes en faveur des migrants. On marche sur la tête en donnant ainsi un chèque en blanc à des clandestins qui disposeraient d'une arme contre nos propres autorités. Cela veut dire que, même lorsque l'Union prétend se donner un rôle de protecteur de nos frontières et de nos citoyens, elle s'en excuse directement et laisse la possibilité à quiconque de poursuivre en justice ses propres représentants!

Une telle aberration ne pouvait recevoir mon approbation. C'est pourquoi j'ai rejeté ce rapport.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Il Mediatore europeo rappresenta una delle poche forme di controllo esistenti che i cittadini europei hanno a disposizione nei confronti delle istituzioni europee. Ritengo che il Mediatore europeo collabori in modo positivo con altri enti che operano negli Stati membri a difesa dei cittadini, quali la Rete europea dei difensori civili e le commissioni per le petizioni e che le attività da esso svolte abbiano portato finora a buoni risultati. Ho quindi sostenuto col mio voto questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe anual sobre las actividades de la Oficina del Defensor del Pueblo ya que la actividad realizada por la señora O'Reilly en 2014 merece un reconocimiento por modernizar las instituciones y acercarlas a la ciudadanía en estos momentos de conflicto político-social.

Quiero destacar el uso por la Defensora de su capacidad para realizar investigaciones de oficio como ha sido en los casos de puertas giratorias, transparencia en los ensayos clínicos y en las negociaciones sobre la ATCI.

Mención especial merece el impulso que han dado en el año 2014, tanto la Defensora del Pueblo como el Vicepresidente de la Comisión Europea Frans Timmermans, al registro de los grupos de interés, donde se han registrado ya más de 7000 organizaciones. Este registro aporta transparencia a la labor del Parlamento Europeo y a todas las instituciones Europeas.

El trabajo de la Oficina del Defensor del Pueblo ha ayudado en este periodo a la mejora del funcionamiento de todas las instituciones poniendo el foco en los posibles casos de mala administración y recomendando soluciones, soluciones que han sido asumidas en un 80 % por los órganos investigados.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjamas metinis pranešimas apie Europos ombudsmeno 2014 m. veiklos. Parlamentas palankiai vertina ombudsmenės iniciatyvą 2014 m. pradėtus tyrimus, susijusius su šiomis pagrindinėmis temomis: ES institucijų skaidrumas, skaidrumas vykdant lobistinę veiklą ir klinikinius tyrimus, pagrindinės teisės, etiniai klausimai, piliečių dalyvavimas ES sprendimų priėmimo procese, ES finansuojami projektai ir programos ir ES konkurencijos politika. Europos Parlamentas taip pat vertina tai, kad ombudsmenė daugiau reikalingo dėmesio skiria skaidrumui vykdant lobistinę veiklą, ir jos pastangas siekiant sukurti privalomą Skaidrumo registrą, kad piliečiai galėtų žinoti, kas bando daryti poveikį ES sprendimus priimančioms subjektams. Parlamentas taip pat sveikina ombudsmenę dėl jos tyrimo apie piliečių teisę dalyvauti ES sprendimų priėmimo procese, visų pirma Europos piliečių iniciatyvos veikimo srityje; atkreipia dėmesį į tai, kad 2014 m. ji paragino Europos piliečių iniciatyvos organizatorius, pilietinės visuomenės organizacijas ir kitas suinteresuotąsias šalis teikti pastabas apie Europos piliečių iniciatyvą siekiant ją patobulinti. Parlamentas susirūpinęs pažymi, kad peticijų teikimo organizacijų atstovai prašo geriau suderinti ir geriau administruoti parašų rinkimo ir užregistravimo metodus. Jis tikisi, kad bus pateikta pasiūlymų dėl patobulinimo, ypač kalbant apie dabartines technines ir su duomenų apsauga susijusias kliūtis parašų rinkimo procese.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A rendelkezésre álló információk szerint az európai ombudsman szoros együttműködést folytat a tagállamokban dolgozó kollégáival. Ez az együttműködés az Ombudsmanok Európai Hálózata keretében valósul meg, amely magában foglalja az Európai Unió tagállamai, az uniós tagjelölt országok, valamint az Európai Gazdasági Térség, illetve a schengeni térség más országai nemzeti és a regionális ombudsmanjait, petíciós bizottságait és hasonló szerveit. A Parlament Petíciós Bizottsága a hálózat teljes jogú tagja.

Az ombudsman ezen kívül rendszeresen találkozik az Unió intézményeinek tagjaival és tisztviselőivel annak érdekében, hogy megvitassák, milyen módon lehetne az igazgatás színvonalát javítani, hogy kihangsúlyozza számukra a megfelelő panaszkézelés fontosságát, valamint hogy megbizonyosodjon ajánlásainak és jelentéseinek megfelelő hasznosulásáról. Természetesen lehet tovább javítani az ombudsman tevékenységét, de eddigi munkája megfelelt az alapvető elvárásoknak, így szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Na zadnjem plenarnem zasedanju sem podprl tudi poročilo o delu Evropskega varuha človekovih pravic za leto 2014.

Največje število pritožb, ki jih varuh prejme, se nanaša na (ne)preglednost v institucijah EU, in tudi sam tam vidim največji problem. Gre za tako velik evropski aparat, ki seveda naredi marsikaj dobrega, vendar vse preveč stvari drži za zaprtimi vrati ali pa zelo pomanjkljivo komunicira z javnostmi. Ne samo preglednost dela institucij, tudi transparentno delo lobistov je nujno pri takšnem obsegu vsebin in glede na pomembnosti odločitev sprejetih v institucijah.

Več kot 23 tisoč državljanov, ki je zaprosilo varuhinjo za pomoč v letu 2014, priča o tem, da so ljudje tudi na evropski ravni zaznali nekoga, ki jim lahko pomaga oz. jih zaščiti, zato moramo evropskemu varuhu človekovih pravic dati tudi večjo veljavo.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Il ruolo del Mediatore europeo è fondamentale per portare alla luce, a seguito di denunce di privati cittadini o al termine di indagini compiute di propria iniziativa, casi di cattiva amministrazione da parte delle istituzioni europee. Con la sua attività, infatti, permette di individuare e rimuovere determinati comportamenti lesivi dei diritti dei cittadini europei, ripristinando la fiducia nel ruolo delle istituzioni e rendendo il loro operato più trasparente ed efficace. Alla luce di ciò accolgo con favore il lavoro svolto dal Mediatore e riportato nella sua relazione annuale per il 2014 e apprezzo in particolare il fatto che il Mediatore abbia assunto un ruolo maggiormente attivo e dinamico in merito all'avvio di indagini strategiche di propria iniziativa, non solo per garantire la buona amministrazione e una maggiore trasparenza nel lavoro quotidiano delle istituzioni ma anche nella gestione dei progetti e dei programmi finanziati dall'UE, come Orizzonte 2020, nelle negoziazioni internazionali, come quelle relative al TTIP, o nella tutela dei diritti umani, per quanto concerne in particolare il mandato di Frontex.

Louise Bours (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report (which was an 'own initiative report' and therefore not legislative) because it contained a call for an increase in the budget of the Ombudsman. UKIP is opposed in principle to any increases in expenditure and thus the burden on the UK taxpayer arising from membership of the EU.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Le médiateur européen a demandé à Frontex de mettre en place une procédure de dépôt de plaintes en faveur des migrants lorsque ceux-ci sont présumés victimes d'atteintes à leurs droits fondamentaux. En commission, ma collègue Sylvie Goddyn a déposé un amendement visant à supprimer la disposition du rapport qui félicite le médiateur européen d'avoir obtenu cette nouvelle voie de recours. Cet amendement n'ayant pas été adopté, je me suis opposée à ce rapport.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il Mediatore europeo svolge un ruolo essenziale nell'ambito dell'Unione europea, che consiste nell'aiutare le istituzioni dell'UE a diventare più trasparenti, efficaci e vicine ai cittadini, rafforzando così la loro fiducia nell'Unione.

La sua è una figura di garanzia a tutela del cittadino europeo e ha il compito di assicurarsi che i diritti dei cittadini siano pienamente rispettati e che il diritto a una buona amministrazione rifletta i più elevati standard, come ci si aspetta dalle istituzioni, dagli organi o dagli organismi dell'Unione.

Il 2014 è stato un anno estremamente produttivo per l'istituzione del Mediatore europeo, in quanto ha iniziato ad attuare la nuova strategia «Verso il 2019», che pone particolare accento sulle questioni strategiche dell'amministrazione pubblica nell'Unione europea riguardanti milioni di europei.

Il Parlamento europeo deve continuare ad appoggiare l'attuale Mediatore europeo, Emily O'Reilly, poiché ha fatto un ottimo lavoro nel 2014 svolgendo il suo compito di assistere le istituzioni dell'Unione europea nell'obiettivo di offrire ai cittadini e residenti europei il miglior servizio possibile, usando la trasparenza come garanzia di una migliore amministrazione.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution se satisfait des activités du Médiateur européen pour 2014. Elle reprend les principaux sujets sur lesquels le Médiateur est intervenu. En premier lieu, l'enquête qu'il a menée sur le PTCL (partenariat transatlantique de commerce et d'investissement) aurait permis d'aboutir à la publication des directives utilisées dans la négociation de cet accord. Le Médiateur est également à l'origine d'un registre qui recense pas moins de 7000 lobbys.

Seulement, il est important de rappeler que le Médiateur européen a demandé à Frontex de faciliter le dépôt de plaintes par les migrants clandestins s'ils s'estimaient victimes d'atteintes à leurs droits fondamentaux, ce qui limitera les expulsions des individus présents illégalement sur notre territoire.

C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre cette proposition de résolution.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Ombudsmanul are atribuții de a primi plângeri referitoare la cazurile de administrare defectuoasă survenite în activitățile instituțiilor Uniunii Europene. În ceea ce privește anul 2014, Ombudsmanul a inițiat 325 de anchete pe baza unor plângeri și 17 anchete din proprie inițiativă și a încheiat 387 de anchete pe baza unor plângeri, precum și 13 anchete din proprie inițiativă. În 2014, Ombudsmanul a acționat în cazul a 2 163 de plângeri primite. În 1 217 cazuri, serviciile Ombudsmanului au constatat în consiliere sau în transferarea cazurilor, în 621 de cazuri reclamanții au fost informați că nu mai pot beneficia de consiliere suplimentară, iar în 325 de cazuri au fost inițiate anchete.

Am votat în favoarea acestui raport deoarece consider că doamna Emily O'Reilly și-a îndeplinit cu succes activitatea de Ombudsman European, dat fiind raportul dânei pentru anul 2014 și consider că este persoana potrivită pentru a continua și în anul următor activitatea în interiorul instituțiilor Uniunii Europene.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo. Il Mediatore europeo rappresenta, seppur senza reali poteri di influenza, una forma di controllo data ai cittadini europei. Nell'anno preso in esame, il Mediatore ha avviato 325 indagini basate su denunce e 17 indagini di propria iniziativa. Le principali fonti di denuncia sono stati i singoli cittadini (335) e le imprese, le associazioni e altre entità giuridiche (52). Questi controlli hanno riguardato soprattutto la Commissione europea. Qualora possibile, il Mediatore cerca di giungere a un risultato positivo operando per una conciliazione amichevole soddisfacente per entrambi, denunciante e istituzione interessata. Nel 2014, sono state trovate conciliazioni amichevoli in 133 casi e in 163 casi il Mediatore ha ritenuto che non fosse giustificata alcuna indagine ulteriore. Infine è giusto ricordare che il Mediatore europeo collabora strettamente con le sue controparti negli Stati membri, come la Rete europea dei difensori civici, che comprende i difensori civici nazionali e regionali, le commissioni per le petizioni e gli organi corrispondenti degli Stati membri dell'Unione europea.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe anual sobre las actividades de la Oficina del Defensor del Pueblo ya que la actividad realizada por la señora O'Reilly en 2014 merece un reconocimiento por modernizar las instituciones y acercarlas a la ciudadanía en estos momentos de conflicto político-social.

Quiero destacar el uso por la Defensora de su capacidad para realizar investigaciones de oficio como ha sido en los casos de puertas giratorias, transparencia en los ensayos clínicos y en las negociaciones sobre la ATCI.

Mención especial merece el impulso que han dado en el año 2014, tanto la Defensora del Pueblo como el Vicepresidente de la Comisión Europea Frans Timmermans, al registro de los grupos de interés, donde se han registrado ya más de 7000 organizaciones. Este registro aporta transparencia a la labor del Parlamento Europeo y a todas las instituciones Europeas.

El trabajo de la Oficina del Defensor del Pueblo ha ayudado en este periodo a la mejora del funcionamiento de todas las instituciones poniendo el foco en los posibles casos de mala administración y recomendando soluciones, soluciones que han sido asumidas en un 80 % por los órganos investigados.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Chaque année, le Parlement européen effectue un rapport sur l'activité du médiateur européen. Depuis, octobre 2013 c'est l'irlandaise Emily O'Reilly qui occupe ce poste. Le médiateur européen constitue le relais entre les citoyens et les institutions européennes. Il a pour mission de renforcer les droits des citoyens européens en procédant à des enquêtes sur les cas de mauvaise administration dans les institutions et organes européens. C'est donc un élément primordial de contrôle démocratique au sein de l'Union européenne. J'ai voté en faveur de ce rapport qui met en exergue les enquêtes du médiateur qui ont pour objectif d'améliorer la transparence au sein des institutions européennes.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla relazione annuale concernente le attività del Mediatore europeo nel 2014. Per quanto riguarda i temi delle denunce della relazione annuale del Mediatore emerge che il tema dell'accesso del pubblico ai documenti delle istituzioni UE è chiaramente predominante e ha innescato una grande quantità di denunce. Di tutte le inchieste chiuse nel 2014, il 20-30% delle denunce ha riguardato la trasparenza e in particolare il rifiuto delle istituzioni di consentire l'accesso a documenti e/o informazioni. Questo dato dimostra che le istituzioni UE devono svolgere la loro attività in modo più trasparente al fine di promuovere la buona governance e garantire la partecipazione della società civile. Ritengo che l'apertura e l'accesso ai documenti, in particolare da parte della Commissione, conformemente all'articolo 15 del trattato sul funzionamento dell'Unione europea e all'articolo 42 della Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea, rappresentino una parte essenziale del sistema di pesi e contrappesi istituzionali. Serve in particolare una maggiore apertura nei negoziati in corso sul partenariato transatlantico su commercio e investimenti (TTIP). La relazione ha evidenziato questi elementi e ho quindi votato in suo favore.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report on the activities of the European Ombudsman, Emily O'Reilly. The work of the Ombudsman has been instrumental in holding EU processes and officials to account in many ways. Of note are recent own-initiative investigations which sought to expose the lack of transparency within TTIP and investigations into 'revolving doors' between lobbyists and EU officials. The report also notes how as a result of this office's inquiries that the European Central Bank has disclosed a letter to the Irish Government on the financial crisis, and that the Commission has followed the Ombudsman's recommendation to release documents on the reform of the Common Fisheries Policy. For these reasons I voted in favour of the report.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report (which was an 'own initiative report' and therefore not legislative) because it contained a call for an increase in the budget of the Ombudsman. UKIP is opposed in principle to any increases in expenditure and thus the burden on the UK taxpayer arising from membership of the EU.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it is a good analysis of activities of the European Ombudsman for the year 2014. I particularly welcome the own initiative investigations regarding transparency of the European institutions as well as fundamental rights and lobbying and the fact that full powers of the Ombudsman are used to make our Union better. I greatly appreciate the work of the European Ombudsman as it contributes to legitimacy, transparency and the overall functioning of the European institutions and brings them closer to the citizens of the EU.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione parte dall'analisi dell'attività del Mediatore europeo nel 2014, ma contiene, al di là di questa, diversi spunti interessanti. Ad esempio, il Mediatore viene incoraggiato a fornire un contributo più attivo, nei limiti previsti dal suo mandato, alla prevenzione dei conflitti di interesse; viene poi incoraggiato in generale a far maggiore uso del potere di avviare indagini di sua iniziativa, in particolare con riferimento al finanziamento dei progetti volti a ridurre le disparità di sviluppo. Ho votato senza esitazione a favore.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report as it gives a realistic feedback of activities of the European Ombudsman's office. I was concerned, however, by the quite negative tone of the original report with regards to the TTIP negotiations. The text, as adopted now, is fairly balanced, commending the openness of the TTIP talks as promoted by the European Commission. It has to be said that no negotiations ever before had this level of transparency allowing close public scrutiny during the process.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Abilitato a ricevere le denunce di qualsiasi cittadino o impresa che risieda nell'Unione europea, il Mediatore rappresenta un importante riferimento cui ricorrere nei casi di cattiva amministrazione da parte di un'istituzione o di una agenzia europea o di violazione dei diritti fondamentali.

Nel solo 2014, il Mediatore ha trattato oltre 2 000 denunce e 23 072 cittadini hanno chiesto assistenza ai suoi servizi. Cifre importanti che denotano il ruolo sempre crescente che ha assunto nel corso dei venti anni dalla sua costituzione.

L'accesso alle informazioni e la richiesta di trasparenza delle Istituzioni rappresentano il 20-30% delle denunce. Grazie alla funzione svolta dal Mediatore è stato possibile migliorare l'accesso ai documenti dell'UE assicurandone maggiore trasparenza ed altresì permettere ad un pubblico molto ampio di ricevere informazioni sui negoziati sul partenariato transatlantico su commercio e investimenti (TTIP).

Plaudo al nuovo assetto organizzativo e alla nomina di un coordinatore delle indagini, così come al fatto che il Mediatore si avvalga del potere di avviare indagini strategiche di propria iniziativa. Sono tutti elementi che ne accrescono la funzione e il ruolo e contestualmente la fiducia dei cittadini nelle Istituzioni europee.

Ho votato a favore della relazione e condivido la valutazione positiva fatta dal Parlamento europeo sulla serietà e la professionalità dell'azione svolta dal Mediatore europeo.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Στηρίζουμε την έκθεση και συγχαίρουμε την Emily O'Reilly για την επανεκλογή της στη θέση της Ευρωπαϊκής Διαμεσολαβήτριας, καθώς και για το εξαιρετικό της έργο.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Η έκθεση σχετικά με την ετήσια έκθεση για τις δραστηριότητες του Ευρωπαϊκού Διαμεσολαβητή κατά το 2014 αφορά ένα σημαντικό κομμάτι της ευρωπαϊκής πραγματικότητας.

Οι προσπάθειες που καταβάλλονται για την επιτάχυνση, αλλά και βελτίωση των δικαιοδοτικών διαδικασιών στην Ευρώπη αφορούν σε μεγάλο βαθμό τις δραστηριότητες του Ευρωπαϊκού Διαμεσολαβητή και υπό αυτή την έννοια, ο ρόλος του είναι σημαντικός. Γι' αυτό ψήφισα θετικά.

Salvatore Cicu (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore del provvedimento relativo all'attività del Mediatore europeo che, come tutte le istituzioni, è vincolato alla maggiore trasparenza possibile, dovendo in tal modo garantire una buona amministrazione che assicuri allo stesso tempo la partecipazione della società civile. Il complesso delle istanze presentate presso tale organo lo ergono a una delle istituzioni su cui i cittadini europei fanno maggiore affidamento e, in quest'ottica, deve esserne garantita la massima efficienza nel rispetto del necessario accesso allo stesso da parte del pubblico. In tal senso, mi trovo a plaudire all'ottimo lavoro svolto dal Mediatore europeo nella figura di Emily O'Reilly.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – In quanto deputato della Commissione PETI, ho modo di vedere abbastanza da vicino il lavoraccio a cui è sottoposto il Mediatore europeo, a cui sarei felice, se potessi, di dare più risorse a fronte di una maggiore conoscibilità da parte dei cittadini. Posso assicurare che non è facile districarsi fra i cespugli di norme europee che si sovrappongono e che fanno inciampare anche i più ligi al dovere, e tra funzionari che a volta sono molto collaborativi mentre altre volte meriterebbero una lavata di capo per ricordare loro che lavorano PER i cittadini. Ho votato a favore di questa relazione, che scatta una fotografia piuttosto fedele dei compiti che annualmente l'ufficio del Mediatore europeo svolge e che sottolinea adeguatamente come questa figura vada pubblicizzata per metterla a disposizione di sempre più cittadini che ne possono avere bisogno.

Carlos Coelho (PPE), por escrito. – Em 2012, o Provedor de Justiça Europeu promoveu um inquérito estratégico de iniciativa própria relativo à Frontex, que resultou na proposta de um mecanismo de queixas, aberto a todos.

Em 2015, esta recomendação foi apoiada pelo Parlamento Europeu e hoje está refletida na proposta apresentada pela Comissão Europeia para a criação de Agência Europeia da Guarda Costeira e de Fronteiras. Este é um dos exemplos de mais sucesso deste tipo de inquéritos, que permanecem uma prioridade para a Provedora reeleita.

Destaque-se ainda a tónica colocada durante 2014 na transparência como garantia de boa administração, essencial para o bom funcionamento do Estado.

Ao longo desse ano, neste e noutros temas, como concorrência e procedimentos concursais, foram apresentadas mais de duas mil queixas, que se traduziram em algum tipo de ação pela Provedoria.

Apoio este relatório e congratulo-me pelo trabalho conduzido pela Provedoria em 2014.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report (which was an ‘own initiative report’ and therefore not legislative) because it contained a call for an increase in the budget of the Ombudsman. UKIP is opposed in principle to any increases in expenditure and thus the burden on the UK taxpayer arising from membership of the EU.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Accolgo con favore la relazione del mediatore europeo, il quale ha svolto un eccellente lavoro intraprendendo numerose iniziative per aumentare l'efficienza dell'istituzione che rappresenta. Alcune di queste iniziative riguardano la nomina di un coordinatore delle indagini e l'introduzione di nuove norme interne in merito alle segnalazioni d'illeciti da parte dei dipendenti apportando così i primi risultati positivi. Inoltre, mi congratulo con il mediatore per le indagini avviate in merito alla trasparenza all'interno delle istituzioni dell'UE, alla trasparenza delle attività di *lobbying* e delle sperimentazioni cliniche, oltre a tutte quelle riguardanti la tutela dei diritti fondamentali, nonché quelle sui progetti e i programmi finanziati dall'UE e la sua politica di concorrenza.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Ensuring citizens' rights are fully respected and the right to good administration is constantly pursued reflect the highest standards expected of the institutions, bodies, offices and agencies of the Union. In this sense there is no doubt that the European Ombudsman plays a vital role in helping EU institutions become more open, effective and citizen-friendly with the aim of strengthening citizens' confidence in the Union.

The results of the Eurobarometer survey of May 2015 are nonetheless worrying: 40% of citizens trust in the European Union and 46% do not.

It is commendable that the institutions have complied with 80% of the Ombudsman's proposals but this needs to be increased.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Nel 2015, Il Mediatore Emily O' Reilly, ha presentato la sua relazione annuale a seguito di indagini basate su denunce da parte di singoli cittadini, imprese e associazioni, per un totale di 325, in aggiunta ad altre 17 indagini condotte di propria iniziativa. La base giuridica del mandato del Mediatore europeo è l'articolo 228 del TFUE, in base al quale Il Mediatore è abilitato a ricevere le denunce relative a casi di cattiva amministrazione nell'azione delle istituzioni dell'Unione europea. I temi chiave delle indagini condotte del Mediatore sono stati: la trasparenza all'interno delle istituzioni dell'UE, delle attività di lobbismo e delle sperimentazioni cliniche, i diritti fondamentali, le questioni etiche, la partecipazione dei cittadini al processo decisionale dell'UE, i progetti e i programmi finanziati dall'UE e la politica di concorrenza dell'UE. Mi esprimo a favore del lavoro svolto dal Mediatore europeo con l'auspicio che possa continuare a contribuire e elaborare meccanismi volti alla prevenzione dei conflitti di interesse a qualsiasi livello delle istituzioni, degli organi e delle agenzie dell'UE.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta propuesta de Resolución se realiza sobre la del informe anual presentado por el Defensor del Pueblo. Concretamente, se refiere a su labor durante 2014. La propuesta de Resolución acentúa varios elementos positivos de la labor de la Defensora, dentro de un contexto general de creciente desconfianza ciudadana hacia la Unión Europea. Es así, por ejemplo, el caso de la investigación realizada sobre las «puertas giratorias» dentro de la Comisión Europea, la vulneración del acceso a la información por parte de las instituciones europeas o la recomendación hecha para crear un mecanismo frente a la vulneración de derechos individuales por parte de Frontex. También se destaca la necesidad de aumentar los recursos para la Oficina del Defensor del Pueblo y que aún persiste un 20 % de casos de incumplimiento de las recomendaciones.

Con todo, he decidido abstenerme ya que no se han recogido nuestras enmiendas sobre temas tan sensibles como el destino de doble uso (civil y militar) de fondos europeos a terceros países participantes en el programa Horizonte 2020 (como Israel), o el fin de las políticas de deportación conjuntas de Frontex. También entiendo equivocado que se felicite a la Comisión Europea por su transparencia en las negociaciones sobre la ATCI, por razones obvias.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Stando a stime Eurobarometro al maggio 2015, il 40% dei cittadini ripone fiducia nell'Unione europea, mentre il 46% risulta sfiduciato. Una buona dose di questa insoddisfazione discende dalla scarsa capacità delle istituzioni di dare risposte concrete e in tempi ragionevoli ai bisogni dei cittadini e alla limitata capacità di far sentire tutelati i diritti individuali. In questo contesto, risulta essenziale il ruolo del Mediatore europeo, anzitutto come strumento di controllo della trasparenza e della correttezza delle amministrazioni, che devono riflettere gli standard più elevati che ci si attende dagli organi e dalle agenzie dell'Unione. Far sentire le istituzioni più vicine ai cittadini aumenta la fiducia: su questo bisogna lavorare, di pari passo con la capacità di mettere in campo politiche incisive che rispondano ai bisogni e alle esigenze più diffuse. In questo il Mediatore ha dimostrato un attivismo positivo,

soprattutto avvalendosi del potere di avviare indagini strategiche di propria iniziativa, ad esempio sulla trasparenza delle attività di lobbismo, sulle sperimentazioni cliniche, sulle questioni etiche, sulla partecipazione dei cittadini al processo decisionale, sui programmi finanziati dall'UE e sulla politica di concorrenza. Credo che la strada sia corretta e vada perseguita, con il pieno sostegno e il contributo del Parlamento europeo.

Pál Csáky (PPE), írásban. – Az európai ombudsmant a Parlament 2014 decemberében választott újra. Az ombudsman tevékenységéről évente tájékoztat, a parlamenti jelentés pozitívan fogadta a beszámolót. Az ombudsman tevékenysége hozzájárul az intézmények polgárközelibbé tételéhez. A parlament üdvözli, hogy az ombudsman a jó közigazgatás garanciájaként az átláthatóságot állította tevékenységének középpontjába. Az ombudsman az EU intézményeiben észlelt hivatali visszasságokra vonatkozó panasztételekkel és azok orvoslásával foglalkozik. Tevékenysége az átláthatóság, alapvető jogok, etikai kérdések, polgárok részvétele az uniós döntéshozatalban és uniós programok témaköreit öleli fel. Hangsúlyoznám, hogy az uniós jogalkotás folyamatába történő beavatkozás nem tartozik az ombudsman hatáskörébe. A hatáskörén kívül eső panaszokból kétszer annyi érkezett hivatalához, mint a ténylegesen őt érintő panaszokból; mindez azt mutatja, hogy a polgárokat jogaikról jobban, minél több nyelven szükséges tájékoztatni. Az ombudsman 2014-ben konzultációt indított, majd ajánlásokat fogalmazott meg az érintett intézmények számára az európai polgári kezdeményezés egyszerűbb és átláthatóbb működése érdekében. Az ombudsman hivatalból vizsgálta a kohéziós politika tagállami végrehajtása során az alapvető jogok tiszteletben tartását. 2014-ben a legtöbb ombudsmani vizsgálat (204) az európai Bizottsággal szemben indult. A beérkező panaszok többsége az információkhoz és dokumentumokhoz való hozzáférést érintette. Az uniós igazgatás javítására irányuló javaslatokat az intézmények 80%-ban teljesítették. Támogattam a jelentést.

Edward Czesak (ECR), na piśmie. – Działalność Europejskiego Rzecznika Praw Obywatelskich wymaga szczególnej uwagi ze względu na zakres jego działalności. Po ponownym wyborze na stanowisko Europejskiego Rzecznika Praw Obywatelskich pani Emily O'Reilly nadal prowadziła ona odważne dochodzenia i wydawała użyteczne zalecenia, w szczególności w odniesieniu do spraw takich jak niewystarczająca przejrzystość instytucji unijnych, działalność lobbująca, badania kliniczne, prawa podstawowe, kwestie etyczne, niektóre wydatki europejskie, polityka konkurencji lub też pozycja obywateli. W sprawozdaniu przyjęto i poparto inicjatywy podjęte na wniosek Rzecznika, których przedmiotem są: procedura składania skarg przez uchodźców w przypadku naruszenia ich praw podstawowych, poprawa funkcjonowania europejskiej inicjatywy obywatelskiej, interaktywny program „Lista życzeń dla Europy” rozpoczęty przed wyborami europejskimi, lepszy dostęp osób niepełnosprawnych do instytucji. Z uwagi na pozytywną ocenę działalności Rzecznika Praw Obywatelskich oddałem głos „za”.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – The European Ombudsman investigates complaints about poor administration by EU institutions or other EU bodies on the basis of complaints which are lodged by citizens or residents of the EU or by EU-based associations or businesses. I voted in favour of this report as the work of the Ombudsman induces further transparency. I voted in favour of this report as I believe that the European Ombudsman should have greater power to launch investigations in order to have a transparent Union.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Ce rapport vise à saluer les efforts du Médiateur européen en 2014 en vue de renforcer la transparence au sein des institutions de l'UE, des négociations du partenariat transatlantique de commerce et d'investissement (TTIP) et dans les groupes de lobby. Il revient également sur plusieurs enquêtes du Médiateur, liées à la protection des droits fondamentaux dans la politique de cohésion de l'UE par exemple. Soutenant ces objectifs, j'ai voté en faveur du rapport.

Rachida Dati (PPE), par écrit. – J'ai soutenu ce rapport qui dresse le bilan des enquêtes du médiateur européen pour l'année 2014, et permet ainsi de dégager ses principaux domaines d'action. Le médiateur européen, qui enquête sur les cas de mauvaise administration reprochés aux institutions européennes, joue un rôle important en faveur d'une plus grande transparence et d'une meilleure gouvernance ainsi que d'une garantie du respect des droits des citoyens européens.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Le médiateur européen avait émis le souhait que les migrants puissent déposer plainte lorsqu'ils estiment que leurs droits fondamentaux ne sont pas respectés. En commission, ma collègue Sylvie Goddyn avait déposé un amendement contre la disposition du rapport félicitant le médiateur d'avoir obtenu cette nouvelle voie de recours. Cet amendement n'ayant malheureusement pas été adopté, je voterai contre ce rapport, en cohérence avec notre position sur ce dispositif.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Този доклад получи пълната ми подкрепа, не само защото приветства и насърчава инициативи, като например по-добър достъп до институции за хора с увреждания, но и защото подкрепя усилия като създаването на задължителна прозрачност на регистрите за лобисти в състава на така наречените „експертните групи“, изследвания на лекарства и най-вече на използването на средствата по програма Хоризонт 2020.

Особено използването на средствата е в основата на редица институционални въпроси, които от своя страна се отразяват на държавите членки директно. Преди всичко, яснота, когато става въпрос за това как средствата се разпределят, е от съществено значение да се гарантира доверие в самите държави членки и между държавите членки из Европейския съюз.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Ενώ ο ρόλος του Διαμεσολαβητή αφορά ουσιαστικά καθήκοντα θεωρούμε ότι το εν λόγω ψήφισμα προσπαθεί να τον εκτροχιάσει.

Протеирайотита та прѐπει ва εΐναι η καταπολέμηση της διαφθοράς εντός των θεσμών, και όχι η στοχοποίηση των υπαλλήλων της FRONTEX, ούτε η υποτιθέμενη καταπολέμηση ανύπαρκτων διακρίσεων.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Desde el Parlamento Europeo se pretende seguir apoyando y promoviendo la figura del Defensor del Pueblo y sus actuaciones. El objetivo que tenemos desde Europa es hacer que las instituciones de la Unión den el mejor servicio público posible a los ciudadanos y garantizar que se respeten sus derechos. El Defensor del Pueblo contribuye a que esto sea una realidad efectiva al estar facultado, tal y como establece el TFUE, para recibir las reclamaciones relativas a casos de mala administración en las actividades de las instituciones europeas. Con la entrada en vigor del Tratado de Lisboa se amplían estas competencias y se incluyen peticiones por una posible mala administración en el marco de la Política Exterior y de Seguridad Común, incluida la Política Común de Seguridad y Defensa.

Cuando hablamos de mala administración nos referimos a casos en los que un organismo público no cumple con las normas que se han establecido o cuando no cumple con los principios de la Unión Europea. En este sentido, casos como el bloqueo en el Consejo de la Directiva contra la discriminación o la no ratificación del Tratado de Marrakech podrían entrar dentro del ámbito de las funciones del Defensor del Pueblo.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – Il Mediatore europeo Emily O'Reilly, ha presentato alla commissione per le petizioni la relazione relativa alle attività del 2014, anno in cui ha avviato 342 indagini su casi di cattiva amministrazione nell'Unione europea. I temi chiave delle indagini del Mediatore riguardano la trasparenza all'interno delle istituzioni dell'UE, la trasparenza delle attività di lobbying e delle sperimentazioni cliniche, i diritti fondamentali, le questioni etiche, la partecipazione dei cittadini al processo decisionale dell'UE, i progetti e i programmi finanziati dall'UE e la politica di concorrenza dell'UE. In particolare il Mediatore ha avviato indagini di propria iniziativa e fatto raccomandazioni per invitare il Consiglio e la Commissione a una maggiore trasparenza nei negoziati TTIP.

Il Movimento 5 Stelle da sempre si batte per portare trasparenza all'interno delle istituzioni, per questo motivo ho votato favorevolmente al report annuale del Mediatore Europeo.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Em 2014,o Provedor de Justiça abriu 325 inquéritos com base em queixas e 17 inquéritos de iniciativa própria. As queixas provinham essencialmente de cidadãos individuais (335) e de empresas, associações e outras entidades jurídicas (52).

No que toca à origem das queixas por país, a Espanha encabeçou a lista (309), seguida da Alemanha (219), da Polónia (208) e da Bélgica (147). Dos 342 inquéritos abertos pelo Provedor de Justiça Europeu, 204 (59,6%) diziam respeito à Comissão Europeia, 47 (13,7%) às agências da UE, 29 (8,5%) a outros órgãos, 32 (9,4%) ao Serviço Europeu de Seleção de Pessoal (EPSO), 12 (3,8 %) ao Parlamento Europeu, 13 (3,8%) ao Serviço Europeu para a Ação Externa e 11 (3,2%) ao Organismo Europeu de Luta Antifraude.

Em 2014, o Provedor de Justiça deu seguimento a 2163 queixas recebidas. Em 1217 casos, os seus serviços prestaram aconselhamento ou transferiram o caso em 621 casos, o queixoso foi informado de que não era possível tomar mais medidas e, em 325 casos, foi aberto um inquérito. O orçamento do Provedor de Justiça é uma secção independente do orçamento da UE. O orçamento de 2014 do Provedor de Justiça foi de 9 857 002 euros e o quadro de pessoal da instituição continha 67 postos de trabalho. Votei favoravelmente.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – Il Mediatore europeo svolge un ruolo delicato e di significativa importanza per fare emergere i casi di cattiva amministrazione, a livello di Unione europea, denunciati dai cittadini. Il Mediatore dunque consente, in qualche modo, di ridurre la distanza tra cittadini e istituzioni, offrendo ai primi la possibilità di denunciare disservizi e malefatte delle istituzioni e degli organismi dell'Unione e in questo modo di rivendicare il rispetto del diritto alla buona amministrazione sancito dall'articolo 41 della Carta dei diritti fondamentali. Apprezziamo il lavoro svolto nel 2014 dal mediatore, soprattutto con riferimento alle indagini avviate in materia di trasparenza all'interno delle istituzioni dell'UE, di trasparenza delle attività di lobbismo e delle sperimentazioni cliniche, di diritti fondamentali, di questioni etiche, di progetti e programmi finanziati dall'UE e, non ultimo, in materia di partecipazione dei cittadini al processo decisionale dell'UE. Pertanto dichiaro di votare a favore della presente relazione.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A Provedora de Justiça abriu 342 inquéritos, dos quais 325 tiveram base em denúncias e 17 foram inquéritos de iniciativa própria. A grande maioria (59,6%) diz respeito à Comissão Europeia.

A relatora propõe a aprovação do relatório anual de 2014 e congratula-se com os inquéritos iniciados pela Provedora, nomeadamente ao nível da transparência nas instituições da UE e da transparência nas atividades dos grupos de interesses.

Este é um procedimento habitual. Anualmente, o Parlamento Europeu aprecia e aprova um relatório sobre as atividades do Provedor de Justiça Europeu. A intervenção deste circunscreve-se à relação entre as instituições e a legislação da UE e os cidadãos dos seus Estados-Membros.

De uma forma geral, concordamos com o exposto no relatório. Não obstante, não acompanhamos e não podemos aceitar o apoio indireto que dá ao código de conduta do FRONTEX para as operações conjuntas de regresso e voos de repatriamento.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della relazione sulle attività del Mediatore europeo Emily O'Reilly nell'anno 2014. Il bilancio finale ha permesso di costatare l'instancabile lavoro della collega, che ha utilizzato tutti gli strumenti di sua competenza a favore di una maggiore trasparenza delle istituzioni europee, garantendo una lotta serrata alla cattiva amministrazione. Ritengo nobile l'intento del mediatore volto a incoraggiare iniziative in aiuto alle minoranze, come rifugiati e persone con disabilità. Inoltre, la sua iniziativa di ospitare l'evento «Your wish list for Europe» è un ottimo esempio di rispetto della sussidiarietà.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained as I was not completely satisfied with report.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole alla relazione riguardo il mediatore europeo, utile strumento di controllo per i cittadini.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. – Η προσπάθεια της κυρίας O'Reilly είναι αξιέπαινη, λαμβάνοντας υπόψη το σύντομο χρονικό διάστημα από την εκλογή της. Ο ρόλος της ως Ευρωπαϊκά Διαμεσολαβήτριας να βοηθά τα θεσμικά όργανα της ΕΕ να καταστούν περισσότερο ανοικτά, αποτελεσματικά και φιλικά προς τον πολίτη, με στόχο την ενίσχυση της εμπιστοσύνης των πολιτών στην Ένωση, είναι λίαν δύσκολος. Η ιδέα της ευρωπαϊκής ολοκλήρωσης πρέπει να συνάδει με περισσότερη διαφάνεια και έλεγχο των θεσμικών της οργάνων.

Λαμβάνοντας υπόψη το ευρωβαρόμετρο του περασμένου Μαΐου, η εμπιστοσύνη των πολιτών στην ΕΕ είναι μόλις 40%, αντίθετα η έλλειψη αυτής αγγίζει το 46%. Επιπρόσθετα, υπάρχει ένα 20% των προτάσεων της Διαμεσολαβήτριας, με τις οποίες τα θεσμικά όργανα δεν έχουν συμμορφωθεί.

Υπάρχει πολύς δρόμος ακόμα σε τομείς όπως η διαφάνεια, το κράτος δικαίου, η δεοντολογία, η καταπολέμηση της διαφθοράς, η διαχείριση των συγκρούσεων συμφερόντων στο δημόσιο τομέα, η διαφάνεια στις κλινικές δοκιμές και κυρίως ο ανοικτός χαρακτήρας στις διαπραγματεύσεις για την TTIP.

Για τους παραπάνω λόγους υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με την ετήσια έκθεση για τις δραστηριότητες του Ευρωπαϊού Διαμεσολαβητή κατά το 2014.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I would like to welcome the Ombudsman's greater use of her power to launch investigations on her own initiative such as on transparency in the TTIP negotiations, how Frontex ensures the respect of fundamental rights of migrants who are subject to forced returns, and composition of the Commission's expert groups, clinical trials and lobby activities as well as her work towards a mandatory Transparency Register. Key investigations for 2014 have been carried on, such as the ones on the participation of citizens in EU decision-making, on EU funded projects and programmes, and on EU competition policy.

The Ombudsman plays a vital role in helping EU institutions become more open, effective and citizen-friendly with the aim of strengthening citizens' confidence in the Union, and I believe this report will help the Ombudsman in ensuring that these objectives are met.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az európai ombudsman szoros együttműködést folytat a tagállamokban dolgozó kollégáival. Ez az együttműködés az Ombudsmanok Európai Hálózata keretében valósul meg, amely magában foglalja az Európai Unió tagállamai, az uniós tagjelölt országok, valamint az Európai Gazdasági Térség, illetve a schengeni térség más országai nemzeti és a regionális ombudsmanjait, petíciós bizottságait és hasonló szerveit. A Parlament Petíciós Bizottsága a hálózat teljes jogú tagja.

Az ombudsman ezenkívül rendszeresen találkozik az Unió intézményeinek tagjaival és tisztviselőivel annak érdekében, hogy megvitassák, milyen módon lehetne az igazgatás színvonalát javítani, hogy kihangsúlyozza számukra a megfelelő panaszkezelés fontosságát, valamint hogy megbizonyosodjon ajánlásainak és jelentéseinek megfelelő hasznosulásáról.

Az ombudsman költségvetése az Európai Unió költségvetésének önálló szakasza. Az ombudsman 2014-es költségvetése 9 857 002 euró volt, és az intézmény létszámtervében 67 álláshely szerepel.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe teniendo muy presente cuál es el papel que debe desempeñar la Unión Europea en lo referente a la mala praxis de algunos servidores públicos. Desde la UE y muy concretamente desde la figura del Defensor del Pueblo Europeo se deben combatir estas malas acciones en pro de la ética y los principios fundacionales de la UE.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe anual sobre las actividades de la Oficina del Defensor del Pueblo ya que la actividad realizada por la señora O'Reilly en 2014 merece un reconocimiento por modernizar las instituciones y acercarlas a la ciudadanía en estos momentos de conflicto político-social.

Quiero destacar el uso por la Defensora de su capacidad para realizar investigaciones de oficio como ha sido en los casos de puertas giratorias, transparencia en los ensayos clínicos y en las negociaciones sobre la ATCI.

Mención especial merece el impulso que han dado en el año 2014, tanto la Defensora del Pueblo como el Vicepresidente de la Comisión Europea Frans Timmermans, al registro de los grupos de interés, donde se han registrado ya más de 7000 organizaciones. Este registro aporta transparencia a la labor del Parlamento Europeo y a todas las instituciones Europeas.

El trabajo de la Oficina del Defensor del Pueblo ha ayudado en este periodo a la mejora del funcionamiento de todas las instituciones poniendo el foco en los posibles casos de mala administración y recomendando soluciones, soluciones que han sido asumidas en un 80 % por los órganos investigados.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe anual sobre las actividades de la Oficina del Defensor del Pueblo ya que la actividad realizada por la señora O'Reilly en 2014 merece un reconocimiento por modernizar las instituciones y acercarlas a la ciudadanía en estos momentos de conflicto político-social.

Quiero destacar el uso por la Defensora de su capacidad para realizar investigaciones de oficio como ha sido en los casos de puertas giratorias, transparencia en los ensayos clínicos y en las negociaciones sobre la ATCI.

Mención especial merece el impulso que han dado en el año 2014, tanto la Defensora del Pueblo como el Vicepresidente de la Comisión Europea Frans Timmermans, al registro de los grupos de interés, donde se han registrado ya más de 7000 organizaciones. Este registro aporta transparencia a la labor del Parlamento Europeo y a todas las instituciones Europeas.

El trabajo de la Oficina del Defensor del Pueblo ha ayudado en este periodo a la mejora del funcionamiento de todas las instituciones poniendo el foco en los posibles casos de mala administración y recomendando soluciones, soluciones que han sido asumidas en un 80 % por los órganos investigados.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo sulla relazione annuale concernente le attività del Mediatore europeo nel 2014, la cui attività ritengo sia di fondamentale importanza per garantire ai cittadini un'Unione europea più trasparente, efficace e partecipativa.

Le istituzioni europee stanno senza dubbio attraversando la fase più difficile della loro storia. La crisi politica dell'Unione sta mettendo a rischio l'idea stessa di Europa e i valori posti a fondamento della sua costruzione si scontrano con la crescente e generalizzata sfiducia dei cittadini europei.

In questo clima di incertezza e di generale delusione nei confronti delle istituzioni UE, il Mediatore europeo ha rappresentato un importante punto di riferimento per le istanze dei cittadini europei, i quali si sono rivolti a tale istituto soprattutto per denunciare questioni legate alla trasparenza delle istituzioni UE e all'accesso alla documentazione da queste prodotta.

Mi congratulo infine per la rielezione a Mediatore europeo di Emily O'Reilly, che in questi anni ha svolto un ottimo lavoro dando voce a migliaia di cittadini europei e fornendo loro assistenza, all'insegna della trasparenza e del principio di buona amministrazione che hanno certamente caratterizzato il suo incarico.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über den Jahresbericht über die Tätigkeiten der Europäischen Bürgerbeauftragten im Jahr 2014 gestimmt. Emily O'Reilly leistet hervorragende Arbeit. Ihre Erfahrung als nationale Bürgerbeauftragte war äußerst hilfreich bei der Entwicklung eines neuen, positiven Profils und verstärkter öffentlicher Wahrnehmung für den Bürgerbeauftragten.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Europejski Rzecznik Praw Obywatelskich bada skargi dotyczące przypadków niewłaściwego administrowania w instytucjach i organach UE. Skargi mogą składać obywatele UE lub osoby zamieszkałe na terytorium UE oraz przedsiębiorstwa i instytucje mające siedzibę w UE. Skargi niewłaściwego administrowania dotyczyć mogą m.in. takich przypadków jak nieuczciwe postępowanie, dyskryminacja, nadużywanie uprawnień czy nieprawidłowe procedury. Do zadań Europejskiego Rzecznika Praw Obywatelskich należy również ochrona praw osób niepełnosprawnych.

W 2014 r. Rzecznik wszczął 325 postępowań na podstawie skarg i 17 z inicjatywy własnej oraz zamknął 387 postępowań na podstawie skarg i 13 z inicjatywy własnej. Głównym źródłem skarg byli obywatele (335) oraz przedsiębiorstwa, stowarzyszenia i inne podmioty prawne (52). Jeśli chodzi o kraj pochodzenia skarg, to Hiszpania jest na pierwszym miejscu (309), następnie Niemcy (219), Polska (208) i Belgia (147).

Ze sprawozdania rocznego Rzecznika wynika, że głównym przedmiotem skarg jest publiczny dostęp do dokumentów instytucji UE. W 2014 r. wśród wszystkich zakończonych postępowań 86 (21,5%) dotyczyło dostępu do dokumentów.

Z zadowoleniem przyjmuję fakt, że instytucje UE w 80% zastosowały się do zaleceń Rzecznika. Niepokoi mnie jednak, że odsetek przypadków niezastosowania się do jego zaleceń utrzymuje się ciągle na poziomie 20%. Choć sugestie Rzecznika nie są prawnie wiążące, należy wymagać, by instytucje, organy i jednostki organizacyjne szybko i skutecznie reagowały na jego krytyczne uwagi i projekty zaleceń.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Bürger müssen sich in die Arbeit der Union einbringen können. Dies gelingt durch das Mandat der Bürgerbeauftragten, die in Fällen von Missständen bei der Tätigkeit der EU-Organe Beschwerden bearbeitet. Zudem sehe ich dadurch eine Möglichkeit der Steigerung der Verwaltungsqualität.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report (which was an ‘own initiative report’ and therefore not legislative) because it contained a call for an increase in the budget of the Ombudsman. UKIP is opposed in principle to any increases in expenditure and thus the burden on the UK taxpayer arising from membership of the EU.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de este informe. El informe sobre las actividades del Defensor del Pueblo es bastante positivo, y valoramos positivamente también la actuación durante el año 2014 de la Defensora del Pueblo. Pero discrepamos de ciertas opiniones que recoge dicho informe como «la celebración» de «los progresos alcanzados en materia de transparencia» en las negociaciones de la ATCI, o la tibieza con la que se refiere a Frontex, las devoluciones en caliente y la falta de derechos de los refugiados en este contexto de crisis. Nuestro Grupo presentó enmiendas para este texto, sobre estas cuestiones, pero no salieron adelante, por lo tanto nos vemos obligados a no dar el apoyo total al informe. No obstante, valoramos positivamente las actuaciones de la Defensora del Pueblo en materia de defensa de los derechos de los ciudadanos y su trabajo para crear una red entre los diferentes niveles de la UE.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Europejska Rzecznik Praw Obywatelskich, a szczególnie jej działania, zasługują na wyjątkową uwagę. Pani Emily O'Reilly włożyła wiele wysiłku między innymi w zapewnienie przejrzystości dotyczącej składu grup eksperckich czy badań nad lekami. Z entuzjazmem poparłam także inicjatywy Pani Rzecznik dotyczące lepszego dostępu osób niepełnosprawnych do instytucji czy poprawy funkcjonowania europejskiej inicjatywy obywatelskiej.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – Avec 23 072 sollicitations de citoyens pour 2014 et le traitement de 2 163 plaintes, la Médiatrice européenne, M^{me} O'Reilly, a parfaitement œuvré au plein respect des droits des citoyens européens, et c'est pourquoi j'ai voté en faveur de ce rapport.

Je tiens en particulier à relever les enquêtes menées concernant la transparence au sein des institutions de l'Union, la transparence des activités de lobbying et des essais cliniques, les droits fondamentaux, les questions d'éthique, la participation des citoyens au processus décisionnel de l'Union, les projets et programmes financés par l'UE et la politique de concurrence de l'Union. J'ai donc accueilli avec intérêt la demande formulée à Frontex pour que l'Agence mette en place une procédure de dépôt de plaintes individuelles en cas d'atteintes présumées aux droits fondamentaux.

Je partage également l'idée qu'il est primordial de garantir l'existence d'institutions européennes dénuées de conflits d'intérêts si nous voulons nous attacher justement à préserver la confiance des citoyens européens. C'est dans ce sens que les codes de déontologie sont apparus ces dernières années et qu'un registre public des représentants d'intérêts a été créé. Pour autant, pour être crédibles, ces pratiques doivent être partagées par toutes les institutions, y compris le Conseil.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report and encourage the ombudsman to keep up the good work. I compliment the European Ombudsman on the successes achieved, especially in difficult TTIP negotiations, and encourage promoting the European Network of Ombudsmen.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe anual sobre las actividades de la Oficina del Defensor del Pueblo ya que la actividad realizada por la señora O'Reilly en 2014 merece un reconocimiento por modernizar las instituciones y acercarlas a la ciudadanía en estos momentos de conflicto político-social.

Quiero destacar el uso por la Defensora de su capacidad para realizar investigaciones de oficio como ha sido en los casos de puertas giratorias, transparencia en los ensayos clínicos y en las negociaciones sobre la ATCI.

Mención especial merece el impulso que han dado en el año 2014, tanto la Defensora del Pueblo como el Vicepresidente de la Comisión Europea Frans Timmermans, al registro de los grupos de interés, donde se han registrado ya más de 7000 organizaciones. Este registro aporta transparencia a la labor del Parlamento Europeo y a todas las instituciones Europeas.

El trabajo de la Oficina del Defensor del Pueblo ha ayudado en este periodo a la mejora del funcionamiento de todas las instituciones poniendo el foco en los posibles casos de mala administración y recomendando soluciones, soluciones que han sido asumidas en un 80 % por los órganos investigados.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), γραπτώς. – Η Ομάδα μας κατέθεσε σειρά τροπολογιών οι οποίες υπερψηφίστηκαν. Εντούτοις, δύο συγκεκριμένες τροπολογίες που αναφέροντας σε καίρια θέματα για τα οποία είμαστε κάθετα αντίθετοι (συγκεκριμένα η αναφορά στο TTIP και στην FRONTEX) καταψηφίστηκαν. Ως εκ τούτου ψηφίσαμε αποχή.

Marian Harkin (ALDE), in writing. – The main priority of the European Ombudsman is to ensure that citizens' rights are fully respected and the right to good administration reflects the highest standards as expected of the institutions, bodies, offices and agencies of the Union. I welcome the re-election of Emily O'Reilly to the position of European Ombudsman and anticipate her continued good work. I also welcome the fact that there is greater openness in the ongoing TTIP negotiations following the Ombudsman's inquiries. I support the Ombudsman's increased cooperation with the European Institutions, and particularly the European Parliament, and therefore I have voted in favour of this report.

Brian Hayes (PPE), in writing. – I voted for this report because it fully supports the fact that the Ombudsman is making greater use of the power to open strategic investigations on its own initiative. In 2014 the Ombudsman opened 325 inquiries on the basis of complaints as well as 17 own-initiative inquiries and it closed 387 complaints-based inquiries as well as 13 own-initiative inquiries. The main sources of complaints were individual citizens (335) and companies, associations and other legal entities (52).

Roger Helmer (EFDD), in writing. – UKIP voted against this report (which was an 'own initiative report' and therefore not legislative) because it contained a call for an increase in the budget of the Ombudsman. UKIP is opposed in principle to any increases in expenditure and thus the burden on the UK taxpayer arising from membership of the EU.

Mike Hookem (EFDD), in writing. – UKIP voted against this report (which was an 'own initiative report' and therefore not legislative) because it contained a call for an increase in the budget of the Ombudsman. UKIP is opposed in principle to any increases in expenditure and thus the burden on the UK taxpayer arising from membership of the EU.

Ian Hudghton (Verts/ALE), in writing. – This report highlights the importance of transparency in the ongoing TTIP negotiations. The EU's negotiators must pay heed to this as this House will not accept any attempts to have our voice silenced on this issue.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), in writing. – Transparency is a paramount European value. Transparency is also crucial in all EU negotiations. I would like to salute the Ombudsman's inquiries towards the transparency of the TTIP negotiations. Furthermore, I would like to ask for a comprehensive approach from the Member States towards mandatory collaboration with the Ombudsman.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Glasao sam za izvješće o godišnjem izvješću o djelovanju Europskog ombudsmana tijekom 2014. godine, jer smatram da je ta institucija, na čelu s europskom pravobraniteljicom Emily O'Reilly, zaista odradila dobar posao na području transparentnosti u institucijama EU-a, transparentnosti lobiranja i kliničkih ispitivanja, temeljnih prava i etičkih pitanja te politike tržišnog natjecanja EU-a.

Iste te godine, 23 072 građana je zatražilo pomoć od pravobraniteljice, u obliku pritužbe ili zahtjeva za informacije, koji su uspješno obrađeni. Pravobraniteljica je 2014. godine otvorila 342 istrage, od kojih je 325 otvoreno na temelju pritužbe, a ostalih 17 bile su istrage na vlastitu inicijativu, što se svakako posebno cijeni i podupire. Transparentnost je od ključne važnosti za dobru upravu, stoga odobravam ovo izvješće i glasujem ZA njega.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Les progrès obtenus en matière de transparence demeurent limités et le rapport se félicite que le Médiateur européen ait demandé à Frontex une procédure de dépôt de plaintes en faveur des réfugiés. En commission, ma collègue Sylvie Godyn a déposé un amendement visant à supprimer la disposition du rapport qui félicite le Médiateur européen d'avoir obtenu cette nouvelle voie de recours. Cet amendement n'ayant pas été adopté, je m'oppose avec mes collègues au vote de ce rapport.

J'ai donc voté contre ce texte.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report (which was an 'own initiative report' and therefore not legislative) because it contained a call for an increase in the budget of the Ombudsman. UKIP is opposed in principle to any increases in expenditure and thus the burden on the UK taxpayer arising from membership of the EU.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Soledad Cabezon Ruiz sur les activités de la Médiatrice européenne en 2014, qui reçoit les plaintes sur la mauvaise administration dans les institutions européennes. La plupart des enquêtes ouvertes, soit 325 en 2014, concernent l'accès aux documents, les procédures de sélection ou encore l'exécution de contrats. Ce rapport encourage la Médiatrice à ouvrir plus d'enquêtes de sa propre initiative. De même, eu égard à l'enregistrement de 7000 structures dans le registre européen de transparence, le Parlement encourage la transparence sur les réunions de groupes d'experts et dans les agences européennes.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport traite de l'activité de la Médiatrice européenne sur l'année 2014. Cette médiatrice, en charge des enquêtes et des plaintes à l'encontre des institutions européennes, fait un travail d'investigation et de transparence remarquable pour servir d'intermédiaire entre les citoyens européens et les institutions. M^{me} O'Reilly, actuelle médiatrice, a ouvert plus de 325 enquêtes en 2014 sur la base de plaintes et le rapport encourage la Médiatrice à ouvrir plus d'enquête de sa propre initiative.

J'ai donc naturellement voté en faveur de ce rapport.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der europäische Ombudsmann leistet mit dem Fokus auf Transparenz in der Verwaltung eine großartige Arbeit. Das Büro des Bürgerbeauftragten zeichnet sich durch Eigeninitiative bei Untersuchungen aus, hat neue Regeln bezüglich des Whistleblowings eingeführt und verlangt nach mehr Transparenz in den Institutionen und internationalen Verhandlungen, klinischen Studien oder bei der Einflussnahme durch Interessenvertreter. Ich stimme aus diesem Grund dem vorliegenden Bericht zu.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Přestože si evropské ombudsmanky velmi vážím, rozhodla jsem se při hlasování o její zprávě o činnosti za rok 2014 zdržet. Vadila mi zmínka o tom, že zpráva vítá pokrok v otevřenosti probíhajících jednání o TTIP, jelikož si nejsem osobně žádného vědoma. Stále se jedná za zavřenými dveřmi a pak se chodí na večírky placené nadnárodními korporacemi. Oceňuji však veřejnou ochránkyni práv za šetření týkající se práva občanů podílet se na rozhodovacím procesu EU, především šetření, jak funguje evropská občanská iniciativa (ECI). Rovněž vítám zvýšenou a nezbytnou pozornost, kterou veřejná ochránkyně práv věnuje transparentnosti v oblasti lobbingu, a její snahu o zavedení povinného rejstříku transparentnosti, který by občanům umožňoval zjistit, kdo se snaží ovlivnit činitele EU s rozhodovací pravomocí.

Στέλιος Κούλογλου (GUE/NGL), *in writing*. – The rapporteur presents the traditional annual report on the activities of the European Ombudsman, in this case regarding the activities undertaken in 2014, which was a particular year since the European Ombudsman began to implement the new strategy 'Towards 2019'.

The Ombudsman is empowered to receive complaints concerning maladministration in the activities of EU institutions. In this context, the report welcomes the key inquiries initiated by the Ombudsman, notably the transparency in lobbying activities and within the European institutions, the 'revolving door' cases concerning high-ranking EU officials' activities, as well as fundamental rights and ethical issues.

Additionally, there are subjects of particular interest in which the Ombudsman is invited to pursue investigations, particularly the lack of transparency in the TTIP negotiations and the respect for the welfare of returnees during return flights in Frontex procedures. Given these facts, I voted in favour of this report.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – La figura del Mediatore europeo è stata istituita con il trattato di Maastricht quale organo funzionale alla cittadinanza dell'UE. Il suo compito è quello di contrastare la cattiva amministrazione nell'ambito delle istituzioni e degli organi dell'Unione europea. Parallelamente ha il dovere di rafforzare gli strumenti di tutela dei diritti dei cittadini dell'Unione e di migliorare l'efficienza dell'amministrazione comunitaria. Con l'entrata in vigore del trattato di Lisbona il mandato del Mediatore si è ampliato includendo la politica estera e di sicurezza comune. Da un punto di vista più generale è possibile affermare che il Mediatore attraverso la ricezione di denunce cerca di migliorare la qualità dell'amministrazione. Per far ciò viene pubblicato, annualmente, uno studio sulla sua attività, al fine d'informare l'opinione pubblica su quanto fatto. Ritenendo che la relazione illustri in modo esaustivo la figura del Mediatore europeo e l'attività posta in essere nel 2014, ho deciso di dare parere positivo.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur les activités du Médiateur européen en 2014. Le Médiateur a notamment mené une enquête sur le PTCI (partenariat transatlantique de commerce et d'investissement) qui a abouti à la publication par le Conseil des directives que l'Union utilise pour négocier le PTCI et à l'annonce par la Commission européenne qu'elle accroîtrait la transparence des activités de lobbying et élargirait l'accès aux documents liés au PTCI. Néanmoins, la transparence reste encore insuffisante. Le Médiateur a créé un registre de transparence, dans lequel plus de 7 000 organisations de lobbying se sont volontairement inscrites. Il y a donc certains éléments plutôt positifs.

En revanche, le Médiateur a demandé à Frontex de mettre en place une procédure de dépôt de plaintes en faveur des migrants lorsque ceux-ci sont présumés victimes d'atteintes à leurs droits fondamentaux. En commission, Sylvie Goddyn a déposé un amendement visant à supprimer la disposition félicitant le Médiateur européen d'avoir obtenu cette nouvelle voie de recours. Cet amendement n'ayant pas été adopté, je m'oppose au vote de ce rapport.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il salue les progrès obtenus par le Médiateur européen en matière de transparence alors que ces progrès demeurent très limités. Il a en outre le tort de féliciter le Médiateur d'avoir demandé à Frontex une procédure de dépôt de plaintes en faveur des migrants!

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe anual sobre las actividades de la Oficina del Defensor del Pueblo ya que la actividad realizada por la señora O'Reilly en 2014 merece un reconocimiento por modernizar las instituciones y acercarlas a la ciudadanía en estos momentos de conflicto político-social.

Quiero destacar el uso por la Defensora de su capacidad para realizar investigaciones de oficio como ha sido en los casos de puertas giratorias, transparencia en los ensayos clínicos y en las negociaciones sobre la ATCI.

Mención especial merece el impulso que han dado en el año 2014, tanto la Defensora del Pueblo como el Vicepresidente de la Comisión Europea Frans Timmermans, al registro de los grupos de interés, donde se han registrado ya más de 7000 organizaciones. Este registro aporta transparencia a la labor del Parlamento Europeo y a todas las instituciones Europeas.

El trabajo de la Oficina del Defensor del Pueblo ha ayudado en este periodo a la mejora del funcionamiento de todas las instituciones poniendo el foco en los posibles casos de mala administración y recomendando soluciones, soluciones que han sido asumidas en un 80 % por los órganos investigados.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe anual sobre las actividades de la Oficina del Defensor del Pueblo ya que la actividad realizada por la señora O'Reilly en 2014 merece un reconocimiento por modernizar las instituciones y acercarlas a la ciudadanía en estos momentos de conflicto político-social.

Quiero destacar el uso por la Defensora de su capacidad para realizar investigaciones de oficio como ha sido en los casos de puertas giratorias, transparencia en los ensayos clínicos y en las negociaciones sobre la ATCI.

Mención especial merece el impulso que han dado en el año 2014, tanto la Defensora del Pueblo como el Vicepresidente de la Comisión Europea Frans Timmermans, al registro de los grupos de interés, donde se han registrado ya más de 7000 organizaciones. Este registro aporta transparencia a la labor del Parlamento Europeo y a todas las instituciones Europeas.

El trabajo de la Oficina del Defensor del Pueblo ha ayudado en este periodo a la mejora del funcionamiento de todas las instituciones poniendo el foco en los posibles casos de mala administración y recomendando soluciones, soluciones que han sido asumidas en un 80 % por los órganos investigados.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta propuesta de Resolución se realiza sobre la del informe anual presentado por el Defensor del Pueblo. Concretamente, se refiere a su labor durante 2014. La propuesta de Resolución acentúa varios elementos positivos de la labor de la Defensora, dentro de un contexto general de creciente desconfianza ciudadana hacia la Unión Europea. Es así, por ejemplo, el caso de la investigación realizada sobre las «puertas giratorias» dentro de la Comisión Europea, la vulneración del acceso a la información por parte de las instituciones europeas o la recomendación hecha para crear un mecanismo frente a la vulneración de derechos individuales por parte de Frontex. También se destaca la necesidad de aumentar los recursos para la Oficina del Defensor del Pueblo y que aún persiste un 20 % de casos de incumplimiento de las recomendaciones.

Con todo, he decidido abstenerme ya que no se han recogido nuestras enmiendas sobre temas tan sensibles como el destino de doble uso (civil y militar) de fondos europeos a terceros países participantes en el programa Horizonte 2020 (como Israel), o el fin de las políticas de deportación conjuntas de Frontex. También entiendo equivocado que se felicite a la Comisión Europea por su transparencia en las negociaciones sobre la ATCI, por razones obvias.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Ombudsman je zadužen za zaprimanje prigovora u slučajevima neefikasne, loše ili spore administracije na razini EU-ovih institucija. Tijekom godina 20-30 % pritužbi odnosilo se na pitanje transparentnosti i najčešće su povezane s odbijanjem institucija da odobre pristup dokumentima i/ili informacijama. U 2014. Ombudsman je pokrenuo 325 postupaka temeljem pristiglih pritužbi, 17 postupaka na vlastitu inicijativu, a zatvoreno je 387 postupaka. Ombudsman je u razdoblju koje je prethodilo europskim izborima organizirao interaktivni događaj „Vaša lista želja za Europu” s ciljem da građani dospiju u samo središte procesa donošenja odluka.

Podržala sam izvješće o radu Ombudsmana za 2014.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Inštitút európskeho ombudsmana predstavuje prostriedok ochrany subjektov s bydliskom alebo so sídlom na území Únie pred nesprávnym postupom orgánov a inštitúcií EÚ. V roku 2014 súčasná ombudsmanka zistila nesprávny úradný postup v 39 uzavretých prípadoch a vydala 12 návrhov odporúčaní. Ako krajný prostriedok zjednania nápravy pri nerešpektovaní predchádzajúcich odporúčaní inštitúciami a orgánmi EÚ môže ombudsmanka vypracovať a predložiť EP osobitnú správu. V roku 2014 nepredložila ombudsmanka EP žiadnu takúto osobitnú správu.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της Έκθεσης σχετικά με την ετήσια έκθεση δραστηριοτήτων του Ευρωπαϊού Διαμεσολαβητή κατά το 2014, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 24/2/2016, καθώς και διότι η εν λόγω Έκθεση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J’ai voté contre ce rapport d’activité. Nous reconnaissons que le Médiateur européen est l’auteur de quelques bonnes décisions sur 2014, telles que la création d’un registre de transparence des lobbys ou la promotion de la transparence dans les essais cliniques. En revanche, nous nous condamnons sa demande à Frontex de mettre en place une procédure de dépôt de plaintes en faveur des migrants lorsque ceux-ci sont présumés victimes d’atteintes à leurs droits fondamentaux.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písenně*. – Ve zprávě, která hodnotí činnost evropské ombudsmanky za rok 2014 se vyskytuje řada pozitivních prvků a je zřejmé, že ombudsmanka pojímá svůj úřad velice zodpovědně a vážně, o čemž svědčí i nárůst počtu zahájených šetření, a to i z vlastního podnětu. Ombudsmanka se tak zabývala pro mě jednou z klíčových oblastí, a tou je transparentnost v jednání evropských institucí nebo např. problematikou tzv. „otáčivých dveří“ vysoce postavených úředníků EU. Nicméně vzhledem k tomu, že zpráva významně vyzdvihuje dosažený pokrok ve zprůhlednění vyjednávání o TTIP, o kterém rozhodně nejsem přesvědčen, neboť jsem žádnou větší otevřenost nezaznamenal, v konečném hlasování o zprávě jsem se zdržel.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – El informe correspondiente a la actividad del Defensor del Pueblo Europeo en 2014 pone de manifiesto la importancia que tiene esta institución y que debemos seguir apoyándola desde el Parlamento Europeo.

Doy mi voto a favor de la propuesta de Resolución sobre esta actividad en la que vuelve a destacar el gran número de reclamaciones llegadas desde España, que es el país europeo que encabeza la lista de personas que apelan a esta institución, aunque solo en diecinueve casos se vio la necesidad de iniciar investigaciones por parte de la Defensora del Pueblo.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau EP rezoliucijai dėl Europos ombudsmenės pateiktos 2014 m. veiklos atsakaitos. Manau, jog šios institucijos atlikti tyrimai, susiję su ES institucijų, aukštas pareigas užimančių pareigūnų, lobistų veiklos skaidrumu yra reikšmingi ir padeda užkirsti kelią interesų konfliktams bet kokio lygmens ES institucijose, įstaigose ir agentūrose.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Chaque année, la commission des pétitions du Parlement européen présente un rapport sur le bilan des activités du Médiateur européen de l'année écoulée. La Médiatrice en l'occurrence, enquête sur les plaintes contre les institutions de l'UE en cas de mauvaise administration ou de non-respect des droits des citoyens. Elle a mené au cours de l'année 2014 des enquêtes approfondies, portant particulièrement sur le manque de transparence de l'accord transatlantique TAFTA, le pantouflage d'anciens commissaires européens ou encore les actions opaques des lobbys. À ce titre, bien que son mandat soit limité, son travail mérite d'être salué.

Le rapport du Parlement aurait dû l'inviter davantage à poursuivre ce travail quand il se borne par exemple sur le TAFTA à saluer «la plus grande ouverture» de la Commission alors même que son mandat de négociation au nom des peuples européens n'est toujours pas officiellement rendu public. En outre, sur l'agence Frontex en charge des frontières extérieures, le rapport se limite à demander de «veiller au respect du bien-être des rapatriés au cours des vols de retour» alors que les violations des droits de l'Homme dans son traitement des migrants sont multiples. Dans ces conditions, je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le médiateur européen a promu plus de transparence dans les essais cliniques, ce qui a conduit à des améliorations limitées. Le médiateur a demandé par ailleurs que soit mise en place une procédure de dépôt de plaintes pour les migrants. M^{me} Goddyn s'est vue refuser la suppression de l'amendement qui félicite le médiateur d'avoir obtenu cette nouvelle voie de recours.

En conséquence je me suis prononcée contre ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório sobre as atividades do Provedor de Justiça Europeu em 2014.

Instituído pelo Tratado de Maastricht, o Provedor de Justiça Europeu tem um papel fundamental para investigar casos de má administração por parte das instituições europeias, reforçando a eficiência da administração pública por parte da União Europeia.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution which recognises the important work done by Emily O'Reilly as the EU Ombudsman in 2014, which has seen good results for the Union's work.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – So záujmom som si prečítal výročnú správu o činnosti európskej ombudsmanky za rok 2014. Úloha ombudsmana je mimoriadne dôležitá a v demokracii túto funkciu považujem za prejav slobody a právnej istoty. Jednou z úloh európskeho ombudsmana je zabezpečiť, aby práva občanov boli v plnom rozsahu dodržiavané, zároveň však pomáha inštitúciám EÚ stať sa otvorenejšími vo vzťahu k občanom. Táto práca je dnes veľmi náročná, keďže až 46 % občanov nemá dôveru v inštitúcie EÚ. Z tohto dôvodu gratulujem pani ombudsmanke, pretože svoje pracovné úlohy plní naozaj kvalitne. Využíva svoju právomoc začať strategické vyšetrovanie z vlastného podnetu. Pridávam sa k pozitívnemu ohlasu na skutočnosť, že v rámci svojho úradu vymenovala koordinátora vyšetrovania z vlastného podnetu a zaviedla nové vnútorné pravidlá pre informátorstvo. Takisto veľmi oceňujem pokrok, ku ktorému došlo v transparentnosti pri rokovaníach o dohode TTIP. Pani ombudsmanka vykonala v tejto veci zásadné kroky. Vyzývam pani ombudsmanku, aby aj naďalej podporovala úsilie o väčšiu transparentnosť aj v oblasti výskumu a vývoja s cieľom zaručiť prístup k zdravotnej starostlivosti.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report on the European Ombudsman, that welcomes the Ombudsman's greater use of her power to launch investigations on her own initiative such as on transparency in the TTIP negotiations, how Frontex ensures the respect of fundamental rights of migrants who are subject to forced returns; the composition of the Commission's expert groups, clinical trials, and lobby activities, as well as her work towards a mandatory Transparency Register. Other key investigations for 2014 include participation of citizens in EU decision-making (in particular into the functioning of the ECI); EU funded projects and programmes; and EU competition policy.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az európai ombudsman 2014. évi tevékenységéről szóló jelentését 2015. május 26-án nyújtotta be az Európai Parlament elnökének.

A Petíciós Bizottság azt indítványozza, hogy az Európai Parlament: gratuláljon Emily O'Reillynek európai ombudsmanná való 2014. december 16-i újráválasztásához és az általa végzett kiváló munkához; támogassa az uniós intézmények azon törekvésének segítésére irányuló célkitűzését, hogy a lehető legjobb szolgáltatást nyújtsák Európa polgárai és lakosai számára; értsen egyet azzal, hogy az ombudsman a jó közigazgatás garanciájaként az átláthatóságot állította középpontba; foglaljon állást az ombudsmani hivatal éves költségvetésének növelése mellett; hagyja jóvá az európai ombudsman 2014. évi tevékenységéről előterjesztett éves jelentést.

Az indítványt megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution est un satisfecit du Parlement européen au médiateur européen pour ses activités 2014. Celles-ci ont consisté à mettre en place un registre de transparence dans lequel se sont enregistrées plus de 7 000 organisations de lobbying; à promouvoir une plus grande transparence dans les essais cliniques qui a donné jour à la publication d'informations relatives à la valeur ajoutée des produits et à leurs coûts de recherche réels; à augmenter la transparence des activités de lobbying dans le cadre du TTIP mais qui reste malgré tout très insuffisante.

Cependant, le médiateur a aussi demandé la mise en place d'une procédure de dépôt de plaintes pour les migrants afin qu'ils puissent attaquer Frontex en cas d'atteinte à leurs droits fondamentaux, ce qui fait que nous sommes très opposés à ce satisfecit proposé dans le texte déposé.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Les progrès obtenus en matière de transparence demeurent limités mais le rapport se félicite que le médiateur européen ait demandé à Frontex une procédure de dépôt de plaintes en faveur des migrants. C'est pourquoi j'ai voté contre.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione annuale concernente le attività del mediatore europeo nel 2014. Il Mediatore ha avviato 325 indagini basate su denunce e 17 indagini di propria iniziativa e ha archiviato 387 indagini basate su denunce e 13 indagini di propria iniziativa. Le principali fonti di denuncia sono stati i singoli cittadini (335) e le imprese, le associazioni e altre entità giuridiche (52). Ritengo che Emily O'Reilly abbia svolto un ottimo lavoro e che l'attenzione rivolta alla trasparenza come garanzia di una buona amministrazione abbia costituito un elemento fondamentale nello svolgimento del suo mandato.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The European Ombudsman can, at the request of any EU citizen, investigate an EU institution on the grounds of administrative irregularities, discrimination, abuse of power, unfairness, failure to reply and refusal of information. I have voted for this report that summarises the activities of the European Ombudsman in 2014.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich hätte für diesen Bericht gestimmt, da die Arbeit des Bürgerbeauftragten sehr lobenswert ist und sich durch neue Regeln bezüglich des Whistleblowings und der Forderung nach mehr Transparenz auszeichnet.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Tegemist on ülevaatega Euroopa Ombudsmani tegevusest 2014. aastal, talle laekunud kaebustest ja nende lahendamisest. Arvestades, et päris suure protsendi kaebustest moodustas ligipääs institutsioonide dokumentidele ning avatuse puudumine, on see ilmselgelt valdkond, millele tuleb tegeleda rohkem ning leida lahendusi suurema avatuse saavutamiseks.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report (which was an ‘own initiative report’ and therefore not legislative) because it contained a call for an increase in the budget of the Ombudsman. UKIP is opposed in principle to any increases in expenditure and thus the burden on the UK taxpayer arising from membership of the EU.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Una delle principali priorità del Mediatore europeo è garantire che i diritti dei cittadini siano pienamente rispettati e che il diritto a una buona amministrazione rifletta gli standard più elevati che ci si attende dalle istituzioni, dagli organi e dalle agenzie dell’Unione. Attualmente la figura del mediatore riveste un ruolo molto importante e uno dei suoi compiti è aiutare le istituzioni dell’UE a diventare più trasparenti, efficaci e vicine ai cittadini, rafforzando così la fiducia dei cittadini nell’Unione. Visti i suoi successi ripongo anche io la mia fiducia verso tale organo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – The European Ombudsman is committed to ensuring that citizens, NGOs, associations and companies are aware of their right to complain about maladministration in the EU institutions. I welcome the Ombudsman’s investigation into whether the EU institutions are living up to their obligations and I believe that the Ombudsman should continue urging for better transparency on the members and meetings of all experts groups expert groups, technology platforms and agencies.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. – Podprl sem poročilo, ki jasno izraža podporo Evropskemu varuhu človekovih pravic ter vodi k večji transparentnosti javnih registrov, dostopnih na internetu, prav tako pa podpira nadaljnje preiskave varuha človekovih pravic.

Poročilo pozdravlja uveljavitev registra transparentnosti, ki pomembno prispeva k večji transparentnosti pri delu Evropskega parlamenta.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Pozdravljam izvješće europske pučke pravobraniteljice O’Reilly o radu njezina ureda za 2014. godinu. Željela bih prije svega dati visoku ocjenu odnosima koje pravobraniteljica ima s Parlamentom i Komisijom, i pohvaliti važnost koju pridaje tim odnosima u svom radu. Sa zadovoljstvom pohvaljujem napore pravobraniteljice u rasvjetljavanju brojnih slučajeva povezanih s transparentnosti, prije svega u području rada institucija Europske Unije. Transparentnost u radu institucija Unije, pogotovo Komisije i Vijeća, jedan je od ključnih preduvjeta za rast povjerenja građana prema europskim institucijama.

Pozivam Parlament da podrži ovo izvješće te izražavam nadu da će se dosadašnja uspješna suradnja europske pučke pravobraniteljice O’Reilly nastaviti i u ovoj godini, a da će rješavanje pritužbi vezanih uz transparentnost EU institucija doprinijeti postupnom jačanju povjerenja tzv. „običnih” građana širom Unije u njezine institucije.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le médiateur a mené une enquête sur le PTCI (partenariat transatlantique de commerce et d’investissement) qui a abouti à la publication par le Conseil des directives que l’Union utilise pour négocier le PTCI et à l’annonce par la Commission européenne qu’elle accroîtrait la transparence des activités de lobbying et élargirait l’accès aux documents liés au PTCI. Néanmoins, la transparence reste encore insuffisante. De plus, le médiateur européen a demandé à Frontex de mettre en place une procédure de dépôt de plaintes en faveur des migrants lorsque ceux-ci sont présumés victimes d’atteintes à leurs droits fondamentaux. Cette mesure me paraît inacceptable car elle ne peut que ralentir encore la résolution de la crise des migrants. Je vote donc contre ce rapport.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Glavni prioritet Europskog ombudsmana je osigurati da se prava građana u potpunosti poštuju i da pravo na dobru upravu odražava najviše standarde, čija se primjena i očekuje od institucija, tijela, ureda i agencija Unije. Prema istraživanju Eurobarometra iz svibnja 2015. 40 % građana ima povjerenja u Europsku uniju, a njih 46 % nema.

Svaki građanin Unije i svaka fizička ili pravna osoba s boravištem ili sjedištem u nekoj državi članici ima pravo obratiti se Europskom ombudsmanu u vezi s nepravilnostima u djelovanju institucija, tijela, ureda ili agencija Unije, s iznimkom Suda Europske unije u izvršavanju njegovih pravosudnih ovlasti.

Bliska suradnja pravobraniteljice i Odbora za predstavke doprinijela je postizanju više razine demokratskog nadzora nad aktivnostima europskih institucija. Pozdravljam i podupirem činjenicu da se pravobraniteljica u većoj mjeri služi svojim ovlastima kako bi otvorila strateške istrage na vlastitu inicijativu. Pozdravljam 80-postotnu stopu usklađenosti institucija EU-a s prijedlozima pravobraniteljice te izražavam zabrinutost zbog toga što i dalje postoji 20-postotna stopa neusklađenosti.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – De acordo com a legislação, «qualquer cidadão da União, bem como qualquer pessoa singular ou coletiva com residência ou sede social num Estado-Membro, tem o direito de apresentar petições ao Provedor de Justiça Europeu, respeitantes a casos de má administração na atuação das instituições, órgãos ou organismos da União, com exceção do Tribunal de Justiça da União Europeia no exercício das respetivas funções jurisdicionais».

O Provedor de Justiça Europeu é competente para realizar inquéritos sobre casos de má administração na atuação das instituições, dos órgãos ou dos organismos da União, com exceção do Tribunal de Justiça da União Europeia no exercício das suas funções jurisdicionais. O artigo 41.º da Carta dos Direitos Fundamentais refere que «todas as pessoas têm direito a que os seus assuntos sejam tratados pelas instituições, órgãos e organismos da União de forma imparcial, equitativa e num prazo razoável».

A relatora propõe a aprovação do relatório anual de 2014 e congratula-se com os inquéritos iniciados pela Provedora, nomeadamente ao nível da transparência nas instituições da UE e da transparência nas atividades dos grupos de interesses.

De uma forma geral, concordamos com o exposto no relatório. Não obstante, não acompanhamos e não podemos aceitar o apoio indireto que dá ao código de conduta do FRONTEX para as operações conjuntas de regresso e os voos de repatriamento.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Hlasoval jsem pro schválení výroční zprávy za rok 2014 předložené evropskou veřejnou ochránkyní práv a jsem velmi rád, že došlo k jejímu znovuzvolení. Současná ochránkyně totiž dokázala, že se na rozdíl od svého předchůdce neobává více využívat šetření z vlastního podnětu a proaktivnosti v zavedení nových interních pravidel. Jakožto jeden ze zástupců evropských občanů jsem velmi rád, že tímto napomáhá bourat neprůhlednost institucí Evropské unie a jejich aktivit. Považuji za velmi důležité, aby bylo předcházeno konfliktu zájmů a možné případy byly důsledně šetřeny. Je totiž zřejmé, že jinak bude mít důvěra evropských občanů k Evropské unii pouze klesající tendenci. Důvěru občanů v současnosti ovlivňuje mimo jiné vyjednávání Evropské komise se Spojenými státy americkými o TTIP. Na netransparentnost si stěžuje velký počet obyvatel. Doufám tedy, že veřejná ochránkyně podnikne v brzké době náležité kroky, které povedou ke zvýšení srozumění o projednávaných kapitolách. Podpořil jsem, aby veřejná ochránkyně i nadále sledovala činnost poradenských skupin v Evropské komisi, které jí radí v oblasti implementace rozpočtově velkých politik, včetně zemědělské, a do budoucna spolupracovala s Evropským účetním dvorem. V rámci plnění rozpočtu se nesmí nadále objevovat jakékoliv mezery v transparentnosti a instituce Unie i členské státy v tomto veřejné ochránkyni musí bezesporu vyjít vstříc.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Velice rád jsem přijal zprávu o činnosti evropského veřejného ochránce práv, která potvrzuje důležitost tohoto úřadu. Jako pro sociálního demokrata je pro mě velice důležité, aby práva občanů byla plně respektována, a to hlavně na unijní úrovni. Z toho důvodu si velice vážím a oceňuji práci Emily O'Reillyové, která byla na základě jejich snah znovu zvolena evropskou veřejnou ochránkyní práv. Díky jejímu výtečnému výkonu tak mohlo například dojít k větší otevřenosti v probíhajících jednáních o TTIP, ale také k vytvoření politiky Evropské agentury pro léčivé přípravky, jež zaujímá klíčovou roli v oblasti transparentnosti údajů klinického hodnocení. Výsledky Eurobarometru nám ukazují, že důvěra občanů v EU postupně klesá, proto je důležité dál podporovat funkci evropského ombudsmana, jenž se zasazuje o transparentnost a o řádnou správu unijních orgánů. Díky podnětům přicházejícím přímo od občanů může dojít k důležitým změnám v otevřenosti a vstřícnosti evropských institucí, což zpětně posílí jejich důvěru v činnost Evropské unie. Přístup k informacím o průběhu jednání nebo o činnosti jednotlivých unijních institucí musí i nadále zůstat základním právem pro všechny občany Evropské unie.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Il 26 maggio 2015 Emily O'Reilly, rieletta Mediatore europeo dal Parlamento europeo nella seduta plenaria di Strasburgo del 16 dicembre 2014, ha presentato la sua relazione annuale. Nel 2014 ha avviato 325 indagini basate su denunce e 17 indagini di propria iniziativa. Le principali fonti di denuncia sono stati i singoli cittadini (335) e le imprese, le associazioni e altre entità giuridiche (52). Il Mediatore ha riscontrato casi di cattiva amministrazione in 39 dei casi archiviati e ha elaborato 12 progetti di raccomandazioni. Per quanto riguarda i temi delle denunce emerge che l'accesso del pubblico ai documenti delle istituzioni UE è predominante ed ha innescato una grande quantità di denunce. Di tutte le inchieste chiuse nel 2014, 86 casi (21,5%) riguardavano

l'accesso ai documenti. Auspico che il Mediatore possa continuare a lavorare nella massima indipendenza e trasparenza per combattere i casi di cattiva amministrazione delle istituzioni e degli organi comunitari e, di conseguenza, per rafforzare gli strumenti di tutela dei diritti dei cittadini dell'Unione e per migliorare l'efficienza dell'amministrazione comunitaria. Ho votato a favore dell'approvazione di questa relazione.

Marcus Pretzell (ECR), schriftlich. – Der Jahresbericht der Europäischen Bürgerbeauftragten des Jahres 2014 setzt sich in erster Linie mit der Erfassung von Beschwerden aus den Mitgliedsländern auseinander, die sich auf die Grundrechte in der EU und auf Missstände in der Verwaltungstätigkeit der EU beziehen. Hierbei wird ein „Missstand in der Verwaltungstätigkeit“ wie folgt definiert: „Ein Missstand in der Verwaltungstätigkeit ergibt sich, wenn eine öffentliche Einrichtung nicht im Einklang mit für sie verbindlichen Regeln oder Grundsätzen handelt.“ Der Bericht erfasst Anzahl und Herkunft der Beschwerden und berichtet über deren Ausgang. Die finanziellen Mittel, die dafür aufgewendet werden, stehen meiner Meinung nach nicht im Verhältnis zum tatsächlichen Mehrwert, der durch die Bürgerbeauftragte generiert wird. Die grundsätzliche Zurverfügungstellung einer Anlaufstelle für Beschwerden halte ich allerdings für richtig. Ich enthalte mich deshalb meiner Stimme.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), par écrit. – À travers cette résolution que je soutiens pleinement, le Parlement européen félicite l'action décisive d'Emily O'Reilly en tant que Médiatrice européenne. Son rôle est essentiel pour veiller au bon respect des droits des citoyens européens et à renforcer leur confiance vis-à-vis de l'Union. Une confiance qui passe par des institutions européennes plus transparentes et ouvertes, accessibles à tous, mais aussi dénuées de tout conflit d'intérêts. C'est une condition indispensable pour favoriser la proximité entre les Européens et leurs gouvernants. Le rôle de la Médiatrice est ainsi très important pour s'assurer que l'administration européenne respecte ses obligations, notamment vis-à-vis de l'état de droit, des principes démocratiques et des valeurs de l'Union. Je salue en particulier son engagement en faveur des droits fondamentaux des réfugiés et des personnes migrantes. Frontex doit s'atteler à respecter pleinement les recommandations de la Médiatrice en ce sens, dans le cadre de ses opérations de retour conjointes, en particulier s'agissant des plus vulnérables. Il est temps également que l'Agence réponde aux nombreux appels d'Emily O'Reilly, relayés par le Parlement européen, pour la mise en place de son propre mécanisme de dépôt de plaintes individuelles en cas d'atteintes aux droits fondamentaux.

Robert Rochefort (ALDE), par écrit. – J'ai apporté mon soutien à cette résolution, dans laquelle nous approuvons le rapport d'activité de la Médiatrice européenne pour l'année 2014 et la félicitons pour sa réélection ainsi que pour le travail d'excellente facture qu'elle conduit, aux résultats certains.

À un moment où la proportion de citoyens n'ayant pas confiance en l'Union est supérieure à la proportion de citoyens lui apportant leur confiance, l'action de la Médiatrice, qui consiste à veiller au plein respect des droits des citoyens et à veiller au droit à la bonne administration, peut contribuer à inverser cette tendance problématique.

Nous soutenons ainsi sans réserve l'utilisation croissante par la Médiatrice de son pouvoir d'ouverture d'enquêtes sur propre initiative et demandons une augmentation du budget annuel qui lui est alloué.

342 enquêtes ont été ouvertes et 400 ont été clôturées. Parmi ces enquêtes ouvertes figurent notamment les thèmes des droits fondamentaux, les questions d'éthique ou de participation des citoyens au processus décisionnel, mais également de la transparence au sein des institutions de l'Union ainsi qu'au niveau des activités de lobbying et des essais cliniques.

Il faut nous assurer que la Médiatrice bénéficie d'un appui fort dans son travail. Avec cette résolution, notre Assemblée témoigne de cette intention.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), por escrito. – He votado a favor del informe anual sobre las actividades de la Oficina del Defensor del Pueblo ya que la actividad realizada por la señora O'Reilly en 2014 merece un reconocimiento por modernizar las instituciones y acercarlas a la ciudadanía en estos momentos de conflicto político-social.

Quiero destacar el uso por la Defensora de su capacidad para realizar investigaciones de oficio como ha sido en los casos de puertas giratorias, transparencia en los ensayos clínicos y en las negociaciones sobre la ATCI.

Mención especial merece el impulso que han dado en el año 2014, tanto la Defensora del Pueblo como el Vicepresidente de la Comisión Europea Frans Timmermans, al registro de los grupos de interés, donde se han registrado ya más de 7000 organizaciones. Este registro aporta transparencia a la labor del Parlamento Europeo y a todas las instituciones Europeas.

El trabajo de la Oficina del Defensor del Pueblo ha ayudado en este periodo a la mejora del funcionamiento de todas las instituciones poniendo el foco en los posibles casos de mala administración y recomendando soluciones, soluciones que han sido asumidas en un 80 % por los órganos investigados.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Dans ce rapport que j'ai voté sur les activités de la Médiatrice européenne en 2014, le Parlement se félicite des enquêtes ouvertes par la Médiatrice, précisant que les thèmes principaux qui se dégagent de ces enquêtes étaient la transparence au sein des institutions de l'Union, la transparence des activités de lobbying et des essais cliniques, les droits fondamentaux, les questions d'éthique, la participation des citoyens au processus décisionnel de l'Union, les projets et programmes financés par l'UE et la politique de concurrence de l'Union. Le texte du rapport précise qu'il est essentiel que la Médiatrice mette l'accent sur la transparence pour garantir une bonne administration. Il lui a été demandé d'enquêter sur les problèmes de transparence concernant l'accès rapide du Parlement aux documents pertinents de la Commission sur les infractions et sur la procédure pilote de l'Union, en particulier lorsqu'ils sont liés à des pétitions existantes.

Le Parlement a également salué et soutenu le fait que la Médiatrice ait davantage fait usage de son pouvoir d'ouverture d'enquêtes stratégiques de sa propre initiative.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes jis puikiai atspindi ombudsmeno Emily O'Reilly aktyvią veiklą. Vienas didžiausių laimėjimų - ombudsmeno siekis sukurti privalomo Skaidrumo registrą, kuriame registruojami lobistai. Daugiau kaip 7 000 institucijų jau savanoriškai užsiregistravo Skaidrumo registre.

Kitas svarbus darbas - pastangos užtikrinti atvirumą derybose dėl TTIP. Būtent dėl ombudsmeno pradėto tyrimo Taryba paskelbė gaires, kurias ES naudoja kaip derybinius nurodymus derybose dėl TTIP. Tuo tarpu Komisija paskelbė planus padidinti skaidrumą vykdam lobistinę veiklą ir pažadėjo suteikti didesnę prieigą prie TTIP dokumentų.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório diz respeito à Resolução do Parlamento Europeu, de 25 de fevereiro de 2016, sobre o Relatório Anual do Provedor de Justiça Europeu relativo a 2014.

Concordo com a aprovação do relatório e congratulo a Provedora Emily O'Reilly pelo excelente trabalho desempenhado ao longo do ano de 2014, nomeadamente, a sua pró-atividade, em termos de investigação e decisões tomadas em matéria de transparência das instituições europeias, direitos fundamentais e de participação dos cidadãos, bem como os seus esforços para melhorar o funcionamento do organismo a que preside.

Por essas razões, o meu voto foi favorável à aprovação deste relatório.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), *kirjallinen*. – Arvoisa puhemies, 42,54 prosenttia. Näin harva EU-kansalainen äänesti eurovaaleissa vuonna 2014; osuus on kaikkien aikojen alhaisin.

Vähäiseen kiinnostukseen on monia syitä, joista nostaan nyt esiin läpinäkyvyyden. Sitä ei ole tarpeeksi.

Miten kansalainen voi muodostaa TTIP-neuvotteluista käsityksen, jos paperit ovat salaisia?

Miten kansalainen voi luottaa siihen, että lobbarit eivät sanele politiikkaa, jos tapaamisia ei kirjata tarkasti ja julkaista tunnollisesti?

Euroopan oikeusasiamies on vaatinut ja saanut lisää avoimuutta. Tätä työtä meidän kaikkien on syytä tukea ja kunnioittaa.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui dresse le bilan des activités du Médiateur européen en 2014. Réélue en décembre 2014 par le Parlement européen, la Médiatrice européenne, Emily O'Reilly, a, au cours de l'année 2014, ouvert 325 enquêtes sur la base de plaintes. Il convient de rappeler que la Médiatrice a pour mission d'instruire les plaintes relatives à des cas de mauvaise administration dans l'action des institutions européennes. Elle dispose également du pouvoir d'initier des enquêtes.

J'ai donc soutenu cette résolution qui se félicite de l'adoption par le Médiateur européen d'une stratégie quinquennale qui permet une approche plus ciblée pour régler les problèmes récurrents et promouvoir une bonne administration. Notons également que 80 % des recommandations de la Médiatrice sont suivies et mises en œuvre par les institutions de l'UE.

La Médiatrice européenne possède un rôle essentiel afin d'assurer le respect des droits fondamentaux et des principes de l'état de droit dans l'action des institutions européennes.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Emily O'Reilly è nuovamente il Mediatore europeo e nella relazione che abbiamo approvato oggi le abbiamo fatto i complimenti per il lavoro svolto sino a oggi. Il compito del Mediatore è quello di essere un punto d'incontro tra i cittadini e le istituzioni e lei in maniera competente e trasparente ha bene esercitato questo ruolo così delicato.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de este informe. El informe sobre las actividades del Defensor del Pueblo es bastante positivo, y valoramos positivamente también la actuación durante el año 2014 de la Defensora del Pueblo. Pero discrepamos de ciertas opiniones que recoge dicho informe como «la celebración» de «los progresos alcanzados en materia de transparencia» en las negociaciones de la ATCI, o la tibieza con la que se refiere a Frontex, las devoluciones en caliente y la falta de derechos de los refugiados en este contexto de crisis. Nuestro Grupo presentó enmiendas para este texto, sobre estas cuestiones, pero no salieron adelante, por lo tanto nos vemos obligados a no dar el apoyo total al informe. No obstante, valoramos positivamente las actuaciones de la Defensora del Pueblo en materia de defensa de los derechos de los ciudadanos y su trabajo para crear una red entre los diferentes niveles de la UE.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht des Petitionsausschusses über den Jahresbericht der Aktivitäten der Europäischen Bürgerbeauftragten 2014 gestimmt, weil es wichtig ist, die möglichen Fehler in der Verwaltung der EU aufzudecken, den Beschwerden der Menschen auf den Grund zu gehen und diese somit sowohl in Zukunft zu vermeiden als auch Lösungen für sie zu finden.

Es gehen der Bürgerbeauftragten neben Beschwerden von Unternehmen, Verbänden und anderen juristischen Personen hauptsächlich solche einzelner Unionsbürger zu, wobei davon viele auch aus Deutschland kommen. Die Beschwerden beziehen sich dabei häufig auf Auskunftsverlangen und Zugang zu Dokumenten, Verwaltungs- und Mitarbeiterinformationen, Ausschreibungs- bzw. Vergabeverfahren, die Kommission als Hüterin der Verträge und die Erfüllung der Verträge.

Meiner Meinung nach müssen wir der Bürgerbeauftragten mehr Befugnisse zusprechen, auf ihre eigene Initiative hin Untersuchungen zu eröffnen, um eine höhere Transparenz zu schaffen.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta propuesta de Resolución se realiza sobre la del informe anual presentado por el Defensor del Pueblo. Concretamente, se refiere a su labor durante 2014. La propuesta de Resolución acentúa varios elementos positivos de la labor de la Defensora, dentro de un contexto general de creciente desconfianza ciudadana hacia la Unión Europea. Es así, por ejemplo, el caso de la investigación realizada sobre las «puertas giratorias» dentro de la Comisión Europea, la vulneración del acceso a la información por parte de las instituciones europeas o la recomendación hecha para crear un mecanismo frente a la vulneración de derechos individuales por parte de Frontex. También se destaca la necesidad de aumentar los recursos para la Oficina del Defensor del Pueblo y que aún persiste un 20 % de casos de incumplimiento de las recomendaciones.

Con todo, he decidido abstenerme ya que no se han recogido nuestras enmiendas sobre temas tan sensibles como el destino de doble uso (civil y militar) de fondos europeos a terceros países participantes en el programa Horizonte 2020 (como Israel), o el fin de las políticas de deportación conjuntas de Frontex. También entiendo equivocado que se felicite a la Comisión Europea por su transparencia en las negociaciones sobre la ATCI, por razones obvias.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – La risoluzione del Parlamento europeo riguarda la relazione concernente le attività del Mediatore europeo Emily O'Reilly nel 2014. La principale priorità del Mediatore europeo è garantire che i diritti dei cittadini siano pienamente rispettati e che il diritto a una buona amministrazione rifletta gli standard più elevati che ci si attende dalle istituzioni, dagli organi e dalle agenzie dell'Unione.

Nel 2014 il Mediatore ha avviato 342 indagini, 325 sulla base di denunce e 17 di propria iniziativa, il 59,6% delle quali riguardava la Commissione. Ha fornito inoltre raccomandazioni in merito alla scarsa trasparenza all'interno delle istituzioni dell'UE e delle attività di lobbismo, ai test clinici, ai diritti fondamentali, alle questioni etiche, alla spesa per la politica di concorrenza e alla partecipazione dei cittadini al processo decisionale dell'UE.

Ritengo che il Mediatore svolga un ruolo essenziale nell'aiutare le istituzioni dell'UE a diventare più trasparenti, efficaci e vicine ai cittadini, rafforzando così la loro fiducia nell'Unione europea. Ho votato pertanto a favore della relazione.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Pri hlasovaní o uznesení Európskeho parlamentu o výročnej správe o činnosti európskej ombudsmanky za rok 2014 som hlasoval za prijatie tohto uznesenia. Základnou prioritou európskeho ombudsmana totiž má byť garantovanie dodržiavania práv občanov EÚ, čo ho oprávňuje prešetrovať prípady nesprávneho úradného postupu inštitúcií, orgánov, úradov a agentúr na úrovni EÚ. V roku 2014 európska ombudsmanka podnikla kroky v súvislosti s 2 163 prijatými sťažnosťami a sama iniciovala 342 vyšetrovaní. Podporujem preto úsilie o poskytovanie čo najlepších služieb v tejto oblasti.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Hlavnou prioritou európskeho ombudsmana je zabezpečiť, aby práva občanov boli v plnom rozsahu dodržiavané. Ombudsman zohráva zásadnú úlohu pri pomoci inštitúciám EÚ stať sa otvorenejšími, účinnejšími a ústretovejšími vo vzťahu k občanom s cieľom posilniť ich dôveru k Únii. V roku 2014 požiadalo ombudsmanku o pomoc 23 072 občanov, z čoho 19 170 občanov dostalo radu prostredníctvom interaktívneho sprievodu na jej internetovej stránke. V tom istom roku zaznamenala ombudsmanka 2 079 sťažností a dostala 1 823 žiadostí o informácie. Podporila som správu, pretože sa domnievam, že pani ombudsmanka sa veľmi dobre opätovne ujala svojej funkcie po jej opätovnom zvolení. Aj vďaka jej práci sa činnosť európskych inštitúcií stala transparentnejšia, veľké uznanie jej patrí za iniciatívu v rámci príprav na európske voľby, keď v snahe postaviť občanov do centra rozhodovania usporiadala interaktívne podujatie nazvané Váš zoznam prianí pre Európu, čo voliči veľmi ocenili.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Osrednja prednostna naloga Evropskega varuha človekovih pravic je zagotoviti, da se bodo pravice državljanov dosledno spoštovale in da bo pravica do dobrega upravljanja odražala najvišje standarde, ki se pričakujejo od institucij, organov, uradov ter agencij EU.

Varuhova bistvena vloga pri sodelovanju z institucijami EU predstavlja pomoč pri doseganju večje odprtosti in učinkovitosti. Prav tako ima pomembno vlogo pri zagotavljanju, da so institucije EU državljanom prijazne ter da se krepí njihovo zaupanje v EU.

Letno poročilo o dejavnostih Evropskega varuha človekovih pravic v letu 2014 je bilo predstavljeno maja 2015. V letu 2014 je evropsko varuhinjo človekovih pravic Emily O'Reilly za pomoč prosilo 23 072 državljanov. V njenem uradu so tako zabeležili 2079 pritožb in 1823 zahtevkov za informacije. Poročilo navaja, da je varuhinja sprožila 342 preiskav, od tega 325 preiskav na podlagi pritožb in 17 na lastno pobud. Skupno je zaključila 400 preiskav. Tekom let se je 20-30% pritožb nanašalo na preglednost, predvsem na to, da institucije niso omogočile dostopa do dokumentov in/ali informacij.

Poročilo ocenjuje delo evropske varuhinje človekovih pravic in ji čestita za dobro opravljanje njene funkcije. Ker podpiram njeno prizadevanje, da državljanom in prebivalcem Evrope zagotovi čim boljše storitve, sem glasoval za sprejetje poročila.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Pozícia európskeho ombudsmana je dôležitou súčasťou demokracie v rámci EÚ. Jej dozor nad transparentnosťou a kvalitou služieb poskytovaných občanom inštitúciami EÚ je nevyhnutnosťou, ktorá posilňuje práva občanov a ich dôveru v EÚ. Napriek pokrokom v transparentnosti v určitých oblastiach, ako napríklad TTIP, ešte stále existuje mnoho priestoru na zlepšenie.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Godišnje izvješće o djelovanju Europskog ombudsmana tijekom 2014. godine službeno je predano predsjedniku Europskog parlamenta 26. svibnja 2015. i Europska ombudsmanica Emily O'Reilly predstavila je izvješće Odboru za predstavke 23. lipnja 2015. u Bruxellesu. Parlament je na svojoj plenarnoj sjednici održanoj 16. prosinca 2014. u Strasbourgu ponovno izabrao Emily O'Reilly na funkciju Europskog ombudsmana. Glavni prioritet Europskog ombudsmana je osigurati da se prava građana u potpunosti poštuju i da pravo na dobru upravu odražava najviše standarde, čija se primjena i očekuje od institucija, tijela, ureda i agencija Unije. Europski ombudsman ima ključnu ulogu u pomaganju institucijama EU-a da postanu otvorenije, učinkovitije i prilagođenije građanima kako bi se ojačalo povjerenje građana u Uniju, te sam stoga podržao izvješće.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Glavni prioritet Europskog ombudsmana je osigurati da se prava građana u potpunosti poštuju te ima ključnu ulogu u pomaganju institucijama Unije da postanu otvorenije, učinkovitije i prilagođenije građanima. Prema istraživanju iz svibnja 2015., 40 % građana EU-a ima povjerenja u Uniju, 46 % nema. U 2014. godini, 23 072 građana zatražilo je pomoć pravobraniteljice, a otvorene su 342 istrage.

Zaključivanje pojedine istrage u prosjeku je trajalo 11 mjeseci. Parlament pozdravlja istrage koje je pravobraniteljica otvorila 2014. godine u kojima se detektiraju glavne teme: transparentnost u institucijama Unije, temeljna prava, etička pitanja, sudjelovanje građana u postupku odlučivanja Unije. Također, Parlament potiče pravobraniteljicu da nastavi s podupiranjem inicijativa s ciljem postizanja veće transparentnosti te poziva države članice da budu poduzetnije u svojoj obveznoj suradnji s pravobraniteljicom.

Podržavam ovo izvješće jer smatram da je europska pravobraniteljica Emily O'Reilly postigla izvrsne rezultate u svome radu. Također, podupirem njezin cilj pomaganja institucijama Unije u njihovim nastojanjima da pruže najbolju moguću uslugu europskim građanima. Smatram da je naglasak pravobraniteljice na transparentnosti kao jamstvu dobre uprave od ključne važnosti.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sam za poročilo o letnem poročilu o dejavnostih Evropskega varuha človekovih pravic za leto 2014.

Po številnih raziskavah je zaupanje v institucije Evropske unije pri državljanih nizko. Za okrepitev zaupanja državljanov potrebujemo transparentnost in medsebojni nadzor med institucijami, kar je naloga Evropskega varuha človekovih pravic.

Institucije Evropske unije si morajo prizadevati, da državljanom in prebivalcem Evrope zagotovijo čim boljše storitve. Če želimo okrepiti zaupanje državljanov, moramo podpreti dejavnosti varuhinje v letu 2014, ki so zajemale preglednost v institucijah EU, preglednost pri lobiranju, temeljne pravice, etična vprašanja in sodelovanje državljanov pri sprejemanju odločitev v EU.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně.* – Podpořil jsem dnešní zprávu Evropského parlamentu o výroční zprávě týkající se činnosti evropského veřejného ochránce práv za rok 2014, jelikož se domnívám, že lze souhlasit s celkovým závěrem, který vyslovuje uspokojení s činností evropského ombudsmana. V systému unijních institucí plní ombudsman důležitou roli, jelikož i vůči institucím Evropské unie mají její občané právo na řádný výkon správy. Evropský ombudsman přispívá ke zlepšení výkonu správy na unijní úrovni nejen svou činností, která reaguje na podněty (stížnosti) občanů, ale také šetřeními z vlastní iniciativy, která reagují na některá nejdůležitější témata z oblasti tzv. řádné správy, jako je např. přístup k dokumentům, střet zájmů či registr transparentnosti. Užitečnost evropského ombudsmana lze dokumentovat na příkladu Evropské občanské iniciativy, kdy úřad ombudsmana upozornil na nutnost změnit některá pravidla tak, aby iniciativa byla efektivním a veřejnosti přístupným a srozumitelným nástrojem.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραφτως.* – Ο Ευρωπαίος Διαμεσολαβητής διεξήγαγε σημαντικές έρευνες κατά τη διάρκεια του 2014, όπως για παράδειγμα μια έρευνα σχετικά με την έλλειψη διαφάνειας στις εν εξελίξει διαπραγματεύσεις για την συμφωνία TTIP.

Επιπλέον, κατά τη διάρκεια του έτους 2014, ο Ευρωπαίος Διαμεσολαβητής έκανε έρευνα για βασικά θέματα όπως την διαφάνεια στις διαδικασίες εντός των θεσμικών οργάνων της ΕΕ, τα θεμελιώδη δικαιώματα, τη συμμετοχή των πολιτών στη λήψη αποφάσεων της ΕΕ καθώς και για τα έργα που χρηματοδοτούνται από την ΕΕ.

Παρόλο που καλωσορίζουμε την δουλειά που έγινε, εν τούτοις η έκθεση σχετικά με τις δραστηριότητες του Ευρωπαίου Διαμεσολαβητή περιλαμβάνει ορισμένες προβληματικές αναφορές που δεν μπορούμε να δεχτούμε. Για παράδειγμα σημειώνει πως έγινε πρόοδος όσον αφορά τη διαφάνεια στις διαπραγματεύσεις για την συμφωνία ΤΤΙΡ. Εξίσου προβληματική είναι και η έμμεση στήριξη στην FRONTEX και διη στις επιχειρήσεις που διεξάγονται για απέλαση των προσφύγων.

Για τους πιο πάνω λόγους τηρήσαμε αποχή.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η προσπάθεια της κυρίας O Reilly είναι αξιέπαινη, λαμβάνοντας υπόψη το σύντομο χρονικό διάστημα από την εκλογή της. Ο ρόλος της ως Ευρωπαϊά Διαμεσολαβήτριας να βοηθά τα θεσμικά όργανα της ΕΕ να καταστούν περισσότερο ανοικτά, αποτελεσματικά και φιλικά προς τον πολίτη, με στόχο την ενίσχυση της εμπιστοσύνης των πολιτών στην Ένωση, είναι λίαν δύσκολος. Η ιδέα της ευρωπαϊκής ολοκλήρωσης πρέπει να συνάδει με περισσότερη διαφάνεια και έλεγχο των θεσμικών της οργάνων.

Λαμβάνοντας υπόψη το ευρωβαρόμετρο του περασμένου Μαΐου, η εμπιστοσύνη των πολιτών στην ΕΕ είναι μόλις 40%, αντίθετα η έλλειψη αυτής αγγίζει το 46%. Επιπρόσθετα, υπάρχει ένα 20% των προτάσεων της Διαμεσολαβήτριας, με τις οποίες τα θεσμικά όργανα δεν έχουν συμμορφωθεί. Υπάρχει πολύς δρόμος ακόμα σε τομείς όπως η διαφάνεια, το κράτος δικαίου, η δεοντολογία, η καταπολέμηση της διαφθοράς, η διαχείριση των συγκρούσεων συμφερόντων στο δημόσιο τομέα, η διαφάνεια στις κλινικές δοκιμές και κυρίως ο ανοικτός χαρακτήρας στις διαπραγματεύσεις για την ΤΤΙΡ.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Fenntartás nélkül támogattam az Európai Ombudsman 2014. évi tevékenységéről szóló beszámoló elfogadását, mert jól tükrözi az abban az évben újráválasztott ombudsman értékes hozzájárulását egy nyitottabb, polgárközelibb Európai Unió megteremtéséhez. Az Európai Ombudsman tevékenysége a beszámolási időszakban egyértelműen aktívabbá vált, különösen a saját kezdeményezésű vizsgálatok terén. Képviselőként különösen fontosnak tartom és figyelemmel kísérem munkáját a közelmúltból és a jövőben is a migránsok jogainak védelme, az EU-lobbisták működési feltételei és kötelező nyilvántartásának bevezetése, valamint az EU által finanszírozott alapok és projektek kezelése témáiban.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – Każdy obywatel Unii i każda osoba fizyczna lub prawna mająca miejsce zamieszkania lub statutową siedzibę w państwie członkowskim Unii Europejskiej ma prawo zwracać się do Europejskiego Rzecznika Praw Obywatelskich w przypadkach niewłaściwego administrowania w działaniach instytucji, organów i jednostek organizacyjnych Unii.

W swoim sprawozdaniu Parlament Europejski wyraził poparcie dla kluczowych zagadnień badanych przez Panią Rzecznik Emily O'Reilly dotyczących m.in. przejrzystości pracy instytucji oraz grup eksperckich i doradczających, a także konfliktu interesów i dostępu do dokumentów i informacji.

W aspekcie transparentności działania instytucji unijnych i większego zaangażowania obywateli szczególnie istotne jest funkcjonowanie stworzonego w 2012 roku unijnego rejestru służącego przejrzystości (ang. EU Transparency Register), czyli platformy internetowej, która pozwala na rejestrację oraz udostępnianie informacji o interesach licznych organizacji aktywnych przy instytucjach UE.

Podsumowując, uważam, że działanie Rzecznik Praw Obywatelskich i jej bliska współpraca z Parlamentem Europejskim są niezwykle istotne. Cenię zaangażowanie Pani Emily O'Reilly, dlatego też zdecydowałem się zgłaszać za sprawozdaniem pozytywnie oceniającym jej działalność w 2014 roku.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – J'ai voté en faveur du texte. La principale priorité de la Médiatrice consiste à veiller au plein respect des droits des citoyens et à faire en sorte que le droit à la bonne administration reflète les normes les plus élevées attendues des institutions, organes et organismes de l'Union. Elle doit jouer un rôle essentiel en aidant les institutions européennes à améliorer leur ouverture, leur efficacité et leur proximité vis-à-vis des citoyens en vue de renforcer la confiance de ces derniers à l'égard de l'Union.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of approving the annual report for 2014 on the Activities of the European Ombudsman in 2014. The Ombudsman plays a vital role in helping EU institutions become more open, effective and citizen-friendly, thus strengthening citizens' confidence in the Union. I particularly welcome the Ombudsman's push in 2014 for more transparency within the EU institutions, in lobbying and clinical trials, and for more citizen participation in EU decision-making. Finally, I am also pleased that the Ombudsman achieved concrete results in 2014, opening 325 inquiries on the basis of complaints as well as 17 own-initiative inquiries and closing 387 complaints-based inquiries as well as 13 own-initiative inquiries.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Nekyla abejonių dėl to, kad Europos Ombudsmeno uždaviniai yra vieni svarbiausių Europos Sąjungoje. Būtent Ombudsmenas yra pilietinių teisių ir laisvių sergėtojas ir kaip rodo ataskaita, jos buvo ir yra pažeidžiamos. Pritariu aptariamam pranešimui, nes jame yra svarbus paskelbimas liečiantis žmones su negalia.

Europos Ombudsmenas ateityje turi skatinti priemones, kuriomis siekiama geriau apsaugoti neigalių žmonių teises ir stengiamasi užtikrinti, kad ES administracinės institucijos žinotų savo išpareigojimus, susijusius su šios grupės teisių apsauga. Tie, kurie mano, jog ES institucija neveikia, laikantis Konvencijos dėl asmenų su negalia teisių, turės lengvesnę prieigą įgyvendinti savo teises. Taip pat verta paminėti 2014 m. pradžios idėjos tęsinį, kuriuo remiantis į Ombudsmeno komandą buvo įtraukti deleguoti nacionaliniai ekspertai. Jų užduotis yra remti Ombudsmeną rengiant darbo programą susijusią su negalia ir surasti būdus pasiekti ES piliečius siekiant informuoti juos apie jiems priklausančias teises pagal JTO Konvenciją dėl žmonių su negalia teisių.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Podprla sem poročilo o dejavnostih Evropskega varuha človekovih pravic v letu 2014.

Menim, da je evropska varuhinja človekovih pravic dobro delala in zaključila veliko pomembnih pritožb. Hkrati menim, da je to potrebna institucija, ki bi se je lahko državljani EU bolj posluževali.

Yana Toom (ALDE), *in writing*. – Institutional respect for citizens' rights is a key element for democracy. The work of the European Ombudsman ensures that the rights of European Union citizens are respected by the European institutions by answering their concerns and resolving their conflicts.

Her efforts, however, do not stop there as she increasingly launches investigations on her own initiative and advocates for greater transparency. Not unlike the Committee of Petitions, the European Ombudsman is bringing the European Union closer to its citizens and therefore her efforts must be supported. The amount of work done by the European Ombudsman is astonishing, especially bearing the limited budget in mind. As the rights of European citizens are at stake here, we have not only called for a closer cooperation with the Committee on Petitions, but also for an increase in the budget.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de este informe. El informe sobre las actividades del Defensor del Pueblo es bastante positivo, y valoramos positivamente también la actuación durante el año 2014 de la Defensora del Pueblo. Pero discrepamos de ciertas opiniones que recoge dicho informe como «la celebración» de «los progresos alcanzados en materia de transparencia» en las negociaciones de la ATCI, o la tibieza con la que se refiere a Frontex, las devoluciones en caliente y la falta de derechos de los refugiados en este contexto de crisis. Nuestro Grupo presentó enmiendas para este texto, sobre estas cuestiones, pero no salieron adelante, por lo tanto nos vemos obligados a no dar el apoyo total al informe. No obstante, valoramos positivamente las actuaciones de la Defensora del Pueblo en materia de defensa de los derechos de los ciudadanos y su trabajo para crear una red entre los diferentes niveles de la UE.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution donne un satisfecit aux activités du médiateur européen pour 2014, M^{me} Emily O'Reilly, et présente son initiative consistant à demander à Frontex de mettre en place une procédure de dépôt de plaintes en faveur des migrants lorsque ceux-ci sont présumés victimes d'atteintes à leurs droits fondamentaux.

J'ai voté évidemment contre ce texte.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Parlament 2014. december 16-i strasbourgi plenáris ülésén ismét európai ombudsmanná választotta Emily O'Reillyt. 2015. május 26-án Emily O'Reilly benyújtotta 2014-es éves jelentését Martin Schulznak, az Európai Parlament elnökének. 2014-ben az ombudsman 2163 beérkezett panasszal kapcsolatban járt el. 1217 ügyben az ombudsman hivatala tanácsot adott, vagy továbbtalta az ügyet (például az Ombudsmanok Európai Hálózata valamelyik tagjához vagy a Parlament Petíciós Bizottságához), 621 ügyben a panaszos tájékoztatást kapott arról, hogy a hivatalnak nem áll módjában további tanácsot adni, 325 ügyben pedig vizsgálat indult. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – My vote was positive, as implicit endorsement of the Ombudsman's approach with regard to her own-initiative inquiries.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Europos ombudsmeno užduotis yra saugoti neįgalių asmenų teises ir užtikrinti, kad ES administracija žinotų apie savo atsakomybę, susijusią su šių teisių laikymusi. Asmenys, manantys, kad ES institucija nesilaiko Jungtinių Tautų neįgaliųjų teisių konvencijos nuostatų, turi teisę teikti skundus ombudsmenui. 2014 m. pradžioje prie ombudsmenės komandos prisijungė deleguotasis nacionalinis ekspertas, kurio užduotis yra padėti kuriant darbo programą, susijusią su neįgalumo klausimais ir surasti būdų, kuriais būtų galima geriau pasiekti piliečius ir ES institucijų darbuotojus ir informuoti juos apie jų teises ir pareigas pagal Jungtinių Tautų neįgaliųjų teisių konvenciją.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Annual Report of the activities of the European Ombudsman in 2014. 2014 was productive year for the European Ombudsman as she began the implementation of the new strategy – Towards 2019 — with a greater focus on the strategic issues of EU public administration affecting a great number of Europeans. The office equally continued to resolve significant numbers of complaints from individuals, members of civil society organisations, businesses and other interests, and assisted many more in seeking solutions to their difficulties.

In addition, joint efforts were made towards increasing lobbying transparency in the EU. Conclusively, the European Ombudsman office worked successfully in 2014 towards providing the best possible service to the citizens and residents of Europe and this is the reason why I voted in favour of the report.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe anual sobre las actividades de la Oficina del Defensor del Pueblo ya que la actividad realizada por la señora O'Reilly en 2014 merece un reconocimiento por modernizar las instituciones y acercarlas a la ciudadanía en estos momentos de conflicto político-social.

Quiero destacar el uso por la Defensora de su capacidad para realizar investigaciones de oficio como ha sido en los casos de puertas giratorias, transparencia en los ensayos clínicos y en las negociaciones sobre la ATCI.

Mención especial merece el impulso que han dado en el año 2014, tanto la Defensora del Pueblo como el Vicepresidente de la Comisión Europea Frans Timmermans, al registro de los grupos de interés, donde se han registrado ya más de 7000 organizaciones. Este registro aporta transparencia a la labor del Parlamento Europeo y a todas las instituciones Europeas.

El trabajo de la Oficina del Defensor del Pueblo ha ayudado en este periodo a la mejora del funcionamiento de todas las instituciones poniendo el foco en los posibles casos de mala administración y recomendando soluciones, soluciones que han sido asumidas en un 80 % por los órganos investigados.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I was happy to vote in favour of this motion for resolution on the activities of the European Ombudsman, Emily O'Reilly. While acknowledging that transparency is an ongoing process, where there is almost always room for improvement in any institution or organisation, I feel that the Ombudsman made excellent progress in many areas in 2014.

Due to the Ombudsman's inquiries, the Commission has released a variety of documents that have proved invaluable to improving transparency, including on the Greek entry into the eurozone. Also the European Central Bank has disclosed the contents of a letter to the Irish Government on the financial crisis, and the Commission has followed the Ombudsman's recommendation to release documents on the reform of the Common Fisheries Policy, although this was after reform had been agreed.

I was therefore happy to vote positively in regards to the Ombudsman's activities in 2014. It is vital that the Ombudsman is congratulated for her proactive work and encouraged to go further in the future. This can only be an advantage to European Union and its institutions.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Mevrouw O'Reilly heeft haar functie als ombudsman voortreffelijk vervuld, zeker met betrekking tot de transparantie van de TTIP-onderhandelingen. Het is mijn hoop dat zij haar werk op deze manier voortzet om zo de Europese instellingen te ondersteunen om doeltreffender, transparanter en verantwoordelijker te worden.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport porte comme chaque année sur les activités de la Médiatrice européenne en 2014. Alors que la fonction du Médiateur européen est de renforcer le processus démocratique au sein de l'Union européenne, ses moyens législatifs étaient jusqu'à présent relativement limités. Depuis son élection en 2013, Emilie O'Reilly a renforcé les attributions du Médiateur et semble vouloir rappeler aux États membres et à la Commission leurs obligations en matière de respect de l'État de droit et de la démocratie.

Transparence des négociations sur le TTIP, transparence des lobbys, conflits d'intérêts ou encore respect des droits fondamentaux: la médiatrice a pris l'initiative d'ouvrir un certain nombre d'enquêtes sur les possibles manquements à l'état de droit et les résultats de ses enquêtes sont intéressants.

Pourtant, ce rapport ne suit pas ses recommandations jusqu'au bout et salue notamment une plus grande ouverture dans les négociations du TTIP ou encore les activités de Frontex en matière d'expulsions et de retours.

La GUE/NGL a déposé plusieurs amendements visant à reprendre ses recommandations, amendements qui ont tous été rejetés.

Le moins que l'on puisse dire c'est qu'Émilie O'Reilly a encore beaucoup à faire pour être entendue; je la soutiens et j'ai donc voté pour ce rapport.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Provedor de Justiça Europeu é competente para realizar inquéritos sobre casos de má administração na atuação das instituições, dos órgãos ou dos organismos da União, com exceção do Tribunal de Justiça da União Europeia no exercício das suas funções jurisdicionais. O artigo 41.º da Carta dos Direitos Fundamentais refere que «todas as pessoas têm direito a que os seus assuntos sejam tratados pelas instituições, órgãos e organismos da União de forma imparcial, equitativa e num prazo razoável».

De acordo com a legislação, «qualquer cidadão da União, bem como qualquer pessoa singular ou coletiva com residência ou sede social num Estado-Membro, tem o direito de apresentar petições ao Provedor de Justiça Europeu, respeitantes a casos de má administração na atuação das instituições, órgãos ou organismos da União, com exceção do Tribunal de Justiça da União Europeia no exercício das respetivas funções jurisdicionais».

Comprendemos o processo, mas não podemos deixar de considerar que o mesmo apenas se insere numa manobra de propaganda destinada a vender uma União Europeia muito democrática e preocupada com os cidadãos, quando, na realidade concreta das suas políticas, oprime populações inteiras no completo desrespeito pela sua vontade soberana.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Ich habe für diesen Bericht gestimmt, weil die Arbeit der Europäischen Bürgerbeauftragten in unserem Sinne ist. Sie hat z. B. den Fokus auf Transparenz gelegt (vor allem in der Verwaltung), zeigt Eigeninitiative bei Untersuchungen, hat neue Regeln bezüglich des „Whistleblowing“ eingeführt, will mehr Transparenz in EU Organen/bei Lobbying/klinischen Studien und führt Ermittlungen bezüglich der Transparenz im TTIP-Abkommen.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Ich habe gegen den Antrag gestimmt, weil er das TTIP-Abkommen und die Migranten begünstigt. Aus nationaler Sicht ist dieser Antrag völlig indiskutabel. Für die deutsche Wirtschaft wäre er zudem eine längerfristig zunehmende Belastung.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Jahresbericht 2014 über die Tätigkeit des Europäischen Bürgerbeauftragten habe ich zugestimmt.

Der Bericht ist im Wesentlichen eine statistische Fleißaufgabe und gibt die Arbeit des Bürgerbeauftragten in Zahlen und Prozenten wieder. Politisch wird der Bericht, wo er die Arbeit des Bürgerbeauftragten lobt und mehr Transparenz der EU fordert – etwa bei den Lobbyregistern und der Verwendung von EU-Geldern.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul referitor la raportul anual privind activitățile Ombudsmanului European în 2014. Susțin aprecierile raportorului referitoare la activitatea lui Emily O'Reilly, care a fost realsă de Parlament ca Ombudsman European în ședința plenară de la Strasbourg la 16 decembrie 2014. Este de apreciat faptul că raportul PE salută determinarea Ombudsmanului în demersul său de a lansa investigații strategice din proprie inițiativă, precum și faptul că acesta este eficient în a asista instituțiile UE în eforturile lor de a le oferi cetățenilor și rezidenților din Europa un serviciu de cea mai bună calitate posibilă, punând accent pe transparență, pentru a garanta buna administrare.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – V roku 2014 bola činnosť európskej ombudsmanky charakteristická 325 vyšetrovaniami, ktoré boli začaté na základe sťažností. Uzavrela pritom v tomto roku 387 vyšetrovaní na základe sťažností a ukončila 13 vyšetrovaní z vlastnej iniciatívy. Adresátmi sťažností boli prevažne jednotliví občania, a to až v 335 prípadoch. Úlohou ombudsmanky je pritom hľadať zmierlivé riešenia, ktoré by uspokojili obe strany. Čo sa týka tematiky sťažností, až 21,5 % prípadov sa týkalo prístupu verejnosti k dokumentom inštitúcie EÚ. Rovnako je úlohou európskeho ombudsmana chrániť práva osôb so zdravotným postihnutím, avšak túto úlohu by podľa môjho názoru mali prebrať viac vnútroštátni ombudsmani. I to je jeden z dôvodov, pre ktoré som sa rozhodla danú správu nepodporiť, pretože nie som vnútorne presvedčená, že táto funkcia je na úrovni EÚ opodstatnená.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu o aktivitách Európskej ombudsmanky za rok 2014 som podporila. Myslím si, že pani ombudsmanka O'Reilly vykonala počas tohto obdobia skvelú prácu v súvislosti s presadzovaním transparentnosti. Vďaka jej vyšetrovaniu bolo zverejnených niekoľko významných dokumentov a som presvedčená, že práve jej intervencia v oblasti rokovaní o transatlantickom obchodnom partnerstve zmiernila najväčšie obavy občanov, ktoré pramenili najmä z netransparentných rokovaní za zavretými dverami. Veľmi dôležité bolo aj zavedenie tzv. registra transparentnosti, ktorý je podľa mňa prínosným nástrojom pre informovanosť verejnosti a získavanie dôvery občanov. Rovnako si cením, že sa pani ombudsmanka snaží nabádať európske inštitúcie, aby zabezpečili prístupné služby pre osoby so zdravotným postihnutím.

Milan Zver (PPE), *písomne*. – Podprl sem resolucijo, s katero je bilo odobreno letno poročilo za leto 2014, ki ga je predložil Evropski varuh človekovih pravic.

Podpiram namen delovanja, da sprejema pritožbe v primerih nepravilnosti pri delovanju institucij Evropske unije, in vse dosedanje uspešno delo. Toda na tem mestu menim, da bi morali razmisliti o evropskem varuhu temeljnih človekovih pravic v okviru EU, ki bo imel širše pristojnosti in strožja pooblastila, da bo reagiral, kadar bo šlo tudi za najbolj eklatantne kršitve pravic in svoboščin državljanov in državljanov Evropske unije, določenih v Listini EU o temeljnih pravicah, pred nacionalnimi organi držav članic.

8.12. Jahresbericht 2014 der Europäischen Zentralbank (A8-0012/2016 - Notis Marias)

Oral explanations of vote

Richard Sulík (ECR). – Hlasoval som proti tejto výročnej správe Európskej centrálnej banky preto, lebo považujem za urážku tohto Parlamentu, že výročná správa za rok 2014 je Parlamentu predložená až vo februári 2016. Avšak za oveľa vážnejšie považujem, že šéf Európskej centrálnej banky, pán Draghi, likviduje našu spoločnú menu euro svojou monetárnou politikou. Po prvé, je to uvoľňovanie obrovského množstva peňazí a toto sa nedá nazvať nijako inak ako tlačenie peňazí bez nejakého reálneho krytia. A po druhé, je to zrazenie základnej úrokovej sadzby takmer na nulu. Táto zničujúca politika v Európskej centrálnej banke je možná len preto, lebo na základe absurdného mechanizmu hlasovania v rade ECB dochádza k tomu, že dlžníci rozhodujú o veriteľoch.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētā! 2008.-2009. gadā bija finansiālā krīze, un tās sekas ir jūtas joprojām, lai gan pagājis cīk daudz gadu, tomēr jaunās, vienmēr attīstošās starptautiskās realitātes dēļ Eiropas Savienības ekonomiku nereti turpina periodiski kratīt drudzis. Eiropas Centrālās bankas politika kopumā šajā ziņā palīdz pietiekami efektīvi pārvarēt šīs krīzes sekas. Protams, tās politikā viennozīmīgi pastāv dažāda veida trūkumi, piemēram, atšķirīga finansiālā un kredītpolitika attiecībā uz dažādām dalībvalstīm. Tomēr nevar neatzīt, ka Eiropas Centrālā banka cenšas inflācijas līmeņus regulēt un stimulēt ekonomisko pieaugumu.

Obligāti jāsaņem, ka manā valstī, Latvijā, viens premjerministrs pirmskrīzes gadus nosauca par treknajiem gadiem, un, lai mēs atgrieztos treknajos gados, mums obligāti jāstimulē investīcijas uzņēmējdarbībā.

Written explanations of vote

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – The report includes a call for the ECB to initiate legislation to permit the EU to take as its 'own resources' the profits of the ECB – profits which currently are distributed to eurozone Member States. UKIP objects to the activities of the ECB and, as the UK is a shareholder in the ECB, UKIP accordingly voted against the report.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La Banca centrale europea, istituzione di massima rilevanza economica, ha attuato sotto la presidenza Draghi politiche monetarie anti convenzionali che avrebbero dovuto riequilibrare la situazione finanziaria europea. Così non è stato: l'economia reale è ancora in sofferenza. La relazione annuale del 2014 sull'operato della BCE non fa riferimento, o lo fa in maniera debole, a fattori economici essenziali: l'inefficienza della moneta unica, il meccanismo di supervisione (SSM) e il ruolo generale della Banca centrale europea nel sistema Europa. Per questi motivi ho deciso di votare contro la relazione annuale della BCE.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe anual sobre la actividad del Banco Central Europeo (BCE) porque en el mismo se apoya la política monetaria expansiva que aquel ha venido desarrollando, incluido el programa de compra de deuda pública de los Estados miembros, así como la prioridad fijada en agosto de 2012 de hacer todo lo necesario para asegurar la estabilidad financiera de la zona del euro y la irreversibilidad de la moneda única.

Lamento, eso sí, que una coalición negativa, formada por la ultraderecha, los euroescépticos, la izquierda radical y la mayoría del Partido Popular Europeo y la Alianza de los Liberales y Demócratas, haya bloqueado la enmienda 12, promovida por una coalición proeuropea compuesta por diputados de cuatro grupos políticos, incluida quien esto escribe, y que pedía al BCE que estudiara convertir sus beneficios (del orden de los mil millones de euros al año) en un nuevo recurso propio.

Es de agradecer en todo caso que la enmienda haya contado con el apoyo de mi Grupo (Socialistas y Demócratas), por lo que seguiré trabajando por el objetivo de aumentar los recursos propios de la Unión Europea y, en concreto, por constituir una capacidad fiscal en la zona del euro.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que el resultado final ha diluido las importantes críticas que el ponente realizaba en la primera versión debatida. La versión inicial de este informe contenía una condena expresa al Presidente del Banco Central Europeo, Mario Draghi, por el papel realizado en la extorsión financiera a la que esta institución está sometiendo a los Estados miembros de la periferia de la Unión Europea. Sin embargo, este texto inicial ha sido modificado por la mayoría de los grupos de este Parlamento, quedando una idílica, acrítica y descafeinada visión de la actividad realizada por esta institución durante el ejercicio 2014. Es por todo esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport sur l'avis de la commission ECON sur le rapport annuel de la BCE.

En effet, ce texte qui est censé commenter la politique menée par la BCE il y a deux ans se focalise en réalité sur l'actualité économique et les politiques européennes.

L'absence de vision critique du texte quant à la dégradation de la situation macroéconomique et sur les effets indésirables de la drogue addictive QE est largement contestable. Les effets déstabilisateurs sur le prix des actifs liés à la création monétaire massive, ainsi que les effets d'un pétrole bas sur les niveaux d'inflation en relation avec les objectifs de la BCE sont donc insuffisamment abordés.

De plus, nous ne trouvons aucune remise en cause des grands piliers monétaires européens qui ont, rappelons-le, détruit les économies de nos pays. Bien au contraire, ceux-ci sont glorifiés dans le texte.

Lucy Anderson (S&D), *in writing*. – This is a welcome resolution on the latest Annual Report from the European Central Bank, especially the European Parliament's call for further efforts to improve the financing of the real economy, and the emphasis on continuing to increase the democratic accountability of the ECB as a priority. It is positive that the ECB acknowledges the importance of helping small businesses to access finance, for example as a result of the credit-easing package of June 2014. However, I particularly endorse the comments made by Socialists and Democrats and other colleagues in the debate on failure of the ECB sufficiently to address the negative jobs impact of its actions generally and through its involvement in programmes in particular Member States. As an EU institution, the ECB is bound under Article 9 of the Treaty on the Functioning of the European Union to take into account the requirement to promote employment and social protection and to combat social exclusion in defining and implementing its policies and activities.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφιώς*. – Στην παρούσα ετήσια έκθεση της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο εκφράζει την άποψή του όσον αφορά το έργο της κατά τη διάρκεια του 2014.

Η ΕΚΤ έχει ένα θετικό και βασικό ρόλο χαράσσοντας μη συμβατικές επιχειρήσεις νομισματικής πολιτικής. Ωστόσο, είναι ξεκάθαρο ότι υπάρχουν και ορισμένα όρια στο τι μπορεί να επιτύχει από μόνη της μία νομισματική πολιτική και ως εκ τούτου καθίσταται σαφές στην τελική έκθεση ότι είναι απαραίτητο να υπάρξουν και πιο στοχευμένες επενδύσεις και δομημένες και κοινωνικά ισορροπημένες μεταρρυθμίσεις με θετικό πρόσημο.

Τέλος, ως ομάδα των Σοσιαλιστών και Δημοκρατών του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου καταφέραμε σε συνεργασία και με άλλες πολιτικές ομάδες να τονιστεί μέσα στην έκθεση, την οποία και υπερψηφίσα, ότι θα πρέπει να υπάρχει και μία ολοκληρωμένη αξιολόγηση της συμμετοχής της ΕΚΤ στο πλαίσιο της Τρόικας και του Κουαρτέτου και να είναι ξεκάθαρες οι αρμοδιότητες που αναλαμβάνει, έτσι ώστε να διασφαλίζεται η δημοκρατική υποχρέωση λογοδοσίας του κάθε θεσμού στην υιοθέτηση και εφαρμογή των προγραμμάτων διάσωσης.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zum Jahresbericht 2014 der Europäischen Zentralbank gestimmt. Trotz der Unabhängigkeit der Zentralbank bleibt eine Debatte über die Richtigkeit ihrer Politik wichtig. Die Prognosen für das Wachstum innerhalb der EU liegen aktuell bei 1,7 Prozent. Dennoch machen hohe Arbeitslosenquoten weiterhin Sorgen. Wichtig bleibt daher in meinen Augen vor allem eine konsequente Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen, die bedeutende Jobmotoren innerhalb der EU sind. Auch die Taktik der Niedrigzinsen bleibt umstritten, insbesondere was die Pensionssparer und Sparkonteninhaber betrifft. Die Ziele, die dabei verfolgt werden, sind aber die richtigen: den Ausweg der Staaten aus der Schuldenkrise fördern und eine Stärkung der gemeinsamen Währung bewirken.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport présente l'avis de la commission ECON sur le rapport annuel de la BCE pour l'année 2014. Si l'on peut percevoir des critiques et des inquiétudes, par exemple sur les difficultés de financement des PME ou sur l'impact des achats de titres sur le bilan de la BCE, il n'en reste pas moins que ce texte pêche par son absence de vision critique sur la dégradation de la situation macroéconomique et, même si elle est évoquée, sur les effets indésirables de la drogue addictive qu'est le «quantitative easing» et les scénarios de sortie.

En outre, le rapport ne remet aucunement en cause, voire au contraire encense: union bancaire, union des marchés de capitaux, gouvernance budgétaire, indépendance de la Banque centrale, etc. J'ai donc voté contre ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I would like to confirm I voted against this report. The report calls for the European Central Bank (ECB) to initialise legislation which it is allowed to do under the Lisbon Treaty. I do not support further European legislation. The ECB makes profits from the loans it gives to Member States such as Greece. This report calls for the profits made from the financial suffering of Member States to be given to the European Union as 'own resources'. The EU does not have its 'own' resources; it makes money out of European taxpayers and this case is no different.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už Europos Centrinio Banko 2014 m. metinę ataskaitą. Pritariu, kad būtina gerinti sąlygas tiek viešojo, tiek privačiojo sektoriaus investicijoms, kuriomis siekiama skatinti ekonomikos augimą ir darbo vietų kūrimą, ir dėti tolesnes pastangas siekiant užtikrinti realiosios ekonomikos finansavimą. Valstybės narės turi įgyvendinti tvarias ir socialiai subalansuotas struktūrines reformas. ECB turi ir toliau siekti išlaikyti palankias finansavimo sąlygas, viešojo ir privačiojo sektorių investicijos euro zonoje tebėra gerokai mažesnės, nei buvo prieš dabartinę krizę. Svarbus Europos strateginių investicijų fondo (ESIF) įsteigimas, taip pat Komisijos planas sukurti tikrą kapitalo rinkų sąjungą (KRS), kuri ES ekonomikoje turėtų įvairinti finansavimo šaltinius, padidinti tarpvalstybines investicijas ir pagerinti įmonių, ypač MVĮ, galimybes gauti finansavimą. ECB turi ir toliau prisidėti prie pastangų, kuriomis siekiama didinti pigų skolinimą realiajai ekonomikai ir sudaryti palankesnes sąlygas ekonomikos atsigavimui,

darbo vietų kūrinių, ekonomikos augimui ir stabilumui.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A jelentés lényegében az Európai Központi Bank 2014. évi jelentéséhez fűz kommentárokat. Meglehetősen száraz, szakmai anyag, az igazi gazdasági problémákról, például a hatalmas német exporttöbbletről, aminek következtében periferiális országok külső eladósodása nő, nem esik szó benne. Az Európai Parlament elé kerülő jelentés számos általános és eddig is ismert elvet fogalmaz az EKB számára, ugyanakkor elismeri, hogy az EKB politikája nem volt különösebben hatékony az euróövezet gazdaságának fellendítésében. Tegyük hozzá, hogy a monetáris irányítás eszközeivel – például olcsó hitelekkel – nem lehet megoldani olyan problémákat, amelyek az általános kereslet hiányából fakadnak. A megoldás erőteljes állami beruházás lett volna, amit azonban a Lisszaboni Szerződés tilt. A jelentés ajánlásai nem többek, mint az eddig is alkalmazott neoliberais gazdaságpolitikai elvek megerősítései. Emiatt nem tartom hasznosnak a jelentést és elutasítottam.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Comme chaque année, la commission ECON présente son avis sur le rapport annuel de la BCE, avec une année de décalage.

L'exercice se révèle donc quelque peu délicat puisqu'il s'agit de commenter la politique menée par la BCE il y a deux ans, alors que l'actualité de 2015 et de début 2016 a été très riche: reprise de la supervision bancaire des banques systématiques, lancement puis extension progressive du «quantitative easing» (assouplissement quantitatif), gestion de la crise grecque avec la réaffirmation de Mario Draghi de l'engagement à soutenir à tout prix l'euro,...

Il s'agit en fait d'un rapport d'autosatisfaction d'eurobéats et j'ai logiquement voté contre.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Il s'agit d'un rapport annuel afin d'évaluer l'action de la BCE.

La BCE joue un rôle clé dans les opérations de politique monétaire non-conventionnelle. Cependant, ce sont les limites de ce que peut réaliser la politique monétaire et nous avons besoin de plus d'investissements positifs et ciblés et de réformes structurelles socialement équilibrées.

Le rapport se concentre sur les perspectives économiques de la zone euro et le rôle de la BCE dans les programmes d'ajustement macro-économiques. Il y a également une remise en cause du rôle de la troïka et des politiques monétaires non conventionnelles.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La Banca centrale europea guidata da Mario Draghi ha avviato nel 2014, allo scopo di sostenere i prestiti all'economia reale, una serie di operazioni per il rifinanziamento a lungo termine e diversi programmi per l'acquisto di attività finanziarie selezionate nel settore privato. Nel 2015 ha poi promosso un programma di acquisto di attività per 1100 miliardi di euro. Queste e altre operazioni, che hanno coinvolto misure di stampo non convenzionale, hanno rappresentato una risposta positiva, seppur non risolutiva, ai problemi economici dell'Unione. Ho deciso di sostenere con convinzione la relazione Marias perché ritengo fondamentale il contributo della BCE per incrementare i prestiti a tasso ridotto a beneficio delle PMI e soprattutto per favorire una ripresa economica effettiva a livello di occupazione, crescita e stabilità; La difesa della moneta unica, il ruolo di vigilanza del sistema bancario e l'impegno per la stabilità dei prezzi rappresentano contributi essenziali per garantire al progetto europeo di avanzare verso la strada di una maggiore integrazione.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe del Parlamento Europeo sobre la actividad del BCE en 2014. El informe contiene algunos elementos progresivos, al señalar el papel negativo que el BCE ha tenido en Grecia y el déficit democrático que sufre el BCE, y hacer un énfasis en las políticas de austeridad que el BCE ha impulsado. Sin embargo, he votado en contra del informe en su conjunto porque contiene una validación implícita de la actual estructura del BCE.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe relativo al Informe Anual 2014 del Banco Central Europeo. En él misma se habla de que la modesta recuperación, geográficamente desequilibrada, prevista para los próximos años en la zona del euro debe reforzarse y que será necesario incrementar el crecimiento económico potencial para reducir los elevados índices de desempleo registrados en muchos Estados miembros de la zona del euro y aliviar el peso de la deuda. He diferido de mi Grupo en el voto relativo a la enmienda 12, en la que se pedía al BCE que considerara la posibilidad de utilizar su poder de iniciativa a fin de transformar una parte de sus beneficios netos en un nuevo recurso propio de la Unión, de manera que se garantizara que únicamente sacasen provecho de los beneficios netos del BCE los Estados miembros que hubiesen adoptado la moneda única. Lamento que esta enmienda no haya sido aprobada.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai rejeté ce rapport qui prouve une nouvelle fois que beaucoup de députés préfèrent se voiler les yeux plutôt que de regarder en face la réalité et les conséquences des politiques menées par la BCE. Si le rapporteur ose certaines critiques à l'égard du gendarme qu'est la BCE, notamment sur les difficultés de financement des PME, les causes structurelles de la crise économique et monétaire que nous traversons ne sont toujours pas abordées: aucune remise en cause de l'Union bancaire, de l'Union des marchés des capitaux, de l'indépendance de la banque centrale...

Pire, le rapporteur n'ose pas non plus prendre de front les tentatives désespérées de la BCE de sauver l'euro («quel qu'en soit le prix», selon Mario Draghi) qui conduisent à déstabiliser un peu plus le marché avec une création monétaire massive.

Un rapport d'une telle naïveté ou d'une telle irresponsabilité ne pouvait donc recevoir mon soutien.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Considerata l'inefficacia delle politiche economiche messe in campo dalla BCE per fronteggiare la crisi dei mercati, considerata la crisi bancaria che sta affossando i risparmi degli italiani a causa di provvedimenti quali il *Bail In* e le previsioni economiche di un altro anno di recessione a livello europeo, non ho inteso sostenere col mio voto questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe anual sobre la actividad del Banco Central Europeo (BCE) porque en el mismo se apoya la política monetaria expansiva que aquel ha venido desarrollando, incluido el programa de compra de deuda pública de los Estados miembros, así como la prioridad fijada en agosto de 2012 de hacer todo lo necesario para asegurar la estabilidad financiera de la zona del euro y la irreversibilidad de la moneda única.

Lamento, eso sí, que una coalición negativa, formada por la ultraderecha, los euroescépticos, la izquierda radical y la mayoría del Partido Popular Europeo y la Alianza de los Liberales y Demócratas, haya bloqueado la enmienda 12, promovida por una coalición proeuropea compuesta por diputados de cuatro grupos políticos, incluido quien esto escribe, y que pedía al BCE que estudiara convertir sus beneficios (del orden de los mil millones de euros al año) en un nuevo recurso propio.

Es de agradecer en todo caso que la enmienda haya contado con el apoyo de mi Grupo (Socialistas y Demócratas), por lo que seguiré trabajando por el objetivo de aumentar los recursos propios de la Unión Europea y, en concreto, por constituir una capacidad fiscal en la zona del euro.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjamas metinis pranešimas apie Europos Centrinio Banko (ECB) 2014 m. veiklą. Europos Parlamentas pabrėžia, kad, nors ECB ir toliau siekia išlaikyti palankias finansavimo sąlygas, viešojo ir privačiojo sektorių investicijos euro zonoje tebėra gerokai mažesnės, nei buvo prieš dabartinę krizę, todėl palankiai vertina Europos strateginių investicijų fondo (ESIF) įsteigimą, taip pat Komisijos planą sukurti tikrą kapitalo rinkų sąjungą (KRS), kuri ES ekonomikoje turėtų įvairinti finansavimo šaltinius, padidinti tarpvalstybines investicijas ir pagerinti įmonių, ypač MVĮ, galimybes gauti finansavimą. Parlamentas ragina Komisiją pateikti pasiūlymus, kaip pagerinti makrolygio rizikos ribojimo priežiūrą ir politikos priemones, skirtas šesėlinės bankininkystės rizikos mažinimui, atsižvelgiant į ECB metinėje ataskaitoje pateiktą išpėjimą, kad, atsižvelgiant į per pastarąjį dešimtmetį nuolat besiplečiantį ne bankų teikiamo kredito tarpininkavimą, būtinos tolesnės iniciatyvos, norint stebėti ir vertinti augancio šesėlinės bankininkystės sektoriaus pažeidžiamumą. Parlamentas primena savo raginimą, kad į metinę ECB ataskaitą turėtų būti įtraukta informacija apie Parlamento metinėje ataskaitoje nurodytas išvalgas. Jis mano, kad būtų naudinga, jei ECB kartu su pinigų ir finansinių sąlygų vertinimu savo pranešime, skelbiamame po kasmetinio valdytojų tarybos posėdžio, taip pat pateiktų rezultatų apimties atotrūkio euro zonoje vertinimą.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podprl sem resolucijo Parlamenta o letnem poročilu Evropske centralne banke, čeprav je tudi razmeroma kritična do nekaterih ukrepov te skupne finančne ustanove znotraj EMU.

Seveda ne gre zgotj za kritike temveč tudi opozorila ter priporočila. Tako je Parlament opozoril na znatno povečanja tveganja v zvezi s programom nakupa različnih državnih obveznic, nesorazmerja med pogoji in višino obrestnih mer za mala in srednja podjetja v primerjavi z velikimi, pomanjkljivo sodelovanje s Parlamentom in podobno.

Se pa poslanci zavedamo, da so razmere na finančnih trgih zahtevne in da ECB vlaga velike napore v to, da pomaga pri zagotavljanju finančne stabilnosti v nekaterih državah in da se mora zaradi tega občasno posluževati tudi ukrepov, ki so do nedavnega veljali za nekonvencionalne.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Il ruolo che la BCE ha svolto e continua svolgere per fornire sostegno all'economia reale attraverso operazioni mirate di rifinanziamento a più lungo termine e programmi di acquisto di attività finanziarie del settore privato, insieme al suo tentativo di riportare l'inflazione più vicina alla soglia del 2%, e dunque in una posizione di maggior equilibrio, è importante per consentire la piena ripresa economica della zona euro. Ciononostante, l'andamento della crescita e degli investimenti nell'eurozona è andato sinora al rilento e ciò chiaramente in quanto, come sosteniamo da tempo, la politica monetaria non può essere l'unica soluzione ai problemi economici che affliggono l'Europa, ma serve un'azione politica più coordinata e coraggiosa, basata sulla realizzazione di riforme strutturali e sul rilancio degli investimenti, sia pubblici che privati. Il contributo realizzato dalla BCE merita dunque, senz'altro, di essere riconosciuto, ma dobbiamo ricordarci che la politica monetaria è uno strumento pur sempre limitato e che serve un mix di politiche onnicomprensivo, che includa anche il completamento dell'Unione bancaria e la politica fiscale.

Louise Bours (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non legislative non-binding report. The report includes a call for the ECB to initiate legislation to permit the EU to take as its 'own resources' the profits of the ECB – profits which currently are distributed to eurozone Member States. UKIP objects to the activities of the ECB and, as the UK is a shareholder in the ECB, UKIP accordingly voted against the report.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La BCE guidata da Mario Draghi ha avuto coraggio e si è assunta notevoli rischi nel compiere tutto quanto in proprio potere per salvare l'euro: ha abbassato i propri tassi di rifinanziamento principali al limite inferiore effettivo e ha ridotto il tasso sulle operazioni di deposito a -0,20% e, al tempo stesso, ha attuato una costante azione diplomatica volta a rassicurare gli *stakeholder* e a sciogliere le tensioni di mercato contribuendo alla stabilità dell'eurozona e al prevenire l'insorgere di nuove criticità finanziarie.

Tuttavia dobbiamo ribadire che la linea economica dell'eurozona non può essere assunta da un organo tecnico – per quanto qualificato esso sia – ma deve dipendere dalla volontà politica dei cittadini europei: l'azione dell'Unione europea nel settore economico-finanziario non sarà infatti adeguata al particolare momento storico che stiamo vivendo fintanto che non completeremo il terzo pilastro dell'Unione bancaria, il regime unico di garanzia dei depositi, e non modificheremo la linea economica dell'Unione superando la logica della sola austerità come via per uscire dalla crisi e attuando invece una vera politica di investimenti pubblici sovranazionale.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – La commission ECON présente son avis sur le rapport annuel de la Banque centrale européenne (BCE) de 2014. Le rapporteur émet de vives inquiétudes sur l'impuissance de la BCE à relancer l'investissement privé et reste très sceptique sur l'efficacité de l'assouplissement quantitatif dans la reprise de l'activité dans la zone euro.

Bien qu'on puisse partager les nombreuses critiques formulées à l'encontre de la BCE, nous reprochons au rapporteur son absence de lucidité lorsqu'il s'agit d'étudier les causes du marasme économique actuel. La monnaie unique nous empêche d'utiliser librement le levier monétaire pour financer les investissements qui contribueront à la croissance de demain. La souveraineté monétaire s'avère être, en effet, essentielle lorsque les marges de manœuvre budgétaires sont extrêmement limitées.

Enfin, ce texte ne fait aucune référence à l'Union bancaire, à l'Union des marchés des capitaux ainsi qu'à l'indépendance de la BCE, qui sont à l'origine des difficultés économiques que les États membres de la zone euro rencontrent actuellement.

C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Raportul anual al Băncii Centrale Europene pentru 2014 surprinde principalele aspecte ale activității BCE în perioada amintită, marcându-se punctele importante ale acțiunii Băncii Centrale Europene, în urma cărora s-au elaborat anumite recomandări.

Banca Centrală Europeană a acționat prompt privind situația dificilă caracterizată de scăderea inflației, tendința descendentă a activității de creditare, ritmul lent de creștere economică, BCE recurgând la instrumente de politică monetară neconvențională. Totuși, este nevoie de eforturi susținute în continuare pentru a consolida potențiala creștere economică și pentru diminuarea ratelor ridicate ale șomajului înregistrate în multe state membre din zona euro și, totodată, pentru reducerea datoriilor.

De asemenea, se impune ameliorarea condițiilor pentru investițiile publice, dar și pentru cele private care vizează stimularea creșterii economice și crearea de locuri de muncă.

M-am exprimat în favoarea acestui raport deoarece consider că este nevoie ca Banca Centrală Europeană să-și continue contribuția la politicile economice generale ale Uniunii și la realizarea obiectivelor aferente, pentru a putea depăși obstacolele economice și a asigura creșterea economică în toate statele membre.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario. Sta esplodendo una crisi bancaria in Italia per colpa del *bail-in* nel disinteresse generale europeo. Il QE non è servito a fermare la deflazione e doveva essere fatto nel 2011 invece di far partire lo *spread*. Il discorso del «rischio» del debito sovrano deve essere ELIMINATO e anche il minimo *spread* esistente oggi deve essere azzerato. Nessun debito sovrano in propria valuta nel resto del mondo è rischioso mentre l'esistenza stessa dello *spread* certifica questo rischio. Il QE dovrebbe essere utilizzato per comperare i titoli in modo tale da azzerare gli *spread*, non in modo proporzionale. Poi le previsioni economiche sembrano troppo ottimistiche: analisi oggettive prefigurano infatti un altro anno di recessione.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe anual sobre la actividad del Banco Central Europeo (BCE) porque en el mismo se apoya la política monetaria expansiva que aquel ha venido desarrollando, incluido el programa de compra de deuda pública de los Estados miembros, así como la prioridad fijada en agosto de 2012 de hacer todo lo necesario para asegurar la estabilidad financiera de la zona del euro y la irreversibilidad de la moneda única.

Lamento, eso sí, que una coalición negativa, formada por la ultraderecha, los euroescépticos, la izquierda radical y la mayoría del Partido Popular Europeo y la Alianza de los Liberales y Demócratas, haya bloqueado la enmienda 12, promovida por una coalición proeuropea compuesta por diputados de cuatro grupos políticos, incluida quien esto escribe, y que pedía al BCE que estudiara convertir sus beneficios (del orden de los mil millones de euros al año) en un nuevo recurso propio.

Es de agradecer en todo caso que la enmienda haya contado con el apoyo de mi Grupo (Socialistas y Demócratas), por lo que seguiré trabajando por el objetivo de aumentar los recursos propios de la Unión Europea y, en concreto, por constituir una capacidad fiscal en la zona del euro.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Chaque année, le Parlement européen élabore un rapport d'initiative sur les activités de la Banque centrale européenne (BCE). En cette période économique difficile et avec une inflation basse, la BCE a mis en place des mesures exceptionnelles telles que l'abaissement des taux d'intérêt et l'assouplissement quantitatif afin de refinancer l'économie européenne. J'ai voté en faveur de ce rapport qui dresse un état des lieux de la politique monétaire européenne menée par la BCE durant l'année 2014.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Dopo attenta riflessione e discussione in aula, ho dato il mio voto positivo sulla relazione annuale concernente le attività del Mediatore europeo nel 2014 sulla scorta delle seguenti considerazioni: la crisi ha dolorosamente evidenziato le difficoltà economiche che i cittadini europei affrontano allorché le rigidità strutturali non sono tempestivamente ed incisivamente corrette da parte degli Stati membri; segue che alla BCE va riconosciuto il merito di aver difeso euro e stabilità dei prezzi; un passaggio obbligato per correggere squilibri macroeconomici e sfruttare effettività e flessibilità del patto di stabilità passa in ogni caso per il rafforzamento della governance ed il coordinamento delle politiche economiche; la grande fragilità della economia euro lascia ampio margine di intervento all'impegno politico di Stati e istituzioni, per l'attuazione di riforme strutturali sostenibili e socialmente equilibrate.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report. Aside from some worrisome elements within the text, I also strongly object to the manner in which this text came to be voted upon. Compromise amendments, which had included the input from all political parties, were discarded at the last minute in favour of 'Alternative Compromises' from a few select groupings.

Although there were some good elements in the report, which highlighted the detrimental and negative role the ECB played in Greece, I strongly object to the undemocratic architecture of the ECB as a whole and therefore these elements were not strong enough for me to endorse the entire text. It goes without saying that rather than developing further steps towards pooling sovereignty, there is a need to reject austerity policies, prioritise public investment, democratise the governance structure and to redefine the European Monetary Union.

In any event, the ECB is based on the idea of deepening the power of supranational bodies which will move the political power further away from the people. This is fundamentally undemocratic and an agenda which I strongly oppose.

James Carver (EFDD), *in writing*. – The report includes a call for the ECB to initiate legislation to permit the EU to take as its 'own resources' the profits of the ECB – profits which currently are distributed to eurozone Member States. UKIP objects to the activities of the ECB and, as the UK is a shareholder in the ECB, UKIP accordingly voted against the report.

David Casa (PPE), *in writing*. – Following the very difficult negotiations, I voted in favour of this report on the activities of the European Central Bank in the year 2014, which, despite an improved situation, was still an economically challenging year, with the ECB having to lower its key refinancing rates and reduce its deposit facility rate. I agree with the recommendations that the ECB should put greater effort into the creation of more favourable financing conditions – private and public investment are crucial for economic growth and the subsequent creation of jobs and wealth. I welcome the attempts by the European Central Bank to boost inflation to around 2% and the steps taken to improve transparency of the Bank to make it more accountable and visible to the citizens.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione ha a oggetto la valutazione del Parlamento europeo sull'operato della Banca centrale europea nel 2014. Il testo iniziale ben si allineava con la posizione del Movimento Cinque Stelle, in quanto conteneva una dura critica all'inefficienza delle politiche anticonvenzionali adottate dalla BCE per riequilibrare la situazione finanziaria europea. Tali misure, infatti, non hanno raggiunto il risultato sperato: l'economia reale è ancora in sofferenza e la gestione del meccanismo di supervisione all'interno della BCE non presenta i dovuti requisiti di trasparenza. Il testo della relazione, così come emendato a seguito dei compromessi tra le diverse parti politiche, risulta tuttavia depurato di tali aspetti di critica. Non si fa alcun riferimento ad elementi essenziali quali l'inefficienza della moneta unica e del meccanismo di supervisione. Pertanto ho deciso di esprimere voto contrario.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και αναγνωρίζουμε ότι η ΕΚΤ, αντιδρώντας σε ένα σύνθετο περιβάλλον που χαρακτηρίζεται από κρίση δημοσίου χρέους, μείωση του πληθωρισμού, πιστωτική συρρίκνωση και υποτονική οικονομική ανάπτυξη, και με τα επιτόκιά της να πλησιάζουν το κατώτερο μηδενικό όριο, δυστυχώς έλαβε και εσφαλμένες αποφάσεις για καίρια ζητήματα. Η έκθεση εμπεριέχει και θετικά στοιχεία και ως εκ τούτου την στηρίζουμε.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Η έκθεση σχετικά με την ετήσια έκθεση της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας για το 2014 δεν μπορεί παρά να αφορά και να επηρεάζει εκατομμύρια ευρωπαίους πολίτες.

Καθώς πρόκειται για την Κεντρική Τράπεζα της Ευρώπης, αντιλαμβανόμαστε πως οι αποφάσεις που λαμβάνονται και οι πολιτικές που ασκούνται, διαδραματίζουν ιδιαίτερο ρόλο στο εσωτερικό των κρατών μελών. Επειδή θεωρώ ότι η πολιτική της ΕΚΤ κατά τη διάρκεια της κρίσης που οδήγησε σε φτωχοποίηση χιλιάδων ευρωπαίων δεν ήταν η ενδεδειγμένη, και επειδή δεν υπάρχουν επαρκείς σχετικές κριτικές αναφορές στην έκθεση, βρίσκομαι στη δυσάρεστη θέση να την καταψηφίσω.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento poiché riconosco il grande contributo della Banca centrale europea quale autorità di vigilanza sul sistema bancario europeo. Il contributo della BCE comprende sforzi intesi a incrementare i prestiti a tasso ridotto a beneficio dell'economia reale e a favorire la ripresa economica a livello di occupazione, crescita e stabilità. In particolare nel 2014 la Banca centrale europea ha messo in atto una serie di operazioni mirate di rifinanziamento a più lungo termine e di programmi di acquisto di attività finanziarie selezionate del settore privato, allo scopo di sostenere i prestiti all'economia reale. Il Parlamento sottolinea che il ruolo di vigilanza della BCE e la sua funzione di politica monetaria devono essere chiaramente distinti e che l'abbinamento delle due funzioni non dovrebbe dare luogo a conflitti di interesse per la BCE. L'organo legislativo sottolinea la necessità dell'assunzione di responsabilità democratica in vista delle nuove funzioni conferite alla BCE in materia di vigilanza, nonché del suo ruolo di consulenza per i programmi della *Troika* e della *Quadriga*.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Sia chiaro: io ritengo che l'euro sia stato gestito in maniera discutibile e non voglio fare il nazionalista, ma non si può negare che Mario Draghi ci renda ogni giorno orgogliosi, in quanto italiani, del modo in cui adempie ai suoi doveri istituzionali. Le critiche inizialmente mosse attraverso questa relazione sono state giustamente ridimensionate con l'apporto fondamentale del mio gruppo politico, ed è giusto che sia così perché senza la sua credibilità sui mercati e senza la sua capacità di mantenere le promesse oggi probabilmente l'Europa sarebbe già a pezzi, e con essa i suoi Stati e i suoi cittadini. Congratulazioni al connazionale Draghi, e al relatore ombra che ha saputo indirizzare una relazione nata un po' distorta.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Não obstante o facto de o Banco Central Europeu orientar a sua ação com vista a manter as condições de financiamento favoráveis, o investimento privado e público na área do euro permanece consideravelmente abaixo dos níveis anteriores à crise mundial.

Dado este contexto complexo de crise da dívida soberana, inflação em queda, contração do crédito e crescimento económico estagnado, o BCE recorreu a instrumentos de política monetária não convencionais.

Apoio o Relatório Marias na sua globalidade, por registar o efeito positivo de algumas medidas, como a criação do Fundo Europeu para Investimentos Estratégicos, bem como o plano da Comissão Europeia para estabelecer uma verdadeira União do Mercado de Capitais, que deve diversificar as fontes de financiamento na economia da UE, impulsionar o investimento transfronteiras e aumentar o acesso das empresas, em especial das PME, ao financiamento.

Concordo que a função de supervisão e a função de política monetária exercidas pelo BCE devem ser claramente distinguidas e não devem originar conflitos de interesse para o BCE, devendo esta instituição estar sujeita ao controlo democrático, atendendo às novas responsabilidades conferidas.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non legislative non-binding report. The report includes a call for the ECB to initiate legislation to permit the EU to take as its 'own resources' the profits of the ECB – profits which currently are distributed to eurozone Member States. UKIP objects to the activities of the ECB and, as the UK is a shareholder in the ECB, UKIP accordingly voted against the report.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto favorevole alla consueta relazione annuale del Parlamento europeo sull'attività della BCE.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Findings show that real GDP is predicted to rise by 1.4% in 2015, 1.7% in 2016 and 1.8% in 2017 however, it is becoming more evident that the foundations for growth are fragile hence requiring a stronger dose of political commitment. Small and medium-sized enterprises (SMEs) are fundamental in this respect as they represent 99% of all businesses and account for 80% of jobs in the Union, thus having a key role in generating economic growth, creating jobs and narrowing social disparities.

Banks have an important role to play by making access to funding more efficient and less bureaucratic.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo è stato chiamato a presentare la propria valutazione riguardo l'operato della Banca centrale europea nel periodo 2015. Le politiche della BCE si sono mostrate essere inefficaci nel sostenere l'economia reale e a favorire la crescita, duri accatti sono stati fatti anche in relazione alla *Troika* e al funzionamento della moneta unica. Con il fine di giungere a un compromesso tra le parti politiche si è arrivati ad avere un documento tutt'altro che sostenibile. La mia critica si dirige principalmente al ruolo della politica monetaria che sembra non essere adatta a risolvere la situazione di emergenza e crisi che l'Europa sta affrontando, inoltre ritengo che non sia adeguato il meccanismo di supervisione (SSM) gestito all'interno della BCE. Per queste ragioni il mio voto è contrario.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que el resultado final ha diluido las importantes críticas que el ponente realizaba en la primera versión debatida. La versión inicial de este informe contenía una condena expresa al Presidente del Banco Central Europeo, Mario Draghi, por el papel realizado en la extorsión financiera a la que esta institución está sometiendo a los Estados miembros de la periferia de la Unión Europea. Sin embargo, este texto inicial ha sido modificado por la mayoría de los grupos de este Parlamento, quedando una idílica, acrítica y descafeinada visión de la actividad realizada por esta institución durante el ejercicio 2014. Es por todo esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Przedłożone sprawozdanie roczne EBC za 2014 r. posiadało wiele informacji kluczowych zarówno w obszarze finansów Unii Europejskiej, jak i prowadzonej polityki. Niestety w wielu przypadkach przedłożone sprawozdanie nie przekonało mnie do podjęcia jednoznacznej decyzji, podjąłem zatem decyzję o wstrzymaniu się od głosu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The European Central Bank has played an important and crucial role during the economic crises faced by the Union. However, I believe that we need to create a common basis framework to increase investments and to have balanced structural reforms. I voted in favour of this report, as the European Central Bank is playing a positive role by the implementation of a non-conventional monetary policy operations. We need to address the limitations of monetary policy. I also strongly agree that the ECB needs to provide an assessment and clarify its scope about the involvement in the Troika and Quadriga framework. I voted against an amendment which was presented by over 40 MEPs which called for the possibility to use ECB profits for creating an EU own resource.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative présente la position du Parlement européen au rapport annuel 2014 de la Banque centrale européenne (BCE). Le rapport pointe les effets limités et les risques liés au programme de rachat d'actifs de la Banque («assouplissement quantitatif»). Ce programme n'a pas encore débouché sur le taux d'inflation voulu de près de 2 %, toujours en restant en dessous, ni sur une réduction du fossé entre les taux d'emprunts accordés aux PME et ceux octroyés aux plus grandes entreprises. Les députés européens rappellent que la politique monétaire ne peut pas résoudre les problèmes budgétaires et économiques et ne devrait pas se substituer aux réformes structurelles nécessaires. Considérant que ce rapport est équilibré, j'ai voté en faveur.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Par ce vote, le Parlement européen adresse ses recommandations compte tenu du rapport annuel 2014 de la Banque centrale européenne. La Banque centrale européenne joue un rôle primordial dans l'amélioration des conditions des investissements publics et privés, dans la zone euro, destinés à stimuler la croissance et la création d'emploi. J'ai notamment voulu souligner une fois de plus la nécessité de permettre l'accès au financement pour les PME.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Certes, ce rapport, qui porte sur celui de la BCE, évoque à juste titre les problèmes de financements des petites et moyennes entreprises ou encore les conséquences des achats de titres sur le bilan de la banque centrale européenne. Il est regrettable que le rapport n'opère pas de remise en question des acquisitions d'actifs dans le cadre de l'assouplissement quantitatif. Alors que l'actualité des bulles et excès découlant de la création monétaire massive n'est pas assez abordée, les conséquences du «pétrole bas» sur les objectifs d'inflation fixés par la BCE ne le sont pas davantage. Eu égard à l'absence de remise en cause des dogmes relatifs à la gouvernance budgétaire, au fonctionnement de la banque centrale européenne, à l'union bancaire ou l'union des marchés de capitaux, j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Годишният доклад за дейността на Европейската централна банка за 2014 година отразява реално състоянието на банката, както и няколко критики относно неконвенционалната парична политика. Според моята политическа група, докладът съдържа няколко параграфа, които са твърде позитивни в своята оценка на дейността на Централната банка. Поради тази причина реших да гласувам с „въздържал се“.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Μία και μόνο φράση της έκδοσης, απεικονίζει την ουσία της ύπαρξης της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας, αλλά και την οικονομική πολιτική της Γερμανίας και κατ' επέκταση της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Παράγραφος 11: «επικροτεί την κατηγορηματική δέσμευση της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας να καταβάλλει κάθε δυνατή προσπάθεια για την προστασία του ευρώ την οποίαν ανέλαβε τον Αύγουστο του 2012».

Τα πάντα για το χρήμα, όχι για τους πολίτες, ούτε για τα έθνη, ούτε καν για τις χώρες.

Είναι φανερό ότι η λεγόμενη σταθερότητα του ευρώ είναι απλά ένα μέσο επιβολής των οικονομικών συμφερόντων της Γερμανίας, άρα μέρος του προβλήματος. Για να γίνει μέρος της λύσης πρέπει να αλλάξει κατεύθυνση η Ευρωπαϊκή Ένωση. Και αυτό μπορεί να γίνει μόνο με εθνικιστικές κυβερνήσεις που ενεργοποιούν τον πολίτη, την οικογένεια και το έθνος έναντι στο χρήμα.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A recuperação económica na área do euro deverá progredir, prevendo-se um crescimento do PIB de 1,4 % em 2015, 1,7 % em 2016 e 1,8 % em 2017, mas para isso é necessário um forte compromisso político no sentido da aplicação de reformas estruturais sustentáveis e socialmente equilibradas essenciais para estimular o crescimento económico.

O próprio desemprego na área do euro deverá registar uma diminuição lenta, passando de 11,6 % no final de 2014 para 10,5 % no final de 2016 com grandes disparidades entre as taxas de desemprego nos diferentes Estados-Membros, com os números a oscilar entre 6,4 % na Alemanha e 26,6 % na Grécia.

A taxa de inflação média na área do euro, depois de ter permanecido próxima de zero no primeiro semestre de 2015, deverá voltar a aumentar, subindo para 1,1 % em 2016 e 1,7 % em 2017, isto apesar de o BCE prosseguir a sua ação com vista a manter condições de financiamento favoráveis. A verdade é que o investimento privado e o investimento público na área do euro permanecem consideravelmente abaixo dos níveis anteriores à crise atual devendo as instituições europeias continuar em permanente diálogo para que os objetivos económicos, sociais e políticos da Europa cheguem a bom porto.

Jonás Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe anual sobre la actividad del Banco Central Europeo (BCE) porque en el mismo se apoya la política monetaria expansiva que aquel ha venido desarrollando, incluido el programa de compra de deuda pública de los Estados miembros, así como la prioridad fijada en agosto de 2012 de hacer todo lo necesario para asegurar la estabilidad financiera de la zona del euro y la irreversibilidad de la moneda única.

Lamento, eso sí, que una coalición negativa, formada por la ultraderecha, los euroescépticos, la izquierda radical y la mayoría del Partido Popular Europeo y la Alianza de los Liberales y Demócratas, haya bloqueado la enmienda 12, promovida por una coalición proeuropea compuesta por diputados de cuatro grupos políticos, incluido quien esto escribe, y que pedía al BCE que estudiara convertir sus beneficios (del orden de los mil millones de euros al año) en un nuevo recurso propio.

Es de agradecer en todo caso que la enmienda haya contado con el apoyo de mi Grupo (Socialistas y Demócratas), por lo que seguiré trabajando por el objetivo de aumentar los recursos propios de la Unión Europea y, en concreto, por constituir una capacidad fiscal en la zona del euro.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – Le politiche di austerità promosse dalla BCE e dalle istituzioni europee sono causa di una crescente disoccupazione, soprattutto giovanile, e stanno minando i sistemi sociali in materia di istruzione, sanità e welfare, che dovrebbero costituire i pilastri della società europea. Si continua con il nascondere le critiche più dure nei confronti della moneta unica, dell'inefficienza delle politiche monetarie europee e della mancanza di trasparenza degli organi della BCE. Gli Stati membri dell'eurozona, cedendo sovranità sulla propria moneta e sul proprio sistema bancario, hanno consentito pesanti ingerenze sul diritto fondamentale di autodeterminarsi democraticamente. Dichiaro il mio voto contrario.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório critica alguns aspetos da política monetária do BCE, bem como das regras do seu funcionamento. Todavia, o seu conteúdo e sentido geral são globalmente negativos.

Congratula a União Bancária, a UMC e o FEIE. Defende que a chamada «consolidação orçamental» se mantenha. Defende as «reformas estruturais», adocicando-as com (pasmese) um dito «equilíbrio social». Esquece a necessidade de separação entre a banca de investimento e a banca comercial. Opõe-se à renegociação e consequente reestruturação das dívidas. Afirma que as regras da governação económica devem ser respeitadas e reforçadas. Solicita que todas as ferramentas do Pacto de Estabilidade sejam aplicadas.

O relatório não coloca em causa o carácter profundamente antidemocrático do BCE, nem o facto de este ter vindo a exceder largamente o domínio das suas competências estatutárias, imiscuindo-se de forma intolerável nas políticas económicas dos Estados nacionais.

Obviamente votámos contra.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against. I believe Ireland should leave eurozone.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario in quanto non c'è nessun interesse per la crisi bancaria italiana e le previsioni economiche sembrano troppo ottimistiche.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Η ψήφος μου είναι αρνητική. Μία και μόνο φράση της έκθεσης, απεικονίζει την ουσία της ύπαρξης της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας, αλλά και την οικονομική πολιτική της Γερμανίας και κατ' επέκταση της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Παράγραφος 11: «επικροτεί την κατηγορηματική δέσμευση της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας να καταβάλλει κάθε δυνατή προσπάθεια για την προστασία του ευρώ την οποία ανέλαβε τον Αύγουστο του 2012».

Τα πάντα για το χρήμα, όχι για τους πολίτες, ούτε για τα έθνη, ούτε καν για τις χώρες.

Είναι φανερό ότι η λεγόμενη σταθερότητα του ευρώ είναι απλά ένα μέσο επιβολής των οικονομικών συμφερόντων της Γερμανίας, άρα μέρος του προβλήματος. Για να γίνει μέρος της λύσης, πρέπει να αλλάξει κατεύθυνση η Ευρωπαϊκή Ένωση. Και αυτό μπορεί να γίνει μόνο με εθνικιστικές κυβερνήσεις που ενεργοποιούν τον πολίτη, την οικογένεια και το έθνος έναντι στο χρήμα.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe anual del BCE considerando que respaldo la política monetaria llevada a cabo por el Banco Central Europeo para garantizar la estabilidad de precios. No obstante, debemos ser conscientes de que su efecto no durará sin reformas estructurales, la disciplina presupuestaria y la inversión productiva en los Estados miembros.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe anual sobre la actividad del Banco Central Europeo (BCE) porque en el mismo se apoya la política monetaria expansiva que aquel ha venido desarrollando, incluido el programa de compra de deuda pública de los Estados miembros, así como la prioridad fijada en agosto de 2012 de hacer todo lo necesario para asegurar la estabilidad financiera de la zona del euro y la irreversibilidad de la moneda única.

Lamento, eso sí, que una coalición negativa, formada por la ultraderecha, los euroescépticos, la izquierda radical y la mayoría del Partido Popular Europeo y la Alianza de los Liberales y Demócratas, haya bloqueado la enmienda 12, promovida por una coalición proeuropea compuesta por diputados de cuatro grupos políticos, incluida quien esto escribe, y que pedía al BCE que estudiara convertir sus beneficios (del orden de los mil millones de euros al año) en un nuevo recurso propio.

Es de agradecer en todo caso que la enmienda haya contado con el apoyo de mi Grupo (Socialistas y Demócratas), por lo que seguiré trabajando por el objetivo de aumentar los recursos propios de la Unión Europea y, en concreto, por constituir una capacidad fiscal en la zona del euro.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe anual sobre la actividad del Banco Central Europeo (BCE) porque en el mismo se apoya la política monetaria expansiva que aquel ha venido desarrollando, incluido el programa de compra de deuda pública de los Estados miembros, así como la prioridad fijada en agosto de 2012 de hacer todo lo necesario para asegurar la estabilidad financiera de la zona del euro y la irreversibilidad de la moneda única.

Lamento, eso sí, que una coalición negativa, formada por la ultraderecha, los euroescépticos, la izquierda radical y la mayoría del Partido Popular Europeo y la Alianza de los Liberales y Demócratas, haya bloqueado la enmienda 12, promovida por una coalición proeuropea compuesta por diputados de cuatro grupos políticos, incluida quien esto escribe, y que pedía al BCE que estudiara convertir sus beneficios (del orden de los mil millones de euros al año) en un nuevo recurso propio.

Es de agradecer en todo caso que la enmienda haya contado con el apoyo de mi Grupo (Socialistas y Demócratas), por lo que seguiré trabajando por el objetivo de aumentar los recursos propios de la Unión Europea y, en concreto, por constituir una capacidad fiscal en la zona del euro.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione annuale per il 2014 della BCE perché ritengo che la Banca centrale europea in questi anni di crisi abbia garantito, nei limiti del trattato, la stabilità dell'eurozona, attraverso il ricorso a strumenti di politica monetaria non convenzionali, culminati nell'allentamento quantitativo (acquisto da parte del SEBC di titoli di Stato, di obbligazioni garantite, per lo più bancarie e di titoli emessi da banche di sviluppo) a regime dal marzo 2015, unitamente a strumenti tradizionali di politica monetaria quali la gestione dei tassi ufficiali, gradualmente ridotti, sino a essere portati in prossimità dello zero o addirittura negativi, per scongiurare i depositi presso la BCE. Le aspettative attorno ad un rafforzamento dell'allentamento quantitativo, in occasione della prossima riunione del Consiglio dei governatori della BCE, è auspicabile quanto necessario, per consentire una migliore trasmissione della politica monetaria e aumentare l'afflusso di liquidità all'economia reale. Tuttavia, l'approfondimento e il rafforzamento dell'eurozona dipenderanno dal completamento dell'Unione bancaria. Il mancato completamento è all'origine di distorsioni all'interno dell'eurozona fra Stati membri e in ultima analisi fra risparmiatori. Per far fronte a rischi sistemici è essenziale creare un sistema di garanzia europeo dei depositi. È questo il messaggio rivolto dal PE al Consiglio.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über den Jahresbericht 2014 der Europäischen Zentralbank gestimmt, da dieser an den richtigen Punkten die Leistungen der Zentralbank in der Schuldenkrise einzelner EU-Mitgliedsstaaten anerkennt, den Mangel an Transparenz aber gleichzeitig offen beim Namen nennt.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Der EZB-Beitrag umfasst die wirtschaftliche Entwicklung in den Bereichen der Beschäftigung, dem Wachstum und der Stabilität der Geldpolitik. Diese zu fördern, erachte ich als wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Realwirtschaft und zur Sicherung privater finanzieller Vermögenswerte.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this annual ECB report as it is a positive but still critical report recognising the important role the ECB plays in the recovery of the European economy, in the special programmes it has set up and as European banking supervisor.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non legislative non-binding report. The report includes a call for the ECB to initiate legislation to permit the EU to take as its 'own resources' the profits of the ECB – profits which currently are distributed to eurozone Member States. UKIP objects to the activities of the ECB and, as the UK is a shareholder in the ECB, UKIP accordingly voted against the report.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe del Parlamento Europeo sobre la actividad del BCE en 2014. El informe contiene algunos elementos progresivos, al señalar el papel negativo que el BCE ha tenido en Grecia y el déficit democrático que sufre el BCE, y hacer un énfasis en las políticas de austeridad que el BCE ha impulsado. Sin embargo, he votado en contra del informe en su conjunto porque contiene una validación implícita de la actual estructura del BCE.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report. The Annual Report 2014 addresses among other things the TLTROs, the negative interest rate on deposits, ABSs, covered bond and government securities purchase programmes and the setting up of the SSM.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe anual sobre la actividad del Banco Central Europeo (BCE) porque en el mismo se apoya la política monetaria expansiva que aquel ha venido desarrollando, incluido el programa de compra de deuda pública de los Estados miembros, así como la prioridad fijada en agosto de 2012 de hacer todo lo necesario para asegurar la estabilidad financiera de la zona del euro y la irreversibilidad de la moneda única.

Lamento, eso sí, que una coalición negativa, formada por la ultraderecha, los euroescépticos, la izquierda radical y la mayoría del Partido Popular Europeo y la Alianza de los Liberales y Demócratas, haya bloqueado la enmienda 12, promovida por una coalición proeuropea compuesta por diputados de cuatro grupos políticos, incluido quien esto escribe, y que pedía al BCE que estudiara convertir sus beneficios (del orden de los mil millones de euros al año) en un nuevo recurso propio.

Es de agradecer en todo caso que la enmienda haya contado con el apoyo de mi Grupo (Socialistas y Demócratas), por lo que seguiré trabajando por el objetivo de aumentar los recursos propios de la Unión Europea y, en concreto, por constituir una capacidad fiscal en la zona del euro.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφιώς*. – Είναι θέση μας πως οι νεοφιλελεύθερες πολιτικές λιτότητας που εφαρμόζονται στην ευρωζώνη είναι άρρηκτα δεμένες με τα ελλείμματα δημοκρατίας του οικοδομήματος του ευρώ. Η ΕΚΤ συμμετέχει στην Τρόικα, και η τραπεζική ένωση παίρνει όλο και περισσότερα δικαιώματα εποπτείας από τις εθνικές κεντρικές τράπεζες, προωθώντας έτσι τα συμφέροντα τεράστιων τραπεζών παρά του συνεργατισμού και των μικρών τραπεζών που χρηματοδοτούν τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις.

Επίσης, η έκθεση αποτρέπει από διαδικασίες αναδιάρθρωσης του χρέους κρατών και στηρίζει τα προγράμματα μακροοικονομικής προσαρμογής. Καταψηφίσαμε την έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the European Central Bank Annual Report 2014. This annual report describes the previous year's activities of the European Central Bank and reports on the eurozone's monetary policy. It correctly highlights our modest recovery and current low growth environment. It outlines some clear causes and obstacles of the Union's slow growth such as poor financing conditions for SMEs, the modest impact of the asset purchase programme on money and credit dynamics, and the effect of negative interest rates on deposits. It also correctly voices concerns about possible unintended consequences and long-term effects of unconventional monetary policy measures.

I was particularly pleased to see the report also states that the ECB's involvement in the troika was illegal and calls for an assessment of the role the ECB played within troika.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted for this report which is the Parliament's annual own initiative report on the activities of the European Central Bank. It covers the interesting period of the ECB's unconventional measures destined to combat very low levels of inflation. This occurred during the time when most of the Member States that had been through a sovereign debt crisis were exiting their programmes, while the economic recovery in the euro area was still developing.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der Parlamentsbericht ist die Antwort auf den EZB-Jahresbericht 2014. Im Bericht werden unter anderem die nicht konventionellen geldpolitischen Maßnahmen der EZB angesprochen. Der Bericht fordert eine Überprüfung der Maßnahmen der EZB und ihrer Rolle in der Troika und beinhaltet die Forderung nach politischer Unabhängigkeit der EZB, die auch ALFA unterstützt.

Dem Bericht fehlt allerdings eine gründliche und kritische Analyse der möglichen weitreichenden negativen Folgen des gegenwärtigen EZB-Programms der ultralockeren Geldpolitik (*Quantitative Easing*). Im Lichte mehrerer beim Bundesverfassungsgericht anhängiger Klagen, insbesondere gegen das OMT-Programm der EZB und gegen deren ultralockere Geldpolitik, ist es ein absolutes Muss, die potenziellen Mandatsüberschreitungen der EZB zur Sprache zu bringen. Der Parlamentsbericht kommt dieser Pflicht nicht nach und konnte in der Folge bei der Abstimmung meine Zustimmung nicht erhalten. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwist und Zwietracht in Europa.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non legislative non-binding report. The report includes a call for the ECB to initiate legislation to permit the EU to take as its 'own resources' the profits of the ECB – profits which currently are distributed to eurozone Member States. UKIP objects to the activities of the ECB and, as the UK is a shareholder in the ECB, UKIP accordingly voted against the report.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – This is the annual report on the European Central Bank, in which the European Parliament expresses its views on the work carried out in 2014. The ECB launched a new phase of non-standard measures in 2014 which came after the decline in inflation rates since 2013 and tenuous euro area growth prospects. However, we all know that there are limits to what monetary policy can achieve. We need more investment and socially-balanced structural reforms.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za usvajanje godišnjeg izvješća Europske središnje banke za 2014. godinu uzimajući u obzir doprinos rješavanju ekonomske krize, postizanju makroekonomske stabilnosti, poticanju investicija, potrošnje i mjera gospodarskog rasta. Potrebno je nastaviti s mjerama radi još uvijek skromnog i zemljopisno nejednako gospodarskog oporavka te još uvijek visoke stope nezaposlenosti.

Osobito treba osigurati povoljniju stopu financiranja za mala i srednja poduzeća. Privatna i javna ulaganja još uvijek su na znatno nižoj razini nego prije krize. Učinak programa kupnje vrijednosnih papira na monetarnu i kreditnu politiku je pozitivan ali još uvijek skroman. U tom smislu inflacijska očekivanja su počela rasti te je smanjen rizik od deflacijske spirale.

Potrebno je nastaviti s mjerama monetarne politike koje donose atraktivnost ulaganja u europodručju. Treba poštivati neovisnost ESB-a te je važna njegova uloga u očuvanju financijske stabilnosti te poticanju transparentnosti središnjih banaka. Važno je da nadzorna funkcija i funkcija u monetarnoj politici ESB-a budu jasno razdvojene. Pozdravljam spremnost predsjednika Draghija da obavještava EP o stajalištima ESB-a.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Les critiques formulées sur le bilan de la Banque Centrale Européenne sont insuffisantes. Le bilan macroéconomique est trop optimiste et l'on remarque de nombreuses formules se félicitant des politiques menées par l'Union européenne. Les effets déstabilisateurs sur le prix des actifs (bulles, instabilité des marchés) liés à la création monétaire massive, ainsi que les effets d'un pétrole bas sur les niveaux d'inflation en relation avec les objectifs de la BCE sont insuffisamment abordés. Les grands piliers des politiques économiques de l'UE ne sont pas remis en cause, voire au contraire encensés: Union bancaire, Union des marchés de capitaux, gouvernance budgétaire des 6 et 2 Packs, indépendance de la banque centrale, interdiction de la monétisation directe des dettes publiques...

J'ai donc voté contre ce texte.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non legislative non-binding report. The report includes a call for the ECB to initiate legislation to permit the EU to take as its 'own resources' the profits of the ECB – profits which currently are distributed to eurozone Member States. UKIP objects to the activities of the ECB and, as the UK is a shareholder in the ECB, UKIP accordingly voted against the report.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Notis Marias sur le rapport annuel 2014 de la Banque centrale européenne. Ce rapport étudie les mesures non conventionnelles qu'a prises la BCE contre le faible niveau de l'inflation dans l'Union européenne. Ces mesures exceptionnelles ont été mises en œuvre par la Banque centrale européenne du fait que la plupart des États membres se trouvait face à des difficultés importantes quant à leur dette souveraine. Je soutiens ce rapport équilibré qui constitue un contrôle du Parlement européen sur les activités de la Banque centrale européenne.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport étudie les mesures non conventionnelles utilisées par la Banque centrale européenne (BCE) lors de la crise des dettes souveraines. Ces mesures ont principalement porté sur la lutte contre le très faible niveau d'inflation dans la zone euro. La stabilité de la zone est un élément essentiel que la Banque centrale est parvenu à préserver en 2014.

J'ai voté en faveur de ce rapport clair et équilibré sur les activités de la BCE.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich enthalte mich zu diesem Bericht. Inhaltlich nimmt er die richtigen Kritikpunkte auf, doch stehe ich dem Konzept einer Transferunion ablehnend gegenüber.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Parlamentsbericht ist die Antwort auf den EZB-Jahresbericht 2014. Im Bericht werden unter anderem die nicht konventionellen, geldpolitischen Maßnahmen der EZB angesprochen. Der Bericht fordert eine Überprüfung der Maßnahmen der EZB und ihrer Rolle in der Troika und beinhaltet die Forderung nach politischer Unabhängigkeit der EZB. Diese Forderungen unterstützt auch ALFA.

Dem Bericht fehlt allerdings eine gründliche und kritische Analyse zu den möglichen weitreichenden negativen Folgen des gegenwärtigen EZB-Programms. Mit diesem Programm namens „Quantitative Lockerung“ bzw. „Monetäre Lockerung“ (engl. „Quantitative Easing“) weitet die EZB die Geldbasis aus, um die Realzinsen zu senken. Begründet wird dies mit außergewöhnlichen Umständen.

Im Lichte mehrerer beim Bundesverfassungsgericht anhängiger Klagen gegen die EZB und deren ultralockere Geldpolitik ist es ein absolutes Muss, die potenziellen Mandatsüberschreitungen der EZB zur Sprache zu bringen. Der Parlamentsbericht kommt dieser Pflicht nicht nach und konnte in der Folge bei der Abstimmung meine Zustimmung nicht erhalten.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Výroční zpráva Evropské centrální banky za rok 2014 byla jedním z dokumentů, pro které se domnívám, že není možné zvednout ruku s čistým svědomím. Hlasovala jsem tedy proti, jelikož se domnívám, že tato instituce nefunguje na demokratických základech a podílela se na ekonomické destabilizaci několika zemí EU. Zpráva sice zdůrazňuje, že s ohledem na nové povinnosti svěřené ECB v oblasti dohledu a rovněž její poradenskou úlohu v programech Trojky a Čtyřky je nutná demokratická odpovědnost, ale nestanovuje, jak by tato demokratická odpovědnost měla vypadat, a proto tuto zprávu považuji za bezcennou a potencionálně škodlivou.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Un forte impegno politico per l'attuazione di riforme strutturali sostenibili e socialmente equilibrate è fondamentale per rafforzare la crescita economica. Gli investimenti pubblici e privati nella zona euro continuano a essere inferiori rispetto ai livelli precedenti l'attuale crisi. La creazione del Fondo europeo per gli investimenti strategici (FEIS o EFSI), contribuirà a favorire gli investimenti transfrontalieri e migliorerà l'accesso al credito per le imprese, in particolare le PMI. Riconosco gli sforzi compiuti dalla BCE, volti a incrementare i prestiti a tasso ridotto a beneficio dell'economia reale, e le misure volte a favorire la ripresa economica attraverso crescita e stabilità. Ricordo che la BCE ha come obiettivo primario il mantenimento della stabilità dei prezzi e ha cercato con ogni mezzo di ottemperare a tale obbligo. Ho deciso di dare parere positivo alla relazione poiché l'operato svolto dalla BCE, nell'anno preso ad esame, mostra che ha fatto quanto in suo potere per tutelare la stabilità finanziaria dell'UE.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport annuel 2014 de la Banque centrale européenne, à cause de son absence de vision critique sur la dégradation de la situation macroéconomique et, même si elle est évoquée, sur les effets indésirables de la drogue addictive qu'est le «Quantitative easing».

Les effets déstabilisateurs sur le prix des actifs (bulles, instabilité des marchés) liés à la création monétaire massive, ainsi que les effets d'un pétrole bas sur les niveaux d'inflation en relation avec les objectifs de la BCE sont donc insuffisamment abordés. Bien entendu, les grands piliers des politiques économiques de l'UE ne sont pas remis en cause, voire au contraire encensés: Union bancaire, Union des marchés de capitaux, gouvernance budgétaire des 6 et 2 Packs, indépendance de la banque centrale, interdiction de la monétisation directe des dettes publiques, etc.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il dresse un bilan exagérément optimiste des activités de la BCE.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – Dit jaarverslag is het beste in jaren, al kan het altijd beter. Het verslag erover bevat enkele bijzonder kritische paragrafen met betrekking tot het onverantwoordelijke monetaire beleid van de ECB. De "grote coalitie" van PPE, S&D en ALDE was helaas niet bereid om de vraag te stellen of de ECB haar mandaat niet te buiten gaat. Onder meer daarom koos de N-VA-delegatie toch voor een onthouding.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe anual sobre la actividad del Banco Central Europeo (BCE) porque en el mismo se apoya la política monetaria expansiva que aquel ha venido desarrollando, incluido el programa de compra de deuda pública de los Estados miembros, así como la prioridad fijada en agosto de 2012 de hacer todo lo necesario para asegurar la estabilidad financiera de la zona del euro y la irreversibilidad de la moneda única.

Lamento, eso sí, que una coalición negativa, formada por la ultraderecha, los euroescépticos, la izquierda radical y la mayoría del Partido Popular Europeo y la Alianza de los Liberales y Demócratas, haya bloqueado la enmienda 12, promovida por una coalición proeuropea compuesta por diputados de cuatro grupos políticos, incluido quien esto escribe, y que pedía al BCE que estudiara convertir sus beneficios (del orden de los mil millones de euros al año) en un nuevo recurso propio.

Es de agradecer en todo caso que la enmienda haya contado con el apoyo de mi Grupo (Socialistas y Demócratas), por lo que seguiré trabajando por el objetivo de aumentar los recursos propios de la Unión Europea y, en concreto, por constituir una capacidad fiscal en la zona del euro.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe anual sobre la actividad del Banco Central Europeo (BCE) porque en el mismo se apoya la política monetaria expansiva que aquel ha venido desarrollando, incluido el programa de compra de deuda pública de los Estados miembros, así como la prioridad fijada en agosto de 2012 de hacer todo lo necesario para asegurar la estabilidad financiera de la zona del euro y la irreversibilidad de la moneda única.

Lamento, eso sí, que una coalición negativa, formada por la ultraderecha, los euroescépticos, la izquierda radical y la mayoría del Partido Popular Europeo y la Alianza de los Liberales y Demócratas, haya bloqueado la enmienda 12, promovida por una coalición proeuropea compuesta por diputados de cuatro grupos políticos, incluido quien esto escribe, y que pedía al BCE que estudiara convertir sus beneficios (del orden de los mil millones de euros al año) en un nuevo recurso propio.

Es de agradecer en todo caso que la enmienda haya contado con el apoyo de mi Grupo (Socialistas y Demócratas), por lo que seguiré trabajando por el objetivo de aumentar los recursos propios de la Unión Europea y, en concreto, por constituir una capacidad fiscal en la zona del euro.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), por escrito. – He votado en contra del presente informe debido a que el resultado final ha diluido las importantes críticas que el ponente realizaba en la primera versión debatida. La versión inicial de este informe contenía una condena expresa al Presidente del Banco Central Europeo, Mario Draghi, por el papel realizado en la extorsión financiera a la que esta institución está sometiendo a los Estados miembros de la periferia de la Unión Europea. Sin embargo, este texto inicial ha sido modificado por la mayoría de los grupos de este Parlamento, quedando una idílica, acrítica y descafeinada visión de la actividad realizada por esta institución durante el ejercicio 2014. Es por todo esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Bernd Lucke (ECR), schriftlich. – Der Parlamentsbericht ist die Antwort auf den EZB-Jahresbericht 2014. Im Bericht werden unter anderem die nicht konventionellen geldpolitischen Maßnahmen der EZB angesprochen. Der Bericht fordert eine Überprüfung der Maßnahmen der EZB und ihrer Rolle in der Troika und beinhaltet die Forderung nach politischer Unabhängigkeit der EZB, die auch ALFA unterstützt.

Dem Bericht fehlt allerdings eine gründliche und kritische Analyse der möglichen weitreichenden negativen Folgen des gegenwertigen EZB-Programms der ultralockeren Geldpolitik (*Quantitative Easing*). Im Lichte mehrerer beim Bundesverfassungsgericht anhängiger Klagen, insbesondere gegen das OMT-Programm der EZB und gegen deren ultralockere Geldpolitik, ist es ein absolutes Muss, die potenziellen Mandatsüberschreitungen der EZB zur Sprache zu bringen. Der Parlamentsbericht kommt dieser Pflicht nicht nach und konnte in der Folge bei der Abstimmung meine Zustimmung nicht erhalten.

Petr Mach (EFDD), písenně. – Hlasoval jsem proti pozměňovacímu návrhu č. 12, který předložila skupina více než 40 poslanců, který navrhoval, aby ECB použila svoji pravomoc podle čl. 129 odst. 3 SFEU a její zisk byl použit jako vlastní zdroj příjmů EU. ECB by měla být zrušena a členské státy by se měly vrátit ke svým vlastním měnám.

Ivana Maletić (PPE), napisan. – Europska središnja banka (ESB) u 2014. snizila je kamatne stope na efektivnu donju granicu i kamatnu stopu na novčane depozite na -0,20 %. ESB je 2014. pokrenuo niz ciljanih operacija dugoročnijeg refinanciranja (TLTRO) i programe kupnje za odabrane vrijednosne papire privatnog sektora kako bi potaknuo kreditiranje realnog gospodarstva.

Izvjeshće napominje kako je potrebno smanjiti fragmentaciju tržišta i teret duga malim i srednjim poduzetnicima. Nadalje, potrebno je poboljšati uvjete za javna i privatna ulaganja kako bi se potaknuo rast i otvaranje radnih mjesta. Mali i srednji poduzetnici su okosnica europskog gospodarstva i bankovni sustav je ključan u njihovom kreditiranju kako bi im se omogućila prilika za povećanje konkurentnosti i rast.

Podržala sam izvješće o ESB-u za 2014. godinu jer smatram da je ESB poduzeo važne mjere za stimuliranje ulaganja i rasta.

Vladimír Maňka (S&D), písomne. – Za súčasnú najzásadnejšiu úlohu Európskej centrálnej banky, ako inštitúcie zodpovednej za menovú politiku, pokladám udržanie eura. Je nutné, aby ECB úzko sledovala a analyzovala menový, finančný a hospodársky vývoj a pružne prijímala potrebné opatrenia v záujme vnútornej a vonkajšej ochrany eura.

Νότης Μαριάς (ECR), γραπτώς. – Υπερψήφισα την έκθεση για τους λόγους που ανέφερα στις παρεμβάσεις μου ως εισηγητής στη συζήτηση που έγινε στην Ολομέλεια της Ευρωβουλής την 1/2/2016 επισημαίνοντας επίσης τα παρακάτω: Η έκθεση που συνέταξε αναφορικά με την ετήσια έκθεση της ΕΚΤ του έτους 2014, όπως κατατέθηκε τον Αύγουστο 2015, ήταν πλήρης και ιδιαίτερα σκληρή για τα πεπραγμένα της ΕΚΤ. Η έκθεση μετά την ψηφοφορία διατηρεί αρκετά σημεία κριτικής στη νεοφιλελεύθερη πολιτική της ΕΚΤ. Οι παράγραφοι 13 και 30 της έκθεσης, αναφερόμενες στην απόφαση C-62/14 του Δικαστηρίου της ΕΕ, αφενός ανοίγουν το δρόμο για κούρεμα των ομολόγων της ΕΚΤ και αφετέρου ζητούν την έξωση της ΕΚΤ από την τρόικα. Οι παράγραφοι 30,31,32 ασκούν σκληρή κριτική στον ρόλο της τρόικας και δρομολογούν τον έλεγχο της από την Ευρωβουλή. Σημαντικές είναι οι παράγραφοι 19, 22, 25 και οι ρυθμίσεις του πρώτου μέρους της παραγράφου 15 το οποίο

αναφέρεται στον λογιστικό έλεγχο του χρέους.

Φυσικά, υπάρχουν πτυχές στην τελική έκθεση με τις οποίες δεν συμφωνώ, όπως είναι πχ το αμφιλεγόμενο υπόλοιπο μέρος της παραγράφου 15, που πάντως θα μπορούσε να εκληφθεί ότι αποδέχεται την αναδιάρθρωση χρέους υπό τον όρο ότι δεν γίνεται *ad hoc*, αλλά με βάση τις κείμενες διατάξεις και εφόσον δεν αναζωπυρώνει την κρίση χρέους.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. Ce rapport sans vision se contente de commenter l'actualité économique et les politiques européennes, autant que l'action de la BCE. Comme l'an dernier, on perçoit certaines critiques et inquiétudes, par exemple sur les difficultés de financement des PME ou sur l'impact des achats de titres sur le bilan de la BCE.

Toutefois, on peut lui reprocher son absence de vision critique sur la dégradation de la situation macroéconomique et, même si elle est évoquée, sur les effets indésirables de la drogue addictive qu'est le «Quantitative Easing».

Et, bien entendu, on notera que les grands piliers des politiques économiques de l'UE ne sont pas remis en cause, voire au contraire encensés: Union bancaire, Union des marchés de capitaux, gouvernance budgétaire des 6 et 2 Packs, indépendance de la Banque Centrale, interdiction de la monétisation directe des dettes publiques... Piliers auxquels nous nous opposons fermement.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Doy mi apoyo al informe anual 2014 sobre el Banco Central Europeo, en el que desde el Parlamento Europeo mostramos nuestro apoyo a algunas de las principales medidas que se adoptaron ese año para facilitar el crecimiento económico y el empleo en Europa, así como la rotundidad con la que desde el BCE se trabaja por la defensa del euro.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau EP rezoliucijai dėl Europos Centrinio Banko 2014 m. metinės ataskaitos. Palankiai vertinu ECB priimtus sprendimus, siekiant skatinti viešojo ir privačiojo sektorių investicijas, užtikrinti kainų stabilumą. Taip pat pritariau rezoliucijoje išdėstyti nuomonei, kad pinigų politika negali išspręsti visų fiskalinių ir ekonominių problemų, su kuriomis susiduria daugelis valstybių narių, todėl yra būtinos atitinkamos struktūrinės reformos bei fiskalinio konsolidavimo priemonės.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport salue l'action calamiteuse de la Banque centrale européenne (BCE).

Il se félicite de ce que «la BCE ait affirmé clairement, en août 2012, qu'elle "fera tout son possible" pour protéger l'euro», c'est à dire maintenir son action monétaire au seul profit des Allemands. Il réaffirme «son engagement à respecter l'indépendance de la BCE dans la conduite de la politique monétaire». Il salue la «création du Fonds européen pour les investissements stratégiques (FEIS)» qui ne sert pourtant pas à grand-chose. Enfin, le rapport rappelle l'interdiction de «l'achat direct par les banques centrales nationales ou par la BCE de titres de créance émis par l'Union européenne» à l'origine de la crise des dettes publique. Je vote contre ce rapport qui ne propose aucune réorientation du rôle de la BCE.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport exprime des inquiétudes et comporte des remarques dignes d'intérêt. Toutefois, globalement, les critiques envers la BCE sont insuffisantes et les considérations sur le bilan macroéconomique sont trop optimistes. Par ailleurs, les nombreuses félicitations faites aux politiques de l'Union, qui jalonnent le texte, sont illégitimes à mes yeux.

En conséquence, j'ai voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Dando cumprimento à obrigação estipulada no n.º 3 do artigo 113.º do Tratado, o Banco Central Europeu publica todos os anos um relatório sobre a política monetária e sobre as atividades do SEBC.

Considero que os Estados-Membros têm de continuar a realizar reformas estruturais sustentáveis, essenciais para promover o crescimento económico.

Abstive-me na votação do presente relatório.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this proposal. The European Central Bank has a role to play in reducing unemployment rates and debt burdens across Europe.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the annual report of the European Central Bank, because it is playing a positive, key, role with its non-conventional monetary policy operations. The report calls for better targeted investments and positive, socially balanced, structural reforms. However, I have voted against amendment 12, which calls for the possibility to use ECB profits for creating an EU own resource because I am not in agreement with this particular amendment.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az EKB elnöke benyújtotta a bank 2014. évi tevékenységéről szóló jelentését.

A Gazdasági és Monetáris Bizottság ezzel kapcsolatos állásfoglalásra vonatkozó indítványa hangsúlyozza, hogy: a Bizottság őszi előrejelzése szerint az euróövezetben a gazdasági fellendülés bővülése várható, ám ez a növekedés nem áll stabil alapokon; a munkanélküliség az euróövezetben lassan csökkenni fog, de sok tagállamban a munkanélküliség továbbra is riasztó szinten marad; az euróövezetben várhatóan csökkenni fog a költségvetési hiány és az államadósság; az alacsony energiaárak segíthetik a gazdasági fellendülést.

Javasolja ezért, hogy az EP foglaljon állást a földrajzilag egyenlőtlen és szerény fellendülés erősítése mellett a magas munkanélküliségi ráta és az adósságterhek csökkentése érdekében. Indítványozza továbbá, hogy a Parlament várja el, hogy az EKB az EUMSZ 282. cikke értelmében járuljon hozzá az Unión belüli általános gazdaságpolitikához, feltéve, hogy az árstabilitással kapcsolatos fő küldetésének sikere nem kerül veszélybe, és erősítse meg elkötelezettségét az EKB monetáris politika irányítása terén élvezett, a Szerződésben rögzített függetlenségének tiszteletben tartása mellett. Felhívni javasolja végül a nemzeti kormányokat és hatóságokat, tartózkodjanak attól, hogy az EKB-től egyedi intézkedések megtételét kérjék.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Comme chaque année, la commission ECON présente son avis sur le rapport annuel de la BCE, avec une année de décalage, dans un rapport qui commente en réalité l'actualité économique et les politiques européennes, autant que l'action de la BCE.

De façon récurrente, on perçoit certaines critiques et inquiétudes, par exemple sur les difficultés de financement des PME ou sur l'impact des achats de titres sur le bilan de la BCE.

Toutefois, on peut lui reprocher son absence de vision critique sur la dégradation de la situation macroéconomique et, même si elle est évoquée, sur les effets indésirables de la drogue addictive qu'est le QE et les scénarios de sortie.

Bien entendu, les grands piliers des politiques économiques de l'Union ne sont pas remis en cause, voire au contraire encensés: Union bancaire, Union des marchés de capitaux, gouvernance budgétaire du «six-pack» et du «two-pack», indépendance de la banque centrale, interdiction de la monétisation directe des dettes publiques, etc.

Nous votons donc contre ce rapport qui va à l'encontre de nos positions sur ces sujets.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Il est aisé de reprocher à ce rapport son absence de vision critique sur la dégradation de la situation macroéconomique, qui affecte l'ensemble des pays européens. Les effets déstabilisateurs sur le prix des actifs (bulles, instabilité des marchés) liés à la création monétaire massive, ainsi que les effets d'un pétrole bas sur les niveaux d'inflation en relation avec les objectifs de la BCE sont insuffisamment abordés. C'est pourquoi j'ai voté contre.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo con favore la sulla relazione annuale della Banca centrale europea per il 2014. La politica monetaria della BCE è un pilastro fondamentale della ripresa economica europea. Il lavoro che la banca ha intrapreso negli ultimi anni risulta importante e coraggioso, soprattutto grazie al lancio dell'operazione di *quantitative easing*, che sta concedendo ai paesi europei un periodo favorevole per poter discutere e approvare riforme strutturali, che possano aggiungere competitività alle economie e consentano di ridurre il peso dell'elevata disoccupazione che ancora grava su alcuni Stati membri. La relazione riconosce inoltre il ruolo di primo piano svolto dalla BCE durante la crisi economica e finanziaria. Nel contesto di questa relazione, vorrei sottolineare l'importanza di un emendamento approvato, proposto da una coalizione di più di quaranta deputati europei, che chiede alla Banca centrale europea di trasformare i profitti generati dall'operato della banca stessa in risorse dell'Unione europea, invece di redistribuirle alle Banche centrali nazionali.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The European Central Bank is the central bank of the 19 European Union Member States that have adopted the euro. Its main task is to maintain price stability in the euro area and preserve the purchasing power of the single currency. I have voted for this report on the European Central Bank's annual activity report for 2014 that highlights the steps needed for a stronger monetary union, amongst which we can identify the Commission's plan to establish a Capital Markets Union that should diversify sources of financing in the EU economy, boost cross-border investment and increase access to financing for business, especially SMEs.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem výroční zprávu o činnosti ECB za rok 2014 a oceňuji, že zůstala zaměřena na toto téma a nezůstaly v ní prvky, které s tímto tématem nesouvisely. Příkladem je výzva, aby ECB uvažovala o využití své pravomoci podat legislativní podnět a přeměnit část čistého zisku banky na nový vlastní zdroj Unie, přičemž by to měla navíc provést tak, aby bylo zajištěno, že z čistého zisku ECB budou mít prospěch pouze členské státy, které přijaly jednotnou měnu. Nejsem zastáncem toho, aby se závažné politické podněty přijímaly bez předchozí důkladné diskuse a vyjasnění toho, co se jimi sleduje a jaký bude jejich dopad. Nemluvě o tom, že do výroční zprávy kontroverzní a spíše rozdělující než sjednocující politické podněty ani nepatří.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht beinhaltet zwar durchaus vertretbare und wichtige Kritikpunkte, geht aber nicht auf die Defizite der Transferunion ein. Da also nicht alle kritischen Punkte erwähnt wurden, hätte ich mich meiner Stimme enthalten.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport en question évoque sans critique la politique monétaire menée par la BCE pour l'année 2014. Le texte va dans la logique de la politique économique austéritaire menée depuis les dernières années dans l'Union et demande aux États Membres de mettre en place des réformes structurelles afin de se conformer aux critères macroéconomiques, notamment les pays ayant été sous un programme d'assainissement budgétaire, et s'oppose à l'idée d'une restructuration de la dette publique. Ces éléments m'ont amené à voter contre ce rapport.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Aruande kohaselt on euroalal oodata kerget majanduslangusest taastumist, töötuse vähenemist ning eelarveprognoosi paranemist. Siiski on oluline edasi töötada selle nimel, et majandust tugevdada, muuhulgas suurendada VKEda juurdepääsu rahastamisele ning hoida inflatsiooni alla 2% või selle lähedal.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – The report includes a call for the ECB to initiate legislation to permit the EU to take as its 'own resources' the profits of the ECB – profits which currently are distributed to eurozone Member States. UKIP objects to the activities of the ECB and, as the UK is a shareholder in the ECB, UKIP accordingly voted against the report.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – La Banca centrale europea si è assunta nell'agosto 2012 l'impegno di compiere tutti gli sforzi necessari per difendere l'euro e infatti secondo le ultime previsioni autunnali della Commissione la ripresa economica nella zona euro dovrebbe aumentare. Considerando che nel 2014 la BCE ha messo in atto una serie di operazioni mirate di rifinanziamento a più lungo termine e di programmi di acquisto di attività finanziarie selezionate del settore privato, allo scopo di sostenere i prestiti all'economia reale, confido nei futuri progressi tenendo conto degli obiettivi prefissati.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – The publication of the Annual Report complements ECB efforts towards greater transparency by describing the actions that the ECB undertook in 2014. From a monetary policy perspective, the environment we faced in 2014 was very complex and demanding, for the year as a whole, we saw GDP growing by 0.9% in the euro area. The policy measures introduced by the ECB have contributed to lower interest rates in capital markets. Even though Bulgaria is not yet part of the euro area, I believe a strong euro area is an essential element of a strong and competitive European Union. Therefore, I support the report and the measures taken by the ECB.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Godišnje izvješće Europske središnje banke važan je dokument jer osim što daje pregled provođenja monetarne politike, daje i prognoze koje mogu djelovati kao smjernice i poticaj za dostizanje većeg gospodarskog rasta, smanjenja nezaposlenosti i javnog duga te povećanja investicija u narednom razdoblju. Slažem se s mišljenjem kako će niske cijene energenata, ukoliko se barem nekoliko mjeseci zadrže na trenutačnim razinama, uz inflaciju do 2 %, biti značajan faktor u poticanju konkurentnosti i otvaranju novih radnih mjesta u 2016. godini. Izvješće o Godišnjem izvješću ESB-a za 2014. prepoznalo je probleme koji koče gospodarski napredak. To su svakako razlike između stopa financiranja za mala i srednja poduzeća, kamatnih stopa na male i velike kredite te uvjeta kreditiranja za mala i srednja poduzeća u različitim državama europodručja, a isto možemo reći za područje cijelog EU-a. Svi zajedno moramo raditi na smanjenju postojećeg nesrazmjera. Također, podržavam nastojanja Komisije za olakšavanjem pristupa financiranju malim i srednjim poduzećima i povećanjem prekograničnih ulaganja. I mene kao i članove nadležnog odbora zabrinjava visoka razina javnog i privatnog duga u nekim državama članicama, među kojima je nažalost i

Hrvatska, te stoga moramo pronaći mehanizme za njegovo dovodenje u prihvatljive granice.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport commente en réalité l'actualité économique et les politiques européennes autant que l'action de la BCE. Comme l'an dernier, on perçoit certaines inquiétudes, par exemple sur les difficultés de financement des PME ou sur l'impact des achats de titres sur le bilan de la BCE.

Toutefois, il n'y a aucune vision critique de la dégradation de la situation macroéconomique ou des effets indésirables du QE. Les effets déstabilisateurs sur le prix des actifs liés à la création monétaire massive, ainsi que les effets d'un pétrole bas sur les niveaux d'inflation en relation avec les objectifs de la BCE sont donc insuffisamment abordés. Bien entendu, les grands piliers des politiques économiques de l'Union ne sont pas remis en cause, voire au contraire encensés: Union bancaire, Union des marchés de capitaux, gouvernance budgétaire du «six-pack» et du «two-pack», indépendance de la banque centrale, interdiction de la monétisation directe des dettes publiques, etc. Désireux d'une remise en cause radicale de tous ces points, je me prononce logiquement contre ce rapport eurobéat et irréaliste.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Prema najnovijoj jesenskoj prognozi Komisije europa područje očekuje jačanje gospodarskog oporavka te se predviđa porast realnog BDP-a za 1,4 % 2015., 1,7 % 2016. i 1,8 % 2017. godine. Za poticanje gospodarskog rasta ključna je odlučna politička predanost provedbi održivih i socijalno uravnoteženih strukturnih reformi.

Stoga podržavam rad Europske središnje banke i naglašavam njenu važnost za vrijeme kriznih situacija. Središnja banka ima pozitivnu i ključnu ulogu te doprinosi svojim nekonvencionalnim operacijama monetarne politike. Monetarna politika, međutim, ne djeluje u vakuumu. Želio bih naglasiti da postoje granice onoga što monetarna politika može postići. Stoga nam je potrebno više ciljanih ulaganja i pozitivnih, socijalno uravnoteženih, strukturnih reformi kako bi se osigurali optimalni rezultati.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Não obstante algumas críticas que promove a elementos da política monetária do BCE, ou a regras do seu funcionamento, o conteúdo e sentido geral do relatório são globalmente negativos.

Congratula a União Bancária, a UMC e o FEIE. Reforça a ideia da chamada «consolidação orçamental». Valoriza as «reformas estruturais», procurando pintá-las com «equilíbrio social». Esquece a necessidade de separação entre a banca de investimento e a banca comercial. Objeta à renegociação e consequente reestruturação das dívidas. Afirma que as regras da Governação Económica devem ser respeitadas e reforçadas e pede que todas as ferramentas do Pacto de Estabilidade sejam aplicadas.

O relatório não coloca em causa o carácter profundamente antidemocrático do BCE, nem o facto de este ter vindo a exceder largamente o domínio das suas competências estatutárias, imiscuindo-se de forma intolerável nas políticas económicas dos Estados nacionais.

Votámos contra.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Prema najnovijoj jesenskoj prognozi Komisije u Europodručju očekuje se jačanje gospodarskog oporavka te porast realnog BDP-a za 1,4 % 2015., 1,7 % 2016. i 1,8 % 2017. godine. Međutim, temelji za rast nisu najstabilniji. Za poticanje gospodarskog rasta ključna je odlučna politička predanost provedbi održivih i socijalno uravnoteženih strukturnih reformi. Poznato je da su mala i srednja poduzeća okosnica europskog gospodarstva te da je bankovni sustav ključan u omogućavanju konkurentnosti i rasta. Nadalje, važno je spomenuti značajnost olakšavanja kreditnih tokova mikropoduzećima te MSP jer ona predstavljaju 99 % svih poduzeća i zaslužna su za 80 % radnih mjesta u EU-u. Stoga, MSP imaju ključnu ulogu u stvaranju gospodarskog rasta, otvaranju radnih mjesta i smanjenju društvenih nejednakosti, a obujam bankovnih kredita se polako povećava. Privatna i javna ulaganja u Europodručju i dalje su na znatno nižoj razini u odnosu na stanje prije trenutačne krize, unatoč tome što ESB poduzima potrebne mjere kako bi održala povoljne uvjete financiranja. Stoga su uspostavljanje EFSU-a i plan Komisije za uspostavljanje istinske unije tržišta kapitala od značajne važnosti. Takve inicijative trebale bi dovesti do diversifikacije izvora financiranja u gospodarstvu Unije, povećati prekogranična ulaganja i pristup financiranju za poduzeća, posebno mala i srednja poduzeća. Slijedom navedenog podržavam izvješće kolege Notisa Mariasa.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Podpořil jsem výroční zprávu Evropské centrální banky pro rok 2014, jelikož ve zmíněném roce tato instituce prokázala, že je schopna postupovat aktivně v době, kdy je potřeba. Rád bych ale poukázal na to, že se na evropské ekonomice projevilo a projevuje, že používání pouze této politiky je nedostatečné k tomu, aby se výkonnost ekonomiky Evropské unie navrátila na úroveň, ve které se nacházela před krizí. Je nutné, aby opatření přijatá Evropskou centrální bankou byla doprovázena aktivní politikou zahrnující pozitivní, sociálně vyvážené strukturální reformy a udržitelné investice. Hlasoval jsem pro návrh, aby Evropská centrální banka více komunikovala s poslanci Evropského parlamentu, jelikož jsme jediní přímo volení zástupci evropských občanů. Mělo by být proto samozřejmé, aby byla nastavena zpětná vazba vztahující se na výroční zprávy, které Parlament schválí. Dále jsem podpořil návrh transformovat část zisků této instituce do vlastních zdrojů rozpočtu Unie. Evropská centrální banka totiž ročně vykazuje zisk ve výši až 1 miliardy EUR, které se navracejí centrálním bankám, a to i když se unijní rozpočet nachází v dlouhodobém napětí. Učinil jsem tak kvůli svému přesvědčení, že je nesprávné bránit hlubší integraci zemí eurozóny, pokud si ji sami přejí, ale také kvůli naději, že do tohoto seskupení bude Česko brzy patřit.

Miroslav Poche (S&D), *in writing*. – I would like to commend the European Central Bank in its efforts to help European countries recover after a very serious economic crisis. It pleases me to hear that the ECB has made some important strides to help us progress to full economic recovery. According to the Commission's latest economic forecast, recovery in the euro area is expected to expand, with real GDP predicted to rise, and unemployment will slowly but surely decrease. However, I do agree that Europe still has a long road of recovery ahead of us. We cannot only rely on the monetary policy conducted by the European Central Bank. The position of European social democrats is clear: we need to be more future-oriented and create more investments and greater domestic demand. With these aims, we can hope to not only recover from this crisis but come out stronger than before.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Gli sforzi intrapresi dalla Banca centrale europea (BCE) nel 2014 sono stati importanti. Plaudo al lavoro svolto dalla BCE, dal suo Comitato esecutivo, dal suo personale e dai Comitati dell'eurosistema che hanno reagito alle sfide e hanno consentito al Consiglio direttivo di assolvere il proprio mandato e le proprie responsabilità. Nel 2014 diversi filoni di lavoro, avviati negli anni precedenti, sono confluiti in una risposta coerente sul piano delle politiche. L'inflazione sembra tornare sui livelli inferiori ma prossimi al 2 per cento nel medio periodo, in linea con l'obiettivo della BCE. Dal punto di vista della politica monetaria, nel 2014 la BCE si è trovata di fronte a un quadro complesso. La debole ripresa manifestatasi nel 2013 non ha accelerato come inizialmente previsto. La crescita monetaria è rimasta contenuta e il credito ha continuato a contrarsi, sebbene a ritmi gradualmente inferiori. Votando a favore di questa relazione auguro alla BCE di continuare nel suo duro compito di migliorare le condizioni per gli investimenti, sia pubblici che privati, finalizzati a rilanciare la crescita e la creazione di posti di lavoro.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. – In diesem Bericht wird die Arbeit der Europäischen Zentralbank für das Jahr 2014 umrissen. Die völlige Kritiklosigkeit des Berichts an der Geldpolitik der EZB, die wiederholt die Kompetenzen ihres Mandates überschritten und die Budgethoheit der nationalen Parlamente damit nachhaltig in Frage gestellt hat, ist nicht nachvollziehbar. Dieser eklatante Missstand wird im Bericht nicht ausreichen thematisiert und macht es für mich deshalb obligatorisch, gegen diesen Bericht zu votieren.

Dominique Riquet (ALDE), *par écrit*. – Outre des prévisions optimistes quant à la reprise économique, le chômage et les perspectives budgétaires des pays membres de la zone euro, le rapport met en exergue trois recommandations. Tout d'abord, sur la nécessité d'améliorer l'environnement pour la création de PME et donc d'emplois, il préconise un renforcement de l'investissement public et privé. La mise en place du Fonds européen pour les investissements stratégiques (EFIS) ainsi que les efforts pour l'instauration d'une Union des marchés de capitaux (UMC) sont à ce titre salués. S'agissant de la stabilité financière au sein de la zone euro, le texte appuie sur les divergences, voire les contradictions, dans les politiques budgétaires nationales qui entravent la relance monétaire commune (assouplissement quantitatif) – les députés au Parlement européen ayant en ce sens exhorté les États membres à réaliser un audit complet de leurs finances publiques. Enfin, sont remarqués les efforts déployés pour rendre la BCE plus transparente, même si certains progrès demeurent à réaliser, comme c'est le cas pour le mécanisme de surveillance unique (MSU).

Pour toutes ces raisons, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Este relatório assinala que a recuperação esperada para os próximos anos na área do euro, geograficamente desigual e modesta, deve ser mais forte e que o crescimento económico potencial deve aumentar, de forma a reduzir as elevadas taxas de desemprego registadas em muitos Estados-Membros da área do euro e a fazer baixar o peso da dívida. Sublinha ainda a necessidade de melhorar as condições, tanto para o investimento público como para o investimento privado, que visem impulsionar o crescimento e a criação de emprego, apelando a um redobrar de esforços no sentido de assegurar o financiamento da economia real. As reformas estruturais têm de ser sustentáveis e socialmente equilibradas.

Lamento apenas que não tenha sido aprovada uma alteração que previsse que parte dos lucros do Banco Central Europeu (uma média de 1 bilião de euros anual) pudesse ser transformada em recurso da própria União para investimentos e avanço do projeto europeu, ao invés de voltar para os bancos centrais nacionais.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe anual sobre la actividad del Banco Central Europeo (BCE) porque en el mismo se apoya la política monetaria expansiva que aquel ha venido desarrollando, incluido el programa de compra de deuda pública de los Estados miembros, así como la prioridad fijada en agosto de 2012 de hacer todo lo necesario para asegurar la estabilidad financiera de la zona del euro y la irreversibilidad de la moneda única.

Lamento, eso sí, que una coalición negativa, formada por la ultraderecha, los euroescépticos, la izquierda radical y la mayoría del Partido Popular Europeo y la Alianza de los Liberales y Demócratas, haya bloqueado la enmienda 12, promovida por una coalición proeuropea compuesta por diputados de cuatro grupos políticos, incluida quien esto escribe, y que pedía al BCE que estudiara convertir sus beneficios (del orden de los mil millones de euros al año) en un nuevo recurso propio.

Es de agradecer en todo caso que la enmienda haya contado con el apoyo de mi Grupo (Socialistas y Demócratas), por lo que seguiré trabajando por el objetivo de aumentar los recursos propios de la Unión Europea y, en concreto, por constituir una capacidad fiscal en la zona del euro.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport et ai notamment soutenu un amendement qui invite la BCE à envisager de faire usage de son pouvoir d'initiative législative conformément à l'article 129, paragraphe 3, du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne afin de réformer, par procédure législative ordinaire, l'article 33, paragraphe 1, point a), des statuts de la BCE, en vue de convertir une part du bénéfice net de cette institution en une nouvelle ressource propre de l'Union. Selon cet amendement, cela devrait se faire de manière à garantir que le bénéfice net de la BCE profite uniquement aux États membres ayant adopté la monnaie unique.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O Banco Central Europeu tem desenvolvido uma ação que visa assegurar condições de financiamento favoráveis às empresas, sobretudo PME's. Contudo, o investimento privado e público na zona euro permanece consideravelmente abaixo dos níveis registados antes da crise mundial.

Neste seguimento, o BCE viu-se na necessidade de adotar instrumentos de política monetária não convencionais, por forma a atenuar os efeitos sentidos pela crise da dívida soberana, uma inflação com sinais decrescentes, a contração de crédito ou ainda a estagnação do crescimento económico.

O presente relatório, não só dá conta do efeito positivo de algumas medidas, tais como a criação do Fundo Europeu para Investimentos Estratégicos, como também ressalva o plano da Comissão Europeia que visa estabelecer uma verdadeira União do Mercado de Capitais, que terá como mote a diversificação das fontes de financiamento na economia da UE, o estimular do investimento transfronteiriço e ainda o incremento no acesso a financiamento por parte das empresas, e em particular das PME.

Por considerar essencial que o BCE continue a desempenhar o papel que lhe foi atribuído pelos Tratados, e por considerar fundamental a sujeição ao controlo democrático do seu trabalho tendo em conta as suas novas responsabilidades, votei favoravelmente o presente relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui dresse le bilan des activités de la Banque centrale européenne pour l'année 2014 mais qui formule, également, des recommandations du Parlement. Il est tout d'abord important de souligner que, selon les dernières prévisions de la Commission, la reprise économique dans la zone euro devrait s'intensifier, tout en restant fragile. C'est pour cela que la BCE doit améliorer, en termes monétaires, les conditions de cette reprise; en garantissant, notamment, un taux d'inflation faible, aux alentours des 1 %, comme cela est prévu pour 2016. Comme le demande cette résolution, il est nécessaire d'améliorer les conditions des investissements publics et privés destinés à stimuler la croissance et à créer de l'emploi. À ce titre, j'ai soutenu ce rapport qui rappelle

que la politique monétaire doit permettre un plus grand taux financement des entreprises européennes, notamment des PME, un des moteurs de l'économie européenne. La politique monétaire doit accompagner la relance de la croissance économique en favorisant les investissements.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – La relazione non si limita a ratificare o commentare l'attività della Banca centrale europea nel 2014, ma serve anche per avanzare delle proposte per rilanciare e migliorare le attività della BCE per il futuro. In particolare nella relazione si parla di indicatori finanziari dell'eurozona e dell'iniziativa del *quantitative easing* della BCE per rilanciare l'economia. Il Parlamento europeo ha, col voto di oggi, approvato e sostenuto la politica monetaria portata avanti dalla BCE per garantire la stabilità dei prezzi ma al tempo stesso vuole ricordare che queste misure non saranno efficaci se non accompagnate dalle necessarie riforme strutturali, dalla disciplina di bilancio e da investimenti produttivi.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe del Parlamento Europeo sobre la actividad del BCE en 2014. El informe contiene algunos elementos progresivos, al señalar el papel negativo que el BCE ha tenido en Grecia y el déficit democrático que sufre el BCE, y hacer un énfasis en las políticas de austeridad que el BCE ha impulsado. Sin embargo, he votado en contra del informe en su conjunto porque contiene una validación implícita de la actual estructura del BCE.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe letztendlich für diesen zunächst kontroversen Bericht über die Aktivitäten der Europäischen Zentralbank 2014 gestimmt. Der Berichterstatter war nicht zu Zugeständnissen bereit, die Arbeit der EZB und ihres Vorsitzenden anders zu bewerten, weswegen die EVP, die S&D und die ALDE einen aus meiner Sicht tragfähigen und zustimmungsfähigen Kompromiss ausgehandelt haben.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que el resultado final ha diluido las importantes críticas que el ponente realizaba en la primera versión debatida. La versión inicial de este informe contenía una condena expresa al Presidente del Banco Central Europeo, Mario Draghi, por el papel realizado en la extorsión financiera a la que esta institución está sometiendo a los Estados miembros de la periferia de la Unión Europea. Sin embargo, este texto inicial ha sido modificado por la mayoría de los grupos de este Parlamento, quedando una idílica, acrítica y descafeinada visión de la actividad realizada por esta institución durante el ejercicio 2014. Es por todo esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Despite the UK not being a member of the Eurozone (and it does not look like it is going to join the currency union in the near future), the ECB plays an important role in the EU and for the prosperity for those inside and outside the Eurozone. Britain has a vested interest in the success of the Eurozone and the efficiency of the ECB, the European Central Bank.

The role that the ECB plays in regards to its non-conventional monetary policy operations is positive and vital. But, in my view, there are limits to what monetary policy can achieve, and structural reforms are needed and investments need to be more targeted if we are going to be able to see a real difference to people's lives and lift people's standards of living across this continent.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Nisam podržao ovo izvješće, ali ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *pisomne*. – Podporila som návrh uznesenia o výročnej správe Európskej centrálnej banky za rok 2014, ktorá okrem iného uvádza, že v eurozóne sa očakáva pomalý pokles nezamestnanosti z 11,6 % na konci roka 2014 na 10,5 % na konci roka 2016. Podľa tej istej prognózy by sa fiškálne vyhliadky v eurozóne mali zlepšiť, pričom očakávaný deficit verejných financií by mal klesnúť z 2,4 % v roku 2014 na 1,7 % v roku 2016 a verejný dlh z 94 % na konci roka 2014 na 92,5 % na konci roka 2016. V správe sa konštatuje, že aj nízke ceny energií by mohli pomôcť pri oživení hospodárstva. V správe sa pripomína, že na zabezpečenie transparentnosti menovej politiky vo vzťahu k Európskemu parlamentu a širokej verejnosti je dôležitý menový dialóg raz za štvrt' roka. Predstavitelia ECB poskytujú presné a podrobné odpovede na otázky poslancov EP aj dodatočné informácie písomnou formou, ak odpovede poskytnuté počas rokovaní nie sú dostatočné alebo vyčerpávajúce.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Po podatkoch iz zadnje jesenske napovedi Komisije je pričakovati, da se bo gospodarsko okrevanje v euroobmočju okrepilo, realni BDP pa naj bi se v letu 2015 povečal za 1,4 %, v letu 2016 za 1,7 % in za 1,8 % v letu 2017.

V poročilu je ugotovljeno, da se je ECB v odziv na kompleksno okolje, ki ga zaznamujejo državna dolžniška kriza, upadanje inflacije, kreditni krč in počasna gospodarska rast, zatekla k nekonvencionalnim instrumentom monetarne politike.

Poročilo prav tako odraža zaskrbljenost zaradi možnih neželenih posledic in dolgoročnih učinkov omenjenih instrumentov. Opuščanje teh ukrepov bo kompleksno in potrebno bo njihovo skrbno načrtovanje. S tem se bodo preprečile neželene motnje na trgu, zlasti kar zadeva ustrezno, skrbno in pravočasno organizacijo opustitve ter izbire pravega trenutka. Visoke in različne stopnje javne in zasebne zadolženosti v nekaterih državah članicah, poleg še vedno prisotnih strukturnih pomanjkljivosti v bančnem sektorju, predstavljajo oviro za pravičen prenos monetarne politike.

Menim, da nekonvencionalna monetarna politika, ki jo izvaja ECB, sama po sebi ne more spremeniti tega položaja. Odločna politična zavezanost k izvajanju trajnostnih in socialno uravnoteženih strukturnih reform je bistvena za povečanje gospodarske rasti.

Zaradi opisanega sem na plenarnem zasedanju glasoval proti sprejetju letnega poročila o ECB za leto 2014.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Parlamentsbericht ist die Antwort auf den EZB-Jahresbericht 2014. Im Bericht werden unter anderem die nicht konventionellen geldpolitischen Maßnahmen der EZB angesprochen. Der Bericht fordert eine Überprüfung der Maßnahmen der EZB und ihrer Rolle in der Troika und beinhaltet die Forderung nach politischer Unabhängigkeit der EZB, die auch ALFA unterstützt.

Dem Bericht fehlt allerdings eine gründliche und kritische Analyse der möglichen weitreichenden negativen Folgen des gegenwertigen EZB-Programms der ultralockeren Geldpolitik (*Quantitative Easing*). Im Lichte mehrerer beim Bundesverfassungsgericht anhängiger Klagen, insbesondere gegen das OMT-Programm der EZB und gegen deren ultralockere Geldpolitik, ist es ein absolutes Muss, die potenziellen Mandatsüberschreitungen der EZB zur Sprache zu bringen. Der Parlamentsbericht kommt dieser Pflicht nicht nach und konnte in der Folge bei der Abstimmung meine Zustimmung nicht erhalten.

Ivan Štefanec (PPE), *pisomne* – Európska centrálna banka zostáva dôležitou súčasťou stability finančného systému v rámci eurozóny. Naďalej je potrebné zlepšovať podmienky pre verejné aj súkromné investície, a tým podporiť hospodárske oživenie v rámci EÚ, ktoré sa stále nemôže považovať za celoplošné. V tejto súvislosti je potrebné dbať hlavne o prístup podnikov k zdrojom financovania, a to s osobitným zreteľom na malé a stredné podniky.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Prema najnovijoj jesenskoj prognozi Komisije u europodručju se očekuje jačanje gospodarskog oporavka te se predviđa porast realnog BDP-a za 1,4 % 2015., 1,7 % 2016. i 1,8 % 2017. godine. Temelji za rast su krhki, a za poticanje gospodarskog rasta ključna je odlučna politička predanost provedbi održivih i socijalno uravnoteženih strukturnih reformi. Stoga očekujem od ESB-a da doprinese općim ekonomskim politikama u Uniji i postizanju njihovih ciljeva u skladu s člankom 282. UFEU-a pod uvjetom da se ne dovede u pitanje njihov glavni cilj održavanja stabilnosti cijena. Naglašavam da doprinos ESB-a podrazumijeva ulaganje napora kako bi se povećalo odobravanje kredita s niskim troškovima realnom gospodarstvu te potaknuo gospodarski oporavak, odnosno otvaranje novih radnih mjesta, rast i stabilnost. Pozdravljam projekt unije tržišta kapitala i mogućnost da se kroz nju ponovno uspostavi ravnoteža u kanalima financiranja, i to ne tako da se mogućnosti financiranja smanje ili zadrže na postojećoj razini, već njihovim povećanjem i diversifikacijom, čime bi se doprinijelo smanjenju pretjerane ovisnosti gospodarstva europodručja o bankarskom sustavu i omogućilo neophodno apsorpiranje šokova u monetarnoj uniji.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Radi se o godišnjem izvješću o radu i aktivnostima Europske središnje banke koja se podnose na inicijativu samog Parlamenta. Ovo izvješće bavi se periodom u kojem je ESB koristila nekonvencionalne mjere kojima se suprotstavila veoma niskim stopama inflacije. Izvješće ističe da su brojne države članice suočene s visokom stopom nezaposlenosti te kako je potrebno povećati gospodarski rast. Privatna i javna ulaganja u europodručju i dalje su na nižoj razini u odnosu na stanje prije trenutne krize. Potrebno je poboljšati uvjete za javna i privatna ulaganja kako bi se potaknuli rast i otvaranje novih radnih mjesta.

Izjestitelj smatra kako je banka nadišla svoj mandat u svom odnosu prema Trojci. Predložena su 283 amandmana na izvješće. Održani su neformalni pregovori između EPP-a, S&D-a i ALDE-a koji su rezultirali brojnim kompromisima.

Podržavam ovo godišnje izvješće Europske središnje banke jer smatram da su preporuke iznesene u njemu korisne i potrebne za daljnji ekonomski napredak zemalja članica.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o letnem poročilu Evropske centralne banke za leto 2014.

Po finančni in gospodarski krizi zaznavamo v euroobmočju šibko rast in gospodarsko okrevanje ter počasno nižanje brezposelnosti. Tudi napovedi za prihodnja leta napovedujejo podobno. Za to, da še bolj okrepimo rast ter učinkoviteje prispevamo k zmanjšanju brezposelnosti, potrebujemo odločno politično zavezanost, da bomo izvajali trajnostne in socialno uravnotežene strukturne reforme.

Podpiram opozorilo, da bo treba okrepiti geografsko neenakomerno in skromno okrevanje, ki ga je v naslednjih letih pričakovati v euroobmočju, in povečati potencialno gospodarsko rast, da bo mogoče znižati visoko stopnjo brezposelnosti v mnogih državah članicah euroobmočja in zmanjšati breme dolga.

Νεοκλής Σουλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Είναι θέση μας πως οι νεοφιλελεύθερες πολιτικές λιτότητας που εφαρμόζονται στην ευρωζώνη είναι άρρηκτα δεμένες με τα ελλείμματα δημοκρατίας του οικοδομήματος του ευρώ. Η ΕΚΤ συμμετέχει στην Τρόικα, και η τραπεζική ένωση παίρνει όλο και περισσότερα δικαιώματα εποπτείας από τις εθνικές κεντρικές τράπεζες, προωθώντας έτσι τα συμφέροντα τεράστιων τραπεζών παρά του συνεργατισμού και των μικρών τραπεζών που χρηματοδοτούν τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις.

Επίσης, η έκθεση αποτρέπει από διαδικασίες αναδιάρθρωσης του χρέους κρατών και στηρίζει τα προγράμματα μακροοικονομικής προσαρμογής.

Καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Μία και μόνο φράση της έκθεσης, απεικονίζει την ουσία της ύπαρξης της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας, αλλά και την οικονομική πολιτική της Γερμανίας και κατ' επέκταση της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Παράγραφος 11: «επικροτεί την κατηγορηματική δέσμευση της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας να καταβάλλει κάθε δυνατή προσπάθεια για την προστασία του ευρώ την οποίαν ανέλαβε τον Αύγουστο του 2012».

Τα πάντα για το χρήμα, όχι για τους πολίτες, ούτε για τα έθνη, ούτε καν για τις χώρες.

Είναι φανερό ότι η λεγόμενη σταθερότητα του ευρώ είναι απλά ένα μέσο επιβολής των οικονομικών συμφερόντων της Γερμανίας, άρα μέρος του προβλήματος. Για να γίνει μέρος της λύσης, πρέπει να αλλάξει κατεύθυνση η Ευρωπαϊκή Ένωση. Και αυτό μπορεί να γίνει μόνο με εθνικιστικές κυβερνήσεις που ενεργοποιούν τον πολίτη, την οικογένεια και το έθνος έναντι στο χρήμα.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam az Európai Központi Bank 2014. évi éves jelentéséről szóló jelentését, amely elismeri az Európai Központi Bank (EKB) eredményeit, ugyanakkor az előtte álló további kihívásokra is pontosan rámutat.

Üdvözlendő, hogy a bank jelentős eredményeket ért el a transzparencia biztosítása területén. Ahogy azt a jelentés is kiemeli, az ülésekről készült jegyzőkönyvek összefoglalóinak nyilvánosságra hozatala fontos lépés, azonban még továbbra is van mit javítani kommunikációs csatornájának átláthatóságát illetően. Szintén üdvözlendő az a fejlemény, hogy az EKB elnöke elkötelezte magát az Európai Parlamenttel folytatott hatékonyabb párbeszéd mellett, illetve, hogy az EKB példamutatása nyomán további központi bankok is nyilvánosan indokolják meg döntéseiket.

Egyetértek továbbá azzal, hogy javítani kell a növekedésre és munkahelyteremtésre irányuló köz- és magánberuházások feltételeit, valamint, hogy az EKB-nak különös figyelmet kell biztosítani a nem szokványos monetáris politikai eszközök esetleges nem szándékolt következményeire és hosszú távú hatásaira.

Adam Szejnfeld (PPE), *na písmie*. – Parlament Europejski w swoim dokumencie poparł politykę pieniężną prowadzoną przez Europejski Bank Centralny służącą nie tylko zagwarantowaniu stabilności cen, ale również wsparciu ożywienia gospodarczego w kierunku tworzenia miejsc pracy, wzrostu i stabilności, m.in. poprzez zwiększenie skali udzielania niskoprocentowanych kredytów na rzecz gospodarki realnej.

Niemniej jednak, w moim przekonaniu, korzystanie przez Europejski Bank Centralny z niekonwencjonalnych instrumentów polityki pieniężnej – nawet jeśli w pewnym stopniu uzasadnione z uwagi na sytuację związaną z kryzysem zadłużeniowym, spadającą inflacją, ujemnym trendem akcji kredytowej oraz powolnym wzrostem gospodarczym – nie może trwać w nieskończoność. To poszczególne państwa członkowskie muszą podjąć zdecydowanie działania na rzecz pełnego wdrożenia reform strukturalnych i przestrzegania obowiązujących reguł, szczególnie w zakresie dyscypliny budżetowej. Cieszę się, że taka konkluzja znalazła się również w dokumencie Parlamentu Europejskiego.

Ponadto w swoim sprawozdaniu Parlament Europejski docenił wysiłki podjęte przez Europejski Bank Centralny w celu zwiększenia swojej przejrzystości, m.in. poprzez publiczne wyjaśnianie decyzji dotyczących polityki pieniężnej natychmiast po ich podjęciu, czy też publikowanie skróconych protokołów ze swoich posiedzeń.

Z tych powodów zdecydowałem się poprzeć sprawozdanie Parlamentu Europejskiego pozytywnie oceniające działalność Europejskiego Banku Centralnego w 2014 roku.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Haluan täsmentää, miksi äänestin tarkistusta 12 vastaan. EKP:n budjetin voitto-osuutta ei tule kohdistaa Euroopan unionin budjettiin vaan jäsenmaille, jotka ovat budjetin voitto-osuuden alkuperäiset rahoittajat. EU:n ei tule haalia jäsenmailta ylimääräisiä varoja kiertoteitä pitkin.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai validé le rapport annuel. Je ne peux que regretter que, même s'ils se réduisent progressivement, il existe des écarts entre les taux de financement accordés aux PME et ceux accordés aux grandes entreprises, entre les taux d'intérêt appliqués aux prêts de faible montant et à ceux de montant élevé, ainsi qu'entre les conditions de crédit proposées aux PME situées dans différents pays de la zone euro, mais je peux reconnaître les limites de la politique monétaire à cet égard. À ce propos, saluons le rôle joué par les caisses d'épargne, les coopératives de crédit et les banques mutualistes, tout en soulignant que le cadre réglementaire devrait s'adapter à leurs principes de fonctionnement particuliers et respecter leur mission spécifique, et que les autorités de contrôle devraient être sensibles à ces caractéristiques et en tenir compte dans leurs pratiques et leurs stratégies.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the European Central Bank Annual Report for 2014. I welcome the setting-up of the European Fund for Strategic Investments (EFSI) to maintain favourable financing conditions for private and public investment in the euro area. This is necessary to strengthen the expected uneven and modest recovery, to reduce the high unemployment rates, and to decrease the debt burden. I particularly hope that this will allow SMEs to get better financial support. I share my colleagues' concern about the possible unintended consequences and long-term effects of the ECB's current use of non-conventional monetary policy instruments. Furthermore, I agree that the ECB Rules should be properly respected and enforced, without differentiations made between large and small Member States. Finally, I welcome the habit adopted by major central banks initiated by the ECB, to publicly explain monetary decisions, in the name of transparency.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – U ovom izvješću, koje je odgovor Europskog parlamenta na godišnje izvješće Europske središnje banke za 2014., izvjestitelj se kritički osvrnuo na nekonvencionalne instrumente monetarne politike ECB-a. Također, poseban naglasak stavlja se na važnost neovisnosti ECB-a u vođenju monetarne politike te na nužnost temeljitih procjena načina rada tripartitne komisije koju vodi Europska komisija zajedno s Europskom središnjom bankom i Međunarodnim monetarnim fondom s čime se u potpunosti slažem.

Međutim, većina zastupnika u odboru nije htjela prihvatiti vrlo pažljivo sročenu kritiku kako je ECB u nekim elementima prevršio svoje ovlasti, što smatram veoma opasnim. Iako je izloženo s dozom opreza, godišnje izvješće Europske središnje banke u nekim paragrafima poprilično je nereavno. Da, sitnih pomaka na bolje ima, u nekim državama članicama je taj oporavak veći, u drugima manji, ali u konačnici svi znamo kako ekonomska situacija u Europi još uvijek nije ni blizu oporavka. Stoga sam glasovala suzdržano.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Podprla sem poročilo o letnem poročilu Evropske centralne banke za leto 2014. To je letno poročilo, ki ga Evropski parlament dela na lastno pobudo.

Poročilo za leto 2014 zajema zanimivo obdobje nekonvencionalnih ukrepov ECB, namenjenih za boj proti zelo nizki stopnji inflacije. To se je zgodilo v času, ko je večina držav članic po dolžniški krizi opuščala svoje programe, medtem ko je gospodarsko okrevanje v območju eura še vedno v nastajanju.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe del Parlamento Europeo sobre la actividad del BCE en 2014. El informe contiene algunos elementos progresivos, al señalar el papel negativo que el BCE ha tenido en Grecia y el déficit democrático que sufre el BCE, y hacer un énfasis en las políticas de austeridad que el BCE ha impulsado. Sin embargo, he votado en contra del informe en su conjunto porque contiene una validación implícita de la actual estructura del BCE.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Parlamentsbericht ist die Antwort auf den EZB-Jahresbericht 2014. Im Bericht werden unter anderem die nicht konventionellen geldpolitischen Maßnahmen der EZB angesprochen. Der Bericht fordert eine Überprüfung der Maßnahmen der EZB und ihrer Rolle in der Troika und beinhaltet die Forderung nach politischer Unabhängigkeit der EZB, die auch ALFA unterstützt.

Dem Bericht fehlt allerdings eine gründliche und kritische Analyse der möglichen weitreichenden negativen Folgen des gegenwertigen EZB-Programms der ultralockeren Geldpolitik (*Quantitative Easing*). Im Lichte mehrerer beim Bundesverfassungsgericht anhängiger Klagen, insbesondere gegen das OMT-Programm der EZB und gegen deren ultralockere Geldpolitik, ist es ein absolutes Muss, die potenziellen Mandatsüberschreitungen der EZB zur Sprache zu bringen. Der Parlamentsbericht kommt dieser Pflicht nicht nach, weshalb ich meine Zustimmung verweigern mußte.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I have voted in favour of this report. At times of great distress for the EU it is fundamental that the ECB can count with support for its actions from the European Parliament.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Exercice délicat que celui de commenter la politique menée par la BCE il y a deux ans, alors que l'actualité de 2015 et début 2016 est très riche: reprise de la supervision bancaire des banques systémiques, lancement puis extension progressive du QE.

On obtient un rapport qui commente en réalité davantage l'actualité économique et les politiques européennes, autant que l'action de la BCE. Comme l'an dernier, on perçoit certaines critiques et inquiétudes, par exemple sur les difficultés de financement des PME ou sur l'impact des achats de titres sur le bilan de la BCE.

Toutefois, on peut lui reprocher son absence de vision critique sur la dégradation de la situation macroéconomique et, même si elle est évoquée, sur les effets indésirables des QE et des scénarios de sortie.

De plus, les grands piliers des politiques économiques de l'Union ne sont absolument pas remis en cause, mais sont au contraire encensés: Union bancaire, Union des marchés de capitaux, gouvernance budgétaire du «six-pack» et du «two-pack», indépendance de la banque centrale, interdiction de la monétisation directe des dettes publiques, etc.

J'ai donc voté contre.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Bizottság legutóbbi őszi előrejelzése szerint az euró-övezetben a gazdasági fellendülés bővülése várható, a reál GDP 2015-ben az előrejelzés szerint 1,4 százalékkal, 2016-ban 1,7 százalékkal, 2017-ben pedig 1,8 százalékkal fog nőni. A növekedés nem stabil alapokon áll; a gazdasági növekedéshez kulcsfontosságú a fenntartható és szociálisan kiegyensúlyozott strukturális reformok végrehajtása melletti erős politikai elkötelezettség. Voksommal támogattam a jelentést.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado en contra de este informe del que he sido ponente alternativo, ya que elimina cualquier elemento de crítica de las acciones del BCE, tanto como autoridad a nivel monetario como regulador y supervisor bancario.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – palankiai vertinu susidariusią bendrąją pagrindinių centrinių bankų tendenciją, kurią pradėjo ECB, ir pagal kurią viešai paaiškinami pinigų politikos sprendimai iš karto po to, kai jie priimami; taip pat teigiamai vertinu aiškesnių ir skaidresnių skubios paramos likvidumui padidinti procedūrų, skirtų mokioms finansų įstaigoms (daugiausia nacionaliniams bankams), kurios patiria laikinų likvidumo problemų, paskelbimą.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on the European Central Bank Annual Report for 2014. The ECB's report is composed of two chapters together with the annual accounts, a consolidated balance sheet of the Eurosystem as at 31 December 2014, and a series of annexes detailing the institutional framework and human resource developments in 2014.

The report, among other things, describes the economic situation in the euro area in 2014. According to the report, three important global developments have had a significant influence: 1) uneven growth developments; 2) falling prices of oil and other commodities; and 3) a weaker euro exchange rate. As the report highlights that fiscal consolidation slowed down and progress in structural reforms lost momentum, the ECB stresses that credible and decisive growth-enhancing reforms are more important than ever. The report also describes a series of actions that the ECB undertook to strengthen the stability of and confidence in the European financial sector, such as assessments of the financial system's resilience and shock-absorbing capacity, and its links to the real economy. Furthermore, the ECB's analysis of financial stability risks in the euro area during 2014 shows there are both legacy issues from the global financial crisis and a broad set of emerging risks, linked primarily to low interest rates.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos del informe de propia iniciativa por parte del BCE que cubre el período en el cual el Banco ha llevado a cabo medidas relevantes para combatir los bajos niveles de inflación en una época marcada por la crisis económica en Europa. Tras un arduo trabajo en la Comisión de Asuntos Económicos y Monetarios, se ha alcanzado un texto equilibrado, por lo que considero necesario votar a favor de dicho informe.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo ha presentato una relazione per valutare l'operato della BCE del 2014. La relazione arriva in votazione con ritardo a causa della difficoltà nel trovare un compromesso con popolari e socialisti, che difendono l'euro e la BCE in modo religioso non accettando le giuste considerazioni espresse dal relatore e alcuni relatori ombra. Il progetto iniziale conteneva una dura critica nei confronti delle politiche anticonvenzionali della BCE poiché inefficaci nel sostenere l'economia reale. Vi era una forte disapprovazione delle politiche di austerità e alcuni accenni erano rivolti all'inefficienza dell'euro. In ultimo, il relatore aveva sferrato un attacco alla BCE per il ruolo giocato nella *Troika*. Avevamo accolto con favore questa posizione iniziale che ben si allineava con i nostri emendamenti. Oltre a criticare la moneta unica e le politiche anticonvenzionali, infatti, abbiamo denunciato la gestione del meccanismo di supervisione unione all'interno della BCE, alla quale abbiamo anche chiesto maggiore trasparenza e il ruolo di prestatore di ultima istanza. Tuttavia, al fine di trovare un compromesso, tutte le parti critiche e politicamente più importanti sono state cancellate dal testo. Il risultato è stato una relazione molto più annacquata e insostenibile. Per questo ci siamo espressi con voto contrario sia in commissione che in seduta Plenaria.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor de resolutie over het jaarverslag omdat het in tijden van grote economische onzekerheid van fundamenteel belang is dat de ECB kan rekenen op de steun van het Europees Parlement.

Paavo Väyrynen (ALDE), kirjallinen. – Euroopan keskuspankin vuosikertomusta 2014 koskeva mietintö sisälsi muutamia kohtia, joita en voinut hyväksyä. Mietinnössä muun muassa mainitaan, että EKP:n vuoden 2012 lausunto "teemme kaiken mahdollisen puolustaaksemme euroa" ja EKP:n vaikutusvallan lisääminen ovat suotavia, ja nämä muodostivat kokonaisuuden, jota en voi kannattaa. Tästä syystä pidättäydyin loppuäänestyksessä äänestämästä vuosikertomusta koskevasta mietinnöstä, koska vastustan EKP:n vallan lisäämistä.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), par écrit. – Ce rapport d'initiative parlementaire fait comme chaque année une évaluation du fonctionnement de la BCE. Portant sur 2014, il a fait l'objet de plus de polémiques que les rapports précédents au Parlement Européen.

Dans un premier temps, le rapport critiquait le rôle négatif joué par la BCE en Grèce et dans d'autres pays soumis aux politiques d'austérité.

Malheureusement, dans la version finale du rapport, ces points ont été enlevés et la critique se limite à demander une évaluation approfondie du mode de fonctionnement de la «troïka» et de la participation de la BCE à cette «troïka».

Pour le reste, le rapport globalement soutient la politique monétaire menée par la BCE.

Comme je l'ai dit les années précédentes, il est indispensable de placer la BCE sous contrôle politique. Il faut que les activités de la BCE soient prioritairement axées sur les investissements publics, l'emploi et la cohésion sociale.

Il est indispensable de mettre fin aux politiques d'austérité. La BCE ne doit plus intervenir de façon indépendante dans les politiques européennes et elle doit agir de façon plus transparente.

Nous avons besoin d'une BCE au service des populations, de l'intérêt général et non de la finance.

Sans surprise, j'ai donc voté contre.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – Apesar de o relatório criticar alguns aspetos da política monetária do BCE, bem como das regras do seu funcionamento, o mesmo não coloca em causa a sua existência e o seu carácter profundamente antidemocrático, bem como o facto de o mesmo ter vindo a exceder largamente o domínio das suas competências estatutárias, imiscuindo-se de forma intolerável nas políticas económicas dos Estados nacionais.

O relatório vai ao ponto de manifestar satisfação pelos avanços da União Bancária, à qual nos opomos firmemente. Votámos contra.

Harald Vilimsky (ENF), schriftlich. – Die EZB will mit diesem Bericht eine monetäre Union ; eine Transferunion von Nord bis Süd soll geschaffen werden. Die ENF-Fraktion hat bereits im ECON-Ausschuss dagegen gestimmt. Daher habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Beatrix von Storch (ECR), schriftlich. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Jahresbericht 2014 der Europäischen Zentralbank habe ich nicht zugestimmt.

Trotz allem Respekt für die Arbeit meines geschätzten Kollegen Marias beinhaltet der Bericht weiterhin Pillen, die ich nicht schlucken möchte. Wir haben es sicherlich mit dem kritischsten Bericht über die EZB überhaupt zu tun.

Meine größten Kritikpunkte: Das Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) hat keine positive Wirkung und darf nicht ausgedehnt werden, Sekundärmarktkäufe werden leider begrüßt und für zulässig gehalten, der EFSI unzulässig gelobt, „whatever it takes“ wird begrüßt und zudem wird der EZB eine Rolle als Liquiditätsversorger im Notfall zugeschrieben.

Julie Ward (S&D), in writing. – I would like to emphasise that the European Central Bank must always include a social perspective in its decision-making on monetary policy. All of its innovative non-conventional policy instruments must aim to have a direct impact on the real-economy, and improve the lives of those who are most excluded, vulnerable, and marginalised in our society. The ECB must also take into account a gender perspective in all of its decision-making.

As the ECB works to create favourable financing conditions for businesses, especially SMEs, it must take into account and give high priority to the needs of those facing obstacles in accessing finance, particularly those experiencing multiple discrimination, social marginalisation and exclusion. This includes specifically the access of women entrepreneurs to finance, particularly in vulnerable communities. The ECB and financial institutions across Member States must work with stakeholders to formulate policy instruments which will allow equitable access to finance and give attention to the key role played by cooperatives and mutuals in this respect.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul din proprie inițiativă referitor la Raportul anual al Băncii Centrale Europene pentru 2014. În raport se vorbește despre nevoia de a se depune eforturi suplimentare pentru a garanta finanțarea economiei reale în contextul unei reveniri diferențiate a economiilor din zona euro. Este de apreciat atenția pe care raportorul a acordat-o sectorului IMM-urilor. El remarcă faptul că există în continuare discrepanțe între ratele de finanțare acordate IMM-urilor și cele acordate societăților mai mari, între ratele dobânzilor aplicate împrumuturilor mici și cele aplicate împrumuturilor mari, precum și între condițiile de credit propuse IMM-urilor aflate în diferite țări din zona euro.

În raport se mai arată că, în ciuda faptului că BCE își continuă acțiunile de menținere a unor condiții de finanțare favorabile, investițiile private și publice în zona euro sunt în continuare mult sub nivelurile înregistrate înainte de criză. Raportorul mai subliniază faptul că rolul de supraveghere al BCE și funcția sa de elaborare și aplicare a politicii monetare trebuie diferențiate clar, iar combinarea acestor funcții nu ar trebui să genereze niciun conflict de interese pentru BCE.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Come ogni anno il Parlamento europeo ha presentato una relazione d'iniziativa per valutare l'operato della BCE nell'anno precedente.

La bozza iniziale di questa relazione conteneva una dura critica nei confronti delle politiche monetarie anticonvenzionali avviate dalla BCE poiché inefficaci nel sostenere l'economia reale e favorire la crescita. Vi era anche una forte disapprovazione delle politiche di austerità avviate dopo la crisi e alcuni accenni erano fatti anche sull'inefficienza della moneta unica. Nondimeno, il relatore aveva sferrato un duro attacco alla BCE per il ruolo giocato all'interno della troika. In seguito, al fine di trovare una posizione di compromesso, tutte le parti politicamente più forti sono state cancellate dal testo e il risultato è stato una relazione molto più annacquata e non più sostenibile.

In commissione ECON avevamo espresso la nostra critica non soltanto nei confronti della moneta unica e della politica monetaria anticonvenzionale, ma anche del meccanismo di vigilanza unico (SSM) gestito all'interno della BCE. Avevamo chiesto maggiore trasparenza e metodi alternativi di politica monetaria anticonvenzionale per favorire la crescita economica; tali emendamenti sono stati rigettati nello spirito dei compromessi. Per questo mi sono espresso con voto contrario sia in commissione ECON che in plenaria.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem letno poročilo Evropske centralne banke (ECB) za leto 2014, ki predvsem obravnava ukrepe ECB v zvezi s državno dolžniško krizo, upadanjem inflacije, kreditnim krčem in počasno gospodarsko rastjo.

ECB je ključen organ EU pri določanju monetarne politike in reševanju makroekonomskih izzivov. Podpiram odločno zavezo Evropske centralne banke iz avgusta 2012, da bo storila vse, kar je treba, da zaščiti euro.

Menim, da je potrebno uvajati ukrepe za okrepitev geografsko neenakomernega in skromnega okrevanja finančnega trga ter povečati gospodarsko rast.

8.13. Eröffnung von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland (B8-0250/2016)

Oral explanations of vote

Krisztina Morvai (NI). – Természetesen ezt a szabadkereskedelmi megállapodást sem szavaztam meg, hiszen minden szabadkereskedelmi megállapodás egy bizonyos értékrendnek, világnézetnek az eleme. Ez a bizonyos értékrend és világnézet az, amit úgy neveznék, hogy pénz- és profitközpontú világnézet, ami mindig azt kérdezi, hogy mi a jó a pénz és a profit szempontjából. Ezt kellene, hogy felváltsa az emberközpontú, közösségközpontú és természettermészet-központú világnézet, amelyik nem azt kérdezi, hogy mi a jó a profit szempontjából, hanem hogy mi a jó az emberek szempontjából, a közösség és a teremtett természet szempontjából.

Azok, akik néznek bennünket, sokszor elkeserednek, hogy lám, most is körülbelül hatan vagyunk itt a teremben. Azt írják sokszor kommentekben, hogy hát a falnak beszélnek ezek a képviselők? Végtelen hálával gondolok Kelly képviselőtársamra, ne vegye zaklatásnak részemről, hogy pozitív visszajelzést adott arról, hogy gondolkodjunk el egy kicsit arról, amit mond Morvai képviselőtársam, hiszen a szabad kereskedelem például egy olyan dolog, ami folyamatosan úgy rögzül bennünk iskoláskor óta, hogy az valami nagyon pozitív dolog. Odafigyelünk egymásra néha, elültetünk valami kis gondolatmagot egymásban, és változtatunk esetleg egymás gondolkodásán, úgyhogy egy kicsit ma pozitívabban látom a dolgokat, mint akár 24 órával ezelőtt, és szeretném, hogyha elmozdulnánk a pénz és profitközpontú világnézettől az ember és közösségközpontú világnézet felé.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētā! Kaut ģeogrāfiski Austrālija un Jaunzēlande no Eiropas Savienības atrodas ļoti tālu, jau sākot no 20. gadsimta sākuma kontakti starp abām pusēm bija visai intensīvi, un gan Austrāliju, gan Jaunzēlandi pieskaitīja pie rietumu civilizācijas, pie rietumu valstīm.

Jāsaka, ka gan Austrālija, gan Jaunzēlande tagad cenšas pēc iespējas diversificēt savas tirdzniecības saiknes, šajā ziņā tām ir daudz kopēja ar mums, ar Eiropas Savienību. Ņemot vērā abu valstu ražošanas struktūru, preču daudzveidību un ekonomiskās politikas pārvaldības principus, to tuvināšana ar Eiropas Savienību ir pilnīgi iespējama. Tas nav nekas fantastisks un nereālistisks, it īpaši, ja runa ir par likumu regulāciju. Tāpēc brīvās tirdzniecības nolīgumu sarunu atklāšana ar šīm valstīm ir absolūti apsveicama, un es nobalsoju par.

Charles Tannock (ECR). – Madam President, I would always be in favour of EU free trade agreements with democracies, but as my country, the UK, approaches its referendum on EU membership, agreements with the Commonwealth countries such as Australia and New Zealand are particularly welcome.

For many of my Eurosceptic colleagues supporting the push to leave, one of the attractions is their belief that it will bring increased trade with the Commonwealth and the so-called Anglosphere. Negotiations on the EU-Canada FTA have been concluded and we are now moving towards the ratification process; TTIP negotiations are ongoing; and here we find ourselves now speaking of deals with Australia and New Zealand, not to mention the continued enthusiasm for a similar deal with India.

Far from the EU preventing the UK from trading with the Commonwealth and the wider world, the push for FTAs within the EU will soon make membership more advantageous than any independent agreements that we in the United Kingdom could conclude on our own. In the CETA agreement we have seen the Canadians make concessions that did not even exist within the NAFTA agreement with the United States, and I am confident that agreements with Australia and New Zealand will be equally as ambitious and beneficial to the United Kingdom.

Written explanations of vote

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – This is a non-legislative and non-binding report, which UKIP chose to abstain on. In principle UKIP agrees with free trade agreements especially with our Commonwealth allies, New Zealand and Australia. However, we are totally opposed to the EU negotiating trade agreements with other countries on the UK's behalf, therefore we abstained.

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – Le relazioni commerciali tra l'UE, Australia e Nuova Zelanda giocano un ruolo importante per la crescita economica in Europa. Con questa risoluzione d'iniziativa abbiamo impegnato i negozianti ad affrontare in modo significativo una serie di temi di grande importanza. Tra questi figurano gli investimenti, gli scambi di beni e servizi, il commercio elettronico, gli appalti pubblici, l'energia, la concorrenza, la lotta alla corruzione, il diritto internazionale e l'agricoltura. Per l'importanza che la relazione UE-Australia-Nuova Zelanda rivestirà nel futuro dell'Unione ho deciso di votare a favore della risoluzione.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – He votado en contra de la presente propuesta de Resolución debido a que pretende profundizar las relaciones comerciales entre Australia y Nueva Zelanda por una parte y la Unión Europea por la otra sin advertir los efectos perniciosos que provocarán en sus economías. Este acuerdo busca reforzar las relaciones comerciales para paliar el efecto desviación que puede tener el reciente acuerdo transpacífico. Sin embargo, consideramos que este acuerdo puede tener un impacto mortal sobre nuestra economía, en especial sobre el sector lácteo europeo, sector que ya está sufriendo por la desaparición de las cuotas y que, debido a la contracción del consumo chino, verá inundado el mercado lácteo con el excedente neozelandés. Esta agenda liberalizadora del comercio internacional que se lleva a cabo en beneficio de las multinacionales sin tener en cuenta el verdadero efecto que tendrá en la economía real está en el origen de muchos de nuestros problemas económicos. Es por todo esto por lo que he decidido votar en contra de la presente propuesta de Resolución.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport visant à ouvrir les négociations sur un accord de libre-échange avec l'Australie et la Nouvelle-Zélande.

En effet, de nombreux champs sont concernés dans le texte: investissement, biens et services, e-commerce, marché public, entreprises d'État, énergie et barrières phytosanitaires, mais également l'agriculture. À cet égard, le rapport reconnaît qu'il faut mettre en place des mesures de sauvegarde comme la mise en place de quotas et de périodes transitoires.

Or, les agricultures australienne et néo-zélandaise sont très compétitives surtout dans l'élevage, le lait et les céréales. Ouvrir les négociations de libre-échange serait donc dramatique pour l'élevage et le secteur laitier français. De plus, les mesures préventives énoncées ne seront certainement en place qu'un temps pour laisser place à un libre-échange total.

Profondément opposé à la «gouvernance de l'économie mondiale» dont fait référence le texte, je ne peux le soutenir.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η παρούσα προφορική ερώτηση προς την Ευρωπαϊκή Επιτροπή αφορά την πρόθεσή της να ξεκινήσει διαπραγματεύσεις για συμφωνίες ελεύθερων συναλλαγών με την Αυστραλία και τη Νέα Ζηλανδία. Στο πλαίσιο αυτής της έναρξης διαπραγματεύσεων καταφέραμε να συμπεριληφθούν διατάξεις για θέσπιση ισχυρής εργασιακής ασφάλειας όπως και για ελάχιστη απαιτούμενη διαφάνεια, ενώ διασφαλίστηκε ακόμα ότι οι παρούσες διαπραγματεύσεις δεν θα εμποδίσουν σε κανένα βαθμό άλλες συμφωνίες που έχουν τεθεί ήδη σε ισχύ ή την ατζέντα διμερών σχέσεων και τις αντίστοιχες ανοιχτές διαπραγματεύσεις που εξελίσσονται σήμερα με τις χώρες αυτές.

Η πολιτική ομάδα των Σοσιαλιστών και Δημοκρατών του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου υπερψηφίσαμε την απόφαση αυτή καθώς αποτελεί επιθυμία μας να συμπεριλαμβάνονται διαπραγματευτικά κεφάλαια όσον αφορά τη δημιουργία ισχυρών εμπορικών δεσμών και βιώσιμης ανάπτυξης σε όλες τις εμπορικές διαπραγματεύσεις που ξεκινούν με την Αυστραλία και τη Νέα Ζηλανδία. Τέλος, σκοπός της ομάδας είναι να θέσει και πάλι σε ψηφοφορία την τροπολογία της που απορρίφθηκε σχετικά με τη δημιουργία ενός κοινού φόρουμ της κοινωνίας των πολιτών που στόχο θα έχει την παρακολούθηση της εφαρμογής της συμφωνίας και της τήρησης του σεβασμού, των δεσμεύσεων και των υποχρεώσεων του κάθε συμβαλλόμενου μέλους.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Mit der vorliegenden Entschließung spricht sich das Parlament für die Eröffnung von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland aus. Auch wenn ich per se nicht gegen Freihandel bin, fällt es mir schwer, eine sachkundige Meinung zur Aufnahme von Verhandlungen zu bilden, ohne ein diesbezügliches Mandat des Rates der Europäischen Union gesehen zu haben. Zwar ist das EU-Parlament an der Ausarbeitung eines solchen Mandats nicht beteiligt – was ich im Übrigen genauso bedauere, wie dass die Verhandlungsmandate bislang erst auf öffentlichen Druck frei zugänglich gemacht wurden –, jedoch bin ich der Auffassung, dass man sich über die Zweckmäßigkeit von Freihandelsabkommen nur dann äußern kann, wenn diese Verhandlungsleitlinien in Augenschein genommen wurden. Aus diesem Grunde habe ich mich auch in der Abstimmung enthalten.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – En raison de la grande compétitivité des secteurs agricoles australien et néozélandais, notamment dans l'élevage, le lait, les céréales, il est très dangereux d'ouvrir des négociations de libre-échange avec ces deux pays. Cela achèverait le secteur laitier et l'élevage français. Nous ne pouvons faire confiance à la Commission et au Parlement lorsqu'ils prétendent «préserver» ces secteurs sensibles. Leur vision exprimée ici est de mettre en place des périodes transitoires, des quotas au début, pour ensuite instaurer un libre-échange agressif. Je me suis donc opposée à ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I wish to confirm I abstained in this vote. The demands made by the EU to monitor Australia and New Zealand's agriculture in return for free trade is unreasonable. I want to have a free trade agreement with Commonwealth countries, outside the interference of the EU.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriuo siekiama pradėti derybas dėl laisvosios prekybos susitarimų (LPS) su Australija ir Naująja Zelandija. 2014 m. liepos 30 d. ES užbaigė derybas dėl Partnerystės susitarimo ES ir Naujosios Zelandijos santykių ir bendradarbiavimo srityje, o 2015 m. balandžio 22d. — dėl ES ir Australijos bendrojo susitarimo. Derybos dėl dviejų atskirų ir plataus užmojo LPS su Australija ir Naująja Zelandija yra praktiškas būdas dvišalei partnerystei plėtoti ir esamiems jau susiformavusiems dvišaliams santykiams prekybos ir investicijų srityje toliau stiprinti. Pritariu raginimams Komisijai atliekant tyrimą, skirtą taikymo sričiai apibrėžti, išsamiai išnagrinėti visas papildomas Europos ekonominės veiklos vykdytojų, visų pirma MVĮ, patekimo į rinką galimybes, kurias suteiktų galimi LPS su Australija ir Naująja Zelandija. Pritariu, kad į susitarimus būtina įtraukti investicijų, prekybos prekėmis ir paslau-

gomis, elektroninės prekybos, viešųjų pirkimų, energetikos, valstybės įmonių, konkurencijos, kovos su korupcija, technologijų mokslinių tyrimų ir ypač MVĮ poreikių, klausimus. Komisiją turėtų kuo greičiau atlikti visapusišką galimų susitarimų poveikio tvarumui vertinimą tam, kad būtų galima išsamiai įvertinti ES ir Australijos ir ES ir Naujosios Zelandijos ryšių prekybos ir investicijų srityse stiprinimo galimus privalumus ir trūkumus abiejų šalių gyventojams ir verslo atstovams.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Alors que l'Australie et la Nouvelle-Zélande ont signé récemment le traité transpacifique, l'Union veut désormais son accord de libre-échange, toujours à la remorque des États-Unis.

L'Australie produit un large éventail de céréales et de bétail, 80 % de sa production étant exportée: très compétitif, ce pays est un ardent défenseur de la libéralisation des marchés agricoles mondiaux.

Une situation équivalente en Nouvelle-Zélande, par ailleurs premier exportateur net mondial de produits laitiers...

Veut-on donc achever nos agriculteurs ??!

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution visant à l'approfondissement des relations commerciales entre l'Union, l'Australie et la Nouvelle-Zélande mais il faudra rester très attentif au déroulement des négociations afin que le but initial ne porte pas atteinte à la protection sociale, environnementale ou de la santé des citoyens européens.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Australia e la Nuova Zelanda sono esempi di democrazie consolidate nell'area dell'Asia-Pacifico, paesi in cui vige il pieno rispetto dello Stato di diritto e che attualmente garantiscono un elevato livello di protezione dell'ambiente e di tutela dei diritti umani, sociali e occupazionali. L'Unione europea rappresenta il terzo partner commerciale di questi Stati e può vantare con essi rapporti di lunga data. L'approfondimento delle relazioni commerciali, con l'avvio dei negoziati per stabilire accordi di libero scambio, può rappresentare una grande opportunità per rafforzare i legami politici e la crescita economica. Ho sostenuto questa risoluzione perché sono fermamente convinto che accordi di questo tipo possano garantire rilevanti effetti positivi. L'impegno dell'Unione in questo senso deve però sempre avere come obiettivo un rafforzamento degli standard in materia di diritti umani, lavoro e protezione ambientale. Solo con una forte attenzione rivolta agli aspetti sociali e anche ai settori più sensibili, come l'agricoltura, sarà possibile sfruttare a pieno le potenzialità di questi accordi.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque apoya la apertura de un acuerdo de libre comercio que sólo puede empujar a la profundización del actual modelo neoliberal y sus contradicciones. El mismo informe reconoce los posibles efectos adversos que el acuerdo puede tener para los derechos sociales y de los trabajadores, pero no nos parece convincente en cuanto a la cláusula que lo anularía si en efecto estos efectos negativos se diesen.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre la apertura de negociaciones sobre los Acuerdos de Libre Comercio con Australia y Nueva Zelanda. Me parece muy importante profundizar las relaciones con la región de Asia y el Pacífico para el crecimiento económico en Europa.

He diferido en el voto con mi grupo en la enmienda 11 del Grupo GUE/NGL donde se pide que se tengan en cuenta en particular los derechos humanos y las normas laborales, sociales y ambientales. He querido votar a favor de la misma y me he equivocado. Ya he realizado la corrección pertinente en el sentido de apoyar dicha enmienda que difería de la línea de mi grupo.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai rejeté en bloc cette résolution, dont l'objectif à peine voilé est la constitution d'une gouvernance mondiale reposant sur les seules lois du marché globalisé.

La résolution appelle ainsi à inclure tous les secteurs de l'économie dans cet accord de libre-échange avec l'Australie et la Nouvelle-Zélande: les marchés publics, les entreprises publiques, l'énergie... Autant de secteurs stratégiques pour la France!

Mais le vrai danger est celui constitué par l'extrême compétitivité des secteurs agricoles australiens et néo-zélandais, véritables dangers pour nos agriculteurs déjà dans une situation d'extrême précarité: rappelons que la Nouvelle-Zélande est le premier exportateur net mondial de produits laitiers! Quant à l'Australie, c'est un large producteur de céréales et de bétail.

Nos agriculteurs nous fournissent déjà tout ce dont nous avons besoin, et ce malgré une situation de plus en plus précaire pour eux. Devrions-nous, sous prétexte de participer à la grand-messe du marché mondial, les sacrifier au prix de devenir dépendant des importations?

Enfin, que dire de l'hypocrisie de la Commission et aussi du Parlement, qui, dans cette résolution, se contente de dire qu'il faudra être «prudent» avec nos secteurs sensibles?

Un parfait exemple de ce contre quoi les véritables défenseurs de l'Europe des nations et des libertés que nous sommes se battent tous les jours.

Mara Bizzotto (ENF), per iscritto. – Pur considerando Australia e Nuova Zelanda partner commerciali affidabili, dagli standard qualitativi elevati, sono preoccupata dal sistema giuridico vigente in questi paesi che vede le indicazioni geografiche come barriere non tariffarie al libero commercio e che avrebbe come conseguenza diretta la mancata tutela dei nostri prodotti tipici e dei nostri produttori. Per questo motivo non ho inteso sostenere col mio voto questa risoluzione.

José Blanco López (S&D), por escrito. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución respecto a la apertura de las negociaciones sobre futuros acuerdos de libre comercio con Australia y Nueva Zelanda que servirán para profundizar en las relaciones comerciales y de inversión y contribuirá al desarrollo económico.

Aunque es prematuro valorar el nivel de ambición de los acuerdos, los socialistas exigimos rigurosos estudios de impacto previos, en especial en el capítulo agrícola, unas adecuadas consultas públicas, transparencia en las negociaciones, disposiciones firmes sobre la protección de los derechos laborales, la defensa de la potestad de la UE y los Estados miembros para legislar en favor del interés público y la inclusión de un capítulo de sostenibilidad y derechos humanos fuerte, vinculante y ejecutable.

Además, defendemos el multilateralismo como prioridad de la política comercial de la UE. Los esfuerzos de la Comisión por avanzar en nuevas negociaciones bilaterales no deben ir en detrimento de los recursos que dedica a la agenda multilateral.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, kurioje pabrėžiama ES ir Azijos ir Ramiojo vandenyno regiono šalių santykių stiprinimo svarba ekonomikos augimui Europoje ir akcentuojama, kad tai turėtų atspindėti Europos Sąjungos prekybos politikoje. Europos Parlamentas pripažįsta, kad santykiai su Australija ir Naująja Zelandija yra pagrindinė šios strategijos dalis ir kad prekybos su šiomis partnerėmis plėtojimas ir stiprinimas gali padėti pasiekti šį tikslą. Parlamentas ragina Komisiją atliekant tyrimą, skirtą taikymo sričiai apibrėžti, išsamiai išnagrinėti visas papildomas Europos ekonominės veiklos vykdytojų, visų pirma MVĮ, patekimo į rinką galimybes, kurias suteiktų galimi LPS su Australija ir Naująja Zelandija, ir jas įvertinti atsižvelgiant į bet kokius galimus interesus ginti rinką, turint mintyje tai, kad Australija ir Naujoji Zelandija jau turi palyginti atviras rinkas ir labai mažus tarifus tarpautiniu mastu.

Franc Bogovič (PPE), pisno. – Glede začetka pogajanj Avstralije in Nove Zelandije za prostotrgovinski sporazum večjih zadržkov znotraj Parlamenta ni bilo zaznati.

Gre za dve primerljivo razviti državi, s katerimi lahko EU z dobrim sporazumom samo pridobi. Pravzaprav je presegljivo, da ni do tega prišlo že prej.

Seveda tukaj ne gre samo za trgovino, temveč tudi za lažjo internacionalizacijo podjetij iz vseh držav na tuje trge. Čeprav gre za področja, ki so z vidika EU praktično na drugem delu zemeljske oble, pa danes sodobna tehnologija zmanjšuje ovire, ki jih predstavlja oddaljenost. Prav gotovo so tudi v Oceaniji priložnosti za evropska podjetja, veliko pa se lahko naučimo tudi iz njihovih izkušenj.

Začetek pogajanj sem z veseljem podprl in pri njih ne pričakujem večjih težav.

Louise Bours (EFDD), *in writing*. – This is a non-legislative and non-binding report, which UKIP chose to abstain on. In principle UKIP agrees with free trade agreements especially with our Commonwealth allies, New Zealand and Australia. However, we are totally opposed to the EU negotiating trade agreements with other countries on the UK's behalf, therefore we abstained.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Je m'oppose à l'ouverture de négociations de libre-échange avec l'Australie et la Nouvelle-Zélande notamment au regard de la grande compétitivité de leurs secteurs agricoles (élevage, lait, céréales). Cet accord de libre-échange pourrait achever de tuer l'élevage et le secteur laitier français. J'ai voté contre.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'avvio dei negoziati per la costituzione di un'area di libero scambio con i paesi amici dell'Australia e della Nuova Zelanda è da accogliersi positivamente, nell'ottica di una realizzazione funzionale all'inclusione globale delle democrazie con economie di mercato stabili nella regione economica del sistema europeo. Solo un mercato pienamente globale e stabile potrà svilupparsi economicamente e rafforzarsi culturalmente, rendendo più solide le proprie istituzioni democratiche e più profondo lo scambio di beni e servizi globali.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution préconise d'ouvrir les négociations sur un accord de libre-échange avec l'Australie et la Nouvelle-Zélande, dans lequel doit être inclus un large panel de sujets, comme le commerce de biens et de services, la libéralisation des échanges de produits agricoles ou encore le commerce électronique.

À l'heure où nos agriculteurs subissent une baisse importante du prix des matières premières ainsi que les conséquences désastreuses de la politique agricole commune, il serait absolument grotesque de conclure cet accord avec deux pays particulièrement compétitifs dans ce secteur d'activité. En effet, malgré le faible niveau de subventions publiques, l'Australie parvient à exporter 80 % de sa production de céréales et de bétail, tandis que la Nouvelle-Zélande est le premier exportateur net de produits laitiers.

Malgré l'intention de la Commission de fixer des quotas et de mettre en œuvre des mesures de sauvegarde, nous considérons que cet accord pourrait achever de tuer l'élevage et le secteur laitier en France. C'est pourquoi j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Propunerea de rezoluție privind deschiderea de negocieri pentru acorduri de liber schimb cu Australia și Noua Zeelandă vine ca o etapă naturală în consolidarea parteneriatului dintre aceste state și Uniunea Europeană. Australia și Noua Zeelandă se numără printre partenerii cei mai vechi ai UE, având valori comune și fiind angajate în promovarea prosperității și securității în cadrul unui sistem mondial bazat pe norme.

De asemenea, Australia și Noua Zeelandă colaborează în cadrul mai multor foruri internaționale, acționând împotriva unor provocări comune. Mai mult, UE și Noua Zeelandă sunt părți la Acordul privind achizițiile publice, iar Australia se află în curs de aderare la acesta. Totodată, UE, Australia și Noua Zeelandă sunt angajate în negocieri multilaterale pentru a continua liberalizarea schimburilor comerciale de produse ecologice.

Având în vedere numărul semnificativ de acorduri în curs de negociere între UE și principalii săi parteneri comerciali, încheierea acordurilor de liber schimb între UE și Australia, respectiv, Noua Zeelandă va aprofunda relațiile comerciale și de investiții, creând premisele avansării relațiilor economice la un nou nivel, motiv pentru care m-am exprimat în favoarea acestei propuneri de rezoluție.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario. Il testo chiede che si avvii al più presto un negoziato per un accordo di libero scambio tra UE e Australia e Nuova Zelanda. La nostra contrarietà non significa che non consideriamo questi due Stati come dei partner commerciali affidabili. Gli standard qualitativi delle norme sono molto elevati su entrambi i fronti. Ciò che la delegazione della Lega Nord contesta è il fatto che una realtà agricola come l'Australia potrebbe rappresentare, in caso di accordo di libero scambio, un vero pericolo per i nostri operatori del settore.

La Lega Nord ha presentato due emendamenti importanti: - uno per chiedere di valutare con attenzione le norme di Australia e Nuova Zelanda in materia di proprietà intellettuale e qualità dei processi produttivi; - uno per chiedere di escludere dall'eventuale negoziato il settore lattiero-caseario e il settore della carne (bovina e suina).

Si ricordi, peraltro, che in paesi come l'Australia e la Nuova Zelanda – così come negli USA – vige un sistema giuridico basato sui marchi che vede, quindi, prevalere questi ultimi rispetto alle nostre indicazioni geografiche. Non solo, in realtà come quelle di diritto anglosassone, le indicazioni geografiche sono ritenute vere e proprie barriere non tariffarie al libero commercio.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – L'Australie et la Nouvelle-Zélande, bien qu'étant membres de l'Organisation mondiale du commerce, n'ont toujours pas entrepris de négociations en vue d'un accord de libre-échange avec l'Union. Dans sa nouvelle stratégie en matière de commerce extérieur et d'investissement, la Commission européenne propose d'ouvrir la porte à de nouvelles négociations dans l'Asie-Pacifique. Dans cette résolution, le Parlement européen soutient la démarche de la Commission en insistant sur l'importance d'un renforcement des relations de l'Union européenne avec les pays composant cette région. Le Parlement rappelle la nécessité de négocier deux accords de libre-échange distincts avec l'Australie et la Nouvelle-Zélande. De cette manière, les spécificités économiques de ces deux pays seront préservées. J'ai voté en faveur de cette résolution.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione presentata a seguito dell'interrogazione con richiesta di risposta orale B8-0101/2016 sull'apertura di negoziati ALS (accordi di libero scambio) con l'Australia e la Nuova Zelanda. Sono particolarmente soddisfatto dal fatto che la relazione specifichi che l'agricoltura sia un settore molto sensibile e che un esito finale, equilibrato nei capitoli relativi all'agricoltura e alla pesca debba tenere in debito conto gli interessi di tutti i produttori europei, ad esempio quelli del settore conserviero, i produttori di carne, latticini, zuccheri, cereali e tessili. Inoltre è degna di nota la richiesta di inserimento di efficaci misure bilaterali di salvaguardia, per evitare un'impennata delle importazioni che potrebbe determinare un grave danno per i produttori europei nei settori sensibili. A tal proposito, ad esempio, va ricordato che l'Australia impone dazi doganali sui prodotti trasformati a base di pomodori italiani dal 2014. Questi, insieme ad altri punti chiave, quali ad esempio la richiesta di subordinazione di apertura dei negoziati all'impegno di tutte le parti a condurre negoziati nel modo più trasparente possibile, sono i motivi che mi hanno fatto votare a favore di questa relazione.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this resolution on opening free trade agreement negotiations with Australia and New Zealand.

While fair trade that benefits all parties is something I am in favour of in general, the radical eradication of any trade barriers for the sake of it is not necessarily in the interest of the people. In this instance the move to open FTA negotiations is motivated by the conclusion of the TPP and a fear of the EU being cut out of the Asia-Pacific region.

There are particular sensitivities to take into account when opening negotiations with countries such as Australia and New Zealand, the latter being known for its large agricultural and dairy outputs. The seasonal nature of trade patterns with these countries also mean that the abolition of trade barriers, tariff and non-tariff will cause market changes.

Finally this agreement again includes the EU's proposed 'Investment Court' which I have completely opposed in TTIP. For these reasons I voted against the resolution.

David Casa (PPE), *in writing*. – I recognise the economic importance of relations between the EU and Australia and New Zealand and I fully support the negotiations for a new trade agreement. I voted in favour of this motion for a resolution as such agreements will strengthen and deepen our economic and political ties and will bring benefits to all parties. I am of the opinion that the negotiations should focus, beside the traditional goods and services, on e-commerce, technology, innovation and common standards.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La risoluzione d'iniziativa sottolinea l'importanza, per la crescita economica, di approfondire le relazioni commerciali dell'Unione con l'area dell'Asia-Pacifico, soprattutto con Australia e Nuova Zelanda. Esse costituiscono infatti una componente fondamentale della strategia relativa in quanto si tratta, per di più, di mercati in grado di attenuare i potenziali effetti diversivi del TPP recentemente concluso con gli Stati Uniti. Nel testo si trova anche un accenno alla necessità di convergenza e cooperazione rafforzate in materia di norme internazionali senza che vengano abbassati i livelli di protezione dei consumatori (ad esempio, la sicurezza alimentare), ambientale (ad esempio salute e welfare degli animali, sanità delle piante) o sociale e del lavoro. Si sottolinea inoltre

l'importanza, centrale, del settore agricolo e la delicatezza di approccio che esso necessita. Ho votato senza indugi a favore.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report as I am convinced there should be a swift initiation of negotiations on free trade agreements between the EU and Australia and New Zealand. The EU has already negotiated or started to negotiate agreements with all key trade partners but these two. Despite the fact that Australia and New Zealand are, notwithstanding geography, EU's close allies not only in bilateral trade, but also in the multilateral trade agenda. The EU is Australia's number one trade partner and a key source of foreign investments too.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε τη σημασία που έχει η εμβάθυνση των σχέσεων μεταξύ της ΕΕ και της περιοχής Ασίας - Ειρηνικού για την οικονομική ανάπτυξη και των δύο πλευρών.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di appoggiare le proposte in quanto condivido la scelta del Parlamento europeo che, facendo seguito al lancio della nuova strategia europea per il commercio e gli investimenti, ha deciso di iniziare i colloqui preliminari con paesi quali l'Australia e la Nuova Zelanda in modo tale da rafforzare le prospettive di integrazione economica nelle aree del Sud Est Pacifico. I negoziati, che dovranno portare a disposizioni forti e applicabili in varie materie, richiedono valutazioni di impatto sulla sostenibilità globale dei potenziali accordi in vista di poter valutare a fondo i possibili vantaggi e perdite che comporterebbe un rafforzamento delle relazioni commerciali e di investimento dell'UE con l'Australia e la Nuova Zelanda, a beneficio delle rispettive popolazioni e imprese, comprese le regioni ultraperiferiche e i paesi e territori d'oltremare.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Il voto su questa proposta, che mi ha visto favorevole, mi permette di richiamare alla mente un principio importante, e che tanti sembrano aver dimenticato: i negoziati per i trattati internazionali si fanno sulla base di mandati chiari e precisi e nell'interesse dei cittadini. È vero nel caso della futura area di libero scambio con Australia e Nuova Zelanda, è vero nel caso del TTIP. La politica commerciale non si fa con gli slogan, ma creando opportunità per le aziende e quindi per i lavoratori e i consumatori.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Austrália e a Nova Zelândia são dos parceiros mais antigos e próximos da União Europeia, partilhando valores comuns e até acordos bilaterais em alguns setores específicos.

Apoio a Resolução para a abertura das negociações relativas a um Acordo de Comércio Livre com estes dois países, por considerar positivo um maior aprofundamento das relações comerciais e de investimento beneficiando mutuamente as partes, sobretudo através da convergência e da cooperação em matéria de normas internacionais sem, não obstante, baixar os níveis de proteção dos consumidores ou dos direitos sociais e laborais.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP yearns for the day we can make our own free trade deals with Commonwealth countries. However, we feel the EU would not conduct a deal with Australia or NZ that was fair, honourable or in the interest of the UK, Australia or New Zealand. Therefore we voted against.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – L'approfondimento delle relazioni tra l'UE e la regione Asia-Pacifico è importante per la crescita economica in Europa e ciò si riflette nella politica commerciale europea che considera l'Australia e la Nuova Zelanda come componenti fondamentali di questa strategia. In questo senso, sono favorevole all'apertura di negoziati riguardando un accordo di libero scambio moderno, ambizioso ed equilibrato in conformità con le caratteristiche economiche dei due Stati.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – New Zealand is one of the few countries to be recognised by the Commission as having an adequate level of private data protection.

FTA negotiations with Australia and New Zealand need to consider opportunities as well as difficulties that may be created for European SMEs.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Sia l’Australia che la Nuova Zelanda hanno orientato le loro politiche commerciali verso l’UE dell’UE. L’economia globale odierna è estremamente integrata e le catene di fornitura globali hanno in larga parte sostituito il commercio tradizionale. La strategia commerciale dell’UE ha l’obiettivo di rafforzare la politica dell’Unione e di contribuire alla promozione della crescita, dell’occupazione e degli investimenti. Per questo motivo i rapporti commerciali con l’Australia e la Nuova Zelanda possono essere di aiuto nella promozione di valori ed interessi comuni, affrontando i temi di investimenti, di scambio di beni e servizi, degli appalti pubblici, dell’energia, della concorrenza, la lotta alla corruzione e le esigenze delle PMI, senza gravare sulla protezione dei consumatori e dell’ambiente. Certamente il settore agricolo dovrà rivestire un’importanza strategica nei rapporti tra i paesi. Mi esprimo riguardo tale risoluzione con voto favorevole.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la presente propuesta de Resolución debido a que pretende profundizar las relaciones comerciales entre Australia y Nueva Zelanda por una parte y la Unión Europea por la otra sin advertir los efectos perniciosos que provocarán en sus economías. Este acuerdo busca reforzar las relaciones comerciales para paliar el efecto desviación que puede tener el reciente acuerdo transpacífico. Sin embargo, consideramos que este acuerdo puede tener un impacto mortal sobre nuestra economía, en especial sobre el sector lácteo europeo, sector que ya está sufriendo por la desaparición de las cuotas y que, debido a la contracción del consumo chino, verá inundado el mercado lácteo con el excedente neozelandés. Esta agenda liberalizadora del comercio internacional que se lleva a cabo en beneficio de las multinacionales sin tener en cuenta el verdadero efecto que tendrá en la economía real está en el origen de muchos de nuestros problemas económicos. Es por todo esto por lo que he decido votar en contra de la presente propuesta de Resolución.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La risoluzione del Parlamento europeo autorizza la Commissione ad aprire i negoziati per l’accordo di libero scambio con l’Australia e con la Nuova Zelanda. Con il mio voto in favore della risoluzione intendo supportare l’apertura di negoziati trasparenti e inclusivi, che coinvolgano la società civile e tutti i partner sociali. Infatti, ritengo che un approfondimento delle relazioni commerciali con l’Australia e la Nuova Zelanda, che ponga attenzione ad aspetti come gli investimenti, il commercio elettronico, gli appalti pubblici, l’energia, la concorrenza e le esigenze delle PMI, possa contribuire positivamente alla crescita economica in Europa in tutti i settori.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A Parlament ma hozzájárulását adta az esetleg az EU és Ausztrália, illetve az EU és Új-Zéland között kötendő átfogó szabadkereskedelmi megállapodásokhoz. Ausztrália és Új-Zéland az EU legrégebbi és legközelebbi partnerei közé tartozik.

A ma elfogadott parlamenti jelentés megemlíti azokat a témákat, amelyekre véleménye szerint az Európai Bizottságnak fókuszálni kellene a tárgyalások alatt. A jelentés hangsúlyozza, hogy a szóban forgó három fejlett gazdaság között kötendő ambiciózus megállapodásoknak ésszerű módon foglalkozniuk kell a beruházással, az áruk és a szolgáltatások kereskedelmével, az e-kereskedelemmel, a közbeszerzéssel, az energiával, az állami tulajdonú vállalatokkal, a versennyel, a korrupció elleni küzdelemmel, szabályozási kérdésekkel, így az egészségügyi és növény-egészségügyi korlátozásokkal, technológia-kutatással, és különösen a kis- és középvállalkozások szükségleteivel. Továbbá megjegyzi, hogy a mezőgazdaság rendkívül érzékeny ágazat, és hogy a mezőgazdasággal és halászattal foglalkozó fejezetek végső, kiegyensúlyozott eredménye érdekében megfelelően figyelembe kell venni valamennyi európai termelő, azaz a hús-, tej-, cukor-, gabona-termelők és textilgyártók, valamint a legkülsőbb régiókban tevékenykedő termelők érdekeit, például átmeneti időszakok és megfelelő kvóták bevezetésével, illetve azáltal, hogy e fejezetekben semmilyen kötelezettségvállalást nem tesznek a legérzékenyebb ágazatokban. Fontosnak tartom, hogy a jelentés kéri a hatékony kétoldalú óvintézkedések beillesztését az import hirtelen megnövekedésének megelőzése érdekében, ami az érzékeny ágazatokban súlyosan sértené az európai termelők érdekeit.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Komisja INTA przygotowała krótką rezolucję, w której wyraziła poparcie dla decyzji Komisji dotyczącej rozpoczęcia prac przygotowawczych do negocjacji nad umową o wolnym handlu z Australią i Nową Zelandią. W rezolucji uznano, że Australia i Nowa Zelandia stanowią kluczową część ogólnej strategii UE w regionie Azji i Pacyfiku oraz że wszelkie umowy muszą nieść wzajemne korzyści obu stronom, biorąc pod uwagę dobrze znane newralgiczne kwestie oraz zapewniając odpowiednie uwzględnienie najbardziej oddalonych regionów, którym w UE przysługuje specjalny status.

Mając na uwadze niedawne zawarcie partnerstwa transpacyficznego – obszaru wolnego handlu obejmującego 12 państw Azji i Pacyfiku – w rezolucji zaapelowano do Komisji o to, by podjęła jak najszybsze prace w celu zrównoważenia wszelkich możliwych odwrotnych do oczekiwanych skutków zawarcia partnerstwa transpacyficznego, tak by przedsiębiorstwa UE mogły być nadal konkurencyjne na równi z przedsiębiorstwami z USA, Kanady, Chile, Meksyku, Japonii i innych państw. Zagłosowałem za przyjęciem proponowanego dokumentu.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – With the Commission proposal of ‘Trade for All’ and the Union seeking to negotiate directives for trade agreements between Australia and New Zealand, I believe that labour protection and transparency standards need to be included in the negotiations. A joint civil society forum is needed in order to have an effective monitoring of implementation of the parties’ respect for their commitments and obligations. These negotiations must seek to safeguard human rights, labour standards and environmental protection. The negotiations should be based on the principle of sustainability. However, the negotiations are a positive step forward, and this is why I voted in favour of this report.

Daniel Dalton (ECR), in writing. – I fully support advocating the strongest free trade ties with the two key Commonwealth members Australia and New Zealand, and therefore voted in favour of the opening of negotiations.

I also support launching these negotiations in the shortest timeframe possible and hope, given the shared values, perspectives and economic systems of the EU, Australia and New Zealand, that mutually beneficial, ambitious and wide-ranging agreements can be concluded as soon as possible.

Australia and New Zealand are two strong advocates of free trade agreement deals, with a recent example being the FTA signed with the twelve Pacific Rim countries. That is why I would like to see an FTA which promotes deeper trade and investment relations as quickly as possible, so that we can further deepen trade ties in the growing Asia-Pacific region.

Nicola Danti (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione sull’apertura di negoziati per l’accordo di libero scambio tra Unione europea e Australia e Nuova Zelanda. Oggi esiste un flusso commerciale consistente tra Unione europea e Australia e Nuova Zelanda, paesi con i quali da sempre il nostro continente ha stretti legami e condivide valori comuni e per i quali l’UE è già il terzo partner commerciale più importante. Australia e Nuova Zelanda rimangono, però, due dei pochi paesi membri dell’OMC a non godere di alcun accesso preferenziale al nostro mercato. Sono convinto che intensificare relazioni economiche sempre più strette con paesi come l’Australia e la Nuova Zelanda, economie avanzate impegnate da sempre nell’avanzamento dell’agenda multilaterale, sia una grande opportunità che l’Unione europea deve saper cogliere. Allo stesso tempo, sarà necessario che i negoziatori lavorino per ottenere accordi bilanciati, approfonditi e ambiziosi che tengano in debita considerazione le raccomandazioni che il Parlamento europeo ha espresso in questa risoluzione, con particolare attenzione a settori sensibili come l’agricoltura e la pesca e alla tutela e promozione dei diritti di proprietà intellettuale, comprese le indicazioni geografiche. Sarà inoltre importante assicurare la trasparenza di tali negoziati, mantenendo un dialogo costante con società civile e partner sociali.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Cette résolution présente la position du Parlement européen en faveur de l’ouverture des négociations sur un accord de libre-échange avec l’Australie et la Nouvelle-Zélande. Ce projet de lancement des négociations a été annoncé par la Commission fin 2015 dans le cadre de la stratégie commerciale de l’Union. Le mandat de négociation sera accordé à la Commission par le Conseil et sera précédé d’une évaluation d’impact. Au Parlement européen, nous rappelons que l’agriculture est un secteur très sensible avec ce pays tiers fortement exportateur. Il est essentiel que les intérêts des producteurs européens de viande, de produits laitiers, de sucre, de céréales et de textiles soient pris en compte dans cet accord. Considérant qu’il est nécessaire de préserver notre agriculture dans le cadre de tels accords commerciaux, j’ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution du Parlement sur l'ouverture des négociations sur un accord de libre-échange avec l'Australie et la Nouvelle-Zélande qui appelle à renforcer les relations entre l'Union européenne et la région Asie-Pacifique dans le domaine économique et commerciale. Les négociations devraient aboutir à l'adoption d'accords de libre-échange ambitieux, avec l'Australie et la Nouvelle-Zélande. Je suis notamment favorable à ce que ces accords tiennent pleinement compte des besoins et des intérêts des PME dans le cadre des mesures relatives à l'accès au marché.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione per l'avvio dei negoziati per l'area di libero scambio con l'Australia e la Nuova Zelanda. L'accordo potrà consentire all'Unione europea e ai suoi Stati membri di integrarsi ulteriormente nel mercato della regione. La Commissione europea dovrà impegnarsi ad avviare al più presto negoziati per favorire la stipulazione di accordi di libero scambio e di accesso preferenziali moderni, innovativi con Australia e Nuova Zelanda.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – L'ouverture des négociations sur un accord de libre-échange avec l'Australie et la Nouvelle-Zélande pourrait offrir de nouvelles perspectives et opportunités à nos entreprises. Il est cependant primordial de négocier des accords ambitieux et équilibrés dans un esprit de réciprocité et de bénéfices mutuels. Je souhaite ainsi l'association des filières agricoles européennes en amont de l'ouverture des négociations, l'exclusion de certains produits ou l'allocation de contingents très réduits et que soient obtenues la reconnaissance et la protection de nos indications géographiques protégées. Ces points étant inscrits dans la résolution sur l'ouverture des négociations sur un accord de libre-échange avec l'Australie et la Nouvelle-Zélande, j'ai décidé de voter en faveur. En effet, ce sont des points qui, à mon sens, ne peuvent être négociables.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai soutenu la proposition de résolution sur l'ouverture des négociations d'un accord de libre-échange avec l'Australie et la Nouvelle-Zélande parce que je crois que le renforcement des relations entre l'UE et la région Asie-Pacifique peut avoir un effet bénéfique sur la croissance économique européenne. L'Australie et la Nouvelle-Zélande occupent une place déterminante dans cette région. L'élargissement et le développement des échanges commerciaux avec ces partenaires peut contribuer à doper la croissance économique des trois partenaires, d'autant plus que l'Australie, la Nouvelle-Zélande et l'UE partagent des valeurs communes et qu'ils s'emploient à promouvoir la prospérité et la sécurité au sein d'un ordre international fondé sur le respect de règles. De plus, l'UE, l'Australie et la Nouvelle-Zélande mènent actuellement des négociations multilatérales pour libéraliser davantage le commerce des biens environnementaux et le commerce des services. Enfin, l'Australie et la Nouvelle-Zélande ont pris part aux négociations relatives au partenariat transpacifique, qui viennent de prendre fin. Je ne comprendrais pas que l'UE ne s'implique pas elle aussi dans la conclusion d'accords de libre-échange modernes, ambitieux, équilibrés et complets. Je plaide cependant pour des négociations transparentes et respectueuses des normes environnementales, sanitaires et sociales européennes.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Eu égard à la compétitivité de l'Australie et de la Nouvelle-Zélande dans les domaines de l'exploitation céréalière, de l'élevage ou de la production laitière, il va contre les intérêts des États membres de mettre ces derniers en concurrence avec les pays susmentionnés. Dans le contexte de crise que traversent ces secteurs en Europe, il serait irresponsable d'aller dans le sens d'un plus grand libre-échange avec ces pays, qui ont déjà signé le traité transpacifique. N'adhérant pas à la vision du Parlement et de la Commission européenne, qui prétendent «préserver» ces secteurs, tout en les exposant aux dangers précités, j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ЕКР), *в писмена форма*. – Изготвената кратка резолюция от Комисията по международна търговия на Европейския парламент очертава своята подкрепа на решението на Европейската комисия да започне работа по подготовката за преговори за споразумения за свободна търговия с Австралия и Нова Зеландия. В резолюцията се признава, че Австралия и Нова Зеландия представляват основна част от цялостната стратегия на ЕС в региона на Азия и Тихия океан, както и че всички споразумения трябва да бъдат от взаимна полза и на двете страни. аз съм съгласен и затова подкрепих резолюцията. Конкурентоспособността на европейските фирми на световния пазар трябва да бъде подпомагана с такива споразумения. аз приветствам и намерението на Комисията да направи предварителна оценка на въздействието върху икономиките на държавите членки на ЕС и това е важна стъпка при вземане на решения за бъдещи действия.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Καταψηφίζουμε την παρούσα πρόταση ψηφίσματος καθώς δεν πιστεύουμε στα πλεονεκτήματα των συμφωνιών ελεύθερων συναλλαγών και απορρίπτουμε την πρόταση για έναρξη διαπραγματεύσεων με την Αυστραλία και τη Νέα Ζηλανδία. Η σύναψη των συμφωνιών ελεύθερων συναλλαγών ΕΕ-Αυστραλίας και ΕΕ-Νέας Ζηλανδίας θα μεταβάλλει τις αμοιβαίες εμπορικές και επενδυτικές σχέσεις, κυρίως στον αγροτικό και στον κτηνοτροφικό τομέα, με συνέπειες στην αγορά και ενδεχόμενους κινδύνους για τους ευρωπαϊκούς οικονομικούς φορείς.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O aprofundamento das relações entre a UE e a região Ásia-Pacífico é importante para o crescimento económico na Europa assumindo-se a Austrália e a Nova Zelândia como elementos cruciais dessa estratégia. A negociação de dois ACL distintos, modernos, ambiciosos, equilibrados e abrangentes com a Austrália e a Nova Zelândia, em consonância com as características específicas dessas economias, constitui uma via pragmática para o aprofundamento das parcerias bilaterais e para o reforço das relações comerciais bilaterais e de investimento maduras já existentes. Concordo na efetivação de uma análise mais profunda de todas as oportunidades adicionais de acesso ao mercado para os operadores económicos europeus, designadamente PME, oferecidas por eventuais ACL com a Austrália e a Nova Zelândia.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A Austrália e a Nova Zelândia são partes nas negociações da Parceria Transpacífico (TPP), recentemente concluídas entre os EUA e um conjunto de países da Ásia e Oceânia. São igualmente partes nas negociações relativas à Parceria Económica Regional Abrangente (RCEP) na Ásia Oriental. Estamos perante acordos de liberalização do comércio e dos investimentos, que abrangem o comércio de bens e de serviços (incluindo serviços públicos), o comércio eletrónico, os contratos públicos, o setor da energia, as regulamentações sanitárias, fitosanitárias e outras, a investigação no domínio da tecnologia, os investimentos. Neste âmbito, prevê um mecanismo ISDS – de arbitragem privada para resolução de litígios Estado-Investidor.

São acordos que ficarão perfilados com o TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), o TiSA (Trade in Services Agreement) e o CETA (EU-Canada Comprehensive Economic and Trade Agreement), tratados que firmemente rejeitamos, exigindo o fim imediato das respetivas negociações, por colocarem em causa os mais básicos direitos democráticos, os serviços públicos, o direito ao trabalho com direitos e a soberania dos Estados.

A possibilidade de ocorrência de impasses nas negociações do TTIP e a aposta estratégica feita pelos EUA na região do Pacífico levam o grande capital europeu e as forças e potências que defendem os seus interesses a não descurarem também esta região. Votámos contra.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario perchè, nonostante Australia e Nuova Zelanda siano partner commerciali affidabili, il libero scambio con questi paesi potrebbe rappresentare un pericolo per gli operatori economici.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Καταψηφίζω την παρούσα πρόταση ψηφίσματος καθώς δεν πιστεύω στα πλεονεκτήματα των συμφωνιών ελεύθερων συναλλαγών και απορρίπτω την πρόταση για έναρξη διαπραγματεύσεων με την Αυστραλία και τη Νέα Ζηλανδία. Η σύναψη των συμφωνιών ελεύθερων συναλλαγών ΕΕ-Αυστραλίας και ΕΕ-Νέας Ζηλανδίας θα μεταβάλλει τις αμοιβαίες εμπορικές και επενδυτικές σχέσεις, κυρίως στον αγροτικό και στον κτηνοτροφικό τομέα, με συνέπειες στην αγορά και ενδεχόμενους κινδύνους για τους ευρωπαϊκούς οικονομικούς φορείς.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The leaders of EU and Australia, in their meeting on 15 November 2015, agreed to commence work towards the launch of negotiations for a free trade agreement. The EU and New Zealand, in their meeting on 29 October 2015, also announced the start of the process for negotiations on a comprehensive free trade agreement. I am strongly in favour of starting a discussion on key global issues such as human rights, security, development and protection of the environment with Australia and New Zealand.

It is important to understand the possible risks of trade diversion resulting from the TPP, and how these affect the potential interest of the EU in concluding high-quality comprehensive FTAs with Australia and New Zealand. Launching negotiations for swift, high-quality and comprehensive agreements would further integrate the EU into value chains in the Asia-Pacific region.

I hope that negotiations with these important trade partners will start as soon as possible.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – Ausztrália és Új-Zéland az EU legrégebbi és legközelebbi partnerei közé tartozik, az EU értékeivel közös értékeket vall magáénak, és elkötelezett a jólét és a biztonság egy szabályokon alapuló rendszer keretei közötti, globális előmozdítása mellett. Kiemelten fontosnak tartom az Európai Unió és az ázsiai-csendes-óceáni térség közötti kapcsolatok elmélyítésének jelentőségét az európai gazdasági növekedés szempontjából, valamint hangsúlyozom, hogy ezt az Európai Unió kereskedelempolitikája is tükrözi. Úgy vélem, Ausztrália és Új-Zéland kulcsszerepet játszik e stratégiában, és az ezekkel a partnerekkel folytatott kereskedelem kiszélesítése és elmélyítése elősegítheti e cél elérését.

Francesc Gambús (PPE), por escrito. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución ya que la apertura de nuevos mercados fuera de los límites de la UE puede reportar efectos positivos al conjunto de la Unión. Este debe ser el primer paso para la apertura de negociaciones bilaterales y futuros tratados con los mercados asiáticos.

Elena Gentile (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione, presentata a seguito dell'interrogazione con richiesta di risposta orale, a norma dell'articolo 128 del regolamento, sull'apertura di negoziati per accordi di libero scambio (ALS) con l'Australia e la Nuova Zelanda. Ritengo, infatti, che l'apertura dei negoziati ALS possa dare all'Unione europea la possibilità di rafforzare e approfondire i rapporti con questi due lontani paesi dell'Oceania, gli unici al momento tra gli Stati membri dell'Organizzazione mondiale del commercio senza canali commerciali privilegiati con l'UE. Nell'ottica di accordi equi, proficui e globali e di una più stretta collaborazione tra i due paesi, ritengo ambizioso dare seguito ai partenariati già esistenti in materia di investimento con accordi di libero scambio così da creare maggiori opportunità commerciali, specialmente per le PMI. Sottolineo, infine, la necessità di tenere in dovuta considerazione, nella fase di negoziazione dell'accordo, gli interessi di tutti gli operatori economici, specialmente quelli del settore agricolo e della pesca ed invito la commissione a svolgere quanto prima la valutazione di impatto di tali accordi nei territori dell'UE.

Arne Gericke (ECR), schriftlich. – Ich habe für die Eröffnung von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland gestimmt, da dieses Handelsabkommen mit genau den Problemen und Fehlern aufräumt, die viele an anderen, bereits abgeschlossenen oder noch laufenden Verfahren kritisieren. Das Handelsabkommen mit Australien und Neuseeland hat die Chance, weltweit neue Standards hinsichtlich funktionierender, zukunftsweisender „Fairhandelsabkommen“ zu setzen.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), na piśmie. – Australia i Nowa Zelandia są jednymi z najstarszych i najbliższych partnerów UE. Dzielą z nami te same wartości i są wspólnie zaangażowane w upowszechnianie dobrobytu i bezpieczeństwa na świecie. Unia Europejska i Nowa Zelandia są stronami porozumienia w sprawie zamówień publicznych, a Australia jest w trakcie procesu przystępowania do tego porozumienia. Ponadto prowadzą negocjacje wielostronne w celu dalszej liberalizacji handlu produktami ekologicznymi oraz handlu usługami (TiSA).

UE jest trzecim najważniejszym partnerem handlowym Australii i Nowej Zelandii, a kraje te plasują się odpowiednio na dwudziestym pierwszym i pięćdziesiątym pierwszym miejscu wśród naszych największych partnerów handlowych (dane z 2014 r.). Australia i Nowa Zelandia są dwoma państwami w pełni charakteryzującymi się praworządnością i zapewniającymi w chwili obecnej zdecydowaną ochronę środowiska, praw człowieka, praw społecznych i pracowniczych.

Zawarcie umów o wolnym handlu z Australią i Nową Zelandią wzmocni stosunki handlowe i inwestycyjne oraz zapewni wejście na wyższy poziom stosunków gospodarczych. Umowy muszą uwzględniać takie inwestycje, jak handel towarami i usługami, zamówienia publiczne, konkurencję, kwestie regulacyjne czy badania technologiczne.

Apelujemy do Komisji o jak najszybsze przeprowadzenie całościowej oceny wpływu ewentualnych umów na zrównowagony rozwój, mając także na uwadze zobowiązanie się wszystkich stron do prowadzenia negocjacji w jak najbardziej przejrzysty sposób, z poszanowaniem najlepszych praktyk oraz poprzez stały dialog z partnerami społecznymi i społeczeństwem obywatelskim.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the opening of FTA negotiations with Australia and New Zealand given the Asia-Pacific region, where 90% of world growth is estimated to happen over the next decade, is vital for us. With their European heritage, their relative proximity to the Asian market and their membership of the TPP (Trans-Pacific Partnership), Australia and New Zealand can be very important partners for us.

I also welcome the strong and consistent commitment of Australia and New Zealand to the multilateral trade agenda and to the promotion of a global governance based on rules.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque apoya la apertura de un acuerdo de libre comercio que sólo puede empujar a la profundización del actual modelo neoliberal y sus contradicciones. El mismo informe reconoce los posibles efectos adversos que el acuerdo puede tener para los derechos sociales y de los trabajadores, pero no nos parece convincente en cuanto a la cláusula que lo anularía si en efecto estos efectos negativos se diesen.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałam za otwarciem negocjacji w sprawie umowy o wolnym handlu z Australią i Nową Zelandią. Oba kraje pełnią bardzo ważną rolę w ogólnej strategii Unii Europejskiej dotyczącej Azji i Pacyfiku. Niemniej jednak odpowiednie analizy, w tym analiza zakresu czy ocena skutków, są niezbędne do prawidłowej ewaluacji umowy o wolnym handlu.

Ponadto apeluję do Komisji o rzetelną kontrolę skutków zawarcia partnerstwa transpacyficznego, co z pewnością pozwoli przedsiębiorstwom Unii Europejskiej na rozwój i osiągnięcie poziomu krajów takich jak Japonia czy Kanada.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – This is a non-legislative and non-binding report, which UKIP chose to abstain on. In principle UKIP agrees with free trade agreements especially with our Commonwealth allies, New Zealand and Australia. However, we are totally opposed to the EU negotiating trade agreements with other countries on the UK's behalf, therefore we abstained.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the motion for a resolution. It is important to deepen relations between the EU and the Asia-Pacific region for economic growth within Europe. This is reflected in the European Union's trade policy. Australia and New Zealand have strong and consistent commitment to the multilateral trade agenda. Therefore, these two countries are a key part of this strategy and that widening and deepening trade with these partners can help to meet this goal.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Καταψηφίσαμε την πρόταση ψηφίσματος λόγω της ακραίας φιλελεύθερης προσέγγισης στην οποία βασίζεται και στο γεγονός ότι δεν λαμβάνονται υπόψη οι πιθανές αρνητικές συνέπειες/αντίκτυπος που θα είχε στον Ευρωπαίους γαλακτοπαραγωγούς η πιθανή συμφωνία ελεύθερων συναλλαγών, ειδικότερα με την Νέα Ζηλανδία η οποία έχει μια πολύ ανταγωνιστική βιομηχανία στον υπό αναφορά τομέα.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported the resolution on the opening of free trade agreement negotiations with Australia and New Zealand. Both are close political and trading partners of the EU and the opening of negotiations for two separate FTAs has the potential for economic growth and investment for all involved, but this must be done without lowering any consumer, environmental or social and labour protection levels.

In the resolution we call on the Commission to study all additional market access opportunities for European economic operators, especially SMEs, offered by the possible FTAs and to weigh these against any possible defensive interests, given that both Australia and New Zealand have already comparatively open markets and very low tariffs. I also supported amendments to closely monitor certain agriculture sectors such as the dairy and meat sectors and where appropriate exclude them from the negotiations and to maintain high animal welfare standards. Ultimately the Parliament will have the final say on any agreed FTAs and the above issues will be crucial to achieving agreement.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it underlines the importance of deepening relations between the EU and the Asia-Pacific region for economic growth within Europe and stresses that this is reflected in the European Union's trade policy. The resolution also recognises that Australia and New Zealand are a key part of this strategy and that widening and deepening trade with these partners can help to meet this goal. The full potential of the Union's bilateral and regional cooperation strategies can only be realised by concluding high-quality FTAs with both Australia and New Zealand.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP yearns for the day we can make our own free trade deals with Commonwealth countries. However, we feel the EU would not conduct a deal with Australia or NZ that was fair, honourable or in the interest of the UK, Australia or New Zealand. Therefore we voted against.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – ALFA macht sich für freien Handel stark. Freier Handel hilft beiden Seiten durch das Heben komparativer Kostenvorteile und ist insbesondere für die Verbraucher ein Gewinn.

Australien und Neuseeland sind Staaten mit einem sehr ähnlichen kulturellen Hintergrund wie die Staaten der EU. Beide Staaten waren bereits in der Vergangenheit zuverlässige Partner. Auch in der Regulierung sind ähnliche Ansätze erkennbar, so dass ich hoffe, dass ein faires und umfassendes Vertragswerk zustande kommt.

Daher stimme ich der Eröffnung von Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zu. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss. Er führt zu Zwist und Zwietracht in Europa.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report . UKIP yearns for the day we can make our own free trade deals with Commonwealth countries. However, we feel the EU would not conduct a deal with Australia or NZ that was fair, honourable or in the interest of the UK, Australia or New Zealand. Therefore we voted against.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – I support the opening of free trade negotiations with Australia and New Zealand although this does not preclude any objections I may have to any future outcome. I support Scotland's membership of the EU and will vote accordingly in the forthcoming UK referendum. The EU operates as a trading block and that implies reaching international agreements. I have deep reservations about TTIP and will vote to reject an unsatisfactory agreement. Nevertheless, we should not object to the EU entering into new international negotiations – which in turn can be rejected if they are ultimately unsatisfactory.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Rezoluciju Europskog parlamenta o otvaranju pregovora o sporazumu o slobodnoj trgovini s Australijom i Novim Zelandom jer smatram da je iznimno važno jačati odnose između EU-a i azijsko-pacifičke regije zbog toga što se na taj način može pridonijeti gospodarskom rastu unutar Europe, a to će se ujedno odraziti i na trgovinskoj politici Europske unije. Australija i Novi Zeland su važni partneri EU-a, imaju iste vrijednosti te su predani promicanju blagostanja i sigurnosti na globalnoj razini u okviru sustava utemeljenog na međunarodnom pravu. Vjerujem da se sporazumom između tih triju razvijenih gospodarstava može konkretno doprinijeti ulaganjima, trgovini robom i uslugama te stoga glasujem za ovu rezoluciju.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Au regard de la grande compétitivité des secteurs agricoles australien et néo-zélandais, notamment dans l'élevage, le lait, les céréales, il est très dangereux d'ouvrir des négociations de libre-échange avec ces deux pays. Cela pourrait achever de tuer l'élevage et le secteur laitier français. Nous ne pouvons croire le Parlement et la Commission dans leur volonté de «préserver» les secteurs sensibles. Leur vision exprimée ici est de mettre en place des périodes transitoires, des quotas au début, mais un libre-échange agressif par la suite.

J'ai donc voté contre ce texte.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report . UKIP yearns for the day we can make our own free trade deals with Commonwealth countries. However, we feel the EU would not conduct a deal with Australia or NZ that was fair, honourable or in the interest of the UK, Australia or New Zealand. Therefore we voted against.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mes collègues Bernd Lange et Daniel Caspary sur une résolution concernant l'ouverture des négociations sur un accord de libre-échange avec l'Australie et la Nouvelle-Zélande. Cette résolution met l'accent sur l'influence que pourraient avoir sur la croissance européenne des relations consolidées entre l'Union et la région Asie-Pacifique. La politique commerciale de l'Union doit refléter cette direction, l'Australie et la Nouvelle-Zélande étant deux poids économiques très importants dans cette région. Le Parlement estime que ces accords de libre-échange devront être ambitieux, équilibrés et complets, selon un modèle de nouvelle génération d'accords de libre-échange. Je soutiens l'ouverture de ces négociations dont les résultats pourront être d'un poids conséquent dans la gouvernance de l'économie mondiale via la convergence des normes internationales.

Cette résolution a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui souligne l'importance que revêt le renforcement des relations entre l'Union européenne et la région Asie-Pacifique et spécifiquement l'Australie et la Nouvelle-Zélande, acteurs majeurs de cette région.

Ces accords de libre-échange avec l'Australie et la Nouvelle-Zélande sont importants pour que l'Union se positionne dans cette région à la croissance économique importante, d'autant plus que l'Union, l'Australie et la Nouvelle-Zélande partagent des valeurs communes. Ces négociations doivent cependant être claires, transparentes et respectueuses de nos normes environnementales et sociales européennes.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Australien und Neuseeland sind zwei hochentwickelte Staaten, mit denen ein Freihandelsabkommen durchaus wünschenswert wäre, jedoch habe ich mich bei der Entschliebung enthalten, da es bereits einen hohen Grad an Vereinbarung bzw. Regulierung im Bereich der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der EU und diesen beiden Ländern, wie beispielsweise bei der Landwirtschaft und bei Lebensmittelstandards, gibt.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – ALFA macht sich für freien Handel stark. Bei entsprechend kluger Ausgestaltung hilft freier Handel beiden Seiten durch das Heben komparativer Kostenvorteile und ist insbesondere für die Verbraucher ein Gewinn.

Daher stimme ich der Eröffnung von Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zu.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – S návrhem nesouhlasím, protože není v zájmu provádění spravedlivého obchodu mezi zúčastněnými stranami radikální odbourávání obchodních bariér. Obdobné investiční dohody a dohody o volném trhu s sebou přinášejí velmi nebezpečnou otázku investic a jejich ochrany. Dalším bodem kritiky je konvergence mezinárodních standardů, což by v praxi mohlo vést ke snížení evropských standardů a také ke snížení ochrany spotřebitelů či životního prostředí. Austrálie a Nový Zéland jsou země poměrně vzdálené Evropě, proto představuje transport zboží zbytečnou finanční zátěž a také zátěž na životní prostředí, když obdobnou potravinu jsou schopni poskytnout evropským zemědělcům. Navíc zde hrozí riziko znehodnocení potravin při transportu na tak velkou vzdálenost (uvádí se vzdálenost: Praha – Auckland 17 885 km).

Στέλιος Κούλογλου (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this resolution, since it is not a fair trade agreement and does not benefit all parties. We are against a simple market liberalisation. The trade agreement between Australia and New Zealand should also not include the Investor to State Dispute Settlement, since it is a biased system which promotes enterprises over states.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – The opening of free trade agreement negotiations with Australia and New Zealand represents a significant step forward for economic growth and prosperity for all involved sides. An agreement will ensure EU trade reaches its full potential, particularly in the context of the eastern shift in the world's economy. For Australia, removing trade barriers with the EU, which is the country's third largest trading partner, will definitely result in increased export growth. On the other hand, for New Zealand, a trade deal with the EU will be beneficial for inward investment since the EU represents the country's second largest source of investment. Last but not least, the FTA with Australia and New Zealand will not only highlight our common interests such as economic growth, human rights, security and peace but also facilitate political cooperation.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – L'Australia e la Nuova Zelanda sono tra i partner più antichi dell'UE. Entrambe partecipano ai negoziati recentemente conclusi per un partenariato transpacifico (PTP) e ai negoziati attualmente in corso per un partenariato economico regionale globale (RCEP) nell'Asia orientale, che comprende i più importanti partner commerciali dell'Australia e della Nuova Zelanda. È altresì possibile affermare con certezza che entrambi i Paesi garantiscono un elevato livello di protezione dell'ambiente e di tutela dei diritti umani, sociali e occupazionali. E' di vitale importanza per l'Unione europea rafforzare le relazioni con la regione Asia- Pacifico ed entrambi i paesi sono fondamentali per il raggiungimento di tale obiettivo. Il negoziato di due accordi distinti di libero scambio moderni e ambiziosi deve certamente affrontare aspetti importanti, quali investimenti, scambi di beni e servizi, energia, imprese statali, concorrenza e, soprattutto, le esigenze ed interessi delle PMI. Giudico che tali negoziati avranno effetti benefici per tutte le parti interessate ed ho quindi deciso di dare il mio parere positivo alla presente risoluzione.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution sur l'ouverture des négociations sur un accord de libre-échange avec l'Australie et la Nouvelle-Zélande. Vu la grande compétitivité des secteurs agricoles australien et néo-zélandais, notamment dans l'élevage, le lait et les céréales, il est très dangereux d'ouvrir des négociations de libre-échange avec ces deux pays. Cela pourrait achever de tuer l'élevage et le secteur laitier français. Nous ne pouvons croire le Parlement et la Commission dans leur volonté de «préserver» les secteurs sensibles. Leur vision exprimée ici est de mettre en place des périodes transitoires, des quotas au début, mais un libre-échange agressif par la suite.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car elle est favorable à la conclusion d'un accord de libre-échange avec l'Australie et la Nouvelle-Zélande, ce qui va aggraver la situation dramatique des agriculteurs français, notamment dans les secteurs du lait et de l'élevage porcin et bovin.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la presente propuesta de Resolución debido a que pretende profundizar las relaciones comerciales entre Australia y Nueva Zelanda por una parte y la Unión Europea por la otra sin advertir los efectos perniciosos que provocarán en sus economías. Este acuerdo busca reforzar las relaciones comerciales para paliar el efecto desviación que puede tener el reciente acuerdo transpacífico. Sin embargo, consideramos que este acuerdo puede tener un impacto mortal sobre nuestra economía, en especial sobre el sector lácteo europeo, sector que ya está sufriendo por la desaparición de las cuotas y que, debido a la contracción del consumo chino, verá inundado el mercado lácteo con el excedente neozelandés. Esta agenda liberalizadora del comercio internacional que se lleva a cabo en beneficio de las multinacionales sin tener en cuenta el verdadero efecto que tendrá en la economía real está en el origen de muchos de nuestros problemas económicos. Es por todo esto por lo que he decidido votar en contra de la presente propuesta de Resolución.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – ALFA macht sich für freien Handel stark. Freier Handel hilft beiden Seiten durch das Heben komparativer Kostenvorteile und ist insbesondere für die Verbraucher ein Gewinn.

Australien und Neuseeland sind Staaten mit einem sehr ähnlichen kulturellen Hintergrund wie die Staaten der EU. Beide Staaten waren bereits in der Vergangenheit zuverlässige Partner. Auch in der Regulierung sind ähnliche Ansätze erkennbar, so dass ich hoffe, dass ein faires und umfassendes Vertragswerk zustande kommt.

Daher stimme ich der Eröffnung von Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zu.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem pro. Podporuji volný trh s Austrálií a Novým Zélandem.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Australija i Novi Zeland smatraju se najstarijim i najbližim partnerima EU-a, a ovaj sporazum omogućuje dodatno jačanje bilateralnih trgovinskih odnosa. S obzirom na osjetljivost poljoprivrede, potrebno je uzeti u obzir karakteristike i specifičnosti poljoprivrednog sektora u Uniji. Osim poljoprivrednika, potrebno je uzeti u obzir potrebe i interese malih i srednjih poduzetnika u kontekstu olakšanja pristupa tržištu. Podržala sam ovu rezoluciju jer vjerujem da će pozitivno utjecati na postizanje rasta u Europskoj uniji.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Európska únia je tretím najdôležitejším obchodným partnerom Austrálie a Nového Zélandu. Ide o krajiny, ktoré charakterizujú prvky silného právneho štátu, dodržiavania ľudských a sociálnych práv, s výraznou ochranou prírody a životného prostredia. Podporujem začatie rokovaní o dohodách o voľnom obchode s týmito krajinami, ktoré budú postavené na vzájomnom partnerstve, prospechu a reciprocite. Dohody uľahčia obchodovanie a prístup na trh najmä malým a stredným podnikom a pomôžu tak podporiť hospodársky rast v členských krajinách EÚ.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – L'Union européenne, l'Australie et la Nouvelle-Zélande mènent actuellement des négociations pour renforcer leurs relations commerciales.

Si ces négociations devaient déboucher sur un accord, celui-ci pourrait porter un coup fatal aux économies des régions ultrapériphériques françaises (RUP).

L'Australie étant en effet le 10e plus gros producteur mondial de sucre de canne, le secteur cannier, notamment à la Réunion, pourrait être durement touché par la conclusion d'un tel accord de libre-échange, si les sucres spéciaux ne sont pas exclus du champ des négociations.

Cette résolution demande que des mesures de sauvegardes bilatérales soient prévues dans le but de protéger les productions sensibles, notamment celles des RUP. Elle va plus loin, en appelant Commission à exclure les sucres spéciaux des négociations.

Par ce texte, le Parlement européen demande expressément à la Commission de prendre dûment en compte les intérêts spécifiques des RUP dans le cadre de ces pourparlers commerciaux. C'est donc tout naturellement que je vote en faveur de cette résolution.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφτως*. – Καταψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την έναρξη διαπραγματεύσεων για συμφωνία ελεύθερων συναλλαγών με την Αυστραλία και τη Νέα Ζηλανδία, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη, καθώς επίσης και διότι η υπό ψήφιση συμφωνία ελεύθερων συναλλαγών θα επιτρέπει στο διηνεκές την αθρόα εισαγωγή από Αυστραλία και Νέα Ζηλανδία των κτηνοτροφικών και αγροτικών τους προϊόντων στην ΕΕ, και ειδικότερα στην Ελλάδα, γεγονός που θα βλάψει οικονομικά τους φτωχοποιημένους από το μνημόνιο έλληνες αγρότες και κτηνοτρόφους και θα δημιουργήσει έντονα προβλήματα στην ομαλή ανάπτυξη του πρωτογενούς τομέας της πατρίδας μας καθώς επίσης και των ελληνικών επιχειρήσεων του τομέα παραγωγής τροφίμων.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition de résolution. L'Union veut augmenter ses relations commerciales avec l'Australie et la Nouvelle-Zélande. Tous les champs suivants doivent être inclus dans l'accord: investissement, biens et services, e-commerce, marché public, entreprises d'État, énergie, barrières phytosanitaires...

Vu la grande compétitivité des secteurs agricoles australien et néozélandais, notamment dans l'élevage, le lait, les céréales, il est très dangereux d'ouvrir des négociations de libre-échange avec ces deux pays. Cela pourrait achever de tuer l'élevage et le secteur laitier français!

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Doy mi voto a favor de la propuesta de abrir negociaciones sobre los acuerdos de libre comercio con Australia y Nueva Zelanda. Es importante seguir impulsando las relaciones entre la UE y la región de Asia y el Pacífico para el crecimiento económico en Europa y ello debe reflejarse en la política comercial de la Unión Europea. Australia y Nueva Zelanda son una parte fundamental de esta estrategia y debemos trabajar para profundizar las relaciones comerciales con estos socios, que siempre han demostrado su compromiso firme y constante con la agenda comercial multilateral.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau EP rezoliucijai dėl laisvosios prekybos susitarimų su Australija ir Naująja Zelandija derybų pradžios. Manau, jog toks susitarimas sukurs naujų galimybių verslui bei užtikrins naudą vartotojams. Be kita ko, tvirtai pritariu rezoliucijoje išdėstytai pozicijai, kad derantis dėl laisvosios prekybos susitarimo ypatingai svarbu atsižvelgti į Europos gamintojų (pvz., mėsos, pieno, cukraus, grūdų ir tekstilės) interesus ir sutarti dėl dvišalių apsaugos priemonių, pvz., numatant pereinamuosius laikotarpius ar atitinkamas kvotas, ar neprisiriimant jokių įsipareigojimų labiausiai pažeidžiamuose sektoriuose.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – L'Australie et la Nouvelle-Zélande ont récemment signé le partenariat transpacifique, qui met en place une zone de libre-échange avec les États-Unis, le Canada, le Japon... Dès lors, l'Union propose elle aussi un accord de libre-échange avec cette zone afin de ne pas être à la traîne. La résolution défend ainsi la mise en place de cet accord de libre-échange entre l'Australie et la Nouvelle-Zélande d'une part et l'Union de l'autre. La résolution «souligne l'importance d'un renforcement des relations entre l'Union et la région Asie-Pacifique pour la croissance économique européenne», alors même que l'Australie et la Nouvelle-Zélande se classent aux 21e et 51e places sur la liste des partenaires commerciaux de l'Union (2014). Je m'oppose à ces accords de libre-échange qui sèment la misère

partout où ils sont appliqués et réclame au contraire la mise en place d'un protectionnisme solidaire. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le rapport est intéressant en ce qu'il fait cas du secteur agricole par des quotas et périodes transitoires. Par ailleurs il demande à la Commission une transparence, ce qui est bien.

Cela dit, les secteurs agricoles australien et néo-zélandais sont particulièrement puissants, surtout dans les céréales, l'élevage et le lait. L'élevage français – qui se porte mal – est en danger avec ce rapport. Je ne suis pas convaincue par les garanties que l'Union propose pour les secteurs sensibles. Ceci n'étant qu'une amorce, j'ai voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a resolução sobre a abertura de negociações relativas a um Acordo de Comércio Livre (ACL) com a Austrália e a Nova Zelândia. A Austrália e a Nova Zelândia estão entre os parceiros mais antigos e próximos da UE e partilham muitos valores comuns. É necessário um maior aprofundamento das relações comerciais e de investimento.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of opening up FTA negotiations with Australia and New Zealand because deepening ties with two close partners in the rapidly developing Asia-Pacific region is important for Europe and for the two nations' economic growth.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Napriek obrovskej vzdialenosti od Európy sú Austrália a Nový Zéland Európskej únii veľmi blízke. Spájajú nás nielen spoločné riešenia problémov a spolupráca v rôznych oblastiach, ale najmä hodnoty, ktoré z nás vytvárajú partnerov a priateľov. Európske hodnoty sa prejavujú aj charakterom týchto krajín. Ide o štáty, v ktorých rešpektovanie práva a slobôd stoja na prvom mieste. Sú to silné právne štáty, s ktorými uzatváranie dohôd považujem za vítané. Dohody môžu priniesť Európskej únii mnohé výhody prameniace v úprave obchodu a hospodárstva. Samozrejme, tak ako pri akejkoľvek zmluve o voľnom obchode, všetky dojednané ustanovenia musia byť v súlade s našimi spoločnými hodnotami pri rešpektovaní európskych štandardov a pravidiel. Podporujem tieto kroky, ale s podmienkou prísnej transparentnosti! Platí tu stará pravda, ktorú napísal Thomas Mann: Slobodne uzatváraj obchody, ale také, aby si v noci mohol spokojne spať.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the resolution, which calls for strong trade and sustainable development chapters in any newly launched trade negotiations with Australia and New Zealand.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – I support the opening of FTA negotiations with Australia and New Zealand, countries with which we share values and cooperate on many issues at the global level. I have publicly called for this as one of the measures that the Western World needs to undertake in order to tackle its 'Big Contraction'. It is actually quite striking that Australia and New Zealand are two of only six WTO Members with which we have no preferential arrangement in place or under negotiation. Of course the agreement will have to be comprehensive, respect our sensitives, notably in the agricultural sector, and include an ambitious trade and sustainable development chapter.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Ausztrália és Új-Zéland az EU legrégebbi és legközelebbi partnerei közé tartozik, az EU értékeivel közös értékeket vallanak magukénak, és elkötelezettek a jólét és a biztonság globális előmozdítása mellett. Mindkét országban teljes mértékben érvényesül a jogállamiság elve, és az erős védelemben részesíti a környezetet, az emberi, a szociális és a munkavállalói jogokat.

2014. július 30-án lezárultak az Európai Unió és Új-Zéland közötti kapcsolatokról és együttműködésről szóló partnerségi megállapodásra (PARC), 2015. április 22-én pedig az EU–Ausztrália keretmegállapodásra (FA) vonatkozó tárgyalások. A Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság indítványozza, hogy az EP foglaljon állást úgy, hogy az Unió kétoldalú és regionális együttműködési stratégiáiban rejlő potenciális lehetőségek csak akkor aknázhatók ki, ha a kölcsönösség és a kölcsönös előnyök szellemében színvonalas szabadkereskedelmi megállapodások megkötésére kerül sor mind Ausztráliával, mind pedig Új-Zélanddal.

Felkérni javasolja ezért a Bizottságot, hogy a lehető legrövidebb időn belül folytasson le átfogó fenntarthatósági hatásvizsgálatokat a lehetséges megállapodásokkal kapcsolatosan annak érdekében, hogy képes legyen alaposan felmérni az EU és Ausztrália, illetve az EU és Új-Zéland közötti kereskedelmi és beruházási kapcsolatok fokozásának lehetséges előnyeit és hátrányait. Az állásfoglalást támogattam.

Bernard Monot (ENF), par écrit. – Dans un environnement où l'Australie et la Nouvelle-Zélande ont récemment signé le traité transpacifique, l'Union européenne veut augmenter les relations commerciales avec ces pays dans les champs suivants: investissement, biens et services, e-commerce, marché public, entreprises d'État, énergie, barrières phytosanitaires...

Vu la grande compétitivité des secteurs agricoles australien et néozélandais, notamment dans l'élevage, le lait, les céréales, il est très dangereux d'ouvrir des négociations de libre-échange avec ces deux pays. Cela pourrait achever de tuer l'élevage et le secteur laitier français.

Même si la Parlement et la Commission expriment leur volonté de préserver les secteurs sensibles en mettant en place des périodes de transition et des quotas, nous savons très bien que cela finira par l'établissement d'un libre-échange très agressif.

Ce qui fait que nous nous opposons farouchement à cette augmentation des relations commerciales.

Sophie Montel (ENF), par écrit. – Vu la grande compétitivité des secteurs agricoles australien et néozélandais, notamment dans l'élevage, le lait, les céréales, il est très dangereux d'ouvrir des négociations de libre-échange avec ces deux pays. Cela pourrait achever de tuer l'élevage et le secteur laitier français.

C'est pourquoi j'ai voté contre.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur de cette résolution, dans laquelle le Parlement européen souligne l'importance d'un renforcement des relations entre l'Union et la région Asie-Pacifique pour la croissance économique européenne et insiste sur la nécessité de voir cette importance reflétée dans la politique commerciale de l'Union européenne. Il reconnaît que l'Australie et la Nouvelle-Zélande tiennent une place déterminante dans cette stratégie et que l'élargissement et le développement des échanges avec ces partenaires peuvent contribuer à atteindre cet objectif. Il estime, en outre, que la négociation de deux accords de libre-échange distincts, modernes, ambitieux, équilibrés et complets avec l'Australie et la Nouvelle-Zélande, dans le respect des spécificités propres aux économies de ces pays, représente une voie pragmatique pour le renforcement des partenariats bilatéraux, parce qu'elle permettrait de consolider davantage des relations en matière de commerce et d'investissement déjà parvenues à maturité ainsi que d'atténuer les répercussions, en termes de réduction du volume d'échanges avec l'Union, du partenariat transpacifique récemment conclu. Le Parlement européen estime que le résultat des négociations doit constituer un modèle pour une nouvelle génération d'accords de libre-échange. Par ailleurs, il souligne que tout accord ambitieux entre ces trois économies développées doit couvrir, de manière adéquate, un certain nombre de domaines touchant à l'économie et à la protection.

Alessia Maria Mosca (S&D), per iscritto. – Plaudiamo all'apertura delle trattative con Australia e Nuova Zelanda per la definizione di un accordo commerciale atto alla creazione di un'area di libero scambio. I due paesi sono, infatti, storici alleati dell'Unione europea e condividono con essa lo stesso approccio alle grandi questioni globali. L'obiettivo, in linea con la politica commerciale europea, è quello di favorire la crescita economica e, contemporaneamente, contribuire a definire le regole del terreno di gioco della globalizzazione. La vicinanza valoriale, per esempio in materia di scambio di dati, la complementarità, particolarmente forte in campo agricolo per via del diverso susseguirsi delle stagioni, e il volume contenuto degli scambi garantiscono, inoltre, un basso livello di rischio per il settore produttivo europeo. Auspichiamo, in ogni caso, l'inserimento di clausole di salvaguardia, con particolare riferimento alle importazioni agroalimentari, con l'obiettivo garantire la massima protezione da eventuali effetti distorsivi sul mercato europeo. Sempre in riferimento a detto settore, invitiamo la Commissione europea a negoziare per il riconoscimento e una maggiore tutela delle indicazioni geografiche, interesse offensivo per l'Unione europea. Coerentemente con l'orientamento della politica commerciale europea, sottolineiamo la necessità che il testo finale dell'accordo contenga un capitolo specifico sulle esigenze e sulla facilitazione all'internazionalizzazione della piccola e media impresa.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – In the next 10 to 15 years almost 90% of the world's demand will be generated outside the European Union. This is why through its agreements the EU should boost its growth potential by opening up market opportunities for European businesses abroad. I have voted for this motion for a resolution that should open the negotiations for a free trade agreement with Australia and New Zealand addressing investment, trade in goods and services, e-commerce, public procurement, energy, state owned enterprises, competition, anti-corruption and other regulatory issues.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Da wir gerade bei TTIP und CETA sehen, wie solche Verhandlungen geführt werden und welche Gefahren sie für den Bürger bringen, sehe ich die Aufnahme weiterer Verhandlungen zu Freihandelsabkommen kritisch. Folglich hätte ich dagegen gestimmt.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Cette résolution invite la Commission à ouvrir des négociations sur un accord de libre-échange avec l'Australie et la Nouvelle-Zélande. Cet accord commercial de nouvelle génération contient donc le nouveau système de Cour d'investissement tel que proposé par la Commission.

Une de mes principales préoccupations fut la mise en concurrence de sucres spéciaux produits en Australie et en Nouvelle-Zélande avec ceux produits dans les départements d'outre-mer français. Mon amendement visant la protection de ces sucres a été adopté.

Bien qu'étant réservé vis-à-vis de la logique poussant l'Union à signer à tout-va des accords de libre-échange, la demande d'exclusion des sucres spéciaux par le Parlement m'a conduit à voter en faveur de ce mandat de négociation exigeant.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Euroopa majanduskasvu huvides on oluline tihendada sidemeid ning luua vabakaubandus Austraalia ja Uus-Meremaaga, kes on Aasia ja Vaikse ookeani piirkonnas väga olulised riigid.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – This is a non-legislative and non-binding report, which UKIP chose to abstain on. In principle UKIP agrees with free trade agreements especially with our Commonwealth allies, New Zealand and Australia. However, we are totally opposed to the EU negotiating trade agreements with other countries on the UK's behalf, therefore we abstained.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Noi tutti sappiamo che l'Australia e la Nuova Zelanda sono tra i partner più antichi e più vicini dell'UE, condividendo valori comuni e impegnati a promuovere la prosperità e la sicurezza all'interno di un sistema basato su regole a livello globale. Da sempre lavoriamo insieme per affrontare le sfide comuni in un ampio spettro di questioni, per tali ragioni conclusione di accordi moderni, ambiziosi, equilibrati e globali innalzerebbe le relazioni economiche ad un nuovo livello. Esprimo dunque un voto positivo a tale proposta di risoluzione.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Statistički podaci pokazuju da su danas ekonomije Australije i Novog Zelanda jedne od najbrže rastućih u svijetu, a ove dvije zemlje već su dugi niz godina trgovinskim vezama usko povezane s Europskom Unijom. Potpisivanje Sporazuma o slobodnoj trgovini kako s Australijom, tako i s Novim Zelandom donijet će obustranu korist i unaprijediti već ionako iznimno aktivnu trgovinsku suradnju s ove dvije zemlje. Australija i Novi Zeland bliske su Europskoj Uniji ne samo u pogledu vrijednosti i zajedničkih interesa, već i zbog stavova koje s Unijom dijele prema važnim međunarodnim pitanjima, kao što su borba protiv terorizma ili rješavanje problema klimatskih promjena. Također, nije naodmet već u ovom trenutku upozoriti kako ishod pregovora, koji može ukidanjem postojećih barijera doprinijeti boljem plasmanu konkurentnih europskih poljoprivrednih proizvoda na tom tržištu, ne bi smio dovesti u pitanje primjenu visokih standarda EU-a za plasman australskih i novozelandskih poljoprivrednih proizvoda na tržište EU-a.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Alors que les éleveurs français connaissent des difficultés terribles, je suis indigné par ce projet d'accord avec la Nouvelle-Zélande et l'Australie, grands producteurs agricoles qui vont venir de toute évidence aggraver encore la situation des Français. La Commission semble décidée à faire mourir les agriculteurs français jusqu'au dernier, puisqu'elle multiplie les enquêtes contre eux et tous ceux qui voudraient leur permettre de vivre décemment en leur achetant leurs productions à un prix raisonnable et qu'elle ouvre toujours davantage l'Union européenne à la concurrence de pays tiers. Je rejette ces politiques nuisibles tant à l'économie qu'à l'environnement. Je vote donc contre l'ouverture de ces négociations.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Najavljeni sporazumi o slobodnoj trgovini s Australijom i Novim Zelandom uklapaju se u novu *trade and investment strategy*, u kojoj je naglašena potreba da se ojača prisutnost na području Azije i Pacifika, zbog čega podržavam otvaranje pregovora. Može se očekivati da bi skretanje trgovine i olakšavanje pristupa tržištu, TPP i drugi sporazumi o slobodnoj trgovini u regiji mogli staviti europske izvoznike i investitore u nepovoljan položaj u odnosu na glavne konkurente koji bi uživali preferencijalan pristup.

Australija i Novi Zeland su među najbrže rastućim razvijenim ekonomijama. Te dvije zemlje zajedno su već vrijedni partneri EU-a s EU-ovim izvozom od 34,1 milijardom eura robe (2014.) i 21,0 milijardom eura usluga (2013). Australija je 15., dok je Novi Zeland 50. najveće izvozno tržište za dobra za EU. Dok će okvirni sporazumi EU-Australija i Novi Zeland unaprijediti političku i sektorsku suradnju između stranaka, postoji i neiskorišten potencijal u području trgovine, investicija i gospodarske suradnje. Prilikom pregovora, pregovarači ne smiju biti opterećeni vremenskim pritiskom već moraju prvenstveno zastupati interese europskih proizvođača i potrošača. Nadam se da će se o pitanju priznavanja proizvoda zaštićenih geografskim podrijetlom rano pregovorati te da će se konačno osigurati priznavanje ove zaštite u Novom Zelandu.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito.* – Os dois países em questão integram as negociações da Parceria Transpacífico (TPP) celebrada entre os EUA e países da Ásia e Oceânia, bem como as negociações relativas à Parceria Económica Regional Abrangente (RCEP) na Ásia Oriental. Estamos perante acordos de liberalização do comércio e dos investimentos, que abrangem o comércio de bens e de serviços (incluindo serviços públicos), os contratos públicos, o comércio eletrónico, o sector da energia, as regulamentações sanitárias, fitossanitárias e outras e a investigação no domínio da tecnologia. Neste âmbito, prevê um mecanismo ISDS – de arbitragem privada para a resolução de litígios Estado-Investidor.

No mesmo registo político do TTIP (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*), do TiSA (*Trade in Services Agreement*) e do CETA (*EU-Canada Comprehensive Economic and Trade Agreement*), são tratados que firmemente rejeitamos, exigindo o fim imediato das respectivas negociações por colocarem em causa os mais básicos direitos democráticos, os serviços públicos, o direito ao trabalho com direitos e a soberania dos Estados.

Os impasses nas negociações do TTIP e a aposta estratégica dos EUA na região do Pacífico levam o grande capital europeu e as forças e potências que defendem os seus interesses a não perder o pé nesta região.

Votámos contra.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Podržavam prijedloge rezolucija o otvaranju pregovora o sporazumu o slobodnoj trgovini s Australijom i Novim Zelandom, zemljama koje snažno i dosljedno zauzimaju program multilateralne trgovine. Australija i Novi Zeland su među najstarijim i najbližim partnerima EU-a, imaju iste vrijednosti te su predani promicanju blagostanja i sigurnosti na globalnoj razini u okviru sustava utemeljenog na pravilima. EU, Australija i Novi Zeland rade na rješavanju zajedničkih izazova povezanih s nizom različitih problema te surađuju na nekoliko međunarodnih foruma. One su dvije od samo šest država članica WTO-a koje još uvijek nemaju povlašten pristup tržištu EU-a i ne sudjeluju u pregovorima s tim ciljem, a obje u potpunosti poštuju vladavinu prava i trenutačno snažno štite okoliš te ljudska, socijalna i radnička prava. Novi Zeland jedna je rijetkih zemalja za koje je Europska komisija utvrdila da imaju primjerenu razinu zaštite osobnih podataka, što je uz poštovanje privatnog života ključno temeljno pravo. Sklapanjem suvremenih, ambicioznih, ujednačenih i sveobuhvatnih sporazuma gospodarski odnosi dostižu novu razinu, što je vrlo važno za razvoj i boljitak EU-a. Isto je tako jačanje odnosa između EU-a i azijsko-pacifičke regije ključno za gospodarski rast Europe, što se odražava u trgovinskoj politici EU-a.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Nová obchodní dohoda Evropské unie s Austrálií a Novým Zélandem je důležitým krokem k otevření trhu v regionu, který momentálně roste nejrychleji na světě a který si má udržet tento ekonomický potenciál i do budoucna. Jsem přesvědčen, že obchodní dohoda otevře nové možnosti spolupráce, investic a vytvoří nová pracovní místa. V neposlední řadě pak dohoda dále posílí vztahy založené na sdílení stejných hodnot všech partnerů, neboť bylo dosaženo konsenzu jak v tématu udržitelného rozvoje a ochrany životního prostředí, tak i v otázkách ochrany lidských práv a práv pracujících. Jako sociální demokrat jsem samozřejmě rád, že nacházíme shodu právě v těchto důležitých bodech. Faktem je, že i nadále jsou zde odvětví, jako je například zemědělství, ve kterých budeme muset postupovat obezřetně, přesto jsem za tuto dohodu velmi rád podpořil.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Ritengo che l'avvio dei negoziati concernenti due accordi distinti di libero scambio, moderni e ambiziosi, con l'Australia e la Nuova Zelanda costituisca un modo per rafforzare ulteriormente le esistenti relazioni bilaterali in materia di scambi e investimenti. Tali negoziati devono avvenire in uno spirito di reciprocità e alla ricerca di vantaggi per entrambe le parti. Allo stesso tempo, visto che l'agricoltura e la pesca sono settori molto sensibili auspico che la Commissione tenga in debito conto gli interessi di tutti i produttori europei, con l'introduzione, ad esempio, di periodi transitori o evitando di impegnarsi nei settori più sensibili. Pertanto, ho votato a favore di questa proposta di risoluzione.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. – Bei diesem Entschließungsantrag geht es um die Eröffnung der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland. Es steht zu befürchten, dass es sich bei diesem Freihandelsabkommen um eine TTIP in kleinerem Ausmaß handelt. In diesem Antrag wird von der Notwendigkeit von Harmonisierungen und einer Intensivierung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet internationaler Normen gesprochen. Solche Prozesse müssen allerdings transparent ablaufen, woran ich bei diesem Freihandelsabkommen nicht glaube. Ich stimme deshalb gegen den Entschließungsantrag.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución respecto a la apertura de las negociaciones sobre futuros acuerdos de libre comercio con Australia y Nueva Zelanda que servirán para profundizar en las relaciones comerciales y de inversión y contribuirá al desarrollo económico.

Aunque es prematuro valorar el nivel de ambición de los acuerdos, los socialistas exigimos rigurosos estudios de impacto previos, en especial en el capítulo agrícola, unas adecuadas consultas públicas, transparencia en las negociaciones, disposiciones firmes sobre la protección de los derechos laborales, la defensa de la potestad de la UE y los Estados miembros para legislar en favor del interés público y la inclusión de un capítulo de sostenibilidad y derechos humanos fuerte, vinculante y ejecutable.

Además, defendemos el multilateralismo como prioridad de la política comercial de la UE. Los esfuerzos de la Comisión por avanzar en nuevas negociaciones bilaterales no deben ir en detrimento de los recursos que dedica a la agenda multilateral.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Le Parlement européen a donné son accord au lancement de négociations pour des accords de libre-échange avec l'Australie et la Nouvelle-Zélande. La conclusion de ces accords permettra d'optimiser le potentiel de croissance découlant du renforcement des relations entre l'Union et la région Asie-Pacifique et permettront d'intensifier la coopération en matière de normes sans pour autant niveler par le bas la sécurité alimentaire, la protection de l'environnement, la protection sociale ou la protection des travailleurs. Le Parlement européen a d'ailleurs aussi demandé la prise en compte des intérêts des PME ainsi que l'inclusion d'un chapitre sur le développement durable «sérieux et ambitieux», qui incorpore les normes fondamentales en matière de travail, les quatre conventions de gouvernance prioritaires de l'OIT et les accords multilatéraux sur l'environnement. Le texte de la résolution souligne également que l'agriculture est un «secteur très sensible» et demande que des résultats finaux et équilibrés dans l'agriculture et la pêche tiennent dûment compte des intérêts de tous les producteurs de l'Union (en particulier dans les secteurs de la viande, des produits laitiers, du sucre, des céréales et du textile).

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau prieš, nes man yra nesuprantama kaip galima dabar kalbėti apie laisvos prekybos sutartis, kai žemės ūkis Europoje vos gali kvėpuoti prispaustas krizės. Naujoji Zelandija yra pasaulio pieno produktų eksporto lyderė. Ar mums reikia dar daugiau pieno Europoje? Tokio tipo susitarimas paliestų ne tik pieno, bet ir mėsos, grūdų, tekstilės, cukraus gamintojus, be abejonės neigiamas pasekmes turėtų ir žuvininkystės sektorius. Nepaisant to, kad tekste kalbama apie būtinybę turėti saugiklius žemės ūkyje, neaišku ar ši nuostata vėliau išliktų. Negalime rizikuoti ir taip sunkius laikus išgyvenančio sektoriaus ateitimi.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Vejo com satisfação a abertura das negociações relativas a um Acordo de Comércio Livre com a Austrália e a Nova Zelândia, já que estes são dois dos seis únicos membros que integram a OMC com os quais a UE não dispõe de um acordo de mútuo acesso preferencial ao mercado.

O encetar do processo negocial potenciará um maior aprofundamento das relações de comércio e investimento entre os dois blocos económicos, permitindo ainda o restabelecer do equilíbrio pré-existente no âmbito do macro-quadro das relações comerciais globais, muito especialmente após a assinatura do recém concluído Acordo da Parceria Transpacífico.

Os sectores chave deste acordo deverão focar-se, naturalmente, no investimento, no comércio de bens e serviços, no comércio eletrónico, os contractos públicos, na energia, na concorrência, no combate à corrupção e, especialmente, nas necessidades das PME, relativamente à facilitação do acesso ao mercado, a fim de gerar oportunidades de negócio para ambas as partes.

Subscrevo ainda a posição de que é necessária uma análise mais detalhada das oportunidades e constrangimentos que este acordo poderá ter para os operadores económicos europeus, salvaguardando os interesses das PME, bem como o respeito pelas normas internacionais de proteção dos consumidores, ambiente e dos direitos humanos, sociais e laborais.

Pelas razões acima aduzidas, decidi votar a favor deste relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui porte sur les discussions commerciales avec l'Australie et la Nouvelle-Zélande. Pour le moment, les négociations n'ont pas encore été lancées et c'est en ce sens que ce texte appelle à ce que des analyses d'impact complètes et viables sur le long terme soient réalisées par la Commission européenne.

En effet, étant donné le contexte économique mondial et le développement des relations commerciales internationales, il est important que l'Union européenne renforce ses relations avec la région Asie-Pacifique, notamment par le biais d'accords modernes, ambitieux, équilibrés et complets avec l'Australie, d'une part, et la Nouvelle-Zélande, d'autre part.

Cependant, je tiens à souligner que le texte rappelle la sensibilité de certains secteurs et notamment du secteur agricole. En ce sens, les intérêts des producteurs européens doivent être dûment pris en compte en permettant notamment l'instauration de périodes de transition, de quotas appropriés ou l'exclusion des secteurs les plus sensibles.

Enfin, la résolution souligne également l'importance d'aboutir, à travers ces futures négociations, à la reconnaissance et à la protection de nos indications géographiques.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque apoya la apertura de un acuerdo de libre comercio que sólo puede empujar a la profundización del actual modelo neoliberal y sus contradicciones. El mismo informe reconoce los posibles efectos adversos que el acuerdo puede tener para los derechos sociales y de los trabajadores, pero no nos parece convincente en cuanto a la cláusula que lo anularía si en efecto estos efectos negativos se diesen.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Entwurf eines Entschließungsantrags zur Eröffnung der Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland gestimmt, weil eine Vertiefung der Beziehung zwischen der EU und der asiatisch-pazifischen Region für das Wirtschaftswachstum innerhalb Europas wichtig ist. Weiterhin sind die Verhandlungen über zwei eigenständige, zeitgemäße und ausgewogene Freihandelsabkommen, die als Muster für zukünftige Freihandelsabkommen fungieren, mit Hinblick auf die besonderen Merkmale der Volkswirtschaften ein pragmatisches Mittel zur Vertiefung der bilateralen Partnerschaften.

Inhaltlich soll sich das Abkommen mit Investitionen, dem Handel mit Gütern und Dienstleistungen, dem elektronischen Handel, der Vergabe öffentlicher Aufträge, Energie, staatseigenen Unternehmen, Wettbewerb, der Bekämpfung der Korruption und Regulierungsfragen insbesondere zu den Bedürfnissen der KMU befassen, welche mir persönlich wichtig sind, wobei das Niveau des Verbraucher-, Umwelt-, Sozial- und Arbeitsschutzes gewahrt wird.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la presente propuesta de Resolución debido a que pretende profundizar las relaciones comerciales entre Australia y Nueva Zelanda por una parte y la Unión Europea por la otra sin advertir los efectos perniciosos que provocarán en sus economías. Este acuerdo busca reforzar las relaciones comerciales para paliar el efecto desviación que puede tener el reciente acuerdo transpacífico. Sin embargo, consideramos que este acuerdo puede tener un impacto mortal sobre nuestra economía, en especial sobre el sector lácteo europeo, sector que ya está sufriendo por la desaparición de las cuotas y que, debido a la contracción del consumo chino, verá inundado el mercado lácteo con el excedente neozelandés. Esta agenda liberalizadora del comercio internacional que se lleva a cabo en beneficio de las multinacionales sin tener en cuenta el verdadero efecto que tendrá en la economía real está en el origen de muchos de nuestros problemas económicos. Es por todo esto por lo que he decidido votar en contra de la presente propuesta de Resolución.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – La relazione votata oggi fornisce la posizione del Parlamento europeo in merito all'avvio dei negoziati per gli accordi di libero scambio con l'Australia e la Nuova Zelanda.

L'Unione europea stringe accordi e intrattiene rapporti con un gran numero di partner nell'ottica di favorire la crescita e l'occupazione in Europa aprendo nuovi mercati con il resto del mondo. L'Australia e la Nuova Zelanda rappresentano una componente fondamentale nelle relazioni tra l'UE e la regione Asia-Pacifico, perciò ritengo che l'ampliamento e l'approfondimento dei rapporti commerciali con questi due paesi porterà ad un rafforzamento della politica commerciale europea in quella regione, con vantaggi reciproci sia in termini di accesso al mercato, soprattutto per le PMI, sia di sviluppo sostenibile e investimenti.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – A abertura de negociações relativas a um possível acordo de comércio livre com a Austrália e Nova Zelândia exige uma abordagem equilibrada no âmbito do sector agrícola, no sentido de zelar pelos produtores europeus.

A União Europeia deverá defender as denominações de qualidade características dos produtos europeus, bem como as regras em termos de saúde sanitária e fitossanitária.

A Nova Zelândia é um país altamente competitivo no setor do leite, sendo um ator determinante na formação do preço mundial e exportando cerca de 90% da sua produção. O setor do leite europeu atravessa uma grave crise e, neste processo, devem ser dadas garantias da sua defesa.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – The peoples of Australia and New Zealand share a lot of cultural and economic ties with Europe. And I would like to see the strengthening of ties of the Anglophone peoples of the world with the EU and join my S&D colleagues in calling for strong trade and sustainable development chapters in any newly-launched trade negotiations with these countries.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Pokladám za dôležité prehlbovať vzťahy medzi EÚ a ázijsko-tichomorským regiónom. Úzka spolupráca s týmto regionálnym zoskupením je významná aj pre hospodársky rast v Európe. Austrália a Nový Zéland sú kľúčovými partnermi v tomto regióne. Z tohto dôvodu som hlasoval som za to, aby sa začali rokovania o dohode o voľnom obchode s Austráliou a Novým Zélandom.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Odlučio sam biti suzdržan prema ovom Izvješću, a ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Prehlbovanie vzťahov medzi EÚ a ázijsko-tichomorským regiónom pre hospodársky rast v Európe je významný, preto aj táto skutočnosť sa odráža v obchodnej politike Európskej únie. Plný potenciál stratégie Únie týkajúcej sa bilaterálnej a regionálnej spolupráce sa môže využiť iba uzatvorením kvalitných dohôd o voľnom obchode s Austráliou aj Novým Zélandom v duchu reciprocity a vzájomného prospechu, pričom sa za žiadnych okolností nesmú ohroziť či odkloniť zdroje a pozornosť od ambície dosiahnuť mnohostranný pokrok alebo vykonávať už uzatvorené dvojstranné a viacstranné dohody. V dohodách medzi týmito tromi rozvinutými hospodárstvami sa zmysluplným spôsobom musia riešiť investície, obchodovanie s tovarom a službami, elektronický obchod, verejné obstarávanie, energetika, podniky v štátnom vlastníctve, hospodárska súťaž, boj proti korupcii, regulačné otázky, technologický výskum, potreby malých a stredných podnikov, ale aj ďalšie, ako je ochrana životného prostredia a ochrana spotrebiteľa.

Igor Šoltés (Verts/ALE), *písno*. – Avstrália in Nova Zélandia sta eni izmed najstarejših in najtesnejših partneric EU. Imata enake vrednote ter sta zavezani k povečevanju blaginje in varnosti znotraj svetovnega sistema, ki temelji na pravilih. Obe v celoti spoštujeta pravno državo in trenutno dosledno skrbita za varstvo okolja ter varovanje človekovih in socialnih pravic ter pravic delavcev.

EU je 30.7.2014 končala pogajanja o partnerskem sporazumu z Novo Zélandijo o odnosih in sodelovanju ter 22.4.2015 pogajanja o okvirnem sporazumu z Avstrálijo. Predlog resolucije se nanaša na sklenitev sporazumov o prosti trgovini med EU ter Avstrálijo in Novo Zélandijo. Ti sporazumi naj bi predvsem poglobili trgovinske in naložbene odnose.

Vendar pa obstajajo veliki pomisleki glede omenjenih sporazumov in kakšen vpliv bi ti imeli na evropsko gospodarstvo, predvsem pa na kmetijstvo. Gre za zelo občutljiv sektor, zaradi česar bi bilo potrebno upoštevati interese vseh evropskih proizvajalcev, do česar pa do zdaj še ni prišlo. Prav tako pa sta bili Avstrália in Nova Zélandia udeleženi v nedavno zaključenih pogajanjih o čezpacifiškem partnerstvu ter v pogajanjih o regionalnem gospodarskem partnerstvu, ki potekajo v Vzhodni Aziji in združujejo najpomembnejše trgovinske partnerje.

Zaradi večjega števila dvomov in prevlade možnih negativnih učinkov predlaganih sporazumov sem na plenarnem zasedanju glasoval proti predlogu resolucije.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – ALFA macht sich für freien Handel stark. Freier Handel hilft beiden Seiten durch das Heben komparativer Kostenvorteile und ist insbesondere für die Verbraucher ein Gewinn.

Australien und Neuseeland sind Staaten mit einem sehr ähnlichen kulturellen Hintergrund wie die Staaten der EU. Beide Staaten waren bereits in der Vergangenheit zuverlässige Partner. Auch in der Regulierung sind ähnliche Ansätze erkennbar, so dass ich hoffe, dass ein faires und umfassendes Vertragswerk zustande kommt.

Daher stimme ich der Eröffnung von Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zu.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Samotná EÚ je postavená na myšlienke voľného obchodu v rámci voľného trhu, a tak uzatváranie dohôd s tretími krajinami je prirodzené. Voľný obchod je najlepším spôsobom, ako zvýšiť prosperitu obyvateľstva ako celku. Pripravované dohody o zóne voľného obchodu s Austráliou a Novým Zélandom tak určite prinesú množstvo nových obchodných príležitostí a pracovných miest, ale aj utužia vzájomné vzťahy.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Avstrália i Novi Zeland su među najstarijim i najbližim partnerima EU-a, dijele iste vrijednosti te su predani promicanju blagostanja i sigurnosti na globalnoj razini u okviru sustava utemeljenog na pravilima. EU, Avstrália i Novi Zeland zajedno rade na rješavanju zajedničkih izazova povezanih s nizom različitih problema te surađuju na nekoliko međunarodnih foruma. Održavanje pregovora o dvama zasebnim, suvremenim, ambicioznim, ujednačenim i sveobuhvatnim sporazumima o slobodnoj trgovini s Avstralijom i Novim Zélandom u skladu sa specifičnim značajkama tih gospodarstava predstavlja pragmatičan način jačanja bilateralnih partnerstava i dodatnog jačanja već ustaljenih bilateralnih trgovinskih i ulagačkih odnosa. U sporazumima bi se u posebnom poglavlju trebalo u potpunosti uzeti u obzir potrebe i interese malih i srednjih poduzeća u pogledu olakšavanja pristupa tržištu kako bi se stvorile konkretne poslovne prilike. Također smatram da je poglavlje o održivom razvoju važno obuhvatiti u sporazumu o slobodnoj trgovini s Avstralijom i Novim Zélandom i zato sam ga podržao.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Australija i Novi Zeland su među najstarijim i najbližim partnerima Europske unije koji imaju iste vrijednosti i jednako su predani promicanju blagostanja i sigurnosti na globalnoj razini. Sve tri strane zajedno rade na rješavanju zajedničkih izazova te surađuju na nekoliko međunarodnih foruma. Australija i Novi Zeland dvije su od samo šest država članica WTO-a koje nemaju povlašten pristup tržištu EU-a. Te dvije zemlje u potpunosti poštuju vladavinu prava i snažno štite okoliš te ljudska, socijalna i radnička prava. EU je treći najvažniji trgovinski partner i Australije i Novog Zelanda. Puni potencijal strategije Europske unije za bilateralnu i regionalnu suradnju može se ostvariti ako se sklope kvalitetni sporazumi o slobodnoj trgovini s Australijom i Novim Zelandom. Također, u mogućim sporazumima trebalo bi se u potpunosti uzeti u obzir interes malih i srednjih poduzeća.

Podržavam prijedloge izražene u ovom prijedlogu rezolucije jer smatram da je važno ojačati odnose između Europske unije i azijsko-pacifičke regije za gospodarski rast Europe. Smatram kako su Australija i Novi Zeland ključni u toj strategiji i jačanje trgovine s novim partnerima može doprinijeti ostvarenju tog cilja.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sam za rezoluciju k vprašanju za ustni odgovor o začetku pogajanj za prostotrgovinski sporazum z Avstralijo in Novo Zelandijo.

Podpiram okrepitev in nadgraditev odnosov med Evropsko unijo in Avstralijo in Novo Zelandijo, ki veljajo za ene izmed najstarejših in najtesnejših partneric EU. Kot pravilno ugotavlja poročilo, poglobitev odnosov med EU in azijsko-pacifiško regijo bo pozitivno vplivalo na gospodarsko rast v Evropi, in to dejstvo bi morali upoštevati v trgovinski politiki Evropske unije.

Avstralija in Nova Zelandija sta ključni del te strategije ter razširitev in poglobitev trgovine z njima kot partnericama bo prispevala k uresničitvi tega cilja.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro návrh usnesení Evropského parlamentu o zahájení jednání o dohodě o volném obchodu s Austrálií a Novým Zélandem. Evropský parlament zdůrazňuje důležitost posílení vztahů mezi Unií a oblastí Asie-Tichomoří. Tyto návrhy by měly přinést všem třem stranám rozšíření a vývoj v oblasti investic, obchodování a poskytování služeb, energetiky, veřejného trhu, zdraví, technologického výzkumu. Dále bude mít sjednání smlouvy pozitivní dopad na ochranu spotřebitelů (např. bezpečí potravin), ochranu životního prostředí (např. ochrana zvířat a rostlin), ochranu sociální nebo ochranu pracovníků.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Οι Συμφωνίες Ελευθέρων Συναλλαγών (Free Trade Agreements) εξυπηρετούν πλήρως τα επιδιωκόμενα οφέλη των κυρίαρχων κύκλων της ΕΕ. Δημιουργούν σχέσεις αλληλεξάρτησης-οικονομικές αλλά και πολιτικές - με τους εταίρους και προωθούν τον άκρατο ανταγωνισμό και τις επενδύσεις προς όφελος του μεγάλου κεφαλαίου και εις βάρος των συμφερόντων της κοινωνίας και των λαών. Για τους λόγους αυτούς καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Δεν πιστεύουμε στα πλεονεκτήματα των συμφωνιών ελεύθερων συναλλαγών και απορρίπτουμε την πρόταση για έναρξη διαπραγματεύσεων με την Αυστραλία και τη Νέα Ζηλανδία. Η σύναψη των συμφωνιών ελεύθερων συναλλαγών ΕΕ-Αυστραλίας και ΕΕ-Νέας Ζηλανδίας θα μεταβάλλει τις αμοιβαίες εμπορικές και επενδυτικές σχέσεις, κυρίως στον αγροτικό και στον κτηνοτροφικό τομέα, με συνέπειες στην αγορά και ενδεχόμενους κινδύνους για τους ευρωπαϊκούς οικονομικούς φορείς.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Fenntartás nélkül támogattam az Európai Ombudsman 2014. évi tevékenységéről szóló beszámoló elfogadását, mert jól tükrözi az abban az évben újráválasztott ombudsman értékes hozzájárulását egy nyitottabb, polgárközelibb Európai Unió megteremtéséhez. Az Európai Ombudsman tevékenysége a beszámolási időszakban egyértelműen aktívabbá vált, különösen a saját kezdeményezésű vizsgálatok terén. Képviselőként különösen fontosnak tartom és figyelemmel kísérem munkáját a közelmúltból és a jövőben is a migránsok jogainak védelme, az EU-lobbisták működési feltételei és kötelező nyilvántartásának bevezetése, valamint az EU által finanszírozott alapok és projektek kezelése témáiban.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Australia i Nowa Zelandia są jednymi z najstarszych i najbliższych partnerów UE, które dzielą z Unią wspólne wartości i angażują się w upowszechnianie bezpieczeństwa i dobrobytu na świecie. Niestety, mimo tak bliskich relacji, Unia Europejska jak dotąd nie zawarła żadnego bilateralnego porozumienia handlowego z tymi dwoma czołowymi gospodarkami świata.

W nowej strategii handlowej i inwestycyjnej pt. „Handel z korzyścią dla wszystkich” Komisja Europejska wskazała jednak potrzebę rozpoczęcia negocjacji z Australią i Nową Zelandią. Bez wątpienia ambitne porozumienie, oprócz zwiększenia wymiany handlowej i powstania nowych inwestycji, w dłuższej perspektywie wyraźnie przyczyni się do wzrostu gospodarczego i tworzenia nowych miejsc pracy w Europie.

Parlament Europejskiej w swojej rezolucji wezwał Komisję Europejską do podjęcia działań mających na celu wynegocjowanie solidnego i ambitnego porozumienia, które przyniesie znaczne korzyści europejskim obywatelom i przedsiębiorcom. Ponadto w dokumencie znalazły się zapisy, aby w porozumieniu znalazły się rozstrzygnięcia dotyczące ochrony sektorów wrażliwych UE przy jednoczesnej ochronie europejskich standardów.

Obecnie należy oczekiwać, że Komisja Europejska jak najszybciej przeprowadzi kompleksową ocenę wpływu ewentualnych umów na europejską gospodarkę i zwróci się do Rady o przyznanie mandatu negocjacyjnego w celu rozpoczęcia rozmów z Australią i Nową Zelandią.

Hannu Takkula (ALDE), kirjallinen. – Äänestin mietinnön puolesta, koska vapaakauppasopimusneuvottelujen aloittaminen Australian ja Uuden Seelannin kanssa on erittäin tärkeää Euroopan unionin talouskasvun kannalta erityisesti pien- ja keski suurten yritysten näkökulmasta. Australia- ja Uusi Seelanti ovat kaksi kuudesta WTO:n jäsenmaasta, joiden kanssa EU:lla ei ole voimassaolevaa vapaakauppasopimusta. Australi, Uusi-Seelanti, Japani ja USA ovat keskenään yhteistyössä vapaakauppasopimusten puitteissa. EU ei voi jättäytyä tämän yhteistyön ulkopuolelle ottamatta huomioon kaikkia keskeisiä talouksia maailmassa.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – A priori, l'ouverture de ces négociations de libre-échange ne pose pas de problème. Pour autant, elles doivent demeurer strictement commerciales afin que nos normes européennes ne soient pas remises en question et qu'en fine, sous prétexte d'hypothétiques gains, les droits des citoyens européens ne soient détricotés.

Pavel Telička (ALDE), in writing. – I voted in favour of the launch of negotiations for free-trade agreements with Australia and New Zealand. If concluded this agreement would help to optimise the growth potential stemming from strengthening relations between the EU and the Asia-Pacific region.

But the text adopted underlines that any agreement must address, 'in a meaningful way', investment, the trade in goods and services, e-commerce, public procurement, energy, state-owned enterprises, competition, anti-corruption, regulatory issues such as sanitary and phytosanitary barriers, technology research and, in particular, the needs of SMEs. The text also calls for a separate chapter to take account of the needs of SMEs with regard to market access facilitation issues, and for the inclusion of a 'robust and ambitious' chapter on sustainable development, covering core labour standards, the four ILO priority governance conventions and multilateral environmental agreements.

Finally in a context of high tension in the agricultural sector in Europe, the text we adopted stresses that the final outcomes in agriculture and fisheries must give due consideration to the interests of all European producers (in particular in the meat, dairy, sugar, cereal and textile sectors), including those in the outermost regions.

Ruža Tomašić (ECR), napisan. – EU, Australija i Novi Zeland su partneri koji imaju slična uvjerenja i dijele mnogobrojne zajedničke vrijednosti i interese, predani su promicanju blagostanja i sigurnosti na globalnoj razini u okviru sustava utemeljenog na pravilima te se slažu oko ključnih globalnih pitanja poput ljudskih prava, sigurnosti, razvoja i zaštite okoliša.

Neupitna je važnost jačanja odnosa s navedenim zemljama jer će se to u konačnici odraziti i u trgovinskoj politici Europske unije. Australija i Novi Zeland ključni su u toj strategiji, a proširenje i jačanje trgovine s tim partnerima može doprinijeti ostvarenju tog cilja, odnosno, gospodarskog jačanja svih zemalja članica. Stoga sam glasovala pozitivno.

No ono što nikako ne smijemo zanemariti jest potpisivanje Transpaciifičkog sporazuma između SAD-a i zemalja pacifičkog obruča te sve jača trgovinska prisutnost Kine u tom dijelu svijeta. Stoga je nužno otvoriti pregovore što prije kako bi EU ostala globalni igrač u odnosu na 12 zemalja nedavno potpisanog Transpaciifičkog sporazuma te kako bi eventualni gospodarski gubici EU-a bili što manji.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Podprla sem resolucijo o začetku pogajanj za prostotrgovinski sporazum z Avstralijo in Novo Zelandijo.

Poglobitev odnosov med EU in azijsko-pacifiško regijo je zelo pomembno za gospodarsko rast v Evropi. Avstralija in Nova Zelandija sta ključni del strategije za rast v EU. Pogajanja o dveh ločenih, sodobnih, ambicioznih, uravnoteženih in celovitih sporazumih o prosti trgovini z Avstralijo in Novo Zelandijo morajo biti v skladu s posebnimi značilnostmi teh gospodarstev in na pragmatičen način omogočiti poglobitev dvostranskih partnerstev.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque apoya la apertura de un acuerdo de libre comercio que sólo puede empujar a la profundización del actual modelo neoliberal y sus contradicciones. El mismo informe reconoce los posibles efectos adversos que el acuerdo puede tener para los derechos sociales y de los trabajadores, pero no nos parece convincente en cuanto a la cláusula que lo anularía si en efecto estos efectos negativos se diesen.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Vu la grande compétitivité des secteurs agricoles australien et néo-zélandais, notamment dans l'élevage, le lait, les céréales, il est assez dangereux d'ouvrir des négociations de libre-échange avec ces deux pays. Cela pourrait achever de tuer l'élevage et le secteur laitier français, secteurs déjà très fragilisés.

Je vote donc CONTRE.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Ausztrália és Új-Zéland az EU legrégebbi és legközelebbi partnerei közé tartozik, az EU értékeivel közös értékeket vall magáénak, és elkötelezett a jólét és a biztonság egy szabályokon alapuló rendszer keretei közötti globális előmozdítása mellett. Szavazatommal támogattam az indítványt.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. — I voted against this report. The Commission's announcement in its new 'Trade for All' Strategy of starting negotiations with Australia and New Zealand is also entirely incongruent with the general idea of the Commission to strengthen multilateral trade rules. Moreover, FTAs with these two countries increase the difficulties of the fragile European dairy and meat markets.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – palankiai vertinu Australijos ir Naujosios Zelandijos tvirtą ir nuolatinį įsipareigojimą vykdyti daugiąsąlę prekybos darbotvarkę.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the opening of FTA negotiations with Australia and New Zealand. The resolution underlines the importance of deepening relations between the EU and the Asia-Pacific region for economic growth within Europe and stresses that the full potential of the Union cooperation strategies can only be realised by concluding high-quality FTAs with both Australia and New Zealand. The agreements between the three economies should address many important sectors such as investment, trade, public procurement, energy, competition, anti-corruption, regulatory issues, technology research and, especially, the needs of SMEs. The agreements help develop the significant market potential of the EU and could serve as an example for future free trade agreements.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Europa ha de seguir profundizando las relaciones entre la UE y la región de Asia-Pacífico para fomentar su crecimiento económico en Europa. En este contexto, Australia y Nueva Zelanda se constituyen en socios estratégicos, por lo que el fomento del diálogo y de las negociaciones es necesario para mejorar los acuerdos bilaterales existentes. Por ello considero necesario votar a favor de la apertura de estas negociaciones.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – While there remains much to be done in negotiations with New Zealand and Australia in the area of FTAs, particularly in relation to agriculture, I was happy to vote in favour of opening negotiations with Australia and New Zealand. These two countries represent an important market for EU nations, but are also vital international partners across a range of issues, and it makes a lot of sense to integrate them with Europe through the medium of free trade agreements. I hope that these negotiations are conducted in a spirit of compromise so that a deal can be found that is mutually beneficial to all parties.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Het is in het belang van de Europese economie dat we de banden met Australië en Nieuw-Zeeland versterken en vrije handel met deze twee landen bevorderen. Daarom stemde ik voor deze resolutie.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Alors que l'Australie et la Nouvelle-Zélande viennent de signer le partenariat transpacifique instaurant une zone de libre-échange avec les États-Unis, le Canada et le Japon, l'Union européenne a demandé l'ouverture de négociations pour un accord de libre-échange avec ces pays.

Cette résolution se prononce en faveur de l'ouverture de ces négociations et souligne notamment «l'importance d'un renforcement des relations entre l'Union et la région Asie-Pacifique pour la croissance économique européenne», alors même que les échanges commerciaux avec cette zone sont loin d'être l'un des principaux partenariats de l'Union.

En réalité, c'est toujours l'obsession de la construction d'un grand marché pour imposer les accords de libre-échange et la concurrence dans des espaces géographiques toujours plus larges.

Le groupe GUE/NGL avait déposé des amendements pour obtenir un nombre minimum de garanties pour la protection des normes sociales, environnementales et de droits de l'homme. Ces amendements ont été rejetés.

Contre le principe des accords de libre-échange, dont il n'est même plus besoin de démontrer les dégâts partout où ils sont mis en œuvre, et ce quels que soient les partenaires, j'ai voté contre l'engagement de ce type de négociations qui privilégie les intérêts des multinationales au détriment des populations et notamment des salariés partout dans le monde.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A Austrália e a Nova Zelândia são partes nas negociações da Parceria Transpacífico (TPP), recentemente concluídas, e nas atuais negociações relativas à Parceria Económica Regional Abrangente (RCEP) na Ásia Oriental.

Os acordos pretendem abranger o investimento, o comércio de bens e de serviços, o comércio eletrónico, os contratos públicos, o setor da energia, as empresas públicas, as regulamentações sanitárias e fitossanitárias e a investigação no domínio da tecnologia e visam, claro, impor o sistema ISDS (*Investor to State Dispute Settlement*).

A realizarem-se estes acordos, ficarão assim perfilados com o TTIP (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*), o TiSA (*Trade in Services Agreement*) e o CETA (*EU-Canada Comprehensive Economic and Trade Agreement*), tratados comerciais a que nos opomos e de que reclamamos o fim imediato das negociações, por colocarem em causa os mais básicos direitos democráticos, como sejam os serviços públicos, mas também o direito ao trabalho com direitos e a soberania do Estados.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Freihandelsabkommen unter gleich entwickelten Staaten sind grundsätzlich nichts Schlechtes. Doch sind zunächst die Auswirkungen zu analysieren. Entscheidend ist die Frage, ob die europäische Wirtschaft von einem solchen Abkommen profitieren würde. Diese Frage konnte noch nicht abschließend beantwortet werden, daher habe ich mich meiner Stimme enthalten.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat rezoluția PE referitoare la deschiderea negocierilor pentru Acorduri de liber schimb (ALS) cu Australia și Noua Zeelandă. În rezoluție, raportorii consideră că potențialul strategiilor bilaterale și regionale de cooperare ale Uniunii poate fi realizat în totalitate numai prin încheierea unor ALS de înaltă calitate atât cu Australia, cât și cu Noua Zeelandă. Sunt de acord cu opinia acestora, potrivit căreia negocierea unor ALS moderne, ambițioase, echilibrate și cuprinzătoare cu Australia și Noua Zeelandă, în funcție de trăsăturile specifice ale economiilor lor, reprezintă o modalitate pragmatică de aprofundare a parteneriatelor bilaterale și de consolidare a relațiilor comerciale și de investiții bilaterale existente, deja mature, contribuind, de asemenea, la atenuarea potențialelor efecte de diversiune ale recent încheiatului TPP.

Kosma Złotowski (ECR), *na piśmie*. – Znoszenie barier w handlu międzynarodowym to bez wątpienia dobry trend, który przyczynia się do wzrostu gospodarczego i zacieśniania współpracy między Unią Europejską a innymi gospodarkami świata. W tym kontekście zawarcie porozumienia o wolnym handlu z Australią i Nową Zelandią, uwzględniającego interesy obu stron, wydaje się potrzebne i uzasadnione.

Mimo swojego położenia geograficznego zarówno Australia, jak i Nowa Zelandia to państwa wolnorynkowe, o długiej tradycji demokratycznej i nowoczesnym systemie prawnym gwarantującym ochronę przyjętych zobowiązań. Oba te państwa są uczestnikami wielostronnych rozmów w sprawie liberalizacji handlu usługami oraz stanowią ważne ogniwo powstającego w regionie Azji i Pacyfiku obszaru wolnego handlu integrującego państwa obu Ameryk i Azji Wschodniej. Są to więc istotni partnerzy dla największych gospodarek świata i także Unia Europejska powinna być otwarta na zacieśnianie wymiany handlowej z tymi państwami.

Oczywiście udzielenie mandatu Komisji Europejskiej nie ma charakteru bezwarunkowego i wymienia oczekiwania, jakie wobec przyszłych negocjacji ma Parlament Europejski. Wśród tych postulatów trzeba podkreślić potrzebę jak największej transparentności prowadzonych negocjacji, konieczność uwzględnienia w prowadzonych rozmowach szczególnej roli europejskiego rolnictwa i jego wrażliwości na gwałtowny wzrost importu spoza UE oraz konieczność zagwarantowania obywatelom UE najwyższych standardów w zakresie ochrony danych osobowych, własności intelektualnej i przepisów fitosanitarnych. Przyjęte sprawozdanie uwzględnia te kwestie.

Milan Zver (PPE), pisno. – Podpiram začetek pogajanj o prosti trgovini z Avstralijo in Novo Zelandijo, saj menim, da bi dogovor še okrepil trgovinske in naložbene odnose ter sodelovanje na področju mednarodnih standardov, ne da bi bilo pri tem ogroženo varstvo potrošnikov, okolja ter socialnih in delovnih pravic. Ta korak bo imel pozitivni učinek na gospodarsko rast v EU in pomeni uspeh za trgovinsko politiko EU na trgu azijsko-pacifiške regije.

8.14. Einführung kompatibler grenzüberschreitender Systeme zur Registrierung von Haustieren (RC-B8-0251/2016, B8-0251/2016, B8-0252/2016, B8-0253/2016, B8-0254/2016, B8-0256/2016)

Oral explanations of vote

Mark Demesmaeker (ECR). – Huisdieren maken hun baasjes elke dag opnieuw gelukkig en worden met de beste zorg omringd. Maar spijtig genoeg worden steeds meer dieren ook het slachtoffer van illegale handelspraktijken, met nefaste gevolgen voor hun welzijn.

We moeten die praktijken een halt toeroepen. De identificatie en registratie van gezelschapsdieren vormt daarbij een essentieel instrument. Vlaanderen is een van de koplopers in Europa op het vlak van de registratie van honden en van katten. Dat laat ons niet alleen toe verdwaalde dieren weer bij hun eigenaar te brengen en zo de problematiek van zwerfdieren aan te pakken, maar ook om die illegale handel droog te leggen. Maar die handel stopt niet aan de grenzen.

Daarom is mijn partij, de N-VA, al lang vragende partij voor meer Europese actie. Hoewel heel wat lidstaten verplichte registratiesystemen voor huisdieren hebben, bestaan er grote verschillen. De vraag naar betere afstemming is dan ook een sterk en een noodzakelijk signaal van het Parlement om die illegale handel terug te dringen in het belang van dierenwelzijn.

Jiří Pospíšil (PPE). – Já jsem podpořil tento návrh usnesení a jsem velmi rád, že jsme dneska přijali deklaraci, která povede k tomu, že vzniknou v Evropě jednotné registry koček a psů. Pomůže to výrazně v boji proti pašování, nelegálnímu obchodu a obecně týrání těchto zvířat.

Pro mě to není další byrokracie, pro mě je to ochrana zvířat a koček, které jsou dnes zvláště bohužel ve střední Evropě uměle nelegálně množeny v tzv. množárnách a pak jsou pašovány do západní Evropy. Nejedná se o ojedinělé jevy, jedná se o desítky tisíc nebohých zvířat, která jsou každoročně v krutých podmínkách porozena, vychována a pak následně odvezena do západní Evropy.

Pokud zvířata budou registrována, pak obchod se zvířaty jako se živými tvory dostane jasná pravidla a my budeme, alespoň doufám, ke zvířatům přistupovat jako k živým tvorům, nikoli pouze jako ke komoditě a ke zboží.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāj! Lolojumdzīvnieki ir mūsu dzīves neatņemama sastāvdaļa. Tie ir mūsu mīļas mīļi, dažreiz — mūsu draugi, palīgi, sabiedrotie. Vientuļiem cilvēkiem varbūt tas ir vienīgais draugs, kas viņam var būt. Un skaidrs, ka daži cilvēki savās mājās tur ne tikai kaķus un putnus, bet arī kāmjus, žurkas, jūras cūciņas. Ir gadījumi, kad cilvēki tur arī krokodilus un čūskas, bet tik un tā, ja mēs runāsim par visierastākajiem lolojumdzīvnieku variantiem — suņiem un kaķiem, tad jau sen ir pienācis laiks harmonizēt maksimāli, standartizēt maksimāli esošās reģistrēšanas sistēmas visās mūsu dalībvalstīs, jo tas ne tikai palīdzētu atvieglot transportēšanas iespējas pāri robežām, bet arī sekmētu cīņu, tajā skaitā, pret dzīvnieku kontrabandu, jo mēs zinām, ka šī problēma pastāv Eiropas Savienībā, un tā ir ārkārtīgi svarīga.

Written explanations of vote

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – We in UKIP strongly support animal welfare, also in relation to commercial practices. UKIP voted against this non-legislative, non-binding report, we do not want the EU Commission to produce a single regulatory framework on registration of pet animals in the EU as we believe national parliaments should decide if and how they legislate on this issue.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La mobilità degli animali è collegata a doppio filo con la mobilità delle persone. Oltre al normale trasporto di animali da compagnia nello spazio Schengen, numerose organizzazioni non governative hanno messo in luce il traffico illegale di animali da compagnia. Al fine di armonizzare la legislazione europea sul trasporto di animali da compagnia e di tutelare la salute dei cittadini e degli animali, ho deciso di votare a favore della risoluzione.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta propuesta de Resolución se centra en la homogeneización de los criterios de registro de animales domésticos, además de solicitar a la Comisión la puesta en marcha de medidas para acabar con el tráfico ilegal de este tipo de animales. He apoyado esta propuesta de Resolución ya que respaldo la obligación de identificar y registrar a los animales domésticos para prevenir el maltrato y abandono de los mismos, por motivos de salud pública y para evitar prácticas abusivas entre los criadores. Apoyo, además, que se establezcan unos criterios comunes a la hora de criar y vender animales domésticos para garantizar unas condiciones mínimas de bienestar y evitar el tráfico ilegal de los mismos, muchas veces vinculado a la delincuencia organizada. Por todo esto, he votado a favor.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette proposition de résolution sur l'introduction de systèmes compatibles d'enregistrement des animaux de compagnie dans tous les États membres.

S'appuyant sur de nombreuses sources, ce texte affirme que le commerce illégal des animaux est le troisième mondial. De plus, l'aspect sanitaire est évoqué puisqu'il est avéré que la majorité des animaux malades sont issus du commerce illégal et que la majeure partie des maladies apparues ces dernières années sont des maladies d'abord animales.

Introduire des systèmes d'enregistrement compatibles à l'ensemble des États membre est donc une bonne initiative tant d'un point de vue sanitaire qu'à l'égard des animaux. En outre, cette coopération interétatique se fait entre nations souveraines, ce que je soutiens.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτώς*. – Η παρούσα πρόταση ψηφίσματος έχει ως στόχο να εισαχθούν συμβατά συστήματα για την καταγραφή των ζώων συντροφιάς μεταξύ των κρατών μελών της Ε.Ε.

Παρόλο που υπάρχει γενικότερη συναίνεση μεταξύ των πολιτικών ομάδων του ΕΚ όσον αφορά την ανάγκη καταγραφής και ταυτοποίησης των ζώων συντροφιάς σε όλη την Ευρώπη, η Ομάδα των Σοσιαλιστών και Δημοκρατών του ΕΚ επιθυμεί η απόφαση να εστιάζει περισσότερο στην καταπολέμηση του αυξανόμενου παράνομου εμπορίου ζώων συντροφιάς με την ενίσχυση της υπάρχουσας νομοθεσίας και του συστήματος ταξιδιού ζώων συντροφιάς.

Η πρόταση της Ομάδας των Σοσιαλιστών και Δημοκρατών, την οποία και υπερψήφισα, καλεί τα κράτη μέλη να βελτιώσουν την αλληλεπίδραση και τη συμβατότητα των συστημάτων καταγραφής και ταυτοποίησης τους, έτσι ώστε να υπάρχει μεγαλύτερη ιχνηλασιμότητα και μείωση του παράνομου εμπορίου.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Mit dieser nichtlegislativen EntschlieÙung will das Parlament sicherstellen, dass die nationalen Datenbanken für die Registrierung von Hunden und Katzen untereinander kompatibel sind. Damit soll u. a. der illegale Handel von Haustieren unterbunden werden, der verstärkt mit organisierter Kriminalität in Verbindung gebracht wird. Dem Text habe ich zugestimmt, weil auch ich der Meinung bin, dass eine verpflichtende Registrierung von Hunden und Katzen nicht nur Dokumentfälschungen und illegalen Handel verringern kann, sondern gleichzeitig auch eine tierschutzfördernde Maßnahme darstellt.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution fait référence à un large éventail de références, pas strictement au niveau communautaire, et s'appuie sur plusieurs constats; d'abord, l'augmentation du trafic d'animaux de compagnie qui serait le troisième plus lucratif après la drogue et les armes; ensuite, le fait que la plus grande part des animaux malades sont issus du commerce illégal, et que les antibiotiques fournis renforcent leur résistance antimicrobienne; enfin, que la majeure partie des maladies apparues ces dernières décennies sont des maladies animales ayant muté pour se transmettre à l'homme. Ce texte pose ensuite des jalons timides pour envisager la compatibilité des systèmes d'enregistrement dans tous les États membres; Il est avéré aujourd'hui qu'un animal de compagnie enregistré dans un État membre et perdu dans un autre ne peut être retrouvé par son propriétaire, faute de compatibilité

des systèmes d'enregistrement dans tous les États membres. J'ai donc voté pour ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I strongly support animal welfare. I do not want the EU to produce a single framework for the registration of pet animals in the EU as I believe national parliaments should decide if and how to legislate on this matter.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the registering of pet animals across the EU Member States. Not only because illegal trade of animals poses serious risks to public health, or because it is a significant source of revenue for the mafia, but mostly because of the wellbeing of these animals.

For this same reason I voted in favour of amendment four. This amendment recognises that poor socialisation and habituation are among the leading factors in the behavioural problems of pets, such as separation issues or fear of everyday objects, and pose a long-term threat to animal welfare.

I voted in favour of both parts of recital G as well, since this would be an important step towards compulsory identification and registration of dogs and cats in an appropriate database, which will be linked to an EU database. This recital allows traceability of the animals to help protect their health and welfare, public health and improve consumer protection. I sincerely care for these animals and I believe that this registration will help protect them and their wellbeing.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pasiūlymą, kurio tikslas- stiprinti kovą su neteisėta prekyba gyvūnais. Į neteisėtą prekybą patekę gyvūnai dažnai yra prastai prižiūrimi, jiems kyla didesnė ligų rizika. Net 70 proc. naujų ligų, kuriomis per pastaruosius dešimtmečius susirgo žmonės, yra gyvūninės kilmės. Siūlymu siekiama paraginti ES valstybes keistis duomenimis apie šunų ir kačių registravimą. Daugelis ES valstybių jau turi privalomas gyvūnų augintinių identifikavimo ir registravimo sistemas, tačiau skiriasi jų renkama informacija. Todėl labai svarbu suderinti visų ES valstybių šunų ir kačių registravimo duomenų bazes, o ilgainiui į jas įtraukti ir kitus naminius augintinius. Tai sumažins dokumentų klastojimo ir neteisėtos gyvūnų prekybos mastą, taip pat leis nustatyti gyvūnų ligų protrūkio šaltinius ir veiksmingiau reaguoti į netinkamą elgesį su naminiais gyvūnais.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – Az indítvány arra kívánja felhívni a figyelmet, hogy a kedvtelésből tartott állatok milyen rossz körülmények közé kerülnek a jelenlegi rendszerben. Fontos lépés lenne az állatjóléti szempontok maximális alkalmazásának elősegítéséhez, ha a Bizottság az állatbetegségekre vonatkozó rendeletet elfogadná, és egy komplex kedvtelésből tartott állatokról szóló nyilvántartási rendszert hozna létre, ugyancsak felhatalmazáson alapuló jogi aktus keretében. A komplex nyilvántartás egyértelmű előnye lenne, hogy lehetővé tenné az ilyen állatokat megtámadó fertőző betegségek terjedésének megelőzését, illetve a fertőző forrás lokalizálását, másrészt lehetőséget adna az állatok számára kiadott különböző tagállami hatósági igazolványok összehangolására, az állatok útlevelének jobb nyomonkövethetőségére.

A jelenlegi állatútlevél-szabályozás olyan kiskapukat tartalmaz, amely lehetőséget teremt a feketegazdaság számára, hogy az útlevél nyújtotta előnyöket kihasználva kereskedelmi céllal utaztassanak házi kedvenceket egyik tagállamból a másikba. Ez a piac éves szinten milliárd eurós nagyságrendű bevételt hoz a feketegazdaság szereplőinek, ugyanakkor a tenyésztett háziállatok genetikai állományromlását és az egyes egyedek állatjólétét is komolyan veszélyezteti. Fontos, hogy a kiskapukat kiiktatva olyan szabályozás szülessen, ami a komplex nyilvántartásnak köszönhetően lehetővé teszi az adott egyedek származási helyének ellenőrzését és állategészségügyi adatainak nyilvántartását. Az előzőek alapján a javaslat elfogadását támogattam.

Nicolas Bay (ENF), par écrit. – Le texte s'appuie sur plusieurs constats: d'abord, l'augmentation du trafic d'animaux de compagnie qui serait le troisième trafic le plus lucratif après la drogue et les armes; ensuite, le fait que la plus grande part des animaux malades sont issus du commerce illégal, et que les antibiotiques fournis renforcent par ailleurs leur résistance antimicrobienne; enfin, que la majeure partie des maladies apparues ces dernières décennies sont des maladies animales ayant muté pour se transmettre à l'homme. Ce texte pose ensuite des jalons timides pour envisager la compatibilité des systèmes d'enregistrement dans tous les États membres. Le fait est qu'un animal de compagnie enregistré dans un État membre et perdu dans un autre ne peut être retrouvé par son propriétaire, faute de compatibilité des systèmes d'enregistrement. La compatibilité interétatique relève de cette coopération bénéfique entre nations souveraines que j'appelle de mes vœux: voilà pourquoi j'ai soutenu cette résolution commune.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – J'ai approuvé cette résolution commune qui plaide pour la mise en œuvre d'un système compatible d'identification et d'enregistrement des animaux de compagnie sur tout le territoire de l'Union, qui permettra non seulement de lutter contre le commerce illégal d'animaux mais aussi d'identifier l'origine des foyers de maladie ou de lutter contre les mauvais traitements infligés aux animaux.

Brando Benifei (S&D), per iscritto. – Oggi ho votato a favore della risoluzione per l'introduzione di sistemi compatibili per la registrazione degli animali da compagnia negli Stati membri. Attualmente diversi paesi europei prevedono dei meccanismi per la registrazione e l'identificazione degli animali da compagnia, ma la maggior parte di queste banche dati non sono ancora compatibili. Questo blocco posto al flusso di informazioni, genera un problema di tracciabilità limitata, soprattutto in occasione di movimenti all'interno dell'Unione. La mancata possibilità di accertare correttamente le informazioni sugli animali è un fattore rilevante che ostacola la lotta ai traffici illegali. Proprio questi ultimi, oltre a comportare diffuse violazioni del regime di trasporto, elusioni dei controlli e falsificazione dei documenti, rappresentano una vera e propria minaccia alla salute e al benessere di animali ed esseri umani. Introdurre sistemi compatibili per la registrazione degli animali significa quindi riconoscere il ruolo importante che gli animali da compagnia svolgono nella vita di milioni di persone e famiglie europee garantendo loro, allo stesso tempo, viaggi sicuri e controllati all'interno dell'UE.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución común para que se garantice la posibilidad de viajar con animales de compañía en las condiciones de higiene y seguridad necesarias entre los países miembros de la Unión, así como para evitar el tráfico ilegal de animales exóticos y salvajes.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), por escrito. – He apoyado esta Resolución Común sobre la introducción de sistemas compatibles de registro de animales de compañía en los Estados miembros. En ella se destaca la positiva contribución de los animales de compañía a la vida de millones de propietarios individuales y familias en toda la UE. Son positivas las mejoras introducidas en el régimen de desplazamientos de los mismos como los elementos de seguridad adicionales del pasaporte animal. Y hay que tener en cuenta además el incremento del comercio, tanto legal como ilegal, de animales salvajes mantenidos comúnmente como animales de compañía.

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – J'ai souhaité soutenir cette résolution, qui est un véritable exemple de ce que l'on pourrait faire en Europe si on privilégiait la coopération entre nations souveraines dans le seul intérêt des citoyens des États membres.

L'introduction de systèmes compatibles d'enregistrement des animaux de compagnie dans tous les États membres permettra en effet tout à la fois de défendre le bien-être animal et la santé des citoyens.

En effet, il faut rappeler que le trafic d'animaux de compagnie est le troisième trafic le plus lucratif après la drogue et les armes. Ce commerce illégal conduit souvent à rendre les animaux de compagnie malades, ce qui présente par ailleurs des risques pour la santé humaine.

Rendre les systèmes d'enregistrement des animaux de compagnie compatibles permettra donc non seulement de lutter contre ces trafics, mais également de préserver nos animaux et la santé de nos familles. Ayant à cœur la cause du bien-être animal, je me félicite de l'adoption de cette résolution.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ritengo che il testo della risoluzione affronti in maniera efficace le attuali problematiche in materia di benessere animale come, ad esempio, il commercio illegale di animali selvatici venduti come animali da compagnia. Considero importante sviluppare un sistema definito di identificazione e registrazione degli animali da compagnia a livello europeo, per colmare le attuali lacune della normativa in materia, per questi motivi ho votato a favore di questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – A finales de 2014 entró en vigor un nuevo Reglamento sobre el registro de animales de compañía y las condiciones bajo las que pueden viajar con sus dueños, sin fines comerciales (Reglamento (UE) n.º 576/2013)

Se introducía entonces un nuevo modelo de pasaporte para estos animales y se reforzaban los requisitos relativos a las vacunas y la necesidad de que estas aparezcan en el documento de viaje, requisitos que se aplican también a los animales de terceros países que quieran entrar en la UE.

A la vista de los primeros resultados de la aplicación del Reglamento (UE) n.º 576/2013, apoyo con mi voto a favor las propuestas contenidas en esta propuesta de Resolución del Parlamento Europeo sobre la introducción de sistemas compatibles de registro de animales de compañía en los Estados miembros.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, kurioje Europos Parlamentas susirūpinęs atkreipia dėmesį į nevyriausybinių organizacijų, teisės saugos institucijų, kompetentingų valdžios institucijų ir veterinarijos gydytojų pateiktus įrodymus, iš kurių aiškiai matyti, kad vis daugiau neteisėtai piktnaudžiaujama gyvūnų augintinių keliavimo sistema, ją naudojant komerciniais tikslais. Parlamentas taip pat susirūpinęs pažymi, kad vis daugiau teisėtai ir neteisėtai prekiaujama laukiniais gyvūnais, kurie paprastai laikomi kaip gyvūnai augintiniai. Laukinius gyvūnus laikant kaip gyvūnus augintinius labai neigiamai paveikiama atitinkamų gyvūnų gerovė ir kyla pavojus žmogaus sveikatai ir saugumui. Ši prekyba daro rimtą poveikį atitinkamų rūšių gyvūnų, kurie prekybos tikslais gaudomi gamtoje, išsaugojimui. Taigi Parlamentas ragina Komisiją patvirtinti griežtas ir veiksmingas priemones siekiant kovoti su neteisėta prekyba gyvūnais augintiniais, įskaitant kaip gyvūnus augintinius laikomus laukinius gyvūnus. Parlamentas taip pat ragina Komisiją, išgaliojus Reglamentui dėl užkrečiamųjų gyvūnų ligų (Gyvūnų sveikatos teisės aktas), nedelsiant priimti deleguotąjį aktą, kuriame būtų nustatytos taisyklės, susijusios su išsamiomis ir suderintomis šunų ir kačių identifikavimo ir registravimo priemonių ir metodų sistemomis.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Nezakonita trgovina s hišnimi živalmi narašča, veliko je tudi raznoraznih zlorab živali in nelegalne trgovine z eksotičnimi živalskimi vrstami, kar je velikokrat povezano z organiziranim kriminalom.

Zato sem podprl predlagano resolucijo, ki odpira pot k tehnično usklajenim registrom mačk in psov po vseh državah EU, prav tako pa spodbuja k možnosti uvedbe baz podatkov za ostale hišne živali. Cilj predlogov je namreč zmanjšanje nezakonite trgovine s hišnimi živalmi in zagotovitev ustrezne sledljivosti znotraj EU.

Opozoriti velja, da v številnih državah že obstajajo obvezni sistemi identifikacije in registracije hišnih živali, a se med seboj tako razlikujejo, da čezmejna izmenjava informacij ni mogoča. Zato me veseli, da bomo imeli kmalu na dnevnem redu usklajeni predlog uredbe, ki bo Komisiji oz. državam članicam dala možnost vzpostaviti nacionalnih registrov hišnih ljubljencev ter registracijo vseh vzrediteljev in prodajalcev hišnih živali, kar bo imelo vpliv na zmanjšanje nezakonite trgovine z njimi ter izboljšanje sledljivosti.

Louise Bours (EFDD), *in writing*. – We in UKIP strongly support animal welfare, also in relation to commercial practices. UKIP voted against this non-legislative, non-binding report, we do not want the EU Commission to produce a single regulatory framework on registration of pet animals in the EU as we believe national parliaments should decide if and how they legislate on this issue.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution soutient l'introduction de systèmes compatibles d'enregistrement pour les animaux de compagnie. Par son aspect sanitaire et son caractère de bonne intention envers les animaux, ce texte est à soutenir. La compatibilité interétatique relève de cette coopération bénéfique entre nations souveraines. J'ai voté pour.

Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), in writing. – We voted in favour of this resolution on the registration of pet animals across Member States which states the need for compatible systems for registration requirements for pet animals for the purposes of the protection of public and animal health. NGOs, law enforcement agencies, competent authorities and vets have all given evidence of growing illegal abuse of the Pet Travel Scheme. Such illegality poses threats to public health given the lack of vaccination, veterinary and sanitary care common amongst illegally traded pet animals.

Renata Briano (S&D), per iscritto. – Gli animali da compagnia oggetto di commercio illegale sono spesso allevati scorrettamente, presentano una socializzazione scarsa e sono maggiormente esposti al rischio di malattie. Il commercio illegale alimenta il fenomeno della fuga di animali esotici o selvatici in un ambiente privo dei loro nemici naturali che può comportarne la diffusione incontrollata, con ripercussioni deleterie per l'ambiente, la sanità pubblica e l'economia. Inoltre il commercio illegale di animali selvatici costituisce a livello mondiale una delle attività più estese della criminalità organizzata transnazionale ed è causa di impoverimento degli habitat e di minaccia di conservazione delle specie.

È perciò importante che l'Unione europea si doti di un regolamento comune e avvii un percorso di istituzione di una banca dati europea degli animali da compagnia, con strumenti atti all'identificazione e al tracciamento degli animali nei loro spostamenti transfrontalieri, allo scopo di limitare il commercio illegale e di tutelare la salute dei cittadini europei e degli animali da compagnia da essi posseduti.

Steeve Briois (ENF), par écrit. – Cette proposition de résolution met en avant les lacunes de la législation actuelle concernant les systèmes d'enregistrement nationaux des animaux de compagnie, dont l'incompatibilité a contribué à renforcer le commerce illégal. Le texte pose donc les bases d'une compatibilité de ces systèmes d'enregistrement, qui permettrait de lutter efficacement contre le développement de maladies infectieuses provenant de ces animaux. Par ailleurs, il s'est avéré qu'un animal de compagnie perdu par son propriétaire dans un autre État membre ne peut être retrouvé à cause des dispositions actuelles.

J'ai donc voté pour cette proposition de résolution, qui n'entrave en rien la souveraineté des États membres, pour laquelle nous nous battons au quotidien.

Daniel Buda (PPE), în scris. – Au fost semnalate de către diferite organizații neguvernamentale, autorități competente, precum și organizații ale medicilor veterinari creșteri ale comerțului ilegal cu animale de companie, însoțite de numeroase abuzuri în cadrul sistemului de circulație a animalelor de companie.

Această utilizare abuzivă a sistemului de circulație a animalelor de companie este estimată ca fiind pe locul al treilea dintre cele mai profitabile forme de comerț ilegal în UE, după traficul de stupefiante și cel de arme. Repercusiunile asupra acestei practici sunt grave, având implicații negative atât asupra sănătății umane, cât și asupra animalelor de companie. Astfel, 70 % din bolile nou apărute la om în ultimele decenii sunt de origine animală, drept urmare, comerțul ilegal cu animalele de companie favorizează extinderea unor boli care ar putea periclita sănătatea cetățenilor. Totodată, animalele de companie care sunt comercializate ilegal de cele mai multe ori sunt crescute în condiții precare, prezentând un risc ridicat de îmbolnăvire.

M-am exprimat în favoarea acestui raport deoarece consider că, prin introducerea unor sisteme compatibile de înregistrare a animalelor de companie la nivelul tuturor statelor membre, s-ar asigura respectarea cerințelor bunăstării animalelor și, de asemenea, s-ar limita riscurile asociate comercializării ilegale a animalelor de companie.

Gianluca Buonanno (ENF), per iscritto. – Voto positivo. Vi sono prove che dimostrano il crescente abuso del regime di trasporto degli animali da compagnia, sfruttato per fini commerciali, nonché il crescente commercio, legale e illegale, di animali selvatici tenuti normalmente come animali da compagnia.

Si chiede pertanto alla Commissione che emani quanto prima un atto delegato che definisca le norme concernenti sistemi dettagliati e compatibili relativamente ai mezzi e ai metodi di identificazione e registrazione degli animali da compagnia di cui all'allegato I del regolamento relativo alle malattie animali trasmissibili. L'introduzione di sistemi compatibili per l'identificazione e la registrazione degli animali da compagnia nell'UE comporterà benefici che vanno al di là del semplice contrasto del commercio illegale; tali benefici includono la tracciabilità dei focolai di malattia, la lotta al maltrattamento degli animali e la risposta ad altre preoccupazioni in materia di benessere animale.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Mettre en place des systèmes compatibles d'enregistrement des animaux de compagnie est une nécessité afin de lutter contre le trafic illégal des animaux au sein de l'Union. Les animaux de compagnie faisant l'objet de commerce illégal sont souvent maltraités et ne possèdent pas les mêmes garanties de santé que d'autres animaux. De plus, le commerce illégal des animaux de compagnie comme les chiens et les chats prolifère étant donné les disparités des législations des États membres dans ce domaine. J'ai voté en faveur de ce texte qui demande à la Commission européenne de mettre en place un système d'enregistrement des animaux de compagnie compatible dans tous les États membres.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore alla proposta di risoluzione sull'introduzione di sistemi compatibili per la registrazione degli animali da compagnia negli Stati membri. La relazione ha condannato la pratica illegale del commercio di animali domestici, tra cui selvatici e animali esotici sottolineando che la mancanza della vaccinazione o di un trattamento antivirale appropriato e cure veterinarie e sanitarie tra animali scambiati illegalmente aumentano i pericoli di contagio e questo spesso si traduce nella necessità di trattare gli animali con antibiotici con aumento del rischio di resistenza antimicrobica. Inoltre, il traffico illegale di animali costituisce una delle più estese attività della criminalità organizzata transnazionale a livello mondiale. Dunque è necessario che la Commissione prenda in considerazione la possibilità di mettere in campo misure aggiuntive per combattere il commercio illegale di animali da compagnia e di animali selvatici utilizzati come tali.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this resolution on the registration of pet animals across Member States which states the need for compatible systems for registration requirements for pet animals for the purposes of the protection of public and animal health. NGOs, law enforcement agencies, competent authorities and vets have all given evidence of growing illegal abuse of the Pet Travel Scheme. Such illegality poses threats to public health given the lack of vaccination, veterinary and sanitary care common amongst illegally traded pet animals.

James Carver (EFDD), *in writing*. – We in UKIP strongly support animal welfare, also in relation to commercial practices. UKIP voted against this non-legislative, non-binding report, we do not want the EU Commission to produce a single regulatory framework on registration of pet animals in the EU as we believe national parliaments should decide if and how they legislate on this issue.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution because action needs to be taken to improve the registration of pet animals in the European Union. Shortcomings are still present in the areas of identification, registration and transport of pet animals, which may have negative consequences on animal but also human health. I also recognise the dangers of keeping wild animals as pets and believe that regulation needs to be improved in this area.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La risoluzione in oggetto invita la Commissione ad adottare misure volte a definire norme uniformi sui sistemi di identificazione degli animali domestici che transitano sul territorio degli Stati membri. Difatti, nonostante alcuni Stati siano già dotati di sistemi per la registrazione e identificazione obbligatoria degli animali da compagnia, esistono ancora differenze per quanto riguarda il tipo di informazioni da registrare e la gestione delle informazioni. Ho votato a favore della risoluzione in quanto ritengo che un sistema di raccolta e scambio delle informazioni integrato tra gli Stati membri possa rappresentare un importante strumento di repressione di fenomeni deplorevoli quali il traffico illegale di animali e gli abbandoni.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Στηρίζουμε την πρόταση ψηφίσματος, τονίζοντας πως οι μη κυβερνητικές οργανώσεις, οι υπηρεσίες επιβολής του νόμου, οι αρμόδιες αρχές και οι κτηνίατροι έχουν στοιχεία αυξανόμενης παράνομης εμπορίας ζώων συντροφιάς, που μαρτυρούν εκτεταμένη κατάχρηση του καθεστώτος μετακίνησης ζώων συντροφιάς, αποφυγή των ελέγχων και πλαστογράφηση εγγράφων.

Σημειώνουμε ότι η κατάχρηση του καθεστώτος μετακίνησης ζώων συντροφιάς θεωρείται σήμερα η τρίτη πιο επικερδής παράνομη εμπορία εντός της ΕΕ μετά τα ναρκωτικά και τα όπλα, ενώ το παράνομο εμπόριο ζώων συντροφιάς συνδέεται ολοένα και περισσότερο με το σοβαρό και οργανωμένο έγκλημα από μη κυβερνητικές οργανώσεις, υπηρεσίες επιβολής του νόμου και αρμόδιες αρχές.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto sono dell'avviso che l'introduzione di sistemi compatibili per l'identificazione e la registrazione degli animali da compagnia nell'UE comporterà benefici che vanno al di là del semplice contrasto del commercio illegale. Tali benefici includono la tracciabilità dei focolai di malattia, la lotta al maltrattamento degli animali e la risposta ad altre preoccupazioni in materia di benessere animale.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Sono lieto di aver visto con i miei occhi che l'UE non vuole imporre inutili obblighi ai proprietari di animali domestici, ma rispondere ad un'esigenza scientifica importante: insieme alle persone viaggiano ogni giorno per l'Europa gli animali, e questo può avere un impatto sanitario importante. Per questo motivo, certo che non si tratti dell'ennesima burocratizzazione di un processo, ho votato a favore di questa risoluzione.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Os animais de companhia são um contributo positivo para a vida de milhões de cidadãos da UE, estando já previsto na legislação europeia a possibilidade de os seus proprietários viajarem com os seus animais de forma segura e controlada por toda a UE.

Todavia, embora muitos Estados-Membros tenham implementado sistemas obrigatórios de identificação e registo de animais de companhia, existem discrepâncias no que diz respeito ao tipo de informações detidas, aos animais abrangidos pelos requisitos de identificação e de registo, bem como ao nível de governação a que são prestadas informações.

Acresce a crescente utilização ilegal e abusiva do regime de circulação de animais de companhia, explorado para fins comerciais.

Apoio a presente Resolução, que vem apelar a um sistema de normas compatíveis para o registo e a identificação destes animais, combatendo, deste modo, o comércio ilegal e até surtos de doença por via animal.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – We in UKIP strongly support animal welfare, also in relation to commercial practices. UKIP voted against this non-legislative, non-binding report, we do not want the EU Commission to produce a single regulatory framework on registration of pet animals in the EU as we believe national parliaments should decide if and how they legislate on this issue.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Tale proposta di risoluzione trova il suo fondamento nel fatto che fonti non governative, agenzie responsabili dell'applicazione della legge, autorità competenti e veterinari evidenziano sempre di più un incremento del commercio illegale di animali da compagnia. Questo traffico comprende le violazioni del regime di trasporto degli animali, l'elusione dei controlli e la falsificazione dei documenti. Inoltre, è stato confermato che questa forma di commercio illegale, sempre più legata alla criminalità organizzata, è la terza più redditizia dopo il traffico di stupefacenti e di armi all'interno dell'Unione europea. Ho quindi votato positivamente alla creazione di un sistema per la registrazione degli animali sul territorio europeo che sarà facilitata dall'attuale presenza, nella maggior parte degli Stati membri, di sistemi di identificazione che bisognerà collegare l'uno all'altro.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – There is ample evidence of a growing illegal trade in pet animals, with widespread abuse of the Pet Travel Scheme through evasion of controls and document falsification. This carries a cross-border concern which needs to be addressed by streamlining identification documents for the non-commercial movement of dogs, cats and ferrets.

Public health is a primary concern. Improving patient safety and fighting antimicrobial resistance is also something which I support considering that 70% of the new diseases that have emerged in humans over recent decades are of animal origin, and animals commonly kept as pets.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Il testo della risoluzione mira a introdurre sistemi compatibili per l'identificazione e la registrazione degli animali da compagnia nell'UE, cercando di creare una politica comune per superare le attuali differenze normative degli Stati membri. I nuovi sistemi comporteranno benefici che includono la tracciabilità dei focolai di malattia, la lotta al maltrattamento degli animali, contrasto del commercio illegale, oltre a risposte ad altre preoccupazioni in materia di benessere animale. Mi esprimo con voto favorevole considerando l'importante ruolo degli animali da compagnia nella vita di milioni di persone e famiglie in tutta Europa e il vantaggio di poter viaggiare in modo sicuro e controllato con i propri animali.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta propuesta de Resolución se centra en la homogeneización de los criterios de registro de animales domésticos, además de solicitar a la Comisión la puesta en marcha de medidas para acabar con el tráfico ilegal de este tipo de animales. He apoyado esta propuesta de Resolución ya que respaldo la obligación de identificar y registrar a los animales domésticos para prevenir el maltrato y abandono de los mismos, por motivos de salud pública y para evitar prácticas abusivas entre los criadores. Apoyo, además, que se establezcan unos criterios comunes a la hora de criar y vender animales domésticos para garantizar unas condiciones mínimas de bienestar y evitar el tráfico ilegal de los mismos, muchas veces vinculado a la delincuencia organizada. Por todo esto, he votado a favor.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Sebbene molti Stati membri siano già dotati di sistemi obbligatori per l'identificazione e la registrazione degli animali da compagnia, sono ancora molte le differenze all'interno dell'UE per quanto riguarda il tipo di informazioni registrate, gli animali soggetti a obbligo di identificazione e registrazione e il livello amministrativo al quale tali informazioni sono detenute. Tali differenze contribuiscono notevolmente a fenomeni quali la falsificazione dei documenti e il commercio illegale. La risoluzione del Parlamento europeo che ho votato in favore chiede alla Commissione di adottare misure per l'identificazione e la registrazione degli animali da compagnia. Ritengo infatti che con queste misure si potranno raggiungere numerosi benefici che vanno al di là del semplice contrasto del commercio illegale e che includono la tracciabilità dei focolai di malattia, la lotta al maltrattamento degli animali e la risposta ad altre preoccupazioni in materia di benessere animale.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A kedvtelésből tartott állatok ma számos uniós polgár és család életének részét képezik, az állattartás egyben felelősségvállalás is az életünkhöz pozitívan hozzájáruló állatok jóléte, egészsége megőrzése érdekében. Az állattartáshoz kapcsolódik az állatok ellenőrzött és biztonságos Unión belüli utaztatása, amely egyben gátat szabhat az illegális kereskedelemnek. Sajnálatos, hogy egyre többször élnek vissza jogellenesen a kedvtelésből tartott állatok utaztatási rendszerével, kereskedelmi célokra használva azt.

A kedvtelésből tartott állatok utaztatási rendszerének az 576/2013/EU rendelet által bevezetett fejlesztései pozitív változásokat hoztak, amelyek az állategészségügyi rendelet elfogadását követően teljesedhetnek ki.

A parlamenti jelentés felhívást intéz a Bizottsághoz, hogy fogadjon el hatékony intézkedéseket az illegális kereskedelem ellen. Továbbá kéri a Bizottságot, hogy tegye közzé a kereskedelmi gyakorlatok által érintett kutyák és macskák jólétééről szóló tanulmány következtetéseit, amely segíthet a problémák szakszerű megoldásában.

Unió szintű megoldásra van szükség a kedvtelésből tartott állatok azonosításának és nyilvántartásának eszközeire és módszereire vonatkozó rendszerekkel kapcsolatban. A kutyákra és a macskákra vonatkozó azonosítási és nyilvántartási előírások csökkentenék az okirat-hamisítás és az illegális kereskedelem mértékét, javítva az állatok jólétét, védve a közegészséget és az állategészséget; lehetővé téve az Unión belüli hatékony nyomkövetethetőséget;

A fenti célok elérése érdekében támogattam a jelentést.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Przegląd zasad systemu transportu zwierząt domowych (PETS) w ramach rozporządzenia 576/2013 otrzymał szerokie poparcie w Parlamencie w roku 2013 z uwagi na fakt, iż doprecyzował znaczenie komercyjnego przemieszczania zwierząt i pozwolił na wprowadzenie elementów wzmacniających bezpieczeństwo w paszportach zwierzęcych. Wprowadził również nowy wiek minimalny dla szczepionki przeciw wściekliznie, a także nowe zasady dla osób podróżujących z więcej niż pięcioma zwierzętami. Kompatybilne systemy identyfikacji i rejestracji mogą zredukować zakres nielegalnego handlu zwierzętami domowymi i tym samym mogą lepiej chronić zdrowie zwierząt i zdrowie publiczne oraz wzmocnić przejrzystość.

Tym samym, w obliczu wejścia niebawem w życie rozporządzenia o zaraźliwych chorobach zwierzęcych, rezolucja ta wyzwa Komisję do rozważenia przyjęcia aktu delegowanego zgodnie z art. 114, aby umożliwić wprowadzenie kompatybilnych systemów rejestracji kotów, psów i innych zwierząt domowych w Unii Europejskiej. Mając powyższe na uwadze zgłasowałem za przyjęciem projektu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Combating the growing illegal trade in pet animals is an important issue that needs an effective and solid framework in order to be addressed properly. We should seek a system which takes into account and complements the rules that are already in place. We need greater traceability, a system providing an efficient identification procedure. As I strongly believe that the Member States should ensure compatible pet registration systems, which is important in order to tackle the growing illegal trade in pets, I voted in favour of the resolution.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I support this resolution calling for a traceability system for the movement of pet animals within and into the European Union. We still need to await the outcome of the Commission study into the welfare of dogs and cats in commercial practices to come to full conclusions, but it is clear there are significant public and animal health risks arising from commercial practices concerning these animals. I know from my work with the dogs trust in the West Midlands that they are increasingly having to deal with the fall-out of unhealthy and often emotionally disturbed animals being imported into the UK. This situation is only likely to get worse unless we take action to tackle the illicit movement of pet animals across the EU.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Deoarece cred în efectul pozitiv adus de animalele de companie în viața a milioane de proprietari și de familii din întreaga Uniune Europeană, consider că proprietarii ar trebui să aibă posibilitatea de a călători cu animalele lor de companie în întreaga Uniune, în condiții de siguranță și de control iar, în acest context, salut îmbunătățirile aduse sistemului de circulație a animalelor de companie.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Dans cette résolution, nous appelons à un partage de données au niveau de l'Union sur l'enregistrement des animaux de compagnie, alors que des risques sanitaires s'accroissent face au commerce illicite à grande échelle d'animaux issus de mauvaises pratiques d'élevage. Le trafic d'animaux de compagnie est de plus en plus lié à la criminalité organisée et est à présent considéré comme le troisième type de commerce illicite le plus rentable dans l'Union, après les stupéfiants et les armes. Considérant que la mise en œuvre d'un système d'enregistrement pour les vendeurs et les propriétaires est nécessaire pour améliorer la traçabilité des animaux et prévenir les risques de maladie, j'ai voté en faveur de cette résolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Ce texte sur l'introduction de systèmes compatibles d'enregistrement des animaux de compagnie dans tous les États membres de l'Union européenne soulève les inquiétudes du Parlement face à l'usage frauduleux et à des fins commerciales du programme de voyage des animaux. Le Parlement européen a donc appelé, à juste titre, la Commission européenne à mettre en place des mesures pour qu'un tel système d'identification et d'enregistrement des animaux de compagnie soit instauré sur l'ensemble du territoire de l'Union européenne. Il est important de prévenir la falsification de ces documents et d'assurer une traçabilité dans l'Union européenne des animaux domestiques pour combattre leur commerce illégal et participer au renforcement du bien-être animal.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Sebbene molti Stati membri siano dotati di sistemi obbligatori per l'identificazione e la registrazione degli animali da compagnia, esistono discrepanze quanto al tipo di informazioni registrate e agli animali cui si applicano tali prescrizioni. Ho votato a favore di questa proposta di risoluzione poiché ritengo che l'esistenza di sistemi compatibili in materia di identificazione e registrazione di cani e gatti ridurrebbe le possibilità di falsificazione dei documenti e di commercio illegale, tutelando la salute pubblica e la salute animale e assicurando un'efficace tracciabilità all'interno dell'Unione.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – Le but principal de ce texte est de lutter contre le commerce illégal d'animaux domestiques, notamment celui des chiens et des chats par la mise en place d'un système d'identification et d'enregistrement. C'est pourquoi j'ai voté en faveur de la proposition de résolution commune sur l'introduction de systèmes compatibles d'enregistrement des animaux de compagnie dans tous les États membres. À travers ce vote, j'estime qu'il est important que les autorités vétérinaires contrôlent la vaccination des animaux de compagnie qui font l'objet d'un commerce transfrontière.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Après la drogue et les armes, le trafic d'animaux de compagnie serait le troisième le plus lucratif. En outre, il apparaît qu'un grand nombre d'animaux malades proviennent du commerce illégal, et que les antibiotiques renforcent constamment la résistance antimicrobienne, au détriment de l'homme. Ce texte est un pas de plus, certes modeste mais non moins réel, vers une compatibilité des systèmes d'enregistrement dans tous les États membres, afin qu'un animal perdu dans un État puisse être remis à son propriétaire dans un autre État. Pour des raisons sanitaires, de bon sens, et dans l'intérêt des animaux, j'ai voté en faveur de ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Аз подкрепих тази резолюция, воейки се най-вече от проблема за общественото здраве на гражданите и факта, че въвеждането на съвместима система за идентификация и регистрация на домашни любимци в целия ЕС би могло да допринесе за проследяването на причинителя на огнища на болести на домашните любимци, което е неизбежно свързано с общественото здраве на хората. Правото на гражданите да пътуват с домашните си любимци на територията на ЕС също трябва да е защитено и с общ регистър това движение би било улеснено.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Η παρούσα έκθεση υπογραμμίζει τη θετική συμβολή των ζώων συντροφιάς στη ζωή εκατομμυρίων μεμονωμένων ιδιοκτητών και οικογενειών σε όλη την ΕΕ, και επιβεβαιώνει ότι οι ιδιοκτήτες πρέπει να είναι σε θέση να μετακινούνται με τα ζώα τους με ασφαλή και ελεγχόμενο τρόπο σε όλη την Ένωση.

Υπερψηφίζουμε στο σύνολο τους τις εκθέσεις, για τον σωστό εμβολιασμό, την ορθή ταυτοποίηση και την καταγραφή των ζώων συντροφιάς, καθώς διασφαλίζεται η προστασία της δημόσιας υγείας και της υγείας των ζώων καθώς επίσης υπάρχει και η δυνατότητα αποτελεσματικής ιχνηλασιμότητα εντός της Ένωσης για την εξάλειψη του παράνομου εμπορίου.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – La risoluzione invita i paesi dell'Unione a dotarsi di sistemi d'identificazione e registrazione omogenei e ad applicare una più rigida regolamentazione per la movimentazione degli animali d'affezione. Il traffico di animali, inclusi quelli selvatici ed esotici, è sempre più legato alla criminalità organizzata e rappresenta un rischio per la salute pubblica, il 70 % delle nuove malattie insorte negli esseri umani negli ultimi decenni sono di origine animale. L'obbligo d'istituire una banca dati onnicomprensiva ridurrà la possibilità di falsificazione dei documenti e aiuterà a contrastare il commercio illegale, favorendo la tracciabilità dei focolai e la lotta al maltrattamento degli animali. Ho votato a favore della risoluzione.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – As organizações não-governamentais, as autoridades responsáveis pela aplicação da lei, as autoridades competentes e os veterinários têm demonstrado a existência de um crescente comércio ilícito de animais de companhia, marcado por uma violação generalizada do regime de circulação dos animais de companhia, fugas aos controlos e falsificação de documentos, estando ainda associado à criminalidade grave e organizada.

Concordo, por isso, com a existência de um sistema compatível de identificação e registo de animais de companhia na UE que terá, com certeza, maiores benefícios que o mero combate ao comércio ilegal, benefícios esses que incluem o rastreio da fonte de surtos de doença e o combate aos maus tratos infligidos a animais, e outras preocupações com o bem-estar dos animais.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A resolução insta a Comissão Europeia a facilitar a criação de um sistema de identificação obrigatória e de registo dos animais de companhia, que permita o acesso aos dados de animais de companhia cadastrados a nível nacional para obter um sistema de rastreabilidade em toda a UE, sublinhando que os dados pessoais dos proprietários e vendedores de animais de companhia devam ser respeitados em conformidade com as normas legais da UE sobre proteção de dados pessoais.

Exorta ainda a Comissão Europeia a explorar outras medidas adicionais para combater o comércio ilegal de animais de companhia contidas nas conclusões do estudo sobre o bem-estar de cães e gatos envolvidos em práticas comerciais.

Propõe-se uma harmonização dos requisitos de identificação e registo de cães e gatos, suscetível de reduzir a possibilidade de falsificação de documentos e de comércio ilegal, melhorando assim o bem-estar animal e a proteção da saúde pública e animal, prevendo uma rastreabilidade efetiva na UE.

Cada vez mais, os donos de animais de estimação viajam com os seus animais. É importante que o possam fazer de forma segura e controlada, tendo em conta a existência de mais de 100 zoonoses nestes animais e os riscos que daí advêm.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour. No objections to the agreement.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione che invita ad emanare un atto delegato che permetta l'identificazione e la registrazione degli animali da compagnia.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. – Η παρούσα έκθεση υπογραμμίζει τη θετική συμβολή των ζώων συντροφιάς στη ζωή εκατομμυρίων μεμονωμένων ιδιοκτητών και οικογενειών σε όλη την ΕΕ, και επιβεβαιώνει ότι οι ιδιοκτήτες πρέπει να είναι σε θέση να μετακινούνται με τα ζώα τους με ασφαλή και ελεγχόμενο τρόπο σε όλη την Ένωση.

Υπερψηφίζω στο σύνολο τους τις εκδόσεις, για τον σωστό εμβολιασμό, την ορθή ταυτοποίηση και την καταγραφή των ζώων συντροφιάς, καθώς διασφαλίζεται η προστασία της δημόσιας υγείας και της υγείας των ζώων και επίσης υπάρχει η δυνατότητα αποτελεσματικής ιχνηλασιμότητας εντός της Ένωσης για την εξάλειψη του παράνομου εμπορίου.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I support the introduction of a new passport model, which stipulates that cats, dogs and ferrets can travel with their owners within the EU if they have a passport that contains proof of their identity and their anti-rabies vaccination, all of which must comply with specific conditions.

EU countries must provide the public with clear and easily accessible information concerning the requirements applicable to the non-commercial movement of pets and the rules for compliance checks on such movement.

I support the call for an EU-wide database for pet registration, and I welcome the fact that the Commission agreed to carry out a study on the welfare of dogs and cats forming the subject of commercial practices. If the Commission will find evidence that such practices incurred health risks, it should consider additional measures, including the introduction of compatible systems for the registration of pet animals accessible across Member States. I am expecting the Commission to give an update on the progress made to date.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A Bizottság finanszírozta egy, a kereskedelmi gyakorlatok által érintett kutyák és macskák jólétéről szóló tanulmány elkészítését, amelyet 2015-ben tettek közzé, valamint a határok nélküli schengeni térség biztosítja a polgárok tagállamok közötti, útlevél nélküli utazását, és ezáltal megkönnyíti az általában kedvtelésből tartott állatok ellenőrzés nélküli, Unión belüli mozgását is.

Ezen tényezők értelmében hangsúlyozom, hogy a kedvtelésből tartott állatok több millió állattartó és család életéhez járulnak hozzá pozitívan, és az állattartóknak és állataiknak biztonságos és ellenőrzött módon kell tudniuk utazni az Unión belül.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución ya que es importante desde un punto de vista sanitario tener un registro común de animales de compañía porque en la situación actual es difícil controlar la propagación de una posible epidemia.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – Negli ultimi anni gli animali da compagnia, amati da milioni di cittadini europei, sono stati sempre più oggetto di traffici illegali che non solo causano loro terribili sofferenze, ma alimentano anche le attività illegali di numerose organizzazioni malavitose. Con la risoluzione odierna, abbiamo evidenziato i punti deboli della normativa e indicato la via per garantire allo stesso tempo il benessere degli animali e il contrasto alla criminalità organizzata, tramite l'introduzione di norme standard a livello europeo su microchip e registri nazionali armonizzati a livello europeo.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione comune sull'introduzione di sistemi compatibili per la registrazione degli animali da compagnia negli Stati membri perché ritengo che delle prescrizioni compatibili a livello europeo in materia d'identificazione e registrazione sarebbero uno strumento molto efficace nella lotta al commercio illegale di animali da compagnia e un ulteriore elemento a garanzia della salute animale. Ritengo, infatti, importante che l'UE intervenga per fermare la prassi, purtroppo molto diffusa, dei maltrattamenti degli animali durante il trasporto e dell'assenza di vaccinazioni obbligatorie, legata al gravissimo fenomeno commercio di animali selvatici a fini domestici e di compagnia. Si tratta di un *business* spesso nelle mani delle organizzazioni criminali e che mette a rischio il rispetto e la riuscita delle importanti iniziative adottate dall'Europa in tema di passaporto animale e

legislazione sulla salute degli animali. Considero necessario, dunque, nel rispetto delle normative e caratteristiche dei diversi Stati membri, procedere a un avvicinamento delle informazioni fornite e registrate dagli Stati in materia d'identificazione di cani, gatti e animali da compagnia, combattendo la falsificazione dei documenti e permettendo la tracciabilità delle vendite e degli acquisti all'interno dell'Unione.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für die Einführung kompatibler grenzüberschreitender Systeme zur Registrierung von Haustieren gestimmt, da dieser Vorschlag auf eine Forderung zurückgeht, die ich bereits im Sommer 2014 als Mitglied der Animal Welfare Group aufgestellt habe: Es ist ein Auftrag, den mir viele Bürger mitgegeben haben. Hunde und Katzen gehören vielfach mit zur Familie, nicht selten sind sie die besten Freunde für Kinder, Senioren und Menschen mit Behinderung – sie verdienen unseren Schutz und unsere Hilfe. Auch Europa kann da mehr als bisher tun: Dafür sind keine neuen Gesetze erforderlich, wir können den aktuellen Rechtsrahmen nutzen, um viel mehr zu erreichen! Eines meiner Ziele: eine europäische Heimtierregistrierung nach österreichischem Erfolgsmodell – das reduziert schnell die Zahl ausgesetzter und streunender Hunde. Ein Problem, dem wir in Ländern wie Rumänien und Bulgarien ganz anders als bisher begegnen müssen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I supported the introduction of compatible systems for the registration of pet animals across the EU because it is key that solid measures are taken to combat the growing illegal trade in pet animals including by increasing traceability. This is vital to stop harmful practices of pet animal trafficking and improve their living conditions.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución común para que se garantice la posibilidad de viajar con animales de compañía en las condiciones de higiene y seguridad necesarias entre los países miembros de la Unión, así como para evitar el tráfico ilegal de animales exóticos y salvajes.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Wprowadzenie kompatybilnych systemów rejestracji zwierząt domowych we wszystkich państwach członkowskich zyskało moje pełne poparcie. Przemieszczanie zwierząt może stanowić zagrożenie dla ich zdrowia, jak i zdrowia publicznego. Zwierzęta są również przedmiotem handlu. Dzięki wspomnianym kompatybilnym systemom rejestracji zachowana zostanie transparentność, zdrowie zwierząt oraz zdrowie publiczne, a nielegalny handel zwierzętami domowymi będzie zredukowany.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – We in UKIP strongly support animal welfare, also in relation to commercial practices. UKIP voted against this non-legislative, non-binding report, we do not want the EU Commission to produce a single regulatory framework on registration of pet animals in the EU as we believe national parliaments should decide if and how they legislate on this issue.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour on joint motion for a resolution. A positive improvement was made to the Pet Travel Scheme introduced by Regulation (EU) No 576/2013, including the added security features contained in the Pet Passport, and the further improvements which will follow from the Animal Health Law once adopted by the co-legislators.

Τάκης Χατζγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτως*. – Το λαθρεμπόριο κατοικίδιων ζώων συνδέεται όλο και περισσότερο με το οργανωμένο έγκλημα και αποτελεί απειλή για τη δημόσια υγεία. Για αυτό τον λόγο, υπερψηφίσαμε το αίτημα για την ανταλλαγή δεδομένων που αφορούν την καταγραφή των κατοικίδιων ζώων σε πανευρωπαϊκό επίπεδο, ενισχύοντας έτσι περαιτέρω την καταπολέμηση του παράνομου εμπορίου των ζώων συντροφιάς που συχνά εκτρέφονται με ανορθολογικό τρόπο και αποτελούν κίνδυνο για την εξάπλωση ασθενειών.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – Pet owners should be able to travel with their pets in a safe, controlled manner throughout the Union. However, there are concerns of the illegal abuse of the Pet Travel Scheme, which is being exploited for commercial purposes and also of wild animals commonly being kept as pets. Pet animals that are traded illegally are often badly bred, poorly socialised and at increased risk of disease. A compatible system of identification and registration requirements for dogs and cats would reduce the scope for document falsification and illegal trading, thus improving animal welfare, protecting public and animal health and providing for effective intra-Union traceability. Therefore I have decided to vote in favour of this resolution.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted for this resolution due to the fact that non-governmental organisations, law enforcement agencies, competent authorities and veterinarians have shown evidence of a growing illegal trade in pet animals, with widespread abuse of the Pet Travel Scheme, evasion of controls and document falsification. The abuse of the Pet Travel Scheme is now estimated to be the third most profitable illegal trade within the EU after narcotics and weapons. Pet animals that are traded illegally are often badly bred, poorly socialised and at increased risk of disease.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – We in UKIP strongly support animal welfare, also in relation to commercial practices. UKIP voted against this non-legislative, non-binding report, we do not want the EU Commission to produce a single regulatory framework on registration of pet animals in the EU as we believe national parliaments should decide if and how they legislate on this issue.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – We in UKIP strongly support animal welfare, also in relation to commercial practices. UKIP voted against this non-legislative, non-binding report, we do not want the EU Commission to produce a single regulatory framework on registration of pet animals in the EU as we believe national parliaments should decide if and how they legislate on this issue.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog rezolucije o uvođenju kompatibilnih sustava za registraciju kućnih ljubimaca u državama članicama jer je zadnjih godina brojka nezakonite trgovine kućnim ljubimcima izuzetno porasla. Osim što predstavlja rizik za javno zdravlje, trgovina kućnim ljubimcima sve je više povezana s organiziranim kriminalom unutar EU-a.

Smatram da bi vlasnici trebali biti u mogućnosti sa svojim kućnim ljubimcima putovati na siguran i kontroliran način diljem Unije te kako bi države članice trebale uskladiti obvezne sustave identifikacije i registracije kućnih ljubimaca radi rješavanja navedenih problema.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Actuellement, le trafic d'animaux de compagnie serait le troisième trafic le plus lucratif après la drogue et les armes. Par ailleurs, il est opportun de rappeler que la majeure partie des maladies apparues ces dernières décennies sont des maladies animales ayant muté pour se transmettre à l'homme. À ce titre, on remarque concomitamment que la majorité des animaux retrouvés malades sont issus du commerce illégal. C'est pourquoi je considère que l'introduction de systèmes compatibles d'enregistrement pour les animaux de compagnie dans tous les États membres est souhaitable et bénéfique puisqu'aujourd'hui, un animal de compagnie enregistré dans un État membre et perdu dans un autre ne peut être retrouvé par son propriétaire, faute de compatibilité des systèmes d'enregistrement. Dans cette optique, la prise en compte de l'importance sanitaire accompagnée de la coopération entre nos nations souveraines participe à la nécessaire reconnaissance du droit des animaux en Europe et plus largement à l'importance accordée à la condition animale au sein de l'Union européenne.

J'ai donc voté en faveur de ce texte.

Diane James (EFDD), *in writing*. – We in UKIP strongly support animal welfare, also in relation to commercial practices. UKIP voted against this non-legislative, non-binding report, we do not want the EU Commission to produce a single regulatory framework on registration of pet animals in the EU as we believe national parliaments should decide if and how they legislate on this issue.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution sur l'introduction de systèmes compatibles d'enregistrement des animaux de compagnie dans tous les États membres. Le Parlement européen veut lutter contre le trafic illégal d'animaux domestiques et propose, à cette fin, la mise en place d'un système d'identification et d'enregistrement pour tous les animaux de compagnie. Il s'agit également de limiter la propagation de maladies et de mieux lutter contre la criminalité organisée. Je soutiens donc cette résolution pour que la Commission prenne des mesures efficaces dans ce domaine.

Cette résolution a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Zwar bin ich ausdrücklich für ein Verbot des illegalen Handels mit Haustieren, doch stehe ich der Rechtsharmonisierung durch die Kommission mittels delegierter Rechtsakte hier kritisch gegenüber. Deshalb enthalte ich mich zu diesem Bericht.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution. Member States should be encouraged to put in place measures to ensure that their pet registration systems are compatible. This would make it possible to trace the movement of pet animals throughout the EU, and could help to tackle the growing illegal trade in pets.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution sur l'introduction de systèmes compatibles d'enregistrement des animaux de compagnie dans tous les États membres. Cette proposition de résolution soutient l'introduction de systèmes compatibles d'enregistrement pour les animaux de compagnie. Le texte fait référence à un large éventail de sources, pas strictement au niveau communautaire, et s'appuie sur plusieurs constats. Il pose ensuite des jalons pour envisager la compatibilité des systèmes d'enregistrement dans tous les États membres. Il est avéré qu'aujourd'hui, un animal de compagnie enregistré dans un État membre et perdu dans un autre ne peut être retrouvé par son propriétaire, faute de compatibilité des systèmes d'enregistrement. Cette proposition de résolution, par son aspect sanitaire et son caractère de bonne intention envers les animaux, est à soutenir. La compatibilité interétatique relève de cette coopération

bénéfique entre nations souveraines.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution car elle cherche à lutter contre l'augmentation, génératrice de maladies, du trafic transfrontalier d'animaux de compagnie. Elle a en outre le mérite de tenter d'améliorer la compatibilité des systèmes nationaux d'enregistrement, ce qui permettra au propriétaire d'un animal perdu dans un autre État membre de le retrouver plus facilement.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta propuesta de Resolución se centra en la homogeneización de los criterios de registro de animales domésticos, además de solicitar a la Comisión la puesta en marcha de medidas para acabar con el tráfico ilegal de este tipo de animales. He apoyado esta propuesta de Resolución ya que respaldo la obligación de identificar y registrar a los animales domésticos para prevenir el maltrato y abandono de los mismos, por motivos de salud pública y para evitar prácticas abusivas entre los criadores. Apoyo, además, que se establezcan unos criterios comunes a la hora de criar y vender animales domésticos para garantizar unas condiciones mínimas de bienestar y evitar el tráfico ilegal de los mismos, muchas veces vinculado a la delincuencia organizada. Por todo esto, he votado a favor.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím za prvé s tím, aby EU určovala jednotlivým státům, jaký mají mít systém registrace zvířat. Za druhé se domnívám, že tento návrh je nedomyšlený a dává Komisi přílišné pravomoci dále rozhodovat o způsobu této registrace. Ačkoli není v návrhu přímo zmíněno povinné čipování zvířat, mám obavu, že toto může být první krok k jeho uskutečnění do budoucna.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Nevladine organizacije, nadležne vlasti i veterinari ukazuju na sve učestaliju nezakonitu trgovinu kućnim ljubimcima u Europskoj uniji. U putovnicama kućnih ljubimaca nedostaju točne informacije i često su krivotvorene. Kao posljedica, kućni ljubimci kojima uzgajatelji nezakonito trguju često su u lošem fizičkom stanju, slabo socijalizirani i izloženi većem riziku od bolesti. Jedna od najvećih transnacionalnih aktivnosti organiziranog kriminala je trgovina životinjama.

Podržala sam prijedlog rezolucije za ujednačene procedure registracije kućnih ljubimaca što je važno za smanjenje opsega krivotvorenja dokumenata i njihove nezakonite trgovine.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Podporujem zavedenie jednotných celoeurópskych požiadaviek registrácie spoločenských zvierat v členských štátoch. Identifikácia a registrácia zvierat spolu s údajmi o vlastníkoch, za súčasnej ochrany osobných údajov prispeje k odstraňovaniu nelegálneho obchodu so zvieratami, k ich ochrane a ochrane života a verejného zdravia.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. – Στηρίζω την κοινή πρόταση ψηφίσματος σχετικά με τη θέσπιση συμβατών συστημάτων για την καταγραφή των ζώων συντροφιάς στα κράτη μέλη, διότι συμβάλει στη θετική επίδραση των ζώων συντροφιάς στην ζωή εκατομμυρίων μεμονωμένων ιδιοκτητών και των οικογενειών τους σε όλη την ΕΕ.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour. Cette proposition de résolution soutient l'introduction de systèmes compatibles d'enregistrement pour les animaux de compagnie. Ces systèmes d'enregistrement permettraient de lutter contre le trafic d'animaux, qui est le troisième trafic le plus lucratif après la drogue et les armes. Ils permettraient aussi de combler une faille juridique car, à l'heure actuelle, un animal de compagnie enregistré dans un État membre et perdu dans un autre ne peut être retrouvé par son propriétaire, faute de compatibilité des systèmes d'enregistrement.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Doy mi apoyo a la propuesta de Resolución para luchar contra el comercio ilegal de animales de compañía. Debemos aumentar el intercambio de información en la Unión sobre el registro de gatos y perros para combatir el tráfico de animales que, a menudo, son criados sin garantías y que pueden propagar enfermedades.

La Comisión debe asegurar que todos los Estados miembros cuentan con bases de datos compatibles de perros y gatos e incluso ampliarlas a otros animales. Estoy seguro de que la exigencia de registrar a las mascotas, sumado al intercambio de información a nivel comunitario, reduciría la falsificación de documentos, ayudaría a luchar contra el comercio ilegal y el maltrato de animales y permitiría detectar el origen de enfermedades.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Depuis 2013, un règlement relatif aux mouvements non commerciaux d'animaux de compagnie (chats, chiens et furets) est en place. Néanmoins le commerce illégal d'animaux de compagnie se développe et s'accompagne d'un détournement à grande échelle du programme de voyage des animaux de compagnie, d'une soustraction aux contrôles et d'une falsification de documents. Or les animaux de compagnie faisant l'objet d'un commerce illégal sont souvent issus de mauvaises pratiques d'élevage, peu socialisés et plus exposés aux risques de maladie. La résolution réclame la mise en place d'un système compatible d'identification et d'enregistrement des animaux de compagnie sur tout le territoire de l'Union afin de lutter contre le commerce illégal, mais elle vise également à prévenir les épidémies de maladies et à lutter contre les mauvais traitements infligés aux animaux. J'ai voté pour.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le trafic d'animaux de compagnie est un trafic de grande envergure. La grande majorité des animaux malades est issue du commerce illégal. La majorité des maladies actuelles est animale à la base, et a muté pour se transmettre à l'homme. La compatibilité des systèmes d'enregistrement doit permettre de retrouver l'animal à l'étranger quand il est seulement enregistré dans l'État membre d'origine. Jusqu'à maintenant l'animal perdu ne pouvait être retrouvé par son propriétaire. Ce texte envisage de poser les premiers éléments d'un système de compatibilité. Étant favorable à la coopération inter étatique, j'ai voté pour.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a resolução sobre a introdução de sistemas de registo de animais de companhia que sejam compatíveis em todos os Estados-Membros.

Desde que a Comissão Europeia financiou um estudo sobre o bem-estar de cães e gatos envolvidos em práticas comerciais, tendo sido demonstrado pelas autoridades competentes e pelos veterinários que há existência dum comércio ilegal crescente de animais de companhia, com a violação generalizada do regime de circulação de animais de companhia, a evasão de controlos e a falsificação de documentos, julgo que faz todo o sentido a aprovação desta resolução.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution in order to ensure the wellbeing of pet animals across the EU. By allowing for intra-Union traceability, pets can be transported easily across the EU, vaccination rates will improve and illegal trading of pets can be curtailed.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Schengenský priestor je veľkým prínosom pre hospodárstvo Európy, ale nesie so sebou aj riziká, ktoré sa v plnej miere ukázali v tomto prípade. Schengen umožňuje premiestnenie zvierat bez kontroly. Nedostatočne upravené pravidlá vedú k nezákonnému obchodovaniu so zvieratami, čo následne vyúsťuje do obáv o zdravie a bezpečnosť zvierat i ľudí, ktorí s nimi prichádzajú do kontaktu. Správa o tom, že 70 % nových ochorení, ktoré sa u ľudí v posledných rokoch objavujú, sú živočíšneho pôvodu, je alarmujúca. Musíme zabezpečiť, aby boli zvieratá očkované a aby boli držané vo vyhovujúcich podmienkach. Požiadavky týkajúce sa identifikácie mačiek a psov by mali byť jednoznačne harmonizované. Vitam tento návrh, keďže Komisia dostatočným spôsobom preverila štúdiu životné podmienky psov a mačiek, ktoré sú predmetom obchodovania.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the resolution on introduction of compatible systems for the registration of pet animals across Member States, which calls for establishment of robust compatible registration and ID systems throughout the MS to improve traceability and deter illegal trading.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A tárgyan a PPE és az ECR képviselőcsoport közös, az ALDE, az S&D, a GUE/NGL és az EFDD képviselőcsoport önálló indítványt nyújtott be. Nevezett képviselőcsoportok az EFDD kérésével közös, kompromisszumos megállapodásra jutottak az indítványozott állásfoglalás tartalmát illetően, ehhez csatlakozott a Verts/ALE képviselőcsoport is. Szavazatommal a kompromisszumos indítványt támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution soutient l'introduction de systèmes compatibles d'enregistrement pour les animaux de compagnie en faisant référence à plusieurs constats.

Tout d'abord le trafic d'animaux de compagnie est le troisième secteur le plus lucratif après ceux de la drogue et des armes. Ensuite, le constat a été fait que la plupart des animaux malades sont issus du commerce illégal. Et enfin, beaucoup de maladies apparues récemment sont des maladies animales ayant muté pour pouvoir se transmettre à l'homme.

Cette proposition pose donc les premiers jalons d'un système d'enregistrement compatible entre tous les États membres.

La compatibilité interétatique, ainsi que l'aspect sanitaire et de bonne intention de ce texte vis-à-vis des animaux, font que nous le soutenons.

Sophie Montel (ENF), par écrit. – Cette proposition de résolution, par son aspect sanitaire et son caractère de bonne intention envers les animaux, est à soutenir. C'est pourquoi j'ai voté pour.

Victor Negrescu (S&D), in writing. – I have voted for this motion for a resolution on compatible systems of identification and registration requirements for dogs, cats and wild animals kept as pets that should reduce illegal trading, thus protecting public and animal health and biodiversity.

Момчил Неков (S&D), в писмена форма. – Аз подкрепих текста на тази резолюция, защото вярвам, че съвместен подход чрез изграждането на съвместими системи за регистрация на домашни любимци ще спомогне за справянето с редица проблеми, които съществуват днес.

Според експертни данни, има ръст в незаконната търговия с домашни любимци, както и редица нарушения на схемата за пътуване на домашни любимци, като например фалшифициране на документи и избягване на проверки.

Друг проблем при търговията с домашни любимци, е че те често биват развъждани в лоши условия, както според изследванията 70% от новите заболявания, появили се при хората през последните десетилетия, са с животински произход и че животните, обичайно отглеждани като домашни любимци, са носители на над 100 зоонози, в това число бяс.

Въвеждането на единна или взаимно призната система и изисквания за регистрация би било значителен напредък към защитата на хуманното отношение към животните и опазването на общественото здраве.

Franz Obermayr (ENF), schriftlich. – Der vorliegende Entschließungsantrag behandelt den europaweiten Datenaustausch bei der Registrierung von Katzen und Hunden. Aufgrund der steigenden Zahlen des illegalen Handels mit Heimtieren wäre eine Umsetzung des Informationsaustausches ein sehr bedeutender Schritt. Aus diesem Grund hätte ich mich auch für diesen Entschließungsantrag ausgesprochen.

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – Toetasin. Ühilduvad identifitseerimis- ja registreerimisnõuded lemmikloomade puhul vähendaksid dokumentide võltsimise ja loomadega ebaseadusliku kauplemise ulatust.

Margot Parker (EFDD), in writing. – We in UKIP strongly support animal welfare, also in relation to commercial practices. UKIP voted against this non-legislative, non-binding report, we do not want the EU Commission to produce a single regulatory framework on registration of pet animals in the EU as we believe national parliaments should decide if and how they legislate on this issue.

Aldo Patriciello (PPE), per iscritto. – Secondo le stime, la terza forma di commercio illegale più redditizia all'interno dell'UE è quella degli animali domestici. Nonostante i recenti progressi, permangono profonde preoccupazioni quanto le informazioni fornite nei passaporti di tali animali per cui non conoscendo la città di provenienza, l'allevamento dai quali provengono e altri dati importanti, aumentano le diverse preoccupazioni. Voto quindi positivamente affinché assicurino che le misure di prevenzione e controllo delle malattie stabilite nel regolamento sulle malattie animali trasmissibili siano efficacemente applicate e che promuovano la tracciabilità degli animali da compagnia, i loro movimenti all'interno degli Stati membri e tra di essi e il loro ingresso nell'Unione.

Eva Paunova (PPE), in writing. – Dogs and cats may be moved between EU Member States or imported from third countries for trade purposes or other reasons. These movements could pose a risk to both animal and human health if measures are not taken to prevent diseases from being transferred between countries. Without a system for the identification and registration of dogs and cats, which is accessible across the EU, there is currently little traceability when animals are moved over borders. That is why I welcome the introduction of registration of pet animals across Member States.

Alojz Peterle (PPE), pisno. – Resolucijo za uvedbo usklajenih sistemov za registracijo hišnih živali sem podprl iz več razlogov.

Zaradi naraščajoče nezakonite trgovine s hišnimi živalmi bi si morale članice EZ izmenjevati podatke o registriranih psih in mačkah. Z nezakonito trgovino, vključno z divjimi in eksotičnimi živalskimi vrstami, ki je vedno bolj povezana z organiziranim kriminalom, se povečuje tveganje za širjenje nalezljivih bolezni.

Ustrezno ukrepanje bo zmanjšalo možnosti za ponarejanje dokumentov in nezakonito trgovino, s čimer se bi izboljšala dobrobit živali, zaščitilo javno zdravje in zdravje živali ter zagotovila sledljivost znotraj EZ.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Ilegalna trgovina kučnim ljubimci problem je ne samo s aspekta organiziranog kriminala nego i javnog zdravlja i zaštite potrošača jer životinje mogu biti prijenosnici stotina različitih bolesti koje mogu biti opasne i za ljude. Stoga uvođenje kompatibilnih sustava za registraciju kućnih ljubimaca treba biti prioritet Europskog parlamenta kako bi se omogućilo ne samo dodavanje sigurnosnih osobina u putovnicu za kućne ljubimce, te uvođenje nove minimalne dobi za cijepljenje protiv bjesnoće, već i smanjenje zdravstvenih rizika za zdravlje životinja i ljudi koji proizlaze iz takvih komercijalnih aktivnosti.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce texte traite d'un problème qui prend de l'ampleur. En effet, le trafic d'animaux domestiques est de plus en plus important et, outre le problème d'argent sale qu'il pose comme tous les trafics, il engendre également une grande inquiétude sanitaire car les animaux victimes des trafiquants sont souvent malades et maltraités. Améliorer la compatibilité des systèmes d'enregistrement peut se faire dans le cadre d'une libre coopération, sans porter atteinte à la souveraineté des États. Dans ces conditions, je soutiens cette proposition et vote en faveur du texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Nevladine organizacije, tijela kaznenog progona, nadležne vlasti i veterinari su ukazali na postojanje sve veće nezakonite trgovine kučnim ljubimcima u okviru teškog i organiziranog kriminala uz raširenu zlouporabu Uredbe o premještanju kućnih ljubimaca, izbjegavanju kontrola i krivotvorenju dokumenata.

Postoje još uvijek veliki problemi s podacima iz putovnica za kućne ljubimce, posebno u pogledu načina na koji se može provjeriti točnost podataka o starosti pojedine životinje. Kućni ljubimci kojima uzgajatelji nezakonito trguju često su loše uzgojeni, slabo socijalizirani i izloženi većem riziku od bolesti. Nezakonita trgovina divljim životinjama jedna je od najvećih transnacionalnih aktivnosti organiziranog kriminala u svijetu. Vlasnici bi trebali moći u cijeloj Uniji putovati sa svojim kućnim ljubimcima na siguran i kontroliran način.

Pozdravljam to što se Uredbom (EU) br. 576/2013 postiže unapređenje Uredbe o premještanju kućnih ljubimaca te što se to odnosi i na dodatne sigurnosne značajke putovnica za kućne ljubimce.

Joao Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Cada vez mais se verifica a circulação de animais de estimação, em viagem, com os seus donos. Essa circulação deve poder ser feita de forma segura e controlada, tendo em conta a existência de mais de 100 zoonoses nestes animais e os riscos que daí advêm.

A resolução insta a Comissão Europeia a facilitar a criação de um sistema de registo dos animais de companhia e de identificação obrigatória que agregue os dados a nível nacional possibilitando a criação de um sistema de rastreabilidade em toda a UE.

Sublinha que os dados pessoais dos proprietários e vendedores de animais de companhia devem ser respeitados em conformidade com as normas legais da UE sobre proteção de dados pessoais.

Exorta ainda a que se explorem outras medidas adicionais de combate ao comércio ilegal de animais de companhia, contidas nas conclusões do estudo sobre o bem-estar de cães e gatos envolvidos em práticas comerciais.

Propõe-se uma harmonização dos requisitos de identificação e registo de cães e gatos, suscetível de reduzir a possibilidade de falsificação de documentos e de comércio ilegal, melhorando assim o bem-estar animal e a proteção da saúde pública e animal.

Andrej Plenковиć (PPE), *napisan*. – Nevladine organizacije, tijela kaznenog progona, nadležne vlasti i veterinarari ukazali su na postojanje sve veće nezakonite trgovine kućnim ljubimcima te raširenu zlouporabu Uredbe o premještanju kućnih ljubimaca, izbjegavanje kontrola i krivotvorenje dokumenata. Procjenjuje se da je zlouporaba Uredbe o premještanju kućnih ljubimaca treća najprofitabilnija grana nezakonite trgovine u EU-u, nakon trgovine drogom i oružjem, a nezakonito trgovanje divljim životinjama jedna od najvećih transnacionalnih aktivnosti organiziranog kriminala u svijetu. Nevladine organizacije, tijela kaznenog progona i nadležne vlasti nezakonito trgovanje kućnim ljubimcima sve više povezuju s teškim i organiziranim kriminalom, a unatoč nedavnim poboljšanjima još uvijek postoje veliki problemi s podacima iz putovnica za kućne ljubimce, posebno u pogledu načina na koji se može provjeriti točnost podataka o starosti pojedine životinje. Važno je naglasiti da su kućni ljubimci kojima uzgajatelji nezakonito trguju često loše uzgojeni, nedovoljno socijalizirani i izloženi većem riziku od bolesti, a 70 % novih bolesti koje su se tijekom posljednjih nekoliko desetljeća pojavile kod ljudi potječe od životinja. Životinje koje se obično drže kao kućni ljubimci prenositelji su više od 100 zoonoza, među kojima je i bjesnoća. Iz navedenih razloga podržavam prijedloge rezolucija o uvođenju kompatibilnih sustava za registraciju kućnih ljubimaca u državama članicama.

Miroslav Poche (S&D), *pisemně*. – Jsem přesvědčen, že zavedení lepších, lépe aplikovatelných a hlavně kompatibilních systémů registrace zvířat v zájmovém chovu je zásadní krok v ochraně práv zvířat, ochraně životního prostředí i ochraně zdraví občanů. Nezákonný obchod s těmito zvířaty vzrůstá, patří dokonce k světově nejrozšířenějším typům mezinárodního organizovaného zločinu. Na této úrovni je pak s nimi samozřejmě velmi špatně a krutě zacházeno. Exotická zvířata, která transporty přežijí, pak často končí v nevyhovujících podmínkách nepoučených majitelů, trpí změnou klimatu, nedostatkem prostoru a sociálního života, který je pro volně žijící tvory životně důležitý. V případě úniků těchto divokých zvířat do prostředí, kde nemají přirozeného nepřitele, může dojít k jejich nekontrolovanému šíření, k ohrožení životního prostředí i veřejného zdraví a může to mít neblahý dopad i na hospodářství. Nechci zpochybňovat, že domácí zvířata v zájmovém chovu mají pozitivní vliv na život jednotlivců i rodin a jejich majitelé mají právo s nimi i cestovat. Nicméně musíme mít stále na paměti, že zvířata jsou živé bytosti, nikoliv věci, a nezákonný obchod, který je vystavuje utrpení, je potřeba zastavit.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – Le commerce illicite d'animaux de compagnie et d'animaux sauvages détenus en tant qu'animaux de compagnie se développe et peut présenter des risques pour la santé humaine et animale. Ces animaux, souvent issus de mauvaises pratiques d'élevage, sont porteurs de maladies transmissibles à l'homme; 70 % des nouvelles maladies apparues chez l'homme au cours des dernières décennies sont d'origine animale.

C'est pourquoi j'ai voté pour la résolution visant à introduire un système compatible d'identification et d'enregistrement des animaux de compagnie sur tout le territoire de l'Union. De nombreux États membres possèdent déjà des systèmes obligatoires mais la plupart des bases de données ne sont pas compatibles et la traçabilité des animaux en déplacement dans l'Union s'en retrouve limitée. Un tel système permettrait notamment de réduire les possibilités de falsification des documents et de commerce illégal, d'identifier l'origine de foyers de maladies, de protéger la santé publique et animale et de garantir une traçabilité efficace des animaux dans l'Union.

Nous demandons à la Commission d'adopter un acte délégué allant dans ce sens dès l'entrée en vigueur du règlement relatif aux maladies animales transmissibles. Il est temps de prendre des mesures fortes et efficaces pour s'attaquer au commerce illégal des animaux de compagnie.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – A finales de 2014 entró en vigor un nuevo Reglamento sobre el registro de animales de compañía y las condiciones bajo las que pueden viajar con sus dueños, sin fines comerciales (Reglamento (UE) n.º 576/2013)

Se introducía entonces un nuevo modelo de pasaporte para estos animales y se reforzaban los requisitos relativos a las vacunas y la necesidad de que estas aparezcan en el documento de viaje, requisitos que se aplican también a los animales de terceros países que quieran entrar en la UE.

A la vista de los primeros resultados de la aplicación del Reglamento (UE) n.º 576/2013, apoyo con mi voto a favor las propuestas contenidas en esta propuesta de Resolución del Parlamento Europeo sobre la introducción de sistemas compatibles de registro de animales de compañía en los Estados miembros.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution, qui demande à la Commission de veiller à la compatibilité des bases de données des États membres concernant les chats et les chiens, et d'envisager d'établir également des bases de données pour les autres animaux de compagnie. Je considère en effet que l'obligation d'enregistrer les animaux de compagnie ainsi qu'un partage d'informations à l'échelle européenne permettraient de réduire les possibilités de falsification des documents, de contribuer à combattre le commerce illégal, d'identifier l'origine de foyers de maladies et de lutter contre les abus et mauvais traitements infligés aux animaux.

De nombreux États membres disposent déjà de systèmes obligatoires d'identification et d'enregistrement des animaux de compagnie, mais des disparités existent par rapport au type d'informations détenues ou aux animaux concernés. Il faudrait, par conséquent, rendre compatibles toutes les bases de données nationales.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už, nes manau, kad gyvūnų registravimo tvarkų skirtumai šalyse narėse nepadeda išspręsti esminių gyvūnų apsaugos problemų. Europoje klesti nelegali prekyba gyvūnais. Tai ne tik daro žalą patiems gyvūnams, bet ir sukelia riziką ligoms ir virusams plisti. Suderinta registravimo tvarka leistų atsekti iš kur kilęs gyvūnas, koks jo tikrasis amžius, suprasti iš kur galėjo atkeliauti liga ir imtis priemonių situaciją suvaldyti.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – É reconhecido o contributo positivo dos animais de companhia na vida de milhões de pessoas e famílias na UE e, como tal, está já previsto pela legislação europeia que os seus donos possam viajar com os respetivos animais de estimação, de forma segura e controlada por toda a União.

Contudo, apesar da exigência por parte de alguns Estados-Membros em implementar sistemas de identificação e registo dos animais de companhia, continuam a existir inúmeras diferenças na aplicabilidade quer das informações dos animais que estão sob requisitos de identificação e registo, quer da forma como essas informações são geridas.

Por força desta realidade algo complexa, a utilização ilegal e abusiva do regime de circulação de animais de companhia tem sido explorado dentro da EU com fins ilícitos e na busca do lucro fácil. Infelizmente, esta é uma realidade que tende a aumentar nos últimos anos.

Votei por isso favoravelmente este relatório, já que o objetivo que se pretende alcançar é o de unificar num único sistema as normas para registo e identificação destes animais, procurando assim combater eficazmente o comércio ilegal e, em muitos casos, surtos de doença por via animal.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui vise, par l'introduction de systèmes compatibles d'enregistrement des animaux de compagnie dans tous les États membres, à lutter contre le commerce illégal d'animaux sauvages fréquemment détenus en tant qu'animaux de compagnie.

Ainsi, des systèmes compatibles exigeants en matière d'identification et d'enregistrement des animaux domestiques, notamment pour les chats et les chiens, permettraient de lutter contre ce commerce illégal et de permettre un meilleur contrôle des vaccinations des animaux de compagnie par les autorités vétérinaires.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución común para que se garantice la posibilidad de viajar con animales de compañía en las condiciones de higiene y seguridad necesarias entre los países miembros de la Unión, así como para evitar el tráfico ilegal de animales exóticos y salvajes.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Il Pet Travel Scheme (PETS) è un sistema che permette di spostare liberamente gli animali da uno Stato membro ad un altro e che definisce le regole per la sicurezza e il benessere di cani e gatti coinvolti nelle pratiche commerciali.

È bene sottolineare, tuttavia, che nonostante la presenza di numerose regole per la tutela degli animali da compagnia, ci sono ancora gravi problemi da risolvere, primo fra tutti il trasporto illegale di cuccioli provenienti dall'est Europa. Solo in Italia, il traffico dei cuccioli è un vero e proprio *business* che movimenta circa 300 milioni di euro l'anno: i cuccioli dell'est acquistati a circa 60 euro sono venuti a prezzi fino a 20 volte superiori, una volta trasformata la loro origine da est-europea a italiana.

Ho dato quindi il mio pieno sostegno alla presente relazione in quanto riconosce che l'introduzione di un sistema UE di identificazione e registrazione per il commercio degli animali di compagnia potrebbe comportare benefici che vanno al di là del semplice contrasto al commercio illegale, come ad esempio la tracciabilità dei focolai di malattia per la protezione della salute pubblica e degli animali contro il rischio di contagio e la lotta al maltrattamento degli animali.

Siôn Simon (S&D), in writing. – I have been calling for this for a while, and I am happy to see this finally getting into the Chamber to be voted on. There is a need for more compatible systems for the registration and identification of pets. Member States should be encouraged to put in place measures to ensure that their pet registration systems are compatible with one another. Not only would this enable the authorities to trace the movement of pet animals throughout the EU, helping to tackle the growing illegal trade in pets, but it would improve the standard of living for these animals.

Monika Smolková (S&D), písomne. – Podporila som uznesenie, pretože je potrebné zaviesť zlučiteľné systémy registrácie spoločenských zvierat v členských štátoch. Spoločenské zvieratá, s ktorými sa obchoduje nezákonne, sú často chované v zlých podmienkach, nedostatočne socializované a vystavené zvýšenému riziku ochorenia. Až 70 % nových ochorení ľudí, ktoré sa objavili v posledných desaťročiach, je živočíšneho pôvodu a zvieratá bežne chované ako spoločenské zvieratá sú prenášateľmi mnohých zoonóz vrátane besnoty. Mnohé členské štáty už majú určitú úroveň požiadaviek na registráciu alebo identifikáciu spoločenských zvierat, ale väčšina z nich je nie zlučiteľná a nie je možnosť sledovania voľného pohybu zvierat v EÚ. Zlučiteľné systémy identifikácie a registrácie pre psy a mačky by obmedzili priestor na falšovanie dokumentov a nezákonné obchodovanie, čím by prispeli aj k zlepšeniu dobrých životných podmienok zvierat, k ochrane verejného zdravia a zdravia zvierat.

Michaela Šojdrová (PPE), písomně. – Podpořila jsem usnesení Evropského parlamentu o zavedení kompatibilních systémů registrace zvířat v zájmovém chovu ve všech členských státech. Chov domácích mazlíčků přináší mnoha lidem radost, ale může přinášet také starosti. Osobně jsem se problematikou označování a registrace psů v zájmovém chovu zabývala v době mého poslaneckého mandátu v Poslanecké sněmovně PČR. Je pro mne jistým zadostiučiněním, že se EP přiklání k myšlence registrovat zvířata v domácím chovu.

Ve zprávě Evropského parlamentu se uvádí, že v některých zemích EU se objevují znepokojivé prokázané informace o stále častějších případech porušování pravidel pro zájmový chov a jeho zneužívání ke komerčním účelům za podmínek, kdy dochází k týrání zvířat. Příkladem takových praktik může být chybějící vakcinace a vhodná antivirová léčba a nedostatečná veterinární a sanitární péče o zvířata, s nimiž se nezákonně obchoduje. Zpráva upozorňuje na nárůst obchodu s volně žijícími zvířaty a s tím spojené ohrožení lidského zdraví i životů. Zpráva uvádí, že kompatibilní celoevropské požadavky na identifikaci a registraci zvířat v zájmovém chovu by jednak mohly bránit nelegálnímu obchodu, týrání zvířat a lépe by bylo chráněno také veřejné zdraví občanů. EP vyzval Komisi, aby přijala přísná a účinná opatření k řešení nelegálního obchodu se zvířaty v zájmovém chovu, včetně volně žijících zvířat.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pisno. – Nevladne organizacije, organi kazenskega pregona, pristojni organi in veterinarji posedujejo dokaze o vse večjem obsegu nezakonite trgovine s hišnimi živalmi, razširjenih zlorabah ureditve o premikih hišnih živali, izogibanju pregledom in ponarejanju dokumentov. Po njihovih navedbah je nezakonita trgovina s hišnimi živalmi, med drugimi tudi prostoživečimi in eksotičnimi, povezana s hudimi kaznivimi dejanji in organiziranim kriminalom.

Kljub nedavnim izboljšavam še vedno obstajajo precejšnje težave v zvezi s podatki v potnih listih za hišne živali. Hišne živali, s katerimi se nezakonito trguje, so pogosto gojene v neprimernih razmerah, niso socializirane in so bolj izpostavljene tveganju bolezni. Pri tem se mi zdi pomembno poudariti, da je kar 70% novih bolezni, ki so se v zadnjih desetletjih pojavile pri ljudeh, živalskega izvora.

V večini držav članic že veljajo določene zahteve za identifikacijo in registracijo hišnih živali, vendar pa večina teh podatkovnih baz še ni usklajena, sledljivost pri premikih hišnih živali po EU pa je omejena. Strinjam se, da bi bile usklajene vseevropske zahteve za identifikacijo in registracijo hišnih živali pomemben korak naprej pri varstvu dobrobiti živali ter javnega zdravja.

Zaradi navedenega sem na plenarnem zasedanju glasoval za sprejetje predloga resolucije o uvedbi usklajenih sistemov za registracijo hišnih živali v državah članicah.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Nevladine organizacije, tijela kaznenog progona, nadležna tijela i veterinarci zabilježili su porast nezakonite trgovine kućnim ljubimcima uz raširenu zlouporabu Uredbe o premještanju kućnih ljubimaca, izbjegavanje kontrola i krivotvorenje dokumenata. Unatoč nedavnim poboljšanjima još postoje veliki problemi s podacima iz putovnica za kućne ljubimce, posebno u pogledu načina na koji se može provjeriti točnost podataka o starosti pojedine životinje. Stoga pozdravljam poboljšanja Uredbe o premještanju kućnih ljubimaca uvedena Uredbom (EU) br. 576/2013, uključujući i dodatne sigurnosne značajke putovnica za kućne ljubimce, te dodatna poboljšanja koja će uslijediti kada suzakonodavci donesu zakon o zdravlju životinja. Zato sam podržao ovo izvješće.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Nevladine organizacije kao i tijela kaznenog progona, nadležne vlasti i veterinarci ukazuju na postojanje sve veće nezakonite trgovine kućnim ljubimcima. Procjenjuje se da je to treća najprofitabilnija grana nezakonite trgovine u Uniji, nakon trgovine drogom i oružjem, te se nezakonita trgovina kućnim ljubimcima sve više povezuje s teškim i organiziranim kriminalom.

Kućni ljubimci kojima uzgajatelji nezakonito trguju često su loše uzgojeni, slabo socijalizirani i izloženi visokom riziku od bolesti, a poznati su slučajevi iznenadnih smrti kućnih ljubimaca. 70% novih bolesti koje su se tijekom posljednjih desetljeća pojavile kod ljudi potječu od životinja zbog neodgovarajuće skrbi. Schengensko područje građanima omogućuje slobodno kretanje među državama članicama te time olakšava i premještanje životinja unutar Unije bez kontrole.

Podržavam prijedloge izražene u ovoj rezoluciji jer smatram da bi se uvođenjem kompatibilnih sustava uvjeta identifikacije i registracije kućnih ljubimaca smanjio opseg krivotvorenja dokumenata i nezakonitog trgovanja čime bi se zaštitilo javno zdravlje i zdravlje životinja. Također, smatram da kućni ljubimci pozitivno doprinose mnogim vlasnicima i obiteljima i da bi mogli putovati na siguran i kontroliran način u cijeloj EU.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za skupni predlog resolucije o uvedbi usklajenih sistema za registraciju hišnih životinja u državama članicama.

Podatki številnih nevladinih organizacij in pristojnih organov kažejo, da smo priča krepitvi nezakonite trgovine s hišnimi živalmi, razširjenim zlorabam ureditve o premikih hišnih živali, izogibanju pregledom in ponarejanju dokumentov. Kot ugotavlja poročilo, gojenje prostoživečih živali kot hišnih živali pomembno ogroža dobrobit teh živali ter zdravje in varnosti ljudi.

Zato podpiram poziv Komisiji, naj sprejme odločne in učinkovite ukrepe za boj proti nezakoniti trgovini s hišnimi živalmi, vključno s prostoživečimi živalmi, ki se gojijo kot hišne živali.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Δυστυχώς, σύμφωνα με επίσημα στοιχεία υπάρχει μια αυξανόμενη παράνομη κατάχρηση του συστήματος μετακίνησης των ζώων συντροφιάς, το οποίο αποτελεί αντικείμενο εκμετάλλευσης για εμπορικούς σκοπούς.

Το κοινό ψήφισμα που τέθηκε για ψήφιση στην ολομέλεια επισημαίνει πως πολλά κράτη μέλη έχουν υποχρεωτικά συστήματα για την ταυτοποίηση και καταγραφή των ζώων συντροφιάς και αναγνωρίζει ότι απαιτείται μεγαλύτερη συνεργασία μεταξύ των κρατών μελών ώστε να περιοριστούν οι δυνατότητες πλαστογράφησης εγγράφων και παράνομου εμπορίου, βελτιώνοντας με τον τρόπο αυτό τις συνθήκες διαβίωσης των ζώων, αλλά και προστατεύοντας τη δημόσια υγεία.

Για τους λόγους αυτούς υπερψηφίσαμε το κοινό ψήφισμα.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Η παρούσα έκθεση υπογραμμίζει τη θετική συμβολή των ζώων συντροφιάς στη ζωή εκατομμυρίων μεμονωμένων ιδιοκτητών και οικογενειών σε όλη την ΕΕ, και επιβεβαιώνει ότι οι ιδιοκτήτες πρέπει να είναι σε θέση να μετακινούνται με τα ζώα τους με ασφαλή και ελεγχόμενο τρόπο σε όλη την Ένωση.

Υπερψηφίζουμε στο σύνολο τους τις εκδόσεις, για τον σωστό εμβολιασμό, την ορθή ταυτοποίηση και την καταγραφή των ζώων συντροφιάς, καθώς διασφαλίζεται η προστασία της δημόσιας υγείας και της υγείας των ζώων και επίσης υπάρχει η δυνατότητα αποτελεσματικής ιχνηλασιμότητας εντός της Ένωσης για την εξάλειψη του παράνομου εμπορίου.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a kedvtelésből tartott állatok közös, kompatibilis nyilvántartási rendszereinek bevezetésével kapcsolatos állásfoglalási indítványt. Az állásfoglalás rámutat arra, hogy a kedvtelésből tartott állatokkal való illegális kereskedelem egyre terjed, ami a kedvtelésből tartott állatok utaztatási rendszerével való széles körű visszaéléssel, az ellenőrzések elkerülésével és okirat-hamisítással jár együtt. Olyannyira, hogy az Európai Unióban az ezen állatokkal folytatott illegális kereskedelem a jövedelmezőséget tekintve a harmadik helyen áll, a kábítószer és a fegyverek után.

Az állásfoglalás fontos megállapításának tartom, hogy azért is kell foglalkoznunk az üggyel, mert az illegális kereskedelem tárgyát képező, kedvtelésből tartott állatok gyakran rosszul tenyésztettek, gyengén szocializáltak és fokozottan ki vannak téve a betegségek kockázatának, és mivel az elmúlt évtizedekben megjelent új emberi betegségek 70%-a állati eredetűek.

Úgy gondolom, hogy a közös rendszer kialakítása nem feltétlenül lesz bonyolult, mivel a tagállamok többsége már rendelkezik valamiféle nyilvántartási és/vagy azonosítási rendszerrel, azonban (ennek ellenére) az uniós határokon átszállított kedvtelésből tartott állatok nyomonkövethetősége korlátozott.

Egyetértek azzal, hogy a kutyákra és a macskákra vonatkozó, kompatibilis azonosítási és nyilvántartási előírások csökkentenék az okirat-hamisítás és az illegális kereskedelem mértékét, ezzel javítva az állatok jólétét, védve a közegészséget és az állategészséget, valamint biztosítva az Unión belüli hatékony nyomonkövethetőséget.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Abbiamo votato a favore della risoluzione per introdurre dei sistemi compatibili per la registrazione degli animali negli Stati membri. La risoluzione intende creare una banca dati europea uniforme dove registrare e identificare gli animali, che sia anche compatibile con le banche dati degli Stati membri per avere una migliore tracciabilità degli animali domestici. L'esistenza di un sistema compatibile d'identificazione e registrazione degli animali selvatici comunemente tenuti come animali da compagnia ridurrebbe il commercio illegale e migliorerebbe la protezione della salute pubblica e della salute animale, così come della biodiversità. Un sistema compatibile a livello europeo deve assicurare l'efficace applicazione delle misure di prevenzione e controllo delle malattie animali trasmissibili. Dato che gli animali da compagnia sono molto presenti nella vita di tante famiglie, l'UE ha il dovere di controllarli e proteggerli.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen a tenu à souligner par ce texte le rôle positif que les animaux de compagnie jouent dans la vie de millions de personnes et de familles sur tout le territoire de l'Union et réaffirme que les propriétaires doivent pouvoir voyager avec leurs animaux dans toute l'Union de manière sûre et contrôlée.

Nous sommes globalement satisfaits des améliorations apportées au programme de voyage des animaux instauré par le règlement (UE) n° 576/2013, notamment les dispositifs de sécurité supplémentaires figurant dans le passeport de l'animal de compagnie et les futures améliorations qui seront appliquées une fois la législation sur la santé animale adoptée par les législateurs.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution which calls for the introduction of compatible systems for the registration of pet animals across Member States. I believe that it will enable pet owners to travel with their pets in a safe, controlled manner, to fight illegal trade, but also to reduce the unnecessary bureaucracy and time delays linked to incompatible registration systems. A unitary system across the EU can also allow the tracing of the source of disease outbreaks and address animal abuse and welfare concerns.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Nevladine organizacije, tijela kaznenog progona, nadležne vlasti i veterinari ukazali su na porast nezakonite trgovine kućnim ljubimcima uz raširenu zlouporabu Uredbe o premještanju kućnih ljubimaca, izbjegavanja kontrola i krivotvorenja dokumenata. Zabrinjavajuća je činjenica kako je ta zlouporaba uredbe treća najprofitabilnija grana nezakonite trgovine u EU-u, nakon trgovine drogom i oružjem.

Većina država članica već ima određenu vrstu uvjeta za usklađivanje registracije i/ili standardizacije u pogledu metode identificiranja kućnih ljubimaca, a mnoge od tih baza podataka nisu međusobno povezane čime se onemogućava potpuna sljedivost u slučaju premještanja kućnih ljubimaca preko granica država članica.

Pozitivan doprinos kućnih ljubimaca životima milijuna pojedinačnih vlasnika i obitelji diljem EU-a je neupitan, zato bi vlasnici trebali biti u mogućnosti sa svojim kućnim ljubimcima putovati na siguran i kontroliran način u cijeloj Uniji. Upravo iz tog razloga nužno je uvođenje kompatibilnih sustava za registraciju kućnih ljubimaca u državama članicama. Stoga sam podržala ovo izvješće.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Podprla sem resolucijo o uvedbi usklajenih sistemov za registracijo hišnih živali v državah članicah.

Resolucija med drugim vsebuje priporočila, da bi si morale članice Unije izmenjevati podatke o registriranih psih in mačkah, saj nezakonita trgovina s hišnimi živalmi narašča. Živali se pogosto zlorabljaajo, povečuje se tveganje širjenja nalezljivih bolezni, nezakonita trgovina z njimi, vključno z divjimi in eksotičnimi živalskimi vrstami pa je vedno bolj povezana z organiziranim kriminalom.

Zagotoviti je treba tehnično usklajene registre mačk in psov, saj bomo s temi ukrepi zaščitili javno zdravje in zdravje živali.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución común para que se garantice la posibilidad de viajar con animales de compañía en las condiciones de higiene y seguridad necesarias entre los países miembros de la Unión, así como para evitar el tráfico ilegal de animales exóticos y salvajes.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A tagállamok többsége rendelkezik már valamiféle előírásokkal a kedvtelésből tartott állatok nyilvántartásba vételére és/vagy azonosítására vonatkozóan. A legtöbb ilyen adatbázis azonban még nem kompatibilis, és az uniós határokon átszállított kedvtelésből tartott állatok nyomonkövethetősége korlátozott. Voksommal az S&D-álláspontját támogattam.

Inese Vaidere (PPE), *rakstiski*. – Diemžēl Eiropā ir sastopami gadījumi, kad mīļdzīvnieki jeb lolojumdzīvnieki tiek turēti sliktos apstākļos un tirgoti nelegāli.

Nelegāli pārdotie lolojumdzīvnieki netiek vakcinēti, nesaņem nepieciešamos medikamentus vīrusa saslimšanas gadījumos, kā arī veterināro un sanitāro aprūpi, kā rezultātā tos bieži nākas ārstēt ar antibiotikām, kas var palielināt mikrobu rezistenci.

Šie nevakcinētie dzīvnieki ir bīstami cilvēkiem — tie pārnēsā vairāk nekā 100 dažādu veidu slimības, tostarp trakumsērgu. Septiņdesmit procenti no jaunajām, cilvēkus skarošajām slimībām, kas parādījušās pēdējo desmitgažu laikā, ir tieši dzīvnieku izcelsmes slimības.

ES valstu datubāzes, kurās katra dalībvalsts reģistrē datus par lolojumdzīvniekiem, šobrīd vēl nav savietojamas. Līdz ar to ir ierobežotas iespējas izsekot dzīvniekus, kuri tiek pārvietoti ES.

Tādēļ atbalstu saderīgas ES prasības attiecībā uz lolojumdzīvnieku identificēšanu un reģistrēšanu. Tās uzlabos dzīvnieku labturību, sabiedrības un dzīvnieku veselības aizsardzību, kā arī samazinās dzīvnieku dokumentu viltošanu un nelegālu tirdzniecību.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the non-binding resolution on the introduction of compatible systems for the registration of pet animals across Member States. The trafficking of pets, including wild and exotic animals, is increasingly connected to organised crime and poses a public health risk. The resolution calls for compatible databases of cats and dogs and other pet animals in all Member States. Registered pets, together with EU-wide data sharing, would reduce opportunities for falsifying documents and illegal trade, help to trace sources of disease outbreaks and restrict animal abuse and bad treatment.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – The registration of pets is an important tool in the fight to prevent abuse and combat the illicit trade in animals, two activities that often, but not exclusively have a symbiotic relationship. Given the success of the policy of free movement it is only natural that there should be compatible systems for the registration of pet animals across Member States to ensure that there is a proper coherence within our system to protect our pets. Registration closes an important loophole, but without convergence across the single market then the job is far less than half done.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor deze resolutie omdat ik het nodig vind dat er in heel Europa minimumnormen gelden over hoe we onze gezelschapsdieren behandelen. De wetgeving over en de behandeling van huisdieren in de EU is zeer divers, gaande van de Belgische wetgeving tot de situatie in de Roemeense hoofdstad Boekarest, waar honderden honden vrij rondlopen. Veel kan nog verbeteren, maar minimumregels zijn absoluut nodig.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Une résolution avait été adoptée en 2013 concernant les voyages des animaux de compagnie au sein de l'Union européenne et pour laquelle j'avais déjà voté favorablement.

Cette dernière encadrait le voyage des animaux avec la mise en place d'éléments de sécurité supplémentaires sur les passeports destinés aux animaux.

Depuis lors, il a été démontré que de nombreuses falsifications illégales ont été relevées et utilisées à des fins commerciales.

Chaque année, les milliers de ventes illégales d'animaux représentent un réel danger pour le bien-être des animaux. Il s'agit aussi d'un problème de santé publique au vu des risques des maladies transmissibles à l'être humain, de protection des consommateurs et de la lutte contre la criminalité organisée qui procède à un véritable trafic d'animaux notamment tropicaux.

Cette nouvelle résolution va dans le sens de la mise en place d'un système commun d'identification et d'enregistrement dans tous les États Membres.

J'ai voté pour cette résolution.

Cependant, la résolution incite la Commission à accentuer ses efforts et à proposer davantage de mesures contre le commerce illégal des animaux.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Embora em muitos Estados-Membros existam sistemas obrigatórios de identificação e registo de animais de companhia, a maioria desses bancos de dados não estão interligados, impedindo a rastreabilidade completa quando os animais são movidos através de fronteiras dos Estados-Membros. Além disso, quando estes sistemas existem, há discrepâncias entre o tipo de informação mantida, os animais abrangidos pelas exigências de identificação e registo e os níveis de governança no qual as informações são mantidas.

Propõe, então, esta resolução que haja uma harmonização dos requisitos de identificação e registo de cães (*Canis lupus familiaris*) e gatos (*Felis silvestris catus*), que iria reduzir a possibilidade de falsificação de documentos e de comércio ilegal, melhorando, assim, o bem-estar animal e a proteção da saúde pública e animal, prevendo uma rastreabilidade efetiva na União. Votamos a favor.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Zum einen spricht sich die Resolution gegen den illegalen Handel von Heimtieren aus, was zu befürworten wäre, allerdings soll dies mittels delegierter Rechtsakte der Europäischen Kommission geschehen. Daher habe ich mich enthalten.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Návrh uznesenia o zavedení zlučiteľných systémov registrácie spoločenských zvierat som podporila. V Európskej únii máme voľný pohyb osôb bez hraníc, a teda aj množstvo obyvateľov, ktorí si chcú napríklad na dovolenku zobrať so sebou svoje domáce zvieratá. Vzhľadom na možný prenos rôznych chorôb, ale aj na rastúcu krivku trestných činov spojených s nezákonným obchodovaním so zvieratami je však potrebné, aby sa tieto presuny zvierat diali kontrolovaným a bezpečným spôsobom. Opatrenia, na zavedenie ktorých Európsky parlament v tomto uznesení vyzval, sú na jednej strane v záujme obyvateľov Európskej únie, keďže štatisticky mnohé ľudské choroby sú živočíšneho pôvodu a zosúladené databázy by dopomohli k účinnejšej prevencii a ochrane verejného zdravia. Na druhej strane by nové pravidlá boli aj v záujme blaha zvierat. Nezákonný obchod sa totiž bohužiaľ spája s nedostatočnými znalosťami o stave zvierat alebo nedostatočnou starostlivosťou o tieto zvieratá, čo by v prípade sledovateľného pohybu bolo možné jednoduchšie vystopovať a zabrániť takýmto situáciám.

Kosma Złotowski (ECR), na piśmie. – Nielegalny handel zwierzętami domowymi nie jest wbrew pozorom zjawiskiem marginalnym. Istniejące obecnie regulacje krajowe w zakresie rejestracji zwierząt domowych nie są wystarczające, aby temu zjawisku przeciwdziałać. Proponowane rozwiązanie ma na celu lepszą koordynację takich systemów na poziomie europejskim, która pozwoli skuteczniej wykrywać tego rodzaju przestępstwa. Biorąc pod uwagę, że zwierzęta domowe są nosicielami wielu chorób, brak pełnej wiedzy o ich pochodzeniu czy wieku stanowi duże zagrożenie dla bezpieczeństwa sanitarnego i zdrowia obywateli UE.

Stworzenie europejskich standardów w zakresie rejestracji zwierząt domowych przyniesie wiele korzyści w walce z nieuczciwymi hodowcami i sprzedawcami, nierespektującymi przepisów w zakresie właściwej opieki nad zwierzętami. Pozwoli to również przeciwdziałać znęcaniu się nad zwierzętami domowymi oraz będzie stanowiło znaczące ułatwienie dla służb granicznych w kontrolowaniu osób podróżujących ze zwierzętami w obrębie UE. Oczywiście proponowane regulacje muszą uwzględniać najwyższe standardy w zakresie ochrony danych osobowych właścicieli rejestrowanych zwierząt i uwzględniać tylko te informacje, które są rzeczywiście niezbędne do ich właściwego i efektywnego funkcjonowania. Rozumiejąc potrzebę przeciwdziałania przypadkom nielegalnego handlu zwierzętami domowymi oraz zdając sobie sprawę z zagrożeń dla zdrowia publicznego wynikających z braku kontroli nad przemieszczaniem się zwierząt w obrębie Unii Europejskiej głosowałem za przyjęciem tego sprawozdania.

8.15. Humanitäre Lage in Jemen (B8-0147/2016, RC-B8-0151/2016, B8-0151/2016, B8-0152/2016, B8-0153/2016, B8-0155/2016, B8-0158/2016, B8-0160/2016)

Oral explanations of vote

Krisztina Morvai (NI). – A sok kritika után, amit én mindig kifejték itt, hadd adjak számot megint egy pozitív elmozdulásról. Sokunk kérésére és nyomására és felszólalásai nyomán úgy látom, hogy van egy elmozdulás, amit a jemeni jelentés is jelez. Eddig a következő volt a helyzet. Megállapította mindig az Európai Unió, hogy sajnálatos módon, általunk nem vizsgált okokból kitör valamilyen szörnyű háború egy harmadik világbeli, nyomorúságos helyzetben lévő országban. Onnan jönnek a menekültek, a menekülteket nekünk kötelességünk elhelyezni, letelepíteni például Magyarországnak is. Aki nem csinálja, mondjuk az én hazám, azt elkezdi gyalázní. Ez volt eddig a menetrend. Most változás van, kérem szépen, mert ez a jemeni jelentés már utána megy, és viszonylag őszintén utána megy az alapul fekvő okoknak. Elkezdí feltárni például azt, hogy Jemenben a Szaúd-Arábia által vezetett katonai beavatkozás, beleértve a nemzetközileg betiltott kazettás bombák használatát katasztrofális humanitárius helyzetet eredményezett. Jó barátunk – az Egyesült Államok – jó barátját, Szaúd-Arábiát is immáron kritikával illetjük, akárcsak az európai uniós tagállamok fegyver exportját. Azt hiszem ez a helyes út, feltárni az alapul fekvő okokat és orvosolni, és nem pedig azokat gyalázní, akik az ilyen helyzetből menekülteket nem tudják befogadni.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāj! Skaidrs, ka Jemena jau gadu desmitiem bija visnabadzīgākā valsts Arābijas pussalas reģionā. Revolūcija, kas bija pirms dažiem gadiem, piecus gadus atpakaļ, situāciju ne tikai neizmainīja, bet pasliktināja. Un skaidrs, ka esošajā momentā nesenā Saūda Arābijas intervence paralēli Irānas atbalstam reliģiski radnieciskajiem husītiem lielā mērā tikai pasliktināja jau esošo visai dramatisko civiliedzīvotāju stāvokli, jo absolūtā militārā aktivitātē un tās neaurrezdamība, neskaidri ieroču piegādes ceļi, ko tur slēpt, tas viss ir drausmīgi. Līdz ar to, lai uzlabotu humanitāro situāciju Jemenā, ir skaidrs, ka ārkārtīgi svarīgi Eiropas Savienībai ir implementēt un ieviest dzīvē arī ieroču embargo pret Saūda Arābiju. Līdz ar to es atbalstu šo dokumentu.

Written explanations of vote

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – This is a non-legislative and non-binding report. UKIP is concerned by the ongoing military and humanitarian crisis in Yemen, in particular the role played by both Saudi Arabia and Iran via proxies in the conflict. Amendment 1 calls for an arms embargo using the EU Common Position on Arms Exports 2008/944/CFSP. Whilst we are concerned by the role of Western arms exports to Saudi Arabia, we cannot support the use of EU mechanisms to address the issue and as such we abstained on Amendment 1 and the resolution as a whole.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – El Grupo socialista en el Parlamento apoya con su voto a favor una acción contundente ante la dramática situación humanitaria en Yemen, una crisis de enormes consecuencias humanas para 20 millones de personas, con gravísimas violaciones de los derechos humanos, y sobre la que la comunidad internacional no está poniendo la atención necesaria.

Con nuestro voto hemos instado a las partes en conflicto en Yemen a que permitan inmediatamente el acceso humanitario y sanitario y a que reanuden de manera inminente las negociaciones de paz para logra un solución política que ponga fin al conflicto.

Así mismo, condenamos los cada vez más frecuentes ataques a las instalaciones sanitarias de Médicos Sin Fronteras y hacemos un llamamiento a la comunidad internacional para que se asegure el respeto de los centros médicos como espacios protegidos en virtud del Derecho internacional humanitario.

En la cuestión concreta del embargo de armas a Arabia Saudí, el Grupo socialista ha liderado el apoyo a su establecimiento. Lamentamos, por tanto, el voto en contra y la dudosa ética que rige las posiciones de la parte conservadora de la Eurocámara, que apoya la transformación de las guerras en una macabra oportunidad para obtener beneficio comercial.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución sobre la situación humanitaria en Yemen puesto que señala de forma clara e inequívoca a la intervención militar liderada por Arabia Saudí como la causante de la catástrofe humanitaria. El régimen saudí ha utilizado bombas de racimo prohibidas a escala internacional y bombardeado objetivos civiles, incluidas instalaciones médicas, dañando gravemente infraestructuras básicas.

A pesar de los intentos de la derecha de la Eurocámara por evitar la votación de esta propuesta de Resolución, he apoyado con determinación la misma puesto que además desde mi Grupo hemos contribuido a la aprobación de una enmienda que llama a la Unión Europea a imponer un embargo en la venta de armas a Arabia Saudí por su incumplimiento del Derecho internacional humanitario.

Lamentablemente, mi país, en parte gracias a las estrechísimas relaciones entre la Familia Real española y la dinastía saudí, es uno de los principales proveedores de armas al régimen saudí. Seguiré denunciándolo y espero que esta Resolución contribuya a que esta venta de armas llegue a su fin.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen a adopté, aujourd'hui, à une courte majorité (359 pour, 212 contre 31 abstentions), dans une résolution sur la situation humanitaire au Yémen, un amendement demandant aux États membres la mise en place d'un embargo européen sur les ventes d'armes à destination de l'Arabie saoudite.

J'avais demandé, deux mois après les attentats de Paris, un embargo de l'Union sur les exportations d'armes vers les pays liés au terrorisme. Je me félicite de l'adoption de cette résolution.

L'Union doit aller plus loin et arrêter systématiquement ses exportation d'armes vers les pays ayant un lien direct ou indirect avec le terrorisme. Il est aussi urgent de faire respecter le traité de l'ONU sur le commerce des armes, entré en vigueur en décembre 2014.

La résolution adoptée demande en outre la mise en place d'une trêve humanitaire et des enquêtes sur les accusations de violation du droit international par l'Arabie saoudite et ses alliés. L'intervention de la coalition saoudienne au Yémen qui a débuté en mars 2015 a coûté la vie à 6 000 personnes, dont la moitié sont des civils.

La crise humanitaire touche aujourd'hui plus de 21 millions de personnes, soit 80 % de la population. Il est fondamental que les États membres, exportateurs d'armes, prennent en considération la protection des civils.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφώς*. – Το ψήφισμα αυτό έρχεται σε συνέχεια της συζήτησης που έγινε στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο στις αρχές Φεβρουαρίου. Η ανθρωπιστική κατάσταση στην Υεμένη όπως έχει διαμορφωθεί από τον εμφύλιο πόλεμο είναι δραματική καθώς καθημερινά υπάρχουν περισσότεροι νεκροί στην Υεμένη παρά στην Συρία.

Με το ψήφισμα καταδικάζονται οι πράξεις τόσο του συνασπισμού δυνάμεων υπό τη Σαουδική Αραβία που στηρίζει την Κυβέρνηση, όσο και των ανταρτών Χούτι

Με τροπολογία που κατατέθηκε από τη Σοσιαλιστική Ομάδα καθώς και άλλες 4 πολιτικές ομάδες, καλούμε την Ευρωπαϊκή Ένωση να εξετάσει το ενδεχόμενο επιβολής εμπάργκο όπλων προς τη Σαουδική Αραβία λόγω της πιθανότητας τα όπλα αυτά να χρησιμοποιηθούν στην παραβίαση του Διεθνούς Ανθρωπιστικού Δικαίου.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Im Hinblick auf die Verschlechterung der humanitären Lage im Jemen, der zurzeit von einem schrecklichen Bürgerkrieg heimgesucht wird, bringt das Parlament in der vorliegenden Entschließung seine große Besorgnis zum Ausdruck. Bei der Frage nach einem generellen Waffenembargo gegen Saudi-Arabien handelt es sich aber angesichts der vertrackten sicherheitspolitischen Lage auf der arabischen Halbinsel um eine regelrechte Wahl zwischen Pest und Cholera. Die durch den saudi-arabischen Staat verübten Verbrechen sind selbstverständlich nicht hinnehmbar. In diesem Sinne habe ich deshalb sowohl für die gesamte Resolution, als auch für die Abschnitte gestimmt, in denen festgehalten wird, dass Waffenlieferungen nicht zugelassen werden sollen, wenn eindeutig die Gefahr besteht, dass sie zur Verübung schwerwiegender Verletzungen des humanitären Völkerrechts eingesetzt werden – und das muss entsprechend durch Inspektoren kontrolliert werden. Waffenlieferungen sollten in meinen Augen aber für den Kampf innerhalb der Koalition gegen den IS erlaubt bleiben, denn der IS ist in meinen Augen aktuell das vorherrschende Problem in der Region. Im Sinne dieser Koalition halte ich ein generelles Waffenembargo aktuell demnach für nicht zielführend.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition de résolution pleine de bons sentiments mais qui n'a aucune idée de la toile de fond de l'affaire yéménite.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Firstly, I note that this is an 'own-initiative' report and therefore has very little, if any, actual impact upon the humanitarian situation in Yemen. The proposals contained in the report have no legal force whatsoever.

I agree with much of the text of this resolution. I am indeed concerned by the ongoing military and humanitarian situation in Yemen. I am concerned about Western – and indeed British – arms exports to Saudi Arabia. However, at the same time I note that this report calls for action to be taken at EU level.

This would be a considerable precedent to be set in terms of taking power away from the UK to make our own decisions, both on defence and trade. I do not believe in this principle.

However, I do have significant concerns about our own role in the United Kingdom and believe that it should be addressed by the British Parliament.

On balance I felt it appropriate to abstain.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją dėl humanitarinės padėties Jemene. Dėl Saudo Arabijos vadovaujamos karinė intervencijos Jemene susidarė katastrofiška humanitarinė padėtis, nuo kurios kenčia gyventojai visoje šalyje, turi rimtų pasekmių regione ir kelia grėsmę tarptautinei taikai ir saugumui. Nuo konflikto pradžios žuvo mažiausiai 5 979 žmonės, iš kurių beveik pusė – civiliai, o 28 208 buvo sužeisti. Pritariu, kad būtina koordinuoti humanitarinius veiksmus vadovaujant JT, ir pritariu raginimams visoms šalims prisidėti prie Jemeno humanitarinių poreikių tenkinimo. Visos šalys privalo leisti įvežti ir tiekti skubiai reikalingą maistą, vaistus ir teikti kitą būtiną pagalbą. Pritariu raginimams ES veiksmingai skatinti tarptautinės humanitarinės teisės laikymąsi. Saudo Arabija ir Iranas turi kartu išspręsti šią krizę, elgtis pragmatiškai ir geranoriškai ir nutraukti kovas Jemene.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce catalogue de bons sentiments totalement déconnectés de la très grave mais surtout très complexe crise que traverse le Yémen.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution commune qui souligne, tout d'abord, la situation humanitaire désastreuse (21 millions de Yéménites ont besoin d'une aide humanitaire sous une forme ou une autre) dans laquelle se trouve le pays depuis le début d'un conflit où près de 6 000 personnes ont déjà trouvé la mort et plus de 28 000 ont été blessées suite notamment aux frappes aériennes de la coalition menée par l'Arabie saoudite et aux actes perpétrés par les Houthis.

Le Parlement rappelle dès lors l'importance de l'aide humanitaire internationale, souligne sa préoccupation vis-à-vis des frappes aériennes de la coalition menée par l'Arabie saoudite, demande à toutes les parties de respecter le droit humanitaire et les droits de l'homme et à l'Union de promouvoir ces valeurs, notamment dans son dialogue politique avec l'Arabie saoudite.

Il souligne que seule une solution négociée et exempte de toute exclusive peut rétablir la paix et ajoute que toutes les parties doivent engager dans les plus brefs délais des négociations de paix sous l'égide des Nations unies.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La situazione di grave crisi, incertezza politica e sociale che continua ad affliggere lo Yemen è il risultato dell'incapacità di dare uno sbocco politico alle richieste di democrazia e apertura sostenute dalla popolazione civile. Insicurezza alimentare, malnutrizione, attacchi indiscriminati contro i civili, distruzione delle infrastrutture mediche e civili rappresentano problemi quotidiani generati dal persistente stato di guerra interna al paese. La presenza di un ampio numero di attori ibridi in gioco non facilita la risoluzione del conflitto che necessita della collaborazione di tutte le potenze dell'area, in particolare Arabia Saudita e Iran, per avviare il processo di pace. Ho firmato e sostenuto la risoluzione sulla situazione umanitaria nello Yemen perché sono convinto che solo una soluzione politica, inclusiva e negoziata possa garantire la cessazione della violenza. L'UE deve impegnarsi per promuovere il rispetto del diritto umanitario internazionale e favorire un nuovo ciclo di negoziati sotto l'egida dell'ONU.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de Resolución común puesto que considero que la Unión Europea debe promover con determinación el cumplimiento del Derecho internacional humanitario, según lo previsto en las directrices pertinentes de la Unión y que, en sus relaciones con Arabia Saudí, haga prevalecer la necesidad de cumplir el Derecho internacional humanitario sobre consideraciones de otro tipo (comerciales, geoestratégicas, etc.) y, en caso de que tal diálogo no obtenga resultados, valore otras medidas conformes a las Directrices de la Unión Europea para fomentar la observancia del Derecho internacional humanitario.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer a los diputados que han negociado esta Resolución sobre la situación humanitaria en Yemen. He votado a favor de la misma a la vez que he apoyado la enmienda presentada por mi grupo destinada a imponer un embargo de la UE a la venta de armas a Arabia Saudí habida cuenta de las graves acusaciones de incumplimiento del Derecho internacional humanitario por este país en Yemen.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Apparemment, les parlementaires européens ayant voté en faveur de cette résolution n'ont toujours pas compris qu'on ne réglait pas les problèmes politiques par des déclarations de bons sentiments.

Bien qu'elle ait le bon sens de mettre en cause les frappes menées par l'Arabie saoudite, il en va ainsi de cette résolution sur la situation humanitaire au Yémen que j'ai donc dû rejeter.

Les conflits tribaux et l'insécurité générale du pays ne se régleront pas parce que l'Union européenne fait les gros yeux. Celle-ci doit laisser les Nations unies jouer son rôle en faveur du processus de paix.

La situation humanitaire désastreuse – 153 dispensaires qui fournissaient précédemment des aliments à plus de 450 000 enfants en danger ont fermé, de même que 158 cliniques ambulatoires qui dispensaient des soins essentiels à près d'un demi-million d'enfants âgés de moins de cinq ans – ne doit pas fournir prétexte à l'Union pour outrepasser les prérogatives des États membres dans leur rôle sur la scène internationale, et Bruxelles, ainsi, n'a aucune légitimité pour imposer aux nations souveraines européennes sa politique en matière d'exportation d'armements.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La situación en Yemen es cada día más dramática. De acuerdo con las Naciones Unidas, un 80 % de su población necesitaría algún tipo de ayuda humanitaria y el 47 % vive por debajo del umbral de la pobreza.

El conflicto deja ya tras de sí 2,5 millones de personas desplazadas, 14,4 millones con necesidad de ayuda alimentaria y casi 20 millones que necesitan urgentemente acceso a la sanidad.

Para atajar esta situación, he votado a favor tanto de la enmienda que prevé imponer un embargo de la Unión Europea a la venta de armas a Arabia Saudí como a la Resolución Común que resalta la importancia de preservar la unidad, soberanía e integridad de Yemen a través de la búsqueda de una solución política, inclusiva y negociada.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, kurioje Europos Parlamentas išreiškia gilų susirūpinimą dėl vykstančio smurto Jemene ir dėl jo kilusios humanitarinės krizės, dėl kurios nukentėjo milijonai nekaltų vyrų, moterų ir vaikų. Be to, labai apgailestaujama dėl per konfliktą žuvusių ir nuo karo veiksmų kenčiančių žmonių. Parlamentas taip pat labai apgailestauja dėl civilių bei humanitarinių darbuotojų žūties Jemene ir dėl akivaizdžiai beato-dairiškų veiksmų prieš civilinę infrastruktūrą, įskaitant mokyklas ir ligonines. Taigi Europos Parlamentas ragina visas šalis gerbti visų Jemeno piliečių ir visų tų, kurie siekia taikos ir vykdo humanitarines misijas šalyje, įskaitant darbuotojus, gydytojus ir žurnalistus, žmogaus teises ir laisves. Be to, reikalauja nepriklausomai ištirti visus įtarimus dėl šiurkštaus elgesio su civiliais, jų kankinimo ir tikslinio žudymo bei kitų tarptautinės humanitarinės teisės ir žmogaus teisių teisės pažeidimų.

Franc Bogovič (PPE), pismo. – Humanitarna situacija v Jemnu je od 26. marca lani, ko so se začeli spopadi med Hutiji in vladnimi oz. koalicijskimi silami pod nadzorom Savdske Arabije, nevzdržna. Stalno bombardiranje ne zgolj lokacij upornikov, ampak vse ostale infrastrukture ter kulturne dediščine je postalo del vsakdana Jemencev. Le vprašanje časa je, kdaj se bodo slednji pridružili begunskemu valu proti Evropi. Savdska Arabija nedvomno ustvarja določeno umazano delo, za katerim se skrivajo poslovni interesi, Evropejci in celotna evropska politika pa je do teh problemov preveč mlačna.

Evropejci žal premalo razumemo način življenja v tem delu sveta, tudi ni prevelike želje za globlje spoznanje kulture in običajev ljudi, ki živijo na tem območju. To namreč preglasijo predvsem strateški interesi nad z nafto in plinom bogatim območjem, kar je tudi razlog za napade Savdske Arabije. Situacija je precej bolj kompleksna, kot je velikokrat predstavljena v javnosti, in na to moramo opozarjati.

V okviru resolucije, s katero od Komisije in Sveta zahtevamo večji angažma pri vzpostavitvi miru v Jemnu, sem podprl tudi amandma, ki poziva visoko predstavnico ta zunanjo politiko EU k sprožitvi pobude za vzpostavitev embarga EU nad prodajo orožja Savdski Arabiji, ki eklatantno krši mednarodno humanitarno pravo s svojo intervencijo v Jemnu.

Louise Bours (EFDD), in writing. – This is a non-legislative and non-binding report. UKIP is concerned by the ongoing military and humanitarian crisis in Yemen, in particular the role played by both Saudi Arabia and Iran via proxies in the conflict. Amendment 1 calls for an arms embargo using the EU Common Position on Arms Exports 2008/944/CFSP. Whilst we are concerned by the role of Western arms exports to Saudi Arabia, we cannot support the use of EU mechanisms to address the issue and as such we abstained on Amendment 1 and the resolution as a whole.

Renata Briano (S&D), per iscritto. – Sin dal principio del suo mandato l'inviato speciale delle Nazioni Unite, Ismail Ould Cheikh Ahmed, si è attivato per tenere colloqui di pace facilitati dall'ONU per mediare nella difficile situazione umanitaria dovuta alla guerra civile in corso nello Yemen.

Tali sforzi di mediazione devono essere sostenuti perché il costo umanitario in termini di vittime civili e di distruzione di edifici abitativi e di strutture di produzione e di commercio è ormai ingente ed è aldilà della possibilità di aiuto delle organizzazioni internazionali. La risposta militare non può essere la soluzione perché tutti gli sforzi attuati finora sia dalla coalizione saudita che dai ribelli Houti e dai rispettivi alleati hanno soltanto aggravato la grave crisi umanitaria in corso e hanno permesso ad Al-Qaeda e a Daesh di rafforzare la propria presenza nell'area e di aumentare l'efficacia e la portata delle loro azioni terroristiche, con ovvie ricadute negative per entrambe le parti e per la comunità internazionale.

È necessaria una mediazione ONU per una tregua fra le parti e una operazione umanitaria internazionale per soccorrere la popolazione civile dello Yemen.

Steeve Briois (ENF), par écrit. – Cette proposition de résolution tente de dresser le constat de la situation actuelle au Yémen, où les tensions communautaires se sont transformées en un conflit ethnique très complexe qui a entraîné une grave crise humanitaire touchant désormais la quasi-totalité de la population.

Ce texte n'est ni plus ni moins qu'un enchaînement de banalités dans un conflit extrêmement complexe dont se mêlent certaines puissances régionales, comme l'Arabie saoudite et l'Iran. Si nous sommes favorables à ce que ces États, en étroite collaboration avec les Nations unies, tentent d'apaiser la situation au Yémen, nous considérons que l'Union européenne n'a aucune légitimité pour intervenir sur ce sujet.

J'ai donc voté contre ce texte.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto finale di astensione. La situazione in Yemen è molto confusa e le parti in conflitto si lanciano reciprocamente accuse di violazione dei diritti umani. Inoltre l'adozione di sanzioni contro l'Arabia Saudita (di cui all'emendamento 1) oltre ad essere illiberale è suscettibile di ledere gli interessi del nostro apparato produttivo.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – El Grupo socialista en el Parlamento apoya con su voto a favor una acción contundente ante la dramática situación humanitaria en Yemen, una crisis de enormes consecuencias humanas para 20 millones de personas, con gravísimas violaciones de los derechos humanos, y sobre la que la comunidad internacional no está poniendo la atención necesaria.

Con nuestro voto hemos instado a las partes en conflicto en Yemen a que permitan inmediatamente el acceso humanitario y sanitario y a que reanuden de manera inminente las negociaciones de paz para logra un solución política que ponga fin al conflicto.

Así mismo, condenamos los cada vez más frecuentes ataques a las instalaciones sanitarias de Médicos Sin Fronteras y hacemos un llamamiento a la comunidad internacional para que se asegure el respeto de los centros médicos como espacios protegidos en virtud del Derecho internacional humanitario.

En la cuestión concreta del embargo de armas a Arabia Saudí, el Grupo socialista ha liderado el apoyo a su establecimiento. Lamentamos, por tanto, el voto en contra y la dudosa ética que rige las posiciones de la parte conservadora de la Eurocámara, que apoya la transformación de las guerras en una macabra oportunidad para obtener beneficio comercial.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore alla proposta di risoluzione sulla situazione umanitaria nello Yemen. La situazione umanitaria nel paese resta grave: quasi due terzi della popolazione necessita di aiuti e assistenza. Le Nazioni Unite hanno classificato la crisi umanitaria in corso di livello 3, la categoria più alta. L'80% della popolazione, oltre 20 milioni di persone, ha bisogno di assistenza umanitaria urgente. È necessario riprendere i colloqui di pace poiché questo conflitto può essere risolto unicamente con una soluzione politica inclusiva e negoziata capace di portare alla formazione di un governo di unità nazionale, al fine di ristabilire la pace e far fronte alla crisi umanitaria. L'Unione europea deve far sentire la sua voce e assicurare, lavorando insieme alla comunità internazionale, una soluzione politica alla crisi.

James Carver (EFDD), *in writing*. – This is a non-legislative and non-binding report. UKIP is concerned by the ongoing military and humanitarian crisis in Yemen, in particular the role played by both Saudi Arabia and Iran via proxies in the conflict. Amendment 1 calls for an arms embargo using the EU Common Position on Arms Exports 2008/944/CFSP. Whilst we are concerned by the role of Western arms exports to Saudi Arabia, we cannot support the use of EU mechanisms to address the issue and as such we abstained on Amendment 1 and the resolution as a whole.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution because I am deeply concerned about the situation in Yemen which does not seem to be improving. The ongoing conflict has a severe impact on the local civilian population, leaving hundreds dead and many more injured. Malnutrition is also an enormous problem, affecting children in particular, who additionally also suffer from limited access to educational facilities. The hostilities are destabilising the entire region and I worry that they may eventually pose a threat to peace and security on a wider scale. I therefore hope for coordinated humanitarian action under UN leadership and a swift resolution of the crisis.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa importante risoluzione sulla situazione umanitaria in Yemen e sono particolarmente soddisfatto dell'adozione dell'emendamento in cui si chiede espressamente che l'Alto rappresentante della politica estera dell'Unione lanci un'iniziativa per imporre un blocco al flusso di armi in Arabia Saudita. Il Movimento 5 Stelle in Europa si è battuto molto per l'approvazione di questo emendamento e si tratta di una vittoria importante che manda un messaggio chiaro da parte dell'Europa sul conflitto in corso.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Lo Yemen è il paese più povero della Penisola arabica: il 47% della sua popolazione vive sotto la soglia di povertà ed è caratterizzato da uno dei più alti indici di malnutrizione al mondo. Pertanto il conflitto che oggi affligge lo Yemen si somma alla già precaria situazione di povertà in cui versa il paese, dando luogo ad una profonda e dilagante crisi umanitaria che ha generato ingenti flussi di migrazione interna e un forte aumento dei prezzi dei beni di primaria necessità. Le cifre fornite dalle organizzazioni umanitarie ritraggono un quadro molto sconcertante: si parla infatti di 2,5 milioni di sfollati e l'82% della popolazione yemenita ha bisogno di assistenza umanitaria. Come spesso accade in questi casi, i minori risultano essere gli individui maggiormente colpiti dal conflitto presente oggi in Yemen, con gravi ricadute sull'accesso dei bambini all'istruzione, come sottolineato da UNICEF, e la chiusura di molti degli ospedali che fornivano assistenza sanitaria primaria a migliaia di bambini, che si trovano dunque oggi in una situazione di estremo rischio.

Condivido appieno le preoccupazioni e le richieste contenute nella proposta di risoluzione e per questo ho votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Στηρίζουμε την πρόταση ψηφίσματος και τονίζουμε ότι η ύπαρξη μιας σταθερής και ασφαλούς Υεμένης, με μια κυβέρνηση που λειτουργεί εύρυθμα, είναι ζωτικής σημασίας για τις διεθνείς προσπάθειες για την καταπολέμηση του εξτρεισμού και της βίας στην περιοχή και πέραν αυτής, καθώς και για την ειρήνη και τη σταθερότητα στην ίδια την Υεμένη.

Καλούμε όλες τις πλευρές να συμμορφωθούν με το διεθνές ανθρωπιστικό δίκαιο και το διεθνές δίκαιο των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και να συνεργαστούν επείγοντως με τον ΟΗΕ και τις οργανώσεις ανθρωπιστικών οργανώσεων για την παροχή βοήθειας σε όσους έχουν ανάγκη.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφώς*. – Το ψήφισμα του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου για την ανθρωπιστική κατάσταση στην Υεμένη αποτελεί μια προσπάθεια να εκφράσουμε την υποστήριξη της Ευρώπης προς οποιαδήποτε ενέργεια προστασίας δικαιωμάτων των πολιτών και ενάντια σε βάναισες στρατηγικές, πολιτικές ή πρακτικές που ασκούνται.

Καθώς έχουμε αποδεχθεί πως η κρίση στην Υεμένη είναι απόρροια της αδυναμίας πολιτικών δυνάμεων να εγγυηθούν σταθερότητα και δημοκρατία στην περιοχή, αποτελεί χρέος μας η έκφραση συμπαράστασης προς τους πολίτες της περιοχής, όπως επίσης και η έμπρακτη υποστήριξη των προσπαθειών που γίνονται για εξοάλυνση των προβλημάτων, ασκώντας πίεση προς πάσα κατεύθυνση ώστε να επανέλθει η ομαλότητα.

Για αυτούς τους λόγους αποφάσισα να ψηφίσω θετικά.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento poiché ritengo sia un dovere del Parlamento esprimersi a favore della cessazione delle ostilità in Yemen. Il conflitto, caratterizzato dalla violazione sistematica del diritto internazionale umanitario e in materia di diritti umani, ha condotto il paese in una situazione disastrosa. L'elevato numero dei morti e il dramma sociale che vive la popolazione si uniscono ai gravi danni arrecati al patrimonio infrastrutturale e storico yemenita. Il Parlamento europeo riafferma il proprio impegno a sostenere lo Yemen e il popolo yemenita e auspica il dispiegamento di un'azione umanitaria coordinata sotto la guida delle Nazioni Unite.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – È importante ricordare che l'UE, non essendo uno Stato, non può intervenire nella situazione degli altri Stati membri, quale essa sia. Tuttavia, ciò non ci autorizza a chiudere gli occhi di fronte alle gravi mancanze umanitarie che sta vivendo lo Yemen. Ho votato a favore di questa risoluzione per esercitare un po' di pressione diplomatica sulle autorità competenti affinché si rendano conto che il problema va risolto al più presto. Era tutto ciò che potevo fare e l'ho fatto.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – This is a non-legislative and non-binding report. UKIP is concerned by the ongoing military and humanitarian crisis in Yemen, in particular the role played by both Saudi Arabia and Iran via proxies in the conflict. Amendment 1 calls for an arms embargo using the EU Common Position on Arms Exports 2008/944/CFSP. Whilst we are concerned by the role of Western arms exports to Saudi Arabia, we cannot support the use of EU mechanisms to address the issue and as such we abstained on Amendment 1 and the resolution as a whole.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Before we seek a closer relationship with Yemen, which would provide for trade, economic and development cooperation, I believe that we need to engage more politically with trusted parties towards true democratic reform. This trust needs to be gained also with countries like Saudi Arabia and Iran, who are mentioned in this resolution as key drivers in resolving this situation.

The resolution provides for improved security responding to basic needs which are lacking like water shortage and the need to start to build trust by introducing economic diversification as a stepping stone towards the continuous democratisation process to bring radical challenges for the country.

We need to build further on recent cooperation agreements and programmes, but let us not miss the ultimate priority that the EU has, which is cooperation to support Yemen's policy to promote good governance and to fight against poverty. The recent attack on an MSF health centre in the Razei district further depicts the pressing security situation which the inhabitants are experiencing on a daily basis. This further reaffirms that the solution to the conflict must be a political one. We need to engage without preconditions and in good faith in another round of UN-facilitated negotiations with immediate effect because the humanitarian situation is of unprecedented proportions.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – L'attuale crisi nello Yemen è il risultato dell'incapacità dei governi che si sono succeduti di rispondere alle legittime aspirazioni del popolo yemenita alla democrazia, allo sviluppo economico e sociale, alla stabilità e alla sicurezza. Sfortunatamente tale incapacità ha creato le condizioni per lo scoppio di un violento conflitto che ha portato a una situazione umanitaria disastrosa per la popolazione, costituendo una minaccia per la pace e la sicurezza a livello internazionale. La risoluzione mira ad un'azione umanitaria coordinata tra tutti i paesi, sotto la guida delle Nazioni Unite, che consenta l'ingresso immediato e la distribuzione di generi alimentari, farmaci e carburante e altre forme di assistenza necessaria. È bene ricordare che alcuni Stati membri dell'EU sono complici di questa situazione catastrofica, in quanto continuano ad autorizzare il trasferimento di armi e articoli correlati verso l'Arabia Saudita, violando la posizione comune 2008/944/PESC sul controllo delle esportazioni di armi. Mi esprimo con voto favorevole, con l'auspicio che l'EU e tutti gli Stati membri possano cooperare affinché vengano rispettate le leggi umanitarie internazionali e vengano fermati gli attacchi illegali, e in particolare l'invio di armi nello Yemen da parte di alcuni paesi europei tramite l'imposizione dell'embargo.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución sobre la situación humanitaria en Yemen puesto que señala de forma clara e inequívoca a la intervención militar liderada por Arabia Saudí como la causante de la catástrofe humanitaria. El régimen saudí ha utilizado bombas de racimo prohibidas a escala internacional y bombardeado objetivos civiles, incluidas instalaciones médicas, dañando gravemente infraestructuras básicas.

A pesar de los intentos de la derecha de la Eurocámara por evitar la votación de esta propuesta de Resolución, he apoyado con determinación la misma puesto que además desde mi Grupo hemos contribuido a la aprobación de una enmienda que llama a la Unión Europea a imponer un embargo en la venta de armas a Arabia Saudí por su incumplimiento del Derecho internacional humanitario.

Lamentablemente, mi país, en parte gracias a las estrechísimas relaciones entre la Familia Real española y la dinastía saudí, es uno de los principales proveedores de armas al régimen saudí. Seguiré denunciándolo y espero que esta Resolución contribuya a que esta venta de armas llegue a su fin.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'attuale crisi nello Yemen, frutto dell'incapacità dei governi di rispondere alle richieste di democrazia, sviluppo, stabilità e sicurezza; ha creato le condizioni per un violento conflitto. L'intervento militare a guida saudita – anche con l'uso di bombe a grappolo – ha generato una situazione umanitaria tragica. Dall'inizio del conflitto sono state uccise poco meno di 6 mila persone, quasi la metà delle quali civili, tra cui centinaia di donne e bambini. Inoltre, gli scontri e i bombardamenti hanno determinato l'interruzione della fornitura dei servizi essenziali, accrescendo il fabbisogno umanitario, che ormai investe oltre l'80% della popolazione. Siamo di fronte a due ordini di problemi. Da un lato, vi è forte la necessità di un'azione umanitaria, anche coordinata dalle Nazioni Unite, che abbia accesso alle zone in conflitto, per distribuire generi alimentari, farmaci e carburante di cui vi è un urgente bisogno, nonché di una tregua umanitaria per prestare assistenza e primo soccorso alla popolazione yemenita. In secondo luogo,

è nostro dovere sensibilizzare opinione pubblica e le autorità all'imposizione di un embargo immediato sulla vendita di armi all'Arabia Saudita. Crediamo sia nostro dovere impedire con ogni mezzo che interessi privati possano contribuire ad accrescere le sofferenze e l'emergenza della popolazione yemenita.

Pál Csáky (PPE), írásban. – Az Európai Parlament ma elfogadott állásfoglalási indítványában súlyos aggodalmát fejezte ki a Jemenben kialakult humanitárius helyzet aggasztó romlása miatt. A jemeni helyzet komoly kockázatot jelent a régió, különösen Afrika szarva, a Vörös-tenger és a tágabb Közel-Kelet térségének stabilitására nézve is. Az ellenségeskedés beszüntetésére való ismételt felhívások ellenére a korábbi belső konfliktus, a Szaúd-Arábia vezette koalíció által végrehajtott légitámadások intenzívebbé váltak, a harcok és a bombázások következtében az élelmiszer-ellátás bizonytalanná vált, a polgári lakosság, valamint az egészségügyi és a segélyszervezeti dolgozók ellen megkülönböztetés nélküli támadásokat indítanak, illetve megsemmisült a polgári és orvosi infrastruktúra. A jelentés hangsúlyozza, hogy az ENSZ vezetése alatt összehangolt humanitárius fellépésre van szükség, és arra sürget minden országot, hogy vegyen részt a humanitárius szükségletek kielégítésében.

Továbbá sürgeti valamennyi felet, hogy a lehető leghamarabb, jóhiszeműen és előfeltételek támasztása nélkül vegyenek részt az ENSZ által vezetett béketárgyalások újabb fordulójában, nézeteltéréseiket párbeszéd és konzultációk révén oldják meg, utasítsák el az erőszak politikai célok érdekében történő alkalmazását, és tartózkodjanak a provokációtól, valamint a politikai megoldás aláaknázására alkalmas bármilyen egyoldalú akciótól.

Edward Czesak (ECR), na piśmie. – Pomimo pokojowych wysiłków ONZ zachodzi obawa, że przemoc w Jemenie w ostatnich miesiącach może przerodzić się w powszechny konflikt zbrojny, w którym ludność, posiadając dostęp do broni ciężkiej, pogrąży się w wojnach plemiennych będących odbiciem tych z Syrii czy Iraku. W ostatnim czasie powstało zamieszanie wokół decyzji rządu w Jemenie – ostatecznie cofniętej – o uznaniu wysłannika ONZ ds. praw człowieka, George'a Abu al-Zulofa, za persona non grata. Oczywiście w szerszym kontekście zaniepokojenie budzą również regularne przypadki łamania praw człowieka, w tym ataki na dziennikarzy i instytucje medialne, coraz częstsze przypadki zaginięć, naruszanie Konwencji ONZ przeciwko stosowaniu tortur, zastraszanie i zatrzymywanie przedstawicieli mniejszości religijnych, a także przypuszczalne wykorzystywanie dzieci w konfliktach zbrojnych. Biorąc pod uwagę treść dokumentu oraz jego zawartość podjąłem trudną decyzję o wstrzymaniu się w głosowaniu. Uważam, iż dokument powinien być zdecydowanie bardziej wyrazisty w swojej treści.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – As I am extremely concerned about the alarming deterioration of the humanitarian situation in Yemen, which is characterised by widespread food insecurity and severe malnutrition and indiscriminate attacks against civilians and medical and aid workers, the destruction of civilian and medical infrastructure, I gave my support to this resolution. We need to address the unstable situation in Yemen effectively.

Nicola Danti (S&D), per iscritto. – Il 10 gennaio 2016 è stato bombardato un ospedale finanziato da Medici senza frontiere nello Yemen settentrionale; un incidente non isolato e gravissimo, che ha causato la perdita di numerose vite umane e che testimonia l'ulteriore precipitare della situazione all'interno del paese. Una crisi politica che si protrae da troppi anni e ha provocato una situazione umanitaria disastrosa – basti pensare al fatto che l'82% delle persone in Yemen necessitano oggi di aiuti umanitari – consolidando al tempo stesso la presenza di Daesh e di altri gruppi terroristici.

La soluzione di questa crisi umanitaria può realizzarsi soltanto attraverso un processo diplomatico e politico che favorisca la ripresa dei negoziati ed il dialogo genuino tra le parti, sotto l'egida delle Nazioni Unite e nel rispetto dei parametri enunciati dalla risoluzione 2216 del 2015. L'Unione e le sue istituzioni devono lavorare nei prossimi mesi per fermare questa crisi umanitaria: lo Yemen non può diventare territorio fertile per le organizzazioni terroristiche ed il cosiddetto Stato islamico.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Dans cette résolution, nous exprimons nos vives inquiétudes face aux actes de violence actuellement commis entre les rebelles houthis et la coalition menée par l'Arabie saoudite. Face à cette crise humanitaire, nous appelons au respect du droit humanitaire pour permettre l'acheminement de l'aide des Nations unies. L'Arabie saoudite et l'Iran, qui ont un rôle clé à jouer dans la résolution de la crise, doivent trouver un compromis pour mettre fin aux combats au Yémen. Considérant que cette résolution est équilibrée, j'ai voté en faveur.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa proposta di risoluzione per chiedere un cessate il fuoco che metta fine agli attacchi contro i civili, il personale umanitario e sanitario, i combattimenti sul terreno e i bombardamenti degli aerei sauditi e della coalizione araba-sunnita nello stato dello Yemen. Il cessate il fuoco è ora più che mai necessario per permettere agli aiuti umanitari di raggiungere la popolazione civile colpita dal conflitto. Ritengo che solo una soluzione politica inclusiva e negoziata può ristabilire la pace e preservare l'unità dello Yemen per tale ragione esorto l'ONU a condurre un nuovo ciclo di negoziati con tutte le parti coinvolte nella guerra.

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA-delegatie stemt voor het amendement waarin de hoge vertegenwoordiger van de EU wordt verzocht het initiatief te nemen voor een wapenembargo van de EU tegen Saudi-Arabië ingeval dat noodzakelijk is ingevolge bewezen schendingen van het internationaal humanitair recht in Jemen door Saudi-Arabië. Wij vinden wel dat een dergelijk wapenembargo betrekking dient te hebben op eigenlijke militaire goederen en niet op zogenaamde *dual use*-goederen.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – Je suis extrêmement préoccupé par l'aggravation alarmante de la situation humanitaire au Yémen: risque de famine, attaques aveugles contre des civils, y compris le personnel médical et les travailleurs humanitaires, destruction d'infrastructures civiles et médicales suite à l'intensification des frappes aériennes et à l'utilisation de bombes à fragmentation. Plus de 2,51 millions de Yéménites ont été déplacés dans le pays. 21,1 millions de personnes (80 % de la population) ont besoin de protection ou d'aide humanitaire sous une forme ou une autre. Plus de 2,2 millions d'enfants souffrent ou risquent de souffrir de malnutrition. Face à ce constat alarmant, je soutiens la demande d'une action humanitaire coordonnée sous l'égide de l'ONU et une contribution de tous les pays pour répondre aux besoins humanitaires du Yémen. Je soutiens également la demande adressée à l'Union de promouvoir efficacement le respect du droit international humanitaire dans le cadre de son dialogue politique avec l'Arabie saoudite et ses partenaires, mais également avec l'Iran, car les deux États ont un rôle clé à jouer dans la résolution de la crise.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce texte renferme beaucoup de bonnes intentions, mais témoigne d'une méconnaissance des tenants et aboutissants de l'affaire yéménite. En outre, il tend à imposer aux États la politique de l'Union en matière d'armement, et à donner à cette dernière un rôle international injustifié. Enfin, il manque de discernement vis-à-vis de l'Arabie saoudite, État controversé. Pour ces raisons, je me suis opposée à ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах „въздържал се“ на резолюцията относно хуманитарната ситуация в Йемен, тъй като случващото се в страната е силно обезпокоително, но и комплексно. Сигурността в Йемен постоянно се влошава и започва да придобива международно измерение, но същевременно сме свидетели на борба на интереси между две държави – Саудитска Арабия и Иран. От една страна Саудитска Арабия води открита война срещу бунтовниците, смятайки ги за ирански бойни части, а същевременно Иран призовава за незабавно спиране на въздушните бомбардировки извършвани от международната коалиция начело със Саудитска Арабия. Въпреки усилията на ООН да постигне мир в страната, интензивната борба по суша и въздушните бомбардировки продължават. Освен хилядите цивилни жертви, над милион и половина хора са напуснали домовете си. Ако не се предприемат мерки и не се постигне скорошен мир, има голяма опасност ситуацията в страната да ескалира в истинска гражданска война, а оттам в регионална етническа война между шиити и сунити.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. – Υπερψηφίζουμε μόνον εάν δεν περάσουν οι τροπολογίες 2 και 3 και αν περάσει η τροπολογία 1. Σε περίπτωση που περάσουν οι τροπολογίες εκ μέρους του ΕΛΚ, καταψηφίζουμε!

Εάν υπερψηφίσουμε θα το κάνουμε διότι το ψήφισμα αυτό παραδόξως υιοθετεί μια σωστή και αντικειμενική στάση, δεν εμπλέκεται άμεσα στο εσωτερικό της Υεμένης και καταδικάζει τη Σαουδική Αραβία και προτείνει μάλιστα και εμπάργκο όπλων εναντίον της, στο οποίο και είμαστε υπέρ.

Εάν καταψηφίσουμε θα το κάνουμε διότι με τις τροπολογίες που πέρασαν αλλοιώνεται ο πραγματικός χαρακτήρας του ψηφίσματος και εξυπηρετούνται για μια ακόμη φορά πολιτικές σκοπιμότητες και οικονομικά συμφέροντα.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A atual crise no Iémen é o resultado da incapacidade de sucessivos governos de responder às legítimas aspirações do povo iemenita à democracia, ao desenvolvimento económico e social, à estabilidade e à segurança criando condições para um surto de violência. Desde o início do conflito, pelo menos 5 979 pessoas foram mortas, cerca de metade das quais civis, e 28 208 pessoas foram feridas. Em 2015, a UE atribuiu 52 milhões de euros em nova ajuda humanitária à crise no Iémen e ao seu impacto no Corno de África e irá atribuir até 2 milhões de euros à instituição do mecanismo de verificação e inspeção das Nações Unidas.

Manifesto a minha preocupação com o agravamento alarmante da situação humanitária no país, caracterizada por uma situação de insegurança alimentar generalizada e desnutrição aguda, ataques indiscriminados contra civis, médicos e membros de organizações humanitárias, destruição de infraestruturas civis e médicas e pela intensificação dos ataques aéreos da coligação dirigida pelos Sauditas, combates terrestres e bombardeamentos, apesar dos repetidos apelos para uma nova cessação das hostilidades.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A situação grave que se vive neste momento no Iémen é inseparável de um processo em que potências estrangeiras exploram reminiscências, sentimentos, relações, tribais e feudais, atizando conflitos étnicos e religiosos, generalizando a corrupção e os tráficos criminosos, fomentando e instrumentalizando o terrorismo, sempre em proveito próprio.

O imperialismo multiplica conflitos no Médio Oriente que, como na Síria, estão a provocar sofrimento humano incommensurável, destruindo países de cujas riquezas o capital transnacional se pretende apoderar. Esta resolução, genericamente positiva, identifica vários problemas sentidos no momento atual pelo povo iemenita, mas peca pelo que está ausente.

Não condena expressamente o papel de potências imperialistas como os EUA e de outros países cuja ação tem contribuído para a morte de milhares de inocentes, como foram exemplo os bombardeamentos de Sana e Adén.

Propõe uma solução política para a situação mas não rejeita liminarmente futuras intervenções externas no Iémen. É inexistente a condenação do papel das ditaduras do Golfo Pérsico, nomeadamente da Arábia Saudita, nas agressões militares impostas àquele país.

Apesar da situação difícil que vivem os iemenitas, temos a plena confiança que mesmo neste emaranhado de contradições e conflitos atizados pela agressão estrangeira, triunfará a luta pela liberdade que o povo do Iémen prossegue.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as it is an abomination that Saudi Arabia is sold any arms.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo in quanto la situazione nello Yemen e' molto confusa.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The humanitarian situation in Yemen is extremely worrisome, since the delivery of assistance has been impacted by continued fighting. Conflict combined with poverty, forced displacement and rising food prices have aggravated an already serious humanitarian crisis during the last year.

I welcome the fact that the European Commission responded to the dramatic deterioration of the humanitarian situation in Yemen with an additional EUR 15 million in emergency funding in December. This assistance will prioritise life-saving assistance in the sectors of health, water, nutrition and food security, which have been particularly affected by the conflict and the collapse of government services.

Parties to the conflict have to abide by International Humanitarian Law and to ensure protection of civilians by refraining from direct and indiscriminate targeting of civilians and civilian infrastructure. Especially, the bombing of civilians and hospitals has to be avoided by all means, and represents a violation of international humanitarian law.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Mély aggodalommal tölt el a Jemenben alkalmazott erőszak és az annak következtében kialakult humanitárius válság, amely ártatlan férfiak, nők és gyermekek millióit sújtja, és a konfliktus során kioltott emberéletek és a harcok következtében a térségben rekedt személyek szenvedése.

Határozottan támogatom Iszmáíl Uld Sejk Áhmed ENSZ-különmegbízottnak a jelenlegi válság tartós és békés rendezésére irányuló erőfeszítéseit, valamint a konfliktusban részt vevő valamennyi állami és nem állami szereplőt, hogy tevékenykedjenek a béke és a megbékélés megteremtése érdekében, és előfeltételek nélkül vegyenek részt ebben a folyamatban.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de Resolución referente a la situación humanitaria en Yemen debido a la firme voluntad por parte de la Unión Europea de que se restaure la paz en esta importante región. Por ello, también he votado a favor de una enmienda para que la Unión Europea establezca un embargo de armas a Arabia Saudí, de acuerdo con la posición común del Consejo 2008/944/PESC de 8 de diciembre de 2008. La situación actual no puede ser más dramática, con más de 5 700 bajas desde marzo de 2015. Desde las instituciones europeas debemos contribuir a alcanzar un acuerdo de convivencia para acabar con el conflicto, evitando así el auge del terrorismo en distintas zonas del Golfo Pérsico.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – El Grupo socialista en el Parlamento apoya con su voto a favor una acción contundente ante la dramática situación humanitaria en Yemen, una crisis de enormes consecuencias humanas para 20 millones de personas, con gravísimas violaciones de los derechos humanos, y sobre la que la comunidad internacional no está poniendo la atención necesaria.

Con nuestro voto hemos instado a las partes en conflicto en Yemen a que permitan inmediatamente el acceso humanitario y sanitario y a que reanuden de manera inminente las negociaciones de paz para logra un solución política que ponga fin al conflicto.

Así mismo, condenamos los cada vez más frecuentes ataques a las instalaciones sanitarias de Médicos Sin Fronteras y hacemos un llamamiento a la comunidad internacional para que se asegure el respeto de los centros médicos como espacios protegidos en virtud del Derecho internacional humanitario.

En la cuestión concreta del embargo de armas a Arabia Saudí, el Grupo socialista ha liderado el apoyo a su establecimiento. Lamentamos, por tanto, el voto en contra y la dudosa ética que rige las posiciones de la parte conservadora de la Eurocámara, que apoya la transformación de las guerras en una macabra oportunidad para obtener beneficio comercial.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – El Grupo socialista en el Parlamento apoya con su voto a favor una acción contundente ante la dramática situación humanitaria en Yemen, una crisis de enormes consecuencias humanas para 20 millones de personas, con gravísimas violaciones de los derechos humanos, y sobre la que la comunidad internacional no está poniendo la atención necesaria.

Con nuestro voto hemos instado a las partes en conflicto en Yemen a que permitan inmediatamente el acceso humanitario y sanitario y a que reanuden de manera inminente las negociaciones de paz para logra un solución política que ponga fin al conflicto.

Así mismo, condenamos los cada vez más frecuentes ataques a las instalaciones sanitarias de Médicos Sin Fronteras y hacemos un llamamiento a la comunidad internacional para que se asegure el respeto de los centros médicos como espacios protegidos en virtud del Derecho internacional humanitario.

En la cuestión concreta del embargo de armas a Arabia Saudí, el Grupo socialista ha liderado el apoyo a su establecimiento. Lamentamos, por tanto, el voto en contra y la dudosa ética que rige las posiciones de la parte conservadora de la Eurocámara, que apoya la transformación de las guerras en una macabra oportunidad para obtener beneficio comercial.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione comune sulla situazione umanitaria nello Yemen perché considero le condizioni della popolazione della penisola arabica assolutamente drammatiche e inaccettabili.

Le continue e inascoltate richieste del popolo yemenita per un'apertura delle istituzioni in senso democratico hanno portato allo scoppio di una terribile guerra civile, con conseguenze altissime in termini di vite umane e forti ripercussioni non soltanto per la sicurezza e la stabilità della regione mediorientale, ma anche in altre aree calde del pianeta.

Le conseguenze più drammatiche riguardano i civili che, a causa degli scontri tra le diverse milizie e dei bombardamenti, non hanno accesso ai servizi essenziali e alle derrate alimentari e corrono un grave rischio di malnutrizione, oltre a essere bersaglio di attacchi indiscriminati da parte dei terroristi di al-Qaeda e ISIS, i quali hanno moltiplicato la loro presenza sul territorio.

Sottolineo la necessità di un'azione umanitaria sotto l'egida dell'ONU e di procedere immediatamente alla distribuzione di generi alimentari, di farmaci e di tutte le forme di assistenza necessarie.

Plaudo infine all'approvazione, in questa sede, della richiesta di avviare un'iniziativa finalizzata all'imposizione dell'embargo di armi nei confronti dell'Arabia Saudita a causa delle gravi violazioni dei diritti umani a danno degli yemeniti.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für die Entschließung zur Humanitären Lage in Jemen sowie einn europaweites Waffenembargo gegen Saudi-Arabien gestimmt, da mir klar ist, dass es immer Waffen sind, die Krieg möglich machen und menschliches Leid verschulden, im Jemen wie an vielen anderen Brennpunkten der Welt.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Frieden und die Stabilität im Jemen sind wichtig für die Reduzierung von Extremismus und Gewalt in der Region. Angesichts der internationalen Bemühungen zur humanitären Hilfe unter Leitung der Vereinten Nationen muss die EU hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – This is a non-legislative and non-binding report. UKIP is concerned by the ongoing military and humanitarian crisis in Yemen, in particular the role played by both Saudi Arabia and Iran via proxies in the conflict. Amendment 1 calls for an arms embargo using the EU Common Position on Arms Exports 2008/944/CFSP. Whilst we are concerned by the role of Western arms exports to Saudi Arabia, we cannot support the use of EU mechanisms to address the issue and as such we abstained on Amendment 1 and the resolution as a whole.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de Resolución común puesto que considero que la Unión Europea debe promover con determinación el cumplimiento del Derecho internacional humanitario, según lo previsto en las directrices pertinentes de la Unión y que, en sus relaciones con Arabia Saudí, haga prevalecer la necesidad de cumplir el Derecho internacional humanitario sobre consideraciones de otro tipo (comerciales, geoestratégicas, etc.) y, en caso de que tal diálogo no obtenga resultados, valore otras medidas conformes a las Directrices de la Unión Europea para fomentar la observancia del Derecho internacional humanitario.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – Jeudi 25 février, j'ai voté en faveur d'une résolution appelant à un cessez-le-feu des attaques contre les civils, le personnel d'urgence et médical, le combat au sol et les bombardements au Yémen pour permettre à l'aide d'urgence d'atteindre le peuple yéménite. C'est avec regret que nous constatons que la situation humanitaire au Yémen se dégrade gravement de jour en jour. En effet, le conflit au Yémen a fait plus de 6 100 morts, pour près de la moitié des civils, et environ 30 000 blessés, selon l'ONU. C'est pourquoi, un nouveau cycle de négociations de paix doit se concrétiser dans les plus brefs délais. Le Parlement européen a également réclamé un embargo sur les livraisons d'armes à l'Arabie saoudite, critiquant ses frappes aériennes au Yémen et le blocus maritime imposé à ce pays, qui ont fait des milliers de morts.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – El Grupo socialista en el Parlamento apoya con su voto a favor una acción contundente ante la dramática situación humanitaria en Yemen, una crisis de enormes consecuencias humanas para 20 millones de personas, con gravísimas violaciones de los derechos humanos, y sobre la que la comunidad internacional no está poniendo la atención necesaria.

Con nuestro voto hemos instado a las partes en conflicto en Yemen a que permitan inmediatamente el acceso humanitario y sanitario y a que reanuden de manera inminente las negociaciones de paz para lograr una solución política que ponga fin al conflicto.

Así mismo, condenamos los cada vez más frecuentes ataques a las instalaciones sanitarias de Médicos Sin Fronteras y hacemos un llamamiento a la comunidad internacional para que se asegure el respeto de los centros médicos como espacios protegidos en virtud del Derecho internacional humanitario.

En la cuestión concreta del embargo de armas a Arabia Saudí, el Grupo socialista ha liderado el apoyo a su establecimiento. Lamentamos, por tanto, el voto en contra y la dudosa ética que rige las posiciones de la parte conservadora de la Eurocámara, que apoya la transformación de las guerras en una macabra oportunidad para obtener beneficio comercial.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – Au Yémen, 6 000 personnes, dont 3 000 civils, ont perdu la vie, dans un conflit qui viole clairement le droit international. Face à cette situation inacceptable, j'ai soutenu cette résolution pour appeler à un cessez-le-feu qui permette l'accès humanitaire au peuple yéménite et demander à l'Union de décréter un embargo sur les armes livrées à l'Arabie saoudite, pays à la tête de la coalition arabo-sunnite qui, depuis mars 2015, pilonne la population dans ses écoles, hôpitaux et centres d'aide. Mon soutien en faveur de cet embargo s'inscrit dans la droite ligne de la position commune de l'Union sur les exportations d'armements de 2008. Cette décision impose aux États membres, lorsqu'ils exportent des armes, de prendre en compte le respect du droit international humanitaire par le pays de destination. L'embargo devrait être mis en place jusqu'à la fin des hostilités et la reprise des négociations.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of joint motion for a resolution. My deepest concern is at the ability of Al-Qaeda in the Arabian Peninsula and ISIS to benefit from the deterioration of the political and security situation in Yemen. The humanitarian situation in Yemen sees around 21 million Yemenis in urgent need of humanitarian aid. Therefore, all the parties should ensure safe, rapid and unhindered access for humanitarian aid delivery to all affected governorates, in particular Taiz.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – El Grupo socialista en el Parlamento apoya con su voto a favor una acción contundente ante la dramática situación humanitaria en Yemen, una crisis de enormes consecuencias humanas para 20 millones de personas, con gravísimas violaciones de los derechos humanos, y sobre la que la comunidad internacional no está poniendo la atención necesaria.

Con nuestro voto hemos instado a las partes en conflicto en Yemen a que permitan inmediatamente el acceso humanitario y sanitario y a que reanuden de manera inminente las negociaciones de paz para logra un solución política que ponga fin al conflicto.

Así mismo, condenamos los cada vez más frecuentes ataques a las instalaciones sanitarias de Médicos Sin Fronteras y hacemos un llamamiento a la comunidad internacional para que se asegure el respeto de los centros médicos como espacios protegidos en virtud del Derecho internacional humanitario.

En la cuestión concreta del embargo de armas a Arabia Saudí, el Grupo socialista ha liderado el apoyo a su establecimiento. Lamentamos, por tanto, el voto en contra y la dudosa ética que rige las posiciones de la parte conservadora de la Eurocámara, que apoya la transformación de las guerras en una macabra oportunidad para obtener beneficio comercial.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφπτώς*. – Στην Υεμένη διεξάγεται μια μακροχρόνια αντιπαράθεση, η οποία εντατικοποιήθηκε το 2015, όταν η Σαουδική Αραβία, ως επικεφαλής συνασπισμού ο οποίος τυγχάνει στήριξης από τις ΗΠΑ, ξεκίνησε βομβαρδισμούς στην Υεμένη, επιβάλλοντας παράλληλα σχεδόν πλήρη αποκλεισμό εισαγωγών στη χώρα. Η κατάσταση αυτή οδήγησε τον λαό στην πείνα και την εξαθλίωση ενώ η διενέργεια επιθέσεων κατά άμαχου πληθυσμού, ιατρικού προσωπικού και μελών ανθρωπιστικών οργανώσεων προκάλεσε τεράστιες απώλειες ανθρώπινων ζωών.

Η σύρραξη αυτή αποτελεί μια ακόμη προσπάθεια των ΗΠΑ και των συμμάχων τους να διατηρήσουν τον γεωπολιτικό έλεγχο και την κυριαρχία τους στην περιοχή. Συνένοχη σε αυτό το έγκλημα είναι και η ΕΕ, η οποία με την ανοχή της προς τις δικτατορίες της περιοχής και προς τα κράτη μέλη της, τα οποία συνεχίζουν να εξαγουν βαρύ αμυντικό εξοπλισμό στη Σαουδική Αραβία, οδηγεί στην υπόθαλψη της επιδείνωσης της σύγκρουσης στη χώρα.

Η σοβαρή επιδείνωση της ανθρωπιστικής κατάστασης στην Υεμένη, χρήζει άμεσης ανθρωπιστικής συνδρομής, γι' αυτό θεωρούμε ότι η υπερψήφιση του κοινού ψηφίσματος είναι η ενδεδειγμένη στάση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – The situation in Yemen has now become a grave humanitarian concern for the European Parliament. Given the serious risk of increased conflict and worsened conditions for civilians, I believe that it is essential that an initiative to launch an EU arms embargo on Saudi Arabia be implemented. The Saudi-led coalition has conducted airstrikes and a naval blockade in Yemen which has destabilised the region, led to thousands of deaths and consequently broken down its entire internal infrastructure. This clearly presents a serious risk to the stability and security of the region, but also presents a danger to the civilian population who now find themselves on the brink of a humanitarian catastrophe.

Terrorist groups such as ISIS and AQAP have taken advantage of the worsening conditions by increasing their memberships. Cooperation from both Saudi Arabia and Iran is necessary in order to obtain peace in the region. Peace in Yemen is paramount to the security of the Arabian Peninsula region and for this reason I have decided to vote in favour of the motion.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as the current crisis in Yemen is the result of a failure by successive governments to meet the legitimate aspirations of the Yemeni people for democracy, economic and social development, stability and security. This failure has created the conditions for an outbreak of violent conflict by failing to establish an inclusive government and fair power sharing, and systematically ignoring the country's many tribal tensions, widespread insecurity and economic paralysis.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – This is a non-legislative and non-binding report. UKIP is concerned by the ongoing military and humanitarian crisis in Yemen, in particular the role played by both Saudi Arabia and Iran via proxies in the conflict. Amendment 1 calls for an arms embargo using the EU Common Position on Arms Exports 2008/944/CFSP. Whilst we are concerned by the role of Western arms exports to Saudi Arabia, we cannot support the use of EU mechanisms to address the issue and as such we abstained on Amendment 1 and the resolution as a whole.

Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – This is a non-legislative and non-binding report. UKIP is concerned by the ongoing military and humanitarian crisis in Yemen, in particular the role played by both Saudi Arabia and Iran via proxies in the conflict. Amendment 1 calls for an arms embargo using the EU Common Position on Arms Exports 2008/944/CFSP. Whilst we are concerned by the role of Western arms exports to Saudi Arabia, we cannot support the use of EU mechanisms to address the issue and as such we abstained on Amendment 1 and the resolution as a whole.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – It is deplorable that Yemen has become the ground for a proxy war between Saudi Arabia and Iran. This conflict has resulted in a major humanitarian crisis with many dead and the displacement of millions. Saudi Arabia and Iran must put an end to this war that has plagued the state of Yemen.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prijedlog rezolucije o humanitarnoj situaciji u Jemenu jer smatram da treba što prije reagirati kako bi se riješila postojeća problematična situacija koja dovodi do zaoštavanja odnosa između Irana i Saudijske Arabije, u kojoj posljedice osjećaju nedužni civili. Djeca, žene i muškarci, brojke smrtnih slučajeva su zaista prevelike, i žalosno je da se mir i stabilnost u Jemenu čine tako dalekim i teško dostižnim u ovom trenutku.

Držim da upravo stabilnost i sigurnost moraju postati čvrsti temelji te države, uz vladu koja će biti ključna za međunarodne napore u borbi protiv ekstremizma i nasilja u regiji i izvan nje. Vjerujem također da se kriza u Jemenu može dugoročno riješiti uključivim političkim dijalogom.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Cette résolution, à l'instar de l'idéologie «droitdelhommiste» que développe l'Union européenne en matière de relations internationales, est pleine de bons sentiments, mais ne possède aucune idée de la toile de fond de l'affaire yéménite. Elle ne vise pas les véritables enjeux qui secouent le conflit, et évacue les implications nombreuses d'acteurs nuisibles dans la région (groupements terroristes islamistes). Elle ne soulève pas le rôle déterminant que possède l'Arabie saoudite et ses alliés au sein de ce conflit, et adopte une position timide envers ces acteurs, lesquels sont implicitement soutenus par des États membres de l'Union européenne.

J'ai donc voté contre ce texte.

Diane James (EFDD), *in writing*. – This is a non-legislative and non-binding report. UKIP is concerned by the ongoing military and humanitarian crisis in Yemen, in particular the role played by both Saudi Arabia and Iran via proxies in the conflict. Amendment 1 calls for an arms embargo using the EU Common Position on Arms Exports 2008/944/CFSP. Whilst we are concerned by the role of Western arms exports to Saudi Arabia, we cannot support the use of EU mechanisms to address the issue and as such we abstained on Amendment 1 and the resolution as a whole.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur la résolution concernant la situation humanitaire au Yémen. Je m'oppose évidemment à tous les actes allant à l'encontre des droits fondamentaux et du droit international avérés par des acteurs neutres et indépendants. La situation au Yémen est en effet intenable pour une majorité de civils et une solution rapide impliquant une résolution politique et démocratique pour le Yémen doit être trouvée afin que les civils, les humanitaires et les journalistes ne subissent plus les effets de cette guerre. Cependant, cette résolution, en accusant unilatéralement et de manière déséquilibrée des acteurs impliqués dans le conflit, n'allait malheureusement pas dans le sens d'une sortie de crise basée sur le dialogue entre tous ces acteurs.

Cette résolution a été adoptée.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – La situation humanitaire au Yémen est particulièrement grave depuis l'intervention d'une coalition d'États de la région contre les rebelles houthis. Le conflit a fait plus de 6 000 victimes, plus de 30 000 blessés et 80 % de la population yéménite aurait besoin d'une aide humanitaire selon l'ONU. Il est important que l'Union Européenne et son Parlement soient les porte-voix du respect du droit international et des droits fondamentaux.

Cependant la présente résolution visait plus à sanctionner et accuser certains acteurs de cette crise qu'à réellement pacifier la situation. Je me suis donc abstenu concernant cette résolution.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme dem vorliegenden Entschließungsantrag zu. Vor allem die Tatsache, dass Saudi-Arabiens Rolle in diesem Konflikt nicht verharmlost oder ignoriert wird, hat mich dazu bewegt.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution, as it is a clear humanitarian appeal to end the suffering of the people in Yemen.

Jude Kirton-Darling (S&D), *in writing*. – I support this resolution as I strongly believe that the EU can and must uphold international humanitarian law. The resolution highlights that some EU Member States have continued to authorise the transfers of weapons to Saudi Arabia in clear violation of the EU Common Position, despite evidence that these weapons have been used to commit human rights abuses in Yemen.

Together with other MEPs, I have also raised this issue directly with the High Representative for Foreign Affairs in a written question and I welcome the adoption of a resolution on the matter as an additional means to build up pressure on the Commission and the External Action Service.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Usnesení Evropského parlamentu o humanitární situaci v Jemenu považuji za dokument, který zasluhoval podpořit a jsem velmi ráda, že jsem tak mohla učinit. Usnesení kritizuje postup Saudské Arábie, resp. koalice vedené Saudskou Arábií v Jemenu, a zejména fakt, že vojenský zásah v Jemenu pod vedením Saudské Arábie, při němž byly použity mezinárodně zakázané kazetové bomby, způsobil katastrofální humanitární situaci, jež postihuje obyvatelstvo celé země, má závažné důsledky pro tento region a představuje hrozbu pro mezinárodní mír a bezpečnost. Text nezapomněl ani na události ze dne 10. ledna 2016, kdy byla bombardována nemocnice v severním Jemenu podporovaná organizací Lékaři bez hranic (Médecins Sans Frontières (MSF)) a že při zásahu zemřelo nejméně šest lidí, desítky jich byla zraněna, včetně zaměstnanců MSF, a že zdravotnické zařízení bylo vážně poškozeno. Požaduji vystřelení celé události a doufám, že to nebude zameteno pod koberec. Podle fondu UNICEF má konflikt v Jemenu vážné dopady i na přístup dětí ke vzdělání, neboť bylo zavřeno 3 584 škol, tedy jedna čtvrtina, což znemožnilo školní docházku téměř 2 milionům dětí vzhledem k tomu, že z toho 860 škol je poškozeno nebo jsou v nich ubytovány vysídlené osob. Doufám tedy, že tento konflikt bude brzy ukončen.

Στέλιος Κούλογλου (GUE/NGL), *in writing*. – This motion for resolution calls the EU to promote compliance with international humanitarian laws and to raise a dialogue with the civil society in Saudi Arabia. This resolution calls also for establishing an EU arms embargo against Saudi Arabia since the country does not respect international humanitarian law with Yemen. Only a political, inclusive and negotiated solution to the conflict can restore peace and preserve unity in Yemen. For those reasons I voted in favour of the resolution.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – We all should be aware that the humanitarian situation in Yemen is very critical. It is an unspeakable shame for humanity for 20 million Yemenis to be living below the poverty line in dire living conditions without access to drinking water, sanitation, education, medical care and essential services. Furthermore, because of fighting and an embargo, 2.5 million people have been displaced internally while around 125 000 Yemeni refugees have fled the country. In this critical situation, the EU, as the world's leading human rights champion and aid donor, should provide emergency humanitarian assistance to the civilian population in Yemen. Furthermore, together with the UN, the EU should use all of its political and economic capabilities to facilitate peace negotiations. If the EU manages to put an end to the civil wars in Yemen and Syria then it will be a matter of time until we find a long-term peaceful solution in the Middle East.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – L'intervento militare a guida saudita, nello Yemen, ha portato all'uccisione di almeno 5.979 persone, mentre altre 28.208 sono rimaste ferite. È inaccettabile che quasi 2,1 milioni di persone siano malnutrite, compresi oltre 1,3 milioni di bambini affetti da malnutrizione acuta grave. L'Unione europea ha già stanziato, nel 2015, 52 milioni di euro in aiuti umanitari e fornirà fino a 2 milioni di EUR per la creazione del meccanismo di verifica e ispezione delle Nazioni Unite (UNVIM) per le spedizioni commerciali verso lo Yemen. L'Unione europea giudica deplorabile l'aver colpito bersagli civili, tra cui ospedali, scuole, mercati, magazzini cerealicoli, porti e un campo di sfollati, danneggiando gravemente infrastrutture essenziali per la fornitura degli aiuti e contribuendo alla grave carenza di generi alimentari e di carburante nel paese. Condanniamo a gran voce le azioni di cui sopra e affermiamo nuovamente il nostro sostegno al popolo yemenita. Urge un dialogo politico con l'Arabia Saudita, al fine di far rispettare il diritto umanitario internazionale, cercando di attuare un'azione diplomatica efficace volta a promuovere l'osservanza degli obblighi umanitari internazionali.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution sur la situation humanitaire au Yémen. Il s'agit d'un texte plein de bons sentiments, mais qui n'a aucune idée de la toile de fond de l'affaire yéménite. Je tiens à dénoncer le report du vote de cette résolution, due à une mission de la commission des affaires étrangères de ce Parlement en Arabie saoudite qui devait avoir lieu après le vote de cette résolution lors de la première session de février. Il n'y a aucun intérêt à voter des résolutions si on n'a même pas le courage de les défendre face aux gouvernements concernés.

Javi López (S&D), *por escrito*. – El Grupo socialista en el Parlamento apoya con su voto a favor una acción contundente ante la dramática situación humanitaria en Yemen, una crisis de enormes consecuencias humanas para 20 millones de personas, con gravísimas violaciones de los derechos humanos, y sobre la que la comunidad internacional no está poniendo la atención necesaria.

Con nuestro voto hemos instado a las partes en conflicto en Yemen a que permitan inmediatamente el acceso humanitario y sanitario y a que reanuden de manera inminente las negociaciones de paz para logra un solución política que ponga fin al conflicto.

Así mismo, condenamos los cada vez más frecuentes ataques a las instalaciones sanitarias de Médicos Sin Fronteras y hacemos un llamamiento a la comunidad internacional para que se asegure el respeto de los centros médicos como espacios protegidos en virtud del Derecho internacional humanitario.

En la cuestión concreta del embargo de armas a Arabia Saudí, el Grupo socialista ha liderado el apoyo a su establecimiento. Lamentamos, por tanto, el voto en contra y la dudosa ética que rige las posiciones de la parte conservadora de la Eurocámara, que apoya la transformación de las guerras en una macabra oportunidad para obtener beneficio comercial.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – El Grupo socialista en el Parlamento apoya con su voto a favor una acción contundente ante la dramática situación humanitaria en Yemen, una crisis de enormes consecuencias humanas para 20 millones de personas, con gravísimas violaciones de los derechos humanos, y sobre la que la comunidad internacional no está poniendo la atención necesaria.

Con nuestro voto hemos instado a las partes en conflicto en Yemen a que permitan inmediatamente el acceso humanitario y sanitario y a que reanuden de manera inminente las negociaciones de paz para logra un solución política que ponga fin al conflicto.

Así mismo, condenamos los cada vez más frecuentes ataques a las instalaciones sanitarias de Médicos Sin Fronteras y hacemos un llamamiento a la comunidad internacional para que se asegure el respeto de los centros médicos como espacios protegidos en virtud del Derecho internacional humanitario.

En la cuestión concreta del embargo de armas a Arabia Saudí, el Grupo socialista ha liderado el apoyo a su establecimiento. Lamentamos, por tanto, el voto en contra y la dudosa ética que rige las posiciones de la parte conservadora de la Eurocámara, que apoya la transformación de las guerras en una macabra oportunidad para obtener beneficio comercial.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución sobre la situación humanitaria en Yemen puesto que señala de forma clara e inequívoca a la intervención militar liderada por Arabia Saudí como la causante de la catástrofe humanitaria. El régimen saudí ha utilizado bombas de racimo prohibidas a escala internacional y bombardeado objetivos civiles, incluidas instalaciones médicas, dañando gravemente infraestructuras básicas.

A pesar de los intentos de la derecha de la Eurocámara por evitar la votación de esta propuesta de Resolución, he apoyado con determinación la misma puesto que además desde mi Grupo hemos contribuido a la aprobación de una enmienda que llama a la Unión Europea a imponer un embargo en la venta de armas a Arabia Saudí por su incumplimiento del Derecho internacional humanitario.

Lamentablemente, mi país, en parte gracias a las estrechísimas relaciones entre la Familia Real española y la dinastía saudí, es uno de los principales proveedores de armas al régimen saudí. Seguiré denunciándolo y espero que esta Resolución contribuya a que esta venta de armas llegue a su fin.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Nesouhlasím s výzvami vůči Komisi a vysoké představitelce. Případné embargo na zbraně má být věcí členských států.

Monica Macovei (ECR), *în scris*. – În Yemen, părțile aflate în conflict lansează atacuri masive și sistematice asupra civililor, așa cum raportează ONU, informații preluate și în presa internațională.

În decembrie 2015, ONU estima că în Yemen au fost uciși cel puțin 5 700 de civili. Conflictul a dus la o criză umanitară fără precedent, care a afectat până în prezent 80 % din populația din Yemen.

Absența securității în zonele rurale forțează populația să sprijine diferitele triburi, sprijinind inclusiv modul în care rezolvă conflictele, în absența instituțiilor statale. Insecuritatea face ca numeroase grupuri tribale să fie influențate de grupările teroriste.

Solicit Arabiei Saudite și Iranului, care susțin direct sau indirect conflictul, să facă un efort pentru pace și reconciliere. Acest război prin intermediari are implicații grave în securitatea din regiune.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Jemen patří k najchudobnějším krajinám světa s najrýchlejšími rostoucím počtem obyvatelův, který sa za posledných dvadsať rokov zdvojnásobil. Nedostatok vzdelania s vysokou nezamestnanosťou, ekonomické, sociálne rozdiely a náboženská neznášanlivosť v spojení s chudobou boli a sú živnou pôdou pre vnútorné nepokoje a násilie. To uľahčuje násilnú činnosť teroristických skupín a organizácií. V dôsledku dlhotrvajúcej krízy sa Jemen zaradil medzi krajiny s najvyšším počtom vnútorne vysídlených osôb. Okrem sťaženého prístupu k potravinám je obyvateľstvo ohrozené predovšetkým nedostatkom zdravotnej starostlivosti. V spojení so sťaženými hygienickými a klimatickými podmienkami to môže urýchliť vznik epidémií. Európska únia nemôže situáciu v Jemene podceňovať. Preto musí vo vzťahu k Jemenu, najmä diplomatickou cestou, presadzovať potrebné opatrenia tak, aby došlo k uzavretiu prímeria a utečenecká kríza v EÚ sa neskomplikovala ešte viac.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – L'intervention de la coalition saoudienne au Yémen a occasionné plus de 6 000 morts, dont la moitié de civils. Cette crise humanitaire touche désormais 80 % de la population.

Un rapport d'experts destiné au Conseil de sécurité des Nations unies indique que les belligérants visent délibérément les populations et les infrastructures civiles, en violation du droit international humanitaire.

Cette résolution demande donc la mise en place d'une trêve humanitaire, ainsi que des enquêtes sur les accusations de violations du droit international par l'Arabie saoudite et ses alliés.

Les socialistes et démocrates, par l'intermédiaire d'un amendement, ont souhaité aller plus loin en demandant la mise en place d'un embargo européen sur les ventes d'armes à destination de l'Arabie saoudite.

Une telle décision s'inscrirait dans la droite ligne de la position commune de l'Union de 2008 sur les exportations d'armements, décision qui impose aux États membres, lorsqu'ils exportent des armes, de prendre en compte le respect du droit international humanitaire par le pays de destination.

Je vote donc en faveur de cette résolution, parce qu'elle délivre un message fort à l'endroit des belligérants.

Νότης Μαρίας (ECR), *γραφτως*. – Απείχα κατά την ψηφοφορία για την Κοινή Πρόταση Ψηφίσματος σχετικά με την ανθρωπιστική κατάσταση στην Υεμένη, διότι δεν είναι πλήρης.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), písemně. – Dnes jsem hlasovali o návrhu usnesení, které bylo podpořeno napříč většinou politického spektra. Všichni si totiž dobře uvědomujeme, jak kritická je humanitární situace v Jemenu, jehož obyvatelstvo musí čelit katastrofálním životním podmínkám. Vojenský konflikt pod vedením Saudské Arábie vyústil v používání zakázaných kazetových bomb, způsobil smrt nejméně 6 000 obětí a podle OSN naléhavě potřebuje pomoc v podobě pitné vody, potravin, lékařské pomoci nejméně 200 000 civilistů. Domnívám se, že situace v Jemenu představuje velké riziko pro stabilitu v celém regionu. Jsem přesvědčen, že je absolutně nezbytné pod vedením OSN okamžitě zahájit koordinovanou humanitární akci s tím, že všechny země by měly přispět k mírovému vyřešení situace. Usnesení jsem podpořil.

Gabriel Mato (PPE), por escrito. – La situación en Yemen es cada día más difícil e insostenible para los habitantes de este país y las personas que se han trasladado hasta allí para ayudarles.

Doy mi apoyo a la propuesta de Resolución de este Parlamento para exigir un alto al fuego y para que se adopten medidas que permitan que llegue la ayuda de urgencia. Ojalá este llamamiento sirva para que las partes enfrentadas se sienten a negociar una solución política a este conflicto.

Valentinas Mazuronis (ALDE), raštu. – Pritariu EP rezoliucijai dėl humanitarinės padėties Jemene. Manau, jog tik politinis ir derybomis pasiektas konflikto sprendimas gali atkurti taiką ir išsaugoti Jemeno vienybę, suverenumą, nepriklausomybę ir teritorinį vientisumą. Pritariu rezoliucijos nuostatomis, kuriose Saudo Arabija ir Iranas yra primygtinai raginamos nutraukti kovas Jemene, o tarptautinė bendruomenė teikti humanitarinę pagalbą ir pasirūpinti neatidėliotinais nuo krizės nukentėjusių civilių gyventojų poreikiais.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), par écrit. – La situation au Yemen empire depuis la prise de la capitale Sanaa par les Houthises.

Au moins 5 979 personnes ont trouvé la mort depuis le début du conflit et, selon l'aperçu des besoins humanitaires 2016 (HNO) paru en novembre 2015, 21,2 millions de personnes, soit 82 % de la population yéménite, ont besoin d'une aide humanitaire. La résolution condamne «l'intervention militaire au Yémen menée par l'Arabie saoudite» et condamne également les États membres de l'Union qui continuent à leur vendre des armes arguant que celles-ci «servent à commettre des violations graves du droit humanitaire international et à nuire à la paix, la sécurité et la stabilité régionales». La résolution déplore les violations du cessez-le-feu et «souligne la nécessité de coordonner l'action humanitaire sous l'égide des Nations unies». Je vote pour cette résolution qui dénonce clairement les agissements de l'Arabie saoudite et se place dans le cadre de l'ONU.

Joëlle Mélin (ENF), par écrit. – Mise à part la proposition de résolution du groupe GUE, qui était très bonne sur le fond, les autres sont pleines de bons sentiments mais ils n'ont pas, il me semble, une idée précise des problèmes de fond dans cette affaire. Par ailleurs, la plupart des groupes entendaient imposer aux États membres la politique de l'Union en termes d'exportation d'armes. C'est quelque chose qui n'est pas acceptable.

En conséquence, j'ai voté contre ces propositions.

Nuno Melo (PPE), por escrito. – Votei favoravelmente a resolução sobre a situação no Iémen. A instabilidade vivida no Iémen é muito preocupante. Há neste momento milhões de pessoas que necessitam de ajuda humanitária.

É extremamente importante que a UE continue a desempenhar um papel construtivo na tentativa de se encontrarem soluções para a estabilidade do país e para se pôr fim à violência.

Roberta Metsola (PPE), in writing. – I signed and supported this cross-party resolution which aims to plot the way forward in alleviating the worsening humanitarian situation in Yemen. The resolution highlights the fact that the situation on the ground is being exacerbated by external actors and by extremist and terrorist forces.

Miroslav Mikolášik (PPE), písomne – Občianska vojna v Jemene je ďalšou ranou Blízkeho východu. Dnes doslova môžeme povedať, že Blízky východ horí v plameňoch vojny a násilia. Nemocnice nemajú dostatok elektriny ani paliva na prevádzku sanitiek, chýba obrovský počet lekárov a pracovníkov, ktorí by mohli pomôcť zraneným. Zlý stav kanalizácie spôsobený bombardovaním môže neskôr spôsobiť rozšírenie nebezpečných chorôb. Túto situáciu treba jednoznačne riešiť bez zbytočného odkladu. V prvom rade dôrazne vyjadrujem pobúrenie nad tým, že niektoré európske krajiny dodávajú do Jemenu zbrane. Tieto dodávky treba okamžite ukončiť. Ďalej je potrebné zabezpečiť vstup humanitárnym pracovníkom do krajiny. Súhlasím so spravodajcami, že jediné a najlepšie možné riešenie celého konfliktu je politické riešenie. Situácia si vyžaduje rýchle riešenie. Svet sa už viac nemôže prizerať na zomierajúce deti, ženy a starých ľudí.

Marlene Mizzi (S&D), in writing. – I have voted in favour of the resolution on the humanitarian situation in Yemen, which criticises the actions of the Saudi-led coalition in Yemen that has led to a humanitarian crisis. It also criticises the actions of the Houthi rebels in Yemen. The resolution acknowledges that the arms sales from the EU Member States to Saudi Arabia, as one of the belligerent parties, are in violation of the EU Common Position on arms sales control. The resolution calls for the consideration of establishing an arms embargo on Saudi Arabia, in accordance with the EU Common Position on arms sales, which rules out selling arms in cases where there is a risk that they can be used to commit violations of international humanitarian law, which appears to be the case in the Saudi-led coalition's war in Yemen.

Sorin Moisă (S&D), in writing. – The situation in Yemen is obviously reaching alarming proportions across the country, with grave risks for the stability of the region and a threat to international peace and security. It is clear to me that unless and until stability is restored, other major issues like food insecurity, poverty, spiralling violence and spread of terrorist organisations, illiteracy are hard to address. Thus I fully support this resolution that urges all stakeholders to open peace negotiations and political dialogue that would put an end to the Yemeni struggle.

Csaba Molnár (S&D), írásban. – A tárgyban az ECR, a GUE/NGL, a Verts/ALE, az ALDE, az S&D, a PPE és az EFDD képviselőcsoportok nyújtottak be indítványt állásfoglalás elfogadására. Az ECR kivételével a többi hat csoport közös, kompromisszumos tervezetben állapodott meg, szavazatommal ezt támogattam.

Sophie Montel (ENF), par écrit. – Cette proposition de résolution est pavée de bonnes intentions mais elle écarte les causes profondes de la situation au Yémen et oublie sciemment la réalité yéménite. C'est pourquoi j'ai voté contre.

Alessia Maria Mosca (S&D), per iscritto. – Osservata la gravissima situazione umanitaria che affligge la popolazione yemenita, stremata da un perdurante e violento conflitto, non possiamo che accogliere positivamente la risoluzione. Dopo un'attenta valutazione della campagna militare, a guida saudita, esprimiamo una forte preoccupazione per le modalità attuate. L'uso di bombe a grappolo, la distruzione di ospedali e depositi di medicinali solleva, infatti, gravi dubbi sul rispetto del diritto umanitario internazionale. Il mancato rispetto del cessate al fuoco di tutte le parti coinvolte e l'inefficacia della dissuasione diplomatica ci impongono una presa di posizione più netta. Considerata la violazione della posizione comune 2008/944/PESC, che determina la sospensione della fornitura di armamenti laddove sorga il rischio di un loro utilizzo in violazione del diritto umanitario internazionale o si sospetti che il loro uso possa determinare una destabilizzazione regionale, auspichiamo l'istituzione di un embargo sulle vendite di armi all'Arabia Saudita. La situazione umanitaria, con oltre 21 milioni di civili in grave bisogno di assistenza umanitaria, è, infatti, ulteriormente peggiorata a causa del blocco navale e della distruzione delle infrastrutture nazionali, ad opera della coalizione a guida saudita, che impediscono un alleviamento delle sofferenze del popolo yemenita. La risoluzione, invocando una tregua immediata, è quindi fonte di forte condivisione.

Victor Negrescu (S&D), in writing. – I have voted for this motion for a resolution that calls on all state and non-state actors involved in the conflict to work together towards peace and reconciliation. The motion for a resolution urges Saudi Arabia and Iran to work together in order to find a peaceful solution for this crisis.

Момчил Неков (S&D), в писмена форма. – Ситуацията в Близкия изток и съседните му региони продължава да бъде епицентър на нестабилност с преливащ ефект към Европа.

Според наличната информация от началото на конфликта жертвите са близо 6 000 и близо 30 000 са ранени.

Аз намирам особено обезпокоителна информацията от УНИЦЕФ, че конфликтът има сериозно отражение върху достъпа до образование за близо 2 милиона деца и това, че над 3 500 училища са затворени. Лишени от образование и перспектива за по-нататъшното си развитие, тези деца стават лесен обект на радикализация и вероятността това да доведе до още повече негативни последици и насилие в региона през идните години расте.

Йемен се намира на стратегично за региона местоположение в близост до други конфликтни зони. Благодарение на липсата на решение на конфликта и воля за това, терористичните организации имат широко поле за разширяване и засилване на своето присъствие в региона.

По тези причини заставам твърдо зад призива към международната общност за приемане на мерки, които ще допринесат за спиране на въоръжените действия и конфликта в страната.

Franz Obermayr (ENF), schriftlich. – Ich hätte mich für diesen Bericht ausgesprochen, da der Jemen aufgrund seiner derzeitigen humanitären Lage dringend Unterstützung braucht. Der Jemen ist eines der ärmsten Länder der Welt, aus diesem Grund befürworte ich die Hilfe direkt vor Ort.

Urmás Paet (ALDE), kirjalikult. – Toetasin. EL peab tegema rohkem pingutusi, et vägivaldne konflikt Jeemenis leiaks lahenduse ning praegune katastroofiline humanitaarolukord lõpeks. Rahvusvaheliselt tuleb suurendada ka Saudi Araabia vastutust.

Margot Parker (EFDD), in writing. – This is a non-legislative and non-binding report. UKIP is concerned by the ongoing military and humanitarian crisis in Yemen, in particular the role played by both Saudi Arabia and Iran via proxies in the conflict. Amendment 1 calls for an arms embargo using the EU Common Position on Arms Exports 2008/944/CFSP. Whilst we are concerned by the role of Western arms exports to Saudi Arabia, we cannot support the use of EU mechanisms to address the issue and as such we abstained on Amendment 1 and the resolution as a whole.

Aldo Patriciello (PPE), per iscritto. – Il conflitto in corso nello Yemen trova origine nell'incapacità dei governi che si sono succeduti di rispondere alle aspirazioni democratiche, economiche e sociali del popolo yemenita, alimentando così il malcontento e le divisioni che sono sfociati nelle attuali violenze. Esprimo un voto favorevole, augurando un miglioramento di tali situazioni.

Marijana Petir (PPE), napisan. – Politička i humanitarna kriza u Jemenu prijeti destabilizacijom cijele regije te stoga smatram da je iznimno važno u najkraćem mogućem roku postići trajni prekid vatre. Patnje civila u ovoj zemlji zahvaćenoj krvavim sukobima, gdje milijuni ljudi trebaju humanitarnu pomoć, ne smiju nas ostaviti ravnodušnima. U prvom bih redu željela skrenuti pozornost na patnju djece u Jemenu, koja su jedna od najranjivijih skupina pogođenih humanitarnom jemenskom krizom i kojoj prijeti nestašica hrane i lijekova.

Zabrinjavajuće je i stanje s ljudskim pravima u Jemenu, koje spominje i ova rezolucija. Od početka sukoba česti su slučajevi mučenja civila, posebice pripadnika vjerskih manjina, napada na novinare, njihovih prisilnih nestanaka itd. Pridonijeti prestanku kršenja ljudskih prava može jedino uspostava trajnog mira i početak demokratskog procesa u Jemenu.

Pozivam sukobljene strane u Jemenu da pristupe pregovorima o mirnom rješenju krize. Apeliram također na Saudijsku Arabiju i njezine saveznike s jedne, te Iran s druge strane, da diplomatskim naporima podrže proces izlaska Jemena iz krize.

Florian Philippot (ENF), par écrit. – Comme souvent dès qu'il s'agit de politique étrangère (dans laquelle elle n'a d'ailleurs aucune compétence ni aucune légitimité), l'Union européenne se pose en donneuse de leçon et aligne les bons sentiments mais n'analyse pas la situation réelle et ne tient pas compte de tous les éléments. Cette proposition de résolution me convainc encore davantage qu'il serait catastrophique que la France se laisse enfermer dans une diplomatie de l'Union européenne sans vision et sans intelligence et qu'elle doit au contraire porter sa voix souveraine au milieu du concert des nations. Je vote donc contre ce texte.

Tonino Picula (S&D), napisan. – Vojna intervencija u Jemenu pod vodstvom Saudijske Arabije dovela je do katastrofalne humanitarne situacije koja pogađa stanovništvo u čitavoj zemlji, ima ozbiljne posljedice za tu regiju i prijetnja je međunarodnom miru i sigurnosti.

Od 26. ožujka 2015. Saudijska Arabija koja je na čelu koalicije Ujedinjenih Arapskih Emirata, Katara, Bahreina, Kuvajta, Jordana, Maroka i Sudana, koju podupiru Sjedinjene Američke Države, bombardira Jemen u okviru kampanje napada kojoj je cilj vratiti Hadija na vlast, a skupni učinak intenzivnih napada pogađa 80 % stanovnika Jemena kojih ima 26 milijuna. Prema procjenama trenutačno ima gotovo 2,1 milijun neishranjenih osoba, što uključuje više od 1,3 milijuna djece koja pate od ozbiljne i akutne neishranjenosti, a za 14,4 milijuna osoba dostupnost hrane je nesigurna. Pristup djece obrazovanju zaustavljen je za gotovo 2 milijuna djece. Pružanje osnovne zdravstvene skrbi prekinuto je za gotovo pola milijuna djece mlađe od pet godina.

Iz tog razloga snažno osuđujem prodaju oružja Saudijskoj Arabiji te podržavam glas u korist amandmana da se uspostavi embargo na prodaju oružja Saudijskoj Arabiji u kontekstu kršenja međunarodnog humanitarnog prava. Dodatno bih želio naglasiti važnost pronalaska političkog rješenja kako bi se okončala borba u Jemenu i uspostavio mir.

Joao Pimenta Lopes (GUE/NGL), por escrito. – A situação gravosa que se vive neste momento no Iémen está integrada num processo em que o Imperialismo explora sobrevivências tribais e feudais, ataca conflitos étnicos e religiosos, generaliza a corrupção e os tráficos criminosos e fomenta e instrumentaliza o terrorismo, sempre em proveito próprio.

O Imperialismo multiplica conflitos no Médio Oriente que, como na Síria, estão a provocar sofrimento humano desmesurado, destruindo países de cujas riquezas o capital transnacional pretende apoderar-se.

Este projeto de resolução, genericamente positivo, identificando vários problemas sentidos no momento atual pelo povo iemenita, peca pelo que está ausente.

Não condena expressamente o papel de potências imperialistas, como os EUA, e de outros países cuja ação tem contribuído para a morte de milhares de inocentes, como foram exemplo os bombardeamentos de Sana e Adem; propõe uma solução política para a situação, mas não rejeita liminarmente futuras intervenções externas no Iémen.

É inexistente a condenação do papel das ditaduras do Golfo Pérsico, nomeadamente da Arábia Saudita, nas agressões militares impostas àquele país.

Apesar da situação difícil que vivem os iemenitas, temos a plena confiança de que, mesmo neste emaranhado de condições e conflitos atizados pela agressão estrangeira, triunfará a luta pela liberdade que o povo do Iémen prossegue.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), per iscritto. – Dall'inizio del conflitto nello Yemen, almeno 5.979 persone sono state uccise e 28.208 ferite. Tra le vittime ci sono centinaia di donne e bambini. Inoltre, l'impatto umanitario sulla popolazione civile, a seguito degli scontri in corso tra le diverse milizie, dei bombardamenti e dell'interruzione della fornitura dei servizi essenziali, sta raggiungendo proporzioni allarmanti. L'UE ha già stanziato, nel 2015, 52 milioni di euro in aiuti umanitari per la crisi nello Yemen e stanzierà altri 2 milioni per la messa a punto del meccanismo ONU di verifica e ispezione (UNVIM) dei trasporti commerciali verso lo Yemen, facilitando in tal modo il libero flusso di articoli commerciali e aiuti umanitari verso il paese. Mi auguro che il conflitto possa essere risolto attraverso il raggiungimento di una soluzione politica, avviando quanto prima un nuovo ciclo di negoziati di pace sotto la guida delle Nazioni Unite.

Stanislav Polčák (PPE), písemně. – Evropská unie je odhodlána pomáhat obětem přírodních i člověkem způsobených katastrof po celém světě. Orgány EU spolu s členskými zeměmi Unie jsou největšími dárci humanitární pomoci na světě. Evropská unie pomáhá ve všech hlavních krizových oblastech po celém světě, včetně Jemenu. Již několik po sobě navazujících vlád v Jemenu nenaplnilo demokratické a společenské požadavky jemenského lidu, což zapříčinilo trvající nespokojenosti a neutichající násilí. Stávající situace v Jemenu zvyšuje mezinárodní nebezpečí, jež vyvolalo závažnou humanitární krizi, která zasáhla většinu jemenských obyvatel. Je zřejmé, že v Jemenu dochází v mnoha případech k porušování lidských práv, což se projevuje v útocích na sdělovací prostředky, porušováním Úmluvy proti mučení či věznění náboženských menšin. Z těchto důvodů se stavím kladně k usnesení Evropského parlamentu o humanitární situaci v Jemenu. Jsem toho názoru, že účinného řešení krize v Jemenu lze dosáhnout za pomoci politického dialogu, respektu lidských práv všech občanů a taktéž podílením se jemenských občanů na legitimním a transparentním politickém přechodu s jasným harmonogramem na základě výsledků konference o národním dialogu a dohody o míru a celonárodním partnerství.

Marcus Pretzell (ECR), schriftlich. – Dieser Gemeinsame Entschließungsantrag befasst sich mit der humanitären Lage im Jemen und benennt bisherige Opferzahlen sowie zentrale Orte, an denen der Konflikt ausgetragen wird. Er führt die derzeitige Krise im Jemen darauf zurück, dass mehrere aufeinanderfolgende Regierungen den „legitimen Bestrebungen des jemenitischen Volkes nach Demokratie, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, Stabilität und Sicherheit nicht gerecht geworden“ seien und verurteilt die Kriegsführung der Konfliktparteien Saudi-Arabien und der Huthi-Rebellen. An den Ergebnissen des sogenannten „Arabischen Frühlings“ konnte man sehr gut erkennen, dass Demokratie – aus westlicher Sicht – in islamischen Ländern nur bedingt funktioniert, weil Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte nicht in ausreichendem Umfang, neben der Möglichkeit der freien Wahl, etabliert wurden und werden. Der Versuch einer Demokratisierung solcher Länder führt im Regelfall zu einem Verlust an Stabilität und dem Ausbruch gewalttätiger Konflikte. Ich bin strikt gegen die Einmischung in fremden Ländern und habe deshalb gegen den Antrag gestimmt.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – É alarmante a situação humanitária no Iémen, caracterizada por uma situação de insegurança alimentar generalizada e desnutrição aguda, ataques indiscriminados contra civis, médicos e membros de organizações humanitárias, destruição de infraestruturas civis e médicas causadas pela intensificação dos ataques aéreos da coligação dirigida pelos sauditas, combates terrestres e bombardeamentos. É preciso que a UE reitere a necessidade absoluta do cessar das hostilidades e desenvolva todos os esforços com respeito à ajuda humanitária

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El Grupo socialista en el Parlamento apoya con su voto a favor una acción contundente ante la dramática situación humanitaria en Yemen, una crisis de enormes consecuencias humanas para 20 millones de personas, con gravísimas violaciones de los derechos humanos, y sobre la que la comunidad internacional no está poniendo la atención necesaria.

Con nuestro voto hemos instado a las partes en conflicto en Yemen a que permitan inmediatamente el acceso humanitario y sanitario y a que reanuden de manera inminente las negociaciones de paz para logra un solución política que ponga fin al conflicto.

Así mismo, condenamos los cada vez más frecuentes ataques a las instalaciones sanitarias de Médicos Sin Fronteras y hacemos un llamamiento a la comunidad internacional para que se asegure el respeto de los centros médicos como espacios protegidos en virtud del Derecho internacional humanitario.

En la cuestión concreta del embargo de armas a Arabia Saudí, el Grupo socialista ha liderado el apoyo a su establecimiento. Lamentamos, por tanto, el voto en contra y la dudosa ética que rige las posiciones de la parte conservadora de la Eurocámara, que apoya la transformación de las guerras en una macabra oportunidad para obtener beneficio comercial.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte de cette résolution, qui fait part de la grave préoccupation du Parlement face à la détérioration de la situation humanitaire au Yémen. L'échec des gouvernements successifs à répondre aux aspirations du peuple yéménite à la démocratie, à la stabilité et à la sécurité a conduit à la crise actuelle, qui a mis 21 millions de Yéménites (82 % de la population totale) dans le besoin d'une aide humanitaire et a empêché deux millions d'enfants de fréquenter l'école. Le texte voté ce midi invite les parties belligérantes au Yémen à respecter un accord de cessez-le-feu pour permettre à l'aide d'urgence, comme les denrées alimentaires ou les médicaments, d'atteindre le peuple yéménite. Il appelle également toutes les parties à éviter de cibler directement les infrastructures civiles, les installations médicales et les réseaux d'alimentation en eau.

Je suis d'avis que seule une solution politique, inclusive et négociée peut rétablir la paix et préserver l'unité du Yémen.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution du Parlement européen appelant à la trêve au Yémen. Extrêmement préoccupé par l'aggravation de la situation humanitaire dans la région et par les frappes aériennes de la coalition menée par l'Arabie saoudite, le Parlement demande que toutes les parties respectent les droits humains et que l'action humanitaire soit coordonnée. Surtout, en raison des graves suspicions faisant apparaître que des écoles, des hôpitaux, des centres d'aide sont ciblés, la résolution appelle à la mise en place d'un embargo sur les ventes d'armes à l'Arabie saoudite afin que les droits humains soient efficacement protégés.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Purtroppo i conflitti e le conseguenti crisi umanitarie continuano ad aumentare e ad acuirsi intorno a noi. Con il voto di oggi sullo Yemen, vogliamo esprimere profonda preoccupazione per le violenze in atto nello Yemen e per la conseguente crisi umanitaria, sollecitare tutte le parti yemenite, in particolare gli houthi, ad adoperarsi per ricomporre le loro divergenze attraverso il dialogo e riteniamo che l'Arabia Saudita e l'Iran siano la chiave per risolvere la crisi, e li esortiamo entrambi a operare in modo pragmatico e in buona fede per porre fine ai combattimenti nello Yemen.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de Resolución común puesto que considero que la Unión Europea debe promover con determinación el cumplimiento del Derecho internacional humanitario, según lo previsto en las directrices pertinentes de la Unión y que, en sus relaciones con Arabia Saudí, haga prevalecer la necesidad de cumplir el Derecho internacional humanitario sobre consideraciones de otro tipo (comerciales, geoestratégicas, etc.) y, en caso de que tal diálogo no obtenga resultados, valore otras medidas conformes a las Directrices de la Unión Europea para fomentar la observancia del Derecho internacional humanitario.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución sobre la situación humanitaria en Yemen puesto que señala de forma clara e inequívoca a la intervención militar liderada por Arabia Saudí como la causante de la catástrofe humanitaria. El régimen saudí ha utilizado bombas de racimo prohibidas a escala internacional y bombardeado objetivos civiles, incluidas instalaciones médicas, dañando gravemente infraestructuras básicas.

A pesar de los intentos de la derecha de la Eurocámara por evitar la votación de esta propuesta de Resolución, he apoyado con determinación la misma puesto que además desde mi Grupo hemos contribuido a la aprobación de una enmienda que llama a la Unión Europea a imponer un embargo en la venta de armas a Arabia Saudí por su incumplimiento del Derecho internacional humanitario.

Lamentablemente, mi país, en parte gracias a las estrechísimas relaciones entre la Familia Real española y la dinastía saudí, es uno de los principales proveedores de armas al régimen saudí. Seguiré denunciándolo y espero que esta Resolución contribuya a que esta venta de armas llegue a su fin.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution and I believe that it represents a clear humanitarian appeal to end the bloodshed in Yemen, and call on Saudi Arabia to pursue a political solution rather than resorting to violence.

The amount of deaths in Yemen should not be ignored and I welcome the European Parliament vote today, which represents a serious take on the allegations of breaches of international humanitarian law by Saudi Arabia in Yemen. So serious, I would argue, that selling arms to the regime is something that would constitute a breach of the EU's own legally-agreed Code of Conduct.

However, we would like to see Saudi Arabia as a partner and help international efforts to solve the conflicts in Yemen, Syria and elsewhere, but the EU has a legal and moral duty and as long as Saudi Arabia continues to have this level of disregard for the Yemeni people, it should not receive our support.

I am extremely concerned that David Cameron, around the time of this vote, boasted about the trade deal that he has made with the regime, by exporting more arms to the Saudi Government.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Bezpečnostná situácia v Jemene sa stále zhoršuje. Je potrebné riešiť túto situáciu predovšetkým politicky, dosiahnuť mier a zachovať územnú celistvosť Jemenu. Zároveň tu však existujú obavy z pokračujúceho porušovania ľudských práv, vrátane útokov na novinárov a mediálne inštitúcie, miznutia osôb, porušovania dohovoru proti mučeniu, prenasledovania a väznenia zástupcov náboženských menšín, ako aj údajného využívania detí v ozbrojených konfliktoch. Je potrebné tieto skutky dôkladne prešetriť a zabezpečiť ich nápravu.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – V Jemene v súčasnosti potrebuje humanitárnu pomoc až 82 % obyvateľstva, čo je 21,2 milióna ľudí. Podľa odhadov až 2,1 milióna obyvateľov v súčasnosti je podvýživných, z toho 1,3 milióna detí, ktoré trpia vážnou akútnou podvýživou. Táto situácia v Jemene prináša aj vážne riziká pre stabilitu v regióne. Preto potreba koordinovanej humanitárnej činnosti pod vedením OSN za účasti všetkých členských štátov EÚ, ale aj vyspelých krajín sveta musí byť zameraná na okamžité poskytnutie potravín, liekov, palív a ďalších nevyhnutných potrieb pre obyvateľov Jemenu v súlade so zásadami nestrannosti, neutrality a nezávislosti. Aby sa táto pomoc dostala k jemenskému ľudu, je nevyhnutné okamžité pozastavenie útokov na civilnú infraštruktúru, najmä na zdravotnícke zariadenia a vodné systémy. Súbežne je potrebné bez predbežných podmienok zapojiť všetky strany konfliktu do nového kola mierových rokovaní vedených OSN, aby sa vyriešili nezhody prostredníctvom dialógu a konzultácií, odmietli násilné činy v záujme dosiahnutia politických cieľov pre nastolenie mieru a stability v Jemene a danom regióne.

Jaromír Štětina (PPE), *písemně*. – Usnesení jsem podpořil s výjimkou bodu odůvodnění N preambule a bodu 7, které do usnesení chtěly prosadit jiné politické skupiny a které hovoří o uvalení zbrojního embarga na Saúdskou Arábii. Jiná otázka je porušování lidských práv v této zemi. Zde jsem svůj postoj jednoznačně vyjádřil tím, když jsem naprosto bez váhání hlasoval pro udělení Sacharovovy ceny politickému vězni Raífu Badawímu. V tuto chvíli je klíčové pod vedením OSN aplikovat koordinovanou humanitární akci. Všechny strany musí OSN a mezinárodním humanitárním organizacím umožnit vstup a dodávky nezbytně nutných potravin, léků, paliv a další potřebné pomoci a uspokojit potřeby civilistů zasažených krizí. Obyvatelům Jemenu je jednoznačně potřeba poskytnout životně důležitou pomoc. Stablní a bezpečný Jemen s řádně fungující vládou má klíčový význam pro mezinárodní úsilí v boji proti extremismu.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Uzrok trenutačnog sukoba u Jemenu je neuspjeh uzastopnih vlada da zadovolje demokratske, gospodarske i socijalne težnje jemenskog naroda, što potpiruje nezadovoljstvo i podjelu koja je dovela do sadašnjeg nasilja. Stanje u Jemenu predstavlja ozbiljnu opasnost za stabilnost regije, posebno za rog Afrike, Crveno more i širi Bliski istok. Stablan i siguran Jemen s vladom koja ispravno funkcionira ključan je za međunarodne napore u borbi protiv ekstremizma i nasilja u regiji i izvan nje, kao i za mir i stabilnost unutar samog Jemena. Zato izražavam zabrinutost zbog nasilja u Jemenu koje ne prestaje i posljedične humanitarne krize koja pogađa milijune nedužnih muškaraca, žena i djece. Osuđujem svako nasilje, pokušaje provođenja nasilja i prijetnje o upotrebi nasilja u cilju zstrašivanja strana koje sudjeluju u savjetovanju u kojemu posreduje UN. Također pozivam sve jemenske strane da se odazovu budućim razgovorima, da u njima sudjeluju bez postavljanja preduvjeta i u dobroj vjeri i da svoje nesuglasice riješe dijalogom i savjetovanjem, da odbace korištenje nasilja za nastojanje ostvarivanja političkih ciljeva te da se suzdrže od provokacije i svakog jednostranog djelovanja čiji je cilj narušavanje političke tranzicije.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Uzrok trenutačnog sukoba je nemogućnost vlada da zadovolje demokratske, gospodarske i socijalne težnje jemenskog naroda. Stanje u Jemenu predstavlja ozbiljnu opasnost za stabilnost regije, posebno za Rog Afrike, Crveno more i širi Bliski istok. Sukobljavaju se hutijjski pobunjenici, koje podupire Iran, te koalicija arapskih zemalja pod vodstvom Saudijske Arabije, što regiju uvlači u kompleksan sukob.

Borbe između paravojnih skupina imaju velike humanitarne posljedice za civilno stanovništvo i dosežu zabrinjavajuće razmjere. Parlament potiče sve sukobljene strane da svoje sporove pokušaju riješiti dijalogom jer jedino političko rješenje može dovesti do trajnog mira. Također, poziva na poštovanje međunarodnog prava te na suradnju s UN-om. Također, Parlament poziva jemenske strane da se odazovu budućim pregovorima i da u njima sudjeluju u dobroj vjeri te da odbace nasilje kao sredstvo djelovanja.

Podržavam prijedloge iz ove rezolucije jer smatram da je stabilan i siguran Jemen, s funkcionalnom vladom, ključan za međunarodne napore u borbi protiv ekstremizma i nasilja u regiji. Također, smatram da je potrebno zaustaviti nasilje da se ljudima u Jemenu pruži prijeko potrebna humanitarna pomoć, pogotovo najranjivijoj djeci kojima trenutno nisu dostupne zdravstvena zaštita niti prehrambene usluge.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za skupni predlog resolucije o humanitarnih razmerah v Jemnu.

V Jemnu smo priča naglemu poslabšanju humanitarnih razmer, kar vključuje neustrezno prehransko varnost in hudo podhranjenost, neselektivne napade na civiliste ter zdravstveno in humanitarno osebje ter uničevanje civilne in zdravstvene infrastrukture. Vse to je posledica vojaškega posredovanja v Jemnu pod vodstvom Savdske Arabije.

Podpiram poročilo, ki poudarja, da je potrebno usklajeno humanitarno ukrepanje pod vodstvom Združenih narodov, in vse države poziva, naj pomagajo pri zadovoljevanju humanitarnih potreb.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro dnešní usnesení o humanitární situaci v Jemenu, protože především apeluje na stále se zhoršující humanitární situaci civilních obyvatel Jemenu, kteří se ocitli na bitevním poli. Na nutnost tuto situaci řešit upozorňuje nejen Evropský parlament, ale také UNHCR, UNICEF. Podobně jako v případech jiných zemí, ve kterých probíhá de facto občanská válka za přímé či nepřímé účasti různých jiných států či teroristických organizací, je třeba se zasadit nejdříve minimálně o dodržování základních principů mezinárodního humanitárního práva, postupné omezení a zastavení bojů a nalezení způsobu, jak vytvořit alespoň minimálně stabilní vládu, která bude respektována alespoň většinou stran současného konfliktu. Pouze tak lze zajistit stabilitu nejen těchto zemí, ale celého regionu, jehož nestabilitu poté pociťujeme i v Evropě.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Υπερψηφίσαμε το κοινό ψήφισμα καθώς η σοβαρή επιδείνωση της ανθρωπιστικής κατάστασης στην Υεμένη, χρήζει άμεσης ανθρωπιστικής συνδρομής.

Στην χώρα διεξάγεται μια μακροχρόνια αντιπαράθεση μεταξύ των Χούτι και της κυβέρνησης της Υεμένης, η οποία εντατικοποιήθηκε το 2015, όταν η Σαουδική Αραβία ως επικεφαλής συνασπισμού, ο οποίος τυγχάνει στήριξης από τις ΗΠΑ ξεκίνησε βομβαρδισμούς στην Υεμένη, επιβάλλοντας παράλληλα σχεδόν πλήρη αποκλεισμό εισαγωγών στη χώρα. Η κατάσταση αυτή οδήγησε τον λαό στην πείνα και την εξάλειψη ενώ η διενέργεια επιθέσεων κατά άμαχου πληθυσμού, ιατρικού προσωπικού και μελών ανθρωπιστικών οργανώσεων προκάλεσε τεράστιες απώλειες ανθρώπινων ζώων.

Η σύρραξη αυτή αποτελεί μια ακόμη προσπάθεια των ΗΠΑ και των συμμάχων τους να διατηρήσουν τον γεωπολιτικό έλεγχο και την κυριαρχία τους στην περιοχή. Συνένοχη σε αυτό το έγκλημα είναι και η ΕΕ, η οποία με την ανοχή της προς τις δικτατορίες της περιοχής και προς τα κράτη μέλη της, τα οποία συνεχίζουν να εξαγουν βαρύ αμυντικό εξοπλισμό στη Σαουδική Αραβία, οδηγεί στην υπόθαλψη της επιδείνωσης της σύγκρουσης στη χώρα.

Καταδικάζουμε για ακόμη μια φορά τη στάση των ΗΠΑ, των συμμάχων τους και των κυρίαρχων κύκλων της ΕΕ και καλούμε να ληφθούν άμεσα τα απαραίτητα μέτρα για να σταματήσει η ανθρωπιστική κρίση στην Υεμένη.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Καταψηφίζουμε, διότι με τις τροπολογίες που πέρασαν αλλοιώνεται ο πραγματικός χαρακτήρας του ψηφίσματος και εξυπηρετούνται για μια ακόμη φορά πολιτικές σκοπιμότητες και οικονομικά συμφέροντα.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az állásfoglalást, mert fontosnak tartom, hogy az Európai Parlament hallassa hangját a jelenlegi egyik legsúlyosabb humanitárius katasztrófa ügyében, és vesse latba nemzetközi súlyát Szaúd-Arábiával és a konfliktusban érintett más felekkel szemben a helyzet javítása érdekében. Sürgetőnek tartom, hogy a humanitárius segítség akadálytalan célhoz juttatása érdekében feloldják a tengeri blokádot, és beszüntessék a harci cselekményeket Jemen egész területén. A helyzet különösen aggasztó vonása az áldozatok körében a gyermekek nagy száma, valamint a nemzetközi segítségszervezetek munkatársainak biztonságát súlyosan fenyegető veszélyek. Egyetértve azzal, hogy a jemeni helyzet rendezése érdekében kifejtett nemzetközi erőfeszítéseket az ENSZ irányítása alatt kell folytatni, figyelembe vettem azt a tényt is, hogy a kérdés kapcsán még EU tagállamok konkrét felelőssége is felmerül, különös tekintettel a térségbe irányuló fegyverszállítás korlátozásával kapcsolatos előírások betartása és betartása tekintetében. Úgy vélem, ezt a szempontot az Európai Parlament eszközeivel a jövőben is szoros figyelemmel kell kísérnünk.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – En ne parvenant pas à suivre une voie politique de cohésion, le Yémen s'est empêtré dans des tensions tribales qui s'intensifient et dans la violente guerre où s'affrontent, par pions interposés, les rebelles houthistes soutenus par l'Iran, et l'Arabie saoudite, laquelle mène une campagne militaire contre les rebelles qui plonge directement toute la région dans un conflit complexe qui dure déjà depuis plusieurs mois. L'Arabie saoudite voit les rebelles houthistes au Yémen comme une force iranienne de procurement, et l'Iran a condamné l'offensive menée par l'Arabie saoudite et a appelé à l'arrêt immédiat de ses frappes aériennes.

La dégradation de la situation sécuritaire au Yémen, où 5 700 personnes au moins, dont près de la moitié étaient des civils, ont été tuées depuis l'escalade du conflit en mars 2015 soulève de plus en plus d'inquiétudes au niveau international. Les soldats houthistes sont accusés d'avoir utilisé des armes lourdes dans des zones habitées, tandis que la coalition menée par l'Arabie saoudite est accusée d'avoir dirigé plusieurs frappes aériennes sur des hôpitaux et autres bâtiments civils.

Ce texte traduit la préoccupation et la solidarité du Parlement européen avec le peuple yéménite.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the humanitarian situation in Yemen expressing great concern over the alarming deterioration of the humanitarian situation, characterised by widespread food insecurity, attacks against civilians and aid workers, the destruction of civilian and medical infrastructure, as well as an intensification of airstrikes by the Saudi-led coalition, ground fighting and shelling.

This situation also led me to support the amendment on an EU arms embargo against Saudi Arabia, given its serious allegations of breaches of international humanitarian law in Yemen.

I fully agree with the need for coordinated humanitarian action under UN leadership, the call on all sides to comply with international humanitarian law and international human rights law, and with the plea that Saudi Arabia and Iran work together to end the fighting in Yemen. Finally, I also believe that we will only achieve peace through a political, inclusive and negotiated solution.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – En 2014, suite à la rébellion houthiste contre le gouvernement de Abd Rabbo Mansour Hadi, une guerre civile éclatait au Yémen. Le président yéménite faisait appel aux forces saoudiennes appuyées par le Conseil de coopération du Golfe, donnant une dimension ouverte au conflit. S'ensuivit une rapide et tragique escalade par le déploiement au sol des forces du Conseil de coopération du Golfe.

Cette exacerbation guerrière a largement dégradé la situation humanitaire dans le pays et a généré un risque majeur de déstabilisation de la corne de l'Afrique, aggravant la situation au Moyen-Orient. Alors que 21 millions de personnes, soit plus que 80 % de la population yéménite est en situation de besoin humanitaire, le Parlement européen s'est mobilisé.

Dans cette résolution, nous appelons la communauté internationale à ses responsabilités, afin de délivrer l'aide humanitaire nécessaire. Nous exhortons les belligérants du conflit à permettre que cette aide humanitaire soit effectivement mise en œuvre, avec la fin des blocus et en décrétant une trêve humanitaire. Enfin, nous demandons à la Commission de décréter un embargo sur les livraisons d'armes à l'Arabie Saoudite, pour faire respecter le droit international.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Il conflitto in Yemen si sta combattendo con un totale disprezzo per le regole della guerra. Negli ultimi tempi attività mediche nel paese sono state attaccate più volte. Come Unione europea dobbiamo invitare tutte le parti belligeranti ad autorizzare l'accesso senza vincoli e impedimenti degli operatori umanitari e dei soccorsi alla popolazione yemenita, che ha un impellente bisogno di un'assistenza di prima necessità, ragion per cui chiede una pausa umanitaria che permetta a questi aiuti vitali di raggiungere urgentemente il popolo yemenita. Il conflitto può essere risolto unicamente con una soluzione politica, inclusiva e negoziata. Tutte le parti devono impegnarsi in buona fede per avviare quanto prima un nuovo ciclo di negoziati di pace sotto la guida delle Nazioni Unite.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Pogoršanje sigurnosnog stanja u Jemenu izaziva sve veću zabrinutost na međunarodnoj razini s obzirom na činjenicu da je od eskalacije sukoba u ožujku 2015. ubijeno najmanje 5700 ljudi, od čega je gotovo polovica civila. Vojnici iz pokreta Huti optuženi su za upotrebu teškog naoružanja u naseljenim područjima, a istodobno je koalicija pod vodstvom Saudijaca optužena da je izvela nekoliko zračnih napada na bolnice i druge civilne objekte.

Izražavam duboku zabrinutost zbog kontinuiranog nasilja u Jemenu i posljedične humanitarne krize koja pogađa milijune nedužnih muškaraca, žena i djece. Smatram da sve sukobljene strane u Jemenu, prvenstveno Saudijska Arabija i Iran koji imaju ključnu ulogu u rješavanju krize, trebaju raditi na poboljšanju bilateralnih odnosa. Rezolucija Europskih konzervativaca i reformista o Jemenu, kojoj sam jedna od autorica, poziva na poštivanje ljudskih prava i slobode svih jemenskih građana, kao i svih osoba koje rade za mirovne i humanitarne misije u zemlji.

Stoga apeliram na sve državne i nedržavne aktere uključene u sukob da rade na uspostavi mira i na pomirenju te da se bezuvjetno uključe u taj proces koji će spriječiti daljnje žrtve.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Podprla sem resolucijo o humanitarnih razmerah v Jemnu.

Zaskrbljena sem nad razmerami in nasiljem, ki se dogaja v Jemnu. Nasilje prerašča v humanitarno krizo, zato s to resolucijo Evropski parlament poziva vse strani, naj v skladu s humanitarnim pravom in skupaj z ZN zagotavljajo pomoč ljudem v stiski.

Yana Toom (ALDE), *in writing*. – The situation in Yemen has deteriorated from a chaos of civil war to a complete humanitarian catastrophe. The Saudi-led military intervention and its use of violence took the lives of civilians and continues to do so every day. Because of this imminent threat to the population, and also to the region, it is necessary to impose an EU arms embargo against Saudi-Arabia. The allegations of breaches of international law by the Saudi-led military intervention are serious. Therefore, Member States who are engaged in exports of military technology and equipment are in breach of the rules established by the Council on this topic. Only an embargo will send a signal which reflects our condemnation of the practices of the Saudi-led military in Yemen.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de Resolución común puesto que considero que la Unión Europea debe promover con determinación el cumplimiento del Derecho internacional humanitario, según lo previsto en las directrices pertinentes de la Unión y que, en sus relaciones con Arabia Saudí, haga prevalecer la necesidad de cumplir el Derecho internacional humanitario sobre consideraciones de otro tipo (comerciales, geoestratégicas, etc.) y, en caso de que tal diálogo no obtenga resultados, valore otras medidas conformes a las Directrices de la Unión Europea para fomentar la observancia del Derecho internacional humanitario.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A jelenlegi jemeni konfliktus oka az, hogy az egymást követő kormányok nem teljesítették a jemeni nép demokratikus, gazdasági és társadalmi törekvéseit, ezáltal fokozták az elégedetlenséget és a megosztottságot, amely elvezetett a jelenlegi erőszakhoz. A válság rendezésének kulcsa Szaúd-Arábia és Irán kezében van, ezért a javaslat sürgeti mindkét felet, hogy tegyenek azért, hogy javítsák kétoldalú kapcsolataikat, és törekedjenek az együttműködésre a Jemenben zajló harcok befejezése érdekében. Voksommal az S&D-álláspontját támogattam.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución que incluye la petición de embargar todas las armas en la Unión Europea contra Arabia Saudí hasta que se investiguen a fondo las presuntas infracciones del Derecho internacional humanitario en Yemen.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Raginu visas šalis gerbti visų Jemeno piliečių ir visų tų, kurie siekia taikos ir vykdo humanitarines misijas šalyje, įskaitant darbuotojus, gydytojus ir žurnalistus, žmogaus teises ir laisves.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the humanitarian situation in Yemen. The resolution expresses serious concern with regard to the deterioration of the humanitarian situation in Yemen. Namely, 21 million Yemeni people (82% of the total population) are currently in need of humanitarian assistance and two million children are prevented from attending schools. A ceasefire aimed at stopping attacks against civilians, medical and aid workers, ground fighting and bombing in Yemen is urgently needed to allow life-saving aid to reach the Yemeni people.

The resolution equally urges all parties in Yemen's civil war and their foreign backers to engage in a new round of peace negotiations and seek a political settlement. I voted in favour of this resolution as only a political, inclusive and negotiated solution to the conflict can restore peace and preserve unity in Yemen.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – El Grupo socialista en el Parlamento apoya con su voto a favor una acción contundente ante la dramática situación humanitaria en Yemen, una crisis de enormes consecuencias humanas para 20 millones de personas, con gravísimas violaciones de los derechos humanos, y sobre la que la comunidad internacional no está poniendo la atención necesaria.

Con nuestro voto hemos instado a las partes en conflicto en Yemen a que permitan inmediatamente el acceso humanitario y sanitario y a que reanuden de manera inminente las negociaciones de paz para logra un solución política que ponga fin al conflicto.

Así mismo, condenamos los cada vez más frecuentes ataques a las instalaciones sanitarias de Médicos Sin Fronteras y hacemos un llamamiento a la comunidad internacional para que se asegure el respeto de los centros médicos como espacios protegidos en virtud del Derecho internacional humanitario.

En la cuestión concreta del embargo de armas a Arabia Saudí, el Grupo socialista ha liderado el apoyo a su establecimiento. Lamentamos, por tanto, el voto en contra y la dudosa ética que rige las posiciones de la parte conservadora de la Eurocámara, que apoya la transformación de las guerras en una macabra oportunidad para obtener beneficio comercial.

Johannes Cornelis van Baalen (ALDE), *in writing*. – VVD does not support an arms embargo against Saudi Arabia, because we need to be on speaking terms with this political and economic power in the Middle East. However, VVD supports the improvement of the humanitarian situation in Yemen. Therefore, the final vote of VVD against the resolution should not be interpreted as condoning the human rights violations in Yemen, but as a rejection of the arms embargo against Saudi Arabia.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik steun deze resolutie omdat ik hoge vertegenwoordiger Federica Mogherini wil oproepen om een wapenembargo tegen Saudi-Arabië uit te vaardigen. De situatie in Jemen is uiterst zorgwekkend. Niet alleen woedt er een regionaal conflict met vele slachtoffers, ook de dreiging van terrorisme uit deze regio blijft reëel. Verschillende ngo's, alsook Unesco en Unicef, hebben al luid en duidelijk aan de alarmbel getrokken. De VN proberen te bemiddelen, tevergeefs tot nu toe. Jemen is een plek geworden waar de regionale machten onderling hun eigen oorlog uitvechten, met meedogenloze tegenstanders die de burgers uitmoorden. Ook de coalitie onder leiding van Saudi-Arabië heeft zich schuldig gemaakt aan schendingen van het internationaal humanitair recht.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Théâtre d'un formidable mouvement populaire en 2011, le Yémen est depuis un an au cœur d'un conflit meurtrier dont l'Arabie Saoudite est la principale responsable.

La population civile, déjà parmi les plus pauvres du monde, en fait chaque jour les frais y compris dans le cadre d'une instrumentalisation politique de la question religieuse.

Cette résolution appelle à un cessez-le-feu pour permettre a minima l'accès de l'aide humanitaire au peuple yéménite.

Elle demande à toutes les parties, et notamment aux puissances régionales, de tout mettre en œuvre pour trouver une solution politique à cette guerre.

Les bombardements menés par l'Arabie Saoudite et leurs conséquences désastreuses (infrastructures, écoles et hôpitaux détruits) aggravent l'instabilité du pays et les principaux bénéficiaires en sont les groupes terroristes...

Je me félicite de l'adoption de l'amendement déposé notamment par mon groupe, demandant à l'Union de décréter un embargo sur les armes livrées à l'Arabie Saoudite.

Je trouve pour le moins étonnant que les élus du Front National, soi-disant si critiques vis-à-vis des pays du Golfe, aient fait le choix de rejeter tant cet amendement que le texte final. Comprenne qui pourra.

Pour ma part, j'ai voté en faveur de cette résolution, qui va dans l'intérêt du peuple yéménite.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Apesar da medida que apresenta, o projeto de resolução aqui apresentado sobre a situação do Iémen fica aquém em muitos aspetos: não condena expressamente a atuação militar da Arábia Saudita, que contribuiu para a provocação desta situação, atuação que é responsável pela morte de civis; aborda a necessidade de uma solução política, mas não rejeita de forma expressa novas intervenções militares externas; não condena a convivência dos Estados-Membros com as ditaduras na região, e não condena ainda expressamente o comércio de armas que se desenvolve nesta região.

O que se passa no Iémen integra-se num processo de subversão generalizado, em que o imperialismo explora todo o tipo de conflitos que existam nos países para justificar a sua estratégia agressiva e militarista. A força que teve a luta heroica do povo iemenita, que permitiu derrotar o imperialismo e o colonialismo no passado, será a mesma força que permitirá a este povo conquistar os valores da democracia e da paz e atingir as transformações sociais que almeja.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Entschließung beinhaltet wichtige Punkte zur Verbesserung der Situation im Jemen, vor allem unter Einbeziehung von Saudi-Arabien, welche im Konflikt eine zentrale Rolle spielen. Deswegen stimme ich dem Entschließungsantrag zu.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution in order to express my deep concern and dismay at the humanitarian situation in Yemen. The international community must act to bring an end to the hostilities there, where those who pay the heaviest price, as always, are those who are most vulnerable. I have been in contact with an Ogadeni journalist who has been trapped in Saana for many months and have learnt from him directly of the suffering of innocent victims.

No European Union Member State should ever sell or be complicit in the sale of weapons and military hardware which contribute to committing atrocities and to targeting civilians. This is why I support the resolution's call for an arms embargo on Saudi Arabia and hope that Member States' governments, particularly my own, will heed our call.

Bogdan Brunon Wenta (PPE), *na písmie*. – Poparłem rezolucję w sprawie sytuacji humanitarnej w Jemenie, ponieważ uważam, że strony tego konfliktu powinny respektować podstawowe zapisy międzynarodowego prawa humanitarnego i jestem za tym, aby państwa członkowskie zaniechały transferu broni i przekazywania wsparcia wojskowego Arabii Saudyjskiej i jej sojusznikom w tym konflikcie.

Od eskalacji konfliktu w marcu zeszłego roku w Jemenie zginęło ponad 6 tysięcy osób, a ponad 35 tysięcy zostało rannych. Ponad 90% tej liczby stanowią osoby cywilne. Szyccy rebelianci Huti i obalone władze centralne, wspierane przed sunnickie plemiona są w tym krwawym konflikcie tylko pionkami w ramach większej gry politycznej między rządami Iranu i Arabii Saudyjskiej. Chaos, który ogarnął państwo, doprowadził także do katastrofy gospodarczej oraz intensyfikacji działań terrorystów z Al-Kaidy i ISIS. Ekstremiści z Al-Kaidy zajęli strategiczne nadbrzeżne miasto Ahwar w południowym Jemenie, umacniając w ten sposób swoją kontrolę w tym regionie.

Polityczne próby rozwiązania konfliktu okazały się nieskuteczne, a sytuacja humanitarna pogarsza się z dnia na dzień – ponad 14 mln osób potrzebuje pomocy żywnościowej, a ataki bombowe nie omijają szpitali i osiedli cywilnych. Dodatkowo według Sztokholmskiego Międzynarodowego Instytutu Badań nad Pokojem 59% importu broni do Arabii Saudyjskiej w latach 2009-2014 pochodziło z Europy. Kraje UE nie mogą z jednej strony działać na rzecz demokratyzacji, a z drugiej przyczyniać się do licznych naruszeń międzynarodowego prawa humanitarnego i praw człowieka.

Anna Záborská (PPE), *písomne* – Napriek medzinárodnému zákazu používať kazetovú muníciu boli v Jemene tieto zbrane pod vedením Saudskej Arábie použité, čo viedlo ku katastrofálnemu zhoršeniu humanitárnej situácie v krajine. Pritom hlavnými obeťami je práve civilné obyvateľstvo, ktoré aj tak žije v ťažkých podmienkach. Nedostatok potravín a vážna podvýživa sú signálom pre okamžité prijatie opatrení na zastavenie tejto zhoršujúcej sa humanitárnej situácie. Obzvlášť je alarmujúca situácia v oblasti zdravotnej starostlivosti, kde podľa organizácie Save the Children bolo v dôsledku bojov alebo nedostatku palív zatvorených alebo do značnej miery obmedzených v činnosti desiatky nemocníc a ambulancií v 18 z 22 oblastí Jemenu. Treba preto pripomenúť, že nemocnice a zdravotnícky personál sú chránené podľa medzinárodného humanitárneho práva, a preto nesmie byť narušená ich činnosť. Privítala by som koordinovanú humanitárnu činnosť pod vedením OSN a zlepšenie bezpečnosti všetkých príslušníkov mierových a humanitárnych pracovníkov, lekárov, ale i novinárov, a preto daný návrh uznesenia podporujem.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Hlasovala som za túto správu. Nestabilná politická situácia v Jemene eskalovaná konfliktom medzi stranami podporovanými na jednej strane Iránom a na druhej strane Saudskou Arábiou spôsobila nesmierne závažnú humanitárnu krízu, ktorá postihla najmä civilné obyvateľstvo krajiny. Títo ľudia nemajú prístup k zdravotníckym zariadeniam, väčšina nemocníc nefunguje alebo sú dokonca bombardované, deti nemajú žiadny alebo sťažený prístup ku vzdelaniu a bezpečnostná situácia je veľmi zlá. Celkovo táto kríza ohrozuje nielen obyvateľov Jemenu, ale predstavuje hrozbu aj pre medzinárodný mier a bezpečnosť. Myslím si preto, že pokiaľ Európsky parlament môže aspoň trochu prispieť k tomu, aby sa situácia v tejto oblasti zlepšila, je potrebné túto snahu podporiť a zasadiť sa za ukončenie bezohľadných útokov na civilistov, zdravotníckych a humanitárnych pracovníkov a prispieť k riešeniu humanitárnych potrieb, ale aj z medzinárodného hľadiska dbať o to, aby boli prerušené akékoľvek dodávky zbraní, ktoré by mohli skončiť v zasiahnutej oblasti.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Vojaški spopadi v Jemnu so povzročili katastrofalne humanitarne razmere, ki so prizadele prebivalstvo po vsej državi, prinesle hude posledice za vso regijo in pomenijo grožnjo za mednarodni mir in varnost.

Zato podpiram pozive v resoluciji Evropskega parlamenta, ki med drugim sporočajo, naj sprte strani spoštujejo humanitarno pravo in mednarodno pravo na področju človekovih pravic.

Nujno je, da se zaščitijo civilisti, preprečijo neposredni napadi na civilno infrastrukturo ter omogoči, da se preskrbijo varne humanitarne poti za življenjsko oskrbo civilnega prebivalstva.

President. – That concludes the explanations of vote.

9. **Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll**
10. **Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll**
11. **Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll**
12. **Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll**
13. **Unterbrechung der Sitzungsperiode**

(The sitting closed at 13.30)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/842

17.1.2024

**Veröffentlichung einer Mitteilung über die Genehmigung einer Standardänderung der
Produktspezifikation eines Namens im Weinsektor gemäß Artikel 17 Absätze 2 und 3 der
Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission**

(C/2024/842)

Die Veröffentlichung der vorliegenden Mitteilung erfolgt gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission ⁽¹⁾.

MITTEILUNG DER GENEHMIGUNG EINER STANDARDÄNDERUNG

„Overijssel“

PGI-NL-A0968-AM06

Datum der Mitteilung: 17.10.2023

BESCHREIBUNG UND BEGRÜNDUNG DER GENEHMIGTEN ÄNDERUNG

Änderung der Liste der Keltertrauben

Mit dieser Änderung werden die in der Produktspezifikation und im Einzigen Dokument aufgeführten zugelassenen Rebsorten für die g. g. A. Overijssel geändert, und es handelt sich um eine Aktualisierung aufgrund der Praxis.

Beschreibung und Änderungsgründe

Beschreibung:

In das Verzeichnis der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten wurden 7 Sorten aufgenommen, und zwar:

Pinot Grigio

Accent N

Allegro N

Bolero N

Saphira N

Divicio N

Divona B

Begründung: Es werden neue Rebsorten entwickelt, die nach einer langen Entwicklungsphase und ausführlichen Zulassungsverfahren bei Zulassung in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden. Wenn diese Sorten in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden, können sie auch für eine Aufnahme in die Liste der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten infrage kommen.

Bei dieser Änderung handelt es sich um eine Standardänderung, da sie weder den Namen der g. g. A. noch die Erzeugnis-kategorie, den Zusammenhang oder die Vermarktungsbeschränkungen betrifft.

EINZIGES DOKUMENT

1. **Name(n)**
„Overijssel“
2. **Art der geografischen Angabe**
g. g. A. – geschützte geografische Angabe
3. **Kategorien von Weinbauerzeugnissen**
 1. Wein
 4. Schaumwein
 5. Qualitätsschaumwein

⁽¹⁾ ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2.

8. Perlwein

9. Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

4. Beschreibung des Weins/der Weine

1. Weinkategorie 1: Wein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, fruchtig, ziemlich körperreich mit grünen aber auch tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch schwarze aber auch rote Früchte gekennzeichnet und sind vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

2. Weinkategorie 4: Schaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, fruchtig, ziemlich körperreich mit grünen aber auch tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch schwarze aber auch rote Früchte gekennzeichnet und sind vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

3. Weinkategorie 5: Qualitätsschaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, fruchtig, ziemlich körperreich mit grünen aber auch tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch schwarze aber auch rote Früchte gekennzeichnet und sind vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

4. Weinkategorie 8: Perlwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, fruchtig, ziemlich körperreich mit grünen aber auch tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch schwarze aber auch rote Früchte gekennzeichnet und sind vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

5. Weinkategorie 9: Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, fruchtig, ziemlich körperreich mit grünen aber auch tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch schwarze aber auch rote Früchte gekennzeichnet und sind vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

5. Weinbereitungsverfahren**5.1. Spezifische önologische Verfahren**

1.

Spezifisches önologisches Verfahren

Weiß => Ernte, Sortieren, Pressen, Vorklärung, Gärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

ROT => Ernte, Sortieren, Einmaischen / Entstielen, Schalengärung, Pressen, Milchsäuregärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

5.2. Höchsterträge

1. Weiße Trauben

95 Hektoliter pro Hektar

2. Rote Trauben

80 Hektoliter je Hektar

6. Abgegrenztes geografisches Gebiet

Provinz Overijssel, abgegrenzt durch die in der Verfassung festgelegten Provinzgrenzen.

7. Keltertraubensorte(n)

Accent N

Acolon

Allegro N

Auxerrois B

Bacchus B

Baco noir

Baron N

Bianca B

Birstaler Muskat

Bolero N

Bronner B

Cabaret Noir N (VB-91-26-4)

Cabernet Blanc B (VB-91-26-1)

Cabernet Cantor N

Cabernet Carbon N

Cabernet Carol N

Cabernet Cortis

Cabernet Cubin

Cabernet Dorio

Cabernet Dorsa

Cabernet Franc N

Cabernet Jura

Cabernet Mitos

Cabernet Sauvignon

Cabertin N (VB-91-26-17)

Calandro N

Calardis Blanc B

Carmenere
Chardonnay B
Dakapo
Divicio N
Divona B
Domina N
Dornfelder N
Dunkelfelder N
Excelsior
Faber B
Felicia B
Florental N
Frühburgunder N
Gamaret N
Gamay N
Gewürztraminer Rs
Golubok N
Hegel
Helios
Hibernal B
Huxelrebe B
Hölder B
Johanniter B
Juwel B
Kerner B
Kernling B
Land N
Laurot N
Léon Millot N
Maréchal Foch N
Melody
Merlot
Merzling B
Meunier N
Monarch
Morio Muscat B
Muscaris B
Muskat Blanc
Muskat Blau
Müller-Thurgau B
Orion B
Ortega B
Palatina
Phoenix B

Pinot Grigio
Pinot Gris G
Pinot blanc B
Pinot noir N
Pinotin N
Plantet N
Polo Muscat B
Portugieser N
Prior N
Rayon d'or B
Reberger
Regent N
Reichensteiner B
Riesling B
Rinot B
Rondo N
Roter Elbling Rs
Ruländer G
Saphira N
Satin Noir N (VB-91-26-29)
Sauvignac B (Cal 6-04)
Sauvignon Blanc B
Sauvignon Soyhieres B (VB-32-7)
Sauvitage B
Scheurebe B
Schönburger Rs
Seyval B
Siegerrebe Rs
Silcher B
Sirius
Solaris
Souvignier Gris
St. Laurent
Staufer
Sylvaner B
Syrah
Tempranillo
Villaris B
Viognier B
Würzer B
Zweigeltrebe N

8. Beschreibung des Zusammenhangs bzw. der Zusammenhänge

8.1. Geografisches Gebiet: Beschreibung und Klima

Der größte Teil des Gebiets besteht aus (lehmigen) Feinsandböden.

Im Osten findet man kleinere Gebiete mit feinem Sand mit Geschiebemergel innerhalb von 120 cm.

Im Nordosten und Nordwesten kommen stellenweise Hochmoorablagerungen vor.

Im Osten nahe der Grenze zu Deutschland findet man noch einige kleiner Aufstauungen (Region Oldenzaal-Ootmarsum).

In der Mitte liegen aufgestaute Formationen aus der letzten Eiszeit, die hauptsächlich aus grobem und feinem (häufig kiesreichem) Flusssand bestehen (= Sallandse heuvelrug).

Entlang der IJssel liegt ein schmaler Streifen mit Flusston.

Charakteristisch für das Klima sind:

- mittlere Niederschläge von 837 mm/Jahr
- 1 547 Sonnenstunden/Jahr (Twente)
- mittlere Temperatur von 9,6 °C im Jahr und 16,7 °C im Sommer
- Differenz zwischen Tag- und Nachttemperatur im September von 9,5 °C

8.2. Ursächlicher Zusammenhang

Dank des Klimas können die genannten Erträge und die erwähnte Reife erzielt werden. Die Reife zeigt sich in einem frischen, fruchtigen Wein mit grünen aber auch tropischen Noten und beim Rotwein vor allem durch Noten von schwarzen und roten Früchten.

9. Weitere wesentliche Bedingungen (Verpackung, Etikettierung, sonstige Anforderungen)

Rechtsrahmen:

EU-Rechtsvorschriften

Art der sonstigen Bedingung:

Ausnahme in Bezug auf die Erzeugung in dem abgegrenzten geografischen Gebiet

Beschreibung der Bedingung:

Nahegelegenes Gebiet für die Weinerzeugung

Was das Erzeugungsgebiet für die Weinbereitung (Vinifizierung) betrifft, sind alle niederländischen Provinzen als „nahegelegen“ definiert.

Wird der Grundwein im Gebiet der g. g. A. oder in einem nahegelegenen Gebiet bereitet, so kann ein Teil dieses Grundweins oder das gesamte Volumen als Perlwein oder Schaumwein im Lohn abgefüllt werden.

Dieser Vorgang kann außerhalb des Gebiets der g. g. A. oder des nahegelegenen Gebiets erfolgen, wobei der Name der g. g. A. beibehalten wird. In diesem Fall wird auf dem Etikett auch der Lohnabfüller angegeben, gegebenenfalls durch eine Codenummer (Abgefüllt durch ... für ...).

Link zur Produktspezifikation

https://www.rvo.nl/sites/default/files/2023-06/BGA_Overijssel_productdossier_2023.pdf



C/2024/843

17.1.2024

**Veröffentlichung einer Mitteilung über die Genehmigung einer Standardänderung der
Produktspezifikation eines Namens im Weinsektor gemäß Artikel 17 Absätze 2 und 3 der
Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission**

(C/2024/843)

Die Veröffentlichung der vorliegenden Mitteilung erfolgt gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission ⁽¹⁾.

MITTEILUNG DER GENEHMIGUNG EINER STANDARDÄNDERUNG

„Noord-Brabant“

PGI-NL-A0964-AM06

Datum der Mitteilung: 17.10.2023

BESCHREIBUNG UND BEGRÜNDUNG DER GENEHMIGTEN ÄNDERUNG

Änderung der Liste der Keltertrauben

Mit dieser Änderung werden die in der Produktspezifikation und im Einzigsten Dokument aufgeführten zugelassenen Rebsorten für die g. g. A. Noord-Brabant“ geändert, und es handelt sich um eine Aktualisierung aufgrund der Praxis.

Beschreibung und Änderungsgründe

Beschreibung:

In das Verzeichnis der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten wurden 7 Sorten aufgenommen, und zwar:

Pinot Grigio

Accent N

Allegro N

Bolero N

Saphira N

Divicio N

Divona B

Begründung: Es werden neue Rebsorten entwickelt, die nach einer langen Entwicklungsphase und ausführlichen Zulassungsverfahren bei Zulassung in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden. Wenn diese Sorten in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden, können sie auch für eine Aufnahme in die Liste der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten infrage kommen.

Bei dieser Änderung handelt es sich um eine Standardänderung, da sie weder den Namen der g. g. A. noch die Erzeugnis-kategorie, den Zusammenhang oder die Vermarktungsbeschränkungen betrifft.

EINZIGES DOKUMENT

1. **Name(n)**
„Noord-Brabant“
2. **Art der geografischen Angabe**
g. g. A. – geschützte geografische Angabe
3. **Kategorien von Weinbauerzeugnissen**
 1. Wein
 4. Schaumwein
 5. Qualitätsschaumwein

⁽¹⁾ ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2.

8. Perlwein

9. Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

4. Beschreibung des weins/der weine

1. Weinkategorie 1: Wein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, mit grünen und tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch schwarze Früchte gekennzeichnet und vollmundiger.

Analysemerkmale: Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

2. Weinkategorie 4: Schaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, mit grünen und tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch schwarze Früchte gekennzeichnet und vollmundiger.

Analysemerkmale: Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

3. Weinkategorie 5: Qualitätsschaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, mit grünen und tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch schwarze Früchte gekennzeichnet und vollmundiger.

Analysemerkmale: Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

4. Weinkategorie 8: Perlwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, mit grünen und tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch schwarze Früchte gekennzeichnet und vollmundiger.

Analysemerkmale: Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den

EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

5. Weinkategorie 9: Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, mit grünen und tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch schwarze Früchte gekennzeichnet und vollmundiger.

Analysemerkmale: Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den

EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

5. Weinbereitungsverfahren**5.1. Spezifische önologische Verfahren**

1.

Spezifisches önologisches Verfahren

Weiß=> Ernte, Sortieren, Pressen, Vorklärung, Gärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

ROT=> Ernte, Sortieren, Einmaischen / Entstielen, Schalengärung, Pressen, Milchsäuregärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

5.2. Höchsterträge

1. Weiße Trauben

100 Hektoliter pro Hektar

2. Rote Trauben

85 Hektoliter je Hektar

6. Abgegrenztes geografisches Gebiet

Provinz Nord-Brabant, abgegrenzt durch die in der Verfassung festgelegten Provinzgrenzen.

7. Keltertraubensorte(n)

Accent N

Acolon

Allegro N

Auxerrois B

Bacchus B

Baco noir

Baron N

Bianca B

Birstaler Muskat

Bolero N

Bronner B

Cabaret Noir N (VB-91-26-4)

Cabernet Blanc B (VB-91-26-1)

Cabernet Cantor N

Cabernet Carbon N

Cabernet Carol N

Cabernet Cortis

Cabernet Cubin

Cabernet Dorio

Cabernet Dorsa

Cabernet Franc N

Cabernet Jura

Cabernet Mitos

Cabernet Sauvignon

Cabertin N (VB-91-26-17)

Calandro N

Calardis Blanc B

Carmenere
Chardonnay B
Dakapo
Divicio N
Divona B
Domina N
Dornfelder N
Dunkelfelder N
Excelsior
Faber B
Felicia B
Florental N
Frühburgunder N
Gamaret N
Gamay N
Gewürztraminer Rs
Golubok N
Hegel
Helios
Hibernal B
Huxelrebe B
Hölder B
Johanniter B
Juwel B
Kerner B
Kernling B
Land N
Laurot N
Léon Millot N
Maréchal Foch N
Melody
Merlot
Merzling B
Meunier N
Monarch
Morio Muscat B
Muscaris B
Muskat Blanc
Muskat Blau
Müller-Thurgau B
Orion B
Ortega B
Palatina
Phoenix B

Pinot Grigio
Pinot Gris G
Pinot blanc B
Pinot noir N
Pinotin N
Plantet N
Polo Muscat B
Portugieser N
Prior N
Rayon d'or B
Reberger
Regent N
Reichensteiner B
Riesling B
Rinot B
Rondo N
Roter Elbling Rs
Ruländer G
Saphira N
Satin Noir N (VB-91-26-29)
Sauvignac B (Cal 6-04)
Sauvignon Blanc B
Sauvignon Soyhieres B (VB-32-7)
Sauvitage B
Scheurebe B
Schönburger Rs
Seyval B
Siegerrebe Rs
Silcher B
Sirius
Solaris
Souvignier Gris
St. Laurent
Staufer
Sylvaner B
Syrah
Tempranillo
Villaris B
Viognier B
Würzer B
Zweigeltrebe N

8. Beschreibung des Zusammenhangs bzw. der Zusammenhänge

8.1. Beschreibung des Gebiets und des Klimas

Der größte Teil des Gebiets besteht aus (lehmigen) Feinsandböden.

Im Nordwesten findet man holozänes Marschland auf Torfböden.

Über die Provinz verteilt gibt es kleinere Flächen von pleistozänen groben und feinen Sandböden, Feinsand mit Geschiebemergel innerhalb von 120 cm und Löss, auch mit holozänen Torfablagerungen und Flugsand.

Charakteristisch für das Klima sind:

- mittlere Niederschläge von 819 mm/Jahr
- 1 605 Sonnenstunden/Jahr (gemittelt für Gilze-Rijsen und Eindhoven)
- mittlere Temperatur von 10,2 °C im Jahr und 17,2 °C im Sommer
- Differenz zwischen Tag- und Nachttemperatur im September von 9,7 °C

8.2. Ursächlicher Zusammenhang

Das Klima ermöglicht die Erreichung des angegebenen Ertrags und Reifegrads. Die Reife zeigt sich in einem frischen, fruchtigen Wein mit grünen und tropischen Noten und beim Rotwein durch Noten von schwarzen Früchten.

9. Weitere wesentliche Bedingungen (Verpackung, Etikettierung, sonstige Anforderungen)

Rechtsrahmen:

EU-Rechtsvorschriften

Art der sonstigen Bedingung:

Ausnahme in Bezug auf die Erzeugung in dem abgegrenzten geografischen Gebiet

Beschreibung der Bedingung:

Nahegelegenes Gebiet für die Weinerzeugung

Was das Erzeugungsgebiet für die Weinbereitung (Vinifizierung) betrifft, sind alle niederländischen Provinzen als „nahegelegen“ definiert.

Wird der Grundwein im Gebiet der g. g. A. oder in einem nahegelegenen Gebiet bereitet, so kann ein Teil dieses Grundweins oder das gesamte Volumen als Perlwein oder Schaumwein im Lohn abgefüllt werden.

Dieser Vorgang kann außerhalb des Gebiets der g. g. A. oder des nahegelegenen Gebiets erfolgen, wobei der Name der g. g. A. beibehalten wird. In diesem Fall wird auf dem Etikett auch der Lohnabfüller angegeben, gegebenenfalls durch eine Codenummer (Abgefüllt durch ... für ...).

Link zur Produktspezifikation

https://www.rvo.nl/sites/default/files/2023-06/BGA_Noord_Brabant_productdossier_2023.pdf



C/2024/844

17.1.2024

**Veröffentlichung einer Mitteilung über die Genehmigung einer Standardänderung der
Produktspezifikation eines Namens im Weinsektor gemäß Artikel 17 Absätze 2 und 3 der
Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission**

(C/2024/844)

Die Veröffentlichung der vorliegenden Mitteilung erfolgt gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission ⁽¹⁾.

MITTEILUNG DER GENEHMIGUNG EINER STANDARDÄNDERUNG

„Flevoland“

PGI-NL-A0380-AM06

Datum der Mitteilung: 17.10.2023

BESCHREIBUNG UND BEGRÜNDUNG DER GENEHMIGTEN ÄNDERUNG

Änderung der Liste der Keltertrauben

Mit dieser Änderung werden die in der Produktspezifikation und im Einzigen Dokument aufgeführten zugelassenen Rebsorten für die g. g. A. Flevoland geändert, und es handelt sich um eine Aktualisierung aufgrund der Praxis.

Beschreibung und Änderungsgründe

Beschreibung:

In das Verzeichnis der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten wurden 7 Sorten aufgenommen, und zwar:

Pinot Grigio

Accent N

Allegro N

Bolero N

Saphira N

Divicio N

Divona B

Begründung: Es werden neue Rebsorten entwickelt, die nach einer langen Entwicklungsphase und ausführlichen Zulassungsverfahren bei Zulassung in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden. Wenn diese Sorten in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden, können sie auch für eine Aufnahme in die Liste der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten infrage kommen.

Bei dieser Änderung handelt es sich um eine Standardänderung, da sie weder den Namen der g. g. A. noch die Erzeugnis-kategorie, den Zusammenhang oder die Vermarktungsbeschränkungen betrifft.

EINZIGES DOKUMENT

1. Name(n)
„Flevoland“
2. **Art der geografischen Angabe**
g. g. A. – geschützte geografische Angabe
3. **Kategorien von Weinbauerzeugnissen**
 1. Wein
 4. Schaumwein
 5. Qualitätsschaumwein

⁽¹⁾ ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2.

- 8. Perlwein
- 9. Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

4. Beschreibung des Weins/der Weine

1. Weinkategorie 1: Wein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, fruchtig, körperreich, mit vorrangig grünen Noten.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und recht vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

2. Weinkategorie 4: Schaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, fruchtig, körperreich, mit vorrangig grünen Noten.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und recht vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5

Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

3. Weinkategorie 5: Qualitätsschaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, fruchtig, körperreich, mit vorrangig grünen Noten.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und recht vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

4. Weinkategorie 8: Perlwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, fruchtig, körperreich, mit vorrangig grünen Noten.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und recht vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

5. Weinkategorie 9: Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, fruchtig, körperreich, mit vorrangig grünen Noten.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und recht vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

5. Weinbereitungsverfahren

5.1. Spezifische önologische Verfahren

1.

Spezifisches önologisches Verfahren

Weiß => Ernte, Sortieren, Pressen, Vorklärung, Gärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

ROT => Ernte, Sortieren, Einmaischen / Entstielen, Schalengärung, Pressen, Milchsäuregärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

5.2. *Höchstserträge*

1. Weiße Trauben

90 Hektoliter je Hektar

2. Rote Trauben

75 Hektoliter je Hektar

6. **Abgegrenztes geografisches Gebiet**

Provinz Flevoland, abgegrenzt durch die in der Verfassung festgelegten Provinzgrenzen.

7. **Keltertraubensorte(n)**

Accent N

Acolon

Allegro N

Auxerrois B

Bacchus B

Baco noir

Baron N

Bianca B

Birstaler Muskat

Bolero N

Bronner B

Cabaret Noir N (VB-91-26-4)

Cabernet Blanc B (VB-91-26-1)

Cabernet Cantor N

Cabernet Carbon N

Cabernet Carol N

Cabernet Cortis

Cabernet Cubin

Cabernet Dorio

Cabernet Dorsa

Cabernet Franc N

Cabernet Jura

Cabernet Mitos

Cabernet Sauvignon

Cabertin N (VB-91-26-17)

Calandro N

Calardis Blanc B

Carmenere

Chardonnay B

Dakapo

Divicio N

Divona B

Domina N

Dornfelder N

Dunkelfelder N
Excelsior
Faber B
Felicia B
Florental N
Frühburgunder N
Gamaret N
Gamay N
Gewürztraminer Rs
Golubok N
Hegel
Helios
Hibernal B
Huxelrebe B
Hölder B
Johanniter B
Juwel B
Kerner B
Kernling B
Land N
Laurot N
Léon Millot N
Maréchal Foch N
Melody
Merlot
Merzling B
Meunier N
Monarch
Morio Muscat B
Muscaris B
Muskat Blanc
Muskat Blau
Müller-Thurgau B
Orion B
Ortega B
Palatina
Phoenix B
Pinot Grigio
Pinot Gris G
Pinot blanc B
Pinot noir N
Pinotin N
Plantet N
Polo Muscat B

Portugieser N
Prior N
Rayon d'or B
Reberger
Regent N
Reichensteiner B
Riesling B
Rinot B
Rondo N
Roter Elbling Rs
Ruländer G
Saphira N
Satin Noir N (VB-91-26-29)
Sauvignac B (Cal 6-04)
Sauvignon Blanc B
Sauvignon Soyhieres B (VB-32-7)
Sauvitage B
Scheurebe B
Schönburger Rs
Seyval B
Siegerrebe Rs
Silcher B
Sirius
Solaris
Souvignier Gris
St. Laurent
Staufer
Sylvaner B
Syrah
Tempranillo
Villaris B
Vioignier B
Würzer B
Zweigeltrebe N

8. Beschreibung des Zusammenhangs bzw. der Zusammenhänge

8.1. Geografisches Gebiet: Beschreibung und Klima

Flevoland besteht hauptsächlich aus holozänem Marschland auf Sand oder Torf.

Dies gilt auch für den Noordoostpolder, aber lokal gibt es Torf- oder Tonlehm im Oberboden.

Diese Polder wurden im 20. Jahrhundert geschaffen, nachdem Teile des IJsselmeer trockengelegt wurden.

Charakteristisch für das Klima sind:

- mittlere Niederschläge von 850 mm/Jahr
- 1 678 Sonnenstunden/Jahr (Lelystad)

- mittlere Temperatur von 9,8 °C im Jahr und 16,7 °C im Sommer
- Differenz zwischen Tag- und Nachttemperatur im September von 8,4 °C

8.2. *Ursächlicher Zusammenhang*

Das Klima ermöglicht die Erreichung des angegebenen Ertrags und Reifegrads. Die Reife zeigt sich in einem frischen, vollmundigen, fruchtigen Weißwein mit grünen Noten und beim Rotwein durch Noten von roten Früchten.

9. **Weitere wesentliche Bedingungen (Verpackung, Etikettierung, sonstige Anforderungen)**

Rechtsrahmen:

EU-Rechtsvorschriften

Art der sonstigen Bedingung:

Ausnahme in Bezug auf die Erzeugung in dem abgegrenzten geografischen Gebiet

Beschreibung der Bedingung:

Nahegelegenes Gebiet für die Weinerzeugung

Was das Erzeugungsgebiet für die Weinbereitung (Vinifizierung) betrifft, sind alle niederländischen Provinzen als „nahegelegen“ definiert.

Wird der Grundwein im Gebiet der g. g. A. oder in einem nahegelegenen Gebiet bereitet, so kann ein Teil dieses Grundweins oder das gesamte Volumen als Perlwein oder Schaumwein im Lohn abgefüllt werden.

Dieser Vorgang kann außerhalb des Gebiets der g. g. A. oder des nahegelegenen Gebiets erfolgen, wobei der Name der g. g. A. beibehalten wird. In diesem Fall wird auf dem Etikett auch der Lohnabfüller angegeben, gegebenenfalls durch eine Codenummer (Abgefüllt durch ... für ...).

Link zur Produktspezifikation

https://www.rvo.nl/sites/default/files/2023-06/BGA_Flevoland_productdossier_2023_0.pdf



C/2024/845

17.1.2024

**Veröffentlichung einer Mitteilung über die Genehmigung einer Standardänderung der
Produktspezifikation eines Namens im Weinsektor gemäß Artikel 17 Absätze 2 und 3 der
Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission**

(C/2024/845)

Die Veröffentlichung der vorliegenden Mitteilung erfolgt gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission ⁽¹⁾.

MITTEILUNG DER GENEHMIGUNG EINER STANDARDÄNDERUNG

„Noord-Holland“

PGI-NL-A0966-AM06

Datum der Mitteilung: 17.10.2023

BESCHREIBUNG UND BEGRÜNDUNG DER GENEHMIGTEN ÄNDERUNG

Änderung der Liste der Keltertrauben

Mit dieser Änderung werden die in der Produktspezifikation und im Einzigen Dokument aufgeführten zugelassenen Rebsorten für die g. g. A. Noord-Holland“ geändert, und es handelt sich um eine Aktualisierung aufgrund der Praxis.

Beschreibung und Änderungsgründe

Beschreibung:

In das Verzeichnis der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten wurden 7 Sorten aufgenommen, und zwar:

Pinot Grigio

Accent N

Allegro N

Bolero N

Saphira N

Divicio N

Divona B

Begründung: Es werden neue Rebsorten entwickelt, die nach einer langen Entwicklungsphase und ausführlichen Zulassungsverfahren bei Zulassung in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden. Wenn diese Sorten in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden, können sie auch für eine Aufnahme in die Liste der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten infrage kommen.

Bei dieser Änderung handelt es sich um eine Standardänderung, da sie weder den Namen der g. g. A. noch die Erzeugnis-kategorie, den Zusammenhang oder die Vermarktungsbeschränkungen betrifft.

EINZIGES DOKUMENT

1. **Name(n)**
„Noord-Holland“
2. **Art der geografischen Angabe**
g. g. A. – geschützte geografische Angabe
3. **Kategorien von weinbauerzeugnissen**
 1. Wein
 4. Schaumwein
 5. Qualitätsschaumwein

⁽¹⁾ ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2.

8. Perlwein
9. Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

4. Beschreibung des Weins/der Weine

1. Weinkategorie 1: Wein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine haben eine frische Säure, sind vollfruchtig und weisen auch grüne Aromen auf.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollfruchtig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

2. Weinkategorie 4: Schaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine haben eine frische Säure, sind vollfruchtig und weisen auch grüne Aromen auf.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollfruchtig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5

Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

3. Weinkategorie 5: Qualitätsschaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine haben eine frische Säure, sind vollfruchtig und weisen auch grüne Aromen auf.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollfruchtig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

4. Weinkategorie 8: Perlwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine haben eine frische Säure, sind vollfruchtig und weisen auch grüne Aromen auf.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollfruchtig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

5. Weinkategorie 9: Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine haben eine frische Säure, sind vollfruchtig und weisen auch grüne Aromen auf.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollfruchtig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

5. Weinbereitungsverfahren

5.1. Spezifische önologische Verfahren

1.

Spezifisches önologisches Verfahren

Weiß => Ernte, Sortieren, Pressen, Vorklärung, Gärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

ROT => Ernte, Sortieren, Einmaischen / Entstielen, Schalengärung, Pressen, Milchsäuregärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

5.2. *Höchstserträge*

1. Weiße Trauben

90 Hektoliter je Hektar

2. Rote Trauben

75 Hektoliter je Hektar

6. **Abgegrenztes geografisches Gebiet**

Provinz Noord-Holland, abgegrenzt durch die in der Verfassung festgelegten Provinzgrenzen.

7. **Keltertraubensorte(n)**

Accent N

Acolon

Allegro N

Auxerrois B

Bacchus B

Baco noir

Baron N

Bianca B

Birstaler Muskat

Bolero N

Bronner B

Cabaret Noir N (VB-91-26-4)

Cabernet Blanc B (VB-91-26-1)

Cabernet Cantor N

Cabernet Carbon N

Cabernet Carol N

Cabernet Cortis

Cabernet Cubin

Cabernet Dorio

Cabernet Dorsa

Cabernet Franc N

Cabernet Jura

Cabernet Mitos

Cabernet Sauvignon

Cabertin N (VB-91-26-17)

Calandro N

Calardis Blanc B

Carmenere

Chardonnay B

Dakapo

Divicio N

Divona B

Domina N

Dornfelder N

Dunkelfelder N

Excelsior
Faber B
Felicia B
Florental N
Frühburgunder N
Gamaret N
Gamay N
Gewürztraminer Rs
Golubok N
Hegel
Helios
Hibernal B
Huxelrebe B
Hölder B
Johanniter B
Juwel B
Kerner B
Kernling B
Land N
Laurot N
Léon Millot N
Maréchal Foch N
Melody
Merlot
Merzling B
Meunier N
Monarch
Morio Muscat B
Muscaris B
Muskat Blanc
Muskat Blau
Müller-Thurgau B
Orion B
Ortega B
Palatina
Phoenix B
Pinot Grigio
Pinot Gris G
Pinot blanc B
Pinot noir N
Pinotin N
Plantet N
Polo Muscat B
Portugieser N

Prior N
Rayon d'or B
Reberger
Regent N
Reichensteiner B
Riesling B
Rinot B
Rondo N
Roter Elbling Rs
Ruländer G
Saphira N
Satin Noir N (VB-91-26-29)
Sauvignac B (Cal 6-04)
Sauvignon Blanc B
Sauvignon Soyhieres B (VB-32-7)
Sauvitage B
Scheurebe B
Schönburger Rs
Seyval B
Siegerrebe Rs
Silcher B
Sirius
Solaris
Souvignier Gris
St. Laurent
Staufer
Sylvaner B
Syrah
Tempranillo
Villaris B
Viognier B
Würzer B
Zweigeltrebe N

8. Beschreibung des Zusammenhangs bzw. der Zusammenhänge

8.1. Geografisches Gebiet: Beschreibung und Klima

Im Südosten liegen aufgestaute Formationen aus der letzten Eiszeit, die hauptsächlich aus grobem und feinem (häufig kiesreichem) Flusssand bestehen (= „t Gooi“).

Um Amsterdam finden sich verbreitet Torfablagerungen auf Ton.

Entlang der Küstendüne (Sand) befinden sich Ablagerungen, die zumeist eine Schicht Meeressand, vermischt mit Ton oder Torf, enthalten (Geestböden).

Auf der Insel Texel kommen neben Dünensand auch Ablagerungen von Marschenklei und Sand mit tonigem Lehm vor.

Charakteristisch für das Klima sind:

- mittlere Niederschläge von 868 mm/Jahr
- 1 707 Sonnenstunden/Jahr (gemittelt für Schiphol und de Kooy)
- mittlere Temperatur von 10,1 °C im Jahr und 16,6 °C im Sommer
- Differenz zwischen Tag- und Nachttemperatur im September von 7,4 °C

8.2. *Ursächlicher Zusammenhang*

Dank des Klimas können die genannten Erträge und die erwähnte Reife erzielt werden. Die Reife äußert sich in einem frischen, vollfruchtigen Wein, der auch grüne Noten aufweist, und bei Rotwein in roten Früchten.

9. **Weitere wesentliche Bedingungen (Verpackung, Etikettierung, sonstige Anforderungen)**

Rechtsrahmen:

EU-Rechtsvorschriften

Art der sonstigen Bedingung:

Ausnahme in Bezug auf die Erzeugung in dem abgegrenzten geografischen Gebiet

Beschreibung der Bedingung:

Nahegelegenes Gebiet für die Weinerzeugung

Was das Erzeugungsgebiet für die Weinbereitung (Vinifizierung) betrifft, sind alle niederländischen Provinzen als „nahegelegen“ definiert.

Wird der Grundwein im Gebiet der g. g. A. oder in einem nahegelegenen Gebiet bereitet, so kann ein Teil dieses Grundweins oder das gesamte Volumen als Perlwein oder Schaumwein im Lohn abgefüllt werden.

Dieser Vorgang kann außerhalb des Gebiets der g. g. A. oder des nahegelegenen Gebiets erfolgen, wobei der Name der g. g. A. beibehalten wird. In diesem Fall wird auf dem Etikett auch der Lohnabfüller angegeben, gegebenenfalls durch eine Codenummer (Abgefüllt durch ... für ...).

Rechtsrahmen:

EU-Rechtsvorschriften

Art der sonstigen Bedingung:

Zusätzliche Etikettierungsvorschriften

Beschreibung der Bedingung:

Die folgenden Namen kleinerer Gebiete, die zum Gebiet der g. g. A. „Noord-Holland“ gehören, können zusammen mit dem Gebietsnamen Noord-Holland verwendet werden, wenn mindestens 85 % der verwendeten Trauben aus diesem Gebiet stammen:

- West-Friesland
- Gooi en Vechtstreek

Link zur Produktspezifikation

https://www.rvo.nl/sites/default/files/2023-06/BGA_Noord_Holland_productdossier_2023.pdf



C/2024/846

17.1.2024

**Veröffentlichung einer Mitteilung über die Genehmigung einer Standardänderung der
Produktspezifikation eines Namens im Weinsektor gemäß Artikel 17 Absätze 2 und 3 der
Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission**

(C/2024/846)

Die Veröffentlichung der vorliegenden Mitteilung erfolgt gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission ⁽¹⁾.

MITTEILUNG DER GENEHMIGUNG EINER STANDARDÄNDERUNG

„Zuid-Holland“

PGI-NL-A0965-AM06

Datum der Mitteilung: 17.10.2023

BESCHREIBUNG UND BEGRÜNDUNG DER GENEHMIGTEN ÄNDERUNG

Änderung der Liste der Keltertrauben

Mit dieser Änderung werden die in der Produktspezifikation und im Einzigsten Dokument aufgeführten zugelassenen Rebsorten für die g. g. A. Zuid-Holland“ geändert, und es handelt sich um eine Aktualisierung aufgrund der Praxis.

Beschreibung und Änderungsgründe

Beschreibung:

In das Verzeichnis der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten wurden 7 Sorten aufgenommen, und zwar:

Pinot Grigio

Accent N

Allegro N

Bolero N

Saphira N

Divicio N

Divona B

Begründung: Es werden neue Rebsorten entwickelt, die nach einer langen Entwicklungsphase und ausführlichen Zulassungsverfahren bei Zulassung in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden. Wenn diese Sorten in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden, können sie auch für eine Aufnahme in die Liste der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten infrage kommen.

Bei dieser Änderung handelt es sich um eine Standardänderung, da sie weder den Namen der g. g. A. noch die Erzeugnis-kategorie, den Zusammenhang oder die Vermarktungsbeschränkungen betrifft.

EINZIGES DOKUMENT

1. **Name(n)**
„Zuid-Holland“
2. **Art der geografischen Angabe**
g. g. A. – geschützte geografische Angabe
3. **Kategorien von Weinbauerzeugnissen**
 1. Wein
 4. Schaumwein
 5. Qualitätsschaumwein

⁽¹⁾ ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2.

8. Perlwein

9. Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

4. Beschreibung des Weins/der Weine

1. Weinkategorie 1: Wein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine haben eine frische Säure, sind vollfruchtig und weisen auch grüne Aromen auf.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollfruchtig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

2. Weinkategorie 4: Schaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine haben eine frische Säure, sind vollfruchtig und weisen auch grüne Aromen auf.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollfruchtig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5

Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

3. Weinkategorie 5: Qualitätsschaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine haben eine frische Säure, sind vollfruchtig und weisen auch grüne Aromen auf.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollfruchtig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

4. Weinkategorie 8: Perlwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine haben eine frische Säure, sind vollfruchtig und weisen auch grüne Aromen auf.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollfruchtig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

5. Weinkategorie 9: Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine haben eine frische Säure, sind vollfruchtig und weisen auch grüne Aromen auf.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollfruchtig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

5. Weinbereitungsverfahren

5.1. Spezifische önologische Verfahren

1.

Spezifisches önologisches Verfahren

Weiß = > Ernte, Sortieren, Pressen, Vorklärung, Gärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

ROT = > Ernte, Sortieren, Einmaischen / Entstielen, Schalengärung, Pressen, Milchsäuregärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

5.2. *Höchstserträge*

1. Weiße Trauben
95 Hektoliter pro Hektar
2. Rote Trauben
80 Hektoliter je Hektar

6. **Abgegrenztes geografisches Gebiet**

Provinz Zuid-Holland, abgegrenzt durch die in der Verfassung festgelegten Provinzgrenzen.

7. **Keltertraubensorte(n)**

Accent N
Acolon
Allegro N
Auxerrois B
Bacchus B
Baco noir
Baron N
Bianca B
Birstaler Muskat
Bolero N
Bronner B
Cabaret Noir N (VB-91-26-4)
Cabernet Blanc B (VB-91-26-1)
Cabernet Cantor N
Cabernet Carbon N
Cabernet Carol N
Cabernet Cortis
Cabernet Cubin
Cabernet Dorio
Cabernet Dorsa
Cabernet Franc N
Cabernet Jura
Cabernet Mitos
Cabernet Sauvignon
Cabertin N (VB-91-26-17)
Calandro N
Calardis Blanc B
Carmenere
Chardonnay B
Dakapo
Divicio N
Divona B
Domina N
Dornfelder N

Dunkelfelder N
Excelsior
Faber B
Felicia B
Florental N
Frühburgunder N
Gamaret N
Gamay N
Gewürztraminer Rs
Golubok N
Hegel
Helios
Hibernal B
Huxelrebe B
Hölder B
Johanniter B
Juwel B
Kerner B
Kernling B
Land N
Laurot N
Léon Millot N
Maréchal Foch N
Melody
Merlot
Merzling B
Meunier N
Monarch
Morio Muscat B
Muscaris B
Muskat Blanc
Muskat Blau
Müller-Thurgau B
Orion B
Ortega B
Palatina
Phoenix B
Pinot Grigio
Pinot Gris G
Pinot blanc B
Pinot noir N
Pinotin N
Plantet N

Polo Muscat B
Portugieser N
Prior N
Rayon d'or B
Reberger
Regent N
Riechensteiner B
Riesling B
Rinot B
Rondo N
Roter Elbling Rs
Ruländer G
Saphira N
Satin Noir N (VB-91-26-29)
Sauvignac B (Cal 6-04)
Sauvignon Blanc B
Sauvignon Soyhieres B (VB-32-7)
Sauvitage B
Scheurebe B
Schönburger Rs
Seyval B
Siegerrebe Rs
Silcher B
Sirius
Solaris
Souvignier Gris
St. Laurent
Staufer
Sylvaner B
Syrah
Tempranillo
Villaris B
Viognier B
Würzer B
Zweigeltrebe N

8. Beschreibung des Zusammenhangs bzw. der Zusammenhänge

8.1. Geografisches Gebiet: Beschreibung und Klima

Im Südwesten finden sich holozäne Marschenklei- und Meeressandablagerungen, oft auf einem Torfuntergrund, und entlang des Lek und der alten Rheineinzugsgebiete (einschließlich Oude Rhein) besteht der Boden aus Flusslehm auf Flusssand, manchmal vermischt mit Torf.

In der Mitte sind verteilt holozäne Moore auf Marschenkleiablagerungen und Marschenklei und Meeressand mit Torfeinbringungen zu finden.

Entlang der Küstendüne (Sand) befinden sich Ablagerungen, die zumeist eine Schicht Meeressand, vermischt mit Ton oder Torf, enthalten (Geestböden).

Charakteristisch für das Klima sind:

- mittlere Niederschläge von 879 mm/Jahr
- 1 675 Sonnenstunden/Jahr (gemittelt für Rotterdam/Valkenburg)
- mittlere Temperatur von 10,3 °C im Jahr und 16,9 °C im Sommer
- Differenz zwischen Tag- und Nachttemperatur im September von 7,9 °C

8.2. *Ursächlicher Zusammenhang*

Das Klima ermöglicht die Erreichung des angegebenen Ertrags und Reifegrads. Die Reife zeigt sich in einem frischen, vollmundigen, fruchtigen Wein mit Anklang von Noten und beim Rotwein durch Noten von roten Früchten.

9. **Weitere wesentliche Bedingungen (Verpackung, Etikettierung, sonstige Anforderungen)**

Rechtsrahmen:

EU-Rechtsvorschriften

Art der sonstigen Bedingung:

Ausnahme in Bezug auf die Erzeugung in dem abgegrenzten geografischen Gebiet

Beschreibung der Bedingung:

Nahegelegenes Gebiet für die Weinerzeugung

Was das Erzeugungsgebiet für die Weinbereitung (Vinifizierung) betrifft, sind alle niederländischen Provinzen als „nahegelegen“ definiert.

Wird der Grundwein im Gebiet der g. g. A. oder in einem nahegelegenen Gebiet bereitet, so kann ein Teil dieses Grundweins oder das gesamte Volumen als Perlwein oder Schaumwein im Lohn abgefüllt werden.

Dieser Vorgang kann außerhalb des Gebiets der g. g. A. oder des nahegelegenen Gebiets erfolgen, wobei der Name der g. g. A. beibehalten wird. In diesem Fall wird auf dem Etikett auch der Lohnabfüller angegeben, gegebenenfalls durch eine Codenummer (Abgefüllt durch ... für ...).

Link zur Produktspezifikation

https://www.rvo.nl/sites/default/files/2023-06/BGA_Zuid_Holland_productdossier_2023.pdf



PLENARSITZUNG DER LXX. COSAC

Madrid, 26.-28. November 2023

Beitrag der LXX. COSAC

(C/2024/848)

Ukraine

- (1) Die COSAC bekräftigt ihre in den Sitzungen in Prag und Stockholm geäußerten Stellungnahmen, in denen sie Russlands grundlose, ungerechtfertigte und illegale Invasion der Ukraine, seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie die versuchte Annektierung von Teilen der ukrainischen Gebiete — was einen eklatanten Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen darstellt — entschieden und stark verurteilte.
- (2) Die COSAC bekräftigt ihre Forderung nach einer bedingungslosen und sofortigen Beendigung der illegalen militärischen Aktionen Russlands, nach einem Rückzug all seiner Streitkräfte und militärischen Ausrüstung aus dem ukrainischen Territorium gemäß seinen international anerkannten Grenzen sowie nach einer sofortigen Beendigung der Gewaltanwendung oder jeder anderen Form der Aggression gegen die Ukraine.
- (3) Die COSAC bringt wiederholt ihre uneingeschränkte Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen sowie für das ureigene Recht des Landes auf legitime Verteidigung gegen Russlands Aggression zum Ausdruck.
- (4) Die COSAC fordert die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf, der Ukraine und ihrer Bevölkerung weiterhin robuste politische, diplomatische, wirtschaftliche, militärische, technische und humanitäre Hilfe zu leisten, bis Russlands Angriffskrieg beendet und die Souveränität und die territoriale Unversehrtheit der Ukraine wiederhergestellt wird. Bezüglich der militärischen Unterstützung erwartet sie laufende militärische Unterstützung auf bilateraler Ebene aber auch über die Europäische Friedensfazilität, insbesondere eine Beschleunigung der Lieferungen von Flugkörpern und Munition im Rahmen der Initiative für eine Million Artilleriegeschosse sowie von Luftverteidigungssystemen zum Schutz der ukrainischen Bevölkerung und der kritischen und Energieinfrastruktur. Dies lässt den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten unberührt.
- (5) Die COSAC bekräftigt ihre Zufriedenheit mit den europäischen und internationalen Anstrengungen für die Reparaturen, die Wiederherstellung und den Wiederaufbau in der Ukraine sowie ihre Unterstützung für ebendiese. Sie fordert die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten auf, ihre Arbeit für die Verwendung von Russlands immobilisierten Vermögenswerten zur Unterstützung der Erholung und des Wiederaufbaus der Ukraine zu beschleunigen.
- (6) Die COSAC begrüßt die fortlaufenden diplomatischen Bemühungen für die größtmögliche internationale Unterstützung der Grundsätze und Ziele der Ukrainischen Friedensformel. Sie betont ihre Unterstützung für die Umsetzung der Friedensformel und für die Organisation eines Globalen Gipfeltreffens für den Frieden, unter Hinweis darauf, dass ein umfassender, fairer und dauerhafter Frieden in der Ukraine auf einem Fundament der uneingeschränkten Achtung ihrer Unabhängigkeit, ihrer Souveränität und der territorialen Unversehrtheit ihrer Grenzen aufbauen muss. Die Erreichung dieses Ziels wäre ein signifikanter Beitrag zur Stärkung des Friedens und der Sicherheit weltweit.
- (7) Die COSAC begrüßt die Tatsache, dass der Europäische Rat im Oktober 2023 sein Engagement für die Sicherstellung einer stabilen, vorhersehbaren und nachhaltigen finanziellen Unterstützung für die Ukraine in den nächsten Jahren bekräftigt hat, und fordert diesen auf, das Finanzhilfepaket, d. h. die Fazilität für die Ukraine, in der Sitzung im Dezember anzunehmen.
- (8) Die COSAC ist der Auffassung, dass russische Führungspersonen für den Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie andere Personen, die an Kriegsverbrechen oder anderen schweren Verbrechen beteiligt waren oder diese begangen haben, zur Verantwortung gezogen werden müssen, und unterstützt uneingeschränkt die Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshof sowie alle anderen Initiativen, mit denen verhindert werden soll, dass derartige Verbrechen unbestraft bleiben, insbesondere die Einrichtung eines Gerichts für die Strafverfolgung des Verbrechens der Aggression gegen die Ukraine sowie die Einrichtung eines künftigen Ausgleichsmechanismus.

- (9) Die COSAC unterstützt die Maßnahmen, anhand derer Russlands Kapazität, seinen Angriffskrieg zu führen, eingeschränkt werden soll, einschließlich Sanktionen, die von der Europäischen Union verhängt wurden, und fordert ihre vollständige und wirksame Durchsetzung sowie, dass Anstrengungen in Zusammenarbeit mit Partnern verstärkt werden, um alle Versuche, diese Sanktionen zu umgehen, zu verhindern. Sie fordert die Mitgliedstaaten der EU auf, die Verabschiedung des zwölften Sanktionspakets zu beschleunigen und die Kosten des russischen Angriffs noch zu erhöhen. Sie begrüßt die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. November 2023 zu der Wirksamkeit der EU-Sanktionen gegen Russland, einschließlich der Forderung eines Einfuhrverbots für russisches verflüssigtes Erdgas und Petroleumgas in die Union sowie eines Beförderungsverbots für Exporte von russischem Erdöl und verflüssigtem Erdgas durch das Territorium der Union.
- (10) Die COSAC bedauert die militärische, materielle und anderweitige Unterstützung, die gewisse Staaten noch immer für den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine leisten, und fordert diese dazu auf, derartige Handlungen zu beenden.
- (11) Die COSAC bekräftigt ihre deutliche Verurteilung der illegalen Ausweisung und Umsiedlung von Kindern und anderen ukrainischen Zivilisten nach Russland und Belarus und fordert, dass diese Staaten ihre sofortige und sichere Rückkehr garantieren.
- (12) Die COSAC verurteilt Russlands gezielte Angriffe auf die ukrainische zivile und kritische Infrastruktur, einschließlich Getreidelagern und Ausfuereinrichtungen, sowie seine Maßnahmen zur Einschränkung der Freiheit der Schifffahrt auf dem Schwarzen Meer, die zeigen, dass Russland weiterhin Lebensmittel als Waffe verwendet und dadurch die globale Ernährungssicherheit untergräbt. Sie begrüßt die entschlossenen Maßnahmen der Ukraine für die Öffnung eines alternativen Seewegs, um Getreideexporte nach Russlands einseitigem Rückzug aus der Schwarzmeer-Getreide-Initiative aufrechtzuerhalten. Die COSAC bringt ihre Unterstützung für alle Anstrengungen zum Ausdruck, anhand derer Getreideexporte erleichtert werden sollen, insbesondere in bedürftige Länder in Afrika und im Nahen Osten, sowie für den Kapazitätsaufbau der EU-Solidaritätskorridore und anderer Ausfuhrrouen für ukrainisches Getreide. Es ist auch wichtig, die Widerstandsfähigkeit der Landwirtschaft in Afrika zu stärken.
- (13) Die COSAC bekräftigt ihre Unterstützung für den laufenden Erweiterungsprozess für die Ukraine und Moldau, da diese die Anforderungen für ihre Beitrittsverfahren zur Europäischen Union erfüllen, im Einklang mit dem Erweiterungspaket der Kommission von 2023.
- (14) Die COSAC ist der Auffassung, dass — wie dies auch in der Erklärung von Granada, die am 6. Oktober 2023 von den EU-Staats- und Regierungschefs abgegeben wurde, betont wird — eine Erweiterung eine geo-strategische Investition in den Frieden, die Sicherheit und Stabilität sowie den Wohlstand darstellt. Sie ist eine Triebkraft für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der Unionsbürger, verringert Unterschiede zwischen den Ländern und muss die Werte fördern, auf denen die Union aufbaut.
- (15) Die COSAC begrüßt das Erweiterungspaket der Kommission von 2023, das am 8. November 2023 veröffentlicht wurde, sowie die Empfehlungen, die Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine, Moldau sowie Bosnien und Herzegowina aufzunehmen (sobald die Mitgliedskriterien in hinreichendem Maße erfüllt werden) und Georgien den Status eines Bewerberlandes zuzuerkennen.
- (16) Die COSAC bekräftigt ihre Unterstützung für den Westbalkan, die vor 20 Jahren in der Agenda von Thessaloniki zum Ausdruck gebracht wurde; Sie unterstützt ihren Beitrittsprozess und begrüßt den Wachstumsplan für den Westbalkan, der kürzlich von der Kommission vorgestellt wurde.
- (17) Die COSAC fordert beitrittswillige Staaten auf, ihre Reformtätigkeiten mit der Unterstützung der Europäischen Union zu verstärken, insbesondere im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, im Einklang mit dem auf Verdienst basierenden Ansatz des Beitrittsprozesses. Gleichzeitig müssen die notwendigen Reformen durchgeführt werden, sodass eine erweiterte Europäische Union zum Nutzen der Unionsbürger weiterhin gut funktioniert.

Europäisches Migrations- und Asylpaket

- (18) Die COSAC nimmt zur Kenntnis, dass die Debatte über Migration aufgrund der letzten Migrationskrise und des steigenden Drucks auf die EU-Außengrenzen wieder relevanter geworden ist, was vor allem durch die Beispiele der Inseln Lampedusa und El Hierro verdeutlicht wird.

- (19) Die COSAC ist der Auffassung, dass dringend eine ausgeglichene und durchführbare politische Übereinkunft zum Migrations- und Asylpaket getroffen werden muss, die die Solidarität und eine gerechte Teilung der Verantwortung sicherstellt. In diesem Sinne fordert die COSAC das Europäische Parlament, den Rat und die Kommission auf, ihre Anstrengungen zu intensivieren, dieses Dossier noch vor dem Ende der Wahlperiode abzuschließen. Angesichts der neuesten besorgniserregenden Entwicklungen im Nahen Osten fordert die COSAC die EU auf, mögliche neue Flüchtlingsströme proaktiv anzugehen und vor allem die Mitgliedstaaten an vorderster Front zu unterstützen.
- (20) Die COSAC weist erneut darauf hin, dass das Migrations- und Asylpaket den zwei Ebenen der europäischen Migrationspolitik entsprechen muss. Einerseits die interne Dimension, die die Steuerung der Migration, den wirksamen Schutz der Außengrenzen sowie die Verbesserung der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit mit ordnungsgemäßen Funktion des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) kombiniert. Andererseits die externe Dimension für die Steuerung der Migrationsflüsse, die Bekämpfung des Menschenhandels und der Schlepperei, in Zusammenarbeit mit den wichtigsten Herkunfts- und Transitländern, indem die Grundursachen der Migration bekämpft werden und Möglichkeiten für legale Migration sowie für die Integration von Migranten und Asylbewerbern geschaffen werden. Die COSAC fordert, dass mehr gemeinsame Absichtserklärungen mit Drittländern verfasst und umgesetzt werden, um die illegale Migration und Schlepperei zu bekämpfen. Außerdem wird eine wirksamere Rückkehrpolitik benötigt, einschließlich Maßnahmen zur Stärkung des rechtlichen und operativen Rahmens, um die Qualität und den Anteil der Rückkehr zu verbessern, sowie der Wiedereingliederungsprogramme und der Zusammenarbeit mit Partnerstaaten.
- (21) Die COSAC betont die Bedeutung des funktionierenden Schengen-Raums für die Bekämpfung der illegalen Migration und bekräftigen die Forderung nach dem sofortigen Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum Schengen-Raum.

Energiekrise und ökologischer Wandel

- (22) Die COSAC ist der Auffassung, dass die Eindämmung der Klimakrise und der Umweltschädigung nicht nur eine unvermeidbare Notwendigkeit darstellt, sondern auch eine Möglichkeit, um die strategische Autonomie der EU in den Bereichen Energie und Ressourcen drastisch zu verstärken und europäische Unternehmen wettbewerbsfähiger zu machen. Die Europäische Union muss weiterhin den weltweiten Kampf gegen den Klimawandel und den Verlust an biologischer Vielfalt anführen, indem Vermögen und neue Möglichkeiten geschaffen werden, die am stärksten gefährdeten Bürger, Unternehmen und Regionen im ökologischen Wandel versorgt und unterstützt werden und die Nebeneffekte des Ausbaus der erneuerbaren Energien berücksichtigt werden, sowohl aus einem ökologischen Standpunkt, wie auch aus dem Standpunkt der Abhängigkeiten, zu denen dieser wahrscheinlich führen wird. Daher sind Dossiers wie die Reform der Gestaltung des Elektrizitätsmarkts, das Wasserstoff-Gas-Paket, die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur oder zur Luftqualität, die Netto-Null-Industrie-Verordnung, das Pakets „Fit für 55“ oder die Verordnung zu kritischen Rohstoffen von zentraler Bedeutung. Die COSAC vertraut darauf, dass während dem spanischen und belgischen Ratsvorsitz die genannten Maßnahmen angenommen werden und diese einen Beitrag zu den oben genannten Zielen leisten sowie in der Überwindung kommender Hürden helfen werden.
- (23) Die COSAC betont, dass der ökologische Wandel zur Verringerung der Energieabhängigkeit der Union beitragen muss, während der Energie-Mix jedes Mitgliedstaats respektiert wird; er muss inklusiv sein, darf niemanden außen vor lassen und muss Engpässe wie den Fachkräftemangel, die geeignete Infrastruktur oder die Speicherung erneuerbarer Energie wirksam angehen.
- (24) Die COSAC begrüßt die Übereinkunft, die der Rat (Verkehr, Telekommunikation und Energie) bei seinem Treffen im Oktober erzielt hat, die Gestaltung des Elektrizitätsmarkts der Union zu überarbeiten, und ermutigt europäische Institutionen, die notwendigen legislativen Maßnahmen zu ergreifen, um die Volatilität der Elektrizität zu reduzieren, sie unabhängiger vom Preis fossiler Brennstoffe zu machen und so die Verbraucher und die Industrie zu schützen und die Funktion des Elektrizitätsmarkts langfristig zu verbessern.
- (25) Die COSAC teilt die Auffassung des Europäischen Rates vom Oktober 2023 in dem Sinne, dass sie die Notwendigkeit betont, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit kritischer Infrastrukturen mit einem umfassenden und koordinierten Zugang zur Krisenreaktion zu gewähren und sicherzustellen, dass alle Sektoren zu einem präventiven Zugang beitragen, bei dem alle Gefahren berücksichtigt werden.

- (26) Die COSAC unterstreicht, dass die legislativen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem ökologischen Wandel der sozialen Säule der EU entsprechen und wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit sicherstellen sollten, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Arbeitskräfte und Unternehmen sowie der nationalen Besonderheiten und der strategischen Autonomie der EU.

Offene strategische Autonomie und Beziehungen zu lateinamerikanischen und karibischen Staaten

- (27) Die COSAC begrüßt die Tatsache, dass das eines der Hauptthemen des informellen Treffens des Europäischen Rates, das am 6. Oktober in Granada abgehalten wurde, die offene strategische Autonomie war, und fordert die parlamentarische Beteiligung und Debatte in dieser Frage.
- (28) Die genannte Angelegenheit, die erneut beim Europäischen Rat vom 26. und 27. Oktober besprochen wurde, stellt ein Schlüsselement für die gegenwärtige und zukünftige Arbeit der Europäischen Union dar. Tatsächlich definiert sie mehrere Arbeitsbereiche und trägt dazu bei, die Parameter der Union im neuen institutionellen Zyklus ab 2024 zu definieren.
- (29) Die COSAC bekräftigt, dass die Union ihre wirtschaftliche und industrielle Basis sowie die benötigten Ressourcen und Fähigkeiten stärken muss, um ihre strategische Autonomie in einer immer wettbewerbsfähigeren und komplexeren Welt sicherzustellen, ohne auf die Vorteile der offenen globalen Wirtschaft zu verzichten.
- (30) Die COSAC begrüßt, dass das Konzept der offenen strategischen Autonomie, das ursprünglich eng mit Sicherheit und Verteidigung verknüpft war, nun auch im wirtschaftlichen Bereich angewandt wird. Die jüngsten Schlussfolgerungen und Erklärungen der Staats- und Regierungschefs im Jahr 2023, mehrere anlässlich des spanischen Ratsvorsitzes, gehen in die gleiche Richtung, darunter Resilient EU2030, ein Vorschlag der während des informellen Treffens des Europäischen Rates in Granada eingebracht wurde.
- (31) Die COSAC ermutigt eine interne Stärkung der Union, ohne auf enge Partnerschaften mit ihren Partnern zu verzichten. Dies gilt für Lateinamerika und die Karibik, eine Region, mit der nach acht Jahren ohne Treffen auf hoher Ebene am 17. und 18. Juli der dritte EU-CELAC-Gipfel abgehalten wurde, was die COSAC begrüßt. Auf diesem Gipfel wurde eine gemeinsame Erklärung angenommen, mit der die regionale Beziehung zwischen den beiden Partnern strukturiert und regularisiert wurde, indem eine Verpflichtung eingegangen wurde, regelmäßige Gipfeltreffen abzuhalten, und ein Koordinierungsmechanismus mit einem Fahrplan für 2023-2025 eingerichtet wurde.
- (32) Die COSAC begrüßt gleichermaßen die Tatsache, dass der dritte EU-CELAC-Gipfel zur Stärkung der Digitalen Allianz zwischen der EU und Lateinamerika sowie zur Zustimmung zu einer ambitionierten Investitionsagenda innerhalb des Rahmens der Global Gateway Initiative beigetragen hat. Außerdem hat dieser Anlass zum Vorankommen in Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse sowie zum Abschluss von Kooperationsabkommen in Schlüssel-sektoren wie Energie (mit Argentinien und Uruguay) oder Rohstoffe (mit Chile) beigetragen.
- (33) Die COSAC schließt sich den abschließenden Erklärungen des EU-CELAC-Gipfels an, insofern dass sie die Ratifizierung der unterzeichneten und aktuell angewandten Übereinkommen fordert, laufende Prozesse für die Unterzeichnung eines modernisierten Übereinkommens, in dem Menschen-, Sozial- und Umweltrechte berücksichtigt werden, zwischen der EU und Chile und zwischen der EU und Mexiko in den kommenden Monaten begrüßt und die laufende Arbeit zwischen der EU und Mercosur zur Kenntnis nimmt.

Naher Osten

- (34) Die COSAC bringt ihre Unterstützung für die starke Verurteilung der Hamas für ihre brutalen und willkürlichen Terroranschläge in Israel zum Ausdruck, auf die sich der Europäische Rat bei seiner Sitzung am 15. Oktober einigte und die am 26. Oktober bekräftigt wurde. Die Verwendung von Zivilisten als menschliche Schutzschilde durch die Hamas ist eine besonders abscheuliche Gräueltat.
- (35) Die COSAC betont das Recht Israels, sich im Einklang mit dem Völkerrecht und dem humanitären Völkerrecht zu verteidigen. Sie erneuert ihre Forderung an die Hamas, alle Geiseln sofort und bedingungslos freizulassen.
- (36) Die COSAC bekräftigt, dass der Schutz aller Zivilisten im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht jederzeit sichergestellt werden muss. Sie bedauert jegliche zivile Opfer zutiefst.

- (37) Die COSAC bringt ihre tiefe Besorgnis für die sich verschlechternde humanitäre Situation im Gazastreifen zum Ausdruck und fordert den anhaltenden, schnellen, sicheren und ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe und die Umsetzung aller erforderlichen Maßnahmen, einschließlich humanitärer Korridore und Feuerpausen für humanitäre Zwecke, sodass Hilfeleistungen die Bedürftigen erreichen.
 - (38) Die COSAC weist erneut darauf hin, dass eine regionale Eskalation verhindert und in dieser Hinsicht mit allen Partnern, einschließlich der Palästinensische Exekutivbehörde, zusammengearbeitet werden muss.
 - (39) Die COSAC ist bereit, einen Beitrag zu leisten, um einen politischen Prozess basierend auf der Zweistaatenlösung wiederzubeleben, einschließlich durch den Friedenstag, und begrüßt Initiativen für diplomatischen Frieden und Sicherheit und unterstützt die baldige Abhaltung einer internationalen Friedenskonferenz.
-



C/2024/898

17.1.2024

**Veröffentlichung einer Mitteilung über die Genehmigung einer Standardänderung der
Produktspezifikation eines Namens im Weinsektor gemäß Artikel 17 Absätze 2 und 3 der
Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission**

(C/2024/898)

Die Veröffentlichung der vorliegenden Mitteilung erfolgt gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission ⁽¹⁾.

MITTEILUNG DER GENEHMIGUNG EINER STANDARDÄNDERUNG

„Limburg“

PGI-NL-A0961-AM06

Datum der Mitteilung: 17.10.2023

BESCHREIBUNG UND BEGRÜNDUNG DER GENEHMIGTEN ÄNDERUNG

Beschreibung der Änderung und Begründung

Mit dieser Änderung werden die in der Produktspezifikation und im Einzigsten Dokument aufgeführten zugelassenen Rebsorten für die g. g. A. Limburg geändert, und es handelt sich um eine Aktualisierung aufgrund der Praxis.

Beschreibung und Änderungsgründe

Beschreibung:

In das Verzeichnis der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten wurden 7 Sorten aufgenommen, und zwar:

Pinot Grigio

Accent N

Allegro N

Bolero N

Saphira N

Divicio N

Divona B

Begründung: Es werden neue Rebsorten entwickelt, die nach einer langen Entwicklungsphase und ausführlichen Zulassungsverfahren bei Zulassung in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden. Wenn diese Sorten in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden, können sie auch für eine Aufnahme in die Liste der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten infrage kommen.

Bei dieser Änderung handelt es sich um eine Standardänderung, da sie weder den Namen der g. g. A. noch die Erzeugnis-kategorie, den Zusammenhang oder die Vermarktungsbeschränkungen betrifft.

EINZIGES DOKUMENT

1. **Name(n)**
„Limburg“
2. **Art der geografischen Angabe**
g. g. A. – geschützte geografische Angabe
3. **Kategorien von Weinbauerzeugnissen**
 1. Wein
 4. Schaumwein
 5. Qualitätsschaumwein

⁽¹⁾ ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2.

- 8. Perlwein
- 9. Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

4. Beschreibung des Weins/der Weine

1. Weinkategorie 1: Wein

KURZBESCHREIBUNG

—

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch und sehr fruchtig, mit grünen und hauptsächlich tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch schwarze Früchte gekennzeichnet und vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

2. Weinkategorie 4: Schaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch und sehr fruchtig, mit grünen und hauptsächlich tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch schwarze Früchte gekennzeichnet und vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

3. Weinkategorie 5: Qualitätsschaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch und sehr fruchtig, mit grünen und hauptsächlich tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch schwarze Früchte gekennzeichnet und vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

4. Weinkategorie 8: Perlwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch und sehr fruchtig, mit grünen und hauptsächlich tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch schwarze Früchte gekennzeichnet und vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

5. Weinkategorie 9: Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch und sehr fruchtig, mit grünen und hauptsächlich tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch schwarze Früchte gekennzeichnet und vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

5. **Weinbereitungsverfahren**

5.1. *Spezifische önologische Verfahren*

Weiß = > Ernte, Sortieren, Pressen, Vorklärung, Gärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

ROT = > Ernte, Sortieren, Einmaischen / Entstielen, Schalengärung, Pressen, Milchsäuregärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

5.2. *Höchstserträge*

1. Weiße Trauben

100 Hektoliter pro Hektar

2. Rote Trauben

85 Hektoliter je Hektar

3. Dornfelder Trauben

100 Hektoliter pro Hektar

6. **Abgegrenztes geografisches gebiet**

Provinz Limburg, abgegrenzt durch die in der Verfassung festgelegten Provinzgrenzen.

7. **Keltertraubensorte(n)**

Accent N

Acolon

Allegro N

Auxerrois B

Bacchus B

Baco noir

Baron N

Bianca B

Birstaler Muskat

Bolero N

Bronner B

Cabaret Noir N (VB-91-26-4)

Cabernet Blanc B (VB-91-26-1)

Cabernet Cantor N

Cabernet Carbon N

Cabernet Carol N

Cabernet Cortis

Cabernet Cubin

Cabernet Dorio

Cabernet Dorsa

Cabernet Franc N

Cabernet Jura

Cabernet Mitos

Cabernet Sauvignon

Cabertin N (VB-91-26-17)

Calandro N

Calardis Blanc B

Carmenere
Chardonnay B
Dakapo
Divicio N
Divona B
Domina N
Dornfelder N
Dunkelfelder N
Excelsior
Faber B
Felicia B
Florental N
Frühburgunder N
Gamaret N
Gamay N
Gewürztraminer Rs
Golubok N
Hegel
Helios
Hibernal B
Huxelrebe B
Hölder B
Johanniter B
Juwel B
Kerner B
Kernling B
Land N
Laurot N
Léon Millot N
Maréchal Foch N
Melody
Merlot
Merzling B
Meunier N
Monarch
Morio Muscat B
Muscaris B
Muskat Blanc
Muskat Blau
Müller-Thurgau B
Orion B
Ortega B
Palatina
Phoenix B

Pinot Grigio
Pinot Gris G
Pinot blanc B
Pinot noir N
Pinotin N
Plantet N
Polo Muscat B
Portugieser N
Prior N
Rayon d'or B
Reberger
Regent N
Reichensteiner B
Riesling B
Rinot B
Rondo N
Roter Elbling Rs
Ruländer G
Saphira N
Satin Noir N (VB-91-26-29)
Sauvignac B (Cal 6-04)
Sauvignon Blanc B
Sauvignon Soyhieres B (VB-32-7)
Sauvitage B
Scheurebe B
Schönburger Rs
Seyval B
Siegerrebe Rs
Silcher B
Sirius
Solaris
Souvignier Gris
St. Laurent
Staufer
Sylvaner B
Syrah
Tempranillo
Villaris B
Viognier B
Würzer B
Zweigeltrebe N

8. Beschreibung des Zusammenhangs bzw. der Zusammenhänge

8.1. Geografisches Gebiet: Beschreibung und Klima

Die Hügel in Südl limburg sind durch das Zusammenspiel von Tektonik, Sedimentation und Erosion entstanden. Im äußersten Südosten liegt eine Hügellandschaft, deren höchste Erhebung der Vaalserberg mit etwa 323 m ü. NN ist. Im Süden und Südosten finden sich Kalkstein, Sandstein oder Ton aus der Kreidezeit, zumeist mit Lehm Böden bedeckt. Im Süden bis zur Mitte und im Norden entlang der Maas kommen Flusston, Lehm und Sand, zumeist auf Flusssand und -kies vor; Weiter im Süden und in der Mitte findet sich hauptsächlich Löss, abwechselnd mit Lehm auf Flusssand und -kies, und in der Mitte und im Norden (lehmiger) Feinsand (Decksand)

Charakteristisch für das Klima sind:

- mittlere Niederschläge von 808 mm/Jahr
- 1 561 Sonnenstunden/Jahr (Maastricht)
- mittlere Temperatur von 10,2 °C im Jahr und 17,5 °C im Sommer
- Differenz zwischen Tag- und Nachttemperatur im September von 9,3 °C

8.2. Ursächlicher Zusammenhang

Das Klima ermöglicht die Erreichung des hohen Ertrags und angemessenen Reifegrads. Die Reife zeigt sich in einem frischen, vollmundigen, fruchtigen Weißwein mit vornehmlich tropischen Noten und beim Rotwein durch Noten von schwarzen Früchten.

9. Weitere wesentliche Bedingungen (Verpackung, Etikettierung, sonstige Anforderungen)

Rechtsrahmen:

EU-Rechtsvorschriften

Art der sonstigen Bedingung:

Ausnahme in Bezug auf die Erzeugung in dem abgegrenzten geografischen Gebiet

Beschreibung der Bedingung:

Nahegelegenes Gebiet für die Weinerzeugung

Was das Erzeugungsgebiet für die Weinbereitung (Vinifizierung) betrifft, sind alle niederländischen Provinzen als „nahegelegen“ definiert.

Wird der Grundwein im Gebiet der g. g. A. oder in einem nahegelegenen Gebiet bereitet, so kann ein Teil dieses Grundweins oder das gesamte Volumen als Perlwein oder Schaumwein im Lohn abgefüllt werden.

Dieser Vorgang kann außerhalb des Gebiets der g. g. A. oder des nahegelegenen Gebiets erfolgen, wobei der Name der g. g. A. beibehalten wird. In diesem Fall wird auf dem Etikett auch der Lohnabfüller angegeben, gegebenenfalls durch eine Codenummer (Abgefüllt durch ... für ...).

Rechtsrahmen:

EU-Rechtsvorschriften

Art der sonstigen Bedingung:

Zusätzliche Etikettierungsvorschriften

Beschreibung der Bedingung:

Der folgende Name eines kleineren Gebiets, das zum Gebiet der g. g. A. „Limburg“ gehört, kann zusammen mit dem Gebietsnamen Limburg verwendet werden, wenn mindestens 85 % der verwendeten Trauben aus diesem Gebiet stammen:

- Zuid-Limburg

Link zur Produktspezifikation

https://www.rvo.nl/sites/default/files/2023-06/BGA_Limburg_productdossier_2023.pdf



C/2024/899

17.1.2024

**Veröffentlichung einer Mitteilung über die Genehmigung einer Standardänderung der
Produktspezifikation eines Namens im Weinsektor gemäß Artikel 17 Absätze 2 und 3 der
Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission**

(C/2024/899)

Die Veröffentlichung der vorliegenden Mitteilung erfolgt gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission ⁽¹⁾.

MITTEILUNG DER GENEHMIGUNG EINER STANDARDÄNDERUNG

„Gelderland“

PGI-NL-A0962-AM06

Datum der Mitteilung: 17.10.2023

BESCHREIBUNG UND BEGRÜNDUNG DER GENEHMIGTEN ÄNDERUNG

Beschreibung der Änderung und Begründung

Mit dieser Änderung werden die in der Produktspezifikation und im Einzigen Dokument aufgeführten zugelassenen Rebsorten für die g. g. A. Gelderland geändert, und es handelt sich um eine Aktualisierung aufgrund der Praxis.

Beschreibung und Änderungsgründe

Beschreibung:

In das Verzeichnis der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten wurden 7 Sorten aufgenommen, und zwar:

Pinot Grigio

Accent N

Allegro N

Bolero N

Saphira N

Divicio N

Divona B

Begründung: Es werden neue Rebsorten entwickelt, die nach einer langen Entwicklungsphase und ausführlichen Zulassungsverfahren bei Zulassung in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden. Wenn diese Sorten in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden, können sie auch für eine Aufnahme in die Liste der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten infrage kommen.

Bei dieser Änderung handelt es sich um eine Standardänderung, da sie weder den Namen der g. g. A. noch die Erzeugnis-kategorie, den Zusammenhang oder die Vermarktungsbeschränkungen betrifft.

EINZIGES DOKUMENT

1. **Name(n)**
„Gelderland“
2. **Art der geografischen Angabe**
g. g. A. – geschützte geografische Angabe
3. **Kategorien von Weinbauerzeugnissen**
 1. Wein
 4. Schaumwein
 5. Qualitätsschaumwein

⁽¹⁾ ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2.

- 8. Perlwein
- 9. Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

4. Beschreibung des Weins/der Weine

1. Weinkategorie 1: Wein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, fruchtig mit grünen und tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch schwarze Früchte gekennzeichnet und vollmundiger.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

2. Weinkategorie 4: Schaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, fruchtig mit grünen und tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch schwarze Früchte gekennzeichnet und vollmundiger.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

3. Weinkategorie 5: Qualitätsschaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, fruchtig mit grünen und tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch schwarze Früchte gekennzeichnet und vollmundiger.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

4. Weinkategorie 8: Perlwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, fruchtig mit grünen und tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch schwarze Früchte gekennzeichnet und vollmundiger.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

5. Weinkategorie 9: Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, fruchtig mit grünen und tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch schwarze Früchte gekennzeichnet und vollmundiger.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

5. **Weinbereitungsverfahren**

5.1. *Spezifische önologische Verfahren*

Weiß = > Ernte, Sortieren, Pressen, Vorklärung, Gärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

Rot = > Ernte, Sortieren, Einmaischen / Entstielen, Schalengärung, Pressen, Milchsäuregärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

5.2. *Höchstserträge*

1. Weiße Trauben

95 Hektoliter pro Hektar

2. Rote Trauben

80 Hektoliter je Hektar

6. **Abgegrenztes geografisches Gebiet**

Provinz Gelderland, abgegrenzt durch die in der Verfassung festgelegten Provinzgrenzen.

7. **Keltertraubensorte(n)**

Accent N

Acolon

Allegro N

Auxerrois B

Bacchus B

Baco noir

Baron N

Bianca B

Birstaler Muskat

Bolero N

Bronner B

Cabaret Noir N (VB-91-26-4)

Cabernet Blanc B (VB-91-26-1)

Cabernet Cantor N

Cabernet Carbon N

Cabernet Carol N

Cabernet Cortis

Cabernet Cubin

Cabernet Dorio

Cabernet Dorsa

Cabernet Franc N

Cabernet Jura

Cabernet Mitos

Cabernet Sauvignon

Cabertin N (VB-91-26-17)

Calandro N

Calardis Blanc B

Carmenere

Chardonnay B

Dakapo
Divicio N
Divona B
Domina N
Dornfelder N
Dunkelfelder N
Excelsior
Faber B
Felicia B
Florental N
Frühburgunder N
Gamaret N
Gamay N
Gewürztraminer Rs
Golubok N
Hegel
Helios
Hibernal B
Huxelrebe B
Hölder B
Johanniter B
Juwel B
Kerner B
Kernling B
Land N
Laurot N
Léon Millot N
Maréchal Foch N
Melody
Merlot
Merzling B
Meunier N
Monarch
Morio Muscat B
Muscaris B
Muskat Blanc
Muskat Blau
Müller-Thurgau B
Orion B
Ortega B
Palatina
Phoenix B
Pinot Grigio
Pinot Gris G

Pinot blanc B
Pinot noir N
Pinotin N
Plantet N
Polo Muscat B
Portugieser N
Prior N
Rayon d'or B
Reberger
Regent N
Reichensteiner B
Riesling B
Rinot B
Rondo N
Roter Elbling Rs
Ruländer G
Saphira N
Satin Noir N (VB-91-26-29)
Sauvignac B (Cal 6-04)
Sauvignon Blanc B
Sauvignon Soyhieres B (VB-32-7)
Sauvitage B
Scheurebe B
Schönburger Rs
Seyval B
Siegerrebe Rs
Silcher B
Sirius
Solaris
Souvignier Gris
St. Laurent
Staufer
Sylvaner B
Syrah
Tempranillo
Villaris B
Vioignier B
Würzer B
Zweigeltrebe N

8. Beschreibung des Zusammenhangs bzw. der Zusammenhänge

8.1. Geografisches Gebiet: Beschreibung und Klima

Im Westen entlang des Rheins und der Waal befinden sich Ablagerungen von Flusston und Flusssand aus dem Holozän, teilweise mit Torf vermengt (= Betuwe).

Entlang der IJssel liegt ebenfalls ein schmaler Streifen Flusston.

Im Osten herrscht feiner (lehmiger) Sand (Decksand) vor (= Achterhoek); das Montferland ist eine aufgestaute Formation aus der letzten Eiszeit, die viel Flusssand und -kies enthält; eine kleinere ältere Aufstauung liegt rund um Neede.

Im Nordwesten kommen aufgestaute Formationen aus der letzten Eiszeit vor, die hauptsächlich aus grobem und feinem (häufig kiesreichem) Sand bestehen, lokal auch feiner Sand (Flugsand) (= Veluwe) und im Nordwesten an der Grenze zu Utrecht (lehmiger) feiner Sand (Decksand) (= Gelderse/Utrechtse Vallei).

Charakteristisch für das Klima sind:

- mittlere Niederschläge von 861 mm/Jahr
- 1 522 Sonnenstunden/Jahr (Deelen)
- mittlere Temperatur von 9,8 °C im Jahr und 17,0 °C im Sommer
- Differenz zwischen Tag- und Nachttemperatur

8.2. *Ursächlicher Zusammenhang*

Dank des Klimas können die genannten Erträge und die erwähnte Reife erzielt werden. Die Reife zeigt sich in einem frischen, fruchtigen Wein mit grünen und tropischen Noten und beim Rotwein durch Noten von schwarzen Früchten.

9. **Weitere wesentliche Bedingungen (Verpackung, Etikettierung, sonstige Anforderungen)**

Rechtsrahmen:

EU-Rechtsvorschriften

Art der sonstigen Bedingung:

Ausnahme in Bezug auf die Erzeugung in dem abgegrenzten geografischen Gebiet

Beschreibung der Bedingung:

Nahegelegenes Gebiet für die Weinerzeugung

Was das Erzeugungsgebiet für die Weinbereitung (Vinifizierung) betrifft, sind alle niederländischen Provinzen als „nahegelegen“ definiert.

Wird der Grundwein im Gebiet der g. g. A. oder in einem nahegelegenen Gebiet bereitet, so kann ein Teil dieses Grundweins oder das gesamte Volumen als Perlwein oder Schaumwein im Lohn abgefüllt werden.

Dieser Vorgang kann außerhalb des Gebiets der g. g. A. oder des nahegelegenen Gebiets erfolgen, wobei der Name der g. g. A. beibehalten wird. In diesem Fall wird auf dem Etikett auch der Lohnabfüller angegeben, gegebenenfalls durch eine Codenummer (Abgefüllt durch ... für ...).

Rechtsrahmen:

EU-Rechtsvorschriften

Art der sonstigen Bedingung:

Zusätzliche Etikettierungsvorschriften

Beschreibung der Bedingung:

Die folgenden Namen kleinerer Gebiete, die zum Gebiet der g. g. A. „Gelderland“ gehören, können zusammen mit dem Gebietsnamen Gelderland verwendet werden, wenn mindestens 85 % der verwendeten Trauben aus diesem Gebiet stammen:

- Achterhoek
- Betuwe
- Gelderse Vallei
- Veluwe

Link zur Produktspezifikation

https://www.rvo.nl/sites/default/files/2023-06/BGA_Gelderland_productdossier_2023.pdf



C/2024/906

17.1.2024

Liste der von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 4 der Richtlinie 2014/60/EU benannten zentralen Stellen für die Rückgabe von unrechtmäßig aus einem Mitgliedstaat verbrachten Kulturgütern

(C/2024/906)

Aktualisierung 2023

Mitgliedstaat	Zentrale Stelle
Belgien	Service Public Fédéral Justice/Federale Overheidsdienst Justitie Service de droit de la procédure civile et droit patrimonial/Dienst burgerlijk procesrecht en vermogensrecht Boulevard de Waterloo/Waterloolaan 115 1000 Brüssel BELGIEN
Bulgarien	Ministry of Culture DG Inspectorate for Protection of Cultural Heritage Al. Stamboliyski Blvd. 17 1040 Sofia BULGARIEN
Tschechien	Ministerstvo kultury Maltézské nám. 1 118 11 Praha 1 TSCHECHIEN
Dänemark	Kulturværdiudvalgets Sekretariat Det Kgl. Bibliotek Søren Kierkegaards Plads 1 1221 København K Postadresse: Christians Brygge 8, 1219 København K DÄNEMARK Tel. +45 91324566 E-Mail: kulturvaerdier@kb.dk https://kulturvaerdier.kb.dk/
Deutschland	Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Referat K 53 Köthener Straße 2 10963 Berlin DEUTSCHLAND E-Mail (Abteilung): k53@bkm.bund.de www.kulturstaaatsministerin.de
Estland	Kultuuriministeerium Muinsuskaitseamet Suur-Karja 23, 15076 Tallinn ESTLAND min@kul.ee
Irland	Department of Tourism, Culture, Arts, Gaeltacht, Sport and Media Cultural Schemes Unit New Road Killarney Co. Kerry V93 A49X IRLAND E-Mail: csu@tcagsm.gov.ie

Mitgliedstaat	Zentrale Stelle
Griechenland	Hellenic Ministry of Culture and Sports General Directorate of Antiquities and Cultural Property Directorate of the Documentation and the Protection of Cultural Goods 11, Ag. Assomaton str. 105 53 Athens GRIECHENLAND Tel. +30 2103238877 E-Mail: dtppa@culture.gr
Spanien	Ministerio de Cultura y Deporte Dirección General de Patrimonio Cultural y Bellas Artes/General Director of Cultural Heritage and Fine Arts Plaza del Rey, 1 28004 Madrid SPANIEN Tel. +34 917017262 E-Mail: secretaria.bellasartes@cultura.gob.es
Frankreich	Ministère de la Culture Direction générale des patrimoines et de l'architecture Service des musées de France Sous-direction des collections 6 rue des Pyramides 75041 Paris Cedex 01 FRANKREICH https://www.culture.gouv.fr/de E-Mail: communication.dgpat@culture.gouv.fr Office Central de Lutte Contre le Trafic de Biens Culturels 101-103, rue des trois Fontanot 92000 NANTERRE FRANKREICH Tel. +33 147449853 E-Mail: secretariat.ocbc@interieur.gouv.fr E-Mail: sirasco-ocbc@interieur.gouv.fr
Kroatien	Ministarstvo kulture i medija Runjaninova 2 10 000 Zagreb KROATIEN
Italien	Ministero della Cultura Segretariato Generale Via del Collegio Romano 27 Servizio III – Relazioni Internazionali 00186 Roma ITALIEN Autorità Centrale: Segretario Generale Tel. + 39 0667232002 – 2433 – 2098 E-Mail: sg@cultura.gov.it

Mitgliedstaat	Zentrale Stelle
Zypern	Deputy Ministry of Culture Department of Antiquities 1 Mikis Theodorakis Avenue 1097 Lefkosia (Nicosia) P.O. Box 22024 1516 Lefkosia (Nicosia) ZYPERN Tel. +357 22865886/+357 22865801 E-Mail: antiquitiesdept@da.culture.gov.cy
Lettland	Nacionālā kultūras mantojuma pārvalde Mazā Pils iela 19 Rīga, LV-1050 LETTLAND Tel. +371 67224519
Litauen	Ministry of Culture of the Republic of Lithuania Department of Cultural Heritage Policy J. Basanavičiaus st. 5 LT-01118 Vilnius LITAUEN Tel. +370 67185970
Luxemburg	Ministère de la Culture Service de la gestion et de la sensibilisation des patrimoines – Patrimoine mobilier 4, boulevard F.D. Roosevelt L-2450 Luxemburg LUXEMBURG
Ungarn	Építési és Közlekedési Minisztérium — Műtárgyfelügyeleti Hatósági Főosztály (Ministry of Construction and Transport — Inspectorate of Cultural Goods) Kéthly Anna tér 1. 1077 Budapest UNGARN Tel. +36 17952510 E-Mail: mutargy@ekm.gov.hu
Malta	Superintendence of Cultural Heritage 173, St. Christopher Street Valletta VLT2000 MALTA Tel. +356 2395000
Niederlande	Ministerie van Onderwijs, Cultuur en Wetenschap Inspectie Overheidsinformatie en Erfgoed Rijnstraat 50 Postbus 16478 2500 BL Den Haag NIEDERLANDE www.inspectie-oe.nl
Österreich	BUNDESDENKMALAMT Hofburg, Säulenstiege 1010 Wien ÖSTERREICH Tel. + 43 1 53415-850212 E-Mail: recht@bda.gv.at

Mitgliedstaat	Zentrale Stelle
Polen	Ministry of Culture and National Heritage Department for Restitution of Cultural Goods Tel. +48 224210335 E-Mail: drk@kultura.gov.pl E-Mail-Adresse für die IMI-Fälle: imi@kultura.gov.pl Krakowskie Przedmieście 15/17 00-071 Warszawa POLEN
Portugal	Direção-Geral do Património Cultural Palácio Nacional da Ajuda 1349-021 Lisboa PORTUGAL Tel. +351 213614200 E-Mail: dgpc@dgpc.pt Cinemateca Portuguesa-Museu do Cinema Rua Barata Salgueiro, no 39 1269-059 Lisboa PORTUGAL Tel. +351 213596200 E-Mail: cinemateca@cinemateca.pt General Directorate for Book, Archives and Libraries (DGLAB) Direção-Geral do Livro, dos Arquivos e das Bibliotecas Edifício da Torre do Tombo Alameda da Universidade 1649-010 Lisboa PORTUGAL Tel.p +351 210037100 E-Mail: secretariado@dglab.gov.pt Biblioteca Nacional de Portugal Campo Grande, 83, 1749-081 Lisboa PORTUGAL Tel. +351 217982000 E-Mail: paragao@bnportugal.gov.pt
Rumänien	Ministry of Culture Direcția Județeană pentru Cultură Tulcea str Isacsei 20 820241 Tulcea RUMÄNIEN Tel. +40 240516072/+40 212228291 E-Mail: comunicare@cultura.ro
Slowenien	Ministry of Culture Maistrova 10 SI-1000 Ljubljana SLOWENIEN

Mitgliedstaat	Zentrale Stelle
Slowakei	Ministry of Culture of the Slovak Republic / Ministerstvo kultúry SR sekcia kultúrneho dedičstva Nám. SNP 33 813 33 Bratislava 1 SLOWAKEI Tel. +421 220482414 E-Mail: skd@culture.gov.sk Ministry of Interior of the Slovak Republic / Ministerstvo vnútra SR Odbor archívov a registratúr Križkova 7 811 04 Bratislava 1 SLOWAKEI
Finnland	Ministry of Education and Culture P.O. Box 29 FI-00023 Government FINNLAND E-Mail: registry.okm@gov.fi
Schweden	Swedish National Heritage Board Riksantikvarieämbetet Box 1114 SE-621 22 Visby SCHWEDEN



C/2024/992

17.1.2024

ANGABEN DER MITGLIEDSTAATEN ZUR SCHLIEßUNG VON FISCHEREIEN

(C/2024/992)

Gemäß Artikel 35 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Einführung einer Kontrollregelung der Union zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik ⁽¹⁾ wurde beschlossen, die Fischerei wie nachstehend beschrieben zu schließen:

Datum und Uhrzeit der Schließung	20.12.2023
Dauer	20.12.2023 bis 31.12.2023
Mitgliedstaat	Europäische Union (alle Mitgliedstaaten)
Bestand oder Bestandsgruppe	CJM/SPRFMO
Art	Bastardmakrele (<i>Trachurus murphyi</i>)
Gebiet	SPRFMO-Übereinkommensbereich
Typ des betreffenden Fischereifahrzeugs	—
Laufende Nummer	22/TQ194

⁽¹⁾ ABl. L 343 vom 22.12.2009, S. 1.



C/2024/993

17.1.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss
(Sache M.11293 — MERIDIAM / MGETS FUND / VERKOR)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/993)

Am 13. Dezember 2023 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32023M11293 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2024/994

17.1.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11271 — FS INVESTMENTS / KKR / WITTUR)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/994)

Am 11. Januar 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11271 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



Mitteilung an die Personen, Vereinigungen und Körperschaften, die in der Liste im Beschluss (GASP) 2024/332 des Rates zur Aktualisierung der Liste der Personen, Vereinigungen und Körperschaften, auf die der Gemeinsame Standpunkt 2001/931/GASP des Rates vom 27. Dezember 2001 über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus Anwendung findet, und in der Durchführungsverordnung (EU) 2024/329 des Rates zur Durchführung des Artikels 2 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 des Rates vom 27. Dezember 2001 über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus aufgeführt sind

(C/2024/995)

Den im Beschluss (GASP) 2024/332 des Rates ⁽¹⁾ und in der Durchführungsverordnung (EU) 2024/329 des Rates ⁽²⁾ vom 16. Januar 2024 aufgeführten Personen, Vereinigungen und Körperschaften wird Folgendes mitgeteilt:

Der Rat der Europäischen Union hat festgestellt, dass die Gründe für ihre Aufnahme in die vorgenannte Liste der Personen, Vereinigungen und Körperschaften, auf die die Maßnahmen gemäß den Artikeln 2 und 3 des Gemeinsamen Standpunkts 2001/931/GASP des Rates ⁽³⁾ vom 27. Dezember 2001 über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 des Rates ⁽⁴⁾ vom 27. Dezember 2001 über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus Anwendung finden, nach wie vor gültig sind. Der Rat hat daher beschlossen, diese Personen, Vereinigungen und Körperschaften auf der Liste zu belassen. Der Rat hat ferner beschlossen, Yahia SINOUAR in die Liste der Personen, Vereinigungen und Körperschaften, auf die der Gemeinsame Standpunkt 2001/931/GASP und die Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 Anwendung finden, aufzunehmen.

Nach der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 vom 27. Dezember 2001 sind alle Gelder und anderen finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen dieser Personen, Vereinigungen und Körperschaften einzufrieren und dürfen ihnen weder direkt noch indirekt Gelder, andere finanzielle Vermögenswerte und wirtschaftliche Ressourcen bereitgestellt werden.

Die betroffenen Personen, Vereinigungen und Körperschaften werden darauf hingewiesen, dass sie bei den im Anhang zu der Verordnung aufgeführten zuständigen Behörden des betreffenden Mitgliedstaats bzw. der betreffenden Mitgliedstaaten beantragen können, dass ihnen die Verwendung der eingefrorenen Gelder zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse oder für bestimmte Zahlungen nach Artikel 5 Absatz 2 der genannten Verordnung genehmigt wird.

Die betroffenen Personen, Vereinigungen und Körperschaften können beantragen, dass ihnen die Begründung des Rates für ihre Aufnahme in die vorgenannte Liste oder ihren Verbleib auf der vorgenannten Liste übermittelt wird (sofern dies noch nicht geschehen ist). Entsprechende Anträge sind an folgende Anschrift zu richten:

Rat der Europäischen Union (z. Hd.: COMET designations)
Rue de la Loi/Wetstraat 175
1048 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

E-Mail: sanctions@consilium.europa.eu

Die betroffenen Personen, Vereinigungen und Körperschaften können unter vorstehender Anschrift jederzeit beim Rat unter Vorlage von entsprechenden Nachweisen beantragen, dass der Beschluss, sie in die vorgenannte Liste aufzunehmen und auf dieser Liste zu belassen, überprüft wird. Die Anträge werden nach Eingang geprüft. In diesem Zusammenhang werden die betroffenen Personen, Vereinigungen und Körperschaften auf die regelmäßige Überprüfung der Liste durch den Rat gemäß Artikel 1 Absatz 6 des Gemeinsamen Standpunkts 2001/931/GASP hingewiesen. Damit die Anträge bei der nächsten Überprüfung berücksichtigt werden können, müssen sie bis zum 27. Februar 2024 eingereicht werden.

⁽¹⁾ ABl. L, 2024/332, 16.1.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2024/332/oj>.

⁽²⁾ ABl. L, 2024/329, 16.1.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2024/329/oj.

⁽³⁾ ABl. L 344 vom 28.12.2001, S. 93.

⁽⁴⁾ ABl. L 344 vom 28.12.2001, S. 70.

Die betroffenen Personen, Vereinigungen und Körperschaften werden ferner darauf aufmerksam gemacht, dass sie ihre Benennung unter den in Artikel 263 Absätze 4 und 6 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union genannten Voraussetzungen vor dem Gericht der Europäischen Union anfechten können.



Mitteilung an die betroffenen Personen, die in der Liste gemäß dem Gemeinsamen Standpunkt 2001/931/GASP des Rates, aktualisiert durch den Beschluss (GASP) 2024/332 des Rates, und der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 des Rates über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2024/329 des Rates, aufgeführt sind

(C/2024/996)

Den betroffenen Personen wird gemäß Artikel 16 der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁾ Folgendes mitgeteilt.

Die Rechtsgrundlagen für diese Verarbeitung sind der Gemeinsame Standpunkt 2001/931/GASP des Rates ⁽²⁾, aktualisiert durch den Beschluss (GASP) 2024/332 des Rates ⁽³⁾, und die Verordnung (EU) Nr. 2580/2001 des Rates ⁽⁴⁾, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2024/329 des Rates ⁽⁵⁾.

Der für diese Verarbeitung Verantwortliche ist der Rat der Europäischen Union, vertreten durch den Generaldirektor der Generaldirektion Außenbeziehungen (RELEX) des Generalsekretariats des Rates, und die mit der Verarbeitung betraute Stelle ist das Referat RELEX.1, das unter folgender Anschrift kontaktiert werden kann:

Rat der Europäischen Union
Generalsekretariat
RELEX.1
Rue de la Loi/Wetstraat 175
B-1048 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

E-Mail: sanctions@consilium.europa.eu

Der Datenschutzbeauftragte des Generalsekretariats des Rates kann folgendermaßen kontaktiert werden:

Datenschutzbeauftragter

data.protection@consilium.europa.eu

Ziel der Verarbeitung ist die Erstellung und Aktualisierung der Liste der Personen, auf die die restriktiven Maßnahmen gemäß dem Gemeinsamen Standpunkt 2001/931/GASP und der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 Anwendung finden.

Die betroffenen Personen sind die natürlichen Personen, die die Kriterien für die Aufnahme in die Liste gemäß dem Gemeinsamen Standpunkt 2001/931/GASP und der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 erfüllen.

Die erhobenen personenbezogenen Daten umfassen die zur korrekten Identifizierung der betroffenen Person erforderlichen Daten sowie die Begründung für die Aufnahme in die Liste und andere diesbezügliche Daten.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten sind die nach Artikel 29 EUV erlassenen Beschlüsse des Rates und die nach Artikel 215 AEUV erlassenen Verordnungen des Rates, in denen natürliche Personen (betroffene Personen) benannt werden und mit denen das Einfrieren von Vermögenswerten und Reisebeschränkungen angeordnet werden.

Die Verarbeitung ist erforderlich für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a im öffentlichen Interesse liegt, und für die Erfüllung der rechtlichen Verpflichtungen aus den oben genannten Rechtsakten, denen der für die Verarbeitung Verantwortliche gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2018/1725 unterliegt.

Die Verarbeitung ist aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses gemäß Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe g der Verordnung (EU) 2018/1725 erforderlich.

⁽¹⁾ ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39.

⁽²⁾ ABl. L 344 vom 28.12.2001, S. 93.

⁽³⁾ ABl. L 2024/332 vom 16.1.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2024/332/oj>

⁽⁴⁾ ABl. L 344 vom 28.12.2001, S. 70.

⁽⁵⁾ ABl. L 2024/329 vom 16.1.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2024/329/oj

Der Rat kann personenbezogene Daten betroffener Personen von den Mitgliedstaaten und/oder dem Europäischen Auswärtigen Dienst erhalten. Empfänger der personenbezogenen Daten sind die Mitgliedstaaten, die Europäische Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst.

Alle personenbezogenen Daten, die vom Rat im Rahmen autonomer restriktiver Maßnahmen der EU verarbeitet werden, werden für einen Zeitraum von fünf Jahren gespeichert, gerechnet ab dem Zeitpunkt, zu dem die betroffene Person von der Liste der Personen, deren Vermögenswerte eingefroren wurden, gestrichen wurde oder die Gültigkeit der Maßnahme abgelaufen ist oder, wenn beim Gerichtshof Klage erhoben wird, bis ein rechtskräftiges Urteil ergangen ist. Personenbezogene Daten, die in beim Rat registrierten Dokumenten enthalten sind, werden vom Rat für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke im Sinne von Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe e der Verordnung (EU) 2018/1725 aufbewahrt.

Der Rat muss möglicherweise personenbezogene Daten über eine betroffene Person mit einem Drittland oder einer internationalen Organisation im Zusammenhang mit der Umsetzung der VN-Benennungen durch den Rat oder im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit in Bezug auf die Politik der EU im Bereich der restriktiven Maßnahmen austauschen.

Falls weder ein Angemessenheitsbeschluss vorliegt noch geeignete Garantien bestehen, unterliegt die Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation gemäß Artikel 50 der Verordnung (EU) 2018/1725 der/den folgenden Bedingung(en):

- Die Übermittlung ist aus wichtigen Gründen des öffentlichen Interesses erforderlich;
- die Übermittlung ist zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich.

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten der betroffenen Person erfolgt ohne automatisierte Entscheidungsfindung.

Die betroffenen Personen haben das Recht auf Information und das Recht auf Zugriff auf ihre personenbezogenen Daten. Sie haben außerdem das Recht, ihre Daten zu berichtigen und zu vervollständigen. Unter gewissen Umständen haben sie das Recht, eine Löschung ihrer personenbezogenen Daten zu erwirken, oder das Recht, gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen oder eine Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen.

Betroffene Personen können diese Rechte ausüben, indem sie eine E-Mail an den für die Verarbeitung Verantwortlichen mit Kopie an den Datenschutzbeauftragten (siehe oben) senden.

Die betroffenen Personen müssen ihrem Antrag eine Kopie eines Ausweisdokuments zur Bestätigung ihrer Identität (Personalausweis oder Reisepass) beifügen. Dieses Dokument sollte eine Identifikationsnummer, das Ausstellungsland, die Gültigkeitsdauer, den Namen, die Anschrift und das Geburtsdatum enthalten. Alle anderen Angaben auf der Kopie des Identitätsdokuments, wie das Foto oder andere persönliche Merkmale, können unkenntlich gemacht werden.

Betroffene Personen haben das Recht, gemäß der Verordnung (EU) 2018/1725 Beschwerde beim Europäischen Datenschutzbeauftragten (edps@edps.europa.eu) einzulegen.

Zuvor sollten die betroffenen Personen versuchen, Abhilfe zu schaffen, indem sie sich an den für die Verarbeitung Verantwortlichen und/oder den Datenschutzbeauftragten des Rates wenden.

Unbeschadet gerichtlicher, verwaltungsrechtlicher oder außergerichtlicher Rechtsbehelfe können betroffene Personen gemäß der Verordnung (EU) 2018/1725 Beschwerde beim Europäischen Datenschutzbeauftragten (edps@edps.europa.eu) einlegen.



C/2024/1000

17.1.2024

Mitteilung an die betroffenen Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss (GASP) 2016/1693 des Rates, geändert durch den Beschluss (GASP) 2024/333 des Rates, und nach der Verordnung (EU) 2016/1686 des Rates, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2024/338 des Rates, betreffend restriktive Maßnahmen gegen ISIL (Da'esh) und Al-Qaida und die mit ihnen verbundenen natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen und Einrichtungen unterliegen

(C/2024/1000)

Die betroffenen Personen werden gemäß Artikel 16 der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁾ auf Folgendes hingewiesen:

Rechtsgrundlage für diese Verarbeitung sind der Beschluss (GASP) 2016/1693 des Rates ⁽²⁾, geändert durch den Beschluss (GASP) 2024/333 des Rates ⁽³⁾, und die Verordnung (EU) 2016/1686 des Rates ⁽⁴⁾, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2024/338 des Rates ⁽⁵⁾.

Der für diese Verarbeitung Verantwortliche ist der Rat der Europäischen Union, vertreten durch den Generaldirektor der Generaldirektion Außenbeziehungen (RELEX) des Generalsekretariats des Rates, und die mit der Verarbeitung betraute Stelle ist das Referat RELEX.1, das unter folgender Anschrift kontaktiert werden kann:

Rat der Europäischen Union
Generalsekretariat
RELEX.1
Rue de la Loi/Wetstraat 175
1048 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

E-Mail: sanctions@consilium.europa.eu

Der Datenschutzbeauftragte des Generalsekretariats des Rates kann folgendermaßen kontaktiert werden:

Der/die Datenschutzbeauftragte

data.protection@consilium.europa.eu

Ziel der Verarbeitung ist die Erstellung und Aktualisierung der Liste der Personen, die gemäß dem Beschluss (GASP) 2016/1693, geändert durch den Beschluss (GASP) 2024/333, und der Verordnung (EU) 2016/1686, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2024/338, restriktiven Maßnahmen unterliegen.

Die betroffenen Personen sind die natürlichen Personen, die die Kriterien für die Aufnahme in die Liste gemäß dem Beschluss (GASP) 2016/1693 und der Verordnung (EU) 2016/1686 erfüllen.

Die erhobenen personenbezogenen Daten umfassen die zur korrekten Identifizierung der betroffenen Person erforderlichen Daten sowie die Begründung für die Aufnahme in die Liste und andere diesbezügliche Daten.

Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung personenbezogener Daten sind die gemäß Artikel 29 EUV erlassenen Beschlüsse des Rates und die gemäß Artikel 215 AEUV erlassenen Verordnungen des Rates, in denen natürliche Personen (betroffene Personen) benannt und das Einfrieren von Vermögenswerten und Reisebeschränkungen angeordnet werden.

Die Verarbeitung ist erforderlich für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a im öffentlichen Interesse liegt, und für die Erfüllung der rechtlichen Verpflichtungen aus den oben genannten Rechtsakten, denen der für die Verarbeitung Verantwortliche gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2018/1725 unterliegt.

Die Verarbeitung ist aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses gemäß Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe g der Verordnung (EU) 2018/1725 erforderlich.

⁽¹⁾ ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39.

⁽²⁾ ABl. L 255 vom 21.9.2016, S. 25.

⁽³⁾ ABl. L, 2024/333, 16.1.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2024/333/oj>.

⁽⁴⁾ ABl. L 255 vom 21.9.2016, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. L, 2024/338, 16.1.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2024/338/oj.

Der Rat kann personenbezogene Daten betroffener Personen von den Mitgliedstaaten und/oder dem Europäischen Auswärtigen Dienst erhalten. Empfänger der personenbezogenen Daten sind die Mitgliedstaaten, die Europäische Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst.

Alle personenbezogenen Daten, die vom Rat im Rahmen autonomer restriktiver Maßnahmen der EU verarbeitet werden, werden für einen Zeitraum von fünf Jahren gespeichert, gerechnet ab dem Zeitpunkt, zu dem die betroffene Person von der Liste der Personen, deren Vermögenswerte eingefroren wurden, gestrichen wurde oder die Gültigkeit der Maßnahme abgelaufen ist, oder, wenn beim Gerichtshof Klage erhoben wird, bis ein rechtskräftiges Urteil ergangen ist. Personenbezogene Daten, die in beim Rat registrierten Dokumenten enthalten sind, werden vom Rat für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke im Sinne von Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe e der Verordnung (EU) 2018/1725 aufbewahrt.

Der Rat muss möglicherweise personenbezogene Daten über eine betroffene Person mit einem Drittland oder einer internationalen Organisation im Zusammenhang mit der Umsetzung der VN-Benennungen durch den Rat oder im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit in Bezug auf die Politik der EU im Bereich der restriktiven Maßnahmen austauschen.

Liegen weder ein Angemessenheitsbeschluss noch geeignete Garantien vor, so gilt bzw. gelten für die Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation gemäß Artikel 50 der Verordnung (EU) 2018/1725 folgende Bedingung(en):

- Die Übermittlung ist aus wichtigen Gründen des öffentlichen Interesses erforderlich;
- die Übermittlung ist zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich.

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten der betroffenen Person erfolgt ohne automatisierte Entscheidungsfindung.

Die betroffenen Personen haben das Recht auf Information und das Recht auf Zugriff auf ihre personenbezogenen Daten. Sie haben außerdem das Recht, ihre Daten zu berichtigen und zu vervollständigen. Unter bestimmten Umständen haben sie das Recht, eine Löschung ihrer personenbezogenen Daten zu erwirken, oder das Recht, gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen oder eine Einschränkung ihrer Verarbeitung zu verlangen.

Betroffene Personen können diese Rechte ausüben, indem sie eine E-Mail an den für die Verarbeitung Verantwortlichen mit Kopie an den Datenschutzbeauftragten (siehe oben) senden.

Die betroffenen Personen müssen ihrem Antrag zum Nachweis ihrer Identität die Kopie eines Identifizierungsdokuments (Personalausweis oder Reisepass) beifügen. Dieses Dokument sollte eine Identifikationsnummer, das Ausstellungsland, die Gültigkeitsdauer, ihren Namen, ihre Adresse und ihr Geburtsdatum enthalten. Alle anderen Angaben auf der Kopie des Identitätsdokuments, wie das Foto oder andere persönliche Merkmale, können unkenntlich gemacht werden.

Die betroffenen Personen haben das Recht, Beschwerde gemäß der Verordnung (EU) 2018/1725 beim Europäischen Datenschutzbeauftragten einzulegen (per E-Mail an: edps@edps.europa.eu).

Es wird empfohlen, dass die betroffenen Personen zunächst den für die Verarbeitung Verantwortlichen und/oder den Datenschutzbeauftragten des Rates kontaktieren und versuchen, auf diesem Weg Abhilfe zu schaffen.

Unbeschadet gerichtlicher, verwaltungsrechtlicher oder außergerichtlicher Rechtsbehelfe können betroffene Personen gemäß der Verordnung (EU) 2018/1725 Beschwerde beim Europäischen Datenschutzbeauftragten (edps@edps.europa.eu) einlegen.



C/2024/1002

17.1.2024

Mitteilung an Andreas Martin MÜLLER und ISIS-Mozambique, eine Person beziehungsweise eine Gruppe, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss (GASP) 2016/1693 des Rates, geändert durch den Beschluss (GASP) 2024/333 des Rates, und nach der Verordnung (EU) 2016/1686 des Rates, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2024/338 des Rates betreffend restriktive Maßnahmen gegen ISIL (Da'esh) und Al-Qaida und die mit ihnen verbundenen natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen und Einrichtungen, unterliegen

(C/2024/1002)

Andreas Martin MÜLLER und ISIS-Mozambique, die im Anhang des Beschlusses (GASP) 2016/1693 des Rates ⁽¹⁾, geändert durch den Beschluss (GASP) 2024/333 des Rates ⁽²⁾, und in Anhang I der Verordnung (EU) 2016/1686 des Rates ⁽³⁾, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2024/338 des Rates ⁽⁴⁾ betreffend restriktive Maßnahmen gegen ISIL (Da'esh) und Al-Qaida und die mit ihnen verbundenen natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen und Einrichtungen, aufgeführt sind, wird Folgendes mitgeteilt:

Der Rat der Europäischen Union hat beschlossen, Andreas Martin MÜLLER in die Liste der Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss (GASP) 2016/1693 und der Verordnung (EU) 2016/1686 unterliegen, aufzunehmen und die Begründung für den Verbleib des ISIS-Mozambique in dieser Liste zu ändern.

Die betroffene Person und die betroffene Gruppe werden darauf hingewiesen, dass sie bei den zuständigen Behörden des jeweiligen Mitgliedstaats bzw. der jeweiligen Mitgliedstaaten (siehe Anhang II der Verordnung (EU) 2016/1686) beantragen können, dass ihnen die Verwendung eingefrorener Gelder zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse oder für bestimmte Zahlungen nach Artikel 5 der genannten Verordnung genehmigt wird.

Die betroffene Person und die betroffene Gruppe können beantragen, dass ihnen die Begründung für ihre Aufnahme in die vorgenannte Liste beziehungsweise ihren Verbleib darin übermittelt wird. Entsprechende Anträge sind an folgende Anschrift zu richten:

Rat der Europäischen Union (z. Hd: COMET Benennungen)
Rue de la Loi/Wetstraat 175
1048 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

E-Mail: sanctions@consilium.europa.eu

Die betroffene Person und die betroffene Gruppe können unter vorstehender Anschrift jederzeit beim Rat unter Vorlage von entsprechenden Nachweisen beantragen, dass der Beschluss, sie in die vorgenannte Liste aufzunehmen, überprüft wird. In diesem Zusammenhang werden die betroffene Person und die betroffene Gruppe auf die regelmäßige Überprüfung der Liste durch den Rat gemäß Artikel 6 Absatz 2 des Beschlusses (GASP) 2016/1693 und Artikel 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/1686 hingewiesen. Damit die Anträge bei der nächsten Überprüfung berücksichtigt werden können, müssen sie bis zum 15. Juli 2024 eingereicht werden.

Die betroffene Person und die betroffene Gruppe werden ferner darauf aufmerksam gemacht, dass sie den Beschluss des Rates unter den in Artikel 275 Absatz 2 und Artikel 263 Absätze 4 und 6 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union genannten Voraussetzungen vor dem Gericht der Europäischen Union anfechten können.

⁽¹⁾ ABl. L 255 vom 21.9.2016, S. 25.

⁽²⁾ ABl. L, 2024/333, 16.1.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2024/333/oj>.

⁽³⁾ ABl. L 255 vom 21.9.2016, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. L, 2024/338, 16.1.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2024/338/oj.